

Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London

Publications of the German Historical Institute London

**Veröffentlichungen
des
Deutschen Historischen Instituts London**

Herausgegeben von Andreas Gestrich
Band 78

**Publications
of the
German Historical Institute London**

Edited by Andreas Gestrich
Volume 78

Martina Steber

Die Hüter der Begriffe

Politische Sprachen des Konservativen
in Großbritannien und der Bundesrepublik
Deutschland, 1945–1980

**DE GRUYTER
OLDENBOURG**

Die elektronische Version dieser Publikation erscheint seit September 2022 open access.

ISBN 978-3-11-045428-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-046361-3
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-046174-9
ISSN 2192-0257



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston

Titelbild: 24. Bundesparteitag der CDU, Hannover, 24–26.5.1976, Helmut Kohl und Margaret Thatcher (c) ullsteinbild – Rust

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG Göttingen

☺ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	IX
1. Einleitung	1
2. <i>Conservatism</i> und <i>Toryism</i> . Begriffe der Selbstbeschreibung in den politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien	25
2.1. <i>Conservatism</i> , <i>Toryism</i> und die Partei. Determinanten der Begriffsbildung seit dem späten 18. Jahrhundert	25
2.2. Neu, fortschrittlich, modern. <i>Conservatism</i> und <i>Toryism</i> , 1945–1963	34
2.2.1. Zur Zukunft hin streben. Das delikate Gleichgewicht der Zeitdimensionen und der <i>modern Conservatism</i>	34
2.2.2. <i>Being Conservative</i> . Michael Oakeshotts einsame Stimme in den 1950er Jahren	43
2.2.3. Verpflichtung auf das Gleichgewicht. Harold Macmillan und der <i>middle way</i>	46
2.2.4. Der Legitimationsverlust des <i>modern Conservatism</i> zu Beginn der 1960er Jahre	49
2.3. Eine begriffspolitische Leerstelle und alternative Füllungen. Edward Heath und die Crux politischer Sprache, 1964–1975	53
2.3.1. <i>The Great Divide</i> und der Pragmatismus des Managers	53
2.3.2. Kritische Geister und intellektuelle Mobilisierungen. Heaths Kritiker in der Partei in zielgerichteter Arbeit am Vokabular	59
2.3.3. <i>A Better Tomorrow</i> . Premierminister Heath und der Zusammenbruch eines Erwartungshorizonts	75
2.4. Begriffspolitische Strategien. Der Thatcherismus und seine Selbstbeschreibungsbegriffe, 1975–1979	81
2.4.1. <i>A clear, coherent political philosophy</i> . Der Anspruch auf begriffliche Deutungshoheit	83
2.4.2. <i>An Opening to the Future</i> . Die Neujustierung der Zeitdimensionen im Thatcherismus	86
2.4.3. <i>Right</i> oder <i>Centre</i> ? Richtungsbegriffe und die Dichotomie politischer Sprache	98
3. Die schwierige Suche nach dem Konservativen in der Bundesrepublik Deutschland	107
3.1. Herausgefordert von der liberalen Demokratie. Der Konservatismusbegriff in der frühen Bundesrepublik	107
3.1.1. <i>Konservatismus</i> nach der Katastrophe. Determinanten der Begriffsbildung in der unmittelbaren Nachkriegszeit	108

3.1.2.	Schweigen und zaghafte Begriffsbestimmungen. <i>Konservatismus</i> in den bundesrepublikanischen Debatten der Weimarer neuen Rechten	115
3.1.3.	Eine selbstbewusste Aneignung. Der Konservatismusbegriff der Deutschen Partei	128
3.1.4.	<i>Konservative Haltung</i> und das <i>christliche Abendland</i> . Die Abendland-Bewegung	138
3.1.5.	Zwischen beschämter Stille und ambivalenter Thematisierung. Publizistische Deutungen des Konservatismusbegriffs	143
3.2.	<i>Christliche Politik</i> in säkulareren Zeiten. Selbstverständigungs- diskurse in CDU und CSU in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren	164
3.2.1.	Eine Parteitage-rede mit Sprengkraft. Eugen Gerstenmaier und das Liberale in der Union	166
3.2.2.	Der christlich-soziale Flügel der Union und das <i>hohe C</i> ..	173
3.2.3.	Begriffliche Ausgleichsversuche. <i>Christliche Politik</i> und <i>Konservatismus</i>	179
3.2.4.	Das Selbstverständnis einer christlichen <i>Weltanschauungspartei</i>	186
3.2.5.	Politik im Stile der Union. Selbstzuschreibungen und die Strukturprinzipien politischer Sprache	193
3.3.	„Wir schleppen Begriffe einer verlarvten Sprache mit uns herum“. Sprachverlust, Sprachkritik und Begriffsoffensiven in den 1960er und 1970er Jahren	208
3.3.1.	Die Sprachlosigkeit der Union in den 1960er Jahren und eine Straußsche Begriffsoffensive	208
3.3.2.	Die sprachpolitische Offensive der Union. Sematest und die linguistische Politikberatung in den 1970er Jahren ...	220
3.3.3.	Intellektuelle Sprachkritik in konservativer Absicht	229
3.4.	„1968“, 1969 und die Neuformulierung politischer Sprachen des Konservativen	240
3.4.1.	Im „Kampf ums Heißen“. Intellektueller Konservatismus aus liberalem Geiste	240
3.4.2.	<i>Rechts</i> statt <i>konservativ</i> . Deutsche Kontinuitäten oder die zweite Variante des Konservatismusbegriffs	272
3.4.3.	<i>Konservative</i> Parteien? Die sprachpolitische Herausforderung von CDU und CSU	308
3.4.4.	<i>Parteien der Mitte</i> . Begriffliche Nöte und die programmatische Erneuerung der Union	333
4.	Zwischenbilanz. Politische Sprachen des Konservativen im Vergleich – begriffliche Divergenzen und strukturelle Ähnlichkeiten	355

5. In Europa ins Gespräch gekommen. CDU, CSU und Conservative Party auf der Suche nach einer gemeinsamen politischen Sprache . . .	367
5.1. Eine Geschichte des Sich-Erkennens. Die Parteienkooperation von CDU, CSU und Conservative Party von den 1950ern bis in die 1980er Jahre	368
5.2. <i>Konservative</i> Verbindungen? CDU, CSU und Conservative Party und die Lösung begrifflicher Kalamitäten in Europa	395
5.3. Antisozialistische Einigkeiten im Europa der 1970er Jahre. Strauß, Thatcher und Kohl im Kampf um die <i>Freiheit</i>	410
6. Bilanz	423
7. Abkürzungsverzeichnis	437
8. Quellen- und Literaturverzeichnis	439
8.1. Quellenverzeichnis	439
8.1.1. Ungedruckte Quellen	439
8.1.2. Gedruckte Quellen	439
8.2. Literaturverzeichnis	472
Abstract	515
Personenregister	517

Vorwort

Seitdem eine Welle des Rechtspopulismus Europa und die USA durchzieht, vertraute politische Gewissheiten allenthalben infrage gestellt werden und eine breite Sehnsucht nach vergangenen Welten um sich greift, ist die Frage nach der Gestalt und dem Gehalt des Konservativen plötzlich brandaktuell. Ein rechter Konservatismus scheint herrisch sein Haupt zu erheben und damit ein unheilvolles Gespenst wiederzukehren, das man längst unter den Schutthaufen der Geschichte begraben glaubte. Mit dem Etikett des Konservativen schmücken sich zurzeit nahezu alle rechtspopulistischen Bewegungen – von den Enthusiasten des Brexit, über begeisterte Unterstützer Trumps bis hin zur Alternative für Deutschland (AfD). Verkörpern sie also den zeitgenössischen Konservatismus? Was ist unter dem schillernden Begriff überhaupt zu verstehen?

Dieses Buch zeigt, dass es keine einfachen Antworten auf diese Fragen gibt, dass es sich aber lohnt, sich mit der Suche nach dem Konservativen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Es wurde in London und München geschrieben, getragen von einer reichen Tradition deutsch-britischen historiographischen Austausches im vereinten Europa. Diese zu bewahren und fortzuentwickeln ist unserer Generation angesichts grassierender Entfremdung und Abwendung vom europäischen Projekt nun umso mehr zur Aufgabe gestellt.

Getragen wurde ich bei der Arbeit am Buch zudem von einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, denen mein ganzer Dank gilt. Am Deutschen Historischen Institut London, an dem ich für fünf Jahre arbeiten durfte, fand ich stets ein offenes Ohr, ehrliches Interesse und intellektuelle Herausforderung – zuvorderst bei seinem Direktor, Andreas Gestrich, sowie bei meinen Mit-Fellows Benedikt Stuchtey, Michael Schaich, Markus Mößlang, Kerstin Brückweh, Indra Sengupta, Silke Strickrodt, Jochen Schenk, Valeska Huber und Angela Schattner. Dass das Buch in der Schriftenreihe des DHI London erscheinen kann, ist mir eine Freude, und ich danke herzlich dafür. Es war eine große Bereicherung, das Institut als Knotenpunkt deutscher und britischer Forschung zu erleben und vielfältige Kontakte zu britischen Kolleginnen und Kollegen zu knüpfen. Mein besonderes Dankeschön gilt Christina von Hodenberg, Neil Gregor, Nick Stargardt und Jane Caplan, die mich in ihrer je eigenen Weise begleitet und unterstützt haben.

Die Rückkehr nach Deutschland wurde mir so leicht gemacht, wie sie nur sein kann. Für das „Rückkehrstipendium“ der Max-Weber-Stiftung danke ich ebenso wie für die freundliche Aufnahme im Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo ich eine neue universitäre Heimat gefunden habe. Im Sommersemester 2015 wurde ich von der Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften habilitiert. Dieses Buch basiert auf meiner Habilitationsschrift. Dabei wurde ich von einem nach bayerischem Hochschulrecht eingesetzten Habilitations-Mentorat begleitet, dessen Vorsitz Andreas Wirsching innehatte. Seit mittlerweile fast zwei Jahrzehnten unterstützt und stützt er mich auf meinem wissenschaftlichen Weg in einer Liberalität, die ihresgleichen sucht. Nicht nur dafür

möchte ich ihm, meinem akademischen Lehrer, ganz besonders danken. Wichtige Impulse für die Arbeit haben auch Margit Szöllösi-Janze und Willibald Steinmetz gegeben, zunächst als Beiratsmitglieder des Deutschen Historischen Instituts London und dann als solche des Habilitations-Mentorats. Ihnen und Karsten Fischer, der sich als Politikwissenschaftler auf zeithistorische Perspektiven eingelassen hat, danke ich für ihre stete Begleitung. Besonders erwähnen möchte ich LMUMentoring – die Gespräche mit Alexandra Kertz-Welzel und in der Gruppe der Mentees waren ein großer Gewinn.

Einen Gutteil des Manuskripts habe ich in München geschrieben, unter Bedingungen, deren bessere man sich nicht wünschen kann. Ein Förderstipendium am Historischen Kolleg ermöglichte volle Konzentration und Vertiefung, wofür ich dem Kuratorium des Historischen Kollegs genauso danke wie der Gerda-Henkel-Stiftung, die das Stipendium finanziert hat. Karl-Ulrich Gelberg und Elisabeth Hüls sowie ihrem Team gebührt ein großes Dankeschön ebenso wie meinen Mitstipendiaten im akademischen Jahrgang 2012/13, von denen mir Paul Nolte ein wichtiger Gesprächspartner geworden ist. Fertigstellen konnte ich das Manuskript schließlich am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, wo ich eine ebenso vor Kreativität sprühende wie freundliche und kollegiale Atmosphäre erleben durfte, für die die Kaffeerrunde im zweiten Stock stellvertretend steht. Elke Seefried, Sven Keller, Agnes von Bressensdorf, Johannes Hürter, Niels Weise, Annemone Christians, Bernhard Gotto und Renate Bihl danke ich für ihre freundschaftliche Verbundenheit, dem Direktorenteam um Andreas Wirsching für die Möglichkeit, einfach nur schreiben zu können.

Die Arbeit an den „Hütern der Begriffe“ hat manchen Umweg genommen; sehr profitiert hat sie von der kritischen Diskussion. Bei Workshops, Tagungen und in Lehrstuhlkolloquien konnte ich meine Gedanken zu den politischen Sprachen des Konservativen vorstellen: in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Chemnitz, Edinburgh, Frankfurt am Main, Freiburg, Ivanova, Konstanz, London, Montreal, München, Nottingham, Potsdam und Washington, DC. Für alle Impulse, die ich so gewonnen habe, bin ich sehr dankbar. In den letzten drei Semestern durfte ich zunächst an der Universität Augsburg und schließlich an der Universität Konstanz als Lehrstuhlvertreterin wertvolle Erfahrungen sammeln. Auch sie haben dieses Buch bereichert. Ich danke Dietmar Süß, Jenny Pleinen, Florian Greiner und Stefan Paulus in Augsburg, Sven Reichardt, Jürgen Osterhammel, Nikolai Wehrs, Franz Fillafer, Bianca Gaudenzi, Moritz von Brescius, Martin Rempe und Laura Rischbieter in Konstanz für ihre Offenheit, ihre Hilfsbereitschaft und ihre intellektuelle Neugier.

Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Bibliotheken und Archiven hätte dieses Buch nicht geschrieben werden können. Stellvertretend gilt mein Dank Jeremy McIlwaine für das Conservative Party Archive in der Bodleian Library Oxford, Andrew Riley für das Churchill Archives Centre, Cambridge, Hanns Jürgen Küsters für das Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin, sowie Renate Höpfinger für das Archiv für Christlich-Soziale Politik, München. Elisabeth Heistingner am Institut für Zeitgeschichte, Vivien Schwarzmaier,

Claudia Hefter, Franz Meyer am Historischen Kolleg, Barbara Wolf und Anne Schönthier an der Universität Augsburg, Johannes Pantenburg, Rike Richstein, Jenny Krez und Moritz Gallus an der Universität Konstanz standen mir als studentische Hilfskräfte zur Seite – ein ganz herzliches Dankeschön sei ihnen gesagt, ebenso wie den vielen Praktikantinnen und Praktikanten am Deutschen Historischen Institut London. Auf dem Weg vom Manuskript zum Buch begleiteten mich Markus Mößlang für das Deutsche Historische Institut London sowie Rabea Rittgerodt vom Verlag de Gruyter Oldenbourg mit Nachsicht und Professionalität.

Meiner Familie und meinen Freunden gilt mein größter Dank. Sie können kaum ermessen, wie wichtig sie mir sind und wie sehr sie dieses Buch geprägt haben.

München, im Juni 2017

Martina Steber

1. Einleitung

In seiner Geschichte des Peloponnesischen Krieges (431 bis 404 v. Chr.) beschrieb der attische Zeitzeuge und Historiker Thukydides die Folgen, die der Bürgerkrieg in Hellas für das politische Leben bedeutete. Dessen Fronten verlängerten sich in die griechischen Städte hinein, die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Lagern und Parteiungen vergifteten den Alltag. „Auch die übliche Bedeutung der Begriffe und Bezeichnungen wurde je nach Umständen abgeändert“, berichtet Thukydides,

Tollkühnheit hieß jetzt opfermutiges Eintreten für die Freunde, weise Zurückhaltung hieß verkleidete Feigheit, wer Maß hielt, galt für weibisch, wer grundsätzlich die Vernunft zu Rate zog, für grundsätzlich faul und bequem, aber wer sinnlos dreinschlug, war ein echter Mann. [...] Die zur Führerstellung Gelangten führten die schönsten Worte im Mund, die einen sprachen von der politischen Gleichberechtigung aller Bürger, die anderen von der maßvollen Herrschaft der Edelsten; aber in Wahrheit war ihnen das Gemeinwohl nur eine Zielscheibe ihres persönlichen Eigennutzes.

Als Ursache für diese Pervertierung der Begriffe, aus der Verrohung und Gewalt folgten, machte Thukydides die „Herrschaft“ aus, „die nur nach Macht und Ehre dürstete“.¹ Sein Geschichtswerk diente daher auch dem Zweck, die Begriffe wieder in ihr Recht zu setzen, ihnen ihre Bedeutungsgehalte zurückzugeben, um auf diese Weise Geschichte so schreiben zu können, wie sie denn auch tatsächlich geschehen war.² Die in Unordnung geratene Welt sollte kraft der Sprache wieder in eine wohle Ordnung gesetzt werden.

Nach einer solchen antiken „Harmonie begrenzter und geordneter Begriffe“ sehnte sich Philipp Lord Chandos, der 1902 von Hugo von Hofmannsthal als literarische Figur geschaffen wurde, um die moderne Brüchigkeit von Ich und Welt zu thematisieren. Chandos, ein Mensch der Frühen Neuzeit, beschreibt in einem fiktiven Brief an Francis Bacon, wie ihm abstrakte Begriffe „im Munde wie modrige Pilze“ zerflossen.

Es zerfiel mir alles in Teile, die Teile wieder in Teile, und nichts mehr ließ sich mit einem Begriff umspannen. Die einzelnen Worte schwammen um mich; sie gerannen zu Augen, die mich anstarrten und in die ich wieder hineinstarren muss: Wirbel sind sie, in die hinabzusehen mich schwindelt, die sich unaufhaltsam drehen und durch die hindurch man ins Leere kommt.³

Die Welt war nicht mehr auf den Begriff zu bringen, mittels der Sprache das Geschehene, Erinnernte und Erlebte nicht mehr zu fassen. Das Individuum verlor sich in der überlieferten Sprache. Das war nun eine andere Art von Sprachlosigkeit als jene, von der Thukydides geplagt wurde, und es haftete ihr das Paradox an, dass sie in einer kunstvollen, metaphernreichen Sprache präzise beschrieben wurde.

¹ THUKYDIDES, Der Peloponnesische Krieg, S. 268–269.

² Zu Thukydides' Werk und Wirkung vgl. RENGAKOS und TSAKMAKIS, Brill's Companion to Thucydides; MEISTER, Thukydides als Vorbild der Historiker.

³ HOFMANNSTHAL, Ein Brief, 1979, S. 465–466.

Die Klage über den Verlust der Sprache stimmte auch der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß an.⁴ Eindringlich warnte er die in der Europäischen Demokratischen Union (EDU) zusammengeschlossenen Parteien 1978 davor, sich „ihre angestammte Begriffswelt denunzieren und letztlich nehmen zu lassen, weil der Verlust der Begriffe den Verlust der Sprache und damit den Verlust im politischen Ringen um die Mehrheit“ nach sich zöge.⁵ Strauß machte den politischen Gegner für den Entzug der Sprache verantwortlich, dafür, dass die Bedeutung politischer Begriffe so verändert wurde, dass sie zur Beschreibung des eigenen politischen Standpunkts wertlos wurden. Der Verlust der Sprachhoheit implizierte den Verlust politischer Macht.

Die drei so unterschiedlichen Männer – den attischen Historiker des 5. Jahrhunderts v. Chr., den von Hugo von Hofmannsthal erschaffenen fiktiven Briefschreiber und den bundesrepublikanischen Politiker – einte die Einsicht in die Bedeutung von Sprache und ihre Wirkmächtigkeit. Der Sprachverlust, der jeweils beklagt wurde, war indes auf verschiedenen Ebenen angesiedelt: Im Falle des Lord Chandos wurde er radikal individualisiert beschrieben, im Falle von Thukydides erfasste er die ganze Gesellschaft, der so Verständigung verwehrt blieb und die in eine Orgie von Gewalt und der Umwertung aller Werte abglitt, und im Falle von Strauß betraf er die politische Handlungsfähigkeit in einer massenmedialen Politikarena. Noch ein Weiteres verband die drei Männer: Obwohl sie den Sprachverlust beklagten, stemmten sie sich gegen ihn, hebelten ihn letztlich durch ihre eigene Sprachmacht aus. Thukydides gelang dies im Medium der historischen Erzählung, Lord Chandos mittels eines kunstvoll formulierten Briefes und Strauß warf sich mit der ihm eigenen Unerbittlichkeit rhetorisch in den politischen Kampf um die Begriffe. So sehr sie auch die Sprache aus der Sicht des Zweiflers, des Warners, des Verzweifelten betrachteten, so klar wiesen sie auch auf die vielfältigen Dimensionen der Sprache hin: auf die Sprache als Medium der Verständigung über die Welt, auf die Sprache als Mittel der Welterkenntnis, auf die Sprache als Form individuellen Ausdrucks, auf die Sprache als Konstituens von Gesellschaft, auf die Sprache als Garant für deren Stabilität und auf die Sprache als Instrument der Politik.

„Die Spur zu einem Gedicht ist eine Spur der Sprache, führt durch die Sprache“, bemerkte Ingeborg Bachmann einmal, die als Schriftstellerin ein äußerst reflektiertes Verhältnis zur Sprache pflegte.⁶ Auch Historiker wissen um die Bedeutung der Sprache sowohl für den Weg historischer Erkenntnis als auch für die historiographische Praxis. Die Spur zur Geschichte ist eine Spur der Sprache, führt durch die Sprache, könnte in Anlehnung an Ingeborg Bachmann formuliert werden. Diese sprachliche Spur zur Geschichte ist zunächst eine Spur hin zu den

⁴ Zu Franz Josef Strauß vgl. die beiden Biographien mit jeweils entgegengesetztem politischen Vorzeichen: MÖLLER, Franz Josef Strauß; SIEBENMORGEN, Franz Josef Strauß.

⁵ ACSP, Sammlungen EDU, Pressemitteilung, EDU, CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß: EDU muss geistige Auseinandersetzung um Kollektivismus und Individualismus innerhalb der Demokratie führen, o. D. [1978].

⁶ BACHMANN, Auf den Spuren, S. 189.

Quellen und wiederum aus den Quellen heraus. Denn die Zeugnisse, die die Vergangenheit in so vielfältiger Form hinterlassen hat, sind zum größten Teil in sprachlicher Form überliefert. Sicherlich künden auch Bilder, Gebäude oder andere materiale Artefakte von der Vergangenheit, doch die schriftliche Überlieferung dominiert zumindest in der Neueren Geschichte – rein quantitativ betrachtet – das Quellenmaterial. Dabei tritt uns die überlieferte Sprache zumeist in schriftlicher Form entgegen. Die Sprache, in der die Quellen verfasst sind, ist selbst historisch; sie ist Teil der Geschichte. Die Quellen sprechen zu uns in der Sprache ihrer Zeit. Die Spur zur Geschichte führt den Historiker durch die historische Quellensprache.

Dann aber führt die Spur zur Geschichte auch durch die Sprache historischer Darstellung selbst. Historiker schreiben in der Sprache ihrer jeweiligen Zeit, greifen und begreifen Geschichte in den Begriffen ihrer Gegenwart. Dies gewährleistet einerseits die nötige Distanz zum historischen Gegenstand und ermöglicht die Erfassung historischer Phänomene, die in der Sprache der Zeit so nicht fassbar waren. Andererseits ist auch die Gegenwartssprache gebunden an Raum und Zeit, so dass ein reflektierter Umgang mit den historiographischen Begriffen nottut, mittels derer wir Geschichte begreifen. Die Begriffe der Geschichtsschreibung haben ebenfalls ihre je eigene Geschichte, die es aufzudecken und aufzuarbeiten gilt.⁷ Für die Zeitgeschichte gilt dies ganz besonders, denn, um mit Anson Rabinbach zu sprechen, die „ganze ideologische Last des 20. Jahrhunderts floss auch in die Geschichtsschreibung ein“.⁸

Die Spur zur Geschichte ist eine Spur der Sprache, führt durch die Sprache – die vorliegende Arbeit sucht diese Erkenntnis ernst zu nehmen. Sie analysiert den historischen Wandel der politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren und reflektiert zugleich die historiographischen Begriffe zur Beschreibung des Phänomens. Für den Begriff *Konservatismus* ist diese doppelte Reflexionsebene von besonderem Belang, gehört er doch zu den schwierigsten Begriffen sowohl des politischen als auch des historiographischen Vokabulars der deutschen Sprache. Dass die Spur zur Geschichte des Konservativen tatsächlich durch die Sprache führt, wird diese Arbeit zeigen.

Wenn sich Franz Josef Strauß Ende der 1970er Jahre um seine begriffliche Definitionshoheit sorgte, so stimmte er in einen stimmungsgewaltigen Chor von Intellektuellen und Politikern ein, die ein Deutungsmonopol der ‚Linken‘ über die Begriffe der politischen Sprache beklagten. Der Verdacht, dass ‚die Linke‘ mittels zielgerichteter Begriffspolitik die Bedeutung der Begriffe manipulierte, die die demokratische Verfassungsordnung trugen, um auf leisen Sohlen ihren sozialistischen Traum zu realisieren, geisterte durch Feuilletons, Akademietagungen und Parteitage gleichermaßen. In Großbritannien nutzte Margaret Thatcher, 1975 zur Parteiführerin der Conservative Party gewählt, dieses Argument und verortete

⁷ Vgl. DIPPER und KOSELLECK, Begriffsgeschichte, S. 190.

⁸ RABINBACH, Begriffe aus dem Kalten Krieg, S. 73.

ihre eigenen Anstrengungen um die Reform der Partei und des Landes in einem „war of words“ – einem Krieg der Worte.⁹ In beiden Ländern thematisierten Konservative in den 1970er Jahren die Bedeutung von Sprache in der Politik, mehr noch, sie warfen sich geradezu in den politischen Kampf um die Begriffe. Dabei nahmen sie jeweils die Position dessen ein, der sich dem Schutz der Begriffe verpflichtet fühlte. Sie sahen sich als „Hüter der Begriffe“. Diese Formel prägte der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis zu Beginn der 1970er Jahre, und sie traf das Selbstverständnis der sich in einem Begriffskampf wählenden Zeitgenossen.¹⁰ Um den Verlust der Begriffe sorgten sich in beiden Ländern ausschließlich Konservative. Deutet das auf ein spezifisches Verhältnis der Konservativen zur Sprache hin?

Folgt man der sprachlichen Spur zur Geschichte des Konservativen am bundesrepublikanischen wie britischen Beispiel, stößt man sehr schnell auf ein Sprachproblem ganz eigener Art: Was bedeutet der politische Begriff *Konservatismus*, was umfasst er, was bezeichnet er? Blickt man nach Großbritannien, so erscheint vor dem Historikerauge eine einflussreiche, mächtige Partei, die Conservative and Unionist Party, die über weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts in Regierungsverantwortung stehend die Geschicke des Vereinigten Königreichs maßgeblich bestimmt hat. Der Konservatismus erscheint neben dem Liberalismus und dem Sozialismus als eine der drei dominierenden und miteinander ringenden politischen Strömungen der neuesten Geschichte. Diese Lesart wird von der historischen Forschung ein ums andere Mal aufs Neue bekräftigt. Beim Blick auf die Bundesrepublik erkennt der Historiker dagegen nichts Vergleichbares. Eine konservative Partei konnte sich, so die gängige Interpretation, nach dem Ende der Deutschen Partei (DP) in den frühen 1960er Jahren nicht durchsetzen, der Konservatismus hatte nach der verheerenden Allianz mit dem Nationalsozialismus ausgedient. Christlich-Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU) konstituierten sich als christdemokratische und nicht als konservative Parteien. Allein in der Abgeschlossenheit intellektueller Debatten konnte sich ein bundesrepublikanischer Konservatismus halten, der sich in technokratischer Gestalt mit der Moderne ausgesöhnt hatte, aber zur Demokratie weiterhin in skeptischer Distanz verharrte. Nur um den Münsteraner Philosophen Joachim Ritter entwickelte sich eine Schule liberalkonservativen Denkens.¹¹ Der Konservatismus war in der Bundesrepublik in dieser Lesart eine „kupierte Alternative“, eine intellektuelle Sammlung am rechten Rand, wie Frank Lothar Kroll diese Sicht der Dinge pointiert zusammenfasst.¹²

Auf Schwierigkeiten stößt diese Interpretation, wenn sie in einen weiteren internationalen Zusammenhang gebracht wird, zumal dann, wenn die bundesrepublikanische und die britische Entwicklung aufeinander bezogen werden.

⁹ Vgl. MTFW, 102947, Margaret Thatcher, Speech to Finchley Conservatives, 31. 1. 1976.

¹⁰ 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 11.

¹¹ Vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

¹² Vgl. KROLL, Die kupierte Alternative.

Denn das, was unter *konservativ* in der politischen Sprache der Bundesrepublik allgemein verstanden wird und auch die historiographische Analyse leitet, hat mit dem britischen Konservatismus wenig gemein. Hier klafft ein großer begrifflicher Hiatus. Dazu kommt, dass Conservative Party und CDU/CSU bei einem genaueren Blick sich nicht so diametral voneinander unterschieden, wie die jeweils nationalgeschichtlichen Narrative vorgeben; in vielen Politikfeldern vertraten sie ähnliche Konzepte, während sie naturgemäß in anderen divergierten. Das traf aber auch auf viele christdemokratische Parteien in Europa zu. Das interpretative Modell wird zumal dann brüchig, wenn die für die bundesrepublikanische wie britische Geschichte seit den frühen 1960er Jahren herausgearbeiteten Momente des kulturellen und politischen Wandels einbezogen werden: Welchen Einfluss nahmen Säkularisierung, Liberalisierung und Europäisierung auf die Entwicklung des Konservatismus in beiden Ländern? Siegte in Großbritannien unter Thatcher ein transatlantischer Neoliberalismus, wie vielfach behauptet? Ist der Thatcherismus überhaupt als konservativ zu charakterisieren? Entging der bundesrepublikanische Konservatismus der ‚Westernisierung‘?¹³

Stellt man solche Überlegungen an, befindet man sich, um mit Jörn Leonhard zu sprechen, auf der „Klippe des semantischen Nominalismus“. Die divergierenden Interpretationen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik rühren aus einer sehr verschiedenen Geschichte, die der Konservatismusbegriff in beiden Ländern durchlaufen hat. Historiographische Interpretation und Begriffsgeschichte sind ineinander verwoben. Die „unreflektierte Übernahme eines Begriffs aus dem politisch-sozialen Vokabular eines Landes und seine semantische Gleichsetzung mit dem vermeintlichen Wortäquivalent aus dem politischen Diskurs eines anderen Landes“ führen ganz generell zur Verzerrung historischer Erkenntnis.¹⁴ Doch beim Begriff des *Konservatismus* stellt sich das Nominalismusproblem so stark wie bei keinem anderen Grundbegriff des europäischen politischen Vokabulars nach 1945. Dabei befindet sich der vergleichende Historiker in einer „aporetischen Situation“, die von Reinhart Koselleck, Ulrike Spree und Willibald Steinmetz beschrieben wurde. Jeder semantische Vergleich ist – bildlich ausgedrückt – in der Sprache gefangen, denn er hängt von „der Übersetzbarkeit sprachlich je verschiedenartig gespeicherter Erfahrungen ab, die aber als Erfahrungen an die Einmaligkeit der jeweiligen Sprache zurückgebunden bleiben“. In der Übersetzung verlieren sich diese historischen Schichten der Begriffe. Sie müssen also transparent gemacht werden. Dafür steht dem Historiker aber nur die gängige Sprache bereit, die wiederum ihre Geschichte mit sich trägt. Um dem zu entgehen, bedürfte es einer „Metasprache“.¹⁵ Während sich die Literatur tatsächlich auf die Suche nach einer „neuen Sprache“ begeben kann, ihr eine „Gangart“ zu geben vermag, „die sie nirgendwo sonst erhält außer im sprachlichen Kunst-

¹³ Vgl. DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich sind die Deutschen?*.

¹⁴ LEONHARD, *Von der Wortimitation zur semantischen Integration*, S. 45; zum Nominalismusproblem ebenfalls LEONHARD, *Liberalismus*, S. 81–85.

¹⁵ KOSELLECK et al., *Drei bürgerliche Welten?*, S. 413.

werk“, wie Ingeborg Bachmann einmal formulierte,¹⁶ steht der Geschichtsschreibung diese Möglichkeit nicht offen. Der einzig realisierbare Ausweg aus dieser aporetischen Situation besteht in der beständigen Reflexion und Historisierung der Begriffe – sowohl jener, die in den Quellen entgegentreten, wie auch der analytischen Begriffe, mit deren Hilfe ein historisches Phänomen erst erschlossen werden kann.

Die vorliegende Arbeit nimmt dies auf und analysiert den Begriff *Konservatismus* konsequent als historischen Begriff. Gleichzeitig sucht sie das Phänomen des Konservatismus zu beschreiben, seine historische Entwicklung im deutsch-britischen Vergleich zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren zu verstehen. Dafür ist ein Modell nötig, das geeignet ist, einerseits zu erklären, wie diese Form politischen Denkens und Handelns über die Jahrzehnte hinweg erkennbar blieb, wie Konstanz und Kontinuität realisiert werden konnten, und das andererseits verstehen hilft, wie ein hohes Maß an Variation, Flexibilität und Wandel damit in Einklang gebracht wurden. Welche Modelle des Konservatismus bietet die Forschung an?

Zu erklären suchen alle Modellbildungen einerseits die Kontinuität konservativen Denkens und Handelns seit der Entstehung des modernen Konservatismus an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert; sie stellen die Frage nach jenen Elementen, die für Konstanz und Erkennbarkeit sorgten, die dem Konservativen ein charakteristisches Gepräge verliehen. Andererseits suchen sie die Variationsbreite des Konservatismus zu erklären, die beträchtlich war, zumal wenn eine internationale Perspektive angelegt wird. Sie positionieren sich damit gegen solche Interpretationen, die den Konservatismus als vornehmlich nationales Phänomen begreifen. John Pocock etwa sieht britischen und US-amerikanischen Konservatismus als unvereinbar an,¹⁷ Michael Oakeshott kultiviert die These vom Exzeptionalismus des britischen Konservatismus,¹⁸ Martin Greiffenhagen weist auf die eklatanten Unterschiede in der Konstituierung des Konservatismus in Großbritannien und Deutschland hin, um daraus die Spezifik eines „deutschen Konservatismus“ abzuleiten,¹⁹ und Klaus Epstein zeigt sich auf Grund der jeweiligen Eigenwege nationaler Geschichte skeptisch gegenüber dem Projekt einer europäischen Geschichte des Konservatismus.²⁰ Der Zweifel rührt aus einem Verständnis des Konservativen als traditionsverhaftetes, vornehmlich reaktives und daher theoriefernes Phänomen: „Das Conserviren ist eben bei jedem Volke ein anderes, wie jedes Volk selbst ein anderes ist“, argumentierte der Historiker und preußische Politiker Heinrich Leo 1864.²¹ Dagegen gehen die Modellbildungen von einem Kern des Konservatismus aus, der allen Varianten gleich ist, verstehen den Konservatismus

¹⁶ BACHMANN, Frankfurter Vorlesungen, S. 263.

¹⁷ Vgl. POCOCK, Introduction, S. VII.

¹⁸ Vgl. z. B. OAKESHOTT, Contemporary British Politics, 1947–1948; dazu: ECCLESHALL, The Doing of Conservatism, S. 284–285.

¹⁹ GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, S. 17–19.

²⁰ Vgl. EPSTEIN, The Genesis of German Conservatism, S. 6–7.

²¹ LEO, Was ist konservativ?, 1864, S. 23.

zum einen als festen Bestandteil der westlichen Moderne und zum anderen als theoretisierbares Phänomen. Sie weisen damit auch die These von Panajotis Kondylis zurück, der den Konservatismus als vormodernes Phänomen interpretiert und mit dem Ende des Ancien Regime untergegangen glaubt.²²

Letztlich sind zwei Varianten der Modellbildung zu unterscheiden. Die erste nimmt von Karl Mannheims Idee einer „Morphologie konservativen Denkens“ ihren Ausgangspunkt, die dieser im Rahmen seiner wissenssoziologischen Konservatismus-Studie 1927 ausbreitete. Mannheim suchte die „wesentlichen Charakterzüge“ des Konservatismus zu fassen,²³ die er im „Sichklammern an das unmittelbar Vorhandene, praktisch Konkrete“ und in einem Zeiterleben, das von der Vergangenheit seinen Ausgang nahm, identifizierte. Erst wenn die überlieferten Zustände infrage gestellt würden, werde das „konservative Erleben [...] reflexiv, [...] seiner Eigenart bewusst“;²⁴ formiere sich konservatives Denken zu einem „dynamischen Strukturzusammenhang“.²⁵ Der Konservatismus habe sich in Opposition zum „bürgerlich-revolutionären“ wie „naturrechtlichen“ Denken konstituiert und sei unter anderem durch eine Betonung von „Geschichte“, „Leben“, „Volk“, der „Irrationalität der Wirklichkeit“, des „Qualitativen“, der Organismusidee, einem Glauben an die „Totalität“ und eine „dynamische Konzeption der Vernunft“ charakterisiert.²⁶ Mannheim also schrieb konservativem Denken feste, unveränderliche Inhalte zu.

Darin folgten ihm unzählige Konservatismus-Interpreten bis heute. Einer ihrer international einflussreichsten war Russell Kirk, der 1953 sechs Grundprinzipien konservativen Denkens definierte: erstens, den Glauben an eine transzendente Ordnung oder einen naturrechtlichen Korpus (und in diesem Punkt Mannheim widerspricht); zweitens, die Überzeugung von der unendlichen Vielfalt und dem Geheimnis menschlichen Lebens, das sich aller Abstraktion und Uniformierung entziehe; drittens, jene von der hierarchischen Ordnung der Gesellschaft und der prinzipiellen Ungleichheit; viertens, die Idee, dass Freiheit und Eigentum engstens miteinander verknüpft sind; fünftens, das Vertrauen auf das Überlieferte, auf Brauch, Gewohnheit und etablierte Regeln; sechstens, der Zweifel gegenüber unkalkulierter Reform, gegenüber einem Zuviel an Innovation.²⁷ In vielfältiger Variation und Länge bietet die Forschung solche Kataloge zur Definition des Konservatismus. Axel Schildt führt in seiner profunden Studie zum deutschen Konservatismus die „Religiosität gegenüber der Betonung diesseitiger Vernunft, die transzendente Legitimation politischer Herrschaft, die Verteidigung der konkret gegebenen sozialen und politischen Ungleichheit und des ‚organisch‘ Gewachsenen in Staat und Gesellschaft gegenüber rationalistischen Konstruktionsprinzipien und revolutionärer Veränderung“ an, dem wiederum die „Bejahung von gottgege-

²² Vgl. KONDYLIS, Konservatismus.

²³ MANNHEIM, Konservatismus, S. 111.

²⁴ Ebd., S. 125.

²⁵ Ebd., S. 127.

²⁶ Ebd., S. 133–135.

²⁷ KIRK, *The Conservative Mind*, 1953, S. 8–9.

bener und historisch gewachsener Hierarchie und Autorität gegenüber dem liberalen Prinzip der Volkssouveränität sowie Skepsis gegenüber den Folgen gesellschaftlicher Modernisierung“ gegenüberstehe.²⁸ Um einiges ausdifferenzierter präsentiert sich der Katalog konservativer „Axiome und Topoi“, den Kurt Lenk zusammenstellt,²⁹ genauso wie die Auflistung „of assumptions, predispositions, arguments, themes, and metaphors“, mithilfe derer Jerry Z. Muller den Konservatismus in den Griff zu bekommen sucht.³⁰ Dagegen reduziert Robert Eccleshall ausgehend vom britischen Beispiel den Konservatismus auf einen einzigen inhaltlichen Kern: die Verpflichtung auf die Ungleichheit und das daraus folgende Konzept der „ordered liberty“, der „geordneten Freiheit“.³¹ Diese Form der Modellbildung über die Definition inhaltlicher Kriterien ist in der historischen wie politikwissenschaftlichen Forschung etabliert, die vor allem durch ihre Repetition in Lexikonartikeln eine weite Verbreitung gefunden hat.³² Sie stellt aber auch die bevorzugte Art und Weise dar, mittels derer Konservative aller Couleur selbst ihr Denken beschreiben und ihm so historische Tiefe zu geben suchen.

Einen anderen, in der historischen Forschung bislang nicht rezipierten Ansatz wählt der britische Politikwissenschaftler Michael Freedon. Er versteht den Konservatismus als sprachliche Struktur, als ein Netz von Begriffen, dem eine charakteristische „Morphologie“ zu eignen ist. Dem zugrunde liegt Freedens Ideologietheorie, die von einem neutralen, angelsächsisch geprägten Begriff der „ideology“ ausgeht und ganz allgemein Systeme politischen Denkens fasst. „Ideologies“, so definiert Freedon, „are complex combinations and clusters of political concepts in sustainable patterns“.³³ Ihre spezifische Bedeutung erhalten politische Begriffe durch die jeweilige morphologische Struktur, in der sie platziert werden. Denn den Kern von Freedens Theorie bildet die an Walter Bryce Gallie geschulte Beobachtung, dass die zentralen Begriffe des politischen Vokabulars über eine hohe Bedeutungsbreite verfügen, dass sie vage, unpräzise und letztlich nicht definierbar seien.³⁴ Um ihre Bedeutung wird beständig gestritten. Zur Konturierung ihrer eigenen Position streben die am politischen Diskurs Beteiligten folglich jeweils danach, die Begriffsbedeutung festzuzurren, die Bedeutungsfülle eines Begriffs eklatant zu reduzieren. Dieses Spiel von „contestation“ und „decontestation“ beherrscht die politische Kommunikation. „An ideology“, so fasst Freedon zu-

²⁸ SCHILDT, *Konservatismus in Deutschland*, S. 12–13.

²⁹ Vgl. LENK, *Deutscher Konservatismus*.

³⁰ MULLER, *Introduction*.

³¹ ECCLESHALL, *The Doing of Conservatism*.

³² Vgl. z. B. „Konservatismus“, 1990; „Konservatismus“, 2006; „Conservatism“, 2010.

³³ FREEDON, *Ideology*, S. 51; für eine ausführliche Herleitung vgl. ders., *Ideologies and Political Theory*; außerdem in *Variation* ders., *Thinking Politically and Thinking about Politics*; ders., *Conclusion*; ders., *Concepts, Ideology and Political Theory*; für eine begriffsgeschichtliche Auseinandersetzung vgl. ders., *Ideology and Conceptual History*.

³⁴ Vgl. GALLIE, *Essentially Contested Concepts*; CONNOLLY, *Essentially Contested Concepts*; ders., *The Terms of Political Discourse*; COLLIER et al., *Essentially Contested Concepts*. Für einen Vergleich der Ansätze von Gallie und Koselleck vgl. RICHTER, *Koselleck on the Contestability of „Grundbegriffe“*.

sammen, „is a wide-ranging structural arrangement that attributes *decontested* meanings to a range of mutually defining political concepts“.³⁵ Es sind diese semantischen Strukturen, die für Konstanz und Wiedererkennbarkeit sorgen. Zugleich gewährleisteten sie eine beträchtliche Variationsbreite – Freedens verwendet dafür die Metapher der „ideological families“. Auch den Konservatismus versteht Freedens als eine solche, variantenreiche ideologische Familie.

Dessen morphologische Struktur, „the law of conservative structure“, sieht Freedens durch vier Grundelemente konstituiert: erstens, einem Widerstand gegenüber Veränderung, so sie nicht als organisch und natürlich wahrgenommen werde; zweitens, dem Glauben, dass die Gesetze und Kräfte, die den Menschen bestimmten, der menschlichen Gestaltbarkeit entzogen seien, aus „extra-human origins“ flössen; drittens, der Formung relativ stabiler Begriffe als Reaktion auf progressives Denken aller Art; sowie, viertens, einer großen Flexibilität in der Verwendung von Begriffen, um unter sich verändernden Bedingungen die spezifisch konservative Konzeption von Wandel schützen zu können. Der Konservatismus zeichne sich deshalb durch ein hohes Maß an Adaptionfähigkeit aus. Diese werde aber gleichzeitig von der Abhängigkeit von seinem progressiven Widerpart unterminiert, denn je stärker die konservative Gegenreaktion ausfalle, desto präziser würden die Begriffe definiert und desto unflexibler gestaltete sich seine semantische Struktur angesichts neuer Herausforderungen. In gewisser Hinsicht folgt Freedens in seiner Konservatismus-Definition Karl Mannheim – die ersten beiden seiner vier Grundelemente der konservativen Morphologie markieren inhaltliche Positionen, während das dritte Grundelement die These von der dominant reaktiven Gestalt des Konservatismus aufnimmt. Freedens selbst hat sich vor allem mit dem Liberalismus beschäftigt,³⁶ so dass es sicherlich nötig ist, seine Bestimmung des Konservatismus mittels einer historischen, quellenbasierten Analyse zu überprüfen.

Nichtsdestoweniger wird sich die vorliegende Arbeit an Freedens theoretischem Ansatz orientieren. Sie begreift den Konservatismus als von charakteristischen Strukturprinzipien bestimmte Sprachstruktur, die konservativem Denken und Handeln Konstanz gab und für seine Wiedererkennbarkeit sorgte. Auch sein Variantenreichtum drückte sich zuvorderst sprachlich aus, so dass – zumal im internationalen Vergleich – kaum von ‚einer‘ politischen Sprache des Konservatismus ausgegangen werden kann. Vielmehr existierten eine Vielzahl von politischen Sprachen des Konservativen, die jedoch dieselbe Morphologie, d. h. dieselbe innere Strukturierung, teilten. Statt von ‚dem‘ Konservatismus ist es daher angebrachter, von Konservatismen zu sprechen bzw. von politischen Sprachen des Konservativen. Der Arbeit liegt die Hypothese zugrunde, dass vier morphologische Strukturprinzipien die politischen Sprachen des Konservativen entscheidend prägten: Erstens, das Strukturprinzip der Zeitlichkeit, das für ein Gleichgewicht der drei Zeitdimensionen, von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, sorgte;

³⁵ FREEDEN, *Ideology*, S. 54, Hervorhebung im Original.

³⁶ Vgl. z. B. FREEDEN, *Liberal Languages*.

zweitens, das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese, mittels dessen das konservative Streben nach *Maß* und *Mitte* sprachlich realisiert wurde; drittens das Strukturprinzip der Repetition und Aktualisierung, das dem konservativen Prinzip des Bewahrens, des Hütens der Begriffe entsprach; und viertens das Strukturprinzip der Gegensatzbildung, das einerseits aus der Abwehrhaltung gegenüber einem Zuviel an Neuerung und andererseits aus der Frontstellung zunächst gegenüber liberalem und dann auch sozialistischem bzw. sozialdemokratischem Denken rührte. Erst im Zusammenklang verliehen sie den politischen Sprachen des Konservativen ihre charakteristische Morphologie, das ist wichtig zu betonen. Sie waren aufeinander bezogen und standen gleichermaßen in Spannung zueinander; die Bedeutung, die einzelnen Strukturprinzipien zugemessen wurde, variierte und stellte ein entscheidendes Moment in der Veränderungsdynamik politischer Sprachen des Konservativen dar.

Mit Michael Freedens folgt diese Arbeit der Spur der Sprache auf dem Weg zu einer Geschichte des Konservativen, indem sie Politik als Kommunikationsprozess konzeptualisiert, in den eine Vielzahl von Sprechern, Schreibern, Zeichnern und Gestaltern einbezogen sind. Freedens Aufmerksamkeit für die politische Sprache erhielt einen ihrer Impulse aus Deutschland, genauer: aus Bielefeld. Dort hatte Reinhart Koselleck über Jahrzehnte das geschichtswissenschaftliche Konzept der Begriffsgeschichte entwickelt und in dem gewaltigen Lexikonprojekt der *Geschichtlichen Grundbegriffe* akribisch umgesetzt. Die „Grundbegriffe“ als jene Begriffe definierend, „ohne die keine politische und keine Sprachgemeinschaft auskommt“,³⁷ die „unaustauschbar“ sind,³⁸ nahm die Begriffsgeschichte ihren Ausgang von dem Postulat, dass die Sprache die „methodisch irreduzible Letztinstanz“ darstelle, „ohne die keine Erfahrung und keine Wissenschaft von der Welt oder von der Geschichte zu haben“ seien.³⁹ Das Lexikon verfolgte die Entwicklung der Grundbegriffe des modernen politischen Vokabulars in Deutschland, die sich zwischen der Mitte des 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts konstituierten. Sie zeichnete sich, so Kosellecks weit verbreitete These, in dieser „Sattelzeit“ durch vier prozesshafte Merkmale aus: Die Begriffe wurden a) demokratisiert, d. h. von allen sozialen Schichten verwendet, b) verzeitlicht, d. h. sie erhielten eine lineare innere zeitliche Struktur, c) ideologisiert, mithin vom Konkreten abstrahierbar, und d) politisiert, wurden also Teil der politischen Auseinandersetzung.⁴⁰ Auch Koselleck erkannte die Vielschichtigkeit und Bedeutungsbreite politischer Begriffe und unterstrich den politischen Streit, der um ihre Bedeutungsdimensionen notwendiger Weise geführt werden musste: Begriffe werden im politischen Diskurs geprägt, verändert, wieder und wieder neu festgeschrieben. Darüber hinaus wies Koselleck nachdrücklich auf die Zeitstruktur von Begriffen des modernen politischen Vokabulars hin. Sie verfügen einerseits über

³⁷ KOSELLECK, Stichwort: Begriffsgeschichte, S. 99.

³⁸ DIPPER und KOSELLECK, Begriffsgeschichte, S. 193

³⁹ KOSELLECK, Stichwort: Begriffsgeschichte, S. 99.

⁴⁰ Vgl. KOSELLECK, Einleitung, S. XV–XIX. Zur Diskussion der Sattelzeit-These vgl. JOAS und VOGT, Begriffene Geschichte, Tl. IV: Prüfungen der Sattelzeitthese.

eine je eigene Geschichte, die sich in ihrem Bedeutungshaushalt niederschlägt; Begriffe bewahren, so Koselleck, die „Vergangenheit in unserer Sprache“. ⁴¹ Dafür prägte er die Metapher vom „Erfahrungsraum“, um diese historischen Tiefenschichten zu fassen. Andererseits besitzen sie eine Zukunftsdimension, weisen über die Gegenwart hinaus. Sie spannen einen „Erwartungshorizont“ auf, besitzen eine je eigene Struktur der Zeitlichkeit. ⁴² Koselleck mochte sein Konzept der Begriffsgeschichte als Beitrag zu einer Sozialgeschichte verstanden wissen, wollte das Nachdenken über die Begriffe aus der Philosophie- und Ideengeschichte lösen. Im Sinne eines Fragens nach den „Strukturen und deren Wandel, [...] nach den sprachlichen Vorgaben, unter denen solche Strukturen in das gesellschaftliche Bewusstsein eingegangen, begriffen und auch verändert worden sind“, sollte die Begriffsgeschichte die Sozialgeschichte aufschließen helfen. ⁴³ Dieser Anspruch wurde nur selten eingelöst, die Lexikonartikel der *Geschichtlichen Grundbegriffe* basierten in weiten Teilen auf Texten des intellektuellen und politischen Höhenkamms. ⁴⁴ Dies vermerkte die Kritik ebenso wie die methodisch problematische Isolierung einzelner Begriffe. ⁴⁵

Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde, von der Kritik an Kosellecks Konzept ausgehend, die Begriffsgeschichte zu einer international betriebenen Historischen Semantik weiterentwickelt, indem kultur- und sprachwissenschaftliche Impulse aufgenommen und diskursanalytische Ansätze fruchtbar gemacht wurden. ⁴⁶ Zudem wurde die deutsche begriffshistorische Tradition in einen Dialog mit der Ideengeschichtsschreibung der Cambridge School gebracht, die sich mit den Namen Quentin Skinner und John Pocock verbindet. ⁴⁷ Historiker, Linguisten, Computerlinguisten, Politikwissenschaftler und Philosophen brachten und bringen ihre je eigenen Sichtweisen in die Historische Semantik ein. Dementsprechend multiperspektivisch, offen und interdisziplinär versteht sich die Historische Semantik, so dass eine Vielzahl von methodischen Zugängen und praktischen Umsetzungen in ihrem Rahmen erprobt werden.

Zum einen konzeptualisiert die Historische Semantik – anders als die Kosellecksche lexikographische Begriffsgeschichte – Begriffe in ihrer jeweiligen semantischen Umgebung, richtet ihr Interesse also auf semantische Netze, Begriffsclus-

⁴¹ KOSELLECK, Die Geschichte der Begriffe und die Begriffe der Geschichte, S. 58.

⁴² Vgl. KOSELLECK, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“; zu Kosellecks Theorie der Zeiten vgl. JORDHEIM, Against Periodization. Zu den Potenzialen einer Zeit-Geschichte vgl. GEPPERT und KÖSSLER, Zeit-Geschichte als Aufgabe.

⁴³ KOSELLECK, Sozialgeschichte und Begriffsgeschichte, S. 24.

⁴⁴ Vgl. KOLLMEIER, Begriffsgeschichte, S. 6.

⁴⁵ Die Kritik wird ebd. konzise zusammengefasst.

⁴⁶ Vgl. ebd.; STEINMETZ, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte; BUSSE, Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte?; HÖLSCHER, Zeit und Diskurs; GUILHAUMOU, Geschichte und Sprachwissenschaft; für die Historische Semantik in der Sprachwissenschaft vgl. FRITZ, Historische Semantik; für einen Überblick über die Diskursanalyse vgl. LANDWEHR, Historische Diskursanalyse.

⁴⁷ Vgl. PALONEN, Die Entzauberung der Begriffe; LEONHARD, Grundbegriffe und Sattelzeiten; zur Cambridge School vgl. u. a. HELLMUTH und EHRENSTEIN, Intellectual History Made in Britain; ROSA, Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie.

ter, Argumentationsstrukturen, Metaphern oder semantische Felder,⁴⁸ um politische Sprachen im Sinne John Pococks zu identifizieren: als charakteristische, wiedererkennbare Sprachstrukturen mit je eigener Grammatik und Regelmäßigkeiten, die dem Denken, Sprechen und Handeln Richtung zu geben vermögen.⁴⁹ Doch sie geht über die Sprache hinaus, indem sie die Bedeutung nicht-sprachlicher Zeichen für die Kommunikation unterstreicht. Die Historische Semantik weiß sich zum anderen sprachpragmatischer Erkenntnisse verpflichtet und richtet ihren Blick auf Kommunikationsprozesse, auf konkrete „Situationen des Wortgebrauchs“ als „Momente der Formulierung, Durchsetzung oder Zurückweisung von Begriffen“.⁵⁰ Damit rücken die Akteure stärker in den Mittelpunkt der Analyse, wird die Handlungsdimension sprachlichen Ausdrucks betont. Ein solch sprachpragmatischer Ansatz erlaubt es, die „Geschichte einer Begriffsdurchsetzung“ zu verfolgen,⁵¹ schärft aber gleichzeitig das Verständnis für solche Kommunikationssituationen, in denen das Beschriebene eben nicht auf den Begriff zu bringen war, etwa weil Begriffe durch ihre Integration in totalitäre Vokabularien als diskreditiert galten.⁵² Besonders für die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts öffnen sich so neue Zugänge, die diese spezifische Dimension des „Sagbaren“ – oder eben „Nicht-Sagbaren“ – zu reflektieren imstande sind.⁵³ Nicht zuletzt macht die Historische Semantik transfergeschichtliche Ansätze fruchtbar, wenn sie nach Übersetzungsprozessen, Bedeutungstransfers und der transnationalen Dimension nationalsprachlicher Begriffe fragt.⁵⁴ Historische Semantik umfasst nach Willibald Steinmetz „Forschungen zu Veränderungen sowohl im regelhaften Gebrauch sprachlicher (und anderer) Zeichen als auch in der Beziehung dieser Zeichen zu kognitiven Korrelaten (Begriffen) als auch in der Referenz dieser Zeichen auf außersprachliche Sachverhalte“.⁵⁵ Politik wird im Sinne einer Kulturgeschichte der Politik dann auch als fortwährender Kommunikationsprozess verstanden, in dem Bedeutungen „produziert und erst durch die Wiederholung (und die Erwartung der Wiederholung) zu geteilten Tatbeständen werden“.⁵⁶

⁴⁸ Vgl. bereits SCHULTZ, Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte; außerdem REICHARDT, Wortfelder – Bilder – semantische Netze; Koselleck nahm diese Anregungen auf und integrierte sie in sein Konzept, vgl. KOSELLECK, Stichwort: Begriffsgeschichte, S. 101.

⁴⁹ Vgl. POCOCK, The Concept of a Language and the Metier d'Historien; in Bezug auf den begriffshistorischen Ansatz: POCOCK, Concepts and Discourses; SKINNER, Retrospect: Studying Rhetoric and Conceptual Change. Für Ansätze der Frühneuezeitforschung vgl. SERESSE, Zur Praxis der Erforschung politischer Sprachen.

⁵⁰ STEINMETZ, Neue Wege, S. 17.

⁵¹ KOLLMEIER, Begriffsgeschichte, S. 12.

⁵² Vgl. BENDIKOWSKI und HÖLSCHER, Political Correctness; STEINMETZ, Political Languages in the Age of Extremes.

⁵³ Zum Begriff vgl. STEINMETZ, Das Sagbare und das Machbare.

⁵⁴ Vgl. STEINMETZ, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte, S. 192–197; PERNAU, Whither Conceptual History?; MARIANEN, Undermining Methodological Nationalism; DEN BOER, National Cultures, Transnational Concepts; RICHTER, More than a Two-Way Traffic; JUNEJA und PERNAU, Lost in Translation?.

⁵⁵ STEINMETZ, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte, S. 183.

⁵⁶ Vgl. MERGEL, Kulturgeschichte der Politik; FREVERT, Neue Politikgeschichte; bezogen auf die Historische Semantik: STEINMETZ, Neue Wege; ders., New Perspectives, S. 4; CRAIG und

Neben Michael Freedens linguistisch grundierter Theorie politischer Ideologie ist die Historische Semantik die zweite Inspirationsquelle dieser Arbeit. Sie untersucht und vergleicht die Entwicklung des Begriffs *Konservatismus* bzw. *Conservatism* in der Bundesrepublik und in Großbritannien zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren. Der Konservatismusbegriff dient der vergleichenden Arbeit als *Tertium Comperationis*. Dabei werden mit Angelika Linke Begriffe als „minimale *Kristallisationskerne* von Diskursen bzw. als deren *Verdichtungen*“ verstanden.⁵⁷ Dieser diskursive Ansatz setzt einen neutralen Diskursbegriff voraus. Als Diskurs wird mit Lucian Hölscher eine „ex post rekonstruierbare Struktur eines sozial und thematisch eingegrenzten Diskussionszusammenhangs“ verstanden, der sich über die „Kontinuität gleicher oder ähnlicher Fragestellungen, Argumente und Betrachtungsweisen über einen längeren Zeitraum hinweg“ ausbildet.⁵⁸ Grundbegriffe, so unterstreicht Jörn Leonhard, „entstehen und funktionieren nur im Diskurs, der nicht ohne sie zu denken ist“; sie sind interdependent.⁵⁹

Der Konservatismusbegriff ist, wie alle Grundbegriffe des politischen Vokabulars, in unterschiedliche semantische Netze eingebettet, die seine Analyse daher aufzuschließen vermag. In beiden Ländern gehört er zu den heftig umstrittenen Begriffen; um seine Bedeutung wird beständig gerungen – in intellektuellen Debatten, politischen Auseinandersetzungen, parteipolitischen Diskussionen, publizistischen Kontroversen. Hinzu kommt, dass er als Schlüsselbegriff der politischen Sprachen des Konservativen fungiert, als ein Begriff der Selbstbeschreibung und Selbstthematisierung. Zugleich gehen die politischen Sprachen des Konservativen nicht im Begriff des *Konservatismus* auf. Anstatt vorauszusetzen, dass sich ihre Morphologie, ihre innere Struktur, im Konservatismusbegriff kristallisiert, interessiert sich diese Arbeit für seine Positionierung in ihren semantischen Netzen. Sie untersucht seine semantische Umgebung, legt die semantischen Netze offen, in die er integriert war, und fragt nach Gegen-, Parallel- und Alternativbegriffen. Auf diese Weise vermag sie es, die politischen Sprachen des Konservativen in beiden Ländern in ihrem Wandel zu erschließen und ihre Morphologie freizulegen – und pariert so die „Klippe des semantischen Nominalismus“.⁶⁰

Der Vergleich macht diese Perspektive erst möglich, verlangt er doch danach, die Begriffe der jeweiligen Nationalsprache zu hinterfragen und in ihrer historischen Bedingtheit zu begreifen; der Vergleich setzt „Selektion, Abstraktion und Lösung aus dem Kontext voraus“ und bedarf eines methodisch reflektierten Vorgehens.⁶¹ Dieses schützt vor dem Sturz von der Leonhardschen Klippe, die durch

THOMPSON, Introduction; für die britische New Political History vgl. BRÜCKWEH und STEBER, *Aufregende Zeiten*.

⁵⁷ LINKE, *Begriffsgeschichte – Diskursgeschichte – Sprachgebrauchsgeschichte*, S. 40, Hervorhebungen im Original.

⁵⁸ HÖLSCHER, *Zeit und Diskurs*, S. 328; so auch LEONHARD, *Liberalismus*, S. 62–63; für den Diskursbegriff der Diskurstheorie vgl. LANDWEHR, *Diskurs und Diskursgeschichte*.

⁵⁹ LEONHARD, *Grundbegriffe und Sattelzeiten*, S. 83.

⁶⁰ LEONHARD, *Von der Wortimitation zur semantischen Integration*, S. 45.

⁶¹ HAUPT und KOCKA, *Historischer Vergleich*, S. 23; KAEUBLE, *Der historische Vergleich*.

den Vergleich geradezu freigelegt werden kann. Der geschichtswissenschaftliche kontrastive Vergleich postuliert dabei keineswegs die Identität der verglichenen Phänomene. Vielmehr gehört es zu seinen Vorzügen, dass sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten der untersuchten Phänomene herausgearbeitet werden können. Ihre je individuellen Konturen werden so erst plastisch.⁶² Ergänzt wird der Vergleich in dieser Arbeit durch einen transnationalen Ansatz, der wechselseitigen Beeinflussungen und Transferprozessen im Sinne einer „*histoire croisée of concepts*“ nachgeht.⁶³

Über den Konservatismusbegriff wurde debattiert und gestritten, um ihn wurde regelrecht gekämpft – in der Bundesrepublik wie in Großbritannien von 1945 bis in die frühen 1980er Jahre. Diese Debatten analysiert die vorliegende Arbeit und nimmt dabei all jene in den Blick, die sich aktiv daran beteiligten. Das waren in beiden Ländern vornehmlich Politiker, Intellektuelle, Publizisten, Journalisten, Verbandsvertreter, Kirchenmänner und Parteifunktionäre – die Diskursräume, innerhalb derer in der Bundesrepublik und Großbritannien über das Konservative diskutiert wurde, unterschieden sich allerdings stark voneinander. Während in Großbritannien die Conservative Party den Diskurs nahezu monopolisieren konnte und selbst intellektuelle Diskussionen zumeist innerhalb des von ihr gesteckten Rahmens stattfanden, hatte die Debatte um das Konservative in der Bundesrepublik keinen besonderen Ort, sondern zeichnete sich durch ihr weites Ausgreifen sowie eine enge Verzahnung von intellektuellem und politischem Diskurs aus. Die Diskussionen in wissenschaftlichen Zeitschriften, parteipolitischen Gremien, intellektuellen Zirkeln und tagesaktueller Publizistik waren eng aufeinander bezogen. Sie wurden in der Deutschen Partei der 1950er Jahre sowie in CDU und CSU genauso geführt wie bei Tagungen der evangelischen bzw. katholischen Akademien,⁶⁴ bei wissenschaftlichen Symposien, in Tageszeitungen oder Fernsehstudios. Es mag paradox erscheinen, dass in Großbritannien mit seiner gewichtigen konservativen Tradition nach 1945 um einiges weniger ausführlich und kontrovers über das Konservative diskutiert wurde als in der Bundesrepublik, in der der Konservatismus nur an den rechten Rändern existiert haben soll. Dieses Ungleichgewicht schlägt sich in der vorliegenden Arbeit insofern nieder, als die Darstellung des deutschen Diskurses einen weit größeren Raum einnehmen wird als die des britischen.

⁶² Vgl. HAUPT und KOCKA, Historischer Vergleich, S.11–15; zum aktuellen Stand des und den Debatten über den geschichtswissenschaftlichen Vergleich (mit Nennung der einschlägigen Literatur) vgl. WELSKOPP, Comparative History; KÄELBLE, Historischer Vergleich, Version: 1.0.

⁶³ Vgl. MARJANEN, Undermining Methodological Nationalism, Hervorhebung im Original. Zur Debatte über Vergleich und Transfer vgl. PAULMANN, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer; MIDDELL, Kulturtransfer und Historische Komparatistik; WERNER und ZIMMERMANN, Vergleich, Transfer, Verflechtung; KÄELBLE und SCHRIEWER, Vergleich und Transfer; SIEGRIST, Comparative History of Cultures and Societies; ARNDT et al., Vergleichen, verflechten, verwirren?; HAUPT und KOCKA, Comparative and Transnational History.

⁶⁴ Zu deren Bedeutung für die politische Kultur der Bundesrepublik vgl. MITTMANN, Kirchliche Akademien.

Diese Arbeit verbindet ganz bewusst die *intellectual history* bzw. Ideengeschichte mit der Politik- und Parteiengeschichte, die üblicher Weise getrennt voneinander behandelt werden.⁶⁵ Dabei entspricht die Trennung in intellektuellen Diskurs auf der einen und (partei-)politischer, oft tagesaktueller Debatte keineswegs den Diskursrealitäten demokratischer Öffentlichkeiten nach 1945. Weder Intellektuelle noch Politiker kommunizierten in einem leeren Raum, sondern richteten ihr sprachliches Handeln entweder auf ein Gegenüber aus oder platzierten sich innerhalb eines Diskussionszusammenhangs. Wenn sie bestimmte Begriffe benutzten, wussten sie um deren Bedeutungsbreite und suchten sie nach ihrem Ermessen zuzuspitzen – und dies galt zumal für den Grundbegriff *Konservatismus*. Wenn Intellektuelle sich in den demokratischen Öffentlichkeiten der Bundesrepublik und Großbritanniens zu Wort meldeten und sich zum Konservatismus äußerten, brachten sie sich in einen politischen Diskurs ein; ihre Äußerungen wiederum wurden als politische Statements gelesen.

Wenn die Arbeit vergleichend und transfergeschichtlich den britischen wie bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff und die politischen Sprachen des Konservativen in beiden Ländern zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren betrachtet, so fragt sie zum ersten nach der Bedeutungsentwicklung des Begriffs. In welcher Weise schlug sich die Geschichte der Konservatismen beider Länder im Begriff nieder? Welche Zeitstrukturen charakterisierten ihn? In welche semantischen Netze war er eingebettet? Welche Gegenbegriffe gaben ihm Kontur,⁶⁶ welche Alternativ-, Parallel- und Nebenbegriffe grenzten ihn ein? Inwiefern waren Diskursraum und Begriffsentwicklung aufeinander bezogen? Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede kennzeichneten die Begriffsentwicklung im Vergleich? Und nicht zuletzt: Welche Strukturprinzipien definierten die Morphologie der politischen Sprachen des Konservativen ?

Zum zweiten ordnet die Arbeit die Begriffsgeschichte in den weiteren deutsch-britischen Vergleich ein: Welche Bedeutung hatte die nationalspezifische Begriffsprägung auf die Entwicklung von Parteien und politischem Denken in den beiden Ländern? Wurde die Sprache als Instrument politischen Handelns thematisiert und falls ja, welche Auswirkungen hatte diese Thematisierung? Manifestierten sich die so unterschiedlichen deutschen und britischen Demokratieerfahrungen in den politischen Sprachen des Konservativen? Damit verbindet sich die Frage nach der Liberalisierung und ‚Westernisierung‘ Westdeutschlands nach 1945, die für den mit antiliberalen und antidemokratischen Traditionen belasteten deutschen Konservatismus von ganz besonderem Gewicht ist. Die Forschung zum deutsch-britischen Vergleich hat sich über viele Jahre an der Theorie vom deutschen Sonderweg abgearbeitet, die auf die Geschichte des 19. Jahrhunderts konzentriert einen von der ‚westlichen‘ Entwicklung abweichenden ‚deutschen‘ Weg

⁶⁵ Forschungsüberblicke zur Intellectual History bzw. Ideengeschichte bieten BAVAJ, *Intellectual History*; MOSES, *Forum*; BIESS, *Thinking after Hitler*; MCMAHON und MOYN, *Rethinking*.

⁶⁶ Zur Theorie der Gegenbegriffe vgl. KOSELLECK, *Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe*.

in die Moderne gezeichnet hat, der schließlich in der Katastrophe der Vernichtungspolitik des NS-Regimes gipfelte.⁶⁷ Die diametral entgegengesetzte Entwicklung des Konservatismus in beiden Ländern – Liberalisierung und eine langsame Aussöhnung mit der Demokratie auf der einen, Antiliberalismus und Antidemokratismus auf der anderen Seite – bildete einen Eckstein der Sonderwegsthese. Wie also stellte sich die Situation in den vier Jahrzehnten dar, die auf den demokratischen Neubeginn folgten?

Zugleich ist die Arbeit mit einem Narrativ des britischen Exzeptionismus konfrontiert, das auf die frühe Liberalisierung des britischen Konservatismus abstellt und daraus den seit den 1970er Jahren auf die Bühne getretenen Thatcherismus zu erklären sucht. Der britische Konservatismus ähnele deshalb viel stärker seinem US-amerikanischen Äquivalent als den Konservatismen in Europa. Der lautstarke britische Rückzug aus dem institutionalisierten Europa seit den späten 1980er Jahren sei zu einem Gutteil in diesen Inkongruenzen begründet.⁶⁸ Gerade auch nach der folgenreichen Entscheidung der Briten im Juni 2016, die Europäische Union zu verlassen, wurde dieses Narrativ wieder und wieder bemüht. Die vorliegende Arbeit hinterfragt mittels des Vergleichs dieses Narrativ: Welche Bedeutung kam Europäisierungsprozessen zu, die durch die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses in Gang gesetzt wurden und auch Großbritannien erfassten? Welche Auswirkungen hatte die Orientierung der Conservative Party hin auf Europa seit den späten 1950er Jahren? Welche Folgen hatte es, wenn Conservative Party und CDU/CSU in Europa ins Gespräch miteinander kamen?

Eine dritte Frageebene hebt auf die Geschichte politischer Sprache im 20. Jahrhundert ab. Die von Koselleck inspirierten Forschungen konzentrierten sich auf die Epoche der ‚Sattelzeit‘ und reichten chronologisch in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht weiter als in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Mittels der vier Charakteristika, die er für das politisch-soziale Vokabular der Moderne herausarbeitete, gelang es ihm, die Neukonstituierung des Begriffshaushalts zwischen 1750 und 1850 zu beschreiben. Fassen sie das politische Vokabular des 20. Jahrhunderts noch ebenso präzise? Sind weitere Kriterien zu definieren, wie jüngst von Christian Geulen vorgeschlagen und von Willibald Steinmetz weiterentwickelt?⁶⁹ Sind nationalsprachliche Spezifika zu gewärtigen? Eine vergleichende Analyse des Konservatismusbegriffs kann diese Fragen erhellen helfen, handelt es sich doch um einen jener Grundbegriffe des politischen Vokabulars, der in der Sattelzeit gebildet wurde und als ein *-ismus-* und Bewegungsbegriff geradezu beispielhaft die Prozesse von Politisierung, Ideologisierung, Verzeitlichung und Demokrati-

⁶⁷ Vgl. zusammenfassend STEBER, *Modern Britain and European Modernity*; zur Sonderwegs-Debatte vgl. KOCKA, *German History before Hitler*; ders., *Asymmetrical Historical Comparison*; *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?*; KLAUTKE, *Auf den Spuren des Sonderwegs*; WELSKOPP, *Identität ex negativo*; BAUERKÄMPFER, *Geschichtsschreibung als Projektion*.

⁶⁸ Vgl. z. B. COOPER, *Margaret Thatcher and Ronald Reagan*; GAMBLE, *Europe and America*; BLUHM und MICHAEL, *Anglo-American Conservatism since Thatcher and Reagan*.

⁶⁹ Vgl. GEULEN, *Plädoyer*; STEINMETZ, *Some Thoughts*.

sierung durchlief.⁷⁰ Darüber hinaus gehörte er ob seiner lateinischen Wurzel zu den Begriffen, die – so wie der für die Sattelzeitperiode von Jörn Leonhard vergleichend untersuchte Liberalismusbegriff – in allen europäischen Sprachen präsent waren, dem eine europäische und transatlantische Dimension ab ovo eigen war.⁷¹

Einen Beitrag zu dieser Diskussion vermag die vorliegende Arbeit vor allem aber auch deshalb zu leisten, weil historisch-semantiche Studien zur Geschichte des 20. Jahrhunderts und zumal für dessen zweite Hälfte keineswegs reich gesät sind. Allein die Sprachwissenschaft beschäftigt sich seit Jahren mit der bundesrepublikanischen Sprachgeschichte seit 1945 und hat wertvolle Studien und Lexika vorgelegt, die naturgemäß linguistischen Fragestellungen folgen und daher die zeithistorische Forschung nur bedingt befriedigen können.⁷² Die Sprachkritik, die seit 1945 in der Kultur der Bundesrepublik verankert war, hat außerdem das linguistische Interesse auf sich gezogen.⁷³ Darüber hinaus bereichern soziologische wie politikwissenschaftliche Studien, etwa zu wohlfahrtsstaatlichen Grundbegriffen oder zum Gemeinwohlbegriff, unser Wissen über das politische Vokabular.⁷⁴ Wichtige zeithistorische Schneisen schlagen dagegen geschichtswissenschaftliche Arbeiten zu alliierter Sprachpolitik, zu Political Correctness, zu Semantiken des Religiösen, der *Politik*, der *Inneren Sicherheit*, des *Westens*, der *Arbeit*, von *Nachhaltigkeit*, zur Bedeutung totalitärer Erfahrung für die Ausbildung politischer Sprachen im 20. Jahrhundert sowie nun auch zu Begriffen „nach dem Boom“.⁷⁵ Dagegen wurde der historisch-semantiche Ansatz für die britische Geschichte nach 1945 kaum erprobt. Die von der Cambridge School und dem *linguistic turn* der 1980er Jahre inspirierten Studien konzentrieren sich auf die Geschichte des

⁷⁰ Vgl. VIERHAUS, „Konservativ, Konservatismus“; zu der Theorie des Bewegungsbegriffs bei Koselleck vgl. PALONEN, Die Entzauberung der Begriffe, S. 249–250.

⁷¹ Vgl. LEONHARD, Liberalismus.

⁷² Vgl. STÖTZEL et al., Kontroverse Begriffe; STRAUSS et al., Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist; NIEHR, Schlagwörter; JUNG et al., Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse; ders., Die Sprache des Migrationsdiskurses; KÄMPER, Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit; dies., Opfer – Täter – Nichttäter; STÖTZEL und EITZ, Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache; HERBERG et al., Schlüsselwörter der Wendezeit; KÄMPER, Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68; dies., Aspekte des Demokratiediskurses; BÖKE et al., Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära; KILIAN, Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang. Die zeithistorische Kritik fasst KOLLMEIER, Begriffsgeschichte, S. 15, konzise zusammen.

⁷³ Vgl. SCHIEWE, Die Macht der Sprache; DODD, Jedes Wort wandelt die Welt; JUNG, Von der politischen Sprachkritik; POLENZ, Deutsche Sprachgeschichte III, S. 314–317.

⁷⁴ Vgl. LESSENICH, Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe; FISCHER und MÜNKLER, Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht.

⁷⁵ Vgl. DESSLER, Die entnazifizierte Sprache; HÖLSCHER, Baupläne der sichtbaren Kirche; ders., Die Säkularisierung der Kirchen; EITLER, Politik und Religion; GETTYS und MITTMANN, „Der Tanz um das Goldene Kalb der Finanzmärkte“; STEINMETZ, Politik; ders., Political Languages in the Age of Extremes; SAUPE, „Innere Sicherheit“ und „Law and Order“; BENDIKOWSKI und HÖLSCHER, Political Correctness; BAWAJ und STEBER, Germany and „the West“; STEINMETZ und LEONHARD, Semantiken von Arbeit; SEEFRIED, Rethinking Progress; LEENDERTZ und METELING, Die neue Wirklichkeit.

19. Jahrhunderts.⁷⁶ Erste viel versprechende zeithistorische Arbeiten hat kürzlich Richard Toye vorgelegt, der sich auf die Analyse politischer Rhetorik konzentriert und an kulturalistisch inspirierten, politikwissenschaftlichen Modellen orientiert, die „governance as storytelling“ konzeptualisieren.⁷⁷

Im Vergleich dazu ist die Zeitgeschichte des Konservatismus in Großbritannien sehr gut erforscht und in erster Linie auf die Conservative Party konzentriert. Neben der Parteigeschichte John Ramsdens, die bis zum Wechsel der Parteiführung von Edward Heath zu Margaret Thatcher 1975 reicht, und weiteren Überblickswerken existiert eine Vielzahl von Studien zu konservativer Politik in Regierung und Opposition.⁷⁸ Die Frage, wie das politische Denken Thatchers und das von der Partei unter ihrer Führung realisierte Politikmodell, der Thatcherismus, in die Geschichte des britischen Konservatismus einzuordnen seien, leitet die historische Forschung merklich.⁷⁹ Die Ideengeschichte des Konservatismus wird dabei im Rahmen der Parteigeschichte abgehandelt – mit der Ausnahme der internationalen Forschung zu Michael Oakeshott.⁸⁰

Der bundesrepublikanische Konservatismus ist demgegenüber nur lückenhaft erforscht, zumal hier *intellectual history* bzw. Ideengeschichte und Parteigeschichte klar getrennt voneinander betrieben werden. Ein besonderes Augenmerk hat die Forschung auf die 1950er Jahre gelegt, um die Wege und Grenzen der Demokratisierung konservativen Denkens in der jungen Bundesrepublik herauszuarbeiten. Ein spezielles Interesse gilt den Vertretern der Weimarer neuen Rechten, allen voran Carl Schmitt, Ernst und Friedrich Georg Jünger, Martin

⁷⁶ Vgl. v. a. STEDMAN JONES, *Languages of Class*; außerdem u. a. LAWRENCE, *Speaking for the People*; EPSTEIN, *In Practice*; zur Wirkung von Stedman Jones' Ansatz vgl. LAWRENCE und TAYLOR, *The Poverty of Protest*; eine historische Selbstverortung unternimmt Stedman Jones mit STEDMAN JONES, *The Return of Language*.

⁷⁷ Vgl. TOYE, *The Rhetorical Premiership*; ders., *From 'Consensus' to 'Common Ground'*; ders., *Words of Change*. Für die genannten politikwissenschaftlichen Ansätze vgl. BEVIR und RHODES, *Interpreting British Governance*; dies., *Governance Stories*; dies., *Authors' Response: Politics as Cultural Practice*, Zitat S. 176; FINLAYSON, *From Beliefs to Arguments*; FINLAYSON und MARTIN, *It Ain't What You Say...*; ATKINS et al., *Rhetoric in British Politics and Society*; BEARD, *The Language of Politics*; CHARTERIS-BLACK, *Politicians and Rhetoric*.

⁷⁸ Vgl. u. a. RAMSDEN, *The Age*; ders., *The Winds of Change*; ders., *An Appetite for Power*; BALE, *The Conservatives since 1945*; SELDON und BALL, *Conservative Century*; BALL, *The Conservative Party since 1945*; BLAKE, *The Conservative Party from Peel to Major, 1997*; HICKSON, *The Political Thought of the Conservative Party since 1945*; PATTERSON, *The Conservative Party and Europe*; CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*; BALL und SELDON, *The Heath Government, 1970–1974*; BALL und HOLLIDAY, *Mass Conservatism*; BALL und SELDON, *Recovering Power*; FRANCIS und ZWEINIGER-BARGIELOWSKA, *The Conservatives and British Society*.

⁷⁹ Vgl. v. a. GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution*; VINEN, *Thatcher's Britain*; GREEN, *Ideologies of Conservatism*; ders., *Thatcher*; JACKSON und SAUNDERS, *Making Thatcher's Britain*; FRY, *The Politics of the Thatcher Revolution*. Für einen Forschungsüberblick für die Zeit der Thatcher-Regierungen vgl. GEPPERT, *Großbritannien seit 1979*.

⁸⁰ Vgl. FRANCO, *Michael Oakeshott*; NEILL, *Michael Oakeshott*; ders., *Michael Oakeshott and Hans-Georg Gadamer*; KHAN, *Habermas and Oakeshott*; MÜLLER, *Re-Imagining 'Leviathan'*; BANNER, *Existential Failure and Success*; ALEXANDER, *Oakeshott on Hegel's 'Injudicious' Use of the Word 'State'*; HENKEL, *Vom Sinn einer philosophischen Theorie der Politik*.

Heidegger, Hans Freyer, Ernst Forsthoff, Hans Zehrer, Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, dann auch ihren Schülern.⁸¹ Ferner beleuchten Studien die intellektuelle Entwicklung von Journalisten und Publizisten und arbeiten einzelne Schwerpunkte konservativen Denkens und konservativer Mobilisierung heraus, wie etwa den Elite-Topos sowie die Abendlandideologie.⁸² Axel Schildts Überblicksdarstellung schlägt den Bogen dann auch empirisch kaum weiter als in die frühen 1960er Jahre.⁸³ Zur Geschichte der Deutschen Partei, die sich explizit als konservativ verstand, existieren allein ältere Arbeiten.⁸⁴ Zur Geschichte von CDU und CSU, die gängiger Weise als christdemokratisch und nur in Teilen konservativ bewertet werden, wurde ebenfalls in erster Linie zu den 1950er und frühen 1960er Jahren gearbeitet, mit Ausnahme einiger biographischer wie politikfeldspezifischer Studien und Frank Böschs kurzer Überblicksdarstellung.⁸⁵ Allgemein ist die Geschichte der CDU besser erforscht als die ihrer bayerischen Schwesterpartei, und dies gilt vor allem für die Geschichte seit den 1960er Jahren.⁸⁶ Seit Kurzem wendet sich die Forschung zum bundesrepublikanischen Konservatismus diesen Umbruchsjahrzehnten zu, wobei bislang vor allem die Bedeutung von ‚1968‘ hervorgehoben wurde, und dies sowohl für die intellektuelle wie für die parteipolitische Arena.⁸⁷ Dagegen bleiben zeithistorische Arbeiten zur bundesrepublikani-

⁸¹ Vgl. u. a. MEHRING, Carl Schmitt; MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit; VAN LAAK, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens; MEINEL, Der Jurist in der industriellen Gesellschaft; DELITZ, Arnold Gehlen; GALLUS, Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe; MULLER, The Other God that Failed; PAYK, A Post-Liberal Order?; SCHÖNING und STÖCKMANN, Ernst Jünger und die Bundesrepublik; GOSCHLER, Radikalkonservative Intellektuelle in der frühen Bundesrepublik.

⁸² Vgl. u. a. SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika; CONZE, Das Europa der Deutschen; REITMAYER, Elite; PAYK, Der Geist der Demokratie; ders., „...die Herren fügen sich nicht; sie sind schwierig“; GALLUS, Von der „Konservativen Revolution“ zur westdeutschen Demokratie; GÖRTEMAKER, Ein deutsches Leben; ASMUSSEN, Hans-Georg von Studnitz; SCHILDT, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“; PAYK, Ideologische Distanz, sachliche Nähe; KRAUS, Als konservativer Intellektueller.

⁸³ Vgl. SCHILDT, Konservatismus in Deutschland.

⁸⁴ Vgl. MEYN, Die Deutsche Partei; SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei; NATHUSIUS, Am rechten Rand der Union; eine Ausnahme ist ASCHOFF, Die Deutsche Partei.

⁸⁵ Vgl. BÖSCH, Macht und Machtverlust; BUCHHAAS, Die Volkspartei; GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten; GRAU, Gegen den Strom; CLEMENS, Reluctant Realists; SCHUMANN, Bauarbeiten am „Fundament der Gesellschaft“; SCHWARZ, Die Fraktion als Machtfaktor; ZEIN, Die organisatorische Entwicklung der CDU; für die Adenauer-Zeit vgl. v. a. BÖSCH, Die Adenauer-CDU; GRANIERI, The Ambivalent Alliance; BECKER, CDU und CSU 1945–1950; MITCHELL, The Origins of Christian Democracy; SCHMIDT, Zentrum oder CDU; wichtige Biographien sind SCHWARZ, Adenauer; ders., Helmut Kohl; OPPELLAND, Gerhard Schröder (1910–1989); SZATKOWSKI, Karl Carstens; GNISS, Der Politiker Eugen Gerstenmaier; MIERZEJEWSKI, Ludwig Erhard; SPEICH, Kai-Uwe von Hassel.

⁸⁶ Zur Geschichte der CSU vgl. MINTZEL, Die CSU; SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung; BALCAR und SCHLEMMER, An der Spitze der CSU; MILOSCH, Modernizing Bavaria; WEBER, Föderalismus und Lobbyismus.

⁸⁷ Vgl. SCHILDT, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“; WEHRS, Protest der Professoren; HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit; BAVAJ, Das Trauma von „1968“; ders., Turning „Liberal Critics“; BÖSCH, Die Krise als Chance; SCHMIDT, „Die geistige Führung verloren“; HOERES, Reise nach Amerika; ders., Von der „Tendenzwende“; GOLTZ, Eine Gegen-Generation von 1968?; dies., A Polarised Generation?; LIVI et al., Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt.

schen Neuen Rechten ein Desiderat, während sich die politikwissenschaftliche Extremismusforschung schon länger mit dem Thema befasst.⁸⁸

Kaum beleuchtet ist die transnationale Geschichte des Konservatismus seit 1945 in Europa und den USA. Auch wenn die Forschung zum US-amerikanischen Konservatismus seit vielen Jahren floriert und bedeutende Arbeiten hervorgebracht hat, so wird nach den transnationalen Dimensionen des konservativen Aufbruchs seit den 1930er Jahren nur äußerst selten gefragt.⁸⁹ Dieselbe Leerstelle weist die Forschung zum britischen Konservatismus auf, der ebenfalls zuvorderst als nationales Phänomen betrachtet wird, selbst wenn der Einfluss neoliberaler transatlantischer Netzwerke für die Konstituierung des Thatcherismus betont und überhaupt die britisch-amerikanische Achse der 1980er Jahre, personifiziert in Margaret Thatcher und Ronald Reagan, unterstrichen wird.⁹⁰ Auch der bundesrepublikanische Konservatismus wurde bislang nur sehr spärlich auf seine transnationale Dimensionen hin getestet. Wichtige Impulse geben die Arbeiten zu William S. Schlamm von Susanne Peters und Alexander Gallus sowie die tiefgreifende Studie Johannes Großmanns zu außenpolitischen Elitennetzwerken einer *Internationale der Konservativen*.⁹¹ Ausführlich hat sich die Forschung dagegen mit der Einbindung von CDU und CSU in die christdemokratischen Parteiennetzwerke befasst, die im Rahmen der europäischen Integration entstanden, wobei auch hier ein Schwerpunkt auf die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte gelegt wurde.⁹² Über die internationalen Aktivitäten der Conservative Party ist bislang kaum etwas bekannt. Die vorliegende Arbeit setzt hier mit der Untersuchung der Parteienkooperation von Conservative Party und CDU/CSU von den 1950er bis in die 1980er Jahre einen neuen Akzent.

Der deutsch-britische Vergleich verfügt über eine mittlerweile vier Jahrzehnte währende Forschungstradition. Diese ist allerdings allein auf Deutschland konzentriert, vergleichende Arbeiten sind in der britischen Forschung äußerst selten zu finden. Die sozialgeschichtliche Orientierung der Bielefelder Schule hat der deutsch-britische Vergleich dabei längst abgestreift und präsentiert sich heute methodisch vielgestaltig.⁹³ Zunehmend wendet sich die vergleichende Forschung der deutschen und britischen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu, wobei sich zwei Schwerpunkte herauskristallisieren: Zum einen werden die

⁸⁸ Vgl. z. B. BOTSCH, Die extreme Rechte; ders. et al., Politik des Hasses; BRAUNER-ORTHEN, Die Neue Rechte in Deutschland; GRESS et al., Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa; KOWALSKY und SCHROEDER, Rechtsextremismus; BACKES und JESSE, Politischer Extremismus; PFAHL-TRAUGHBER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“.

⁸⁹ Forschungsüberblicke bieten ZELIZER, Reflections; Conservatism. A Round Table; LÜTJEN, Aufstieg und Anatomie.

⁹⁰ Vgl. JACKSON, The Think-Tank Archipelago; COOPER, Margaret Thatcher and Ronald Reagan; ders., „Superior to Anything I Had Seen in the States“.

⁹¹ PETERS, William S. Schlamm; GALLUS, Der Amüsanteste unter den Renegaten; ders., Heimat „Weltbühne“, S. 210–278; GROSSMANN, Die Internationale der Konservativen.

⁹² Vgl. u. a. KAISER, Christian Democracy and the Origins; GEHLER et al., Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert; GEHLER und KAISER, Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten.

⁹³ Vgl. den Forschungsüberblick STEBER, Modern Britain and European Modernity.

deutsche und britische Entwicklung des Wohlfahrtsstaats kontrastiert und als typologische Fälle untersucht; zum anderen greifen die aktuellen Studien die Debatte um die Interpretation der 1970er Jahre auf, die als Jahrzehnt eines umfassenden politischen, ökonomischen und kulturellen Wandels gelesen werden, von dem alle westlichen Gesellschaften erfasst wurden. Das Ende des Nachkriegs-Booms, der Übergang von einer industriellen zu einer postindustriellen Gesellschaft, die Durchsetzung der Konsumgesellschaft, die Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen, das Infragestellen überkommener Moralordnungen, ein Säkularisierungsschub, eine neue soziale Mobilität, eine starke Politisierung und alternative Formen von Politik, Europäisierung und Globalisierung – diese Prozesse kulminierten in den 1970er Jahren und forderten Politik und Gesellschaft grundlegend heraus. Die Epoche der Hochmoderne, die um 1890 einsetzte, kam an ihr Ende, die Epoche unserer Gegenwart begann sich auszuprägen.⁹⁴

Großbritannien und die Bundesrepublik fungieren in einem solchen Vergleich als paradigmatische, kontrastive Fälle der Krisenlösung. Tatsächlich waren die beiden Länder von einer je spezifischen ökonomischen Struktur gekennzeichnet – im britischen Fall zunächst eine keynesianisch bestimmte Marktwirtschaft mit bedeutendem Staatssektor, dann ein radikaler Wandel hin zu einem neoliberal orientierten kapitalistischen System, auf bundesrepublikanischer Seite dagegen ein kontinuierliches Festhalten an der sozialen Marktwirtschaft. Die Entwicklung hin zur Wohlfahrtsstaatlichkeit hatte zwei verschiedene Wege genommen – in Großbritannien war der liberale Typus des Wohlfahrtsstaats etabliert worden, in der Bundesrepublik sein konservativ-korporatistisches Pendant.⁹⁵ Die politische Kultur wurde von unterschiedlichen politischen Systemen geprägt – in der Bundesrepublik konkurrierten auf Grund des Mischsystems von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht mehrere Parteien miteinander, Koalitionsregierungen waren an der Tagesordnung (Konkordanzdemokratie); in Großbritannien bevorzugte das reine personenbezogene Mehrheitswahlrecht dagegen zwei große Parteien, die um die absolute Mehrheit kämpften, so dass Einparteienregierungen die Regel darstellten (Konkurrenzdemokratie).⁹⁶ Überhaupt kontrastiert der deutsch-britische Vergleich zwei unterschiedliche Gesellschaften nach 1945. Großbritannien ging als Sieger aus dem Zweiten Weltkrieg hervor, als Verteidigerin der Freiheit und der Demokratie, hatte in den 1950er Jahren dann aber einen rapiden Machtverfall zu gewärtigen, verlor sein Empire und wurde zu einer mittleren Macht, die im Inneren mit politischer Polarisierung, gesellschaftlicher Ungleichheit und rassistischen Strömungen zu kämpfen hatte. Die Bundesrepublik wurde 1949 auf den Trümmern gegründet, die NS-Regime, Vernichtungskrieg und Holocaust

⁹⁴ Zum Konzept der Hochmoderne vgl. HERBERT, *Europe in High Modernity*, und RAPHAEL, *Ordnungsmuster der „Hochmoderne“?*; für eine solche Interpretation der 1970er Jahre vgl. DOERING-MANTEUFFEL und RAPHAEL, *Nach dem Boom*; JARAUSCH, *Das Ende der Zuversicht?*; RAITHEL et al., *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*; FERGUSON et al., *The Shock of the Global*; zusammenfassend GEYER, *Auf der Suche nach der Gegenwart*.

⁹⁵ Vgl. HOCKERTS und SÜSS, *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat*.

⁹⁶ Zur Typologie vgl. SCHMIDT, *Demokratietheorien*, S. 306–318.

hinterlassen hatten. Die deutsche Teilung manifestierte sich in der Gründung der DDR im selben Jahr und wurde mit dem Mauerbau 1961 zementiert. Die bundesrepublikanische Gesellschaft hatte sich in einer von den westlichen Alliierten geschützten Demokratie einzufinden und ökonomisch wie politisch wieder Tritt zu fassen. Die Wandlungsprozesse der 1970er Jahre erfassten in der Bundesrepublik und in Großbritannien zwei sehr unterschiedliche Gesellschaften. Gerade dies macht den Vergleich so ertragreich, weil auf diese Weise Konvergenzen und Divergenzen herausgearbeitet und die Umbruchprozesse damit deutlicher konturiert werden können.⁹⁷

Trotz der Vitalität der vergleichenden Forschung wurden historisch-semantiche Vergleiche sehr selten erprobt; Jörn Leonhards Arbeit zum Liberalismusbegriff sowie die vergleichende Untersuchung der Semantik von *Bürger* von Reinhart Koselleck, Ulrike Spree und Willibald Steinmetz stellen Ausnahmen dar, die die Regel bestätigen.⁹⁸ Sie konzentrieren sich auf das 19. Jahrhundert; zur Geschichte des 20. Jahrhunderts liegen dagegen keine Studien vor.

In diese Lücke stößt die vorliegende Arbeit. Der deutsch-britische Vergleich politischer Sprachen des Konservativen von 1945 bis in die frühen 1980er Jahre nimmt dabei ein Phänomen in den Blick, das auf die Transformationsprozesse der 1970er Jahre eine besondere Perspektive zu werfen vermag. Denn besonders in der Forschung zur bundesrepublikanischen Geschichte erscheint die Veränderungsdynamik von der Linken induziert, wohingegen die britische Forschung in ihrer Fokussierung auf den Thatcherismus diese Interpretation relativiert. Welche Bedeutung kam den politischen Sprachen des Konservativen in diesem Zusammenhang tatsächlich zu? In welcher Weise wurden sie von den allgemeinen Wandlungsprozessen erfasst bzw. prägten diese mit? Die Arbeit richtet ihren Fokus auf die 1960er und 1970er Jahre, die jedoch losgelöst von der Geschichte seit 1945 in beiden Ländern nicht verstanden werden können. Deshalb wird die Entwicklung der politischen Sprachen des Konservativen von 1945 bis in die frühen 1980er Jahre untersucht, als in Großbritannien seit 1979 die Conservative Party und in der Bundesrepublik seit 1982 CDU und CSU in Koalition mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) regierten. Die Regierungswechsel gaben auch intellektuellen Debatten eine neue Qualität, weshalb die 1980er Jahre ausgeklammert bleiben, die überdies archivalisch auf Grund der üblichen dreißigjährigen Sperrfrist noch nicht voll erschlossen werden können.

In die Analyse einbezogen werden all jene Quellen, die den Diskurs um den Konservatismusbegriff nach 1945 in Deutschland und Großbritannien abbilden. Dies umgreift sowohl publizierte als auch nicht-publizierte Quellen. Um den öffentlichen Diskurs zu greifen werden Zeitungen, Magazine und Zeitschriften aller Couleur, wissenschaftliche Veröffentlichungen in Monographie- und Auf-

⁹⁷ Vgl. LEVSEN und TORP, Die Bundesrepublik und der Vergleich.

⁹⁸ Vgl. LEONHARD, Liberalismus; KOSELLECK et al., Drei bürgerliche Welten?; für theoretische Überlegungen zum historisch-semantiche Vergleich vgl. LEONHARD, Language, Experience and Translation.

satzform, Manuskripte von Radio- und Fernsehsendungen, Vorträge, Reden sowie die Protokolle des Deutschen Bundestages wie der beiden britischen Parlamentskammern ausgewertet. Von besonderer Bedeutung für den konservativen Binnendiskurs sind dabei – wenn auch nicht ausschließlich – jene Zeitungen, Magazine und Zeitschriften, die sich selbst im konservativen Spektrum verorteten bzw. zeitweise konservative Sympathien hegten: *The Times*, *The Daily Telegraph*, *The Spectator*, *The Economist*, *Crossbow*, *Swinton (College) Journal*, *Solon*, *Monday News* und *Monday World* für die britische Seite, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Die Welt*, *Die Welt am Sonntag*, *Christ und Welt* (seit 1971 *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*), *Der Rheinische Merkur*, *Bayernkurier*, *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, *Die politische Meinung*, *Evangelische Verantwortung*, *Scheidewege*, *Criticón*, *Konservativ heute* und *Zeitbühne* für die bundesrepublikanische Seite des Vergleichs. Die Zeitschriftenauswertung kann aus forschungspragmatischen Gründen nicht vollständig erfolgen, so dass besonders die Yellow Press wie die Regionalpresse nur ausschnitthaft herangezogen werden können. Die in den Parteien geführten Debatten fanden nicht allein öffentlich statt, etwa bei Parteitag, mittels Zeitschriftenbeiträgen oder der für die Conservative Party wichtigen Pamphletliteratur, sondern auch hinter verschlossenen Türen. Deshalb werden dementsprechende Parteiüberlieferungen herangezogen. Im Falle der CDU/CSU kann dafür auch auf veröffentlichte Quelleneditionen zurückgegriffen werden, insbesondere auf die Protokolle des Bundesvorstandes der CDU (1950–1973) sowie die Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1949–1969) und der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (1949–1972).⁹⁹ Die Protokolle der Parteitage bzw. Party Conferences von CDU und Conservative Party sind veröffentlicht, die der Landesparteitage der CSU im Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) einsehbar. Ferner sind interne Arbeitspapiere und Memoranden, Protokolle diverser Parteigremien, Organisationsunterlagen, Korrespondenzen u. ä. von Belang. Sie werden in den jeweiligen Parteiarchiven verwahrt: dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), dem ACSP sowie dem Conservative Party Archive in der Bodleian Library Oxford. Der bedeutende Nachlass Margaret Thatchers findet sich in Churchill Archives Centre Cambridge, darüber hinaus bietet die frei zugängliche Website der Margaret Thatcher Foundation Zugriff auf eine große Auswahl von Quellen aus dem Nachlass. Auch CDU und CSU bieten über ihre Internetseiten digitalen Zugriff auf eine im Vergleich dazu allerdings relativ kleine Auswahl von Quellenbeständen. Die Quellenkorpora zur britischen bzw. bundesrepublikanischen Seite des Vergleichs werden dabei nach Quellengattungen gleichmäßig zusammengesetzt, um zu verhindern, dass Ungleichgewichte in der Interpretation entstehen. Die Digi-

⁹⁹ Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1950–1953; ders., CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1953–1957; ders., CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961; ders., CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965; ders., CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969; ders. und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973; HEIDEMEYER et al., Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1949–1969; ZELLHUBER und PETERS, Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 1949–1972.

talisierung und OCR-Bearbeitung eines Großteils der Quellenbestände dient außerdem der Ergebniskontrolle, so dass die qualitative Thesenbildung noch zusätzlich quantitativ abgesichert werden kann.

Zunächst analysiert die Arbeit die Entwicklung der britischen Begriffe *Conservatism* bzw. *Toryism* von 1945 bis in die frühen 1980er Jahre. Die Debatten über ihren Bedeutungsgehalt waren mit den programmatischen Diskussionen, die in der Conservative Party geführt wurden, eng verschränkt. Deshalb gingen mit dem Wechsel an der Spitze der Partei Bedeutungsverschiebungen einher, die im Falle von Harold Macmillan (1957–1963), Edward Heath (1965–1975) und Margaret Thatcher (1975–1990) besonders markant ausfielen. Sie sind deshalb vertieft zu analysieren, wobei immer wieder die begriffspolitischen Strategien jener innerparteilichen Strömungen in den Blick rücken werden, die eine Gegenposition zu der von der Parteiführung vertretenen Linie aufzubauen suchten. Ein besonderes Augenmerk wird dieses erste Großkapitel auf die Strukturprinzipien der politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien legen.

In einem zweiten Teil wird der bundesrepublikanische Diskurs um den Konservatismusbegriff untersucht, der wie oben erwähnt, sich weit verzweigter gestaltete, als dies in Großbritannien der Fall war. Deshalb, und weil hier auf einen so viel schlechteren Forschungsstand zurückgegriffen werden kann, erfordert er eine um einiges ausführlichere Darstellung. Vieles über Strukturen, Hintergründe und persönliche Netzwerke, das für Großbritannien bereits seit Langem bekannt ist, wird hier erstmals erzählt. Ein zweites Großkapitel wird folglich den intellektuellen wie parteipolitischen Verzweigungen des Diskurses um das Konservative in der Bundesrepublik nachgehen, wobei zunächst die Debatten der 1950er Jahre in den Kreisen der Weimarer neuen Rechten, in Deutscher Partei, Abendlandbewegung und Publizistik im Mittelpunkt stehen werden. Daraufhin werden die Selbstverständigungsdebatten in den Unionsparteien der späten 1950er und frühen 1960er Jahre einer historisch-semantischen Analyse unterzogen, um dann den sprachkritischen Diskurs in CDU/CSU und intellektueller Arena der späten 1960er und 1970er Jahre näher zu betrachten. Schließlich werden die Neuformulierungen des Konservativen nach der Herausforderung durch Studentenrevolte 1968 und sozialliberaler Regierungsbildung 1969 analysiert. Eine Zwischenbilanz wird die Fäden des Vergleichs zusammenbringen.

Die transnationale Dimension des Diskurses um den Konservatismusbegriff wird ein abschließendes Kapitel am Beispiel der Kooperation von Conservative Party und CDU/CSU erschließen. Dafür wird deren Geschichte von den 1950er bis in die 1980er Jahre zunächst entfaltet, um anschließend zu fragen, wie in diesem Rahmen mit dem Konservatismusbegriff umgegangen wurde, welche Begriffe die Parteien wählten, um sich selbst zu beschreiben, und wie die Kommunikation in den europäischen Netzwerken der Mitte-Rechts-Parteien sich begrifflich manifestierte. Eine abschließende Bilanz wird die vergleichenden und transfergeschichtlichen Fäden verweben, um den Konservatismen in Europa nach 1945 durch die Analyse ihrer politischen Sprachen auf die Spur zu kommen. Die Hüter der Begriffe werden dann an historischer Kontur gewonnen haben.

2. *Conservatism* und *Toryism*. Begriffe der Selbstbeschreibung in den politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien

Sprachen britische Konservative über *Conservatism* bzw. *Toryism*, bezogen sie sich auf eine eineinhalb Jahrhunderte alte politische Tradition: Sie deuteten sie, sie eigneten sie sich an, sie rangen mit ihr. Ganz bewusst wurde Begriffsarbeit betrieben. Die Begriffe *Conservatism* bzw. *Toryism*, die der Selbstbeschreibung dienten, waren unauflöslich mit der Conservative Party verknüpft – wer über *Conservatism* sprach, bezog sich auf die Geschichte der Partei, wer über *Toryism* räsionierte, tat dies allemal. Die Begriffe waren als Selbstbeschreibungskategorien so fest verankert, dass Alternativen nicht durchsetzbar waren. Sie dienten der Bezeichnung einer politischen Richtung, genauso wie mit ihrer Hilfe Charakteristika eines Politikstils sowie einer Partei beschrieben wurden. Sie reichten bis in das späte 18. bzw. die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück – in jene Zeit, als sich das moderne Parteiensystem in Großbritannien formierte. Der Bedeutungshorizont von *Conservatism* bzw. *Toryism* wurde dadurch entscheidend geprägt, auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

2.1 *Conservatism*, *Toryism* und die Partei. Determinanten der Begriffsbildung seit dem späten 18. Jahrhundert

Seit Mitte des 17. Jahrhundert hatten sich die Bezeichnungen *Whig* und *Tory* für die beiden politischen Gruppierungen im britischen Parlament eingebürgert. Während unter *Whig* jene Gruppen Adliger gefasst wurden, die die Rechte von Krone und Kirche eher zu beschneiden suchten, verteidigten die *Tories* diese gegen Initiativen zur Erweiterung parlamentarischer Mitwirkungsmöglichkeiten. Auch die Abstrakta *Whiggism* bzw. *Toryism* waren bereits im 17. Jahrhundert gängig.¹ Als seit den 1760er Jahren eine politische Reformbewegung an Bedeutung gewann, die auf eine Ausweitung der politischen Partizipation drang und die Forderung nach einer Wahlrechtsreform auf das Tapet brachte, und als außerdem Georg III. daran ging, die Macht der Krone wieder zu stärken, formierten sich die politischen Lager um. Mit der zunehmenden politischen Polarisierung wurden auch die Begriffe *Whig* und *Tory* reaktiviert, die im Laufe des 18. Jahrhunderts in den Hintergrund getreten waren. Die *Whigs* identifizierten sich dabei in Opposition zur Regierungspolitik und im Rückgriff auf semantische Traditionen des 17. Jahrhunderts mit *constitution* und *liberty*, während *Tory* als abwertender Ge-

¹ Für *Whiggism* gibt LEONHARD, „True English Guelphs and Gibelines“, Beispiele; für frühe Belege von *Toryism* vgl. z. B. *Toryism Revived: Or, the Charater of a Modern Tory*, 1690; *Torism the Worst of the Two*, 1717.

genbegriff fungierte. Dementsprechend zögerlich wurde er von jenen aufgenommen, die sich der Verteidigung der bestehenden Verfassung verschrieben hatten.² Die Rezeption der Französischen Revolution verschärfte die politische Polarisierung und bewirkte eine Ideologisierung der politischen Debatten. Sie führte aber auch zu einer Neukonstituierung der politischen Lager.

Beispielhaft dafür steht Edmund Burke, der 1790 in seinen *Reflections on the Revolution in France* vor den Auswirkungen der Französischen Revolution warnte und das britische monarchische System zum Ideal eines ausgewogenen Herrschaftssystems erhob. Politische Stabilität und konstitutionelle Freiheit sah er im Zusammenspiel von Krone, Kirche, Aristokratie und Eigentumsrechten verwirklicht sowie in der Wertschätzung von Tradition, Konvention und Institution. Da Burke einstmals zu den führenden Vertretern der reformerischen Rockinghamite Whigs gehört hatte, kam seiner intellektuellen Kehrtwende besonderes Gewicht zu, auch wenn er an entscheidenden Elementen whiggistischer Überzeugungen wie vor allem der Betonung von Eigentumsrechten und der zentralen Rolle des landbesitzenden Adels festhielt. Er selbst stilisierte sich zunächst als *old Whig*, verankert in der Tradition des 17. Jahrhunderts, und grenzte sich auf diese Weise von den auf Verfassungsreform dringenden Liberalen um Charles James Fox ab, die er als *new Whigs* bezeichnete. 1796 schrieb er sich dann den *Tories* zu.³

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden sich formierenden Lagern, einem liberalen und einem monarchisch-konstitutionellen, prägte die ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Während sich *Whig* als Selbstbezeichnung etabliert hatte, scheute die Gegenseite davor zurück, den von den Liberalen als Schimpfwort gebrauchten Begriff *Tory* anzunehmen. *Tory* wurde mit dem Absolutismus der katholischen Stuarts in Verbindung gebracht. Erst 1827 kam der Begriff in allgemeinen Gebrauch und zwar als Gegenbegriff zu *liberal*, nicht zu *Whig*. In der Reform-Krise des Jahres 1831 setzte er sich schließlich als Selbstbezeichnung der Opposition durch.⁴

Zeitgleich allerdings wurde die Selbstbezeichnung *conservative* ins Spiel gebracht, die aus dem französischen politischen Diskurs entlehnt wurde. Dort hatte François-René de Chateaubriand zwischen 1818 und 1820 eine Wochenschrift mit dem Titel *Le Conservateur* publiziert, die konstitutionell-monarchische und antiliberalen Positionen vertrat – und diese auf den Begriff brachte. Da das Wort auf die lateinische Wurzel *conservare* zurückging, ließ es sich leicht in andere europäische Sprachen übertragen. In Großbritannien wurde es in den späten 1820er Jahren als Selbstbeschreibungskategorie aufgegriffen. Der bereits im Jahr 1830 in der *Quarterly Review* vorgebrachte Vorschlag, die Tory Party als *Conservative Party* zu bezeichnen (von dem wohl nie zu klären ist, ob er tatsächlich dem irischen

² Vgl. LEONHARD, „True English Guelphs and Gibelines“.

³ COLEMAN, *Conservatism and the Conservative Party in Nineteenth Century Britain*, S. 20. Zu Edmund Burke vgl. einfürend DWAN und INSOLE, *The Cambridge Companion to Edmund Burke*; zum schwierigen Verhältnis der Conservative Party im 19. Jahrhundert zu Burke vgl. SACK, *Edmund Burke*.

⁴ HILTON, *A Mad, Bad and Dangerous People?*, S. 195–196.

Tory John Wilson Croker zugeschrieben werden kann), ist vor diesem Hintergrund bemerkenswert.⁵ Im Laufe der Auseinandersetzungen um die Reform Bill des Jahres 1832 wurden jedenfalls zunehmend „conservative principles“ gegenüber „subversive principles“ profiliert. Dementsprechend wurde zunächst *Radical* zum Gegenbegriff von *Conservative*.⁶ Die Grenze zur anderen Seite des politischen Spektrums hin wurde über den Gegenbegriff *Ultra-Tory* gezogen.⁷ Der Import *conservative*, als neuer Begriff frei von allen historischen Rückbezügen, eignete sich um einiges besser als das belastete *Tory*, um die veränderte politische Positionierung in der nachnapoleonischen Zeit zu beschreiben: Den *Conservatives* ging darum, die von den Whigs im Revolution Settlement erkämpfte Verfassung zu bewahren.⁸

Fortan gehörten *Conservatism* und *Toryism* mitsamt ihren Wortfeldern zu den Grundbegriffen der britischen politischen Sprache. Dabei klangen bei *Conservatism* von Beginn an liberale Potentiale mit, während *Toryism* eher mit traditionellen und sozial-paternalistischen Positionen in Verbindung gebracht wurde. Das Abstraktum implizierte dabei die Überzeitlichkeit dessen, was mit dem Begriff verbunden wurde, und verwies auf einen spezifischen politischen Denkstil. Die intellektuelle Formulierung antiliberaler und antirevolutionärer Positionen im nachnapoleonischen Europa, die die Herausforderung durch Aufklärung und Französische Revolution aufnahm und unter dem Begriff des *Conservatism* gefasst wurde, trug dazu bei, dem Begriff, selbst wenn er in machtpolitischen Zusammenhängen verwendet wurde, eine weitere ideologische Bedeutung zu verleihen.⁹

Die Richtungskämpfe und Machtstreitigkeiten in der Partei genauso wie die Abgrenzung gegenüber dem politischen Gegner erfolgten seitdem jedenfalls im Rahmen dieser Begrifflichkeiten, die dabei je neue Bedeutungsnuancen annahmen bzw. etablierte verloren. Es entwickelte sich auf diese Weise ein gewaltiger Vorrat an Definitionen, Aphorismen und Argumenten, auf den zurückgegriffen werden konnte, sollten eigene Positionen historisch gestützt werden. Allerdings blieb diese Aktualisierungsarbeit auf den nationalen Rahmen beschränkt, was die Vorstellung einer Sonderstellung des britischen Konservatismus verstärkte. Diese Aktualisierung historischer Begrifflichkeit verlieh konservativer Sprache Stabilität und Kontinuität, stellte ihr Varianten zur Profilierung unterschiedlicher Politikentwürfe bereit, sie setzte ihrer Flexibilität aber auch Grenzen. Auch in den Debatten der 1960er und 1970er Jahre war diese Aktualisierung omnipräsent. Sie bildete ein konstitutives Element der politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien, gehörte zu ihren morphologischen Strukturprinzipien. Mittels

⁵ Vgl. PORTSMOUTH, John Wilson Croker, S. 133–138.

⁶ VIERHAUS, „Konservativ, Konservatismus“, S. 539.

⁷ Vgl. KITSON CLARK, Peel and the Conservative Party, 1964, S. 209; zu den Flügelbildungen im konservativen Lager vgl. STEWART, The Foundation of the Conservative Party.

⁸ HILTON, A Mad, Bad and Dangerous People?, S. 197.

⁹ Vgl. z. B. WILSON, Counter-Revolutionary Thought; FÜHRER et al., Öffentlichkeit – Medien – Geschichte; SCHILDT, Konservatismus in Deutschland, S. 42–62.

des Strukturprinzips der Repetition und Aktualisierung wurden Konstanz und Kontinuität in den semantischen Netzen der politischen Sprachen des Konservativen realisiert, die für deren Stabilität entscheidend war. Es garantierte einerseits Wiedererkennbarkeit und tradierte Schlüsselbegriffe, andererseits sorgte es für die nötige Flexibilität im Begriffshaushalt.

Zu unterscheiden sind ganz grundsätzlich zwei Foren, in denen den Begriffen *Conservatism* und *Toryism* Bedeutung zugeschrieben wurde: zum einen im Rahmen philosophischer, historischer oder programmatischer Erörterungen, zum anderen im Rahmen tagespolitischer Interventionen. Dies galt für die 1960er und 1970er Jahre genauso wie für die vorangegangenen Jahrzehnte der Parteigeschichte seit den 1830er Jahren. Systematische Erörterungen vornehmlich des *Conservatism*, die politisches Denken umfassend zu beschreiben suchten, entwickelten sich im 20. Jahrhundert in Auseinandersetzung mit der zunehmend stärker werdenden Labour Party zu einem ganz eigenen Genre. Lord Hugh Cecil's 1912 publiziertes Buch *Conservatism*, das in der für die Partei schwierigen Situation der liberalen Verfassungsreform des Jahres 1911¹⁰ geschrieben wurde, gab für die Autoren des 20. Jahrhunderts den Takt vor.¹¹ Dabei handelte es sich keineswegs um die Arbeiten universitätsbasierter Gelehrter, vielmehr griffen zumeist Parteipolitiker mit intellektuellem Anspruch zur Feder. Dies geschah, wenn Wahlen anstanden und der interessierten Öffentlichkeit, oft in der Form von Pamphleten oder kürzeren Büchern, nicht nur politische Programme, sondern auch ihr weltanschaulicher Hintergrund vermittelt werden sollten. Auch nach verlorenen Wahlen schienen solche grundsätzlichen Texte den Parteistrategen nützlich, zumal wenn sich die Partei in einer Phase der programmatischen Neuausrichtung befand, wie dies in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre nach der desaströsen Wahlniederlage gegen die Labour Party unter der Führung von Clement Attlee der Fall war. Quintin Hoggs (seit 1950 Viscount of Hailsham) *The Case for Conservatism*, 1947, das rechtzeitig zum Wahlkampf 1959 leicht erweitert als *The Conservative Case* neu aufgelegt wurde und sich zu einem wichtigen Referenztext entwickelte, ist dafür ein gutes Beispiel.¹²

Die Publikationsdichte dieser Handreichungen zum Verständnis des Konservatismus nahm aber auch in Zeiten harter innerparteilicher Auseinandersetzungen zu. Zu verstehen sind die Texte daher als Strategien der Begriffsaneignung. Gekleidet mit dem Mäntelchen der Neutralität und der überzeitlichen Gültigkeit wurde eine Version der Begriffsdeutung als die einzig ‚wahre‘ präsentiert; Zitatsprengsel aus der Geschichte der Partei verliehen historische Legitimität, und die Berufung auf die großen Männer konservativer Vergangenheit unterstrich den recht gegenwärtigen politischen Anspruch. Der Buchmarkt wurde in den 1920er und 1930er Jahren überschwemmt von Publikationen, die Titel trugen wie *What is Conserva-*

¹⁰ Vgl. GREEN, *The Crisis of Conservatism*.

¹¹ Vgl. CECIL, *Conservatism*, 1912.

¹² Vgl. HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947. Zu Quintin Hoggs Denken vgl. GARNETT und HICKSON, *Conservative Thinkers*, S. 40–56.

tism?, *A Defence of Conservatism*, oder *The Spirit of Conservatism* und in den allermeisten Fällen von der Partei publiziert wurden.¹³ Gleiches ist in den 1960er und 1970er Jahren zu beobachten. Beide Male wurden konservatives Denken und konservatives politisches Handeln von einer erfolgreichen Linken infrage gestellt.

Die Arbeiten verband Stil und Sprache insofern als sie zunächst daran gingen, allgemeine Prinzipien des Konservatismus zu definieren, um darauf verschiedene Politikfelder durchzudeklinieren, in denen die konservativen Prinzipien an konkrete Politikentwürfe gebunden wurden. Über eine etymologische Argumentation wurde der Konservatismusbegriff mit einer charakteristischen Ordnung der Zeitdimensionen unterlegt. Das lateinische Verb *conservare* (bewahren) verpflichtete Konservative auf die Vergangenheit. „The function of Conservatism is to protect, apply and revive what is the best in the old“, unterstrich etwa Hogg.¹⁴ Die Frage, die sich den Konservativen dabei immer wieder neu stellte, war die nach ihrem Verhältnis zu Gegenwart und Zukunft. Denn der Konservatismusbegriff zeichnete sich als Begriff des modernen politischen Vokabulars ja gerade dadurch aus, dass er Erwartungen formulieren half, dass ihm, in Reinhart Kosellecks Worten, ein „Erwartungshorizont“ eigen war.¹⁵ Wie schwierig es sein konnte, den auf Zukünftiges weisenden Erwartungshorizont ins rechte Verhältnis mit dem Gebot der Bewahrung des Überkommenen zu bringen, dafür liefert die Geschichte des britischen Konservatismus Beispiele zuhauf. Ausgehandelt wurde das Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zumeist in der Auseinandersetzung mit historischem Wandel. Die klassische Formel, die verwendet wurde, um die Zeitdimensionen zu verbinden, findet sich etwa in einem Pamphlet von Geoffrey Block aus dem Jahr 1965: Die Conservative Party „opposes change for change’s sake. But it accepts, in Disraeli’s phrase, that change is inevitable and in a progressive country change is constant.“¹⁶ Die drei Zeitdimensionen sollten im Gleichgewicht gehalten werden. Diese Ordnung der Zeitlichkeit manifestierte sich als weiteres morphologisches Strukturprinzip in den politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien. Eine solche Festlegung diente auch der Abgrenzung gegenüber dem Begriff *reactionary*: „A reactionary refuses, for ideological and temperamental reasons, to accept change or tries to reverse it. He is not a Conservative,“ so erklärte beispielsweise Ian Gilmour 1977.¹⁷

Diese Grenzziehungen über Negationen bzw. über Oppositionen gehörten dabei zu den Charakteristika konservativen Sprechens; als Strukturprinzip der Gegensatzbildung waren sie tief in seiner Morphologie verankert. Wenn Quentin Hogg feststellte, dass „[t]he whole basis of modern Conservatism is the rejection

¹³ Vgl. FEILING, *What is Conservatism?*, 1930; BRYANT, *The Spirit of Conservatism*, 1929; LUDOVICI, *A Defence of Conservatism*, 1927; vgl. dazu BALL, *Portrait of a Party*, S. 11–12.

¹⁴ HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947, S. 15.

¹⁵ Vgl. KOSELLECK, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“, Erstveröffentlichung in: ENGELHARDT et al., *Soziale Bewegung und politische Verfassung*, S. 13–33.

¹⁶ BLOCK, *About the Conservative Party*, 1965, S. 14.

¹⁷ GILMOUR, *Inside Right*, 1977, S. 127.

of the absolutist claims of the modern Socialist state“,¹⁸ dann wurde aus einem Konstitutionsprinzip politischer Sprache ein zentrales inhaltliches Merkmal. Demgegenüber wurden Begriffe wie *the individual*, *freedom*, *responsibility* oder *opportunity* als positive Marker des Konservativen profiliert. Die Gegensatzbildungen gaben den einzelnen Begriffen eine spezifische Kontur. Auf diese Weise und über die oben beschriebene Aktualisierung bildeten sich Begriffsnetze heraus, die sich um den Begriff des *Conservatism* bzw. *Toryism* lagerten und ihm Bedeutung verliehen. Selbstverständigungs-Texte über den Konservatismus konnten geradezu Listencharakter annehmen im Sinne eines „Konservatismus bedeutet...“ oder „Konservative glauben...“.¹⁹

Die als Pamphlet oder Buch veröffentlichten Arbeiten wurden ergänzt um kleinere Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen, die sich in grundsätzlicher Absicht mit dem Konservatismus auseinandersetzten. *Swinton College Journal* (1951–1965) bzw. *Swinton Journal* (1966–1975), *The Spectator* und *The Times* dienten als bevorzugte Foren für Selbstverständigungsdebatten. Da Zeitschriften und Zeitungen tagesaktuell publizierten, boten sie eine geeignete Plattform für solche programmatischen Interventionen, die sich auf den aktuellen parteipolitischen Diskurs bezogen. Nichtsdestotrotz konnten diese sehr grundsätzlich ausfallen.

Selbst wenn die parteinahe Literatur über den Konservatismus dominierte, trugen auch universitätsbasierte Intellektuelle zur Konturierung der Begrifflichkeiten bei. Seit den 1940er Jahren übernahm vor allem Michael Oakeshott die Rolle des philosophischen Interpreten des Konservatismus.²⁰ Basiert zunächst in Cambridge und dann an der London School of Economics entwarf Oakeshott, der zeitlebens Distanz zu Politik und Partei hielt, eine politische Philosophie des Konservatismus, die sich nicht an Burkes metaphysisch grundierter Herleitung, sondern an David Humes und Thomas Hobbes Skeptizismus orientierte.²¹ Dabei argumentierte er gegen solche Deutungen des Konservatismus, die diesen als Gegenposition zu Sozialismus und Liberalismus stärker ideologisch zu fassen suchten und sich dabei auf Burke beriefen.²² Dies galt vor allem für die Vereinigten Staaten, wo eine Reihe von Intellektuellen an einer Neuformulierung des Konservatismus arbeitete.²³ Russell Kirks Buch *The Conservative Mind*, 1953 publiziert, gehörte zu den einflussreichsten Texten des amerikanischen Neokonservatismus.²⁴

¹⁸ HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947, S. 13.

¹⁹ Vgl. z. B. GILMOUR, *Inside Right*, 1977, S. 109–120; SCHUETTINGER, *Varieties of Conservatism* (i), 1969; LEWIS, *Principles to Conserve*, 1968. Oft orientierten sich britische Konservative für solche listenartigen Aufzählungen an Texten des amerikanischen Neokonservatismus, vgl. z. B. RAISON, *Why Conservative?*, 1964, S. 32, der Peter Viereck zitiert.

²⁰ Zu Michael Oakeshott vgl. FRANCO, Michael Oakeshott; NEILL, Michael Oakeshott; MÜLLER, *Contesting Democracy*, S. 222–226.

²¹ Vgl. FRANCO, Michael Oakeshott, S. 21.

²² Zur Aneignung Burkes im britischen Konservatismus des späten Viktorianismus und des Edwardianismus vgl. JONES, *Conservatism*.

²³ Vgl. VAISSE, *Neoconservatism*; DORRIEN, *The Neoconservative Mind*; PHILLIPS-FEIN, *Invisible Hands*; einen Überblick über die weitläufige Forschung zum US-amerikanischen Neokonservatismus bietet dies., *Conservatism*.

²⁴ Vgl. McDONALD, *Russell Kirk and the Age of Ideology*.

Es wurde bis in die neunziger Jahre mit Erweiterungen immer wieder neu aufgelegt und nicht nur in den USA, sondern auch in Europa rezipiert.²⁵ Das Buch basierte auf Kirks Doktorarbeit, die an der schottischen University of St Andrews angenommen worden war. Für Kirk war Edmund Burke der Schlüssel zum Verständnis des modernen Konservatismus.²⁶

In Großbritannien wurde die explizite philosophische Auseinandersetzung mit dem Konservatismus erst wieder in der Mitte der 1970er Jahre aufgenommen und stand im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Conservative Party unter Margaret Thatcher. Eine allgemeine Überblicksdarstellung zum Konservatismus von Noël O'Sullivan, Philosoph im Politik-Department der Universität Hull, kam 1976 auf den Buchmarkt. Im gleichen Jahr hielt der Oxforder Philosoph Anthony Quinton seine T.S. Eliot Lectures, die schließlich als *The Politics of Imperfection* zwei Jahre später veröffentlicht wurden. Während O'Sullivan, wie Oakeshott, wohl keine Kontakte in die Partei pflegte, suchte Quinton die Nähe zum Thatcher-Flügel. Er war nicht der einzige Intellektuelle, der sich berufen fühlte, an der Erneuerung des politischen Denkens der Partei mitzuwirken. Als loser Gesprächskreis hatte sich 1975 die Conservative Philosophy Group gegründet, zu dessen Initiatoren Roger Scruton gehörte, zu dieser Zeit noch an Birkbeck College London angesiedelt. Auch Quinton gehörte zu dem Zirkel.²⁷ Wie vereinfachend es ist, den Thatcherismus auf seine wirtschaftspolitische Komponente zu reduzieren, erweist sich am Beispiel Scrutons, der in *The Meaning of Conservatism*, 1980, den Konservatismus als Antipoden des Liberalismus definierte und damit das marktliberale Credo der Partei unter Thatcher infrage stellte.²⁸

Neben Philosophen beteiligten sich Historiker an der Füllung der Begriffe *Conservatism* bzw. *Toryism*. Ihre Rolle rührte aus der Bedeutung, die der Geschichte der Partei für die Entwicklung des Konservatismus zugeschrieben wurde.²⁹ In den 1960er und 1970er Jahren prägte Robert Blake, seit 1968 Provost von Queen's College Oxford, mit seiner Gesamtdarstellung zur Geschichte der Partei im 19. und 20. Jahrhundert die Interpretation wie kein anderer.³⁰ Blake stand der Partei nahe und ergriff in den 1970er Jahren Partei für Margaret Thatcher, deren Vision des Konservatismus er historische Legitimität verlieh.³¹ Zwei weitere Histo-

²⁵ Vgl. z. B. die deutsche Übersetzung: KIRK, Lebendiges politisches Erbe, 1959.

²⁶ Vgl. MACIAG, Edmund Burke in America, S. 178–189.

²⁷ Vgl. CAC, THCR 6/2/3/4 part 2 f124, Guest List, Sir Hugh Fraser and Conservative Philosophy Group, 9.2.1981, MTFW 121912. Zur „Conservative Philosophy Group“ vgl. Scruton, Gentle Regrets, S. 45–50; JOHN CASEY, The Revival of Tory Philosophy, in: THE SPECTATOR, 14.3.2007.

²⁸ SCRUTON, The Meaning of Conservatism, 1980.

²⁹ Vgl. im Überblick HARRISON, Margaret Thatcher's Impact on Historical Writing.

³⁰ Vgl. BLAKE, The Conservative Party from Peel to Churchill, 1970; ders., The Conservative Party from Peel to Thatcher, 1985; ders., The Conservative Party from Peel to Major, 1997. Blake hatte sich mit seinen Biographien Andrew Bonar Laws und Benjamin Disraelis einen Namen gemacht: ders., The Unknown Prime Minister, 1955; ders., Disraeli, 1966.

³¹ Vgl. BLAKE, Conservatism in an Age, 1976. Zu Blake vgl. MORGAN, Blake, Robert Norman William.

riker schalteten sich in den 1970er Jahren in die Debatten um die Zukunft des Konservatismus ein: Elie Kedourie, Historiker an der London School of Economics (LSE) und Experte für den Mittleren Osten,³² und Maurice Cowling, Gravitationszentrum der Peterhouse Right.³³

Programmatische, philosophische und historische Erörterungen stellten also das eine Forum der Begriffsprägung dar; ein zweites waren tagespolitische Interventionen. Zur Stützung eigener Positionen taten konservative Politiker gut daran, diese mit konservativen „Prinzipien“ in Verbindung zu bringen. Sie verliehen ihnen auf diese Weise zusätzliche Legitimität, da sie diese als in Kontinuität mit konservativem Denken und Handeln stehend präsentieren konnten. In einer Partei, die sich der Vergangenheit verpflichtet fühlte, wurde dem große Bedeutung beigemessen. Auf Parteitagungen gehörte die Beschwörung konservativer Prinzipien und Traditionen zum rhetorischen Repertoire, ging es doch gerade hier jährlich darum, der Parteibasis politische Richtungsentscheidungen zu vermitteln. Aber auch die in der Partei miteinander um Einfluss und Positionen konkurrierenden Gruppen wie die One Nation Group, die Bow Group oder der Monday Club bemühten sich der Begriffe *Conservatism* bzw. *Toryism*, um ihren Anspruch auf Meinungsführerschaft zu untermauern. Diese politischen Richtungskämpfe wurden nicht nur innerhalb der Partei geführt, sondern auch in der publizistischen Öffentlichkeit. Politische Publizisten und konservative Journalisten griffen ein, genauso wie der Partei verbundene Intellektuelle. Oft wurde die Bedeutung des Konservatismusbegriffs im Rahmen von Debatten über konkrete tagesaktuelle Themen geschärft.

Zur Beschreibung von innerparteilichen Standpunkten bzw. Richtungen des politischen Denkens hatte sich im Laufe der Zeit ein Begriffsraster entwickelt, das aufgegriffen oder verworfen werden konnte und dem außerdem neue Varianten hinzugefügt wurden. Die Unterscheidung zwischen *Tory* und *Conservative* bot sich für solche Qualifizierungen an, genauso wie adjektivische Zusätze, was zu Konstruktionen wie etwa *liberal Conservatism*, *progressive Conservatism*, *traditional Conservatism* oder *ultra Toryism* führte. Zudem hatte sich in der politischen Sprache eine feine Differenzierung etabliert zwischen *Conservatism* in Großschreibung und *conservatism* in Kleinschreibung. Die erste Variante wurde für das politische Phänomen verwendet, die zweite für einen angeblich allgemein menschlichen Wesenszug eines *natural conservatism*. Diese Unterscheidung ging auf die Definition von Lord Hugh Cecil aus dem Jahr 1912 zurück.³⁴

Natural conservatism is a tendency of the human mind. It is a disposition averse from change; and it springs partly from a distrust of the unknown and a corresponding reliance on experi-

³² Vgl. KEDOURIE, *Conservatism and the Conservative Party*, 1970; ders., Is „Neo-Conservatism“ Viable?, 1982; beide Aufsätze sind wiederabgedruckt in: ders., *The Crossman Confessions*, 1984; zu Kedourie vgl. MINOGUE, Kedourie, Elie.

³³ Vgl. v. a. COWLING, *Conservative Essays*, 1978; zu Cowling vgl. PARRY, Cowling, Maurice John; CROWCROFT, Maurice Cowling; ders. et al., *The Philosophy, Politics and Religion*. Eine lebendige Beschreibung der „Peterhouse Right“ gibt SISMÁN, Hugh Trevor-Roper, S. 456–463.

³⁴ CECIL, *Conservatism*, 1912, S. 8. Zur Situation des Konservatismus an der Jahrhundertwende vgl. GREEN, *The Crisis of Conservatism*.

ence rather than on theoretic reasoning; partly from a faculty in men to adapt themselves to their surroundings so that what is familiar merely because of its familiarity becomes more acceptable or more tolerable than what is unfamiliar. Distrust of the unknown, and preference for experience over theory, are deeply seated in almost all minds.³⁵

Das unter dem Begriff *Conservatism* zusammengefasste Denken der Conservative Party basiere zu einem guten Teil auf diesem „natural conservatism“, so Cecil.³⁶

Dieses Argument war in der Tat wichtig für das Selbstverständnis der britischen Konservativen, die sich zuallererst als unideologisch betrachteten. Weder sei der Konservatismus ein in sich schlüssiges Denksystem, noch biete er verbindliche Theorien zur Welterklärung an. Ihn zeichne vielmehr „a deep distrust of blueprints and a distaste for abstract, prescriptive theory“ aus, wie etwa Ben Patterson 1973 formulierte und damit eine immer wiederkehrende Trope konservativer Selbstbeschreibung zitierte.³⁷ Anstelle von Dogmen ließen sich Konservative von Prinzipien (*principles*) leiten, die sich über Jahrhunderte, orientiert an den Erfahrungen des britischen ‚Volkes‘, herausgebildet hätten.³⁸ Neben *principles* war der Begriff *faith*, also Glaube, gängig, wenn sich Konservative auf die Grundlagen ihres politischen Denkens bezogen.³⁹ Aus dieser gedanklichen Flexibilität erkläre sich ein grundsätzlicher Pragmatismus im politischen Handeln, wie etwa Quintin Hogg nicht müde wurde zu betonen.

Die konservative Zurückweisung des Ideologischen, die vor allem auch der Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus und Sozialismus diene, warf außerhalb des konservativen Selbstverständigungsdiskurses viele Fragen auf. In einem Streitgespräch zwischen Hogg, nun Lord Hailsham, und dem linken Cambridger Philosophen Bernard Williams, das im ersten Fernseh-Kanal der BBC 1974 übertragen wurde, hakte Williams genau an diesem Punkt ein. Trotz Hailshams Insistieren, dass seine Ansichten nur pragmatisch und unideologisch seien, seien diese in hohem Maße ideologisch, orientiert an festen Vorstellungen darüber, was Politik ausmache, wie die menschliche Natur beschaffen sei und welche Bedeutung Formalem und Institutionen zukomme.⁴⁰ Wie wir sehen werden, verlieh die Spannung zwischen der Ablehnung des Ideologischen und der Notwendigkeit, das eigene politische Denken in schlüssige Form zu bringen, den Debatten um den *Conservatism* in den 1960er und 1970er Jahren zusätzliche Brisanz.

Die Entwicklung der Begriffe *Conservatism* und *Toryism* in diesen beiden Jahrzehnten erfolgte in drei Stufen: einer ersten Periode während der Kanzlerschaft Harold Macmillans bis 1963, einer zweiten, als um die programmatische Erneuerung der Partei unter Edward Heath gerungen wurde, und schließlich einer dritten seit der Wahl Margaret Thatchers zur Parteiführerin im Februar 1975, die bis in die achtziger Jahre reichte.

³⁵ CECIL, *Conservatism*, 1912, S. 9.

³⁶ Zum Kontext vgl. GREEN, *The Crisis of Conservatism*, S. 311–317.

³⁷ PATTERSON, *The Character of Conservatism*, 1973, S. 10.

³⁸ Z. B. NORTHAM, *Is the Future with the Tories?*, 1958, S. 47.

³⁹ Vgl. auch BALL, *The Principles of British Conservatism*

⁴⁰ Lord Hailsham's Convictions. *Politics and Morality*, in: *THE LISTENER*, 11. 7. 1974, S. 39.

2.2. Neu, fortschrittlich, modern. *Conservatism* und *Toryism*, 1945–1963

2.2.1. Zur Zukunft hin streben. Das delikate Gleichgewicht der Zeitdimensionen und der *modern Conservatism*

Als Harold Macmillan 1957 zum Premierminister gewählt wurde, waren die Konservativen bereits seit sechs Jahren an der Macht. Auf Winston Churchill war 1955 Anthony Eden gefolgt, der wiederum nach dem Desaster der Suez-Krise 1957 seinen Stuhl räumen musste. Sein von den Parteigranden zum Premierminister wie zum Parteiführer gekürter Nachfolger Harold Macmillan war ein erfahrener Politiker mit klarem Profil: Seit den 1930er Jahren hatte er energisch für eine keynesianische Wirtschaftspolitik und eine staatlich gelenkte Sozialpolitik plädiert, in außenpolitischen Fragen stand er für eine interventionistische Haltung, die ihn in den 1930er Jahren in Opposition zur Parteiführung unter Neville Chamberlain über die Appeasement-Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland gebracht hatte.⁴¹ Allerdings war er als Chancellor of the Exchequer tief in die Suez-Kalamitäten verstrickt. Die außenpolitische Neuorientierung der vormaligen Weltmacht Großbritannien sowie die unbedingte Garantie von wirtschaftlichem Wachstum, Vollbeschäftigung, steigenden Löhnen und einer niedrigen Inflationsrate stellten denn auch die Leitplanken der Regierung Macmillan dar, die 1959 fulminant im Amt bestätigt wurde und seit 1962 durch Skandale, Patzer und konjunkturelle Dellen massiv an Glaubwürdigkeit einbüßte. 1963 konnte sich Macmillan, geschwächt durch Krankheit, nicht mehr halten und trat zurück. Auf ihn folgte Alec Douglas Home, der eine Übergangsfigur blieb. 1964 verloren die Tories die Wahlen gegen die Labour Party unter Harold Wilson.

Der Konservatismusbegriff wurde in den Regierungsjahren Macmillans eng verschweißt mit dem Begriff des *Fortschritts*. „We are conservatives of all that is best in our traditions. We are radical to uproot and destroy all that bars the road to progress“,⁴² versprach Macmillan in seinem Vorwort zu *Onward in Freedom*, dem programmatischen Papier der Partei aus dem Jahr 1958, und zitierte dabei Benjamin Disraeli. Genau das hatte Macmillan der Partei unmittelbar nach seiner Wahl zum Parteiführer eingeschärft.⁴³ *Progressive Conservatism* wurde zum Label der Politik, für die die Tories unter Macmillan einstanden, und dies galt vor allem für eine an Wachstum, moderatem Staatsinterventionismus und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates orientierte Innenpolitik.⁴⁴ *Progressive Conservatism* versprach zuallererst allgemeinen Wohlstand, die Partizipation breiter Bevölkerungsteile am ökonomischen Aufschwung. Mit offenen Armen begrüßten die Konservativen

⁴¹ Vgl. HORNE, Macmillan. Zu Macmillan und Keynes vgl. GREEN, *The Conservative Party and Keynes*.

⁴² *Onward in Freedom*, 1958, S. 4.

⁴³ Vgl. HORNE, Macmillan, S. 17.

⁴⁴ Vgl. im Überblick PAGE, *Clear Blue Water?*.

den konsumorientierten Massenwohlstand, der ihnen Fortschritt bedeutete. Die Labour Party dagegen stand den materiellen Verheißungen der Gegenwart um einiges reservierter gegenüber.⁴⁵ Mit dem Label des *progressive Conservatism* knüpfte die Partei semantisch an die Zwischenkriegszeit an, als der reformerische Flügel sich als Anwalt eines *progressive Conservatism* stilisiert hatte.⁴⁶

Die Qualifizierung des Konservatismusbegriffs über das Adjektiv *progressive* schien nötig, um jegliche Assoziation mit einer überlebten Vergangenheit im Ansatz zu ersticken. Das im Begriff konstitutive Bedeutungselement des Bewahrens wurde also bewusst relativiert. Genau darauf hob *Onward in Freedom* ab: Nur das Beste sollte bewahrt, allem anderen energisch der Garaus gemacht werden, um Fortschritt zu ermöglichen. Der Konservatismusbegriff wurde mit Zukunftsgewissheit aufgeladen. „The very word Conservatism is like a trumpet sound, embodying as it does our past and present, and including the great future that we hope to see“, so Dorothy Bowhay in *Swinton College Journal*.⁴⁷ Die Gewichtung der Zeitdimensionen untereinander verschob sich hin zur Zukunft. Ganz entscheidend dafür war die Wahrnehmung der eigenen Gegenwart als Zeit rapiden Wandels, die seit Mitte der 1950er Jahre zunehmend bestimmend wurde. „Scientific progress has become a gallop instead of a trot. Our own position – our country’s position – no longer rests on its old foundations which seemed so secure“,⁴⁸ gab Anthony Eden 1956 vor dem Parteitag zu bedenken. Die Fundamente schienen ins Rutschen gekommen zu sein, das Neue sich in den Verheißungen wissenschaftlicher Innovation anzukündigen. Zwei Jahre später stellte Macmillan seine Parteitagrede ganz unter das Motto der Zukunft. Herausgefordert sah er sich dazu von „this new, scientific, technological, jet propelled, nuclear powered age“. Während der Konservatismus rhetorisch mit der Zukunft, mit Fortschritt assoziiert wurde, wurden die politischen Gegner als Relikte einer längst überkommenen Vergangenheit gezeichnet. Die Diskussionen, die von Labour und den Liberalen geführt wurden, verbreiteten den Duft von Lavendel und alter Spitzenborte, spottete Macmillan.⁴⁹

Die enge Verknüpfung von *progress* und *Conservatism* rührte an den Grundfesten des Konservatismusbegriffs. Wenn nur noch die Zukunft zählte, wie konnte dann das aus der Geschichte Überkommene bewahrt werden? Wie blieb der Konservatismus dann überhaupt noch der Tradition verpflichtet? Es war Quentin Hogg, der den Fortschrittsbegriff an prominenter Stelle im konservativen Sinne qualifizierte – was letztlich bedeutete, die Begriffe der politischen Sprache nach dem morphologischen Strukturprinzip der Zeitlichkeit zu ordnen. So schuf Hogg die Voraussetzung für die begriffliche Verknüpfung von *progress* und *Conservatism*: „progress consists in each generation beginning at the point where their fathers

⁴⁵ BLACK, *The Political Culture of the Left in Affluent Britain*; PUGH, *Speak for Britain!*, S. 286–318.

⁴⁶ Vgl. BRIDGEMAN, *The Modernisation of Conservative Politics*, S. 7.

⁴⁷ BOWHAY, *Some Reflections*, 1958, S. 58.

⁴⁸ EDEN, *Leader’s Speech*, 1956.

⁴⁹ MACMILLAN, *Leader’s Speech*, 1958.

left off“.⁵⁰ Dass sein 1947 publiziertes Buch zur Parlamentswahl 1959 noch einmal aufgelegt wurde, unterstreicht die Bedeutung von Hoggs Arbeit am Begriff.⁵¹ Konservativer Fortschritt sollte sich durch Kontinuität auszeichnen, durch das Herauentwickeln des Neuen aus dem bewährten Alten, und eben nicht durch den bewussten Bruch mit der Vergangenheit.

Noch in anderer Hinsicht erhielt der Fortschrittsbegriff eine spezifisch konservative Bedeutungsschicht. In einem Radiobeitrag im Dezember 1958 kam Richard Austin Butler, einer der Vordenker und führenden Figuren des britischen Konservatismus der 1950er Jahre,⁵² auf den Fortschritt zu sprechen. Die Mehrheit der Briten verstünden unter Fortschritt nicht das, was ihnen Labour verspreche, nämlich „more and more of our lives, our work, our houses being dominated by officialdom, controlled by government restrictions and cramped by local authority by-laws“. Das konservative Fortschrittsversprechen basierte dagegen auf *freedom* und *order*, womit Butler auf zwei Schlüsselbegriffe aus dem semantischen Netz des Konservatismusbegriffs rekurrierte. Zugleich evozierte er das Bild eines sozialistisch regierten Großbritanniens, in dem die eigentliche Entscheidungsmacht bei einer ausufernden Bürokratie liege, dem einzelnen die Luft abschneide und die Freiheit erdrücke. Im kulturkritischen Diskurs um die *mass society* bzw. *affluent society* wurde diese Vorstellung wieder und wieder aktualisiert.⁵³ Die Funktion des Konservatismus, so Butler im gleichen Beitrag, sei es „to give a chance to the young to take advantage of what is best in old tradition and to offer them a field of fresh opportunities; to preserve a fair balance between order and liberty; to improve social conditions and to care for those who are old and in need“.⁵⁴

Die sozialpolitische Komponente in Butlers Konservatismusbegriff unterstrich die christliche Basis, auf der die Conservative Party der 1950er und frühen 1960er Jahre gründete. Die „Christian duty“ verweise jeden einzelnen auf den Nächsten und gehe weit über das hinaus, was der Staat zu leisten imstande sei.⁵⁵ Die Politik wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus wurde christlich legitimiert, und gleichzeitig wurden ihr über einen christlichen Bezug deutliche Grenzen gesetzt, indem sowohl die individuelle als auch die zivilgesellschaftliche Verantwortung (*responsibility*) betont wurde.

Das Bekenntnis zum Christentum hatte sich allerdings noch um einiges tiefer in den Konservatismusbegriff der Nachkriegsjahre eingegraben, auch wenn die Partei keinen exklusiven Anspruch auf die Vertretung christlicher Interessen erheben konnte. Das verbot ihr schon allein die Tatsache, dass in Großbritannien auf

⁵⁰ HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947, S. 11.

⁵¹ Vgl. HAILSHAM, *The Conservative Case*, 1959.

⁵² Vgl. GARNETT und HICKSON, *Conservative Thinkers*, S. 22–39.

⁵³ Eine Studie über den britischen Diskurs um die *mass society* bzw. *affluent society* existiert leider nicht; vgl. daher vorläufig BLACK und PEMBERTON, *An Affluent Society?*; JARVIS, *Conservative Governments*. Für den internationalen Diskurs ungemein einflussreich: RIESMAN et al., *The Lonely Crowd*, 1950.

⁵⁴ RICHARD AUSTIN BUTLER, *The Conservative Record and Programme*, in: *THE LISTENER*, 11. 12. 1958.

⁵⁵ BUTLER, *Leader's Speech*, 1963.

Grund seiner konfessionellen Vielfalt Verbindungen christlicher Gruppen gleichmäßig in alle Parteien hinein bestanden. Nichtsdestoweniger spielte das Christliche eine bedeutende Rolle für das Selbstverständnis des britischen Konservatismus. Die Explosion der Gewalt im Vernichtungskrieg, der totalitäre Wahnsinn und die Infragestellung individueller Freiheit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden – ganz ähnlich wie im Nachkriegsdeutschland – als Ergebnis einer Abkehr von Gott gedeutet.

The denial of the fatherhood of God is the root from which spring quite naturally the various heresies which have afflicted the species in our time, the doctrine of race and class, the worship of the State, the philosophy of dialectical materialism, or the more pragmatic and not less popular creeds of Get-rich-quick, or All's-fair-inlove-and-war.⁵⁶

Der totalitarismustheoretische Hintergrund dieses Interpretationsmusters, das Quintin Hogg hier bediente, ist offensichtlich und wurde im entstehenden Kalten Krieg antisozialistisch gewendet.

Die antisozialistische Orientierung des Christlichen im Kalten Krieg verband sich in charakteristischer Weise mit einer moralpolitischen Dimension, die auf die britische Gesellschaft wies.⁵⁷ Die moralische Aufladung des Christlichen in Großbritannien reichte in den Viktorianismus zurück und ging einher mit einer in der Conservative Party der 1950er Jahre weit verbreiteten Kritik am Materialismus der Konsumgesellschaft.⁵⁸ Darüber hinaus war das Christliche mit der für die Partei so wichtigen Vergangenheitsdimension verknüpft: Das *christliche Erbe* galt es zu schützen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, so dass – konkret auf die Situation der späten 1940er Jahre bezogen – „our Christianity masters the bomb and not the bomb our Christianity“.⁵⁹ Unter das *christliche Erbe*, das die Konservativen sich zu bewahren aufgetragen hatten, fiel die für das konservative Staatsverständnis so wichtige, historisch tradierte Verfasstheit des Königreichs. Als Verteidiger der „traditional Constitution“, die „deep in the Christian tradition of the past“ wurzele, biete der Konservatismus, so Hogg, in der Formel der „rule of law“ eine Synthese aus den konfliktären Ideen von *Autorität* und *Freiheit*. Diese Herrschaft des Rechts ruhe einerseits auf einem überlieferten Korpus von Rechtstexten, andererseits auf dem Naturrecht, das sich wiederum christlich begründete.⁶⁰ Und nicht zuletzt leitete die Partei aus ihrer christlichen Verankerung einen jeglicher Ideologie abholden und vom sündigen Individuum ausgehenden Standpunkt ab.⁶¹ Das relativierte den konservativen Fortschrittsenthusiasmus.

Der antisozialistische Unterton im konservativen Bekenntnis zum Fortschritt war nicht zu überhören. Er wies zurück auf die Inkubationszeit eines erneuerten Konservatismus nach 1945, der von Männern wie Butler und Macmillan entscheidend geformt worden war. Nach der schmerzhaften Wahlniederlage gegen Labour

⁵⁶ HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947, S. 23.

⁵⁷ Vgl. z. B. ST. JOHN-STEVAS, *The Right to Life*, 1963; ders., *Law and Morals*, 1964.

⁵⁸ Vgl. JARVIS, *Conservative Governments*.

⁵⁹ HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947, S. 18.

⁶⁰ Ebd., S. 69.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 15.

1945 hatte sich in der Partei die Überzeugung gefestigt, dass ein programmatischer Neustart nötig sei, um der offensichtlichen Popularität der Labour Party begegnen zu können, die auf wohlfahrtsstaatlichen Ausbau, Verstaatlichung und die Drosselung des privaten Konsums setzte. Es folgte ein intensiver innerparteilicher Diskussionsprozess, der vom Conservative Research Department unter Butler gesteuert wurde.⁶² Jenem (ebenso wie Hogg) erschien der Paukenschlag des Jahres 1945 vergleichbar mit der Situation der Tories des Jahres 1832, als der von den Liberalen durchgesetzte erste Reform Act eine Verfassungs- und Wahlrechtsreform brachte, die die Konservativen über Jahrzehnte zu verhindern versucht hatten und die deren politisches Selbstverständnis grundlegend in Frage stellte. In seinem *Tamworth Manifesto* (1834) hatte Parteiführer Robert Peel erstmals die Grundlagen eines konsolidierten Konservatismus ausbuchstabiert, auf die sich die Partei fortan berufen konnte. In der Partei galt *Tamworth* als Geburtsurkunde des modernen Konservatismus. Butler glaubte nun 1945, dass ein neues *Tamworth Manifesto* nötig sei. Als solch tiefen Einschnitt schätzte er die Situation der Partei ein.⁶³

Während sich mit Peels Politik die Aneignung des dann neuen Begriffs *Conservatism* verband, schien dieser 1945 ganz im Gegenteil als veraltet, abgenutzt und jedenfalls nicht den Anforderungen einer auf Aufbruch gepolten Zeit zu entsprechen. Dazu kam, dass sich die Konservativen unter Churchill zunächst darum bemühten, unter Einschluss der Liberalen eine antisozialistische Front aufzubauen. Der Begriff *konservativ* störte auch dabei. Dementsprechend setzte Churchill, der eine beträchtliche Zeit seines politischen Lebens in der Liberalen Partei verbracht hatte, vor dem Parteitag 1946 eine Arbeitsgruppe ein, die sich über einen Namenswechsel Gedanken machen sollte. Churchills Vorschlag für den neuen Parteinamen „the Union Party“ und für die Parteimitglieder als „the Unionists“ überraschte seine Kollegen wenig, denn er nahm Bezug auf die Tradition des *Unionism* in der Partei, in der Churchill sich selbst verortete. Als sich die Liberalen 1886 über William Ewart Gladstones Irland-Politik gespalten hatten, hatte sich der für die Beibehaltung des irischen Status quo Eintretende Parteiflügel zunächst als Liberal Unionist Party organisiert und war dann eine Allianz mit den Konservativen eingegangen, die schließlich 1912 zur Fusion führte. Im offiziellen Parteinamen Conservative and Unionist Party wurde diese Geschichte präsent gehalten, und in Schottland und Nordirland traten die Kandidaten der Partei bis weit in die 1950er Jahre als *Unionists* auf. Auch andere Parteigranden hatten sich für eine Namensänderung eingesetzt. Die Idee stieß auf wenig Begeisterung – weder im Schattenkabinett noch beim Parteitag, wo sie die Parteiführung ohnehin bereits aufgegeben hatte. Nur Harold Macmillan hielt an ihr fest und forderte eine Umbenennung der Partei in „New Democratic Party“, verbunden mit einer Strategie der antisozialistischen Sammlung. Dafür erntete er Stürme des Protests von der beim Parteitag versammelten Parteibasis.⁶⁴

⁶² Vgl. RAMSDEN, *The Making*, 102–148; ders., *The Age*, S. 138–176; HOWARD, RAB, S. 140–177.

⁶³ RAMSDEN, *The Making*, S. 109; BUTLER, *The Art of the Possible*, 1971, S. 133.

⁶⁴ Vgl. RAMSDEN, *The Age*, S. 197–198; *New Democratic Party*, in: *THE TIMES*, 2. 9. 1946.

Einer der erbittertsten Kritiker der Umbenennung war Quintin Hogg, dessen 1947 erschienenes Credo *The Case for Conservatism* mithin auch auf innerparteiliche Reserven gegenüber der konservativen Tradition antwortete. Hogg leistete Begriffsarbeit, die in der Tat stabilisierend wirkte. Er legte in aller Ausführlichkeit dar, was *Conservative* in der Gegenwart der Nachkriegszeit heißen konnte. Aber auch Hogg qualifizierte den Begriff – so ganz mochte er offenbar seiner Wirksamkeit nicht trauen. Hogg sprach von *modern Conservatism* und nahm dabei die in der Partei gebräuchliche Begrifflichkeit auf.⁶⁵ So hatte etwa im Jahr 1946 das Northern Area Council eine Resolution verabschiedet, die zu energischerer Öffentlichkeitsarbeit für die Prinzipien und die Politik des „modern Conservatism“ aufgefordert hatte.⁶⁶ *Modern* sollte den Standort des Konservatismus anzeigen, nämlich mitten in der britischen Gesellschaft, die nach der wirtschaftlichen Not der 1930er Jahre sowie den Strapazen und Leiden des gewonnenen Krieges auf ökonomischen Aufschwung, soziale Sicherheit und soziale Mobilität hoffte. *Modern* war zu einer Vokabel der Verheißung in der Nachkriegszeit geworden. Nur ein *moderner* Konservatismus passte in das *moderne* Großbritannien.⁶⁷

Modern drückte aber auch den Willen zur Reform aus, und die programmatischen Papiere, die in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren aus der Parteizentrale flatterten, sollten dies untermauern. *The Industrial Charter* (1947), *The Agricultural Charter* (1947), *The Right Road for Britain* (1949), *One Nation* (1950) und *Change is Our Ally* (1954), um nur die wichtigsten Texte zu nennen, formulierten konservative Positionen zu den von Labour unter Attlee vorangetriebenen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen. Die Liste der heiß diskutierten Themen führten die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates an. Diese vornehmlich wirtschafts- und sozialpolitische Stoßrichtung führte dazu, dass *modern Conservatism* mit ebensolchen Fragen assoziiert wurde. Als Butler schließlich 1955 eine Anthologie mit Texten der programmatischen Runderneuerung unter dem Titel des *new Conservatism* publizierte, wurde der Bruch mit der parteipolitischen Vergangenheit nur noch deutlicher gemacht.⁶⁸ Neben persönlichen Überzeugungen und Selbstpositionierungen war dabei allerdings ein ebenso großes Maß an Rhetorik involviert. Denn die politischen Positionen ebenso wie die Sprache, in denen diese verfasst waren, wiesen klare Kontinuitäten zu etablierten konservativen Haltungen der Zwischenkriegszeit auf, wie Harriet Jones, Michael Kandiah und Jim Tomlinson gezeigt haben.⁶⁹ Die *Industrial Charter*, wirtschaftspolitischer Grundlagentext des neu modellier-

⁶⁵ Vgl. z. B. BALDWIN, Leader's Speech, 1933: „Disraeli, after all was the founder of modern Conservatism“; HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947.

⁶⁶ RAMSDEN, *The Age*, S. 198.

⁶⁷ Zum Leitbild der Modernität im Großbritannien der Nachkriegszeit vgl. CONEKIN et al., *Moments of Modernity*.

⁶⁸ Vgl. *The New Conservatism*, 1955.

⁶⁹ Vgl. JONES, *The Illusion of Conservative Support*; dies., *A Bloodless Counter-Revolution*; dies., „New Conservatism“?; KANDIAH, *Conservative Leaders*; TOMLINSON, *Conservative Modernisation*; ders., „Liberty with Order“. Zum Konservatismus der Zwischenkriegszeit vgl. BALL, *Portrait of a Party*.

ten Konservatismus, war in erster Linie ein Plädoyer für den freien Markt und erst in zweiter Linie für eine zurückhaltende, durchaus keynesianisch inspirierte staatliche Ordnungspolitik, die auf Konzepten des reformorientierten Parteiflügels der Zwischenkriegszeit aufbaute. Sie verband das Konservative mit den Idealen von Fortschrittlichkeit, Wohlstand und der neuen Sprache zivilgesellschaftlicher Kultur, die sich seit 1942 herausgebildet hatte – und genau dies verlieh ihr Bedeutung.⁷⁰

Seit Mitte der 1950er Jahre und vor allem seit Macmillans Wahl wurde *modern Conservatism* immer häufiger von *progressive Conservatism* abgelöst – das war es, wofür Macmillans Regierung Politik machen wollte. „The great thing is to keep the Tory party on modern and progressive lines,“ vertraute Macmillan 1959 seinem Tagebuch an.⁷¹ *Progressive Conservatism* verwies dabei um einiges deutlicher auf die Programme des linken Parteiflügels als dies das neutralere *modern Conservatism* getan hatte. Denn *progressive* war zu einem Begriff parteiinterner Abgrenzungsstrategien geworden.⁷² Als Butler 1960 das Amt des Party Chairman, vergleichbar dem eines deutschen Bundesgeschäftsführers, übernahm, zeigte er sich für seine Ernennung deshalb besonders dankbar, weil er „the advancement of progressive Conservatism“ als sein Lebenswerk betrachtete.⁷³ Die Losung der *modernisation*, die die Regierung Macmillan seit 1960 vor sich her trug und die einen Neubeginn nach dem Verlust des Empires genauso versprach wie eine Lösung der ökonomischen Strukturprobleme, schöpfte semantisch aus diesen Quellen.⁷⁴

Die semantische Spannung zwischen Bewahrung, auf die der Konservatismusbegriff wies, und Erneuerung, die die Adjektive *progressive* bzw. *modern* forderten, musste fein austariert werden, nicht zuletzt um dem morphologischen Strukturprinzip der Zeitlichkeit Genüge zu tun.⁷⁵ Dies gelang nicht immer. So warf etwa Hogg dem oppositionellen Earl of Lucan während der Debatte über das Weißbuch der konservativen Regierung zur Verkehrspolitik im House of Lords im Mai 1952 nostalgischen Konservatismus vor. Lucan hatte energisch gegen die Revision der von Labour 1947 verfügten Verstaatlichung des öffentlichen Verkehrs argumentiert, die das marktliberal geprägte Weißbuch anstrebte und die Viscount Hailsham, sprich Quintin Hogg, verteidigte. Verstaatlichungspolitik sei in keiner Weise „progressive, but [...] intensely, and to an ossified extent, conservative“, so der konservative Hailsham für seine Fraktion. „We rather fear that nationalisation is not in the best interests of progress in this country.“⁷⁶ Aus dem Munde dessen, der sich einen Namen als Anwalt und Ideengeber des Konservatismus gemacht

⁷⁰ Vgl. JONES, „New Conservatism“?, S. 172.

⁷¹ MACMILLAN, *The Macmillan Diaries, 1957–1966*, 11. 10. 1959, S. 251, Hervorhebungen im Original.

⁷² Vgl. z. B. ebd., 20. 12. 1961, S. 436.

⁷³ National Union of Conservative and Unionist Associations, 79th Annual Conference, 1960, R.A. Butler, S. 121.

⁷⁴ Vgl. TOMLINSON, *Conservative Modernisation*; MITCHELL, *The Brief and Turbulent Life*.

⁷⁵ Vgl. RAMSDEN, *The Winds of Change*, S. 179.

⁷⁶ Hansard, HL Deb 15 May 1952 vol 176 cc1025–132, hier 1095–1096.

hatte, war dieser Konservatismusvorwurf gegenüber dem politischen Gegner erstaunlich. Doch zeigt dieses Beispiel anschaulich die Ambivalenz des konservativen Fortschrittsenthusiasmus: Solange der Fortschritt auf Seiten der Konservativen angesiedelt sein sollte, konnte das dazu führen, dass der Konservatismusbegriff selbst untergraben wurde. Die Unterscheidung von *Conservatism* mit kleinem bzw. großem *c* konnte dagegen kaum etwas ausrichten.

Einen solchen Weg, der sich vom Konservatismusbegriff entfernte, ging Gordon Pears konsequent zu Ende. *Down with Conservatism!* titelte sein Artikel 1958 in *Crossbow*, dem Magazin der auf dem linken Parteiflügel angesiedelten Bow Group. Pears prangerte eine allgemein nostalgisch verklärende Einstellung zu den Dingen des täglichen Lebens an, die ihm im Großbritannien seiner Tage zu dominieren schien. „This natural conservatism is rather blind, being unable to see beyond the end of its nose, unable to see the future except as a happy reception of the present. In a complex modern society like ours, set in a far from conservative world, we cannot afford too much of it“. Sein Fazit für seine Partei, die den Konservatismus im Namen trug, lautete: Abkehr vom Konservatismus und die Formulierung eines „most forward-looking Toryism“.77 Nur *Toryism*, nicht *Conservatism*, könne das Fundament einer zukunfts zugewandten Partei sein.

In dasselbe Horn stieß einige Jahre später Timothy Raison, einer der intellektuellen Wortführer der jungen Parteilinken der 1960er Jahre.78 Die Beliebtheit der Selbstbezeichnung als *Tory*, die er in der Partei beobachtete, war ihm Beweis für ein gestärktes Selbstbewusstsein und für neue Vitalität. *Conservatism* assoziierte Raison mit der Ära Stanley Baldwins, die viel dazu beigetragen hätte, den Begriff des *Konservatismus* einzutrüben. *Toryism* dagegen

is symbolic for a fresher approach, an emancipation from the dead and deadening spirit of the 1930s, a desire to tackle the realities of our time and to turn them to our advantage. The modern Tory should not reject the wisdom of the past; but he will see it largely as a further tool with which to tackle the problems of today.79

Dass der Begriff *Toryism* im 19. Jahrhundert gerade nicht einen liberal orientierten Konservatismus bezeichnet hatte, focht die Advokaten eines „modern Toryism“80 oder „new Toryism“81 nicht an.

Iain Macleod war sich der Gefahren gewahr, die von einer Abkehr von *Conservatism* ausgingen. Auch wenn er als einer der Vordenker des britischen Nachkriegs-Konservatismus den Begriff *Toryism* präferierte, hütete er sich davor, den Konservatismusbegriff und die damit verbundene Traditionslinie über Bord zu werfen. Macleod wies die Rhetorik des Neuanfangs nach 1945 gänzlich zurück: „There is no ‚new Conservatism‘, only a re-statement in modern terms of ancient

77 PEARS, *Down with Conservatism!*, 1958, S. 12.

78 Zu Raison vgl. LANGDON, Sir Timothy Raison Obituary; TAM DALYELL, Sir Timothy Raison: Tory Minister who also Co-Founded ‚New Scientist‘, in: THE INDEPENDENT, 3. 11. 2011.

79 HOWELL und RAISON, *Principles in Practice*, 1961, S. 12; RAISON, *Why Conservative?*, 1964, S. 44–45.

80 Z. B. RAISON, *Why Conservative?*, 1964, S. 138.

81 Z. B. PEARS, *Down with Conservatism!*, 1958, S. 12.

beliefs“; unterstrich er 1958 und wiederholte diesen Satz beim Parteitag vier Jahre später.⁸² Das konservative Bemühen um den Wohlfahrtsstaat sei auf den Fundamenten errichtet, die die Partei im 19. Jahrhundert gelegt habe. Benjamin Disraelis Klage, dass in Großbritannien zwei Nationen existieren würden – die eine vermögend, die andere ums Überleben kämpfend –, und seine Forderung, dafür zu sorgen, dass die Nation in dieser Hinsicht als *one nation* geeint werde,⁸³ bildeten für Macleod und viele andere Konservative der 1950er Jahre den historischen Anker ihres *Toryism*, der so die paternalistische Tradition konservativen Denkens fortsetzte.⁸⁴ Das Soziale, so die Argumentation, war seit Langem genuiner Teil des Konservativen und eine wichtige Facette des konservativen Nationsbegriffs. Insofern konnte es in der Tat nur darum gehen, alte Überzeugungen in neue Worte zu kleiden.

Tatsächlich gehörte *nation* zum Kernbestand der politischen Sprache des britischen Konservatismus. Die Konservativen verstanden sich als Hüter der Nation, ihrer Geschichte und ihrer Institutionen, allen voran der Monarchie und der anglikanischen Kirche. Gleichmaßen glaubten sie sich verantwortlich für die *unity*, der *Einheit* der Nation. Das Streben nach der *einen Nation*, nach *one nation*, das sich auf Disraeli berief, wurde zu einem Markenkern des Konservatismus der 1950er Jahre. „Conservatism stands in the public mind for unity“, bekräftigte der konservative Parlamentsabgeordnete Godfrey Nicholson in einem Leserbrief an *The Daily Telegraph* im Januar 1958 und leitete daraus in der Krise um den Rücktritt von Schatzkanzler Peter Thorneycroft und seines Teams die Forderung nach innerparteilicher Einheit ab.⁸⁵ In erster Linie aber zielte das konservative Bekenntnis zu *national unity* auf die Überwindung sozialer Spannungen ab. Dabei hallte im Postulat unbedingter nationaler Einheit der Mythos des Zweiten Weltkriegs nach. Im *People's War* schienen die Zerklüftungen der britischen Klassengesellschaft endlich überwunden, schien die Nation geeint gewesen zu sein, um dem perfiden Angriff von außen widerstehen zu können. Nationale Größe definierte sich über nationale Einheit.⁸⁶ Dieser Mythos des *People's War* nährte die konservative *one nation*-Metaphorik mindestens ebenso stark wie die Erinnerung an die Depression der 1930er Jahre.

Für jene, die sich als *one nation*-Politiker verstanden, gehörte das Streben nach nationaler Einheit ohnehin zu den unhinterfragten Grundlagen konservativen Denkens und Handelns. Noch um einiges energischer als dies Macleod tat, wies deshalb Angus Maude die politisch-instrumentelle Verwendung überlieferter

⁸² MACLEOD, *The Political Divide*, 1958, S. 12; National Union of Conservative and Unionist Associations, 81st Annual Conference, 1962, Iain Macleod, S. 127.

⁸³ Zu Disraeli vgl. FEUCHTWANGER, Disraeli; SMITH, Disraeli; im weiteren Kontext des viktorianischen Konservatismus vgl. RÖDDER, Die radikale Herausforderung.

⁸⁴ Vgl. WALSHA, *The One Nation Group*; BRIDGEN, *The One Nation Idea and State Welfare*.

⁸⁵ GODFREY NICHOLSON, Letter to the Editor, in: *THE DAILY TELEGRAPH*, 10. 1. 1958. Zur Krise um die Finanzpolitik vgl. COOPER, *Little Local Difficulties Revisited*; GREEN, *The Treasury Resignations of 1958*; JARVIS, *The 1958 Treasury Dispute*; JOHNMAN, *Opportunity Knocks*.

⁸⁶ Vgl. SÜSS, *Tod aus der Luft*.

Richtungsbegriffe zurück, dessen er die publizistische Öffentlichkeit zieh. „One day I was a Progressive Left-wing Tory [...]; the next, it seemed, I was a Right-wing reactionary. [...] Could it be that none of these people prating about being Progressive knows what the hell he is talking about?“ Offensichtlich nicht, so der Tenor von Maudes Artikels im *Spectator* im Oktober 1957. Denn das, was als *progressive Conservatism* bezeichnet werde, sei lediglich ein waschechter Konservatismus bzw. Toryismus, wie er sich im 19. Jahrhundert entwickelt habe. Viel Hoffnung auf ein terminologisches Durchsickern dieser Erkenntnis hatte Maude allerdings nicht: „they [the Socialists] have sold us Progress under their own brand label, and now no clever Tory dares to be without it.“ Die Linke hatte sich unbemerkt der konservativen Sprache bemächtigt, so Maudes Fazit.⁸⁷

Während Maude zürnte, suchte Iain Macleod konstruktive Begriffsarbeit zu leisten. Nicht von ungefähr hob Macleod die Vergangenheitsdimension konservativen Denkens besonders hervor, wohl weil diese, wie wir gesehen haben, infrage gestellt wurde: „We are not only beneficiaries, we are trustees. We must cherish and not scatter, give and not take. There is a continuity and a singleness of mind implicit in this that goes to the very heart of our faith.“ Der Begriff der Pflicht, *duty*, der für Macleods Verständnis des Konservatismus zentral war, umfasse diese genuin konservative Bindung an die Vergangenheit. Dabei griff Macleod zu einer Argumentationsfigur, die im britischen Konservatismus seit dem 19. Jahrhundert verankert war: der Verschmelzung von Charakteristika des Nationalen mit denen des Konservativen – „for the principles of Conservative belief are the principles upon which this country rests“. Und es folgte eine der wohlbekanntesten Listen der Grundbegriffe konservativer Sprache: „A belief in the unity of society, in the persisting traditions of our country, in family life and religious observance, in liberty and order, checking and completing each other.“⁸⁸ Das Konservative war im Britischen zu finden und das Britische im Konservativen. Auch das meinte *one nation*-Politik.

2.2.2. *Being Conservative*. Michael Oakeshotts einsame Stimme in den 1950er Jahren

Fundamentale Kritik an der Entwicklung des Konservatismusbegriffs nach 1945 wurde allerdings weniger in der diskursiven Arena geübt, die die Partei bot, sondern vielmehr in der weiteren intellektuellen Öffentlichkeit. Sie hatte Gewicht, weil sie von Michael Oakeshott, dem führenden philosophischen Interpreten des Konservatismus vorgetragen wurde. Seit Ende der 1940er Jahre schaltete er sich mehrmals in die Diskussion über das Wesen des Konservatismus ein. Oakeshotts Argumentation rekurrierte auf die philosophische Tradition des Sprechens über den Konservatismus und hier insbesondere auf die Bedeutung, die Edmund Burke zugeschrieben wurde. Dezidiert stellte er sich gegen solche Interpretationen,

⁸⁷ ANGUS MAUDE, I Was a Progressive Reactionary, in: THE SPECTATOR, 11. 10. 1957.

⁸⁸ MACLEOD, The Political Divide, 1958, S. 12

die vornehmlich auf Burke aufbauten. Dies galt insbesondere für Russell Kirk, dessen 1953 publizierte Dissertation an der schottischen Universität St Andrews *The Conservative Mind* einer der Grundlagentexte des sich formierenden US-amerikanischen Konservatismus werden sollte.⁸⁹ Entschieden wies Oakeshott Kirks Lesart Burkes als Gründungsvater des Konservatismus zurück: „He was not, indeed, a great composer at all; he was something much rarer, a great intellectual melodist whose tunes were all the sweeter because they owed so much to the intellectual folk-music of Europe“.⁹⁰ Der Entzauberung Burkes entsprach Oakshotts eigene Vorliebe für David Hume, in dessen Denken er die Grundlagen konservativen Weltverständnisses gelegt glaubte. Im Jahr 1956 schließlich unternahm Oakeshott es, dem von Burke beeinflussten Mainstream seine eigene Definition des Konservatismus entgegenzustellen. *On Being Conservative*, nach einer ersten Ablehnung durch *Encounter* schließlich 1962 in einer Sammlung eigener Schriften veröffentlicht, unterschied zwischen dem Konservatismus als allgemein menschliche Disposition und dem politischen Konservatismus. Die Beschreibung ging schnell in das gern bediente Zitatarchiv der Konservativen ein:

To be conservative, then, is to prefer the familiar to the unknown, to prefer the tried to the untried, fact to mystery, the actual to the possible, the limited to the unbounded, the near to the distant, the sufficient to the superabundant, the convenient to the perfect, present laughter to utopian bliss. Familiar relationships and loyalties will be preferred to the allure of more profitable attachments; to acquire and to enlarge will be less important than to keep, to cultivate and to enjoy; the grief of loss will be more acute than the excitement of novelty or promise. It is to be equal to one's fortune, to live at the level of one's own means, to be content with the want of greater perfection which belongs alike to oneself and one's circumstances.⁹¹

Sehr deutlich markierte Oakeshott das Verlangen nach einer fortlaufenden Kontinuität zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Charakteristikum einer konservativen Lebenseinstellung. Das Strukturprinzip der Zeitlichkeit leitete die Sprache, mit der er seine Überzeugung in Worte fasste.

Den politischen Konservatismus dagegen reduzierte Oakeshott auf eine spezifische Form des Regierens:

[I]t is the observation of our current manner of living combined with the belief [...] that governing is a specific and limited activity, namely the provision and custody of general rules of conduct, which are understood, not as plans for imposing substantive activities, but as instruments enabling people to pursue the activities of their own choice with the minimum frustration, and therefore something which it is appropriate to be conservative about.⁹²

Für ein solches Verständnis des Konservatismus sei weder ein Bezug auf das Naturrecht, auf eine göttliche Ordnung, noch auf Moral oder Religion nötig, so Oakeshott ganz explizit. Er reduzierte also den politischen Konservatismusbegriff radikal. Damit stellte er all jene Ansätze infrage, die den politischen Konservatismus als Weltanschauung fassten – und gleichzeitig behaupten, eben dies nicht zu tun. Insofern löste Oakeshott die Spannung konsequent auf, die im Konservatis-

⁸⁹ Siehe S. 30–31.

⁹⁰ MICHAEL OAKESHOTT, *Conservative Political Thought*, in: *THE SPECTATOR*, 15. 10. 1954, S. 474.

⁹¹ OAKESHOTT, *On Being Conservative*, 1962, S. 169.

⁹² Ebd., S. 184.

musbegriff lag und seit der Jahrhundertwende immer deutlicher zum Vorschein gekommen war. Der politische Konservatismus war ein Regierungsstil, nicht mehr und nicht weniger.

Oakeshotts Definition nahm von jenem Gedanken seinen Ausgang, der seiner Philosophie dieser Jahrzehnte zugrunde lag: Der Vielfalt von Meinungen und Umständen, Individualitäten und Wahlmöglichkeiten, die die moderne Gesellschaft ausmache, könne die Politik nur mit der Setzung allgemeiner Regeln begegnen, nicht mit einer ‚rationalistischen‘, d. h. einer abstrakten Idee verpflichteten Regierungspraxis, die darauf abzielen würde, den Pluralismus aufzulösen und einem einheitlichen Schema zu unterwerfen. Statt Leidenschaften zu befeuern, bemühe sich der politische Konservative diese zu zügeln, um in das Handeln von „already too passionate men an ingredient of moderation“ zu bringen. Aufgabe einer konservativen Regierung sei es also „to restrain, to deflate, to pacify and to reconcile“.⁹³ Oakeshott bewegte sich ganz im Vokabular des morphologischen Strukturprinzips des Ausgleichs und der Synthese.

Die politische Stoßrichtung von Oakeshotts Invektiven der späten 1940 und 1950er Jahre war deutlich: Er griff die Politik der Verstaatlichung und des wohlfahrtstaatlichen Ausbaus an, die unter Attlee energisch vorangetrieben worden war und die die Konservativen seit 1951 nur bedingt zurücknahmen. Quentin Hoggs *The Case for Conservatism* besprach er kritisch, stellte dessen Berufung auf das Naturrecht infrage und warf ihm eine falsche Begründung der Freiheit des Individuums vor. Diese sei nicht naturgegeben, sondern werde erst durch Recht und Gesetz geschaffen (und nicht begrenzt), sei also nicht christlich, sondern historisch zu erklären und damit auch nationsspezifisch. Aus der naturrechtlichen Herleitung individueller Freiheit folge, so Oakeshott, eine desaströse Logik, die staatliche Eingriffe als „adjustments“ und „limitations“ rechtfertige: „The bug of rationalistic politics has bitten the Conservative.“ Der Konzentration von Macht könne man nur über „small adjustments in the rights and duties of individuals“ Herr werden.⁹⁴ Zugleich schrieb Oakeshott gegen die sich formierende intellektuelle Bewegung an, die Politik grundsätzlich als ideengeleitet verstand, den Konservatismus folgerichtig als Weltanschauung zu beschreiben suchte und sich auf Burke berief. Im Blick hatte er dabei wohl vor allem die Entwicklung in den Vereinigten Staaten.⁹⁵

Von den gängigen Beschreibungen hob sich Oakeshotts Definition des Begriffs *Conservatism* entscheidend ab. Er argumentierte weder historisch oder bediente sich des Begriffsreservoirs der Parteiengeschichte, noch nahm er auf die Texte anderer explizit Bezug. Auch sprachlich distanzierte sich Oakeshott von der übrigen Literatur. Dennoch stand *On Being Conservative* in Kontinuität zu konservativen Selbstbeschreibungen, und dies nicht allein durch den Akzent auf Kontinuität und eine gleichgewichtige Ordnung der Zeitdimensionen. Die Motive des Prag-

⁹³ Ebd., S. 192.

⁹⁴ OAKESHOTT, *Contemporary British Politics, 1947–1948*, S. 488.

⁹⁵ Vgl. FRANCO, Michael Oakeshott, S. 104

matismus und der Mäßigung als Leitlinien konservativen Regierens gehörten seit der Formierung des modernen Konservatismus zu den mit ihm verbundenen Idealen, ebenso die Unterscheidung zwischen einem Konservatismus als allgemein menschlichem Charakterzug und dem politischen Konservatismus. Oakeshotts gewichtige Intervention, so sehr sie sich auch gegen die vorherrschende Lesart des Konservatismus stemmte, bewegte sich doch in den etablierten Bahnen konservativer Sprache und ihrer morphologischen Strukturprinzipien. In diesem Sinne konnte sie geglättet und in den konservativen Diskurs integriert werden.

2.2.3. Verpflichtung auf das Gleichgewicht. Harold Macmillan und der *middle way*

Michael Oakeshott stellte in seiner Bestimmung des Konservativen eine Denkfigur in den Vordergrund, die ganz allgemein für den Nachkriegskonservatismus bestimmend war: die Verpflichtung auf den Ausgleich. Als Strukturprinzip war sie den politischen Sprachen des Konservativen eingeschrieben. Die Suche nach dem Gemeinsamen, nach dem Gleichgewicht, nach der Mitte zwischen gegensätzlichen Polen, war neben der Zukunftsorientierung die zweite Bedeutungsschicht, die den Konservatismusbegriff der späten 1950er und frühen 1960er Jahre kennzeichnete und der von dem die Partei dominierenden reformorientierten Flügel geprägt wurde. In ein einprägsames Bild hatte Harold Macmillan das konservative Gleichgewichtsprinzip in den 1930er Jahren gebracht, als er für eine keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik plädierte, um der ökonomischen und politischen Krise zu begegnen: Konservative Politik sollte nach einem *Mittelweg*, dem *middle way* oder *middle course*, streben.

Unless we can continue this peaceful evolution from a free capitalism to a planned capitalism, or, it may be, a new synthesis of Capitalist and Socialist theory, there will be little hope of preserving the civil, democratic, and cultural freedom which, limited as it may be at the moment by economic inefficiency, is a valuable heritage. It is only by the adoption of this middle course that we can avoid resorting to measures of political discipline and dictatorship. Such methods, whether exercised by the ‚right‘ or by the ‚left‘, are the very opposite of that liberation and freedom which mankind should be striving to achieve.⁹⁶

Freiheit, Stabilität und Sicherheit, so der Tenor des Jahres 1938, waren nur durch die Synthese von marktliberalen und sozialistischen Theorien zu erhalten. Die Metapher vom *middle way* verfügte fortan über eine klare Kontur. Als Macmillan zwanzig Jahre später das Land regierte, hielt er an der Metapher und dem damit verbundenen Politikentwurf fest und verschmolz sie mit dem Konservatismusbegriff. „I believe today, as surely as I believed twenty years ago, that the only position in politics that we Conservatives can occupy is the middle ground“.⁹⁷ Der *middle way* wurde zum Markenkern Macmillanscher Politik.⁹⁸

⁹⁶ MACMILLAN, *The Middle Way*, 1938, S. 186.

⁹⁷ MACMILLAN, *The Middle Way. Twenty Years After*, 1958, S. 10.

⁹⁸ Vgl. GREEN, *Ideologies of Conservatism*, S. 157–191; GARNETT und HICKSON, *Conservative Thinkers*, S. 8–21.

Begriffe wie *balance*, *moderation*, *reconciliation* und *compromise* bildeten allerdings seit dem 19. Jahrhundert feste Bestandteile des konservativen Vokabulars, mehr noch, sie schöpften aus dem Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese. Dem Begriff *balance* kam dabei eine herausgehobene Rolle zu, weil er Gelegenheit bot, mit Disraeli die große Figur der konservativen sozialpolitischen Genealogie ins Spiel zu bringen. Denn Disraelis Bestreben hatte darin gelegen, im Sinne einer aus der vormodernen ländlich-aristokratischen „territorial constitution“ abgeleiteten *societas civilis* ein Gleichgewicht zwischen den Ständen herzustellen, das ihm seit dem *Reform Act* von 1832 aus den Fugen geraten zu sein schien.⁹⁹ *Balance* gehörte also zum semantischen Netz um *one nation*. In diesem Sinne appellierte Macmillan an seine Partei: „a national party like ours, whose concern is not to exacerbate or profit from the divisions in society, but to heal them, to reconcile them, to balance them, must by its very character and tradition avoid sectional or extremist policies.“¹⁰⁰ Das semantische Netz, das sich um das Strukturprinzip des Ausgleichs entfaltet hatte, war in diesem Satz fast vollends präsent.

War der *middle way* zunächst noch klar sozial- und wirtschaftspolitisch kodiert, weitete sich die Bedeutung der Metapher durch ihre Verbindung mit Begriffen wie *balance* und *moderation* schnell aus. Der *middle way* wurde zur umfassenden Beschreibungskategorie des Konservatismus unter Macmillan. Zum einen wies sie auf ein Prinzip politischer Entscheidungsfindung: „The Tory role has been one of balance between these extremes, and so it remains“, so ein Pamphlet der One Nation Group 1959,¹⁰¹ oder auch Julian Critchley 1961 in einem Beitrag für den *Spectator*: „Amongst Tories, in the absence of doctrine, compromise has been substituted for principle. For compromise is regarded both as good form and sound politics.“¹⁰² Zum anderen diente sie der Positionsbestimmung im politischen Spektrum: Die Konservativen verorteten sich in der *Mitte*. Die gängige Formel lautete: „Between Socialism and the old laissez-faire Liberalism there is indeed a Middle Way.“¹⁰³ Allerdings gingen wenige so weit wie Reginald Northam 1958, der Labour auf der Linken, die Liberalen auf der Rechten und die Konservativen im Zentrum glaubte.

Es fällt tatsächlich auf, dass auf die Selbstbeschreibung als Partei auf der Rechten in diesen Jahren kaum zurückgegriffen wurde. Henry Fairlies Feststellung 1962 in *Encounter*, dass es in Großbritannien nach dem abermaligen Erstarken der Parteilinken in der Parteiführung der Conservative Party keine signifikante Rechte mehr gebe, war letztlich das gewünschte Ergebnis einer gezielten Begriffspolitik der Partei.¹⁰⁴ Allerdings hieß dies nicht, dass sich nicht Widerstand gegen

⁹⁹ Vgl. ST. JOHN, Disraeli and the Art of Victorian Politics, S. 95–128; RÖDDER, Die radikale Herausforderung, S. 146–152.

¹⁰⁰ MACMILLAN, The Middle Way. Twenty Years After, 1958, S. 10.

¹⁰¹ ONE NATION GROUP, The Responsible Society, 1959, S. 7.

¹⁰² JULIAN CRITCHLEY, Principles of Conservatism, in: THE SPECTATOR, 1. 12. 1961, S. 810.

¹⁰³ MACMILLAN, Leader's Speech, 1961.

¹⁰⁴ Vgl. FAIRLIE, Tories Turning Left?.

den von der Parteiführung eingeschlagenen Kurs formierte. Ende der 1950er Jahre wurden die Stimmen lauter, die gegen einen „pale-pink“ Toryism Front machten und die Rückkehr zu den Prinzipien des „true-blue“ oder „full-blooded Conservatism“ forderten.¹⁰⁵ Sie waren nicht nur in den Leserbriefspalten des *Daily Telegraph* oder der *Times* zu finden, sondern auch in den Wahlkreisen und auf Parteitagungen.¹⁰⁶ Im *Daily Telegraph* kommentierte T.E. Utley in diesem Sinne, der auch nicht davor zurückscheute, sich das Etikett des Rechten anzuhafte: „The Left wing of the party has had a monopoly of attention for too long; any renaissance of Conservatism will now come from the sane Right.“¹⁰⁷ Als bekennender *Rechter* bewegte sich Utley indes noch recht alleine auf konservativer Flur.¹⁰⁸

Die Fixierung auf den *middle way* grub sich als eines ihrer morphologischen Strukturprinzipien tief in die konservative Sprache ein. Begriffe, die in Opposition zueinander standen, wurden einander zugeordnet. An erster Stelle stand hier das Begriffspaar von *freedom* bzw. *liberty* und *order*, das in ein Gleichgewicht gebracht werden sollte. „To preserve a fair balance between order and liberty“¹⁰⁹ – mit dieser Formel, hier aus dem Munde Butlers – des „archangel of moderation“, wie Utley spottete –,¹¹⁰ war der britische Konservatismus der 1950er Jahre überschrieben. Aber auch andere zentrale Begriffe des konservativen Vokabulars wurden so aufeinander bezogen. Ein Beispiel unter vielen gibt das Wahlmanifest der Konservativen 1959: „It [Conservatism] stands for integrity as well as for efficiency, for moral values as well as for material advancement, for service and not merely self-seeking.“¹¹¹

Das Erfolgsgeheimnis dieses Strukturprinzips konservativer Sprache war seine integrative Kraft. Es machte es möglich, Begriffe aus oppositionellen Diskursen aufzugreifen und zu verbinden. Damit konnte konservative Sprache an eine Vielzahl von semantischen Netzen andocken. Dies entfaltete seine Wirkung in der Wahlkabine, ebenso wie in der Partei selbst. Denn die konservative Programmatik der 1950er Jahre war von einer starken Ambivalenz geprägt. So changierte die Wirtschaftspolitik zwischen marktliberalen und keynesianischen Konzeptionen, zwischen den Prinzipien von Freiheit und Ordnung, ohne dass die Spannungen jemals aufgelöst worden wären.¹¹² Von einer ähnlichen Ambivalenz war die konservative Politik gegenüber einer Liberalisierung der Moralgesetzgebung geprägt. Auch hier schwankte die Partei zwischen liberalen und paternalistischen Konzepten, zwischen der Akzentuierung der Freiheit des einzelnen und der Überzeugung von der Notwendigkeit moralischer Standards, um gesellschaftliche Stabilität zu

¹⁰⁵ Vgl. allerdings diese Forderungen ablehnend: JOHN R. CORSON, Letter to the Editor, in: THE DAILY TELEGRAPH, 16. 11. 1959; ders., Letter to the Editor, in: ebd., 7. 12. 1959.

¹⁰⁶ Vgl. im großen Zusammenhang GREEN, Ideologies of Conservatism, S. 219–224.

¹⁰⁷ T.E. UTLEY, Toryism at the Crossroads, in: THE DAILY TELEGRAPH, 18. 2. 1960

¹⁰⁸ Zu T.E. Utley vgl. GARNETT und HICKSON, Conservative Thinkers, S. 106–109.

¹⁰⁹ RICHARD AUSTIN BUTLER, The Conservative Record and Programme, in: THE LISTENER, 11. 12. 1958.

¹¹⁰ T.E. UTLEY, Toryism at the Crossroads, in: THE DAILY TELEGRAPH, 18. 2. 1960.

¹¹¹ Conservative Party General Election Manifesto, 1959, S. 130.

¹¹² Vgl. TOMLINSON, „Liberty with Order“.

gewährleisten; auch hier rangen die Konservativen um das rechte Verhältnis von Freiheit und Ordnung.¹¹³ Das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese diente daher auch zur Integration der vielfältigen Traditionslinien konservativen Denkens innerhalb der Partei. Zusammen mit den Strukturprinzipien der Gegensatzbildung, der Zeitlichkeit und der Aktualisierung ordnete es die politischen Sprachen des Konservativen und definierte ihre Morphologie. Der Zusammenklang von Strukturprinzipien und semantischen Netzen machte die politischen Sprachen des Konservativen unverwechselbar.

2.2.4. Der Legitimationsverlust des *modern Conservatism* zu Beginn der 1960er Jahre

„[T]he nature of Conservatism has not changed“,¹¹⁴ so wurden die Parteigranden nicht müde zu versichern, und ebenso betonten sie fortwährend, dass im Streben nach *Ausgleich* und *Mitte* eine lange Tradition konservativen Denkens und Handelns fortgesetzt würde, dass es ein festes Prinzip konservativer Politik sei, sich relational zu den Tendenzen der Zeit zu definieren und Flexibilität zu zeigen. Nichtsdestotrotz setzte die Kritik am Kurs der Parteiführung genau hier an. Sie sollte zur Erosion des *modern Conservatism* in den frühen 1960er Jahren entscheidend beitragen.

Das Ergebnis des *middle way*, so wurde argumentiert, sei nämlich nicht ‚mehr‘ Konservatismus, sondern das genaue Gegenteil: Sozialismus in konservativem Gewand. Im Mai 1961 machte das Magazin *Spectator*, das sich als Speerspitze konservativen Rasonierens verstand,¹¹⁵ mit der Überschrift *Tory Socialism* auf. Die Lieblingsbeschäftigung der Conservative Party sei es, sich die Ideen Labours zu eigen zu machen.¹¹⁶ Zwei Jahre später publizierte der Monday Club, in dem sich die imperialistische Rechte organisierte, ein Pamphlet mit dem vielsagenden Titel: *Conservatism Lost? Conservatism Regained*. Es griff die Parteiführung direkt an. Deren Konzeption von Fortschritt ziele allein auf Materielles, bringe Zentralisierung wie die Dominanz von Bürokratien mit sich und kulminiere in einem Verlust persönlicher Freiheit. Dagegen stehe der Konservatismus eigentlich „for the unfettered development of the individual.“ Dies sei die Philosophie, die zu einer meritokratischen Gesellschaft der Zukunft passe, die weit entfernt sei von den veralteten Formen und Privilegien, die die Konservative Partei pflege, so der zweite Vorwurf des Monday Club. Die Kalamitäten, in denen Partei und Regierung steckten, seien, drittens, in der Vernachlässigung von konservativen Prinzipien begründet – diese allein seien „the arguments against socialist dogma and interference“.¹¹⁷ Der Monday Club sprach der Parteiführung die Deutungshoheit

¹¹³ Vgl. JARVIS, *Conservative Governments*.

¹¹⁴ Vgl. z. B. JULIAN CRITCHLEY, *Principles of Conservatism*, in: *THE SPECTATOR*, 1. 12. 1961.

¹¹⁵ Vgl. COURTAULD, *To Convey Intelligence*.

¹¹⁶ *Tory Socialism*, in: *THE SPECTATOR*, 19. 5. 1961.

¹¹⁷ *THE MONDAY CLUB*, *Conservatism Lost?*, 1963.

über den Konservatismusbegriff ab. Gleichzeitig veränderte er dessen Positionierung: nicht mehr zwischen *Laissez-Faire-Liberalism* und *Socialism*, sondern ganz allein in Opposition zu Letzterem. Das Strukturprinzip des Ausgleichs wurde in den Hintergrund, das der Gegensatzbildung in den Vordergrund geschoben. Die seit den späten 1950er Jahren artikulierte Kritik am *progressive Conservatism* war ubiquitär geworden. Sogar die *Times*, die Macmillans Kurs über Jahre gestützt hatte, konzidierte 1963, dass „somehow the spirit has gone wrong“.¹¹⁸

Nicht nur auf der Parteirechten wurde in den frühen 1960er Jahren Kritik an der Linie der Parteiführung laut, auch auf dem linken Flügel regte sich Unbehagen. David Howell, geb. 1936, verantwortlicher Redakteur für *Crossbow*, die Zeitschrift der Bow Group, und Angehöriger einer neuen Generation konservativer Politiker, glaubte 1963 eine allgemeine Unsicherheit in der Partei zu erkennen, „about the principles upon which the Party stands and about their application to the great issues of the day“.¹¹⁹ Auch Howell trat also an, den Konservatismusbegriff neu zu definieren. Dabei griff er auf eine altbekannte Formel zurück: Ihm ging es um *modern Conservatism* – in neuer Gestalt allerdings. „The genius of Conservatism is not yet reawakened“, so Howell pathetisch. Dass Howells Erweckungsversuch auf allgemeine Zustimmung in der Partei gestoßen ist, darf freilich bezweifelt werden. Seine Sympathien lagen ganz offensichtlich nicht bei dem marktliberalen Flügel der Partei – die „laissez-faire Whiggery“ hatte ihm zu viel Einfluss unter Macmillan. Vielmehr wollte er diese „in a proper subordinate relationship to Tory national policy“ sehen.

Anzusetzen sei daher bei den Bedingungen und Notwendigkeiten der Gegenwart: einer dynamischen, auf Effizienz, Modernisierung, Planung und auf kollektivistische Lösungen vertrauenden Gesellschaft.¹²⁰ Howell griff die allgemeine Planungseuphorie auf, die im Großbritannien der 1960er Jahre herrschte und welche die Labour Party unter Harold Wilson gezielt für sich zu nutzen wusste.¹²¹ Den Konflikt zwischen einer auf Planung bauenden Modernisierungspolitik und dem auf Individualität und freies Unternehmertum vertrauenden Marktliberalismus glaubte Howell synthetisieren zu können: „In practice in a modern economy the decentralization of power and responsibility, providing a fuller life for the individual, can only be achieved within a national planning framework.“ Das Strukturprinzip des Ausgleichs dominierte Howells Konservatismus, dessen Kern in der Überzeugung lag, Freiheit planen zu können. Die wichtigste Frage, die sich den Konservativen stelle, meinte Howell, drehe sich darum „how to ensure freedom and opportunity *within* a planning framework“.¹²² Das eigentliche Ziel von Planung, wie sie Howell umriss, war allerdings nicht ökonomischer Natur. Konservative Planung sollte dem Individuum Identität vermitteln in einer Welt,

¹¹⁸ After Affluence, in: THE TIMES, 4. 7. 1963.

¹¹⁹ HOWELL, Modern Conservatism in Search of its Principles, 1963, S. 21.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 23.

¹²¹ Vgl. O'HARA, From Dreams to Disillusionment.

¹²² HOWELL, Modern Conservatism in Search of its Principles, 1963, S. 26.

in der alle Sicherheiten verloren gegangen waren und der einzelne durch staatliche Bürokratie und Zentralisierung sich selbst entfremdet war. „This is the very essence of modern Conservatism – the provision for the mass of the people, deprived of their personality by industrialization and the steady concentration of power in central Government hands, of a new identity and new opportunities.“ Gesellschaftliche Ordnung durch Planung als Fundament des Konservatismus – im Planungsbegriff Howells lebte der Ordnungsbegriff der Konservativen weiter.

Beim Parteitag der Konservativen des Jahres 1963 warb Howell denn auch für das National Economic Development Council, ein 1962 von der Macmillan-Regierung eingesetztes korporatistisch organisiertes Forum zur Steuerung der britischen Wirtschaft.¹²³ Dieses sei „very much in line with the classical traditions of Toryism“, der zeitgemäße Ausdruck der *one nation*-Idee und weise außerdem den richtigen Weg hin zu einem konservativen Fortschrittsbegriff, der sich mit moderner Technologie und einer dynamischen, expansiven Wirtschaft verbinde. Nur war das 1963 alles nicht so neu. Seit 1960 hatte die Regierung Macmillan die Devise der *modernisation* ausgegeben und geglaubt, damit eine Antwort auf die allgemeine Verunsicherung angesichts Dekolonisation und ökonomischer Stagnation, die im Vergleich mit anderen Industriestaaten diagnostiziert wurde, gefunden zu haben.¹²⁴ *Modernisation* wurde darüber hinaus als Leitbegriff des britischen Kurses nach Europa profiliert, den Macmillan nach dem Ende des Empires einschlug. Allein ein von Grund auf ökonomisch ‚modernisiertes‘ Vereinigtes Königreich habe die Chance, in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen zu werden, die als Inbegriff britischer Zukunft in der Moderne profiliert wurde.¹²⁵ Die Zukunftsprojektion, die im Begriff der *modernisation* aufschien, war die eines technologisch und naturwissenschaftlich an der Spitze stehenden Großbritanniens, wirtschaftlich erfolgreich, infrastrukturell bestmöglich erschlossen, harmonisch einem nationalen Ziel zuarbeitend, durch Vollbeschäftigung glänzend, mit einem funktionierenden Sozialstaat, von sozialer Aufstiegsmobilität geprägt, am Leistungsprinzip orientiert und durch die Freiheit des Individuums und Chancengerechtigkeit charakterisiert. Das 1963 noch unter Macmillan veröffentlichte Pamphlet der Conservative Party *Acceleration* malte diese Vision einer konservativen Zukunft in leuchtenden Farben aus. Nicht von ungefähr griff sein Titel die allgemeine Wahrnehmung eines sich nahezu überschlagenden Wandels auf, und nicht von ungefähr endete es mit einem Foto von Macmillan und John F. Kennedy, der zum Inbegriff der erträumten Moderne geworden war.¹²⁶

Während die politische Sprache der Conservative Party allerdings vor Zukunftsoptimismus und Modernisierungspathos triefte, durchzog die intellektuellen Blätter, die Zeitungen, Zeitschriften und den Buchmarkt der frühen 1960er

¹²³ Vgl. WOOD, Why „Indicative Planning“ Failed.

¹²⁴ Vgl. TOMLINSON, The Decline of the Empire.

¹²⁵ Vgl. KAISER, Using Europe, Abusing the Europeans, S. 146; TOMLINSON, Conservative Modernisation; zur Verbindung von Europa- und Commonwealth-Rhetorik vgl. TOYE, Words of Change; MAY, Britain, the Commonwealth and Europe; WELLINGS, European Integration.

¹²⁶ Vgl. *Acceleration*, [hg. v. CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE,] 1963.

Jahre ein pessimistischer Grundton. Überall rechnete man mit nationalem Niedergang. Großbritannien sei alles andere als fit für die Zukunft, gefangen in einem überkommenen Klassensystem, zugeknöpft gegenüber dem technologischen Fortschritt, gebremst von einer veralteten Organisation der Arbeitsbeziehungen, ineffizientem Management und nepotistischen Eliten.¹²⁷ Michael Shanks' Versicherung: „the trump of doom will not sound at once“, wirkte nach seiner zweihundertseitigen Prophezeiung des bevorstehenden Niedergangs der *Stagnant Society* kaum mehr glaubwürdig – und die alttestamentarischen Anspielungen unterstrichen dies nur noch umso deutlicher.¹²⁸ Sein Buch verkaufte sich allein 1961 sechzigtausend Mal.¹²⁹

Die kulturelle Obsession mit dem nationalen Niedergang ließ die konservative Beschwörung der Modernisierung hohl aussehen. Und nicht nur das. Die Niedergangsszenarien wurden in erster Linie von linken bzw. linksliberalen Intellektuellen, Publizisten und Satirikern vorgebracht, die den Konservatismus als Verantwortlichen für die britische Misere ausmachten. Ein in der Vergangenheit verankertes konservatives Establishment sei Ursache für den nationalen Stillstand. Dass die Macmillan-Regierung seit 1961 von Krise zu Krise stolperte und weder außenpolitisch noch innenpolitisch in sicheren Tritt kam, unterstrich dieses Bild. Vor allem aber hatte sich das persönliche Image Harold Macmillans schlagartig verändert: Aus *Supermac* war *Old Mac* geworden, ein Mann der Elite, der besser in die Zeit der Jahrhundertwende zu passen schien als in die der Nukleartechnik, des Managers und der Beatles, die 1963 ihren spektakulären Durchbruch feierten.¹³⁰ *Progressive Conservatism* hatte in die Sackgasse nationalen Niedergangs geführt. Fortschrittszugewandtheit nahm man den Konservativen der frühen 1960er Jahre nicht mehr ab. Macmillan sprach den Zusammenhang von Erwartungssteigerung und Enttäuschungserfahrung in seiner Rede zum Abschluss des Parlamentsjahres 1963 vor dem 1922 Committee offen an: „SuperMac“, so gab er zu bedenken, „is a splendid illusion, but a difficult position to maintain through seven long years“.¹³¹

Dass mit Alec Douglas-Home ein Mann aus dem Hochadel in einem undurchsichtigen Verfahren zu seinem Nachfolger gekürt wurde, verstärkte nur noch den Eindruck einer fern aller Realität operierenden Conservative Party, zumal auch Home sich mit der Forderung nach *modernisation* zu profilieren suchte.¹³² Dazu kam, dass eine erneuerte Labour Party sich als tatkräftige Gestalterin eines modernen Großbritanniens präsentierte und damit gezielt die bürgerliche Mittel-

¹²⁷ Vgl. SANDBROOK, *Never Had it So Good*, S. 539–542; TOMLINSON, *The Politics of Decline*, S. 21–26.

¹²⁸ Vgl. SHANKS, *The Stagnant Society*, 1961, S. 233.

¹²⁹ Vgl. TOMLINSON, *The Politics of Decline*, S. 22.

¹³⁰ BALL, *The Guardsmen*; am Beispiel von Macmillans aristokratischer Rhetorik: EVANS, *The Oratory of Harold Macmillan*; zu den Beatles vgl. SANDBROOK, *White Heat*, S. 101–119.

¹³¹ GOODHART und BRANSTON, *The 1922*, S. 188.

¹³² Vgl. SANDBROOK, *Never Had it So Good*, S. 713–715. Zu Alec Douglas-Home vgl. THORPE, *Alec Douglas-Home*.

schicht ansprach, in der die Konservativen ihr Wählerreservoir sahen. Während Labour sich mit Themen profilierte, die noch vor Kurzem als konservative Domänen galten, hatten die Konservativen die Richtung und die Sprache verloren. Der Premierminister, so kommentierte *The Daily Telegraph* zynisch „has decided that the Tories shall present themselves to the electorate primarily as a party of efficient planners capable of carrying out more effectively than Labour policies of modernization and expansion on which Labour agrees“.¹³³

Die Sprache, die die Konservativen sprachen, war ihrer Eigentümlichkeit verlustig gegangen. Ihre Begriffe waren verbraucht, erschienen hohl angesichts der Probleme einer sich liberalisierenden, zunehmend wohlhabenderen Gesellschaft sowie der Herausforderungen, vor denen Großbritannien nach dem Verlust der Weltmachtstellung und des Empires stand. Die Zukunftsdimension des Konservatismusbegriffs, zu der hin alle Gewichte verschoben worden waren, war wie ein Kartenhaus in sich zusammengestürzt. Was in den Augen der linksliberalen Öffentlichkeit blieb, war die Vergangenheitsdimension, die dem Begriff zugrunde lag. Konservatismus stand für das Gestern, nicht für das Heute und schon gar nicht für das Morgen.

2.3. Eine begriffspolitische Leerstelle und alternative Füllungen. Edward Heath und die Crux politischer Sprache, 1964–1975

2.3.1. *The Great Divide* und der Pragmatismus des Managers

Der Eindruck, dass der Konservatismus abgewirtschaftet, dass er sich von Gegenwart wie Zukunft abgekoppelt hatte, setzte sich fest in den frühen 1960er Jahren. Dafür sorgte zu einem Gutteil auch der neue Führer der Labour Party, Harold Wilson, der nach dem plötzlichen Tod Hugh Gaitskells im Januar 1963 an die Spitze seiner Partei gewählt worden war. Ein Mann in mittleren Jahren, dynamisch und mit ökonomischem Sachverstand versehen, kontrastierte Wilsons Image mit dem des auf die siebzig zugehenden Macmillans frappant. Wilson eignete sich das Niedergangs-Narrativ ebenso an wie die Rhetorik technologischer Modernisierung. In seiner berühmten Rede vor dem Labour Parteitag im Oktober 1963 in Scarborough, in der Wilson ein sozialistisches Großbritannien, „forged in the white heat of this [the scientific, M.S.] revolution“ prophezeite, forderte er denn auch die Eliten in Regierung und Industrie dazu auf, „to speak in the language of our scientific age“.¹³⁴ Er selbst tat das ausgiebig.¹³⁵

Nach Wilsons Sieg bei den Parlamentswahlen 1964, der das Ende der dreizehnjährigen Regierungszeit der Konservativen bedeutete, erlegte sich die krisen-

¹³³ Home Rule, in: THE DAILY TELEGRAPH, 17. 11. 1963.

¹³⁴ WILSON, Purpose in Politics, 1964, S. 27–28.

¹³⁵ Vgl. DOREY, Harold Wilson, 1963–64 and 1970–74; PIMLOTT, Harold Wilson, bes. S. 302–307.

geschüttelte Conservative Party eine programmatische Erneuerungskur auf. In Erwartung baldiger Wahlen wurden über dreißig thematisch orientierte Arbeitsgruppen eingerichtet, mit Parlamentsabgeordneten, der Partei nahestehenden Wissenschaftlern, Industriellen und Verbandsfunktionären besetzt und jeweils mit der Formulierung von Positionspapieren beauftragt. Douglas-Home übertrug die Leitung der Programmrevision an Edward Heath, vormals Chief Whip, Arbeitsminister, britischer Unterhändler bei den EG-Verhandlungen und Lord Privy Seal. Jahrgang 1916 wie Wilson, aus der ostenglischen Mittelschicht stammend, in Oxford ausgebildet, gehörte Heath zu einer neuen Generation konservativer Politiker, die das meritokratische Ideal der 1960er Jahre geradezu verkörperten. Heath präsentierte sich als begnadeter Manager, umgab sich mit einer Gruppe jüngerer Berater und organisierte die Programmarbeit der Jahre 1964 und 1965 wie aus einem Lehrbuch für Betriebswirtschaftslehre. Die Gruppen erhielten einen klar umrissenen Auftrag, hatten strenge Deadlines zu erfüllen und ausführliche Berichte abzuliefern, die dem Advisory Committee on Policy und dann dem Schattenkabinett zur Diskussion vorgelegt wurden.¹³⁶ Heath profilierte sich als Macher, und als solcher wurde er 1965 zum Parteiführer gewählt. Bis 1970 behielt er alle Zügel der Politikentwicklung in der Partei in seiner Hand: als Parteiführer, Chairman des Advisory Committee of Policy und des Conservative Research Department (CRD).¹³⁷ Die Methode der Programmarbeit der ersten beiden Jahre wurde verfeinert fortgesetzt: Streng nach Plan wurden Politikinhalt in Arbeitsgruppen und im CRD diskutiert und formuliert, in die Parteiarbeit eingespeist, überarbeitet und schließlich verabschiedet.¹³⁸

Heaths Rhetorik entsprach seinem Selbstverständnis: Er zählte auf, was zu tun sei; er formulierte Ziele; er stellte Forderungen auf. Den Arbeitsgruppen der *Policy Review* war aufgegeben, keine abstrakten Prinzipien, sondern konkrete Lösungen für spezifische Problemlagen zu formulieren.¹³⁹ Besser als dies der Slogan der Wahlkampagne 1966 *Action not Words* tat, konnte Heaths Politikstil wohl kaum beschrieben werden.¹⁴⁰ *Efficiency* wurde zu einem Leitbegriff der Sprache des Konservatismus unter Heath. In *Putting Britain Right Ahead*, dem ersten Ergebnis der Programmrevision, fiel er allein zwölf Mal.¹⁴¹ In dem von Heath entworfenen Konservatismus rückten ökonomische Fragen noch stärker ins Zentrum als dies bereits in den 1950er Jahren der Fall gewesen war. Alles Argumentieren zielte letztlich darauf ab, Großbritannien durch modernes Management und naturwissenschaftliche Expertise aus der wirtschaftlichen Misere zu führen. Neben „efficiency“ seien dafür „competition“, „incentive“, „moder-

¹³⁶ Vgl. RAMSDEN, *The Making*, S. 238–252; RAMSDEN, *The Winds of Change*, S. 253–261.

¹³⁷ Vgl. RAMSDEN, *The Making*, S. 235–237.

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 254–278. Zur Oppositionsrolle der Partei vgl. GARNETT, *Planning for Power*; GARNETT, *Edward Heath*.

¹³⁹ Vgl. RAMSDEN, *The Making*, S. 241.

¹⁴⁰ Vgl. *Conservative Party General Election Manifesto, 1966*, „Action not Words“

¹⁴¹ Vgl. CPA, PUB 155/13, *Putting Britain Right Ahead. A Statement of Conservative Aims*, London 1965.

„nisation“ und „opportunity for merit, talent and individual enterprise“ unerlässlich.¹⁴²

Genauso unerlässlich, so Heaths Credo, war ein Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften. Europa würde nach dem Ende des Empires eine neue, strahlende Zukunft verbürgen, würde ohnehin dem Geist der Zeit entsprechen, in dem die nationalen Identitäten einer europäischen Identität wichen, und zudem die ökonomischen Probleme des Landes überwinden helfen. „I am a European“, bekannte Heath 1967 pathetisch, John F. Kennedys Berlin-Diktum aufgreifend.¹⁴³ Diese europäische Zukunftsvision teilte die Mehrheit der Partei.¹⁴⁴ „Britain must decide that her destiny lies in Europe, and must pursue that destiny with all the force, all the pertinacity, all the enthusiasm at her command“, bekräftigte die One Nation Group 1965.¹⁴⁵

Die Zukunft zu gestalten, das versprachen die Konservativen unter Heath den Briten, vor allem im Wahlmanifest 1970: „Conservatives are proud of yesterday’s achievements. Angered by today’s failures. Determined that tomorrow shall be better again.“ Dass das Manifest den Titel *A Better Tomorrow* trug, dass die gesamte Wahlkampagne mit diesem Slogan geführt und Heath als der managende Garant zur Realisierung der goldenen britischen Zukunft inszeniert wurde, lässt den Erwartungshorizont, den diese Sprache aufbaute, zumindest erahnen.¹⁴⁶ Sicherlich gehört es ganz allgemein zu den Charakteristika der Sprache politischer Parteien im Wahlkampf, Zukunftshorizonte aufzureißen und eine bessere Zukunft zu versprechen. Doch die Sprache, mit denen die britischen Konservativen unter Heath für sich warben, kennzeichnete eine immense Gestaltungsgewissheit, die die erstrebte Zukunft tatsächlich als greifbar, gleichsam als machbar erscheinen ließ.

Mit dieser Umarmung der Zukunft in den zukunftsenthusiastischen 1960er Jahren antworteten Heath und die konservativen Politikstrategen auch auf die Bedrängnis, in die sie von Wilson gebracht worden waren. Während dieser vor allem grundlegenden Wandel versprach, einen Wandel hin zu einer besseren Zukunft nach dreizehn Jahren konservativer Regierungstätigkeit, charakterisierte er die Konservativen als rückwärtsgewandte Kräfte eines ungerechten Status Quo. In seiner Parteitagssrede 1966 entfaltete er dieses Motiv in unmissverständlicher Klarheit. Der größte Feind auf dem Weg zu einem besseren, sozialistischen Großbritannien sei der Konservatismus. „We cannot afford Tory conservatism, with its smug preoccupation, complacently looking on while the rest of the world passed us by“, erklärte Wilson seiner begeisterten Partei.¹⁴⁷ Dabei spießte Wilson das

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ HEATH, *Old World, New Horizons*, S. 36.

¹⁴⁴ Vgl. CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*; PATTERSON, *The Conservative Party and Europe*.

¹⁴⁵ RIDLEY, *One Europe*, S. 26; im konservativen Wahlkampf 1966 dominierte das Europa-Thema, vgl. REINERT, *An Awkward Issue*, S. 111–120.

¹⁴⁶ Vgl. Zur Wahlkampagne und zum Wahlkampf 1970 vgl. ZIEGLER, *Edward Heath*, S. 217–226; RAMSDEN, *The Winds of Change*, S. 304–318; ders., *The Making*, S. 273–278.

¹⁴⁷ WILSON, *Leader’s Speech*, 1966.

konservative Zeitverständnis auf, wenn er seinen politischen Gegner zieh, nur „konservieren“ und nicht gestalten zu wollen – und traf ihn damit an einem wunden Punkt. Denn die Herausforderung in den 1960er Jahren bestand für die Konservativen tatsächlich darin, ihr Verständnis von Zeitlichkeit neu zu ordnen. Was war es wert zu tradieren, woran galt es festzuhalten in einer Zeit, die alle Gewissheiten über Bord zu spülen schien? Wie sollte ein Großbritannien aussehen, das sich der Moderne nicht verschloss und dennoch die Überlieferung bewahrte? Dass die Konservativen unter Heath darauf keine klare Antwort geben konnten, sondern sich in Ambivalenzen und Mehrdeutigkeiten verstrickten, wurde innerparteilich ebenso kritisiert wie von außen bemerkt. Heath „manages to convey no clear picture of the type of Britain he wants to see“, kommentierte der Journalist Peter Jenkins 1968 spitz.¹⁴⁸

Diese Mehrdeutigkeit konservativer Sprache suchte die Parteispitze durch die klare Definition des politischen Gegners einzugrenzen. Denn die Sprache des Managements wurde in die Metapher von *the great divide* eingebettet, der angeblich so großen Kluft zwischen den Konservativen und Labour, zwischen *Toryism* bzw. *Conservatism* auf der einen und *Socialism* auf der anderen Seite.¹⁴⁹ Während die Wilson-Regierung die britische in eine totalitäre Gesellschaft verwandeln wollte, verteidigten die Konservativen mit aller Kraft die Freiheit des Individuums. „Freedom“ versus „compulsion“ – dieses Gegensatzpaar lag der Metapher des „great divide“ zugrunde.¹⁵⁰ Wie eingängig diese war und dass sie in der Partei tatsächlich verdinglicht wurde, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass sie in den Leserbriefspalten der Zeitungen aufgegriffen wurde,¹⁵¹ genauso wie Vertreter aus den Ortsgruppen an Parteitagungen damit hantierten: „We must emphasise the great divide – on the left this control and direction from the centre and subservience to the State and on the right, Conservatism, which is progress through freedom and enterprise, with responsibility“, so das Plädoyer von Councillor A.B. Cowl während des Parteitags 1967.¹⁵²

Das Strukturprinzip der Gegensatzbildung war ein fester Bestandteil der Morphologie der politischen Sprachen des Konservativen. Es diente zur Schärfung des Eigenen und zur Abgrenzung vom politischen Gegner. Sehr markant wurde in der Conservative Party der 1960er Jahre auf diese Weise *Conservatism* dem Begriff *Socialism* gegenübergestellt – und damit gleichzeitig impliziert, dass Überschneidungen im Bedeutungsgehalt undenkbar seien. Insofern war diese Zuspitzung über das Gegensatzprinzip auch eine Antwort auf die seit Anfang der 1960er Jahre innerparteilich geäußerte Kritik, der Konservatismus sei dem Sozialismus zu ähnlich geworden. Dabei achteten die Politikstrategen in Conservative Central

¹⁴⁸ PETER JENKINS, *Tory Search for a Soul*, in: *THE GUARDIAN*, 16.7.1968; aus kritisch-konservativer Perspektive: T.E. UTLEY, *Remaking Tory Policy*, 3: *Planning or Freedom First?*, in: *THE DAILY TELEGRAPH*, 26.1.1967.

¹⁴⁹ Vgl. CONSERVATIVE POLITICAL CENTRE, *The Great Divide in British Politics*, 1966.

¹⁵⁰ Vgl. z. B. HEATH, *Leader's Speech*, 1965.

¹⁵¹ Vgl. VICTOR MONTAGU, *Letter to the Editor*, in: *THE DAILY TELEGRAPH*, 15.2.1967.

¹⁵² Vgl. NATIONAL UNION OF CONSERVATIVE AND UNIONIST ASSOCIATIONS, *85th Annual Conservative Conference*, 1967, S. 29

Office (CCO) Ende der 1960er Jahre darauf, den Begriff *Toryism* in allen seinen Varianten zurückzudrängen. Denn, wie ein lokaler Partei-Aktivist erklärte, trage jener „a stigma of reaction, self interest and general discreditable-ness“ mit sich, das den Konservativen schade.¹⁵³ Michael Fraser, leitender Kopf des Conservative Research Department, bestätigte diese Sicht der Dinge.¹⁵⁴

Während in der in Gegensatzpaaren organisierten Sprache des *great divide* der Begriff *freedom*, zumeist in der Verbindung *freedom of the individual*, als antisozialistischer Leitbegriff dominierte, schwächte Heath seine Potenziale an anderer Stelle ab, indem er ihn in direkte Nachbarschaft zu weiteren zentralen Begriffen des konservativen Vokabulars brachte. Seine Parteitagssrede des Jahres 1967 definierte „freedom for our people, order and responsibility“ als konservatives Leitthema.¹⁵⁵ In einem Fernseh-Interview mit Robin Day auf BBC 1 im Jahr 1969 bekannte sich Heath, so offen wie selten, zu den Grundsätzen seines politischen Selbstverständnisses: Ihm ginge es zuvorderst um die Freiheit des Individuums. Allerdings sei „true freedom“ nur möglich, wenn gleichzeitig *Ordnung* herrsche. „And that is really the basis of my philosophy“, fuhr Heath fort. „I want to encourage men and women of this country to achieve their own ambitions, and to provide them with the freedom to do so, and the order within the state which will enable them to do so.“ *Freiheit* und *Ordnung* also – Aufgabe einer Regierung sei es, diese beiden Prinzipien im Gleichgewicht zu halten. Wirtschaftspolitisch bedeute dies: „[T]he state has got a responsibility for the overall strategy, and for implementing that. But within that, it’s up to the individual and to the company to make their decisions, and one ought to give them as much scope as one possibly can.“¹⁵⁶

Letztlich ordnete sich auch die Sprache des Heathschen Konservatismus nach dem Strukturprinzip des Ausgleichs. In einer der wenigen Konkretisierungen des Konservatismusbegriffs, die von Heath überliefert sind, referiert er denn auch das Gleichgewichtsideal: „It is the nature of Conservatism always to strive to keep a balance in society, to ensure that the community serves the individual and that the individual can carry out his responsibilities to the community.“¹⁵⁷ In diesem Sinne hielt er auch das *one nation*-Ideal hoch. Die Konservativen seien eine Partei frei von Klasseninteressen, eine Partei, die alle Bevölkerungsgruppen zu integrieren fähig sei. „So we shall draw support from these groups and from the young technicians and the scientists and from those who are working in offices and from those who are managers. We shall draw support from all of them in our re-created Tory Party“, so Heath auf dem Parteitag der Konservativen 1966.¹⁵⁸

¹⁵³ CPA, CCO 20/7/5, Paper on suggested ‚Tactics‘ for Conservative Party, compiled by C.H.H. [C.H. Harmer], August 1967.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., Michael Fraser an Peter Crossman, 26. 1. 1968.

¹⁵⁵ Vgl. HEATH, Leader’s Speech, 1967.

¹⁵⁶ Edward Heath in Conversation with Robin Day, in: THE LISTENER, 26. 6. 1969, S. 893.

¹⁵⁷ HEATH, Leader’s Speech, 1968.

¹⁵⁸ NATIONAL UNION OF CONSERVATIVE AND UNIONIST ASSOCIATIONS, 84th Annual Conservative Conference, 1966, S. 36.

Selbst in das semantische Netz um *one nation* hatten sich die Begriffe des Management und der Technikgläubigkeit eingeschlichen.

Das Gleichgewicht hatte Heath vor allem in seiner eigenen Partei herzustellen, in der die Lagerbildung im Laufe der 1960er Jahre der Parteiführung zunehmende Schwierigkeiten bereitete. Nicht nur wirtschaftspolitisch gingen die Meinungen über die angemessene Regulierungstätigkeit des Staates weit auseinander, auch Fragen der Außenpolitik, hier besonders der Streit um das Vorgehen gegen Süd-Rhodesien, und zunehmend Fragen der Einwanderungspolitik stellten die Partei vor eine ernste Zerreißprobe.¹⁵⁹ Hier musste der Parteiführer moderieren. Heaths Position erschien auch deshalb als gemäßigt, die *Times* beschrieb sie als „moderate type of Conservatism“.¹⁶⁰ Dieses Bemühen um den Ausgleich führte jedoch dazu, dass die Ambivalenzen und Mehrdeutigkeiten, die dem Konservatismusbegriff seit den 1950er Jahren inhärent waren, weitergetragen, ja mehr noch zugespitzt wurden. Die Sprache des *great divide* auf der einen Seite lud zur Polarisierung und zur Formulierung von Eindeutigkeiten ein, die Sprache des Ausgleichs dagegen zu Synthesen und zur Abschwächung von Gegensätzen.

Dabei hütete sich Edward Heath davor, in philosophische Diskussionen verstrickt zu werden, was bei seinem Faible für die Planung von Regierungsprogrammen etwas paradox anmutet. Denn während er die Programmarbeit der Jahre 1964/65 auch nach der Niederlage 1966 in aller Detail- und Planungsverliebtheit fortsetzte und als Vorbereitung zur Übernahme der Regierungsverantwortung betrieb, ging er einer Grundsatzdiskussion über das, was den Konservatismus neben aller zupackenden Pragmatik ausmachen sollte, konsequent aus dem Weg. „The contributions to political thought associated with the name of Mr. Heath – the need for national efficiency and better incentives for pace setters – though very relevant, are limited and somewhat arid,“ kritisierte die *Times* 1966.¹⁶¹ Theorieaffinere Kollegen im Schattenkabinett, wie Quintin Hogg, Angus Maude oder Enoch Powell, oder die Politikstrategen im Conservative Research Department wie Brendon Sewill rebellierten erfolglos gegen diese Haltung, indem sie immer wieder ein übergreifendes Narrativ und die Formulierung von Ideen einforderten.¹⁶²

Heath hielt sich nicht damit auf, dem Begriff *Conservatism* bzw. *Toryism* gezielt Bedeutung zu verleihen. Die wenigen oben angeführten Beispiele stellen tatsächlich eine rare Ausnahme dar. Wenn er zu Grundsätzlichem sprach, dann nur bezogen auf die Partei oder seine persönliche Überzeugung von dem Wert und Vermögen des Individuums und seiner Verantwortung, der Bedeutung der Freiheit und dem Prinzip der Ordnung. Ansonsten konzentrierte sich der Parteiführer der Konservativen auf die Formulierung praktischer Lösungen für die Probleme der Gegenwart. In einer Situation, in der das Fundament des Konservativen verloren

¹⁵⁹ Vgl. SCHOFIELD, Enoch Powell; dies., Enoch Powell Against Empire.

¹⁶⁰ Vgl. The Modern Tories, in: THE TIMES, 11. 9. 1968.

¹⁶¹ A Time For the Long View, in: THE TIMES, 11. 10. 1966.

¹⁶² Vgl. RAMSDEN, The Making, S. 271–272; ZIEGLER, Edward Heath, S. 178; RAMSDEN, The Winds of Change, S. 255–256 und 261.

gegangen schien, war das zu wenig. Maurice Cowling nahm Heath 1968 ganz persönlich dafür in die Pflicht: Zwar könnten sich die Konservativen um den Beitrag von Intellektuellen bemühen, doch die Aufgabe, ein „set of resonances and references“ zu entwickeln, „to express in language which everyone can understand the political relevance of the truths and decencies which bind together most people in this country“, diese Aufgabe komme ganz allein dem Parteiführer zu.¹⁶³

Ungeachtet aller Warnungen und Argumente: Die Arbeit am ideologischen Vokabular überließ Heath anderen. In der Tat bestand seine größte Schwäche in der Geringschätzung der Bedeutung von Begriffen und ihrer Kommunikation, wie Richard Vinen unterstreicht.¹⁶⁴ Die seit den frühen 1960er Jahren entstehende innerparteiliche Kritik konnte Heath so nicht auffangen, vielmehr gab er ihr Raum zur Profilierung, heizte sie durch die Metapher des „great divide“ noch an. Dazu kam, dass Heath terminologisch an den Konservatismus eines Macmillan anknüpfte: an das Sprechen über die Modernisierung, das Gleichgewicht, über Freiheit und Ordnung, die antisozialistische Alternative. Damit übernahm er auch seine Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten. Und nicht zuletzt erschien Heaths Manager-Konservatismus wie eine Kopie Wilsons. Wilson hätte den Konservativen ihre Inhalte gestohlen, so die Analyse des politischen Kommentators Goronwy Rees in *Encounter* 1969. „He [Wilson] has caught them bathing and stolen their clothes, and there is an awful feeling that, when the electorate is asked to choose between them, Mr Wilson will be found standing triumphant and fully dressed on the bank while Mr. Heath hides his nakedness in mid-stream.“¹⁶⁵ Die Konservativen taten sich offensichtlich schwer, eine alternative politische Sprache zu finden. Sie bedurften also, um im Bild zu bleiben, einer neuen Kleidung, oder besser: einer neuen Sprache.

2.3.2. Kritische Geister und intellektuelle Mobilisierungen. Heaths Kritiker in der Partei in zielgerichteter Arbeit am Vokabular

Nicht lange nach Heaths Wahl zum Parteiführer formierte sich Kritik an dem eingeschlagenen Kurs, die sich in Forderungen nach einer Grundsatzdiskussion über die Prinzipien des Konservatismus entlud. Die London Area Conference forderte 1965 die Orientierung an „true Conservative principles, not seeking electoral popularity by the adoption of quasi-Socialist measures“,¹⁶⁶ die Greater London Young Conservative Conference stieß in das gleiche Horn.¹⁶⁷ Zum Parteitag 1966 erreichte Conservative Central Office eine Reihe von Anträgen, die entweder die Formulierung konservativer Ideale in moderner Form, die Wiederbelebung traditioneller Prinzipien und Praktiken des Toryismus oder eine Rückkehr zu den grundlegen-

¹⁶³ Vgl. MAURICE COWLING, *Intellectuals and the Tory Party*, in: *THE SPECTATOR*, 8. 3. 1968.

¹⁶⁴ VINEN, *Thatcher's Britain*, S. 40.

¹⁶⁵ REES, *A New Right?*, 1969, S. 48.

¹⁶⁶ Zitiert in: GREEN, *Ideologies of Conservatism*, S. 229.

¹⁶⁷ *New Tory Radicalism*, in: *THE DAILY TELEGRAPH*, 12. 4. 1965

den Prinzipien forderten.¹⁶⁸ Zur Diskussion wurde offenbar kein einziger zugelassen. Stattdessen stritt man über Möglichkeiten und Wege, der Öffentlichkeit das konservative Programm zu vermitteln und lobte die konstruktive Diskussionskultur.¹⁶⁹ Den schwelenden Konfliktherden kam man auf diese Weise nicht bei.

Zum Sprachrohr der innerparteilichen Kritik wurde Angus Maude, Mitglied der One Nation Group, Journalist und in Heaths Schattenkabinett Sprecher zunächst für Luftfahrt, dann für koloniale Angelegenheiten.¹⁷⁰ Im Januar 1966 griff er die Parteiführung im *Spectator* frontal an. Die Partei habe die politische Initiative verloren, als Oppositionspartei sei sie in bedeutungslose Irrelevanz gefallen. Die Gründe dafür griffen, so Maude, tief. Mit der Geschwindigkeit und dem Ausmaß des durch technologische Innovation hervorgerufenen Wandels könnten Institutionen und Wertkodizes nicht mithalten. Selbst die Tradition biete dem einzelnen kaum mehr Orientierung. Den Kern des Problems erkannte Maude aber in der Frustration des Individuums über fehlende Gestaltungsmöglichkeiten seiner direkten Umwelt. Je größer und komplexer jene Organisationen und Institutionen würden, die das Alltagsleben prägten, desto weniger Einfluss habe das Individuum auf Entscheidungen, die ihn oder sie unmittelbar beträfen. Eine Identifikation mit den Institutionen, auf denen das gesellschaftliche Leben basiere, sei dann schwierig. Hier müsse der Konservatismus ansetzen „with a genuine effort to devolve rather than centralise, to consult rather than prescribe, to identify the individual with society and its processes rather than intensify his dissociation“. Und hier liege der fundamentale Unterschied zu Labour. Statt Größe und Bürokratismus individuelle Freiheit und Gestaltungsraum, statt verzweigten Bürokratien historisch gewachsene Institutionen mit ihren eingeübten Verfahren, lautete Maudes Formel für einen zeitgemäßen Konservatismus. „Thus for Tories simply to talk like technocrats will get them nowhere.“ Maudes Kritik erstreckte sich also auch auf die politische Sprache.¹⁷¹ Über diesen Alleingang war Heath wenig erfreut und entließ Maude aus dem Schattenkabinett. Wenige Wochen später unterstrich dieser trotz aller Kritik, die ihm scharf ins Gesicht wehte, seine Diagnose in einem Beitrag für *Encounter*, der bezeichnender Weise den Titel *The End of Tory Ideology?* trug.¹⁷²

So gänzlich kam die Parteiführung an Maude jedoch wohl nicht vorbei. Im Oktober 1966 diskutierte das Advisory Committee on Policy schließlich tatsächlich über *Modern Conservative Philosophy*. Dazu lag auch ein Papier Angus Maudes vor. An der Sitzung selbst nahmen allerdings weder er noch Edward Heath teil, so dass das Papier in der Diskussion letztlich keine Rolle spielte. In diesem wiederholte Maude seine Überzeugung, dass „the philosophy (or lack of

¹⁶⁸ Vgl. Mr. Heath Faces „Blurred Conservatism“ Charge, in: THE TIMES, 28.9.1966.

¹⁶⁹ Vgl. NATIONAL UNION OF CONSERVATIVE AND UNIONIST ASSOCIATIONS, 84th Annual Conservative Conference, 1966, Conservative Policy in Opposition, S. 5.

¹⁷⁰ Vgl. GARNETT, Maude, Angus Edmund Upton; ders. und HICKSON, Conservative Thinkers, S. 73–90.

¹⁷¹ ANGUS MAUDE, Winter of Tory Discontent, in: THE SPECTATOR, 14.1.1966.

¹⁷² Vgl. MAUDE, The End of Tory Ideology?.

it) of the technologist is fundamentally alien to Toryism“ und warnte außerdem vor einer Verabsolutierung des Konsums – „there is more to life than consumption“. Zentral für Maudes Gegenwartsdiagnose war die Vorstellung, dass die Gesellschaft sich geradezu aufgelöst habe, dass Burkes Vorstellung von der Gesellschaft als spiritueller Einheit eine Sache der Vergangenheit sei. An ihre Stelle sei, so Maude, eine sozialistische Form der Gesellschaft getreten, bürokratisch durchorganisiert, zentralistisch, konformistisch, statistisch zu erfassen, in jedem Falle das genaue Gegenteil dessen, was Konservative unter Gesellschaft verstünden. Über die Sprache, den Begriff der *society*, sei diese Vorstellung omnipräsent geworden. Für die Konservativen gebe es daher nur einen Weg: „we have to destroy ‚society‘“, denn „it is steadily eroding the notion of individual and family responsibility“. Letztlich hätten die Konservativen ein neues Vokabular zu entwickeln und dabei zuallererst bei den Menschen anzusetzen. „I think“, so schloss Maudes Papier, „we can drop a lot of the old catchwords. Particularly the one about the desperate conflict between Personal Liberty and the State. The poor old State is only a lot of harassed bureaucrats being forced to do things by that damned ‚society‘. Abolish that, I say.“¹⁷³ Zwanzig Jahre später sollte diese Sicht der Dinge Margaret Thatcher einige Aufmerksamkeit bescheren.¹⁷⁴

Einen Begriff allerdings wollte Angus Maude nicht dem sprachlichen Wandel preisgeben: *Conservatism*. Und das obwohl dieser „in these cosmopolitan days“ einen faden Beigeschmack angenommen habe. „It suggests Mr. Goldwater in America, and ineffectual reactionaries on the continent of Europe. It is not modern, it is not progressive, it is not *sympathetic*.“ Selbst Konservative würden sich von dieser linken Bedeutungszuschreibung einnehmen lassen. Allerdings, so Maude 1969 in seinem Buch *The Common Problem*, für das er seine Lesart des Konservatismus in differenzierter Form ausgearbeitet hatte, ändere sich das gesellschaftliche Klima gegenwärtig, so dass die Menschen nach dem Konservativen verlangen würden, während das Moderne und Progressive aus der Mode kämen. „As progress takes people into more and more unfamiliar worlds, the vanishing guides and landmarks are increasingly missed; the few that remain begin to seem more precious than they did. In short, it is becoming easier to see what ought to be conserved, both in the physical environment and in our culture and social organization.“ Maudes Konservatismusbegriff griff also auf dessen semantische Wurzel zurück – den *Konservatismus* kennzeichnete ein Impuls des Bewahren-Wollens. Dementsprechend deutete er auch den Zukunftshorizont des Begriffs neu: Fortschritt sei das Ergebnis von Zufällen, er resultiere allein aus der Verschiedenheit, der Unvorhersehbarkeit und der Ungleichheit der Menschen. Schon allein deshalb widerspreche technokratisches, planerisches Denken den Grundsätzen des Konservatismus.¹⁷⁵ Die Herausforderung, die sich dem konservativen

¹⁷³ CPC, ACP3/14, Angus Maude, *Modern Conservative Philosophy*, 3.10.1966.

¹⁷⁴ Zu Thatchers Aussage 1987 in *Woman's Own*: „[...] and who is society? There is no such thing“ vgl. die Analyse bei GREEN, *Thatcher*, S. 43–46.

¹⁷⁵ Vgl. MAUDE, *The Common Problem*, 1969, S. 283–290.

Verständnis von Zeitlichkeit in den 1960er Jahren stellte, nahm Maude an und entwickelte eine Konzeption der Zukunft, die der von der Parteiführung vertretenen diametral widersprach.

Maudes Arbeit an den Begriffen des konservativen Vokabulars erstreckte sich auch auf den Begriff des Christlichen. Wie wir gesehen haben, bezog sich eine seiner zentralen Bedeutungsdimensionen auf das Soziale. In der Labour Party wurde sie besonders gepflegt, mit Begriffen wie *social justice* und *solidarity* verbunden und diente als Legitimationsquelle für eine Politik wohlfahrtsstaatlicher Expansion und des Abbaus von Ungleichheiten aller Art. So wenig wie es „die Gesellschaft“ gebe, so wenig existierte „soziale Gerechtigkeit“, argumentierte dagegen Maude. Aus dem christlichen Glauben lasse sich das Konzept ohnehin nicht herleiten, setzte er hinzu, denn „Christianity [...] advocates *charity*, which the apostles of ‚social justice‘ have turned into a dirty word. At least charity involved giving one’s own money, not someone else’s.“¹⁷⁶ Die Bedeutung der christlichen Lehre von der Solidarität mit dem Nächsten wurde nicht negiert, sondern radikal individualisiert. Das Soziale im christlichen Sinne war in dieser Lesart nicht mehr und nicht weniger als freiwilliges, individuelles Handeln. Staatliche Verantwortung für soziale Sicherheit war Maude hingegen fremd.

Eine solche Rekodierung des Christlichen kennzeichnete die kritischen Alternativentwürfe zum Heathschen Konservatismus, die schließlich in den Thatcherismus mündeten. Sie konnten den Begriff vor allem deshalb zu dem ihren machen, weil er in der Sprache, die die Parteiführung seit dem Amtsantritt Heaths pflegte, völlig in den Hintergrund getreten war. Allenfalls Quintin Hogg hielt die Fahne des Christlichen hoch. Die Tilgung christlichen Vokabulars aus der politischen Sprache der Conservative Party markierte tatsächlich einen entscheidenden Bruch. Die Kritiker der Parteiführung griffen es neu auf und betonten die moralische Dimension des Christlichen, die im Zuge einer beschleunigten Liberalisierung der britischen Gesellschaft seit den späten 1950er Jahren unter erheblichen Druck geraten war. Der für den Thatcherismus so konstitutive Diskurs um die *Moral der Nation* wurde zum Kristallisationspunkt des Christlichen.¹⁷⁷ Mit dem Ökonomischen war er eng verschweißt. Rhodes Boyson etwa setzte 1970 die moralische Entscheidung zwischen Gut und Böse, die auf dem Weg zum Heil theologisch unabdingbar sei, gleich mit der freien Wahl, die der Markt ermögliche. Erst wenn er im Besitz dieser vollen Freiheiten sei, sei es dem einzelnen möglich, die in ihm angelegten Potenziale voll auszubilden.¹⁷⁸ Ralph Harris sekundierte ihm in der christlichen Herleitung des Kapitalismus – die Sündhaftigkeit des Menschen begründe unter anderem, warum der vom Eigeninteresse ausgehe.¹⁷⁹

Eine radikale Individualisierung des Christlichen offenbarte sich ebenfalls im Denken Enoch Powells, auch er ein unablässiger Advokat des freien Marktes und

¹⁷⁶ MAUDE, *The Consuming Society*, 1967, S. 13–14, Hervorhebung im Original.

¹⁷⁷ Vgl. GRIMLEY, *Thatcherism, Morality and Religion*; eine Skizze mit wenigen Beispielen aus den 1980er Jahren bietet GEPPERT, *Wirtschaft, Gesellschaft und religiös-ethische Fragen*.

¹⁷⁸ Vgl. BOYSON, *Right Turn*, 1970, S. 8–9.

¹⁷⁹ Vgl. HARRIS, *The Morality of Capitalism*, 1970, bes. S. 19–21.

zugleich ein bekennender Anglikaner. Er plädierte für eine absolute Scheidung von Religion und Politik. Letztlich predigte er ein konsequent entweltlichtes Christentum und eine gleichermaßen entchristliche Politik. Damit griff Powell eine starke Strömung der Theologie an, die die christliche Lehre gerade in der Welt und so auch in der und durch die Politik (und das bedeutete im Engagement für die Unterprivilegierten) verwirklicht sehen wollte. Die Forderungen Jesu Christi seien so radikal und absolut, dass sie in der sündhaften Welt ohnehin nicht zu realisieren seien, sondern auf das ganz Andere, auf das Reich Gottes, wiesen. Ohnehin adressierten sie nicht Kollektive, sondern das Individuum.¹⁸⁰ Sozialpolitische Forderungen der Kirchen oder auch solche nach einem Ende gesellschaftlicher Diskriminierung missverstünden den Begriff der Gleichheit ganz grundsätzlich, weil der nämlich auf die Gleichheit vor Gott ziele und keinerlei Rückschlüsse auf weltliche Begebenheiten zulasse.¹⁸¹ Moralische Standards sei Politik ebenso wenig berechtigt vorzugeben wie durch sozialpolitische Maßnahmen in das gewachsene Geflecht der Gesellschaft einzugreifen. Der ethische Code, nach dem sich eine Gesellschaft richte, tradiere sich als nationale Tradition – der Politik komme es nur zu, die Entfaltung dieser Tradition zu gewährleisten.¹⁸² Dementsprechend hatte das Christliche für den Konservativen die Bedeutung einer institutionalisierten Tradition: der Konservative achtete das Christentum in der anglikanischen Staatskirche.

Angus Maudes politiktheoretisch und philosophisch differenzierte Auseinandersetzung mit dem Konservatismusbegriff seiner Partei war singulär. Ähnliche Argumente wurden aber auch von anderen vorgebracht. So forderte Peregrine Worsthorne kritische Invektive des Jahres 1966 ebenfalls eine klare Abgrenzung vom Sozialismus und die Profilierung der „basic Tory beliefs“,¹⁸³ in seinem Falle der „trinity“ von „liberty, opportunity and stability“¹⁸⁴. Seit 1945 habe sich der Konservatismus in einer Rückzugsposition befunden, habe eine antikapitalistische, dirigistische Linie verfolgt. Was in der unmittelbaren Nachkriegszeit vernünftig gewesen sei, sei in der Gegenwart das Gegenteil dessen, was nottue. Worsthorne also glaubte einen historischen Einschnitt zu gewärtigen.¹⁸⁵ Und diese historische Situation verlange nach einer Neubewertung des Konservatismusbegriffs, sie verlange nach der „authentic language of Toryism“.¹⁸⁶ Für Worsthorne bedeutete dies das unbedingte Bekenntnis zum kapitalistischen Wirtschaftssystem und zum freien Markt.¹⁸⁷ Erst so öffne sich dem Vereinigten Königreich wieder eine Perspektive für die Zukunft.

¹⁸⁰ Vgl. POWELL, *No Easy Answers*, 1973.

¹⁸¹ Ebd., S. 75–78.

¹⁸² Vgl. ebd., S. 37–38; dazu SCHOFIELD, *Enoch Powell*, S. 256–263.

¹⁸³ WORSTHORNE, *Priorities for Capitalism*, 1966, S. 23.

¹⁸⁴ Ebd., S. 25.

¹⁸⁵ Vgl. ebd. S. 25–26.

¹⁸⁶ Ebd., S. 33.

¹⁸⁷ Zu Peregrine Worsthorne vgl. GARNETT und HICKSON, *Conservative Thinkers*, S. 115–118.

Bereits zwei Jahre zuvor hatte ein Kommentator in der *Times*, der unter dem Pseudonym „A Conservative“ auftrat, in dasselbe Horn geblasen.¹⁸⁸ Auch die Kritik des Monday Club am Konservatismus unter Macmillan hatte, wie wir gesehen haben, eine Lanze für den freien Markt gebrochen.¹⁸⁹ Während Angus Maude allerdings sorgsam abwog zwischen *laissez-faire* auf der einen und dirigistischem *collectivism* auf der anderen Seite und die konservative Position, geleitet von der Ordnungsidee, noch immer in der *Mitte* angesiedelt sah,¹⁹⁰ stellten andere das Mantra vom *middle way* infrage. Glaube man an die Kräfte des freien Marktes, so der unter „A Conservative“ schreibende *Times*-Kommentator, dann könne es nur ein Entweder-oder geben: entweder Kapitalismus oder Dirigismus, ein Mittelweg sei nicht möglich.¹⁹¹

Die Artikelserie, die ob ihres Angriffs auf die angebliche Prinzipienlosigkeit der Parteiführung für Wirbel sorgte, trug die Handschrift Enoch Powells. Der stritt die Autorschaft zwar stets ab, nach seinem Tod bestätigten sich aber die Gerüchte.¹⁹² Powell gab der auf die Kräfte des Marktes setzenden Lobby in der Partei in den 1960er Jahren eine Stimme. Nach seinem Rücktritt als Teil des Führungsteams des Finanzministeriums 1958 (zusammen mit Wirtschaftsminister Nigel Birch und Finanzminister Peter Thorneycroft) auf Grund von Macmillans Weigerung, die Inflation durch die Kontrolle der Geldmenge zu begrenzen,¹⁹³ hatten sich Powells marktliberale Überzeugungen gefestigt. Sein Denken wurde von dem Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts, Adam Smith und den neoliberalen Theoretikern seiner Gegenwart beeinflusst. Enge Kontakte pflegte er mit den Neoliberalen im Institute of Economic Affairs.¹⁹⁴ Obwohl er sich 1963 massiv gegen die Wahl von Douglas-Home engagiert hatte, bot dieser Powell nach der Wahlniederlage 1964 einen Platz im Schattenkabinett an. Zunächst für Verkehr zuständig, dann unter Heath für Verteidigung gehörte Powell – zumal nach seiner, wenn auch erfolglosen Kandidatur um den Parteivorsitz 1964 – zu den führenden Köpfen der Partei. Er verfügte über ein klares Profil: marktliberal, patriotisch, den Wert von Tradition, Moral und Geschichte betonend. Die Rolle des Außenseiters, die Rolle dessen, der das Richtige predigt, aber verkannt wird, spielte er virtuos. Dass 1965 die Bezeichnung *Powellism* für seine Variante des Konservatismus in Umlauf kam, konnte ihm nur Recht sein. *Powellism*, so die *Times*, stehe „for a timely reassertion that Conservatism is based on capitalism and a free play of market forces“. Ältere Konservative hegten dabei die Hoffnung, dass „Conser-

¹⁸⁸ Vgl. A Party in Search of A Pattern. 3: The Field Where the Biggest Failures Lie, by A CONSERVATIVE, in: THE TIMES, 3. 4. 1964.

¹⁸⁹ Vgl. THE MONDAY CLUB, Conservatism Lost?, 1963.

¹⁹⁰ Vgl. MAUDE, The Common Problem, 1969, S. 287.

¹⁹¹ Vgl. A Party in Search of A Pattern. 3: The Field Where the Biggest Failures Lie, by A CONSERVATIVE, in: THE TIMES, 3. 4. 1964.

¹⁹² Vgl. HEFFER, Like the Roman, S. 350–351; Ders., Powell, (John) Enoch; SHEPHERD, Enoch Powell, S. 271–274.

¹⁹³ Vgl. COOPER, Little Local Difficulties Revisited.

¹⁹⁴ Vgl. HEFFER, Like the Roman, S. 367–368; zum Neoliberalismus vgl. STEDMAN JONES, Masters of the Universe.

vatism can again be what they had always thought it was“.¹⁹⁵ Nicht Aufbruch zu Neuem, sondern Rückkehr zum Alten verband der marktliberale Flügel der Partei also mit Powells Variante des Konservatismus. Die kommentierte Sammlung von Powells Reden, die John Wood, Mitarbeiter des Institute of Economic Affairs, 1965 publizierte, eignete sich zwar den Begriff *Powellism* nicht an, tat aber alles, um den Eindruck zu erzeugen, dass es sich um ein kohärentes Gedankengebäude handelte. Powell, so Wood in seinem Vorwort, sei ein Advokat der „free society“, also weit mehr als allein ein Fürsprecher des freien Marktes.¹⁹⁶

Dass Powell, „a sort of Mao Tse-tung of Toryism“, wie Quintin Hogg süffisant bemerkte,¹⁹⁷ in der Tat auch für andere Ansichten in die Bütt ging, wurde am 20. April 1968 so deutlich wie es kaum deutlicher hätte werden können. In einer Rede in Birmingham, die wohlvorbereitet war und die in die Geschichte eingehen sollte, hetzte er gegen die Immigration aus dem Commonwealth und prophezeite gewaltsame ‚Rassen‘-Auseinandersetzungen in britischen Städten.¹⁹⁸ Powell segelte fortan auf dem Ticket der rassistischen Rechten. Heath entließ ihn umgehend aus dem Schattenkabinett, worauf er seine Rolle als populistischer Maverick umso stärker kultivierte. 1974 trat er aus Protest gegen den proeuropäischen Kurs der Parteiführung schließlich zu den Ulster Unionists über.

Im Herbst 1968 aber suchte er dem Begriff des *Powellism* noch Richtung zu geben. Denn der habe in den letzten Monaten seine Bedeutung verändert.

It used to represent an almost unlimited faith in the ability of people to get what they want through price, capital, profit and a competitive market. This mode of self-expression is congenial to Toryism, not because of any theoretical beauty or academic precision in such a system, but because it enables a great range of changes to be absorbed currently, *ambulando*, by people themselves.¹⁹⁹

Der Begriff *Toryism* war dabei bewusst gewählt. *Conservatism* sei ein Abstraktum, ein bloßer Gegenbegriff zu *Socialism* ohne tiefere Bedeutung. Dagegen speichere *Toryism* die Geschichte der Partei, jene Erfahrung, die britische Konservative über Jahrhunderte gesammelt hätten. Wenn Powell nun seine eigene ideologische Variante als Ausdruck reinen *Toryism* ausgab, machte er damit auch seinen Anspruch auf intellektuelle Führerschaft deutlich. Der Parteiführung sprach er diese Kontinuität ab. Seine begriffspolitische Intervention nützte allerdings nichts mehr. *Powellism* und die rassistische Anti-Immigrationsbewegung waren für immer verschmolzen.²⁰⁰

Die Beiträge von Angus Maude, Peregrine Worsthorne und Enoch Powell steigerten die Verunsicherung in Partei und sympathisierender Öffentlichkeit über den Bedeutungsgehalt des Konservatismusbegriffs. Das Rumoren in der Partei wurde so laut, dass beim Parteitag 1968 kontrovers über einen Antrag diskutiert

¹⁹⁵ *Powellism*, in: THE TIMES, 15. 7. 1965.

¹⁹⁶ POWELL, A Nation Not Afraid, 1965, S. VIII; HEFFER, Like the Roman, S. 380–382.

¹⁹⁷ Zitiert in: HEFFER, Like the Roman, S. 354; SHEPHERD, Enoch Powell, S. 273.

¹⁹⁸ Vgl. SHEPHERD, Enoch Powell, S. 325–369; HEFFER, Like the Roman, S. 449–459.

¹⁹⁹ POWELL, Conservatism and Social Problems, 1968, S. 15–16, Hervorhebung im Original.

²⁰⁰ Vgl. SCHOFIELD, Enoch Powell.

wurde, der von der Parteiführung eine klarere Konturierung konservativer Politikentwürfe forderte. In welchem Sinne dies gemeint war, explizierte die Antragstellerin, Joan Hall aus Keighley, dann auch energisch: Konservatismus stehe für Kapitalismus, für Freiheit, für Nationalismus, für Institutionen, Ordnung und Disziplin. Konservative hätten für ihre Nation zu kämpfen – denn „[t]oday the enemy is within. It is Socialist tyranny and dictatorship. Freedom is not our birthright. For that we must fight and fight again.“²⁰¹ An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Sprache Enoch Powells in die Partei diffundierte. Vom *enemy within* hatte dieser bereits in der Mitte der 1960er Jahre gesprochen²⁰² und diese Figur dann 1970 zielgerichtet weiterentwickelt.²⁰³ Doch nicht nur er: Mit der Warnung vor dem *Feind im Innern*, dem *enemy within*, war Barry Goldwater, Präsidentschaftskandidat der Republikaner 1964 und populistischer Prophet eines marktliberal orientierten, von Rassismus durchsetzten, anti-wohlfahrtsstaatlichen Konservatismus, durch die USA gezogen.²⁰⁴ Geprägt wurde die Metapher des *enemy within* in dem antikommunistischen Klima des US-amerikanischen Konservatismus der 1950er und 1960er Jahre und integrierte sich in das Vokabular des Kalten Krieges. Resonanzraum für eine solche Sprache war in der britischen Conservative Party, in welcher der *great divide* prononciert wurde, offensichtlich vorhanden. Die Fronten des Kalten Krieges wurden in die Innenpolitik transferiert. Diese Zuspitzung lag dabei in der Logik der antisozialistischen Rhetorik, die die Konservativen seit 1945 pflegten. Das Prinzip der Gegensatzbildung wurde von Joan Hall auf dem Parteitag 1968 konsequent zu Ende geführt.

In dieser Situation, in der das semantische Netz um den Konservatismusbegriff in Bewegung geraten war, wurde der Ruf nach intellektueller Expertise laut. Der intellektuelle Diskurs, so eine verbreitete Meinung, sei seit einigen Jahren von der Linken beherrscht worden, während konservative Positionen ins Hintertreffen geraten seien.²⁰⁵ Selbst wenn die Konservativen die Diffamierung als „the stupidest party“, die seit John Stuart Mill zum geflügelten Wort geworden war,²⁰⁶ beständig zurückwiesen, auf den Reichtum der konservativen Tradition des politischen Denkens verwiesen, und sich außerdem davon überzeugt zeigten, dass sich der intellektuelle Wind zu ihren Gunsten zu drehen begann,²⁰⁷ so glaubte die Partei doch, gezielt in den intellektuellen Diskurs eingreifen zu müssen. Das von Tibor Szamuely 1968 für *Swinton Journal* zusammengestellte *Symposium* über die Intellektuellen und den Konservatismus thematisierte das Problem. Gleichzeitig wollte es intellektuellen Input zu der Debatte über einen zeitgemäßen Konservatismus

²⁰¹ NATIONAL UNION OF CONSERVATIVE AND UNIONIST ASSOCIATIONS, 86th Annual Conservative Conference, 1968, S. 19.

²⁰² Vgl. POWELL, *A Nation Not Afraid*, 1965, S. 79.

²⁰³ Vgl. HEFFER, *Like the Roman*, S. 559–562.

²⁰⁴ Vgl. PERLSTEIN, *Before the Storm*.

²⁰⁵ Vgl. z. B. SZAMUELY, *Intellectuals and Conservatism*, 1968, S. 5; zum Kontext vgl. COLLINI, *Absent Minds*, S. 171–198.

²⁰⁶ Vgl. MILL, *Considerations of Representative Government*, 1861, S. 138.

²⁰⁷ Vgl. z. B. O’SULLIVAN, *Editorial: The Liberal Hour*, 1968, S. 3.

liefern. Ein solcher konnte für Szamuely nur als Alternative zum *progressivism* des Sozialismus gedacht werden. Das hieß in letzter Konsequenz, dass die Neu-Formulierung des Konservatismus kontrastiv zu erfolgen hatte, eine antonyme Begriffsstruktur damit vorgegeben war. Denn: „The real intellectual admires clear-cut, incisive thinking.“ Im Falle Szamuelys klang das dann so:

If the Conservative Party is opposed to socialism, should it not say openly, 'We are a capitalist Party. We believe in capitalism. We uphold the capitalist free economy'? Should it not, besides stressing its devotion to the welfare state, also stress, strong and clear, its devotion to the principle of private property as the basis of individual liberty and of a humane, enlightened and democratic society?²⁰⁸

Kapitalismus und *Freiheit* des Individuums – dies machte für Szamuely den Markenkern des Konservatismus aus. Gebildet war der als Gegenstück zum *Sozialismus*: unter dem Primat des Ökonomischen stehend und die Demokratie als umfassendes System der Freiheit begreifend.

Die Reaktionen der zum Symposium eingeladenen Intellektuellen (es handelte sich um die bekannten konservativen Debattenbeiträge von Quintin Hogg, Timothy Raison über Angus Maude bis hin zu T.E. Utley) auf diesen Vorschlag waren gemischt. Auf der einen Seite befürwortete etwa Geoffrey Howe – später einer der exponiertesten Thatcherites – die unbedingte antisozialistische Ausrichtung auf den Kapitalismus und betonte die Schlüsselstellung, die dem Begriff der *Freiheit* dabei zukommen würde.²⁰⁹ Dass Arthur Seldon, treibende Kraft hinter dem neoliberalen Institute of Economic Affairs, entschieden für diese Bedeutungsfüllung des Konservatismusbegriffs warb, verstand sich fast von selbst. Seldon sprach dabei die Spannung offen an, die sich auftat, wenn die marktliberalen Potentiale, die im britischen Konservatismusbegriff seit dem 19. Jahrhundert angelegt waren, so stark in den Vordergrund geschoben wurden. „[P]ersonal liberty [...], individual and corporate initiative, decentralised authority, and government limited to services that cannot be organised by spontaneous contract in the market“ – dies sei die „classic formulation, of what I shall insist on describing as liberalism“. Die Aufgabe der Konservativen sei es, dafür zu sorgen, dass diese liberalen Prinzipien und Institutionen bewahrt werden könnten und dafür sei „radikale“ Reformbereitschaft nötig. Seldon plädierte also für einschneidende Reformen zur Bewahrung des überkommenen Liberalismus. Dementsprechend glaubte er den Konservatismusbegriff qualifizieren zu müssen: Während er seine eigene Version als „radical conservatism“ bezeichnete, konstruierte er als Gegenstück dazu einen „conservative conservatism“, dem es allein um die Bewahrung des Überkommenen ginge, egal ob so Gutes oder Schlechtes konserviert würde. Den Konservativen warf Seldon dann auch vor, in der „Wiederherstellung des Konservatismus“ zu versagen.²¹⁰ Nur über radikale Maßnahmen sei der Konservatismus zu retten

²⁰⁸ SZAMUELY, *Intellectuals and Conservatism*, 1968, S. 25–26.

²⁰⁹ Vgl. *Intellectuals and Conservatism*, 1968, S. 13–14.

²¹⁰ Ebd., S. 21–28.

– diese Formel sollte in den kommenden beiden Jahrzehnten immer vernehmlicher durch die konservative Debattenlandschaft hallen.

Die Orientierung am Marktliberalismus, für die Szamuelys Beitrag plädierte, stieß auf der anderen Seite auf unverhohlene Kritik. T.E. Utley erklärte kurzerhand, dass der Emigrant kein Verständnis für die englische konservative Tradition habe. Der englische Konservative, so Utley, glaube an die spontanen Kräfte in der Gesellschaft und sei „sceptical of the wisdom and efficacy of government“. In der Tat verbinde ihn das mit den „anti-totalitarians“. Gleichermaßen aber schließe sich der englische Konservative all jenen an, „who approve of prejudice, custom and habit“. An einer Befreiung des Individuums aus diesen Fesseln könne der Konservative kein Interesse haben. Daher sei die Position des „real English Conservative“ zum Verhältnis von Freiheit und Autorität auch reichlich ambivalent: Es gebe Zeiten, in denen das eine, und wiederum Zeiten, in denen das andere zu stützen sei. Gegenwärtig, so Utley, sei das Prinzip der Freiheit zu betonen. Darin stimmte er mit Szamuely überein. Die Aufgabe der Zerschlagung der „vast structures of controls and restrictions by which this nation is now stifled“ mochte er dagegen nur den „empiricists with a feeling for the claims of social cohesion“ anvertrauen und ausdrücklich nicht den „doctrinaire liberals with a passion for abstract freedom“.²¹¹ Nicht nur Szamuely sollte sich wohl von Utley angesprochen fühlen. Wie die konservative Liberalisierungstätigkeit mit dem Schutz von Vorurteil und überkommener Sitte praktisch zu vereinbaren war, das ließ Utley allerdings offen.

Kritik aus anderer Perspektive übte David Howell an Szamuelys Einlassungen. Howell, einer von Heaths „bright young men“,²¹² verteidigte den Pragmatismus als entscheidende Komponente des Konservatismus.

The tragedy of Conservative thought in recent years in Britain has been its tendency to try and meet doctrine with doctrine, ideology with ideology, to evolve some all-embracing political philosophy from which dogmatic principles [...] will automatically flow. This seems to me to be not an assertion of Conservatism but its negation.²¹³

Darüber hinaus zweifelte er an Szamuelys Definition des Konservatismus als bloße antisozialistische Gegenideologie. Dieser habe nicht allein eine Alternative zum „Sozialismus“ anzubieten, sondern auch zu einem „doktrinären klassischen Liberalismus“. Wie Utley hob Howell auf die Ausgleichsfunktion des Konservatismus ab: Er fungiere als Gegengewicht zu den jeweils vorherrschenden Theorien und Moden.²¹⁴

Beifall erhielt Howell aus Peterhouse. Maurice Cowling hatte dankend abgelehnt, als Szamuely ihn um einen Beitrag zum „Symposium“ gebeten hatte – um den dann in *Spectator* zu veröffentlichen. Cowling griff die Ausgangsthese Szamuelys von der Aufgabe der konservativen Intellektuellen in der politischen

²¹¹ Ebd., S. 30–31.

²¹² ZIEGLER, Edward Heath, S. 177.

²¹³ SZAMUELY, *Intellectuals and Conservatism*, 1968, S. 16.

²¹⁴ Vgl. ebd., S. 15.

Öffentlichkeit an. Die Conservative Party sollte in seinen Augen keinen Raum für den intellektuellen Diskurs bereitstellen, sei ihre einzige Aufgabe doch, „to do what it can to prevent governmentally controlled changes in the existing social structure“. Zu verteidigen hätte sie die Prinzipien des Privateigentums, der Ungleichheit in der Besitzstruktur und die moralische Ordnung. Dafür sei keine Doktrin nötig, sondern allein ein spezifischer Stil, um in der Öffentlichkeit konservative Positionen durchzusetzen. Und den könne, so Cowling, nur der Parteiführer kreieren.²¹⁵ Genau in diesem Sinne hatte sich Cowling bezogen auf Heaths Führungsstil öffentlich geäußert.²¹⁶ In dessen abermaliger Intervention offenbarte sich die Überzeugung des Historikers vom Wesen der Politik. Für Cowling war Politik die Sache eines relativ kleinen, überschaubaren Zirkels der politischen Elite in Westminster, der Kampf um Macht und Einfluss in persönlichen Ränkespielen, das Aushandeln von materiellen Interessen, völlig unbeeinflusst von Prozessen sozialen oder ökonomischen Wandels. Als ‚high politics‘ ging dieser Ansatz der Politikgeschichtsschreibung in die britische Historiographiegeschichte ein.²¹⁷ Dass die Conservative Party sich gerade daran machte, einen anderen Weg einzuschlagen, und sich Cowling nach einer ersten Zurückhaltung schließlich tatkräftig an der Formulierung konservativer Ideologie beteiligte,²¹⁸ entbehrt nicht der Ironie.

Die Beiträge zu Szamuelys Symposium offenbarten zweierlei: Zum einen zeigten sie, dass der Konservatismusbegriff der späten 1960er Jahre plural war; zum anderen machten sie auch klar, dass die innerparteiliche Kritik am Kurs der Parteiführung keineswegs mit einer, sondern mit mehreren Stimmen sprach. Diese Varianz klang im Thatcherismus lange nach.

Nichtsdestotrotz war die Beobachtung von John O’Sullivan, des verantwortlichen Redakteurs von *Swinton Journal*, richtig, dass die Mehrzahl der Symposiums-Beiträge durch ein gemeinsames Thema verbunden sei, nämlich durch den Glauben an eine liberale Gesellschaft, in der die Menschen größere Kontrolle über ihr eigenes Leben ausüben würden. Diese Überzeugung von dem Wert individueller Freiheit glaubte O’Sullivan – und dabei war er nicht allein – in der Tradition der Conservative Party verankert. John Biffen hatte in seinem Beitrag auf drei Strömungen in der Partei aufmerksam gemacht: erstens, „social and economic paternalism“, zweitens, die „tradition of free enterprise and personal liberty“ und eine dritte Strömung, die sich durch Skepsis gegenüber aller Regierungstätigkeit auszeichne. Ein solches Labelling hatte zunächst ordnungsstiftende Funktion – es machte die Debatte leichter begreifbar und verband gegenwärtige Positionen mit der Parteigeschichte, was zumeist über die Aneinanderreihung historischer Persönlichkeiten vonstattenging. Disraeli wurde etwa zum Urvater des „paternalism“, Peel zu dem des „liberal conservatism“. In der Situation der

²¹⁵ MAURICE COWLING, *Intellectuals and the Tory Party*, in: *THE SPECTATOR*, 8. 3. 1968.

²¹⁶ Siehe S. 59.

²¹⁷ Vgl. BRENT, *Butterfield’s Tories*; CROWCROFT, *Maurice Cowling*; WILLIAMSON, *Maurice Cowling and Modern British Political History*.

²¹⁸ Vgl. v. a. COWLING, *Conservative Essays*, 1978.

späten 1960er Jahre, in der der Bedeutungsgehalt des Konservatismusbegriffs ins Rutschen gekommen war, etablierte diese Benennung innerparteilicher Strömungen neue Markierungen im politischen Diskurs. Das Sprechen über die *paternalists* bzw. die *liberal conservatives* reagierte einerseits auf Lagerbildungen und verstärkte diese andererseits. Denn um die Begriffe bildete sich jeweils ein semantisches Netz aus, das die Parameter dessen definierte, was sagbar war. Diese Bezeichnungen für die innerparteilichen Strömungen hatten sich seit Anfang der 1960er Jahre langsam in das Vokabular des Konservatismus eingegraben.²¹⁹

O'Sullivan, der dem Institute of Economic Affairs nahestand,²²⁰ trat nun energisch für den „liberal conservatism“ ein – „[n]ow is the time for the Conservative Party to commit itself to this liberal tradition in clear and unequivocal terms“, urteilte er 1968.²²¹ Dabei suchte er die Richtungszuschreibungen weiterhin zu profilieren, eingedenk wohl der Rolle des *Swinton Journal* als intellektuellem Organ der Partei. Ein Editorial zwei Jahre später reflektierte den Stand der Diskussion über den Konservatismus. Zunächst, so O'Sullivan, sei festzuhalten, dass es den wahren Konservatismus, „true Conservatism“, nicht gebe, trotz anderslautender Bekundungen des Monday Club oder von PEST (Pressure for Economic and Social Toryism), die in der Tat jeweils für sich behaupteten, den eigentlichen Konservatismus zu vertreten.²²² Stattdessen stünden zwei Traditionen konservativen Denkens in Konkurrenz zueinander: „liberal conservatism“ und „Tory paternalism“. Die erste Tradition suche die Gesellschaftstheorie Edmund Burkes mit dem ökonomischen Denken Adam Smiths zu verknüpfen; sie zeichne sich durch die Betonung der Selbstverantwortlichkeit und der Skepsis gegenüber dem Vermögen des Staates aus. Die zweite Tradition dagegen unterstreiche die Bedeutung nationaler Einheit und die Rolle des Staates in der Sozialpolitik. „As a result“, so O'Sullivan weiter, „Tory paternalists have in the past introduced a substantial degree of social and economic collectivism.“²²³ Da der Begriff *collectivism* in der konservativen Sprache klar der Linken zugeordnet war, schien der *Tory paternalism* dem gegenwärtigen Konservatismus wenig zuträglich. Und in der Tat: O'Sullivan argumentierte, dass die Fragen, auf die diese konservative Strömung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Nachfolge Disraelis eine Antwort gegeben hätte, mittlerweile entweder gelöst oder verschwunden seien, so dass diese also an ihr Ende komme. Hier erkannte er den tieferen Grund für die ideologische Unsicherheit und Inkohärenz in der Partei: „having abandoned one tradition but still searching for another.“²²⁴ In diese Leerstelle könne nun die liberale Tradition des Konservatismus-

²¹⁹ Vgl. z. B. MACMILLAN, *The Macmillan Diaries, 1957–1966*, 21.9.1961, S. 412–413; RAISON, *Why Conservative?*, 1964; *Liberal Toryism*, in: *THE DAILY TELEGRAPH*, 26.6.1967.

²²⁰ Vgl. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*, S. 192–196.

²²¹ O'SULLIVAN, *Editorial: The Liberal Hour*, 1968, S. 7.

²²² Vgl. z. B. JULIAN CRITCHLEY, *The Monday Club's Idea of 'True Conservatism'*, in: *THE TIMES*, 23.11.1968; HOGG, *New Charter*, S. 15: „It [PEST, MS] exists [...] to act as a pressure group for the modern application of traditional Tory principles“.

²²³ O'SULLIVAN, *The Direction of Conservatism*, 1970, S. 31.

²²⁴ Ebd., S. 33.

mus treten, während O’Sullivan dem Paternalismus zwar die Möglichkeit zur Neuformulierung einräumte (wobei er Angus Maudes Arbeiten als eine solche begriff), welche aber zu viel Zeit kostete, um als gegenwärtige Option zur Verfügung zu stehen.²²⁵

Entscheidend nun war, dass diese Richtungszuschreibungen jeweils mit einem historischen Narrativ unterlegt wurden. Zum einen wurden sie mit den Begriffen *Whig* bzw. *Tory* verschmolzen. *Whig* stand für eine marktliberale Haltung und wurde mit *liberal* gleichgesetzt, *Tory* für *one nation*-Konservatismus mit einem Hang zur Wohlfahrtsstaatlichkeit.²²⁶ Mit seiner Arbeit am Vokabular konservativer Selbstbeschreibung verfolgte O’Sullivan, der dem Institute of Economic Affairs nahestand, ganz offensichtlich eine marktliberale Agenda. In deren Zentrum stand nicht allein der Begriff des *Conservatism*, sondern auch das zugeordnete Adjektiv *liberal*. *Liberal* bezog sich in diesem Kontext einerseits auf ökonomische Zusammenhänge, auf die Freiheit des Individuums als Marktteilnehmer, und andererseits auf den staatlichen Kontext, auf die Freiheit des Individuums vor dem Zugriff staatlicher Bürokratie. Die bürgerschaftlichen Potenziale des Freiheitsbegriffs, die seit den späten 1950er Jahren in konservativen Politikentwürfen zur Moralgesetzgebung zum Tragen gekommen waren,²²⁷ wurden dagegen in den Hintergrund gedrängt. Allerdings war die marktzentrierte und staatskritische Umarmung des Liberalismusbegriffs in den frühen 1970er Jahren noch nicht allgemein durchgesetzt, auch nicht auf der sich formierenden Rechten. Für Victor Montagu etwa bezeichnete *liberal conservatism* die *middle-way*-Variante des Konservatismus nach 1945, gegen die er – ganz im Sinne O’Sullivans – ansah.²²⁸ Und auch die *Times* identifizierte die als progressiv geltende Bow Group sowie PEST als „true voice of liberal conservatism“.²²⁹

Neben der Verschmelzung der Richtungszuschreibungen mit den Begriffen *Whig* und *Tory* formten die liberalen Kritiker Macmillans und Heaths eine wirkmächtige Erzählung über den angeblich fehlgeleiteten Weg des Konservatismus seit Baldwin.²³⁰ In vollendeter Form brachte sie Lord Coleraine, vormaliger Richard Law, 1970 aufs Papier.²³¹ Seine Ausgangsdiagnose lautete: Der zeitgenössische Konservatismus habe sich von seinen Fundamenten abgewandt, selbst die Notwendigkeit einer philosophischen Basis werde geleugnet. „We have effectively freed ourselves from the bonds of tradition“²³² – hier lag das Übel, das Coleraine um sich vermutete. Denn „tradition is a protection against the weaknesses and excesses of human nature“, so referierte er klassisch, ausgehend von einem christ-

²²⁵ Vgl. ebd., S. 33–34.

²²⁶ Vgl. z. B. JULIAN CRITCHLEY, The Case for a Whig Revival in the Tory Party, in: THE TIMES, 15.2.1969.

²²⁷ Vgl. JARVIS, Conservative Governments.

²²⁸ Vgl. CPA, PUB 117/29, Montagu, The Conservative Dilemma, 1970, S.21, Kapitelüberschrift: „The disaster of liberal conservatism“.

²²⁹ The Times Diary, in: THE TIMES, 11.10.1973.

²³⁰ Zur Interpretation der Baldwin-Ära vgl. WILLIAMSON, Baldwin’s Reputation.

²³¹ Zu Coleraine vgl. POWELL, Law, Richard Kidstone.

²³² COLERAINE, For Conservatives Only, 1970, S. 12.

lich-pessimistischen Menschenbild, in dem ihn die Lektüre der Schriften des Historikers Herbert Butterfields bestärkt hatte.²³³ An die Stelle des Rückbezuges auf die Vergangenheit, die dem Konservatismus eigen sei, sei die Huldigung des Fortschritts getreten. Coleraine sah also die Zeitdimension konservativen Denkens verletzt. Die Aufgabe der konservativen Fundamente durch die Partei habe in eine allumfassende nationale Krise geführt, die seit 1945 das Land erfasst habe, so Coleraine. Denn die Konservativen hätten sich in ihrer Fortschrittsverehrung die Kleider des politischen Gegners angezogen. Dies habe dazu geführt, dass der politische Dualismus ausgeschaltet worden sei und stattdessen über weite Strecken ein politischer „consensus“ zwischen den Parteien herrsche. Dieser Konsens sei aber letztlich ein „sozialistischer“ Konsens; die Konservativen hätten sich ohne Not ihrer eigenen Fundamente entledigt. Die Wurzel des Übels fand Coleraine in Baldwins Regierungszeit: „Baldwin was so obsessed by his search for the middle ground, for the consensus, that everything else, the safety of the country, the freedom of action of his successors, his own reputation, was sacrificed to it.“²³⁴ Dabei bezog sich *consensus* ausschließlich auf wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenhänge. Coleraines Kritik zielte also auf eine keynesianisch inspirierte, staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik sowie auf den weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Semantisch fällt auf, dass die Begriffe *consensus* und *middle ground* verschmolzen wurden. Auf diese Weise wurde die Macmillansche Version des Konservatismusbegriffs vollends diskreditiert – und ihr Erbe Heath gleich mit. Die Bedeutung Enoch Powells, unterstrich Coleraine dementsprechend, liege daher allein darin begründet, „that he is the only leading Conservative who has made his escape from the socialist dream“.²³⁵ Wohlfahrtsstaatliche Sozial- und planerische Wirtschaftspolitik wurden als *links*, als nicht *konservativ* gekennzeichnet. Für eine solche Kritik am angeblich nach 1945 herrschenden *consensus* in der britischen Politik konnte Coleraine allerdings keinesfalls die alleinige Autorschaft beanspruchen. Wie Richard Toye gezeigt hat, war sie seit Ende der 1960er Jahre auf beiden Seiten des politischen Spektrums zu finden und letztlich nicht mehr als ein rhetorisches Mittel, das sich ganz verschiedenen politischen Richtungen zur Verwendung anbot.²³⁶

In dieser Situation adaptierten die Kritiker der Parteiführung den Richtungsbegriff *Right*, der nach 1945 kaum mehr eine Rolle in der konservativen Sprache gespielt hatte. Sie konnten dabei auf die Begriffsarbeit des Monday Club zurückgreifen, dessen Mitgliedern der Begriff *Right* zunächst von außen zugeschrieben worden war und den sich diese seit den späten 1960er Jahren zunehmend angeeignet hatten. *Right* trug in den fortschrittsorientierten 1960ern den Mantel des Reaktionären. Geoffrey Rippon, in Heaths Schattenkabinett verantwortlich für

²³³ Ebd., S. 17. Zu Herbert Butterfield vgl. BENTLEY, *The Life and Thought of Herbert Butterfield*; COLLINI, *Common Reading*, S. 138–155; STEBER, *Herbert Butterfield*.

²³⁴ COLERAINE, *For Conservatives Only*, 1970, S. 56.

²³⁵ Ebd., S. 118.

²³⁶ Zum Diskurs um den *consensus* vgl. TOYE, *From 'Consensus' to 'Common Ground'*.

Verteidigung und trotz seiner Nähe zu Heath Mitglied des Monday Club, stellte 1969 dieses Argument auf den Kopf: „if to be progressive is to be receptive to the demands of a changing world, then the so-called ‚right‘ is not reactionary but radical“.²³⁷ Das Pamphlet, erschienen unter dem Titel *Right Angle*, wurde ein Jahr später ergänzt um eine weitere Publikation des Monday Club. Herausgegeben von Rhodes Boyson wurde die Aufsatzsammlung mit *Right Turn* überschrieben, wobei der Untertitel ebenfalls Bände sprach: *A Symposium on the Need to End the ‚Progressive‘ Consensus in British Thinking and Policy*.²³⁸ Während Rippons Pamphlet völlig im Rahmen der etablierten antisozialistischen Rhetorik blieb und die Linie der Parteiführung stützte, positionierte Boysons Aufsatzsammlung die *Rechte* als Ausdruck des ‚wahren‘ Konservatismus gegen den angeblich vorwaltenden politischen Konsens – und dies, wie wir gesehen haben, richtete sich auch gegen die eigene Partei. *Right* war daher nicht allein ein Antonym zu *Left*, sondern vor allem gegen die Verortung der Konservativen in der *Mitte*. In dasselbe Horn stieß 1970 ein weiterer Monday Club-Veteran, Victor Montagu, der der Conservative Party als „party of the Right“ vorwarf, dem stetigen Linkstrend, verkörpert im „consensus“, nichts entgegengesetzt zu haben.²³⁹ Schließlich eignete sich der Monday Club die bei Rippon bereits angedachte Verbindung der Begriffe *Right* und *radical* konsequent an. Seine Zeitschrift *Monday World* erschien von 1969 bis 1974 mit dem Untertitel *The Magazine of the Radical Right*.²⁴⁰

Neben Coleraines *For Conservatives Only*, Boysons *Right Turn* und Montagus *Conservative Dilemma* sah das Jahr 1970 die Gründung der Zeitschrift *Solon. A Right Wing Journal*, die ein Forum für die Diskussion von „conservative, mainly right wing ideas“ bereitstellen wollte.²⁴¹ Zwar musste sie nach einem Jahr bereits wieder wegen Geldmangels eingestellt werden, doch war sie ein Indikator zum einen für die Stärke des oppositionellen Flügels in der Partei und zum anderen für seine Institutionalisierungsbemühungen.²⁴² Die seit Jahren schwelende Kritik am Kurs der Parteiführung, die von unterschiedlichen Gruppen in der konservativen Öffentlichkeit getragen wurde, fand Anfang der 1970er Jahre im Begriff der *Rechten* und im *Konsens*-Narrativ zu Kohärenz. So suchte der Herausgeber von *Solon*, Anthony Meyer, in einem Editorial auch die verbindenden Überzeugungen der *Rechten* zu bestimmen – anerkennend, dass es sich nichtsdestoweniger um eine vielschichtige Bewegung handelte. Drei gemeinsame Nenner erkannte Meyer: erstens den Glauben an die Ungleichheit der Menschen und daraus folgend die Notwendigkeit einer Elite; zweitens einen generellen Vorbehalt gegenüber Wandel und Veränderung; und drittens die Überzeugung, dass Probleme national gelöst

²³⁷ RIPPON, *Right Angle*, 1969, S. 8.

²³⁸ Vgl. BOYSON, *Right Turn*, 1970.

²³⁹ Vgl. CPA, PUB 117/29, Montagu, *The Conservative Dilemma*, 1970.

²⁴⁰ Vgl. *Monday World. The Magazine of the Radical Right*, 1969–1974.

²⁴¹ MEYER, Editorial, 1970, S. 5.

²⁴² Vgl. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*; DENHAM und GARNETT, *The Nature and Impact of Think Tanks*; Dies., *British Think-Tanks*; JACKSON, *The Think-Tank Archipelago*.

werden sollten.²⁴³ Damit evozierte er klassische Bedeutungskomponenten des Konservatismusbegriffs.

Dies dürfte im Sinne des Monday Clubs gewesen sein, denn dort war man sich ohnehin sicher, „Tory traditionalism“ zu verteidigen.²⁴⁴ Dabei fällt auf, dass die terminologischen Aneignungsbemühungen des Monday Club sich auch auf den Begriff *Toryism* erstreckten. Denn während O’Sullivan *Toryism* mit einer auf wohlfahrtsstaatlichen Ausbau konzentrierten Politik gleichsetzte, gingen Mitglieder des Monday Club daran, den *Toryism* zu ‚retten‘, indem sie seine angeblich ‚eigentlichen‘ Fundamente freizulegen suchten. Gerettet werden müsste der Toryismus, so John Kenmure 1973, vor solchen Konservativen, die als „selective extremists“ die Wurzeln gegenwärtiger Probleme verschleiern würden. Diese lägen nämlich in der „mass democracy“ begründet.

Thus the great inheritance of political truths to which the Tory is heir, the dependence of liberty on order and secure authority, the existential necessity of hierarchy, etc., is overlain with a world of fantasy as pernicious as anything given out by the Utopians of the Left.²⁴⁵

In dieser Lesart hatte *Toryism* mit *one nation* kaum etwas zu tun, vielmehr wurde der Begriff zur Beschreibung einer hierarchisch stratifizierten Gesellschaft mit gestaffelten Partizipationsrechten benutzt. Auch dafür konnte Disraeli als Stichwortgeber dienen.²⁴⁶ Zurück in die vordemokratische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, so lautete die gesellschaftspolitische Botschaft des *Tory traditionalism*, wie er im Monday Club eronnen wurde. Er kratzte gehörig an den Grundlagen des demokratischen Konservatismus.

Diese Arbeit am konservativen Vokabular verdeutlicht, dass die Neuformulierungsanstrengungen der innerparteilichen Opposition nicht allein als Übernahme neoliberalen Vokabulars zu deuten sind, dass sie keineswegs in einer einfachen Neoliberalisierung des britischen Konservatismus endeten, die schließlich im Thatcherismus kulminierte, wie immer wieder insinuiert wird.²⁴⁷ In der Tat schoben sich marktliberale Argumentationsfiguren, wie wir gesehen haben, seit den frühen 1960er Jahren im Zeichen des Anti-Sozialismus in den Vordergrund. Doch knüpften diese zum einen an konservative Begriffsbestände an, verbanden sich etwa mit der Hochschätzung von Eigentum,²⁴⁸ und zum anderen machte die Neubestimmung der Begriffe *Conservatism* und *Toryism* dabei nicht Halt. Vielmehr wurde gleichzeitig das gesellschaftstheoretische Potenzial des Freiheitsbegriffs eingehegt, indem Begriffe wie *order*, *authority*, *hierarchy* und *inequality* profiliert wurden. Zudem wurde auf die Bedeutung der Nation abgehoben,

²⁴³ Vgl. MEYER, Editorial, 1970.

²⁴⁴ Vgl. den Titel des Mitteilungsblattes des Monday Club: *Monday News. The Newsletter of the Monday Club in Defence of Tory Traditionalism*.

²⁴⁵ KENMURE, *Rescuing Toryism*, 1973, S. 9.

²⁴⁶ Ebd., S. 11.

²⁴⁷ Vgl. etwa die einflussreiche neomarxistische Interpretation David Harveys: HARVEY, *A Brief History of Neoliberalism*; diese Lesart übernehmen DOERING-MANTEUFFEL und RAPHAEL, *Nach dem Boom*.

²⁴⁸ Zur Bedeutung von *property* im britischen Konservatismus des 20. Jahrhunderts und v. a. im Thatcherismus vgl. FRANCIS, „A Crusade to Enfranchise the Many“; DAVIES, „Right to Buy“.

genauso wie der Paternalismus in der Sozialpolitik als Ausdruck einer *compassionate society* gefeiert wurde und viele Debattenbeiträge zudem eine moralpolitische Signatur durchzog, die die *permissive society* geißelte.²⁴⁹ Der Thatcherismus bediente sich einer Reihe von Diskurssträngen und semantischen Netzen, die im großen Reservoir des britischen Konservatismus lagerten, und plünderte zugleich das keineswegs einheitliche neoliberale Theoriegebäude, so es denn gerade passte.²⁵⁰ In diesem Sinne ist es wohl zu verstehen, wenn der Monday Club *liberal Conservatism* durch *Tory traditionalism* zu ergänzen suchte.

2.3.3. *A Better Tomorrow*. Premierminister Heath und der Zusammenbruch eines Erwartungshorizonts

Als Heath 1970 zum Premierminister gewählt wurde, geschah dies auf der Basis eines Wahlmanifests, das marktliberale Akzente setzte und mit dem Begriff *freedom* im Sinne individueller Freiheit wucherte. Die Konservativen versprachen „A better tomorrow with greater freedom: freedom to earn and to save, freedom from government interference, freedom of choice, freedom from fear of crime and violence“.²⁵¹ Heath, der sich durch die Aufhebung staatlicher Preiskontrolle 1964 einen Ruf als marktliberaler Reformator erworben hatte, startete 1970 als Premierminister mit einem marktliberalen Programm. Die Erwartungen der innerparteilichen Advokaten ‚kapitalistischer‘ Politik waren dementsprechend hoch. Dabei pflegte Heath weiterhin die Sprache des Ausgleichs. *Freedom* wurde mit *responsibility* gekoppelt. In seiner Rede auf dem Parteitag 1970, der ersten in Amt und Würden, band er die beiden Begriffe mit Nachdruck aneinander:

The free society which we aim to create must also be the responsible society – free from intervention, free from interference, but responsible: free to make your own decisions, but responsible also for your mistakes; free to enjoy the rewards of enterprise, but responsible for making sure that those rewards are justly and fairly earned; free to create for yourselves and your families that better tomorrow which we all want, but responsible for those who, through no fault of their own, cannot create it for themselves; free to lead a life of your own, but responsible to the community as a whole.²⁵²

Responsibility ersetzte offensichtlich *order*, mit dem der Freiheitsbegriff in der Sprache des Konservativen traditionell verbunden worden war. *Responsibility* gehörte zu jenen Begriffen, die im konservativen Diskurs der 1960er Jahre als Leitbegriffe fungierten. *Responsibility* fing dabei sowohl die individuelle, moralisch legitimierte Verantwortung ein als auch die des (Wohlfahrts-)Staates gegenüber

²⁴⁹ Vgl. z. B. RAIKES, *Tory Philosophy and its Application to the Present Time*, 1974.

²⁵⁰ Zum selben Ergebnis kommt Florence Sutcliffe-Braithwaite in ihrer Untersuchung sozialpolitischer Projekte des Thatcherismus: SUTCLIFFE-BRAITHWAITE, *Neo-Liberalism and Morality*; dies bemerkte im Übrigen bereits Stuart Hall in seiner neomarxistischen Analyse des Thatcherismus 1979, vgl. HALL, *The Great Moving Right Show*, 1979, S. 17; überarbeitet und ergänzt: Ders., *The Great Moving Right Show*, 1988. Zur Pluralität des Neoliberalismus vgl. JACKSON, *Currents of Neo-Liberalism*.

²⁵¹ *Conservative Party General Election Manifesto*, 1970, S. 181.

²⁵² HEATH, *Leader's Speech*, 1970.

seinen Bürgern. Die doppelte Verweisfunktion machte den Begriff anschlussfähig für marktliberale wie für wohlfahrtsstaatliche Argumente. Zugleich war der Begriff antisozialistisch konnotiert: *responsibility* der Konservativen gegenüber der „disastrous irresponsibility“ Labours, so ging das Spiel von Begriff und Gegenbegriff.²⁵³ Das Beispiel verdeutlicht die Verknüpfung von Ausgleichsmetaphorik und dem Prinzip antisozialistischer Gegensatzbildung in der Sprache Heaths. Es verdeutlicht die Ambiguitäten des Heathschen Konservatismusbegriffs.

Dies führte dazu, dass die einen eine Politik der *moderation*²⁵⁴ und damit programmatische Kontinuität, die anderen eine Politik marktliberaler Grundsätze erwarteten. Und dann gab es noch jene, die mit Heath eine wirtschaftsorientierte Politik modernen Managements erhofften, ausgerichtet am meritokratischen Leistungsprinzip – und dies kam dem Selbstverständnis des Parteiführers wohl am nächsten. Esmond Wright, Historiker und konservativer Politiker, glaubte, dass die Konservativen unter Heath eine Demokratie neuen Stils kreieren würden, geführt von „new-style classless men“ und charakterisiert von einer

proper preoccupation with efficiency and method in policies and economics. It is because of their managerial orientation that they are the true Radicals today, keen to direct change, not to resist it. The Conservatism we are about to see unfold will be closer to that of Pitt and Peel than to that of Disraeli, Churchill or Macmillan.

Für Wright war Heath der neue Peel. Von seinem Naturell her pragmatisch und konservativ sei Peel zu einem radikalen Reformen geworden, weil er erkannt hätte, so Wright, dass „the old Toryism had become outmoded by the new conditions“. Nichts weniger erwartete er von Heath. „Mr. Heath has, like Peel, consistently spelt out the Conservative programme. One could say of him that he spoke his Tamworth Manifesto every night for five years.“²⁵⁵ Heath als Reinkarnation des Urvaters des *liberal conservatism*? Es gab sicherlich viele in der Partei, die diese historische Herleitung für gewagt hielten.

Zumindest Harold Wilson aber tat alles, um das marktliberale Profil seines politischen Opponenten zu schärfen. Als sich das konservative Schattenkabinett im Januar 1970 ein Wochenende in ein Hotel unweit Londons, das Selsdon Park Hotel, zurückgezogen hatte, um sich öffentlichkeitswirksam mit den Inhalten des Wahlmanifests zu beschäftigen, nutzte dies Wilson zu einer Frontalattacke auf die Konservativen. Die Beschlüsse von Selsdon markierten nicht nur einen Rechtsruck, sondern zeugten von „an atavistic desire to reverse the course of twenty-five years of social revolution. What they are planning is a wanton, calculated and deliberate return to greater inequality“.²⁵⁶ Mit der Metapher von dem *Selsdon Man* als Ausgeburt des Heathschen Konservatismus prägte Wilson einen

²⁵³ Vgl. Conservative Party General Election Manifesto, 1970, S. 179.

²⁵⁴ Vgl. z. B. MAUDLING, *Moderation in Politics*, 1970; NORMAN ST. JOHN-STEVAS, *The Basic Principles of Conservatism*, in: THE TIMES, 16. 6. 1980; PATTERSON, *The Character of Conservatism*, 1973.

²⁵⁵ WRIGHT, *The Future of the Conservative Party*, 1970, S. 391–392.

²⁵⁶ Zitiert in: RAMSDEN, *The Winds of Change*, S. 302.

schlagkräftigen Begriff. Er spielte auf zweierlei an: zum einen auf den *Pitdown Man*, einer prähistorischen Vorform des Menschen (die 1953 als Fälschung entlarvt wurde), und zum anderen auf *Orpington Man*, ein Schlagwort, das, Anfang der 1960er Jahre geprägt, die neue, leistungsorientierte Mittelklasse des englischen Südostens bezeichnete.²⁵⁷ Die Konservativen unter Heath, das implizierte also Wilsons Verunglimpfung des *Selsdon Man*, bewegten sich zurück in einen vorzivilisatorischen Zustand und machten außerdem nur Politik für die jungen Anzugträger im Speckgürtel Londons. Letztlich aber hatte er den Konservativen einen Dienst erwiesen. Denn der Führer der Labour Party hatte der Partei ein kohäsives Thema für den Wahlkampf geliefert, ein Thema, nach dem diese seit Langem gesucht hatte.²⁵⁸ Die Politikentwürfe hingegen, die in Selsdon diskutiert wurden, waren weder neu, noch markierten sie einen Kurswechsel. Sie gehörten zum Repertoire dessen, was seit Heaths Übernahme der Parteiführung entwickelt worden war. Nichtsdestotrotz wurde ‚Selsdon‘ auf Seite der innerparteilichen Opposition retrospektiv zu einem einigenden Schlagwort.²⁵⁹ 1973 formierte sich ein Kreis marktliberaler Konservativer um David Alexander und Nicholas Ridley zur Selsdon Group. Sie machte sich die Durchsetzung der 1970 in Selsdon angeblich beschlossenen Reformen zur Aufgabe, deren Realisierung von der Regierung unter Heath sträflicher Weise und zum Schaden der Partei aufgegeben worden sei.²⁶⁰

Diese Identifizierung des Heathschen Konservatismus mit dem Marktliberalismus machte den Premierminister Edward Heath zum Gefangenen – die Erwartungen, die er aufbaute, waren gewaltig: Er verkündete nicht nur ein besseres Morgen, sondern steigerte das Versprechen in seiner Parteitage-rede 1970 noch einmal, wenn er “change so radical, a revolution so quiet and yet so total, that it will go far beyond the programme for a Parliament [...]; far beyond this decade and way into the 1980s“ ankündigte.²⁶¹ Genauso gewaltig war die Enttäuschung, die folgte, als sich seine Regierung in die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften verstrickte und die tiefe ökonomische wie politische Krise letztlich durch nichts anderes als keynesianische Instrumente zu lösen suchte.²⁶² Der Zusammenbruch des Erwartungshorizonts des Heathschen Konservatismusbegriffs entzog ihm jede Glaubwürdigkeit. Diese marktliberale Gefangenschaft war allerdings selbst verschuldet. Sie rührte aus Heaths beständiger Weigerung, dem Konservatismusbegriff konkrete Bedeutung zu verleihen, seine Ambiguität, die sich weiter und weiter zuspitzte, zu mildern. In dieses Vakuum traten andere und füllten den Begriff auf ihre eigene Art und Weise. Ohne Not und trotz dementsprechender

²⁵⁷ Vgl. dazu ebd., S. 154–158.

²⁵⁸ Vgl. ebd., S. 302.

²⁵⁹ Vgl. GREEN, Thatcher, S. 36–38; ders., *Ideologies of Conservatism*, S. 234; CAMPBELL, Edward Heath, S. 264–267.

²⁶⁰ Vgl. RAMSDEN, *The Winds of Change*, S. 363; COCKETT, *Thinking the Unthinkable*, S. 212–216.

²⁶¹ HEATH, *Leader’s Speech*, 1970. Zur Rede vgl. CAMPBELL, Edward Heath, S. 310–313.

²⁶² Zu Enttäuschung als historischer Kategorie vgl. GOTTO, Enttäuschung als Politikressource.

Warnungen wohlgesinnter Gruppen in der Partei²⁶³ hatte Heath das Heft des begriffspolitischen Handelns aus der Hand gegeben.

Als sich keynesianisch inspirierte Entscheidungen seiner Regierung häuften, Heath der Blockadepolitik der Gewerkschaften machtlos gegenüberstand, die Briten sich mehrmals in wenigen Jahren mit der Erklärung des Ausnahmezustandes konfrontiert sahen und auf Grund der Energieknappheit die Drei-Tage-Woche verordnet bekamen, die politische Gewalt auf den Straßen eskalierte und die Wirtschaft in die Stagflation schlitterte, wurde die seit Jahren schwelende innerparteiliche Kritik zu einem lodernnden Feuer.²⁶⁴ „At Lancaster House this Wednesday, the Prime Minister told the country the precise details of how, under his leadership, the Conservative Government has abandoned conservatism and adopted socialism“²⁶⁵ – so war am 20. Januar 1973 auf der ersten Seite des *Spectator* unter dem Titel *Heath' New Socialism* zu lesen. Kommentiert wurde der auf einer Pressekonferenz angekündigte zweite Schritt von Heaths Preis- und Einkommenspolitik, der unter anderem die Einrichtung einer Behörde zur Überwachung und zum Management der Preisentwicklung vorsah. Nun könne sich der britische Wähler nur mehr entscheiden, ob der Sozialismus von Wilson oder von Heath gemanagt werden sollte, kommentierte der *Spectator*.

Given such choice, it will not be surprising if those opposed to socialism and collectivism, and who value individual freedom and enterprise, start seriously casting around for some more suitable party, committed to liberal economics and a policy of cheap, not dear, food.

In der Tat gab es eine ganze Reihe enttäuschter Männer und Frauen in der Partei,²⁶⁶ „homeless Conservatives“, wie Anthony Lejeune ein halbes Jahr später ebenfalls in *Spectator* sein eigenes Leiden an der Partei beschrieb. „Heath-type conservatism appears to be moving further and further away from anything I would call conservatism“.²⁶⁷ Heath verrate konservative Prinzipien, so klang die gemäßigte Kritik, Heath betreibe reinen Sozialismus, so klang die radikale Variante. In jedem Falle sprach man dem Parteiführer ab, für den Konservatismus zu sprechen. Und dieser Aspekt war zentral: Die Kritiker der Heathschen Politik eigneten sich die Selbstbeschreibungsbegriffe der Partei an und deuteten sie in ihrem Sinne. Auf Grund der von wirtschaftspolitischen Problemen geprägten Situation standen ökonomische Fragen im Vordergrund. Die Arbeit am Konservatismusbegriff war also in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, in ökonomische

²⁶³ Vgl. z. B. Phase Two Toryism, 1973: „The collapse of the attitude and philosophy summed up in the ‚Selsdon Man‘ phrase [sic] has left a vacuum in Tory thinking. It is partly because the philosophy is weak that the Government gives the appearance of always reacting to events. [...] But the lack of a Tory philosophy behind many of the Government actions has left the party confused and could leave the party vulnerable in the future.“

²⁶⁴ Zu der Regierungszeit Heaths vgl. BALL und SELDON, *The Heath Government, 1970–1974*; SANDBROOK, *State of Emergency*.

²⁶⁵ *Heath' New Socialism*, in: *THE SPECTATOR*, 20. 1. 1973.

²⁶⁶ Das rührte auch aus Heaths ungeschickter Politik der Kabinettsbesetzung, vgl. HEPPELL und HILL, *Prime Ministerial Powers of Patronage*.

²⁶⁷ ANTHONY LEJEUNE, *We Homeless Conservatives*, in: *THE SPECTATOR*, 23. 6. 1973. Zur Opposition gegenüber dem Kurs Heaths in der konservativen Parlamentsfraktion vgl. NORTON, *Conservative Dissidents*.

Zusammenhänge eingebettet. Vergegenwärtigt man sich die Geschichte der Begriffe *Conservatism* und *Toryism* seit 1945, so wird deutlich, dass diese ökonomische Schlagseite keine neue Entwicklung der 1970er Jahre war. Vielmehr stand sie in Kontinuität zu der antisozialistischen Bestimmung der Begriffe seit der Herausforderung konservativer Programmatik durch die Regierung Attlee.²⁶⁸ Doch die gezielte Arbeit am ideologischen Vokabular, an die die innerparteiliche Opposition in den 1970er Jahren ging, führte schließlich dazu, dass *Conservatism* und *Toryism* ohne ihren ökonomischen Kontext kaum mehr gedacht werden konnten.

Dazu trugen neben Journalisten vor allem eine ganze Reihe von Think-Tanks und Diskussionskreisen bei, die gegründet wurden, um marktliberalen Ideen in der Partei und der weiteren Öffentlichkeit Resonanz zu verschaffen.²⁶⁹ Das Institute of Economic Affairs, gegründet bereits in den 1950er Jahren, verfügte seit Jahren über gute Kontakte in die Partei und baute diese weiter aus.²⁷⁰ Wie wir gesehen haben, formierte sich 1973 die Selsdon Group, zu deren Ziel Nicholas Ridley die Sicherung der Bedingungen des freien Marktes in größtmöglichem Ausmaß erklärte, um so allen Bürgern die maximale Wahlmöglichkeit von Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Darin sah er den gemeinsamen Nenner aller Konservativen.²⁷¹ 1974 gründete Keith Joseph – einer der bedeutendsten Vordenker des Thatcherismus – das Centre for Policy Studies, um monetaristischem und neoliberalen Denken eine Plattform zu verschaffen und den Einfluss des Conservative Research Department zu minimieren. Margaret Thatcher übernahm die Vize-Präsidentschaft des Think-Tanks.²⁷² Im Jahr darauf formten sich die Conservative Philosophy Group²⁷³, die National Association for Freedom²⁷⁴ sowie die kurzlebige Middle Class Alliance,²⁷⁵ 1976 die Salisbury Group,²⁷⁶ 1977 dann das Adam Smith Institute²⁷⁷. Die Diskussionsgruppen, Think-Tanks und mit lokalem Unterbau agierenden Organisationen standen der Partei nahe, wurden zumeist von Parteipolitikern geführt, konnten aber auf Grund ihrer organisatorischen Eigenständigkeit frei agieren, was ihre Schlagkraft erhöhte. Sie wurden zu wichtigen Knotenpunkten eines ausgedehnten, transatlantischen Netzwerks

²⁶⁸ Vgl. GREEN, *Ideologies of Conservatism*, S. 214–239.

²⁶⁹ Vgl. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*; JACKSON, *The Think-Tank Archipelago*; DENHAM und GARNETT, *British Think-Tanks*.

²⁷⁰ Vgl. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*, S. 122–199; DENHAM und GARNETT, *British Think-Tanks*, 83–115; GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution*, S. 234–239.

²⁷¹ Vgl. MTFW 110861, Nicholas Ridley, *Speech at Selsdon Park*, 19. 9. 1973.

²⁷² Vgl. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*, S. 236–242; DENHAM und GARNETT, *British Think-Tanks*, S. 117–150; GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution*, S. 272–281; SHERMAN, *Paradoxes of Power*, S. 43–61. Zu Keith Joseph vgl. DENHAM und GARNETT, Keith Joseph; GARNETT und HICKSON, *Conservative Thinkers*, S. 91–104.

²⁷³ Vgl. SCRUTON, *Gentle Regrets*, S. 45–50; COCKETT, *Thinking the Unthinkable*, S. 218–219; GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution*, S. 253–255.

²⁷⁴ Vgl. BECKETT, *When the Lights Went Out*, S. 377–380 und 382–385; COCKETT, *Thinking the Unthinkable*, S. 220–223.

²⁷⁵ Vgl. SANDBROOK, *Seasons in the Sun*, S. 382.

²⁷⁶ Vgl. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*, S. 219–220.

²⁷⁷ Vgl. BECKETT, *When the Lights Went Out*, S. 280–285; DENHAM und GARNETT, *British Think-Tanks*, S. 151–173.

von Intellektuellen, Journalisten, Politikern und Lobbyisten.²⁷⁸ Gezielt suchten sie die Parameter zu verändern, die die politische Öffentlichkeit prägten – über Aufbau und Pflege persönlicher Beziehungen und durch die Kraft des Wortes. „Words have great power“, so bemerkte Joseph an einer Stelle, „[f]or a word or a phrase people will work, fight and die.“²⁷⁹

Am Beispiel der Begriffe *Conservatism* und *Toryism* sowie des Richtungsbegriffes *Right* wird deutlich, dass die Gruppe der späteren Thatcherites eine bewusste Sprachstrategie verfolgte, um die Deutungshoheit in der Partei zu erringen. Während Heath sich davor scheute, als ideenfixiert und eben nicht pragmatisch zu erscheinen, hatten die Männer und Frauen der innerparteilichen Opposition damit nicht nur kein Problem, sondern sie unterstrichen geradezu die Notwendigkeit einer ideenbasierten Politik. Auf der Pressekonferenz nach ihrer Wahl zur Parteiführerin im Februar 1975 gefragt, welche Qualität die Partei zukünftig auszeichnen solle, gab Margaret Thatcher zur Antwort: „A Conservative philosophical quality. A distinctive Conservative philosophy. Oh, you don't win by just being against things, you only win by being for things and making your message perfectly clear.“²⁸⁰ Wie ein Mantra wiederholten die Thatcherites diese Überzeugung. In der innerparteilichen Debatte war das Argument seit der Mitte der 1960er Jahre wohl vertraut – es gehörte zu den Grundfesten, auf denen die Kritik an der Heathschen Politik ruhte. Als sich diese seit 1972 verdichtete, wurde auch der Bezug zwischen dem Konservatismusbegriff und Begriffen wie *philosophy*, *principles* oder *ideals* immer enger. Im Juli 1972, während einer Sitzung des Advisory Committee on Policy, argumentierte etwa John Selwyn Gummer, dass es ein großer Fehler gewesen sei, „to allow the word idealism to become the prerogative [sic] of the left. [...] The Party should fight back by proclaiming its own ideals.“²⁸¹ Gummers Einwurf offenbarte die antisozialistische Zielrichtung, die dem Ruf nach klaren Prinzipien implizit war. Gleichmaßen offenbarte er den Glauben der innerparteilichen Opposition an die Kraft von Ideen und den Begriffen, in denen diese gefasst wurden. „Pragmatism is not enough“, so der konservative Historiker Max Beloff 1976 kurz und knapp. Pragmatismus sei das falsche Rezept in einer Zeit, in der die Linke ihre Ideale formuliere, diese im politischen Diskurs platziere und so die politische Debatte steuere. Erst wenn die Konservativen dem entschieden ihre eigenen Ideen und Begriffe entgegensetzen würden, könne der gesellschaftliche Trend hin zum Sozialismus gestoppt werden.²⁸²

²⁷⁸ Vgl. JACKSON, *The Think-Tank Archipelago*; PHILLIPS-FEIN, *Invisible Hands*; GEPPERT, *Thatcher's conservative Revolution*, S. 244–272; STEDMAN JONES, *Masters of the Universe*, S. 134–179.

²⁷⁹ Zitiert in BILL JAMIESON, *The Whiggery of Sir Keith*, in: *THE SPECTATOR*, 12. 4. 1975; ein Abdruck von Keith Josephs Rede vor dem Economic Research Council findet sich in JOSEPH, *Reversing the Trend*, 1975, S. 55–64, Zitat S. 58–59.

²⁸⁰ MTFW 102487, *Press Conference after Winning Conservative Leadership (Conservative Central Office)*, 11. 2. 1975.

²⁸¹ CPA, ACP 2/3, *Advisory Committee on Policy, Minutes of the Meeting*, 19. 7. 1972.

²⁸² BELOFF, *Pragmatism Is Not Enough*, 1976; so auch in ders., *The Tide of Collectivism*, 1978, S. 21–23; zu Beloff vgl. WATT, Beloff, Max.

2.4. Begriffspolitische Strategien. Der Thatcherismus und seine Selbstbeschreibungsbegriffe, 1975–1979

Mit dem grandiosen politischen Scheitern Heaths, unter dessen Führung die Konservativen 1974 zwei Wahlen gegen die Labour Party unter Wilson verloren, büßten auch die mit seinem Namen verbundenen politischen Konzepte an Legitimation ein.²⁸³ Der Heathsche Konservatismus hatte in die Sackgasse geführt. Damit war der historische Moment für die innerparteiliche Opposition gekommen. Sie verfügte über eine klare programmatische Alternative, ausgedehnte Netzwerke in der Partei und über Persönlichkeiten, denen eine entschlossene Führung zuge-
traut wurde. Aber erst die tiefe Krise, in der die Partei seit 1974 steckte, öffnete ihr die Tür zur Machtübernahme. Dass Margaret Thatcher im Februar 1975 als Exponentin der innerparteilichen Opposition zur Parteiführerin gewählt wurde, kam indes für viele überraschend. Zwar gehörte sie zur Gruppe der Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker, die sich zunehmend gegen Heath positioniert hatten, doch hatte sie sicherlich keine herausragende Rolle in der intellektuellen oder machtpolitischen Formierung der innerparteilichen Opposition gespielt. Noch verfügte sie über ein eindeutig marktliberales Profil. Noch wurden ihr herausragende Führungsqualitäten zugeschrieben. Die *Times* etwa ließ verlautbaren, Thatcher habe „drive and energy, rather than vision or width of comprehension, very much in the same ways as Mr Heath“.²⁸⁴ Dass sie eine Frau in einer von Männern dominierten Partei war, spielte bei dieser Einschätzung durchaus eine Rolle. Der offensichtliche Kandidat der Opposition war Keith Joseph, der sich allerdings durch seine Birminghamer Rede im Oktober 1974, in der er Nähe zu eugenischem Denken erkennen ließ, disqualifiziert hatte.²⁸⁵ Edward DuCann, Vorsitzender des einflussreichen 1922 Committee, verzichtete auf eine Kandidatur, und der Heath-Flügel schwächte sich im zweiten Wahlgang, den Thatcher schließlich gewann, durch die Aufstellung mehrerer Kandidaturen selbst. Die Wahl Thatchers zur Parteiführerin war denn auch keine ideologisch geleitete Entscheidung für eine marktliberale Wende des Konservatismus und auch keine überzeugte Wahl der Kandidatin Thatcher, sondern vielmehr ein Votum gegen Heath und für einen Neubeginn.²⁸⁶ Thatcher sollte der Partei jene Zukunft verbürgen, die ihr Heath zu verschließen schien.

Die folgenden Jahre der Opposition nutzte Thatcher so zielstrebig für dieses Projekt, wie ihr das wenige zugetraut hatten.²⁸⁷ Sie schuf sich eine unangefochte-

²⁸³ Zur Interpretation der Regierung unter Heath im Thatcherismus vgl. SELDON, *The Heath Government in History*, S. 6–9.

²⁸⁴ Not a Good Day For the Party, in: *THE TIMES*, 6. 2. 1975.

²⁸⁵ Vgl. DENHAM und GARNETT, Keith Joseph, S. 265–276. Zu Josephs Rolle in der Neuorientierung der Partei vgl. ebd. und dies., Sir Keith Joseph and the Undoing.

²⁸⁶ Vgl. VINEN, *Thatcher's Britain*, S. 60–74; THATCHER, *The Path to Power*, 1995, S. 271–281; dagegen argumentiert Wickham-Jones, dass die Wahl Thatchers ein bewusstes Votum für eine ideologische Wende nach rechts darstellte, vgl. WICKHAM-JONES, *Right Turn*.

²⁸⁷ Vgl. CAMPBELL, *Margaret Thatcher*, Bd. 1, S. 312–410.

ne Machtposition, bündelte die verschiedenen, in der Partei diskutierten Ansätze und brachte sie auf wenige, zentrale Begriffe. Ihre Redenschreiber wussten ein Lied zu singen von der Fixierung ihrer Auftraggeberin auf Begriffe und Formulierungen.²⁸⁸ Thatchers Rhetorik, ein bedeutendes Element ihres Politikstils,²⁸⁹ war geleitet von Klarheit und Eindeutigkeit.²⁹⁰ Schon allein dadurch unterschied sie sich von Edward Heath. Ihre rhetorische Kraft trug neben der Konstruktion eines charakteristischen Images²⁹¹ in hohem Maße zu ihrer Profilierung bei, sowohl innerparteilich als auch in der breiteren Öffentlichkeit. Sie wurde mit dem konservativen Neuaufbruch identifiziert; sie definierte sehr systematisch seine Sprache.²⁹² Die zentrale Stellung, die Thatcher bis heute zugeschrieben wird und an der weder Kritiker noch Befürworter zweifeln, rührte zu einem Gutteil aus ihrer Sprachmacht. In dieser Konsequenz lag es auch, dass jene Variante der politischen Sprachen des Konservativen, die sie entscheidend prägte, letztlich als *Thatcherism* mit ihrem Namen belegt wurde.²⁹³

Die Arbeit an jenen Begriffen, die den Konservatismus charakterisieren sollten, stand, und daran ist hier zu erinnern, in dem weiteren Kontext des antisozialistischen Weltbildes, das Thatchers Denken der 1970er Jahre bestimmte. Es kam nicht von ungefähr, dass ihre Ausführungen zum „war of words“, in dem sie sich und die Konservativen währte, als Antwort auf die 1976 von einer sowjetischen Zeitung vorgebrachte Beschreibung als „Iron Lady“ formuliert wurden. Den „Krieg der Worte“ glaubte Thatcher gegen einen marxistischen Gegner zu führen – an der internationalen wie an der nationalen Front und selbst in der eigenen Partei.²⁹⁴ Die Linke hielt die politische Sprache gefangen, entriss damit ihren Gegnern die treffendsten Waffen. Diesen „Krieg“ galt es zu schlagen. Thatchers Ziel war Präzision in der begrifflichen Definition, die Bewahrung des ‚eigentlichen‘ Bedeutungsgehalts der politischen Begriffe. Sie verstand sich als Hüterin der Begriffe. Nicht von ungefähr wünschte sie einen „wordsmith“, als sie nach einem Redenschreiber suchte.²⁹⁵ So profilierte die Conservative Party unter Thatcher ein Bündel von Begriffen, die im Zusammenklang dem Thatcherismus Kontur gaben: *property, property owning democracy, the market, choice, competition, reward, enterprise, the family, nation, Britishness, the individual, individual*

²⁸⁸ Vgl. SHERMAN, Paradoxes of Power, S. 84–85; COSGRAVE, Margaret Thatcher, 1979, S. 25–26; MOUNT, Cold Cream, 2008, S. 328–332.

²⁸⁹ Auf den spezifischen Politikstil des Thatcherismus hebt KAVANAGH, Thatcherism and British Politics, bes. S. 12, ab, genauso wie GEPPERT, Thatchers konservative Revolution, S. 61–94.

²⁹⁰ Vgl. CHARTERIS-BLACK, Politicians and Rhetoric, S. 165–194.

²⁹¹ Vgl. CAMPBELL, Margaret Thatcher, Bd. 1, S. 401–410.

²⁹² Am Beispiel der thatcheristischen Gesellschaftsbeschreibung zeigen dies LAWRENCE und SUTCLIFFE-BRAITHWAITE, Margaret Thatcher and the Decline of Class Politics.

²⁹³ Zunächst wurde *Thatcherism* als Gegenbegriff zu *Heathism* in der linken Presse geprägt, vgl. SAUNDERS, ‚Crisis? What Crisis?‘, S. 26, Anm. 4. Erst in der Regierungszeit der Partei wurde er als positiver Selbstbeschreibungsbegriff in das konservative Vokabular aufgenommen; vgl. MTFW 128106, Nigel Lawson, Speech to the Zurich Society of Economics: Thatcherism in Practice. A Progress Report, 14. 1. 1981.

²⁹⁴ Vgl. MTFW, 102947, Margaret Thatcher, Speech to Finchley Conservatives, 31. 1. 1976.

²⁹⁵ Zitiert in: MOORE, Margaret Thatcher, Vl. 1, S. 323.

initiative, morality, bourgeois values, responsibility, law and order, freedom, um nur einige der wichtigsten zu nennen.²⁹⁶ Sie alle gehörten seit Langem zum Begriffshaushalt des britischen Konservatismus. Diese Begriffe galt es im Sinne des Thatcherismus zu profilieren – und zu hüten. Und das traf auch und vor allem auf die Selbstbeschreibungsbegriffe der Partei zu, zuvorderst auf den Begriff *Conservatism*, das Zentrum des semantischen Netzes, das der Thatcherismus aufspannte.

2.4.1. *A clear, coherent political philosophy. Der Anspruch auf begriffliche Deutungshoheit*

Beharrlich ging die neu gewählte Parteiführerin Margaret Thatcher daran, den Begriff *Conservatism* in ihrem Sinne auszudeuten. Zum Ziel hatte sie sich gesetzt, eine „clear, coherent political philosophy“ zu formulieren.²⁹⁷ „The best reply to full-blooded Socialism is not milk and water Socialism, it is genuine Conservatism,“ rief sie den Delegierten auf dem konservativen Parteitag 1977 zu.²⁹⁸ Für „genuine Conservatism“, für einen unverfälschten Konservatismus, gab Thatcher vor einzustehen. Deutlicher hätte sie ihren Monopolanspruch auf die Interpretation des Konservatismus und seiner politischen Tradition kaum formulieren können. Und deutlicher hätte ihr begriffspolitisches Konzept der absoluten Reduktion begrifflicher Polyvalenz nicht expliziert werden können. Der Kurswechsel in der programmatischen Ausrichtung der Partei, der mit dem Übergang von Heath zu Thatcher erfolgte, wurde dabei nicht als Bruch mit der konservativen Tradition dargestellt, sondern ganz im Gegenteil als Rückkehr zu ihren Wurzeln. Das Etikett des *new Conservatism*, das mit dem programmatischen Neubeginn assoziiert wurde, war zunächst eine Zuschreibung von außen – keine Selbstbezeichnung.²⁹⁹ Erst 1980 nahm mit Nigel Lawson ein enger Vertrauter Thatchers die Zuschreibung positiv auf, um sie gleichzeitig zu entkräften: „The new Conservatism which the present British Government have been putting into practice for the past year and more is very much in the broad historic tradition of Conservatism.“³⁰⁰ Er führte damit eine begriffliche Strategie fort, die von Thatcher im vorangegangenen Juni getestet worden war.³⁰¹ Im intellektuellen Umkreis Thatchers war der Begriff bereits früher aufgegriffen worden.³⁰² Das Zögern, den Begriff *new Conservatism* aufzunehmen, hatte sicherlich auch mit der Erinnerung an

²⁹⁶ Zur Ideologie des Thatcherismus vgl. GREEN, Thatcher; ders., *Ideologies of Conservatism*, S. 214–239; VINEN, *Thatcher's Britain*.

²⁹⁷ MTFW 103105, Margaret Thatcher, *Speech to Conservative Party Conference*, 8. 2. 1976.

²⁹⁸ Ebd. 103443, Margaret Thatcher, *Speech to Conservative Party Conference*, 14. 2. 1977.

²⁹⁹ Vgl. z. B. *Where Will the New Conservatism Lead*, in: THE TIMES, 21. 3. 1975.

³⁰⁰ MTFW 128103, *Conservative Central Office, News Service*, 4. 8. 1980; LAWSON, *The New Conservatism*, 1980, S. 1–2.

³⁰¹ Vgl. MTFW 104377, Margaret Thatcher, *Speech at Press Association Annual Lunch*, 11. 6. 1980.

³⁰² Vgl. COWLING, *The Present Position*, 1978, S. 14: It has been calculation as well as instinct that has made it necessary to replace his [R.A. Butler's] sort of liberal Conservatism by the new Conservatism of the 1970s.“

R.A. Butlers Begriffsstrategie zu tun. Als *New Conservatism* hatte dieser Mitte der 1950er Jahre den programmatischen Neuaufbruch der Nachkriegszeit bezeichnet, von dem sich die Thatcherites so energisch distanzieren.³⁰³

Wiederherstellung des Verlorenen und damit ein genuin konservativer Impuls leitete die programmatische Erneuerung der Partei, so wurde also argumentiert.³⁰⁴ Keith Josephs berühmt gewordene Einlassung, dass er erst im April 1974, also nach der verlorenen Februarwahl, zum Konservatismus bekehrt worden sei und vorher nur fälschlicherweise geglaubt habe, ein Konservativer zu sein,³⁰⁵ muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. In ihr konzentrierten sich Selbstverständnis und Sprachstrategie der marktliberalen Reformer, die, das sollte nicht vergessen werden, freilich auch ihre eigene politische Biographie in das Narrativ vom Neubeginn nach der sozialistischen Verirrung der Partei zu integrieren hatten. Joseph, der sowohl in der Opposition wie der Regierung unter Heath eine wichtige Rolle gespielt hatte, suchte sich so von diesem Erbe rein zu waschen. Dieser Versuch war insofern paradox, als Joseph ein Gefangener des Konsens-Narrativs wurde, das er selbst zu kreieren half. Denn wenn die Geschichte der Partei seit 1957 nur mehr als linke Abirrung gelten konnte und nur ein bedingungsloser Bruch als Ausweg erschien, war es schwierig, den eigenen Beitrag positiv zu beleuchten.

Der Monopolanspruch auf begriffliche Definitionshoheit erstreckte sich nicht allein auf den Begriff *Conservatism*, auch wenn dieser von der Gruppe um die neue Parteiführerin in erster Linie benutzt wurde. Vielmehr eigneten sich die Thatcherites auch die übrigen Begriffe der Selbstbeschreibung an, die in der Partei gängig waren. Das galt auch für *Toryism*. In der Hochphase des Wettbewerbs um die Parteiführung unterstrich Thatcher in einer Rede in ihrem Wahlkreis Finchley die Bedeutung der „traditional ideals of Toryism“ für die Regeneration der Partei und des Landes. Dabei nutzte sie die Gelegenheit, um den Begriff in ihrem Sinne auszulegen:

compassion, and concern for the individual and his freedom; opposition to excessive State power; the right of the enterprising, the hard-working and the thrifty to succeed and to reap the rewards of success and pass some of them on to their children; encouragement of that infinite diversity of choice that is an essential of freedom; the defence of widely-distributed private property against the Socialist State; the right of a man to work without oppression by either employer or trade union boss.³⁰⁶

Die zentralen Begriffe marktliberalen Denkens und der Begriff des *Toryism* wurden amalgamiert. Diese Strategie erbte Thatcher vom Monday Club. Und sie wurde auch nicht nur von Thatcher verfolgt. So behauptete etwa Patrick Cosgrave in *Spectator*, monetaristische Politik sei seit jeher „an essential strand of Toryism“

³⁰³ Siehe S. 39.

³⁰⁴ Vgl. z. B. die Einschätzung Alec Douglas-Homes', zitiert in: GREEN, Thatcher, S. 34. Das Argument wurde zu einem festen Bestandteil der Selbstbeschreibung der Thatcherites, vgl. z. B. TEBBIT, *Upwardly Mobile*, 1988, S. 135.

³⁰⁵ Vgl. JOSEPH, *Reversing the Trend*, 1975, S. 4; DENHAM und GARNETT, Keith Joseph, S. 250–253.

³⁰⁶ MTFW 102605, Margaret Thatcher, Speech in Finchley, 31. 1. 1975.

gewesen.³⁰⁷ Nicht zuletzt erinnerte Keith Joseph auf dem Parteitag 1975 daran, dass „traditional Toryism“ alles andere verfolgt habe als eine Politik des „middle way“. Seine Vertreter hätten danach gestrebt, das Richtige zu tun, und hätten darauf vertraut, dass die Nation dies erkannte.³⁰⁸

Dieses Sprechen über den *Toryism* widersprach den Bedeutungskonventionen, die sich in den Jahren zuvor etabliert hatten. Als *Tory* wurde, wie wir gesehen haben, zunehmend der Parteiflügel bezeichnet, der sich auf sozialpaternalistische Traditionen berief, als *Whig* der marktliberale Flügel. In diesem Sinne interpretierte der *Spectator* 1975 die programmatische Entwicklung Keith Josephs. „I was a Tory“, Sir Keith should have said, „but I am now a whig.“ Es ist auffällig, dass sich die Thatcherites darauf in den Jahren des Wechsels in der Parteiführung nicht einließen. Dementsprechend wiegelte Joseph dem *Spectator*-Journalisten gegenüber auch ab. Man könne die alten Label nicht so einfach mit den modernen gleichsetzen.³⁰⁹ *Conservatism* war allerdings der Begriff, der bei weitem und in zunehmendem Maße überwog, wenn die Gruppe um Thatcher eigene Positionen in Worte fasste. Dies galt auch, wenn mit Disraeli die Figur vereinnahmt wurde, die als Vater des konservativen Sozialinterventionismus galt. Zusammen mit Joseph Chamberlain wurde er in Thatchers Rhetorik zum Teil einer „tradition of reformist Conservatism“, in die sie sich selbst einordnete: „it’s to that tradition that I’m proud to belong.“³¹⁰ Zu der immer stärkeren Konzentration auf den Begriff *Conservatism* passt, dass Angus Maude, Rhodes Boyson, David Howell, Nigel Lawson und Norman Tebbit in einem Strategiepapier 1978 empfahlen, die Selbstbezeichnung *Tory* fallenzulassen und sich ganz auf *Conservatives* zu konzentrieren: „Tories“ sei „a dirty word with swinging voters in Labour areas“.³¹¹

Im Begriff der *one nation* kristallisierte sich in der politischen Sprache des britischen Konservatismus der mit Disraeli verbundene Sozialpaternalismus. Auch diesen Begriff eigneten sich die Thatcherites an. Zwar sei die Gesellschaft der Gegenwart nicht mehr wie zu Disraelis Zeiten in Arm und Reich gespalten, doch stünden auch weiterhin verschiedenartige Gruppen miteinander in Konflikt. Die Aussöhnung dieser Interessen sei Thatchers Ziel und damit „the creation of One Nation“.³¹² Thatchers Evokation der *one nation* zielte auf die spirituelle Einheit der Nation, nicht auf die Einebnung sozialer Distinktion: „we must heal the wounds of a divided nation“, bekräftigte sie vor dem konservativen Parteitag 1978.³¹³ *One nation* wurde dem semantischen Netz um *nation* zugeordnet. Es diene der Beschreibung des Patriotismus, den zu erneuern sich die Thatcherites

³⁰⁷ PATRICK COSGRAVE, The Strange Cases of Mr Gilmour and Mr Powell, Part 1, in: THE SPECTATOR, 8. 2. 1975.

³⁰⁸ Vgl. NATIONAL UNION OF CONSERVATIVE AND UNIONIST ASSOCIATIONS, 92nd Annual Conference, 1975, S. 23.

³⁰⁹ Vgl. BILL JAMIESON, The Whiggery of Sir Keith, in: THE SPECTATOR, 12. 4. 1975.

³¹⁰ MTFW 104026, Margaret Thatcher, Speech to Conservative Rally in Birmingham, 19. 4. 1979.

³¹¹ Ebd. 109853, „Themes“, Steering Committee, 16. 2. 1978.

³¹² Ebd. 103095, Margaret Thatcher, Speech at Wellington Parliamentary Lunch, 10. 9. 1976.

³¹³ Vgl. ebd. 103764, Margaret Thatcher, Speech to Conservative Party Conference, 13. 10. 1978.

ebenfalls auf die Fahnen geschrieben hatten. Damit verschoben die Thatcherites in entscheidender Weise den Bedeutungsgehalt der Metapher von der *one nation*. Diese sollte stark sein nach außen und im Innern in politischen Grundsatzfragen, genauso wie in ihren Wertgrundlagen und ihrem Leistungswillen geeint sein.³¹⁴ Der Lobgesang auf die Größe der Nation wurde dann auch zu einem Markenzeichen des Thatcherismus. Diese Bedeutungsschicht war für *one nation* allerdings bereits seit den 1950er Jahren konstitutiv. Auch deshalb fiel es den marktliberalen Konservativen der 1970er Jahre nicht schwer, sich mit den Idealen der One Nation Group der 1950er Jahre zu identifizieren, die zudem zutiefst marktliberal inspiriert waren, worauf E.H.H. Green nachdrücklich aufmerksam gemacht hat.³¹⁵ Die Deutungshoheit über die Selbstbeschreibungsbegriffe der Partei wussten sie in jedem Falle für sich zu nutzen.

2.4.2. *An Opening to the Future*. Die Neujustierung der Zeitdimensionen im Thatcherismus

Am Grunde konservativen Selbstverständnisses lag das Nachdenken über die Ordnung der Zeitlichkeit. Auch für die Thatcherites stand dieses Problem im Zentrum ihrer Konstruktionsarbeit am Konservatismusbegriff. Wie wir gesehen haben, war es ein fundamentales Strukturprinzip der politischen Sprachen des Konservativen, dass die drei Zeitdimensionen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Gleichgewicht waren. Nur wenn diese Voraussetzung gegeben war, war die Berufung auf das Konservative glaubwürdig. Dabei verwies die semantische Wurzel *conservare* zunächst auf die Bewahrung des Überkommenen, auf die Wertschätzung der Geschichte. Sie betonte Kontinuität im Wandel. Dies setzte der Bedeutungszuschreibung klare Grenzen. Nun betonte die Gruppe um die Thatcherites aber die absolute Notwendigkeit eines Bruches. Nur „radical change“ könne die Abwärtsspirale aufhalten, in der sich Großbritannien ökonomisch wie politisch befinde, argumentierte Joseph.³¹⁶ Die Zukunft schien den Thatcherites um einiges näher zu liegen als die Vergangenheit. Wie vertrug sich die Forderung nach einem radikalen Bruch in der historischen Entwicklung mit dem konservativen Impuls des Bewahrens? Wie konnte sie mit dem für die konservative Sprache zentralen Begriff der *Tradition* in Einklang gebracht werden?

Für die Kritiker der Thatcherites war klar, dass das nicht möglich war. „The Tory Party is an historical party or it is nothing“, stellte Norman St John Stevas klar. „Those who argue that true Conservatism was born in May 1979 are obliged to reject not only the whole post-war Tory tradition from Winston Churchill onwards but the Party’s pre-war history as well.“³¹⁷ Doch nicht allein die Missachtung des konservativen Kontinuitätsprinzips bezogen auf die Parteigeschichte

³¹⁴ Vgl. EVANS, *The Not So Odd Couple*.

³¹⁵ Vgl. GREEN, *Thatcher*, S. 41–46.

³¹⁶ JOSEPH, *Stranded on the Middle Ground?*, 1976, S. 8.

³¹⁷ ST. JOHN-STEVAS, *The Moral Basis of Conservatism*, 1980, S. 2.

wurde den Thatcherites vorgeworfen, noch stärker wog der Vorwurf, den Ian Gilmour vorbrachte, der zum ausgesprochensten Antipoden Thatchers wurde.³¹⁸ Er stellte sich in die Tradition der Parteiintellektuellen und der Pamphletliteratur nach der Art des „What is Conservatism?“, die von den Thatcherites in dieser Form nicht bedient wurde. Mit *Inside Right*, 1977, trat er mit einer fundamentalen Kritik an dem neuen programmatischen Kurs an die Öffentlichkeit. Sich selbst stilisierte er zum Bannerträger des Konservatismus. Auch Gilmour reklamierte die beiden zentralen Selbstbeschreibungsbegriffe der Partei für sich, *Conservatism* und *Toryism*. Seinen parteiinternen Rivalen sprach er ab, überhaupt *konservativ* zu sein. Die Zeitdimensionen ihrer politischen Sprache waren auch ihm ein wichtiges Argument: Er spießte ihre Forderung nach einem radikalen Bruch auf. „A decisive break with what has gone before is obviously congenial to a revolutionary or an extreme left-wing party; it should have few attractions to a party which favours continuity and gradual change.“³¹⁹ In der Conservative Party tobte der Kampf um die Begriffe.

Das Spannungsverhältnis zwischen proklamiertem Neubeginn und dem konservativen Kontinuitätsparadigma griff nicht nur die sich formierende parteiinterne Opposition bereitwillig auf, es regte auch die Gedanken von solchen Beobachtern an, die dem Thatcherismus positiv gegenüberstanden. Im Januar 1979 riet der Journalist George Gale der Conservative Party im *Spectator* „to abandon conservatism for the time being, and become the radical party of change“. Denn das Bewahren des Ist-Zustandes würde noch weiter in die sozialistische Falle führen. Nur wenn sie sich radikal ausrichteten, könnten die Konservativen die Wurzeln dessen bewahren, was zu bewahren wert sei. „Conservatism, if it is to possess any creative vigour, cannot afford to be conservative“, lautete Gales paradoxes Fazit.³²⁰ Neal Ascherson, sicherlich ein distanzierterer Beobachter als Gale dies war, suchte 1980 eine analytische Perspektive einzunehmen und so den programmatischen Wandel des britischen Konservatismus zu verstehen. Thatcher stehe für eine Variante des Konservatismus, die durch neue politische Rezepte zum Alten zurückkehren wolle und dafür radikalen Wandel in Kauf nehme. Dafür schien ihm ein Begriff aus der Geschichte des deutschen Konservatismus passend: „Conservative Revolution“.³²¹ Er sollte später noch des Öfteren auf den Thatcherismus appliziert werden, auch von Historikern.³²²

Margaret Thatcher selbst bemühte sich auffällig darum, jeden Anschein eines Eingriffs in das konservative Gleichgewicht der Zeitdimensionen zu vermeiden. Eine der Stärken des Konservatismus, so erklärte sie beispielsweise 1979, bestünde darin, „that we are not mesmerised by the present, we honour the past and what

³¹⁸ Vgl. GARNETT und HICKSON, *Conservative Thinkers*, S. 121–139.

³¹⁹ GILMOUR, *Inside Right*, 1977, S. 12.

³²⁰ GEORGE GALE, *What Is Conservatism?*, in: *THE SPECTATOR*, 6. 1. 1979.

³²¹ ASCHERSON, *Conservatism*, 1980, S. 16.

³²² Vgl. z. B. ADONIS und HAMES, *A Conservative Revolution?*; GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution*; FRY, *The Politics of the Thatcher Revolution*.

it has to teach and we look to the future and we prepare for it“.³²³ Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stünden im Konservatismusbegriff in Harmonie zueinander, ganz so wie dies seit jeher gewesen sei, so Thatchers Botschaft. Auch der in ihrer Umgebung offensiv geforderte Neubeginn, der radikale Bruch mit der jüngsten Vergangenheit, klang aus ihrem Munde um einiges gedämpfter. In ihrer *Iain Macleod Lecture*, die sie 1977 vor den *Greater London Young Conservatives* vortrug, hatte sie sich mit einem der Vordenker des Konservatismus der 1950er und 1960er Jahre auseinanderzusetzen. Macleod war 1970 kurz nach der Übernahme des Finanzministeriums völlig überraschend gestorben und wurde in weiten Teilen der Partei verehrt. Thatcher charakterisierte Macleod nun als *Tory*, als typisch britischen Politiker und als Christen. Auf diesen Grundlagen habe er nach Antworten für die Nöte seiner Zeit gesucht. Allerdings: „That was a generation back. We now stand before the new challenges“. Thatchers Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Partei bediente sich eines Arguments, das zu den Grundsätzen konservativen Denkens gehörte, nämlich der Vorstellung, dass Fortschritt in der Anwendung konservativer Grundsätze und Werte auf sich verändernde Situationen bestehe. „Every generation must restate its values in light of present challenges, but also in light of past experience.“³²⁴ Quintin Hogg hatte 1947 von der „Pflicht“ einer jeden Generation gesprochen, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des „Vorrats“ an konservativer „Weisheit“ zu leisten.³²⁵ Ganz im Sinne dieser Zeitkonzeption ist also auch das Insistieren der Thatcherites zu verstehen, nichts anderes zu tun, als den alten Grundsätzen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.³²⁶

Die argumentative Brücke, die das im Konservatismus seit Burke verankerte Generationskonzept bot, wurde noch verstärkt über die Wahrnehmung der eigenen Gegenwart als einer Zeit der Epochenwende. Besonders lebhaft trat diese Interpretation in den Texten des Historikers Robert Blake entgegen. *Conservatism in an Age of Revolution* war sein Vortrag vor der Conservative Philosophy Group im Jahr 1976 überschrieben, der von der These ausging, dass die Zeitgenossen in einer Welt des rapiden technologischen und ökonomischen Wandels lebten, der begleitet würde von „a great upheaval in faith and morality and by social stresses more severe than anything in the past one hundred and fifty years“.³²⁷ Großbritannien stehe im Auge dieses globalen Sturms. Während der Historiker Blake eine hundertfünfzigjährige Epoche an ihr Ende kommen sah, griffen die übrigen Kommentatoren historisch nicht so weit aus. Ihr zeitlicher Referenzpunkt war der

³²³ MTFW 104011, Margaret Thatcher, Speech to Conservative Rally in Cardiff, 16. 4. 1979.

³²⁴ Ebd. 103411, Margaret Thatcher, Speech to Great London Young Conservatives. Iain Macleod Memorial Lecture, 4. 7. 1977.

³²⁵ HOGG, *The Case for Conservatism*, 1947, S. 11.

³²⁶ Vgl. z. B. PATRICK COSGRAVE, *The Strange Cases of Mr Gilmour and Mr Powell*, Part 2, in: *THE SPECTATOR*, 15. 2. 1975: „Each of them [M. Thatcher und K. Joseph] have tried to re-state the values of Conservatism – values of independence and hard work, of privacy and goodwill, of decency and of the family, and especially order“.

³²⁷ BLAKE, *Conservatism in an Age*, 1976, S. 7.

Zweite Weltkrieg. Die Nachkriegszeit, so die verbreitete Meinung, sei endgültig vorbei. Das hieß in der Folge, dass die politischen Lösungen, die aus den späten 1940er und den 1950er Jahren stammten, in der veränderten Lage der 1970er Jahre nicht mehr greifen konnten.³²⁸ Und nicht nur das: In einer Situation, in der alle Gewissheiten infrage gestellt schienen, sei klare Führung entlang eines durchdachten, ideengeleiteten Programms vonnöten, das durch Erfahrung angereichert, über Innovation einen Weg durch die Diskontinuität der Gegenwart weisen könne.³²⁹ Dabei musste der Veränderungsschub, den man in der Gegenwart wahrnahm, nicht als bedrohlich empfunden werden, sondern konnte auch als Phänomen interpretiert werden, das dem Konservativen geradezu in die Hände spielte. So meinten einige der Chefstrategen des Thatcherismus 1978 eine allgemeine Veränderungsmüdigkeit zu beobachten. „There is a deep nostalgia, in part for what is thought of as a comfortable past, but chiefly for a settled, civilized life. Continuity is vital, and that is in tune with a Conservative approach.“³³⁰

Eine solche Gegenwartswahrnehmung und Vergangenheitsinterpretation lag dem Konsens-Narrativ zugrunde, das den Thatcherismus prägte und das von Lord Coleraine, wie wir gesehen haben, als Argument der innerparteilichen Kritik am Kurs von Heath 1970 in kohärenter Form vorgebracht worden war.³³¹ Als Politik des Konsenses wurde eine angeblich seit dem Zweiten Weltkrieg vorherrschende Form der Kooperation zwischen Konservativen und Labour in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen bezeichnet, die zu einem immer weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates und einer keynesianisch und staatsinterventionistisch geprägten Wirtschaftspolitik geführt habe. Wie verbreitet die Identifikation der Nachkriegsjahrzehnte mit einer Politik des Konsenses in den 1970er Jahren war, zeigte nicht zuletzt das einflussreiche Buch *The Road to 1945* des Historikers Paul Addison, der *consensus* zu einer – hier positiv verstandenen – Kategorie der Geschichtsschreibung machte.³³² Ein politischer Kampfbegriff wurde zu einem historischen Interpretament, das über Jahrzehnte das Nachdenken über die britische Geschichte des 20. Jahrhunderts prägte.³³³

Für die Thatcherites blieb *consensus* im innerparteilichen Machtkampf ein politischer Begriff mit scharfer Klinge. Die Konservativen hätten, so das nun gängige Narrativ, ihre Überzeugungen aufgegeben und seien in die sozialistische Sackgasse gelaufen, mit schrecklichen Konsequenzen für die Nation, die nach und nach ihre ökonomischen, politischen und moralischen Stärken eingebüßt habe und im internationalen Wettbewerb abgehängt worden sei. Es konnte also nur eine Alternative geben, um die Krise, in der man das Land wähnte, zu beenden: ein radika-

³²⁸ Vgl. z. B. das Policy-Dokument *The Right Approach* aus dem Oktober 1976: „In recent years, we have had to change many of our assumptions about the post-war world.“ MTFW 109439, *The Right Approach*, 4. 10. 1976.

³²⁹ Vgl. ebd. 111771, „Stepping Stones“ Report, 14. 11. 1977, S. 28.

³³⁰ Ebd. 109853, „Themes“, Steering Committee, 16. 2. 1978.

³³¹ Siehe S. 71–72.

³³² Vgl. ADDISON, *The Road to 1945*.

³³³ Zum *consensus*-Narrativ vgl. ausführlich TOYE, *From ‚Consensus‘ to ‚Common Ground‘*.

ler Bruch mit den Grundfesten, auf denen man den *consensus* gebaut glaubte. Das Postulat der Alternativlosigkeit war teil der Rhetorik des Thatcherismus. Der „post-war consensus is dead and [...] Butskellism is extinct“, unterstrich Robert Blake 1976.³³⁴ Dabei griff er nicht von ungefähr die zeitgenössische Kritik an der angeblichen Austauschbarkeit von Konservativen und Labour in den 1950er Jahren auf, die im Bild von Mr. Butskell – einer Symbiose von R.A. Butler und Hugh Gaitskell – eine wirkmächtige, viel zitierte und karikierte Formel gefunden hatte.³³⁵

Besonders scharf wurde die Klinge des Konsens-Vorwurfs in der innerparteilichen Auseinandersetzung, wenn sie mit Macmillans Konzept des *middle way* verbunden wurde. Die Vorträge und Schriften Keith Josephs, die in enger Kooperation mit den Protagonisten des Institute of Economic Affairs entstanden, waren in dieser Hinsicht entscheidend. Dass ein allgemeiner sozial- und wirtschaftspolitischer Konsens in den 1940er bis 1960er Jahren überhaupt bestanden hätte, daran zweifelte Joseph ganz generell. „The middle ground is only middle as between politicians: it is an ephemeral political compromise,“ argumentierte er in einer Rede vor der Oxford Union im Dezember 1975.³³⁶ *Konsens* meinte in dieser Lesart in erster Linie eine politische Haltung des Kompromisses gegenüber den Forderungen des politischen Gegners, ein prinzipienloses Nachgeben um der schnellen Einigung willen.³³⁷ Für die Conservative Party hatte in dieser Sicht die Verpflichtung auf den *consensus* nur Nachteile mit sich gebracht. Denn je deutlicher sich die Konservativen nach links bewegt hätten, desto wirksamer seien die linken Kräfte in der Labour Party gestärkt worden, so dass sich letztlich das gesamte politische Spektrum nach links verlagert hätte und die Konservativen zu einer sozialdemokratischen Partei mutiert wären. „So in the name of moderation we have encouraged extremism, in the name of the middle ground we have pushed Britain to the left.“³³⁸ Als „left-wing ratchet“-Effekt ging diese Argumentationsfigur in den konservativen Diskurs ein.³³⁹

Moderation und *the middle ground* bzw. *way* gehörten zu den zentralen Begriffen im semantischen Netz, das sich seit den 1940er Jahren um *Conservatism* aus-

³³⁴ BLAKE, *Conservatism in an Age*, 1976, S. 22.

³³⁵ Vgl. KELLY, *The Myth of Mr. Butskell*.

³³⁶ JOSEPH, *Stranded on the Middle Ground?*, 1976, S. 25.

³³⁷ Dieses Argument wurde bereits 1967 von Hugh Fraser vorgebracht, vgl. TOYE, *From ‚Consensus‘ to ‚Common Ground‘*, S. 17.

³³⁸ NATIONAL UNION OF CONSERVATIVE AND UNIONIST ASSOCIATIONS, 92nd Annual Conference, 1975, Keith Joseph, S. 23–24. 1968 hatte Thatcher bereits vor den politischen Folgen des *consensus* für die Partei gewarnt: „There are dangers in consensus; it could be an attempt to satisfy people holding no particular views about anything. It seems more important to have a philosophy and policy which because they are good appeal to sufficient people to secure a majority. No great party can survive except on the basis of firm beliefs about what it wants to do.“ THATCHER, *What’s Wrong With Politics?*, 1968, S. 14–15.

³³⁹ JOSEPH, *Stranded on the Middle Ground?*, 1976, S. 19; zur Bedeutung des *consensus*-Narrativs für die Konservativen unter Thatcher vgl. GREEN, *Ideologies of Conservatism*, S. 216–218.

gebildet hatte. Beide Begriffe wurden nun mit *left* und *extremism* verbunden, zwei Begriffen also, die im konservativen Vokabular als Begriffe zur Beschreibung des politischen Gegners verwendet wurden. Allerdings verfolgten die Thatcherites auch in diesen Zusammenhängen eine integrative Sprachstrategie: Sie wandelten sich das Vokabular des Ausgleichs an. Das galt sicherlich nicht für *consensus*, der zu einem Gegenbegriff wurde, aber etwa für *moderation* oder *balance*. Das programmatische Papier *The Right Approach*, das 1976 die Grundlagen konservativer Politik nach dem Führungswechsel definierte, stellte den Konservatismus als „philosophy of balance“ vor.

Man is both an individual and a social being, and all political philosophies have sought to accommodate these two, often conflicting, elements in human nature. Conservatism has always represented a balance between the two, arguing against Liberal individualists for man's social role and against Socialists for the right of the individual to develop as far and as fast as he can, choosing freely from a wide range of opportunities while recognising his duties towards his fellows.³⁴⁰

Als Prinzipien des politischen Argumentierens und des Regierens aber hatten *balance* und *moderation* ausgedient. Es kam nicht von ungefähr, dass Thatcher sich einem predigthafter Redestil verschrieb und sich explizit von einer konsensorientierten Rhetorik distanzierte.³⁴¹ Abschied vom Konsens bedeutete Abschied vom Kompromiss, bedeutete „conviction politics“.³⁴² Dementsprechend beschrieb Rhodes Boyson 1978 den Regierungstil einer zukünftigen Thatcher-Regierung: „There is no mood for consensus or balance or coalition. People want firm government both in home and foreign policy, so that they can feel a national destiny again“.³⁴³

Ohne die Berufung auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung kamen die Thatcherites freilich nicht aus. Der Verweis auf die demokratische Legitimation ihres politischen Programms gehörte zu den Essenzen ihrer Rhetorik. So wurde als Alternativbegriff zu *consensus* der Begriff des *common ground* eingeführt.³⁴⁴ Sei der *middle ground* ein Kompromiss zwischen Politikern, meilenweit von den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger entfernt, so verweise der *common ground* auf einen wahrhaftigen „common ground with the people and their aspirations“, um noch einmal Keith Joseph zu zitieren.³⁴⁵ Der entspreche – und auf diese Weise wurde ein weiterer zentraler Begriff des konservativen Vokabulars angebinden – ohnehin dem *common sense*, der, so die in konservativen Kreisen verbreitete

³⁴⁰ CONSERVATIVE AND UNIONIST CENTRAL OFFICE, *The Right Approach*, 1976, S. 17.

³⁴¹ Vgl. MTFW 104011, Margaret Thatcher, Speech to Conservative Party Rally in Cardiff, 16. 4. 1979: „Mr Chairman, in politics I've learnt something that you in Wales are born knowing. It's this: if you've got a message, preach it! [applause]. The Old Testament prophets didn't go out into the highways saying, 'Brothers, I want consensus.' They said, 'This is my faith and my vision! This is what I passionately believe!' And they preached it. We have a message. Go out, preach it, practice it, fight for it – and the day will be ours!“

³⁴² Vgl. TOYE, From ‚Consensus‘ to ‚Common Ground‘, S. 17.

³⁴³ BOYSON, *Centre Forward*, 1978, S. 181.

³⁴⁴ Vgl. ausführlich TOYE, From ‚Consensus‘ to ‚Common Ground‘.

³⁴⁵ JOSEPH, *Stranded on the Middle Ground?*, 1976, S. 19.

Meinung, grundsätzlich ein konservativer sei.³⁴⁶ Während die Politik bislang über die Köpfe der Bürger hinweg regiert habe, beanspruchten die Thatcherites, den Bürgerwillen zu repräsentieren. Dabei erzeugte das Sprechen vom neuen *common ground* eine weitere Chimäre: die Einheit der Interessen in der Nation. Im Winter 1978/79 („winter of discontent“), als die Auswirkungen monatelanger Streiks das tägliche Leben erschwerten und die Macht der Gewerkschaften demonstrierten, gerierte sich Thatcher als Advokatin nationaler Einheit, indem sie an jene sozialen Werte appellierte, die alle Briten teilten. „We have to learn to be one nation again, or one day we shall be no nation“, schloss sie in üblichem Pathos ihre Fernsehansprache.³⁴⁷ Weg vom *consensus*, hin zum *common ground* einer geeinten Nation – weg von einer Politik der Vergangenheit des Nachkriegs, die in die sozialistische Sackgasse geführt hatte, hin zu einer Politik der Zukunft, die von genuin konservativen Lösungsansätzen geprägt sei.³⁴⁸ Die beiden Begriffe wiesen also jeweils eindeutig auf unterschiedliche Zeithorizonte. Die Zeitdimension des Konservatismusbegriffs wurde auf diese Weise unterfüttert.

An der Umkodierung der Zeitdimensionen des Konservatismusbegriffs wirkte auch die universitäre Philosophie mit, die sich in den 1970er Jahren erstmals wieder in die Diskussion um den Konservatismus einschaltete. Während Michael Oakeshott zeit seines Lebens Distanz zur Conservative Party wahrte, suchte der Oxforder Philosoph Anthony Quinton seit Mitte der 1970er Jahre die Nähe zur Partei, die seit der Wahl Margaret Thatchers zur Parteiführerin einer programmatischen Kur unterzogen wurde. Bald schon galt Quinton, neben anderen prominenten Mitgliedern der Conservative Philosophy Group,³⁴⁹ als einer der Intellektuellen des Thatcherismus. Gefallen gefunden hatte Thatcher an Quintons 1978 erschienener Studie *The Politics of Imperfection*, einer Untersuchung englischen konservativen Denkens vom 16. bis ins 20. Jahrhundert.³⁵⁰ Das von allen Richtungen des Konservatismus geteilte ideelle Fundament erkannte Quinton in der Überzeugung von der Unvollkommenheit des Menschen. Daraus leitete er drei Prinzipien des Konservatismus ab: den Traditionalismus, den Organizismus und den politischen Skeptizismus. In Oakeshotts Konservatismus-Definition mochte

³⁴⁶ Vgl. z. B. CONSERVATIVE AND UNIONIST CENTRAL OFFICE, *The Right Approach*, 1976: „The balance which we seek has its roots not only in a distinctive, if too rarely articulated, Conservative approach, but also in basic common sense. That has always been one of the great strengths of Conservatism. The facts of life invariably *do* turn out to be Tory.“ (Hervorhebung im Original) Am Beispiel von Thatchers Rhetorik zeit dies DOREY, *The Oratory of Margaret Thatcher*.

³⁴⁷ MTFW 103926, Conservative Party Political Broadcast, 17. 1. 1979.

³⁴⁸ Vgl. z. B. MTFW 103487, Margaret Thatcher, Speech to Young Conservative Conference, 12. 2. 1978: „Socialism in Britain is not the wave of the future. It is the flotsam of the past. The long night of collectivism must soon come to an end. The time has arrived to move on to a new common ground: where people matter, where effort pays, where responsibility is freely exercised, and the power of the state firmly contained.“

³⁴⁹ Vgl. MTFW 121912 bzw. CAC, THCR 6/2/3/4 part 2 f124, Guest List, Sir Hugh Fraser and Conservative Philosophy Group, 9. 2. 1981.

³⁵⁰ Vgl. MTFW 122951 bzw. CAC, THCR 6/2/2/52 f76, Hugh Thomas briefing note, Lord Thomas' Dinner, 26. 10. 1982.

Quinton nur Nostalgie erkennen – Nostalgie für die Tradition als Orientierungspunkt konservativen politischen Handelns, der eine Vergangenheit voraussetzte, deren Parameter in der Gegenwart überholt waren. „It may be that that tradition has reached a point at which its direction of movement needs to be reversed“,³⁵¹ gab Quinton zu bedenken und lieferte damit ein philosophisches Argument für den Bruch des Thatcher-Flügels mit den Paradigmen konservativer Politik seit den späten 1950er Jahren.

Sehr wenige, aber entscheidende Jahre zuvor hatte Noël O’Sullivan, Philosoph an der Universität Hull, seine Überblicksdarstellung zum Konservatismus verfasst, die 1976 auf den Buchmarkt kam, in dem Jahr also, in dem Quinton seine T.S. Eliot Lectures hielt, auf denen *The Politics of Imperfection* basierte. Während Quinton den Konservatismus als spezifisch englischen Beitrag zum politischen Denken verstand, untersuchte O’Sullivan ein europäisches Phänomen in seinen unterschiedlichen nationalen Ausprägungen. Genauso wie Quinton aber umriss O’Sullivan diesen als „philosophy of imperfection, committed to the idea of limits, and directed towards the defence of a limited style of politics“.³⁵² Was nun die Zukunftsaussichten anging, so war sich O’Sullivan 1976 sicher, dass weder der *middle-way*-Variante noch der liberalen Variante des Konservatismus, die auf den freien Markt setzte, Zukunft beschieden sei. Viel eher, so mutmaßte er, werde sich ein neuer, korporativ orientierter Konservatismus entwickeln, der den Notwendigkeiten der „post-kapitalistischen“ bzw. „post-industriellen Gesellschaft“ entspringen werde.³⁵³ O’Sullivans Buch musste in dem Aufbruch unter Thatcher wie ein Relikt aus der Zeit Edward Heaths wirken. Es überrascht daher kaum, dass es in den Debatten um die Ausrichtung des Konservatismus nicht rezipiert wurde, was aber wohl auch O’Sullivans Distanz zu Partei und konservativem intellektuellem Milieu geschuldet war.

Vor konkreten Zukunftsprognosen scheuten die Thatcherites ohnehin zurück. Die Neuvermessung des Zukunftshorizontes des Konservatismusbegriffs gehörte denn auch zu den entscheidenden Weichenstellungen des Thatcherismus. 1976 versprach David Howell, einst ein enger Vertrauter Heaths, der sich in das Thatcher-Lager bewegt hatte,³⁵⁴ „[a]n opening to the future for British politics“ – eine Öffnung hin zur Zukunft durch das Zurücklassen des „collapsing centre of the past“. Dabei unterschied Howell die konservative Zukunft unter Thatcher sowohl von „the tidy future for which Socialists yearn“, als auch von „the press-button future of technological efficiency and big organisation for which planners may hanker.“ Die Zukunft, die die Konservativen versprachen, sei die beste aller Zukünfte für „a free people“.³⁵⁵ Die Distanzierung von einer geplanten Zukunft hatte es dabei in sich. Denn die Zukunftsdimension des mit Heath verbundenen

³⁵¹ QUINTON, *The Politics of Imperfection*, 1978, S. 96.

³⁵² O’SULLIVAN, *Conservatism*, 1976, S. 12.

³⁵³ Ebd., S. 150–152.

³⁵⁴ Vgl. DAVID HOWELL, *The Best Way for the Tories to Get Back on Their Feet*, in: *THE TIMES*, 14. 3. 1975.

³⁵⁵ HOWELL, *Time to Move on*, 1976, S. 23.

Konservatismusbegriffs hatte eine starke planerische Komponente enthalten. Durch moderne Management-Techniken, durch zielgerichtete, langfristig-orientierte und wissenschaftlich fundierte Planung sollten Fortschritt gewährleistet, sollte Modernität geschaffen, sollte letztlich eine bessere Zukunft verwirklicht werden – so das Versprechen, das im Wahlslogan 1970 *A Better Tomorrow* seinen kongenialen Ausdruck gefunden hatte.³⁵⁶ Dieser Zukunftshorizont war dann aber fulminant in sich zusammengestürzt. Von den planerischen Visionen war 1974 kaum etwas übrig geblieben. David Howell, selbst einer der Advokaten von Planung als Methode in den 1960er und frühen 1970er Jahren, ist das beste Beispiel für den Verlust dieses Zukunftshorizonts.³⁵⁷

Angus Maude hatte gegen „all this nonsense about planning“ seit jeher gewettert. Planung widerspreche diametral der konservativen Weltsicht, so Maude, setze sie doch ein abstraktes Modell von Gesellschaft und Geschichte sowie den Glauben an die menschliche Allmacht voraus, reduziere Komplexität und behindere schlussendlich die menschliche Freiheit.³⁵⁸ Diese Argumente unterstrich er 1975 und fand nun mehr Gehör als noch sechs Jahre zuvor.³⁵⁹ Wie stark sich Maudes Modell in der Krise der 1970er Jahre durchgesetzt hatte, zeigte sich in der Definition von Wandel, die das Steering Committee, dem Maude angehörte, der Parteiführung 1978 vorlegte. „The ‚change‘ that people want today is much more a change back to known standards than a leap forward into the unknown.“ Die Sehnsucht nach jenen Sicherheiten, die durch eine an sozialistischen Ideen orientierte Politik verloren gegangen seien, müsse die Partei bedienen. Sie dürfe keine goldene Zukunft versprechen, sondern allein die Wiedereinsetzung von Standards, die dem Einzelnen erst eine realistische Einschätzung seiner Möglichkeiten böten. Zurück in die Zukunft also, Wiederherstellung des Verlorenen, um die Gegenwart zu bewältigen.³⁶⁰

Die Umkodierung des Zukunftshorizonts des Konservatismusbegriffs kristallisierte sich in der Konzeptionalisierung von *Fortschritt*. Wie wir gesehen haben, gehörte der Begriff *progress* zu den Schlüsselbegriffen des Konservatismus seit 1945. Die Konservativen mochten sich weder von Labour noch von den Liberalen ihre Verpflichtung auf den Fortschritt absprechen lassen. In der Mitte der 1970er Jahre wurde diese Ausrichtung auf den Fortschritt zwar nicht gänzlich infrage gestellt, mindestens aber hinterfragt. Angezweifelt wurde die Vorstellung, dass *Veränderung* immer mit positiv konnotiertem *Fortschritt* gleichzusetzen sei. Wieder war es Keith Joseph, der diese Zweifel in Worte fasste. Wirtschaftliches Wachs-

³⁵⁶ Zu Planungsideen und -praktiken der Regierungen unter Macmillan und Wilson vgl. O'HARA, *From Dreams to Disillusionment*.

³⁵⁷ Vgl. HOWELL, *Modern Conservatism in Search of its Principles*, 1963; ders., *A New Style of Government*, 1970.

³⁵⁸ MAUDE, *The Common Problem*, 1969, S. 201.

³⁵⁹ Vgl. MAUDE, *Towards a Responsible Society*, 1975, S. 25–34. Die Privatisierungspolitik der Thatcher-Regierungen der 1980er Jahre entspringt diesem Anti-Planungs-Denken, vgl. GEPPERT, „Englische Krankheit“.

³⁶⁰ MTFW 109853, „Themes“, Steering Committee, 16. 2. 1978.

tum als alleiniger Gradmesser für Fortschritt eigne sich schlecht, um sozialen Kategorien wie besonders der *Lebensqualität* gerecht zu werden: „the quality of life includes the freedoms, great and small, personal security, personal relationships, honesty in politics, stability, predictability, rewards and sanctions, no less than architecture, libraries and clean air.“ *Lebensqualität* wurde von Joseph vom Individuum her gedacht, und zugleich wurde sie mit moralischen Zuschreibungen verknüpft. Zentral war aber der Gedanke der individuellen Freiheit. Eine Gesellschaft, in der sich Individuen frei entfalten könnten und nach Erfüllung strebten, sei vom Wettbewerb der Interessen geprägt. Nur die Marktwirtschaft sei imstande, diesen Wettbewerb zu kanalisieren und das freie Individuum zu disziplinieren. Nur der Wettbewerb freier Individuen fungiere als „engine of progress“. ³⁶¹ Dabei spielte auch in diesem Zusammenhang die absolute Kontrastierung von Konservatismus und *Marxismus* bzw. *Sozialismus* eine wichtige Rolle. So wurde konservative Eindeutigkeit suggeriert. Noch einmal Keith Joseph:

Unlike Marx, a Conservative does not envisage any great magical *denouement* which will set all to rights and ensure that we all live happily ever after. The future will have to look after itself, I am afraid. But in the meantime, we have to live with self-interest, contain it, harness it, discipline it, provide for multitudinous self-interests to discipline each other. If we do this, future generations will be able to stand on our shoulders and see further. ³⁶²

Fortschritt sei zufällig, bereite Überraschungen, ergebe sich aus dem Spiel individueller Interessen, basiere auf historischen Erfahrungen, der Kontinuität der Generationen und sei daher weder rational begreifbar, noch vorhersehbar, noch planbar. Die Zukunft sei ganz grundsätzlich offen – sie entziehe sich des Zugriffs der Gegenwart: „The future will have to look after itself“. Das kapitalistische Prinzip des freien Marktes bildete in dieser Sicht die beste Gewährleistung dafür, den Phänomenen Fortschritt und Zukunft in adäquater Weise beizukommen. Der Markt organisierte Zukunft.

Dass *progress* darüber hinaus auch an moralischen Maßstäben zu messen sei, klang in Josephs oben zitiertem Rasonieren bereits an. Die Freiheit des einzelnen, die im marktwirtschaftlichen Wettbewerb „diszipliniert“ würde, müsse von einer klaren Wertordnung eingehegt werden. „Permissiveness does not stand for progress“, unterstrich etwa Ian Percival, Lord MacDermott zitierend, in seinem Plädoyer für die Aufrechterhaltung rigider moralischer Standards in der modernen Gesellschaft. ³⁶³ Die Stoßrichtung dieser Bestimmung des Fortschrittsbegriffs zielte auf die Liberalisierung sozialer Konventionen und Werthaltungen, die seit den späten 1950er Jahren die britische Gesellschaft in Atem gehalten hatte. Im Begriff der *permissiveness* hatte sich die Kritik an diesem Prozess rapiden gesellschaftlichen und kulturellen Wandels verdichtet. Die Konservativen hatten die Forderungen einerseits aufgenommen, andererseits waren sie ihnen ablehnend gegenüber gestanden. ³⁶⁴ Seit den späten 1960er Jahren hatte die Bewegung gegen

³⁶¹ JOSEPH, *The Economics of Freedom*, 1975, S. 5–24 und 8–9; Hervorhebung im Original.

³⁶² Ebd., S. 14.

³⁶³ PERCIVAL, *The Freedom of the Individual*, 1975, S. 35–46

³⁶⁴ Vgl. z. B. JARVIS, *Conservative Governments*.

die *permissiveness* an Fahrt und an Zulauf gewonnen.³⁶⁵ Ihre populärste Organisation war sicherlich die National Viewers' and Listeners' Association um Mary Whitehouse, die sich einen beständigen Kleinkrieg mit der BBC über die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioprogramms lieferte.³⁶⁶ Wie Matthew Grimley gezeigt hat, nahm der Thatcherismus die Argumente und die moralische Empörung der *anti-permissiveness*-Bewegung auf und verwob sie mit ökonomischen und verfassungspolitischen Argumentationssträngen Mitte der 1970er Jahre zu einem Narrativ einer alles umfassenden nationalen Krise. Besonders hervor trat das moralische Moment des Krisennarrativs im Wahlkampf 1979.³⁶⁷ „[T]rue progress“, so Thatcher 1976, „would come from a spiritual revival rather than an economic recipe“.³⁶⁸

Dass diese geistige Erneuerung judeo-christlich geprägt sein sollte, bekräftigten die Thatcherites immer wieder. Der Christentums-Begriff, immer in seinem engen Konnex zur jüdischen Tradition verstanden, spielte eine gewichtige Rolle im semantischen Netz, das sie entfalteten.³⁶⁹ Denn auf diesem jahrtausendealten Erbe basiere der moralische Konsens der Nation und konstituiere damit eine Tradition, die es zu bewahren gelte, unterstrich Thatcher. Für die Konservativen machte die Verankerung im Christentum einen gewichtigen Teil ihrer Identität aus. Sie richte den Konservatismus auf das Individuum aus und betone die Verantwortung jedes einzelnen für sein Wohlergehen:

Our religion teaches us that every human being is unique and must play his part in working out his own salvation. So whereas socialists begin with society, and how people can be fitted in, we start with Man, whose social and economic relationship [sic] are just part of his wider existence.³⁷⁰

Sehr deutlich zeigten sich die Kontinuitäten zu der Neukodierung des Christlichen seit Mitte der 1960er Jahre in den Kreisen der Kritiker Macmillans und Heaths. Wie Powell trennte Thatcher strikt zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aufgaben. Die Tradierung und Aufrechterhaltung der Moral zählten zu letzteren. Der Staat dürfe keine moralische und damit auch keine christliche Agenda verfolgen, abgesehen von der Förderung des Religionsunterrichts.³⁷¹ Die Trennung von Staat und Zivilgesellschaft, die Thatcher unter Berufung auf die christliche Tradition vornahm, galt für die Gesellschaftspolitik im umfassenden Sinne. Soziales Handeln als Ausweis einer christlichen Verpflichtung zur Nächs-

³⁶⁵ Vgl. SANDBROOK, *Against the Permissive Society*.

³⁶⁶ Vgl. BLACK, *There Was Something About Mary*; BLACK, *Redefining British Politics*, S. 105–138.

³⁶⁷ Vgl. GRIMLEY, *Thatcherism, Morality and Religion*; zur Konstruktion der Krise im Wahlkampf 1979 vgl. HAY, *Chronicles of a Death Foretold*. Den Thatcherismus als Krisennarrativ interpretiert SAUNDERS, ‚Crisis? What Crisis?‘.

³⁶⁸ MTFW 103008, Margaret Thatcher, *Speech Presenting Templeton Prize*, 13. 4. 1976.

³⁶⁹ Zu Thatchers Verständnis des Christentums vgl. FILBY, *God & Mrs Thatcher*; CROSSLEY, *Harnessing Chaos*, S. 95–126.

³⁷⁰ MTFW 103411, Margaret Thatcher, *Speech to Greater London Young Conservatives*, 4. 7. 1977.

³⁷¹ Vgl. GRIMLEY, *Thatcherism, Morality and Religion*, S. 88–90.

tenliebe war für sie zuallererst eine zivilgesellschaftliche Aufgabe. Erst wenn sich hier Grenzen zeigten, war der Staat gefordert. Für die Methodistin Thatcher gehörte darüber hinaus das ökonomische Streben des Menschen zur Erfüllung seiner religiösen Berufung, ohne dass jene jedoch darin aufging. Sie warnte davor, aus ökonomischem Erfolg eine Obsession werden zu lassen. Thatchers antimarxistische Ausrichtung des Christlichen fand ihren Bezugspunkt dann auch in der Freiheit des Individuums im Gegensatz zu einer völligen Ökonomisierung des Menschen.³⁷² Dabei reihte sich die antimarxistische Bestimmung des Christlichen in eine Kette von Einhegungen des Ökonomischen ein. Im Entwurf der Thatcherites bedingten Moral und Ökonomie einander. Der Fortschrittsbegriff schloss sich eng daran an.

Einen radikaleren Weg ging der konservative Philosoph Roger Scruton, der in seiner 1980 erschienenen Abhandlung *The Meaning of Conservatism* seine Version eines erneuerten Konservatismus formulierte. Den Fortschrittsbegriff begrub Scruton gänzlich. Die „idiotic language of ‚progress““ sei Ausgeburt jener säkularen Mythen, die Denken und Handeln in der modernen Gesellschaft gefangen hielten – als „Mythen“ erschienen Scruton etwa die Idee des Naturrechts, der Freiheit, der klassenlosen Gesellschaft oder der Gleichheit. Fortschritt sei eine Chimäre.

Politicians can now speak as though the affairs of state move ‚forward‘, or ‚backwards‘. The conservative is said to ‚arrest progress‘, the liberal to ‚advance‘ it. A conservative is a ‚reactionary‘. ‚Revolution‘ means not the turning of the wheel, but the ‚overthrow‘ of ‚regressive‘ forces. In all this compulsive newspeak, we find the same frivolous myth. Things ‚go forward‘, since that is their nature. The only truth here is that times moves forward, namely from past to future.³⁷³

Der Konservative, so Scrutons lakonische Empfehlung, habe sich in der Gegenwart einzurichten und die aus der Vergangenheit überkommenen Wissensschätze, die Erfahrungen und die gesellschaftliche Ordnung zu ehren. All dies manifestiere sich in Institutionen, in denen der einzelne Erfüllung finden könne.³⁷⁴ Einer Zukunftsvorstellung ledig, die über das hinausgehe, was nicht schon in Vergangenheit und Gegenwart angelegt sei, habe sich der Konservative an Konzepten auszurichten, die direkt anwendbar seien und sich außerdem als motivierende Kräfte des Menschen bewährt hätten. Für Scruton waren dies *authority*, *loyalty* und *tradition*, die Schlüsselbegriffe seines Konservatismusbegriffs.³⁷⁵

Dass Scruton trotz seines Engagements in der Partei und in der Conservative Philosophy Group mit seiner radikalen Konzeption am Rande stand,³⁷⁶ wird gerade deutlich, wenn man sich seine Ordnung der Zeitlichkeit vergegenwärtigt. Auch Politik in den 1970er und 1980er Jahren kam ohne das Angebot eines Zukunftshorizonts nicht aus – dabei handelte es um einen ganz allgemeinen Grund-

³⁷² Vgl. ebd., S. 88.

³⁷³ SCRUTON, *The Meaning of Conservatism*, 1980, S. 190.

³⁷⁴ Vgl. ebd., S. 191.

³⁷⁵ Vgl. ebd., S. 27.

³⁷⁶ Vgl. SCRUTON, *Gentle Regrets*; eine kritische Haltung gegenüber Scrutons Philosophie nimmt Collini ein: COLLINI, *Common Reading*, S. 196–208.

satz politischer Kommunikation in demokratischen, massenmedial geprägten Gesellschaften seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.³⁷⁷ Welchen Appeal konnte eine Partei haben, die ihren Wählern keinen Fortschritt zusicherte, keine Pläne für die Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft unterbreitete? So versprach die Conservative Party unter Thatcher den Briten eine „bessere Zukunft“³⁷⁸ – nur geplant und vorherbestimmt sollte die nicht sein, sondern sich organisch entwickeln, geprägt von der Freiheit des Individuums in einer moralischen, marktwirtschaftlichen Ordnung.

2.4.3. *Right* oder *Centre*? Richtungsbegriffe und die Dichotomie politischer Sprache

Die Neujustierung der Zeitdimensionen war für den Konservatismusbegriff der Thatcherites bedeutend. Gleichmaßen wurde sein Verhältnis zu den politischen Richtungsbegriffen neu definiert. Auch dies trug zur Profilierung des Begriffs entscheidend bei. Wie wir gesehen haben, eignete sich die innerparteiliche Opposition seit Ende der 1960er Jahre den Begriff *rechts* zur Selbstbeschreibung an. Diese Aneignung war möglich geworden, weil die Partei sich seit den 1950er Jahren weniger *rechts* als in der *Mitte* verortet hatte. In diesem Sinne wurde *Right* in der Partei Anfang der 1970er Jahre als Flügelbezeichnung verwendet. Gleichzeitig gehörten die Begriffe *Right*, *Left* und *Centre* zum allgemeinen politischen Wortschatz. Positionen wurden so zugeordnet, Meinungen analysiert, intellektuelle Biographien erschlossen. In jedem Falle fungierte *Right* in Großbritannien, ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik, nicht als Begriff, der ausschließlich extreme Einstellungen bezeichnete.³⁷⁹

Während Samuel Brittan, einer der einflussreichsten marktliberalen Journalisten Großbritanniens, 1968 in einer ausführlichen Arbeit den Nutzen dieser Kategorien überhaupt infrage stellte, weil sie analytisch mehr verhüllen als erhellen würden,³⁸⁰ operierte David Collard, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bristol, im selben Jahr in einem von der Fabian Society veröffentlichten Pamphlet mit dem Tableau politischer Richtungsbegriffe und unterstrich so ihre politische Schlagkraft. Collard argumentierte, dass sich eine neue Denkschule etabliert hätte, die stetig an Einfluss gewinne und im Kern eine freie Marktwirtschaft und den Rückzug des Wohlfahrtsstaates propagiere. Enoch Powell, die Bow Group, Aims of Industry und das Institute of Economic Affairs identifizierte er als Pflanzstätten dieser Denkschule. Collard fasste sie unter dem Begriff der „New

³⁷⁷ Vgl. STEINMETZ, Das Sagbare und das Machbare.

³⁷⁸ Wörtlich: MTFW 102777, Margaret Thatcher, Speech to Conservative Party Conference, 10.10.1975: „Let us proclaim our faith in a new and better future for our Party and our people.“

³⁷⁹ Zur extremen Rechten in Großbritannien vgl. SYKES, The Radical Right in Britain.

³⁸⁰ Vgl. BRITTAN, Left or Right, 1968. Diese Argumentation findet sich auch in den 1970er Jahren immer wieder, vgl. z. B. An Economic Prison, in: THE TIMES, 25.7.1978; dazu tat Brittan auch das Seine, vgl. BRITTAN, Further Thoughts on Left and Right, 1973, S. 354–373.

Right“.³⁸¹ Collards Begriffsschöpfung fokussierte also auf die marktliberalen Elemente des Konservatismus. Als Bezeichnung für den Konservatismus, der sich seit Mitte der 1970er Jahre in Großbritannien herausgebildet hatte, etablierte sich der Begriff allerdings erst in den 1980er Jahren, als erkennbar wurde, dass ähnliche Bewegungen in den USA genauso wie auf dem europäischen Kontinent politische Erfolge feierten.³⁸² Dabei blieb er ein Begriff der Zuschreibung von außen, genauso wie der Begriff der „radical Right“, der von dem marxistischen Kulturtheoretiker Stuart Hall 1979 in Verbindung zum Thatcherismus gebracht wurde.³⁸³

Dass *New Right*, geschweige denn *radical Right*, von den Advokaten des „neuen Konservatismus“ nicht aufgegriffen wurde, bedeutete nun aber nicht, dass der Begriff *right* zurückgewiesen worden wäre. Zwar verzichtete Thatcher ganz auffällig auf ihn. Gerade für diejenigen aber, die ihr programmatisches Profil in der Auseinandersetzung mit dem Heathschen Konservatismus gewonnen hatten, gehörte *right* ganz selbstverständlich zum Selbstbeschreibungs-Repertoire. Für Blake etwa waren die Konservativen die „party of the right“³⁸⁴, der Monday Club verstand sich ohnehin als rechte Kraft und die Salisbury Group bezeichnete sich als „of the Right“, intervenierte allerdings als die *Times* sie als „radical right“ bezeichnete.³⁸⁵ Arthur Seldon, der im Zentrum des transatlantischen neoliberalen Netzwerkes stand, nahm den Begriff der New Right implizit auf, wenn er gegen eine „conservative ‚Old Right‘“ wetterte, die noch immer „the language of compassionate paternalism“ sprechen würde.³⁸⁶ Auch Aktivisten an der Basis glaubten, sich für eine „party of the right“ zu engagieren.³⁸⁷ Die Anziehungskraft, die der Begriff Mitte der 1970er entwickelte, wird deutlich an Keith Josephs Aneignungsstrategien. Im März 1974, also in den Monaten, in denen er sich mit großer Betriebsamkeit den neoliberalen Netzwerken zuwandte und sich an eine persönliche Neuformulierung des Konservatismus machte, bezeichnete er in einem Gespräch mit Ralph Harris vom Institute of Economic Affairs sich selbst als „a right wing ideologue [sic]“.³⁸⁸ Öffentlich ging er mit diesem Label allerdings vorsichtiger um. „We should beware of accepting any simple dichotomy of ‚right–left‘, ‚moderate–extreme‘, but should treat socialists as we find them,“ argumentierte er in *Stranded on the Middle Ground*.³⁸⁹ Und als er im Advisory Committee of Policy kritisch auf das „right-wing image“ der Partei angesprochen wurde, wies er die Kritik mit der Bemerkung zurück, dass das Gros der Bevölkerung um einiges

³⁸¹ Vgl. COLLARD, *The New Right*, 1968.

³⁸² Vgl. z. B. GAMBLE, *Thatcherism and Conservative Politics*, S. 113; BOSANQUET, *After the New Right*, 1983; LEVITAS, *The Ideology of the New Right*, 1986; BARRY, *The New Right*, 1987; KING, *The New Right*, 1987; COWLING, *The Sources of the New Right*, 1989.

³⁸³ Vgl. HALL, *The Great Moving Right Show*, 1979.

³⁸⁴ BLAKE, *Conservatism in an Age*, 1976, S. 10.

³⁸⁵ MAURICE COWLING und T.E. UTLEY, Letter to the Editor, in: *THE TIMES*, 24. 6. 1978.

³⁸⁶ SELDON, *Who Will Rid Us*, 1975, S. 47.

³⁸⁷ NATIONAL UNION OF CONSERVATIVE AND UNIONIST ASSOCIATIONS, 92nd Annual Conference, 1975, J. Dawon (Keighley), S. 36.

³⁸⁸ MTFW 114757, Ralph Harris, Record of Conversation, 14. 3. 1974.

³⁸⁹ JOSEPH, *Stranded on the Middle Ground?*, 1976, S. 28–29.

rechter sei als das konservative Schattenkabinett oder die konservative Parlamentsfraktion und daher ein deutlicherer Rechtskurs nur dem entspreche, was das Volk wolle.³⁹⁰

Tatsächlich trugen nicht wenige in der Partei Sorge, dass Thatcher die Partei zu weit nach rechts rückte. 1977 vermerkte Hailsham ein Gespräch mit Peter Carrington in seinem Tagebuch, der am Kurs der Parteiführung zweifelte. „We are giving the impression of an extreme right wing party“, beschwerte sich der und erfuhr für diese Einschätzung die ungeteilte Zustimmung Hailshams.³⁹¹ Das Verdikt des Zu-weit-Rechts-Stehens wurde für die innerparteilichen Kritiker und Opponenten des Thatcherschen Kurses zu einem festen Argument. Es erhielt besondere Wirkmächtigkeit, weil es implizierte, dass die Partei vom ihr wesensmäßigen Weg, nämlich dem *middle way* abgekommen sei.³⁹² „The true Conservative course therefore is to stick as closely to the centre with a slight Right incline“, stellte Gilmour seine Sicht der Dinge dar.³⁹³ Hier wurde der Begriff *rechts* als Positionsbegriff für einen Parteiflügel weitergetragen und nicht auf die gesamte Partei ausgeweitet, so wie das die Thatcherites gleichzeitig forcierten.

Die Profilierung des Selbstbeschreibungsbegriffs *Right* passte dabei zum einen zu dem Selbstverständnis des Thatcher-Flügels und zum anderen zu der politischen Polarisierung der 1970er Jahre. Denn *Right* verlangte nach einen Gegenbegriff – und als solcher fungierte *Left* mit seinem semantischen Netz, in dem besonders die Begriffe *Socialism* und zunehmend *Marxism*, manchmal auch in Kombination als „Socialist Marxism“,³⁹⁴ hervortraten. Dabei wurde die Labour Party im konservativen Vokabular immer enger mit dem Begriff *Marxism* verbunden. Im Kontext des Kalten Krieges erweckte diese Sprachstrategie den Eindruck (und das war so gewollt), als ob der Gegensatz der Systeme in der Innenpolitik ausgetragen würde. Auf dem Parteitag der Konservativen 1976 erklärte Thatcher, und das ist nur ein Beispiel unter vielen, dass sich die Labour Party einem „programme which is frankly and unashamedly Marxist“ verpflichtet habe.³⁹⁵

Ferner sorgte die Links-Rechts-Dichotomie dafür, dass der Liberalismusbegriff als etablierter zweiter Gegenbegriff zu *Conservatism* bzw. *Toryism* in den Hintergrund gedrängt wurde. Dabei hüteten sich die Thatcherites davor, *liberal* in ihr Selbstbeschreibungsvokabular zu integrieren. Nigel Lawsons Eingeständnis einer Affinität des „new Conservatism“ zum „classical liberalism“ war eine Ausnahme.³⁹⁶ Selbst Alfred Sherman bekräftigte im Kontext der Gründung des Center of Policy Studies: „We are Tories first, (economic) liberals only second“.³⁹⁷ Dieses

³⁹⁰ CPA, ACP 2–4a, Advisory Committee on Policy, Minutes of the Meeting, 13. 4. 1977.

³⁹¹ MTFW 111182, Hailsham Diary, 29. 3. 1977.

³⁹² Vgl. z. B. WALKER, *The Middle Way Forty Years On*, 1978.

³⁹³ GILMOUR, *Inside Right*, 1977, S. 130; ebenso: IAN GILMOUR, *Doing Things in the Conservative Way*, in: *THE TIMES*, 15. 2. 1978.

³⁹⁴ Vgl. z. B. MTFW 102833, Margaret Thatcher, *Speech to Taunton Conservatives*, 20. 2. 1976.

³⁹⁵ Ebd. 103105, Margaret Thatcher, *Speech to Conservative Party Conference*, 8. 10. 1976.

³⁹⁶ LAWSON, *The New Conservatism*, 1980, S. 16.

³⁹⁷ MTFW 111907, Sherman memorandum to CPS colleagues, 18. 11. 1974.

Schweigen rührte aus dem Selbstverständnis der Thatcherites, war aber wohl auch eine Antwort auf die Kritiker in der Partei, die nicht müde wurden, die Thatcherites als *liberal* zu identifizieren und ihnen auf diese Weise abzusprechen, *konservativ* zu sein. Diese Strategie verfolgte auch die linksliberale Presse.³⁹⁸ William Waldegrave, junger Tory aus gutem Hause, der 1978 mit einer Abhandlung über den Konservatismus und die Zukunft an die Öffentlichkeit trat, erinnerte seine konservativen Mitstreiter daran, dass „by discovering the Liberal classics in their new and vigorous guise, in the writings of Professors Von Hayek, Friedman, and Nozick, they have not discovered true Conservatism but true Liberalism“.³⁹⁹ Konservative hegten den Markt dagegen ein, bändigten seine Zügellosigkeit, und das eben auch mittels sozialpolitischer Staatsintervention. Das Argument wurde ein fester Bestandteil der konservativen Opposition zum Thatcherismus. Chris Patten wärmte es in seinem Plädoyer für einen wohlfahrtsstaatlichen Kurs 1984 wieder auf, wenn er auf jene „old-fashioned Liberals“ in der Partei verwies, die die Konservativen davon zu überzeugen suchten, „that Liberalism is really the heart and soul of the Tory approach“.⁴⁰⁰ Mit *Liberalismus* verbanden diese Männer also vornehmlich marktliberale Überzeugungen.

Quasi von der anderen Seite des innerparteilichen Spektrums her traten Maurice Cowling und Roger Scruton vehement für das Ernstnehmen des Liberalismus als konservativem Gegenspieler ein. Für Scruton war der Liberalismus „the principal enemy of conservatism, with all its attendant trappings of individual autonomy and the ‚natural‘ rights of men“. Während für den Liberalen der Wert der individuellen Freiheit absolut sei, sei sie für den Konservativen einem höheren Wert untergeordnet, nämlich der „authority of established government“, während der Liberale Staat und Gesellschaft kategorial voneinander unterscheide, seien sie im konservativen Denken aufeinander bezogen. Daher, so Scruton, rühre die zentrale Bedeutung der Verfassung und der „rule of law“ für jeden Konservativen.⁴⁰¹ Für Cowling, Scruton und andere lag der hauptsächliche Fokus auf der Gesellschaft, sie sperrten sich gegen deren weitere Liberalisierung. *Liberalismus* hatte in diesem Kontext einen anderen Klang als in den Kreisen um Gilmour oder Waldegrave.

Trotz aller dieser Warnungen und Einwände: Für den Thatcherismus stellte sich die politische Welt dichotomisch dar: dort Konservative, da Marxisten. Und dies galt sowohl außen- als auch innenpolitisch.⁴⁰² Die polarisierte politische Situation im Großbritannien der 1970er Jahre verstärkte diese Dichtomie. Mit der

³⁹⁸ Vgl. z. B. ALAN WATKINS, Where Have All the Phrases Gone?, in: THE OBSERVER, 14. 8. 1977; ders., Is Mrs T a Tory?, in: ebd., 2. 8. 1978.

³⁹⁹ WALDEGRAVE, The Binding of Leviathan, 1978, S. 46.

⁴⁰⁰ PATTEN, The Tory Case, 1983, S. VII.

⁴⁰¹ SCRUTON, The Meaning of Conservatism, 1980, S. 16, 19 und 69; vgl. außerdem COWLING, Conservative Essays, 1978.

⁴⁰² Am Beispiel ihrer Rhetorik zeigt das DOREY, The Oratory of Margaret Thatcher; das dichotomische Weltbild Thatchers manifestierte sich auch in ihrem Sprechen über außenpolitische Zusammenhänge, wie Stephen Benedict Dyson nachweist: DYSON, Cognitive Style and Foreign Policy.

Labour-Regierung unter James Callaghan, auf die die Gewerkschaften großen Einfluss ausübten, mit einer tiefen Rezession, einer Staatsschuldenkrise, die den demütigenden Gang Großbritanniens zum Internationalen Währungsfonds nötig machte, mit ständigen Streiks, hoher Arbeitslosigkeit und einer galoppierenden Inflation glaubten die Konservativen ihr Land am Rande des Zusammenbruchs, verursacht durch linke Politik. Norman Tebbit warnte beispielsweise 1977 in der ohnehin aufgeheizten Atmosphäre des Grundwick-Streiks⁴⁰³ vor der Gefahr, die von „Marxist collectivist totalitarians“ im eigenen Land, „[i]nside Britain“, ausgehen würde. Zwar klein an Zahl, doch allesamt in einflussreicher Position in der Gewerkschaftsbewegung, seien sie auf dem besten Weg, Großbritannien in einen kommunistischen Staat zu verwandeln. „Appeasement“ – und die Erinnerung an 1938 war intendiert – führe in eine Sackgasse. Nur energische Gegenwehr könne das Unheil abwenden.⁴⁰⁴ Bereits seit Mitte der 1960er Jahre hatte Enoch Powell gegen den *enemy within* gehetzt und war auf Resonanz in der Partei gestoßen.⁴⁰⁵ Dort Konservative, da Marxisten also. Dementsprechend ordnete sich das Vokabular in Gegensatzpaaren. Ein Beispiel dafür bietet der *Stepping Stones Report*, der 1977 von John Hoskyns und Norman Strauss der Parteiführung vorgelegt wurde.⁴⁰⁶ Ausgangspunkt der Autoren war der unüberwindbare Gegensatz der Conservative Party zum *Sozialismus*, repräsentiert vor allem durch die Gewerkschaftsbewegung. Die Kommunikationsstrategie, die Hoskyns und Strauss der Parteiführung vorschlugen, zielte auf die Schärfung der Gegensätze. Als zentrale Begriffe brachten sie „the Sick Society“ gegenüber „the Healthy Society“ auf. Über eine Emotionalisierung der politischen Botschaften sollte die ‚sozialistische‘ ‚Sick Society‘ mit „class war, dishonesty, tax fiddling, intimidation, shoddy work“ und die ‚konservative‘ ‚Healthy Society‘ mit „unity, effort, quality of work, fairness, trust, straight dealing“ assoziiert werden.⁴⁰⁷ In der Folge tauchte das Begriffspaar in Thatchers Reden tatsächlich auf.⁴⁰⁸

Das Sprechen in Gegensatzpaaren war dabei sicherlich keine Erfindung der Thatcherites, sondern war, wie wir gesehen haben, tief in der Sprache der Partei verankert. Dies galt ganz besonders für die antisozialistische Flanke, an der die Konservativen seit 1945 kämpften. Auch Heath hatte sich dieser Traditionsbestände bedient und in der Figur des *great divide* zugespitzt. Damit hatte er der Dichotomisierung konservativer Sprache die Tür geöffnet. Was der Sprache des

⁴⁰³ Vgl. BECKETT, *When the Lights Went Out*, S. 358–403; SANDBROOK, *Seasons in the Sun*, S. 599–618.

⁴⁰⁴ TEBBIT, *Upwardly Mobile*, 1988, S. 153–154.

⁴⁰⁵ Siehe S. 66.

⁴⁰⁶ Vgl. DENHAM und GARNETT, Keith Joseph, S. 306–307; GREEN, *Thatcher*, S. 115–117.

⁴⁰⁷ Vgl. MTFW 111771, „Stepping Stones“ Report, 4. 11. 1977, S. 18; weiter unten finden sich folgende Begriffsketten: „Sick Society“: „materially impoverished, dishonest, stupid, arbitrary, unfair, and finally frightened; so that it is pitied, as childish and backward, rather than respected by other countries“; dagegen die „Healthy Society“: „fairness, tolerance, openness to new ideas, respect for the law, material and intellectual independence – all in all, maturity and responsibility“, ebd., S. 29–30.

⁴⁰⁸ Vgl. z. B. ebd. 104053, Margaret Thatcher, *Speech to Conservative Trade Unionists*, 29. 4. 1979.

Konservatismus der Thatcherites allerdings ihre spezifische Prägung verlieh, war die gleichzeitige Zurückdrängung des Strukturprinzips des Ausgleichs. Während es in der politischen Sprache vor allem der Heath-Regierungen dominiert hatte, rückte es in der Sprache des Thatcherismus in die zweite Reihe. Dadurch erhielt das Prinzip der Gegensatzbildung solches Gewicht. Es sorgte für eine Reduktion von Ambivalenz und Mehrdeutigkeit in der konservativen Sprache – und dies ist kaum besser zu beobachten als am Konservatismusbegriff selbst. Er erhielt eine Eindeutigkeit, die er zuvor kaum je gehabt hatte. In einer ihrer Wahlkampfreden im Jahr 1979 versuchte sich Margaret Thatcher an einer Zusammenfassung des Konservatismus in einem Satz: „Indeed, if I had to sum up Conservatism in one phrase“, erklärte sie ihrem Publikum im walisischen Cardiff, „I would say this: it means a sense of personal responsibility, responsibility for one’s own family and responsibility towards others“.⁴⁰⁹ *Responsibility* – Verantwortung – war in dieser Sicht der konservative Schlüsselbegriff.

Solche Kurz-Definitionen des Konservatismus aus Thatcherschem Munde konnten auch andere Begriffe des semantischen Netzes in den Vordergrund rücken. Als die Regierungschefin 1981 von Ronald Reagan zum Dinner in das Weiße Haus geladen war, lieferte sie eine alternative Kurz-Beschreibung des Konservatismus: „Conservatism means harnessing, but still more, the liberation of the fundamental strengths and resources which make a country great, which make its people prosperous and self-reliant.“⁴¹⁰ Hier wurden das Wortfeld des Bewahrens und Pflegens aufgerufen sowie der Freiheitsbegriff evoziert. Doch nicht nur Thatcher bediente sich eines solchen Statements. Auch Angus Maude griff etwa beim Parteitag 1978 darauf zurück: „if Conservatism means anything it means more choice for individuals“.⁴¹¹ Die Abweichung der drei Definitionen spielte dabei kaum eine Rolle. Wichtig war zweierlei: Zum einen bedienten sich die Definitionen aus einem Pool von Schlüsselbegriffen, die mit dem Konservatismusbegriff seit Langem eng verschweißt waren wie *freedom, responsibility, the individual, choice* usw. – uns sind diese Begriffe bereits begegnet; zum anderen schien allein die bloße Behauptung, dass der Konservatismus so prägnant auf den Begriff zu bringen sei, den Beweis für seine Eindeutigkeit zu liefern. Bereits 1975 war diese Eindeutigkeit, die sich mit Thatchers Sprechen über den Konservatismus verband, ein Trumpf in ihrer Hand. Zwei Wochen vor der Entscheidung über die Nachfolge Heaths an der Spitze der Partei hatte Patrick Cosgrave bemerkt, dass es in erster Linie der Eindruck sei, „that she stands for something recognisable as Conservatism which has gained so much support for her in recent weeks“.⁴¹²

Die Gruppe der innerparteilichen Opposition, die bald als *wets* (also als weich, nachgiebig, schwach) bezeichnet wurden – im Gegensatz zu den Thatcherite

⁴⁰⁹ Ebd. 104011, Margaret Thatcher, Speech to Conservative Rally in Cardiff, 16. 4. 1979.

⁴¹⁰ Ebd. 104579, Exchange of Toasts at White House Dinner, 26. 2. 1981.

⁴¹¹ CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE, Conservative Party Conference 1978, 1297/78, B1, Angus Maude.

⁴¹² Patrick Cosgrave, zitiert in: RAMSDEN, *The Winds of Change*, S. 446.

dries – arbeitete sich an dieser Eindeutigkeit ab. Die Formulierung eines Gegenentwurfs war denn auch eine solche: Genauso wie die Thatcherites sich auf konservative Traditionen beriefen, taten das Ian Gilmour, Peter Walker, Norman St John-Stevas oder Chris Patten. Sie sahen sich in Kontinuität zu dem Konservatismus eines Harold Macmillan, Richard Austin Butler und Iain Macleod. Dabei war für ihre Verortung in der Geschichte konservativen Denkens und politischen Handelns das Konsens-Narrativ der Thatcherites ausschlaggebend – sie eigneten es sich an, trugen den Schlüsselbegriff *consensus* nun als positives Banner vor sich her. Dabei formulierten sie den Konservatismusbegriff ebenso um wie das die Thatcherites taten – nur eben auf andere Art und Weise, im Rückgriff auf alternative Traditionsbestände des konservativen Vokabulars. Während die Thatcherites den Begriff *Conservatism* profilierten, wählten die *wets* den Begriff *Toryism*; während die Thatcherites das Christliche radikal individualisierten, betonten die *wets* seine sozialpolitische Dimension; während die Thatcherites das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese samt seiner semantischen Netze in den Hintergrund drängten, schoben die *wets* dieses in den Vordergrund; während die Thatcherites ihre Rekonstruktions-Arbeit am ideologischen Vokabular betonten, hoben die *wets* stets hervor, dass sie das Wissen und die Erfahrungen der Vorväter nur fortsetzten, weitertrügen und so konservative Kontinuität verbürgten.⁴¹³ Auch dies waren Sprachstrategien. Die linksliberale Presse griff sie auf und stützte sie.⁴¹⁴ Der Konservatismus- bzw. Toryismus-Begriff der *wets* war ein Produkt der späten 1970er und frühen 1980er Jahre. Der Konservatismusbegriff jedenfalls ließ beide Ausprägungen – die der *wets* und die der *dries* – zu, er stellte dafür die semantischen Ressourcen bereit. Ihren politischen Sprachen lag dieselbe Morphologie zugrunde, die sie als Varianten der konservativen Familie kenntlich machte.⁴¹⁵

Margaret Thatcher stand für eine Variante des britischen Konservatismus, ihre innerparteilichen Kritiker für eine andere. Dass die jeweils eine Gruppe der anderen absprach, überhaupt *konservativ* zu sein, gehörte seit jeher zum Repertoire innerparteilicher Auseinandersetzung. Das war Begriffspolitik, nicht mehr und nicht weniger. Das Verdikt, keine *konservativen*, sondern *liberale* Grundsätze zu vertreten, *liberale* und nicht *konservative* Politik zu machen, haftete Thatcher an – bis heute. Verhalf die erste Frau an der Spitze des Vereinigten Königreichs nicht

⁴¹³ Vgl. z. B. ST. JOHN-STEVAS, *The Moral Basis of Conservatism*, 1980; GILMOUR, *Inside Right*, 1977; WALKER, *The Middle Way Forty Years On*, 1978; CHRIS PATTEN, *Why Mrs Thatcher Should Join the Real Tories*, in: *THE TIMES*, 5.10.1982; PATTEN, *The Tory Case*, 1983; GILMOUR, *Britain Can Work*, 1983. Für einen knappen Überblick über die Positionen der innerparteilichen Kritiker Thatchers in den 1970er Jahren vgl. GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution*, S. 327–341.

⁴¹⁴ Vgl. z. B. LAURENCE MARKS, *Jim Prior – the Acceptable Face of Conservatism*, in: *THE OBSERVER*, 10. 2. 1980; IAN AITKEN, *Mr Pym as the True Heir to the Tory Tradition*, in: *THE GUARDIAN*, 13. 5. 1985.

⁴¹⁵ E.H.H. Green hat überzeugend gezeigt, dass der Thatcherismus aus der Geschichte des britischen Konservatismus zu erklären ist und in dieser wurzelt, vgl. GREEN, *Ideologies of Conservatism*; ders., *Thatcher*; ihm folgt GEPPERT, *Wie liberal ist der britische Konservatismus?*.

im Schulterschluss mit Washington dem Neoliberalismus zum globalen Durchbruch? Etablierte sie einen „konservativ gewendete[n] Liberalismus“ in Großbritannien, von dem sich das Land bis heute nicht verabschiedet hat, wie Dominik Geppert jüngst argumentierte?⁴¹⁶ Diese Interpretation geht am Eigentlichen vorbei. Denn der Thatcherismus bewegte sich vollends in den etablierten Sprachmustern des britischen Konservatismus. Er bediente sich der Begriffsbestände konservativer Sprache, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hatten, hob einzelne hervor und vereindeutigte sie. Auch die Regeln der Morphologie konservativer Sprache wurden nicht verletzt – vielmehr wurden ihre Strukturprinzipien in ihrer Wertigkeit neu gruppiert, was Verschiebungen in den semantischen Netzen nach sich zog. Das neoliberale Theoriegebäude, das keineswegs so eindeutig war, wie oftmals insinuiert, diente dabei sicherlich als ideeller und begrifflicher Steinbruch. Allein: Die einzelnen Steine und Splitter wurden unsystematisch integriert – so sie anschlussfähig waren. Die Voraussetzung dafür bildete die Verankerung einer liberalen Semantik des Marktes in den politischen Sprachen des britischen Konservatismus seit dem 19. Jahrhundert. Sie stand seit jeher in Spannung zu anderen Begriffsbeständen. Das führte zu offensichtlichen Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen, die während der Regierungszeit Thatchers ein ums andere Mal aufbrachen.⁴¹⁷

Als Margaret Thatcher 1979 zur Premierministerin gewählt wurde, trat sie ihr Amt mit dem Versprechen an, konservativem Denken wieder Geltung zu verschaffen in Großbritannien. Es folgten elf Jahre Regierungszeit, während derer die britische Politik und die britische Gesellschaft ganz fundamental ihr Gesicht veränderten und während derer Kernbegriffe des Thatcherismus die allgemeine politische Sprache zu prägen begannen. Die konservative Wende schien indes in den Augen vieler Zeitgenossen bereits Ende 1980 im transatlantischen Maßstab besiegelt worden zu sein, als mit Ronald Reagan die Führungsfigur des US-amerikanischen *new conservatism* zum 40. Präsidenten der USA gewählt worden war. Mit dem Regierungsantritt Helmut Kohls als Kanzler einer CDU-FDP-Koalition im Oktober 1982 in der Bundesrepublik Deutschland glaubten nicht wenige, dass sie nun die Mitte Europas erreicht hatte – zur Freude der einen, zur Verzweiflung der anderen. Aber was hatten britische Konservative und bundesrepublikanische Christdemokraten gemein? Konnte Helmut Kohls CDU so einfach als *konservativ* bezeichnet werden? Die Kommentatoren waren sich nicht einig. Das konnten sie auch kaum. Denn hinter diesen Fragen verbargen sich komplexe Begriffswelten.

⁴¹⁶ GEPPERT, *Konservative Revolutionen?*, S. 288.

⁴¹⁷ Vgl. VINEN, *Thatcher's Britain*; PLEINEN, „Health Inequalities“; TOMLINSON, *Thatcher, Monetarism and the Politics of Inflation*; SUTCLIFFE-BRAITHWAITE, *Neo-Liberalism and Morality*.

3. Die schwierige Suche nach dem Konservativen in der Bundesrepublik Deutschland

3.1. Herausgefordert von der liberalen Demokratie. Der Konservatismusbegriff in der frühen Bundesrepublik

Was 1945 in Schutt und Trümmer sank, war mehr als nur der Nationalsozialismus oder die Größe des Reiches. Mit ihnen fielen in den Staub auch Begriffe, Gefühle, Lebenswerte, die jedem Konservativen teuer sind: Ordnung, Autorität, Tradition. Zu sehr waren sie missbraucht, ausgehöhlt, entleert worden; sie waren in die Nähe des Unheimlichen und Abstoßenden gekommen; man konnte sie so leicht nicht wieder daraus lösen.¹

In der Tat: Das Ende des angeblich tausendjährigen ‚Dritten Reiches‘ und damit der nationalsozialistischen Herrschaft, auf deren Konto millionenfacher Tod wie umfassende Verwüstung gingen, bedeutete auch das Ende der „lingua tertii imperii“, der Sprache des Dritten Reiches, die Victor Klemperer, unter nationalsozialistischer Verfolgung leidend, akribisch notiert und analysiert hatte.² An der Sprache und ihren Begriffswelten zeigte sich, wie tief sich die nationalsozialistische Ideologie in die deutsche Gesellschaft eingegraben hatte. Gleichermäßen offenbarte die Sprache, die im nationalsozialistischen Deutschland propagiert und gesprochen wurde, ein Charakteristikum des Nationalsozialismus: Seine Ideologie war eklektisch, relativ offen und oft uneindeutig; sie bediente sich aus den verschiedensten ideellen Kontexten, aus denen sie Begriffe und Interpretamente aufzog und sich anverwandelte.³

Dies traf auf kaum ein politisches Spektrum so zu wie auf den Weimarer Konservatismus. Die begrifflichen und ideellen Überlappungen, Synergien und Diskurskoalitionen mit dem Nationalsozialismus sind detailliert beschrieben worden.⁴ In der durch einen begrenzten Pluralismus gekennzeichneten nationalsozialistischen Öffentlichkeit verschwammen konservative und nationalsozialistische Begriffswelten bis zur Unkenntlichkeit. Dies galt besonders für die Begriffsbestände der Weimarer neuen Rechten, erfasste aber genauso die des nationalistischen, antidemokratischen Konservatismus, der sich parteipolitisch hauptsächlich in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ausgebildet hatte.

Konservativ war nach 1945 problematisch geworden. Zu den Untiefen einer nationalsozialistisch durchseuchten Sprache kam, dass der Weimarer politische Konservatismus für seine Rolle zunächst bei der Delegitimierung und dann der Zerstörung der Republik in Verantwortung genommen wurde. Konservative hatten

¹ PAUL SETHE, Ein neuer Wilhelminismus? Noch gibt es in Deutschland keine konservative Bewegung, in: DIE ZEIT, 10. 3. 1967.

² KLEMPERER, LTI.

³ Vgl. RAPHAEL, Pluralities of National Socialist Ideology.

⁴ SONTHEIMER, Antidemokratisches Denken, 1962; BREUER, Anatomie; BREUER, Ordnungen der Ungleichheit; SIEFERLE, Die konservative Revolution.

das Bündnis mit dem Nationalsozialismus gesucht und Hitler so erst an die Macht gebracht. Sollte ein demokratischer Neubeginn gelingen, musste mit der antiliberalen Tradition deutschen Denkens gebrochen werden, so lautete eine häufig vorgebrachte Forderung im Nachkriegsdeutschland. Der Politik der Westalliierten lag dieses Prinzip zugrunde, das die Praxis der Reeducation leitete. Demokratie zu lernen bedeutete Orientierung an westlichen, liberalen Vorbildern und an solchen deutschen Traditionen des politischen Denkens, die als unverdächtig galten, nationalsozialistisch imprägniert zu sein. Der antiliberal ausgerichtete deutsche Konservatismus galt dafür als herzlich ungeeignet.

Die politische Sprache des deutschen Konservatismus war nach 1945 diskreditiert. Ganz im Gegensatz zu Großbritannien wagten es wenige Konservative, sich als solche zu bezeichnen. Doch so gänzlich in das linguistische Abseits konnte der Begriff nicht verdammt werden, dazu war er zu prominent. So waren die späten 1940er und die 1950er Jahre von einer eigentümlichen Suchbewegung gekennzeichnet. Welchen Platz sollte der Begriff in der politischen Sprache des demokratischen Deutschland einnehmen, was mochte *konservativ* in der Demokratie heißen? Was war nach den Gräueln des Nationalsozialismus überhaupt zu hüten übrig geblieben? In welchem Verhältnis stand ein deutscher Konservatismus zu den Konservatismen der westlichen Demokratien? Die zweite deutsche Demokratie musste allenthalben eine politische Sprache entwickeln, die sie trug und die ihre Zertrümmerung von innen verhinderte – auch hier stand Weimar als warnendes Beispiel vor Augen. So waren die 1950er Jahre ein einziges semantisches Laboratorium. Für die Konservativen wurde die Suche nach dieser neuen politischen Sprache zu einer eklatanten Herausforderung. Sie kristallisierte sich im Konservatismusbegriff. Das setzte diesen auf einen eigentümlichen, spezifisch westdeutschen Pfad.

3.1.1. *Konservatismus* nach der Katastrophe. Determinanten der Begriffsbildung in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Wer bzw. was überhaupt als *konservativ* gelten mochte in Deutschland unmittelbar nach 1945, war keineswegs klar inmitten der Trümmer, die Nationalsozialismus und Völkermord hinterlassen hatten. Woran mochte eine Suche nach dem Konservativen anknüpfen? Was mochte *konservativ* zu sein, was mochte der Impuls, Überkommenes bewahren zu wollen, überhaupt bedeuten in einer Situation vollständigen Zusammenbruchs? War es nicht besser, mit dem Konservativen für immer und ewig abzuschließen, die Chance zu ergreifen, die der Zusammenbruch bot, um sich von einer Tradition loszusagen, die in die absolute Unmenschlichkeit geführt hatte?

Tatsächlich griff man zunächst auf Bekanntes zurück: Die Begriffsbestimmung in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges orientierte sich an der Situation der Weimarer Republik. Wurde über *Konservative* gehandelt, ging es um jene politischen Kräfte der 1920er Jahre, die dem Nationalsozialismus zum Aufstieg verholfen und die NSDAP schließlich in die Regierungsverantwortung

gebracht hatten. Als solche Steigbügelhalter Hitlers galten zum einen die Intellektuellen der Weimarer neuen Rechten sowie einzelne exponierte Figuren wie Carl Schmitt und Martin Heidegger, und zum anderen die Parteien, die sich in der Tradition des preußischen Konservatismus verortet hatten, allen voran die DNVP. Dies war insofern erstaunlich, als die Selbstbeschreibung *konservativ* von der DNVP nur zögerlich verwendet worden war. Denn der Begriff galt bereits 1918 als diskreditiert, nachdem er mit den annexionistischen, kriegstreiberischen und antiparlamentarischen Positionen der Deutschkonservativen im Ersten Weltkrieg verbunden wurde.⁵

In dieses begriffliche Vakuum war die intellektuelle neue Rechte der Weimarer Republik vorgestoßen, die sich im Weltkrieg zu formieren begonnen hatte. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte sie den Begriff okkupiert und ihn in ihrem Sinne umgedeutet. Nicht mehr die Bewahrung von Institutionen und gesellschaftlicher Ordnung sollte Aufgabe des so verstandenen Konservatismus sein, sondern die Konservierung des „Wesentlichen“ im „deutschen Volk“ gegen die Dekadenz des „Westens“. Dafür schien aber ein radikaler, revolutionärer Bruch mit dem Überkommenen nötig, um dieses vorgeblich „Wesentliche“ und damit auch einen erneuerten Konservatismus wieder neu zur Geltung zu bringen. Das „zu Erhaltende“ musste, in den Worten Arthur Moeller van den Brucks, stets neu „errungen“ werden.⁶ Diese Umwertung des Konservatismusbegriffs veränderte seine Zeitstruktur elementar: Zwar wurde vordergründig der Grundsatz der Einheit der Zeitdimensionen gewahrt, doch das Vergangene gleichzeitig enthistorisiert, mythisiert und letztlich als Wunschprojektion in die utopisch aufgeladene Zukunft verlagert. Selbst das konservative Ideal kontinuierlicher Entwicklung wurde verworfen.⁷ Der Konservatismusbegriff stand in dieser Lesart daher auf äußerst wackeligen Beinen.

Zweifel an der Belastbarkeit einer solchen Begriffsdefinition kamen in den neu-rechten Intellektuellenzirkeln selbst auf.⁸ Denn statt des Konservatismusbegriffs setzte sich Ende der 1920er Jahre der „paradoxe Begriff“⁹ der *konservativen Revolution* als Selbstbeschreibungformel durch. Der Begriff war 1927 von Hugo von Hoffmannsthal in einem kulturphilosophischen, allerdings bereits antiliberalen und nationalistischen Sinne eingeführt worden. Wilhelm Stapel und Edgar Julius Jung übernahmen ihn Anfang der 1930er Jahre zur Charakterisierung ihrer

⁵ Vgl. SCHILDT, *Konservatismus in Deutschland*, S. 138; OHNEZEIT, *Zwischen „schärfster Opposition“*, S. 38–40.

⁶ MOELLER VAN DEN BRUCK, *Das dritte Reich*, 1926, S. 201.

⁷ Vgl. BUSSCHE, *Konservatismus*, S. 43–45, der sich vor allem auf BOEHM, *Konservatismus, Deutschnationale Volkspartei und Weltrevolution*, 1919, sowie das Denken Arthur Moeller van den Brucks bezieht (BUSSCHE, *Konservatismus*, S. 152–178); SCHILDT, *Konservatismus in Deutschland*, S. 159–162. Zu Moeller van den Bruck vgl. WEISS, *Moderne Antimoderne*; KEMPER, *Das „Gewissen“ 1919–1925. Für Deutsches Volkstum* vgl. GOSSLER, *Publizistik und konservative Revolution*, S. 195–207.

⁸ Vgl. die Ablehnungen des Begriff in *Die Kommenden*, der Zeitschrift der Bündischen Jugend: BREUER und SCHMIDT, *Die Kommenden*, S. 219–222.

⁹ SCHILDT, *Konservatismus in Deutschland*, S. 157.

eigenen Anstrengungen mit klar politischer Stoßrichtung.¹⁰ Die *Konservative Revolution* propagierte Jung als genuin deutsche Gegenbewegung gegen die Ideale der „Französischen Revolution“, als Bewegung gegen alles das, was der „Westen“ zu verkörpern schien – Liberalismus, Parlamentarismus und Individualismus. *Konservative Revolution*, so definierte Jung 1932,

nennen wir die Wiederinachtsetzung all jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an Stelle bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersönlichkeit.

Jung schwebte dabei eine deutsche Vorherrschaft über Europa vor, „eine neue Ordnung, ein neues Ethos und eine neue abendländische Einheit unter deutscher Führung“.¹¹

Ganz entscheidend war die Zeitstruktur, die der Idee der *Konservativen Revolution* zugrunde lag und in der paradoxen Begriffsverketzung um einiges überzeugender ausgedrückt werden konnte als im zunächst herangezogenen Konservatismusbegriff: Realisiert werden sollte eine politische und gesellschaftliche Ordnung, die sich an den Konstitutionsprinzipien einer Welt vor den Umwälzungen der Französischen Revolution orientierte. Das Vergangene sollte im revolutionären Akt wieder zu seinem Recht kommen, das Rad der Geschichte gewaltsam zurückgedreht werden. Dabei ging es Jung allerdings nicht um eine Restauration des Ancien Regime, sondern um eine revolutionäre Wiedereinsetzung des ewig Gültigen. „Wir sehen die Welt wieder wie sie ist, weil wir selbst nicht nur von dieser Welt sind, sondern weil wir die metaphysische ahnen und als kosmisches Gesetz in uns fühlen.“¹² Die Negation des Fortschritts manifestierte sich letztlich in der Abkehr von einem linearen Geschichtsverständnis. „Form“ war im ewig Gültigen zu finden, das einer Entwicklungsgeschichte enthoben schien. Der revolutionäre Akt beendete für Jung für immer den liberalen, auf eine Zukunft hin orientierten Irrweg und setzte ein statisches Zeitmodell wieder in sein Recht. Ganz in diesem Sinne bestimmte Hermann Rauschning 1941 in Bezug auf Hoffmannsthal und Jung „konservative Revolution“ als gegen die Ideen der Französischen Revolution gerichtete Bewegung.¹³

Zu einer festen Kategorie wurde der Begriff aber erst nach 1945 mit Armin Mohlers Arbeit zu den Rechtsintellektuellen der Weimarer Republik, deren Denken er erst systematisierte und dem er damit analytisch klare Konturen verlieh.¹⁴ Die Theorien der *Konservativen Revolution* präsentierte Mohler als eigenständiges

¹⁰ Vgl. STAPEL, *The Coming Conservative Revolution, 1931*, zitiert in: DIETZ, *Gab es eine Konservative Revolution in Großbritannien?*, S. 625; DIETZ, *Neo-Tories*, S. 142.

¹¹ JUNG, *Deutschland und die konservative Revolution, 1932*, S. 380.

¹² Ebd., S. 383.

¹³ Vgl. RAUSCHNING, *Die konservative Revolution, 1941*.

¹⁴ Zu Armin Mohler vgl. die von unkritischer Sympathie gezeichnete Biographie von WEISSMANN, *Armin Mohler*; außerdem LEGGEWIE, *Der Geist steht rechts*, S. 187–211; WALKENHAUS, *Armin Mohlers Denkstil*; VAN LAAK, *Gespräche in der Sicherheit des Schweigens*, S. 256–262; PFAHL-TRAUGHBER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“, S. 164–170.

Denksystem und ganz dezidiert als nicht-nationalsozialistisch. *Konservative Revolution* und Nationalsozialismus erschienen in seiner Arbeit als zwei voneinander unabhängige „Stränge“ politischen Denkens. Mohler betrieb Begriffspolitik in gegenwärtiger, politischer Absicht. Denn sein Buch schloss er mit einem akzentuierten Bedauern über die Rezeptionsblockade konservativ-revolutionärer Ideen auf Grund ihrer „kompromittierenden Nähe zum Nationalsozialismus“, die er als „unheilvolle[s] Kennzeichen der geistigen Lage der Gegenwart“ wertete.¹⁵ „Konservative Revolution“ definierte Mohler, Jahrgang 1920, der von 1949 bis 1953 als Privatsekretär Ernst Jüngers agierte, sehr pauschal als europäische Gegenbewegung zur Französischen Revolution, mit der „die Welt zum Siege“ gekommen sei, „die der ‚Konservativen Revolution‘ als der eigentliche Gegner erscheint“ und die „an einen stufenweisen Fortschritt glaubt, alle Dinge, Beziehungen und Geschehnisse für verstandesmäßig durchschaubar hält und jeden Gegenstand zu vereinzeln und in sich selbst zu begreifen sucht“. Mohler schloss sich also der Begriffsbestimmung der Konservativen Revolutionäre an. Dabei schied er die so verstandene „Konservative Revolution“ von der „Reaktion“ und „Restauration“, denn ihr ginge es nicht darum, „einfach irgendein Ancien Régime wiederher[zu]stellen“, vielmehr ziele sie darauf ab, „die Grundlagen des Fortschritts“ anzugreifen.¹⁶ Nur theoretisch, nicht praktisch politisch sei die „Konservative Revolution“ bisher ausgestaltet worden, argumentierte Mohler, und zog damit den Strich gegenüber dem Nationalsozialismus noch einmal kräftiger nach.

Die Wahl des Begriffs *konservativ* mit seiner semantischen Wurzel des Bewahrens und Erhaltens verlangte freilich nach Erklärung. „Konservativ“, so Mohler, werde von den Intellektuellen der „Konservativen Revolution“ mit „neue[m] Inhalt“ versehen.¹⁷ Im Gegensatz zum „Reaktionär“ ginge es dem Vertreter des „neue[n] Konservatismus“ nicht um ein „Festhalten an überlebten Einzelformen“. Vielmehr bedeute, so Mohler mit Verweis auf Moeller van den Bruck, „[k]onservativ sein [...] nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt“.¹⁸ Bei der Zuweisung des Zitats hatte er sich hingegen geirrt.¹⁹ Das Bonmot stammte aus einem Beitrag Albrecht Erich Günthers zu *Deutsches Volkstum* aus dem Jahr 1927.²⁰ Der zweite Bestandteil des Syntagmas

¹⁵ MOHLER, Die konservative Revolution, 1950, S. 211.

¹⁶ Ebd., S. 19, Hervorhebung im Original.

¹⁷ Ebd., S. 147.

¹⁸ Ebd., S. 149.

¹⁹ Vgl. Mohlers eigenhändige Ausbesserungen bzw. Ergänzungen im Innenumschlag in einem Exemplar der ersten Auflage seines Buches von 1950, das er 1972 an die Bayerische Staatsbibliothek gegeben hatte: Bayerische Staatsbibliothek 72. 2613; in der Ausgabe von 1972 wird das Zitat zwar A.E. Günther zugeordnet, aber auf einen Aufsatz Günthers aus dem Jahr 1931 verwiesen, vgl. MOHLER, Die konservative Revolution in Deutschland, 1972, S. 115.

²⁰ Vgl. GOSLER, Publizistik und konservative Revolution, S. 197, dort zitiert: GÜNTHER, Nationalismus, 1927: „Die liberale Idee des Fortschritts ist heute als Leben spendende und gestaltende Macht erloschen. Das konservative Wesen kann sich ausdrücken, ohne mehr der Bezugnahme auf sie zu bedürfen. Es kennzeichnet sich nicht mehr als das Hemmrad des Fortschritts oder als Bewahrer des Vergehenden. Es schöpft seine Kraft nicht aus dem, was war, sondern aus dem, was immer ist.“

konservative Revolution, also *Revolution*, hänge, so Mohler, mit diesem spezifischen Verständnis von Bewahren eng zusammen: Sobald eine Sache sich überlebt habe, sei sie, wenn nötig auch gewaltsam, zu entfernen – „[b]esser ein schneller Schnitt als langsames Faulen, wenn der Untergang ohnehin beschlossen ist“.²¹ Da in einem solchen Verständnis des Konservativen „alles immer schon da“ sei, bedeute „Revolution“ dem Konservativen daher nur „das Ergebnis einer neuen Gliederung des Vorhandenen“.²² Mohler tradierte die Selbstbeschreibung des Weimarer Rechtsintellektualismus in die Nachkriegszeit und adelte sie mit dem Duktus des Wissenschaftlichen, indem er den Begriff *Konservative Revolution* zu einem der historiographischen Analyse machte.

Mohlers Bedauern über die mangelnde Konjunktur der Ideen der Weimarer neuen Rechten wurde in jenen intellektuellen Kreisen geteilt, die er in seinem Buch beschrieben hatte. Die Mehrzahl der Vordenker der autoritären Wende hatten sich nach 1945 in die „Sicherheit des Schweigens“ zurückgezogen, pflegten dort weiterhin das Gespräch mit- und übereinander und vermochten dabei, vermittelt durch jüngere Verehrer wie Mohler, Gerhard Nebel oder Egon Vietta,²³ durchaus in die intellektuelle Öffentlichkeit der jungen Bundesrepublik zu wirken.²⁴ Dies war aber nur möglich, wenn sie – anders als in Weimar – die Grenzen anerkannten, die ihnen die Bonner Republik setzte. Der Konservatismus Bonns konnte – anders als der Konservatismus Weimars – öffentlich nur als Konservatismus in der liberalen Demokratie artikuliert werden. In diesem Kontext sind die Deutungen des Begriffs zu verstehen, die von verschiedenen Seiten in den 1950er Jahren vorgebracht wurden. Was *konservativ* in der politischen Situation nach 1945 und dann vor allem nach 1949 bedeuten sollte, wollte man den Begriff in der politischen Kultur der Demokratie fruchtbar machen, war zunächst offen. Dementsprechend sind die Anläufe zur Füllung des Konservatismusbegriffs in den 1950er Jahren zuallererst als vorsichtige Suchbewegungen zu verstehen.

Voraussetzungslos waren die Begriffszuschreibungen allerdings keineswegs. Die deutsche Geschichte lieferte, wie wir gesehen haben, genügend Bedeutungsvorläufer. Außerdem richtete sich der nach Blick Großbritanniens, wo sich der Konservatismus in der liberalen Demokratie ausgesuchter Lebendigkeit erfreute. Zur Auseinandersetzung mit ‚westlichen‘ Ideentraditionen gezwungen, schauten die deutschen Nachkriegsinterpreten des Konservatismus gen Nordwesten, zumal die britische konservative Tradition eine Fülle sehr unterschiedlicher, mehr oder weniger liberaler Ansatzpunkte bot.²⁵ Zugleich blickten sie aber auch über den Atlantik bzw. vermeinten dies zu tun. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte

²¹ MOHLER, *Die konservative Revolution*, 1950, S. 149.

²² Ebd., S. 149–150.

²³ Vgl. STREIM, *Der Auftritt der Triarier*.

²⁴ Vgl. VAN LAAK, *Gespräche in der Sicherheit des Schweigens*; MORAT, *Von der Tat zur Gelassenheit*; MEHRING, *Carl Schmitt*, S. 438–578; SCHÖNING und STÖCKMANN, *Ernst Jünger und die Bundesrepublik*; KIESEL, *Ernst Jünger*, S. 534–626; GOSCHLER, *Radikalkonservative Intellektuelle*.

²⁵ Vgl. dazu nun SCHILDT, *Ideenimporte*, bes. S. 12–14; GALLUS, *Traditionstransfer*.

und politischen Kultur der USA, omnipräsent im besetzten Deutschland, bot auch für Konservative Anknüpfungspunkte. Eine besondere Rolle kam dabei Alexis de Tocqueville zu, dem französischen Intellektuellen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dessen *De la démocratie en Amérique* (1835/40) zu einem Standardwerk der konservativen Aussöhnung mit der Demokratie wurde.²⁶

Dieser ‚westliche‘ Referenzrahmen bot sich auch deshalb besonders an, weil ein Rückgriff auf die deutsche Tradition wie auf die deutsche Geschichte des vergangenen Jahrhunderts problematisch war – die deutschen Konservativen mussten sich die Geschichte, auf die sich berufen mochten, und die Vergangenheit, die zu bewahren sie sich verpflichtet glaubten, erst mühsam rekonstruieren. Was lag näher, als in die Anfänge modernen konservativen Denkens zurückzugehen und an seine europäische Verflechtungsgeschichte zu erinnern. Neben Alexis de Tocqueville spielte dabei das Denken Edmund Burkes eine zentrale Rolle, dessen Schriften von Friedrich von Gentz bereits 1793 ins Deutsche übertragen worden waren.²⁷ Hans Freyer, zentrale Figur des Weimarer Rechtsintellektualismus, wählte etwa 1951 einen Text Burkes aus, um seiner Leserschaft den „politischen Grundbegriff“ Konservatismus quasi unverfälscht an seinem „Ursprung“ näher zu bringen – allerdings ohne die Auswahl der Burke-Passage zu rechtfertigen oder zu kommentieren.²⁸

Bestimmt wurden die Anläufe in der frühen Bundesrepublik zur Neukonturierung des Konservatismusbegriffs vor allem aber auch durch die Struktur des politischen Raumes, in dem die politische Diskussion geführt wurde. Zum einen betraf dies die Parteibildung und zum anderen die Verbindung von intellektuellem und parteipolitischem Diskurs. Augenscheinlich werden die Charakteristika der deutschen Situation im Vergleich zu Großbritannien. Dort wurde, wie wir gesehen haben, der Begriff *konservativ* bzw. *Konservatismus* seit seiner Einführung in die englische Sprache eindeutig einem politischen Lager zugeordnet, das sich zudem in einer Partei vertreten sah. Die deutsche Parteibildung seit den 1850er Jahren war bekanntermaßen anders verlaufen. Das deutsche Parteiensystem des Kaiserreichs war einerseits durch eine starke Versäulung gekennzeichnet, die von sozialmoralischen Milieus getragen (und verteidigt) wurde. Andererseits prägten es konfessionelle Bruchlinien, die durch die föderale Gestalt des Reiches noch einmal verstärkt wurden. Und im Gegensatz zum Vereinigten Königreich, wo sich mit den Liberalen und den Konservativen zwei große Lager in der Regierungsbildung abwechselten (und auch die Labour Party schließlich in dieses System integriert wurde), konkurrierten im kaiserzeitlichen bundesstaatlichen Deutschland eine ganze Reihe von Parteien miteinander, die je unterschiedliche Aspekte liberaler, konservativer, sozialistischer oder katholischer Überzeugungen zu vertreten meinten. Dabei sorgten konfessioneller Gegensatz und Föderalismus dafür, dass

²⁶ Vgl. STEBER, „The West“, Toqueville and West Germany Conservatism.

²⁷ Vgl. BURKE, Betrachtungen über die französische Revolution, 1793; dazu u. a. ZIMMERMANN, Friedrich Gentz, bes. S. 47–67; GREEN, Friedrich Gentz’s Translation of Burke’s Reflections.

²⁸ Vgl. FREYER, Politische Grundbegriffe an ihrem Ursprung aufgesucht, 1951.

sich neben dem Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus der politische Katholizismus parteipolitisch wie intellektuell als vierte politische Richtung formieren konnte.

Diese konfliktäre Pluralität hatte zur Folge, dass sich jeweils eigene, parteipolitisch und föderal geprägte Begriffswelten ausbildeten. Vor allem die Richtungs-begriffe *liberal* und *konservativ* wurden im Gegensatz zu Großbritannien von den sich formierenden Parteien nur zögerlich als Selbstbeschreibungsforneln verwendet. Für die weitere Entwicklung des Konservatismusbegriffs entscheidend war seine Aneignung durch die Parteien des preußischen Gouvernentalismus, die Deutsche Reichspartei (die sogenannten Freikonservativen) und die Deutsch-Konservative Partei, seit den 1870er Jahren.²⁹ „Preußisch und ostelbisch zu sein, das bestimmte Charakter wie Grenzen der Konservativen“ im deutschen Kaiserreich, wie Thomas Nipperdey bemerkt,³⁰ und ein protestantisch sei dem noch hinzugefügt. Damit war der Begriff eindeutig zugeordnet. In die Begriffswelt des Zentrums, der Partei des politischen Katholizismus – föderalistisch, katholisch und in Opposition zum preußischen Gouvernentalismus –, passte er sicherlich nicht.

Die kaiserzeitlichen Begrifflichkeiten zur Bezeichnung der politischen Richtungen – konservativ, liberal, katholisch, sozialdemokratisch – perpetuierten sich in die Weimarer Republik. Nach 1945 wurden sie reaktiviert, zumal das Parteiensystem, das sich zunächst ausbildete, in deutlicher Kontinuität zu Weimar stand – mit einer Ausnahme: der Formierung von CDU/CSU als überkonfessionellen Parteien. Sie ließ das Prinzip der Konfessionalität, eine schwere Bürde der Weimarer Republik, hinter sich. In der „Union“, einem „Kind der Besatzungszeit“,³¹ sammelten sich ehemalige Politiker des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei (BVP) wie aus DNVP, Deutscher Volkspartei (DVP) und weiteren Weimarer Splitterparteien.³² Sie wollten „christliche“ Politik realisieren nach der nationalsozialistischen Katastrophe, an christlichen Grundsätzen, demokratisch und anti-kommunistisch orientiert. Sie bezeichneten sich als „christlich“ und verstanden die Union als „Partei der Mitte“³³ – der Suche nach adäquaten Begriffen der Selbstbeschreibung in den Unionsparteien werden wir unten nachgehen. Im Laufe der 1950er Jahre sogen CDU und CSU die kleinen Parteien auf, die sich – zu meist als Regionalparteien – als Nachfolgerinnen des Weimarer Konservatismus positioniert hatten. In den meisten Fällen traten führende Politiker der Unionsfraktion im Bundestag bei, was den Parteien den Boden entzog und ihr Wählerpotential so schwächte, dass sie an der Fünfprozenthürde scheiterten und nur mehr eine Randexistenz führen konnten. Diese Entwicklung betraf vor allem die Gesamtdeutsche Partei/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE),

²⁹ Vgl. STALMANN, Die Partei Bismarcks; ders., Die Deutschkonservative Partei; ALEXANDER, Die Freikonservative Partei 1890–1918.

³⁰ NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, 1992, S. 332.

³¹ BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 51.

³² Ebd., S. 21–51.

³³ Vgl. ebd., S. 61–62.

1955, die Deutsche Partei (DP), 1960, sowie (für die CSU) die Bayernpartei, die bei den bayerischen Landtagswahlen im Jahr 1962 marginalisiert werden konnte.³⁴ Der Trend hin zu einem Dreiparteiensystem zweier großer Volksparteien (CDU/CSU und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD) und einer kleinen liberalen Partei (FDP) war am Ende der 1950er Jahre jedoch nicht abzusehen. Vielfach rechneten Politiker, Parteistrategen und Beobachter aus Wissenschaft und Publizistik mit einem Ende der FDP und der Ausbildung eines Zweiparteiensystems nach angelsächsischem Vorbild, dem mit der Einführung des Mehrheitswahlrechts zur endgültigen Durchsetzung verholten werden sollte.³⁵

Es war einiges in Bewegung im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Der Dynamik des politischen Systems entsprach die Dynamik der politischen Begriffe, und beides bedingte einander. Die Debatten um den Konservatismus in den 1950er Jahren replizierten einerseits die Diskursräume der Weimarer Republik, andererseits positionierten sie den Begriff in neuen Kontexten. Dabei unterschieden sich die intellektuellen Strategien: Während die einen sich in das Arkanum des intellektuellen Gesprächs fern aller Parteipolitik zurückzogen, suchten die anderen bewusst den Kontakt zu Politikern, bzw. diese griffen in intellektuellem Duktus selbst in die Begriffsdebatten ein. Neben selbstbewussten Strategien der Begriffsaneignung standen solche der Begriffszuschreibung, die oftmals auf das Konto des politischen Gegners gingen. Alles in allem steckte in dem Begriff um einiges mehr an Leben als dies die Abgesänge auf den deutschen Konservatismus erwarten lassen mochten.

Die diskursive Aneignung des Konservatismusbegriffs in den 1950er Jahren konzentrierte sich auf vier Gravitationszentren: 1) die Intellektuellen der Weimarer neuen Rechten und deren Schüler; 2) die Deutsche Partei; 3) die Abendlandbewegung; 4) die kulturkritische Publizistik. Wie wir sehen werden, wurde hier im Kern verhandelt, ob und wie ein Schlüsselbegriff der Sprache des Antiliberalismus in die Begriffslandschaften der jungen liberalen Demokratie eingepasst werden konnte. Die verschlungene, komplexe Aneignung demokratischen Denkens im deutschen Konservatismus der 1950er Jahre bündelte sich im Prisma der Bedeutungsanreicherung des Konservatismusbegriffs.

3.1.2. Schweigen und zaghafte Begriffsbestimmungen. *Konservatismus* in den bundesrepublikanischen Debatten der Weimarer neuen Rechten

Jene Protagonisten der Weimarer neuen Rechten, die sich nach 1945 mehr oder weniger zustimmend in der Demokratie einrichteten, gelten bis heute als hauptsächliche Vertreter des bundesrepublikanischen Konservatismus der 1950er Jahre.

³⁴ Vgl. ebd., S. 174–190; WOLF, CSU und Bayernpartei.

³⁵ Die Debatte um eine Wahlrechtsreform zumal der späten 1950er und 1960er Jahre ist noch so gut wie unerforscht, vgl. nur POSCHER, Das Weimarer Wahlrechtsgespenst, und JESSE, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform; mit Bezug auf die Wahrnehmung der Weimarer Republik vgl. für die Wahlrechtsdebatte 1953 ULLRICH, Der Weimar-Komplex, S. 399–412.

Im „technokratischen Konservatismus“ hätten sie eine einflussreiche Variante konservativen Denkens geschaffen, so eine erstmals von Martin Greiffenhagen formulierte These.³⁶ Die Analyse ihrer Konstruktionsarbeit am Konservatismusbegriff öffnet eine neue Perspektive auf diese Gruppe. So eindeutig und so klar konturiert wie oftmals behauptet, war ihr Entwurf mitnichten. Vielmehr illustriert ihre Arbeit am Begriff die Unsicherheit der Weimarer Rechtsintellektuellen und den schwankenden Boden, auf dem sie versuchten, ihre Überzeugungen in eine neue Zeit zu retten.

Während Armin Mohler offensiv versuchte, den Begriff der *Konservativen Revolution* in den Begriffswelten der jungen Bundesrepublik zu verankern und damit auch das Denken der Weimarer neuen Rechten zu beleben, erkannten deren führende Protagonisten die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens. Carl Schmitt zog sich zurück; was *konservativ* in der Bundesrepublik bedeuten sollte, dazu sind von ihm keine öffentlichen Äußerungen überliefert. Zu den Begriffswelten des demokratischen Staates wollte der „esoterische Diskurspartisan“ wohl auch nicht beitragen.³⁷ Sein Schüler Ernst Forsthoff, der als Staatsrechtler Entscheidendes zur Theorie des totalen Staates und zur Legitimierung der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen hatte, hatte sich zwar seit 1943 im Zuge seiner Abwendung vom NS-Regime eingehend mit dem Konservatismus auseinandergesetzt, gar an einem großen Buchprojekt zu Geschichte und Charakter konservativen Denkens gearbeitet, dieses Vorhaben aber 1950 endgültig begraben.³⁸ Dies nimmt kaum wunder, vergegenwärtigt man sich die Definition des Konservatismus, die Forsthoff als Alternative zum Nationalsozialismus entwickelte. Er idealisierte die bürgerlichen Entwürfe deutschen konservativen Denkens des frühen 19. Jahrhunderts. Auch Forsthoff glaubte in der Negation der Französischen Revolution bzw. der Ideen, die mit ihr assoziiert wurden, den Kern konservativen Denkens zu finden. „Als konservativ ist derjenige zu bezeichnen, der die innere Assimilation des 19. Jahrhunderts an [die] Revolution nicht mitgemacht hat.“³⁹ Konstituierend für Forsthoffs Konservatismus-Verständnis war seine Ablehnung der liberalen Verfassungstheorie. Legitimität kam nur der überlieferten Ordnung eines organischen Staates zu, eine auf revolutionärem Wege gesetzte Verfassung zeichnete sich nach Forsthoff dagegen durch die charakteristische „Mechanik von oben diktiertem Ordnungen“ aus.⁴⁰ Beginne der Konservatismus, Legitimitätsfragen auch nur in Betracht zu ziehen, höre er auf, Konservatismus zu sein.⁴¹

³⁶ Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, S. 316–346.

³⁷ MEHRING, Der esoterische Diskurspartisan; zur Wirkung Schmitts in der frühen Bundesrepublik vgl. auch VAN LAAK, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens; für Europa: MÜLLER, Ein gefährlicher Geist; zu Schmitts neuere Ideologie der Weimarer Jahre vgl. MEHRING, Carl Schmitt, S. 114–302; FISCHER, Hobbes, Schmitt, and the Paradox of Religious Liberty.

³⁸ Vgl. MEINEL, Der Jurist in der industriellen Gesellschaft, S. 272–278.

³⁹ Ernst Forsthoff, Vorlesung Allgemeine Staatslehre, Wintersemester 1943/44, zitiert in: ebd., S. 277–278.

⁴⁰ Ernst Forsthoff, Die Entstehung des Konservatismus, zitiert in: ebd., S. 277.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 277.

Konservatismus tradierte für Forsthoff also die allgemeingültige, unhinterfragte Gedankenwelt einer vorrevolutionären, idealisierten Welt in die Moderne. Nach dem Krieg glaubte er die Stunde des Konservatismus gekommen, damit rechnend, dass die Kräfte, die die Französische Revolution freigesetzt hatte – Liberalismus, Demokratie, Sozialismus –, erschöpft seien.⁴² Der Verlauf der Geschichte belehrte ihn eines Besseren. Für die liberale Demokratie war Forsthoffs Konservatismus-Verständnis daher denkbar ungeeignet. Es war nur folgerichtig, dass er die Arbeiten an seiner Konservatismus-Studie 1950 einstellte. Insofern verstummte auch Forsthoff. Eine Neujustierung des Konservatismusbegriffs aus dem Geist der Demokratie widersprach seinen antiliberalen und antidemokratischen Überzeugungen.⁴³ Daher mochte ihm dieser wie andere politische Richtungsbegriffe nur mehr als entideologisierte, leere Formel erscheinen.⁴⁴ Er „wandte sich ab von dem, was in der Bundesrepublik den Konservatismus repräsentierte“, wie sein Biograph Florian Meinel konstatiert.⁴⁵ „Das Wort ‚konservativ‘“, so schrieb Forsthoff 1972 an Ernst-Wolfgang Böckenförde, „kommt seit Jahrzehnten in meinem Sprachschatz nicht mehr vor [...], weil es mir nichts mehr sagt.“⁴⁶

Andere Vertreter der neuen Rechten taten sich nach 1945 nicht so leicht damit, einen zentralen Begriff ihrer politischen Sprache ad acta zu legen. Wie Forsthoff reaktivierte Ernst Jünger, neben Martin Heidegger und Carl Schmitt Teil des „Netzwerks der Verschwiegenheit“, das Daniel Morat beschrieben hat,⁴⁷ die Bedeutungsbestände des Konservatismusbegriffs der Weimarer neuen Rechten, allerdings platzierte er seine Begriffsbestimmung ganz gezielt im intellektuellen Diskurs der frühen Bundesrepublik. In seinem 1955 erschienen Essay *Rivarol* fand er dazu Gelegenheit.⁴⁸ „Das Wort ‚konservativ‘“, so Jünger, „gehört nicht zu den glücklichen Bildungen. Es verbirgt einen auf die Zeit bezogenen Charakter und bindet den Willen an die Wiederherstellung unhaltbar gewordener Formen und Zustände.“ Er bezog sich damit auf die etablierte Begriffsbestimmung, die auf die Bedeutungsbestände rekurrierte, die in direkter Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution formuliert worden waren. Die Lösungen, die Chateaubriand oder Burke anboten, meinte Jünger freilich, sagten der Gegenwart nichts mehr – „[m]an tritt in halbverfallene Paläste ein, die unbewohnbar geworden sind“. Anstelle einer Suche nach historischen Beständen schlug Jünger die Besinnung auf das Ewige vor, auf „ein Außerzeitliches, zu dem weder Rück- noch Fortschritt führt“.⁴⁹ Damit reaktivierte er die antiliberalen Ideologie des Unpolitischen,

⁴² Vgl. ebd., S. 278.

⁴³ Vgl. zu Forsthoffs Rolle in der Staatsrechtslehre der frühen Bundesrepublik GÜNTHER, Denken vom Staat her; außerdem ders., Ordnen, gestalten, bewahren.

⁴⁴ Vgl. FORSTHOFF, Die Bundesrepublik Deutschland, 1960, S. 812.

⁴⁵ MEINEL, Der Jurist in der industriellen Gesellschaft, S. 477.

⁴⁶ Ernst Forsthoff an Ernst-Wolfgang Böckenförde, zitiert in: ebd., S. 480.

⁴⁷ MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit, S. 526.

⁴⁸ Vgl. dazu MORAT, Die Entpolitisierung des Politischen, S. 177–178.

⁴⁹ JÜNGER, *Rivarol*, 1978, S. 250.

die dem Weimarer Konservatismus sein charakteristisches Gesicht gegeben hatte. Das Konservative sollte über dem Tagespolitischen schweben.⁵⁰

So hob also Jüngers Konservatismus-Definition ganz ähnlich derer Forsthoffs das Konservative aus den Strukturen moderner Zeitlichkeit heraus. In der Gegenwart vermeinte Jünger auf die Entstehung eines neuen Konservatismus hoffen zu können, auf die Bildung neuer Traditionen aus den ewigen Wahrheiten. Dabei erwartete er auch ein „neues, glaubwürdiges Wort für ‚konservativ‘“, das „nicht erfunden, sondern geboren“ werden musste, nachdem er den Begriff *konservativ* als einer überlebten Epoche angehörig betrachtete.⁵¹ Zugleich jedoch sah Jünger in der Sprache eine konservative Macht, einen Speicher von Wissen und Erfahrung – „die feste Burg, das Kernwerk der Überlieferung“.⁵² Aus ihren Quellen erhoffte er sich die Neukonstitution von Tradition, über die es dem Menschen erst möglich sei, lebenswichtige „Bindung“⁵³ zu gestalten. Was dieses Ewige denn nun konkret sei, das blieb allerdings im metapolitischen und posthistorischen Dunst. Die liberale Demokratie, soviel konnte man schließen, gehörte für Jünger zu den zerstörerischen Kräften einer „gesunden Ordnung“⁵⁴ und war mit dem Konservativen sicherlich nicht vereinbar.

Letztlich wartete Jünger also weiterhin auf eine Neuschaffung des Konservativen zur Überwindung der historischen Entwicklung seit 1789 – wenn auch nicht mehr auf revolutionärem Wege. Auch hier findet sich die Absage an „die Tat“ und die Kultivierung „der Gelassenheit“, die für die Deradikalisierung der Weimarer neuen Rechten seit Mitte der 1930er Jahre typisch ist. Dass diese „Deradikalisierung aber nicht mit einer Demokratisierung oder Liberalisierung verwechselt werden“ darf,⁵⁵ trifft auf Jüngers Konservatismus-Auffassung ebenso zu wie auf sein gesamtes Werk der Jahrzehnte nach 1945.

Auch bei Hans Zehrer, ehemals Herausgeber des jungkonservativen Zentralorgans *Die Tat*, genauso wie bei Wilhelm Stapel, dem einstigen Herausgeber von *Deutsches Volkstum*, ist zu verfolgen, wie Ideenstränge der Weimarer neuen Rechten in den Konservatismusbegriff des Nachkriegs übertragen wurden.⁵⁶ Dies wird deutlich an beider Auseinandersetzung mit Mohlers Charakterisierung der *Konservativen Revolution*. Die beiden kommentierten als Zeitzeugen. Für Zehrer stand fest, und hier stimmte er mit Mohler überein, dass sich in der Moderne zwei große Bewegungen dichotomisch gegenüberstanden: die des Fortschritts, der Aufklärung und des Humanismus auf der einen und der Konservatismus auf der anderen Seite. Aus dieser geschichtsphilosophischen Setzung erhielt der Begriff – wie

⁵⁰ Vgl. MORAT, Die Entpolitisierung des Politischen, S. 178.

⁵¹ JÜNGER, Rivarol, 1978, S. 253.

⁵² Ebd., S. 254–255.

⁵³ Ebd., S. 253.

⁵⁴ Ebd., S. 250.

⁵⁵ MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit, S. 527.

⁵⁶ Zu Transformation und Kontinuität von Zehrer's Denken vgl. SCHILDT, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“; zu Zehrer's publizistischer Tätigkeit nach 1945 mit deutlichen Sympathien VON SOTHEN, Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945.

schon in den Weimarer Jahren – seinen Bedeutungskern. Zehrer situierte den Beginn des neuzeitlichen Weltbildes hingegen nicht in der Französischen Revolution, sondern in der Renaissance, die einen „dynamischen geschichtlichen Prozess“ in Gang gesetzt hätte, der „über die Kräfte des Bewahrenden, des Organischen, hinweggeht, sie überwindet und heute bis an seine äußerste Grenze, den Kommunismus, gelangt ist“.⁵⁷ Wiederum also wurde eine geschichtsphilosophische Deutung dem Konservatismusbegriff eingeschrieben, und wiederum waren die Mächte der Moderne schnell benannt: „Im Geistigen heißt es Humanismus, im Wissenschaftlichen Rationalismus, im Geschichtlichen Fortschritt, im Naturwissenschaftlichen Materialismus, im Politischen Liberalismus, im Gesellschaftlichen Sozialismus.“ Allerdings glaubte Zehrer – und das unterschied ihn von Schmitt, Jünger und Forsthoff –, dass diese Bewegung in der Gegenwart an ihr Ende gekommen sei und die „geistige Führung“ nun in den „Händen der Bewahrenden“ liege. Der Begriff *konservativ* treffe die Realitäten ebenso wenig, wie dies bei anderen politischen Begriffen der Fall sei – und hier glich Zehrer's Argumentation wiederum der Jüngers. Diese Begriffe gehörten einer vergangenen Epoche an, einer Epoche, die überwunden sei. Man habe es daher gegenwärtig mit einem „nachhumanistischen Konservativismus“ des Metapolitischen zu tun – mit einer Figurati-on, die aller zeitgebundenen, realen Politik enthoben sei.⁵⁸ So einfach war die Ersetzung des Terminus dann offenbar doch nicht.

Kleinteiligem Denken wenig zugeneigt postulierte Zehrer diese konservative Herrschaft denn auch gleich über die ganze Welt, und er hatte dabei den Ost-West-Konflikt vor Augen. Zehrer assoziierte offensichtlich den „Westen“ mit den von ihm favorisierten konservativen Kräften, während der Kommunismus des „Ostens“ ihm als die letzte Ausgeburt der „humanistischen“ Bewegung erschien.⁵⁹ Für Zehrer traf dies ebenso auf den Nationalsozialismus zu, den er konsequenter Weise als „radikal-liberal“ bezeichnete. An dieser Stelle konnte er Mohlers Interpretation nur zustimmen: Auch Zehrer zog einen dicken Strich zwischen der Weimarer „konservativ-geistigen Bewegung“ und dem Nationalsozialismus. Dies diente der persönlichen Entlastung und öffnete die Türen zur Partizipation an der demokratischen Öffentlichkeit. Zehrer's Interpretation passte sich ein in den totalitarismustheoretisch gestimmten Chor verschiedenster Couleur, der nach 1945 laut zu hören war.⁶⁰ Für diese Theoretiker lag das Grundübel der Moderne in der Negation des christlichen Gottes. Der Säkularisierung entsprang also das Unheil der Menschheit. Einem an Friedrich Nietzsche geschulten Ernst Jünger etwa lag eine solche Interpretation fern, genauso wie Armin Mohler. Dies monierte Hans Zehrer. Das „Konservative ohne das Christentum“ ähnele einer „Dame ohne Unterleib“. Worauf, so fragte Zehrer rhetorisch, könne sich der „konservative Mensch“ gründen, wenn nicht „allein auf den christlichen

⁵⁷ HANS ZEHRER, Ein geschichtlicher Untergrund taucht auf. Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1933, in: SONNTAGSBLATT, 1. 1. 1950, genauso wie für alle folgenden Zitate.

⁵⁸ Zur Denkfigur der Metapolitik bei Zehrer vgl. PAYK, A Post-Liberal Order?.

⁵⁹ Zur Konstruktion des *Westens* in Deutschland vgl. STEBER und BAVAJ, Germany and „the West“.

⁶⁰ Vgl. SOLCHANY, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus.

Glauben“.⁶¹ Diese Wendung zum Christlichen, die bei Zehrer seit den 1930er Jahren zu beobachten war, ermöglichte eine Transformation seines Konservatismusbegriffs, die, wenn auch resignativ, die Tatsachen des Nachkriegs anerkannte und damit trotz aller Kritik an Liberalismus und Demokratie Eingang in die Begriffswelten der jungen Republik nehmen konnte.

Aus der „Natur“ einer Lebensgemeinschaft“, aus den „ursprünglichen Lebenskräfte[n] des deutschen Volkes“ musste der Konservatismus für Wilhelm Stapel seine Kraft schöpfen, und dazu zählte er das Christentum.⁶² Damit widersprach Stapel der nietzscheanischen, zyklischen Geschichtsphilosophie, die Mohler zugrunde legte, genauso wie er dessen Begriff der *Konservativen Revolution* zurückwies. „Konservatismus kann nach Wesen und Gehalt nie revolutionär sein, kann es auch nie werden. Wenn nach einer Revolution die früheren unterdrückten Mächte wieder zur Herrschaft kommen, so ist das nicht ein konservativer Sieg, sondern Reaktion. Konservative und Reaktionäre sind verschiedenen Wesens.“ Der Kern der Wortbedeutung von *konservativ* lag für Stapel in der „Bewahrung der Kontinuität“. Auch diese Begriffsfestlegung perpetuierte die antidemokratischen Affekte der 1920er und 1930er Jahre, und dies galt nicht nur für die völkische Grundlegung. Der Konservative im Sinne Stapels verachtete demokratische Parteipolitik – er stand über den Parteien, danach strebend das „Ethos der Politik zu erneuern“. Konservatismus bedeutete also auch hier die Suprematie des ewig Gültigen und verband sich mit einer elitären, antidemokratischen Haltung. Wie zu Weimarer Zeiten evozierte Stapels Konservatismusbegriff eine „politikfreie Gesellschaft, eine Gemeinschaft, deren Ordnung von politischen Auseinandersetzungen unberührt sein“ und die ihre Legitimation in irrationalen, letztlich nicht begründungsbedürftigen Prinzipien finden sollte.⁶³ Stapels Hoffnung, dass sich das politische Denken der Weimarer neuen Rechten in seiner christlichen Form, das er als genuin konservativ vorstellte, Bahn brechen mochte, weist auf seine ganz eigene Konstruktion biographischer Kontinuität. Während also Zehrer sich in die Realitäten des Nachkriegs fügte und diese in sein Geschichtsbild integrierte, versperrte ihnen sich Stapel ganz grundsätzlich.⁶⁴

Dagegen fand die Deradikalisierung von Hans Freyers politischen Denken, ganz ähnlich wie das bei Hans Zehrer der Fall war, über die Besinnung auf das Konservative statt – ohne dass er allerdings den Begriff selbst profiliert hätte. Freyer, Soziologe, Theoretiker des „politischen Volkes“ und einstiger Propagator der „Revolution von rechts“,⁶⁵ flüchtete sich nach seiner Abwendung vom Nationalsozialismus in eine geschichtsphilosophische Welterklärung, die in solch

⁶¹ HANS ZEHRER, Ein geschichtlicher Untergrund taucht auf. Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1933, in: SONNTAGSBLATT, I. 1. 1950.

⁶² STAPEL, Kann ein Konservativer Gegner des Christentums sein?, 1951, S. 324 sowie alle folgenden Zitate.

⁶³ BUSSCHE, Konservatismus, S. 364.

⁶⁴ Vgl. VORDERMAYER, Bildungsbürgertum und völkische Idee, S. 353–364 und 380–394.

⁶⁵ FREYER, Revolution von rechts, 1931; Zu Hans Freyers politischem Denken vgl. MULLER, The Other God that Failed; GROSSHEIM, „Totaler Staat“, S. 158–152.

großen Zügen zu argumentieren wusste, dass nationalsozialistischer Völkermord, nicht zu sprechen von individueller Schuld, in weltgeschichtlichen Schwaden verschwanden. Wie bei Zehrer transformierte sich sein völkischer Nationalismus in die Vision eines christlichen Abendlandes. In seiner *Weltgeschichte Europas*, die 1948 bei Dieterich erschien, legte er seine Thesen der Öffentlichkeit des Nachkriegs als „conservative credo“ vor.⁶⁶ Entscheidend war dabei seine Auseinandersetzung mit dem Fortschrittsbegriff. Während er noch 1931 mittels der „Revolution von rechts“ mit den „Resten des neunzehnten Jahrhunderts [...] aufräumen“ wollte, um „die Geschichte des zwanzigsten frei[zu]machen“,⁶⁷ ging er in seinem Theoretisieren – wenn auch widerwillig und letztlich resignativ – nach der Erfahrung von nationalsozialistischer Herrschaft und Vernichtungskrieg von der Gesellschaft aus, die sich seit dem 19. Jahrhundert geformt hatte.⁶⁸ Zwar sah er in der „Dialektik der Vernunft“ noch immer eine große Gefahr und warnte vor der zerstörerischen Kraft der liberalen Ideale, doch propagierte er für die Gegenwart trotz aller ätzenden Kulturkritik keine Position mehr, die auf deren Überwindung drang.⁶⁹

Das 19. Jahrhundert, so Freyer, sei von den „Ideen von 1789“ geprägt gewesen. „Was sich in diesem Jahrhundert entscheidet, was verbindlich wird, tut es in ihrem Lichte oder mindestens in ihrem Namen, in der Nachfolge zu ihnen oder in der Auseinandersetzung mit ihnen.“⁷⁰ Und das galt auch für den Konservatismus. Er war ein Kind der Französischen Revolution. In der Anerkennung des Konservatismus als Kind der Moderne, als dialektische Kraft, geboren aus der liberalen Revolution, lag der entscheidende Schritt hin zur Konzeptualisierung des Konservativen als Teil der Demokratie. Das Konservative konnte so historisch wie gegenwartsaktuell als genuiner Bestandteil des verfassungsliberalen Bezugssystems gedacht werden, war also nicht mehr auf seine Überwindung, sondern auf seine systemimmanente Korrektur hin festgelegt.

Dabei rekurrierte Freyer auf eine spezifisch deutsche Geschichte des Konservatismus, die er als Vorbild und Anknüpfungspunkt für die Gegenwart pries. Sein Ideal waren die preußischen Reformen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. An ihnen zeige sich, so Freyer, wie „kühn und frei konservative Männer“ denken können, wenn sie die Werte, die sie verantwortlich zu hüten haben, total gefährdet wissen.⁷¹ Dabei hätten sie die Ideen des Gegners aufgenommen, um ihnen Paroli bieten zu können – „so stehen auch sie im Zeichen der Revolution“.⁷² Ein solcher „produktiver Konservatismus“, wie er dann formuliert worden sei, sei durch die fortgesetzte Radikalisierung allerdings verkümmert. Die Folge für das konservative Denken habe bestanden in der „Flucht in den Irrationalismus

⁶⁶ MULLER, *The Other God that Failed*, S. 332.

⁶⁷ FREYER, *Revolution von rechts*, 1931, S. 5.

⁶⁸ Vgl. MULLER, *The Other God that Failed*, S. 330–354.

⁶⁹ Zu Freyers Kulturkritik nach 1945 vgl. WIRSCHING, *Konsum statt Arbeit?*, S. 175–176.

⁷⁰ FREYER, *Weltgeschichte Europas*, 1948, S. 896.

⁷¹ Ebd., S. 909.

⁷² Ebd., S. 910.

ohne Entschluss zur Zukunft, Flucht in die Autorität aus Unvermögen zur Freiheit, politische Romantik im faulen Sinne des Worts“.⁷³ Diese Entwicklung mochte Freyer allerdings nicht nur im Deutschland des 19. Jahrhunderts, sondern in ganz Europa beobachten – mit der Ausnahme Großbritanniens. Dessen Geschichte war ihm Ergebnis „konservativer Leistung“ und damit Idealbild eines zeitgemäßen Konservatismus.⁷⁴

Die entscheidende Voraussetzung für Freyers Nachkriegs-Lesart des 19. Jahrhunderts lieferte seine Neu-Interpretation des Fortschritts, die er bereits in *Weltgeschichte Europas* entwickelt hatte und im Laufe des nächsten Jahrzehnts ausformulierte. Freyer fand einen Weg, um Fortschrittsidee und Traditionswahrung zusammenzubinden. Da der Fortschritt an der Substanz, aus der er schöpfe, beständig „zehre“, bedürfe es „haltender Mächte“, die für deren „Regenerationsfähigkeit“ sorgten. Ihre Bedeutung bestehe nicht darin, „den weiterstrebenden Prozess abzubremsen, sondern sich ihm anzuschmelzen und ihm das osmotisch mitzuteilen, was in sekundären Sachsystemen autogen nie wachsen kann: Lebendigkeit, menschlichen Sinn, menschliche Fülle und Fruchtbarkeit.“⁷⁵ Den „haltenden Mächten“ kam in der industriegesellschaftlichen Moderne, in der Freyer anonyme „sekundäre Systeme“ – anonyme bürokratische Ordnungen, über die der Mensch seine Verfügungsgewalt verloren hatte – walten sah, insofern eine ausschlaggebende Rolle zu: Sie bewahrten die Menschheit vor völliger „Entfremdung“.⁷⁶ Dabei war der Modus des so verstandenen Konservativen nicht aufhaltend, bremsend, wie Freyer betonte. Denn was „nur beharrt und sich der Veränderung nur widersetzt, spielt in der Geschichte nicht lange mit“. Dieser „falsche[n] Haltung und Vorstellung“ verfallende konservatives Denken sehr leicht.⁷⁷ Dem gelte es zu begegnen.

Bereits 1948 hatte er seine Hoffnung in die „haltenden Mächte“ formuliert. Seine *Weltgeschichte Europas* ist in der Tat als Manifest eines revidierten, deradikalisierten Konservatismus Freyers zu lesen. Wenn Welten zerbrechen, so Freyer in geschichtsphilosophischer Allgemeinheit und doch gegenwärtiger Bezüglichkeit, werde „der Glaube an haltende Mächte zum Garanten der Zukunft; vielmehr nicht der Glaube an sie, sondern sie selbst werden es, wenn sie mitten im Zusammenbruch da sind und wirken“.⁷⁸ So also bestimmte der bekehrte Prophet des Nationalsozialismus selbstbewusst seinen Standort im Nachkriegsdeutschland. Wie Zehrer propagierte er den Konservatismus als die einzig mögliche, zukunftsverheißende Kraft. Dass die beiden sich dabei als angebliche Kenner der „haltenden Mächte“ selbstredend eine bedeutende Rolle zuerkannten, war ein sicherlich willkommener Effekt dieser Begriffspolitik. Tatsächlich sicherten sie sich so in der

⁷³ Ebd., S. 914.

⁷⁴ Ebd., S. 950.

⁷⁵ FREYER, *Der Fortschritt*, 1952, S. 82.

⁷⁶ Vgl. FREYER, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, 1955, S. 260.

⁷⁷ FREYER, *Der Fortschritt*, 1952, S. 82.

⁷⁸ FREYER, *Weltgeschichte Europas*, 1948, S. 616.

westdeutschen Öffentlichkeit der späten 1940er und 1950er Jahren persönlichen Einfluss.

Arnold Gehlens Kommentar zu Freyers *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* (1955), dessen wichtigster gesellschaftsphilosophischer Schrift nach 1945, nämlich dass die zentrale These des Buches eine „konservative“ sei, traf ins Schwarze.⁷⁹ Gehlen attestierte seinem akademischen Lehrer einen „weltoffenen Konservatismus“, mit dem er offensichtlich selbst sympathisierte. Er lieferte in diesem Zusammenhang eine Definition des Konservatismus, die sich so explizit in Freyers Buch nicht findet:

Der Konservatismus [...] will ein gewachsenes und geschichtliches Erbe von Maßstäben und Haltungen festhalten und bewahren, und in einer so auf das Ideologische abgestimmten Zeit wie der unseren liegt seine Schwierigkeit und Benachteiligung darin, dass er wesensmäßig keine Probleme, keine Planungen, keine Schlagzeilen hergeben kann, mit einem Wort: er ist nicht organisierbar.⁸⁰

Wiederum schwebte das Motiv des sich aller parteipolitischen Vertretung entziehenden, angeblich unideologischen und damit unsystematischen Konservatismus über dieser Definition. Es zeugte einerseits von der Perpetuierung des Antiparteienaffekts der Weimarer neuen Rechten in ihrem bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff und andererseits von den Reserven gegenüber einer demokratischen Öffentlichkeit, die in den auf Konsens bedachten 1950er Jahren vielerorts anzutreffen war.

Infrage stellte Gehlen jedoch Freyers Vertrauen in die unhinterfragte Existenz der „haltenden Mächte“. Aus welchen „Reserven der Geschichtlichkeit“ sei im deutschen Falle zu „schöpfen“, „wenn diese zu einem großen Teil verleugnet werden muss, andere Teile in Zwangsverwaltung genommen sind, wieder andere in ‚unverbindlicher Maßgeblichkeit‘ im geistigen Raume herumstehen, wenn sogar der grauhaarige Avantgardismus schon Fassade ist und überall das Persönliche das Sachliche verstellt“, fragte Gehlen.⁸¹ Die Frage nach der Möglichkeit des Bewahrens angesichts eines völligen Bankrotts intellektueller Traditionen war in der Tat das zentrale Problem der Weimarer Rechtsintellektuellen nach 1945. Da sie es nicht zu lösen vermochten, versandeten letztlich all ihre Versuche, dem Konservatismusbegriff Bedeutung zu geben.

Von dieser Verlorenheit zeugt Gehlens Versuch, dem Konservatismus Substanz zu geben. Allein in einer sich der Utopie (und nicht der Tradition) bedienenden Philosophie mochte Gehlen einen zukunftsverheißenden Weg des intellektuellen Neuaufbaus im zerstörten Deutschland erkennen – für einen Konservativen eine bemerkenswerte Denkfigur. Damit kam der Gehlen des Jahres 1955 den Gedankenvorräten der Weimarer neuen Rechten sehr nahe: Restitution des verschütteten Erbes durch Absage an das Morsche und Neuerrichtung des als ewig Gültig Erkannten auf neuem Grund. Allerdings sollte eine solche Neufassung des Kon-

⁷⁹ Zu Arnold Gehlen vgl. THIES, Arnold Gehlen; DELITZ, Arnold Gehlen; REHBERG, Nachwort des Herausgebers.

⁸⁰ GEHLEN, Zu Hans Freyers Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, 1955, S. 580.

⁸¹ Ebd., S. 581.

servatismus in der Bundesrepublik im Arkanum der Philosophie erfolgen, fern der Politik. Jene Denkfigur, die den „Geist“ als „metapolitische Autorität und Deutungsmacht“ wiederbeleben wollte, geisterte in den 1950er Jahren durch die Feuilletons der Republik.⁸² Sie rechnete mit der Realität, dem Gegebenen, das nicht überwunden, sondern nur verbessert werden konnte. Daher vermochte sie es auch, einen Strich zu ziehen gegenüber bislang prägenden Traditionen des neuerechten Denkens, die in die nationalsozialistische Sackgasse geführt hatten. Ein „Neuanstrich der Fassaden“, zu denen Gehlen den Hegelianismus zählte, gebe kaum Antworten auf die Fragen der Gegenwart. In dieser grundsätzlichen Ambivalenz zwischen utopischer Systemüberwindung und resignativer Systemakzeptanz ist Gehlens „Abschied von der Utopie“ zu verstehen.⁸³

Die Definition des Konservatismusbegriffs, die er vier Jahre später, 1959, anbot, fasste diesen Abschied von der Utopie. Im Gegensatz zu seiner Begriffsbestimmung des Jahres 1955 rechnete Gehlen sowohl mit der Tradition als auch mit dem Fortschritt. Dabei unterschied er den „radikalen“ Konservativen, der ausschließlich am Alten festhalte und sich jeder Neuerung verschließe, von dem flexibleren „europäischen“ Konservativen, der, seinem Wesen nach undoktrinär, das Bestehende verteidige, dabei wissend, dass es niemals ideal sein könne. Diese Verteidigung des Bestehenden halte er aber nur so lange aufrecht, bis „auch die Fortschrittler Traditionalisten werden“. Gehlen zielte auf eine Charakteristik, die er dem Konservativen einschrieb: der „Synthese von Tradition und Fortschritt“. Mit der Gewöhnung an den Fortschritt werde dieser zur Tradition, die dem Konservatismus dann zu bewahren zur Aufgabe gestellt sei. Eine solche „Synthese des schon eingewöhnten, zur Tradition gewordenen und für selbstverständlich gehaltenen Fortschritts“ verortete Gehlen erstens in angelsächsischen Kulturen und erkannte er zweitens im modernen industriegesellschaftlichen Wohlfahrtsstaat.⁸⁴ Wiederum also wurde Großbritannien als Exempel für die positive Bedeutung des Konservatismus zitiert. Der deutsche Abschied vom Radikalismus mündete in Gehlens Interpretation denn auch in einen allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Konservatismus, den er zur Signatur der Zeit erhob. Ganz ähnlich interpretierte der Publizist Hans Schuster 1959 seine Gegenwart, wie wir unten sehen werden.⁸⁵

Der dritte Soziologe neben Freyer und Gehlen, der als maßgeblicher Motor der Ausformulierung eines die Demokratie anerkennenden Konservatismus der 1950er Jahre gilt, ist Helmut Schelsky – nach Dirk van Laak ein typischer „modern conservative with a Conservative-Revolutionary background“.⁸⁶ Am Begriff

⁸² PAYK, *Der Geist der Demokratie*, S. 215.

⁸³ Vgl. NOLTE, *Die Ordnung*, S. 285–287.

⁸⁴ GEHLEN, *Tradition und Fortschritt*, 1959, S. 417 und 419. Einen prägnanten Überblick über Gehlens Theorie der Industriegesellschaft bietet HACKE, *Konservatismus des Standhaltens*; zu Gehlens Institutionentheorie vgl. ders., *Philosophie der Bürgerlichkeit*, S. 140–147; THIES, *Arnold Gehlen*, S. 115–129.

⁸⁵ SCHUSTER, *Konservativ in unserer Zeit*, 1959.

⁸⁶ VAN LAAK, *From the Conservative Revolution to Technocratic Conservatism*, S. 153. Zu Schelsky vgl. GALLUS, *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe*; NOLTE, *Die Ordnung*,

des *Konservatismus* arbeitete er hingegen nicht – in der Tat eine auffällige Leerstelle. Das mochte an seiner Überzeugung liegen, dass die überkommenen politischen Richtungsbegriffe ihre Bedeutung verloren hatten und für die Konturierung politischer Positionen in der Gegenwart nicht mehr taugten.⁸⁷ Diesen Prozess sah der „Poet der Sachlichkeit und Polemiker“ im Zusammenhang mit Utopieverlust und Entideologisierung als den Signaturen seiner Zeit.⁸⁸ Schelsky glaubte seine Gegenwart von einem allenthalben bemerkbaren Zug zum „Restaurativen“ geprägt – dem Wiederanknüpfen an bekannte Formen, Begriffe und Handlungsweisen, die zwar Stabilität vorgaukelten, aber letztlich einer von Grund auf veränderten Gesellschaft nicht adäquat sein konnten. „Ein stillgestandenes Bewusstsein bemüht sich um die bloße Reproduktion der Welt in vorwiegend technischer und organisatorischer Daseinsbewältigung“, lautete sein wenig verheißungsvolles Urteil im Jahr 1955.⁸⁹ Andererseits aber erkannte Schelsky in dem individuellen Bedürfnis nach Rückversicherung durchaus Positives: Das Restaurative drücke in diesem Falle „die Sehnsucht nach dem [aus], was wir einst fraglos besessen haben und was, wie wir immer mehr spüren, Fundamente des Daseins enthielt, auf die wir allzu unwissend oder leichtfertig verzichtet haben“. Der einzelne erkenne so die Bedeutung von Tradition, was für die Wiederherstellung seiner Personhaftigkeit in der gewandelten sozialen Wirklichkeit unbedingt vonnöten sei. Der Weg zum Menschsein, so also Schelsky, führte über die Erkenntnis des Wertes der Tradition. Nicht von ungefähr diente ihm Arnold Gehlen als Gewährsmann dieser Interpretation.⁹⁰

Genau hieraus, aus der Wirkung des „Restaurativen“ auf das Individuum, entwickelte Schelsky eine positive Zukunftsvision, die, wie er hoffte, die Gesellschaft aus ihrer diagnostizierten Statik zu lösen vermochte. „Vielleicht“, so mutmaßte er, „erwächst aber schon in der unscheinbaren Hülle eines ideologie- und planungsfeindlichen restaurativen Zeitbewusstseins der neue, industriegesellschaftliche Traditionalismus des Abendlandes“.⁹¹ Gekennzeichnet sei dieser gerade nicht durch eine Haltung der Restauration, sondern durch eine solche der Renaissance – sprich des Wiedererweckens, des Lebendigmachens des guten Alten auf dem Boden des Neuen. Diese Vision schien Schelsky offensichtlich im tradierten Konservatismusbegriff nicht ausdrückbar zu sein, so dass er stattdessen versuchte, mit „industriegesellschaftlicher Traditionalismus“ einen Alternativbegriff zu prägen. Viel Erfolg war dem zwar nicht beschieden, doch trug Schelsky auch damit dazu

S. 237–240 et al.; zu seinem Institutionenbegriff außerdem HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 147–153.

⁸⁷ Vgl. SCHELSKY, Über das Restaurative in unserer Zeit, 1955, S. 412.

⁸⁸ GALLUS, Schillernder Schelsky, S. 15; zur Figur der *Sachlichkeit* bei Schelsky vgl. THÜMLER, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?. Zu der Diskussion um die *Entideologisierung* vgl. PAYK, Der Geist der Demokratie, S. 282–285; SCHILDT, Konservatismus in Deutschland, 213–214; ders., Moderne Zeiten, S. 425–426.

⁸⁹ SCHELSKY, Über das Restaurative in unserer Zeit, 1955, S. 411; vgl. dazu KIESEL, Die Restauration des Restaurationsbegriffs, S. 179–181.

⁹⁰ SCHELSKY, Über das Restaurative in unserer Zeit, 1955, S. 410.

⁹¹ Ebd., S. 414.

bei, dem Konservativen in der bundesrepublikanischen Demokratie festere Konturen zu verleihen.

Was also kennzeichnete den Konservatismusbegriff, wie er von Vertretern der Weimarer neuen Rechten nach 1945 verwendet wurde? Zunächst fällt die Verzagt-heit auf, mit der sich diese Männer dem Begriff näherten. Keiner von ihnen suchte den Konservatismusbegriff an zentraler Stelle seines Werkes aufzugreifen und neu zu bestimmen. Vielmehr erfolgten Bedeutungszuschreibungen *en passant*, wenn überhaupt. Allem Anschein nach scheuten die Männer vor einer zu deutlichen Kennzeichnung ihres Denkens mit dem verfeimten Konservatismusbegriff zurück – zumal sie damit ihre eigenen, nationalsozialistisch stark imprägnierten Biographien betont hätten. So gesehen, hatte Mohlers Konstruktion der Weimarer neuen Rechten als *konservative Revolution* deutliche Spuren hinterlassen.

Jene indes, die sich wie Carl Schmitt oder Ernst Forsthoff der Demokratie verweigerten, verweigerten sich auch einer Neubestimmung des Konservatismusbegriffs. Sie konnten diesen nur antiliberal denken – in dem Wortschatz der Demokratie hatte *Konservatismus* aus dieser Sicht nur als radikaler Gegenbegriff einen Platz. Daher kam ihnen die sich im Laufe der 1950er und dann vor allem der 1960er Jahre herausbildende liberale Begriffsvariante nur als bedeutungsleer vor. Ihr Referenzrahmen war die politische Kultur Weimars. Vor dem Hintergrund ihrer extremen Polarisierung, ihrer Ideologisierung und ihrer Infragestellung der Demokratie erhielt aus dieser Sicht der Konservatismusbegriff, wie andere politische Richtungsbegriffe auch, seinen Sinn. Demgegenüber erschien die demokratische Konsenskultur der Bundesrepublik als „entideologisiert“, ohne wirkliche Alternativen, letztlich entpolitisiert.⁹²

Jene, die sich auf die Demokratie einließen – aus welchen Gründen auch immer – passten ihr den Konservatismusbegriff ein. Sie nahmen Abschied von der Hoffnung auf Systemüberwindung und erkannten die *Wirklichkeit* – ein zentraler Begriff in diesem Kontext – an. Ihnen war, in den Worten Paul Noltes, ein „funktional argumentierender Pragmatismus“ eigen.⁹³ Im Mittelpunkt dieser Transformation ihres politischen Denkens stand die Aussöhnung mit der Moderne. Der Konservatismus wurde nicht mehr als ihr Gegenpol definiert, sondern als eine ihr inhärente Kraft. Wenn auch diese Anerkennung der Moderne in vielen Fällen resignativ blieb, war dieser intellektuelle Schritt entscheidend. Das Gegensatzpaar von Fortschritt versus Bewahrung, das dem Konservatismusbegriff zugrunde lag, wurde nun also im Rahmen der Moderne gedacht. Weiterhin wurde die Geschichte – meist seit der Französischen Revolution, aber auch seit der Renaissance – als Kampf dieser beiden Prinzipien interpretiert und damit in kulturphilosophischen Großinterpretationen geradezu aufgelöst. Das NS-Regime konnte auf diese Weise trefflich in historischen Schwaden verschwinden, ja sogar zur Ausgeburt „des Liberalismus“ verkehrt werden, um den Konservatismus reinzuwaschen.

⁹² Vgl. z. B. FORSTHOFF, Die Bundesrepublik Deutschland, 1960, S. 812.

⁹³ NOLTE, Die Ordnung, S. 286–287.

Zudem führten Gehlen, Freyer, Zehrer oder Schelsky den Begriff auf seine Zeitdimension zurück – und drängten so problematische Bedeutungsbestände in den Hintergrund. Es fällt auf, dass sich alle Definitionsansätze auf das Verhältnis von *Tradition* und *Fortschritt* konzentrierten, auf die für Konservative in der Tat bedeutende Frage nach der Möglichkeit von Kontinuität im Wandel. Es war, wie wir gesehen haben, etwa für Arnold Gehlen ein längerer Prozess, um schließlich Kontinuität als Synthese von Tradition und Fortschritt denken zu können – und damit von der Denkfigur der Überwindung des Fortschritts durch die Wiedereinsetzung der Tradition in einem revolutionären Akt Abschied zu nehmen.

Die Lösung jener zentralen Frage, die sich all denen stellte, die sich als *konservativ* verstanden, die Frage nämlich, die Gehlen 1955 in seiner Besprechung Freyers aufgeworfen hatte, an welche Traditionen es den Deutschen überhaupt noch möglich sei, anzuknüpfen, die Lösung dieser Frage wurde im Kontext der zaghaften Begriffsfestlegung des Konservativen letztlich nur angedeutet. Sie beschäftigte die Soziologen unablässig. Kontinuität konnte, da waren sich alle hier Genannten einig, ohnehin nur mehr vom Individuum verbürgt werden. Es erschien als Speicher von Erfahrung und Tradition, bewahrte das Überkommene in sich und musste daher vor der „Entfremdung“ im industriegesellschaftlichen System und der „Massengesellschaft“ geschützt werden. Andererseits aber fand es auch „Entlastung“ in den Institutionen der modernen Industriegesellschaft. Gleichzeitig fungierte in dieser Denkfigur das Individuum als konservative Kraft.⁹⁴ Es ist nicht zu verkennen, dass in solchen Entwürfen des Individuums das Ideal des heroischen Tatmenschen nachwirkte, das die Weimarer neue Rechte geprägt hatte.⁹⁵ Nur was konnte das Individuum tatsächlich bewahren, wie konnte es konservierend aktiv werden? Helmut Schelskys Antwort war eindeutig: Es galt, „ein in den Fundamenten gegenläufiges Handlungs- und Wertsystem“ dem Sog des industriegesellschaftlichen Systems entgegenzusetzen.⁹⁶ Dies wurde dem bundesrepublikanischen Konservatismus zur Aufgabe gestellt. Zweierlei ist abschließend festzuhalten: erstens erhielt das Individuum eine zentrale Stellung in einem demokratisierten Konservatismus, wie er von einigen Vertretern der Weimarer neuen Rechten nach 1945 entwickelt wurde; zweitens wurde der Bewahrung etablierter Handlungsformen und Wertordnungen ausschlaggebende Bedeutung beigemessen. Für die weitere Entwicklung des bundesrepublikanischen Konservatismusbegriffs sollten diese Zuschreibungen wichtig werden.

Gleichzeitig wirkten im bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff der Weimarer neuen Rechten antiliberaler Vorbehalte weiter. Erkennbar sind die Kontinuitäten, erstens, in ihrer kulturkritischen Haltung gegenüber der Gesellschaft ihrer Gegenwart, die Axel Schildt und Paul Nolte ausführlich beschrieben ha-

⁹⁴ Zu Arnold Gehlen vgl. DELITZ, Arnold Gehlen; WÖHRLE, Metamorphosen des Mängelwesens; für die Zentralität individueller Autonomie in Freyers Nachkriegsdenken vgl. MULLER, *The Other God that Failed*, S. 339, 352 et al.

⁹⁵ Vgl. WÖHRLE, *Das Denken und die Dinge*, S. 68.

⁹⁶ SCHELSKY, *Zukunftsaspekte der industriellen Gesellschaft*, 1953, S. 103; vgl. auch SCHILDT, *Moderne Zeiten*, S. 347.

ben.⁹⁷ Die Kritik an *Technik* und *Masse*, das Vertrauen in die *Institutionen*, die Konstruktion des *Sachzwangs*⁹⁸ oder die Figur der *Elite*,⁹⁹ all diese Begriffe legten sich um den Konservatismusbegriff, zumal er der Soziologie Freyers, Gehlens und Schelskys mitunter auch von außen zugeschrieben wurde. So subsumierte der *Spiegel* 1956 Gehlen unter einen international wirkenden „Neo-Konservatismus“, zu dem sowohl Walter Lippmann als auch die Ideologie Stalins gezählt wurden.¹⁰⁰ Erst 1971 wurde von dem Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen der Begriff „technokratischer Konservatismus“ in einer, wie wir sehen werden, ideologisch explosiven und intellektuell stark polarisierten Situation geprägt, unter dem diese Strömung des Denkens bis heute gefasst wird.¹⁰¹

Elemente der Gedankenwelt der Weimarer neuen Rechten konservierte ihr bundesrepublikanischer Konservatismusbegriff, zweitens, in der Konturierung des Konservativen als unpolitisch, als der demokratischen Auseinandersetzung der Parteien genauso entgegengesetzt wie bürgerschaftlicher Partizipation. Die „Politisierung des Unpolitischen“, Kern des Weimarer Konservatismus, wirkte so in der Bundesrepublik nach.¹⁰² Dabei gingen antiparlamentarische und anti-liberale Denkfiguren eine eigenartige Symbiose mit dem typisch konservativen Selbstverständnis als grundsätzlich nicht ideologisch ein, das (wie am britischen Konservatismusbegriff deutlich geworden ist) durchaus mit demokratischen Idealen kompatibel war. Dafür musste – und das war entscheidend – der Konservatismus als eine Möglichkeit politischer Haltung im liberalen Rechtsstaat gedacht werden. Im Konservatismusbegriff, wie er von den Advokaten der Weimarer neuen Rechten in der Bundesrepublik der 1950er Jahre konturiert wurde, schwan-gen beide Optionen mit. Diese charakteristische Ambivalenz ermöglichte ihnen die langsame Aussöhnung mit der repräsentativen Demokratie.

Deutlich wird aber auch, welche Rolle dem britischen Konservatismus für die Demokratisierung des deutschen Konservatismusbegriffs zukam: Für die bekehrten Männer der Weimarer neuen Rechten war er Beweis, dass konservatives Denken und Handeln in der Demokratie möglich war, dass sich Tradition und Fortschritt ausgleichen ließen. Dies verband sie mit den Aktivisten der Deutschen Partei.

3.1.3. Eine selbstbewusste Aneignung. Der Konservatismusbegriff der Deutschen Partei

Das zweite Gravitationszentrum einer diskursiven und hier durchaus selbstbewussten Aneignung des Konservatismusbegriffs in der frühen Bundesrepublik

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 344–350; NOLTE, Die Ordnung, S. 283–290; für einen kurzen Überblick über den kulturkritischen Diskurs vgl. KELLER, Kulturkritik nach 1945.

⁹⁸ Vgl. STEINMETZ, Anbetung und Dämonisierung.

⁹⁹ Vgl. REITMAYER, Elite.

¹⁰⁰ Die Kunst, zu überleben, in: DER SPIEGEL, 4. 7. 1956, S. 44.

¹⁰¹ Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, 316–346.

¹⁰² BUSSCHE, Konservatismus.

bildete die Deutsche Partei. Als einzige Partei bezeichnete sie sich ohne Einschränkung als *konservativ*, so dass die Definition dessen, was unter *konservativer Politik* zu verstehen war, im Zentrum ihrer programmatischen Debatten stand. Ganz offensiv wollte sie Abschied von „Wunschbildern“ nehmen,¹⁰³ wollte zeigen, dass ein Neustart des deutschen Konservatismus nach 1945 politisch erfolgreich sein konnte. Am Ende der 1950er Jahre stand die Partei jedoch vor ihrem politischen Aus. Der Abschied von konservativen „Wunschbildern“ war ihr offensichtlich nicht geglückt.

Die DP war aus der Niedersächsischen Landespartei hervorgegangen,¹⁰⁴ die 1945 aus Resten der Deutsch-Hannoverschen Partei und der welfischen Bewegung gegründet worden war und sich 1947 zu einer Umbenennung in Deutsche Partei entschloss, um ihr Aktionszentrum auf das gesamte Gebiet der Westzonen auszuweiten. Letztlich blieb sie aber eine norddeutsche Regionalpartei mit niedersächsischem Schwerpunkt. Mit der geographischen Weitung öffnete sich die Partei politischen Gruppierungen, in denen ehemalige Nationalsozialisten den Ton angaben. Sie drängten die Partei zu einem Kurs der „nationalen Opposition“. Als dezidierte „Rechtspartei“ trat die DP, die seit 1949 eine eigene Bundestagsfraktion stellte und in der ersten Koalitionsregierung Konrad Adenauers vertreten war, denn auch für die Anliegen von Wehrmachts- und Waffen-SS-Soldaten und -Offizieren sowie ehemaligen nationalsozialistischen Führungschargen ein, wetterte gegen die Entnazifizierung und setzte sich für die Ehrung der alten Fahne des Deutschen Reiches ein, die mit dem deutschen Expansions- und Vernichtungskrieg assoziiert wurde.¹⁰⁵

Währenddessen tobte im Inneren ein Flügelkampf zwischen den neuen Landesverbänden, v. a. den Landesverbänden Hamburg, Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen, und der niedersächsischen Gründungsgruppe.¹⁰⁶ Sie stellte mit Heinrich Hellwege den Parteivorsitzenden, der zwischen 1955 und 1959 auch als Ministerpräsident Niedersachsens agierte.¹⁰⁷ Während erstere eine „nationale Oppositionspartei“¹⁰⁸ anstrebten, plädierte letztere für einen Weg der „konservativen Erneuerung“.¹⁰⁹ Der Konservatismusbegriff war dabei bewusst gewählt. Nach dem für die Partei verheerenden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 1953, bei der sie deutschlandweit nur 3,3% der Stimmen auf sich vereinigen konnte und acht ihrer gewählten 15 Bundestagsabgeordneten ihr Mandat Wahl-

¹⁰³ MÜHLENFELD, *Politik ohne Wunschbilder*, 1952.

¹⁰⁴ Zur Niedersächsischen Landespartei vgl. SCHMOLLINGER, *Die Deutsche Partei*, S. 1025–1029, 1042–1045 und 1058–1060; ASCHOFF, *Die Deutsche Partei*, S. 76–79.

¹⁰⁵ Vgl. MEYN, *Die Deutsche Partei*, S. 41–42; SCHMOLLINGER, *Die Deutsche Partei*, 1058–1089.

¹⁰⁶ Vgl. MEYN, *Die Deutsche Partei*, S. 30–44.

¹⁰⁷ Zu Heinrich Hellwege vgl. FREDERICHs, *Niedersachsen*, sowie das unkritische Lebensbild EHRICH, *Heinrich Hellwege*. Ehrlich gehörte zu den engsten Mitarbeitern Hellweges in dessen Zeit als Ministerpräsident Niedersachsens. Zuvor hatte der überzeugte Nationalsozialist in der Auslandsorganisation der NSDAP und im Auswärtigen Amt Karriere gemacht.

¹⁰⁸ Antrag der Landesverbände Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, zum Bundesparteitag in Goslar, 24. 9. 1952, zitiert in: MEYN, *Die Deutsche Partei*, S. 34.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 36.

absprachen mit der CDU verdankten, schlug die Parteiführung konsequent einen Kurs der Distanzierung nach rechts und der programmatischen Klärung ein. Profil sollte der Konservatismusbegriff bringen, wobei stets betont wurde, dass „konservativ“ mit „reaktionär“ nichts gemein hatte, und das obwohl die Begriffe „in Deutschland leicht verwechselt“ würden.¹¹⁰

Unter dem Vorsitz von Hans-Joachim von Merkatz¹¹¹ arbeitete ein Grundsatzausschuss über zwei Jahre an einem programmatisch verstandenen Textentwurf, der schließlich 1955 auf dem Bundesparteitag der DP in Bielefeld als *Zwanzig Thesen einer zeitnahen konservativen Politik* verabschiedet wurde. Dem Grundsatzausschuss war die Aufgabe gestellt zu formulieren, was die Partei unter „konservativer Politik“ verstand. Die Diskussionen im Ausschuss legten wohl offen, wie heterogen die Vorstellungen darüber bislang gewesen waren, wie von Merkatz gestand.¹¹² Dem Bedürfnis nach Klärung dessen, was *Konservatismus* in der Bundesrepublik bedeuten konnte, hatte bereits 1952 Hans Mühlendorf, stellvertretender Parteivorsitzender und Vorsitzender der DP-Fraktion im Bundestag, nachzukommen gesucht. Auch er stammte aus dem niedersächsischen DP-Milieu. Sein Buch *Politik ohne Wunschbilder. Die konservative Aufgabe unserer Zeit* suchte in der Form einer gelehrten Abhandlung „den konservativen Gedanken in einer zeitgemäßen Weise neu zu fassen“ und von allem vergangenheitspolitischen Ballast zu reinigen.¹¹³ 1957 legte von Merkatz ebenfalls eine Schrift vor, die den Konservatismus ideengeschichtlich einzuordnen suchte.¹¹⁴

Sehr systematisch besetzte die DP also den Begriff, wobei die Intellektualisierungsstrategie wohl nicht von ungefähr an die Begriffspolitik der Conservative Party erinnert. Der niedersächsische Blick nach Großbritannien war einerseits historisch und andererseits politisch bedingt. Seit die Hannoveraner 1714 den britischen Thron bestiegen hatten, waren die Verbindungen eng. Daran konnte angeknüpft werden, seit die Briten als Besatzungsmacht in Niedersachsen herrschten.¹¹⁵ Für Heinrich Hellwege ergab sich aus den Hannoveraner Verbindungen gar eine „tausendjährige niedersächsische Mission“, nämlich „Übergangsbrücke und Bindegelenk zur angelsächsischen Welt“ zu sein.¹¹⁶ Mühlendorf schrieb denn auch die neue Attraktivität eines modernen Konservatismus nach 1945 zu einem Gutteil dem britischen Einfluss zu. „Erfolg, Stil und Ethos dieser [konservativen britischen] Politik rechtfertigen damit, als historisches Ganzes genommen, kon-

¹¹⁰ JAN MOLITOR, „Das wär' bei Hitler nicht passiert...“. Die Rechtsradikalen – Gespräch einer Niedersachsen-Fahrt, in: DIE ZEIT, 3. 5. 1951.

¹¹¹ Zu Hans-Joachim von Merkatz, allerdings betont affirmativ, vgl. STRELOW, *Konservative Politik in der frühen Bundesrepublik*.

¹¹² *Konservative Politik ist zeitnah*, 1955, S. 20.

¹¹³ Vgl. MÜHLENFELD, *Politik ohne Wunschbilder*, 1952, S. 6.

¹¹⁴ Vgl. MERKATZ, *Die konservative Funktion*, 1957.

¹¹⁵ Vgl. bereits die Programmatik der Niedersächsischen Landespartei, die u. a. die „engste Verbindung mit dem britischen Imperium“ forderte, vgl. MEYN, *Die Deutsche Partei*, S. 13. Zur britischen Besatzungspolitik vgl. FOSCHEPOTH und STEININGER, *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik*.

¹¹⁶ HELLWEGE, *Niedersachsens deutsche Aufgabe*, 1947, S. 17–18.

servatives Denken überhaupt sichtbarer und eindrucksvoller, als es seine gedankliche Klärung zu tun vermöchte“,¹¹⁷ meinte Mühlenfeld. Besonders die britische parlamentarische Monarchie diene dabei als Vorbild und wurde zur Legitimation monarchistischer Konzeptionen, die im niedersächsischen Flügel der DP verbreitet waren, herangezogen.¹¹⁸ Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rezeption des konservativen britischen Vorbilds äußerst selektiv vor sich ging – von einer Auseinandersetzung mit der Politik der Conservative Party in den 1950er Jahren finden sich in den programmatischen Texten keine Spuren. Vielmehr war auch ihr ein politisch-strategischer Zug kaum abzusprechen: Mit der Betonung der britischen Verbindungen eines erneuerten deutschen Konservatismus stützte die DP einerseits innerparteilich ihre positive Haltung gegenüber der Adenauerschen Politik der Westintegration und grenzte sich andererseits gegenüber rechtsextremen, nationalistischen Bewegungen ab – wohl gerade auch im Blick auf die britischen Besatzungsbehörden, die im Falle der rechtsextremen Unterwanderung der FDP energisch durchgegriffen hatten.¹¹⁹

Der Verweis auf den britischen Konservatismus stützte noch ein zweites, zentrales Argument von Mühlenfelds Buch. Denn dieser beabsichtigte die „theoretisch-begriffliche Reinigung“¹²⁰ des konservativen Denkens in Deutschland. Dieses sei nämlich im Laufe des 19. Jahrhunderts „entstellt“ worden, indem es im Legitimus und Nationalismus bestimmende Elemente des Denkens seines Gegners, des Liberalismus, aufgenommen habe. An erster Stelle hätte hier die Abkehr von der Rationalitäts- und Fortschrittspolitik gestanden, konservatives Denken hätte sich ideologisiert „bis zur Verkehrung seiner ursprünglichen Intentionen ins extreme Gegenteil“.¹²¹ Während so der „offizielle Konservatismus“ zu einer „Quasi-Ideologie“,¹²² zum „Pseudokonservatismus“¹²³ der Eliten mutiert sei, habe der „echte Konservatismus“ fern aller Politik in der „Pflege von Brauch und Sitte, Volkskultur und Heimattradition“ überdauert, „gleichsam im Hintergrund der einzelnen deutschen Landschaften aufbewahrt“, getragen von einer „weitverbreitete[n] Schicht von Menschen, die [...] den noch uneingestandenem, doch offenkundigen Bankrott der modernen Ideologien zum Anlass einer Besinnung auf ihre Aufgabe im Ganzen nehmen“.¹²⁴

Durch diesen interpretativen Kunstgriff – im Begriff des *Pseudokonservatismus* auf eine einprägsame Formel gebracht – gelang Mühlenfeld zweierlei: Zum einen konnte er die nationalistische und antidemokratische Kontinuitätslinie des deutschen Konservatismus kappen und seinen Nachkriegsentwurf davon reinwaschen; zum anderen vermochte er es so, das niedersächsische konservative Milieu, das

¹¹⁷ MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 15.

¹¹⁸ HELLWEGE, Niedersachsens deutsche Aufgabe, 1947, S. 18–19.

¹¹⁹ BUCHNA, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr.

¹²⁰ MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 19.

¹²¹ Ebd., S. 7.

¹²² Ebd., S. 183.

¹²³ Ebd., S. 7.

¹²⁴ Ebd., S. 183.

diesen über Jahrzehnte getragen und gerade mit einer nationalistischen und anti-liberalen Heimatbeschwörung die Weimarer Republik zu Fall gebracht und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den Weg gebahnt hatte,¹²⁵ von allen Verstrickungsvorwürfen zu entlasten. Erst die Umbrüche, die der Zweite Weltkrieg ausgelöst hatte, hätten die Tür zur Wiederbelebung des ‚echten‘ Konservatismus geöffnet. Vier Gründe machte Mühlenfeld dafür verantwortlich: Zum einen den britischen Einfluss, wie oben bereits erwähnt; zum zweiten hätte der Krieg die Fortschrittsutopie bis ins Mark erschüttert, an deren Stelle eine „ganz andere und ungewohnte, weil undogmatische und unsystematische Vorstellung vom Werden der Zukunft“ gerückt sei, nämlich eine genuin konservative;¹²⁶ zum dritten habe der Krieg zu einer sozialen Entmachtung bislang führender Schichten geführt, so dass „konservatives Denken als Gesamterscheinung nicht mehr bloß auf deren egoistische Interessen zurückgeführt werden kann“;¹²⁷ und zum vierten seien Sozialismus wie Liberalismus angesichts der Realitäten ideologiegeleiteter Politik zur Entideologisierung und damit zur Aufnahme konservativen Gedankenguts gezwungen worden. Die Zeiten, so der Tenor, stünden gut für das Konservative, auch wenn der Begriff selbst über keine gute Reputation verfügte, vielmehr „oft eine ganze Skala von negativen Empfindungen“ hervorriefe.¹²⁸ Die „überall verstreuten Regungen des konservativen Denkens“, die Mühlenfeld zu erkennen vermeinte, träten „oft noch unter fremden Namen“ auf, so dass er seine Arbeit auch als Erkennungshilfe für das wahrhaft Konservative unter misslichen begrifflichen Bedingungen verstand.¹²⁹

So wie das historische Narrativ, das die Mühlenfeldsche und Merkatzsche Differenzierung zwischen *Pseudokonservatismus* und ‚echtem‘ *Konservatismus* stützte, deutsche konservative Heroen vom Sockel stürzte, erhob sie andere zu ihren Leitfiguren. Merkatz folgte in seiner 1957 erschienenen Abhandlung *Die konservative Funktion. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens* der Geschichtskonstruktion Mühlenfelds. Dabei legte er sein Augenmerk auf die Inkubationszeit des modernen konservativen Denkens an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Auch bei von Merkatz erschien der Konservatismus als Gegenbewegung zu den Umwälzungen der Französischen Revolution, als sich eine polare Konstellation zweier entgegengesetzter politischer Strömungen herausgebildet habe, die bis in die Gegenwart den Fortgang der Geschichte bestimme. Zu konservativen Kronzeugen wurden ihm Justus Möser und Edmund Burke – ein deutsch-britisches Gespann. Deutsches und britisches Denken bauten aufeinander auf, so die Botschaft, der Konservatismus hatte in seiner britischen Reinform auch deutsche Wurzeln, so wie der deutsche Konservatismus sich aus britischen Quellen speiste. Beide hätte dasselbe Anliegen bewegt, nämlich „die Freiheit des Menschen als einzelnen wie als Gruppe in der geschichtlich gewordenen und

¹²⁵ Vgl. BÖSCH, Das konservative Milieu.

¹²⁶ MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 13.

¹²⁷ Ebd., S. 14.

¹²⁸ Ebd., S. 11.

¹²⁹ Ebd., S. 6.

damit natürlich gewachsenen Eigenart und Besonderheit seines Wesens“ zu bewahren,¹³⁰ und beide hätten „hellsichtig“ die „Nachteile der Inthronisierung der Vernunft“ erkannt.¹³¹

Darauf aufbauend und die „Vielfalt des Lebens in seiner natürlichen Ordnung“ achtend, müsse der Konservatismus sich beständig wandeln, weil sich auch das, „was verteidigt werden muss, in ständiger Wandlung befindet“. Für Merkatz bedeutete dies, dass sich der „politische Konservatismus [...] monarchisch oder republikanisch, legitimistisch oder demokratisch, konstitutionell oder parlamentarisch“ positionieren und sich dennoch selbst treu bleiben könne.¹³² Wiederum diene dieses Argument dazu, den Konservatismusbegriff gegenwartstauglich zu machen, hatte die DP doch den Anspruch, eine „zeitnahe“ – und das bedeutete in der Bundesrepublik der 1950er Jahre: demokratische – konservative Politik zu vertreten.¹³³

Wie aber sollte eine solche aussehen? Wodurch sollte sich ein zeitgemäßer Konservatismus á la DP auszeichnen? Kondensiert man die Aussagen dazu, kristallisieren sich drei Elemente heraus. Erstens war der Konservatismusbegriff der DP anti-rationalistisch bestimmt. Die Funktion des Konservativen war für Merkatz, „Regulativ des Rationalismus“ zu sein.¹³⁴ Für Mühlenfeld war den Konservativen der Gegenwart zur Aufgabe gestellt, die

dem menschlichen Wesen entsprechenden Voraussetzungen des Daseins im Kampf gegen die naturwidrige Künstlichkeit der herrschenden Lebensordnung, gegen die in ihr Gestalt gewordenen Übergriffe des rationalen Fortschritts, gegen die schädlichen Wirkungen und Einflüsse der technischen Zivilisation

wiederherzustellen;¹³⁵ nicht zu bewahren also, sondern zu rekonstruieren – das ist entscheidend. Dabei lehnte Mühlenfeld den Fortschritt per se nicht ab, sondern differenzierte in einen gutzuheißenden „Fortschritt in der Welt der Sachen“ und die abzulehnenden „Übergriffe[n] des rationalen Fortschritts auf die Welt des Menschen“, die die Ordnung der Zeiten, die Verkettung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aushebeln würden.¹³⁶

Wie nun diese gesellschaftspolitische Rekonstruktion der „natürlichen“ Ordnung vonstatten gehen sollte, das blieb selbst in den politischen Grundsätzen der DP nebulös. Stattdessen wurde ein Begriffsbündel angeboten, das den politischen Standpunkt umschreiben sollte: „Heimat, Grund und Boden, Eigentum; Familie, Sitte und Brauch, Tradition; Freiheit, Recht und Religion“ – das, so Mühlenfeld seien die „Sinnprinzipien“ konservativen Denkens, die den Zielen „rationalistisch“ geleiteter, ideologischer Politik ganz grundsätzlich widersprächen.¹³⁷ Zu-

¹³⁰ MERKATZ, Die konservative Funktion, 1957, S. 24.

¹³¹ Ebd., S. 32.

¹³² Ebd., S. 34.

¹³³ Vgl. Konservative Politik ist zeitnah, 1955.

¹³⁴ MERKATZ, Die konservative Funktion, 1957, S. 79.

¹³⁵ MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 353.

¹³⁶ Ebd., S. 372.

¹³⁷ Ebd., S. 326.

dem definierte Mühlenfeld „Strukturelemente“ konservativen Denkens, die dem absoluten Rationalitätsprimat Barrieren aufrichten würden: „Anschauung und Erfahrung, natürliche Entwicklung, Wachsen und Werden; Unterschied und Mannigfaltigkeit; Konkretes, Besonderes und Eigentümliches; Ausgleich und Vermittlung“.¹³⁸ Auch sie geronnen zu Leitbegriffen der DP.

Zweitens sollte konservative Politik in der Bundesrepublik den Menschen schützen, den Menschen „in seiner durch lange Jahrhunderte natürlich-geschichtlich gewordenen Form“.¹³⁹ Erst wenn der einzelne eins sei mit seiner ganz individuellen Geschichte, erhalte er „Persönlichkeit“, die „hoch oder niedrig an einem eigenen Ort steht“.¹⁴⁰ Entscheidend war also die Bindung des Menschen an gewachsene soziale Ordnungen, die als „natürlich“, historisch und unveränderbar vorgestellt wurden. Der beständigen Hervorhebung der „Vielfalt“ als konservativer Grundkonstante entsprach die Überzeugung von der „Ungleichheit in der Ordnung des Lebens“ und der Glaube an die Führungsaufgabe von Eliten.¹⁴¹ Brach der einzelne aus diesen Ordnungen aus bzw. wurden diese durch den „Fortschritt“ infrage gestellt, ging Individualität verloren.¹⁴² Das galt auch für den Transzendenzbezug des Menschen. Denn obwohl die Religion – und damit war immer das Christentum gemeint – als „Fundament, aus dem die Prinzipien des konservativen Gedankens erst ihre wahre Kraft gewinnen“ eine bedeutende Rolle in dem Konservatismusentwurf der DP spielte, so doch nicht als Kraft aus sich heraus, sondern als „Religion der Väter“, als der „geschichtlich gewordene und gewachsene Glaube“, der sich als „Wertkanon“ manifestierte.¹⁴³ Selbst wenn von Merkatz dem christlichen Glauben eine bedeutendere Rolle einräumte, als dies Mühlenfeld tat, so basierte auch sein Denken auf der Vorstellung des Christlichen als Garant und Lieferant „ewiger Lebenswerte“ zur rechten Ordnung von Staat und Gesellschaft, die dem Individuum Halt zu geben verhießen.¹⁴⁴ Wiederum also rückte das Individuum ins Zentrum konservativen Denkens und Sprechens.

Mit dieser Gesellschaftsvorstellung eng verknüpft war auch das dritte Bestimmungsmerkmal des Konservatismusbegriffs der DP. Da sie an ihrem Antiliberalismus festhielt, sich aber zugleich genötigt sah, ihren eigenen Standort in der liberalen Demokratie zu bestimmen, war begriffliche Ausgleichsarbeit nötig. Diese für die Demokratisierung des konservativen Denkens wichtige Anpassungsarbeit konzentrierte sich auf den Freiheitsbegriff. Dabei konnten die konservativen Programmatiker auf historische Arbeit an den Begriffen zurückgreifen. Merkatz' Gewährsmann war Edmund Burke. In der Freiheit und Gerechtigkeit für den einzelnen liege der Sinn des „geschichtlichen Lebens“, so referierte von Merkatz den

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 327.

¹³⁹ Ebd., S. 323.

¹⁴⁰ Ebd., S. 325.

¹⁴¹ MERKATZ, Die konservative Funktion, 1957, S. 77.

¹⁴² Vgl. MÜHLENFELD, Politik ohne Wunschbilder, 1952, S. 327.

¹⁴³ Ebd., S. 334.

¹⁴⁴ Vgl. MERKATZ, Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik, 1956, S. 45.

britischen Denker. Allerdings konnte Freiheit immer nur „definierte Freiheit“ unter dem historisch gewachsenen Gesetz sein, da sie andernfalls in „Anarchie und Zerstörung“ ausartete. Freiheit galt es also auszugleichen, in Balance zu bringen, die Freiheit des Individuums im „richtige[n] Maß“ gegenüber der „Autorität des Staatswillens“ und gesellschaftlichen Ordnungen zu halten. Das Strukturprinzip der Synthese und des Ausgleichs prägte auch die Sprache des Merkatzschen Konservatismus. So sehr er auf Burke abhob und damit an die liberale Tradition des britischen Konservatismus anschloss, so sehr war ihm daran gelegen, seinem Freiheitsbegriff einen nationalen Anstrich zu geben. *Freiheit* sei, so führte er vor dem Parteitag der DP 1955 aus, „niemals ein Begriff an sich, sondern Freiheit ist eine alte deutsche Lehre, stellt immer eine Frage, wozu ich sie habe“. ¹⁴⁵ Denn der Nationsbegriff wurde hochgehalten in der DP, zumal in den Hochzeiten der Flügelkämpfe, als die Parteiführung allerdings bestrebt war, sich von allem chauvinistischen „Nationalismus“ zu distanzieren. Wenn dann aber dazu aufgerufen wurde, „auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und des sozialen Lebens [...] ständig die nationale Gemeinschaft durch die Tat und das gegenseitige Vertrauen“ zu „erneu[n]“, dann evozierte dieser Appell wohl nicht zufällig die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsverheißung. ¹⁴⁶ *Freiheit* hieß denn auch Freiheit der Nation nach außen, allerdings eingebunden in ein nach abendländischen Träumen gestaltetes Europa, fest verankert im westlichen Bündnis. ¹⁴⁷

In seiner Exegese des Freiheitsbegriffs brachte Merkatz aber auch den Verantwortungsbegriff ins Spiel, denn staatliche Autorität in einer Demokratie beruhe in erster Linie auf der freiwilligen Anerkennung durch das Individuum, das seine eigenen Grenzen und seinen Platz innerhalb der gegebenen Ordnung annehme und zugleich für die Aufrechterhaltung dieser sozialen Ordnung *Verantwortung* übernehme. Je mehr *Freiheit* also dem Individuum zugestanden wurde – und in einer liberalen Demokratie war dies *conditio sine qua non* – desto wichtiger wurde für konservatives Denken, das der Autorität des Staates wie historisch begründeten sozialen Ordnungen hohe Bedeutung zuschrieb, der Verantwortungsbegriff. Zugleich musste der Erhalt normativer Ordnungen immer deutlicher ins Blickfeld konservativen Denkens rücken. Deshalb erhielten die Begriffe *Werte* und *Sittlichkeit* eine zentrale Bedeutung in den politischen Sprachen des Konservativen in der bundesrepublikanischen Demokratie.

Während also einerseits der auf das Individuum bezogene Freiheitsbegriff qualifiziert wurde, wurde er andererseits nachdrücklich betont, dann nämlich, wenn die Freiheit des Individuums in der „Uniformität in der heutigen Massendemokratie“, in der Herrschaft des „Nivellierende[n], Gleichmachende[n] [...] in der sogenannten egalitären Demokratie“ ¹⁴⁸ bedroht schien. Das Vokabular der konservativen Kulturkritik, die gegen *Masse* und *Technik* zu Felde zog, prägte das

¹⁴⁵ MERKATZ, *Zeitnahe konservative Politik*, 1955, S. 22.

¹⁴⁶ Ebd., S. 27.

¹⁴⁷ Vgl. MÜHLENFELD, *Politik ohne Wunschbilder*, 1952, S. 332.

¹⁴⁸ MERKATZ, *Zeitnahe konservative Politik*, 1955, S. 23–24.

Denken der DP.¹⁴⁹ Seine *Freiheit* konnte der einzelne angesichts der „Anonymität der Organisationsapparate“¹⁵⁰ nur in „kleinen Einheiten“ bewahren, etwa in der Familie, der Gemeinde oder der Berufsgenossenschaft – Individualität wurde in dieser Vorstellung in geordneten Bindungen realisiert, wie sie „Institutionen“ (ein weiterer zentraler Begriff) boten. Zugleich wurde Freiheit im Ökonomischen durch *Privateigentum*, *Leistung* sowie „eigene Vorsorge“ und „eigene Verantwortung“ gewährleistet.¹⁵¹

Freiheit war ein schwieriger Begriff für die ‚neuen‘ Konservativen der DP in den 1950er Jahren, die einerseits am Vergangenen hingen, dieses andererseits aber zurück- und sich auf Neues einlassen wollten. Gerade deshalb blieb ihr Freiheitsbegriff ambivalent – so ambivalent wie ihr gesamter Entwurf des Konservatismus. Von liebgewonnenen „Wunschbildern“ des deutschen Konservatismus war der Abschied nur partiell geglückt. Die Ambivalenz des Freiheitsbegriffs reflektierte von Merktatz in seinem Buch nur indirekt, und dies wiederum in Rückgriff auf Burke. Der nämlich sei „liberal“ gewesen, „weil er konservativ war. Doch sein Konservatismus war kein Liberalismus im späteren Sinn dieses Begriffs“.¹⁵² An der Wurzel des modernen Konservatismus habe ein liberaler Impuls gelegen, der aber spezifisch konservative Züge getragen habe. Hieran galt es für Konservative in der liberalen Demokratie anzuknüpfen.

Sehr direkt hatte sich von Merktatz mit den ambivalenten Zusammenhängen von Liberalem und Konservativem 1956/57 auseinanderzusetzen, als die DP mit der Freien Volkspartei fusionierte. Diese war kurz zuvor von sechzehn FDP-Bundstagsabgeordneten gegründet worden, die ihrer Partei auf Grund außenpolitischer Differenzen den Rücken gekehrt hatten.¹⁵³ Die Konfliktlinien des 19. Jahrhunderts hätten sich abgeschliffen, argumentierte von Merktatz, in der Demokratie bezeichneten „Begriffe wie konservativ, liberal, demokratisch, republikanisch [...] keine kontradiktorischen Gegensätze mehr“. Vielmehr sei „[p]ersönliche Freiheit im ursprünglich liberalen Sinn [...] nur denkbar in einer Ordnung, die nach konservativer Auffassung auf sittlichreligiösen Werten ruht.“ Liberales und Konservatives seien daher „zwei Seiten ein *und* derselben Sache“. Diese liberal-konservative Allianz sei besonders aktuell, weil sich die zentrale ideologische Konfliktlinie in der Gegenwart verschoben habe. Die Weichen für die Zukunft würden nun über der Entscheidung zwischen einer „freiheitlichen, auf persönlicher Freiheit und Verantwortung ruhende[n] Sozial- und Wirtschaftsordnung“ und einer Gesellschaftsordnung gestellt, in der „der Staat zu einer totalen Zwangsausgleichskasse und die Gesellschaft zu einer einzigen Konsumgenossenschaft

¹⁴⁹ Vgl. z. B. MERKATZ, *Ein konservatives Leitbild*, 1956.

¹⁵⁰ Ebd., S. 17.

¹⁵¹ Vgl. MERKATZ, *Zeitnahe konservative Politik*, 1955, S. 25–26. Zum Institutionsbegriff vgl. ders., *Die konservative Funktion*, 1957, S. 72, wo „Institution“ als „Gestalt gewordene Tradition und Konvention“ definiert wird.

¹⁵² Ebd., S. 24.

¹⁵³ Vgl. MEYN, *Die Deutsche Partei*, S. 48–50; SCHMOLLINGER, *Die Deutsche Partei*, S. 1078–1082.

unter der Herrschaft einer allmächtigen Bürokratie“ werde.¹⁵⁴ Das Gespenst des „Versorgungsstaates“ und der Massenkonsumgesellschaft einte Konservative und Liberale in der jungen Bundesrepublik, wodurch der Begriff der individuellen *Freiheit* im konservativen Denken eine weitere Aufwertung erfuhr.

Dabei entsprach die Akzentuierung individueller Freiheit auch eigenen Erfahrungswelten, wie von Merkatz vor dem DP-Bundesparteitag unterstrich. Nach zwei verlorenen Kriegen und dem völligen Zusammenbruch sei eines deutlich geworden: „[W]ir wissen, was die Freiheit der Persönlichkeit auf allen Gebieten des menschlichen Lebens bedeutet“. Hier liege „der Kern konservativer Politik.“¹⁵⁵ Aber die Hochschätzung der Freiheit in der DP hatte ihre Grenzen – „schrakenlose individualistische Freiheit lehnen wir ab“, betonte der in seiner Partei zunehmend verwaiste Hellwege noch 1960 gegenüber *Spiegel*-Redakteuren. Führende Politiker hatten ihn und die DP verlassen und in der CDU eine neue politische Heimat gefunden. Dass sich darunter auch Hans-Joachim von Merkatz, der Politiker-Intellektuelle der DP, befand, spricht Bände. Die Umarmungsstrategie der CDU war aufgegangen.¹⁵⁶ Nirgendwo anders als in der Union sah Merkatz nun die politische Zukunft für konservative Überzeugungen.¹⁵⁷ Weder die Zerstörung der sozialen Basis des Konservatismus durch die Verwerfungen des Krieges noch die zeitgenössisch viel diskutierte ‚Entideologisierung‘ der Parteien markierten das Ende der DP,¹⁵⁸ sondern ihre ambivalente Haltung zu Demokratie, Konsumgesellschaft und Sozialstaatlichkeit. Denn je mehr sich die Bundesrepublik festigte und sich der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft einstellte, desto deutlicher traten die Widersprüche in der Programmatik der DP zutage und desto stärker wurden auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Den programmatischen Weg der britischen Konservativen ging die DP gerade nicht, trotz aller Beteuerungen konservativer Verwandtschaft. Ihr Konservatismusbegriff blieb im Gestern stecken.

Schließlich tat sich auch Hellwege schwer, programmatische Unterschiede zwischen dem Konservatismus der DP und christdemokratischer Programmatik auf den Punkt zu bringen.¹⁵⁹ Jovial versicherte der ob des Erfolges seiner „staubsaugerartige[n]“¹⁶⁰ Integrationspolitik zufriedene Adenauer denn auch 1963, dass die DP „mit der CDU in der Tiefe so viel gemeinsam“ habe.¹⁶¹ Ob die CDU dann auch als *konservativ* bezeichnet werden konnte, dazu äußerte sich der Kanzler nicht.

¹⁵⁴ HANS-JOACHIM VON MERKATZ, *Konservative und Liberale*, in: *DIE ZEIT*, 4. 10. 1956, Hervorhebung im Original.

¹⁵⁵ MERKATZ, *Zeitnahe konservative Politik*, 1955, S. 28.

¹⁵⁶ Zur langsamen Selbstaufösung der DP vgl. MEYN, *Die Deutsche Partei*, S. 59–70; SCHMOLLINGER, *Die Deutsche Partei*, S. 1078–1089; OELZE, Margot Kalinke; zum Kontext NASSMACHER, *Parteien im Abstieg*.

¹⁵⁷ Vgl. MERKATZ, *Unser Weg in die Union*.

¹⁵⁸ Vgl. etwa MARION GRÄFIN DÖNHOF, *Das Ende der Konservativen*, in: *DIE ZEIT*, 8. 7. 1960.

¹⁵⁹ *Kulturpflege im kleinen Raum*. Spiegel-Gespräch mit dem DP-Bundesvorsitzenden Heinrich Hellwege, in: *DER SPIEGEL*, 13. 7. 1960.

¹⁶⁰ SCHILDT, *Konservatismus in Deutschland*, S. 235.

¹⁶¹ „Keine besonderen Vorkommnisse“, in: *DIE ZEIT*, 17. 5. 1963.

3.1.4. *Konservative Haltung und das christliche Abendland.* Die Abendland-Bewegung

Zu einem dritten Gravitationszentrum der diskursiven Aneignung des Konservatismusbegriffs in der Bundesrepublik der 1950er Jahre wurde die Abendlandbewegung. Während über ihre Struktur, ihre Programmatik, ihre Publizistik, ihre führenden Persönlichkeiten ausführlich gearbeitet wurde, blieb ihre Bedeutung für den bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff bislang unterbelichtet. Dabei entwickelte sie sich zu einem wichtigen Forum der Suche nach einer neuen politischen Sprache des Konservativen, das vor allem auch deshalb von Bedeutung war, da es vornehmlich katholisch geprägt war.

Nach 1945 hatten sich vornehmlich katholische Intellektuelle zunächst in der Zeitschrift *Neues Abendland* (gegr. 1946), dann in der Bewegung Abendländische Aktion (1951–1953) und schließlich in der Abendländischen Akademie (1952–1966) intellektuelle Räume geschaffen, um ihre antiliberalen, antiparlamentarischen und von föderalistischen Europaideen getragenen Überzeugungen in der demokratischen Öffentlichkeit durchzusetzen.¹⁶² Biographische und ideengeschichtliche Kontinuitäten zur Abendlandbewegung der Weimarer Republik wurden offensiv hervorgehoben, einstmalige Sympathien gegenüber Aspekten der nationalsozialistischen Ideologie verleugnet und stattdessen eine Geschichte von Verfolgung und Widerstand konstruiert.¹⁶³ Dies galt besonders nach der Übernahme der Redaktionsleitung des *Neuen Abendlandes* durch Emil Franzel im Herbst 1947, der das Blatt „auf einen dezidiert rechtskonservativen Kurs führte“.¹⁶⁴ Mit Franzel hielt auch ein positiv konnotierter Konservatismusbegriff Einzug in das *Neue Abendland*. Auch wenn dieser Mohlers Deutung der *konservativen Revolution* für zu eng befand und die Einbindung des christlichen Konservatismus der Zwischenkriegszeit anmahnte, hatte er gegen die Begrifflichkeit nichts einzuwenden.¹⁶⁵ Vielmehr deutete er sie selbst, wenn er argumentierte, dass die „konservative Revolution“ nichts anderes anstrebe „als die Rückkehr aus einer rechtlosen Ordnung zu einer Ordnung des Rechtes“, die der Offenbarung Gottes folgte.¹⁶⁶

Dabei ist die Aneignung des Konservatismusbegriffs im intellektuellen Katholizismus durchaus bemerkenswert, galt der Begriff doch als preußisch und protestantisch besetzt. Allerdings konnten die Nachkriegs-Abendländer an katholische Versuche der Begriffsbestimmung aus den Weimarer Jahren und des katholisch-konservativen Exils anknüpfen.¹⁶⁷ Sinn machte diese Selbstzuschreibung nach

¹⁶² Vgl. SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika; CONZE, Das Europa der Deutschen.

¹⁶³ Vgl. CONZE, Das Europa der Deutschen, S. 157; zur Annäherung an den Nationalsozialismus in den frühen 1930er Jahren vgl. ebd., S. 51–56.

¹⁶⁴ SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika, S. 42; zu Franzel vgl. CONZE, Das Europa der Deutschen, S. 71–85.

¹⁶⁵ Vgl. MURNER, Konservative Revolution – Romantik – Deutsche Bewegung, 1950; ebenso affirmativ: SCHÜTZ, Restauration und Tradition, 1954.

¹⁶⁶ MURNER, Konservative Revolution – Romantik – Deutsche Bewegung, 1950, S. 453.

¹⁶⁷ Vgl. DIRSCH, Das „Hochland“; SEEFRIED, Reich und Stände, bes. S. 159–271 und 353–377; einen Überblick über den katholischen Konservatismus bietet DIRSCH, Katholischer Conserva-

1945 doch nur in der überkonfessionellen Schlagrichtung der Bewegung. Keine rein katholische, sondern eine christliche Alternative zur Entwicklung der Bundesrepublik sollte formuliert werden, die als „liberal“ und „formaldemokratisch“ geschmäht wurde. Zwar ging durch die geöffnete katholische Tür nur eine Minderheit aus dem Lager des Protestantismus wie Wilhelm Stählin,¹⁶⁸ doch wurde der überkonfessionelle Anspruch und das Werben um die Protestanten aufrechterhalten. Mit der Selbstbezeichnung als *konservativ* hatte man in jedem Falle einen relativ offenen Sammelbegriff gefunden, der die theologischen und staatsrechtlichen Differenzen, die in der Abendlandbewegung herrschten,¹⁶⁹ zu überbrücken versprach. Ganz im Gegensatz zu den intellektuellen Vertretern der Weimarer neuen Rechten eigneten sich die Abendländer den Begriff offensiv an und reicherten ihn mit einem weiten Bedeutungsfeld an, das sich zu einem engmaschigen semantischen Netz verdichtete. Dass es mit dem semantischen Netz, das die DP entwickelt hatte, wenn nicht deckungsgleich, so doch kompatibel war, zeigte nichts besser als das Engagement von Hans-Joachim von Merkatz in der Abendländischen Akademie.

Seit Ende der 1940er Jahre platzierte Franzel den Begriff des *Konservatismus* in den abendländischen Debatten, wobei er auf seine ganz eigenen Kontinuitäten der Begriffsprägungen zurückgreifen konnte.¹⁷⁰ Andere nahmen ihn auf, wie etwa Robert Ingram das 1953 tat, der glaubte, seine „Hoffnung auf ein Gelingen des abendländischen Zusammenschlusses nur noch auf die konservativen Kräfte gründen“ zu können.¹⁷¹ 1956 schließlich wurde er endgültig auf die große abendländische Bühne gehoben, als die Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt unter das Motto *Konservative Haltung in der politischen Existenz* gestellt wurde.¹⁷² Die Rednerliste war – ein Prinzip der Abendländischen Akademie – paritätisch ausgeglichen, sowohl bezüglich des Konfessionsproporz als auch des politischen Standorts. Es sprachen der protestantische Theologe Wilhelm Stählin,¹⁷³

tismus; zum Weimarer Rechtskatholizismus vgl. HÜBNER, Die Rechtskatholiken, der auf die Begriffsgeschichte leider nicht eingeht.

¹⁶⁸ Vgl. SCHILDT, Ökumene wider den Liberalismus; zu den hochkirchlichen Strömungen im deutschen Protestantismus vgl. HERING, Konservative Ökumene; ausführlich zu Stählin ebd., S. 76–81.

¹⁶⁹ Vgl. UERTZ, Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik.

¹⁷⁰ Vgl. FRANZEL, Abendländische Revolution, 1936, S. 256: „Diese Revolution des Abendlandes muss aber, und hier irrte der liberale Sozialismus, eine konservative Revolution sein. Denn sie muss sich besinnen auf den Ursprung. Sie braucht Tradition. Sie will das Zusammenspiel aller Nationen. Sie weist ja zurück in das Abendland [...]. Nicht der Fortschritt schlechthin tut uns not, der uns mit neuen Maschinen und neuen Künsten nur Unsegen bringt, sondern der Schritt, der zurück zu den uns gemäßen, dem abendländischen Menschen, dem abendländischen Raum gezielten Ordnungen führt. Nicht Auflösung brauchen wir, Zersetzung und Lockerung, sondern Bindung, Synthese, Zusammenklang.“

¹⁷¹ INGRIM, Die Stunde des Konservatismus, 1953, S. 176.

¹⁷² Vgl. Konservative Haltung in der politischen Existenz, 1956.

¹⁷³ Zu Wilhelm Stählin vgl. MEYER-BLANCK, Leben, Leib und Liturgie; KELLNER, Das theologische Denken Wilhelm Stählins.

der einflussreiche katholische Theologe Gustav Gundlach,¹⁷⁴ der DP-Politiker Merkatz und der rechtskatholische Publizist Paul Wilhelm Wenger.¹⁷⁵

Das Konservative, so die implizite Botschaft, fungierte als Dach für alle in der abendländischen Bewegung vertretenen Richtungen. „Konservative Haltung“, so wurde denn auch in der Zusammenfassung der Beratungsergebnisse betont, „steht jenseits aller parteipolitischen Begriffe und Bindungen“. Damit wurde ein Topos konservativen Selbstverständnisses bemüht. Nicht von ungefähr wollte die Tagung die konservative „Haltung“ beschreiben und meinte damit eine dem Menschen eigentümliche, vopolitische Einstellung zum Leben. Daher, so unterstrich Wenger, seien die „Maximen“ des Konservatismus „zeitlos und unabänderlich: sie sind uns vorgegeben und nur um den Preis der Zerstörung der humanen Substanz veränderlich“.¹⁷⁶ Aus diesem Grunde sei der Konservatismus seinem Wesen nach „anti-ideologisch“ – Ideologien konstruierten sich ein Idealbild der Welt und suchten dieses dann in ihrem Sinne zu schaffen, der Konservatismus dagegen wisse um das Gegebene – auch das ein bekannter Topos der Konservatismus-Definition, der im deutschen Fall an die Weimarer Verschleierungsformel vom ‚Unpolitischen‘ (und tatsächlich höchst Politischen) anschloss.¹⁷⁷ Der Konservative sei, so Wenger weiter, um nichts anderes bemüht als „im Wandel der Gesellschaft die natürliche Ordnung der Grundstrukturen bewahren zu helfen“. Seit jeher basiere der Konservatismus auf „vier ehernen Säulen“: der „*Schöpfungsordnung*, des *Naturrechts*, der historischen *Tradition* und der politisch experimentellen *Erfahrung*“.¹⁷⁸

Was Wenger darunter verstand, führte er in seinem Vortrag vor der Abendländischen Akademie in aller Deutlichkeit aus: Er plädierte für eine ständische Ordnung mit autoritärer Führung und Elitenauslese, patriarchalische, kleinräumige, bäuerliche Gesellschaftsstrukturen und die Verpflichtung der Politik auf den Dekalog als Erbe des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.¹⁷⁹ Mit seinem ätzenden Angriff auf die Verfassungsordnung der Bundesrepublik stand er 1956 in Eichstätt allein. Er wirkte wie ein Relikt aus den ersten Jahren der Abendlandbewegung.

Denn kurz nachdem diese, ausgehend vom *Spiegel*, im Sommer 1955 unter journalistischen Beschuss geraten war und Innenminister Gerhard Schröder im Bundestag eine umfassende „Prüfung“ angekündigt hatte, suchte die Akademie allen Vorwürfen, die demokratische Ordnung zu untergraben, den Wind aus den Segeln zu nehmen.¹⁸⁰ Dementsprechend argumentierten Stählin, Gundlach und

¹⁷⁴ Zu Gustav Gundlach vgl. SCHWARTE, Gustav Gundlach; RAUSCHER, Gustav Gundlach; eine Sammlung von Gundlachs Texten findet sich in RAUSCHER, Gustav Gundlach 1892–1963.

¹⁷⁵ Zu Paul Wilhelm Wenger vgl. Paul Wilhelm Wenger, in: DER SPIEGEL, 21. 5. 1958. Wenger war Redakteur bei *Rheinischer Merkur*; zu dieser Zeitung in der Nachkriegszeit vgl. MÜLLER, Der Rheinische Merkur.

¹⁷⁶ WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 51.

¹⁷⁷ Vgl. BUSSCHE, Konservatismus.

¹⁷⁸ WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 51, Hervorhebungen im Original.

¹⁷⁹ Vgl. ebd., S. 54.

¹⁸⁰ Vgl. FÜRST VON WALDBURG ZU ZEIL, Aufgabe und bisherige Arbeit der Akademie, 1956; außerdem SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika, S. 71.

Merkatz zwar grundsätzlich kulturkritisch – und sahen sich hierin von einer breiten Öffentlichkeit gestützt –,¹⁸¹ stellten die demokratische Ordnung jedoch nicht in Frage. Zwar machte Gundlach keinen Hehl aus seiner Präferenz ständischer Ordnungen als Ausdruck eines „gesunde[n] Pluralismus konkret-menschlicher Wirklichkeit“ und der Realisierung von „Über- und Unterordnung“, um eine „auf personaler Führung des Daseins beruhende Gesellschaftlichkeit [...] zu gestalten“;¹⁸² doch gleichfalls stellte er als Charakterzug des Konservativen heraus, dass dieser „das Diesseits voll zu bejahen“ entschlossen sei – ein Diesseits, „das in das Jenseitige hineingestellt“ sei.¹⁸³ Ein anderes Diesseits als die Bundesrepublik war nicht in Sicht, der Konservatismus hatte sich trotz aller Demokratieskepsis auf diesem Boden zu bewegen.

Was zu bewahren war dem Konservativen dann zur Aufgabe gestellt? Keine Staatsordnung, nein: den „lebendige[n], wirkliche[n] Mensch[en] in dem Gefüge seines Lebens“. Den Konservatismusbegriff der Abendlandbewegung kennzeichnete dabei sein christlicher Kern. Nur im christlichen Gottesbezug sei „menschliche Gesellschaft in Freiheit und Würde möglich“.¹⁸⁴ In der Zentralität, die dem Individuum zugesprochen wurde, äußerte sich die katholische Prägung dieser Konservatismus-Definition, ersichtlich bereits in der Terminologie: Es wurde vom *Menschen*, der *Person*, von der *Personhaftigkeit*, vom *personhaften Sein* und der *Personalität* gesprochen, mithin die Sprache der katholischen Theologie, genauer des neuscholastischen Personalismus, aufgenommen.¹⁸⁵ Am dezidiertesten, und am wenigsten überraschend, findet sich eine Ausführung dieser Gedanken bei dem Exponenten des jesuitischen Personalismus, Gustav Gundlach.¹⁸⁶ Der Konservatismus konzipiere die Freiheit des Menschen gerade nicht vom Staat her, wie dies für die Hegelsche Staatsphilosophie, die den konservativen Etatismus in Deutschland tief geprägt hatte, typisch gewesen sei. Nicht die „Sozialgebilde“ trügen den Menschen und definierten damit seine Personhaftigkeit, vielmehr ruhten diese auf der „Eigenstruktur des konkreten Menschen als Grundlage jeder Ganzheit“ auf.

Gundlach verabschiedete damit mit einem Handstreich die vorherrschende Form konservativen Denkens in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert. Alle organischen Vorstellungen sozialer Ordnung und andere „biologisch gefärbte Vorstellungen von Sozialgebilden“ seien nicht *konservativ*, sondern „schein-konservativ“ und Auswüchse eines „verirrten Ganzheitsdenkens“.¹⁸⁷ Dabei konnte er auf seine eigenen scharfsichtigen Analysen des Jahres 1932 verweisen, die in *Stimmen der Zeit* veröffentlicht worden waren.¹⁸⁸ Der Mensch selbst sei „als Person fähig und

¹⁸¹ Vgl. SCHILDT, *Moderne Zeiten*, S. 324–350.

¹⁸² GUNDLACH, *Konservative Haltung*, 1956, S. 34.

¹⁸³ Ebd., S. 38–39; ebenso S. 27.

¹⁸⁴ GAUPP-BERHAUSEN, Vorwort, 1956.

¹⁸⁵ Vgl. dazu und zu Gundlachs Rolle in der Formulierung und Deutung der katholischen Staatstheorie nach 1945 UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht*, S. 363–405, 419–433.

¹⁸⁶ Zum Personbegriff Gundlachs vgl. SCHWARTE, *Gustav Gundlach*, S. 339–349.

¹⁸⁷ GUNDLACH, *Konservative Haltung*, 1956, S. 28.

¹⁸⁸ GUNDLACH, *Konservatismus und antiliberaler Konjunktur*, 1932.

gerufen, sein Dasein immer wieder zu konkreter Ganzheit im wahren Sinne zu führen“¹⁸⁹ – an die Vollendung des einzelnen in der „Ganzheit“ glaubte Gundlach augenscheinlich weiterhin. Und auch die Bedeutung von Institutionen als „notwendige Ordnungsgefüge gemäß der Vorsehung Gottes“ unterstrich er, die vom Menschen gestaltet und mit dem Menschen unlösbar verbunden seien. Allerdings hatten sie nur so lange eine Berechtigung, wie ihr „personale[r] Kern“ erkennbar blieb. Konkret hieß dies, dass ein Konservativer für Ehe, Familie und Privateigentum eintreten würde und für einen Staat, dessen Autorität „durch Personen repräsentiert wird und nicht durch versachlichte Funktionsordnungen“.¹⁹⁰ Solchermaßen definierte auch Stählin, Protestant mit katholischen Neigungen, den Kern des Konservatismus. Zu „konservieren“ gelte es den „Mensch[en] in dem Gefüge, in dem allein der Mensch seine wahrhaft menschliche Existenz hat und haben kann“.¹⁹¹

Zugleich wurden die Abendländer nicht müde, Wandel und Erneuerung in ihren Konservatismusbegriff zu integrieren, ihr Verständnis von Zeitlichkeit auszuloten. *Beharrung, Reaktion, Restauration* dienten dafür als Gegenbegriffe. „Die Geschichte, in der es konservative Haltung gibt“, so fasste Stählin dieses Zeitverständnis in ein eindrückliches Bild, „ist eine Kette, wo ein Glied in das andere greift, und nicht eine Stange, die an jedem Punkt gleich aussieht“.¹⁹² Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten ineinandergreifen, miteinander harmonisch verbunden sein, ganz im Sinne der neuzeitlichen christlichen Idee vom Gang der Heilsgeschichte; das für die konservative Sprache charakteristische Strukturprinzip der Zeitlichkeit manifestierte sich in theologischen Begriffen. Von der anderen Seite her sahen die Abendländer diese Harmonie der Zeitebenen durch einen unbedingten Fortschrittsglauben bedroht. So verstand Merkatz die Abendlandbewegung als „Bewegung der Erneuerung“, die die verschütteten Heilswerte des „christlichen Abendlandes“ zu einer „Wiedergeburt“ führte, und rief seine Zuhörer dazu auf, „der Vokabel ‚konservativ‘ mit Entschlossenheit den Sinn der Erneuerung“ zu geben.¹⁹³ In der Tat: Die Abendländer setzten viel Mühe darein, den Konservatismusbegriff rhetorisch von seinem vergangenheitspolitischen Ballast zu reinigen – und blieben dennoch, wenn auch in unterschiedlichem Maße, seinen antiliberalen Gehalten verhaftet.

Das engmaschige semantische Netz, das dem abendländischen Konservatismusbegriff Kontur gab, enthielt Begriffe wie *Abendland, Autorität, Christentum, Föderalismus, patriarchalisch, Heimat, Überschaubarkeit, Mannigfaltigkeit in der Einheit, Ehe, Familie, Privateigentum, Staat, Geschichte, Heimatboden und Vaterland, Macht, Verantwortung* usw. Liberale Begriffe wurden durch Verbindungen mit anderen Begriffen qualifiziert, wie vor allem der Begriff der *Freiheit* zeigt. Für Wenger etwa war „Freiheit“ nur „versöhnt und verbunden mit echter Auto-

¹⁸⁹ GUNDLACH, *Konservative Haltung*, 1956, S. 30.

¹⁹⁰ Ebd., S. 33.

¹⁹¹ STÄHLIN, *Konservative Haltung*, 1956, hier 14.

¹⁹² Ebd., S. 17.

¹⁹³ MERKATZ, *Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik*, 1956, S. 45.

rität“ akzeptabel.¹⁹⁴ Hier wirkte das Strukturprinzip der Synthese und des Ausgleichs.

Schwierig war der Begriff der *Freiheit* für die Abendländer – genauso wie für die Politiker der DP – schon allein deshalb, weil er als Zentralbegriff des *Liberalismus* galt und letzterer neben dem *Bolschewismus* als unbedingter Gegenbegriff zu *Konservatismus* fungierte. Alle übrigen Gegenbegriffe wurden diesen beiden zugeordnet, wie „Fortschritt“, „Individualismus“,¹⁹⁵ „abstrakte Gleichheit und Freiheit“,¹⁹⁶ „Ökonomismus und Technizismus“,¹⁹⁷ „soziale Atomisierung“,¹⁹⁸ „Kollektiv“ oder „Kollektivismus“¹⁹⁹, „anonyme Masse“,²⁰⁰ „Zentralismus und Uniformismus“²⁰¹ oder „Ideologie“, um nur einige zu nennen. Letztlich wurde zwischen *Liberalismus* und *Bolschewismus* kaum unterschieden – beide galten als Verleugnung der göttlichen Heilsordnung und daher derselben säkularen Wurzel entsprungen.²⁰²

Der abendländischen „grundsätzliche[n] Antithese zur Moderne“,²⁰³ die sich im Konservatismusbegriff manifestierte, war keine Zukunft beschieden. Im Jahr 1956 hatte sie ihren Zenit bereits überschritten, wie die politischen Auseinandersetzungen im Nachgang des Augsburger Ulrichsjubiläums im Jahr davor deutlich zeigten.²⁰⁴ Die abendländischen Ordnungsvorstellungen hatten ihre Anziehungskraft verloren. Sie stellten sich als genau das heraus, wovon ihre Protagonisten überzeugt waren, dass sie es gerade nicht waren: „Konstruktionen und Wunschträume [...] ohne den Boden des wirklichen Lebens“. Die angebliche abendländische „Nüchternheit, die ein Merkmal der echt konservativen Haltung“ sei, wie Stählin sie sich selbst zuschrieb,²⁰⁵ hatte sich als ideologische Illusion entpuppt.

3.1.5. Zwischen beschämter Stille und ambivalenter Thematisierung. Publizistische Deutungen des Konservatismusbegriffs

Um den Konservatismus blieb es erstaunlich still in den intellektuellen Blättern, Zeitschriften und Zeitungen der frühen Bundesrepublik und wohl auch im Radio

¹⁹⁴ WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 70.

¹⁹⁵ STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 15.

¹⁹⁶ GUNDLACH, Konservative Haltung, 1956, S. 34

¹⁹⁷ Ebd., S. 35.

¹⁹⁸ WENGER, Aufgaben und Möglichkeiten, 1956, S. 52.

¹⁹⁹ Ebd.; STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 15.

²⁰⁰ STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 15.

²⁰¹ GUNDLACH, Konservative Haltung, 1956, S. 34.

²⁰² Zum katholischen Antikommunismus der frühen Bundesrepublik vgl. BRECHENMACHER, Katholische Kirche und (Anti-)Kommunismus; zu den totalitarismustheoretischen Säkularisierungsinterpretationen der Kirchen vgl. SOLCHANY, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus; GRESCHAT, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“.

²⁰³ CONZE, Das Europa der Deutschen, S. 147.

²⁰⁴ Vgl. ebd., S. 162–167; CONZE, Abendland gegen Amerika!; SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika, S. 66–71; SEEFRIED, Abendland in Augsburg. Die Jubiläumsfeierlichkeiten sind dokumentiert in SCHWARZ und HOHENESTER, Crux Victorialis, 1955.

²⁰⁵ STÄHLIN, Konservative Haltung, 1956, S. 17.

und im Fernsehen.²⁰⁶ In der publizistischen Öffentlichkeit wurde das Konservative kaum thematisiert, schon gar nicht wurde um einen zeitgemäßen Konservatismus gerungen, geschweige denn gestritten. Er schien nicht vorzukommen in der politischen Sprache der intellektuellen Beobachter und Begleiter der jungen Demokratie, vielmehr blieb er in jenen Arenen gefangen, in denen sich die Advokaten des ausgesprochenen Konservativen bewegten. Bis ans Ende der 1950er Jahre herrschte in der weiteren publizistischen Öffentlichkeit eine beschämte Stille vor. Dieser Umstand trug entscheidend zu dem Eindruck bei, dass der Konservatismus keine Relevanz mehr beanspruchen konnte in der neuen Republik. Der Begriff wurde selbst von jenen gemieden, die sich als *konservativ* verstanden und sich eine Erneuerung konservativen Denkens auf die Fahnen geschrieben hatten. Dies traf etwa auf Margret Boveri zu²⁰⁷ wie auf das publizistische Netzwerk des Tat-Kreises bei der *Welt* und bei *Christ und Welt*,²⁰⁸ genauso aber auch auf Rudolf Pechel, der sich durch die Erfahrung der NS-Diktatur vom Anhänger der Weimarer neuen Rechten zu einem Advokaten der Republik gewandelt hatte und nach 1945 in seiner *Deutschen Rundschau* einen mit der liberalen Demokratie kompatiblen Konservatismus propagierte.²⁰⁹ Ausführungen zum Begriff aber vermied er.

Statt dessen druckte Pechel 1951 einen Auszug aus dem Buch *Zerfall und Wiederaufbau der Politik* des Schweizer Publizisten und Politikers Peter Dürrenmatt, in dem „konservative Politik“ grundsätzlich beschrieben wurde. Er ließ also eine Stimme aus dem unbelasteten Ausland zu Wort kommen. Aus der Feder eines Schweizers schien zu Beginn der 1950er Jahre eine Positionsbestimmung des Konservatismus in einer deutschen Zeitschrift möglich – allein dies war Beweis genug für die Problematik des Begriffs. Dürrenmatt entwarf einen Konservatismus, der sich durch „Sinn für Gegenwart und Wirklichkeit“, die unbedingte Orientierung auf den Menschen hin, die Anerkennung der Autorität des christlichen Gottes sowie durch die Prinzipien von Gleichgewicht und Ausgleich auszeichnete. Nicht für eine Politik der „Extreme“ stehe das Konservative, sondern ganz im Gegenteil für eine „Politik des Gleichgewichts, des schrittweisen Aufbaues, der Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, der lebendigen Ruhe und der gemessenen Bewegung“. Auch hier also wurde auf die Semantik des Ausgleichs zurückgegriffen, um das Konservative in der demokratischen Gegenwart zu positionieren. Sollten sich seine Zeitgenossen „des Wortes ‚konservativ‘ schämen“, so empfahl ihnen Dürrenmatt, so sollten sie sich zumindest „zu seinem Wesen [zu] bekennen“²¹⁰ – *konservativ* sein, ohne sich so zu bezeichnen also.

²⁰⁶ Zur Bedeutung intellektueller Debatten im Radio vgl. BOLL, Nachtprogramm, zum Fernsehen VERHEYEN, Diskussionslust, S. 154–206; zur Presselandschaft HODENBERG, Konsens und Krise; und die relevanten Beiträge in SCHILDT und SYWOTTEK, Modernisierung im Wiederaufbau.

²⁰⁷ GÖRTEMAKER, Ein deutsches Leben, S. 261.

²⁰⁸ Vgl. dazu PAYK, Ideologische Distanz, sachliche Nähe; SCHILDT, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“; KRACHT, „Schmissiges Christentum“.

²⁰⁹ Vgl. GALLUS, Von der „Konservativen Revolution“ zur westdeutschen Demokratie.

²¹⁰ DÜRRENMATT, *Konservative Politik*, 1951.

Durchbrochen wurde die beschämte Stille der Publizistik, wenn einschlägige Bücher besprochen wurden. Dann entwickelte sich tatsächlich ansatzweise ein Diskurs darüber, was *konservativ* in der Gegenwart zu bedeuten hatte. Auf diese Weise wurden die Begriffsprägungen in den oben beschriebenen Gravitationszentren, die teils durch Institutionalisierung, teils durch intellektuelle Vernetzung über eine relativ feste Binnenstruktur verfügten, in die weitere Öffentlichkeit getragen, dort reflektiert und kommentiert. Dass Mittlerfiguren, die „freischwebenden“ Intellektuellen im Sinne Karl Mannheims,²¹¹ in diesem Diffusionsprozess eine wichtige Rolle spielten, wurde am Beispiel Armin Mohlers bereits deutlich.

Anfang der 1950er Jahre forderte Hans Mühlenfelds Buch zur publizistischen Auseinandersetzung heraus. Es wurde breit besprochen.²¹² Die beiden substantiellsten Beiträge lieferten Otto Heinrich von der Gablentz in *Politische Literatur* und Franz Josef Schöningh in *Hochland*.²¹³ In ihrer Kritik an Mühlenfelds Ansatz stimmten die so ungleichen Publizisten überein – der Protestant von der Gablentz, Mitglied des Kreisauer Kreises, Mitbegründer der CDU und Politikwissenschaftler,²¹⁴ und der Katholik Schöningh, Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) und Herausgeber von *Hochland*, der als stellvertretender Kreishauptmann der deutschen Besatzungsverwaltung im Distrikt Galizien des Generalgouvernements zwischen 1942 und 1944 an der Organisation des Holocaust beteiligt gewesen war.²¹⁵ Zwar teilten beide Mühlenfelds Diagnose konservativer Verirrung ob der Übernahme nationalistischer Ideen im 19. Jahrhundert, waren von der Notwendigkeit, den ursprünglichen, wahren Konservatismus wiederzubeleben, überzeugt, und erkannten im britischen Konservatismus ein Vorbild. Doch zugleich zweifelten sie an Mühlenfelds Herleitung des konservativen Denkens. Die ewige Ordnung, die dem Konservatismus zu bewahren zur Aufgabe gestellt sei, entbehre in Mühlenfelds Entwurf der Legitimation. Allein die Berufung auf „das Gewachsene“ beinhalte „keinen Maßstab für die geschichtliche Verantwortung“, argumentierte von der Gablentz. „Den findet man nur in der Dimension, die hinter Natur und Geschichte liegt, in der religiösen.“²¹⁶ Auch Schöningh fehlte in Mühlenfelds Bestimmung des Konservativen die „tiefere christliche Begründung“, in der er die „eigentlichen geistigen Wurzeln“ des Konservatismus erkannte.²¹⁷ Das Christliche kristallisierte sich im Diskurs der 1950er Jahre immer deutlicher als Essenz des Konservativen heraus.

²¹¹ Vgl. SCHILDT, Auf neuem und doch scheinbar vertrautem Feld, S. 31.

²¹² Vgl. WALTER FREDERICA, Gegen den Fortschrittsglauben, in: DIE ZEIT, 27. 11. 1952; H. HAHNE, Konservative Politik, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 3. 10. 1953; Konservativ ist nicht reaktionär!, in: CHRIST UND WELT, 16. 4. 1953; zur Rezeption in den USA vgl. ROBERTS, Recent Books, 1954, S. 332; SCHARF, Rezension: Hans Mühlenfeld, 1953.

²¹³ Vgl. VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953; SCHÖNINGH, Was heißt heute konservativ?, 1953/54.

²¹⁴ Vgl. STEINBACH, „Jenseits von Staat und Markt“.

²¹⁵ Vgl. HARBOU, Wege und Abwege.

²¹⁶ VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953, S. 162.

²¹⁷ SCHÖNINGH, Was heißt heute konservativ?, 1953/54, S. 25–26, FN 5.

Der fortschreitenden Säkularisierung habe ein zeitgemäßer Konservatismus entgegenzutreten. In der Gegenwart würde die „konservative Haltung“ im kontinentalen Europa von den christlichen Parteien vertreten, so von der Gablentz, die nicht von ungefähr gegenwärtig den politischen „Platz einnehmen [würden], der früher den Konservativen zukam“.218 CDU und CSU, so durfte geschlossen werden, seien die konservativen Parteien der Gegenwart.

Nicht nur in dieser Hinsicht stand von der Gablentz quer zu Schöningh. Der hielt an der parteienkritischen Position der Zwischenkriegszeit fest, die den Konservatismus seines Eigentlichen beraubt und zur „Ideologie unter anderen“ mutiert glaubte, sobald er sich mit einer politischen Partei verband.219 Vielmehr hatten sich Konservative in Unabhängigkeit in die politische Diskussion einzubringen und vor den Gefahren der Kollektivierung zu warnen – in „Geduld, Zähigkeit und Demut“.220 In dieser Empfehlung für einen konservativen Politikstil stimmte Schöningh wiederum mit von der Gablentz überein, der zu „Behutsamkeit“ anriet und dabei Anleihen beim britischen Konservatismus nahm. Während „[c]onservative [...] im Englischen behutsam, pfleglich“ hieße, dächten die Deutschen dabei „an Eingemachtes in Konservendbüchsen und an Denkmalskonservatoren“ – an eine leblose Bewahrung des Abgelebten also. Konservative Haltung impliziere dagegen, insistierte von der Gablentz, „[b]ehutsam mit der ganzen Wirklichkeit, pfleglich mit den Dingen und menschlich mit den Menschen um[z]u[ge]hen“.221

Nicht das reaktive Prinzip der Gegensätze, sondern das Prinzip des Ausgleichs bestimmten Schöningh und von der Gablentz zum Ingredienz des Konservativen – und sie fanden dafür neue Begriffe wie eben *Behutsamkeit* oder *Geduld*, die sich um den Konservatismusbegriff legten. Zugleich verklammerten sie den Konservatismusbegriff mit dem Christlichen – eine Synthese ganz eigener Art, die also nicht nur in der Abendlandbewegung oder in Hans Zehrerers publizistischen Beiträgen propagiert wurde. Für amerikanische Beobachter wie den Historiker Henry L. Roberts musste die an Mühlenfelds Konservatismusentwurf geäußerte Kritik eines Mangels an christlicher Legitimation wohl erstaunlich klingen: Sie sahen in seinem Buch gerade den Versuch, konservative Theorie auf religiöser Grundlage zu entwerfen.222

Eben jene in der Publizistik der frühen Bundesrepublik so selten gestellte Frage, was *konservativ* in der Gegenwart bedeuten könnte, trieb 1953 Golo Mann um, als er Russell Kirks *The Conservative Mind*, in seinen Händen hielt.223 Es passt ins Bild, dass Manns Rezension im *Monat*, der Zeitschrift des Kongresses für kulturelle Freiheit, erschien, die sich den transatlantischen Dialog im Zeichen des

218 VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953, S. 164–165.

219 Vgl. SCHÖNINGH, Was heißt heute konservativ?, 1953/54, S. 33.

220 Ebd., S. 34.

221 VON DER GABLENTZ, Erneuerung konservativen Denkens?, 1953, S. 164, Hervorhebung im Original.

222 Vgl. ROBERTS, Recent Books, 1954; SCHARF, Rezension: Hans Mühlenfeld, 1953.

223 Siehe S. 7, 30–31, 44.

Antikommunismus zur Aufgabe gemacht hatte.²²⁴ Und gleichermaßen passte der Rezensent, ein transatlantischer Mittler, der viele Jahre der Emigration in den USA verbracht hatte, und durch seine Übersetzung Edmund Burkes und seine Arbeit zu Friedrich von Gentz ein ausgewiesener Kenner der Materie war.²²⁵ Denn die Suche nach dem Konservatismus in den bundesrepublikanischen 1950er Jahren implizierte stets einen Blick gen Westen und konturierte dabei zugleich das Bild, das man sich vom Westen machte.²²⁶

Manns kritische Besprechung von Kirks Erstlingswerk stieß sich an dessen Parteilichkeit, an seiner Tendenz, die Moderne als reines Negativum darzustellen, und an dem Absolutheitsanspruch, mit dem er den Konservatismus umgab. Dagegen setzte Mann ein Bild des Konservatismus als „Fragment des geistigen Universums, provoziert durch andere Fragmente, die zu balancieren er auf den Plan trat“.²²⁷ Daraus sprach Manns Skepsis gegenüber jeder Theoriebildung, die statt auf das Partielle und auf die Vielfalt auf Einheit und Ausschließlichkeit setzte. Letztlich also begegnete Mann Kirks Synthetisierungsangebot mit einem konservativen Argument. Das „Herz des Konservatismus“, meinte er, sei „die Liebe zur Vergangenheit“. Was aber könne die Vergangenheit die Deutschen lehren, die mit einer völlig neuen Gegenwart konfrontiert seien? Wiederum war Manns Antwort genuin konservativ: Nicht „Systeme [...], aus denen das jetzt und hier zu Tuende sich zuverlässig ableiten ließe“, böten gegenwärtige Hilfe, sondern allein die Beschäftigung mit den großen Männern der konservativen Tradition. Handlungsanleitung aber könnten auch sie nicht geben, diese Aufgabe bleibe „der Intuition, dem Wagnis, dem guten Willen“ vorbehalten.²²⁸ Politisches Handeln in der *Wirklichkeit*, geleitet von historischer Erfahrung, Instinkt und praktischer Vernunft – Golo Manns Ratschläge entsprachen dem, was unter *konservativ* verhandelt wurde, ohne dass er selbst den Begriff verwendete. Sie entsprachen außerdem seinem eigenen Ideal eines liberalen Konservatismus, das sich im Studium Burkes und Gentz’ ausgebildet hatte.²²⁹ Und nicht zuletzt spiegelten sie seine eigene Entdeckungserfahrung des Konservativen: Konservatismus als in die Gegenwart hineinwirkendes Fragment, das man aufgreifen und sich aneignen, aber auch ablehnen konnte – es jedenfalls in der Aktualisierung immer wieder neu veränderte.

So fragmentarisch, wie Golo Mann sich das Wirken politischer Denksysteme vorstellte, so fragmentarisch blieb die publizistische Auseinandersetzung mit dem Konservatismus in den 1950er Jahren. Erst am Ende des Jahrzehnts sollte sich dies ändern, als eine Debatte über das Konservative einsetzte, die nicht von ungefähr in der Publizistik geführt wurde. Offensichtlich war ein begriffliches Vakuum entstanden, nachdem überdeutlich geworden war, dass die selbstbewussten Advokaten eines bundesrepublikanischen Konservatismus, die Deutsche Partei und die

²²⁴ Zum *Monat* vgl. MARTIN, „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“.

²²⁵ Vgl. Zu Manns Burke-Rezeption vgl. essayistisch GÖRNER, Retrospektiver Fortschritt.

²²⁶ Vgl. STEBER, „The West“, Toqueville and West Germany Conservatism.

²²⁷ MANN, Was ist konservativ?, 1953, S. 187.

²²⁸ Ebd., S. 188.

²²⁹ Vgl. LAHME, Golo Mann, S. 128–131.

Abendland-Bewegung, rapide an Bedeutung verloren. Welchen Stellenwert mochte das Konservative in der Bundesrepublik überhaupt noch haben, wenn es seine letzten institutionellen Stützen verloren hatte? Ihre Deutungsangebote liefen ins Leere, wie im Übrigen auch die der konservativen Kulturkritik.²³⁰ Dasselbe galt für jene Vertreter der Weimarer neuen Rechten, die sich mit der Demokratie nicht oder nur fragmentarisch arrangieren wollten und von einer jungen, kritischen Intellektuellengeneration nur mehr als „resigniert“ oder einfach „alt“ beurteilt wurden.²³¹ Allein jene Intellektuelle aus diesen Kreisen, die sich auf die moderne Gesellschaft eingelassen hatten und ihr theoretisch beizukommen suchten wie Schelsky und Gehlen, schienen ein Rezept für einen zukunftsfähigen Konservatismus zu haben.²³² Doch auch sie schreckten vor der Selbstbezeichnung als Konservative zurück. Das Ergebnis war Verunsicherung, Ratlosigkeit, zuweilen Resignation, aber auch offensive Neujustierung.

So setzte am Ende des Jahrzehnts eine publizistische Debatte um das Konservative ein, in der eine Bandbreite von Positionen aufschien und die 1962 in dem bekannten Forum *Konservativ* 1962 in der Zeitschrift *Monat* ihren Höhepunkt und Abschluss erreichte. Die Verunsicherung über die Begriffe der politischen Sprache in der Demokratie lag an ihrem Grunde. Sie sprach bereits 1957 aus einem Beitrag des Politikwissenschaftlers Siegfried Landshut, der nichts weniger als das Ende einer Epoche diagnostizierte. Lange Jahre hatte er im Exil in Ägypten, Palästina und Großbritannien verbracht und half nach seiner Rückkehr die Politikwissenschaften in der Bundesrepublik aufbauen.²³³ Mit der Distanz der von ihm bevorzugten begriffsgeschichtlichen Methode analysierte Landshut die Begriffe *Restauration*²³⁴ – einen Zentralbegriff der 1950er Jahre – und *Konservatismus*.²³⁵ Den Konservatismus definierte er dabei als so ideologisch wie seine aufklärerische Gegenposition, seine Begriffswelt charakterisierte Landshut als dichotomisch. Das Gegeneinander von fortschrittlicher Haltung einerseits und konservativer Haltung andererseits, das die Geschichte seit der Französischen Revolution geprägt habe, sei allerdings obsolet geworden, weil sich die Gesellschaft radikal verändert habe. Die alten Begriffe passten nicht mehr in eine neue Zeit, argumentierte Landshut, sie seien zu „Anachronismen“ geworden. Letzten Endes sei nur noch eine konservative Haltung möglich – eine Haltung der beständigen „Restauration“ des „seit 200 Jahren Gültigen“, die für den Liberalen ohnehin galt, aber auch für den „Neo-Konservativen“, der sich mit der Demokratie arrangiert hatte, ob freiwillig oder gezwungenermaßen. Er habe, so Landshut,

²³⁰ Vgl. PAYK, *Der Geist der Demokratie*, S. 282–288.

²³¹ Vgl. LÜBBE, *Die resignierte konservative Revolution*, 1959; JÜRGEN HABERMAS, *Der Verrat und die Maßstäbe*, in: *DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG*, 15. 10. 1956. Vgl. dazu PAYK, *Der Geist der Demokratie*, S. 341–353.

²³² Für konservative, die Moderne behandelnde Positionen in *Merkur* vgl. KIESSLING, *Die undeutschen Deutschen*, S. 326–333.

²³³ Vgl. NICOLAYSEN, Siegfried Landshut; ders., *Zur Kontinuität politischen Denkens*.

²³⁴ Vgl. KIESEL, *Die Restauration des Restaurationsbegriffs*.

²³⁵ LANDSHUT, *Restauration und Neo-Konservatismus*, 1957, S. 49. Zu Landshuts Begriffsgeschichten vgl. NICOLAYSEN, *Zur Kontinuität politischen Denkens*, S. 291–292.

keine andere Möglichkeit, als die von aufklärerischen Ideen und Formen durchdrungene liberale Welt zu bewahren.²³⁶ Mehr Liberalität als bereits im 19. Jahrhundert eronnen, konnte in dieser Perspektive im 20. Jahrhundert nicht mehr gedacht werden. Der Gegensatz der Ideologien war an sein Ende gekommen – und damit auch die Begriffe, die sie bezeichneten.

Die gegenseitige Durchdringung von Liberalismus und Konservatismus, die Landshut aus der Position des wissenschaftlichen Beobachters beschrieb und für die ihm andernorts Alexis de Tocqueville zum Gewährsmann wurde,²³⁷ führte bei Hans Schuster, der 1959 in *Merkur* nach der „deutsche[n] Rechte[n]“ fahndete, dagegen zu einer resignativen Haltung. Von „konservativer Erneuerung“, auf die ein halbes Jahrzehnt zuvor noch zu hoffen gewesen sei, sei gegenwärtig nichts zu spüren. Statt dessen rufe der Begriff „eine ganze Skala von negativen Empfindungen“ hervor – und das, so konstatierte Schuster lakonisch, obwohl (oder gerade weil) die „Zeiten selbst [...] konservativ geworden“ seien. *Konservatismus* bedeutete Schuster ausschließlich Reaktion auf und Gegenwehr gegenüber dem Fortschritt. Solange aber die bundesrepublikanische Gesellschaft sich in einer Ruhe des „keine Experimente“ wiege, solange gebe es für eine Formierung des Konservatismus keine Ansatzpunkte.²³⁸ Für einen Konservatismusbegriff, wie ihn Schuster voraussetzte, basierend auf Anti-Fortschritts-Haltung, Gegensatzprinzip und ideologischer Geschlossenheit, war in der Bundesrepublik der späten 1950er Jahre tatsächlich kein Platz mehr.

Auch Marion Gräfin Dönhoff zog das Ende der 1950er Jahre gängige Interpretament der Entideologisierung heran, um im Jahr 1960 das Ende der Deutschen Partei historisch einzuordnen.²³⁹ Mit dem „Prozess der Einebnung der klassischen Ideologien“ glichen sich die Parteien immer stärker einander an, so dass die alten Richtungsbegriffe *konservativ*, *liberal* und *sozial* ihren Distinktionscharakter verlören und sich die Bundesrepublik auf ein Zweiparteiensystem mit *Rechts-Links*-Schema zubewegte. Mit dem Bedeutungsverlust der überkommenen Begriffe verlor auch der *Konservatismus* begrifflich wie substanzuell seine Kontur, so die These. Dönhoff identifizierte zum einen spezifisch deutsche Gründe für diesen Prozess: Die beiden verlorenen Weltkriege hätten die „Sozialstruktur von Grund auf vernichtet“, so dass es „keine Kontinuität“ mehr gebe, das von Ideen geprägte 19. Jahrhundert vergessen sei und der Pragmatismus regiere. Zum anderen sei die deutsche Entwicklung auch Teil eines Wandels, der die gesamte industrialisierte Welt erfasse, in der nicht mehr ideologische Politik zähle, sondern eine pragmatische Politik der Wohlstandsmehrung. Ein Leben in der Gegenwart, ohne Bezug zur Vergangenheit, ohne Ideale, ohne alternative Zukunftsentwürfe – in dieser Welt war dem politischen Konservatismus für Dönhoff alle Existenzmöglichkeit versagt. Dennoch hoffte sie auf ein Weiterleben des Konservativen als

²³⁶ LANDSHUT, *Restauration und Neo-Konservatismus*, 1957, S. 50.

²³⁷ Vgl. STEBER, „The West“, *Toqueville and West Germany Conservatism*, S. 237.

²³⁸ SCHUSTER, *Konservativ in unserer Zeit*, 1959.

²³⁹ Zu Dönhoff vgl. HARPPRECHT, *Die Gräfin Marion Dönhoff*.

„geistige Haltung“, wobei sie im Rückgriff auf eine Episode aus der preußischen Geschichte nur schemenhaft andeutete, was sie darunter verstand.²⁴⁰ Moral, individuelle Freiheit, Verantwortung, Adel, Staatsgesinnung, Gemeinwohlorientierung – das mochte sich der Leser vorstellen. Es entsprach den Idealen und Topoi, die Dönhoff mit den Widerständlern des 20. Juli 1944 verband.²⁴¹ Wie auch immer, aus Dönhoffs Zeilen sprach in erster Linie Nostalgie. Der Konservatismus war vergangen, gehörte der Geschichte an, hatte keine Zukunft mehr.

Während Dönhoff den Konservatismus begrub und Schuster sich in Resignation gefiel, dachte Friedrich Sieburg in der FAZ über Inhalte und Ziele eines Konservatismus der Gegenwart nach.²⁴² Auch er diagnostizierte eine konservative Grundstimmung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die Verschmelzung von Konservatismus und Liberalismus sowie eine Erstarrung des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Wo also könnte ein verjüngter Konservatismus ansetzen? Was sollte er „bewahren wollen“? Das, was ist, war Sieburgs Antwort, also die bundesrepublikanische Demokratie – die „parlamentarischen Institutionen“ und ein „Höchstmaß an wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheit“. Außerdem müsse *konservativ* zu sein heißen, die Verantwortung für die gesamte deutsche Geschichte anzunehmen und damit „die Schuld der jüngsten Vergangenheit“. Im Umkehrschluss bedeutete dies aber auch, dass ein positiver Rückbezug möglich sein musste.²⁴³

Sieburg entwarf in aller Kompromisslosigkeit einen Konservatismus, der allein auf bundesrepublikanischem Boden stand, der das Liberale in sich aufgesogen hatten. Sein Fluchtpunkt war die Freiheit des Individuums, „seine Autonomie gegenüber Gesellschaft und Staat“.²⁴⁴ Sieburg evozierte dabei die breite konservative Kritik am sozialstaatlichen Ausbau, die dem Einzelnen seine Verantwortung für das eigene Leben aus der Hand nehmen und ihn zur Marionette der Bürokratien werden ließe. Erst wenn sich das Individuum von diesen Zwängen befreien würde, sei oppositionelle, sprich konservative Haltung möglich gegenüber den fortschreitenden Eigenlogiken eines Systems, das auf die Masse statt das Individuum setze.²⁴⁵ Wie wir gesehen haben, waren diese Deutungsmuster in allen Konservatismus-Entwürfen der 1950er Jahre präsent. Sieburg griff sie auf und spitzte sie zu. Die vom Staat unabhängige, freie Persönlichkeit gerann zum Ideal des Sieburgschen Konservatismusbegriffs.²⁴⁶ Dabei variierte er nur das Thema der kri-

²⁴⁰ MARION GRÄFIN DÖNHOF, Das Ende der Konservativen, in: DIE ZEIT, 8. 7. 1960.

²⁴¹ Vgl. CONZE, Aufstand des preußischen Adels.

²⁴² Zu Friedrich Sieburg vgl. DEINET, Friedrich Sieburg (1893–1964); BUDDENBROCK, Friedrich Sieburg.

²⁴³ Vgl. KRAUS, Als konservativer Intellektueller, S. 271–273.

²⁴⁴ FRIEDRICH SIEBURG, Darf man noch konservativ sein?, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 23. 9. 1959.

²⁴⁵ Zu Sieburgs kulturkritischen Einlassungen vgl. KRAUS, Als konservativer Intellektueller, S. 281–287.

²⁴⁶ Bereits 1956 in seiner Besprechung von Jüngers Rivarol hatte Sieburg den Jüngerschen Entwurf des Konservatismus gepriesen und sein Kern als einen „Weg ins Freie“ charakterisiert; vgl. ebd., S. 295.

senhaften Existenz des Individuums in der Moderne, das seit den frühen 1920er Jahren das „Schlüsselproblem“ seines Denkens geblieben war.²⁴⁷ Allerdings glaubte Sieburg nicht an eine schnelle Realisierung des von ihm entworfenen Konservatismus angesichts der Gegebenheiten im Wohlfahrtsstaat. Insofern blieb auch seine Konservatismus-Analyse resignativ.

Für den jungen Historiker Rudolf von Thadden-Trieglaff, der sich in einem Leserbrief auf Sieburgs Kommentar hin zu Wort meldete, blieb sie zudem unvollständig. Sollte ein erneuerter Konservatismus eine Chance haben, so erst dann, wenn sein Verhältnis zur eigenen Vergangenheit geklärt sei und seine Inhalte präzise bestimmt würden. Allein über die „Kategorie des Bewahrens“ sei dem Phänomen jedenfalls nicht beizukommen.²⁴⁸ Ganz ähnlich sollte sich wenig später auch Armin Mohler äußern.²⁴⁹ Beide mahnten die klare Bestimmung eines Begriffs an, dessen Inhalte ins Rutschen gekommen waren und der deshalb über eine relativ breite Bedeutungsvarianz verfügte.

Recht konkret waren allerdings die Vorstellungen einer „konservativen Erneuerung“ des jüdischen Publizisten, Religionsphilosophen und -historikers Hans-Joachim Schoeps, der nach Jahren im schwedischen Exil in die Bundesrepublik zurückgekehrt war und als Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte in Erlangen amtierte.²⁵⁰ Schoeps' Orientierungspunkt war Preußen, ein „anderes Preußen“,²⁵¹ das er entgegen der verbreiteten Interpretation nach 1945 nicht nationalistisch und autoritär zeichnete, nicht als Ursprung und Herd der deutschen Katastrophe, sondern als organisch gewachsenen Rechtsstaat, christlichen Werten verpflichtet, hierarchisch, aber ausbalanciert gegliedert, weise geführt von einer verantwortungsvollen adeligen Elite und mit einer patriarchalischen Sozialpolitik Gerechtigkeit verbürgend. Preußen wurde Schoeps' Lebensthema. Es war ihm sowohl Bezugspunkt als auch Wunschbild seines monarchistischen Konservatismusentwurfs, den er in den 1950er Jahren formulierte, publizistisch energisch vertrat und bis in die 1970er Jahre hinein nur in Nuancen variierte.

Dabei räumte Schoeps eine „spätere Entartungszeit des Preußentums“ ein und zieh die preußischen Könige des Versäumnisses, dem Adel früh genug Freiräume gegeben zu haben, wodurch verhindert worden sei, dass sich im Vergleich zu Großbritannien „eine politische Führungsschicht der Nation“ ausgebildet hätte.²⁵² Zudem übte er heftige Kritik an den preußischen Konservativen, denen „Bismarck als ihr größter Sohn schon 1866 das ideelle Rückgrat gebrochen“ habe.²⁵³ Die Konservative Partei Preußens, die über die „Ära Gerlach-Stahl geistig

²⁴⁷ KNÄBICH, Solitär wider Willen, S. 149.

²⁴⁸ RUDOLF VON THADDEN-TRIEGLAFF, Nicht allein Bewahren, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 30. 9. 1959.

²⁴⁹ Vgl. MOHLER, Konservative Literatur, 1960.

²⁵⁰ Vgl. KROLL, Geistesgeschichte in interdisziplinärer Sicht.

²⁵¹ Vgl. SCHOEPS, Das andere Preußen, 1952.

²⁵² Vgl. SCHOEPS, Konservative Erneuerung, 1958, S. 82.

²⁵³ Diese These hatte Schoeps in seiner Studie SCHOEPS, Das andere Preußen, 1952 ausgearbeitet.

niemals hinausgekommen“ sei, habe den Konservatismus und damit auch die Idee des preußischen Staates mit dem Einschwenken auf die Bismarcksche Nationalstaats- und Eroberungspolitik verraten.²⁵⁴

Mit dem Namen konservativ haben sich neben- und hintereinander schmücken können: Interessengruppen der Großagrarier, völkische Nationalisten, alldeutsche Imperialisten, bürgerliche Kultur- und Besitzreaktionäre, bis dann ein nationalliberaler Geheimrat die Liquidationsmasse der einstigen Partei nach Ausverkauf der konservativen Rechtsstaatsidee Preußens in den totalen Staat Adolf Hitlers eingebracht hat, den Todfeind alles wirklich Konservativen.²⁵⁵

Das war eine Variante der *Pseudokonservatismus*-These, die in DP-Kreisen kultiviert wurde, und sie hatte bei Schoeps die gleiche Funktion wie bei Mühlenfeld und von Merkatz: Der Nachkriegskonservatismus konnte sich so von diesen Traditionslinien reinwaschen und gleichzeitig im deutschen Frühkonservatismus nationale Anknüpfungspunkte für sein Projekt der „Erneuerung“ finden. Zugleich wurde Begriffspolitik betrieben, der Bedeutungshorizont des Konservatismusbegriffs zurechtgerückt. Der sollte auf andere Inhalte festgelegt werden und das Vorbild dafür war Großbritannien. Dessen kontinuierliche, revolutionslose, organische Entwicklung sei der klugen Politik der Konservativen zuzuschreiben, die wussten, dass Revolutionen durch Reformen abgefangen werden könnten. Insofern sei die fehlgeleitete Geschichte der preußischen Konservativen „tragisch für den deutschen Geschichtsablauf“ gewesen.²⁵⁶ Schoeps' unverhohlenes Eintreten für die Wiedererrichtung der Monarchie, für die er noch in den 1950er Jahren Chancen sah, bezog sich argumentativ vorrangig auf das britische Vorbild einer lebendigen parlamentarischen Monarchie als idealer Synthese von Tradition und Moderne.²⁵⁷

Damit nahm Schoeps die Kritik an Preußen auf, ohne sein Ideal des preußischen Staates aufgeben zu müssen. Während andere Preußen als ursächlich für den deutschen ‚Sonderweg‘ glaubten, interpretierte Schoeps den deutschen Weg in die Katastrophe als Verrat an Preußen. Denn trotz aller Kritik setzte Schoeps im Ganzen dem negativen Zerrbild Preußens ein Bild entgegen, das in seiner Schöpfung nicht weniger entstellt war.²⁵⁸ Wie aber sollte nun der „Konservativismus von morgen“,²⁵⁹ der sich am Preußen von gestern orientierte, aussehen? Er hatte den Lauf der Geschichte anzuerkennen, sich auf den Boden der „Wirklichkeit“ zu stellen, und das hieß die Demokratie zu akzeptieren. Jede andere Option, so unterstrich Schoeps, sei „reaktionär“. Dementsprechend definierte er das Kon-

²⁵⁴ So ebenfalls in SCHOEPS, *Die Ehre Preußens*, 1951, S. 28.

²⁵⁵ Ebd., S. 11–12.

²⁵⁶ Vgl. ebd. Schoeps' Großbritannien-Bild scheint in seiner Analyse der Haltung der preußischen Konservativen gegenüber dem Vereinigten Königreich auf vgl. SCHOEPS, *Das andere Preußen*, 1952, S. 224–228

²⁵⁷ Vgl. SCHOEPS, *Kommt die Monarchie?*, 1953; dazu KRAUS, *Eine Monarchie unter dem Grundgesetz?*; KROLL, Hans-Joachim Schoeps und Preußen, S. 122–128; KRAUS, Hans-Joachim Schoeps als konservativer Denker, S. 169–171.

²⁵⁸ Zu historischen Preußenbildern vgl. KROLL, *Sehnsüchte nach Preußen?*, sowie den kurzen Überblick bei CLARK, *Preußenbilder im Wandel*.

²⁵⁹ SCHOEPS, *Die Ehre Preußens*, 1951, S. 32.

servative, sehr typisch, als spezifische Ordnungsidee der Zeitlichkeit, deren „Wesen“ sich im „Ausgehen vom Gegebenen“, in der „Übersetzung des Wertvollen an der Vergangenheit hinein in das Zukünftige“ kristalliere.²⁶⁰ Das Wertvolle der Vergangenheit lag für den Monarchisten Schoeps selbstredend im Preußentum.

Am Ende des Jahrzehnts standen unterschiedliche publizistische Entwürfe des Konservativen, die sich mehr oder minder leise an eine Neubestimmung des Konservatismusbegriffs herantasteten. Die beschämte Stille der ersten Jahre bundesrepublikanischer Publizistik war einer ambivalenten Thematisierung des Konservativen gewichen. In ihrer Begrifflichkeit wiesen diese Entwürfe klare Kontinuitätslinien zu früheren Begriffsbestimmungen auf und waren mit jenen der frühen und mittleren 1950er Jahre in vielfacher Hinsicht verschränkt. Alle zeichneten sich durch ein Bekenntnis zur *Wirklichkeit* aus, führten den Begriff auf seine lateinische Wurzel *conservare* zurück und leiteten daraus eine typische Zeitordnung ab, die auf der Kontinuität der Zeitdimension basierte. Darüber hinaus wurde der Ausgleich zum konservativen Grundprinzip erklärt und semantisch variiert. Und nicht zuletzt suchten die deutschen Begriffsbilder des Konservatismus Orientierung in anderen Ländern und bemühten sich, einzelne Denker und Traditionsbestände in ihre Konstruktion deutscher Konservatismus-Geschichte zu integrieren. Vor allem bezogen sie sich auf Großbritannien, aber auch auf die USA und die Schweiz.

Dabei deuteten sich zwei Varianten des Konservatismus-Verständnisses an, die geradezu idealtypisch in zwei Texten des Zürcher Philosophen Hans Barth und des deutsch-schweizer Publizisten Armin Mohler formuliert wurden. Barth meldete sich 1958 mit einer Anthologie von Grundlagentexten des konservativen Denkens zu Wort. Dort entfaltete er in einer gewichtigen Einleitung sein Verständnis des Konservativen, an dem die Auswahl der Quellentexte ausgerichtet war.²⁶¹ *Konservatismus* bedeutete Barth nicht bloßes Erhalten, sondern auch Anerkennung des historischen Wandels und dementsprechend: reformieren, um zu „verbessern“.²⁶² Denn der Konservatismus sei ursprünglich dialektisch, weise über sich hinaus, „weiß sich ergänzungsbedürftig“.²⁶³ Mit der „Restauration“ habe Konservatismus daher nichts gemein – dementsprechend suchte man in Barths Anthologie vergeblich nach Texten etwa von Joseph de Maistre oder Carl Ludwig von Haller.

Allerdings benötige der Konservatismus, so hob Barth hervor, eine ethische Quelle, ein „Wertsystem“ als „Maß des Unterscheidens“. Diese Quelle lag für Barth im „christlich bestimmten Naturrecht“, das die Spannung von Freiheit und Bindung des Menschen austarieren würde.²⁶⁴ Auch Barth identifizierte den Konservatismus als Antwort auf die Französische Revolution und die rationalistischen Denker des 18. Jahrhunderts. Doch da der Konservatismus ob seines dialektischen

²⁶⁰ SCHOEPS, *Konservative Erneuerung*, 1958, S. 99.

²⁶¹ Vgl. BARTH, *Der konservative Gedanke*, 1958.

²⁶² BARTH, *Einleitung*, 1958, S. 12.

²⁶³ Ebd., S. 10.

²⁶⁴ Ebd., S. 12.

Grundelementes „ergänzungsbedürftig“ sei, sei ihm der Liberalismus von Beginn an inhärent.²⁶⁵ Daher war für Barth Alexis de Tocqueville ein herausragender Konservativer: Von seinen Zeitgenossen als Liberaler eingeschätzt, sich selbst als „Liberalen von besonderer Art“ bezeichnend, hätte der französische Aristokrat der 1830er und 1840er Jahre die Entwicklung hin zur Demokratie als unumgänglich erkannt, dann aber alles daran gesetzt, sie mit hergebrachten Traditionen und Institutionen in Einklang zu bringen. Edmund Burke und Alexis de Tocqueville, das waren die beiden Heroen an Barths konservativem Himmel, Großbritannien und die USA die Staaten, in denen sich solch ein Konservatismus hatte entfalten können – geprägt von dem Willen zum dialektischen Ausgleich, von liberalen Voraussetzungen, einem christlichen Weltverständnis und angelsächsisch orientiert. Dies war die eine Variante des Konservatismusbegriffs der späten 1950er Jahre.

Die andere Variante formulierte Armin Mohler, der Barths Definition neutralisierte, indem er sie in ein Schema konservativer Ausprägungen einordnete und mit dem Etikett „Liberal-konservatismus angelsächsischer und [...] eigenständig schweizerischer Prägung“ ausstattete.²⁶⁶ Blühen könne ein solcher Konservatismus nur in Ländern, die sich kontinuierlich, ohne Bruch entwickelt hätten. Für die Bundesrepublik aber – „auf einem totalitär durchpflügten Boden wie dem deutschen, über den noch immer, wenn auch in veränderter Form ‚politische Mythen‘ hinwegfegen“ – taue ein auf vorsichtiges Weiterentwickeln des Bestehenden ausgerichteter Konservatismus nicht. Mohlers Angriff galt dabei nicht Barth, dem er zugestand, zumindest der Formulierung konservativer Theorie nicht auszuweichen, Mohler zielte auf von Merkatz und damit auf die Deutsche Partei. Diese sei in „ihrer Substanz“ ohnehin „eine nationalliberale Partei“, trage sie doch die Begriffe „Individuum“ und „Privateigentum“ auf einem Schild vor sich her. Die, so war daraus zu schließen, waren nach Mohlers Ansicht kein genuiner Bestandteil des konservativen Vokabulars.²⁶⁷ Vor allem aber mangle es der Deutschen Partei an einem ideologischen Ziel, das sich nicht in „Anti-Haltungen“ verliere, und an festen konservativen Ideenpflocken, die über das Erhalten des Natürlichen hinausgingen.²⁶⁸ „Der auf Burke sich berufende ‚Gärtner-Konservatismus‘“ taue nicht für die Bundesrepublik, konstatierte Mohler lapidar.²⁶⁹ Diese Abrechnung mit der DP hatte eine Vorgeschichte: Mohler war 1952 von Hellwege für eine Mitarbeit in der Partei umworben worden und an der Formulierung ihres Grundsatzprogramms im gleichen Jahr beteiligt gewesen. Distanzierung und Bruch kamen dann bereits im Januar 1953, als Mohler die ideologischen Gegensätze vor allem zu von Merkatz unüberbrückbar schienen.²⁷⁰

Dass der neu formulierte Konservatismus gerade eines Hans Joachim von Merkatz mit dem antidemokratischen Denken bewusst brach, dass er liberale

²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 10–11.

²⁶⁶ MOHLER, *Konservative Literatur*, 1960, hier Sp. 1040.

²⁶⁷ Ebd., Sp. 1049.

²⁶⁸ Ebd., Sp. 1054.

²⁶⁹ Ebd., Sp. 1050.

²⁷⁰ Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 122–123.

Denkfiguren integrierte, sich am angelsächsischen Beispiel orientierte und auf Ausgleich statt auf die Profilierung der Extreme setzte, genau das bekämpfte Mohler. Konservatismus war ihm das Gegenteil: ein festgefügtes System von Ideen, sicherlich nicht christlich, aus der deutschen antidemokratischen Tradition des Denkens schöpfend, ein radikales antiliberales Gegenprogramm formulierend. Wenig überraschend waren ihm Schoeps Ansätze „konservativer Erneuerung“ sympathisch.²⁷¹ Mohler umriss in seiner Sammelrezension des Jahres 1960 damit die zweite Variante des Konservatismusbegriffs, die in dem Vakuum der späten 1950er Jahre formuliert wurde. In den folgenden zwei Jahrzehnten sollte er diese ausarbeiten, verfeinern und mit Verve vertreten.

Unterstützung erfuhr er dabei von unerwarteter Seite. 1961 veröffentlichte der junge Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen erstmals seine Überlegungen zu einer Theorie des Konservatismus. In Aufsatzform legte er den Kern seiner Interpretation dar, die er ein Jahrzehnt später als Monographie in umfassender Ausarbeitung publizieren sollte.²⁷² Greiffenhagens einflussreiche These besagte, dass am Grunde des modernen konservativen Denkens ein Dilemma liege, das letztlich nicht aufzulösen sei, in dem der zerstörerische Antrieb des Konservatismus aber gründe. Dieses Dilemma ergebe sich aus der Tatsache, dass der Konservatismus gegen die moderne Rationalität opponiere und sich auf vorrationale Quellen berufe, dabei aber von Beginn an „*im Horizont dieser Rationalität argumentiert hat und somit an sich selbst bereits im Ansatz rational*“ sei. Das „Denken *gegen* die Rationalität ist selber rational, und das konservative *Bewahren* ist in Wahrheit ein *Bewahrenwollen*, d. h. aber: ein bewusster *Rückgriff* auf eine entschwundene Welt und der Versuch einer *Wiedergewinnung* von bereits entglittenen oder entgleitenden Vorstellungen“, so Greiffenhagens zentrale These.²⁷³

Um diese These begründen zu können, bedurfte es einer sehr bewussten Fokussierung: Greiffenhagen klammerte all jene Varianten konservativen Denkens aus, die sich dieses Dilemmas von Beginn an bewusst gewesen waren und das aufklärerische Fundament des modernen Konservatismus anerkannt hatten. Und er klammerte folglich auch all jene Neujustierungen des Konservatismusbegriffs in der Bundesrepublik der 1950er Jahre aus, die im Rückgriff auf Denker des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts sich diese Tradition – in vielerlei Variation, wie wir gesehen haben – aneigneten und dabei durchaus auch auf deutsche Traditionslinien zurückgreifen konnten. Der Politikwissenschaftler Greiffenhagen reduzierte den deutschen Konservatismus also auf eine ablehnende Haltung gegenüber der aufgeklärten Moderne, während er alles andere als „angelsächsisch-liberale Richtung des Konservatismus“ aus der deutschen Genealogie konservativen Denkens verbannte.²⁷⁴

²⁷¹ Vgl. MOHLER, *Konservative Literatur*, 1960, Sp. 1049, FN 17.

²⁷² Vgl. GREIFFENHAGEN, *Das Dilemma des Konservatismus*, 1961; ders., *Das Dilemma*, 1971.

²⁷³ GREIFFENHAGEN, *Das Dilemma des Konservatismus*, 1961, S. 16, Hervorhebungen im Original.

²⁷⁴ Vgl. ebd., S. 13, FN 4.

Es war daher nur konsequent, wenn er in der Weimarer neuen Rechten, für die er Mohlers Begriff und Interpretation der *konservativen Revolution* übernahm, die reinste Ausformung des deutschen dilemmatischen Konservatismus erkannte:

In der konservativen Revolution erscheint der Konservatismus deutlich als das, was er von Anbeginn war: als Gegenschlag gegen den liberalen Geist, aber aus einer reflexiv-restaurativen Haltung heraus, die dem Liberalismus gerade in seiner Berufung auf den ‚Gegensatz‘ dialektisch verbunden bleibt. In der revolutionären Form zeigt der Konservatismus sein von Anfang an modernes Gesicht, das Programmatische und Ideologische seines Wesens, den Geist des Machens und Planens.²⁷⁵

Dementsprechend demonstrierte Greiffenhagen seine These am politischen Denken der Weimarer neuen Rechten.

Wie aber ordnete Greiffenhagen dann die konservativen Neujustierungen seiner Gegenwart ein? Das dialektische Prinzip als die dem Konservatismus typische Form des Denkens werde auf den Konservatismus selbst angewandt, nachdem der dialektische Versuch der Weimarer neuen Rechten, die Gegensätze der Moderne gewaltsam aufzuheben, gescheitert war. Nun also interpretiere sich der Konservatismus als eigenständigen Faktor im historischen Spiel der Gegensätze: Das Ringen zwischen Konservatismus und Fortschritt werde essentialisiert und als ewig betrachtet. Dabei gehe allerdings der Konservatismus wesentlicher Grundsätze verlustig, da nun alles Natürliche in seinen Anlagen auch als fortschrittlich gedacht werden müsse. Das einzige, was bleibe, sei die Auffassung, dass konservatives Denken allein reaktiv sei, es konservative Inhalte per se nicht geben könne. Daher beschränke sich der Konservatismus auf eine „resignative Verteidigung einer Position, die den restaurativen Charakter des Konservatismus dialektisch zu rechtfertigen“ suche.²⁷⁶ In einer Gesellschaft aber, in der der Rationalismus und aufklärerische Prinzipien dominierten, wirkten konservative Positionsbestimmungen, die allein auf Irrationalität setzten, unglaubwürdig.²⁷⁷ Vollends sichtbar werde das Dilemma des Konservatismus denn auch in der neuen Akzentsetzung auf das Individuum. Wiederum fungiere eine Idee „rationalistischen Ursprung“ nur als Mittel, um einen alten Gegensatz, nämlich den von Individuum und Gesellschaft, dialektisch aufzuheben. Dies solle nun zwar zugunsten des Individuums geschehen, doch ohne die rationalistischen Voraussetzungen des Individualismus anzuerkennen.²⁷⁸ Damit sei die Geschichte des Konservatismus in der Gegenwart, in der sich die Aufklärung durchgesetzt habe, an ihr Ende gelangt.²⁷⁹

Dies sah Mohler naturgemäß anders, aber in der Festlegung des Konservatismusbegriffs auf die neuere Variante stimmte er mit Greiffenhagen überein. Greiffenhagens wissenschaftliche Begriffsbildung, die sich durch ein hohes Maß an philosophischer Reflexion auszeichnete, kreuzte sich so mit Mohlers Begriffs-

²⁷⁵ Ebd., S. 38.

²⁷⁶ Ebd., S. 50–52, Zitat S. 51.

²⁷⁷ Vgl. ebd., S. 52–57.

²⁷⁸ Ebd., S. 59.

²⁷⁹ Vgl. ebd., S. 26, 35, 53.

politik, der jener stets einen wissenschaftlichen Anstrich verlieh. Ihre volle Wirkung sollte Greiffenhagens These aber erst mit der Publikation des Buches in den fiebernden frühen 1970er Jahren entfalten.

Als im Frühjahr 1962 die Redaktion des *Monat* eine Plattform zur Verständigung über das Konservative in der bundesrepublikanischen Gegenwart bot, setzte sie keine neue Diskussion in Gang, sondern griff das auf, was in der publizistischen Luft lag. Das häufig zitierte Diskussionsforum *Konservativ* 1962 gab der Diskussion über das Konservative in der Bundesrepublik einen starken Impuls und ließ sie durch die prominente Platzierung relevant erscheinen. Es bündelte die Debatte, die seit den späten 1950er Jahren in der publizistischen Öffentlichkeit entstanden war, und suchte Klärung in eine Situation begrifflicher Unsicherheit zu bringen. Dabei ging es der Redaktion des *Monat* um nichts weniger als um eine Zustandsbeschreibung der politischen Kultur der Bundesrepublik, die sie von zwei politischen Lagern, nämlich einem *linken* und einem *rechten*, geprägt glaubte. Während die *Linke* unter diesem Etikett tatsächlich diskutiert wurde, ersetzte die Redaktion den Begriff *rechts* durch *konservativ*, da „rechts“ als „vage“ und „emotional belastet“ galt.²⁸⁰ Dass *konservativ* problematisch sein würde, zeigte sich in den Beiträgen recht schnell.

Dazu eingeladen wurden bekannte Advokaten der konservativen Sache: Armin Mohler, der Radiojournalist Dietrich Schwarzkopf, Golo Mann, Hans-Joachim von Merkatz, der Publizist Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, der Journalist Klaus Harpprecht, Hans Zehrer, Peter Dürrenmatt und Eugen Gerstenmaier. Ein Beitrag Emil Franzels wurde angekündigt, aber nie publiziert. Damit wäre auch das katholische Spektrum der Konservatismus-Debatte der 1950er Jahre abgedeckt gewesen – im Übrigen aber konnte die Redaktion tatsächlich die gesamte Palette von aktuellen Entwürfen des Konservativen präsentieren. Dabei zeichneten sich klar die beiden Lager ab, die sich Ende der 1950er Jahre im Verlauf der Konservatismus-Diskussion formiert hatten: Die einen formulierten einen auf dem Boden der liberalen Demokratie stehenden Konservatismus, die anderen einen Konservatismus in Nachfolge der Weimarer neuen Rechten. Für letzteren traten Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing ein, während die liberale Variante zwar eine Spannweite von Interpretationen zuließ, aber in der grundsätzlichen Anerkennung der Demokratie sowie des Konservatismus als Kind der Moderne ihre allseits geteilten Fluchtpunkte fand. Diese beiden Varianten des Konservativen sollten, wie wir sehen werden, die politische Kultur der Bundesrepublik fortan prägen – bis in unsere Gegenwart hinein. Das macht die Bedeutung der publizistischen Debatten der späten 1950er und frühen 1960er Jahre aus.

Wie näherten sich die Forumsbeiträge dem ihnen gestellten Thema? Wie definierten sie den bundesrepublikanischen Konservatismus des Jahres 1962? Der „moderne Konservative“, bemerkte Dietrich Schwarzkopf, habe zuallererst den Auftrag, die „Freiheit zu erhalten und weiterzuentwickeln“. Freiheit bedeute dem

²⁸⁰ MOHLER, *Konservativ*, 1962, S. 23, Vorbemerkung der Redaktion.

Konservativen dabei „die Möglichkeit, eine politische Individualität frei zu offenbaren, in den Grenzen, die der Respekt vor der gleichen Freiheit der anderen zieht“. Insofern sei konservativ „synonym mit freiheitlich“ und der Konservative „das freiheitssichernde Regulativ der Demokratie“. Das mochte Schwarzkopf als „restaurativ“ verstehen – und so gesehen war die Verabschiedung des Grundgesetzes ein restaurativer Akt gewesen. Konkret meinte eine solche konservative Verteidigung der Freiheit für den Schweizer Publizisten vollen Einsatz für die „Vielfalt“ einer „vorhandenen Ordnung“, das Vorantreiben der „Entideologisierung“, die Beförderung „legitimer Autorität“, die „Normalisierung des politischen Bewusstseins“ (worunter die Akzeptanz nationaler Traditionsbildung und eines positiven Verhältnisses zur deutschen Geschichte verstanden wurde) und „Respekt vor der Individualität“.²⁸¹

Dabei berief sich Schwarzkopf explizit auf eine Traditionslinie des „Liberkonservatismus à la Burke“,²⁸² und ebenso huldigte Golo Mann Edmund Burke, „diese[m] Burke, der das wunderbare Grundbuch des Konservatismus geschrieben hat“. Wenn aber nun der Konservatismus auf dem Liberalen aufbaute, wenn er historisch mit dem Liberalismus verflochten war, was unterschied ihn dann noch vom Liberalismus? Golo Mann ging diese Frage mit einem historischen Argument an. Der Konservative misstrauet unbeschränkter Macht; diese gelte es zu begrenzen. Die geeigneten Mittel dazu seien das Naturrecht, die Bindung an eine Verfassung sowie ein dezentral aufgebautes Staatswesen. Historisch betrachtet handele es sich um liberale Kernforderungen, die allerdings nur von einem Teil der Liberalen vertreten worden seien: „Die Liberalen, welche der Macht, nicht bloß der Macht der Könige, sondern *jeder* Allmacht misstrauen, gehören ins konservative Lager; die Rousseau-Robespierre-Liberalen ins revolutionäre.“²⁸³ Der Konservatismus, wie ihn Mann definierte, setzte die gemäßigte Tradition des Frühliberalismus fort, sein Kristallisationspunkt fand sich in der Ablehnung der Revolution.

Glaubte Golo Mann noch zu Beginn der 1950er Jahre den Konservatismus nur noch als Erinnerungsfragment erschließen zu können, erschien er ihm ein Jahrzehnt später als deutlich geschlossener – sicherlich nicht als System, aber als Konglomerat von zusammenhängenden und sich ergänzenden Ideen und Begriffen, das sich als Antithese zum „anderen Bündel von Begriffen, dem von dem Oberbegriff ‚Revolution‘ zusammengehaltenen“ formte. Einige solcher konservativer „Kern-Prinzipien, Kern-Thesen, Behauptungen und Verneinungen“ benannte Mann: Reform im Sinne des „praktisch Notwendigen“, den Zweifel an der menschlichen „Perfektibilität“ sowie an der Möglichkeit von Planung zur Aufhebung allen Leids auf Erden, die „Neigung zu den Sachen“, der Kampf gegen die „Allmacht der Gesellschaft“ und das Prinzip sozialer Nützlichkeit, das Misstrauen gegenüber einer

²⁸¹ Vgl. SCHWARZKOPF, Was ist heute eigentlich konservativ?, 1962.

²⁸² Ebd., S. 46.

²⁸³ MANN, Konservative Politik und konservative Charaktere, 1962, Zitate S. 48 und 50, Hervorhebung im Original.

postulierten „Allvernunft“.²⁸⁴ Dabei lehnte Mann es dezidiert ab, den Gegenstand des Konservativen über das Moment des Bewahrens festzulegen. In jedem Falle habe sich der Konservatismus aus den Problemen der Gegenwart heraus zu bilden, während der Ideenvorrat des 19. Jahrhunderts ad acta gelegt werden könne. Im Zentrum müsse die Klärung dessen stehen, was konservatives Denken in einer Epoche beschleunigten Wandels zu leisten vermöge – wohlgermerkt: konservatives Denken verstanden als Widerpart revolutionärer Dynamik.

Ging Golo Mann das komplizierte Mischungsverhältnis von Konservatismus und Liberalismus historisch an, konzentrierte Klaus Harpprecht seine Erklärung auf den Fortschrittsbegriff, an dem sich Konservative seit jeher abgearbeitet haben. Auszuloten galt es das Spannungsverhältnis von Fortschreiten und Bewahren, von Zukunftsstreben und Wertschätzung des Vergangenen. Der Konservative, meinte Harpprecht, akzeptiere Veränderung durchaus, beizeiten initiiere er diese auch selbst. Nur dem „Fortschreiten um jeden Preis“ gelte sein unbedingter Widerstand.²⁸⁵ So war auch sein Aufruf zur „Verteidigung des Altmodischen“ gemeint: Ein zeitgemäßer Konservatismus stemme sich gegen die beständig fortschreitende Entwicklung hin zu gesellschaftlicher Uniformität, seine „Pflicht“ bestehe darin, der „Welt die Vielfalt zu erhalten“.²⁸⁶

Sehr ähnlich lautete auch Peter Dürrenmatts Resümee: ein der Gegenwart angepasster Konservatismus bedeute zuvorderst „Gegenläufigkeit, Widerstand, Aushalten“.²⁸⁷ Die vordringlichste Aufgabe, die den Konservativen aufgetragen sei, bestand laut Dürrenmatt in der „Trennung von Staat und Gesellschaft“ und damit zusammenhängend in der „Klärung der Begriffe Eigentum und Verantwortung“.²⁸⁸ Außerdem offerierte der Schweizer Publizist eine weitere Variante der Entstehung des Konservatismus in Auseinandersetzung mit dem Liberalismus. Während bis dahin ein Narrativ gängig war, das Liberalismus und Konservatismus als ursprüngliche Antipoden konzeptualisierte, erforderte die Abkehr vom antidemokratischen Denken eine Revision. Wie auch Golo Mann drehte Dürrenmatt in diesem Sinne an den entscheidenden historischen Stellschrauben. Der „europäische Konservatismus“ sei aus der Opposition von „Jakobinertum und Reaktion“ entstanden – und so von Beginn an ein Produkt der „Synthese“, „in einer von den Extremen beherrschten Lage die Mitte“.²⁸⁹

Neujustierung, Neubestimmung, Anerkennung der Realitäten und die Umarmung des Liberalen – das war die Richtung, in die Mann, Dürrenmatt und Schwarzkopf die Suche nach dem Konservativen in einer Zeit beschleunigten Wandels wiesen. Als Suche aber verstanden sie ihre tastende Arbeit am Begriff allemal. Dagegen sah Armin Mohlers Suche konkreter aus: Er fahndete nach einer Möglichkeit konservativer Sammlung nach dem Abgang Adenauers. Das Konser-

²⁸⁴ Ebd., S. 50–51.

²⁸⁵ HARPPRECHT, Verteidigung des Altmodischen, 1962, S. 60.

²⁸⁶ Ebd., S. 62.

²⁸⁷ DÜRRENMATT, Europa wird konservativ sein – oder es wird nicht sein, 1962, S. 35.

²⁸⁸ Ebd., S. 36.

²⁸⁹ Ebd., S. 35.

vative selbst glaubte er zu kennen, daran hegte er keinen Zweifel. Seine Definition war die der Weimarer neuen Rechten: nicht ein „Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt“.²⁹⁰ Demnach galt es nur noch die aus der konkreten historischen Situation erwachsenden Inhalte zu finden, Kerne also, auf die sich die „konservativen Energien“²⁹¹ die Mohler in der Bundesrepublik überall wahrzunehmen glaubte, konzentrieren konnten. Er schlug zwei solcher Kerne einer konservativen Sammlung vor: erstens der Widerstand gegen eine „Moralisierung der Politik“, worunter er schlichtweg die Entsorgung der NS-Vergangenheit aus der bundesrepublikanischen Politik verstand.²⁹² So sollten Forderungen nach Wiedervereinigung und „dem Zurückerhalten verlorener Provinzen“ als legitim und als Recht auf „Selbstbehauptung“ von „Volk“ und „Nation“ gelten und der „Moralisierungsrummel“ um „Kriegsverbrecher“ sein Ende finden.²⁹³ Mohler forderte also nichts anderes als eine stolze und fordernde Besinnung auf das Nationale in Zeiten des Eichmann-Prozesses.²⁹⁴ Zweitens glaubte Mohler ein „monumentales Bedürfnis“ zu spüren, ein Bedürfnis des einzelnen nach Einordnung in „übergreifende“, ewige Ordnungen, die in Ritualen und im „Kult“ erst erfahrbar würden. Der Mensch, so Mohler, „will nicht frei *von* allem“ sein, „sondern frei *für* etwas“. Sehr explizit evozierte er die Erfahrung von „Gemeinschaft“ im NS-Regime, das „brachliegenden Einordnungswünschen Einordnungsmöglichkeiten“ geboten hätte, „die zum mindesten subjektiv Sinnerfüllungen sein konnten“. Die Idee vom „Volk“ als „eigenartige Einheit“, als eigenständiges, nicht durchschaubares Wesen mit einer im Kultischen weiterlebenden heroischen Geschichte feierte in Mohlers Konservatismusdefinition fröhliche Urständ – ebenso wie die eng verwandte Idee der *Volksgemeinschaft*.²⁹⁵ Beide waren nicht nur Grundelemente nationalsozialistischer Ideologie, sondern auch des politischen Denkens der Weimarer neuen Rechten.

Ganz im Sinne Mohlers argumentierte wenige Wochen später Caspar von Schrenck-Notzing. Vom Bewahren als dem Ingredienz des Konservativen wollte er nichts wissen, von einer unhinterfragten Fortführung konservativer Ideenstränge ebenso wenig. Vielmehr gelte es das auszuwählen, was der gegenwärtigen Situation „angemessen“ sei. Konservatismus bedeutete ihm „Einschnitt“ und „Protest“ und manifestierte sich dementsprechend in „konservative[r] Aktion“.²⁹⁶ Schrenck-Notzing feierte die Extreme, pries den Dezisionismus und zelebrierte die Tat. Auch das hatte die deutsche Öffentlichkeit schon zu Weimarer Zeiten gehört, so dass der mehr oder weniger geneigte Leser sicherlich nicht überrascht war zu erfahren, dass Schrenck-Notzing in der Weimarer neuen Rechten die „letz-

²⁹⁰ MOHLER, *Konservativ*, 1962, S. 23, FN 1.

²⁹¹ Ebd., S. 24 und 25.

²⁹² Vgl. dazu BERG, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker*, S. 294–298, 338–339.

²⁹³ MOHLER, *Konservativ*, 1962, S. 25–27.

²⁹⁴ Zur vergangenheitspolitischen Dimension des Konservatismus-Forums im *Monat* vgl. SCHOLTYSSECK, *Conservative Intellectuals*, S. 242–243.

²⁹⁵ MOHLER, *Konservativ*, 1962, S. 27, Hervorhebungen im Original.

²⁹⁶ SCHRENCK-NOTZING, *Wider die Gefühlspolitik*, 1962, S. 57.

te Blütezeit“ des deutschen Konservatismus erblickte.²⁹⁷ Für die 1960er Jahre empfahl er die „Sachgerechtigkeit“ als Kristallisation des Konservativen, eine allein an den Notwendigkeiten und Nützlichkeiten, an institutioneller Logik und unemotionaler Entscheidung orientierte Politik.²⁹⁸ Auch das war seit Weimarer Zeiten bekannt und die konservative Soziologie Gehlens oder Schelskys, die überall nur noch Technokratien an der Herrschaft glaubte, hatte diesen Erklärungsmustern neue Nahrung gegeben.²⁹⁹ Schrenck-Notzing nun wollte die Sachgerechtigkeit in oppositionelle Position bringen, und als Gegner ausersehen waren ein angeblicher „Neupietismus“, der Mohlers „Moralisierung“ entsprach, sowie der „Provinzialismus“, worunter das fiel, was andere als Mitte des Konservatismusbegriffs ausmachten: kleine Einheiten, Föderalismus, Dezentralisierung, „Heimat“, „Boden“, „Brauch“ und „Sitte“. Ein Konservatismus „für die Institutionen und gegen das Gefühl“ sei weder an Kultur noch an Tradition gebunden, sondern global durchsetzbar.³⁰⁰ Schrenck-Notzing rief also zur internationalen Sammlung in einer „nacheuropäischen Welt“ auf. *Konservativ* setzte er synonym mit *rechts*.³⁰¹

So explizit findet sich diese Gleichsetzung in Mohlers Beitrag nicht, seine Strategie war es offensichtlich, den Konservatismusbegriff zu okkupieren. Dagegen verabschiedete Robert Hepp, der sich per Leserbrief in die Debatte des *Monat* einschaltete, den Begriff konsequent, weil er seine Konturen verloren habe und „alles oder nichts“ bedeute. Der zu diesem Zeitpunkt 24-jährige Hepp, der in engem Kontakt zu Mohler stand, bei Schoeps in Erlangen studierte und schließlich 1967 promovierte, sollte als installierter Ordinarius für Soziologie in Salzburg, Saarbrücken und schließlich Vechta zu einem publizistisch aktiven Vertreter der Neuen Rechten werden.³⁰² Diesen Begriff führte er in seinem Leserbrief denn auch als Alternativbegriff ein: „Die neue Rechte formiert sich also in der Reaktion gegen die bloße Reaktion.“³⁰³ Es ist zu vermuten, dass dafür die französische *Nouvelle Droite* Pate stand, die Armin Mohler ausführlich beschrieben und an deren Beispiel er sein Konzept einer politischen Rechten nach 1945 entwickelt hatte.³⁰⁴ In diesem Zusammenhang offenbarte Mohler auch seine Haltung gegenüber dem Konservatismusbegriff, den er in seinem Beitrag im *Monat* 1962 bereits in die Tradition der Weimarer neuen Rechten gestellt hatte. Dezipierter hatte er sich wenige Jahre zuvor geäußert. Die Rechte könne in der Gegenwart „keine

²⁹⁷ Ebd., S. 56.

²⁹⁸ Ebd., S. 58.

²⁹⁹ Zum Diskurs um die *Sachlichkeit* vgl. PAYK, *Der Geist der Demokratie*, S. 282–283, und zur Einschätzung in Bezug auf die Stabilisierungsfunktion der jungen bundesrepublikanischen Demokratie S. 367–374; am Beispiel von Wahlkämpfen vgl. MERGEL, *Der mediale Stil der „Sachlichkeit“*.

³⁰⁰ SCHRENCK-NOTZING, *Wider die Gefühlspolitik*, 1962, S. 58–59.

³⁰¹ Ebd., S. 58.

³⁰² Vgl. WEISSMANN, *Armin Mohler*, S. 128–129. Zur Neuen Rechten vgl. GRESS et al., *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa*; BRAUNER-ORTHEN, *Die Neue Rechte in Deutschland*; PFAHL-TRAUGHBER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“; BOTSCH, *Die extreme Rechte*, S. 69–71.

³⁰³ Was ist eigentlich konservativ?, 1962, Leserbrief von Robert Hepp, S. 86–92, S. 88.

³⁰⁴ Vgl. WEISSMANN, *Armin Mohler*, S. 93–109.

konservierende, sondern nur eine sprengende Funktion haben.“³⁰⁵ Wenn Mohler also 1962 den Konservatismusbegriff verwendete, dann in rein funktionaler Absicht: Der Begriff *rechts* war in der politischen Sprache der Bundesrepublik verpönt, *Konservatismus* galt dagegen als legitim. Zudem ging es um die Deutungshoheit zu einer Zeit, als sich ein liberaler Konservatismusbegriff zu etablieren begann. Dem wollte Mohler Einhalt gebieten – und dies konnte nicht besser gelingen als über den Anspruch auf den Begriff und die Diffamierung der Konkurrenten als nicht-konservativ. Dass er dies im Falle der Deutschen Partei mit Liebe tat, haben wir oben gesehen, und auch im *Monat* ließ er die Gelegenheit nicht verstreichen. Alle liberalen Deutungen verspottete er als programmlosen „Gärtner-Konservatismus“ des „Hegens“ und „Pflegens“ und gelegentlichen „Ausrupfens von Unkraut“.³⁰⁶

Angesichts dieser Angriffe glaubten sich die auf Mohler folgenden Autoren des Forums im *Monat* aufgefordert, ihre Variante des Konservatismusbegriffs zu verteidigen. Dietrich Schwarzkopf sah sich genötigt, sich als „moderne[n] Konservative[n]“ vorzustellen und so seine Distanz zu allen Versuchen, die „konservative Revolution“ weiterzuführen, zu verdeutlichen.³⁰⁷ Von Merkatz, der seine bekannten Thesen präsentierte, bezichtigte Mohler ebenfalls nicht-konservativer – wörtlich „pseudo-konservativer“ – Überzeugungen, da dessen Forderung nach konservativer Theorie die Essenz des Konservativen infrage stelle.³⁰⁸ Und Klaus Harpprecht nannte Mohler beim Namen: „[K]onservativen Revolutionären“ traue er „nicht über den Weg. Sie basteln immer an einem Mythos. [...] Die Krise ist ihr Lebenselixier. Sie haben es mit dem Monumentalen.“ Nichts anderes als „permanente Unruhe“ sei ihr Ziel. Das genaue Gegenteil erstrebe der „Konservative“: „menschliches Maß“, die Bändigung des Mythischen und Archaischen, überschaubare Lebenswelten, „Stillstand wie Bewegung“ und Misstrauen gegenüber allem Ideologischen.³⁰⁹

Am Ende des halben Jahres, in dem im *Monat* über einen zeitgemäßen Konservatismus diskutiert worden war, stand letztlich ein Patt. Zwei Versionen des Konservatismusbegriffs waren artikuliert worden, dazu eine Reihe von mehr oder weniger konkreten Vorschlägen für Ansatzpunkte konservativer Politik in den 1960er Jahren. Dass über das Konservative nicht gesprochen wurde, dass der Konservatismusbegriff verpönt sei und daher gemieden werde, dass er ausschließlich negativ besetzt sei, diese Klagen entpuppten sich als mittlerweile gefestigter Topos in der politischen Sprache der Bundesrepublik. Das hieß aber nicht, dass dieser Topos nicht doch Wirkung entfaltete. *Konservatismus* blieb – trotz oder gerade wegen der vielfältigen Bemühungen um definitorische Eingrenzung – ein Begriff, der mit Vorsicht zu benutzen war. Die gezielte Begriffspolitik Mohlers und

³⁰⁵ MOHLER, Die französische Rechte, 1958, S. 81.

³⁰⁶ MOHLER, Konservativ, 1962, S. 24.

³⁰⁷ SCHWARZKOPF, Was ist heute eigentlich konservativ?, 1962, S. 45–46.

³⁰⁸ Vgl. MERKATZ, Konservatives Denken, 1962.

³⁰⁹ HARPPRECHT, Verteidigung des Altmodischen, 1962, S. 60–61.

Schrenck-Notzings, die durch ihre Rezeption in der politischen Wissenschaft Legitimation erfuhr, trug ganz entscheidend dazu bei, den Begriff instabil zu halten.

Abgesehen von Mohlers und Schrenck-Notzings Träumen einer konservativen Sammlung zweifelten alle übrigen Forums-Beiträge an den Chancen einer explizit konservativen Partei in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren. In der Scheu, sich an eine Partei zu binden, glaubte Dietrich Schwarzkopf den konservativen Individualismus bestätigt,³¹⁰ Golo Mann zeigte sich davon überzeugt, dass in der Gesellschaft seiner Gegenwart nur mehr Parteien eine Chance hätten, die sowohl konservatives als auch fortschrittliches Gedankengut in sich vereinten,³¹¹ und Hans-Joachim von Merkatz fand im Zuge der Entideologisierung konservative Elemente ebenfalls in allen Parteien.³¹² Das war in seinem Falle durchaus verständlich, nachdem der intellektuelle Advokat des Konservatismus der 1950er Jahre seine Deutsche Partei verlassen und in die Adenauersche CDU eingetreten war. Selbst Eugen Gerstenmaier, Kopf des protestantischen Flügels der Union, erklärte 1962 „konservativ“ als Etikett für eine „große Partei in Deutschland“ – damit konnte nur die Union gemeint sein – für ungeeignet. Denn, wie er berichtete, hatte er aus eigenen Fehlern gelernt. Als er seine Partei auf dem Bundesparteitag 1958 als *konservativ* bezeichnet habe, habe er energischen Widerspruch geerntet. Der sei allerdings völlig unfundiert gewesen, weil mit *konservativ* das assoziiert wurde, was Gerstenmaier ohnehin fern lag: „Ihr Widerspruch galt der Gefahr, vom politischen Gegner als reaktionär, als besitzbürgerlich, als deutschnational verketzert zu werden.“ Zwar sei eine solche Bedeutungszuschreibung „falsch“, aber in Deutschland gängig, weshalb der Begriff „aus psychologischen und gar nicht aus programmatischen Gründen“ zu meiden sei.³¹³ Auf den Punkt gebracht bedeutete dies: Die Unionsparteien waren konservative Parteien, konnten sich auf Grund der komplizierten semantischen Realitäten der Bundesrepublik nur nicht so nennen. Das war eine starke These.

³¹⁰ Vgl. SCHWARZKOPF, Was ist heute eigentlich konservativ?, 1962, S. 46.

³¹¹ Vgl. MANN, Konservative Politik und konservative Charaktere, 1962, S. 52.

³¹² Vgl. MERKATZ, Konservatives Denken, 1962, S. 56.

³¹³ GERSTENMAIER, Was heißt heute konservativ?, 1962, S. 27.

3.2. *Christliche Politik* in säkulareren Zeiten. Selbstverständigungsdiskurse in CDU und CSU in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren

Der Kieler CDU-Bundesparteitag des Jahres 1958 wurde für Eugen Gerstenmaier, Präsident des Bundestages und Stellvertretender Parteivorsitzender, zu einer Erfahrung ganz eigener Art. Mit viel Mühe, nach eigener Auskunft in Tag- und Nachtschichten über zwei Wochen hinweg, und in enger Abstimmung mit seinen Parteikollegen mit Ministeramt hatte er eine Grundsatzrede vorbereitet,¹ die den „Zentralpunkt dessen, was unsere Arbeit ausmacht“ auf den Punkt bringen sollte.² Nicht „polemisieren“ wollte er, vielmehr zielte er auf eine „Klarstellung unseres Standpunktes, von wo aus und zu welchem Ziel wir streben“.³ Es ging ihm also um nichts weniger als um die konzise Zusammenfassung des Selbstverständnisses der CDU. Über „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“ hatte Gerstenmaier sich aufgegeben zu sprechen, wohlgemerkt genau in dieser Reihenfolge, weil er davon überzeugt war, dass das „Gesellschaftsbild der Mehrheit durch die Staatsordnung bestimmt“ würde.⁴ Er zeigte sich nicht nur offen für die Diskussion seines Referats, sondern unterstrich gegenüber Adenauer, dem eine vorher geplante und gelenkte Debatte um einiges lieber gewesen wäre, ihre Notwendigkeit. Kai-Uwe von Hassel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und ebenfalls Stellvertreter Adenauers an der Parteispitze, sekundierte Gerstenmaier in der den Parteitag vorbereitenden Bundesvorstandssitzung: „Der Tenor muss sein, dass wir es wagen, auch Fragen offen zu diskutieren.“⁵

Dass Gerstenmaier mit seiner ausgetüftelten Rede die Partei entgegen aller Beteuerungen tatsächlich polarisieren und eine über mehrere Jahre währende Grundsatzdebatte über das Profil der CDU auslösen würde, damit hatte er wohl kaum gerechnet. So viel offene Diskussion hatte die CDU bislang noch nicht erlebt. Sie wurde auf den Parteitag geführt, die sich zu einer Clearingstelle politischer Sprache entwickelten, in den der Partei nahestehenden Verbänden, in den Kirchen, in den kirchlichen Akademien und in diversen Zeitschriften und Zeitungen des politischen Spektrums, das die Union repräsentierte. Diese Diskussion zeugte von dem Bedürfnis nach programmatischer Verständigung nach der Konsolidierung der Bundesrepublik. Die Integrationsmomente der Gründungsjahre erschienen kaum mehr ausreichend, um einerseits der Partei ein zeitgemäßes Profil zu geben und andererseits die verschiedenen innerparteilichen Flügel zusammenzuspannen.⁶ Zwar sah das Adenauer anders, glaubte vielmehr, dass es nottue, gerade diese neu zu profilieren, aber von der Notwendigkeit, „das Grund-

¹ Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 18. 9. 1958, S. 248.

² Ebd., S. 249.

³ Ebd., S. 248.

⁴ Ebd., S. 249.

⁵ Ebd., S. 253.

⁶ Zum Gründungskonsequenzen der Unionsparteien vgl. MITCHELL, Materialism and Secularism; SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung; BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 59–68.

sätzliche“ zu schärfen, zeigte er sich nach dem Kieler Parteitag bestärkt.⁷ Zu diesen parteiinternen Impulsen kam, dass die politischen Richtungsbegriffe in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit am Ende der 1950er Jahre allesamt ins Rutschen kamen, wie wir oben gesehen haben. Dies forderte die Unionsparteien zu exakter Definition heraus.

Der Sprachwandel erfasste die Unionsparteien mit aller Wucht. Wie mochten sie sich terminologisch positionieren in der schwierigen Landschaft politischer Sprache in der Bundesrepublik? Mit welchen Begriffen mochten sie sich beschreiben? Was machte den Markenkern der CDU/CSU aus? Was band norddeutsche Protestanten, rheinische Katholiken, städtische Bürgerliche oder ländliche Handwerker aneinander? Der Konservatismusbegriff verfolgte CDU und CSU während dieser Grundsatzdebatten regelrecht – zunehmend wurden sie am Ende der 1950er Jahre als *konservativ* bezeichnet. Und waren sie das nicht auch? Und wenn sie nicht *konservativ* waren, was waren sie dann?

Die Antwort, die CDU und CSU am Ende der 1950er Jahre auf diese Frage gaben, war recht eindeutig. Sie hielten an dem Begriff fest, den sie seit ihrer Gründung zu ihrem Markenzeichen gemacht hatten: *christlich* bzw. *Christentum*.⁸ Als Bestandteil des Parteinamens war er ohnehin nicht so einfach zu übergehen, so dass er formelhaft zum *C* verdichtet wurde. Das Christliche schwebte wie ein Leitstern über der Union. Aber dies war nicht der einzige Stern am christlich-demokratischen bzw. christlich-sozialen Himmel der späten 1950er und frühen 1960er Jahre. Vielmehr band *christlich* andere Begriffe der Selbstbeschreibung bzw. gab diesen Richtung. Dazu trug auch seine relative Bedeutungsoffenheit bei – der Begriff war nach vielen Seiten hin anschlussfähig und erwies sich als höchst integrativ. Dies galt zum einen für die Konfessionalität der Union, die durch protestantische bzw. katholische Zuschreibungen des Christlichen zwar noch einmal befördert wurde, jedoch in dem Christlichen eine starke Formel der Gemeinsamkeit gefunden hatte. Dies galt zum anderen für die soziale Heterogenität der Partei. Interessengegensätze sollten im geteilten Glauben wenn nicht verschwinden, so doch gelöst werden können. Insofern tradierte die Begriffsbestimmung der späten 1950er und frühen 1960er Jahre den Gründungskonsens. Allerdings kam der von immer mehr Seiten unter Beschuss. Die fortschreitende gesellschaftliche Säkularisierung und Liberalisierung nagte an dem Selbstverständnis in der Unionsparteien. Was mochte das *C* in sich säkularisierenden Zeiten noch bedeuten?⁹

Die Selbstbeschreibung der Unionsparteien differenzierte sich dabei auf drei Ebenen aus: Sie positionierten sich erstens als Vertreterinnen einer politischen Richtung, definierten sich zweitens als spezifischen Parteityp und schrieben sich

⁷ SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, Nr. 75, 30. 9. 1958.

⁸ Vgl. BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 205–221; BÖSCH, Die Adenauer-CDU; GRESCHAT, Konfessionelle Spannungen in der Ära Adenauer, S. 28–31.

⁹ Zu den Pluralisierungs- und Säkularisierungstendenzen vgl. im Überblick GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 96–179; DAMBERG, Entwicklungslinien des europäischen Katholizismus.

drittens einen charakteristischen Politikstil zu. Während die britischen Begriffe *Conservatism* bzw. *Toryism* diese drei Komponenten in sich vereinigten, fehlte der Union ein solch übergreifender Selbstbeschreibungsbegriff, nachdem das Christliche, das in den ersten Jahren die Partei zu überwölben vermocht hatte, an Erklärungskraft verlor. Die komplexen Begriffswelten, die aus dieser schwierigen semantischen Situation rührten, werden im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen. Denn nur in ihrem Zusammenhang erschließt sich die Geschichte des Konservatismusbegriffs in der politischen Sprache der Bundesrepublik.

3.2.1. Eine Parteitagsrede mit Sprengkraft. Eugen Gerstenmaier und das Liberale in der Union

Welchen Sprengstoff enthielt nun Gerstenmaiers eineinhalbstündige Parteitagsrede? Ausgehend von der weit verbreiteten These, dass ein Zweiparteiensystem sich durchzusetzen im Begriff war, das durch ein sozialistisches und ein christliches Lager getragen werden würde, suchte der protestantische Theologe vorsichtig Traditionen des liberalen Denkens in das parteihistorische Narrativ zu integrieren. Das empfanden viele als Ungeheuerlichkeit: Der Liberalismus galt als unvereinbar mit den Grundsätzen, auf denen die Unionsparteien ruhten. Gerstenmaier rührte an der Verortung seiner Partei im Kanon politischer Richtungen, der in der frühen Bundesrepublik etabliert worden war.

Dessen war er sich wohl bewusst und ging vorsichtig vor. Er erinnerte an das Staatsverständnis Wilhelm von Humboldts und die synthetisierenden Konzepte Friedrich Naumanns und machte die Freiheit des einzelnen zum Angelpunkt des „christlich-sozialen Gesellschaftsbildes“: „die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewusste Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gemeinschaft“.¹⁰ Damit gab er dem Freiheitsbegriff, der für CDU/CSU seit den frühesten Anfängen als rechtsstaatliches Prinzip im nachtotalitären Konsens zentral gewesen war, ein neues sozialpolitisches Gewicht. Denn Gerstenmaier passte den Freiheitsbegriff als Erbe des Liberalismus ein in sein Plädoyer für den „sozialen Rechtsstaat“, den zu schaffen sich die Union durch das Grundgesetz verpflichtet sah. Zugleich aber mahnte er dessen Grenzen an und beschwor die Gefahr des „sozialistischen Versorgungsstaates“. Christliche Solidarität durfte nur in einem solchen Maße auf den Staat übertragen werden, soweit nicht die Freiheit und Leistungskraft des Einzelnen eingeschränkt und letztlich eine „uniforme, von staatlichen Befehlsständen aus dirigierte unfreie Masse“ geformt würde.¹¹ Das „apostolische Gebot ‚Einer trage des anderen Last‘ ist ein verpflichtender Anspruch [...], aber es ist keine Zwangsparole“, unterstrich Gerstenmaier mit der Autorität des Theologen und griff dabei auf eine in der Union gängige rhetorische Formel zurück: Argumentationen wurden mit Bibelziten abgestützt, um ihnen absolute Legitimität zu verleihen. Zugleich aber wurde ihre Sprengkraft

¹⁰ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 103.

¹¹ Ebd., S. 98.

entschärft, wurde ihnen eine der jeweiligen politischen Position gemäße Deutung gegeben. Theologen beider Konfessionen spielten dabei eine wichtige Rolle, traten sie doch mit der Aura des Experten auf, und der Politiker Gerstenmaier verstand sich auch weiterhin als ein solcher intellektueller Wächter über den Begriffshaushalt seiner Partei. Dementsprechend gingen nicht nur biblische Begriffe, sondern auch solche der Theologie in die politische Sprache von CDU und CSU ein. Das unterschied den innerparteilichen Diskurs in der Union ganz elementar von jenem, der in der Conservative Party geführt wurde.

Gerstenmaier zielte auf die katholische Soziallehre, die prägenden Einfluss auf das sozialpolitische Profil der Union genommen hatte. Ihre Grundprinzipien wurden in der Dreiheit von *Personalismus* bzw. *Personalität*, *Solidarität* und *Subsidiarität* gefasst, in griffigen Begriffen also, die als Fachtermini kenntlich waren, als theologische Konzepte verstanden wurden und die sich in verschiedene Kontexte einpassen ließen.¹² Wenn Gerstenmaier – theologisch begründet – dem Begriff der *Solidarität* Bedeutungsgrenzen zu setzen suchte, setzte er auch der Deutungsmacht des sozialkatholischen Parteiflügels Grenzen, der bislang den sozialpolitischen Diskurs in der Partei beherrscht hatte. Dass Gerstenmaier nicht vergaß, auf die katholische wie protestantische Tradition des Sozialkonservatismus des 19. Jahrhunderts zu verweisen, ging in dem Sturm der Empörung, die auf sein Referat folgte, unter. Zu sehr hatte er die Sprachregelungen seiner Partei verletzt. In der mehrjährigen Grundsatzdebatte, die er auslöste, wurde vor allem eines verhandelt: die politische Sprache der Union.

Diese war bis dahin von einer klaren Abgrenzung nach zwei Seiten hin gekennzeichnet gewesen: zum einen gegenüber dem *Liberalismus* und zum anderen gegenüber dem *Sozialismus*. So sah sich Hans Katzer, der Vorsitzende der Sozialausschüsse und einer der starken Männer des Arbeitnehmerflügels der CDU,¹³ in seiner Replik auf Gerstenmaier dazu aufgerufen, diese begriffliche Konstellation wieder zurechtzurücken: „Die Christlich Demokratische Union ist stark geworden als Partei der Mitte. Sie ist stark geworden, weil sie sich gleichermaßen wehrte gegen den Sozialismus und gegen den Liberalismus.“¹⁴ In der Tat hatte die Konsensformel *Partei der Mitte* eine wichtige Rolle für die Integration der unterschiedlichen politischen Gruppierungen in der Gründungsphase der Partei gespielt, weil sie sowohl das Neue der überkonfessionellen und alle sozialen Schichten integrierenden Parteigründung hervorhob, als auch nach innen wirkte in dem Appell *die Mitte* zu finden, also divergierende konfessionelle wie soziale Interessen in der Gemeinsamkeit christlicher Überzeugung auszugleichen.¹⁵ Die gleiche Funktion besaß der Ruf nach der *Mitte*, dem *Ausgleich* und der *Synthese* in der

¹² Zum Sozialkatholizismus vgl. im kurzen Überblick RAUSCHER, Die Entwicklung des Sozialkatholizismus nach 1945.

¹³ Zu Hans Katzer vgl. BUCHSTAB, Hans Katzer.

¹⁴ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 143. Zur Neoliberalismus-Kritik im Sozialkatholizismus vgl. LANGNER, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus, S. 88–96.

¹⁵ Zur komplexen Gründungssituation vgl. SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung; UERTZ, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU; DOERING-MANTEUFFEL, Die „Frommen“ und

Conservative Party.¹⁶ Katzer pickte aber noch weitere Verletzungen christdemokratischer Begriffskonventionen aus Gerstenmaiers Referat heraus. Zwar hätte er von „Personalismus“ und „Subsidiarität“ gesprochen, der Begriff der „Solidarität“ sei dagegen nicht gefallen. Nur in dieser Dreiheit, so Katzer, sei die „christlich-soziale Idee“ vollständig beschrieben. Gerstenmaiers begriffliche Grenzsetzungen hatten also ins Schwarze getroffen.

Darüber hinaus meinte Katzer eine andere semantische Schwerpunktsetzung zurechtrücken zu müssen. Gerstenmaier hatte geendet mit dem von der britischen Conservative Party übernommenen Aufruf „Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit“ – zu diesem transnationalen Begriffstransfer unten noch mehr. Katzer war das um einiges zu viel der Freiheitssemantik. Er erinnerte an das Motto des für die katholische Sozialbewegung bedeutenden Bochumer Katholikentages des Jahres 1949, das *Gerechtigkeit schafft Frieden* gelautet hatte.¹⁷ Von der *Freiheit* zu sprechen und von der *Gerechtigkeit* zu schweigen, sei einer christlichen Partei nicht angemessen, entgegnete er Gerstenmaier und damit dem gesamten marktliberalen Flügel.¹⁸ Gerstenmaiers Semantik wurde von den Exponenten des katholischen Sozialflügels als *liberal* wahrgenommen, wobei *liberal* auf die Wirtschaftsordnung bezogen wurde.¹⁹ Doch nicht nur von diesen: In katholischen Blättern, Akademien, Verbänden wurde die Gefahr einer „wachsende[n] Liberalisierung der Union“ an die Wand gemalt.²⁰

In der Diskussion um Gerstenmaiers Parteitags-Referat brachen ganz offensichtlich die konfessionellen Gegensätze auf, mehr noch, die Diskussion um Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde konfessionalisiert. Gerstenmaier galt in erster Linie der Vorwurf, das christliche Selbstverständnis zu verwischen, indem – ganz in protestantischer Tradition – die Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus aufgeweicht würde. Es kam also nicht von ungefähr, dass ihm in der Diskussion auf dem Kieler Bundesparteitag ein Protestant und profiliertes Wirtschaftspolitiker beisprang. Finanzminister Franz Etzel wollte Katzers Begriffsdefinitionen so jedenfalls nicht stehen lassen. Zunächst erinnerte er seine katholischen Parteikollegen daran, dass der „Begriff der Solidarität [...] in dem Wort des christlichen ‚Du‘ oder der christlichen Nächstenliebe enthalten“ sei. So reklamierte er die Gleichrangigkeit der protestantischen Sprache im Begriffshaushalt der CDU. Zugleich erinnerte Etzel an das

die „Linken“; SCHMIDT, Zentrum oder CDU; MITCHELL, Materialism and Secularism; BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 22–138.

¹⁶ Siehe S. 46–49.

¹⁷ Zum Bochumer Katholikentag vgl. LANGNER, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus, S. 51–55.

¹⁸ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 143–144.

¹⁹ Vgl. auch die Redebeiträge von Theodor Blank, Josef Arndgen, Josef Mick und Franz Skorzak, ebd., S. 114–119, 128–129 und 146–150.

²⁰ Vgl. paradigmatisch ZENTRALKOMITEE DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN, Arbeitstagung Ettal 25.–28. April 1960, Arbeitskreis: Staatspolitische Arbeit, S. 267–301, bes. S. 267–271; zum Verhältnis von Union und Zentralkomitee der deutschen Katholiken vgl. GROSSMANN, Zwischen Kirche und Gesellschaft, S. 277–299; RAABE, Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1952–1964.

christliche Prinzip des Ausgleichs in der „Partei der Mitte“, in der über das „christliche ‚Du‘“ zu einer „Synthese der Interessen“ gefunden werde.²¹

Überdies widmete sich Etzel der Positionsbestimmung der Union gegenüber dem Liberalismus. Auch hier suchte er zu vermitteln und protestantisch-katholische Gemeinsamkeiten herauszustellen. Als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses seit den frühesten Jahren der Parteigründung habe er stets dem „Liberalismus Absage“ geleistet. „Wir machen keine Politik des ‚Laissez faire, laissez aller‘“, betonte Etzel, keine Politik „des Liberalismus im alten Sinne“. Statt dessen habe sich die Union der „sozialen Marktwirtschaft“ verschrieben und damit einen Begriff gefunden, der diese „Abgrenzung völlig beinhaltet“ – allerdings werde in „der Wissenschaft“ für das Konzept der sozialen Marktwirtschaft der Begriff „Neoliberalismus“ verwendet. Etzel ermahnte also Katzer zu begrifflicher Differenzierung und erinnerte ihn außerdem an die parteiinterne Konsensformel der *sozialen Marktwirtschaft*.²² Zwar müsse die Union sich nun nicht selbst als „neoliberal“ bezeichnen, sollte das wohl heißen, diesen Begriff der Zuschreibung von außen hingegen annehmen, zumal das Präfix „neo“ die Abgrenzung gegenüber marktliberalen Konzeptionen des 19. Jahrhunderts anzeige.

Damit argumentierte Etzel ganz auf der Linie der neoliberalen Intellektuellen, die er verteidigte. Sie hatten in Reaktion auf die ökonomischen und politischen Krisen der 1920er und 1930er Jahre in einem internationalen Netzwerk ein alternatives Ordnungsmodell formuliert, das sowohl von einem „Liberalismus alter Prägung“ als auch von staatsinterventionistischen Konzepten Abstand nahm.²³ Bewusst bezeichneten sie sich als *neoliberal*.²⁴ Als „internationale Forschungsgemeinschaft“ organisierten sich Wirtschaftswissenschaftler aus Europa und den USA in den 1930er Jahren zunächst infolge des Colloque Walter Lippmann, das 1938 in Paris stattfand, in dem kurzlebigen Zentrum für neoliberale Studien in Paris, dann seit 1947 in der Mont Pèlerin Society. Der deutsche Flügel dieses Netzwerkes, für den Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und Alexander Rüstow standen und der auch als ordoliberal bezeichnet wird, prägte das Schlagwort vom „dritten Weg“ zwischen „altem Liberalismus“ und Kollektivismus. Ihre Ordnungskonzeption wollten sie als „Synthese“ verstanden wissen.²⁵ Auch darüber gerieten sie zunehmend in Konflikt mit jüngeren amerikanischen Mitgliedern der Mont-Pèlerin-Society um Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises und Milton Friedman, denen die deutsche Liberalismuskritik um einiges zu weit ging.

Über Röpke und Müller-Armack fanden Konzepte der katholischen Soziallehre Eingang in das ohnehin von christlichen Überzeugungen geprägte ordoliberale

²¹ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 151.

²² Zur Begriffsgeschichte der *sozialen Marktwirtschaft* vgl. WENGLER, Vom Jedermann-Programm, S. 396–400; ders., „Die Planwirtschaft ist das Unsozialste“.

²³ Vgl. LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 88.

²⁴ Vgl. WEGMANN, Früher Neoliberalismus, S. 104–110.

²⁵ Vgl. ebd., S. 146–156.

Denken,²⁶ das zudem von kulturkritischen und abendländischen Denkmustern durchzogen war und dem Modell eines starken Staates anhing.²⁷ Zugleich schöpften die Ordoliberalen aus dem angelsächsischen Frühliberalismus. Sie synthetisierten also sehr unterschiedliche Traditionen des politischen Denkens in Europa – und dies gebrochen durch die totalitarismustheoretische Linse des Kalten Krieges.²⁸ Die Ordoliberalen formulierten, so Josef Mooser auf Wilhelm Röpke bezogen, „einen neuen Liberalismus für das ‚wahre‘, nämlich für ein vom ‚Kollektivismus‘ befreites 20. Jahrhundert in der Sprache des Konservatismus des 19. Jahrhunderts“.²⁹ Sie zielten auf die Etablierung einer neuen Ordnung, die mehr war als nur Wirtschaftsordnung. Die Ordoliberalen erstrebten eine ganzheitliche Gesellschaftsverfassung, in der sich Freiheit und Bindung im Gleichgewicht befanden, die auf christlichen Werten und Normen basierte und die die Selbstverantwortung und -bescheidung des Individuums voraussetzte.³⁰ Sie teilten viele Überzeugungen daher nicht allein mit den Protestanten in der Bundesrepublik, sondern auch mit Teilen des Katholizismus, sogar des Sozialkatholizismus.³¹ So eindeutig konfessionell, wie das der katholische Sozialflügel der CDU darstellte, waren die sozialpolitischen Konzepte keinesfalls kodiert.

Mit Ludwig Erhard hatte die CDU einen herausragenden Repräsentanten dieses Netzwerkes in ihren Reihen, der als Wirtschaftsminister den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft verkörperte und ihre Identifikation mit der Union personalisierte.³² Erhard galt innerhalb der CDU, der er erst beitrug, als im April 1963 feststand, dass er Adenauer als Kanzler nachfolgen würde,³³ als „Liberaler“³⁴ – un-

²⁶ Zur ambivalenten Rezeption des Ordoliberalismus im Katholizismus bzw. Protestantismus vgl. LÖFFLER, Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung; HASELBACH, Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft, S. 117–158; HISSLER, Zwischen Liberalismus und Christentum; STEGMANN und LANGHORST, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, S. 786–791; SCHÄFER, Kapitalismus und Kulturkrise; die Gegensätze zwischen dem ordoliberalen Konzept der *sozialen Marktwirtschaft* und dem sozialetischen Denken der Kirchen in der frühen Bundesrepublik arbeitet GROSSBÖLTING, „Soziale Marktwirtschaft“ als christliche Verpflichtung?, heraus.

²⁷ Eine konzise Charakterisierung neo- bzw. ordoliberalen Denkens bei WEGMANN, Früher Neoliberalismus, S. 101–240; vgl. außerdem PTAK, Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft; ders., Neoliberalism in Germany; JACKSON, At the Origins of Neo-Liberalism; HARVEY, A Brief History of Neoliberalism; MOOSER, Liberalismus und Gesellschaft nach 1945.

²⁸ Vgl. LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 89–99; ders., Ein deutscher Weg in den Westen.

²⁹ MOOSER, Liberalismus und Gesellschaft nach 1945, S. 150; Wilhelm Röpke eignete sich den Konservatismusbegriff an und orientierte sich an den amerikanischen Konservatismusentwürfen Russell Kirks und Peter Vierecks, die er als *liberalen Konservatismus* verstanden wissen wollte, vgl. WILHELM RÖPKE, Liberaler Konservatismus in Amerika, in: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, 16.5.1955; zu Röpkes konservativer Variante des Neoliberalismus vgl. SOLCHANY, Wilhelm Röpke.

³⁰ Vgl. LÖFFLER, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis, S. 63–70.

³¹ Vgl. LANGNER, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945–1963, S. 78–96; LÖFFLER, Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung; BRAKELMANN und JÄHNICHEN, Die protestantischen Wurzeln; GOLDSCHMIDT, Wirtschaft und Gesellschaft miteinander versöhnen.

³² Für Ludwig Erhard vgl. MIERZEJEWSKI, Ludwig Erhard.

³³ Vgl. ebd., S. 184.

³⁴ Vgl. z. B. KRONE, Tagebücher, Bd. 2, S. 386, Eintrag v. 21. 6. 1965.

geachtet der kulturkritischen, sozialharmonischen Ideen von Ganzheitlichkeit, die sein Denken bestimmten.³⁵ Seine Zurückhaltung gegenüber offensiven Bekundungen des Christlichen und seine Distanz zu den Kirchen trugen zu dieser Einschätzung erheblich bei, und dies zumal unter bekennenden Katholiken in der Union.³⁶

Am Kieler Bundesparteitag der CDU 1958 nahm sich Finanzminister Etzel in seiner Verteidigung Gerstenmaiers und seinem Plädoyer für den Ordoliberalismus nicht zuletzt den Freiheitsbegriff vor.³⁷ Dem „Wesen des Mensch[en]“, der „Mittelpunkt“ allen Wirtschaftens sei, entspreche ein „Leben in Freiheit und Verantwortung“, und nur wenn die „Wirtschaft dem Menschen die Freiheit verschafft, gibt es auch eine freiheitliche politische Ordnung“. Ökonomische und bürgerschaftliche Freiheit bedingten demzufolge einander, Demokratie war nur in einem freiheitlichen Wirtschaftssystem möglich. Auch hier bewegte sich Etzel in den Fußstapfen des Ordoliberalismus.³⁸ Dem Begriff der *Freiheit* stellte Etzel dabei aber den Begriff der *Verantwortung* bei und grundierte ihn christlich. Dieser Verantwortungsbegriff war eng an den Begriff des *Eigentums* gebunden, einen weiteren Schlüsselbegriff der Unionsparteien, der von allen Flügeln emphatisch bejaht wurde.³⁹ Ein auf „Verantwortungsbewusstsein und Verantwortungsfähigkeit aufgebautes Eigentum“ müsse „zur Sittlichkeit und im Fühlen zum Stil eines angesehenen Menschen“ gehören, meinte Etzel und verknüpfte die Begriffe *Freiheit*, *Verantwortung* und *Eigentum* damit noch zusätzlich mit dem ebenfalls zentralen Begriff der *Sittlichkeit*, der den Moraldiskurs in der Union der 1950er Jahre dominierte.⁴⁰ Über die individuelle *Verantwortung* wollte Etzel der *Freiheit* Grenzen ziehen, das Individuum hatte den Umgang mit seiner Freiheit selbst zu regulieren.

Die katholischen Sozialpolitiker dagegen waren misstrauischer gegenüber einer so ausschließlichen Verpflichtung des Individuums. Dass „Freiheit nicht gleich Zügellosigkeit ist“, wie Konrad Adenauer in seiner Rede auf dem Kieler Parteitag formulierte,⁴¹ war Teil des Grundkonsenses der Union. So betonten auch die katholischen Sozialpolitiker, dass die Freiheit des einzelnen ganz grundsätzlich durch die Freiheit des anderen beschränkt sei – eine klassische kantianische Argumentation.⁴² *Freiheit* bedürfe zudem der Rückbindung an die gesellschaftliche Ordnung, woraus ein Spannungsverhältnis resultiere, das in den Begriffspaaren von „Freiheit und Ordnung“ und „Freiheit und Gesetz“ ausgedrückt werden könne.⁴³ Freiheit werde zudem durch Macht begrenzt, wie Theodor Blank hervorhob: „[D]ie Macht muss den Sozialpolitiker als eine der Ursachen der Unfreiheit inte-

³⁵ Vgl. NOLTE, Die Ordnung, S. 386–389. Für Erhards gesellschaftspolitische Entwürfe der späten 1950er Jahre vgl. ERHARD, Das gesellschaftspolitische Leitbild der CDU/CSU, 1957.

³⁶ Vgl. LÖFFLER, Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung, S. 120–121.

³⁷ Vgl. auch in sehr ähnlicher Wortwahl ETZEL, Begrüßung, 1957, v. a. S. 4.

³⁸ Vgl. LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 91–93.

³⁹ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 152–153.

⁴⁰ Ebd., S. 153; zum Kontext vgl. STEINBACHER, Wie der Sex nach Deutschland kam.

⁴¹ „Entscheidung für Freiheit“, 1958, S. 1.

⁴² Vgl. Bundesparteitag der CDU 1958, S. 115.

⁴³ Vgl. ebd., S. 148.

ressieren“. Und diese Macht zu bändigen sei dem Staat aufgetragen, er habe für eine „soziale Ordnung“ wie für „soziale Gerechtigkeit“ zu sorgen.⁴⁴

In Kiel war der Streit um die Begriffe mit Etzels Beitrag noch nicht beendet, vielmehr ergriff Eugen Gerstenmaier zum Abschluss selbst das Wort. Zunächst betonte er seine eigene intellektuelle Sozialisation, die weder im „alten“ noch im „neuen Liberalismus“ und auch nicht im Umfeld des „hochverehrten Friedrich Naumann“ erfolgt sei, sondern in „der Tradition des christlich sozialen Protestantismus“.⁴⁵ Dies gesagt, erinnerte er seine katholischen Kollegen an die Personalismus-Konzepte der neuscholastischen Theologie⁴⁶ und besonders an die „geheimnisvoll inspirierende Kraft des Neu-Thomismus im französischen Sozialdenken“, der sich dem Schutz des Menschen „in seinem Personkern“ verpflichtet fühle, dem Schutz des Menschen „vor der Verknechtung unter die überwältigende Gewalt der unpersönlichen, der nicht personalen Apparaturen“.⁴⁷ Er hätte dabei auch auf den Personalismus-Begriff und die anthropologische Komponente des Ordoliberalismus verweisen können.⁴⁸ Die Gefährdung der Freiheit des Individuums durch den „Versorgungsstaat“, so Gerstenmaier, sehe die katholische Theologie genauso wie die protestantische – und implizit bat er den katholischen Sozialflügel, davon Notiz zu nehmen. „Das ist Personalismus!“; setzte Gerstenmaier noch hinzu und unterstrich damit seinen Anspruch auf den Begriff.⁴⁹

Seine Offenheit gegenüber liberalem Gedankengut bekräftigte der Bundestagspräsident dabei noch einmal. „Wenn man Liberalismus sagt, dann bedeutet das, auch bei uns, noch nicht, dass alles, was im Laufe von 150 Jahren damit zusammenhängt, vom Teufel ist.“⁵⁰ Vielmehr, so die Botschaft, finde sich hier eine Tradition, an die anzuknüpfen sich lohnte. Auf dem Weg zum Zweiparteiensystem jedenfalls hieß er all jene in der Union willkommen, die sich in der Tradition des Liberalismus verorteten. Den großen Konflikt seiner Gegenwart glaubte Gerstenmaier zwischen christlichen und sozialistischen Kräften, zwischen „Freiheit“ und „Zwang“, zwischen „Vermassung“ und „Selbständigkeit und Eigenverantwortung“, zwischen „sozialem Rechtsstaat“ und „sozialistischem Versorgungsstaat“ – die Antithesen ließen sich fortsetzen.⁵¹ Gerstenmaiers Ziel war die antisozialistische Sammlung unter christlichem Banner, seine Gegenwart sah er von einem Entweder-Oder bestimmt, er wähnte sich in einem Zweifrontenkampf – und in einem solchen hätten die Liberalen gar keine andere Wahl als mit den Christlichen Demokraten „das personalistische Gesellschaftsbild gegen die Bedrohung durch den sozialistischen Versorgungsstaat [zu] verfechten“.⁵² Im Angesicht des sozialisti-

⁴⁴ Ebd., S. 115.

⁴⁵ Ebd., S. 178.

⁴⁶ Vgl. dazu UERTZ, Vom Gottesrecht zum Menschenrecht, S. 419–433 und 439–463.

⁴⁷ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 179.

⁴⁸ Vgl. WEGMANN, Früher Neoliberalismus, S. 156–168; LÖFFLER, Ökonomie und Geist, S. 95.

⁴⁹ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 179

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Vgl. die Begrifflichkeiten in seinem Hauptreferat: Ebd., S. 90–108.

⁵² Ebd., S. 180.

schen Gegners tarierte Gerstenmaier, geleitet vom Strukturprinzip der Gegensatzbildung, die Begriffsbestände der Union vorsichtig neu aus. Dass er seine Rede mit einem programmatischen Schulterchluss mit der Conservative Party schloss und sie im Rückblick als Beleg dafür nahm, dass die CDU eine *konservative* Partei sei,⁵³ kam nicht von ungefähr.

3.2.2. Der christlich-soziale Flügel der Union und das *hohe C*

Laut schrillten die Alarmglocken auf dem Sozialflügel der Union angesichts Gerstenmaiers Herumhantieren mit dem Werkzeugkasten politischer Richtungsbegriffe. Es scheint, als ob die zerstrittene christlich-soziale Bewegung, die in verschiedenen Kraftzentren organisiert war und sich im Laufe der 1950er Jahre im Streit um Einheits- oder Richtungsgewerkschaft selbst blockiert hatte,⁵⁴ letztlich in der Zurückweisung der vorsichtigen Integration des Liberalen, für die Gerstenmaier stand, einen gemeinsamen Anker gefunden hatte. Allerdings lagen die konfessionellen Bruchlinien nicht so klar, wie es am Parteitag erschienen sein mochte. Denn in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) waren sowohl katholische als auch protestantische Mitglieder organisiert. Die CDA fungierte als eigenständige Vereinigung der Union, die sich als Verbindungsglied zwischen Gesellschaft und Partei verstand. Trotz ihres bundesweiten Anspruchs blieb sie im Großen und Ganzen auf ihr rheinisches, katholisches Kerngebiet beschränkt, klammerte sich an das in der Partei längst ad acta gelegte *Ahlener Programm* und verlor zunehmend an Einfluss. Seit 1957 befand sich die CDA im „offenen Konfliktkurs gegenüber der Partei“, nicht nur weil der Einfluss der Arbeitnehmer in der Partei „prekär“⁵⁵ blieb, sondern auch weil Forderungen nach weiterer Liberalisierung immer deutlicher vernehmbar wurden.⁵⁶ Letztlich markierte der parteiinterne Streit um die Begriffe das letzte Rückzugsgefecht einer Bewegung und ihrer Begriffswelten, die die CDU in ihren Anfangsjahren entscheidend geprägt hatte.

Die katholische Schlagseite der CDA offenbarte sich kaum deutlicher als in ihrer Antwort auf Gerstenmaiers Rede, die beim Christlich-Sozialen Arbeiterkongress im März 1960 erfolgte. Nach langem, konfliktreichem Vorlauf war es gelungen, den Großteil der Verbände, die sich der christlich-sozialen Bewegung zugehörig fühlten, nach dem Vorbild der Weimarer Republik zu einem Kongress zu versammeln, der sich ihrer aktuellen Positionsbestimmung verschrieben hatte.⁵⁷ Das heiße Eisen, nämlich der Konflikt im eigenen Lager zwischen Anhängern

⁵³ Vgl. GERSTENMAIER, Was heißt heute konservativ?, 1962.

⁵⁴ Vgl. dazu SCHROEDER, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft; ders., Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960; ARETZ, Katholische Arbeiterbewegung und christliche Gewerkschaften.

⁵⁵ SCHROEDER, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft, S. 266.

⁵⁶ Ebd., S. 296; BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 294.

⁵⁷ Zu den komplizierten Vorverhandlungen vgl. SCHROEDER, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft, S. 255–261.

von DGB und solchen der Christlichen Gewerkschaften, wurde allerdings ausgespart – stattdessen widmeten sich die Delegierten ausführlich der Kritik an Liberalismus und Sozialismus, wie die *Zeit* noch ein halbes Jahr später bemerkte.⁵⁸ In der Tat war die dezidiert christliche Standortbestimmung eine solche ex negativo: Ein Hauptreferat nahm die Abgrenzung gegenüber dem *Liberalismus* vor, ein anderes die gegenüber dem *Sozialismus* und erst dann definierte Hans Katzer „Christlich-sozial in unserer Zeit“.⁵⁹ Der Konservatismusbegriff hingegen spielte in dieser Auseinandersetzung nur eine untergeordnete Rolle. Als absoluter Gegner der christlich-sozialen Bewegung wurde das Konservative offenbar nicht empfunden.

Heinz Budde, CDU-Politiker, Mitglied im Bundesvorstand der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Dozent am Katholisch-Sozialen Institut Bad Honnef und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke,⁶⁰ war zunächst aufgetragen worden, das Christlich-Soziale vom Liberalen zu scheiden. In seinem Referat schienen paradigmatisch die Hauptelemente des Liberalismusbegriffs auf, der die politische Sprache der Union in den 1950er Jahren prägte. Gleich zu Beginn seines Vortrags gab Budde zu bedenken, dass er über den Liberalismus aus der strikten Perspektive der christlichen Soziallehre und nicht unter Bezugnahme auf „allgemeine Kategorien“ urteilen werde. Liberalismus hatte in diesen Kreisen eine spezifische Bedeutung, derer sich die Protagonisten bewusst waren. Sie führten ihre besondere Sensibilität gegenüber liberalem Denken und liberaler Politik auf die historische Erfahrung der christlich-sozialen Bewegung zurück: „[A]m eigenen Leibe“ hätte die Arbeitnehmerschaft den Liberalismus zu spüren bekommen. Mit der Begriffsbestimmung war ein historisches Narrativ verbunden, dessen zentrale Bezugspunkte Industrialisierung, ökonomische Liberalisierung und Urbanisierung des 19. Jahrhunderts sowie die Lösungsansätze der katholischen Sozialreform bildeten. In der verehrenden Erinnerung an Wilhelm von Ketteler, Adolph Kolping und Papst Leo XIII. wurde dieses Narrativ personifiziert.

Abgesehen von dieser Erfahrungsgeschichte, so setzte Budde hinzu, stehe der „christliche Arbeitnehmer“ ohnehin in einem „natürlichen Interessengegensatz zu den typischen Trägern der liberalistischen Idee“.⁶¹ Der Gegensatz von Kapital und Arbeit bestimmte Buddes Begriffsbestimmung des Liberalen.⁶² Dabei erkannte er im „Individualismus“ das Zentrum liberalen Denkens; *Individualismus* fungierte als absoluter Gegenbegriff der politischen Sprache, die in christlich-sozialen Kreisen gepflegt wurde. Während die christliche Gesellschaftsidee von einer Einbindung des einzelnen in eine gottgewollte Ordnung ausgehe, worin sich auch moralische Normen manifestierten, huldige der Liberalismus der „atomisier-

⁵⁸ Vgl. Uneins mit sich selbst, in: DIE ZEIT, 21. 10. 1960.

⁵⁹ Vgl. STÄNDIGER AUSSCHUSS CHRISTLICH-SOZIALER ARBEITNEHMERKONGRESSE, Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongress, 1960.

⁶⁰ Vgl. VIERHAUS, Biographisches Handbuch, Bd. 1, S. 109.

⁶¹ BUDDE, Christlich-sozial und Liberalismus, 1960, S. 21.

⁶² Ebd., S. 22.

te[n] Gesellschaft, in der die einzelnen unverbunden und beziehungslos nebeneinander“ stünden. Einer solch „mechanistischen Gesellschaftsauffassung“, die davon ausgehe, dass die Gesellschaft allein durch menschliche Vernunft konstruierbar sei, entspreche ein „materialistischer Gemeinwohlbegriff“ des „größte[n] Glück[s] der größten Zahl“. Dieser sei der „christlichen Gemeinwohldeed“ diametral entgegengesetzt, deren Ziel ein „Ordnungszustand der Gesellschaft“ sei, in der jeder einzelne selbständig „sein irdisches und übernatürliches Heil“ realisieren könne.⁶³ *Atomismus, Mechanismus, Materialismus, Individualismus* – in diesen vier Begriffen kristallisierte sich nach Budde das Wesen des Liberalismus. Als Gegenbegriffe dienten sie der Schärfung des Eigenen, das als *christlich* definiert wurde.

So einfach aus dem begrifflichen Repertoire der Selbstbeschreibung auszuscheiden war der Freiheitsbegriff allein nicht – der Schlüsselbegriff des Liberalismus. Denn auch die katholische Sozialbewegung der 1950er Jahre beanspruchte den Begriff der *Freiheit*. Während der Liberalismus die Freiheit des Individuums über alles setze, alle Bindung negiere, diese also bloßer „Selbstzweck“ sei, wisse das Christentum, dass „[w]ahre Freiheit der Person nur denkbar und möglich in den gottgewollten Bindungen an das Sittengesetz und in Beachtung der Erfordernisse des Gemeinwohles“ sei.⁶⁴ *Freiheit* wurde mit *Selbstverantwortung* parallelisiert, *Bindung* mit *Staatstätigkeit*, und das Gleichgewicht zwischen *Freiheit* und *Bindung* als Ideal formuliert. *Christentum* stand für den Ausgleich, *Liberalismus* für den Konflikt, und dieses Prinzip asymmetrischer Gegensatzbildung dirigierte die Anordnung der Begriffe in Buddes Vortrag.

Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, angetreten unter der Fahne der Freiheit, habe der Arbeiterschaft gerade diese Freiheit nicht zugebilligt und damit die „liberale Freiheitsidee“ pervertiert.⁶⁵ Denn wenn die Freiheit „unteilbar“ sei, dann sei „politische Freiheit nicht denkbar ohne Freiheit und Sicherheit im Sozialen“. Wer von „politischer Freiheit“ spreche, dürfe von „sozialer Freiheit“ nicht schweigen. „Soziale Sicherheit“, ein Kernbegriff des christlich-sozialen Flügels der Union, setzte Budde bedeutungsgleich mit „sozialer Freiheit“. Der demokratische Freiheitsimpuls wurde in die Sozialpolitik hinein verlängert. Geschehe das nicht und werde der Staat zudem nicht in seiner organischen, der „Natur des Menschen“ entsprechenden Substanz anerkannt, sondern als Vertragswerk freier Menschen konzipiert, führe diese „Verabsolutierung der Freiheit zwangsläufig zur Selbstaufhebung der Freiheit [...] und bei ungehinderter geschichtlicher Entwicklung schließlich [in den] Totalitarismus“.⁶⁶ Erst wenn sich die „Formaldemokratie“ des „Rechtsstaats“ zu einer „sozialen Demokratie“ fortbilde, sei wirkliche Freiheit gewährleistet.⁶⁷ Damit verband Budde die totalitarismustheo-

⁶³ Ebd., S. 25.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd., S. 22.

⁶⁶ Ebd., S. 28.

⁶⁷ Ebd., S. 29.

retische Bestimmung des Liberalismusbegriffs, die, wie wir gesehen haben, in katholischen wie protestantischen Kreisen der 1950er Jahre und nicht zuletzt in der Abendland-Bewegung gängig war, mit den sozialpolitischen Forderungen der christlich-sozialen Bewegung. Zusätzlich versah er diese mit einer demokratietheoretischen Schlagseite. Das Konzept der „sozialen Demokratie“, das in der christlich-sozialen Bewegung der 1950er Jahre diskutiert wurde, basierte auf korporatistischen Modellen, die mit liberalen Vorstellungen parlamentarischer Demokratie in der Tat im Konflikt standen.⁶⁸ Alles in allem erschien die „soziale Marktwirtschaft“ als ideales Modell der erstrebten synthetischen Wirtschaftsordnung.⁶⁹

Christlich verfügte neben einem in den 1950er Jahren weitverbreiteten totalitarismustheoretischen auch über einen moralpolitischen Bedeutungshorizont,⁷⁰ den etwa Konrad Adenauer 1953 herausstellte:

Gegenüber dem allgemeinen Verlust an Tradition und gegenüber der sich im Zuge befindenden vollständigen gesellschaftlichen Umwälzung im deutsche Volke sind klare Grundsätze nötig, um die staatliche Ordnung in Deutschland lebensfähig zu halten. Diese können nur den christlichen Ordnungsprinzipien entstammen.⁷¹

Das Christliche wurde also als Bollwerk gegen gesellschaftlichen Wandel konzipiert, als aufhaltendes, bewahrendes – letztlich konservatives Prinzip. Aufgrund der Bedeutung, die dem Christlichen für den neuen deutschen Staat zugemessen wurde, wurden alle Tendenzen gesellschaftlicher Liberalisierung als Angriff auf den Kodex christlicher *Sittlichkeit* interpretiert und mit dementsprechenden Befürchtungen verbunden. Gefasst unter dem Begriff der *Säkularisierung* evozierten sie die totalitäre Gefahr.⁷² Von Beginn an einte ein solch vager Begriff des *Christlichen* die heterogenen politischen Kreise, die sich in der Union zusammengefunden hatten, und ebenso überspielte er zunächst die Differenzen, die sich unter seiner Oberfläche verbargen.⁷³ In Buddes Referat vor dem Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongress hatte dieses Rezept ein weiteres Mal gewirkt.

Als der *Liberalismus* abgearbeitet war, stand der *Sozialismus* auf dem Programm. Diesen Part hatte Rupprecht Dittmar übernommen, dem Konfessionsproporz folgend evangelisch, CDU-Mitglied und im Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft tätig.⁷⁴ Seine Aufgabe war vertrackt. Denn zwar herrschte in der Union ein antisozialistischer Konsens vor, der sich im Antikommunismus verdichtete, doch seit der Reform der SPD, die 1959 im *Godesberger*

⁶⁸ Vgl. NOLTE, Die Ordnung, S. 298–303.

⁶⁹ BUDDÉ, Christlich-sozial und Liberalismus, 1960, S. 31.

⁷⁰ Zum totalitarismustheoretischen Bedeutungshorizont des Christlichen vgl. GRESCHAT, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“.

⁷¹ KONRAD ADENAUER, Christentum und Staatsgesinnung, in: ECHO DER ZEIT, 1. 1. 1953.

⁷² Vgl. z. B. GERSTENMAIER, Freiheit – Wozu?, 1960, S. 183.

⁷³ Vgl. BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 207–221.

⁷⁴ Vgl. zu Dittmar die kurzen Angaben in: Betriebliches Miteigentum verträgt keinen Zwang, in: DIE ZEIT, 14. 11. 1957 sowie für sein Wirken in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft MÜLLER, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, S. 191 et al.

Programm kulminierte,⁷⁵ war dieser seiner Hauptangriffspunkte beraubt. Der Sozialismusbegriff hatte einen fulminanten Bedeutungswandel mitgemacht, so dass er nicht mehr so einfach als allseits passender Gegenbegriff funktionierte. Für die Union wurde dabei die Öffnung der SPD gegenüber den Kirchen und damit verbunden die Verabschiedung des Atheismus zu einem Problem, das immer virulenter wurde.⁷⁶ Bereits 1958, als die Katholische Akademie in Bayern erstmalig zu einem Gesprächsforum zwischen Kirchen und SPD geladen hatte, hatte der CDU-Bundesvorstand den Beginn dieses Dialogs mit größter Sorge verfolgt.⁷⁷ Der alarmierte und über die Eigenmächtigkeit der Kirche höchst verärgerte Adenauer sah durch die Sozialdemokratie die „persönliche Freiheit des Menschen gegenüber der Allmacht des Staates“ infrage gestellt und malte die Herrschaft der „Funktionäre“ an die Wand.⁷⁸ Letztlich glaubte er den Kommunismus in der Bundesrepublik einziehen, sollte die SPD an die Macht gelangen. Gerstenmaier dagegen nahm die Öffnung der Sozialdemokratie um einiges gelassener hin. Die eigentliche Gefahr sah er, recht weitsichtig, in „Säkularisierungstendenzen“ in der CDU selbst.⁷⁹

Letztlich wurden CDU und CSU trotz aller Gegenwehr ihres exklusiven Anspruches beraubt, christliche Interessen zu vertreten. Die begriffliche Opposition von *Christentum* und *Sozialismus* wurde verwischt. Für den christlich-sozialen Flügel der Union bedeutete diese Öffnung eine massive Herausforderung. Einerseits war eine klare Abgrenzung zur Pflege eines eigenständigen Profils nötig, andererseits arbeiteten christlich-soziale Gewerkschafter mit sozialdemokratischen im DGB zusammen und verfolgten im Tagesgeschäft ganz ähnliche Interessen.⁸⁰ Den Begriff des *Sozialen*, der von den Vertretern des christlich-sozialen Flügels innerparteilich vehement betont wurde und ein Element ihrer Selbstbezeichnung war, teilten sie sich ohnehin.

Dementsprechend übte sich Dittmar in Differenzierung, zuallererst hinsichtlich des Sozialismusbegriffs. Dieser sei nämlich seit dem Beginn des sozialdemokratischen Revisionismus an der Jahrhundertwende kein „eindeutiger Begriff“ mehr. Dittmar unterschied zwei Varianten: den „humanitären Sozialismus“, wie er in der bundesrepublikanischen Politik erscheine, sowie den „marxistischen So-

⁷⁵ Vgl. LÖSCHE und WALTER, *Die SPD*, S. 110–115; ANGSTER, *Eine transnationale Geschichte des Godesberger Programms*.

⁷⁶ Vgl. BÖSCH, *Die Adenauer-CDU*, S. 391–397; für eine Annäherung des Katholizismus an die SPD, auch wenn dies nur für eine Minderheit galt, vgl. z. B. KLÜBER, *Freiheitlicher Sozialismus und katholische Gesellschaftslehre*, 1964.

⁷⁷ Vgl. BUCHSTAB, *CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961*, 17. 1. 1958, S. 73–85; Münchener Gespräch zwischen Katholiken und Sozialdemokraten, in: ARCHIV DER GEGENWART, 18. 1. 1958. Die Vorträge des Forums sind publiziert in ARNDT und GUNDLACH, *Christentum und demokratischer Sozialismus*, 1958; zum Kontext vgl. HERING, *Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht?*, S. 240–247, im großen Überblick UMMENHOFER, *Hin zum Schreiten Seit' an Seit'?*, und LÖSCHE und WALTER, *Die SPD*, S. 301–311.

⁷⁸ BUCHSTAB, *CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961*, 17. 1. 1958, S. 78–79.

⁷⁹ Ebd., 17. 1. 1958, S. 84.

⁸⁰ Vgl. SCHROEDER, *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft*.

zialismus, der in seiner bolschewistischen Form Sklaverei, Furcht, Not und Elend über die Völker seines Machtbereiches gebracht hat und weiter bringt“.⁸¹ Dennoch definierte er zunächst ganz allgemein zwei Merkmale des Sozialismus – die Differenzierung ging also ganz schnell wieder verloren. Wie Budde für den Liberalismus erklärte Dittmar das „Menschenbild“ zum zentralen Kriterium der Differenz zwischen Christentum und Sozialismus. Im Gegensatz zum „Marxismus“ sehe der Christ den Menschen in einem transzendenten Zusammenhang. Überdies trenne Sozialismus und christlich-soziale Bewegung ihre grundlegend verschiedenen Konzepte zur Lösung der sozialen Frage. Während der Sozialist glaube, die Gesellschaft „zu einer Bestform konstruieren“, diese revolutionär umgestalten zu können, strebe der Christlich-Soziale nach einer gegliederten Ordnung der Gesellschaft, die sich an der Natur des Menschen orientiere. Sein Weg sei „nie endende Sozialreform“, nicht der „Klassenkampf“.⁸²

Dittmar hatte in dieser Beziehung ganz allgemein vom „Sozialismus“ gesprochen. Schwieriger wurde seine Definition, sobald er sie auf die reformierte Sozialdemokratie nach Godesberg bezog. Diese bekenne sich nun zu einem „gewandelte[n] Sozialismus in die Unverbindlichkeit“, in dem aber weiterhin „Restbestände des philosophischen Materialismus wie der Aufklärung“ fortlebten.⁸³ Zur Zusammenarbeit mit der reformierten Sozialdemokratie zeigte Dittmar sich stellvertretend für die christlich-soziale Bewegung aber bereit, überall dort nämlich, „wo der humanitäre Sozialismus sich [...] im Kampf mit den negativen Erscheinungen des Kapitalismus befindet“.⁸⁴

Das unterschied den christlich-sozialen Unionsflügel von der Gesamtpartei, und kaum jemand formulierte die absolute Distanz gegenüber den Sozialdemokraten auch nach Godesberg schärfer als Konrad Adenauer. „Das sind Marxisten reinsten Wassers. Das sind sie auch geblieben“, erklärte er noch 1963 vor der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden.⁸⁵ Den Konnex zwischen bundesrepublikanischer Sozialdemokratie und den kommunistischen Regimen Osteuropas, der seit ihrer Gründung zu den Grundaxiomen der Union gehört hatte, löste Adenauer nie auf. Dennoch begannen Anfang der 1960er Jahre aus taktischen Gründen koalitionspolitische Sondierungen, die sich unter Erhards Kanzlerschaft festigten und schließlich 1966 in die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger mündeten – mit dem von der CDU im Bundestagswahlkampf 1961 noch auf das Übelste geschmähten Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister.⁸⁶ Grundlegende Voraussetzung dafür war die Neukodierung der politischen Sprache der Unionsparteien, die seit den späten 1950er Jahren ausgehandelt worden war.

⁸¹ DITTMAR, Christlich-sozial und Sozialismus, 1960, S. 40–41.

⁸² Ebd., S. 39.

⁸³ Ebd., S. 42.

⁸⁴ Ebd., S. 45.

⁸⁵ Zitiert in BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 392.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 394–297.

3.2.3. Begriffliche Ausgleichsversuche. *Christliche Politik* und *Konservatismus*

Die in der Auseinandersetzung um Gerstenmaiers Parteitageferat offen zutage getretenen Konfliktlinien in der Union mussten schon des Außenbildes wegen gekittet werden. Es galt, konsensuale Begriffe zu definieren, die das Selbstverständnis der Partei über alle divergierenden Sprachbestände hinweg fassten. Nachdem die Bundesrepublik nach zehnjährigem Bestehen gefestigt war und eine charakteristische politische Kultur ausgebildet hatte, waren auch CDU und CSU offensichtlich gefordert, ihre Grundlagen zu reflektieren und klar zu benennen. Diesen Auftrag hatte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Heinrich Krone für den nächsten Bundesparteitag erhalten,⁸⁷ der im April 1960 in Karlsruhe stattfand. Sein Referat, das den Bericht aus der Fraktion ersetzte, war als katholische Version des gesellschaftspolitischen Grundsatzreferats gedacht, mit dem der Protestant Gerstenmaier das letzte Mal für Furore gesorgt hatte.

Krones Selbstverortung der Union entsprach dem dort allgegenwärtigen Sprechen über die *Mitte* und den *Ausgleich*. Zwischen *Liberalismus* und *Sozialismus* sah er CDU/CSU als eigenständige Kraft, rekurrierte damit auf die etablierte Selbstbeschreibung im Kontext politischer Richtungsbegriffe der jungen Bundesrepublik und machte diese Positionierung mittels semantischer Gegensatzbildungen deutlich: Weder könne es Ziel christlich-demokratischer Politik sein, „dem Liberalismus zu verfallen und dem Staat alle gesellschaftlichen Ordnungsfunktionen und Verantwortlichkeit abzusprechen“, noch die „Gesellschaft zu gängeln und durch ein Übermaß an Reglementierung, wie sie der Sozialismus will, praktisch zu verstaatlichen“.⁸⁸ Krones Referat wurde als konsequente Absage an den Liberalismus verstanden. Zufrieden zeigte sich der Fraktionsvorsitzende mit der Wirkung des Parteitags im Katholizismus, der die aufgeregte Diskussion beruhigt hätte,⁸⁹ weniger zufrieden mit der Berichterstattung in der katholischen Presse, die nur en passant erfolgt sei.⁹⁰ Dagegen habe die „liberale Presse“ die Bedeutung des Parteitags verstanden. Dabei bezog er sich vor allem auf die FAZ, was noch einmal unterstreicht, wie sehr Krones Begriffsbestimmung des Liberalen aus einem katholischen Milieuintegralismus schöpfte. Dass Krones Standortbestimmung der Vergangenheit angehöre, letztlich in den Auseinandersetzungen von Liberalismus und politischem Katholizismus des 19. Jahrhunderts gründe, daran erinnerte Alfred Rapp in der FAZ und warnte die Union vor den Folgen einer solchen Position. Letztlich sei diese ein Rückschritt gegenüber einer früheren Öffnung, die gerade aus dem Gedanken erwachsen sei, dass die Gegensätze der Vergangenheit überwunden werden müssten. Krones politische Sprache sei nicht

⁸⁷ Zu Heinrich Krone vgl. OPPELLAND, Heinrich Krone; HEHL, Der Politiker als Zeitzeuge; zu seinem Agieren als Fraktionsvorsitzender vgl. SCHWARZ, „Für mich ist das Fegefeuer, wenn ich in die Fraktion muss“, S. 22–25.

⁸⁸ Bundesparteitag der CDU 1960, S. 104.

⁸⁹ KRONE, Tagebücher, Bd. 1, S. 418, Eintrag v. 13. 5. 1960.

⁹⁰ Ebd., S. 417, Eintrag v. 12. 5. 1960.

mehr zeitgemäß, so lautete der Vorwurf implizit, war Ausfluss einer „noch nicht bewältigten Vergangenheit“ – der Geschichte des 19. Jahrhunderts.⁹¹

Krone ging von drei politischen Richtungen aus: *Liberalismus*, *Sozialismus* und *Christentum*. Und *Konservatismus*? Als Bezeichnung für eine eigenständige, parteipolitisch institutionalisierte politische Richtung wurde der Begriff zumal nach dem Ende der Deutschen Partei als ernstzunehmende politische Kraft 1960 in CDU und CSU nicht verwendet. Dennoch gehörte er zu ihrem Repertoire politischer Begriffe, ohne einen prominenten Platz in ihrer Selbstbeschreibung einzunehmen. Paradigmatisch war etwa Adenauers Lob auf das Berufsbeamtentum auf dem CDU-Bundesparteitag 1951, das für ihn ein „wertvolles Element echt konservativen Denkens“ darstellte.⁹² Paradigmatisch war auch Robert Tillmanns Plädoyer zwei Jahre später für eine „echte Neuordnung“ nach der nationalsozialistischen „Katastrophe“, die nur eine „fortschrittliche Lösung“ sein könne, wobei, wie er Jakob Kaiser zitierend betonte, „kein wirkliche[r] Fortschritt“ möglich sei, „wenn nicht auch gesunde konservative Elemente vorhanden“ seien.⁹³ Und paradigmatisch war ebenso Hans Erich Stiers Grundlegung christdemokratischer Politik beim ersten Bundesparteitag 1950 als einer in abendländischer, christlicher Haltung gegründeten Politik eines evolutionären Konservatismus.⁹⁴

Zu viele der Gruppen, die sich in der Union zusammengefunden hatten, entstammten einer politischen Kultur, in der der Konservatismusbegriff tief verankert war. Dies galt besonders für protestantische Kreise, reichte aber auch in den Katholizismus. *Konservativ* wurde auf seine Zeitdimension reduziert, auf eine Haltung der Ehrfurcht vor dem Überkommenen, einem Impuls des Bewahren-Wollens im Bewusstsein immerwährenden Wandels. So definierte auch Krone in seiner Parteitage Rede 1960 das Konservative:

Christlichsozial ist das Bekenntnis zu Gottes Gesetz und Ordnung im Bereich des menschlichen Zusammenlebens. In diesem Sinne ist christlich soziale Politik konservativ. Doch der ist kein Christlichsozialer, der konservativ mit Reaktion oder gar mit politischer oder sozialer Restauration verwechselt und meint, unsere Wirtschaft und Gesellschaft hätten heute die allgemein gültige und endgültige richtige Verfassung für das Allgemeinwohl erreicht.⁹⁵

Völlig im Einklang mit der Begriffsbestimmung im publizistischen und intellektuellen Diskurs schied Krone also *konservativ* von *Reaktion* und *Restauration*.

Dass er *konservativ* mit *christlich-sozial* verband, war eine Syntheseleistung ganz eigener Art, die seiner parteiinternen Versöhnungsstrategie folgte. Er antwortete damit auf Hans Katzer, der beim Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongress sehr deutlich allen Bemühungen, den Begriff als Selbstbeschreibungsbegriff der Union einzuführen, einen Riegel vorgeschoben hatte. Als solchen Vorstoß hatte er das Finale von Gerstenmaiers Kieler Parteitage Rede interpretiert, als dieser das Programm der Union mit dem der britischen Konservativen identifiziert und

⁹¹ ALFRED RAPP, Das große C, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 30. 4. 1960.

⁹² Bundesparteitag der CDU 1951, S. 17.

⁹³ Bundesparteitag der CDU 1953, S. 35.

⁹⁴ Vgl. Bundesparteitag der CDU 1950, S. 36.

⁹⁵ Bundesparteitag der CDU 1960, S. 102.

deren Slogan *Onward in Freedom* als „Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit“ ins Deutsche übersetzt den Parteitagsdelegierten zugerufen hatte.⁹⁶ Sollte die Union zu einer konservativen Partei werden? Nicht allein von der Liberalisierungsfront drohte in Katzers Augen Ungemach, sondern auch von ganz anderer Seite. Ergo fiel seine Antwort kategorisch aus: „Christlich-demokratisch kann man nicht durch Konservativismus ersetzen.“⁹⁷ Als Selbstbeschreibungsbegriff taugte *konservativ* demnach nicht, die Präponderanz des Christlichen sollte nicht infrage gestellt werden. Allerdings mochte auch Katzer den Begriff nicht völlig aus dem christdemokratischen Vokabular verbannen – ganz anders als *liberal* oder *sozialistisch*. „Konservativ heißt bewahren“, definierte er und fuhr fort: „Der Christ ist insoweit konservativ, als er an unveräußerlichen sittlichen Wertvorstellungen festhält. Er huldigt nicht einem blinden Fortschrittsglauben.“ *Konservativ* wurde in das semantische Netz um *christlich* eingeordnet, das Konservative dem Christlichen untergeordnet und mit dem für die Unionsparteien zentralen Begriff der *Werte* verbunden. Zugleich wurde es über seine Zeitdimension bestimmt und von einer als liberal konnotierten Fortschrittsgläubigkeit positiv geschieden. Stattdessen konzipierte Katzer Wandel als evolutionäre Fortentwicklung der Gesellschaft hin zu immer vollkommenerer „Gemeinwohlgerechtigkeit“, wofür politische „Beweglichkeit“ vonnöten sei. Folglich distanzierte er sich und damit auch die Union von „einem politischen System des Konservativismus [...], das nur darauf abzielt den gesellschaftlichen ‚status quo‘ zu konservieren“.⁹⁸ Nicht zuletzt verzichtete Katzer auf eine historische Bestimmung des Begriffs, ganz im Gegensatz zu den Begriffsbestimmungen in Deutscher Partei oder im intellektuellen Diskurs. *Konservativ* beschrieb nur eine Haltung, nicht mehr und nicht weniger. Fast wortgleich wiederholte Katzer seine Begriffsbestimmung auf dem Karlsruher Parteitag 1960, auf der Krone sie bereits zuvor bestätigt hatte. Das „verbindliche Programm“ der Union sei das C, „übersetzt als ‚christlich‘ und nicht als ‚konservativ‘“.⁹⁹

Widerspruch erhielt Katzer dabei aus einer Ecke, auf die er wohl hauptsächlich gezielt hatte: auf jene Politiker, die die Deutsche Partei verlassen und zur Union übergetreten waren. Im Frühjahr 1960 war diese Frage besonders virulent, bahnte sich doch der Übertritt neun führender Mitglieder der DP-Bundestagsfraktion an, der im September schließlich erfolgte und hohe Wellen schlug. Die Sozialausschüsse positionierten sich in dieser Situation eindeutig kritisch. Sie warnten ihre Partei vor einer Verwässerung der „nach dem Kriege aufgestellten Grundziele“.¹⁰⁰

Eine solche Warnung schien nach dem Auftritt von Alexander Elbrächter auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe umso angebrachter. Der niedersächsische Protestant Elbrächter hatte sich bereits 1958, nach der Integration der Freien

⁹⁶ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 108.

⁹⁷ KATZER, Christlich-sozial in unserer Zeit, 1960, S. 62.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Bundesparteitag der CDU 1960, S. 145–146.

¹⁰⁰ Die neuen Abgeordneten haben es schwer, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 23. 7. 1960; Bedenken gegen die DP-Abgeordneten, in: ebd., 21. 9. 1960.

Volkspartei in die Deutsche Partei, der CDU/CSU-Fraktion angeschlossen.¹⁰¹ Dem Parteitag stellte er sich 1960 als „konservativer Politiker“ vor, der „stolz darauf“ sei, „konservativ zu sein“.¹⁰² Das herausragende Merkmal des Konservativen sei sein Realitätssinn, er sehe „die Wirklichkeit [...] so, wie sie ist“. Mit dem Blick auf das britische Vorbild und die Geschichte des 19. Jahrhunderts argumentierte er für die Reformfreudigkeit des Konservatismus, bekräftigte, dass „Konservatismus und Sozialreform“ sich gegenseitig nicht ausschlossen und wehrte sich entschieden gegen eine semantische Identifikation mit *reaktionär*. Konservatismus sei eine „innere Einstellung“ und taue nicht zur diffamierenden Beschreibung „praktisch-politische[r] Entscheidung[en]“. Seine Parteikollegen erinnerte Elbrächter außerdem an den Slogan der für die Union erfolgreichen Bundestagswahl 1957, der bekanntermaßen *Keine Experimente* lautete und in der Tat das in Worte fasste, was als *konservativ* im allgemeinen Sprachgebrauch verstanden wurde. Überhaupt entsprächen die „überkommene[n] Kategorien der politischen Klassifizierung in keiner Weise mehr dem ihnen fälschlicherweise zugeordneten Begriffsinhalt“, behauptete Elbrächter und bezog dabei den Liberalismusbegriff genauso ein wie den Konservatismusbegriff, für den er sich ins Zeug legte.¹⁰³

Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Sie kam von Rupprecht Dittmar, der mit Verweis auf die Politik der konservativen Parteien des Kaiserreichs und der DNVP der Weimarer Republik bezweifelte, dass ein Sinn für die Wirklichkeit den Konservatismus jemals gekennzeichnet habe. Das Konservative zu vertreten könne nie Auftrag der Union sein, abgesehen von der Bewahrung „guter, alter geistiger Gehalte“, aber eben nicht von erstarrten „Formen“. *Werte* bewahren, sich der *Formen* entledigen, um der Dynamik, die das Grundgesetz beinhalte, auf dem Weg zum „soziale[n] Rechtsstaat“ zu entsprechen – an dieser Formel habe sich die CDU/CSU zu orientieren.¹⁰⁴

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten sticht doch ins Auge, dass ein auf seine Zeitdimension reduzierter Konservatismusbegriff in der Union an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren Konsens war. Dies beweist auch ein Blick in die Diskussionen der bayerischen CSU. Hier war es der Landesvorsitzende Hanns Seidel,¹⁰⁵ der in einem Grundsatzreferat auf der CSU-Landesversammlung 1959 den Begriff profilierte, als er seine Generation dazu aufrief, die jüngeren Parteikollegen dabei zu unterstützen, sich zu „konservative[n] Neuerer[n]“ zu entwickeln. „Verantwortung für die Stärkung grundsätzlicher Werte, die Achtung vor den geschichtlichen Wurzeln einer Gesellschaft, aber auch die Verachtung ihrer Selbstherrlichkeit, den Respekt vor dem Mitmenschen und das Erkennen der eigenen Schwächen und Grenzen“ seien die Charakteristika konservativer Haltung, wobei sich Seidel recht nebulös auf einen „amerikanische[n] Schriftsteller“ be-

¹⁰¹ Vgl. Elbrächter, in: VIERHAUS.

¹⁰² Bundesparteitag der CDU 1960, S. 165.

¹⁰³ Ebd., S. 167.

¹⁰⁴ Ebd., S. 187–188.

¹⁰⁵ Zu Hanns Seidel vgl. GROSS, Hanns Seidel; BAYER, Weltanschauung und politisches Handeln; MÖLLER, Hanns Seidels christliches Menschenbild.

rief.¹⁰⁶ Wer auch immer dies gewesen sein mag, es ist davon auszugehen, dass der Konservatismusbegriff, der in der mit der CDU/CSU eng vernetzten Abendlandbewegung seit Mitte der 1950er Jahre gepflegt wurde,¹⁰⁷ seine Spuren in der politischen Sprache der Union hinterlassen hatte. Zumindest hatten die dort geführten Debatten um „konservative Haltung in der politischen Existenz“ den Begriff im Katholizismus salonfähig gemacht und seine positive Integration in das semantische Netz um Christlichkeit in den Unionsparteien vorbereitet.¹⁰⁸

Besonders im Hinblick auf die spätere Begriffspolitik Franz Josef Strauß, der sich mit der Charakterisierung als „konservativer Neuerer“ sicherlich identifizieren konnte,¹⁰⁹ ist Seidels Integration des Konservatismusbegriffs aufschlussreich. In der CSU als „Liberaler“ bekannt,¹¹⁰ wurde Seidel anlässlich seines Rücktritts auf der Landesversammlung 1961 mit einem Zitat aus seiner Rede vor der Landesversammlung vier Jahre zuvor gewürdigt. Geradezu idealtypisch schien darin seine begriffspolitische Syntheseanstrengung auf:

Immer wieder begegnen wir der Meinung, dass konservative Grundhaltung mit echter Liberalität nicht zu vereinbaren sei und dass ‚christlich‘ und ‚liberal‘ unüberbrückbare Gegensätze seien. Eine christliche Partei [...] steht unter dem Gebot des Gewissens, und wenn man dieses Gebot wegen seines hohen Alters ein konservatives nennen will, so mag es geschehen. Es wird dadurch nichts an der Tatsache geändert, dass wirkliche auf die Würde der menschlichen Person gestützte Liberalität geradezu eine natürliche Voraussetzung christlichen Verhaltens und damit auch christlicher Politik ist.¹¹¹

Während die CDU sich in innerparteiliche Kämpfe um den Liberalismusbegriff verstrickte und weite Teile in der Partei einer strikten Abgrenzung zwischen *Christentum* und *Liberalismus* huldigten, suchte der Parteivorsitzende der CSU seine Partei als liberal zu beschreiben – und dafür führte er den Alternativbegriff der „Liberalität“ ein. Die politischen Parteien seiner Gegenwart, so meinte Seidel, seien mit „statische[n] Typisierung[en]“ ohnehin kaum mehr zu greifen, zumal mit solchen, die aus dem 19. Jahrhundert stammten.¹¹² Vielmehr wandelten sie sich stetig, so dass flexible, dynamische Kategorien nötig seien. Seidels Strategie der Anreicherung des semantischen Netzes um *Christentum* bzw. *christlich* mit den Begriffen *liberal* und *konservativ* folgte dieser Überzeugung. Sie entsprach der Integrationspolitik gegenüber kleineren bürgerlichen Parteien, die CDU und CSU die 1950er Jahre über erfolgreich verfolgten. Letztlich übertrug Seidel diese auf die semantische Ebene.

¹⁰⁶ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19590613, Landesversammlung der CSU, 12.–14. 6. 1959, Referat Hanns Seidel, S. 22.

¹⁰⁷ Vgl. SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika; CONZE, Das Europa der Deutschen; UERTZ, Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik; SEEFRIED, Abendland in Augsburg; BRAUN, Konservative Existenz in der Moderne, S. 265–282.

¹⁰⁸ Siehe S. 138–143.

¹⁰⁹ Zu Franz Josef Strauß' politischem Agieren in den 1950er und 1960er Jahren im Bund vgl. WEBER, Föderalismus und Lobbyismus; außerdem MILOSC, Modernizing Bavaria.

¹¹⁰ Vgl. GROSS, Hanns Seidel.

¹¹¹ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610318, Außerordentliche Landesversammlung der CSU, 18. 3. 1961, S. 7.

¹¹² Vgl. SEIDEL, Weltanschauung und Politik, 1961, S. 19.

Es darf allerdings bezweifelt werden, dass er dabei die Mehrheit seiner Partei hinter sich wusste. Das *Grundsatzprogramm* der CSU bekräftigte 1957, dass das „liberale Zeitalter des Individualismus mit seinen hochkapitalistischen Erscheinungen“ nur mehr Geschichte sei,¹¹³ und noch im Jahr zuvor hatten die beiden Hauptreferenten der Landesversammlung, der protestantische Theologe Walter Künneth und der Jesuit Oskar Simmel, Christentum und Liberalismus in den bekannten Bahnen voneinander geschieden.¹¹⁴ Doch selbst in Simmels Tirade gegen den „Liberalismus westlicher Prägung“ findet sich eine augenfällige Differenzierung des Liberalismusbegriffs. Auch sie nahm ihren Ausgangspunkt beim Begriff der *Freiheit*, der als genuin *christlich* konnotiert wurde. Insofern sei das „echte Anliegen des Liberalismus“, nämlich „den Menschen in seiner unantastbaren sittlichen Freiheit zu schützen“, nur von einer „christlichen Partei“ zu realisieren.¹¹⁵ Die Aufweichung der strikten semantischen Gegensatzbildung lag 1958 bereits in der Luft.

Befördert wurde diese von der Beobachtung, dass sich die Bundesrepublik auf ein Zwei- bzw. Dreiparteiensystem hin zubewege, die allüberall durch die Spalten der Presse geisterte und dies zumal, als das Ende der Deutschen Partei und ihr Aufgehen in der CDU nur noch als eine Frage der Zeit erschien. Wenn das deutsche Parteiensystem sich in einer Phase solch grundlegenden Wandels befand und sich dem angelsächsischen Modell anzugleichen schien, kam damit, so die allgemeine Interpretation, auch die aus dem 19. Jahrhundert überkommene Parteienentwicklung an ihr Ende. In der CDU-Zeitschrift *Die politische Meinung* formulierte Hans-Joachim von Merkatz, im Jahre 1958 noch DP-Minister, diese These. Er sah ein „System der zwei Blöcke“ sich herausbilden, in dem „die freiheitliche Sozialdemokratie“ auf der einen und die „bürgerlichen Parteien“ der Regierungskoalition auf der anderen Seite positioniert seien. Zur Bezeichnung dieser Konstellation taugten die Begriffe „konservativ, liberal und sozialistisch“ nur bedingt, da sie ihres ursprünglichen Inhalts verlustig gegangen seien und daher das Eigentliche des Neuen nicht auszudrücken vermochten.¹¹⁶ Die Zuschreibungen variierten in der Tat beträchtlich und zeigten, wie sehr die politischen Richtungsbegriffe ins Rutschen gekommen waren. In der Union selbst leitete der Antikommunismus die Begriffswahl. Dass das Gegenüber in einem Zweiparteiensystem der Sozialismus sein würde, selbst in seiner revidierten Form, daran bestand kein Zweifel. Eugen Gerstenmaiers Impuls zu der Integration des Liberalen in die Union rührte, wie wir gesehen haben, aus der Überzeugung, nur so der „Bedrohung durch den sozialistischen Versorgungsstaat“ etwas entgegensetzen zu können.¹¹⁷

¹¹³ Grundsatzprogramm der CSU 1957.

¹¹⁴ Vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19581011-1, Landesversammlung der CSU, 10.–12. 10. 1958, Walter Künneth: Die Stellung des evangelischen Christen zur Politik, S. 13–27; Pater Oskar Simmel: Mit welchem Recht nennen wir uns christlich? Eine Selbstbesinnung, S. 29–48.

¹¹⁵ Ebd., S. 44–46.

¹¹⁶ MERKATZ, Das Parteienwesen in Deutschland, 1959, S. 50–51.

¹¹⁷ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 180.

Dabei verschwammen manchmal die Grenzen zwischen innenpolitischer Sozialismus-Bekämpfung und außenpolitischer Bindung an den freiheitlichen ‚Westen‘ in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Sowjetimperium. Dies war besonders bei Franz Josef Strauß der Fall, der die weltpolitischen Fronten in der bundesrepublikanischen Innenpolitik gespiegelt sah. Bereits in der ersten Grundsatzrede nach seiner Wahl zum CSU-Parteivorsitzenden vor der Landesversammlung im Juni 1961 unterstrich er diese Einschätzung:

Was ist denn die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus? Es ist der Kampf mit dem staatlich organisierten und geförderten Atheismus, mit dem dialektischen Materialismus. Es stehen sich nicht gegenüber das liberale oder demokratisch-sozialistische Menschenbild auf der einen und das kommunistische Menschenbild auf der anderen Seite, sondern es stehen sich gegenüber christliches Menschenbild und kommunistisches Menschenbild, oder anders: der Mensch als Ebenbild Gottes oder der Mensch als Werkzeug einer Funktionärsschicht in einer angeblich klassenlosen Gesellschaft.¹¹⁸

Für Strauß hießen die sich gegenüberstehenden Feinde *Christentum* und *Kommunismus* – noch hielt er an den Begriffen des Antikommunismus der 1950er Jahre fest und wusste nicht zuletzt Konrad Adenauer an seiner Seite.¹¹⁹ Die Union sollte *christlich* sein und sich den Kräften des Atheismus entgegenstellen.

Die Vorstellung einer politischen Zwei-Fronten-Situation entsprang dabei nicht nur innerparteilichen Konstellationen, sondern wurde auch von außen verstärkt. Das Ende der Deutschen Partei wurde mit einem Trend zu einem Zweiparteiensystem erklärt, geprägt von den „Grundtypen *rechts* (CDU) und *links* (SPD)“, wie Marion von Dönhoff argumentierte.¹²⁰ Auch Georg Schröder in der *Welt* zeigte sich sicher, dass die Bundesrepublik keiner „konservativen Rechtspartei“ mehr bedürfe, „seit die CDU sich zu einer Partei der gemäßigten Rechten entwickelt“ habe.¹²¹ *Links* und *rechts* – damit waren freilich alles andere als präzise Begriffe gefunden, um die politischen Konstellationen zu beschreiben. *Links* schien dabei noch eindeutiger als *rechts*, wurde es doch mit „sozialistisch“ bzw. „sozialdemokratisch“ identifiziert. Nur was mochte *rechts* bedeuten? Auch der CDU-nahe Publizist Rüdiger Altmann fand in seiner Analyse der späten Adenauer-Ära keine eindeutigen Begriffe, um die CDU zu fassen. Diese sei, so diagnostizierte er, „im Ideologischen [...] im unreinen mit sich selbst“. Während die katholisch dominierten Sozialausschüsse auf eine „Sozialideologie“ hinarbeiteten, bewegten sich andere auf einen „Neokonservatismus“ zu, wobei auch diese Bestrebungen stecken geblieben seien. Nur „in gewissem Sinne“ könne die CDU daher als „konservativ“ bezeichnet werden. Einigkeit herrsche nur vor in dem „Bedürfnis, rechts zu stehen“. Tatsächlich, so Altmann, sei die CDU „zu einem Sammelbecken der nichtsozialistischen Wähler gewor-

¹¹⁸ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, Rede Franz Josef Strauß, 8.-9.7.1961.

¹¹⁹ Vgl. FRANZ, „Wir wählen die Freiheit!“.

¹²⁰ MARION GRÄFIN DÖNHOFF, Das Ende der Konservativen, in: DIE ZEIT, 8.7.1960, Hervorhebungen im Original.

¹²¹ GEORG SCHRÖDER, Da waren es nur noch sechs..., in: DIE WELT, 4.7.1960.

den“. Wie die Partei sich nach dem Abgang Adenauers entwickeln werde, ließ Altmann offen.¹²²

Nicht mit den Begriffen *rechts* und *links* belegte Ralph Dahrendorf das sich herausbildende neue Parteiensystem der Bundesrepublik, sondern der in Großbritannien geschulte Soziologe glaubte, dass das angelsächsische Modell im Begriff sei sich durchzusetzen. In einem Vortrag vor dem Kongress „Junge Generation und Macht“, den die SPD 1960 in Godesberg veranstaltete, entfaltete Dahrendorf, der zu dieser Zeit seine Hoffnung auf die SPD richtete, seine These von dem Weg der SPD hin zu einer „große[n] liberalen Partei“, der die CDU als Partei der „neuen Manager-Oberschicht“, als *konservative* Partei entgegenstehe. Die Zuschreibungen waren ins Rutschen geraten und forderten die Union heraus. Dass Dahrendorfs Ausführungen im CDU-Organ *Die politische Meinung* aufmerksam verfolgt wurden, unterstreicht die Suchbewegungen in der Union an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren.¹²³

3.2.4. Das Selbstverständnis einer christlichen Weltanschauungspartei

Die Unionsparteien definierten ihr Selbstverständnis in der Auseinandersetzung mit jenen politischen Richtungsbegriffen, die in der politischen Sprache der Bundesrepublik etabliert waren. So reklamierten sie ihren ganz eigenen Platz im politischen Raum. Dabei machten sie indes nicht Halt. Zugleich ordneten sich CDU und CSU einem spezifischen Parteityp zu: Sie beschrieben sich als *Weltanschauungsparteien*. Ganz im Gegensatz zu der Frage, ob sie nun zuvorderst *liberal*, *konservativ* oder *christlich-sozial* seien, herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass CDU und CSU *Weltanschauungsparteien* seien, Parteien also, die auf dem Christentum als einer verbindenden *Weltanschauung* basierten und ihr Handeln daraus ableiteten und rechtfertigten.

Wir sind beim Neubeginn unseres politischen Weges 1945 nicht aus theoretischen Erwägungen, sondern aus praktischen in Not und Tod bewährten Erfahrungen zu der Überzeugung gekommen, dass es für uns keine andere tragfähige Grundlage unseres politischen Handelns geben kann als die Verantwortung vor dem Worte Gottes,

fasste Hermann Ehlers zur Definition des Begriffs *Weltanschauungspartei* 1953 den Gründungskonsens der Union zusammen.¹²⁴ 1958 beschrieb Rainer Barzel das bundesrepublikanische Parteiensystem als „weltanschaulich mitbestimmtes Mehr-Parteien-System“,¹²⁵ in dem die CDU als christliche Partei den Auftrag habe, eine „Politik der Zehn Gebote“ zu betreiben, „den Willen Gottes zu tun und

¹²² ALTMANN, Das Erbe Adenauers, 1960, S. 101–102.

¹²³ TRIESCH, Gestaffelte Linke, 1960, S. 8. Vgl. dazu DAHRENDORF, Über Grenzen, S. 119; MICUS, Tribunen, Solisten, Visionäre, S. 172.

¹²⁴ Bundesparteitag der CDU 1953, S. 16.

¹²⁵ BARZEL, Koalitionspolitik, 1958, S. 122. Zu Rainer Barzel vgl. AGETHEN, Rainer Barzel; WAMBACH, Streben nach Konsens; SCHLIEBEN, Politische Karrieren in der Bundesrepublik, S. 111–158.

dafür zu streiten, dass die gottgewollte Ordnung Wirklichkeit wird“.¹²⁶ Dabei stand diese positive Lesart des Begriffs in Spannung zu seiner Verwendung in der Politikwissenschaft, wo der Typus der *Weltanschauungspartei* für die koalitionspolitische Inflexibilität und letztlich Bewegungsunfähigkeit des Weimarer Parteiensystems verantwortlich gemacht wurde.¹²⁷

Der Begriff der *Weltanschauungspartei* fasste das christliche Selbstverständnis der Union. Aber was mochte das bedeuten im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren, als sich das Verhältnis zwischen Kirchen und Parteien grundlegend zu wandeln begann? Welche Bedeutung konnte das Bekenntnis zum Christentum in einer liberalen Demokratie für CDU und CSU haben, die dem Grundgesetz verpflichtet Politik auch für jene Bevölkerungsgruppen machen wollten, die den Kirchen fern standen? Und nicht zuletzt: Wie wirkte das Bekenntnis, *Weltanschauungspartei* zu sein, in einer politischen Situation, in der das Ende der Ideologien proklamiert wurde und sich die politischen Lager ohnehin völlig neu zu formieren schienen?

Es mag kaum überraschen, dass der theologisch versierte Eugen Gerstenmaier in dieser Situation besonders seine protestantischen Parteikollegen immer wieder an die Verpflichtung erinnerte, die eine *Weltanschauungspartei* mit sich bringe. Denn während unter den Katholiken in der CDU dieser Begriff nicht hinterfragt werde, sei er „im Bewusstsein des Protestantismus ein problematische[r] Begriff“¹²⁸ – und blieb dies auch weiterhin.¹²⁹ Gerstenmaiers Umschreibung für *Weltanschauungspartei* lautete „christlich bestimmte Volkspartei“. Damit nahm er Bezug auf den zweiten Begriff, der als Selbstbeschreibungskategorie für die „Partei neuen Typs“ in der Union kursierte. Während *Weltanschauungspartei* die christliche Basis der CDU/CSU und zudem die Integration der Konfessionen bezeichnete, zielte *Volkspartei* auf ein weiteres Charakteristikum der Union: ihren Anspruch, die Interessen aller sozialen Gruppen in der föderalen bundesrepublikanischen Gesellschaft zu vertreten. Geradezu klassisch formulierte Adenauer auf dem Kieler Parteitag 1958: „Wir sind eine große Volkspartei, eine Volkspartei, die sich durch alle Stände und alle Berufe hindurchzieht und die in allen deutschen Ländern beheimatet ist.“¹³⁰ Die beiden Begriffe *Volkspartei* und *Weltanschauungspartei* waren aufeinander bezogen.

Warum aber taten sich die Protestanten in der CDU schwer mit dem Begriff der *Weltanschauungspartei*? Der Begriff implizierte, dass CDU und CSU exklusiv die christliche Lehre in der Politik vertraten. Insofern entsprach er der begrifflichen

¹²⁶ BARZEL, Koalitionspolitik, 1958, S. 126.

¹²⁷ Vgl. z. B. BRACHER, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 77–80; VON DER HEYDTE und SACHREL, Soziologie der deutschen Parteien, 1955, S. 27–33.

¹²⁸ BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 17. 1. 1958, S. 74.

¹²⁹ Vgl. z. B. HAHN, Die CDU als Problem der evangelischen Theologie, 1962, S. 7.

¹³⁰ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 191–192; vgl. auch SCHARDT, Wohin steuert die CDU?, 1961, S. 15–28. Zur politikwissenschaftlichen, wenn auch umstrittenen, Analyse-kategorie wurde *Volkspartei* erst Mitte der 1960er Jahre, vgl. NICLAUSS, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, S. 25–29.

Opposition von *Liberalismus* und *Sozialismus* auf der einen und *Christentum* auf der anderen Seite. Nun waren aber die politischen Bindungen im deutschen Protestantismus der 1950er Jahre weniger eindeutig, als dies im deutschen Katholizismus der Fall war. Während die Katholiken, abgesehen von einer kleinen Gruppe intellektueller Linkskatholiken um Walter Dirks und Eugen Kogon, in den Unionsparteien ihre politische Heimat gefunden hatten, waren die Protestanten spätestens seit dem Austritt Gustav Heinemanns aus der CDU 1952, der Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei und deren Aufgehen in der SPD 1957 parteipolitisch gespalten.¹³¹ Diese politische Spaltung war theologisch und biographisch unterfüttert.¹³²

Denn der protestantische Flügel um Gustav Heinemann, der sich mit Adenauer über die Westintegration der Bundesrepublik überworfen hatte, wurde hauptsächlich von ehemaligen Mitgliedern der ‚radikalen‘ Bruderräte der Bekennenden Kirche getragen. In Opposition zu den Deutschen Christen, die eine nach nationalsozialistischen Prinzipien gereinigte Kirche anstrebten, war die Bekennende Kirche 1934 gegründet worden, spaltete sich aber bald in zwei Flügel auf: die ‚radikalen‘ Bruderräte auf der einen Seite und die seit 1936 im Lutherrat zusammengeschlossenen Vertreter der intakten Landeskirchen (die nicht in die nationalsozialistisch geführte Reichskirche eingegliedert worden waren) samt einigen Bruderräten auf der anderen Seite, die dem radikalen Kurs einer völligen Verweigerung der Integration ins NS-Regime nicht folgen mochten.¹³³ Tief beeinflusst von der dialektischen Theologie Karl Barths kämpften die Theologen, Pfarrer und Politiker des ‚radikalen‘ bruderrätlichen Flügels dann auch für eine kompromisslose Umsetzung der christlichen Lehre in der Bundesrepublik. Vor allem appellierten sie an die unbedingten Gebote der Versöhnung wie des Friedens und traten demzufolge für ein neutrales, unbewaffnetes Deutschland zwischen den Blöcken ein.¹³⁴

In der Union sammelten sich dagegen vornehmlich jene protestantischen Kreise, die das NS-Regime in den intakten Landeskirchen erlebt hatten, auch wenn ebenso prominente Vertreter des bruderrätlichen Flügels wie Hanns Lilje¹³⁵ oder Hans Asmussen,¹³⁶ der sich in den späten 1940er Jahren mit den einstigen Gefährten überworfen hatte, ihren Weg in die CDU/CSU fanden. Tendenziell

¹³¹ Zu Gustav Heinemann vgl. FLEMMING, Gustav W. Heinemann; zur Gesamtdeutschen Volkspartei MÜLLER, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Zu den systemischen Folgen der GVP-Gründung vgl. WALTER, Sammlung und Spaltung des bürgerlichen Lagers.

¹³² Vgl. dazu den Überblick bei SAUER, Westorientierung, S. 25–50; KLEIN, Der westdeutsche Protestantismus und die CDU; ders., Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien, S. 89–263; außerdem GRESCHAT, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945; ders., Vorgeschichte; LEPP, Entwicklungsetappen der Evangelischen Kirche, bes. S. 46–56.

¹³³ Vgl. die klassischen Grundlagenwerke MEIER, Der evangelische Kirchenkampf; SCHOLDER, Die Kirchen und das Dritte Reich; zum aktuellen Forschungsstand vgl. GAILUS, Protestantismus und Nationalsozialismus.

¹³⁴ Vgl. konzentriert auf Heinemann GALLUS, Die Neutralisten, S. 76–85.

¹³⁵ Vgl. OELKE, Hanns Lilje; zu seinem Engagement im Kronberger Kreis vgl. SAUER, Westorientierung.

¹³⁶ Vgl. LEHMANN, Hans Asmussen; BESIER, Hans Asmussen.

neigten die wortführenden Theologen in der Union zu einer konservativen, lutherischen Theologie, die an einer modifizierten Zwei-Reiche-Lehre festhielt, wie etwa Walter Kühneth,¹³⁷ der erwähnte Hans Asmussen oder Helmut Thielicke.¹³⁸ Parteipolitisch waren die Protestanten in der Union in der Weimarer Republik in der DNVP, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Deutschen Volkspartei (DVP) oder im Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD) beheimatet gewesen. Sie fanden ihr Forum im Evangelischen Arbeitskreis der Union, der 1952 auf Initiative Hermann Ehlers aus der Taufe gehoben worden war, um nach dem spektakulären Austritt Gustav Heinemanns aus der CDU protestantischen Interessen in der Partei und in der Öffentlichkeit lauter Gehör zu verschaffen.¹³⁹ Und nicht nur das: Die „Sprache der CDU“, deren katholisch geprägtes Vokabular „für protestantische Ohren nicht nur schwer verständlich, sondern auch schwer akzeptabel“ gewesen sei, wie sich Wilhelm Hahn erinnerte, sollte „so übersetzt, ja gewandelt werden, dass sie von den Eierschalen des Zentrums befreit und auch mit den Vorstellungen evangelischer politischer Ethik vereinbar war“.¹⁴⁰ Sehr grundsätzlich verstand neben dem Evangelischen Arbeitskreis der Union auch der Kronberger Kreis seine Aufgabe als Plattform eines konservativen, der Union verbundenen Protestantismus.¹⁴¹

Die politische Spaltung des Protestantismus machte den Anspruch von CDU und CSU, *Weltanschauungsparteien* zu sein, problematisch. Wie umfassend wollte die Union die deutsche Gesellschaft nach *christlichen* Maßstäben gestalten? In welchem Verhältnis standen ihre politischen Vorhaben zur Lehre der Kirchen? Und nicht zuletzt: Wer legte fest, was *christliche Politik* in der bundesrepublikanischen Gegenwart bedeutete? Der die 1950er Jahre über schwelende Konflikt¹⁴² drang schließlich 1960 an die breite Öffentlichkeit, als der sozialistische, politisch engagierte Theologe Helmut Gollwitzer mit der Politik der Union abrechnete. Er warf der CDU vor, eine „Konventionalisierung des Christentums“ zu betreiben, also dessen radikale (sozialrevolutionäre wie pazifistische) Wurzeln zu kappen und dem Materialismus des „Wirtschaftswunderlands“ anzupassen. Von „evangelischen Voraussetzungen her“ sei die Aufnahme des „Christlichen“ in einen Parteinamen „indiskutabel“. Weder programmatisch, noch in individuellem Handeln, noch in der alltäglichen parteipolitischen Praxis lasse die Union „Christlich-

¹³⁷ Vgl. KUMMER, Politische Ethik im 20. Jahrhundert; MAASER, Ständisches Demokratieverständnis; SAUER, Westorientierung, S. 40–41.

¹³⁸ Vgl. SCHARFFENORT, Helmut Thielicke; KRONDORFER, Protestantische Theologenautobiographien; FRIEDRICH, Helmut Thielicke als Antipode der sozialen Bewegungen.

¹³⁹ Vgl. OPPELLAND, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–1969; OPPELLAND, „Politik aus christlicher Verantwortung“; EGEN, Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU; OPPELLAND, Gerhard Schröder, S. 379–401; MARTIN et al., Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU.

¹⁴⁰ HAHN, Ich stehe dazu, 1981, S. 92.

¹⁴¹ Vgl. SAUER, Westorientierung; ders., Der Kronberger Kreis.

¹⁴² Vgl. KLEIN, Der westdeutsche Protestantismus und die CDU, S. 93–96; vgl. auch den aus der protestantischen Theologie argumentierenden Beitrag REDEKER, Die Bedeutung des Wortes „christlich“ in der Politik, 1959.

keit“ erkennen, sie sei vielmehr „so unchristlich wie alle anderen Parteien auch“. Die Heiligkeit des christlichen Namens trete sie mit Füßen. Für Gollwitzer bedeutete das „Christliche“ ein radikales Gegenprogramm zur Gesellschaft seiner Zeit: orientiert am Evangelium, radikal anders, von „dynamische[m], revolutionäre[m] Charakter“, entweltlicht, kompromisslos.¹⁴³ Der Begriff des *Christlichen* wurde so auf seinen theologischen Kern hin verengt; alle politischen und historischen Bedeutungsschichten wurden in Gollwitzers Lesart verdammt. Das hieß nun aber keineswegs, dass Gollwitzer nicht politisch Position bezogen hätte, ganz im Gegenteil. So vertrat er Ende der 1950er Jahre nur, was bereits in den 1930er Jahren im Umkreis Karl Barths formuliert worden war und seitdem die protestantische Theologie polarisiert hatte.

Mit seiner Argumentation stellte Gollwitzer das Fundament infrage, auf dem die Union gebaut war: Er zog in Zweifel, dass CDU und CSU *christliche Politik* betrieben. Gollwitzers Anwürfe wurden sehr ernst genommen: Mit Eugen Gerstenmaier reagierte der profilierteste protestantische Politiker der CDU. Er konnte als Theologe sprechen, seine Antwort erfolgte in der FAZ und wurde zudem noch in Pamphletform veröffentlicht.¹⁴⁴ „Verschleuderte“ die CDU den „christlichen Namen“?¹⁴⁵

Gerstenmaier nutzte 1960 diese Gelegenheit, um das Selbstverständnis der CDU als „christliche Partei“ zu definieren. Das tat er nicht zum ersten Mal¹⁴⁶ und er konnte dabei auf Formulierungen zurückgreifen, die seit Mitte der 1940er Jahre in den protestantischen Debatten gefunden worden waren.¹⁴⁷ Weder habe sich die Partei 1945 zum Ziel gegeben, „einen christlichen Staat zu errichten“,¹⁴⁸ noch sei „die CDU/CSU [...] zu einem kirchlichen Hilfsverein oder einer missionarischen Unternehmung der Kirchen im Bereiche der Politik geworden“, noch sei sie „ein Unternehmen von frommen Leuten zur Veredelung der politischen Sitten“. CDU und CSU seien „[a]uf christliche Grundsätze verpflichtet“,¹⁴⁹ agierten als „christliche Partei[en] im säkularen Staat“.¹⁵⁰ Sie seien politische Parteien „wie andere auch“, die allerdings „ihre Programmatik, ihre Zielstellung und ihre Praxis vor dem Gebot und den Ordnungen Gottes“ verantworteten.¹⁵¹ Diese Christlichkeit wise zuallererst auf das Individuum, auf den in der Partei engagierten Politiker.

¹⁴³ GOLLWITZER, Christ und Bürger in der Bundesrepublik, 1960, S. 6; Erstveröffentlichung: ders., Die sich selbst betrügen, 1960. Zu Helmut Gollwitzer vgl. ORTH, Helmut Gollwitzer.

¹⁴⁴ EUGEN GERSTENMAIER, Verschleuderung des christlichen Namens? Eine Disputation mit Prof. Helmut Gollwitzer, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 17. 11. 1960; ders., Verschleuderung des christlichen Namens?, 1960. Vgl. zur Kontroverse GNISS, Der Politiker Eugen Gerstenmaier, S. 377–378.

¹⁴⁵ GOLLWITZER, Christ und Bürger in der Bundesrepublik, 1960, S. 6.

¹⁴⁶ Vgl. z. B. GERSTENMAIER, Darf sich die CDU christlich nennen?, 1957.

¹⁴⁷ Vgl. SAUER, Westorientierung, S. 129–130; KLEIN, Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien, S. 244; ders., Der westdeutsche Protestantismus und die CDU, S. 91–96.

¹⁴⁸ GERSTENMAIER, Verschleuderung des christlichen Namens?, 1960, S. 15.

¹⁴⁹ Ebd., S. 17.

¹⁵⁰ Ebd., S. 15.

¹⁵¹ Ebd., S. 17.

Das ‚Christlich‘ im Namen der CDU/CSU ist ein Bekenntnis, eine Richtschnur für uns selbst. [...] In unserem Namen schmückt sich nicht eine Massenpartei mit einem Beiwort [...], sondern mit diesem C rückt die CDU/CSU ihre Programmatik und Praxis, ihr Menschenbild und ihr Rechtsbewusstsein unter einen Horizont, der auch dann etwas Entscheidendes für sie bedeutet, wenn sie dasselbe politische Kostüm trägt und dieselbe raue Sprache führt wie andere politische Parteien auch.¹⁵²

Christlich war in dieser Definition kein „heiliger“, kein exklusiv theologischer Begriff, kein Begriff außerhalb des Begriffsgefüges der politischen Sprache, sondern hatte eine profilierte politische Dimension.

Gerstenmaiers Definition grenzte auch den Begriff *Weltanschauungspartei* ein, und sie wurde nicht nur auf dem protestantischen Flügel, sondern auch unter den führenden Katholiken der Union zustimmend vermerkt.¹⁵³ Denn nicht nur von protestantischer Seite wurde der Union vorgeworfen, dem Säkularisierungsschub nichts entgegenzusetzen. Auch auf katholischer Seite regten sich Ende der 1950er Jahre kritische Stimmen, die sich nicht zuletzt in Reaktion auf Gerstenmaiers Kieler Parteitagrede formiert hatten. Die Debatte, die der christlich-soziale Arbeitnehmerflügel um die Gefahr einer „Liberalisierung der Union“ heraufbeschworen hatte, zog ihre Kreise. Der Zug zum Zweiparteiensystem, der eine Öffnung für Wähler erforderte, die nicht aus den kirchlichen Milieus kamen und die allgemeine Entkonfessionalisierung der Politik, die die Union aktiv vorantrieb,¹⁵⁴ verursachte dieses katholische „Unbehagen“¹⁵⁵ über eine „Entweltanschaulichung“¹⁵⁶ der Union, das den Diskussionen um ein „evangelisches Unbehagen“ antwortete.¹⁵⁷ Dazu kam, dass die SPD sich vom Begriff der *Weltanschauungspartei* löste und sich neutraler als „Partei des Volkes“ umschrieb, gerade auch weil sie sich auf diese Weise kirchlich gebundenen Wählern öffnen konnte.¹⁵⁸

Am schärfsten griff der junge Journalist Josef Othmar Zöllner die Union 1961 in der katholischen Wochenzeitung *Echo der Zeit* an. Der „Preis der Volkspartei“, der Preis für die Integration unterschiedlicher Gruppen wie der Preis für die Überkonfessionalität, sei der Verzicht auf „ideologische Einheit“ und ein kohärentes „Geschichtsbild“, so dass CDU/CSU „lediglich die Negation des Marxismus in toto“ auszeichne. „Es ist das Dilemma der deutschen Parteien, zumal derer, die sich christlich nennen, dass sie der dämonischen Idee aus dem Osten keine geschlossene Idee christlicher Gesellschaftsordnung, orientiert an einem annähernd einheitlichen Geschichtsbild gegenüberstellen können,“ spitzte Zöllner seine Kritik

¹⁵² Ebd., S. 18.

¹⁵³ Vgl. KRONE, Tagebücher, Bd. 1, 21. 11. 1960, S. 458.

¹⁵⁴ Vgl. GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 55–71.

¹⁵⁵ KAFKA, Christliche Parteien und katholische Kräfte, 1958, S. 133. Vgl. die Zusammenfassung der kritischen Argumente bei SÜSTERHENN, Der geistesgeschichtliche Standort, 1961, S. 49–51. Vgl. hierzu GROSSMANN, Zwischen Kirche und Gesellschaft, S. 279–287.

¹⁵⁶ SÜSTERHENN, Der geistesgeschichtliche Standort, 1961, S. 54.

¹⁵⁷ Vgl. dazu z. B. WOLFGANG HÖPKER, Der konfessionelle Alpdruck der CDU, in: CHRIST UND WELT, 13. 1. 1961; Ein evangelisches Unbehagen in der CDU, in: CHRIST UND WELT, 1. 6. 1962.

¹⁵⁸ Vgl. z. B. SPD VORSTAND, Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 58, 490; „Partei des Volkes“: S. 29, 327 und 540.

zu, und endete mit der rhetorischen Frage, ob der „freie Westen“ nicht auf diese Weise seine „Währung geistiger Substanz zerrütte“.¹⁵⁹ Allen, die zwischen den Zeilen lesen konnten, war eines klar: Zöllner empfahl der Union nichts anderes als den Bruch mit ihrem überkonfessionellen Gründungskonsens und die Entwicklung hin zu einer katholischen Partei nach dem Vorbild des Zentrums.

Heinrich Krone konterte, zunächst in *Echo der Zeit*, dann aber auch in *Evangelische Verantwortung* und setzte damit ein Zeichen für die Überkonfessionalität der Union. Ausführlich geriet seine historische Herleitung aus der „christlichen Bewegung“, die ihre „Wurzel in der Überwindung der Aufklärung und in der Erneuerung des christlichen Ideenguts“ zu Beginn des 19. Jahrhundert habe.¹⁶⁰ „Geschichtslos“, „ohne Tradition“ seien CDU und CSU mitnichten.¹⁶¹ Und wie Gerstenmaier in Reaktion auf protestantische Anwürfe, rückte Krone in Reaktion auf Zöllners katholische Unterminierung der Union den Begriff der „christlichen Partei“ zurecht. Eine Partei könne nicht „Kirche, ihre Politik nicht Religion sein“ und sie dürfe auch „christliche Sittlichkeit nicht für sich allein in Erbpacht“ nehmen. Christlichkeit bedeute für die CDU/CSU stattdessen, „in der Politik aus christlichem Glauben zu handeln, christlichen Ordnungsgedanken in Staat und Gesellschaft Geltung zu verschaffen“. Nur so, betonte Krone, sei die annähernde Realisierung eines „christliche[n] Ordnungs- und Gesellschaftsziel“ möglich – nicht mehr und nicht weniger.¹⁶²

Auch Franz Josef Strauß, der bei seiner ersten programmatischen Rede als neu gewählter Parteivorsitzender der CSU nicht umhin kam, zum christlichen Charakter seiner Partei Stellung zu nehmen, war sich bewusst, dass

man mit dem Begriff christlicher Politik vorsichtig umgehen muss, denn es ist sehr sorgfältig zu prüfen, wie weit man eine politische Konzeption, deren Umsetzung in die Wirklichkeit ohnehin mit den unvermeidbaren Kompromissen begleitet ist, insgesamt als spezifisch christlich bezeichnen kann.¹⁶³

Er wollte nur vom „Christen in der Politik“ sprechen,¹⁶⁴ reduzierte damit also den christlichen Anspruch seiner Partei auf das individuelle Handeln jedes Politikers. Mit dem Begriff der *Weltanschauungspartei* hatte Strauß daher seine lieben Nöte. Nicht zuletzt durch Seidels Wirken fest in der Selbstbeschreibung der Partei etabliert,¹⁶⁵ hatte der neue Parteivorsitzende einen Weg zu finden, dem Begriff seinen Zahn zu ziehen. Zwar sei die CSU „bewusst eine christliche Weltanschauungspartei“, doch sollte sie dennoch für jene offen sein, die dem ein oder anderen Grundsatz kritisch gegenüberstünden. Außerdem sei die CSU „nicht nur Weltanschauungspartei, sondern auch im Bereich der politischen Pragmatik und Realität tätig“. Und schließlich wagte sich Strauß – unter Zuhilfenahme des *Philosophischen*

¹⁵⁹ JOSEF OTHMAR ZÖLLNER, Der Preis der „Volkspartei“, in: ECHO DER ZEIT, 1. 1. 1961.

¹⁶⁰ KRONE, Die geistigen und sozialpolitischen Grundlagen der CDU/CSU, S. 5.

¹⁶¹ Ebd., S. 6.

¹⁶² Ebd., S. 7.

¹⁶³ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, 8.–9. 7. 1961, Referat Franz Josef Strauß, S. 2.

¹⁶⁴ Ebd., S. 3.

¹⁶⁵ Vgl. SEIDEL, Weltanschauung und Politik, 1961.

Wörterbuchs aus dem Herder-Verlag und wohl auch von Seidels *Weltanschauung und Politik*¹⁶⁶ – an eine sehr individuelle Definition von *Weltanschauung*:

Weltanschauung ist nicht Weltbild oder Religion. Weltanschauung ist ‚Gesamtauffassung von Wesen und Ursprung, Sinn und Ziel der Welt und des Menschenbildes‘ [...]. Weltbild ist naturwissenschaftliche und naturphilosophische Betrachtung und Deutung des Kosmos, Religion ist die individuelle Bindung des Menschen an Gott. Die führenden Persönlichkeiten einer Weltanschauungs-Partei sollen Weltbild und Religion haben, aber das ist nicht Teil ihres öffentlichen Gestaltungsbereiches, sondern vielmehr Hintergrund und Rückhalt, wenn sie Wege zu suchen oder Entscheidungen zu treffen haben.¹⁶⁷

Was die „führenden Persönlichkeiten“ der *Weltanschauungspartei* CSU mit diesen etwas verqueren Klarstellungen ihres Parteivorsitzenden anfangen konnten, muss offen bleiben. Nicht von ungefähr verschwand der Begriff Mitte der 1960er Jahre sang- und klanglos aus dem Begriffshaushalt der Union.

Den wohl letzten systematischen Versuch, die CDU als *Weltanschauungspartei* zu beschreiben, unternahm 1964 Josef Hermann Dufhues, zu dieser Zeit Geschäftsführender Vorsitzender der Partei. Er führte eine Unterscheidung ein, die implizit bereits in allen vorherigen Definitionen enthalten war, nämlich die Unterscheidung zwischen *Weltanschauung* und *Ideologie*. *Ideologie* als „umfassende Wahrheitslehre über Welt und Mensch“ schließe „eine Offenbarung als Erkenntnisquelle aus und will nur Wissenschaft anerkennen, ja sie hält sich selbst für Wissenschaft“. Sie trete „in Form einer Doktrin, eines Systems, eines theoretisch unterbauten Programms mit dogmatischem Anspruch“ auf. All das treffe auf die *Weltanschauung* nicht zu. Die CDU sei „eine Partei der christlichen Existenz in der Welt, nicht eine Partei des ideologischen Dogmatismus“.¹⁶⁸ Die Abwehrhaltung gegenüber aller *Ideologie* gehörte freilich seit jeher zum Kern eines konservativen Selbstverständnisses. *Weltanschauungspartei* zu sein hieß, in einem charakteristischen Stile Politik zu machen. Auch auf diese Weise beschrieben sich die Unionsparteien.

3.2.5. Politik im Stile der Union. Selbstzuschreibungen und die Strukturprinzipien politischer Sprache

Politik wollten CDU und CSU als *Volks-* und *Weltanschauungsparteien* betreiben, dabei *christliche*, *liberale* und *konservative* Positionen in sich vereinigend. Doch nicht nur das: Politiker und Parteistrategen wurden nicht müde zu betonen, dass aus diesen Grundsätzen ein spezifischer Politikstil erwachse, dass CDU und CSU auf eine ihnen ganz eigene Art und Weise Politik machen würden. Die in un-

¹⁶⁶ Vgl. BRUGGER, Philosophisches Wörterbuch, 1959. Die Passage ähnelt stark einer Passage aus Seidels Vorwort zu SEIDEL, *Weltanschauung und Politik*, 1961, S. 19–20.

¹⁶⁷ ACSP, Parteitagprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, 8.–9.7.1961, Referat Franz Josef Strauß, S. 7–8. Das Zitat wird von Strauß nicht völlig richtig wiedergegeben, statt „Menschenleben“ spricht er von „Menschenbild“. Im Original heißt es: „Weltanschauung bedeutet die Gesamtauffassung von Wesen u[nd] Ursprung, Wert, Sinn u[nd] Ziel der Welt u[nd] des Menschenlebens“, BRUGGER, Philosophisches Wörterbuch, 1959, S. 370.

¹⁶⁸ DUFHUES, *Christen in der Demokratie*, 1964, S. 17.

zähligen Kontexten vorgetragene Beschreibung eines unionseigenen Politikstils entfaltete reiche semantische Netze. Gleichermaßen kristallisierten sich in ihr die Strukturprinzipien der politischen Sprache der Union. Wie also charakterisierten CDU- und CSU-Politiker sprachlich ihr tägliches Geschäft?

Der politische Stil der Union sei, so unterstrich Josef Hermann Dufhues, grundsätzlich fern aller *ideologischen* Verbohrtheit. Dies bedeute eine Ablehnung jeglichen Dogmatismus', und es bedeute, christliche *Weltanschauung* als „offen und dynamisch“ und damit als dem „Fortschritt“ zugewandt zu erkennen.¹⁶⁹ Die Union sei „eine Fortschrittspartei“.¹⁷⁰ Dufhues leitete den Fortschrittsbegriff einerseits aus dem Buch Genesis her, als göttlichen Auftrag an den Menschen, sich die Erde untertan zu machen, andererseits aus dem Glauben an das kommende Reich Gottes als Ziel menschlicher Geschichte.¹⁷¹ Die Qualifizierung des Fortschrittsbegriffs und seine Einpassung in das Prinzip kontinuierlicher Zeitlichkeit erfolgte in der Union über den Begriff des *Christlichen*, während im britischen Konservatismus hierfür der Konservatismusbegriff herangezogen wurde. Auf beiden Seiten sorgte freilich die antisozialistische Stoßrichtung für seine Einhegung.¹⁷²

Damit subsummierte Dufhues Begriffe der Selbstbeschreibung von CDU und CSU unter den Begriff *Weltanschauungspartei*, die in den beiden Parteien seit den Gründungsjahren gängig waren. Während sich die Unionspolitiker einig waren, weltanschaulich basierte „Politik aus christlicher Verantwortung“ zu betreiben,¹⁷³ wiesen sie alle Anwürfe *ideologischen* Handelns zurück. Der Ideologiebegriff war für die konkurrierenden politischen Strömungen reserviert: für den *Sozialismus*, den *Liberalismus*, den *Bolschewismus*, den *Nationalismus* und den *Nationalsozialismus*.¹⁷⁴ *Ideologien* seien der jeweiligen Zeit ihrer Entstehung verhaftet, vermochten daher keine Antwort auf die Probleme der Gegenwart zu geben; dagegen schöpften die Unionsparteien aus den ewigen Quellen des Christentums und waren so gerüstet, um „die Probleme der Zeitlichkeit [...] mit überzeitlichen Prinzipien“ zu bewältigen, erklärte Karl Arnold in seiner Auseinandersetzung mit dem „Zeitalter der neuen Technik“, an dessen Beginn er sich und seine Zeitgenossen wähnte.¹⁷⁵

Der *Ideologie* als Gegenbegriff entsprachen Begriffe, die CDU und CSU sich und ihrem Stil, Politik zu betreiben, positiv zuschrieben. Es genügt ein Blick in die Protokolle der Bundesparteitage der CDU bzw. der Landesversammlungen der CSU, um die Allgegenwart der entsprechenden semantischen Netze zu ver-

¹⁶⁹ Ebd., S. 18.

¹⁷⁰ Ebd., S. 22–23.

¹⁷¹ Vgl. ebd., S. 22.

¹⁷² Siehe S. 34–43.

¹⁷³ Vgl. Bundesparteitag der CDU 1962, Stoltenberg, 216: „[...] uns allen bekannte und für uns alle günstige Formel von der ‚Politik aus christlicher Verantwortung‘.“

¹⁷⁴ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1953, Hermann Ehlers, S. 27; Hahn, Die CDU als Problem der evangelischen Theologie, 1965, S. 95; vgl. auch Bundesparteitag der CDU 1957, Heinrich Krone, S. 47.

¹⁷⁵ Bundesparteitag der CDU 1957, S. 161.

deutlichen, die in ganz unterschiedliche Kontexte diffundierten: *Realismus*¹⁷⁶, *Nüchternheit*,¹⁷⁷ *Sachlichkeit*,¹⁷⁸ *Vernunft*¹⁷⁹ – jeweils mit ihren adjektivischen Entsprechungen – prägten die politische Sprache der Union. Die beiden Parteien wollten eine Politik machen, die von der *Wirklichkeit* ausging – und nicht von utopischen Wunschträumen einer Welt, wie sie sein sollte.¹⁸⁰ Sie griffen damit einen zentralen Begriff konservativer Selbstbeschreibung der 1950er Jahre auf. Aufgrund dieses Plädoyers für die *Wirklichkeit* begegneten sie Parteiprogrammen mit großer Skepsis. Gerade Adenauer, der mit dem *Ahlener Programm* die Erfahrung gemacht hatte, dass einmal Geschriebenes und als programmatisch Verabschiedetes schwierig wieder aus der Welt zu räumen war, sperrte sich energisch jedem Versuch, dem Ende der 1950er Jahre empfundenen programmatischen Vakuum mittels eines neuen Programms beizukommen.¹⁸¹ Das Christentum war ihm und vielen anderen Programm genug.¹⁸² *Ideologie* und *Doktrin* fungierten sehr klar als Gegenbegriffe in der Selbstbeschreibung der Union.

Selbst als Adenauer 1961 konzidieren musste, dass durch den sozialen und kulturellen Wandel das „christliche Fundament“ der CDU vernachlässigt worden war, regte er keine Programmarbeit an, sondern beauftragte Rainer Barzel nur mit einer Untersuchung über „das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU“, die sich auch mit den „geistigen Grundlagen“ der Partei beschäftigen sollte.¹⁸³ Ganz dem entsprechend stellte Barzel denn auch fest:

Die Christlichen-Demokraten haben nicht ein Programm gesucht, haben nicht in Ideologien, Traditionen, Vorurteilen und Restaurationen ihre Kraft verbraucht, haben nicht fremde Gedanken oder Ideologien dem Volk werbend vorgetragen, sondern sie waren die Sprecher und Träger von Gedanken, die spontan aus dem Volk selbst hervorgebrochen waren. Die ‚Volkspartei‘ ergab sich ebenso von selbst wie ihr christliches Fundament.¹⁸⁴

¹⁷⁶ Vgl. z. B. DUFHUES, Der Evangelische Arbeitskreis und die CDU, 1962, S. 13; Die Pläne der dreisten Radikalen, 1960; ACSP, Parteitagsprotokolle, 19610708, Landesversammlung der CSU, 8. 7. 1961, S. 15–16, Hermann Höcherl.

¹⁷⁷ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1960, Ernst Lemmer, S. 95; ebd., Heinrich Krone, S. 99; Bundesparteitag der CDU 1965, Eugen Gerstenmaier, S. 87.

¹⁷⁸ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1958, Kai-Uwe von Hassell, S. 192; Bundesparteitag der CDU 1960, Kurt Schmücker, S. 160; Bundesparteitag der CDU 1964, Hans Furler, S. 254; ACSP, 19581011, Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hanns Seidel anlässlich der Landesversammlung 1958 der Christlich-Sozialen Union, 11. 10. 1958, S. 6. Auch im protestantischen Kronberger Kreis gehörte die Formel von der *sachlichen Politik* zu den „Schlüsselbegriffen“, die sich auf die Überzeugung, ideologiefrei zu denken und zu handeln bezog, vgl. SAUER, Westorientierung, S. 130–131, 156–158.

¹⁷⁹ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1962, Eugen Gerstenmaier, S. 187; Bundesparteitag der CDU 1964, Rainer Barzel, S. 95.

¹⁸⁰ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1960, Heinrich Krone, S. 109; oder z. B. Franz Josef Strauß 1960 vor der CSU-Landesgruppe: Sitzung der CSU-Landesgruppe, 4. 4. 1960, CD-ROM-Supplement, S. 596–597.

¹⁸¹ Vgl. z. B. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 26. 4. 1960, S. 655–656.

¹⁸² Vgl. z. B. BÖHM, Wie die Volkspartei aussehen sollte, 1958.

¹⁸³ BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 11. 12. 1961.

¹⁸⁴ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU, vorgelegt von Dr.

Wie dem auch gewesen sein mag, der Anti-Programm-Affekt war tief verankert in der Union. Allerdings teilten ihn die jungen Nachwuchs-Politiker gerade nicht. Der 1928 geborene Gerhard Stoltenberg, promovierter Politikwissenschaftler und Bundesvorsitzender der Jungen Union, mahnte immer wieder zu „programmatische[r] Klärung“, dabei betonend, dass die CDU „keine Ideologie“ brauche und sicherlich „nicht die Absicht [habe], ein Grundsatzprogramm à la Godesberg nach der Methode der SPD in all seiner schon in zwei, drei Jahren zutage getretenen Fragwürdigkeit zu machen“. Von einer offenen Auseinandersetzung mit den Thesen Barzels, die vom Bundesvorstand mit wenig Zustimmung aufgenommen worden waren,¹⁸⁵ erhoffte er sich eine Dezimierung der innerparteilichen, oft konfessionell grundierten Spannungen und vor allem „eine Beseitigung [...] der begrifflichen Missverständnisse“, die aus den konfessionell verschiedenen Begriffshaushalten herrührten.¹⁸⁶

Die Bedeutung, die den Begriffen und damit der politischen Sprache in der Union zukam, hatte Gerhard Stoltenberg geradezu seismographisch erfasst. Denn solange programmatische Festschreibungen in der Partei fehlten, Begriffe nicht schriftlich festgehalten und mit der Autorität eines Parteitags besiegelt waren, hatte dies zwar einerseits den Vorteil, dass sich unterschiedliche Gruppen unter ihrem Dach einfinden konnten, politische Sprache ob ihrer Flexibilität also integrierend wirkte; andererseits aber konnte die Partei in einer Situation des kulturellen Wandels, der auch auf sprachlicher Ebene wirkte, schnell ihr Profil verlieren. Das viel geäußerte ‚Unbehagen‘ in der Union an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren spiegelte letztlich nichts anderes als die begrifflichen Unsicherheiten, die am Ende der Ära Adenauer überall aufgebrochen waren.

Der Anti-Programm-Affekt der Union war nicht allein in ihrem *unideologischen* Selbstverständnis begründet, sondern berührte auch ein weiteres Charakteristikum ihrer Selbstbeschreibung. Programme aufzustellen bedeutete, so wurde argumentiert, die Zukunft nach den menschlichen Vorstellungen der Gegenwart gestalten zu wollen. Denn die Zeit liege in Gottes Händen,¹⁸⁷ strebe einem Ziel, dem Reich Gottes zu, das menschlicher Gestaltung kategorial entzogen sei. Wieder war es Eugen Gerstenmaier, der 1958 dieses Zeitverständnis in Worte fasste: Der

Wandel der Gesellschaft gehört zum ewigen Wellenschlag der Geschichte. Auch wenn es anders aussieht, glauben wir doch mit der Christenheit der ganzen Erde, dass sich die Geschichte mit dem Menschen nicht im sinnlosen Wirbel dreht, sondern, vom Atem Gottes getragen, einem großen Ziele zustrebt. Wir sind gerade deshalb mehr als andere, denen dieser Horizont des persönlichen und politischen Wirkens fehlt, davor gefeit, am unhaltbar Gewordenen zu kleben. Wir greifen in das Morgen, wenn wir zu dem stehen, was im Wandel der Staatsordnungen und Gesellschaftsformen gültig bleibt, weil es, auf die wahre Berufung des Menschen gegründet, eine ewige Geltung hat.¹⁸⁸

Rainer Barzel, MdB, auf Grund eines Beschlusses des Bundesvorstandes der CDU vom 11. Dezember 1961, abgeschlossen am 20. März 1962, Nr. 8.

¹⁸⁵ Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 10. 5. 1962, S. 239–258.

¹⁸⁶ Bundesparteitag der CDU 1962, Gerhard Stoltenberg, S. 216–217.

¹⁸⁷ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1960, Eugen Gerstenmaier, S. 200.

¹⁸⁸ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 107.

Gerstenmaier plädierte für das Ausloten der Zeitdimensionen in der christdemokratischen Politik. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten aufeinander bezogen sein, das eine sich aus dem anderen ergeben, ohne dass eine Zeitdimension bevorzugt werden durfte. Für Ludwig Erhard machte dies einen Markenkern der „sozialen Marktwirtschaft“ aus, die „ohne scharfe Brüche und schwere Erschütterungen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft harmonisch zu verbinden“ wüsste.¹⁸⁹ Und nicht nur die Exponenten des protestantischen bzw. des ordoliberalen Flügels der Union propagierten dieses Zeitverständnis. Auch Hans Katzer wollte das Vergangene bewahren, soweit es sich um die ewigen christlichen Werte handelte; zugleich distanzierte er sich von „einem blinden Fortschrittsglauben“ und plädierte folglich für eine „evolutionäre Beweglichkeit in der Politik“.¹⁹⁰ Es war kein Zufall, dass er sich in seiner Klarstellung mit dem Konservatismusbegriff auseinandersetzte, dessen semantische Wurzel auf das zu Bewahrende wies. Dieses Verständnis von Zeitlichkeit wurde dem Begriff, wie wir gesehen haben, in der Union eingeschrieben.¹⁹¹ Dementsprechend lehnte die Union die *Revolution* ab und plädierte für die *Reform*. Tatsächlich strukturierte sich ihre politische Sprache nach demselben Strukturprinzip der Zeitlichkeit wie dies in der Conservative Party der Fall war.¹⁹²

Mit der Wertschätzung des Vergangenen und der Orientierung hin auf die *Wirklichkeit* in der Gegenwart ging eine Differenzierung des Fortschrittsbegriffs einher, der auch in der politischen Sprache der Union eine feste Größe war, und dies zumal als er zu einem allgemeinen Leitbegriff der späten 1950er und der 1960er Jahre geworden war.¹⁹³ Denn die Einschätzung, in einer Zeit rapiden Wandels zu leben, wurde in der Union allgemein geteilt, und sie verstärkte sich noch seit Anfang der 1960er Jahre. Der *Fortschritt* galt als Signum der Gegenwart. Seine Antriebskräfte erkannten die Unionspolitiker in erster Linie in der technologischen Entwicklung, die alle Bereiche menschlichen Lebens mit sich reiße. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, begrüßte seine Parteikollegen 1962 zum Parteitag in Dortmund denn auch mit dem Hinweis, dass sie in einer Region tagen würden, in der die Zukunft bereits angebrochen sei: „Hier im Ruhrgebiet formt sich unter den Bedingungen eines technischen Massenzeitalters die Welt, in der wir morgen leben und arbeiten müssen.“ Und genau hier sah Meyers die Aufgabe der CDU, die diese Entwicklung „in den Griff“ bekommen und „nach dem christlich-demokratischen Ordnungsbild“ formen müsse. Dafür aber sei es nötig, dass die Partei auf die „Zukunft hin [...] arbeit[e] und diese Zukunft klar, nüchtern und ohne sozialromantische Verbrämung zur Grundlage ihres politischen Denkens und Handelns“ mache.¹⁹⁴

Die Zukunft galt es also einzufangen, aber dies in sachlicher Attitüde und ohne in utopische Träume zu verfallen. Dies bekräftigte auch Theodor Blank, Arbeits-

¹⁸⁹ Ebd., S. 111.

¹⁹⁰ Ebd., S. 145–146.

¹⁹¹ Siehe S. 180–183.

¹⁹² Siehe S. 34–53.

¹⁹³ Vgl. HERZOG, Schwundstufen des Fortschrittsbegriffs.

¹⁹⁴ Bundesparteitag der CDU 1964, Franz Meyers, S. 10–11.

und Sozialminister, der 1958 zwar für den Ausbau des „Wohlfahrtsstaates“ eintrat, aber die Konzepte der Union dabei von einem „Fortschrittsglaube[n], diese[r] Glücksduselei aus dem vergangenen und vorvergangenen Jahrhundert“ distanzierte, die doch „durch die harte Wirklichkeit widerlegt“ sei.¹⁹⁵ Ein unrealistischer, utopischer Fortschrittsbegriff wurde den Liberalen und der Linken angelastet und dies ganz in totalitarismustheoretischer Lesart. „Die Verstrickung des selbstherrlichen und blind fortschrittsgläubigen Menschen einerseits in eine schrankenlose nihilistische Selbstsucht und andererseits in eine totale neuaufgelegte Sklaverei gegenüber Funktionären des totalen Staates“ habe in die totalitäre Katastrophe geführt, so dass die einzige Option der Zeit eine Rückführung des Fortschrittsbegriffs auf die „christlichen Wahrheiten“ sei, wie der nordbadische Parteivorsitzende Franz Gurk 1960 darlegte.¹⁹⁶ Dem sekundierte auch die CSU. Deren „Optimismus“ sei „nicht umkränzt von den welken, noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Girlanden des Fortschritts; es ist ein Optimismus, der sich auf die Lebenskraft des Christentums gründet“, so unterstrich Parteivorsitzender Hanns Seidel auf der CSU-Landesversammlung des Jahres 1959.¹⁹⁷

Die Abgrenzung gegenüber allen utopischen Versuchen, Zukunft zu gestalten, implizierte auch eine solche gegenüber den in diesen Jahren populärer werdenden Ideen von wissenschaftlich begleiteter Planung und Steuerung komplexer Systeme, die besonders von der SPD aufgegriffen wurden.¹⁹⁸ In diesem Punkt war die Union um einiges vorsichtiger als die Conservative Party, in der Planungs-ideen zu Beginn der 1960er Jahre tiefe Wurzeln geschlagen hatten.¹⁹⁹ Planung gefährde die Freiheit des Einzelnen, unterwerfe diesen undurchsichtigen bürokratischen Apparaten.²⁰⁰ Planung führe letzten Endes in die kommunistische Diktatur, so wurde argumentiert. Vor allem negiere Planung das Menschliche überhaupt. Denn sie ziele darauf, auf „längere Sicht das lebendige Leben in Zahlen“ einzufangen. Das „Verhalten der Menschen“ stelle aber eine Qualität an sich dar, sei weder quantifizierbar noch vorhersagbar, die Zukunft nicht mittels Zahlen in den Griff zu bekommen. Insofern müsse Planung entweder dem „Leben hinterherlaufen“ oder „ihm Gewalt antun“, wie Ludwig Erhard 1962 in einer aufsehenerregenden Rede vor dem Europäischen Parlament zu dem Memorandum der EWG-Kommission zur Wirtschaftspolitik (*Aktionsprogramm für die zweite Stufe*) erklärte, dem er „zentralistische“ und „planwirtschaftliche“ Tendenzen unterstellte.²⁰¹

¹⁹⁵ Bundesparteitag der CDU 1958, Theodor Blank, S. 117.

¹⁹⁶ Bundesparteitag der CDU 1960, Franz Gurk, S. 11.

¹⁹⁷ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19590613, Landesparteitag der CSU, 12.–14. 6. 1959, Referat Hanns Seidel, S. 9.

¹⁹⁸ Vgl. RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie.

¹⁹⁹ Siehe S. 49–53.

²⁰⁰ Vgl. z. B. BARZEL, Wohlfahrtsstaat gegen Versorgungsstaat, 1958, bes. S. 44–46; MUTHESIUS, Wenn die SDP gewinnt..., 1957.

²⁰¹ Vgl. EUROPÄISCHES PARLAMENT, Europäisches Parlament, S. 58–64, Zitate S. 62 und 63; dazu: ARTZINGER, Planung und Freiheit, 1963, S. 5. Vgl. zu dieser Debatte PLITZKO, Planung ohne Planwirtschaft, 1964; RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie, S. 371–372; METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, S. 232–238.

Die Anti-Planungsfront – die sich aber immer nur auf den Bereich ökonomischer Steuerung bezog, weil etwa raumplanerische Konzepte längst akzeptierter Usus in den Ländern waren²⁰² oder Bundeswehr und Nato mit militärischer Planung operierten²⁰³ – begann allerdings seit Mitte der 1960er Jahre zu bröckeln.²⁰⁴ Die vorsichtige Bedeutungsverschiebung im Planungsbegriff gelang über eine Differenzierung von sozialistischer auf der einen und christdemokratischer Planung auf der anderen Seite: „Planung und Planung ist zweierlei“, stellte Anton Böhm 1964 fest, als er an seine Partei appellierte, in die Zukunft zu denken. Christdemokratische Planung sollte denn ihr Ziel auch nicht in der Konzentration von Macht besitzen, sondern „in nichts anderem bestehen als in dem Entwerfen eines Zusammenhangs vorbeugender oder fordernder Maßnahmen, die auf eine künftige, voraussehbare Situation antworten“ sollten.²⁰⁵ Die prinzipielle Offenheit der Zukunft sollte also in den *Weltanschauungsparteien* CDU und CSU nicht angetastet werden.

Dem „weitgehend sinnentleerten Begriff ‚Fortschritt‘ wieder einen christlichen Inhalt“ zu geben, dafür plädierte nicht nur Franz Meyers, sondern auch Josef Hermann Dufhues.²⁰⁶ Das führte dazu, dass, wenn vom *Fortschritt* als Abstraktum – und nicht von *Fortschritten* in bestimmten Feldern – gesprochen wurde, immer ein „ja – aber“ folgte, der Begriff also differenziert, in semantische Netze eingeordnet, mit anderen Begriffen gekoppelt und damit seiner Bedeutung Grenzen gesetzt wurden. Zugleich wurde seinen auf die Zukunft hindrängenden Gehalten eine klare Bindung an die Vergangenheit eingeschrieben. Drei Beispiele mögen zur Illustration genügen: Rainer Barzel rief 1962 dazu auf, der „Säkularisierung des Fortschritts allein auf das Materielle den Kampf anzusagen“, um den „Fortschritt“ künftig auch [zu] begreifen [...] als ‚Fortschritt auf mehr Sittlichkeit, mehr Menschlichkeit, mehr Rücksicht.“ Josef Hermann Dufhues charakterisierte die CDU 1964 als „Partei des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts“, um dann gleich einzuschränkend hinzuzufügen, dass seine Partei „keinen Fortschritt um jeden Preis“ anstrebe, „insbesondere keinen Fortschritt auf Kosten der Stabilität. Wir wollen einen Fortschritt ohne Abenteuer“.²⁰⁷ Und last, but not least sei Ludwig Erhard zitiert, dessen Sympathie für die Kontinuität der Zeitdimensionen sich auch im Fortschrittsbegriff niederschlug. Die CDU müsse „die Brücke schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft. [...] Vor allem aber hat sie die Pflicht, unsere beste Tradition, unsere christlichen Bindungen, mit dem zu ver-

²⁰² Vgl. LEENDERTZ, Ordnung, Ausgleich, Harmonie; dies., Vom Anfang und Ende einer wissenschaftlich-administrativen Mission.

²⁰³ Vgl. THOSS, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung.

²⁰⁴ Vgl. RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie; METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, S. 241–259; zur Geschichte implementierter Planungskonzepte in der Bundesrepublik vgl. ebd., S. 347–403; SÜSS, „Wer aber denkt für das Ganze?“, SEEFRIED, Experten für die Planung?.

²⁰⁵ BÖHM, Vorwärts-Strategie für die CDU, 1964, S. 19; vgl. außerdem ACSP, Parteitagprotokolle, 19630706, Landesversammlung der CSU, 6. 7. 1963, Referat Franz Josef Strauß, S. 12.

²⁰⁶ Bundesparteitag der CDU 1960, Franz Meyers, S. 66; siehe S. 194.

²⁰⁷ Bundesparteitag der CDU 1964, Josef Hermann Dufhues, S. 46.

binden, was wir in einem guten Sinne fortschrittlich und weltaufgeschlossen nennen.“²⁰⁸

Wie tief sich diese Bestimmung des Fortschrittsbegriffs in die Selbstbeschreibung der Partei eingrub, belegte niemand anderer als Konrad Adenauer auf dem Bundesparteitag der CDU 1965, der in Düsseldorf stattfand. Von seinem Fahrer während des Parteitags zwischen seinem Wohnort in Rhöndorf und dem Veranstaltungsort hin- und hergefahren, hatte er Zeit, über das Verhältnis seiner Partei zum Fortschritt zu sinnieren. Im Freizeit- und Berufsverkehr auf der neu gebauten Autobahn, die er schlicht zum „Werk unserer Partei“ erklärte, erkannte Adenauer den „Fortschritt“, für den er die Union verantwortlich machte. Zugleich aber mahnte der 88-Jährige, die „geistigen Werte“ der „Vergangenheit“ ernst zu nehmen, konkret „das christliche Fundament unserer Partei“ in aller Fortschrittszufriedenheit nicht zu vernachlässigen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft galt es zu verbinden, das überlieferte Gute für die Zukunft zu bewahren. So also konnte Adenauer die CDU als „Partei des konservativen Fortschritts“ beschreiben.²⁰⁹ Diese Charakterisierung griff Marga Beitzel, eine Delegierte aus Schleswig-Holstein, auf. Die CDU als „Partei des konservativen Fortschritts“ erschien ihr zunächst als Paradoxon, das sie schließlich in einem einprägsamen Bild auflöste: „Wenn ich mir überlege, dass konservativ mit Tradition gleichzusetzen sei, ist es richtig. Tradition aber nicht als Sofa verstanden, sondern als Sprungbrett.“²¹⁰ Der Fortschrittsbegriff wurde damit dem Konservatismusbegriff eingeschrieben. Auf der Basis überlieferter christlicher Werte sollte der sichere Sprung in die Zukunft gelingen. Das entsprach dem, was in der Conservative Party über den *Fortschritt* gedacht und gesagt wurde.²¹¹

Die Vergangenheitsdimension wurde dabei, wie wir an verschiedener Stelle gesehen haben, mit dem recht allgemeinen Begriff der christlichen Tradition beschrieben. Dieses Bewahren des Christlichen hatte auch eine parteigeschichtliche Seite. Denn das spezifische Prinzip christdemokratischer und christsozialer Zeitlichkeit wäre unglaublich gewesen, hätte es sich nicht auch auf die eigene Parteigeschichte erstreckt. Für eine im Jahre 1945 gegründete Partei war die Erzählung von Geschichte allerdings eine Herausforderung und dies zumal vor dem Hintergrund der zwölf Jahre des NS-Regimes. In den Unionsparteien sammelten sich Männer und Frauen, die aktiv Widerstand geleistet hatten, solche, die die Jahre des Regimes in distanzierter Resistenz durchlebt, andere, die es partiell mitgetragen hatten, und auch solche, die ihm Sympathien abgewinnen hatten können und in bestimmten Feldern aktiv an der Realisierung nationalsozialistischer Ziele mitgewirkt hatten.²¹² Es war schwierig, diese Spannungslinien zu kitten, die durch die konfessionellen Differenzen noch verstärkt wurden. Selten wurden sie

²⁰⁸ Ebd., Ludwig Erhard, S. 123.

²⁰⁹ Bundesparteitag der CDU 1965, Konrad Adenauer, S. 66–67.

²¹⁰ Ebd., Marga Beitzel, S. 339.

²¹¹ Siehe S. 34–53.

²¹² Vgl. BÖSCH, Die Adenauer-CDU; SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung; ders., Grenzen der Integration.

allerdings offen thematisiert. Für die Konstruktion eines parteigeschichtlichen Narrativs waren sie eine Herausforderung. „Wer von uns spürte nicht die geistige Spannung“, so gab Dufhues zu bedenken, „die darin besteht, dass wir auf der einen Seite die Tradition unserer Geschichte als Verpflichtung, als Bewusstsein der Kontinuität bewahren und auf der anderen Seite eine Distanz von der bisherigen Geschichte nehmen müssen wie nie eine Generation zuvor“.²¹³

Das Jahr 1945 wurde für die Union zum nicht zu hinterfragenden Ausgangspunkt ihrer Geschichte, erzählt als heilsamer Einschnitt, als völliger Bruch mit dem Vergangenen. Die Geschichte des Landes wie die Geschichte der Partei begannen in den Jahren 1945 bzw. 1949 und beide wurden im Unionsnarrativ eng miteinander verknüpft.²¹⁴ Konrad Adenauer wiederholte dieses Narrativ beständig. Auch am zehnten Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik unterstrich er, dass die Bundesregierung alles daran gesetzt hätte, „der Welt zu zeigen, ja unter Opfern zu beweisen, dass sich Deutschland abgewandt hat von dem Ungeist, der dieses Blutbad der Völker heraufbeschwor, dass unser Volk gebrochen hat mit der totalitären Politik der Maßlosigkeit, der Grausamkeit, die uns zum Verhängnis geworden war.“²¹⁵ Und gleichermaßen bedeutete 1945 einen Neubeginn, der sich in der Gründung von CDU und CSU manifestierte. Als überkonfessionelle, auf das Christentum gegründete Volksparteien stellten sie ein Novum in der Parteigeschichte dar, ihre Gründungsväter hätten nach dem absoluten Zusammenbruch „nach neuen Wegen für die Zukunft“ gesucht.²¹⁶

Diese Erzählung von Bruch und Neubeginn wurde ergänzt durch eine solche der Kontinuität im Christlichen. Ganz in totalitarismustheoretischer Lesart wurde davon ausgegangen, dass das Christentum aus den Kämpfen des „Dritten Reiches“ siegreich hervorgegangen sei. Die Unionsparteien verstanden sich als Fortsetzung des christlichen Widerstandes, was auf manchen Unionspolitiker tatsächlich zutraf. Sie glaubten, das ‚gute‘ Deutschland zu verkörpern, das der totalitären Versuchung widerstanden habe. Und all jene, die sich – in welcher Art und Intensität auch immer – auf das Regime eingelassen hatten, merkten gegen eine solche Zuschreibung sicherlich nicht auf. Als Mitglied des Kreisauer Kreises verlieh Eugen Gerstenmaier diesem Narrativ besondere Legitimation. So war es auch er, der die Bedeutung dieser ganz besonderen Kontinuitätsrelation zwischen Vergangenheit und Gegenwart hervorhob:

Der Widerstand gegen die Tyrannei und die Opfer, die von ihm gebracht wurden, haben Deutschland in den dunkelsten Jahren noch jenen letzten Rest von Autorität bewahrt, ohne den ein Staat nicht sein kann, ohne den ein Volk im Dunkel der Geschichtslosigkeit versinkt.²¹⁷

²¹³ Bundesparteitag der CDU 1965, Hermann Josef Dufhues, S. 82.

²¹⁴ Vgl. z. B. ACSP, Parteitagprotokolle, 19630706, Landesversammlung der CSU, 6. 7. 1963, Referat Franz Josef Strauß, S. 1: „Gründung, Weg und Arbeit unserer Partei, die Umwandlung Bayerns zu einem modernen Sozialstaat und der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland gehören so eng zusammen, wie kaum jemals eine Politik sichtbaren Ausdruck gefunden hat.“

²¹⁵ ADENAUER, Vorwort zum Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, 1959.

²¹⁶ Vgl. ADENAUER, Ansprache zum 10. Bundesparteitag der CDU, 1961, S. 1–2.

²¹⁷ GERSTENMAIER, Wider die Ächtung der Autorität, 1960, S. 54.

Unterfüttert wurde die Erzählung von der Kontinuität im Christlichen durch die Rekonstruktion christlicher – sowohl protestantischer als auch katholischer – Parteipolitik des 19. Jahrhunderts, in deren Tradition die Unionsparteien sich setzten.²¹⁸

Der Politikstil der Union sollte von einem Ausgleich der Zeitdimensionen geprägt sein. Um den Ausgleich ging es CDU und CSU allerdings auch in anderen Kontexten, mehr noch: er sollte ein Prinzip ihrer Politik sein. Wie wir bereits in den Auseinandersetzungen um die Liberalisierung der CDU gesehen haben, beschrieb sich die Partei seit ihren Anfängen als *Partei der Mitte*. In der *Mitte* zu stehen, bedeutete *auszugleichen*, sich *von den Extremen fernzuhalten*, *abzuwägen*, zu *vermitteln*, ein *Gleichgewicht* herzustellen, *Maß* zu halten, zu einer neuen *Synthese* zu kommen. Damit ist das semantische Netz, das sich in der Union um den Begriff der *Mitte* ausgebildet hatte, bereits umrissen. Dabei war eine Positionierung in der *Mitte* natürlich relational – die beiden Pole, zwischen denen man sich positionierte, waren flexibel festlegbar. Dementsprechend diffundierte das Sprechen über die *Mitte* in der politischen Sprache von CDU und CSU und erfasste Selbstbeschreibungsdiskurse ebenso wie die Formulierung konkreter Politikentwürfe in einer Vielzahl von Politikfeldern.

Dass die Union sich zwischen *Liberalismus* und *Sozialismus* ansiedelte, war nur eine Version der Selbstpositionierung in der *Mitte*. Hanns Seidel sah seine CSU als *Partei der Mitte* 1959 zwischen den beiden Extremen von „links und rechts“, zwischen „Bolschewismus“ und „Radikalismus von rechts“.²¹⁹ Über diese Verortung innerhalb der politischen Landschaft hinaus leitete das Prinzip des Ausgleichs auch die weitere inhaltliche Selbstbeschreibung der Partei. Geradezu klassisch findet sich eine solche Formulierung in Rainer Barzels programmatischer Denkschrift für den Parteivorstand 1962:

Der geistige Ort der CDU/CSU ist die Synthese zwischen Glauben und Wissen, zwischen den Ansprüchen des Ganzen und der Glieder, zwischen generellen Normen und differenzierten Situationen – ist die moralische Verwurzelung einer Politik der Tradition und des Fortschritts, der Freiheit und der Gerechtigkeit für alle.²²⁰

Zugleich aber wurde das semantische Netz um die *Mitte* und den *Ausgleich* bemüht, um die innere Situation der Union zu beschreiben, wo unterschiedliche Flügel miteinander rangen und divergente Erwartungen aufeinanderprallten. Eine „große Volkspartei“ müsse stets auf den „Ausgleich der Interessen bedacht“ sein, lautete das Credo.²²¹ Dabei setzte der Wille zum Ausgleich die Existenz von Gegensätzen voraus. Insofern bedingten die beiden Strukturprinzipien des Aus-

²¹⁸ Vgl. z. B. SÜSTERHENN, Der geistesgeschichtliche Standort der CDU, I, 1959 und ders., Der geistesgeschichtliche Standort der CDU, II, 1959.

²¹⁹ ACSP, Parteitagprotokolle, 19590613, Landesversammlung der CSU, 12.–14. 6. 1959, Referat Hanns Seidel, S. 22.

²²⁰ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 120.

²²¹ Z. B. ACSP, Parteitagprotokolle, 19581011, Landesversammlung der CSU, 10.–12. 10. 1958, Referat Hanns Seidel, S. 21; SCHARDT, Wohin steuert die CDU?, 1961, S. 101–102.

gleichs und der Gegensatzbildung einander dialektisch – und hatten dies im konservativen Denken seit jeher getan.²²²

Augenscheinlich strukturierte das synthetische Prinzip der Verklammerung der Gegensätze zur Herstellung neuer Ordnung die politische Sprache der Union – und dies bis in die Satzstrukturen hinein. Die Präposition *zwischen*, kopulative Konjunktionen wie *und*, *sowie* oder *sowohl ... als auch*, *sowohl ... wie auch*, *nicht nur ... sondern auch* oder Adverbien wie *zugleich* ermöglichten dieses Sprechen. Dabei ließen sich durch die Verknüpfung gegensätzlicher Begriffe deren Bedeutungsgehalte eingrenzen, wie bereits an einigen Stellen deutlich wurde. Wiederum sei zur Illustration Rainer Barzels Denkschrift zitiert:

Inzwischen sollten wir für eine Auspendelung auf die Mitte der Wirklichkeit Verständnis gefunden haben: Freiheit in Ordnung, Einzelner im Ganzen, Menschenrechte nicht ohne Menschenpflichten, Subsidiarität zugleich mit Solidarität, deutsche Staatlichkeit im Vereinigten Europa und Freiheit auch zur Abwehr der kommunistischen Weltgefahr.²²³

Dieses Prinzip des Ausgleichs fand Anwendung nicht allein in programmatischen Texten, sondern auch in den Debatten um einzelne Politikfelder. Die Union meinte etwa dazu berufen zu sein, „in dem Spannungsfeld des Bundes und der Länder“ für einen „Ausgleich“ zu sorgen,²²⁴ das Wirtschaftssystem so zu gestalten, dass die „Spekulation [...] im rechten Maß“ bliebe, weil sie „wo sie maßlos wird [...], unsinnig, gleichgültig“ werde,²²⁵ und dass außerdem der einzelne vor einem Zuviel des Konsums bewahrt werde, so dass „durch Maß und Selbstzucht diese verhängnisvolle Freiheit in Selbstsucht“ überwunden werden könne.²²⁶ Das *rechte Maß* konnte also auch individualisiert, die Aufgabe der Union dann als moralische verstanden werden, die das *Maßhalten* zu befördern habe. Gerade in den 1950er und frühen 1960er Jahren prägte dieser Appell an das *Maßhalten* und die *Mäßigung* die konsumkritischen Debatten in der Union genauso stark wie er in ordoliberalen Texten der Zeit aufschien.²²⁷ Dem Prinzip des Ausgleichs folgten dabei außerdem einige der zentralen Begriffe, die spezifische Politikentwürfe der späten 1950er und frühen 1960er Jahre festschrieben: vom *Lastenausgleich* über den *Familienlastenausgleich* bis hin zum *Länderfinanzausgleich*.

Neben Syntax und semantischen Netzen prägte dieses Strukturprinzip politischer Sprache den Bedeutungsgehalt einzelner programmatischer Begriffe, wie dies für den Begriff der *Partnerschaft* ebenso der Fall war wie für die *soziale Marktwirtschaft*. *Partnerschaft* beschrieb in der Sprache der Union das ideale Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer als gleichberechtigte *Partner* auf Augenhöhe, die im Bewusstsein ihrer Verbundenheit auf einen Ausgleich ihrer Interessen bedacht waren.

²²² Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, S. 231–233.

²²³ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 200.

²²⁴ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU 1964, Josef Hermann Dufhues, S. 38; außerdem Bundesparteitag der CDU 1958, Kai Uwe von Hassel, S. 13.

²²⁵ Vgl. Bundesparteitag der CDU 1962, Kurt Schmücker, S. 126.

²²⁶ Vgl. Bundesparteitag der CDU 1961, Aenne Brauksiepe, S. 217.

²²⁷ Vgl. z. B. ERHARD, Wohlstand für alle, 1957, S. 285; RÖPKE, Maß und Mitte, 1950.

Partnerschaft ist eine Formel der Zusammenarbeit jenseits des Klassenkampfes [...]. Partnerschaft sorgt [...] dafür, dass aus den Unterschieden nicht Gegeneinander, sondern Miteinander, nicht Kampf, sondern Begegnung wird, weil die Unterschiedlichkeiten in den Rahmen eines höheren Gemeinsamen gestellt werden.²²⁸

Gleichermaßen synthetisch wurde die *soziale Marktwirtschaft* verstanden, nämlich als Konzept, das die Gegensätze austariere und in einer besseren Ordnung aufgehen lasse. Sie strebe danach, „auf dem Boden einer freien Wettbewerbsordnung persönliche Freiheit, wachsenden Wohlstand und soziale Sicherheit in Einklang zu bringen“, so rekapitulierte Ludwig Erhard 1960 ihre „Leitidee“. Die beiden Begriffsbestandteile *sozial* und *Marktwirtschaft* verdeutlichten ihre synthetische Anlage.

Maß zu halten oder die *Mitte* zu suchen, für *Ausgleich* und *Gleichgewicht* zu sorgen, mit solchen Begriffen und Formeln beschrieb die Union ihren Politikstil nicht als erste Partei. Sie gehörten, wie wir gesehen haben, zu den Grundfesten der politischen Sprachen des Konservativen seit der Entstehung des modernen Konservatismus zu Beginn 19. Jahrhunderts, und das Strukturprinzip des Ausgleichs prägte auch die politischen Sprachen des so lebendigen britischen Konservatismus der 1950er und 1960er Jahre. Dementsprechend fand Anton Böhm, der CDU-nahe stellvertretende Chefredakteur des *Rheinischen Merkur*, in der um 1960 immer wieder bemühten Charakterisierung von CDU und CSU als *konservativ* genau dieses Element bestätigt:

Konservativ ist weder reaktionär noch quietistisch; wer das in Abrede stellt, verfehlt die Wirklichkeit. Aber wenn man schon die christlich-demokratischen Parteien als ‚konservativ‘ bezeichnen will, so kann heute damit nur gemeint sein, dass sie die Kräfte des Maßhaltens und des solidarischen Interessenausgleichs unter der Maxime des Gemeinwohls sind.²²⁹

Und in der Tat mehrten sich zu Beginn der 1960er Jahre die Stimmen, die die Union als *konservativ* beschrieben – sei es im Sinne *konservativer* Elemente in ihrer Programmatik, sei es tatsächlich im Sinne von *konservativer Partei* in einem Dreiparteiensystem nach angelsächsischem Vorbild.²³⁰ Dass Eugen Gerstenmaier gebeten worden war, einen Beitrag zum Forum *Konservativ heute* des *Monat* im Jahre 1962 beizusteuern, war also keineswegs aus der Luft gegriffen. Er nutzte die Plattform, um den Begriff einmal mehr von seinen undemokratischen Bedeutungsgehalten zu lösen und damit für die Union annehmbar zu machen.²³¹

Die Debatten, in denen die Union um ihr Selbstverständnis rang, aber genauso alle völlig unkontroversen Affirmationen des als selbstverständlich Geltenden auf Parteitagungen, in Zeitschriften der Partei, auf Wahlkampfveranstaltungen, in Parteigremien oder in Interviews fungierten dabei als Arenen, in denen die Begriffe der politischen Sprache der Union verhandelt wurden. Sie wurden aktualisiert, gewannen durch Wiederholung an Gewicht und wurden neu tariert. Das Struktur-

²²⁸ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 173; vgl. z. B. KATZER, Partnerschaftliche Gesellschaftspolitik, 1961.

²²⁹ BÖHM, Mit der SPD gehen?, 1960.

²³⁰ Vgl. z. B. Die Umfrage, 1964.

²³¹ Vgl. GERSTENMAIER, Was heißt heute konservativ?, 1962.

prinzip der Repetition und Aktualisierung sorgte einerseits für Stabilität in den semantischen Netzen, andererseits für Verschiebungen, die so weit gehen konnten, dass die Bedeutung einzelner Begriffe sich weitete bzw. sich so veränderte, dass diese zu Streitbegriffen wurden. Der Streit um das Liberale war auch ein Kampf um die historischen Begriffsbestände, derer sich die politische Sprache der Union bediente. Während die Conservative Party auf ein breites historisches Reservoir an Texten, Aphorismen und Begriffen zurückgreifen konnte, stellte die Konstruktion von Tradition in der Union eine fortwährende Herausforderung dar, mussten die Möglichkeiten begrifflicher Bezüge auf Texte, die vor 1945 entstanden waren, erst mühsam ausgehandelt werden.

Es kam nicht von ungefähr, dass Gerhard Stoltenberg auf dem CDU-Bundesparteitag 1962 eine Klärung „der begrifflichen Missverständnisse“ anmahnte, die sich in der Partei zu häufen schienen.²³² Die Sitzung des Bundesvorstandes vom Mai 1962, in der Barzels Studie kontrovers und letztlich ergebnislos diskutiert worden war und in der sich die Vorstandsmitglieder allein darüber einig zeigten, dass diese „zu kirchlich“ und außerdem zu katholisch ausgefallen sei, hatte Stoltenberg wohl noch im Ohr.²³³ Dabei hatte die Infragestellung alter Gewissheiten sicherlich mit der Konsolidierung der Bundesrepublik und dem Generationswechsel zu tun, wie von Merkatz seinen Vorstandskollegen zu bedenken gab:

Wir dürfen nicht vergessen, dass das Grunderlebnis der CDU und der christlichen Demokraten in Europa aus der Katastrophe des Krieges und des Totalitarismus entstanden ist. Dieses Erlebnis verblasst aber bei den jüngeren Menschen, und damit geht aus dem Erlebnis des Zusammenbruches unseres Reiches etwas an Dynamik allmählich verloren und wird Geschichte.²³⁴

Diese weit verbreitete Einschätzung, eine erste Periode der jungen Republik erfolgreich abgeschlossen zu haben und zugleich an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter technischer und industrieller Innovation zu stehen, war in CDU und CSU nicht nur weit verbreitet, sondern wurde von ihren führenden Politikern auch bekräftigt: Ludwig Erhard sprach von der „zweiten Phase der sozialen Marktwirtschaft“;²³⁵ Hanns Seidel war sich sicher, „am Beginn eines neuen Zeitalters [zu] stehen“, in einer Welt zu leben, „die den menschlichen Geist und menschlichen Willen vor Entscheidungen stellt, die ganz andere Dimensionen besitzen als die Entscheidungen, die in früheren Jahrhunderten zu fällen“ gewesen

²³² Bundesparteitag der CDU 1962, Gerhard Stoltenberg, S. 217.

²³³ BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 10. 5. 1962, S. 239–258, Zitat Konrad Adenauer, S. 250. Zur Rezeption der Studie vgl. außerdem BARZEL, Im Streit und umstritten, 1986, S. 29–31; ADENAUER, Briefe 1961–1963, Nr. 93A, Vermerk Adenauers vom 13. April 1962 über sein Gespräch vom 11. April 1962 mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Rainer Barzel, S. 122–123; Selbstbildnis der CDU, von Barzel gezeichnet, in: CHRIST UND WELT, 11. 5. 1962; Ein evangelisches Unbehagen in der CDU, in: ebd., 1. 6. 1962; RÜDIGER ALTMANN, Ist die CDU verbraucht?, in: DIE ZEIT, 11. 5. 1962; RAINER BARZEL, Die unaufgebbare Basis, in: DER RHEINISCHE MERKUR, 11. 5. 1962; BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 298–303.

²³⁴ BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 10. 5. 1962, S. 252.

²³⁵ Vgl. z. B. ERHARD, Das gesellschaftspolitische Leitbild der CDU/CSU, 1957, S. 37; MÜLLER-ARMACK, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft, 1966.

sein;²³⁶ Franz Josef Strauß sah 1963 den „erste[n] Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte“ – symbolisiert durch den Wechsel im Kanzleramt – zu Ende gehen und den Beginn einer „neuen Periode mit neuen Aufgaben und neuen Prüfungen“ anbrechen;²³⁷ und obwohl Rainer Barzel das Schlagwort von der „zweiten industriellen Revolution“, das sich die SPD auf ihre Fahnen geschrieben hatte, zurückwies,²³⁸ verortete er sich und die CDU doch im „Atomzeitalter“ mit seinen gesellschaftlichen Umwälzungen.²³⁹ Die Führungskrise, die in der CDU seit einigen Jahren schwelte, die ausbleibende Organisationsreform und eine nachlassende Wählerbindung vor allem im katholischen Milieu taten das Ihre, um dem Eindruck, dass die Union die Verbindung mit einer sich wandelnden Gesellschaft verloren hatte, zu bestärken.²⁴⁰ Erhards unglückliche Kanzlerschaft intensivierte die Misere noch. „Deprimierender Ausweis einer tiefen Ermüdung. Mangel an Prinzipien, an Ordnung, Konsequenz“, so kommentierte Klaus Harpprecht die Lage der CDU im Sommer 1965.²⁴¹

Die Krise der Union war auch eine Krise ihrer politischen Sprache. Allerdings waren die politischen Begriffe an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren nicht nur in der Union ins Rutschen gekommen, vielmehr charakterisierte eine semantische Unsicherheit das gesamte konservative Spektrum. Scharfsichtig bemerkte der Publizist Hans Schuster 1961, dass der in der Bundesrepublik nach zehn Jahren erreichte rechtsstaatliche „Konsensus“ eine „neue politische Sprache“ benötige, da die alten Begriffe des ideologischen Streits der Weimarer Zeit diesen nicht mehr abzubilden in der Lage seien. Die viel beklagte Entideologisierung der Parteien war aus dieser Sicht eine positive Entwicklung hin zur allseitigen Akzeptanz demokratischer „Grundwerte“, die dem „pluralistischen Getriebe“ entzogen seien. Diese neue politische Sprache war in Schusters Augen indes erst in Umrissen erkennbar.²⁴²

Nicht allein um dem Vorwurf beizukommen, dem „Geist“ fernzustehen und deshalb den Anschluss an die neue Zeit zu verpassen, suchten CDU und CSU daher Rat bei profilierten Intellektuellen. Zum Bundesparteitag in Hannover diskutierten der Literaturwissenschaftler Walter Jens, der Jurist und CDU-Kultusminister Paul Mikat, der Soziologe Arnold Gehlen, der Journalist Hans Schwab-

²³⁶ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19590613, Landesversammlung der CSU, 12.–14. 6. 1959, Referat Hanns Seidel, S. 6–7.

²³⁷ Ebd., 19630706, Referat Strauß, S. 5.

²³⁸ Vgl. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 041, Barzel, Untersuchungen, Nr. 90–92. Zum Schlagwort von der „zweiten industriellen Revolution“ vgl. BRANDT, Die 2. industrielle Revolution, 1956; dazu: METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, S. 62–80.

²³⁹ Bundesparteitag der CDU 1962, Rainer Barzel, S. 337; zum Begriff des *Atomzeitalters* vgl. SCHILDT, Moderne Zeiten, S. 431–433; RENGER-BERKA, Transzendenzbezüge und Gemein-sinnbehauptungen.

²⁴⁰ Vgl. z. B. JOHANNES GROSS, Das große C wird immer kleiner, in: CHRIST UND WELT, 16. 10. 1964; RÜDIGER ALTMANN, Ist die CDU verbraucht?, in: DIE ZEIT, 11. 5. 1962 Zum Wandel der CDU in den 1960er Jahren vgl. BÖSCH, Die Adenauer-CDU, S. 339–418; BUCHHAAS, Die Volkspartei, S. 285–317.

²⁴¹ KLAUS HARPPRECHT, Wer kann die CDU retten?, in: CHRIST UND WELT, 20. 8. 1965.

²⁴² SCHUSTER, Parteien ohne Ideale?, 1961, Zitate S. 169, 170 und 171.

Felisch und der Schriftsteller Martin Walser unter der Leitung Eugen Gerstenmaiers unter der Überschrift *Geist – Stiefkind der Nation* allerdings mehr über den „Geist“ als „Stiefkind der CDU“ als der „Nation“; außerdem stritten sie über das Verhältnis von Intellektuellen, Politik und Macht.²⁴³ Walter Jens charakterisierte dabei die CDU so, wie sie sich selbst partout nicht sehen wollte: als Partei des „Beharren[s], des „Rückblicken[s], des „Sich-Beschäftigen[s] mit den Errungenschaften von gestern“, des „Status quo“, des „keine Experimente“, des „melancholische[n] Rückblick[s] auf das christliche Abendland“. Demgegenüber blicke der Intellektuelle in die Zukunft, gehe Risiken ein, suche die Aktion und wage das Experiment.²⁴⁴ Auch *Civis*, das Blatt des RCDS, gestaltete im gleichen Jahr ein Forum zum Thema „Die CDU und ihr Geist“, das auch in *Evangelische Verantwortung* in voller Länge abgedruckt wurde. Der Beitrag des Publizisten Johannes Gross fiel für die Partei wenig schmeichelhaft aus. Er konstatierte einen „Verlust an politischer Substanz“ ob der „Einkehr der Bundesrepublik in die Normalität“ und sah die CDU in einem „ideologische[n] Morast stecken, weil sie „keinesfalls reaktionär [...], sondern fortschrittlich, wenn auch auf konservative Weise“ sein wolle. Die CDU habe „Antworten auf Fragen, die keiner mehr stellt“.²⁴⁵

Die CDU schien die Kompetenz verloren zu haben, die Wirklichkeit, auf deren Boden sie zu stehen vorgab, begrifflich abbilden zu können. Wie Johannes Gross hielt Gerhard Stoltenberg, wenn auch in höflicherer Formulierung, dies seiner Partei 1964 vor: „[V]iele alte Formeln und Antworten der vierziger und fünfziger Jahre genügen nicht mehr im schnellen, im rasenden Wandel der Zeit, der Gesellschaft“.²⁴⁶ Dieses Urteil war sicherlich weitsichtiger als das Arnold Gehlens, der sich in der Gerstenmaierschen Parteitags-Diskussionsrunde darüber echauffierte, dass „die Intellektuellen“ die „Massenmedien besetzten“ und den Konservativen mit aller Macht „die Sprache wegeskamotiert[en]“.²⁴⁷ Die Linken, die den Konservativen die Begriffe raubten – dieses Interpretament wurde zu einem festen Bestandteil konservativer Selbstbeschreibung der nächsten zwei Jahrzehnte. Doch wer auch immer für den Sprachverlust verantwortlich war: CDU und CSU benötigten eine neue politische Sprache.

²⁴³ Vgl. Bundesparteitag der CDU 1964, S. 548–588.

²⁴⁴ Ebd., S. 549–550.

²⁴⁵ GROSS, Die CDU und ihre Scheinprobleme, 1964, Zitate S. 7–8. Ähnlich: JOHANNES GROSS, Die unmögliche CDU-Reform, in: DIE ZEIT, 8. 6. 1962; ders., Die CDU und ihre Lorbeerbäume, in: CHRIST UND WELT, 3. 4. 1964.

²⁴⁶ Bundesparteitag der CDU 1964, Gerhard Stoltenberg, S. 478.

²⁴⁷ Ebd., Arnold Gehlen, S. 576. Die Gedanken sind ausgeführt in GEHLEN, Über Sprachlosigkeit und Lüge, 1970.

3.3. „Wir schleppen Begriffe einer verlarvten Sprache mit uns herum“. Sprachverlust, Sprachkritik und Begriffsoffensiven in den 1960er und 1970er Jahren

3.3.1. Die Sprachlosigkeit der Union in den 1960er Jahren und eine Straußsche Begriffsoffensive

Die Erosion ihrer sprachlichen Deutungshoheit trieb die Union in den 1960er Jahren um. Mit Ludwig Erhards Formel der *formierten Gesellschaft*, die dieser auf dem Bundesparteitag der CDU 1965 mit großem Aplomb einführte, war dieses Problem sicherlich nicht gelöst – ganz im Gegenteil: Die „formierte Gesellschaft“ offenbarte die Sprachlosigkeit der Union in aller Deutlichkeit. Sie wurde, wie Hans Schuster in *Merkur* schrieb, zu einer „unerschöpfliche[n] Quelle des Rätselratens und Vergnügens“.¹ Kaum offensichtlicher hätte das Unvermögen der Union, sich in einer der Gegenwart angemessenen politischen Sprache ausdrücken zu können, zutage treten können. Der Sprachverlust forderte die Union seit den späten 1950er Jahren sehr grundlegend heraus.

Die *formierte Gesellschaft* war der Versuch, gesellschaftspolitische Deutungshoheit zurückzugewinnen. Erhard glaubte die Gesellschaft seiner Gegenwart auf dem Weg hin zu einer *formierten Gesellschaft*, einer Gesellschaft, die zwar durch Interessenpluralismus gekennzeichnet sei, der aber wiederum durch kooperatives, demokratisches Zusammenwirken aller in einem größeren Ganzen aufgehoben werde. Diese gesellschaftliche Einheit, hergestellt durch eine Bändigung des modernen Pluralismus, sollte den Staat stärken, vor allem aber die „organisierten Interessen“, sprich Verbände und Lobbygruppen, zurückdrängen, denen Erhard die Torpedierung seiner harmonischen Einheitsideen zuschrieb. Er wünschte sich – und vermeinte diesen Wunsch in der gesamten Gesellschaft zu spüren – eine „Stabilisierung der Lebensordnung und zugleich [...] eine sinnvoll gegliederte Gesellschaft [...], die dem einzelnen und der Gemeinschaft, wenn nicht überschaubar, so doch ein Gefühl der Geborgenheit gibt“. Eine solche Gesellschaft sollte sich mit „dem Staat“ zu einem „weitausgreifenden Fortschrittswillen vereinen und versöhnen“.²

Dementsprechend schlug Erhard die Gründung eines Deutsches Gemeinschaftswerks zur Finanzierung von „Gemeinschaftsaufgaben“ der öffentlichen Hand vor, um das Ungleichgewicht zwischen privatem und öffentlichem Wohlstand, das die SPD stetig anmahnte, zu beheben. Dazu sollte ein Sondervermögen aus den jährlichen Mehreinnahmen von Bund und Ländern, die durch die Steuerprogression anfielen, sowie durch Privatisierungserlöse gebildet werden.³ Dieser Vorschlag tangierte das austarierte föderale System der Bundesrepublik freilich ganz elementar, genauso wie die Budgethoheit der Parlamente, und dass Erhard

¹ SCHUSTER, Bundesrepublik im Widerspruch, 1966, S. 508.

² Bundesparteitag der CDU 1965, S. 706–708.

³ Vgl. ebd., S. 711–712.

auch noch eine „Reform der deutschen Demokratie“⁴ anvisierte, machte die Einrichtung des Deutschen Gemeinschaftswerks zu einer verfassungspolitischen Angelegenheit ersten Ranges. Damit musste er in seiner eigenen Partei auf heftigen Widerstand stoßen, die in Konzeption und Ausarbeitung von *formierter Gesellschaft* und Gemeinschaftswerk an keiner Stelle einbezogen worden war, wie sich nicht zuletzt in der erregten Diskussion des Bundesvorstandes im Nachgang zum Parteitag zeigte, bei der Erhard – wie so oft – nicht anwesend war.⁵ Zwar hatte das Parteipräsidium eine Erklärung veröffentlicht, die Erhards Konzept stützte, um im anstehenden Wahlkampf nicht den Eindruck zu erwecken, die Partei stehe nicht hinter ihrem Kanzler, doch wollten sich selbst die Präsidiumsmitglieder Adenauer und Gerstenmaier in der Bundesvorstandssitzung nicht mehr an ihre Zustimmung zu den „Siebzehn Thesen der CDU“ erinnern.⁶ Diese kaprizierten sich auf das avisierte Gemeinschaftswerk, die Formel der *formierten Gesellschaft* war dagegen nicht aufgenommen worden.⁷

Das mochte auch damit zusammenhängen, dass sich selbst die CDU-Kollegen Erhards kaum Konkretes darunter vorstellen konnten. Eugen Gerstenmaier wusste nach eigenem Bekunden noch Monate nach dem Bundesparteitag nicht, „was ‚Formierte Gesellschaft‘ ist“ und Konrad Adenauer verstand, ebenfalls nach eigenem Bekunden, selbst nach intensiver Lektüre nicht, was das Deutsche Gemeinschaftswerk sein sollte.⁸ Dabei war die Formel von der *formierten Gesellschaft* wohl bewusst offen angelegt gewesen, folgt man Rüdiger Altmann, ihrem spiritus rector. Der Publizist, geprägt von Carl Schmitt genauso wie von Rudolf Smend und Wolfgang Abendroth, gehörte dem engsten Beraterkreis Erhards an und verantwortete die verschiedenen Entwürfe in der Ausformulierung der Idee.⁹ Altmann präsentierte die Formel geradezu als unergründlich und ob ihrer Unergründlichkeit elektrisierend. „Das Beunruhigende an der Formierten Gesellschaft kommt aus der scheinbaren Spannung zwischen der sprachlichen Transparenz des Wortes und seiner ideologischen Undurchsichtigkeit“. Die Formel umschließe „einen Hohlraum [...], in dem bestimmte Motive und Initiativen bereitgehalten werden. Daher die provozierende Neutralität des Wortes, der Verzicht auf ideologische Füllung, der Eindruck einer gewissen Leere und zugleich geschärften Oberflächlichkeit – nur ein Wort, so schwer, so leicht.“¹⁰ Die Spitzenpolitiker der Union jedenfalls konnten dieser Art von Unergründlichkeit wenig abgewinnen. Von *Spiegel*-Journalisten gefragt, ob er die *formierte Gesellschaft* konkretisieren könne, wusste sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel nur noch zu helfen, indem er auf ein *Spiegel*-Interview Ludwig Erhards

⁴ Ebd., S. 720.

⁵ Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 21. 6. 1965, S. 965–974.

⁶ Vgl. Siebzehn Thesen der CDU, in: UNION IN DEUTSCHLAND, 17. 6. 1965, S. 3 und 5; BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 21. 6. 1965, S. 971–972.

⁷ Vgl. Siebzehn Thesen der CDU, in: UNION IN DEUTSCHLAND, 17. 6. 1965, S. 3 und 5.

⁸ Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1961–1965, 21. 6. 1965, S. 971–972.

⁹ Vgl. HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 162–164.

¹⁰ ALTMANN, Die Formierte Gesellschaft, 1968, S. 28.

verwies, in dem dieser die Formel definiert hätte.¹¹ Dieses *Spiegel*-Interview allerdings offenbarte Erhards eigene Hilflosigkeit, wenn es darum ging, seiner Gesellschaftsbeschreibung konkretere Züge zu verleihen. Letzten Endes musste er zugeben, dass er nicht wusste, wie er „zum Beispiel vor 8000 oder 10 000 Menschen klarmachen“ konnte, „was eine Formierte Gesellschaft ist“. Das sei schon „vor zwei Leuten schwierig genug“, bemerkten die beiden *Spiegel*-Journalisten süffisant.¹²

Doch in erster Linie sorgte nicht die Verwaschenheit der Formel von der *formierten Gesellschaft* für Irritation, sondern ihre Semantik, die (ganz entgegen der Behauptung Altmanns) alles andere als „ideologisch undurchsichtig“ und „provokierend neutral“ war. Das Wort *formieren* entstammte der Sprache des Militärs und war im Zuge der Militarisierung der politischen Sprache zu einem charakteristischen Begriff der Nationalsozialisten geworden. Sprach Ludwig Erhard 1965 von der *formierten Gesellschaft*, angereichert mit Begriffen wie *Ordnung*, *Gliederung*, *Staat*, *Autorität*, *Willenseinheit*, *Volk*, *Nation* und nicht zuletzt *Gemeinschaft*, evokierte er die Semantik der nationalsozialistischen *Volksgemeinschaft*, selbst wenn er durch die Betonung demokratischer Grundsätze dem entgegenzusteuern suchte. Die beiden *Spiegel*-Journalisten, die Barzel im März 1966 interviewten, brachten dies auf den Punkt: Begriffe wie die *formierte Gesellschaft* würden „sehr schnell in Zusammenhang gebracht mit früheren Vorstellungen von der deutschen *Volksgemeinschaft*“.¹³

Um diese Bedeutungsschichten zu reaktivieren, musste der Begriff der *Volksgemeinschaft* gar nicht unbedingt fallen – aber er war im Hintergrund omnipräsent.¹⁴ Wenn Karl Schiller in der Bundestagsdebatte, die auf Erhards Regierungserklärung als wiedergewählter Kanzler folgte, bemerkte, dass man bei der *formierten Gesellschaft* an „Strammstehen“ denke, „an Strammstehen nicht aufgrund von Befehl und Gesetz, nein Strammstehen aufgrund höherer Einsicht“, spielte er auf diese Bedeutungsschichten an.¹⁵ Die SPD antwortete im Wahlkampfjahr mit dem wirtschaftspolitischen Konzept der „mündigen Gesellschaft“.¹⁶ Besonders aber *Die Zeit* nutzte die Formel von der *formierten Gesellschaft*, um Erhard im Besonderen und die Union im Allgemeinen in eine antiliberalen Ecke zu stellen. Sie druckte Heinrich Bölls Rede zur Eröffnung des Schauspielhauses in Wuppertal ab, in welcher der Schriftsteller die Rolle der Künstler und Intellektuellen in einer

¹¹ Vgl. Können Sie Bundeskanzler werden? Spiegel-Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Rainer Barzel, in: DER SPIEGEL, 28. 3. 1966.

¹² Von der bloßen Macht halte ich nicht viel. Spiegel-Gespräch mit Bundeskanzler Ludwig Erhard, in: DER SPIEGEL, 8. 9. 1965. Zu Erhards eigener Unsicherheit bzgl. des Begriffs vgl. auch HODENBERG, Konsens und Krise, S. 378–379.

¹³ Können Sie Bundeskanzler werden? Spiegel-Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Rainer Barzel, in: DER SPIEGEL, 28. 3. 1966.

¹⁴ Zum nationalsozialistischen *Volksgemeinschafts*-Begriff und seiner Wirkung vgl. u. a. STEBER und GOTTO, Visions of Community in Nazi Germany.

¹⁵ Zitiert nach: Der Regenmacher, in: DER SPIEGEL, 9. 1. 1967.

¹⁶ Vgl. dazu SCHANETZKY, Die große Ernüchterung, S. 143–145; GREBING, Ideengeschichte des Sozialismus, S. 465–467.

freien Gesellschaft geradezu als das Gegenteil von Erhards harmonischem Gesellschaftsideal beschrieb:

Ihre [der Kunst] Last ist, dass sie Freiheit nur hat [...], wenn das von ihr erst geordnete und geformte (was gleichbedeutend ist mit: erst in Unordnung gebrachte und reformierte) Material erkannt wird: ja, geordnet und geformt, in Unordnung gebracht oder deformiert – nicht eingeordnet und formiert. Das ist es, was die Gesellschaft mit ihr unternimmt: einordnen, formieren in die Marschordnungen der freien Marktwirtschaft hinein – die Freiheit zu Freiheiten zerstücken.¹⁷

Einen Angriff auf die Freiheit der Kunst warfen die Künstler Ludwig Erhard dabei nicht zu Unrecht vor in diesem Sommer 1965, in dem Erhard mit unflätigster Kritik an den Intellektuellen, die sich für die SPD engagierten, nicht gespart und sich zu der Warnung vor „Entartungserscheinungen“ in Kunst und Literatur verstiegen hatte. Die als „Pinscher“, „Banausen“ und „Nichtsköner“ Beschimpften sahen die Freiheit der Kunst bedroht und die Union als Heimat des Anti-Intellektualismus.¹⁸

Der Vorwurf des Antiliberalismus war mit dem Begriff der *formierten Gesellschaft* fortan eng verbunden und konnte in den unterschiedlichsten Kontexten aktiviert werden. So berichtete die *Zeit* über die Probleme männlicher Jugendlicher, die sich die Frisuren der Beatles zum Vorbild nahmen und dafür Spott und Prügel ernteten, weil sie sich „außerhalb der kurzhaarig formierten Gesellschaft“ stellten.¹⁹ Wiederum wurde auf die Exklusions-Logik des Volksgemeinschaftsbegriffs anspielt. Den politisch aber gewichtigsten Angriff formulierte die FPD-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher in der *Zeit* im September 1966 – und auch sie nutzte das Signalwort der *Formierung* zur semantischen Untermauerung ihrer Thesen. Ihre *Gedanken zur Zukunft des Liberalismus in Deutschland* entfalteten ihre Kraft nämlich vor dem Zerrbild einer von der Union geformten, antiliberalen Gegenwart. Sie knüpfte damit freilich auch an die Selbstbeschreibung der Union an, in der, wie wir gesehen haben, der Begriff des *Liberalismus* als Gegenbegriff fungierte – eine semantische Abgrenzungsstrategie, die zum Verdruss vieler noch Mitte der 1960er Jahre auf dem katholischen Arbeitnehmerflügel kultiviert wurde.²⁰ „In den einundzwanzig Jahren der Nachkriegszeit“, so argumentierte Hamm-Brücher nun,

haben sich hinter klug konstruierten demokratischen Fassaden, abgeschirmt und unterstützt von einer diesmal als ‚christlich‘ deklarierten erzkonservativen Mehrheit, aufs neue die Grundstrukturen, die Denk- und Verhaltensweisen einer obrigkeitstaatlichen, einer illiberalen Gesellschaft ‚formiert‘. [...] Die gesellschaftspolitische Verewigung des 19. Jahrhunderts, die Restaura-

¹⁷ Heinrich Böll, Die Kunst muss zu weit gehen, in: DIE ZEIT, 30.9.1966. Zum Presseecho vgl. SCHOTT, Die formierte Gesellschaft und das deutsche Gemeinschaftswerk, S. 177–184.

¹⁸ Vgl. Im Stil der Zeit, in: DER SPIEGEL, 21.7.1965.

¹⁹ Zeitspiegel, in: DIE ZEIT, 2.9.1966.

²⁰ Vgl. z. B. ALFRED RAPP, Kolpingsöhne und Neuliberale, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 24.2.1966; ULRICH FRANK-PLANITZ, Gralshüter des hohen C, in: CHRIST UND WELT, 4.3.1966; ROLF ZUNDEL, Wie christlich ist die Union? Anmerkungen zum Streit um das „hohe C“, in: DIE ZEIT, 29.4.1966; ULRICH FRANK-PLANITZ, Selbstauflösung der Union, in: CHRIST UND WELT, 16.9.1966.

tion einer scheinbar paradiesischen Ordnung sind es, die verhindern, dass sich die Postulate unserer Verfassung im Zusammenleben der Bürger glaubhaft verwirklichen lassen.²¹

Warf Hamm-Brücher der Union zwar vor, die Liberalisierung der Gesellschaft nicht voranzutreiben, so zieh sie CDU und CSU nicht des Antidemokratismus. Solche Vorwürfe erhob die Neue Linke, die die Formel von der *formierten Gesellschaft* als „faschistisch“ bezeichnete.²²

Der in der Union lange als *Liberaler* beargwöhnte Erhard, hatte mithin ein gut Deut dazu beigetragen, dass seine Partei Mitte der 1960er Jahre als antiliberal kodiert werden konnte. Die Episode der *formierten Gesellschaft*, die eine – wenn auch intensive – Episode bleiben sollte, erwies augenfällig, dass die ordoliberalen Sprache der 1950er Jahre die Situation der 1960er Jahre nicht mehr einfangen konnte. Das „universalistisch, utopisch und integrativ angelegte soziale Denken [...] im deutschen Konservati[vi]smus“ war an sein Ende gekommen.²³ Die kritische Öffentlichkeit, die sich seitdem entwickelt hatte, wollte sich nicht mehr staatlicherseits ordnen lassen, der demokratische Pluralismus wurde als Chance und nicht als Gefahr begriffen und alle Schwärmereien von Integration in nationaler Einheit wurden als grundsätzlich suspekt bewertet.²⁴ Erhard hatte, so Lutz Köllner wiederum in der *Zeit*, „in seltenem politischen Anachronismus sein eigenes Werk“ überlebt.²⁵ Ein Mann, der in der Sprache der Nachkriegszeit sprach, wurde in den 1960er Jahren nicht mehr verstanden.

Wenige hatten dies so scharfsichtig erkannt wie Bruno Heck. Seit Juni 1966 Generalsekretär der CDU, war Heck die treibende Kraft hinter dem Programmprozess, der schließlich in die Verabschiedung des *Berliner Programms* 1968 mündete. Denn nach der für die erfolgsverwöhnte CDU mit schmerzhaften Verlusten verbundenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Juli 1966 schien die Notwendigkeit, sich innerhalb der Partei über das Grundsätzliche zu verständigen und die Ergebnisse auch zu formulieren, umso notwendiger.²⁶ Selbst Adenauer sperrte sich nicht mehr dagegen. Heck verfolgte dabei einen dialogischen Ansatz, davon überzeugt, dass die Parteien in der Demokratie als „stets offene Foren der Aussprache“ zu fungieren hätten, um so die „Beteiligung des einzelnen am Staat zu sichern, dem einzelnen seine Freiheit zu wahren und zugleich dem Staat Autorität zu geben“.²⁷ Die Überzeugung, dass Dissens für eine demokratische Gesellschaft konstitutiv und zugleich produktiv sei, hielt auch in den Unionsparteien Einzug. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte organisierte die CDU einen Diskus-

²¹ HILDEGARD HAMM-BRÜCHER, Kann die FDP überleben?, in: DIE ZEIT, 9. 9. 1966.

²² Vgl. HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 169.

²³ NOLTE, Die Ordnung, S. 389; vgl. auch die Analyse bei HASELBACH, Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft, S. 225–230.

²⁴ Vgl. HODENBERG, Konsens und Krise, S. 372–380.

²⁵ LUTZ KÖLLNER, Ist Erhard eine tragische Figur? Das Ende der Nachkriegszeit, in: DIE ZEIT, 18. 3. 1966.

²⁶ Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, 11. 7. 1966, S. 196–259; das Präsidium hatte sich bereits kurz zuvor damit beschäftigt, „wie ein Programm für die kommenden Jahre entwickelt werden kann“ und dementsprechende Schritte eingeleitet, vgl. ebd., S. 259.

²⁷ Bundesparteitag der CDU 1968, S. 58.

sionsprozess, der alle Ebenen der Partei integrierte, und auf dem Berliner Parteitag 1968, als das *Aktionsprogramm* diskutiert und dann verabschiedet wurde, auch per Antragsverfahren zu Wort kommen ließ.

Heck war sich der Bedeutung seines Vorhabens bewusst. Sein Ziel war es, die Union zukunftsfähig zu machen – und dazu bedurfte es einer neuen Sprache, wie er 1968 in Berlin erklärte:

Auch die Sprache der Politik wandelt sich. Meine Freunde, wir schleppen Begriffe einer verlarvten Sprache mit uns herum, die nicht mehr verstanden werden; sie sagen nichts mehr und erwecken eher den Eindruck, als spiele sich hinter ihren Masken weiß Gott was ab. Wir brauchen für unsere veränderten Verhältnisse auch eine Sprache, die unverbraucht ist, eine Sprache, die unter die Haut geht. Das Volk muss uns verstehen und wir das Volk.²⁸

Hecks Sprachsensibilität rührte wohl aus seinem Latein- und Germanistikstudium; 1946 hatte er für den Klett-Verlag eine Sallust- und Cicero-Übersetzung besorgt.²⁹ In einer Zeit, in der es seiner Überzeugung nach „kaum noch Wahrheiten gibt, die unangefochten geglaubt werden [...] und kaum noch Institutionen [...], deren Autorität nicht angezweifelt“³⁰ werde, wurde Heck seit den mittleren 1960er Jahren nicht müde, seine Partei an die Bedeutung ihrer politischen Sprache zu erinnern. Eine ähnliche Thematisierung der politischen Sprache, ein ähnliches Maß an sprachsensibler Selbstreflexion war in der Conservative Party der 1960er Jahre nicht zu finden.

Dass das *Berliner Programm* der CDU, das für Jahre gelten sollte, allerdings bereits im Jahr nach dem Machtverlust im Bund einer Revision bedurfte, damit hatte Heck wohl nicht gerechnet. Dabei zeugten die kaum enden wollenden Programmdiskussionen, die immer wieder neu eingesetzten Kommissionen und Arbeitsgruppen, die intensiven Debatten in den verschiedensten Gremien der Partei, die die CDU die gesamten 1970er Jahre hindurch begleiten sollten,³¹ doch gerade von der beständigen Arbeit an der Sprache – und ihrer Notwendigkeit. Dass es mit einer einmaligen Formulierung nicht getan war, wurde nicht allein durch den Regierungswechsel 1969 klar, der die Union in die ihr unbekanntere Oppositionsrolle drängte, sondern vor allem durch ihre eigene innere Zerrissenheit. Die innerparteilichen Bruchstellen hatten sich gegenüber den frühen 1960er Jahren verschoben: Nicht mehr konfessionelle Gegensätze definierten vorrangig Flügelzugehörigkeiten, vielmehr entschied Ende der 1960er Jahre einerseits die Haltung zu betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung und andererseits die Haltung gegenüber der sozialliberalen „neuen Ostpolitik“ über den Standort in der Partei. Mit der die Bundesrepublik über ein Jahrzehnt in Atem haltenden Debatte um die „Mitbestimmung“ verbanden sich sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte und gesellschaftspolitische Entwürfe, um die in der Union erbittert gerungen wurde, und die „neue Ostpolitik“ trieb vor allem auch einen Keil zwischen CDU und

²⁸ Ebd., S. 56.

²⁹ Vgl. GAUGER und LINGEN, Bruno Heck.

³⁰ HECK, Nachdenken über die Rebellion, 1974, S. 172.

³¹ Vgl. BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 29–44.

CSU.³² In den Programmdebatten mussten sich die Parteiflügel auf eine allseits akzeptierte Sprachregelung einigen – und diese dann nach außen vertreten.

Mit Manfred Wörner sprach keineswegs zufällig ein Politiker der jungen Generation und ein Ziehsohn Bruno Hecks offen das Schlüsselproblem des *Berliner Programms* an: Es sparte die kontroversen Fragen einfach aus.³³ Die „Sprache des Berliner Programms“ hätten viele im Wahlkampf eben nicht gesprochen, so monierte Wörner, eine Sprache des Kompromisses, die nach Verabschiedung des Programms von den beiden Parteiflügeln schnell ad acta gelegt worden sei. „Und daher rührt es auch, dass draußen nicht zu Unrecht der Eindruck entstehen musste, dass diese Partei nicht mit einer Sprache spricht.“ Wörners Rezept zur Behebung dieser Malaise lautete: innerparteiliche Streitkultur. Denn die CDU, so prophezeite der junge Geschäftsführende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, werde es

nicht schaffen, eine klare und verbindliche Sprache nach außen zu sprechen und eine überzeugende Sprache, wenn wir nicht auch den Mut finden, einmal hier in diesem Kreise dann abzustimmen und dann auch notfalls eine Minderheit zu überstimmen. [...] Offenheit für das Kommende, Mut zur risikoreichen Entscheidung, das sollten die Kennzeichen unserer Politik sein.³⁴

Dies galt auch für die Art und Weise, wie innerhalb der Union Politik gemacht wurde.

Die selbstkritische Thematisierung ihrer eigenen politischen Sprache setzte, wie wir gesehen haben, in der Union bereits in den frühen 1960er Jahren ein und wurde 1968/69 wieder aufgegriffen. Dabei zielten die Initiativen stets auf die Neuformulierung der Begriffswelten der Partei und dies immer angetrieben durch den Verdacht, dass diese dem allgemeinen Sprachwandel hinterherhinkten, sowie dem unbedingten Willen, dies zu ändern, um die CDU zukunftsfähig zu halten. Die Union hatte sich der Sprache der Gegenwart anzupassen, nicht die Sprache der Gegenwart der der Union, so die Logik des Arguments.

Dieses Argument stellte kein anderer als Franz Josef Strauß 1968 von den Beinen auf den Kopf. Und nicht zufällig drehte sich dabei alles um den Konservatismusbegriff – dieses für die Union so schwierige Wort. Auch die CSU beschäftigte sich im Jahr 1968 mit der Formulierung eines Parteiprogramms – sie verabschiedete schließlich ein *Grundsatzprogramm* und nicht nur ein *Aktionsprogramm*, wie dies ihre Schwesterpartei tat. Während in der CDU alle Diskussionen um die Formulierung der Passagen, die die grundsätzliche Orientierung der Partei zum Ausdruck bringen sollten, von der Parteiführung im Keim erstickt wurden (und dadurch Konfliktlinien ungeklärt blieben),³⁵ ließ die CSU-Führung eine ausführliche Diskussion auf ihrem Landesparteitag im Dezember 1968 zu. Diese entfaltete sich um die Formulierung, die CSU sei eine *konservative* Partei.

³² Vgl. GRAU, Gegen den Strom; GRANIERI, Odd man out?; LINK, Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik; SÜSS, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära.

³³ Vgl. BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 30–31.

³⁴ Bundesparteitag der CDU 1969, S. 80–81.

³⁵ Vgl. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, 20. 9. 1968, S. 1092–1095.

Die Bedenken gegenüber der Aufnahme des Begriffs waren bekannt: „Man vermeint, konservativ wäre rückschrittlich, restaurativ, überaltert, überholt“, was der Intention des Programms widerspreche, das „fortschrittlich und zukunftsweisend“ sein wollte.³⁶ In der stundenlangen Debatte wurden alle Bedeutungsschichten des Konservatismusbegriffs, wie er in der politischen Sprache der Bundesrepublik in den 1960er Jahren gängig war, aufgefächert: *Konservativ* gelte als Gegenbegriff zu *fortschrittlich* und evoziere zudem die verhängnisvolle Tradition des deutschen Konservatismus.

Und weil wir wissen, dass dieses Wort ‚konservativ‘ in der Auffassung Deutschlands auch heute noch so geprägt ist, darum meinen wir, wir sollten hier ein Missverständnis vermeiden, nämlich das Missverständnis, dass wir uns hier in einer Form festlegen, wie das nicht gewollt ist,

argumentierte der Bundestagsabgeordnete Walter Althammer. Viele CSU-Mitglieder verspürten kein gesondertes Bedürfnis danach, sich „mit diesem festgelegten Wort [...] abstempeln“ zu lassen.³⁷ Denn in den fortschritts- und zukunftsorientierten 1960er Jahren wollten viele in der CSU politisch Aktive ihre Politik gerade nicht als *konservativ* verstanden wissen. Der junge Alois Glück sah einen „Widerspruch zwischen der Fortschrittlichkeit der Politik der CSU und dem Ausdruck ‚konservative Kraft‘“ und dies zumal als das Parteiprogramm die Modernität der CSU zum Ausdruck bringen sollte.³⁸ Allerdings bekräftigten auch jene Parteitagsdelegierten, die sich gegen eine Aufnahme des Begriffs in das *Grundsatzprogramm* stemmten, dass sie gegen eine Haltung des Respekts vor dem Überkommenen nichts einzuwenden hätten, vielmehr glaubten auch sie im „Bewahren-Wollen“ des Guten einen Grundzug der CSU zu erkennen. Dies mochte aber nun den Befürwortern des Wörtchens *konservativ* nicht einleuchten, zumal hinter mehr oder weniger vorgehaltener Hand die Aussage: „Wir sind zwar alle konservativ, aber wir sagen es besser nicht“, die Runde machte.³⁹

Für Franz Josef Strauß, auf dessen persönliche Initiative der Begriff *konservativ* wieder in den Antragsentwurf eingefügt worden war, obwohl sich der zuständige Parteitags-Arbeitskreis, wenn auch mit knapper Mehrheit, dagegen ausgesprochen hatte, hatte die Diskussion daher etwas „Gespenstische[s]“, das sich darin ausdrückte,

dass wir in der Sache das gleiche wollen, auch das gleiche denken, dass es hier nicht den geringsten Unterschied gibt, dass wir aber Angst vor der magischen Weiterwirkung von Begriffen der Vergangenheit haben, denen wir glauben keine moderne Sinnkraft geben zu können: Das heißt, wir kapitulieren vor uns selber.⁴⁰

Während der Augsburger CSU-Stadtrat Erich Maiberger seinen Parteivorsitzenden „als Philologen“ daran erinnert hatte, dass auch die CSU nicht „über die Sprache [...] verfügen“ könne, dass auch die CSU nicht „über die Sprache [...] beschließen“ könne, dass sich die „Sprache entwickel[e] und [...] einen Bedeu-

³⁶ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, Gerhard Wachter, S. 24.

³⁷ Ebd., S. 27.

³⁸ Ebd., S. 29.

³⁹ Ebd., S. 24.

⁴⁰ Ebd., S. 31.

tungswandel“ zeige, dass also „heute [...] ‚konservativ‘ nicht das [bedeute], was wir gern sagen möchten“,⁴¹ war Strauß anderer Meinung. Er traute der CSU durchaus zu, begriffsprägend zu wirken:

Wenn wir, die Christlich-Soziale Union, als eine politische Partei uns expressis verbis dazu bekennen, wissenschaftliche Erkenntnisse in pragmatisches Handeln umzusetzen, dann haben wir auch die Kraft, dem Begriff ‚konservativ‘ eine neue Deutung zu geben.

Die Union sollte also sprachprägend wirken, den Sprachwandel mittels moderner Erkenntnisse steuern. Beim Begriff *konservativ* traute Strauß das sich und der CSU offensichtlich zu, beim Begriff *liberal* dagegen weniger. Denn dieser sei „missbraucht und zum Teil verbraucht“ und eigne sich daher nicht für das *Grundsatzprogramm*, zum Bedauern von Strauß, wie er betonte: „Ich möchte von mir persönlich behaupten, dass ich konservativ und liberal bin.“ Und genau dieses Mischungsverhältnis suchte Strauß nun in seiner Begriffsbestimmung von *konservativ* auszudrücken. Er fuhr fort:

Wir sollen aber in Zukunft den Begriff ‚konservativ‘ so denken, formulieren und anwenden, dass konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, dass konservativ heißt, das was am überkommenen Erbe erhaltenswert und gut ist, zu erhalten [...], dass konservativ aber auch heißt, ständig neue Werte zu schaffen, die der Konservierung wert sind, und damit die Kontinuität zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu schaffen.⁴²

Strauß integrierte mehrere Komponenten in seinen Konservatismusbegriff: Erstens lotete er die Zeitdimensionen aus, zweitens band er den in den 1960er Jahren omnipräsenten Fortschrittsbegriff in das semantische Netz um *Konservatismus* ein, drittens konzipierte er Wandel als aus dem Guten des Vergangenen schöpfend, und viertens rekurrierte er auf den eingeführten Begriff der *Werte* als dem zu Erhaltenden und zu Schützenden. Dabei verlieh er ihm eine zukunftsweisende Schlagseite, wenn er betonte, dass neue Werte „geschaffen“ werden sollten, die in der Zukunft zu erhalten seien. Damit kam er einerseits sicherlich den innerparteilichen Kritikern seiner Sprachpolitik in Sachen Konservatismus entgegen, die mit *Fortschritt* auch den endgültigen Abschied von überkommenen Formen verbanden. „In dem Wort ‚christlich‘“, so erinnerte Maiberger etwa Strauß an den dominierenden Selbstbeschreibungsbegriff der Union, „steckt nicht nur drin, dass wir bewahren, in dem Wort ‚christlich‘ steckt drin, dass wir unerhört revolutionär sind“.⁴³

Andererseits legte diese Definition Strauß' Nähe zu Armin Mohler offen. Das Schaffen neuer Werte, die der Konservierung wert sind – diese Formel gehörte zu den Charakteristika der neuen Rechten der Weimarer Republik, die von Armin Mohler in die Bundesrepublik getragen wurden. In Strauß vermutete Mohler in den 1960er Jahren die größte politische Hoffnung des rechten Lagers, die Inkarnation eines gaullistischen Führers, der eine rechte, nationalrevolutionäre Massenbewegung anzuführen imstande schien.⁴⁴ Strauß wiederum honorierte Moh-

⁴¹ Ebd., S. 28.

⁴² Ebd., S. 32.

⁴³ Ebd., S. 28.

⁴⁴ Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 135–139, 156–157.

lers publizistische Unterstützung während der *Spiegel*-Affäre, dessen Einsatz in der Auseinandersetzung mit der Linken und seine gaullistische Positionierung.⁴⁵ Anonym verfasste Mohler die Einleitung zu einer von der CSU in Auftrag gegebenen Apologie zur *Spiegel*-Affäre,⁴⁶ unter dem Pseudonym Nepomuk Vogel schrieb Mohler regelmäßig für den *Bayernkurier*,⁴⁷ sprang auch sonst publizistisch für Strauß in die Bresche,⁴⁸ und seinen jungen Intimus Marcel Hepp (geb. 1936), den Bruder Robert Hepps,⁴⁹ hatte er 1965 als Persönlichen Referenten an Strauß vermittelt. Hepp führte bis zu seinem frühen Tod 1970 das Persönliche Büro von Strauß und verantwortete seit 1967 als Geschäftsführender Herausgeber den *Bayernkurier*.⁵⁰ Er wiederum brachte Mohler 1967 für die Position des Akademiedirektors der Hanns-Seidel-Stiftung ins Gespräch, wobei der Vorstoß ins Leere lief.⁵¹ Darüber hinaus gehörte Mohler zu dem Kreis um die *Demokratisch-Konservative Korrespondenz*, einen von 1964 bis 1970 bestehenden Presseinformationsdienst, welcher (bis 1966 zu einem Gutteil von der CSU finanziert) der angeblich linken Übermacht in den Medien trotzen wollte und als Straußsches Sprachrohr galt.⁵² Die von Mohler geführte Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung, die dieser zu einem rechten Think-Tank ausbaute, hatte ihren Sitz in München, so dass die Wege in die CSU-Zentrale kurz waren.⁵³ Allerdings ent-

⁴⁵ Vgl. ACSP, NL Strauß PV : 5303, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965; ebd. 5314, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 1. 4. 1966; ebd. Fam : 564, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 30. 3. 1974, handschriftliche Randnotiz von Strauß zu den persönlichen Vorwürfen Mohlers: „Vieles darin stimmt nicht, besonders dass die Kampagne gegen A.M. [Armin Mohler] u[nd] EF [Emil Franzel] mit mir im Zusammenhang steht. Ich habe mehrmals so heftig f[ür] beide (EF auch finanziell) mich eingesetzt, dass ich die größten Unverträglichkeiten mit A[lfons] Goppel u[nd] L[udwig] Huber in Kauf nehmen musste.“ Zur Spiegel-Affäre vgl. DOERRY, Die SPIEGEL-Affäre; zu ihrer Bedeutung für die CSU SCHLEMMER, „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“; zur intellektuellengeschichtlichen Bedeutung vgl. LIEHR, Von der Aktion gegen den Spiegel zur Spiegel-Affäre.

⁴⁶ Vgl. Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit, Apropos Strauß, 1965. Zur Verfasserschaft Mohlers vgl. MOHLER, Carl Schmitt – Briefwechsel, 1995, Nr. 313, Armin Mohler an Carl Schmitt, 13. 8. 1965, S. 353–353, FN 427; die „Dokumentation“ hatte Enno von Loewenstern verfasst, vgl. ACSP, NL Strauß, Fam 796, Enno von Loewenstern an Franz Josef Strauß, 13. 4. 1965.

⁴⁷ Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 160; MOHLER, Carl Schmitt – Briefwechsel, 1995, Nr. 343, Carl Schmitt an Armin Mohler, o. D., S. 382–383, FN 460.

⁴⁸ Vgl. z. B. ARMIN MOHLER, Franz Josef Strauß – Urbayer und Europäer, in: DIE WELT, 30. 11. 1966.

⁴⁹ Siehe S. 161.

⁵⁰ Vgl. MOHLER, Carl Schmitt – Briefwechsel, 1995, Nr. 305, Armin Mohler an Carl Schmitt, 22. 4. 1965, S. 345; zu Marcel Hepp vgl. Gestorben: Marcel Hepp, in: DER SPIEGEL, 19. 10. 1970; WEISSMANN, Armin Mohler, S. 129, 138, 165; MOHLER, Erinnerung an einen Freund, 1974; HEPP, Der Atomsperrvertrag, 1968.

⁵¹ ACSP, NL Strauß, Fam 782, Vertraulicher Aktenvermerk, Marcel Hepp, 31. 8. 1967.

⁵² Vgl. ebd., Büro PV 5303, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965; ebd., 5857, Marcel Hepp an Wolfgang Pohle, 25. 3. 1966; ebd. 5858, Pressa Korrespondenz-Verlagsgesellschaft, Erich Maier an Franz Josef Strauß, 3. 2. 1966. Vgl. dazu S. 295–296.

⁵³ Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 119, 165–167; zum rechtskonservativen institutionellen Geflecht in Bayern vgl. WILLMS, Armin Mohler, der allerdings mit einem undifferenzierten Neofaschismus-Begriff arbeitet.

täuschte Strauß Mohlers Erwartungen Anfang der 1970er Jahre: deutschlandpolitisch, weltpolitisch, im Kampf gegen die Linke, wie auch persönlich. Mohler hatte sich als Anerkennung seines Einsatzes für Strauß einen Lehrstuhl für politische Wissenschaften in Bayern erhofft und war bitter enttäuscht worden.⁵⁴ Dass sich Strauß Ende der 1960er Jahre vom entschiedenen Gaullisten zum überzeugten Atlantiker entwickelte, tat sein Übriges.⁵⁵ Strauß wollte die „rotchinesische Karte“ partout nicht spielen, wie Mohler im Rückblick frustriert bemerkte. „Strauß hat immer gesagt: Ihre Argumente mögen richtig sein, aber bringt das 50 Prozent? – Das hat mich genervt.“⁵⁶ Die liberale Demokratie mochte Strauß nicht infrage stellen, das trennte ihn von Mohler, der sich entschieden gegen diese positionierte und autoritäre Lösungen bevorzugte.

Die Einflüsse Mohlers fanden aber ihren Niederschlag in Strauß' Konservatismusverständnis, wie er es 1968 formulierte. Allerdings griffe es zu kurz, dieses allein auf Einflüsse der Neuen Rechten zurückzuführen. Strauß ließ sich von den rechten Kreisen um Mohler nicht vereinnahmen. Denn der Konservatismusbegriff war in der CSU, wie oben dargestellt, an der Wende zu den 1960er Jahren bereits durch Hanns Seidel profiliert worden und zwar in einem Sinne, der Strauß' Überzeugung von der Verschmelzung liberaler und konservativer Vorstellungen entsprach. Strauß, der seit der frühen Nachkriegszeit zum liberalen Flügel der Partei gehört hatte, rief diese Prägung den Parteitagsdelegierten 1968 denn auch in Erinnerung, wenn er auf Josef Müllers Einfluss auf die programmatische Entwicklung der CSU verwies. Die „Verbindung liberal und konservativ“ habe bereits in den Gründungsjahren der CSU ein festes Fundament gegeben.⁵⁷ *Liberal* bezog sich in Strauß' Vokabular demnach auf das Selbstverständnis der Parteireformer um Müller und Seidel, die Abschied von der Bayerischen Volkspartei und damit einer ausschließlich katholischen, das Bayerische als Gegensatz zum Reich profilierenden Partei genommen hatten. Sie erkannten die Bundesrepublik als westliche Demokratie an und stützten zudem die ordoliberalen Konzepte.⁵⁸ Dabei hielt Strauß am Begriff des *Christlichen* fest, relativierte ihn aber in derselben Weise, wie er das schon 1961 als neugewählter Parteivorsitzender getan hatte:

Die Substanz unserer Politik muss den Geist des Christlichen atmen, aber nicht die Reden unserer Politiker immer von ‚christlich‘ tropfen. [...] Wir bleiben eine Weltanschauungspartei, aber eine Weltanschauungspartei, die in dieser Welt mit pragmatischen Methoden den unverzichtbaren Gehalt ihrer weltanschaulichen Forderungen durchsetzen muss.

Gleichzeitig stärkte er diejenigen Bedeutungspotenziale des Begriffs, die ihn eng mit dem semantischen Netz um *konservativ* verschränkten: „Wir stehen auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes, wir stehen auf dem Boden der abendländischen Tradition, wir stehen auf dem Boden der europäischen Tradition“, prokla-

⁵⁴ Vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 6920, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 19. 2. 1970; Fam 564, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 30. 3. 1974.

⁵⁵ Vgl. HOERES, Reise nach Amerika, S. 74–75.

⁵⁶ Geistig stramm sein (Interview mit Armin Mohler), 1987, S. 203.

⁵⁷ Vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 93.

⁵⁸ Vgl. SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung.

mierte Strauß in charakteristischem Stakkato.⁵⁹ Dieser Strategie entsprach auch Strauß' Kompromissvorschlag für das *Grundsatzprogramm*: „Die CSU ist auch eine konservative Kraft“. Was die CSU neben *konservativ* denn *auch* noch sein sollte, darüber wunderte sich mancher, denn das Programm buchstabierte dies schließlich nicht aus.⁶⁰ Marcel Hepps Leitartikel im folgenden *Bayernkurier* jedenfalls sparte die christliche Grundlegung aus und profilierte *konservativ* stattdessen als gegen die Linke gerichteten, antirevolutionären Kampfbegriff.⁶¹

Die auf Strauß folgenden Redner auf dem Parteitag 1968 nahmen dessen Aufruf, neue Werte zu schaffen, nicht auf – offensichtlich lag diese Idee den etablierten Narrativen der Zeitlichkeit in der Partei fern. Stattdessen wurde mal um mal betont, dass es eine christliche Aufgabe sei, die Werte der Vergangenheit, „das Bleibende und Unvergängliche im Menschen“ als „Ebenbild Gottes“,⁶² so Richard Jaeger, zu bewahren und dies zumal in einem „Zeitalter des Fortschritts und der Bewegung“, wie Fritz Pirkl hinzusetzte. Genau das verstand Pirkl unter einem „echten Konservatismus“, den er von einem „Konservatismus der Formen“ unterschied.⁶³ Ganz in Kontinuität zu den Begriffsdefinitionen, die sich seit den späten 1940er Jahren herausgebildet hatten, lag der Schwerpunkt des sich herauschälenden Konservatismusbegriffs in der CSU 1968 auf der Kontinuität der Zeitdimensionen. Ein Bruch mit der Vergangenheit, um Neues zu schaffen, das der Konservierung wert war, wie es Strauß' Bemerkung implizierte, stellte dieses Prinzip in Frage und wurde folgerichtig nicht aufgenommen.

Genauso war den Journalisten, die vom Parteitag berichteten, Strauß' Anknüpfung an die ‚konservative Revolution‘ entgangen.⁶⁴ Vielmehr konzentrierten sich diese unisono auf seine offensive Integration des Fortschrittsbegriffs – und ließen alle Qualifizierungen unter den Tisch fallen. Als „Konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“ ging dieses verkürzte Strauß-Zitat in die bundesrepublikanische Welt politischer Aphorismen ein – nicht zuletzt unter zielgerichtetem Zutun seines Schöpfers – und wird bis heute gerne in allen möglichen Kontexten verwendet. Tatsächlich war Strauß' Definition um einiges komplexer und schloss an die seit den späten 1940er Jahren entwickelten Bedeutungshorizonte des Begriffs an. Vergleicht man seine Definition mit dem in der Conservative Party in diesen Jahren gängigen, sehr ähnlichen Konservatismusbegriff, wird vollends deutlich, dass Strauß auf dem Parteitag im bewegten Jahr 1968 keine Neuschöpfung vorstellte, sondern die Begriffsentwicklung konsequent – und sehr be-

⁵⁹ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 102.

⁶⁰ Vgl. CSU als „konservative Kraft“, in: DIE ZEIT, 20. 12. 1968.

⁶¹ Vgl. MARCEL HEPP, Für Gesetz und Ordnung, in: BAYERNKURIER, 21. 12. 1968.

⁶² ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 43.

⁶³ Ebd., S. 44.

⁶⁴ Vgl. CSU als „konservative Kraft“, in: DIE ZEIT, 20. 12. 1968, 20. 12. 1968; Blick zurück, in: DER SPIEGEL, 23. 12. 1968; CSU „auch eine konservative Kraft“, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 16. 12. 1968; PETER PRAGAL, Wortgefechte um das Etikett „konservativ“, in: ebd., 16. 12. 1968; CSU: Konservativ mit Computer, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 16. 12. 1968; JOSEF OTHMAR ZÖLLER, Grollender Löwe, in: CHRIST UND WELT, 20. 12. 1968; WALTER GEIS, Konservativ sein und fortschrittlich, in: RHEINISCHER MERKUR, 20. 12. 1968.

wusst – vorantrieb. Strauß wusste um seine Sprachmacht, auch das zeigte die Parteitags-Diskussion.

Begriffe der politischen Sprache ganz offensiv zu prägen – diese Strategie machte sich auch die CDU seit den späten 1960er Jahren zu eigen. Nicht die Studentenbewegung, die eine zielgerichtete Sprachpolitik verfolgte und zur Herstellung einer „Gegenöffentlichkeit“ einen charakteristischen Jargon entwickelte,⁶⁵ sondern die Sprachpolitik der SPD gaben dafür zunächst den Ausschlag. Sehr gezielt suchten die sozialdemokratischen Wahlkampfmanager einerseits die Bedeutungsgehalte von Begriffen zu weiten und andererseits genuin linke Begriffe zu prägen, wie etwa *Chancengleichheit* oder *Lebensqualität*.⁶⁶ Zuvorderst war es aber die Debatte um den Begriff der „Demokratisierung“, den sich die SPD angeeignet hatte und in dem sie ihre Reformziele für eine Regierung unter Brandt bündelte, die wie eine Initialzündung für die begriffspolitische Offensive der Union wirkte.⁶⁷ Dass der sprachensible Bruno Heck diese Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der bundesrepublikanischen Demokratie an vorderster Front führte, war daher auch kein Zufall. *Demokratie* wurde zu einem Schlüsselbegriff im Vokabular der Union, *Demokratisierung* dagegen zu einem Schmähwort, das mit Sozialismus, genauer: einer angeblich sozialdemokratischen Strategie der Sozialisierung des bundesrepublikanischen Staatswesens identifiziert wurde.⁶⁸ Es galt, so formulierte Erwin Teufel auf dem Bundesparteitag 1969, den „Demokratiebegriff weiter zu entwickeln“ und ihn gleichzeitig vom sozialdemokratischen Begriff der *Demokratisierung* abzugrenzen.⁶⁹ Die CDU hatte endgültig die Sprachpolitik für sich entdeckt.

3.3.2. Die sprachpolitische Offensive der Union. Sematest und die linguistische Politikberatung in den 1970er Jahren

Der seit rund einem Jahrzehnt in der Union etablierte Diskurs um die politische Sprache der Partei stellte den Acker bereit, auf dem der durch die Studentenbe-

⁶⁵ Vgl. SCHARLOTH, Die Sprache der Revolte; ders., 1968; ders., 1968 und die Unordnung in der Sprache; einen Überblick über den Stand linguistischer Forschung bietet KÄMPER et al., 1968; außerdem für die Kultur der Studentenbewegung BROWN, West Germany and the Global Sixties. Zur Sprache der Linken in den 1970er Jahren vgl. HINCK, Wir waren wie Maschinen, S. 321–343.

⁶⁶ Vgl. MERGEL, Propaganda nach Hitler, S. 265–266.

⁶⁷ Zur Kritik an der bundesrepublikanischen Demokratie in den 1960er Jahren, ohne die die Intensität der Debatte um die *Demokratisierung* nicht zu verstehen ist vgl. SCHÖNHOFEN, Unbehagen an der Bonner Demokratie; zum bundesrepublikanischen Demokratiebegriff der Nachkriegszeit vgl. KILIAN, „Demokratie“ als Merkwort der Nachkriegszeit. Zum Demokratiediskurs der Linken 1967/68 vgl. KÄMPER, Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68; dies., Aspekte des Demokratiediskurses; zu den Debatten unter Konservativen vgl. KLEINKNECHT, Demokratisierung als Staats- oder als Lebensform.

⁶⁸ Vgl. HECK, Demokraten oder Demokratisierte?, 1969; zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Demokratiebegriff vgl. die Debatte auf dem CDU-Bundesparteitag 1969: Bundesparteitag der CDU 1969, S. 43–87; zur weiteren Auseinandersetzung der CDU mit dem Konzept vgl. u. a. DETTLING, Demokratisierung als Alternative?, 1973; ders., Demokratisierung, 1974.

⁶⁹ Bundesparteitag der CDU 1969, S. 65.

wegung gesäte sprachkritische Same schließlich aufgehen konnte. Sprachkritik war von Beginn an ein fester Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik gewesen – zunächst als Kritik an dem Weiterwirken nationalsozialistischen Vokabulars,⁷⁰ dann als konservative Kritik an einer „bürokratisierten“ Wohlfahrtsstaatlichkeit,⁷¹ als Kritik an einer überlieferten politischen Sprache, die die Realitäten der Bundesrepublik nicht abbildete,⁷² und vor allem auch in Form einer Kritik an der Sprachpolitik der DDR, die in Unionskreisen sehr präsent war.⁷³ Die Neue Linke trat, angeregt durch Herbert Marcuse, mit dem Impetus auf, die etablierte Herrschaftsordnung durch die Infragestellung ihrer Begriffe zu unterminieren.⁷⁴ Nach Marcuse nämlich musste der revolutionäre „Bruch mit dem Kontinuum der Herrschaft“ auch über einen „Bruch mit deren Vokabular“ herbeigeführt werden.⁷⁵

Plötzlich schien das in der Union seit Ende der 1950er Jahre vorherrschende Gefühl, dem Sprachwandel nur mehr hinterherzulaufen, eine politisch einleuchtende Begründung zu bekommen. Die Linke schien sich systematisch der Sprache zu bemächtigen, den gesellschaftlichen Grundkonsens zu manipulieren – und die Union damit aus dem politischen Rennen zu werfen. Genau in diesem Sinne warnte Bruno Heck 1971 seine Partei:

Unser Volk erwartet von der Union, dass wir den Nebel lichten, dass wir die Begriffe klären, und die Werte-Ordnung darf in diesem Lande nicht aus Leichtfertigkeit, aber auch nicht aus bedenklichem Kalkül bis zur babylonischen Sprachverwirrung korrumpiert werden. Es muss gesagt werden, was gilt und was nicht gilt. [...] Wir haben zu lange zugelassen, dass die Linke die Fahrpläne der Zukunft für sich in Anspruch genommen hat. Es ist der Linken gelungen, die politische Sprache bei uns mit ihrem Vokabular zu durchsetzen.⁷⁶

Fortan war dieses sprachkritische Argument omnipräsent in der Union: wenn Walter Wallmann vor der Benutzung des „Begriff[s] DDR“ warnte;⁷⁷ wenn Konrad Kraske bei der Analyse der „Sprache der SPD“ sich in die „finstersten Zeiten

⁷⁰ Vgl. KLEMPERER, LTI; STERNBERGER et al., Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Vgl. dazu DODD, Jedes Wort wandelt die Welt; SCHIEWE, Die Macht der Sprache, S.206–234; sehr kritisch: POLENZ, Deutsche Sprachgeschichte III, S.314–317. Zur alliierten Sprachpolitik vgl. DESSLER, Die entnazifizierte Sprache.

⁷¹ Vgl. z. B. KORN, Sprache in der verwalteten Welt, 1959; Geist und Ungeist der amtlichen Vokabeln, in: CHRIST UND WELT, 6. 11. 1958; RISSE, Bemerkungen zum Verfall der Sprache, 1958; WEIN, Die Sprache im Zeitalter des Berichts, 1959; zu Korn vgl. SCHIEWE, Die Macht der Sprache, S.234–242.

⁷² Vgl. z. B. BESSON, Rechtsradikalismus, 1962, bes. S.7; ders., Das politische Bewusstsein der Deutschen, 1963.

⁷³ Vgl. z. B. ROEGELE, Die Spaltung der Sprache, 1959; Die politische Meinung, in: CHRIST UND WELT, 7. 4. 1961; FRANZ-JOSEF NEUSS, Wörter als politische Waffen, in: RHEINISCHER MERKUR, 5. 11. 1965.

⁷⁴ Zum Einfluss Marcuses auf die Neue Linke vgl. WALTER, Weigerung und Eschatologie; HASS-ZUMKEHR, Zur Sprachkritik der Achtundsechziger; zur Rolle Marcuses als Intellektueller im Kalten Krieg vgl. MÜLLER, Krieger und Gelehrte; GEYER, War over Words, S.317–321.

⁷⁵ MARCUSE, Versuch über die Befreiung, 1969, S.55; ders., Der eindimensionale Mensch, 1967, bes. S.104–123.

⁷⁶ Bundesparteitag der CDU Düsseldorf 1971, S.29.

⁷⁷ Vgl. ebd., S.470.

des reaktionärsten Klassenkampfes zurückversetzt“ fühlte;⁷⁸ oder wenn Gerhard Stoltenberg auf die nationalsozialistischen Wurzeln des „Begriff[s] ‚System‘“ verwies.⁷⁹ So wurden Norbert Blüms Bedenken, die er in einer Bundesvorstandssitzung 1973 äußerte, von seinen Parteikollegen sicherlich geteilt: „[W]enn man für ein neues Problem kein Wort“ habe, habe man „auch das Problem nicht erkannt“, und „wenn man auf ein neues Problem nur alte Antworten setzt, nur alte Worte“ werde man „missverstanden“.⁸⁰

Lange vor dem Amtsantritt des Wirtschaftsjuristen und Industriemanagers Kurt Biedenkopf als Generalsekretär der CDU⁸¹ nach dem Wechsel von Rainer Barzel zu Helmut Kohl an der Spitze der Partei im Juni 1973 war also das Thema eingeführt und die Thematisierung von Sprache fester Bestandteil innerparteilicher Diskussion wie auch politischer Strategie.⁸² Nicht erst 1973 verloren „zeitgenössische Begriffe ihre Unschuld“, wie Martin Geyer meint. Ihrer waren sie schon lange zuvor verlustig gegangen, so sie eine solche überhaupt jemals besessen haben sollten.⁸³ Biedenkopf nun intensivierte die sprachpolitische Arbeit, organisierte sie systematisch und richtete sie strategisch aus.⁸⁴ Diese Zielsetzung erläuterte er bekanntermaßen auf dem Hamburger Bundesparteitag 1973, der den Startschuss für die von Kohl und Biedenkopf avisierte Parteireform geben sollte. Sein Appell an seine Partei wirkte deshalb so stark, mitunter bis heute, weil er zum einen glänzend formuliert war und nicht zuletzt mit suggestiven Formeln arbeitete, und zum anderen weil er nach gescheitertem Misstrauensvotum und Wechsel an der Parteispitze in einer Phase des Aufbruchs und Neuanfangs auf eine aufnahmebereite Partei traf – ebenso wie auf eine Öffentlichkeit, die ob intellektueller Sprachkritik für solche Argumente sensibilisiert war. In Hamburg nun malte Biedenkopf die „Revolution der Gesellschaft durch Sprache“ mit bunten Farben an die Wand.

Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert [...], die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben. Die moderne Revolution besetzt sie mit Inhalten, die es uns unmöglich machen, eine freie Gesellschaft zu beschreiben, und es damit auch unmöglich machen, in ihr zu leben.⁸⁵

⁷⁸ Bundesparteitag der CDU 1972, S. 57.

⁷⁹ Ebd., S. 151.

⁸⁰ BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, 27.–28. 1. 1973, S. 1215.

⁸¹ Zu Biedenkopf vgl. WENDT, Kurt Biedenkopf; unkritisch KÖPF, Der Querdenker; zu seinem Wirken als Generalsekretär vgl. BÖSCH, Die Krise als Chance; ders., Macht und Machtverlust, S. 34–41 und 108–114.

⁸² Vgl. z. B. WOLF, Revolution im Rechtsstaat, 1970, bes. S. 68; HECK, Vorwort des Herausgebers, 1973; K.W.B. [KARL WILLY BEER], Die große Manipulation, 1973; KUHN, Über die Methoden der Systemveränderung, 1973; FREUND, Anarchie führt zu Diktatur, 1973; HECK, Das Unverlierbare und das Neue, 1973, bes. S. 55–56; BROK, Instrument des politischen Kampfes, 1973.

⁸³ GEYER, Rahmenbedingungen, S. 26.

⁸⁴ Zur organisatorischen Restrukturierung der CDU unter Kohl und den Generalsekretären Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler vgl. LANGE, Responsivität und Organisation, S. 147–254; SCHÖNBOHM, Die CDU und die Neue Linke, 1970.

⁸⁵ Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 61.

Biedenkopf warf der Linken nicht mehr und nicht weniger vor als die revolutionäre Umwälzung der bundesrepublikanischen Demokratie und die Etablierung der sozialistischen Diktatur auf leisen begriffspolitischen Sohlen. Margaret Thatcher sollte es ihm 1976 gleich tun.⁸⁶ Durch die seit den 1950er Jahren etablierte sprachkritische Beschäftigung mit der Sprache des DDR-Regimes gewann dieses Argument an Plausibilität. Es zeugte von der Polarisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik in den frühen 1970er Jahren, dass es nach Biedenkopfs Logik nur noch ein Dafür oder ein Dagegen geben konnte: für die Demokratie mit ihrem fest etablierten Begriffsschatz oder gegen die Demokratie und damit für den Sozialismus mit seinem verdrehten, seiner eigentlichen Bedeutung entfremdeten Vokabular. Denn auch dies stand hinter Biedenkopfs Konzept der „klare[n] Sprache“;⁸⁷ das er der Union verordnete: Es wurde davon ausgegangen, dass die politischen Begriffe in der Demokratie einen unverkennbaren, unverrückbaren und konsensualen Bedeutungskern in sich trugen – nur so war die These von der Manipulation der Begriffe sinnvoll zu begründen und nur so erschloss sich der Alarmismus, mit dem Biedenkopf seine Partei beschwor.⁸⁸ Die politische Sprachkritik schöpfte aus dem Demokratisierungsdiskurs um 1968 und war zugleich einer seiner wichtigen „Faktor[en]“.⁸⁹ In einem Aufsatz führte Biedenkopf seine demokratiethoretische These weiter aus:

Ein demokratisches Gemeinwesen ist angewiesen auf einen verbindlichen Bestand an Gemeinsamkeiten, um die Konflikte auf menschliche Weise und ohne Schaden für das Ganze austragen zu können. Zu diesem Bestand an Gemeinsamkeiten gehört vorrangig eine politische Sprache, die wenn nicht die Verständigung, so doch das Verstehen der Menschen untereinander ermöglicht, die den Kommunikationsprozess in der Gesellschaft wahrht.

Die CDU habe die Aufgabe und auch die „Chance“, so setzte Biedenkopf hinzu, diese „Sprache wiederzufinden“.⁹⁰ Dass ihr das gelingen könnte, daran zweifelten die CDU-Strategen nicht. So zeugte Biedenkopfs Aufruf, die Begriffe zu besetzen, nicht zuletzt von einem schier unerschöpflichen Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit von wissenschaftlich unterfütterter Politik.

Ganz in diesem Sinne reorganisierte der neu gewählte Generalsekretär die Bundesgeschäftsstelle der CDU: Er bildete drei Hauptabteilungen (Hauptabteilung I. Verwaltung, Personal und Organisation; Hauptabteilung II: Politik, Dokumentation und Information; Hauptabteilung III: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit). Als Teil der Hauptabteilung II wurde die sogenannte „Planungsgruppe“ etabliert, die, geleitet von Warnfried Dettling, unter Heranziehung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse politische Konzepte und Strategien erarbeiten sollte und der somit die Rolle eines parteieigenen Think-Tanks zugeordnet war.⁹¹ Peter

⁸⁶ Siehe S. 81–105.

⁸⁷ Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 62.

⁸⁸ Vgl. auch GEYER, *War over Words*, S. 303–304.

⁸⁹ KÄMPER, *Aspekte des Demokratiediskurses*, S. 139.

⁹⁰ BIEDENKOPF, *Politik und Sprache*, 1975, S. 32.

⁹¹ Vgl. LANGE, *Responsivität und Organisation*, S. 149–150; ZEIN, *Die organisatorische Entwicklung der CDU*, S. 41–45; für eine längere historische Perspektive vgl. BÖSCH, *Funktionäre in einer funktionärsfeindlichen Partei*.

Radunski übernahm die Leitung der Hauptabteilung III, die vor allem auch mit der Wahlkampfplanung betraut wurde. Der 34-jährige Radunski hatte bereits 1970 die Federführung der Projektgruppe Semantik im hessischen Landtagswahlkampf inne gehabt und zuvor bei WIKAS (Wissenschaftliches Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung), dem CDU-eigenen Meinungsforschungsinstitut, an Semantikanalysen mitgewirkt, die dort seit 1968 durchgeführt wurden.⁹² An der Biographie Radunskis wird neben der Sprachkritik die zweite Wurzel der christdemokratischen Sprachpolitik der späten 1960er und frühen 1970er Jahre deutlich: In Meinungsforschung, Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung war das Wissen um die Bedeutung von Begriffen zwar seit jeher präsent,⁹³ allerdings wurde das Thema erst Ende der 1960er Jahre von den Politikwissenschaften theoretisiert und rückte so in den Fokus der Praktiker.⁹⁴ Der sprachkritische Diskurs tat sein Übriges, um Sprache als „Kategorie des Politischen“ in der Politikberatung zu etablieren.⁹⁵ Die Generierung von Slogans sowie die Bedeutungsarbeit an Begriffen wurden nun mittels Umfrageergebnissen abgesichert, so dass die Demoskopie der politischen Sprachkritik der 1970er Jahre „eine Grundlage“ verschaffte.⁹⁶ In der programmatischen und strategischen Arbeit der Planungsgruppe wurde der politischen Sprache jedenfalls große Bedeutung beigemessen. Ein Strategiepapier aus dem Jahr 1974 hob das „Übersetzen“ von Politik in „eine griffige Sprache und konkrete Aktionen“ als entscheidend für die Durchsetzungsfähigkeit der CDU hervor.⁹⁷ Darüber hinaus wurde das Thema in die breite Partearbeit getragen.⁹⁸

Dieneben sollte aber die Arbeit an der politischen Sprache so professionell und wissenschaftsnah wie möglich vonstattengehen. Zu diesem Zweck wurde im August 1974 „Sematest. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung“, als eingetragener Verein in Stuttgart gegründet.⁹⁹ Eine Schlüsselrolle spielte dabei Gerhard Mahler, Staatssekretär im baden-württembergischen Staatsministerium unter Hans Filbinger und erfolgreicher Wahlkampfmanager der Landes-CDU.¹⁰⁰

⁹² Vgl. KRÜKE, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland, S. 157–158; 387; zum Landtagswahlkampf in Hessen vgl. RADUNSKI und NIEMETZ, Die Anlage des Landtagswahlkampfes, 1971. Zur Politikberatung im Wahlkampf vgl. BÖSCH, Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren.

⁹³ Vgl. TOMAN-BANKE, Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949–1994.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 385.

⁹⁵ Ebd., S. 391.

⁹⁶ Ebd., S. 158.

⁹⁷ ACDP, 07-001-17019, Warnfried Dettling an Hoffmann, Asmussen, Kreye, Stronk, 4. 4. 1974, Anlage: Zur politischen Strategie der CDU, S. 16.

⁹⁸ Vgl. KLEIN und PETERSDORFF, Material zum Thema Politik und Sprache, 1973.

⁹⁹ Vgl. ACDP, 07-001-17041, Sematest e. V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Satzung, beschlossen am 22. 5. 1974; das Gründungsdatum August 1974 nennt Messelken in ebd., Sematest e. V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 1. Für die Vorüberlegungen vgl. ebd., 17014, Holger Christian Asmussen, Ergänzungen zum Themen- und Aufgabenkatalog des geplanten Arbeitskreises „Semantik“ (Herr von Voss, 26. 3. 1974), o. D.

¹⁰⁰ Zur baden-württembergischen CDU vgl. GASSERT, Ein „rotes“ oder „schwarzes“ Jahrzehnt?.

Finanziert wurde Sematest von der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden der CDU sowie durch das baden-württembergische Kultusministerium. Der Verein hatte zwar seinen Sitz in Stuttgart, das Büro war aber in Bonn angesiedelt, um den Kontakt zu Konrad-Adenauer-Stiftung und Bundesgeschäftsstelle zu gewährleisten.¹⁰¹ Die Aufgabe von Sematest bestand in der Analyse der Sprache der bundesrepublikanischen Parteien, besonders der SPD und der CDU, der Erstellung „linguistische[r] Persönlichkeitsprofile von Spitzenpolitikern der Union sowie des Bundeskanzlers“ und einer umfänglichen linguistischen Beratung der CDU. Die finanzielle Beteiligung des Kultusministeriums Baden-Württembergs an einem Verein, der allein zur Politikberatung der CDU gegründet worden war (was aber in der Satzung so nicht formuliert wurde), schrammte an den Rändern der Legalität und bedurfte zumindest einer Rechtfertigung. Deshalb hatten sich die Wissenschaftler zusätzlich mit „Analysen zur Kindersprache“ zu befassen, die „dem Deutschunterricht eine breitere empirische Grundlage“ verschaffen und „gleichzeitig zur Genesung der an den Röteln erkrankten Deutschdidaktik beitragen“ sollten.¹⁰² Die CDU-Semantik-Offensive war, wenn auch auf einem Nebenschauplatz, nicht von ungefähr mit der Bildungspolitik verknüpft, in der die ideologischen Gräben tief und die Debatten dementsprechend aufgeheizt waren.¹⁰³

Für Sematest wurden einschlägig arbeitende Wissenschaftler mit CDU-Sympathie gewonnen: Hans Messelken, Sprachdidaktiker an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, der die wissenschaftliche Arbeit von Sematest organisierte und verantwortete;¹⁰⁴ Peter Lindemann, ein Datenverarbeitungsexperte, der IBM betriet und an der Universität Mannheim angesiedelt war, saß im „Lenkungsausschuss“, der Sematest vorstand; dies galt auch für Werner Kaltefleiter, Politikwissenschaftler an der Universität Kiel, der zwischen 1970 und 1974 das Sozialwis-

¹⁰¹ Zur Gründung vgl. ACDP, 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 1–3; Hans Messelken, Protokoll über die Vorbereitungen zur Abstimmung der Zusammenarbeit bei Sematest am 9. und 10. 4. 1974, 28. 4. 1974; ebd., 07-001-12260, Peter Radunski, Vormerkung für Kurt Biedenkopf, Stand der Vorarbeiten Semantik – Politikformulierung, 5. 2. 1974.

¹⁰² Ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 3. Es liegt nahe, die Studie im Umfeld der im Mai 1974 vom baden-württembergischen Kultusministerium konstituierten Kommission „Anwalt des Kindes“ anzusiedeln, vgl. MENZE, Die Kultusminister, S. 207; HAHN, Ich stehe dazu, 1981, S. 225–227. Aus dieser Arbeit gingen hervor: MESSELKEN, Sprachbilder, 1976; LANGENSIEPEN und LANGENSIEPEN, Gemalte Wörter, 1976. Darüber hinaus publizierte die Gruppe didaktische Beiträge zur Sprache des Wahlkampfes, vgl. MESSELKEN, Demokratie statt Wahlkampf?, 1976; LANGENSIEPEN, Nur zwei Minuten zwischen Nachrichten und Krimi..., 1976.

¹⁰³ Vgl. RUDLOFF, Bildungspolitik als Sozial- und Gesellschaftspolitik; ders., Wieviel Macht den Räten?; WEHRS, „Tendenzwende“ und Bildungspolitik.

¹⁰⁴ Zu Hans Messelken vgl. nur BURCKHART und FINK, Sprache der Didaktik – Didaktik der Sprache.

senschaftliche Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung leitete; die Gründung von Sematest war von dem Münsteraner Politikwissenschaftler Gerhard W. Wittkämper, einem Planungs-Experten,¹⁰⁵ angeregt worden. Der „Lenkungsausschuss“ bestand aus Mahler, Lindemann, Kaltefleiter, Messelken und Dettling als Vertreter der CDU-Bundesgeschäftsstelle.¹⁰⁶ Der mit einem, dann zwei und schließlich drei wissenschaftlichen Mitarbeitern ausgestattete Verein arbeitete von Beginn an mit computerlinguistischer Methodik, wobei Messelkens eigene Arbeiten zur empirischen Sprachdidaktik als Orientierung dienten.¹⁰⁷ Eine Kooperation mit der „linguistischen Arbeitsgruppe“ der Firma Siemens im Sommer 1975 diente der Weiterentwicklung von Software zur automatischen Texterkennung.¹⁰⁸

Messelken war der intellektuelle Kopf von Sematest. Der Didaktiker orientierte sich neben den Theorien Karl Bühlers an der Sprachtheorie Arnold Gehlens, vertrat also einen dezidiert konservativen Standpunkt in seinem Fach.¹⁰⁹ Die „sprachliche Auseinandersetzung“ verstand er als „Wettstreit künftiger Wirklichkeiten“, als zukunftsprägend, und eine dementsprechende Bedeutung maß er der Begriffspolitik zu.¹¹⁰ Denn den Sprachwandel, den er in seiner Gegenwart beobachtete, las er aktivisch, sprich Messelken sah Sprachwandel als das Ergebnis von Sprechakten, betonte die Handlungsdimension.¹¹¹ Deshalb konnte er Biedenkopfs Interpretation einiges abgewinnen.

Recht bald aber knirschte es im Gebälk des christdemokratischen Semantikaparats. Denn während die Politikstrategen in der Bundesgeschäftsstelle schnell verwertbare Ergebnisse erwarteten, folgten die Sematest-Wissenschaftler der Logik wissenschaftlichen Arbeitens – sie setzten sich zunächst mit der Methodik auseinander, bereiteten Analyseinstrumente vor und erarbeiteten die „Grundlagen“. Dies nahm ein Jahr in Anspruch, so dass bis Mitte 1975 noch keine greifbaren Ergebnisse vorlagen.¹¹² Im September 1975 platzte Dettling schließlich der Kragen, als er von einem Sematest-Mitarbeiter erfuhr, dass die programmatischen

¹⁰⁵ Vgl. WITTKÄMPER, Analyse und Planung, 1972.

¹⁰⁶ ACDP, 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 2.

¹⁰⁷ Vgl. ebd., Hans Messelken, Protokoll, 28. 4. 1974, Vorbesprechung zur Abstimmung der Zusammenarbeit bei Sematest, 9.–10. 4. 1974, wo auf das Kapitel „Zur formalen Beschreibung von sprachlichen Leistungen“ in: MESSELKEN, Empirische Sprachdidaktik, 1971, verwiesen wird.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 8 und 10.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., 07-001-12260, Hans Messelken, Tendenziöser Sprachwandel?, Manuskript, o. D., S. 6. Für Gehlens Sprachtheorie vgl. GEHLEN, Über Sprachlosigkeit und Lüge, 1970; man beachte seine Invektiven beim CDU-Parteitag 1964, vgl. dazu oben S. 206–207.

¹¹⁰ ACDP, 07-001-12260, Hans Messelken, Tendenziöser Sprachwandel?, Manuskript, o. D., S. 6.

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 9.

¹¹² Ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 4.

Texte aus der Werkstatt der Politikplanung, die an Sematest mit der Bitte um Anregungen zur Leserfreundlichkeit gegeben worden waren, dort komplett umgeschrieben werden sollten. Als Stilwerkstatt verstanden sich die Sematest-Wissenschaftler freilich nicht, sie wollten die politische Sprache der CDU modellieren – und dazu bedurfte es mehr als einiger weniger Eingriffe in fertige Texte. Mit dieser Einstellung stießen sie auf wenig Verständnis in der CDU-Zentrale. „Es wird für mich im Hause hier immer schwieriger, den ‚good will‘ der Sematest gegenüber aufrechtzuerhalten“, warnte Dettling Messelken.¹¹³ Zugleich schaltete er Mahler ein und bat ihn um ein „klares Wort“, davon überzeugt, dass „bei Sematest die Zügel kürzer“ gezogen werden müssten.¹¹⁴ In der Folge kontrollierte Dettling die Arbeit von Sematest in wöchentlichen Sitzungen, legte Arbeitsschwerpunkte fest und nahm den Verein stärker in die Pflicht des Tagesgeschäfts.¹¹⁵ So waren die Wissenschaftler 1976 an der Ausarbeitung des *Kommunalpolitischen Programms*, des *Agrarpolitischen Programms*, des *Entwurfs zum Grundsatzprogramm*, des *Wahlaufrufs des Bundesvorstands* sowie einzelner thematischer Broschüren beteiligt.¹¹⁶ Sematest produzierte zwei Leitfäden zur Erstellung mündlicher bzw. schriftlicher Texte,¹¹⁷ wertete Politikerreden aus¹¹⁸ und arbeitete mit Dettling an einem „linguistischen Frühwarnsystem“, d. h. die Wissenschaftler versuchten sich an linguistischer Prognostik.¹¹⁹ Über Sematest sollte allerdings nichts nach außen dringen – auch die Namen der Wissenschaftler blieben verborgen, mit Erfolg.¹²⁰ Stattdessen wurde recht nebulös von der „Projektgruppe Semantik“ in der Bundesgeschäftsstelle gesprochen. Sematest-Analysen wurden unter dem Namen von Politikern veröffentlicht, so etwa die Analyse zur Sprache Helmut Schmidts, als deren Autor Gerhard Mahler auftrat.¹²¹

Dennoch wurde Sematest zum 30. September 1976 liquidiert. Mahler konnte die Finanzierung durch das baden-württembergische Kultusministerium – angeblich aus finanziellen Gründen – nicht mehr sicherstellen.¹²² Auch Biedenkopf

¹¹³ Ebd., Warnfried Dettling an Hans Messelken, 22. 9. 1975.

¹¹⁴ Ebd., Warnfried Dettling an Gerhard Mahler, 22. 9. 1975.

¹¹⁵ Vgl. ebd., Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 4 und 6.

¹¹⁶ Vgl. ebd., S. 6. Für das Kommunalpolitische Programm vgl. auch ebd., 07-001-17041, Joachim Dorenburg an Hans Messelken, 23. 2. 1976.

¹¹⁷ Vgl. CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE, Aufbau und Anlage politischer Texte, 1976.

¹¹⁸ Vgl. ACDP, 07-001-12260, Einige rhetorische Bemerkungen zu Wahlkampfreden von CDU-Politikern, o. D.

¹¹⁹ Vgl. ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 6 und 11.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 9; z. B. Bestimmte Zeichen, in: DER SPIEGEL, 5. 8. 1974; Sprachlich rüber, in: DER SPIEGEL, 31. 5. 1976.

¹²¹ Vgl. ACDP, 07-001-5284, Warnfried Dettling an Karl-Heinz Bilke, 7. 4. 1976; ebd., Sematest, Die Sprache des Bundeskanzlers, veröffentlicht als: MAHLER, Die Sprache des Bundeskanzlers, 1976.

¹²² Vgl. ebd., 07-001-17041, Gerhard Mahler an Hans Messelken, 20. 7. 1976.

schien keine Gelder aufzutun zu können, um eine Weiterführung der Arbeiten zu ermöglichen,¹²³ und der Plan, Sematest in die Konrad-Adenauer-Stiftung zu überführen, schien sich ebenso zerschlagen zu haben.¹²⁴ Letzten Endes blieb Messelken nur noch die Antragstellung bei der VW-Stiftung auf Fortführung als Forschungsprojekt.¹²⁵ Im Rückblick sah er die Chance der CDU, der SPD kommunikationstheoretisch Paroli zu bieten, vertan – dass das viel mit seinem eigenen gescheiterten Engagement zu tun hatte, verschwieg er allerdings. Die CDU habe sich „ins Semantik-Gestrüpp zwischen Benennungen und Bezeichnungen locken [lassen] – und blieb wie einstens Absalom mit ihren Haaren an einem besonders dicken Theorieast hängen.“¹²⁶ Nach der Erfahrung mit Sematest beurteilten die Politikstrategen der Bundesgeschäftsstelle dies sicherlich etwas anders – aus ihrer Perspektive hatte ein Zuviel an Theorie und Methodik die Umsetzung von wissenschaftlicher Erkenntnis in die Generierung von Politikentwürfen geradezu behindert. Zudem waren die Ansprüche der Wissenschaftler, idealiter die politische Sprache der Partei in ihrer Gesamtheit kontrollieren zu können, weder praktikabel, noch entsprachen sie den Realitäten parteipolitischer Arbeit. Messelkens Vorschläge vom Dezember 1976 für eine Weiterführung der linguistischen Arbeiten in einem „zentralen Büro“ in der Bundesgeschäftsstelle, das dem Bundespresseamt nachgebildet werden und in dem alle Texte zentral redigiert werden sollten, mussten diese Eindrücke noch verstärken.¹²⁷

Der CDU war das Interesse an ihrem wissenschaftlich orientierten linguistischen Think-Tank abhandengekommen, und mit Biedenkopfs Abgang als Generalsekretär im März 1977 verlor die Beschäftigung mit der politischen Sprache einen ihrer wichtigsten Advokaten. Dazu kam, dass Biedenkopf seine begriffspolitische Offensive bereits auf dem Bundesparteitag 1975 zum Erfolg erklärte: „Wir haben wichtige Begriffe für uns besetzt und neue, für die Beschreibung politischer Ziele wichtige Begriffe hinzugefügt. [...] Damit haben wir in einem entscheidenden politischen Bereich die Initiative zurückgewonnen.“¹²⁸ Das klang so, als ob das Semantik-Projekt abgeschlossen wäre. Davor aber warnte Gerhard Mahler in einem Artikel in *Sonde*, einer Zeitschrift des RCDS, die sich die Reform der CDU zu ihrem Anliegen gemacht hatte, und rief stattdessen dazu auf, alle

¹²³ Vgl. ebd.: „...dass sich Herr Biedenkopf nach besten Kräften bemühen wird, die Weiterführung der wissenschaftlichen Arbeiten von SEMATEST zu ermöglichen oder die gute Mannschaft von SEMATEST in eine andere Institution zu überführen“

¹²⁴ Vgl. ebd., Hans Messelken an Warnfried Dettling, 14. 9. 1976

¹²⁵ Vgl. ebd., Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest. Messelken veröffentlichte lediglich noch eine Analyse des Orientierungsrahmens 1985 der SPD vgl. MESSELKEN, Fragen eines lesenden Bürgers, 1979.

¹²⁶ ACDP, 07-001-12260, Hans Messelken, Tendenziöser Sprachwandel?, Manuskript, o.D., S. 35.

¹²⁷ Vgl. ebd., 07-001-17041, Sematest e.V. Institut für Kommunikations- und Sprachforschung, Hans Messelken, an Warnfried Dettling, Bundesgeschäftsstelle der CDU – Planungsgruppe, 15. 12. 1976, Anlage: Zusammenfassender Bericht über die Arbeit von Sematest, S. 9–17.

¹²⁸ Bundesparteitag der CDU 1975, S. 170–171.

Anstrengungen zu intensivieren, um „eine politische Sprache der Mitte zu entwickeln“.¹²⁹ In Biedenkopfs selbstbewusster Erfolgsmeldung verbarg sich daher die zweite Dimension der konzertierten sprachpolitischen Anstrengungen der CDU. Sie waren von Beginn an ein Mittel im parteipolitischen Kampf um die Öffentlichkeit – Biedenkopf appellierte zwar sicherlich auch an die zerstrittene CDU, zu begrifflicher Einheit zu kommen, ebenso aber hatte er mit seinem ersten Parteitag als Generalsekretär die größtmögliche Öffentlichkeit für seine sprachpolitische Intervention gewählt. Die CDU präsentierte sich so zum einen als Partei, die politikstrategisch auf der Höhe Zeit agierte. Allein schon die Ankündigung, dass die Union nun Sprachpolitik betreiben werde, entfaltete Wirkung, wurde zu einer self-fulfilling-prophecy. Zum anderen stellte sie sich als Partei dar, die aus dem intellektuellen – hier sprachkritischen – Diskurs schöpfte und zu diesem beitrug.¹³⁰ Der Politikwissenschaftler Wolfgang Bergsdorf, der nach seiner Promotion 1970 von der Bundesgeschäftsstelle der CDU verpflichtet wurde und 1973 zum Büroleiter des neuen Parteivorsitzenden Helmut Kohl aufstieg, profilierte sich – inspiriert von Hans Messelken und Sematest¹³¹ – mit sprachkritischen Arbeiten in der Politikwissenschaft, mit denen er sich 1983 in Bonn habilitierte.¹³² Zudem wurde die so öffentlichkeitswirksame sprachpolitische Aktivität der CDU schnell zu einem Thema wissenschaftlicher Auseinandersetzung.¹³³ Der ‚Geist‘ stand nicht nur ‚links‘, das war die Botschaft, die Biedenkopf eben auch transportierte. Die SPD verstand diese Botschaft nur zu genau.¹³⁴

3.3.3. Intellektuelle Sprachkritik in konservativer Absicht

Die Sprache rückte auch im intellektuellen Diskurs der späten 1960er und der 1970er Jahre ins Zentrum des Rasonierens. Dabei entdeckten einige wortgewaltige Sozialwissenschaftler und Philosophen die politische Sprachkritik als Mittel in ihrer Auseinandersetzung mit der intellektuellen Linken. Sie standen alle in mehr oder weniger enger Verbindung zum 1970 gegründeten Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW), einer Vereinigung von Hochschullehrern und Lehrern an allgemeinbildenden Schulen, die es als ihre Aufgabe betrachteten, in der Wissenschafts- und Bildungspolitik den linken Forderungen und Politikentwürfen Paroli zu bieten. Der BFW entwickelte sich zu der wichtigsten Plattform für den sich infolge von 1968 formierenden intellektuellen Konservatismus in der Bundesrepublik, über den wir unten noch Genaueres hören werden.¹³⁵

¹²⁹ MAHLER, Politik und Sprache, 1975.

¹³⁰ KLEIN, Kann man „Begriffe besetzen“?, S. 47–48.

¹³¹ Vgl. BERGSDORF, Sprache und Politik.

¹³² Vgl. BERGSDORF, Politik und Sprache, 1978; ders., Wörter als Waffen, 1979; ders., Die sanfte Gewalt, 1977; ders., Von der Versöhnung zur Zwietracht, 1979; ders., Ein Wort macht Politik, 1982; ders., Herrschaft und Sprache, 1983; ders., Die Rolle der Sprache in der Politik, 1979.

¹³³ Vgl. z. B. BEHRENS et al., Politik als Sprachkampf, 1982.

¹³⁴ Vgl. z. B. BAUER, Begriffe gegen Inhalte, 1975.

¹³⁵ Zum Bund Freiheit der Wissenschaft vgl. WEHRS, Protest der Professoren.

Hans Maier hatte die sprachkritische Interpretation der Neuen Linken ins Spiel gebracht. Der 1931 geborene Politikwissenschaftler gehörte der Generation der 1945er an, jener Geburtsjahrgänge ungefähr zwischen 1922 und 1932 also, die das Ende des Dritten Reiches als Jugendliche erlebt und mit dem Neubeginn in der Demokratie identitär eng verbunden waren.¹³⁶ Im katholischen Milieu Freiburgs aufgewachsen hatte sich Maier als Schüler des aus dem amerikanischen Exil heimgekehrten Freiburger Politikwissenschaftlers Arnold Bergstraesser das bundesrepublikanische Demokratieprojekt zu eigen gemacht. 31-jährig wurde er 1962 auf den Lehrstuhl für politische Wissenschaften am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen, wo er unter anderem auf Eric Voegelin traf.¹³⁷ In seiner Auseinandersetzung mit der erstarkenden Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) 1967 wurde Maier die Bedeutung der politischen Sprache bewusst;¹³⁸ so sensibilisiert kritisierte er dann die Sprache der Neuen Linken wie der politischen Theologie.¹³⁹ 1968 griff er die „Kohorte der Nachredner und Nachbeter“ eines Jürgen Habermas, Theodor Adorno oder Ernst Bloch an – wohlgemerkt nicht diese selbst, die „Bedeutendes“ zu sagen hätten. Deren Epigonen aber verwendeten ein „klischeehaft erstarrtes, bössartig trommelndes Deutsch, eine Formelsprache, deren Zweck nicht Mitteilung, sondern Deklamation und Übertäuben“ sei.¹⁴⁰

Ein „bössartig trommelndes Deutsch“ – Maiers Wortwahl erinnerte ganz offensichtlich an einen anderen „Trommler“, der Herrschaft über Sprache zementiert hatte. Tatsächlich stand die nationalsozialistische Zerstörung der Demokratie im Hintergrund von Maiers Sprachkritik. Zunächst suchte er den Wortschatz der NPD seiner demokratischen Camouflage zu entkleiden – er suchte zu „enttarnen“ und zu „entschleiern“, um die antidemokratische Stoßrichtung der Rechts-extremen offen zu legen.¹⁴¹ Dann, mit der Studentenbewegung täglich konfrontiert, tat Maier Gleiches mit der Linken, in der er eine ähnliche Gefahr für die junge Demokratie der Bundesrepublik erkannte. Zwischen der „Sprach- und Gesellschaftsveränderung“, die er aufmerksam beobachtete, bestand, so war Maier überzeugt, ein enger Konnex.¹⁴² Eine solche Intention vermutete Maier nicht allein bei den Intellektuellen der Neuen Linken oder den Aktivisten der Studentenbewegung, sondern auch bei der sozialliberalen Regierungskoalition, vor

¹³⁶ Vgl. MOSES, German Intellectuals and the Nazi Past.

¹³⁷ Zu Hans Maier vgl. MAIER, Böse Jahre, gute Jahre; zu seiner Prägung durch Bergsträsser vgl. SCHMITT, Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie, u. a. S. 98–99.

¹³⁸ Vgl. MAIER, Die NPD, 1967; vgl. auch seine autobiographischen Hinweise in seinem Referat vor dem Bergedorfer Gesprächskreis: 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 2; publiziert: MAIER, Können Begriffe die Gesellschaft verändern?, 1972, S. 55–56. Zur NPD in den 1960er Jahren vgl. zusammenfassend BOTSCH, Die extreme Rechte, S. 41–59.

¹³⁹ Vgl. MAIER, Kritik der politischen Theologie, 1970, bes. S. 16–22; ders., Politische Wissenschaft in Deutschland, 1969, bes. S. 214–232.

¹⁴⁰ Zitiert in: HANS MAIER, Sie trommelten ein bössartiges Deutsch, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 18. 3. 1977.

¹⁴¹ MAIER, Können Begriffe die Gesellschaft verändern?, 1972, S. 55.

¹⁴² Ebd., S. 56.

allem bei der SPD. Ihr warf er auf dem CSU-Parteitag 1970 „Wortmissbrauch“ vor.¹⁴³

Systematisch arbeitete er seine Überlegungen zu Sprache und Politik für einen Vortrag vor dem Bergedorfer Gesprächskreis im Mai 1972 aus.¹⁴⁴ Maier bezichtigte die Linke, über eine bewusste Manipulation der politischen Schlüsselbegriffe die demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu unterminieren. Als Beispiele führte er die Weitung des Gesellschaftsbegriffs und die Überlagerung des Staatsbegriffs an, die Konjunktur der Begriffe *Emanzipation*, *Freiraum* und *Betroffensein*, die Dynamisierung des Demokratiebegriffs über den Begriff der *Demokratisierung* und die Semantik des Kampfes. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden äußerst kritisch diskutiert, wobei sich die Abgründe auftaten, die zwischen konservativer und linker Sprachkritik entstanden waren. Nicht die Sprache verändere die Gesellschaft, sondern umgekehrt, die Gesellschaft verändere die Sprache, argumentierten etwa die Bildungsreformer Hartmut von Hentig und Hellmut Becker und mochten darin nur Positives erkennen. Ein neuer Sprachgebrauch könne Verkrustungen aufbrechen und vernachlässigte Blickwinkel hervortreten lassen. Maiers Kritik laufe also ins Leere und sei ausschließlich politisch motiviert.¹⁴⁵

Schnell konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage der Normsetzung. Denn wenn Maier behauptete, dass politische Begriffe ihrer eigentlichen Bedeutung entkleidet, wenn er davon ausging, dass diese aus ihrer „Normallage gelöst“ worden seien, stellte sich tatsächlich die Frage nach der Definition des ‚Normalen‘ sowie der Instanz, die über dessen Einhaltung wachte. Maier schöpfte aus der klassischen Tradition politischer Begriffsbildung – ideengeschichtlich begründet und philosophisch grundiert. Der Maßstab für die „Normallage“ der Bedeutungsgehalte war ihm die liberale Tradition politischen Denkens. Bei „aller Diskussion über Begriffe“ gebe es einen „Horizont der Sprache hinter den Begriffen, in dem richtig oder falsch gedacht werden kann“,¹⁴⁶ unterstrich Maier seine Ansicht. Daran zweifelten diejenigen, die mit der analytischen Sprachphilosophie davon ausgingen, dass Sprache ein System eigener Realität darstellte, wie dies in der Bergedorfer Diskussion etwa der Germanist und DAAD-Präsident Hansgerd Schulte tat.¹⁴⁷ Die Bedeutung von Begriffen änderte sich je nach den Erfahrungen, die Einzelne machten – eine andere, ewige Realität hinter den Begriffen existierte nicht.

Es war der Freiburger Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis,¹⁴⁸ der sich mit Hans Maier explizit von der nominalistischen Philosophie distanzierte und diese in Verbindung mit Carl Schmitts These brachte, „dass alle politischen Begriffe

¹⁴³ ACSP, 19701017, Hans Maier, Bilanz 1970 – Zur innenpolitischen Situation der Bundesrepublik, Rede zum Parteitag der CSU, München, 16.–17. 10. 1970, S. 13.

¹⁴⁴ 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 2–5.

¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 5.

¹⁴⁶ Ebd., S. 13.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 7–8.

¹⁴⁸ Zu Wilhelm Hennis vgl. SCHLAK, Wilhelm Hennis; MEIER, Politik und Praktische Philosophie; MOSES, German Intellectuals and the Nazi Past, S. 74–104.

polemische Begriffe“ seien. „Der Begriff hat danach nur jeweils einen taktischen Zweck“, die politische Sprache entfalle als Kommunikationsmittel und sei nach Hobbes „nur noch ein Mittel des Kampfes, mit dem man primär verletzt und lügt“. Dies mache die freie Verständigung in der Demokratie unmöglich, mehr noch: „Wer in den Sozialwissenschaften und in der politischen Wissenschaft auf dem Boden des Nominalismus steht, [...] kann die Gesellschaft nur dann als geordnetes Gefüge retten, wenn er ja zur Tyrannis sagt“. ¹⁴⁹ Für Hennis war die gegenwärtige Situation einer „Beliebigkeit der Begriffe“ höchst alarmierend, ¹⁵⁰ deren „Dramatik“ er in Maiers Referat noch nicht genügend herausgestrichen sah. ¹⁵¹ Sollte eine Demokratie funktionsfähig sein, dann benötigte sie ein Arsenal konsensualer Begriffe. Bereits im Juli 1971 hatte er in der SZ vor einer solchen linken Sprachstrategie gewarnt. Die bundesrepublikanische Gesellschaft glaubte er bereits „im zügigen Vormarsch in Richtung auf die konkrete Utopie, für die die Wörterbücher neu geschrieben werden“. ¹⁵² Hinter diesem Schreckensbild stand George Orwells Dystopie einer totalitären, überwachten Gesellschaft, die er in seinem Roman *Nineteen Eighty-Four* beschrieben hatte. Dass Machtausübung über die Beherrschung der Sprache funktioniere, gehörte zu den zentralen Thesen des Romans, die Orwell auch an anderer Stelle sprachkritisch ausführte. Die große Gefahr glaubte er im totalitären Wahrheitsrelativismus lauern, wenn nämlich negiert würde, dass Begriffe über eine „wahre“, eigentliche Bedeutung verfügten. ¹⁵³ Diese Befürchtung teilten Maier und Hennis. *Nineteen Eighty-Four* bildete eine der Hintergrundfolien konservativer Sprachkritik.

Nur: Wie sollten die allseits geteilten Begriffe der Demokratie definiert werden? Wer sollte diese Definitionsarbeit organisieren? Wie mochte solch ein „Hüter der Begriffe“ beschaffen sein? ¹⁵⁴ Für Hennis, der dieses Schlagwort in die Diskussion eingebracht hatte, konnte diese Funktion in einer freiheitlichen Gesellschaft nur „pluralistisch“ erfüllt werden – etwa durch die Kirchen, die Schule oder die Kultusministerien. ¹⁵⁵ Damit rekurrierte er auf Institutionen, was ihm seine Bergedorfer Kritiker, die auf die Rationalität des freien Diskurses setzten, umgehend vorhielten. „Das Wort ‚Hüter der Begriffe‘ lässt an den ‚Hüter der Verfassung‘ denken“, erwiderte Hellmut Becker, um Hennis’ Schmitt-Analogie mit gleichen Mitteln zu kontern:

Carl Schmitt ist eben schwer zu vermeiden, ob man nun von links oder von rechts her argumentiert. Das griffige Wort vom ‚Hüter der Begriffe‘ legt natürlich eine Institutionalisierung nahe. Ich hatte den Eindruck, Herr Hennis, dass Sie mit Ihrem Begriff der Sprachanarchie die Möglichkeit eines rationalen Diskurses über die Begriffe leugnen. ¹⁵⁶

¹⁴⁹ 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 11.

¹⁵⁰ Ebd., S. 12.

¹⁵¹ Ebd., S. 11.

¹⁵² WILHELM HENNIS, *Schleiworte demokratisch*, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 31. 7. 1971.

¹⁵³ Vgl. ORWELL, *Politics and the English Language*; vgl. dazu ZELTER, *Sinnhafte Fiktion und Wahrheit*, S. 197–204.

¹⁵⁴ 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 11.

¹⁵⁵ Ebd., S. 14.

¹⁵⁶ Ebd., S. 13.

Dies wies Hennis energisch zurück. Die Begriffe zu „hüten“, sei in der Demokratie Aufgabe des Bürgers, wozu er durch politische Bildung ermächtigt werden müsse. Die Institutionen wiederum hätten nur dann Existenzberechtigung, wenn sie in einem demokratischen Verfahren durch die Bürger legitimiert worden seien.¹⁵⁷

Was Hennis in der illustren Bergedorfer Runde verschwieg, war die Rolle des Politikwissenschaftlers als „Hüter der Begriffe“, die er bereits 1968 beschrieben hatte und die von seinem eigenen Selbstverständnis zeugte. Die großen politischen Denker der Geschichte hätten Neues immer im Rahmen der überlieferten Begriffe gedacht, diese so fortentwickelt und gleichzeitig konserviert. Gerade in einer Zeit des Wandels, als die Hennis seine Gegenwart erlebte, angesichts „der völlig ungedeckten Wechsel auf die Zukunft“ gebiete es die „praktische Vernunft“, an der „Politik in ihrem herkömmlichen Verständnis“ festzuhalten. „Das heißt zugleich darauf zu bestehen, dass die Dinge weiterhin beim Namen genannt werden“.¹⁵⁸ In seiner kleinen Schrift zur Wahlrechtsreform aus dem Jahr 1968 zielte Hennis' Sprachkritik noch auf eine allgemeine Tendenz des begrifflichen Wandels in der bundesdeutschen Politik, Ausdruck eines „nouveau style“ altdeutscher Realpolitik, technokratisch aufgeputzt, seiner Sache und Fähigkeiten absolut sicher, in seinen Zielen erfreulich begrenzt und darum weltpolitisch vergleichsweise ungefährlich.¹⁵⁹ Wenig fassbar erschien Hennis diese Sprache: „Nichts sitzt, nichts stimmt.“¹⁶⁰ Daher gelte es, folgerte er, die seit der Antike tradierten Begriffe der Politik wieder ins Bewusstsein zu bringen. Darin bestand die Aufgabe des Politikwissenschaftlers als des „Hüters der Begriffe“, die Hennis mit seinem „Festhalten an den alten Begriffen“ sein Leben lang zu erfüllen suchte.¹⁶¹ Zu Beginn der 1970er Jahre stand für Hennis der Verursacher dieses Sprachwandels fest – nicht mehr Technokratie und Realpolitik, sondern die Linke identifizierte er als Akteur einer gefährlichen Sprachmanipulation. Seine Sprachkritik hatte sich seit 1968 politisiert und radikalisiert.

1972 in Hamburg-Bergedorf insistierte Hennis allerdings nicht auf seiner Formel des „Hüters der Begriffe“. Stattdessen schlug er vor, über „Tradition“ zu sprechen – über Tradition, die in den Begriffen konserviert war und sich in den Begriffen perpetuierte. Dies traf den Kern dessen, worum es Hennis und Maier ging: Sie sorgten sich um die Frage, wie in einer pluralistischen Gesellschaft ein normativer Grundkonsens gesichert,¹⁶² wie „Verantwortung vor der Gesellschaft“, die in einer Demokratie nur als „moralischer oder theologischer Begriff“ denkbar war, wahrgenommen werden konnte.¹⁶³ Denn wie Ernst-Wolfgang Böckenförde

¹⁵⁷ Ebd., S. 22. Zur Bedeutung von Bürgerlichkeit für den liberalen Konservatismus der 1970er Jahre vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 256–289

¹⁵⁸ HENNIS, Große Koalition ohne Ende?, 1968, S. 11. Zur Bedeutung, die Hennis den Schlüsselbegriffen der Demokratie zuschrieb, vgl. z. B. auch ders., Verfassung und Verfassungswirklichkeit, 1968; ders., Politik als praktische Wissenschaft, 1968.

¹⁵⁹ HENNIS, Große Koalition ohne Ende?, 1968, S. 9.

¹⁶⁰ Ebd., S. 10.

¹⁶¹ SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 11–12 und 85–88.

¹⁶² Vgl. 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 13.

¹⁶³ Ebd., S. 23.

waren sie davon überzeugt, dass der liberale, säkulare Staat von Voraussetzungen lebte, die er selbst nicht garantieren konnte.¹⁶⁴ Erodierte der normative Grundkonsens, war die Demokratie in Gefahr. Klagten Maier und Hennis also über die „Manipulation“ der Begriffe, meinten sie die Grundlagen der bundesrepublikanischen Demokratie.¹⁶⁵ Deshalb erhielt auch der Text des Grundgesetzes in ihrer Argumentation solches Gewicht. Hier wurden die Begriffe der Demokratie verwahrt – dies war das einzige Dokument, das der politischen Sprache der jungen Republik einen Rahmen gab. Maier und Hennis wollten, wie der Münchner Philosoph Hermann Krings bemerkte, „nicht nur am Geist, sondern auch am Buchstaben des Grundgesetzes festhalten“.¹⁶⁶

Die beiden Politikwissenschaftler kämpften für die Bewahrung der Sprache der liberalen Demokratie, die mit der Gründung der Bundesrepublik in Deutschland eine zweite Chance bekommen hatte und in deren Etablierung sie ihre Lebensaufgabe sahen. Vor diesem Erfahrungshintergrund ist auch nur die emotionale Intensität zu verstehen, mit der sie sich in der Debatte um die politische Sprache engagierten. Hennis und Maier glaubten die deutsche Demokratie ein weiteres Mal in akuter Gefahr, in eine Diktatur umzuschlagen. Daher war in ihren sprachpolitischen Debattenbeiträgen der Bezug auf die Weimarer Republik omnipräsent.¹⁶⁷ Die Lösung der Begriffe von der Realität, ihre utopische Aufladung habe die Demokratie überfordert und destabilisiert, argumentierte Hans Maier.¹⁶⁸ Dass die Weimarer Verfassung die demokratischen Grundbegriffe nicht festgeschrieben hätte, dass diese „disponibel“ geblieben seien, hätte zu ihrer Schwächung entscheidend beigetragen. Genau davor müsse das Grundgesetz geschützt werden.¹⁶⁹

Den liberalen Geist des Grundgesetzes, den sie in seinen Begriffen vermuteten, suchten Hans Maier und Wilhelm Hennis also zu bewahren. Die konservative Semantik des Bewahrens charakterisierte in der Tat ihre eigene politische Sprache im Streit um die Sprache der Politik. Die Formel vom „Hüter der Begriffe“ illustriert dies augenscheinlich. Darüber hinaus besaßen in ihren Augen die politischen Begriffe selbst eine besondere Qualität. Dies fiel auch ihren linken Kritikern auf. „Nicht Begriffe müssen konserviert werden“, meinte Hartmut von Hentig, „das Interessante ist vielmehr, dass Begriffe selbst ununterbrochen etwas konservieren. Vielleicht stehen die Konservativen hier so stark für die Wahrung der Begriffe ein, während die anderen mehr die sich verändernden Verhältnisse im Auge haben.“¹⁷⁰ Mit dieser Beobachtung traf er ins Schwarze. Die Sprachsensibilität

¹⁶⁴ Vgl. BÖCKENFÖRDE, Staat, Gesellschaft, Freiheit, 1976, S. 60; für die Bedeutung der Böckenförde-Doktrin für das liberalkonservative Denken vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, S. 161–166.

¹⁶⁵ Zu Hennis' sprachpolitischem Engagement in den 1970er Jahren vgl. SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 156–162.

¹⁶⁶ 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 23.

¹⁶⁷ Zum Rekurs auf die Weimarer Republik mit Bezug auf Studentenbewegung und Neue Linke bei Hennis vgl. auch SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 152–156.

¹⁶⁸ Vgl. 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll, S. 4.

¹⁶⁹ Vgl. ebd., S. 13.

¹⁷⁰ Ebd., S. 24.

der Konservativen rührte aus der Bedeutung, die Sprachstrukturen für die Tradierung wie die Identität des Konservatismus hatten. In Hamburg-Bergedorf nach seiner politischen Position befragt, charakterisierte Maier sich als „Liberaler, der keine Eigentore schießt“.¹⁷¹ Wie wir sehen werden, hatte er mit dem Konservatismusbegriff ansonsten keine Berührungspunkte. Ihm war es um die Bewahrung des Liberalen in der Demokratie zu tun. Das verlieh dem Konservatismusbegriff eine neue Durchschlagskraft.

Hans Maier und Wilhelm Hennis blieben nicht die einzigen Intellektuellen, die sich kritisch mit dem Wandel der politischen Sprache auseinandersetzten und diesen einer manipulativen linken Strategie anlasteten. Hermann Lübke,¹⁷² Kurt Sontheimer¹⁷³ und Helmut Schelsky¹⁷⁴ traten – trotz großer Unterschiede in ihrem politischen Denken – ebenso dezidiert und mit ganz ähnlichen Argumenten als Advokaten der Sprache des Grundgesetzes auf.¹⁷⁵ Dabei wandten sie sich an eine breite Öffentlichkeit und verfolgten eine multimediale Strategie. Sie bewegten sich aus dem wissenschaftlichen in den politischen Raum. Einerseits publizierten sie in wissenschaftlichen Organen und Sammelbänden, andererseits präsentierten sie ihre Thesen in verkürzter Form in den großen Tageszeitungen. Besonders die *Deutsche Zeitung*. *Christ und Welt* machte mit kolumnenartigen sprachkritischen Beiträgen auf sich aufmerksam.¹⁷⁶ Die wenigen zentralen Texte aus der Feder von Maier, Lübke, Sontheimer und Schelsky wurden in unterschiedlichen Zusammenhängen wieder und wieder abgedruckt. Hennis war dabei ein Sonderfall: Er explizierte am konkreten Beispiel des Begriffs der *Demokratisierung* sein Argument.¹⁷⁷ Die hohe pub-

¹⁷¹ Ebd., S. 15.

¹⁷² Zu Hermann Lübke vgl. MULLER, German Neoconservatism, ca. 1968–1985; HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

¹⁷³ Zu Kurt Sontheimer vgl. LOEWENSTEIN, Kurt Sontheimers Republik; BAVAJ, Turning „Liberal Critics“.

¹⁷⁴ Zu Helmut Schelsky vgl. GALLUS, Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe.

¹⁷⁵ Vgl. (genannt wird jeweils die Erstveröffentlichung) LÜBBE, Der Streit um Worte, 1967; ders., Sein und Heißen, 1975; HANS MAIER, Die Sprache der Neuen Linken verhindert den Dialog, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 13. 7. 1972; HELMUT SCHELSKY, Macht durch Sprache, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 12. 4. 1974; KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 21. 3. 1975; HENNIS, Demokratisierung, 1970.

¹⁷⁶ Vgl. z.B. HERMANN GLASER, Links friert die Sprache ein, in: CHRIST UND WELT, 11. 7. 1969; HELMUT SCHELSKY, Macht durch Sprache, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 12. 4. 1974; KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: ebd., 21. 3. 1975; HERMANN LÜBBE, Haltet den Begriff!, in: ebd., 5. 9. 1975; HELMUT SCHELSKY, Ein Schlagwort entsteht, in: ebd., 19. 9. 1975; ERWIN K. SCHEUCH, Ein Begriff wird entführt, in: ebd., 6. 5. 1977; HANS MAIER, Sie trommelten ein bösesartiges Deutsch, in: ebd., 18. 3. 1977.

¹⁷⁷ Vgl. die Nachdrucke der in Fußnote 175 genannten Erstveröffentlichungen: LÜBBE, Der Streit um Worte, 1967; ders., Der Streit um Worte, 1975; ders., Der Streit um Worte, 1982; ders., Sein und Heißen, 1979; SONTHEIMER, Das Elend unserer Intellektuellen, 1976, S. 241–259; ders., Die Sprache linker Theorie, 1979; SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975, S. 233–249; ders., Herrschaft durch Sprache, 1976; ders., Herrschaft durch Sprache, 1979; HANS MAIER, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, in: BAYERNKURIER, 21. 10. 1973; ders., Können Begriffe die Gesellschaft verändern?, 1972; ders., Sprache und Politik, 1977; ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1978; ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1979; ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1982; HENNIS, Demokratisierung, 1973.

lizistische Sichtbarkeit der konservativen Sprachkritik erhöhte die Verbreitung der Texte und verlieh den Thesen zusätzlichen Nachdruck. Hier erwies sich, wie eng Politik und Wissenschaft aneinandergerückt waren, aber auch wie stark sich die Politikwissenschaften seit 1968 politisiert und polarisiert hatten. An niemandem anders zeigte sich dies deutlicher als an Hans Maier, der 1970 das Amt des bayerischen Kultusministers im Kabinett von Alfons Goppel übernommen hatte. Zwar trat er der CSU erst im September 1973 bei,¹⁷⁸ aber sein Weg in die Politik war Signal genug. 1974 wurde er in den Parteivorstand gewählt und gewann schließlich 1978 für den Wahlkreis Günzburg ein Landtagsmandat.¹⁷⁹ Intellektuelle Sprachkritik und christdemokratische Sprachpolitik gingen Hand in Hand. Die intellektuelle Linke nahm den Fehdehandschuh schließlich auf und trat in den „Sprachkampf“ ein, davor warnend, dass der von den Konservativen insinuierte „Kampf um die politischen Begriffe“ letzten Endes die „Liberalität unserer Republik“ gefährdete.¹⁸⁰ Beide Seiten also sahen die Freiheit bedroht. Die Rolle der Sprache in der Politik war zu einem Top-Thema des politischen Diskurses geworden. Parteipolitischer und intellektueller Diskurs waren so eng verzahnt wie selten zuvor in der Bundesrepublik.

Die Furcht vor einem revolutionären, marxistischen Umsturz motivierte die sprachkritischen Beiträge Maiers, Lübbes, Sontheimers, Schelskys und Hennis' und ließ die politischen Differenzen, v. a. im Falle Schelskys, in den Hintergrund treten. Von „1968“ ging ein starker Impuls zur Formierung eines intellektuellen liberalen Konservatismus in der Bundesrepublik aus.¹⁸¹ Dieser wirkte auch parteipolitisch. Lübke und Hennis brachen mit der Sozialdemokratie, in der sie bis dahin ihre politische Heimat gefunden hatten. Sontheimer trat aus der SPD zwar nicht aus, wahrte aber Distanz. Gleichzeitig bauten sich Kontakte zur Union auf. Schelsky dagegen, eine entscheidende Generation älter als Maier, Lübke, Sontheimer und Hennis und als Schüler Arnold Gehlens im technokratischen Konservatismus verortet, stand ohnehin der Union nahe. Dass diese fünf so verschiedenen *public intellectuals* in der aufgeheizten polarisierten Atmosphäre der 1970er Jahre als Gruppe wahrgenommen wurden, hatte seinen Grund allerdings in einer tiefen Übereinstimmung der Interpretation ihrer Gegenwart im Prisma politischer Sprache. Der intellektuelle liberale Konservatismus nach „1968“ wurzelte in der Sprachkritik.

Zum ersten einte die fünf Intellektuellen ihre Deutung des Sprachwandels als politisch induziert. Kontrolle über die Sprache bedeutete Macht, die Beeinflussung der politischen Sprache fungierte deshalb als Herrschaftstechnik. Insofern beinhaltete der Diskurs über die politische Sprache auch eine konservative Ortsbestimmung der Macht in der Demokratie. Sie selbst schrieben sie Neutralität zu, ihre eigene Sprachpolitik – und genau darum handelte es sich – negierten sie. Sie weigerten sich, den Streit um die Begriffe als Teil des demokratischen Diskur-

¹⁷⁸ Vgl. MAIER, Böse Jahre, gute Jahre, S. 250.

¹⁷⁹ Vgl. ebd., S. 241–264.

¹⁸⁰ DUVE, Vorbemerkung der Redaktion, 1976.

¹⁸¹ Vgl. MOSES, German Intellectuals and the Nazi Past, S. 55–73; HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit; BAWAJ, Turning „Liberal Critics“.

ses zu akzeptieren, und kanonisierten die Bedeutungszuschreibungen, die sie selbst als richtig ansahen.

Zum zweiten operierten sie mit einem bewusst undifferenzierten Bild der ‚Linken‘, in dem die SPD als verlängerter Arm der marxistischen Revolution erschien, geradewegs dabei die Demokratie auszuhöhlen und ein sozialistisches Regime vorzubereiten. Die DDR und ihre Sprachpolitik dienten als warnendes Beispiel und lieferten eine Negativfolie.

Zum dritten präsentierten sie ein sprachpolitisches Narrativ der Geschichte der Bundesrepublik: Das Grundgesetz und die Adenauer-Jahre hätten nicht zuletzt durch das Engagement liberaler Intellektueller eine neue demokratische politische Sprache etabliert und damit einen entschiedenen Trennstrich unter die nationalsozialistische Sprache des „Unmenschen“ gezogen. Auf dieser politischen Sprache, auf einer „Sprach- und Verständigungseinheit“¹⁸² basierte die junge Demokratie im westdeutschen Teilstaat. Erst die Neue Linke und die Studentebewegung hätten diesen sprachlichen Grundkonsens angegriffen und mithilfe der Massenmedien bewusst einen Sprachwandel in Gang gesetzt, der geradewegs in die sozialistische Diktatur führen sollte. Dieses Narrativ erwies sich als einflussreich – auch die linken Kritiker zweifelten es nicht an. Es basierte auf der Vorstellung, dass die politische Sprache der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1968 stabil geblieben und dass diese die politischen Realitäten abzubilden imstande gewesen sei. Es übersah die sprachlichen Unsicherheiten der frühen Republik, es ignorierte die sprachlichen Verunsicherungen unter konservativen Intellektuellen und in den Unionsparteien seit den späten 1950er Jahren und übersah die kulturellen und sozialen Antriebskräfte des seitdem feststellbaren Sprachwandels. Diese Lesart bundesrepublikanischer Sprachgeschichte wird in der sprachgeschichtlichen Literatur bis heute transportiert.¹⁸³

Zum vierten argumentierten die konservativen Sprachkritiker, wie am Beispiel Maiers illustriert, vor der Folie Weimars. Orwells Dystopie *Nineteen Eighty-Four* stützte diese Bezugnahme. Zum fünften verteidigten sie die politischen Grundbegriffe der liberalen Demokratie, denen sie sich verbunden fühlten. Das galt für die vom Konsensliberalismus geprägten 1945er genauso wie für den älteren, 1912 geborenen Helmut Schelsky, der die westliche Demokratie erst nach 1945 zu akzeptieren gelernt hatte.¹⁸⁴ Ihr Demokratieverständnis kreiste um die demokratischen Institutionen, in deren Existenz allein sie eine Garantie für die Überlebensfähigkeit der jungen bundesrepublikanischen Demokratie gewahrten. Während Maier davon ausging, dass keine Institution ohne einen begrifflichen Grundkonsens funktionierte,¹⁸⁵ spitzte Schelsky diesen Konnex noch zu: „Alle Sprach- und Verständnisidentitäten“ seien „institutionell begründet“ und würden „nur so

¹⁸² SCHELSKY, Herrschaft durch Sprache, 1979, S. 19.

¹⁸³ Vgl. WENGLER, 1968 – Eine Zäsur im politischen Sprachgebrauch?; ders., „1968“ als sprachgeschichtliche Zäsur; KÄMPER, Aspekte des Demokratiediskurses, S. 17.

¹⁸⁴ Zum Konsensliberalismus vgl. ANGSTER, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; DOERING-MANTEUFFEL, Wie westlich sind die Deutschen?; ders., Westernisierung.

¹⁸⁵ Vgl. MAIER, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1979, S. 41.

erhalten“.¹⁸⁶ „Eine politische Sprache, die wie bei der Linken alles in Prozesse, Abläufe, Entwicklungen umdeutet und in Strukturen nur jeweils das Moment der Unterdrückung und Erstarrung wahrnimmt, trägt tendenziell zur Auflösung solcher Strukturen bei“, unterstrich Sontheimer.¹⁸⁷ Erodierter das Einvernehmen über die politischen Begriffe, zerfielen die Institutionen, so die Argumentation.

Die Bedeutung, welche Lübke, Maier, Sontheimer, Schelsky und Hennis der Sprache zumaßen, resultierte zugleich aus der Wertschätzung einer diskursiven Öffentlichkeit, allerdings nur eines bestimmten, gewissermaßen zivilisierten Typs. Immer wieder betonten sie, dass Dialog, dass ein konstruktives Ringen um die bessere Lösung nur möglich sei, wenn die Chancen auf Partizipation gleichmäßig verteilt sein würden, wenn also ein Setzkasten geteilter Begriffe vorläge. Besonders Hermann Lübke strich die Notwendigkeit des politischen „Streits um Worte“ und seine Handlungsdimension heraus.¹⁸⁸ Kurt Sontheimer beklagte, dass die „Sprache, die ein Mittel der Verständigung, der Kommunikation sein“ sollte, „zum Selbstzweck, zur Selbstbefriedigung beim Hantieren mit aufgeblähten Begriffen [entarte]“.¹⁸⁹ Und Hans Maier rief dazu auf, jene linken „Sprachspiele zu entlarven, die in Wahrheit verweigerte Dialoge“ seien.¹⁹⁰ Demokratie lebte aus dem Disput, aber der war nur demokratisch, so das Argument, wenn nicht die einen die anderen sprachlos machten.

Zum sechsten waren die Texte des sprachkritischen Quintetts durchzogen von der Semantik der Sachlichkeit und Nüchternheit. Sie mahnten „Klarheit, Verständlichkeit und sprachliche Sauberkeit“ an¹⁹¹ und stellten fest, dass „politische Sprache sich besonderer Nüchternheit zu befleißigen habe, dass sie ein Instrument sachlicher Beschreibung der Realität sei“.¹⁹² Die Sprache der Linken wurde dagegen als emotional, mit Zukunftsverheißungen überladen, wirklichkeitsfremd, abstrakt und überhitzt dargestellt, die in letzter Konsequenz in Gewalt umschlagen müsse. Dass sich dieser Duktus der Nüchternheit aus dem Selbstverständnis der konservativen Sprachkritiker speiste, wurde in einem veröffentlichten Briefwechsel Hans Maiers mit Heinrich Böll augenscheinlich. In Maiers Augen verbarg sich dahinter eine generationelle Komponente:

Dass meine (Zwischen)generation in der Tat ein wenig emotionsscheu ist, haben Sie richtig gesehen. Einmal erleben wir heute so viele Menschen in aller Welt, die ihr Herz ‚aus der Mündung der Pistole‘ sprechen lassen, dass Zurückhaltung eine vielleicht doch verteidigungswerte Haltung sein kann.¹⁹³

¹⁸⁶ SCHELSKY, Herrschaft durch Sprache, 1979, S. 21.

¹⁸⁷ SONTHEIMER, Die Sprache linker Theorie, 1979, S. 58.

¹⁸⁸ Vgl. LÜBBE, Der Streit um Worte, 1967.

¹⁸⁹ KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 21. 3. 1975.

¹⁹⁰ MAIER, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, 1979, S. 43.

¹⁹¹ Vgl. KURT SONTHEIMER, Umgang mit Worten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 21. 3. 1975.

¹⁹² HANS MAIER, Sie trommelten ein bösesartiges Deutsch, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 18. 3. 1977.

¹⁹³ Hans Maier an Heinrich Böll, 26. 1. 1975, abgedruckt in: MAIER, Sprache und Politik, 1977, S. 34–39, hier S. 37–38.

Diese Selbstbeschreibung liest sich wie ein zustimmender Kommentar zu Schelskys These des Jahres 1957, als er die „Jugend“ seiner Zeit als „skeptische Generation“ charakterisiert hatte.¹⁹⁴ Sie diene in den aufgeheizten späten 1960er und frühen 1970er Jahren gerade jenen Intellektuellen, die sich als Liberale verstanden hatten und nun von der Jugend ihrer Zeit infrage gestellt wurden, der identitären Selbstversicherung.¹⁹⁵ Sie evozierte einen Politikstil, der als *nüchtern*, *sachlich*, *antiutopisch*, *pragmatisch* oder *realistisch* beschrieben wurde und damit Schlüsselbegriffe des semantischen Netzes um den Konservatismusbegriff zitierte. Zugleich verband sie sich mit einer Idealisierung der Sprache der Adenauer-Zeit.¹⁹⁶ Dass allerdings Schelsky, der Stichwortgeber der „skeptischen Generation“, sich in seinen wütenden Beiträgen der 1970er Jahre alles andere als einen Stil der Nüchternheit pflegte, vertrug sich kaum mit dieser Selbstbeschreibung und setzte ihn um ein Weiteres von Maier, Hennis, Lübke und Sontheimer ab.¹⁹⁷

Mit der Konstruktion eines spezifischen Politikstils verband sich, siebtens und letztens, ein wissenschaftstheoretisches Argument, das an die Semantiktheorie Niklas Luhmanns erinnert.¹⁹⁸ Begriffe der sozialwissenschaftlichen Fachsprache, besonders linker Theoriebildung, würden aus ihren Zusammenhängen gelöst und in die politische Sprache quasi importiert. Schon im wissenschaftlichen Diskurs, so Sontheimer, mache die „Sprache linker Theorie“ Diskussion nahezu unmöglich. In ihr verbinde sich ein „vielfach [...] höchst spekulatives, in die Schlüsselwörter oder Schlüsseltheoreme eingepasstes Element mit einer extrem künstlichen, bombastisch klingenden, von Fremdwörtern vollgestopften Ausdrucksweise“.¹⁹⁹ Im politischen Diskurs manipulierte diese sozialwissenschaftliche „Kunstsprache“ die Wirklichkeit und entstelle die politischen Begriffe. Politik bedürfe einer eigenen Sprache, genauso wie die Wissenschaften ihrer Fachsprachen. Die Okkupation der politischen Sprache durch den „Jargon“ linker Theorie führe nicht nur zu einer Aushöhlung politischer Begriffe, sondern auch zur „Abnützung der wissenschaftlichen Sprache“, so Schelsky. Wissenschaftliche Kategorien verkämen zu „Leerformeln“.²⁰⁰ Die Sprache der Politik und die Sprache der Wissenschaft seien säuberlich zu trennen, in ihren jeweiligen Systemen zu belassen. Auch dies sollte die politische Sprache der Demokratie schützen und der jungen Republik die Stabilität geben, die sie so dringend nötig hatte. Dass die konservativen Sprachkritiker indes nicht weniger Sprachpolitik betrieben als ihr linkes Gegenüber, das reflektierten sie nicht.

¹⁹⁴ Vgl. SCHELSKY, Die skeptische Generation, 1957; zur Rezeption vgl. KERSTING, Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957, bes. S. 492–495.

¹⁹⁵ Vgl. WEHRS, Protest der Professoren, S. 141–147.

¹⁹⁶ Vgl. z. B. Hans Maier an Heinrich Böll, 26. 1. 1975, abgedruckt in: MAIER, Sprache und Politik, 1977, S. 34–39, hier S. 36.

¹⁹⁷ Vgl. z. B. SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975; siehe dazu unten S. 260, 267–268 und 271.

¹⁹⁸ Vgl. zusammenfassend KIRCHMEIER, Semantik.

¹⁹⁹ SONTHEIMER, Das Elend unserer Intellektuellen, 1976, S. 249.

²⁰⁰ SCHELSKY, Herrschaft durch Sprache, 1979, S. 26–27.

3.4. „1968“, 1969 und die Neuformulierung politischer Sprachen des Konservativen

Die Stärke der Linken, ob nun intellektuell oder parteipolitisch, forderte all jene, die ihr kritisch gegenüberstanden, heraus. Der Eindruck, dass die Linke sich der Sprache bemächtigt hatte, war omnipräsent. So glaubten jene Intellektuellen, die sich als *konservativ* verstanden, genauso wie die CDU und die CSU die Deutungshoheit über die Sprache zurückgewinnen zu müssen. Es folgten weitreichende und mitunter äußerst konfliktäre Debatten um die Begriffe, die im Folgenden im Zentrum stehen werden. Unter den Intellektuellen konzentrierten sie sich auf den Konservatismusbegriff, in den Unionsparteien spitzte sich die schwierige semantische Situation in den 1970er Jahren noch zu. Im Kampf um die Begriffe rangen sie nicht nur um die Macht, sondern vor allem auch um ihre Identität.

3.4.1. Im „Kampf ums Heißen“. Intellektueller Konservatismus aus liberalem Geiste

An einigen wenigen Begriffen exemplifizierten die konservativen Sprachkritiker ihre These von der linken Manipulation der politischen Sprache: etwa an *Gesellschaft*, *Emanzipation*, *Frustration*, *Demokratie*, *Sozialstaat* oder *Freiheit*. Hermann Lübke wählte 1974 den Konservatismusbegriff. Dass dies keine zufällige Wahl war, wird dieses Kapitel zeigen. Denn *konservativ* wurde zu einem kohäsiven Begriff für all jene Intellektuellen, die sich nach ‚1968‘ berufen glaubten, einen Konservatismus aus liberalem Geiste zu formulieren und in der politischen Landschaft der Bundesrepublik zu verankern. An diesem schwierigen Begriff der politischen Sprache der Bundesrepublik arbeiteten sie sich in einem „Kampf ums Heißen“, wie Lübke formulierte,¹ regelrecht ab. Die 1970er Jahre waren von erbitterten intellektuellen Auseinandersetzungen um den Konservatismusbegriff durchzogen, die einer ausführlichen Betrachtung wert sind und die in ihrer Bedeutung für die Geschichte der politischen Sprache in der Bundesrepublik kaum überschätzt werden können.

Hermann Lübke griff *konservativ* auf, um gerade nicht den Erfolg, sondern die Unberechenbarkeit von Begriffspolitik zu demonstrieren. Im „Kampf ums Heißen“ sei der recht vage Begriff *konservativ* seit 1969 von „extrem linke[n] Randgruppen in den Regierungsparteien“ als Feindbezeichnung aufgegriffen und dessen Bedeutung im Sinne einer Verteidigung „illegitimen Privilegienbesitz[es]“ geschärft worden. Bald, so Lübke, wollte niemand mehr als *konservativ* bezeichnet werden – die linke Wortgebrauchsstrategie schien aufzugehen. Allerdings seien die „Rand-Linken“ dann dazu übergegangen, so Lübke weiter, Vertreter der „Linken Mitte als Konservative anzugreifen“, was die Begriffsbedeutung verschwimmen ließ und letztlich die Benennung ad absurdum führte. Diese „Benennungskampagne“ sei dann schnell zusammengebrochen und die „Angst, ein

¹ LÜBBE, Sein und Heißen, 1975, S. 141.

Konservativer zu heißen“ verschwunden. Damit sei der Weg frei gewesen für eine abermalige Bedeutungsverschiebung, die Lübke gegenwärtig zu beobachten glaubte. *Konservativ* stehe nun für „eine Politik gemäß explizierbaren Grundsätzen praktischer Vernunft [...], die die Mehrheit jedem, nur nicht den Rand-Linken oder sonstigen Extremisten zuerkennt“. Der Bedeutungshorizont habe sich abermals geweitet und schließlich sei „das, was einer ist, wenn er nunmehr ein Konservativer heißt“, ausgetauscht worden.² Sprache entziehe sich also doch zu einem gewissen Maße der politischen Kontrolle, meinte Lübke, wenn er solche „nicht-intendierte[n] Nebenwirkungen“ im „Kampf ums Heißen“ vorführte.³

Lübkes Analyse der Bedeutungsverschiebungen des Konservatismusbegriffs rührte dabei sicherlich auch aus seiner eigenen, ganz persönlichen Geschichte im „Kampf ums Heißen“. Als SPD-Mitglied und ehemaliger Staatssekretär im Kultusministerium und dann der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (1966–1970) in der sozialliberalen Regierung unter Heinz Kühn gehörte Lübke zu eben jenen „liberal-kritischen Hochschullehrern“, die seit 1968 zunehmend von ihrer Partei abgerückt und zu Konservativen geworden waren.⁴ Die Bezeichnung *Konservativer*, die zunächst Fremdzuschreibung gewesen war, griff Lübke selbstbewusst auf – und suchte sie, ganz Strategie im „Kampf ums Heißen“, nach seiner Fassung zu füllen.

Dafür bot sich der kulturpolitische Kommentar im Juni 1974 an, um den er vom Deutschlandfunk gebeten worden war und der nach seiner Aussendung sowohl von der *Welt* als auch von den *Gesellschaftspolitischen Kommentaren* in Schriftform publiziert wurde.⁵ Mit seinen Thesen um den Konservatismusbegriff im „Kampf ums Heißen“ hatte Lübke den Beitrag begonnen, mit seiner Definition des Konservativen beschloss er ihn. Lübke betrieb bewusste Begriffspolitik. In der Gegenwart gehe es dem Konservativen nicht mehr darum, den Fortschritt aufzuhalten, sondern um die Bewältigung von dessen „Nebenfolgen“. Wenn „Unersetzliches“ in Gefahr sei zu verschwinden, wenn dieses also „bedroht“ und außerdem „unentbehrlich“ sei, dann müsse konservatives Handeln einsetzen. Gegenwärtig stelle sich daher die Frage, „was wir tun müssen, um auch in der Zukunft, die längst begonnen hat, menschenwürdig leben zu können“. Plausibel klang Lübkes ernste Mahnung im Jahr 1974, da auf dem Höhepunkt der ersten Ölpreiskrise Prognosen von den „Grenzen des Wachstums“ und Kassandrarufer, die vor der Zerstörung des Planeten warnten, ubiquitär waren.⁶ So brauchte Lübke nur den „Umweltschutz“ zu zitieren, um sein Publikum auf die Ambivalenzen des Fort-

² Ebd., S. 147–148.

³ Ebd., S. 146–147.

⁴ Vgl. BAVAJ, Verunsicherte Demokratisierer; ders., Das Trauma von „1968“; ders., Turning „Liberal Critics“; HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit, bes. S. 94–134.

⁵ Vgl. HERMANN LÜBBE, Wer ist konservativ?, in: DIE WELT, 6. 7. 1974; ders., Wer ist konservativ?, 1974.

⁶ Vgl. HÜNEMÖRDER, Cassandra im modernen Gewand; ders., 1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?; SEEFRIED, Towards the Limits of Growth; dies., Zukünfte, S. ?; ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 294–299; die Bedeutung dieses Diskurses relativiert GRAF, Öl und Souveränität, S. 378–384.

schritts hinzuweisen. Denn auch der Fortschrittsbegriff hatte zu Beginn der 1970er Jahre eine bemerkenswerte Veränderung erfahren, wie unten deutlich werden wird.

Vor diesem Hintergrund also formulierte Lübke vier „konservative Verhaltensmuster“, die für ihn die „Charakteristik konservativen Handelns“ ausmachten. Zuerst verwies *konservativ* auf eine „Kultur der Trauer über die Verluste an unwiderbringlich Gutem, die der Fortschritt kostet“ – dies implizierte keine Absage an den Fortschritt, sondern eine Anerkennung seiner Unausweichlichkeit. Darauf folgte, zweitens, dass Konservative sich der „Bewahrung des Unverzichtbaren“ vor allen Gefährdungen zu verschreiben hatten. Dafür war eine grundsätzliche Offenheit für Veränderung nötig, insofern als sich das als unverzichtbar Bewertete nur bewahren ließe, wenn es den jeweiligen „Umständen“ angepasst würde. Mit dem Hinweis auf die englische Glorious Revolution kalkulierte Lübke dabei auch einen revolutionären Umschlag ein. Allerdings diente Revolution in Lübkes konservativer Charakteristik nicht dem Wiederherstellen des Ewigen, wie dies für das Denken der Weimarer neuen Rechten, der ‚konservativen Revolution‘, einschlägig war, sondern allein der Veränderung der Umstände zur Fortführung des Bestehenden. Ob diese Spitzfindigkeiten von jedem verstanden wurden, daran lässt sich zweifeln, zumal der Revolutionsbegriff eben jene semantischen Netze aktualisierte, von denen Lübke bemüht war seinen Konservatismusbegriff abzugrenzen. Zum dritten führte Lübke eine Beweislastverteilungsregel ein, nach der nicht das Festhalten am Bestehenden, sondern „der Fortschritt“ begründungsbedürftig sei. Viertens argumentierte Lübke, dass sich das Konservative dadurch auszeichne, dass es utopischem Denken abhold sei und sich stattdessen der „Katastrophenvorbeugung“ widmete. Diese Grundsätze des politischen Handelns erschienen ihm als „vernünftig“ – also der aufklärerischen Rationalität entsprechend. Das wiederum, so folgerte er, würde diejenigen in Bedrängnis bringen, die es partout ablehnten, *konservativ* genannt zu werden. Denn sie stünden damit auf gerade jener Seite, auf der sie sich keinesfalls sehen wollten: der Seite von Unvernunft und Irrationalität.⁷ Konservatismus als Praxis der Vernunft, auf diese Formel lässt sich Lübkes Entwurf bringen. Wieder und wieder sollte er in den folgenden fünfzehn Jahren diese These wiederholen, in der Absicht den liberalen Bedeutungshorizont des Konservatismusbegriffs zu stärken.⁸

Seine Bedeutungsbestimmung des Konservativen war ein bewusster begriffspolitischer Akt, und ebenso sprachpolitisch verstand mit Kurt Sontheimer ein weiteres Mitglied des sprachkritischen Quintetts die Neubewertung des Konservativen, die seit 1970 die publizistische Öffentlichkeit beschäftigte und 1974/75 ihren Höhepunkt erlebte. In der Tat: Das Wesen des Konservativen hielt die intellektuelle Öffentlichkeit der Bundesrepublik über mehrere Jahre in Atem. In großer Zahl wurden individuelle Beiträge in Zeitungen, Zeitschriften und auch in Hör-

⁷ LÜBBE, Wer ist konservativ?, 1974.

⁸ Vgl. z. B. LÜBBE, Konservativ – ein Wort im Streit, 1981; ders., „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983; ders., Vernunft als konservative Instanz, 1983; ders., Konservativismus in Deutschland – gestern und heute, 1987.

funk und Fernsehen publiziert, Tagungen und Diskussionsrunden veranstaltet und wissenschaftliche Abhandlungen diskutiert. Intellektuelle, die zuvor nicht als Interpreten des Konservativen in Erscheinung getreten waren, schalteten sich ein, Politiker suchten das Konservative zu bestimmen, Journalisten interpretierten das Phänomen, Zeitschriften wurden gegründet. Die 1970er Jahre zeitigten einen intensiven Diskurs um das Konservative in der Bundesrepublik, in dem im Kern um die Bedeutungsgelände des Konservatismusbegriffs gestritten wurde.

Der 1970 von Professoren als Plattform hochschulpolitischen Protests gegründete Bund Freiheit der Wissenschaft wurde von den linksliberalen Medien schnell als organisatorische Basis einer „konservative[n] Fronde“ wahrgenommen.⁹ Aber auch extremere Einordnungen waren zu lesen bzw. zu hören: die Kultursendung *Titel, Thesen, Temperamente* des Hessischen Rundfunks warnte vor der internationalen Formierung einer „rechte[n] Front“, Wolf Lepenies meinte, „dreiviertel der [auf dem Gründungskongress] in Bad Godesberg Versammelten als ‚akademische NPD‘ bezeichnen zu können“ und die äußerste Linke der Bundesrepublik sah, in den Worten Wolfgang Abendroths, die „Harzburger Front unseligen Angedenkens [...] wieder im Entstehen“.¹⁰ Dabei hatten die Initiatoren des Bundes Freiheit der Wissenschaft alle Versuche der Etikettierung von sich gewiesen. Der Bund werde zu einer Zeit aus der Taufe gehoben, in der „der alte Gegensatz zwischen ‚Konservativen‘ und ‚Reformern‘ in hochschulpolitischen Fragen überholt“ sei,¹¹ man strebe ein „überparteiliches Bündnis der Demokraten“ an.¹² Denn zu schützen gelte es Verfassung und Demokratie, so dass diejenigen, die sich dafür einsetzten und insofern tatsächlich eine (eigentlich charakteristisch konservative) reaktive Gegenposition einnahmen, für die Ideale der Aufklärung einträten.

Diejenigen, welche die ‚Kritik‘ zur Waffe eines Dogmas und die Hochschulreform zum Instrument der Verfassungsfeindlichkeit machen, haben guten Grund, über Reaktion zu schreiben. Vernunft ist eine Reaktion gegen Unvernunft, Staat eine Reaktion gegen Anarchie, Wissenschaft eine Reaktion gegen bloße Emotion oder präventive Absolutheitsansprüche.¹³

Diese sprachpolitische Strategie ging in der polarisierten politischen Kultur der Bundesrepublik am Eingang der 1970er Jahre nicht auf. Das lag nicht nur an den ‚linken‘ Zuschreibungen, sondern auch am Auftreten der Wortführer des Bundes, die sich – abgesehen von Richard Löwenthal – deutlich gegen die Hochschulreformpolitik der SPD positionierten.¹⁴ Helmut Schelsky fungierte, in den Worten Nikolai Wehrs, als „abwesender Stichwortgeber“.¹⁵ Mit Hans Maier gehörte darü-

⁹ Zum Bund Freiheit der Wissenschaft vgl. die vorzügliche Studie WEHRS, *Protest der Professoren*.

¹⁰ Alle Zitate nach ebd., S. 179 (Lepenies), 189–192. Für die Artikel vgl. WOLF LEPENIES, *Leserbrief: Nach McCarthys Taktik*, in: *DIE ZEIT*, 18. 12. 1970; *Alte Absicht*, in: *DER SPIEGEL*, 23. 11. 1970; WOLFGANG ABENDROTH, *Harzburger Front ist neu im entstehen*, in: *DRUCK UND PAPIER*, 22. 2. 1971.

¹¹ BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT, *Gründungsaufruf*, 1970, S. 10

¹² Zitiert in WEHRS, *Protest der Professoren*, S. 195.

¹³ BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT, *Gründungsaufruf*, 1970, S. 10.

¹⁴ Zum Verhältnis des Bundes Freiheit der Wissenschaft zur SPD vgl. WEHRS, *Protest der Professoren*, S. 242–248.

¹⁵ WEHRS, *Auf der Suche nach einem „Pronunciamento“*, S. 120–124.

ber hinaus der bayerische CSU-Kultusminister zu den Initiatoren und engagiertesten Vertretern des Bundes, und der kulturpolitisch profilierte SPD-Mann Hermann Lübke erwies sich nun wahrlich nicht als Verteidiger sozialdemokratischer Hochschulpolitik – genauso wenig wie der einstige SPD-Sympathisant Erwin Scheuch oder wie Wilhelm Hennis, der 1970 die Partei verließ.¹⁶ Neben Löwenthal suchte allein Thomas Nipperdey noch bis Mitte der 1970er Jahre eine sozialdemokratische Stimme im Bund Freiheit der Wissenschaft zu organisieren.¹⁷

Dass drei der Exponenten der konservativen Sprachkritik der 1970er Jahre sich dort engagierten, trug einerseits dazu bei, dass sie ihre Positionen nicht nur ausformulierten, sondern im antilinken Schulterchluss auch zuspitzten. Bereits bei der Gründung des Bundes wurden sprachkritische Argumente im Rahmen des Demokratie-Diskurses vorgebracht. So appellierte Maier an die Gründungsversammlung, „das Kinder-Verwirrspiel der falschen Begriffe auf[zu]lösen“, um die „Realität“ der hochschulpolitischen Situation überhaupt offenlegen zu können,¹⁸ und Lübke machte es dem Bund zur Aufgabe, „für die Richtigkeit der elementaren Begriffe und Grundsätze“ der Demokratie einzutreten.¹⁹ Andererseits sorgte das Engagement im Bund Freiheit der Wissenschaft dafür, dass Hennis', Maiers und Lübkes sprachkritische Interventionen sowohl als *konservativ* verstanden als auch als konzertierte Aktion wahrgenommen wurden. Durch die Plattform des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die sie bewusst nutzten, verfestigte sich das Etikett *konservativ*, das sie nicht nur umgehängt bekamen, sondern in den nächsten Jahren offensiv zu Schilde trugen. Ihre Äußerungen, ihre Gedanken, ihre Entwürfe politischen Denkens wurden unter *konservativ* verbucht. Im Diskurs um das Konservative bedeutete dies eine nicht zu unterschätzende Deutungsmacht.

Die Hintergrundfolie dieses Diskurses bildete die Diagnose eines gewandelten *Zeitgeistes*, wahrgenommen als ein Abschiednehmen von den revolutionären Entwürfen der Studentenbewegung und eine Sehnsucht nach Stabilität und Tradition. Die siebziger Jahre, behauptete der Journalist Leonhard Reinisch 1972 in *Merkur*, werden „das Jahrzehnt des neuen Konservatismus“ sein.²⁰ Die Linke stellte diese Diagnose mit Besorgnis, die Konservativen dagegen hoffnungsvoll und in der Absicht, die Entwicklung voranzutreiben. Sie erhielt umso mehr Relevanz, als sie zeitgleich mit einer oft ökologisch fundierten Kritik an unhinterfragtem wissenschaftlichen Fortschritt wie grenzenlosem Wirtschaftswachstum in die massenmediale Öffentlichkeit drang.²¹ Dazu kam, dass sich eine ökonomische Krise am Horizont abzeichnete, der Zusammenbruch des 1944 installierten Wäh-

¹⁶ WEHRS, Protest der Professoren, S. 457.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 464–466.

¹⁸ MAIER, Ein neuer Anfang, 1970, S. 14.

¹⁹ LÜBBE, Was zu tun ist, 1970, S. 75.

²⁰ REINISCH, Wiederkehr des konservativen Denkens?, 1972.

²¹ Vgl. ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 209–399; SEEFRIED, Zukünfte, S. 255–292. *Der Spiegel* läutete das neue Jahrzehnt etwa mit einer fortschritts- und wachstumsskeptischen Analyse ein: Ritt auf dem Tiger, in: DER SPIEGEL, 5. 1. 1970. Ich bedanke mich bei Elke Seefried für diesen Hinweis.

nungssystems von Bretton Woods 1973 und die Ölpreiskrise das Ende einer Epoche exceptionellen Wachstums zu künden schienen.²² Seit 1970 entfaltete sich ein polyvalenter Krisendiskurs, der schließlich 1973 in der Rezeption der zukunftsdüsteren Studie *The Limits to Growth* des Club of Rome, einem international agierenden, elitären und von der Zukunftsforschung geprägten Think-Tank, seinen Höhepunkt erlebte.²³ Der baldige Umweltkollaps und das Ende der Menschheit wurden an die Wand gemalt, sollte das wirtschaftliche Wachstum nicht enorm gezügelt werden. Als die Ölpreiskrise 1973/74 schließlich die energiepolitische Verletzlichkeit der westlichen Industriestaaten weit über die Kreise der Energieexperten hinaus einer breiten Öffentlichkeit offenbarte, klärten sich sowohl die Begriffe (vor allem der Wachstumsbegriff erfuhr eine Qualifikation²⁴), als sich auch zum Teil völlig entgegengesetzte Krisenlösungsszenarien verfestigten. Während die einen Wachstumskritik propagierten, setzten die anderen auf eine Ankurbelung des Wachstums zur Bewältigung der Probleme.²⁵ In nuce war der Krisendiskurs der frühen 1970er Jahre Ausdruck eines Zweifels am Paradigma des Fortschritts, letztlich ein Diskurs um die Ordnung der Zeitdimensionen. Gerade deshalb waren konservative Argumente anschlussfähig, mehr noch, die Krisenrhetorik wurde von Konservativen nur zu gern benutzt, stützte sie doch nur zu plastisch die eigene Position.²⁶

Die Krisenrhetorik gipfelte in der zögerlichen, dann zunehmend selbstbewussten Diagnose einer *Tendenzwende*.²⁷ Der Begriff, der zunächst als Zuschreibungsbegriff verwendet wurde, also keine Eigenbezeichnung war, wurde von Beginn an mit dem Konservatismusbegriff verschweißt. Im März 1974 konstatierte Rolf Zundel, regierungsaffiner Journalist der *Zeit*, einen allgemeinen Umschwung hin zum Konservativen und kennzeichnete diesen „stabilen, bundesweiten Trend“ als *Tendenzwende*. „Man trägt wieder konservativ“, lautete die Überschrift von Zundels Gegenwartsanalyse in bewusst modisch klingender Sprache.²⁸ Als modisch erwies sich dann auch der Begriff, der im Laufe des Jahres von dem Publizisten Gerd-Klaus Kaltenbrunner in programmatischer Absicht aufgegriffen wurde und gleich den Untertitel des ersten Bandes seiner bei Herder verlegten Taschenbuchreihe *initiative* bestimmte.²⁹ Sein „Plädoyer für die Vernunft“ wollte Kaltenbrunner als Krisenlösungsstrategie verstanden wissen, ging der Band doch von einer gegenwärtigen „Krise der westlichen Gesellschaften“ aus, die „vor

²² Vgl. im konzisen Überblick HERBERT, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, S. 887–903.

²³ Vgl. SEEFRIED, *Towards the Limits of Growth*.

²⁴ Vgl. die Unterscheidung in „quantitatives“ und „qualitatives Wachstum“, dazu SEEFRIED, *Zukünfte*, S. 255–292.

²⁵ Vgl. GRAF, *Öl und Souveränität*, S. 378–384; MENDE, „Nicht rechts“, S. 297–298.

²⁶ Vgl. z. B. KLETT, *Konservativ*, 1971; TOPITSCH, *Aufgeklärter und unaufgeklärter Konservatismus*, 1977.

²⁷ Zum Tendenzwendediskurs vgl. HOERES, *Von der „Tendenzwende“*.

²⁸ ROLF ZUNDEL, *Man trägt wieder konservativ*, in: *DIE ZEIT*, 29.3.1974. Zur weiteren Wirkung vgl. beispielsweise nur ALEXANDER SCHWAN, *Seifenblasen oder Tiefenströmung. „Signale einer Tendenzwende“: Die konservative Revolution der Aufgeklärten*, in: *DIE ZEIT*, 17.9.1976.

²⁹ Vgl. KALTENBRUNNER, *Plädoyer für die Vernunft*, 1974.

allem“ eine „Krise der Vernunft“ sei.³⁰ Die *Tendenzwende* zur Vernunft versprach einen Ausweg aus dieser Krise. Krisenrhetorik und Tendenzwendebegriff waren in der konservativen Selbstbeschreibung untrennbar miteinander verbunden.

Diese semantische Allianz festigte eine Tagung der Bayerischen Akademie der schönen Künste, die im November 1974 unter dem verhalten fragenden Titel *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik* in München stattfand. Mit Hermann Lübke, Hans Maier, Golo Mann sowie Robert Spaemann gehörten vier der sechs Vortragenden zu jenen Intellektuellen, die sich seit 1970 als Konservative profiliert hatten.³¹ Sie gehörten auch zum Vorbereitungskreis der Tagung um den baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn, die so öffentlichkeitswirksam wie irgend möglich und mittels gezielter Einladungspolitik als so geistig bedeutsam wie nur denkbar inszeniert wurde.³² Als der Band zur Tagung schließlich ein halbes Jahr später publiziert wurde, reflektierte der Verleger Ernst Klett – der ja 1971 selbst mit seiner Hoffnung auf eine konservative Wende an die Öffentlichkeit getreten war – recht verwundert die explosionsartige Verbreitung des Begriffs der *Tendenzwende*, die, so sein Fazit, dazu geführt hatte, dass er als analytisches Instrument untauglich geworden sei. Ob er als ein solches jemals fungiert hatte, darf bezweifelt werden. Bereits der FAZ-Journalist Hermann Rudolph, der dem Konservativen gegenüber durchaus aufgeschlossen war, hatte im Nachgang der Münchner Tagung die „Erklärungskraft“ dieser durchaus nahe liegenden „Denkfigur“ nicht allzu hoch veranschlagt.³³ Der Begriff sei „als Worthure durchs Land“ gelaufen, resümierte Klett, „gefällig jedem, der irgend etwas anders haben wollte und der meinte, dieses andere sei schon in Sicht“.³⁴

In der Tat wurde *Tendenzwende* zum „Wort der Stunde“.³⁵ Letztlich wurden unter dem Begriff alle Phänomene subsumiert, die einen Umschwung hin zum Konservativen anzuzeigen schienen.³⁶ Den „Konservativen regnet es Sterntaler in die Schürze“, meinte Rolf Zundel am Ende des Jahres 1974, die *Tendenzwende* sei offensichtlich „mehr als Einbildung“.³⁷ Dabei war der Wortgebrauch bei denen, die so bezeichnet wurden, auffällig geringer als bei denen, die bemüht waren, sich von einer konservativen *Tendenzwende* abzugrenzen.³⁸ Paradoxe Weise trugen

³⁰ KALTENBRUNNER, Vorwort des Herausgebers, 1974, S. 8.

³¹ Vgl. LÜBBE, Fortschritt als Orientierungsproblem im Spiegel politischer Gegenwartssprache, 1975; MANN, Die alte und die neue Historie, 1975; MAIER, Kunst und Zeit, 1975; SPAEMANN, Emanzipation – ein Bildungsziel?, 1975.

³² Vgl. dazu im Rückblick HAHN, Ich stehe dazu, 1981, S. 232–237; zur Bildungspolitik Hahns in Baden-Württemberg vgl. PAULUS, „Konservativ und fortschrittlich zugleich“, S. 163–177.

³³ HERMANN RUDOLPH, Themenwechsel oder Tendenzwende? Symposium in der Bayerischen Akademie der schönen Künste, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 30. 11. 1974.

³⁴ KLETT, Vorwort, 1975, S. 5.

³⁵ HERMANN RUDOLPH, Tendenzwende – und was daraus wurde, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 1. 7. 1977.

³⁶ Vgl. HOERES, Von der „Tendenzwende“, S. 98.

³⁷ ROLF ZUNDEL, Tendenzwende – mehr als Einbildung. Den Konservativen regnet es Sterntaler in die Schürze, in: DIE ZEIT, 13. 12. 1974.

³⁸ Zur Begriffsverwendung auf der Linken vgl. z. B. GLASER, Die Mitte und rechts davon, 1974; GRUBE und RICHTER, Einleitung, 1974; GREIFFENHAGEN, Freiheit gegen Gleichheit?, 1975;

letztere so zur Profilierung des Phänomens entscheidend bei – dass die Sterntaler in die Schürze der Konservativen tatsächlich auch fielen, hatte viel mit der medialen Aufmerksamkeit zu tun, die konservative Positionierungen aller Art, etikettiert als *Tendenzwende*, plötzlich erhielten.

Jene, die sich um die Formulierung eines neuen Konservatismus bemühten, verwendeten den Begriff, wie gesagt, zurückhaltend. Kurt Sontheimer benutzte ihn 1977 noch, um seiner Beobachtung über den „Verlust der Zukunft“ in der Gegenwart Gewicht zu verleihen. „Die Tendenzwende“, meinte er, „war ein Ausdruck dafür, dass Zukunft ihre befeuernde Kraft eingebüßt hatte.“ Sontheimers Begriffsverwendung schöpfte noch aus der konservativen Kriseninterpretation – eine utopische Überladung des Zukunftshorizonts wurde in diesem Fall als dafür ursächlich angeführt.³⁹ Dagegen enthielt für Robert Spaemann der Begriff zu viel Missverständliches: „Das Gerechte und Vernünftige liegt selten in Tendenzen oder gewendeten Tendenzen, allenfalls in der Tatsache der gelegentlichen Wende als solcher, in welcher die Tendenzen ‚einander Buße zahlen für das Unrecht‘.“⁴⁰

Wie sehr der Begriff am Ende der 1970er Jahre als Zuschreibungsbegriff in kritischer Absicht funktionierte, wurde deutlich am bildungspolitischen Kongress *Mut zur Erziehung*,⁴¹ der 1978 unter der Federführung Wilhelm Hahns organisiert wurde und als Nachfolgetagung zur Münchner *Tendenzwende*-Veranstaltung des Jahres 1974 galt – und mittels dieses Begriffs auch beschrieben wurde. Auch wenn der Begriff den Konservativen schnell als verbraucht galt, auch wenn sie an dessen kurzer Halbwertszeit ihre Krisendiagnose, die eben auch eine Krise der Sprache implizierte, noch einmal bestätigt glaubten, so sorgte er doch sehr erfolgreich dafür, das konservative Deutungsmuster einer fulminanten Krise linken Denkens im breiten öffentlichen Diskurs zu etablieren. Allerdings spannte der Begriff auch einen – positiv wie negativ zu lesenden – Erwartungshorizont auf, der die Konservativen bis weit in den 1980er Jahre hinein begleiten sollte.⁴²

Bis zur Mitte der 1970er Jahre dagegen sprachen die Konservativen über ihre Gegenwart aus der Perspektive der Krise. So glaubte Kurt Sontheimer 1974 eine „Mischung aus Resignation und Reaktion“ zu gewärtigen. Die Ursachen dafür fand er nicht in Rezession oder Ölpreiskrise, sondern in der utopischen Überladung der politischen Sprache, deren theoretisierende „Formeln“ nur noch „verbraucht“ wirkten. Sie seien an ihrer „Feindlichkeit gegenüber der Erfahrung gescheitert“ und letztlich an der Wirklichkeit zerschellt. Die Folge sei Verunsicherung allenthalben, die sich in einem konservativen Bedürfnis manifestiere. Das begrüßte Sontheimer, doch plädierte er dafür, den Impuls der „radikalisierenden

FETSCHER, Was ist schlecht an der „Leistungsgesellschaft“?, 1976; ders., Widersprüche im Neokonservatismus, 1980; GREBING, Erneuerung des Konservatismus?, 1978; SCHUMANN, „Konservatismus“ als analytischer Strukturbegriff, 1983.

³⁹ KURT SONTHEIMER, Verlust der Zukunft. Über die Rolle der Utopie in der Politik, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 7. 1. 1977.

⁴⁰ SPAEMANN, Einleitung, 1977, S. XII.

⁴¹ Vgl. *Mut zur Erziehung*, 1978.

⁴² Vgl. HOERES, Von der „Tendenzwende“.

Aufklärung“ nicht versickern zu lassen, sondern in einer den Realitäten angemessenen Weise fortzuführen. Denn die Probleme, die die Studentenbewegung aufs Tapet gebracht hätte, seien noch immer präsent und sie gelte es zu lösen – mittels „durchsetzbare[r], maßvolle[r], schrittweise[r] Veränderungen“.⁴³ Nicht Reaktion, sondern vernünftige, an den demokratischen Wirklichkeiten orientierte Reform, diese Lesart des Konservatismusbegriffs stellte Sontheimer in den Raum.

Seine Sympathie gegenüber dem Konservatismus hatte der Münchner Politikwissenschaftler bereits 1971 zu erkennen gegeben, als er all jene, die tatsächlich Konservative seien, dazu aufgerufen hatte, sich auch so zu nennen und nicht vor den begriffspolitischen Schwierigkeiten zu kapitulieren. Dieser Aufruf zielte in erster Linie auf die Unionsparteien. Denn sie hätten seit 1949 einen „neue[n] Konservatismus“ etabliert – genuin bundesrepublikanisch, marktwirtschaftlich und industriegesellschaftlich orientiert, westlich, demokratisch. Seit dem Regierungswechsel 1969 habe sich dieser Konservatismus zu einer „starken Verteidigungsbastion“ formiert, um eine weitergehende „Demokratisierung“ abzuwehren. „Es wäre einer besseren Profilierung unserer geistig-politischen Landschaft dienlich, wenn aus dem eifrig praktizierten aber ansonsten so verstohlenen Konservatismus wieder ein ehrliches Bekenntnis würde“, forderte Sontheimer. Es sei schließlich „keine Schande, ein Konservativer zu sein“. Obendrein sei konservative Politik in Großbritannien, dem Heimatland eines in der Demokratie verwurzelten Konservatismus, „keineswegs rückschrittlicher“ als „bei dem Durchschnittspolitiker der CDU oder gar der CSU“.⁴⁴

Sontheimer gehörte damit zu den ersten, die die politische Polarisierung, die durch Studentenbewegung und Regierungswechsel deutlich forciert worden war, auf einen neuen begrifflichen Nenner bringen wollten. Allerdings entbehre der „neue Konservatismus“ einer politischen Philosophie (auch wenn es Berührungspunkte mit dem Denken Gehlens oder Forsthoffs gebe), konstatierte Sontheimer, er sei allein aus bundesrepublikanischer politischer Praxis entstanden. Folglich musste theoretische Arbeit am Begriff geleistet und auf diese Weise die politische Sprache der Demokratie stabilisiert werden. Dies war wiederum eine Aufforderung an die politische Theorie. Die Reflexion über die politische Sprache bildete den Grundakkord der bundesrepublikanischen Konservatismus-Debatte der 1970er Jahre.

Die konservative Sensibilität für die Sprache rührte, wie wir gesehen haben, aus der Konfrontation mit den sprachpolitischen Strategien der Neuen Linken und gleichermaßen aus einem seit den späten 1950er Jahren im bundesrepublikanischen Konservatismus virulenten Krisendiskurs über den Verlust der Sprache. Dass nun gerade der Konservatismusbegriff zu einem Nukleus der konservativen sprachpolitischen Anstrengungen geriet, hatte drei Ursachen. Erstens war der Begriff, wie oben dargestellt, im Laufe der 1950er und dann vor allem in den frühen 1960er Jahren aus seinen antidemokratischen und antiliberalen Zusammenhän-

⁴³ KURT SONTHEIMER, *Zeitgeist in Bewegung*, in: CHRIST UND WELT, 24. 4. 1974.

⁴⁴ SONTHEIMER, *Verstohlener Konservatismus*, 1971, S. 702.

gen weitgehend gelöst und in die Begriffsnetze der Sprache der bundesrepublikanischen Demokratie integriert worden. Das galt sicherlich nicht für die Neue Rechte um Armin Mohler, aber für die überwiegende Mehrheit der Interpreten des Konservativen. Diese Liberalisierung seiner Bedeutungsgehalte ließ den Begriff nicht allein in den Unionsparteien zustimmungsfähig werden, vielmehr trug die Debatte in der Union entscheidend zur Liberalisierung des Begriffs bei. Dass der Begriff ob seiner nationalsozialistischen ‚Belastung‘ in den ersten 25 Jahren der Bundesrepublik nicht benutzt werden konnte, wie die konsensliberalen Interpreten des Konservativen in den 1970er Jahren stets unterstrichen und damit ihre persönliche Erfahrung von 1968 und ihre eigene Begriffsarbeit umso bedeutsamer erscheinen ließen, war eine Verkenning der Realitäten. Sicherlich gehörte der Begriff zu den schwierigen Begriffen der politischen Sprache der Bundesrepublik, und die Unionsparteien hefteten sich den Begriff nicht ganz oben ans Revers, doch hatte er sich als Begriff positiver Selbstbeschreibung zu etablieren begonnen. Die liberalen Bedeutungsgehalte, die in den 1970er Jahren nun dem Begriff zugeschrieben wurden, führten – trotz aller gegenteiligen Bekundungen – die liberale Bedeutungsarbeit am Begriff fort und vertieften sie.

Zweitens wurde Politik in der Bundesrepublik seit Mitte der 1960er Jahre in der Dichotomie von Fortschritt versus Beharrung gelesen.⁴⁵ Dem positiv besetzten Adjektiv *progressiv* wurde das Adjektiv *konservativ* entgegengestellt.⁴⁶ An der Debatte auf dem CSU-Parteitag 1968 über die Aufnahme von *konservativ* in das *Grundsatzprogramm* der Partei wurde das deutlich.⁴⁷ Zu der semantischen Opposition von *konservativ* versus *progressiv* hatten außerdem die Diskussionen um die Reform der katholischen Kirche durch das Zweite Vatikanische Konzil, die nicht nur die katholische Öffentlichkeit in den 1960er Jahren beschäftigte, entscheidende Impulse geliefert. Denn die innerkatholische Lagerbildung wurde in diesen Begriffen gefasst.⁴⁸ Gerade auch weil sie lateinischen Ursprungs waren, boten sie sich für die sowohl auf Latein, der katholischen *Lingua franca*, als auch multisprachlich geführten Debatte an. Als *konservativ* wurden in diesen Zusammenhängen jene Haltungen beschrieben, die an der überkommenen Liturgie, an der hierarchischen Gestalt der Kirche oder an dem Primat des Papsttums festhalten wollten, als *progressiv* jene, die für eine der Moderne zugewandte Kirche plädierten.⁴⁹

Allerdings wäre die semantische Opposition von *konservativ* versus *progressiv* ohne die zuvor geleistete Deutungsarbeit am Konservatismusbegriff nicht einsichtig gewesen. Denn sie reduzierte den Begriff radikal auf seine Zeitdimension und gerade dieser Aspekt war besonders in den Debatten in den Unionsparteien stets

⁴⁵ Vgl. METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, bes. S. 289–314.

⁴⁶ Vgl. z. B. PÖGGELER, Konservatismus als Vorwurf, 1968.

⁴⁷ Siehe S. 214–220.

⁴⁸ Vgl. GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 150–160, bes. S. 152–153; SCHMITTMANN, Vom „Milieu“ zur Kommunikation; zum Konzil im Überblick vgl. PESCH, Das Zweite Vatikanische Konzil.

⁴⁹ Vgl. z. B. HILDEBRAND, Konservatismus – Progressismus, 1967; SEIBEL, Ein konservatives Korrektiv?, 1967.

hervorgehoben worden. Nichtsdestotrotz wurde die dem liberalen Konservatismusbegriff genuine Konzeption von Wandel, die der Kontinuität der Zeitdimensionen Rechnung trug, Wandel also einrechnete, von jenen, die sich die Progressivität auf die Fahnen schrieben, übergangen und *konservativ* schlicht mit *reaktionär* oder *restaurativ* gleichgesetzt. Der Konservative erschien als Mensch, der am Alten festhielt und sich jeder Veränderung widersetzte. Gleichzeitig aber etablierte diese Dichotomisierung den Konservatismusbegriff als dominierenden Gegenbegriff zu *progressiv* in der politischen Sprache der Bundesrepublik. Als die politische Polarisierung nach 1968 immer deutlichere Züge annahm, trug diese begriffliche Dichotomisierung dazu nicht nur erheblich bei, der Konservatismusbegriff bot sich überdies für das sich formierende intellektuelle Gegenlager zur sozial-liberalen Koalition als Selbstbezeichnung geradezu an. Kurt Sontheimers oben vorgestellter Aufruf an die „verstohlenen Konservativen“, sich angesichts linker, die Fundamente der Bundesrepublik unterlaufender Demokratisierungspolitik auch tatsächlich so zu nennen, war dafür beredter Ausweis.⁵⁰ Nicht von ungefähr konzentrierten sich die Bemühungen um die Konturierung des Konservatismusbegriffs zu einem Gutteil darauf, Konzeptionen des Wandels auszubuchstabieren und die Kategorie des Fortschritts zu differenzieren.

Dass nun gerade der Konservatismusbegriff zum Nukleus der sprachpolitischen Anstrengungen der liberalen Interpreten des Konservativen geriet, hatte seine dritte Ursache in einer Tatsache, die Hermann Lübke bereits zeitgenössisch beschrieben hat: Die Neue Linke hatte ihn aufgegriffen und in ihrer politischen Sprache als Gegenbegriff zur Schärfung der eigenen semantischen Netze profiliert.⁵¹ Allerdings dominierte er dort keineswegs so deutlich, wie das die konservativen Interpreten Glauben machten. Vielmehr wurde der Begriff *konservativ* in das semantische Netz um den in der Sprache der Neuen Linken omnipräsenten Schlüsselbegriff *Faschismus* eingeordnet, so dass *konservativ* mit *faschistisch* nahezu gleichgesetzt wurde.⁵² In dieser Lesart war *konservativ* als Selbstbezeichnung im demokratischen Sinne tatsächlich nicht mehr verwendbar.

Einen bedeutenden Beitrag zur antiliberalen Konnotation des Konservatismusbegriffs Anfang der 1970er Jahre leisteten jedoch die Politik- und die Geschichtswissenschaften, die dem politischen Sprachgebrauch der Studentenbewegung und der intellektuellen Neuen Linken eine historische Vertiefung gaben. Diese Begriffsprägung hatte einen um einiges bedeutenderen Einfluss auf die Entwicklung politischer Sprache in der Bundesrepublik als jene in den intellektuellen Zirkeln der Neuen Linken, denn sie grub sich in die historischen Narrative der deutschen Geschichte ein. Der geschichtswissenschaftlichen Interpretation des Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert gibt sie bis heute Kontur.

⁵⁰ Vgl. SONTHEIMER, Verstohlener Konservatismus, 1971.

⁵¹ Vgl. z. B. MARCUSE, Der eindimensionale Mensch, 1998, S. 70, 84, 120, 164.

⁵² Vgl. die linguistischen Untersuchungen Heidrun Kämpers zum Faschismusbegriff im linken Demokratiediskurs 1967/68, die allerdings auf die Nähe zum Konservatismusbegriff nicht eingeht: KÄMPER, Aspekte des Demokratiediskurses, S. 145–198; dies., Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68, S. 407–426.

Den Anfang linker politik- und geschichtswissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Konservatismus machte 1969 Heide Gerstenbergers Dissertation zur neuen Rechten der Weimarer Republik,⁵³ es folgten 1971 Helga Grebings Habilitationsschrift *Konservative gegen die Demokratie*,⁵⁴ eine Analyse konservativer Demokratiekritik in der Bundesrepublik seit 1945, sowie Martin Greiffenhagens zwar politiktheoretische, aber nicht weniger einflussreiche Studie *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, deren zentrale These allerdings bereits 1961 publiziert worden war.⁵⁵ So sehr sich Grebings und Greiffenhagens Studien vom Ansatz her voneinander unterschieden, so glichen sie sich doch in ihrer Wahrnehmung des bundesrepublikanischen Konservatismus. Greiffenhagen fokussierte seine Argumentation, wie oben ausgeführt, auf die Entwürfe Gehlens, Freyers und Schelskys, die er unter dem Begriff des *technokratischen Konservatismus* fasste. Auch hier sah er weiterhin einen anti-rationalistischen Impuls wirken, den er als *Movens* des modernen Konservatismus ausgemacht hatte und der für das zerstörerische „Dilemma“, in dem dieser stecke, verantwortlich sei. Der Konservatismus der Bundesrepublik stand in dieser Lesart in Kontinuität zu der Weimarer *konservativen Revolution*, in der Greiffenhagen, wie oben gezeigt, die reinste Form des deutschen dilemmatischen Konservatismus realisiert sah. Alle liberalen Varianten des bundesrepublikanischen Konservatismus übergang Greiffenhagen – sie passten nicht in sein typologisches Gerüst. Diese Beobachtungen lassen sich für die linke Auseinandersetzung mit dem Konservatismus der 1970er Jahre verallgemeinern. Ihr ging es um den Nachweis einer überzeitlichen Theorie des Konservatismus, die im Antidemokratismus kristallisierte, um eine „Geschichte des Konservatismus als Maskerade und permanente Verpuppung des antiaufklärerischen Bösen“.⁵⁶

Auch Gerstenberger, die Arthur Moeller van den Bruck und den Ring-Kreis untersuchte, schloss vom Weimarer neurechten Phänomen ganz allgemein auf konservative Bewegungen in „demokratisch verfassten, hochindustrialisierten Ländern“.⁵⁷ Gerstenbergers Interpretation verstand sich als ideologiekritisch und basierte auf neo-marxistischer Theorie. Das hatte sie mit Grebings Arbeit zur Bundesrepublik gemein. Folgerichtig definierte Helga Grebing Konservatismus als „die dem historischen Prozess der Demokratisierung immanente Gegenbewegung“,⁵⁸ ein Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft „zur Erhaltung ökonomischer, sozialer und politischer Macht- und Herrschaftspositionen oder zur Rückeroberung bereits verlorener“.⁵⁹ Konservatismus bedeutete demnach immer

⁵³ GERSTENBERGER, *Der revolutionäre Konservatismus*, 1969.

⁵⁴ GREBING, *Konservative gegen die Demokratie*, 1971. Zu Helga Grebing vgl. ihre Autobiographie dies., *Freiheit, die ich meinte*.

⁵⁵ Vgl. GREIFFENHAGEN, *Das Dilemma des Konservatismus*, 1961. Siehe S. 155–156.

⁵⁶ HACKE, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, S. 17.

⁵⁷ Vgl. GERSTENBERGER, *Der revolutionäre Konservatismus*, 1969, S. 10.

⁵⁸ GREBING, *Konservative gegen die Demokratie*, 1971, S. 83.

⁵⁹ GREBING, *Positionen des Konservatismus*, 1971, S. 33; ebenso dies., *Moderner Konservatismus?*, 1970, S. 301–302; dies., *Positionen des Konservatismus*, 1971; dies., *Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik*, 1974.

eine Stellungnahme gegen die Demokratie bzw., wie sie einschränkte, gegen die „durch die Entfaltung der Produktivkräfte möglich gewordene Erweiterung der Demokratisierungsperspektive“. So könne Konservatismus auch für die „Erhaltung politisch legitimer demokratischer Positionen“ in Stellung gehen, um weitere Schritte der „Demokratisierung“ hin zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu verhindern.⁶⁰ So gänzlich konnte Grebing die Liberalisierungsprozesse im Konservatismus ihrer Gegenwart wohl doch nicht von der Hand wischen.

Zugleich suchte sie ihre Theorie historisch zu untermauern, wobei sie davon ausging, dass der Konservatismus immer die Ideologie der jeweils herrschenden Schicht gewesen sei, die zur Bewahrung von deren Macht gedient habe. Dementsprechend sei die deutsche Entwicklung seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert von den Machtstrategien der „Feudalaristokratie“ geprägt gewesen, die das Bürgertum nach 1848/49 ihren „Leitwerte[n] und -bilder[n]“ unterworfen habe, so dass schließlich beide gemeinsam die „herrschende konservative Klasse“ des Kaiserreichs gebildet hätten.

Die ideologische Klammer dieses neuen sozial und ökonomisch durchaus nicht interessenidentischen Konservatismus war die gemeinsame Aggressivität nach innen vor allem gegen die emanzipatorischen und demokratisierenden Wirkungen von Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung und nach außen gegen die demokratischen Nationen.⁶¹

Nach 1918, mit einem demokratischen Staat konfrontiert, suchte dieser Konservatismus nach Grebing abermals die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse mittels eines „autoritären Staates“ zu konservieren – bis hin zum Verzicht auf die Macht zugunsten der Faschisten zur Garantie ökonomischer und sozialer Stabilität. Den konservativen Widerstand gegen den Nationalsozialismus betrachtete Grebing dennoch als folgerichtig, als konservierenden, aber weiterhin antidemokratischen Impuls gegen die revolutionäre Dynamik des NS-Regimes.

Dabei gilt es festzuhalten, dass Grebing zwischen *Konservatismus* und *Faschismus* unterschied und damit neomarxistischen Faschismustheorien widersprach. Allerdings hatte vor dem Hintergrund der Erfolge der NPD bereits Iring Fetcher die Begriffe *Konservatismus* und *Rechtsradikalismus* 1967 nahezu zur Überlappung gebracht, als er zwar Unterschiede konstatierte, aber gleichzeitig auf „gleitend[e]“ Übergänge verwies. Der „legale Mittel einer liberalen Demokratie nutzende Konservative kann zum Rechtsradikalen werden, wenn die Bewegung zum Fortschritt des Demokratisierungsprozesses offenbar auf andere Weise nicht mehr aufgehalten werden“ könne. Ebenso wie bei Grebing markierte auch in Fetchers Definition der Widerstand gegen einen fortlaufenden, zur herrschaftsfreien, sozialistischen Gesellschaft hin strebenden Demokratisierungsprozess den Kern konservativen Denkens und Handelns.⁶² Der neomarxistische Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl, ein Schüler Wolfgang Abendroths, der hier nur als

⁶⁰ GREBING, Positionen des Konservatismus, 1971, S. 37.

⁶¹ Ebd., S. 35.

⁶² FETSCHER, Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik, 1967, S. 13–14, Zitat S. 14.

ein Beispiel für eine breitere Strömung angeführt werden soll, verwischte die begriffliche Unterscheidung dann vollends und rückte die Begriffe *Konservatismus* und *Faschismus* in unmittelbare Nähe zueinander.⁶³ In seinen vielfach publizierten faschismustheoretischen Studien, die den Anspruch hatten, die bundesrepublikanische Gegenwart zu erklären, vertiefte er seine Interpretation.⁶⁴ Nach Kühnl klopfte der Faschismus in der Bundesrepublik der 1970er Jahre laut an die Türe.⁶⁵ Demgegenüber plädierte Grebing für eine demokratietheoretisch geleitete Analyse der politischen Tendenzen ihrer Gegenwart, hielt an der Differenzierung von *Konservatismus* und *Faschismus* also fest.⁶⁶

Denn die Nachkriegsgesellschaft, so ging Helga Grebings Narrativ weiter, habe beste Voraussetzungen für den Konservatismus geboten: kleinbürgerlich geprägt sowie auf Sicherheit und Tradition fokussiert und außerdem von „eine[r] durch den Nationalsozialismus nicht gebrochene[n] Kontinuität konservativen politischen Denkens“ durchzogen.⁶⁷ Auf dieser Basis entwickelte sie eine Typologie konservativen Denkens in der Bundesrepublik, das ihre Ausgangshypothese des Konservatismus als genuin antidemokratische Bewegung dann auch wenig überraschend bestätigte. Differenzierung war Grebings Sache in der Tat nicht, wie Hans Günter Hockerts in einer kritischen Besprechung 1974 bemerkte und ihr ein „manichäisch[es]“ Denken attestierte: „Gut und Böse, Licht und Dunkel liegen miteinander im Kampf.“⁶⁸ Die Position des Konservatismus in dieser dichotomischen Malerei war eindeutig.

Grebings Interpretation, die auf beiden Seiten des politischen Spektrums Widerspruch erregte,⁶⁹ war geradezu passgenau auf die Debatte um einen deutschen Sonderweg in die Moderne zugeschnitten. Als Kern nationalistischer Geschichtserzählung bis 1945 positiv bewertet, wurde die Theorie vom deutschen Sonderweg in der Bundesrepublik von konsensliberal geprägten jüngeren Historikern in den 1960er und 1970er Jahren negativ gewendet und mit der liberalen Entwicklung der ‚westlichen‘ Demokratien in grellen Farben kontrastiert. Auch wenn sie die Liberalität des ‚Westens‘ idealisierte und Ambivalenzen überdeckte, trug die „Meistererzählung“ der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft entscheidend zur Stützung und Entfaltung der jungen Demokratie bei.⁷⁰ In

⁶³ Vgl. z. B. KÜHNEL, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, 1969, S. 151–154.

⁶⁴ Vgl. z. B. KÜHNEL, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 1975; ders., Der Faschismus, 1983.

⁶⁵ Vgl. KÜHNEL, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, 1969, S. 159–163; ders., Formen bürgerlicher Herrschaft, 1971.

⁶⁶ Vgl. GREBING, Konservative gegen die Demokratie, 1971, S. 434–437.

⁶⁷ Ebd., S. 47.

⁶⁸ HOCKERTS, Konservatismus – Sand im Getriebe, 1974, S. 11.

⁶⁹ Vgl. z. B. kritisch aus konservativer Warte: ebd.; kritisch aus linker Perspektive: WINCKLER, Besprechung von Helga Grebing: Konservative gegen die Demokratie, 1972; GRAF WESTARP, Konservatismus – eine Strategie zur Vermeidung des Faschismus?, 1973; Grebings Thesen verteidigend: SAAGE, Konservatismus und Demokratie, 1974.

⁷⁰ Vgl. WELSKOPP, Identität ex negativo; BAUERKÄMPER, Geschichtsschreibung als Projektion; KLAUTKE, Auf den Spuren des Sonderwegs; BERGER, The Search for Normality, S. 56–76; NOLTE, Darstellungsweisen deutscher Geschichte.

nicht geringem Maße basierte sie auf einer Interpretation der Politik der preußischen Konservativen als feudalistisch, antiliberal und autoritär, als jegliche Entwicklung des Kaiserreichs hin zu mehr Liberalität und demokratischer Partizipation blockierend.⁷¹ Der preußische Konservatismus – die süddeutschen bzw. westpreußischen Konservativen wurden ausgeklammert bzw. einfach subsumiert – trug in dieser Lesart die Hauptschuld an dem verhängnisvollen Weg Deutschlands in die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft. Der deutsche Sonderweg war zuallererst ein Sonderweg des deutschen Konservatismus. Diese Interpretation zielte auch auf den Konservatismus der Gegenwart, denn in der Tat „diente Ideologiekritik“ den konsensliberalen, der Sozialdemokratie verbundenen Historikern „als Scharnier zur Überführung politischer in erkenntnistheoretische und methodologische Positionen“.⁷² Dabei suchte die „kritische Sozialwissenschaft“ sowohl den nationalkonservativen Konsens der Geschichtswissenschaft der 1950er Jahre anzugreifen als auch einem Wiedererstarken eines autoritären politischen Konservatismus in der Bundesrepublik zu wehren, indem sie die Traditionsbestände, auf die dieser sich positiv beziehen konnte, als antidemokratisch delegitimierte. Gerade deshalb drängten die „kritische Sozialgeschichte“ und mit ihr die ‚Sonderwegsdeutung‘ der deutschen Geschichte [...] mit Macht in die Gesellschaft hinein“.⁷³

Grebing verlängerte nun diese Deutungshorizonte im Sinne der kritischen Theorie in die Bundesrepublik und benutzte die an der Geschichte des 19. Jahrhunderts orientierten Begrifflichkeiten zur Generierung typologischer Beschreibungskategorien. Allerdings grenzte sie sich paradoxer Weise von der Sonderwegstheorie sowohl sozialdemokratischer wie auch neomarxistischer Provenienz ab. Die Entwicklung hin zum Faschismus sei, folge man der marxistischen Theorie, als „universelle Tendenz (des Kapitalismus)“ zu interpretieren, demnach also nicht als ein auf Deutschland begrenztes Phänomen zu begreifen. Vielmehr müsse nach der Funktion gefragt werden, die der Faschismus in den einzelnen Ländern zu je unterschiedlichen Zeiten ausgeübt habe und warum er gerade im Deutschland der Zwischenkriegszeit erfolgreich gewesen sei.⁷⁴ Dazu war die analytische Unterscheidung von Konservatismus und Faschismus nötig.

Gegen eines der wichtigsten Werke der kritischen Sozialgeschichte, gegen die Darstellung des Kaiserreichs durch Hans-Ulrich Wehler als „kunstvolles Schwarzweißgemälde“, gegen die „Eindeutigkeit einer ‚bösen‘ Geschichte“, bezog Thomas Nipperdey dann ebenfalls recht eindeutig Stellung.⁷⁵ Nipperdey war auf Grund

⁷¹ Einen Überblick über die Forschungsgeschichte gibt STALMANN, *Die Partei Bismarcks*, S. 16–17. Für die Konservatismusinterpretation der Sonderwegshistoriographie vgl. z. B. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1966; ders., *Von der Agrarkrise*, 1972.

⁷² WELSKOPP, *Identität ex negativo*, S. 119.

⁷³ Ebd., S. 115.

⁷⁴ Vgl. GREBING, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus*, 1974, S. 49–81, Zitat S. 75; ebenso eine Dekade später: dies., *Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945*.

⁷⁵ NIPPERDEY, *Wehlers „Kaiserreich“*, 1976, S. 388; zu dieser Auseinandersetzung vgl. NOLTE, *Darstellungsweisen deutscher Geschichte*.

des studentenrevolutionären Klimas an der Freien Universität Berlin 1971 an die ruhigere Ludwig-Maximilians-Universität München gewechselt und gehörte zu den führenden Köpfen des Bundes Freiheit der Wissenschaft. SPD-Mitglied seit 1968 (und bis 1983) gehörte Nipperdey zu jener Gruppe konsensliberaler Professoren der 1945er-Generation, die die durch APO und Studentenbewegung eingeforderten Reformen zunächst befürwortet hatten, sich dann aber auf Grund ihrer Radikalisierung sowie der sozialliberalen Hochschulpolitik abwandten und die liberale Demokratie durch immer weitergehende Sozialisierungs- und Demokratisierungsforderungen in ernster Gefahr sahen.⁷⁶ Nipperdeys Kritik an Wehlers Interpretation des Kaiserreichs war vielgestaltig, zuallererst aber sprach der Münchner dem Bielefelder Ordinarius die für den Historiker fundamentale Objektivität ab und zieh ihn der Vergewaltigung der Geschichte durch die Setzungen kritischer Theorie. Seine Kritik machte sich auch an Wehlers undifferenzierter Darstellung der Konservativen als einheitliches, undurchdringliches „Herrschaftskartell“ fest, die zu „wesentlichen Überspitzungen, Auslassungen und Verzerrungen“ führe.⁷⁷ Der deutsche Konservatismus des 19. Jahrhunderts sei vielgestaltig gewesen, habe reformerische Kräfte ebenso umfasst wie sozialkonservative oder altkonservative Strömungen. Eine einfache Kontinuitätslinie bis 1933 lasse sich jedenfalls nicht ziehen, argumentierte Nipperdey,⁷⁸ der fortan als „einer der führenden Historiker des konservativeren Lagers“ verbucht wurde.⁷⁹

Der Geschichte kam in der politischen Sprache des Konservatismus aus liberalem Geiste ohnehin eine bedeutende Rolle zu, umso wichtiger wurde daher auch historiographische Expertise. Denn der Rückgriff auf die Vergangenheit diene nicht allein der Versicherung konservativer Zeitlichkeit, sondern ihr wurde noch in anderer Hinsicht eine zentrale Position zugeschrieben. Zum einen manifestierte sich im Akzent auf die historische Gewordenheit der Welt eine klare Distanzierung von allen organischen, mythischen oder mystischen Denktraditionen, die im deutschen Konservatismus fröhliche Urständ gefeiert hatten. „Geschichte und geschichtliche Erfahrung“ galten als „alleiniges Baumaterial menschlicher Kultur und politischer Ordnungen“, wie Christian von Krockow im Rückgriff auf Burkes „Formel von der natürlichen Künstlichkeit alles Menschlichen“ unterstrich.⁸⁰ Zum anderen hatte die Besinnung auf die Geschichte kompensatorische Funktion: In einer Gegenwart beschleunigten Wandels, in der die Erinnerung an die Vergangenheit verloren zu gehen schien, in der Traditionen nicht mehr verstanden wurden, in der Erfahrungen keine kulturelle, sprich historische Verankerung mehr finden konnten, in diesen Zeiten, so argumentierte Hermann Lübke, wurde

⁷⁶ Vgl. WEHRS, Protest der Professoren.

⁷⁷ NIPPERDEY, Wehlers „Kaiserreich“, 1976, S. 375–383, Zitat S. 377.

⁷⁸ Vgl. ebd.; außerdem NIPPERDEY, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, 1978. Dem entsprach Nipperdeys Darstellung des Konservatismus in seiner Überblicksdarstellung zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1800–1918, 1998, vgl. dazu: NOLTE, Thomas Nipperdeys Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.

⁷⁹ RUDOLF WALTER LEONHARDT, Mit den Kolossen leben, in: DIE ZEIT, 26. 9. 1975.

⁸⁰ KROCKOW, Der fehlende Konservatismus, 1971, S. 117–118.

eine Arbeit an und mit der Geschichte umso wichtiger. So verbürgte Geschichte Identität – individuell wie auch national.⁸¹

An den Kategorien historische Pluralität und historistische Objektivität maß Nipperdey geschichtswissenschaftliche Forschung. Von Pluralität (weniger von Objektivität) war auch der Konservatismusbegriff seiner Gegenwart gekennzeichnet. Dennoch kristallisierten sich zwei Varianten heraus, die bereits in den Diskussionen am Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre formuliert worden waren und nun eine Dekade später eine Vertiefung erfuhren. Auf der einen Seite arbeiteten Intellektuelle wie Hermann Lübke, Kurt Sontheimer oder Wilhelm Hennis an der Etablierung eines Konservatismus aus liberalem Geiste, den Jens Hacke als „Philosophie der Bürgerlichkeit“ beschrieben hat;⁸² auf der anderen Seite bemühten sich Armin Mohler, Caspar Schrenk-Notzing und auch Gerd-Klaus Kaltenbrunner darum, dass das Konservative als antilibérale Opposition verstanden wurde. In dem Klima extremer politischer Polarisierung der 1970er Jahre wurde aber einerseits von der Linken nicht zwischen den beiden Varianten des Konservatismusbegriffs unterschieden, was sich als schlagkräftiges Mittel erwies, um die liberale Variante zu diskreditieren, wenn sie mit rechten Entwürfen identifiziert wurde. Andererseits beförderten die liberalen Interpreten des Konservativen dies selbst, wenn sie in Sammelbänden Kaltenbrunners, in dessen Buchreihe *initiative* oder in der Zeitschrift *Criticón* publizierten oder gemeinsam auf Podien auftraten.⁸³ Die als Gegner ausgemachte *Linke* entfaltete eine starke Sogwirkung innerhalb des heterogenen konservativen Lagers. Zu einem erheblichen Teil trug dazu auch die polarisierte Sprache bei, die zunehmend in Gegensatzpaaren funktionierte.

Wie aber füllten die liberalen Interpreten des Konservativen den Konservatismusbegriff? Auch wenn hier keine ausgefeilten Analysen geboten werden können,⁸⁴ so sollen doch zumindest die Grundzüge des Sprechens über das Konservative dargestellt werden. Am Beispiel Hermann Lübkes haben wir oben bereits gesehen, wie stark die Begriffsbestimmung sich innerhalb der Kategorien von Fortschritt und Bewahrung bewegte.⁸⁵ Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten im Gleichgewicht gehalten werden. Es wurde ein klassisches Strukturprinzip konservativen Sprechens aktualisiert und in liberalem Sinne gedeutet. Es ging um die Frage, wie Veränderung und Bewahrung harmonisiert werden könnten, wie die „Veränderungsoffenheit selbst als politisches System institutionalisiert und zugleich gegen die Gefahren despotischer Willkür“ abgesichert werden könne,

⁸¹ Vgl. LÜBBE, Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse, 1977; vgl. ebenso ders., Zukunftsge-wissheitsschwund, 1983, bes. S. 37.

⁸² Vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

⁸³ Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Sprache und Herrschaft, 1975; GÜNTHER MASCHKE, Auf der Suche nach dem Konservatismus. Zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 23. 2. 1973; vgl. dazu auch WEHRS, Protest der Professoren, S. 444.

⁸⁴ Vgl. für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

⁸⁵ So auch z. B. bei Odo Marquard, vgl. MARQUARD, Abschied vom Prinzipiellen, 1981, S. 16–17.

wie Christian von Krockow 1971 unterstrich.⁸⁶ Denn das Politische gründete in der Anerkennung einer „grundsätzliche[n] Veränderungs Offenheit in einem niemals abschließbaren Zukunftshorizont“ und stand damit in Opposition zu einem dezisionistischen, illiberalen Politikbegriff.⁸⁷ Das für konservatives Sprechen charakteristische Strukturprinzip der Zeitlichkeit durchdrang auch das Denken über die Demokratie.

Die Argumentation mit der Zeitlichkeit hatte dabei zwei Ausgangspunkte: Einmal positionierte sie sich gegen den Revolutionsgestus der Neuen Linken und zum zweiten gegen utopisches Denken und zukunfts-gewisse Planungstheorien. Dabei wurde der Fortschritt nicht zurückgewiesen, vielmehr wurde die klassische Unterscheidung von *Fortschritt* und *Tradition* für obsolet, weil überholt, erklärt. Wiederum war es Lübke, der diese Gedanken philosophisch ausformulierte. Nicht mehr den Fortschritt gelte es in der Gegenwart zu ermöglichen, sondern vielmehr die „Folgewirkungen derjenigen Fortschritte, die längst in Gang sind“, zu bewältigen. Dazu zählte Lübke zuvorderst den Verlust an stabilisierender Tradition. Deshalb maß er der Geschichte solch entscheidende Bedeutung zu. „Nicht die Hemmnisse der Tradition sind es, die insoweit belasten, sondern die anwachsenden Schwierigkeiten, unter Bedingungen sich beschleunigenden sozialen Wandels entlastende Traditionen neu zu bilden.“⁸⁸ In der gegenwärtigen „Fortschrittskrise“ seien daher alle Energien auf die „Sicherstellung, ja Konservierung seiner durch ihn selbst [den Fortschritt, M.S.] bedrohten Bedingungen“ zu konzentrieren.⁸⁹ Die Bedingungen des Fortschritts zu bewahren, diese Aufgabe war den Konservativen aufgegeben, die Lübke im Horizont der Moderne verortete.

Auch Golo Mann, der seine liberale Stimme schon in frühere Konservatismusdiskussionen eingebracht hatte,⁹⁰ kritisierte unbedingte Fortschrittsgewissheit und enthusiastischen Utopismus. So unmöglich Stillstand sei, so unmöglich, so Mann eindringlich, erweise es sich, „Allplanung des totalen Prozesses, Wissenschaft, Produktion, Verteilung, mit der Erhaltung der menschlichen Grundrechte, oder erzwungene All-Gleichheit mit Individualismus zu verbinden“, weil die „menschliche Wirklichkeit“ dagegen „gewaltigen Widerstand“ leisten würde.⁹¹ Demokratie, Menschenrechte und individuelle Freiheit glaubte Mann bedroht, wenn die Kontinuität der Zeitdimensionen aus dem Gleichgewicht gerate. Anstelle von utopischer Phantasterei empfahl er seinen Zeitgenossen Orientierung an der *Wirklichkeit* – und rekurrierte damit auf einen weiteren Schlüsselbegriff der konservativen Sprache.

Wenn in den Kategorien von Bewahren und Verändern gesprochen wurde, war Edmund Burke nie weit. Für Ernst Klett war „Burke unser Mann“⁹² und Walde-

⁸⁶ KROCKOW, Der fehlende Konservatismus, 1971, S. 102.

⁸⁷ Ebd., S. 104.

⁸⁸ LÜBKE, Traditionsverlust und Fortschrittskrise, 1975, S. 37.

⁸⁹ Ebd., S. 55.

⁹⁰ Siehe S. 146–147.

⁹¹ MANN, Wieviel Zukunft lässt sich planen?, 1974, S. 47.

⁹² KLETT, Konservativ, 1971, S. 849.

mar Besson rief gar nach einem „deutschen Burke“ als „konservative[m] Gegenpol“ zur alles dominierenden progressiven Intelligenz.⁹³ Der sollte nun eine Position vertreten, „die jenseits von Reaktion und Utopie angesiedelt ist, die nicht nur Dynamik, sondern auch Stabilität begehrt, die die neu gewonnene und mit Recht hochgelobte Tugend der Kritik ergänzt sehen möchte durch die dringend notwendige Tugend der Einordnung und des Zuhörens“. Statt „permanenter Reform“ möge er für eine Politik von „kalkulierbaren Schritten im Konsensus der Generationen“ plädieren, um so die „Neigung zum Erhalten und [die] Geschicklichkeit zum Verbessern“ zu harmonisieren und „Stabilität mitten in der Dynamik der Veränderung“ zu gewährleisten. Von den Begriffen der Restauration und der Reaktion wurde der Konservatismusbegriff mittels des Kontinuitätsarguments abgegrenzt. Alle „Ältere[n]“ rief Besson schließlich dazu auf, mit Burke „gegen die Tyrannei der Zukunft über die Vergangenheit“ aufzubegehren.⁹⁴

Burke wurde auch deshalb zum Urvater des „neuen Konservatismus“ der 1970er gemacht, wie das Phänomen recht bald bezeichnet wurde,⁹⁵ weil er Brite, vor allem aber kein Deutscher war. Waldemar Besson bat um einen „deutschen Burke“, weil er einen solchen in der deutschen Geschichte nicht zu finden glaubte: „Unsere Konservativen waren immer schnell in Gefahr, zu bloßen Reaktionären zu werden.“⁹⁶ Geschaffen werden sollte nichts weniger als eine neue Form konservativen Denkens, die aus der Tradition des britischen und amerikanischen liberalen Konservatismus schöpfte. Dieses Ziel verfolgte auch der Politikwissenschaftler Christian von Krockow. Er nahm die These vom Sonderweg des deutschen Konservatismus auf, um das „verhängnisvoll[e]“ Fehlen eines „liberalen Konservatismus“ zu beklagen und um diesen gleichzeitig als aktuelle Alternative zu profilieren. Krockows Gewährsmänner waren – neben Edmund Burke – der Franzose Alexis de Tocqueville und der Amerikaner Alexander Hamilton. Wollte man den „liberalen Konservatismus“ verstehen, hieß es einerseits nach „Westen“ und andererseits auf die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zu schauen, als sich Burke, Tocqueville und Hamilton mit einem „Prozess der Fundamentalpolitisation, der Veränderbarkeit und Machbarkeit nahezu aller Lebensumstände“ auseinandersetzten und Antworten fanden, die angesichts des seitdem bis in die Gegenwart fortdrängenden Prozesses von bleibender Aktualität schienen.⁹⁷ Im Kern, davon war Krockow überzeugt, traten Burke, Tocqueville und Hamilton als Anwälte der Freiheit auf, die sie gegen „Absolutismus“ und „Staatszentrismus“, gegen die Okkupation des Privaten durch das Öffentliche, gegen Ideologie und Despotie verteidigten. Die Bedeutung solcher „konservativer Momente der Frei-

⁹³ BESSON, Um einen deutschen Edmund Burke bittend, 1970, S. 83. Zu Waldemar Besson vgl. ders., Wie ich mich geändert habe, 1971; JASPER, Tradition und Reform in der deutschen Politik.

⁹⁴ BESSON, Um einen deutschen Edmund Burke bittend, 1970, S. 83–84.

⁹⁵ Vgl. z. B. GEORG WOLFF, Wie konservativ sind die Konservativen, in: DER SPIEGEL, 27.9.1971; SCHELSKY, Liberal ohne Zusatz, 1976; GREIFFENHAGEN, Der neue Konservatismus der siebziger Jahre, 1974.

⁹⁶ BESSON, Um einen deutschen Edmund Burke bittend, 1970, S. 84.

⁹⁷ Vgl. KROCKOW, Der fehlende Konservatismus, 1971, S. 101.

heitssicherung“ könne nicht überschätzt werden, meinte Krockow, und dies zumal angesichts einer „Leichtfertigkeit des Umgangs mit geschichtlicher Erfahrung, formgerechten Verfahren und bestehenden Verfassungsprinzipien“.⁹⁸ Die Sicherung der Freiheit konnte in dieser Perspektive ausschließlich mittels stabiler Institutionen, geregelter, rechtsstaatlicher Verfahren und der Anerkennung historischer Gewordenheit gelingen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum Edmund Burke zum Urvater des „neuen Konservatismus“ gewählt wurde: Burke war in den Augen seiner deutschen Verehrer ein Liberaler, der aus vernünftiger Einsicht zum Konservativen geworden war, dem es nicht darum zu tun war, das Rad der Geschichte hin zum Absolutismus zurückzudrehen, sondern die errungenen Freiheiten angesichts einer immer weitertreibenden, und auf eine Tyrannis zulaufenden Revolution zu sichern. Weder „Apotheose der Vergangenheit“ noch die „Illusion einer Vollendung des Menschenwesens“ habe Burkes Denken geleitet, sondern die Absicht, mittels politischen Handelns „vernünftige Lebensmöglichkeiten zu erschließen“, argumentierte der Philosoph Dieter Henrich in der deutschen Neuausgabe von Burkes „Betrachtungen“ 1967 und glaubte genau hierin die Aktualität Burkes zu gewahren.⁹⁹ Ein solches Bild des englischen Adligen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts strahlte hell über den Entwürfen liberaler Konservativität der 1970er Jahre.¹⁰⁰ In gleichem Maße geriet Alexis de Tocqueville zu ihrem intellektuellen Bezugspunkt. Während sich die konservative bundesrepublikanische Rezeption Tocquevilles noch in den 1960er Jahren auf dessen Warnungen vor einem Zuviel an Gleichheit in der Demokratie und in kulturkritischer Manier auf die Gefahren der Konsumgesellschaft kapriziert hatte, wurde nun Tocqueville als Theoretiker der Freiheit in einer egalitären Gesellschaft entdeckt. Besonders Wilhelm Hennis orientierte sich an dem französischen Denker der Demokratie, wenn er vor den freiheitszerstörenden Konsequenzen von fortschreitender „Demokratisierung“ und „Emanzipation“ warnte.¹⁰¹ Wie im Falle Burkes, so repräsentierte für die liberalen Interpreten des Konservativen in den 1970er Jahren Tocquevilles Biographie sowie sein politisches Denken die Synthese des Liberalen mit dem Konservativen im frühen 19. Jahrhundert, oder besser: die Möglichkeit konservativen Denkens im Horizont der liberalen Moderne.

Dessen waren sich Hennis, Sontheimer, Krockow und auch der junge Hans Günter Hockerts nicht nur bewusst, sie betrieben offensive Begriffspolitik, indem sie sie sich den Liberalismusbegriff aneigneten und ihn zum Bestandteil des Konservatismusbegriffs machten. Als Scharnier diente der Freiheitsbegriff, der im semantischen Netz, das sich um den Konservatismusbegriff entfaltete, eine zentrale

⁹⁸ Ebd., S. 115. Sehr ähnlich: KROCKOW, Herrschaft und Freiheit, 1977, S. 110–141.

⁹⁹ HENRICH, Einleitung, 1967, S. 20–21.

¹⁰⁰ Einen Forschungsbericht zur Burke-Forschung der mittleren 1960er Jahre liefert SCHUMANN, Burke und kein Ende, 1966.

¹⁰¹ Vgl. HENNIS, Tocquevilles „Neue Politische Wissenschaft“, 1982; zur konservativen Tocqueville-Rezeption in der Bundesrepublik vgl. STEBER, „The West“, Tocqueville and West Germany Conservatism.

Position besetzte. Diese Aneignung konnte entweder über eine adjektivische Verbindung erfolgen – *liberaler Konservatismus* oder *Liberalkonservatismus* –,¹⁰² um das Liberale zu betonen, oder das Liberale wurde als so stark mit dem Konservativen verwachsen dargestellt, dass es unnötig sei, es noch als selbständigen Begriff aufzunehmen. *Konservatismus* genügte in diesem Falle vollends. So erschien dem *Welt*-Redakteur Günter Zehm bereits 1970 die als verleumderisch gemeinte Bezeichnung von Konsensliberalen wie Wilhelm Hennis, Erwin K. Scheuch, Karl Steinbuch oder Ernst Topitsch durch die medialen „linksliberalen Meinungsführer“ als Konservative nur als angemessen, denn „wer heute liberal bleiben will, muss konservativ werden“.¹⁰³ Zu bewahren hätten die Konservativen der Gegenwart nämlich das „bürgerliche Recht“ und die „bürgerlichen Freiheiten“ vor dem „Zugriff des sozialistischen Kollektivismus“. Wer anders als die Liberalen sollte sich dieser Aufgabe annehmen, fragte Zehm rhetorisch. Dass Zehm in seinem Appell für eine antisozialistische Sammlung unter der Fahne des Konservatismusbegriffs allerdings die National-Liberale Aktion im Auge hatte, die Abspaltung eines rechten FDP-Kreises um Erich Mende und den sudetendeutschen Vertriebenenfunktionär mit tiefbrauner Vergangenheit Siegfried Zoglmann, ließ ihn weder realistisch noch unverdächtig erscheinen.¹⁰⁴

Für die Aneignung des Liberalismusbegriffs im Rahmen der Konservatismus-Debatte ist dieses Beispiel durchaus typisch. Denn das Spektrum derer, die sich als Konservative verstanden und sich auf die Formel der Verteidigung der Freiheit beriefen, war breit. So konstatierte der rechten Kreisen nahestehende Gerd-Klaus Kaltenbrunner, dessen Bedeutungsarbeit am Konservatismusbegriff unten näher besprochen werden wird, dass die „neuen Konservativen“ eben „konservativ“ seien, „weil sie liberal sind“,¹⁰⁵ genauso wie das Helmut Schelsky tat, der allerdings den klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts neu beleben wollte, um dem Staat entschiedene Grenzen zu setzen und die Freiheit des Individuums zu bewahren. Der „prinzipielle Liberalismus“ übernehme so die bewahrende Rolle des Konservatismus, weil dieser „im westlichen Europa fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken“ sei. Dabei berief Schelsky sich auf „führende nordamerikanische Denker und Schriftsteller“ und konnte damit nur den US-amerikanischen Neokonservatismus meinen.¹⁰⁶ Allerdings war auch dort das Bild in Sachen Selbstbe-

¹⁰² Vgl. z. B. KROCKOW, *Der fehlende Konservatismus*, 1971; HOCKERTS, *Konservatismus – Sand im Getriebe*, 1974; LÜBBE, *Aufklärung und Gegenauflklärung*, 1980; MÜLLER, *Was heißt „liberalkonservativ“*, 1982.

¹⁰³ GÜNTER ZEHM, *Wer ist heute liberal?*, in: *DIE WELT*, 29. 7. 1970.

¹⁰⁴ Zur National-Liberale Aktion, aus der 1971 die Deutsche Union hervorging vgl. *Was ihr wollt*, in: *DER SPIEGEL*, 29. 6. 1970; STÖSS, *Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei*, S. 340–344; zu Siegfried Zoglmanns Rolle in der nationalsozialistischen Unterwanderung der nordrhein-westfälischen FDP in den 1940er und frühen 1950er Jahren vgl. BUCHNA, *Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr*, S. 86–88 et al.

¹⁰⁵ KALTENBRUNNER, *Der schwierige Konservatismus*, 1972, S. 51.

¹⁰⁶ HELMUT SCHELSKY, *Liberal ohne Zusatz. Die merkwürdigen Ansichten von Professor Horst Ehmke*, in: *DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT*, 30. 11. 1973; wiederabgedruckt als SCHELSKY, *Liberal ohne Zusatz*, 1976.

zeichnung nicht einheitlich, wehrte sich doch Friedrich August von Hayek 1960 entschieden gegen das Epitheton „konservativ“, indem er sich auf den klassischen Liberalismus berief, darunter aber Burke, Tocqueville und andere Gewährsmänner des liberalen Konservatismus fasste, weil er diese als „Whigs“ verstand. Sein Text wurde im Oktober 1971 in deutscher Übersetzung in der FAZ veröffentlicht und sicherlich nicht zufällig – unter einem vom englischen Original *Why I Am Not a Conservative* abweichenden deutschen Titel als *Liberale und Konservative* – inmitten der Debatte um den bundesrepublikanischen Konservatismus platziert.¹⁰⁷

Was also sollte das Liberale im Konservativen bedeuten? Christian von Krockows Definition eines „Konservatismus der Freiheitswahrung“ gab darauf eine Antwort. Sollte der *liberale Konservatismus* deutlichere Kontur bekommen, zumal eine solche, wie sie sich die reformskeptischen Hochschullehrer vorstellten, mussten sie dessen Begriffsnetze profilieren. Genau dies schlug Lübke Schelsky vor, als dieser ihn zur Etablierung einer organisatorischen Plattform der nur publizistisch als Gruppe erscheinenden losen intellektuellen Verbindung drängte. Lübke reagierte darauf verhalten – und distanzierte sich damit auch von Schelsky. Nicht „für Aktionszwecke“ wollte er ein Treffen organisieren, sondern „für die Reformulierung der Sprache der Liberalen“.¹⁰⁸ Einer solchen verschrieb er sich dann auch. In seiner Antwort auf die Kritik Jürgen Habermas’ am „Neokonservatismus“ im Jahr 1982 formulierte er seine Überzeugung vom Ineinanderfallen von Konservatismus- und Liberalismusbegriff in der Gegenwart. Die „heutigen Konservativen“ charakterisierte er als „besorgte Liberale“,¹⁰⁹ die „die Bedingungen der Liberalität herrschender Ordnung zu konservieren“ und ganz im Geiste der Aufklärung die „liberale Demokratie“ gegen die ebenso aus der Aufklärung hervorgegangene „totalitäre Demokratie“ zu verteidigen hätten.¹¹⁰ Lübke zitierte damit eine klassische Unterscheidung des *cold war liberalism*.¹¹¹ Die Konservativen agierten in dieser Perspektive als Hüter des liberalen Erbes der Aufklärung – ein Anspruch, der bei einer dritten Tagung der *Tendenzwende*-Initiative im Jahr 1980 unter dem Titel *Aufklärung heute. Bedingungen unserer Freiheit* noch einmal untermauert wurde.¹¹² Auch der Grazer Philosoph Ernst Topitsch konzipierte – in ganz eigener Weise – „Aufklärung als konservative Aufgabe“ der Gegenwart¹¹³

¹⁰⁷ Vgl. FRIEDRICH V. HAYEK, *Liberale und Konservative*, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 6. 10. 1971.

¹⁰⁸ Hermann Lübke an Helmut Schelsky, 7. 1. 1974, zitiert in: WEHRS, *Protest der Professoren*, S. 437.

¹⁰⁹ LÜBBE, „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983, S. 627.

¹¹⁰ Ebd., S. 627–628.

¹¹¹ Vgl. HACKE, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, S. 293. Zum *cold war liberalism* vgl. MÜLLER, *Fear and Freedom. Der Kategorie cold war liberalism steht OPPERMANN, Ein transatlantisches Vital Center?*, bes. S. 166–167, kritisch gegenüber.

¹¹² Vgl. ZÖLLER, *Aufklärung heute*, 1980.

¹¹³ Vgl. ERNST TOPITSCH, *Aufklärung als konservative Aufgabe*, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 21. 7. 1973; Topitsch hatte sich bereits 1970 in *Die Welt* zum Konservatismus bekannt, vgl. ERNST TOPITSCH, *Wetterwende? Das intellektuelle Klima in Deutschland und Österreich hat sich in der letzten Zeit tiefgreifend verändert*, in: DIE WELT, 3. 10. 1970. Zu Ernst Topitsch vgl. ACHAM, *Sprachkritik – Weltanschauungsanalyse – intellektuelle Selbstbe-*

und berief sich dabei auf Lübbes bereits 1971 erfolgte Charakterisierung der Neuen Linken als „Gegenaufklärungsbewegung“, die jener mit der düsteren Warnung, dass der „Prozess der Aufklärung nicht mit Sicherheit unumkehrbar“ sei, versehen hatte.¹¹⁴ Diese Reformulierung des Liberalen unter dem Dach des Konservatismusbegriffs griff denn auch auf die Begriffsbestände der Sattelzeit zurück und aktualisierte diese – die Rezeption von Burke und Tocqueville hatte daran gewichtigen Anteil.

Neben dem Begriff der *Freiheit*, dem Begriff der *Demokratie* und neben den Begriffen des konservativen Strukturprinzips der Zeitlichkeit verfestigten Begriffe wie *Institution*, *Ordnung*, *Stabilität*, *Verfassung*, *Struktur*, *Staat*, *Geschichte* oder *Wertordnung* das semantische Netz des Konservatismusbegriffs. Darüber hinaus wurde es von Begriffen wie *Nüchternheit*, *Sachlichkeit*, *Wirklichkeit*, *realistisch*, *Maß*, *Klugheit*, *Pragmatismus* etc. angereichert, die einen spezifischen Politikstil beschrieben und dem konservativen Strukturprinzip des Ausgleichs entsprangen. Zudem verwiesen viele Begriffe auf Gegenbegriffe, die als *links* kodiert wurden: *Reform* vs. *Revolution*, *Wirklichkeit* vs. *Utopie*, *Ordnung* vs. *Anarchie*, *Demokratie* vs. *Despotie* seien hier nur genannt. All dies waren Begriffe, die dem Konservatismusbegriff seit Langem Gestalt gaben – sie wurden aktualisiert, immer wieder wiederholt und so zusammen mit einstmals genuin liberalen Begriffen wie etwa *Aufklärung*, *Vernunft*, *Verfassung*, *Bürgerlichkeit* etc. zu einem flexiblen semantischen Netz gewoben. Das Strukturprinzip der Gegensatzbildung ordnete also ebenfalls die politische Sprache des Konservatismus aus liberalem Geiste.

Dolf Sternberger war der erste, der publizistisch diese Grundbegriffe demokratischer Staatlichkeit mit dem Konservatismusbegriff verschweißte und so das Zentrum eines Konservatismus aus liberalem Geiste kenntlich machte, wenn er 1970 dazu aufforderte, „verfassungskonservativ, rechtskonservativ, freiheitskonservativ, sogar staatskonservativ“ zu sein, um die demokratischen Grundbestände zu verteidigen. „Wer die Erfahrung jener ‚nationalen Revolution‘ in den Knochen hat, gerade er muss heute konservativ sein“, gemahnte Sternberger. Neben der Präsenz des Jahres 1933 war es, nebenbei gesagt, symptomatisch für die Debatte um das Konservative in den 1970er Jahren, dass sich einer der führenden Sprachkritiker der frühen Republik, der außerdem SPD-Mitglied war, früh einschaltete und mit einer begriffspolitischen Argumentation, die den diffamierenden Gebrauch des Begriffs durch die äußerste Linke anprangerte, sich an eine positive Füllung des Begriffs machte. Denn die sprachkritische Position trug nicht unwesentlich dazu bei, das semantische Netz des Konservatismusbegriffs anzureichern und weiter zu entfalten, das in den 1970er Jahren von konsensliberalen Intellek-

sinnung; zu Topitschs auf dem kritischen Rationalismus basierenden Konservatismusentwurf vgl. die Debatte in *Criticón*: HOERES, Kritischer Rationalismus als konservative Kraft?, 1976; TOPITSCH, Aufgeklärter und unaufgeklärter Konservatismus, 1977; sowie auch die zeitgenössische, auf marxistischer Theorie basierende Auseinandersetzung KAHL, Positivismus als Konservatismus.

¹¹⁴ LÜBBE, Gegenaufklärung, 1971.

tuellen aufgespannt wurde. Zu denken ist dabei nur an die Bedeutung, die dem Institutionenbegriff im sprachkritischen Diskurs zugewiesen wurde, an das Gewicht, das auf *Nüchternheit* und *Sachlichkeit* gelegt wurde, oder an das Vertrauen auf die konservierende Funktion der Begriffe selbst.

Als ein zentraler Begriff des semantischen Netzes um den Konservatismusbegriff hatte sich seit 1945, wie wir gesehen haben, der Begriff *Wert* mit all seinen Derivaten (*Wertordnung*, *Wertsystem* usw.) etabliert. In den frühen 1970er Jahren spielte er vor allem in den Unionsparteien eine gewichtige Rolle, was unten näher aufgeschlüsselt werden wird. Umso erstaunter reagierten die Konservativen, als niemand anderer als Erhard Eppler, profiliertes Kopf des linken SPD-Flügels, sich 1975 den Konservatismusbegriff auf die Fahnen schrieb – wohlgermerkt auf dem Höhepunkt der Konservatismus- und *Tendenzwende*-Debatte, während derer linke Intellektuelle und Politiker keine Gelegenheit versäumt hatten, dem Begriff eine negative Konnotation zu geben.¹¹⁵ Eppler nun führte eine Differenzierung in „Struktur“- und „Wertkonservatismus“ ein. In den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart lägen diese entgegengesetzten Philosophien miteinander im Konflikt. *Strukturkonservatismus* wertete Eppler negativ, während *Wertkonservatismus* positiv gewichtet wurde. *Wertkonservativ* zu sein, entsprach in Epplers Zeitbild einer linken Lebenseinstellung in einer Gegenwart, in der die Grenzen des Fortschritts offenbar würden und der Reiz stetigen ökonomischen Wachstums sich verflüchtigte. Offensichtlich machte er sich die ökologische Gesellschaftskritik zueigen, die nicht selten apokalyptische Szenarien entwarf. In einem solchen ausschließlichen Sinne war auch der Titel des Buches formuliert, in dem Eppler seine Thesen vorstellte: *Ende oder Wende?* – sollte die Menschheit nicht ihrer Selbsterstörung gegensteuern, würde sie nicht überleben können. Das ökologische Katastrophenszenario, das hinter Epplers Thesen stand, unterlegte diese nicht allein mit dem im grün-alternativen Spektrum typischen Alarmismus, sondern schrieb ihnen das Spannungsfeld von *Fortschritt* und *Bewahrung* ein, das das Sprechen über die gefürchtete Ökokatastrophe leitete. Nur deshalb erschien der Konservatismusbegriff in diesen Zusammenhängen sinnvoll, und deshalb wurde er in Epplers Entwurf konsequent und ausschließlich von seiner Zeitdimension aus interpretiert.

Der *Strukturkonservatismus*, so definierte Eppler, wolle „Strukturen“ bewahren, ihm gehe es allein um die „Konservierung von Machtpositionen, von Privilegien, von Herrschaft“.¹¹⁶ In ihm manifestiere sich das „altliberale Erbe“,¹¹⁷ es handle sich um „Ideologie im strengsten Sinne der Marx’schen Definition“, um „Überbau“ zur Legitimierung von Macht und Herrschaft.¹¹⁸ In Epplers Begriff des *Strukturkonservatismus* bündelten sich alle Elemente linker Konservatismuskritik der 1970er Jahre. Dagegen ziele der *Wertkonservatismus* auf die Bewahrung des

¹¹⁵ Zu Erhard Eppler vgl., wenn auch unkritisch, FAERBER-HUSEMANN, *Der Querdenker*.

¹¹⁶ EPPLER, *Ende oder Wende*, 1975, S. 28–29.

¹¹⁷ Ebd., S. 33.

¹¹⁸ Ebd., S. 29.

„unaufhebbaren Wert[s] des einzelnen Menschen und der „natürlichen Lebensgrundlagen“; der *Wertkonservative* verstehe die „Freiheit als Chance und Aufruf zu solidarischer Verantwortung“, er suche „nach Gerechtigkeit [...], wohl wissend, dass sie nie zu erreichen ist“, er riskiere „Frieden [...], auch wo er Opfer kostet“. So hätten „Werte wie Dienst oder Treue, Tugenden wie Sparsamkeit oder die Fähigkeit zum Verzicht noch keinen zynischen Beigeschmack“. Um *Werte* zu bewahren, müssten *Strukturen* gesprengt werden. Dies war eine zentrale Formel des Weimarer Rechtsintellektualismus, der *konservativen Revolutionäre*, daran erinnerte Kurt Sontheimer in seiner Besprechung Eppers die bundesrepublikanische Öffentlichkeit.¹¹⁹ Allerdings meinten deren Vertreter ganz andere *Werte* als Eppler. Einen solchen *Wertkonservatismus* situierte der nun in der „christlich-konservative[n] Tradition“ Europas – und behauptete, dass der von ihm definierte *Strukturkonservatismus* dieser in „fast allen Stücken“ geradezu „entgegengesetzt“ sei.¹²⁰

Zum einen also band Eppler zentrale Begriffe der Linken an den Konservatismusbegriff, zum anderen schloss er an die protestantische Tradition an, indem er die Sprache der Bibel bzw. der protestantischen Predigt (z. B. „Dieser Konservatismus verfiht die Würde des Leidenden und fordert die Würde des Sterbenden zurück.“¹²¹) evozierte und zugleich explizit auf die „christlich-konservative Tradition“ rekurrierte. Damit traf der Protestant Eppler den Nerv derjenigen Teile des deutschen Protestantismus, die sich in den neuen sozialen Bewegungen für Frieden, Umweltschutz oder soziale Anliegen engagierten, sich als Protestanten genauso wie als Linke verstanden.¹²² Nicht von ungefähr diskutierten Erhard Eppler und Kurt Biedenkopf auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1975 in Frankfurt miteinander nicht ausschließlich, aber doch substanziell über Eppers *Wertkonservatismus*-These.¹²³ So gesehen hatte Eppers Akt semantischer Innovation eine innerprotestantische Dimension zu einer Zeit, als die politische Lagerbildung quer durch den deutschen Protestantismus lief und diesen tief spaltete.¹²⁴ Da die semantische Differenzierung in *Struktur-* und *Wertkonservatismus* so eingängig war und der Begriff *Wertkonservatismus* außerdem auf einen aufnahmebereiten, umweltbewegten Resonanzraum traf, etablierte sie sich in der politischen Sprache der bundesrepublikanischen Linken.¹²⁵ Dazu kam, dass mit Iring Fetscher einer der einflussreichsten linken Theoretiker den Begriff aufnahm,

¹¹⁹ KURT SONTHEIMER, *Konservative von links? Ein neuer Begriff und seine guten alten Hintergründe*, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 29. 8. 1975.

¹²⁰ EPPLER, *Ende oder Wende*, 1975, S. 29.

¹²¹ Ebd.

¹²² Zu Eppers Engagement im Protestantismus vgl. CONZE und WIECHMANN, *Epplers Kirchentage*.

¹²³ Vgl. Menschen zwischen Sicherheit und Freiheit, 1975, S. 273–275.

¹²⁴ Vgl. GROSSBÖLTING, *Der verlorene Himmel*, S. 137–148; zum Protestantismus in den 1970er Jahren vgl. FITSCHEN, *Die Politisierung des Protestantismus*; HERMLE et al., *Umbrüche*.

¹²⁵ Vgl. z. B. SCHUMANN, „Konservativismus“ als analytischer Strukturbegriff, 1983; auch Eppler selbst trug dazu bei, vgl. z. B. EPPLER, *Konservatismus und Ökologie in der Bundesrepublik*, 1983.

der ohnehin bereits Gedanken zu einer linken Öffnung gegenüber dem Konservatismusbegriff angestellt hatte.¹²⁶ Und nicht weniger schwer wog, dass ausgerechnet Max Horkheimer, Kopf der Frankfurter Schule, eine konservative Haltung zur „Erhaltung gewisser kultureller Momente“ in einem *Spiegel*-Interview im Januar 1970 als notwendig bezeichnet und den „wahren Konservativen dem wahren Revolutionär“ als „verwandt“ betrachtet hatte. Zu erhalten gelte es, so unterstrich Horkheimer, etwa Theologie und Liberalismus.¹²⁷ Das Echo auf Horkheimers konservatives Bekenntnis war gewaltig.¹²⁸

Die Konservativen nun reagierten auf Eppers sprachpolitische Strategie des Besetzens eines Begriffs, um mit Kurt Biedenkopf zu sprechen (wie kaum anders zu erwarten) ablehnend. Für Erwin Scheuch waren Eppers und Fetschers konservative Bekenntnisse schlicht „Etikettenschwindel“.¹²⁹ „Werte sind gar nicht zu verwirklichen ohne Strukturen“, gab Hermann Rudolph in der FAZ zu bedenken,¹³⁰ und Kurt Sontheimer definierte in *Deutsche Zeitung. Christ und Welt* apodiktisch: „Konservativ ist nach wie vor eine Politik, die an Strukturen festhält, weil solche Strukturen bestimmten Werten dienen.“¹³¹ Im semantischen Netz des Konservatismusbegriffs ließen sich *Struktur* und *Wert* weder auseinanderdividieren, noch der Strukturbegriff delegitimieren. „Was Eppler Strukturkonservatismus nennt, ist im Grunde genommen ein Statusquo-Konservatismus, dem das schlichte Funktionieren zum dominierenden Wert geworden ist“ – so rückte Rudolph die Begriffsnetze des Konservatismus zurecht.¹³²

Carl Friedrich von Weizsäcker, der Eppers Buch in der *Zeit* besprach, nahm dessen semantische Innovation als Signal eines Wandels der Linken wahr. Eppler repräsentierte nicht mehr die Linke der APO, der Studentenbewegung und des intellektuellen Neo-Marxismus, sondern eine von Umweltbewegung und Menschheitsuntergangsdrohungen aktivierte neue Linke: „[D]er normale Linke ist durch Fortschrittsglauben und Zorn charakterisiert, Eppler aber durch Besorgnisse und Fürsorge“.¹³³ In der Tat entfremdeten sich mit dem Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt und den Erschütterungen, die dieser in der SPD ver-

¹²⁶ Vgl. FETSCHER, *Konservative Reflexionen eines Nicht-Konservativen*, 1973; ders., *Wert-Konservatismus und die Dialektik des Fortschritts*, 1976; ders., *Vom Recht man selbst zu bleiben*, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 23. 11. 1973. Kurt Sontheimer griff dies auf: vgl. SONTHEIMER, *Iring Fetschers utopisch verlängerter „Wertkonservatismus“*, 1983.

¹²⁷ Was wir „Sinn“ nennen, wird verschwinden. *Spiegel*-Gespräch mit dem Philosophen Max Horkheimer, in: DER SPIEGEL, 5. 1. 1970.

¹²⁸ Vgl. EITLER, „Gott ist tot – Gott ist rot“, S. 143–188. Zur Frankfurter Schule vgl. ALBRECHT, *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik*.

¹²⁹ ERWIN K. SCHEUCH, *Ein Begriff wird entführt*, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 6. 5. 1977.

¹³⁰ HERMANN RUDOLPH, *Ein Konservativer drängt auf Veränderung*, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 13. 8. 1975.

¹³¹ KURT SONTHEIMER, *Konservative von links? Ein neuer Begriff und seine guten alten Hintergründe*, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 29. 8. 1975

¹³² HERMANN RUDOLPH, *Ein Konservativer drängt auf Veränderung*, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 13. 8. 1975.

¹³³ CARL FRIEDRICH VON WEIZSÄCKER, *Fragen zur Zukunft. Strategie für eine Welt von morgen*, in: DIE ZEIT, 18. 7. 1975.

ursachte, viele aus dem entstehenden ökologischen Bewegungsmilieu von der Partei und beteiligten sich später an der Gründung der Grünen.¹³⁴ Für sie war Eppler eine Identifikationsfigur und sein Rücktritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus dem Kabinett Schmidt 1974, der in einem programmatischen Konflikt begründet lag, wirkte wie ein Fanal. *Ende oder Wende* wurde denn auch als Abrechnung mit der Politik Schmidts gelesen.¹³⁵

Zu jenen, die sich von der SPD abwandten, sich aber weiterhin mit Eppler verbunden wussten, gehörte auch der „grüne Bewegungsinтеллектуelle“ Carl Amery,¹³⁶ der sich als „ernsthafte[r] Konservative[r]“ verstand und den Konservatismusbegriff in der grünen Bewegung präsent hielt.¹³⁷ Dies tat auch die Gruppe der „Bewahrer“ im breiten Spektrum der Gründungsgrünen, die Silke Mende so anschaulich beschrieben hat. Herbert Gruhl, CDU-Bundestagsabgeordneter, der 1978 seiner Partei den Rücken kehrte, und Autor des Bestsellers *Ein Planet wird geplündert* – „ein kulturkritisches Manifest mit rückwärtsgewandten, teilweise autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen“,¹³⁸ – verstand sich ebenfalls als „wahre[r] Konservative[r] dieser Zeit“.¹³⁹ Die Pluralisierung des Konservatismusbegriffs seit den späten 1960er Jahren umfasste also auch linke Positionen, was seine Variationsbreite noch vergrößerte. Zur Herstellung von begrifflicher Eindeutigkeit trug dies sicherlich nicht bei, wie Kurt Sontheimer in seiner Besprechung von Eppers Buch bemerkte, und dies – ganz der Sprachkritiker – als „Zeichen für die Schwammigkeit und Manipulierbarkeit zentraler politischer Begriffe unserer Zeit“ wertete.¹⁴⁰

Eppers Position repräsentierte sicherlich keine linke Mehrheit. Vielmehr reflektierten linke Intellektuelle zuvorderst im Begriff des *Neokonservatismus* bzw. *Neokonservativismus* die Konjunktur des Konservatismusbegriffs in den 1970er Jahren.¹⁴¹ Begrifflich handelte es sich um einen Import aus dem Amerikanischen, also um eine Eindeutschung von *Neoconservatism*. Daher war zunächst auch die Variante *Neukonservatismus* im Umlauf. Denn die sich in den USA formierende intellektuelle Strömung wurde in der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt und als Indiz für die weitere Entwicklung des Konservatismus im eige-

¹³⁴ Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 125–126.

¹³⁵ Vgl. FAULENBACH, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 431–432 und 470; SOELL, Helmut Schmidt, S. 351–357.

¹³⁶ Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 264–269.

¹³⁷ Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen, Tl. 1: Carl Amery, in: DIE WELT, 19. 2. 1977; vgl. auch AMERY, Progressismus, Konservatismus, 1973.

¹³⁸ MENDE, „Nicht rechts“, S. 76.

¹³⁹ Herbert Gruhl, 1979, zitiert in: ebd., S. 72.

¹⁴⁰ KURT SONTHEIMER, Konservative von links? Ein neuer Begriff und seine guten alten Hintergründe, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 29. 8. 1975

¹⁴¹ Vgl. z. B. GLASER, Die Mitte und rechts davon, 1974; SAAGE, Konservatismus und Demokratie, 1974; GREIFFENHAGEN, Neokonservatismus in der Bundesrepublik, 1974; KEVENHÖRSTER und STRONK, Falsche Alternativen, 1974; GREBING, Was ist vom Anspruch der Neo-Konservativen auf eine neue Theorie geblieben?, 1976; FETSCHER, Widersprüche im Neokonservativismus, 1980; HABERMAS, Die Kulturkritik der Neokonservativen, 1982; ders., Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, 1979.

nen Lande gesehen.¹⁴² Claus Offe glaubte die „Umriss einer neukonservativen Systemopposition“ in den Wortmeldungen der „Tendenzwenden-Literatur“, speziell jenen von Schelsky, Lübke, Friedrich Tenbruck oder Hennis zu erkennen.¹⁴³ Gerade Helmut Schelsky rückte in den Blickpunkt linksintellektueller Kritik. Als „Mentor des Neo-Konservatismus“ betreibe er eine „systematische Denunzierung der Demokratie“, vertrete er eine „paläoliberalen Gesellschaftsphilosophie“¹⁴⁴ und weise der bundesrepublikanischen Gesellschaft schließlich „den Weg in die ‚autoritäre‘ Demokratie“.¹⁴⁵ Schelsky repräsentiere einen „neuen Konservatismus in der Bundesrepublik, der sein Heil nicht mehr in der Überhöhung des Staates [...], sondern in der Zurückdrängung der Öffentlichkeit und der Politik sucht“. Dabei gehe die Entwicklung des Konservatismus in der Bundesrepublik parallel mit der in den USA.¹⁴⁶ Die Konzentration auf Schelsky verwischte die Unterschiede zwischen den intellektuellen Protagonisten der Neuformulierung des Konservativen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Denn der Soziologe im „Kampfpfanz des politischen Anti-Soziologen“,¹⁴⁷ der bewusst polarisierte und dessen Denken in der Tat einerseits der libertären Richtung des amerikanischen Neokonservatismus ähnelte, andererseits weiterhin von technokratischen Überzeugungen durchzogen war, unterschied sich in vielem fundamental von dem liberalen Demokratieentwurf, für den etwa Lübke, Hennis oder Krockow einstanden.¹⁴⁸

Kurt Sontheimer zeigte sich daher sehr darum bemüht, sich von Schelskys Intellektuellenkritik zu distanzieren.¹⁴⁹ Besonders aber Christian von Krockow kritisierte Schelskys Demokratietheorie scharf: „Aggressivität und Verzögerungswille finden sich am Ende zu einer fatalen unheiligen Allianz Metternichscher Unterdrückungsstrategie“, kommentierte er Schelskys *Die Arbeit tun die anderen*. Während Edmund Burke Ende des 18. Jahrhunderts mit seinen *Betrachtungen* ein „revolutionäres Buch gegen die Revolution“ geschrieben habe, habe Schelsky der bundesdeutschen Öffentlichkeit der 1970er Jahre ein „reaktionäres Buch be-

¹⁴² Hans-Gerd Schumanns Sammelband zum Konservatismus widmete ihm beispielsweise ein ganzes Kapitel, vgl. SCHUMANN, *Konservatismus*, 1974, Kap. 3.2.; vgl. z. B. auch FETSCHER, *Widersprüche im Neokonservatismus*, 1980. Die Rezeptionsgeschichte des amerikanischen Neokonservatismus ist für die Bundesrepublik hingegen noch nicht geschrieben; einen ersten wichtigen Anlauf zur Erforschung der Transfergeschichte des bundesrepublikanischen und US-amerikanischen Konservatismus macht HOHENDAHL und SCHÜTZ, *Perspektiven konservativen Denkens*.

¹⁴³ OFFE, *Neukonservative Klimakunde*, 1978, S. 210; für die Wortverwendung vgl. außerdem z. B. CHAPMAN, *Neukonservatismus*, 1974.

¹⁴⁴ KEVENHÖRSTER und STRONK, *Falsche Alternativen*, 1974, S. 83, 90 und 92.

¹⁴⁵ Vgl. GRUBE und RICHTER, *Einleitung*, 1974, S. 11.

¹⁴⁶ Vgl. KEVENHÖRSTER und STRONK, *Falsche Alternativen*, 1974, Zitat S. 94.

¹⁴⁷ GALLUS, *Schillernder Schelsky*, S. 14.

¹⁴⁸ Vgl. WEHRS, *Auf der Suche nach einem „Pronunciamento“*; allg. GALLUS, *Schillernder Schelsky*. Für Schelskys Denken der 1970er Jahre vgl. v. a. SCHELSKY, *Die Arbeit tun die anderen*, 1975; ders., *Der selbständige und der betreute Mensch*, 1976; ders., *Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung*, 1973.

¹⁴⁹ Vgl. SONTHEIMER, *Das Elend unserer Intellektuellen*, 1976.

schert“.¹⁵⁰ Krockows Buchbesprechung setzte damit auch ein Zeichen im „Kampf ums Heißen“, um mit Lübke zu sprechen: Schelskys Denken war nicht als *konservativ* zu bezeichnen, sondern wurde von dem Anwalt eines „Konservatismus der Freiheitswahrung“¹⁵¹ als *reaktionär* gebrandmarkt. Die Grenze zwischen *Konservatismus* und *Reaktion* wurde unter konservativen Intellektuellen scharf gezogen.

Zu einem geradezu inflationär gebrauchten Sammelbegriff zur Beschreibung der konservativen Neuaufbrüche seit den späten 1970er Jahren wurde *Neokonservatismus* mit Jürgen Habermas' Charakterisierung des Phänomens 1982.¹⁵² Während der amerikanische *Neokonservatismus* in liberaler Tradition stünde, seine „Identifikation mit der gesellschaftlichen Moderne [...] in Begriffen einer unzweideutig liberalen Tradition vollzogen“ habe,¹⁵³ hätten jene Theorien, von denen die bundesrepublikanischen *Neokonservativen* ausgegangen seien, einen „jungkonservativen Einschlag“. Der deutsche *Neokonservatismus* habe sich von der antiliberalen Tradition deutschen konservativen Denkens nicht frei gemacht, allen Beteuerungen zum Trotz. Nach 1945 hätten sich die bekehrten Männer der Weimarer neuen Rechten nur „halbherzig“ mit der Moderne ausgesöhnt: „[S]ie haben sich mit dem zivilisatorischen Fortschritt ausgesöhnt, aber die Kulturkritik beibehalten“. Dies trenne die „ehemals jungkonservativen von den ehemals liberalen Neukonservativen“.¹⁵⁴ Am Beispiel von Joachim Ritter, Ernst Forsthoff und Arnold Gehlen exemplifizierte Habermas seine Theorie, deren Schüler – also die Generation eines Hermann Lübke oder Wilhelm Hennis, Protagonisten der intellektuellen Debatten der 1970er Jahre – wertete er als bloße Epigonen ihrer Lehrer. „Neu ist allenfalls der Typus des Professors, der an der semantischen Bürgerkriegsfront tapfer seinen Mann steht“, bemerkte Habermas süffisant.¹⁵⁵ Nur Kurt Sontheimer und Richard Löwenthal gestand er eine Nähe zu den amerikanischen *Neokonservativen*, ihrem Denken also originär liberalen Ursprung zu.¹⁵⁶

Während amerikanische *Neokonservative* auf dem liberalen Weg des *Westens* wanderten, und während die bundesrepublikanische Linke die Öffnung nach *Westen* mit großer Lebendigkeit praktizierte, bewegten sich, meinte Habermas, die deutschen *Neokonservativen* auf dem antiwestlichen Sonderweg. Sie wendeten „sich von diesen Traditionen ab, schöpfen aus anderen Quellen“, die da hießen: „deutsche[r] Konstitutionalismus, der von der Demokratie nicht viel mehr als

¹⁵⁰ KROCKOW, Helmut Schelskys Deutsche Ideologie, 1975, S. 91; vgl. außerdem: CHRISTIAN VON KROCKOW, Mehr Demokratie – weniger Freiheit?, in: DIE ZEIT, 23. 2. 1973. Zur zeitgenössischen Rezeption von Schelskys Demokratietheorie vgl. THÜMMLER, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?.

¹⁵¹ Vgl. KROCKOW, Herrschaft und Freiheit, 1977, S. 140.

¹⁵² Vgl. z. B. FETSCHER, Neokonservative und „Neue Rechte“, 1983; DUBIEL, Was ist Neokonservatismus?, 1985; SAAGE, Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus, 1987; HELLFELD, Modell Vergangenheit, 1987.

¹⁵³ HABERMAS, Die Kulturkritik der Neokonservativen (1982), 1985, S. 39; original: ders., Die Kulturkritik der Neokonservativen, 1982.

¹⁵⁴ HABERMAS, Die Kulturkritik der Neokonservativen (1982), 1985, S. 40.

¹⁵⁵ Ebd., S. 44.

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S. 39.

den Rechtsstaat übrigbehalten hat“; „Motive des Staatskirchentums, das in einer pessimistischen Anthropologie“ wurzele; und „Motive des Jungkonservatismus“. Letztlich wirkten die „fragwürdigen Hypothesen des deutschen Liberalismus“ bis in die Gegenwart fort.¹⁵⁷ Habermas Begriffsbestimmung des *Konservatismus* bzw. *Neo-Konservatismus* bewegte sich augenscheinlich in den Bahnen des linken Konservatismusbegriffs, wie er seit Ende der 1950er Jahre ausformuliert worden war. Das hatte sich bereits 1979 gezeigt, als er eine Sammlung gewichtiger linker Stimmen der Bundesrepublik zur „geistigen Situation der Zeit“ organisiert hatte, die schließlich als Band 1000 der edition suhrkamp veröffentlicht wurde. Das Projekt, das von Karl Jaspers' gleichlautender Analyse aus dem Jahre 1930 inspiriert war, hatte Habermas als Gegenprogramm zu einer konservativen Deutungsvorherrschaft konzipiert, die er in seiner Gegenwart wahrzunehmen glaubte. In den „Stichworten zur ‚geistigen Situation der Zeit‘“ aber hatte er nicht mit dem Konservatismusbegriff operiert, sondern der *Neuen Linken* eine *Neue Rechte* entgegengestellt, geprägt von Carl Schmitt, Arnold Gehlen, Hans Freyer und Joachim Ritter – nicht von ungefähr von drei Geistern der Weimarer neuen Rechten –, dazu angetan, die bundesrepublikanische Demokratie zu unterminieren.¹⁵⁸

Die Antwort, die Habermas herausforderte, gab Hermann Lübke, der sich in der Tat zum herausragenden Repräsentanten des Konservatismus aus liberalem Geiste entwickelte,¹⁵⁹ woran seine gezielte Begriffspolitik hinsichtlich des Konservatismusbegriffs nicht unwesentlich Anteil hatte. Wie wir gesehen haben, nahm er seit der ersten Hälfte der 1970er Jahre die negative Zuschreibung auf und suchte ihren Bedeutungshorizont im positiven Sinne wiederholt festzulegen. Dies tat er auch in seiner Antwort auf Habermas.¹⁶⁰ Zunächst akzeptierte er die Bezeichnung *Neokonservatismus*.¹⁶¹ Dann wies er Habermas' These von der antiliberalen Tradition zurück und verortete die *Neokonservativen* im liberalen Horizont von Aufklärung und Moderne. Und schließlich verwies er auf die Gemeinsamkeiten im amerikanischen und bundesrepublikanischen *Neokonservatismus* und negierte damit Habermas' These vom deutschen konservativen Sonderweg. Bei einem 1982 von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Zusammentreffen deutscher und amerikanischer Intellektueller des konservativen Spektrums hatte er bereits hervorgehoben, dass den Ähnlichkeiten im Denken auch die „mannigfachen institutionellen und persönlichen Beziehungen [...] zwischen deutschen und amerikanischen Intellektuellen konservativer Orientierung“ entsprächen, die „seit langem“ bestünden.¹⁶² Daher erschien ihm gerade deshalb

¹⁵⁷ Ebd., S. 54.

¹⁵⁸ Vgl. HABERMAS, Einleitung, 1979.

¹⁵⁹ Vgl. MULLER, German Neoconservatism and the History of the Bonn Republic, S. 5.

¹⁶⁰ Vgl. LÜBBE, „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983.

¹⁶¹ Den Begriff hatte er zur Selbstbeschreibung bereits im Jahr zuvor verwendet, vgl. LÜBBE, Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus, 1982; noch einmal publiziert als ders., Konservatismus in Deutschland – gestern und heute, 1987.

¹⁶² LÜBBE, Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus, 1982, S. 87.

die Verwendung des Konservatismusbegriffs „ohne jeden Diffamierungsanklang“ als erstrebenswert, trage dies doch „zum sprachlichen Ausgleich zwischen deutscher und englisch-amerikanischer politischer Kultur“ bei.¹⁶³

Im Grunde verbarg sich hinter Lübbes Argumentation die Überzeugung von der ‚Verwestlichung‘ der bundesrepublikanischen politischen Kultur, das hieß der Einmündung des deutschen konservativen Denkens in einen „westlichen“ Normalweg – und diese Konvergenz habe sich in den Begriffen auszudrücken. Dementsprechend distanzierte er den Konservatismus der *Neokonservativen* – darauf pochend, dass es sich bei dieser Bezeichnung um eine Zuschreibung von außen handelte – von allen deutschen Traditionen konservativen Denkens seit dem 19. Jahrhundert mit Ausnahme des politischen Katholizismus, den er als den „kontinuitätsbruchsfreieste[n] Konservativismus unter allen zeitgenössisch zu identifizierbaren deutschen Konservatismen“ identifizierte.¹⁶⁴

In der Tat hatten die intellektuellen Deuter eines bundesrepublikanischen Konservatismus aus liberalem Geist den Anspruch, „mit den amerikanischen Neokonservativen in einem weitgehend gleichen ideengeschichtlichen Kontext zu argumentieren“.¹⁶⁵ Das war auch der Fall, nur wurden in den USA – und auch in Großbritannien – zumindest in einem Punkt andere Akzente gesetzt als in der Bundesrepublik. Dort kreiste nämlich konservatives Denken viel stärker um ökonomische Zusammenhänge als dies in Westdeutschland der Fall war. Der *Markt* war ein Schlüsselbegriff des Neokonservatismus und dabei eng mit dem Begriff der *Freiheit* verknüpft.¹⁶⁶ Dagegen war die Formulierung eines Konservatismus aus liberalem Geiste in der Bundesrepublik vornehmlich demokratiethoretisch fundiert. Der freie Markt galt freilich als Kernstück einer demokratischen, freiheitlichen Ordnung und die soziale Marktwirtschaft als ideales Modell einer konservativen Gesellschaftsordnung, in der Wettbewerb und soziale Sicherheit in perfekter Balance stünden. Über diese Grundfesten herrschte Konsens, sie waren nicht umstritten – und vor allem galt der Ausgleich, der im Modell der sozialen Marktwirtschaft gefunden worden war, als Fundament, auf dem die Demokratie der Bundesrepublik errichtet war.¹⁶⁷ Die *soziale Marktwirtschaft* wurde als eine erfolgreiche Begriffsbildung der Adenauer-Zeit gepriesen, als Formel, auf der die bundesrepublikanische Demokratie basierte. Während in den USA und in Großbritannien radikal marktliberale Argumente als Gegenentwurf zu einer auf Planung setzenden Wohlfahrtsstaatlichkeit zunehmend an Legitimität gewannen, weil diese für die ökonomische Krise verantwortlich gemacht wurde, sahen westdeutsche Konservative in den 1970er Jahren, nicht zuletzt bestärkt von der vergleichsweise guten öko-

¹⁶³ LÜBBE, „Neo-Konservative“ in der Kritik, 1983, S. 623. Einen beachtenswerten Vergleich zwischen amerikanischem und bundesrepublikanischem „Neokonservatismus“ stellt LORIG, Neokonservatives Denken, an.

¹⁶⁴ LÜBBE, Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservativismus, 1982, S. 95.

¹⁶⁵ LORIG, Neokonservatives Denken, S. 161.

¹⁶⁶ Vgl. z. B. PHILLIPS-FEIN, Invisible Hands.

¹⁶⁷ Vgl. MULLER, German Neoconservatism and the History of the Bonn Republic, S. 12.

nomischen Entwicklung der Bundesrepublik, das ordoliberalen Modell bestätigt. Dass Wirtschaftswissenschaftler in der deutschen Debatte, verglichen mit den USA und Großbritannien, kaum eine Rolle in der Ausformulierung des Konservatismus der 1970er spielten und statt ihrer Politikwissenschaftler dominierten, trug entscheidend zu diesen unterschiedlichen Gewichtungen bei. Dazu kam, dass die liberalen Interpreten des Konservativen konsensliberal geprägt waren und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus der Sozialdemokratie kamen.¹⁶⁸ Wettbewerb und soziale Sicherheit schien der ausbalancierte Sozialstaat der Bundesrepublik in idealer Weise zu vereinen – dieses Gleichgewicht musste verteidigt werden, um eine Sozialisierung zu verhindern. Marktradikale Modelle schienen dafür nicht nötig – auch deshalb blieb Schelskys Anschlussfähigkeit begrenzt, der in den 1970er Jahren den „klassischen Liberalismus“ vor allem als Liberalismus des Marktes pries und so seine Kritik an bürokratisierter Wohlfahrtsstaatlichkeit und Individualitätsverlust aus den 1950er Jahren aktualisieren konnte.

Hermann Lübke, Wilhelm Hennis, Kurt Sontheimer und die übrigen Männer, die sich um einen liberalen Konservatismus mühten, vertrauten auf die Kraft des ‚Westens‘, sahen es als ihren Auftrag an, dem ‚Westen‘ in der Bundesrepublik auch weiterhin eine dominante Stimme zu sichern. Schelsky dagegen hatte seine Hoffnung auf den ‚Westen‘ verloren – so er sie denn jemals tatsächlich gehegt haben sollte. Die „Priesterherrschaft der Intellektuellen“, die linke, systemverändernde, manipulierende Übermacht, glaubte er überall in der „industriegeschichtlich fortgeschrittenen Zivilisation des Westens“ grassieren: „Das neue Mittelalter fängt im Westen an“ – und von dort drang es nach Deutschland vor.¹⁶⁹ Wieder einmal wurde die Verderbnis im ‚Westen‘ verortet, wieder einmal mussten deutsche Tugenden der westlichen ‚Zivilisation‘ entgegengesetzt werden. Schelsky aktualisierte die verhängnisvolle deutsche Semantik des ‚Westens‘, die in der ersten Hälfte 20. Jahrhunderts so unheilvolle Wirkung gezeitigt hatte.¹⁷⁰ Expliziter noch hatte sich Arnold Gehlen bereits 1969 gegen das Vordringen ‚westlicher‘ Begriffe gewandt, als er die alliierte Sprachpolitik nach 1945, die antiliberalen und antidemokratischen Begriffe aus dem öffentlich sagbaren Vokabular verbannt hatte, scharf angriff, eben weil sie den Männern der Weimarer neuen Rechten ihre Begriffe entzogen hatte. Die Wahrheit, so ätzte Gehlen, sei sprachlich nicht mehr zu fassen, die importierten, ‚linken‘ Begriffe des ‚Westens‘ Manipulationsinstrumente der Wirklichkeit.¹⁷¹ Genau das sahen die liberalen Vertreter des Konservativen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre ganz anders: Zwar stimmten sie mit Gehlens Kritik an einer linken Sprachherrschaft überein, doch zogen sie ganz andere Schlüsse. Sie wollten die demokratische Sprache des ‚Westens‘ bewahren, um die junge Demokratie zu stabilisieren – nicht mehr und nicht weniger.

¹⁶⁸ Zum Konsensliberalismus vgl. ANGSTER, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; DOERING-MANTEUFFEL, Wie westlich sind die Deutschen?; ders., Westernisierung.

¹⁶⁹ SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975, S. 134.

¹⁷⁰ Vgl. BAVAJ und STEBER, Germany and „the West“.

¹⁷¹ Vgl. GEHLEN, Über Sprachlosigkeit und Lüge, 1970.

3.4.2. *Rechts statt konservativ*. Deutsche Kontinuitäten oder die zweite Variante des Konservatismusbegriffs

Die liberalen Interpreten des Konservativen zielten vor allem auf eines: auf die Stärkung der bundesrepublikanischen Demokratie. Dieses Ziel stand dagegen alles andere als im Fokus einer zweiten Gruppe von Intellektuellen, die sich in den 1970er Jahren um die semantische Ausgestaltung des Konservatismusbegriffs bemühten. Denn der „Kampf ums Heißen“ wurde nicht nur zwischen Linken und Konservativen geführt, vielmehr rangen die Interpreten des Konservativen selbst unerbittlich um den Begriff. Die Konjunktur des Konservatismusbegriffs nach „1968“ brachte es mit sich, dass sich Vertreter verschiedener politischer Richtungen seiner bemächtigten. Dabei dominierten auf der einen Seite jene, die liberale Traditionsbestände für das konservative Denken fruchtbar zu machen suchten, und auf der anderen Seite solche Intellektuelle, die explizit an rechtes Gedankengut anknüpften. Sie suchten den Begriff für die Neue Rechte zu okkupieren. *Konservativ* bedeutete ihnen *rechts*. Dieses Spektrum war freilich recht heterogen. Es wird im Folgenden näher aufgeschlüsselt werden, und dafür ist es nötig, Netzwerke, Publikationsorgane und zentrale Figuren eingehend zu beschreiben, da auf geschichtswissenschaftliche Forschungsarbeiten kaum zurückgegriffen werden kann. Nur auf dieser Grundlage erschließt sich die begriffsprägende Kraft der Neuen Rechten in der Bundesrepublik der 1970er Jahre.

Die Heterogenität des neurechten Spektrums verwirrte manchen Beobachter, und dies zumal als die Übergänge zwischen eher liberal und eher rechts orientierten Intellektuellen, ihren Diskursarenen und Publikationsorganen fließend waren. Dies traf besonders auf Gerd-Klaus Kaltenbrunner zu, sicherlich eine der zentralen Figuren der intellektuellen Debatten der 1970er Jahre. Er wurde zu einem einflussreichen Stichwortgeber, der sich die seit 1970 immer wieder erhobene Forderung nach einem *neuen Konservatismus* selbstbewusst zueigen machte und 1972 mit der Publikation eines gleichnamigen Sammelbandes den Anspruch auf eine *Rekonstruktion des Konservatismus* erhob. Kaltenbrunners Texte und Interventionen wurden breit rezipiert, seine intellektuelle Positionierung dagegen oftmals verkannt. Sahen die einen in ihm einen Liberalkonservativen,¹⁷² war er den anderen „Generalsekretär für die rechte deutsch-konservative Gesinnung“.¹⁷³ Seinem Einfluss entgegen steht seine Vernachlässigung in der geschichts- und politikwissenschaftlichen Forschung. Dies rechtfertigt eine ausführliche Betrachtung von Kaltenbrunners Entwurf des Konservatismus. In ihm manifestierten sich zentrale Elemente der neurechten Variante des Konservatismusbegriffs, die in der Bundesrepublik der 1970er Jahre ausformuliert wurde.

Gerd-Klaus Kaltenbrunner war ein unerwarteter Shooting Star des Konservatismus der 1970er Jahre. Geboren 1939 in Wien zog er nach dem Studium der

¹⁷² Vgl. z. B. MÜLLER, Was heißt „liberalkonservativ“, 1982, S. 372.

¹⁷³ ERWIN K. SCHEUCH, Lechts und rinks. Über merkwürdige ideologische Allianzen und ihre Ahnen, in: CHRIST UND WELT, 19. 1. 1979.

Philosophie, Rechtswissenschaften und Soziologie an der Universität Wien 1962 nach Deutschland, wo er publizistisch tätig wurde. 1968 engagierte ihn der Freiburger Rombach-Verlag als Lektor, wo Kaltenbrunner anti-utopischem Denken eine Plattform zu verschaffen und so dem suhrkamp-Verlag eine publizistische Alternative entgegenzusetzen suchte. Nach der plötzlichen Entlassung 1972, hinter der politische Gründe vermutet wurden,¹⁷⁴ wechselte er 1974 schließlich zum Herder-Verlag, für den er die im Zweimonats-Rhythmus erscheinende Taschenbuchreihe *Herderbücherei initiative* verantwortete, die Kaltenbrunner zu einem zentralen Forum konservativen Rasonierens ausbaute.

Dabei war Kaltenbrunner nicht nur auf Grund seines Alters ein unerwarteter Wortführer des Konservativen. Bis zu seinem Engagement im Rombach-Verlag war der Publizist keineswegs als Vertreter des Konservatismus aufgefallen – ganz im Gegenteil. Für wissenschaftliche Zeitschriften, vor allem aber für die *Zeit* hatte er mit viel Sympathie regelmäßig Bücher aus dem Umkreis der linken Philosophie rezensiert: Kaltenbrunner war der Mann für Sartre, Flechtheim, Lenin oder neuere Marx-Ausgaben.¹⁷⁵ Darüber hinaus war er 1969/1970 mit Arbeiten zur Philosophie Marcuses und Ernst Blochs hervorgetreten, die in der österreichischen, katholischen Zeitschrift *Wort und Wahrheit* publiziert wurden.¹⁷⁶ Kaltenbrunners Ansatz objektiver Weltanschauungsanalyse erinnert an Ernst Topitsch, dem er, so ist zu vermuten, in seinem Philosophie-Studium in Wien begegnet sein dürfte. Nicht von ungefähr berief er sich später immer wieder auf Topitschs Neopositivismus. Fasziniert zeigte sich Kaltenbrunner aber auch vom Anarchismus eines Michail Bakunin und Hugo Ball.¹⁷⁷

Es war also nicht abzusehen, dass der junge Freiburger Lektor sich zum Propheten des Konservativen aufschwingen würde. Allein eine positive Rezension von Hans Georg von Studnitz' kulturkritischer Suada *Glanz und keine Gloria. Reise durch die Wohlstandsgesellschaft* deutete 1966 auf einen politischen Standortwechsel zum Konservatismus hin, allerdings noch zu einem Konservatismus verstanden als „Lebensstil“, als „eine undoktrinäre, sehr glückliche Verbindung aus common sense und provozierendem Esprit“.¹⁷⁸ Außerdem begann Kaltenbrunner sich mit Figuren zu beschäftigen, die als – sicherlich nicht zentrale – Denker des Konservatismus bzw. der Rechten galten. Dabei reichte sein Interesse

¹⁷⁴ Vgl. Anpassung an Gängiges, in: DER SPIEGEL, 21. 11. 1972.

¹⁷⁵ Vgl. KALTENBRUNNER, Rezension zu: Herbert Marcuse, Vernunft und Revolution, 1962; ders., Weltrevolution oder Nationalstaat, in: DIE ZEIT, 18. 6. 1965; ders., Die Entstalinisierung begann unter Stalin, in: DIE ZEIT, 8. 10. 1965; ders., Abenteuer der Dialektik, in: DIE ZEIT, 15. 3. 1968; ders., Was Marx wirklich sagte..., in: DIE ZEIT, 3. 5. 1968; ders., Das Rätsel Lenin, 1965; ders., Der Denker Marcuse, 1967.

¹⁷⁶ Vgl. KALTENBRUNNER, Prinzipielle oder experimentelle Utopie?, 1969; ders., Vorbild oder Verführer?, 1970.

¹⁷⁷ Vgl. KALTENBRUNNER, Das Lustprinzip Revolution, 1970; BALL, Zur Kritik der deutschen Intelligenz, 1970.

¹⁷⁸ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Restaurativer Staat? Reise durch die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft, in: DIE ZEIT, 4. 2. 1966.

von Franz von Baader über Ludwig Klages und Vilfredo Pareto bis hin zu Houston Stewart Chamberlain und Arthur Moeller van den Bruck.¹⁷⁹

Einige Jahre später freilich hatte sich Kaltenbrunners Sympathie für einen konservativen Lebensstil zu einer solchen für konservative politische Programmatik gewandelt. Der Anspruch, mit dem Kaltenbrunner 1972 schließlich an die Öffentlichkeit trat, konnte dabei nicht gewaltiger formuliert werden: Er wollte einen neuen Konservatismus für die 1970er Jahre begründen. Der Konservatismus sei nämlich „keine abgeschlossene, fixierte Doktrin“, sondern müsse „von Epoche zu Epoche neu formuliert“ werden.¹⁸⁰ Und tatsächlich ist Kaltenbrunners publizistisches Engagement der 1970er Jahre als Versuch zu verstehen, aus der Situation der Gegenwart heraus einen neuen Konservatismus zu erschaffen: in der Formulierung einer konservativen Theorie, in der Festlegung eines Kanons von Denkern und Schriften, aus denen dieser schöpfen konnte, in der Organisation publizistischer Plattformen. Ganz bewusst besetzte er den Konservatismusbegriff; der Bedeutung von Sprache in der Politik war er sich bewusst. Der „Kampf um Worte“, unterstrich Kaltenbrunner 1972, markiere den „Beginn einer Emanzipation von den hemmenden Schablonen und Phrasen“, stelle „die erste Etappe einer neuen Kristallisation von durchaus auch die politische Praxis verändernden Kräften“ dar.¹⁸¹ Ernst war es ihm auch mit der Begründung einer konservativen Theorie, womit er sich gegen eine mächtige Tradition konservativer Selbstbeschreibung stellte.¹⁸²

Mit der Neuschöpfung des Konservatismus war es Kaltenbrunner ernst; mit der Bewahrung überkommener Ordnungen mochte er indessen nichts zu tun haben. Vielmehr ging es ihm um die „Schöpfung einer neuen Ordnung, in der Bewahren möglich und sinnvoll ist“. Insofern bestimmte Kaltenbrunner Konservatismus als „prospektiv, im Hinblick auf seine noch unabgeholten Möglichkeiten, als Erneuerung, Schöpferium und Wiedergeburt“.¹⁸³ Genau so war die Formel vom „schöpferischen Konservatismus“ zu verstehen.¹⁸⁴ „Blicke nicht zurück auf alte Zeiten, sondern setze auf die Zukunft“, riet Kaltenbrunner in bewusst prophetischem Ton den Lesern der *Deutschen Zeitung. Christ und Welt* 1972, als er nicht davor zurückschreckte, in genau diesem Duktus, „zehn Gebote für Konservative“ zu formulieren.¹⁸⁵ Kaltenbrunners Konservatismus-Projekt war

¹⁷⁹ Vgl. KALTENBRUNNER, Houston Stewart Chamberlains germanischer Mythos, 1967; ders., Vom Weltschmerz des technischen Zeitalters, 1969; ders., Das Lustprinzip Revolution, 1970; ders., Plädoyer für Vilfredo Pareto, 1974; ders., Von Dostojewski zum Dritten Reich, 1969.

¹⁸⁰ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 267; gleichlautend ders., Schöpferischer Konservatismus (Críticón), 1973.

¹⁸¹ KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 25.

¹⁸² Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative und solche die es werden wollen, 1975; ders., Gibt es eine konservative Theorie?, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 26. 10. 1973; ders., Gibt es eine konservative Theorie?, 1974; ders., Brauchen Konservative eine Theorie?, 1973.

¹⁸³ KALTENBRUNNER, Prospektiver Konservatismus, 1975, S. 106.

¹⁸⁴ Vgl. KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 45; ausgeführt in: Ders., Schöpferischer Konservatismus, 1973.

¹⁸⁵ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

also weniger restaurativ bzw. „rekonstruierend“ angelegt, um seine eigene Formulierung aufzugreifen, sondern vielmehr revolutionär. Mit der Vergangenheit wollte er brechen, von einem Plädoyer für die Kontinuität der Zeitdimensionen war er weit entfernt, auch wenn er *konservativ* als „Einsicht in die Bedingungen [...] nichtkatastrophischen sozialen Wandels“ definierte und damit eine etablierte Formel aufgriff.¹⁸⁶ Konservative Theorie war ihm eine „Theorie revolutionärer Bewahrung“.¹⁸⁷ Kaltenbrunner predigte die konservative Revolution für die 1970er Jahre, bediente sich aber der Sprache der Rekonstruktion. Das war Camouflage.

Besonders in seiner Wertschätzung der Revolution offenbarte sich Kaltenbrunners eigener intellektueller Weg von der Linken hin zur Rechten. Mit dem „Revolutionär des 20. Jahrhunderts“ teile der Konservative um einiges mehr als mit dem „Konservativen des 19. Jahrhunderts“, vor allem eine „ganze Fülle quälender Fragen“.¹⁸⁸ Es sei nur natürlich, dass aus dem sich in einem „Verfallsprozess“ befindenden Marxismus so frei gewordene Elemente in den Konservatismus eingehen würden.¹⁸⁹ „Rechts stehen, links denken“, diese auf den österreichischen Katholisch-Konservativen Ernst Karl Winter zurückgehende Formel aus den 1920er Jahren führte Kaltenbrunner wieder und wieder an, um die Verbindung von seinem neuem Konservatismus und dem Marxismus zu untermauern.¹⁹⁰ Links zu denken bedeutete für Kaltenbrunner in erster Linie dialektisch zu denken.¹⁹¹ Und so erklärte er die konservative Welle, die er in seiner Gegenwart zu gewärtigen glaubte, ebenfalls dialektisch: als Bewegung „enttäuschter Emanzipatoren“ hin zum Gegenteil dessen, wofür sie ursprünglich gekämpft hatten.¹⁹²

Kaltenbrunners Neuschöpfung des Konservatismus war jedoch in erster Linie eine synthetische Angelegenheit. Obgleich er vorgab, mit der Vergangenheit zu brechen – und vor allem auch „Distanz“ zu den „Traditionen konservativen Denkens“ üben wollte –, bediente er sich unterschiedlicher Stränge konservativen Denkens des 19. und 20. Jahrhunderts und fügte sie zu einem neuen Ganzen. Diese Referenzen funktionierten dabei weniger über die Berufung auf konservative Lichtgestalten wie das üblich war („Edmund Burke, Friedrich Julius Stahl und Othmar Spann sind ebenso tot wie der Konservatismus von Thron und Altar, wie der spätere von Rittergut und Hochofen.“), sondern über die Aktualisierung von Begriffen des semantischen Netzes des Konservatismusbegriffs.¹⁹³ Auf diese Weise stellte Kaltenbrunner sicher, dass sein Entwurf auch als konservativ erkannt wurde, mehr noch, dass dieser als aktualisierte Fortsetzung des Denkens der Weimarer neuen Rechten erschien.

¹⁸⁶ KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 45.

¹⁸⁷ KALTENBRUNNER, Einleitung, 1975, S. 10.

¹⁸⁸ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 269.

¹⁸⁹ Vgl. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

¹⁹⁰ Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 270; ders., Zehn Gebote.

¹⁹¹ Vgl. KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 266.

¹⁹² KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 136.

¹⁹³ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 267.

Der Begriff der *Revolution* war dafür in gleichem Maße entscheidend wie die Aneignung der Begriffe *rechts* und *reaktionär*. Während sich die liberalen Konservativen beständig darum mühten, diese Begriffe als Gegenbegriffe zum Konservatismusbegriff aufzubauen, verwendete Kaltenbrunner *konservativ*, *rechts* und *reaktionär* synonym. Ganz dem Schmittschen dichotomischen Freund-Feind-Denken verschrieben, identifizierte er die Linke als „Feind“ des Konservatismus, genauer den „sowjetische[n] Imperialismus und die linksradikale ‚Systemüberwindungs‘-Aktion“, wobei beides – real existierender Kommunismus und intellektuelle Neue Linke im demokratischen Westen – in eins gesetzt wurden.¹⁹⁴ Den Herausforderungen der Linken konnte nur eine starke Rechte begegnen, so das Argument. Kaltenbrunners „neuer Konservatismus“ sollte „rechte Systemkritik“ üben.¹⁹⁵ Das politische Spektrum gliederte sich in dieser Sicht in zwei große Blöcke: die *Linken* hier, die *Rechten* dort.

In diesen Zusammenhang ordnete sich Kaltenbrunners Aufforderung an die Liberalen ein, konservativ zu werden.

Die Liberalen stehen vor der Wahl, nolens volens zu intellektuellen und moralischen Helfershelfern der unter linkem Vorzeichen betriebenen Systemüberwindung zu werden und dabei, geleitet von einem masochistischen Todeswunsch, ihre eigenen liberalen Überzeugungen zu opfern, oder aber aus leidenschaftlicher Sorge um die Erhaltung der systematisch angegriffenen liberalen Institutionen bis auf weiteres sich auf die Seite der Konservativen zu schlagen. Wenn sie wirklich an der Freiheit hängen [...], dann werden sie einsehen, dass sie aus Liberalität konservativ werden müssen.¹⁹⁶

Die Erhaltung der Freiheit in der Gegenwart war nur durch die Verteidigung liberaler Institutionen möglich, unterstrich Kaltenbrunner und nahm damit die Argumente auf, die die demokratietheoretisch informierten Anwälte des Konservativen vorbrachten. Allerdings waren die Vorzeichen der Verbindung von Konservatismus und Liberalismus jeweils vertauscht: Ein Hermann Lübke, Hans Maier, Kurt Sontheimer oder Christian von Krockow wollten den Konservatismus liberalisieren, ihn innerhalb des Liberalismus situieren, wohingegen Kaltenbrunner darauf zielte, wenige Begriffe des liberalen Denkens einer Tradition des illiberalen Konservatismus einzupassen, mithin den Liberalismus dem Konservatismus unterzuordnen und in einer Neuen Rechten aufgehen zu lassen. Der Konservative der 1970er Jahre müsse sich dialektisch verstehen, unterstrich er: „als *Kritiker* und *Erbe* des Liberalismus“.¹⁹⁷ Wenn er für die „Vernunft“ plädierte¹⁹⁸, einen „aufgeklärten Konservatismus“ forderte¹⁹⁹ oder davon sprach, dass das „erreichte Maß an Emanzipation“ erhalten und gesichert werden, dass „Menschenrechte“, „Gewaltenteilung“, „Gewissensfreiheit“, die „bürgerliche Demokratie“ verteidigt werden müssten,²⁰⁰ dann evokierte er bewusst eine Nähe zu liberalen Entwürfen

¹⁹⁴ Ebd., S. 262–263.

¹⁹⁵ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Die neue Rechte – politisch heimatlos, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 28. 6. 1974.

¹⁹⁶ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 262.

¹⁹⁷ KALTENBRUNNER, Der Konservative und die Freiheit, 1973, S. 38, Hervorhebungen im Original.

¹⁹⁸ Vgl. KALTENBRUNNER, Plädoyer für die Vernunft, 1974.

¹⁹⁹ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 261.

²⁰⁰ Z. B. KALTENBRUNNER, Was ist Konservatismus?, 1972, S. 312–313.

des Konservatismus. Dies entsprach einerseits sicherlich seiner Absicht einer breiten konservativen Sammlung, andererseits diente es ihm als Mittel, um seinen Führungsanspruch im „Kampf ums Heißen“ durchzusetzen. Dass diese Strategie zu einem gewissen Maße aufging, wurde oben bereits gezeigt.

Im Verein mit der Aneignung des Begriffs *rechts* ging die des Begriffs *reaktionär*. In der Silvester-Ausgabe 1971 der *Deutschen Zeitung*. *Christ und Welt* trat Kaltenbrunner erstmals mit einer fundamentalen Kritik am Fortschrittsparadigma hervor. Dieser Beitrag offenbart den Ausgangspunkt von Kaltenbrunners Definitionsarbeit am Konservatismusbegriff, nämlich eine ökologisch informierte Fortschrittskritik. Es ist bezeichnend, dass Kaltenbrunner *konservativ* hier nicht verwendete, sondern den Begriff *reaktionär* neu zu profilieren suchte. Die Leser der *Deutschen Zeitung* bekamen zum Jahresausklang 1971 ein Krisenszenario fast apokalyptischen Ausmaßes serviert – wolle „die Menschheit noch einige Zeit überleben“, dann müsse der „Fortschritt der Destruktivität“ aufgehalten werden. Und dazu seien Strategien nötig, die „durchweg aus dem Arsenal ‚reaktionären‘ Denkens“ stammten: „Beschränkung des technologischen Entwicklungstempos, Verzicht auf ständige Expansion der Wirtschaft, Stabilisierung der natürlichen Umwelt“.²⁰¹ Der Impuls für Kaltenbrunners „neuen Konservatismus“ ging also nicht allein von der Neuen Linken aus, sondern in mindestens ebensolchem Maße von der Ökologie-Debatte der späten 1960er und frühen 1970er Jahre.²⁰² Das unterschied ihn von den liberalen Konservativen, genauso wie von Armin Mohler oder Hans-Joachim Schoeps. Es verband ihn aber mit dem Kreis um die konservativ-ökologische Zeitschrift *Scheidewege*, über die unten noch gehandelt werden wird, und mit Männern wie Herbert Gruhl, einer Zentralgestalt der konservativen Strömung in den Gründungsgrünen.²⁰³

Kaltenbrunners ökologisch inspirierte Fortschrittsskepsis war weitreichend: Mit der Fragwürdigkeit des Fortschritts verliere der unbedingte Fortschrittsglaube, der seit dem 18. Jahrhundert den Lauf der Geschichte bestimmt habe, seine Plausibilität. Die Krise des Fortschrittsglaubens signalisiere damit das Ende einer Epoche. Mit der Gewissheit einer immer besser werdenden Zukunft gehe die Verketzerung der „Reaktion“ als einer sich im Namen der Vergangenheit gegen den Fortschritt stemmenden Bewegung unter. In der „Reaktion“ sah Kaltenbrunner den einzig möglichen „Fortschritt“ in einer von Grund auf gewandelten Welt. Ein Leben in solch einer von allen Zeitlichkeiten entbundenen Gesellschaft erfülle den Menschen mit „Dingen und Tätigkeiten [...] jenseits von Fortschritt und Reaktion [...]“. Dazu gehören das Wissen um den unvermeidlichen Tod, das Schweigen des Mystikers und so etwas wie Sympathie mit der uns umfangenden, allzu lange unbedankten Natur.“²⁰⁴ Genauso begründete er die Notwendigkeit des Kon-

²⁰¹ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Absage an den Fortschritt, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 31. 12. 1971.

²⁰² Vgl. dazu ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 294–305; MENDE, „Nicht rechts“, S. 289–321.

²⁰³ Siehe S. 266.

²⁰⁴ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Absage an den Fortschritt, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 31. 12. 1971

servativen als Antipode des Progressiven. Die Begriffe *reaktionär* und *konservativ* schienen austauschbar. Wohl aus strategischen Gründen kaprizierte sich Kaltenbrunner dann auf den Konservatismusbegriff, der in der politischen Sprache akzeptierter und letztlich durchsetzbarer war. Dass er in seinem viel gelesenen programmatisch gemeinten Aufsatz *Der schwierige Konservatismus*, der erstmals in seinem Sammelband *Rekonstruktion des Konservatismus* 1972 erschien, alle Versuche, „Konservatismus, Restauration und Reaktion“ in eins zu setzen als „erkenntnishemmend“ zurückwies, zeigt, wie strategisch Kaltenbrunner den Konservatismusbegriff besetzte.²⁰⁵ Dies hinderte ihn nicht daran, an seiner Propagierung der Reaktion weiterhin festzuhalten.²⁰⁶

Die „Natur“ und die „Mystik“ machte Kaltenbrunner zu Schlüsselbegriffen seines „neuen Konservatismus“. Um die Natur als „Ordnung des Kosmos“, auf die der Mensch „unaufhebbar angewiesen“ sei, kreiste Kaltenbrunners Denken. Der Mensch als Teil der Natur habe ihr gegenüber „Demut“ zu üben, weil er sich selbst „in unkontrollierbare Herrschaft verstrick[t]e“, wenn er diese ausbeute.²⁰⁷ Die Natur als umfassendes Ordnungssystem ersetzte in Kaltenbrunners Konservatismus die Religion, besser: Sie trat an die Stelle des Religiösen als die „unserem Äon angemessene ‚religio‘“. Diese Bindung des Menschen an Übergreifendes wollte Kaltenbrunner nicht mehr im Göttlichen verankern, sondern im Biologischen: „in der Physis des Menschen, in seinen angeborenen Verhaltensdispositionen, in seiner Angewiesenheit auf ihn übergreifende, sowohl disziplinierende, als auch entlastende Ordnungen“.²⁰⁸ Ludwig Klages galt ihm gerade deshalb als konservativer Prophet.²⁰⁹ Der Mensch, so argumentierte Kaltenbrunner, sei „Teil der Natur, biogenetisch in tiefsten Vergangenheiten verwurzelt und gesellschaftlich geprägt“, und doch ein „von Natur zur Freiheit berufenes Wesen“. Auch den Freiheitsbegriff definierte Kaltenbrunner also biologisch, zur Freiheit berufen war der Mensch nur durch die Natur. „[E]ine totale, auf Befreiung von allen Naturbedingungen reduzierte Freiheit“ sei daher „illusionär“.²¹⁰ Mit dem liberalen Verständnis der Freiheit hatte diese Bestimmung des Freiheitsbegriffs nichts gemein. Dementsprechend fand Kaltenbrunner in der Verhaltensforschung, Humangenetik, Anthropologie und Biologie – und eben nicht in der Theologie und der Geschichtswissenschaft – die wissenschaftliche Basis für seinen Konservatismusentwurf. Als Vorbild einer solchen Anthropologie pries er die Lehre des Rassentheoretikers und Sozialbiologen Konrad Lorenz.²¹¹ Ferner galt ihm die Kybernetik als Leitwissenschaft, die allein dazu befähige, „Mensch, Gesellschaft und Umwelt als

²⁰⁵ KALTENBRUNNER, *Der schwierige Konservatismus*, 1972, S. 28.

²⁰⁶ Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Was ist „reaktionär“?, 1974; ders., Lob des Reaktionärs, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 11. 6. 1976; ders., Was ist reaktionär?, 1976.

²⁰⁷ KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 143.

²⁰⁸ Ebd., S. 142.

²⁰⁹ Vgl. KALTENBRUNNER, Ludwig Klages, 1975, bes. S. 265; ders., Ludwig Klages oder der Welt-schmerz des technischen Zeitalters, 1967.

²¹⁰ KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 148.

²¹¹ Zu Konrad Lorenz vgl. TASCHWER und FÖGER, Konrad Lorenz; DEMANDT, Geschichtsbiologismus; ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 299–305.

ein hochkomplexes kybernetisches System mit einer Vielzahl von miteinander verketteten Regelkreisen und Parametern“ zu verstehen.²¹²

Als Kern des Konservatismus der 1970er Jahre forderte Kaltenbrunner folgerichtig eine „realistische Anthropologie“, die die Grundlage einer „politischen Ökologie“ bilden sollte. Was war darunter zu verstehen? Es ging darum,

einige vom Geist der Demokratisierung peinlich verdrängte Tatsachen offen zu verhandeln: die durch keine egalitaristische Ideologie und Sozialpolitik zu beseitigende Ungleichheit der Menschen; ihre Angewiesenheit auf sie entlastende, aber auch fordernde Institutionen; die Realität von Macht und Herrschaft; die Notwendigkeit von Autoritäten und Tabus.²¹³

Das, was Kaltenbrunner als „allgemein menschlich“ beschrieb, etwa das „Bedürfnis nach Ordnung, Sicherheit und Stabilität“,²¹⁴ war also biologisch hergeleitet. Dieser Biologismus war in seinem ersten programmatischen Konservatismus-Text 1972 nur subkutan vorhanden. Aber bereits hier definierte er den „konservativen Gedanken“ in „seiner transzendentalsoziologischen Struktur“ als anthropologische Konstante.²¹⁵ Ein „starke[r] Staat“ als „haltende Macht“ (auch an Freyer orientierte sich Kaltenbrunner),²¹⁶ die Trias von „Ruhe, Recht und Ordnung“²¹⁷ oder machtvolle Institutionen, um individuelle Freiheit zu ermöglichen,²¹⁸ – diese Beispiele belegen anschaulich, wie Kaltenbrunner an die semantische Tradition des deutschen Konservatismus anknüpfte, zentrale Begriffe aktualisierte und diese in den Kontext einer biologisch grundierten Ökologie einbettete.

Wichtig war ihm dabei der Mantel der Wissenschaftlichkeit, den er um seinen „schöpferischen Konservatismus“ legte. Der könne nur im Dialog mit aktuellen Debatten in den Wissenschaften geschaffen werden, betonte Kaltenbrunner wieder und wieder. So kam er dann auch zu der Forderung nach einer „von Konservativen organisierten Zukunftsforschung und Langfristplanung, also konservativer ‚Look-out-Institutions‘“, die er untermalt von modischem Wissenschafts-Englisch vorbrachte.²¹⁹ Wie stark Kaltenbrunners Modell von Zeitlichkeit von dem Zeitverständnis des Konservatismus abwich, wird an diesem Beispiel besonders deutlich. Während Konservative geradezu gebetsmühlenartig vor der gegenwartsgeleiteten Okkupation der Zukunft durch Planung warnten bzw. diese als ein dem Utopismus verfallenes Vorgehen brandmarkten,²²⁰ weil sie dem konservativen Strukturprinzip ausbalancierter Zeitlichkeit Hohn sprach, plädierte Kaltenbrunner für die konservative Projektion einer „gewollten Zukunft“, um so eine neue Konservativität zu ermöglichen. Genau diese Logik bestimmte seinen Entwurf

²¹² KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 266.

²¹³ Ebd., S. 258.

²¹⁴ Ebd., S. 259.

²¹⁵ KALTENBRUNNER, Der schwierige Konservatismus, 1972, S. 46–48.

²¹⁶ KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 145–147.

²¹⁷ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

²¹⁸ Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 148–149.

²¹⁹ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 265.

²²⁰ Vgl. z. B. HELMUT SCHELSKY, Unbewältigte Zukunft, in: DER SPIEGEL, 28. 7. 1965; LÜBBE, Ernst und Unernst der Zukunftsforschung, 1969.

eines „prospektiven Konservatismus“. Dabei konnte er sich auf Carl Schmitt berufen, der 1970 Planung in einer Welt des stetig vorangetriebenen Fortschritts als „Mittel der Bewahrung“ bezeichnet hatte.²²¹

In jedem Falle war es Kaltenbrunner daran gelegen, (natur)wissenschaftliche Rationalität und mystische Innerlichkeit in seinem „schöpferischen Konservatismus“ zu einer dialektischen Einheit zu verbinden. Vorbilder dafür fand er in Hegel, dessen mystisch-mythische Dimension er betonte,²²² sowie in den Figuren, mit denen er sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auseinandergesetzt hatte: in Novalis, Franz von Baader, Vilfredo Pareto und Ludwig Klages.²²³ Nicht durch Religion, vor allem nicht christliche Religion, sondern in der Mystik kam der Mensch in Kaltenbrunners Vorstellung zu sich selbst und erschloss neue Dimensionen der Natur. Denn das „Prinzip Wirklichkeit“, das er dem linken „Prinzip Hoffnung“ entgegensetzte (und dabei, nebenbei gesagt, einen weiteren Schlüsselbegriff des Konservatismus referierte), sei mehrdimensional. Zur „Wirklichkeit“, meinte Kaltenbrunner, gehörten auch „das Ästhetische, das Gegensätzliche und das Geheimnisvolle“.²²⁴ Hinter dem „konservativen Aufbruch“ seiner Gegenwart vermutete der Mystiker Kaltenbrunner denn auch ein „syntonisches Kraftfeld“. Es erschließe „dem Bewusstsein neue Ebenen, durch lange Zeit verdrängte Aspekte der Wirklichkeit und auch neue Denkweisen“.²²⁵ Man kann hinter dieser Erklärung auch ganz persönliche Deutungsversuche vermuten. So mochte sich Kaltenbrunner seine eigene Konversion vom marxistischen Sympathisanten zum neuen Konservativen begreiflich machen.²²⁶ Der Hang zur Mystik, zum Übersinnlichen sollte in Kaltenbrunners Denken seit den frühen 1990er Jahren dominant werden, als er sich nahezu ausschließlich christlich-mystischen Spekulationen verschrieb.²²⁷

²²¹ CARL SCHMITT, Von der TV-Demokratie. Die Aggressivität des Fortschritts, in: DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT, 28. 6. 1970, zitiert in: KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 265. Zum Hintergrund vgl. SEEFRIED, Zukünfte.

²²² Vgl. KALTENBRUNNER, Hegel heute, 1970.

²²³ Vgl. KALTENBRUNNER, Novalis, 1975; ders., Ältervater und Novalis, 1966; ders., Franz von Baader, 1975; ders., Vilfredo Pareto, 1975; ders., Ludwig Klages, 1975.

²²⁴ KALTENBRUNNER, Gibt es eine konservative Tendenzwende?, 1975, S. 150.

²²⁵ Ebd., S. 149.

²²⁶ Wichtig scheint dabei auch die Auseinandersetzung mit dem Denken des tschechischen reformmarxistischen Philosophen Milan Machovec, eines Vordenkers des Prager Frühlings, gewesen zu sein. Einen Aufsatz Machovecs besprach Kaltenbrunner geradezu hymnisch, vgl. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Im Angesicht des Leviathan, in: DIE ZEIT, 30. 8. 1968. Es handelte sich um MACHOVEC, Hoffnungen und Befürchtungen der Annäherung, 1969. Dort heißt es: „So scheint mit eine Kernfrage der Jetztzeit zu sein, ja die existenzielle Lebensfrage der Menschheit überhaupt – die einzig echte und fruchtbare Dimension des Streites zwischen liberaler und kommunistischer Überlieferung heute –, ob es der Menschheit gelingt, nach dem Zusammenbruch der christlich-religiösen ‚Sinnhaftigkeits‘- und Transzendenzsuche neue, diesmal irreligiöse, der zeitgenössischen Rationalität und Wissenschaftlichkeit entsprechende anthropologisch-ontologische Grundlagen für individuelles moralisches Engagement und für die traditionelle Dynamik zu finden.“ (S. 289) Kaltenbrunner scheint die Ereignisse des Prager Frühlings genau beobachtet zu haben, vgl. KALTENBRUNNER, Und bis zum Morgen ist noch lange Zeit, 1968.

²²⁷ Vgl. z. B. KALTENBRUNNER, Im Bannkreis des Heiligen, 1986; ders., Johannes ist sein Name, 1993; ders., Die Seherin von Dülmen und ihr Dichter-Chronist, 1992; ders., Dionysius vom

Der Konservatismus, den Kaltenbrunner für die 1970er Jahre konstruierte, sollte jedoch ohne das Christentum auskommen. Auch diese Volte war in den 1960er Jahren noch nicht vorhersehbar gewesen. Kaltenbrunner kam aus einem katholischen Umfeld, zeigte sich von der christlichen Mystik Franz von Baaders fasziniert, aber genauso von dessen ökumenischen Überzeugungen und anti-papistischen Initiativen. Soweit dies rekonstruierbar ist, scheint Kaltenbrunner in erster Linie von der das Außerweltliche aufschließenden Kraft des Christentums angezogen gewesen zu sein. In dieser Hinsicht kam ihm die Sozialphilosophie des österreichischen Religionssoziologen August Maria Knoll entgegen, den er 1968 als „prononcierteste[n] Vertreter eines katholischen Antiklerikalismus“ interpretierte. Mit Knolls Arbeiten sei, so unterstrich Kaltenbrunner, „allen Versuchen, politische und wirtschaftliche Ziele als ‚christlich‘ oder ‚katholisch‘ zu deklarieren, das gute Gewissen genommen“.²²⁸ Kaltenbrunner sprach der nachkonziliaren katholischen Kirche das Recht ab, sich als Kirche gesellschaftspolitisch zu positionieren. Die Kirche, so der Tenor, hatte sich auf Liturgie und Verkündigung zu beschränken. Damit positionierte sich Kaltenbrunner kirchenpolitisch im Lager der Konzilsgegner.

Andererseits hatte Kaltenbrunner noch 1966 die Sozialkritik von Baaders im Sinne „universaler christlicher Solidarität“ gepriesen und genau darin die Ursprünge des Sozialkonservatismus lokalisiert. Auch hier sah Kaltenbrunner eine Nähe von Konservatismus und Marxismus im 19. Jahrhundert. Stand er also noch 1966 kirchlichem sozialpolitischem Engagement positiv gegenüber, schien sich das zwei Jahre später diametral gewandelt zu haben. An der sozialkonservativen Tradition hielt er fest, entkleidete sie lediglich ihres christlichen Gewandes. Der Konservative der 1970er Jahre, so Kaltenbrunner 1973, toleriere den „ungeliebten Kapitalismus“, strebe danach, ihn „mit sozialen Maßnahmen zu humanisieren“ und gerade nicht „durch einen Sozialismus zu ersetzen, dessen Schwerkraft bislang stets mehr auf die Seite der Despotie denn der Freiheit drängte“.²²⁹ Es war diese Ambivalenz gegenüber dem Christentum, die für Kaltenbrunners Denken charakteristisch war. Sie thematisierte er zur Weihnachtszeit 1974 in einem Artikel in *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*. War das Christentum konservativ? Oder musste ein Christ für die Linke eintreten? Sowohl als auch, lautete die Antwort des Dialektikers Kaltenbrunner, der dem Christentum dann auch „dialektische Natur“ bescheinigte. Das Evangelium enthalte konservative wie auch linke Potenziale: „links und rechts, konservativ und revolutionär, vergangenheitsbezogen und adventistisch, protologisch und eschatologisch.“ Aus dieser produktiven Spannung entstünde dann aber ein „Drittes“: „die Teilhabe an jener mystischen Gemeinschaft, die allein uns davor bewahrt, bloß Kinder unserer Zeit zu sein.“

Areopag, 1996. Die einzige Biographie Gerd-Klaus Kaltenbrunners, die einer Hagiographie gleicht, ist selbst beredtes Zeugnis dieser christlich-mystischen Wende Kaltenbrunners: GMEHLING, Leitstern am geistigen Firmament.

²²⁸ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Magna charta der roten Monsignores, in: DIE ZEIT, 3. 6. 1968.

²²⁹ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 269.

Allein so entkomme der Mensch der beständigen Erfahrung der Entfremdung.²³⁰ Wiederum war es die Mystik, die Kaltenbrunner als christliche Tradition in seinen Konservatismus zu integrieren suchte und dabei dem Synkretismus huldigte, wenn er diese mit der Natur- und Lebensphilosophie Ludwig Klages verschmolz.

Die „mystische Gemeinschaft“, von der Kaltenbrunner träumte, sollte also den Einzelnen davor bewahren, in der Gegenwart aufzugehen. Gerade das eschatologische Moment des Christentums, das von den Kirchen verdrängt worden sei, zeuge von der Kraft einer Hoffnung auf zukünftiges Heil.²³¹ So verbarg sich hinter Kaltenbrunners Hang zur Mystik auch eine Lösung für sein Problem mit der Utopie. Utopischem Denken begegnete er nämlich ähnlich ambivalent wie dem Christentum. Einerseits definierte er konservatives Denken als genuin anti-utopisches Denken,²³² andererseits mochte er von der Idee von Zukunftsgestaltung, oder besser: der Kolonisation des Zukunftshorizonts nicht lassen. An seiner Haltung gegenüber Zukunftsforschung und Planung haben wir das schon gesehen. Auch in Kaltenbrunners Konzeption der Utopie spiegelt sich also seine komplexe Ablösung von linkem Denken. Im Mittelpunkt seiner Auseinandersetzung mit utopischem Denken stand Ernst Bloch, an dessen Beispiel er sein Utopie-Verständnis schärfte. Auf der einen Seite schätzte Kaltenbrunner ein „utopisches Gewissen, das uns heilsam daran erinnert, wie wenig die Verhältnisse fix und fertig, wie sehr sie veränderlich und veränderbar“ seien. Utopisches Denken fördere den kritischen Verstand, sei „Absage an blinde Anpassung“. Zum anderen sah er die Gefahren des utopischen Denkens, das letzten Endes „totalitär“ sei, da es die „vorbehaltlose Verfügung über die Zukunft als Ganzes“ beanspruche. Davon aber unterschied Kaltenbrunner eine Form der Utopie, die er „gebrochen“ nannte, die sich ihrer eigenen Grenzen bewusst sei und sich „mit bloß experimenteller Geltung bis auf Widerruf“ begnüge. Diese Form der Utopie mochte er als „methodische Gymnastik unseres Möglichkeitssinns“ verstanden wissen, als „selbstkritisch und hypothetisch“.²³³ Ein „utopiekritische[r] Vorbehalt“ sollte Kaltenbrunners Konservatismus markieren.²³⁴

Doch nicht nur vom linken Utopismus fühlte sich Kaltenbrunner angezogen, auch dem Anarchismus konnte er einiges abgewinnen und suchte aus diesem Vorbild zu lernen. Zwar ordnete er den Anarchismus als Denkströmung einer vergangenen Epoche zu, dessen Lösungen in der Komplexität der Gegenwart nicht mehr greifen würden. Und doch wollte Kaltenbrunner einige Elemente des Anarchismus „beerbt und gehütet“ wissen.²³⁵ Die Sympathie Kaltenbrunners für Michail Bakunin und Hugo Ball hatte ihren Grund außerdem in deren mystischer

²³⁰ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Muss ein Christ „links“ stehen?, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 27. 12. 1974, Hervorhebungen im Original; ausführlicher: ders., Christlich = konservativ?, 1975; ders., Wie konservativ ist eigentlich das Christentum?, 1974.

²³¹ Vgl. KALTENBRUNNER, Vorbild oder Verführer?, 1970, S. 54–56.

²³² Vgl. z. B. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

²³³ KALTENBRUNNER, Prinzipielle oder experimentelle Utopie?, 1969, S. 270–271.

²³⁴ KALTENBRUNNER, Vorbild oder Verführer?, 1970, S. 58–59.

²³⁵ KALTENBRUNNER, Das Lustprinzip Revolution, 1970, S. 262–264.

Seite, die jeweils christlich inspiriert war.²³⁶ Zudem reihten sie sich ein in die Riege von Einzelgängern, denen Kaltenbrunners bevorzugtes Interesse galt. Sie erhob er zu Idealtypen eines konservativen Lebensstils in der Moderne, denn, so formulierte er pathetisch: „Konservativ sein bedeutet heute und wohl lange noch: einzeln, einsam, gezeichnet sein.“²³⁷ In diesem Sinne begegneten in Kaltenbrunners Rasonieren über einen Konservatismus des „Widerstands“²³⁸ immer wieder die beiden Figuren des Nonkonformisten und des Partisanen, wobei er mit letzterer ganz offensichtlich an Carl Schmitt anschloss.²³⁹ Einen solchen Lebensstil machte Kaltenbrunner konsequenter Weise zu seinem eigenen – sein Leben verbrachte er vor allem seit den 1980er Jahren zurückgezogen im Schwarzwald, wo er sich zum mystischen Eremiten in christlicher Tradition stilisierte.²⁴⁰

Woher aber nahm Kaltenbrunner die Hoffnung, dass sich sein Begriff des *Konservatismus* durchsetzen würde? Einmal glaubte er sich in einer historischen Umbruchsituation, die dem Konservativen entgegenzuarbeiten schien. Zum anderen vertraute er auf den „Konservatismus der kleinen Leute“, auf die Arbeiterschaft als „Hauptkraft des Konservatismus“ in den „hochindustrialisierten Staaten“.²⁴¹ Da war er nicht alleine, das tat auch Armin Mohler – und nicht nur er: Die Formel von der *silent majority*, der *schweigenden Mehrheit*, die Richard Nixon eingeführt hatte, machte in den 1970er Jahren international Karriere.²⁴² In der bundesrepublikanischen Debatte um den Konservatismusbegriff tauchte sie selten auf – und wenn dann auf der Rechten.²⁴³ Im Schlagwort von der *Schweigespirale*, das von der konservativen Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann 1974 erstmals aufgebracht worden war, fand die internationale Formel allerdings ihren spezifisch bundesdeutschen Ausdruck.²⁴⁴ Noelle-Neumann integrierte sie in ihre Theorie der öffentlichen Meinung, indem sie erstmals 1974 in der Festschrift für Arnold Gehlen argumentierte, dass eine Mehrheit der Wahlbevölkerung ihre politische Meinung nicht zu äußern wagte, wenn sie glaubte, in der Minderheit zu sein. Dies führe wiederum dazu, dass die Anhänger der Mehrheitsmeinung umso entschiedener aufträten und sich viele aus Angst vor sozialer Isolation dieser anschließen würden. Demzufolge gewann jene politische Seite Wahlen, welche die Medien dominierte.²⁴⁵ Dieses Argument war in der Situation der 1970er Jahre, als

²³⁶ Vgl. ebd., S. 254; KALTENBRUNNER, *Zwischen Anarchie und Mystik*, 1970.

²³⁷ KALTENBRUNNER, *Schöpferischer Konservatismus*, 1973, S. 265.

²³⁸ KALTENBRUNNER, *Der schwierige Konservatismus*, 1972, S. 54.

²³⁹ Vgl. SCHMITT, *Theorie des Partisanen*, 1963, dazu vgl. MEHRING, Carl Schmitt, S. 524–530; MEHRING, *Der esoterische Diskurspartisan*.

²⁴⁰ Dass diese Lebensform Verehrer und Verehrerinnen fand, belegt die gleichsam hagiographische Darstellung GMEHLING, *Leitstern am geistigen Firmament*.

²⁴¹ KALTENBRUNNER, *Der schwierige Konservatismus*, 1972, S. 51; ebenso ders., *Schöpferischer Konservatismus*, 1973, S. 259–260.

²⁴² Vgl. GOLTZ und WALDSCHMIDT-NELSON, *Inventing the Silent Majority*.

²⁴³ Vgl. z. B. SCHOEPS, *Der Versuch einer konservativen Sammlung oder die fehlende politische Chance*, 1974, S. 192.

²⁴⁴ NOELLE-NEUMANN, *Die Schweigespirale*, 1974; dies., *Die Schweigespirale*, 1980.

²⁴⁵ Vgl. GEYER, Elisabeth Noelle-Neumann's „Spiral of Silence“; sehr kritisch: BECKER, Elisabeth Noelle-Neumann, S. 221–231.

die CDU weder die Bundestagswahl von 1972 noch die von 1976 so für sich entscheiden konnte, dass eine Regierungsbildung möglich war, natürlich ein politisches Statement und eine Fortsetzung konservativer Kritik an den angeblich links dominierten Massenmedien. Doch nur vor dem Hintergrund der These über den *natürlichen Konservatismus* des *kleinen Mannes*, der in der Krisensituation der 1970er Jahre neu aktiviert würde, und der internationalen Diskussion über die *schweigende Mehrheit* erhielt sie ihre Plausibilität.

Zum Ziel hatten sich die Advokaten des Konservativen also die Aktivierung des „Fonds schweigender, unreflektierter Konservativität“ zu setzen.²⁴⁶ Und dazu bedurfte es, so meinte Kaltenbrunner, der Intelligenz. So definierte er auch seine eigene Rolle im konservativen Aufbruch, den er ersehnte. Da es sich bei der diagnostizierten Krise um ein Phänomen handelte, das alle kapitalistischen Länder erfasste, glaubte er in der Wende zum Konservatismus eine wenn nicht internationale, so doch ‚westliche‘ Bewegung greifen zu können. „Der Konservative“, unterstrich Kaltenbrunner, „kann im Zeitalter des Weltbürgerkriegs und der verschiedenen politischen, militärischen und ökonomischen Internationalen nicht mehr an den Grenzen des Landes haltmachen.“²⁴⁷ Dabei blickte er zuallererst in die USA, aber auch nach Schweden oder Italien. Besonders der internationale Kongress konservativer Intellektueller, der 1973 in Turin stattgefunden hatte, nährte Kaltenbrunners Hoffnung auf die Formierung einer „konservativen Internationale“.²⁴⁸ Während Schelsky, wie wir gesehen haben, Deutschland abermals von Bewegungen, die aus ‚dem Westen‘ kamen, gefährdet sah, glaubte Kaltenbrunner weiterhin an die Regenerationskraft ‚des Westens‘, der durch die konservative Neuakzentuierung „wieder ein Bewusstsein seiner geschichtlichen und politischen Identität“ finden sollte. Die „Renaissance des Westens“ sollte also von den Intellektuellen ausgehen.²⁴⁹

Wohlgemerkt: von den Intellektuellen, nicht von den Parteien. In der Bundesrepublik jedenfalls gebe es keine Partei, die als „politische Repräsentantin der konservativen Idee“ gelten könne,²⁵⁰ stellte Kaltenbrunner apodiktisch fest und zog damit einen klaren Strich gegenüber der Union.²⁵¹ Vielmehr glaubte er in allen Parteien konservative Ideenbestände lebendig. Das Konservative wurde als überparteilich, dem demokratischen Parteienwettbewerb enthoben konzipiert – auch diese Überzeugung schloss an eine lange, genuin deutsche Tradition konservativer Selbstbestimmung an. In ihr perpetuierten sich die antidemokratischen

²⁴⁶ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 260; gleichlautend: ders., Was ist Konservatismus?, 1972, S. 311–312,

²⁴⁷ KALTENBRUNNER, Vorwort des Herausgebers, 1974, S. 16.

²⁴⁸ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 261, Zitat S. 264. Zu dem Kongress vgl. JOACHIM SCHILLING, Die konservative Internationale. Der erste Turiner Kongress zur Verteidigung der Kultur, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 19. 1. 1973.

²⁴⁹ KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 268.

²⁵⁰ Ebd., S. 264.

²⁵¹ Vgl. z. B. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Die neue Rechte – politisch heimatlos, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 28. 6. 1974; dann v. a. ders., Das Elend der Christdemokraten, 1977.

Affekte des deutschen Konservatismus. Statt in einer Partei sollten „kleine, disziplinierte, intellektuell und organisatorisch verbundene Minoritäten“ sich in „konservativen Zellen und Basisgruppen“ organisieren, um die „schweigenden Mehrheiten zu durchdringen“. Ergänzt werden sollten diese konservativen Elitegruppen von themenspezifischen Bürgerinitiativen. Freilich müsse sich der Konservative der 1970er Jahre mit einer partisanenhaften Existenz abfinden, gleich einem „hinter feindlichen Linien abgesprungenen Fallschirmjäger“. Kaltenbrunners Plan eines konservativen Aufbruchs trug militante Züge. Von der Linken gelte es hier zu lernen, schärfte er seinen Lesern ein.²⁵²

In seinem viel rezipierten Text in dem Band *Rekonstruktion des Konservatismus* hatte er sich dazu nicht geäußert. Ob dies eine strategische Entscheidung war oder sich sein Ton verschärfte und sein Denken radikalisierte, muss offen bleiben. Für Kurt Sontheimer jedenfalls mangelte es Kaltenbrunners theoretischem Entwurf an einer Verankerung in der politischen Situation der Gegenwart, an konkreten Aussagen und politischen Inhalten. Besonders bedenklich betrachtete er die Ambivalenzen, die in Kaltenbrunners Begriffswahl steckten. Begriffe wie Stabilität, Ordnung oder Institution seien für antiliberalen, diktatorischen Regime ebenso brauchbar wie für liberale Formen politischer Herrschaft. Nur in „Verbindung mit den Werten und Zielen, die der Liberalismus und der aus ihm als Gegenbewegung hervorgegangene humane Sozialismus in unser Blickfeld gerückt haben“, sei Kaltenbrunners Vokabular akzeptabel – nur im Horizont der liberalen Demokratie, sollte das heißen. Auch wenn Sontheimer Kaltenbrunners Bemühungen keinen antidemokratischen Impetus unterstellte, so sah er an einigen Stellen doch den Geist der Weimarer neuen Rechten wiederauferstehen. So warnte er schließlich die Leser des *Merkur* vor Kaltenbrunners „ehrbare[m] Versuch zur Begründung einer Philosophie der Mitte, die jedoch den Fehler hat, unter einem einseitigen, nämlich rechten Vorzeichen zu stehen“.²⁵³ Das tat sie in der Tat. Auch Ulrich Greiner spießte in der FAZ Kaltenbrunners ambivalente Wortwahl auf und traf damit ins Schwarze. Er legte die „antiaufklärerischen“ Grundlagen von Kaltenbrunners konservativer Theorie frei und benannte sie auch so – völlig „unlogisch“ sei daher das Etikett des aufgeklärten Konservatismus bzw. das von der „Aufklärung als konservative Aufgabe“. Und wie Sontheimer insistierte auch Greiner darauf, dass ein ernstzunehmender Konservatismus sich nicht auf eine philosophische (besser: metapolitische) Ebene kaprizieren könne, sondern ganz konkrete Antworten auf die politischen Fragen der Gegenwart zu finden habe.²⁵⁴ Kaltenbrunner schlug diesen Weg bewusst nicht ein. Indem er sich den politischen Herausforderungen eines Konservatismus in der Demokratie verweigerte, stellte er sein Projekt eines „aufgeklärten Konservatismus“ gänzlich infrage. „Konservativ ist heute, wer sich auf die Seite der Demokratie schlägt“, hatte er in seinen

²⁵² KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus, 1973, S. 264–265.

²⁵³ SONTHEIMER, Der Konservatismus auf der Suche nach einer Theorie, 1974, Zitate S. 689–690.

²⁵⁴ ULRICH GREINER, Die Falte im Gewand des Alls, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 31.7.1974.

„Zehn Geboten für Konservative“ formuliert.²⁵⁵ Genau daran konnte man zweifeln, nahm man Kaltenbrunners Entwurf eines „schöpferischen Konservatismus“ ernst. Dessen rechtes Vorzeichen war unverkennbar.

Gerd-Klaus Kaltenbrunner wurde zu einer Schlüsselfigur des Konservatismus in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Nicht nur dass er mit der *Herderbücherei initiative* ein wichtiges Instrument konservativen Rasonierens in der Hand hatte, er wusste seine eigenen Texte auch breit zu streuen und damit die Grenzen zwischen liberalen und rechten Advokaten des Konservativen zu verwischen. Er war in der *Deutschen Zeitung*, *Christ und Welt* genauso präsent wie in *Aus Politik und Zeitgeschichte* und dem CDU-Organ *Die politische Meinung*, nicht mehr aber in der *Zeit*, für die er bis 1968 regelmäßig rezensiert hatte. Ferner publizierte er in jenen Zeitschriften, die Anfang der 1970er Jahre gegründet wurden, um dem Konservativen neue Dynamik und ein rechtes Profil zu verleihen: *Criticón* (gegr. 1970),²⁵⁶ *Konservativ heute* (gegr. 1970),²⁵⁷ *Scheidewege* (gegr. 1971)²⁵⁸ und *Zeitbühne* (gegr. 1972).²⁵⁹ Durch sie schufen sich jene Publizisten eine Plattform, die sich bereits in den 1950er und 1960er Jahren als ‚rechte‘ Konservative verstanden hatten und nun die Debatte um das Konservative in ihrem Sinne zu lenken trachteten. Gleichzeitig fungierten diese Zeitschriften als Knotenpunkte neurechter Intellektuellennetzwerke. Tatsächlich gelang es den Machern hinter den Titeln, den intellektuellen Diskurs zu beeinflussen, neurechten Positionen Gehör zu verschaffen und nicht zuletzt begriffliche Pfeiler einzurammen. Trotz ihrer Bedeutung wurden sie von der historischen Forschung bisher kaum beachtet. Indessen ist ihre Kenntnis unbedingt nötig, um die Debatte um das Konservative zu verstehen und das rechtsintellektuelle Spektrum auszuleuchten. Denn sehr zielstrebig suchten die selbsternannten Verteidiger des ‚echten Konservatismus‘ den Konservatismusbegriff zu besetzen. Das verlieh ihnen Bedeutung weit über die engen Kreise der Neue Rechten hinaus.

Eines der bekanntesten neurechten Blätter war sicherlich *Scheidewege*, das im umweltbewegten Spektrum der 1970er Jahre durchaus seine Wirkung entfaltete.²⁶⁰ Im Kreis neurechter Zeitschriften stand die Zeitschrift allerdings etwas abseits. Gegründet von dem schwäbischen Unternehmer Max Himmelheber, Friedrich Georg Jünger und dem Freiburger Philosophen Franz Vonessen entwickelte sie sich zum wichtigsten Forum für konservatives technikkritisches, ökologisches und fortschrittsskeptisches Denken. *Scheidewege* wollte „das Selbstverständnis der heutigen Zeit in allen erheblichen Äußerungen und Zügen aufsuchen, feststellen,

²⁵⁵ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Zehn Gebote für Konservative, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 15. 9. 1972.

²⁵⁶ Vgl. KALTENBRUNNER, Schöpferischer Konservatismus (*Criticón*), 1973.

²⁵⁷ Vgl. KALTENBRUNNER, Was ist Konservatismus?, 1972.

²⁵⁸ Vgl. KALTENBRUNNER, Mani und die Manichäer, 1974; ders., Thomas von Aquin und die Gesellschaft, 1974; ders., William Blake, 1980.

²⁵⁹ Vgl. KALTENBRUNNER, Was ist „reaktionär“?, 1974; ders., Der Konservative und die Freiheit, 1973; ders., Zehn Thesen über Konservatismus, 1973; ders., Der Kampf um die Sprache, 1974; ders., Hinter den Medien-Kulissen, 1976; ders., Das Raubtier im Menschen, 1978.

²⁶⁰ Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 298–304.

prüfen, um die selbstgefälligen Irrtümer und Verzerrungen, die es enthält, zu durchschauen“ sowie „laues und bequemes Selbstverständnis zu zerstören, um Selbsterkenntnis möglich zu machen“, wie Friedrich Georg Jünger in einem programmatischen Text im ersten Heft festhielt.²⁶¹ Die Zeitschrift stützte sich auf zwei Netzwerke, die seit Mitte der 1950er Jahre entstanden waren: zum einen den Freundeskreis um den Freiburger Rechtshistoriker Franz Beyerle, zu dem Himmelheber und Jünger sowie der Freiburger Philosoph Franz Vonessen gehörten, der die Zeitschrift redigierte; zum anderen die Gesellschaft für Anthropolögie, die von dem Bonner Soziologen Friedrich Wagner geführt wurde, der in den 1960er Jahren als wissenschaftlicher Mahner vor den Gefahren von Atomphysik und Gentechnik aufgetreten war.²⁶² Das Projekt war elitär gedacht – nur einer Elite trauten die Initiatoren zu, den radikalen Wandel einzuleiten, den sie für nötig hielten. Dazu passte auch der philosophische Duktus der Beiträge, der von einem Verständnis von Politik zeugte, das in den Kreisen der Männer der Weimarer neuen Rechten nach 1945 kultiviert wurde, in denen die beiden Brüder Jünger eine zentrale Rolle spielten. In die Niederungen demokratischer Parteipolitik wollte man sich nicht begeben, sondern huldigte einem Verständnis der „Metapolitik“.

Die Zeitschrift *Scheidewege* war einerseits von der philosophischen Technikkritik Friedrich Georg Jüngers geprägt, die dieser seit den 1930er Jahren entwickelt hatte.²⁶³ Andererseits rezipierte sie Elemente ökologischen Denkens, vor allem die Idee der natürlichen Stoffkreisläufe, die an Jüngers zyklisches Modell der Zeitlichkeit unmittelbar anschlussfähig war.²⁶⁴ Das 1975 formulierte *Bussauer Manifest* systematisierte das Denken des Kreises um die Zeitschrift, malte die „Möglichkeit der Selbstvernichtung“ der Menschheit an die Wand und forderte eine radikale Abkehr vom ökonomischen Wachstumsparadigma mittels „gesteuerter Selbstregulation“. Dezentralisierung, ein Leben in „überschaubaren Räumen“, Entstädterung und Verbäuerlichung, industrieller Rückbau, die Entwicklung alternativer Technologien, eine Abkehr vom kapitalistischen Prinzip, Entschleunigung, der Schutz von Brauchtum und „bodenständiger“ Kultur, die Besinnung auf „Wesentlicheres, Beständigeres“, auf jene „Werte, die nicht herstellbar und käuflich sind“ – so lauteten die Lösungsrezepte, die angeboten wurden, um die perhorreszierte Katastrophe abzuwenden. „Stabilität durch geordnete Vielfalt“ war das Ziel.²⁶⁵ Auf welchem Wege dieser radikale Umbau der Gesellschaft erreicht werden sollte, darüber schwiegen die Verfasser des „Bussauer

²⁶¹ Programm, 1971/1972, S. 9.

²⁶² Vgl. HIMMELHEBER, In memoriam Friedrich Georg Jünger, 1977; vgl. WAGNER, Die Wissenschaft und die gefährdete Welt, 1964; ders., Menschenzüchtung, 1970.

²⁶³ Vgl. BREUER, Die Gesellschaft des Verschwindens, S. 103–130; STRACK, Titan Technik; HEYER, „Die Maschine ist kein glücksspendender Gott“; GEYER, Humanity in an Age of Total Destruction; MORAT, Von der Tat zur Gelassenheit, S. 224–239 und 455–485.

²⁶⁴ Vgl. JÜNGER, Die vollkommene Schöpfung, 1969; dazu: GEYER, Friedrich Georg Jünger, S. 248–250; zu dessen Nietzscheanischen Ursprüngen vgl. KIESEL, Nietzsche bei Ernst und Friedrich Georg Jünger, bes. S. 267–268.

²⁶⁵ Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation, 1975; vgl. dazu MENDE, „Nicht rechts“, S. 300–302.

Manifests“ allerdings. Etwas beredter hatte sich da 1972 Gerhard Helmut Schwabe gezeigt:

Die lebensnotwendige Umorientierung kann nur erreicht werden entweder durch drakonische Gesetze (Beschränkung demokratischer Freiheiten, Ende des Marktliberalismus) oder durch eine neue Moral, von der aber niemand wird sagen können, woher sie uns beschert werden soll. Den heutigen, konsumverführten Menschen muss man, um ihn vor einem Selbstmord zu bewahren, zu materiellen Verzicht mit Sicherheit zwingen.²⁶⁶

Autoritäre Lösungen wurden von den *Scheidewege*-Autoren also genauso propagiert wie von Herbert Gruhl, der sich im Spektrum der Gründungsgrünen bewegte.²⁶⁷

In die Konservatismus-Debatte griff die Zeitschrift allerdings nicht ein. Es fehlen Ausführungen zum Konservatismusbegriff, wie sie, wie wir gesehen haben, in den 1970er Jahren ansonsten omnipräsent waren und sprachpolitisch eingesetzt wurden. Daher war das Schweigen der *Scheidewege* sicherlich ein bewusstes Schweigen. Allenfalls wurde festgestellt, dass „Naturschutz“ ein *konservativer*, wenn nicht *reaktionärer* Begriff sei, da er dem Veränderungsdrang des Menschen Grenzen setze. Zugleich wurde das Konservative zum Modernen erklärt: „modern zu sein“ und „konservatives Verhalten“ zu fordern, gehörte zu den Paradoxien des „Naturschutzes“, deduzierte Schwabe 1971.²⁶⁸ Aber ansonsten hielten sich die *Scheidewege* fern von der Konservatismus-Debatte. Hier Stellung zu beziehen widersprach wohl dem metapolitischen Selbstverständnis des Autoren-Kreises. Hinzu kam, dass Ernst Jünger, der regelmäßig Tagebuchnotizen beisteuerte, den Begriff, wie wir gesehen haben, bereits in den 1950er Jahren als nicht mehr gegenwartstauglich verabschiedet hatte. Dies musste umso mehr gelten, wenn man den Anspruch pflegte, eine radikale Alternativdeutung der Gegenwart vorzubringen. Mit den etablierten Begriffen der politischen Sprache schien diese dann nicht mehr beschreibbar.

Ebenso wenig griff das *Deutschland-Magazin* in den Diskurs um das Konservative ein. Gegründet 1969 diente es als Sprachrohr der von Kurt Ziesel geführten *Deutschland-Stiftung*, die mit explizit politischer Stoßrichtung rechte Positionen zu profilieren suchte.²⁶⁹ Ziesel, überzeugter Nationalsozialist und Antisemit, der sich nur oberflächlich zum Demokraten gewandelt hatte, zielte auf die Union.²⁷⁰ Den greisen Konrad Adenauer hatte er 1966 für die Ehren-Präsidenschaft der Deutschland-Stiftung gewonnen, die dann auch einen Konrad-Adenauer-Preis auslobte, mit dem in der Folge Publizisten und Wissenschaftler aus dem konservativen bis rechten Spektrum ausgezeichnet wurden. Die Deutschland-Stiftung wollte als Bindeglied zwischen rechter Publizistik und CDU und

²⁶⁶ SCHWABE, Fünfzig Thesen zur Umweltkrise, 1972/1973, S. 36.

²⁶⁷ Vgl. beispielsweise auch FISCHER, Vom Verlust der Autorität, 1974; zu Gruhl siehe S. 266 und 277; MENDE, „Nicht rechts“, S. 73–78 und 301–302; KEMPF, Herbert Gruhl, 1976–1993.

²⁶⁸ SCHWABE, Naturschutz, 1971/1972, S. 79.

²⁶⁹ Vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung; für die Selbstdarstellung der Deutschland-Stiftung vgl. DEUTSCHLAND-STIFTUNG E. V., Die Deutschland-Stiftung, 1967.

²⁷⁰ Zu Kurt Ziesel vgl. BUSCH, „Und gestern, da hörte uns Deutschland“, S. 209–286; SIEVERDING, Kurt Ziesel – der streitbare „Opportunist“; SCHILDT, Im Visier.

CSU wirken. Das *Deutschland-Magazin* wiederum sollte einer so wahrgenommenen ‚linken‘ Meinungsführerschaft in den Medien eine rechte Stimme entgegensetzen. Es wollte „über die Einseitigkeit der Massenmedien hinaus der inneren Gesundung und äußeren Stärkung des deutschen Volkes dienen“. Getrieben von Antikommunismus und Sozialismusfurcht trat das *Deutschland-Magazin* für einen starken Staat und die Stärkung des nationalen „Staatsbewusstseins“ ein: ernst zu nehmen ob einer soliden Bundeswehr, außenpolitisch auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Mächten agierend, seinen Anspruch auf die „verlorenen Ostgebiete“ deutlich machend und innerlich durch eine umfassende Politik der Ordnung gefestigt. Dabei gab Ziesel vor, die „demokratische Mitte“ zu vertreten.²⁷¹

Während *Scheidewege* und *Deutschland-Magazin* sich also nicht um den Konservatismusbegriff bemühten, taten das *Konservativ heute*, *Criticón* und *Zeitbühne* umso intensiver. *Konservativ* wurde zu ihrem überwölbenden Mantel. Die drei Zeitschriften verfügten über ein je eigenes Profil und wurden jeweils von selbstständig agierenden Kreisen getragen, die aber nichtsdestoweniger untereinander vernetzt waren. Sie bildeten das durchaus vielfältige Spektrum ab, das ein sich auf der Rechten verortender Konservatismus der 1970er Jahre bot. Und doch gaben einige Männer den Ton an: so etwa Armin Mohler, Caspar von Schrenck-Notzing, Hans Joachim Schoeps, bis zum seinem Tod 1976 Emil Franzel, Erik von Kuehnelt-Leddihn, William S. Schlamm oder Hans Georg von Studnitz. Warum aber kam es gerade in den Jahren um 1970 zu dieser Flut von Zeitschriftengründungen? Sie stellten zum einen eine Reaktion auf APO und Studentenbewegung dar, zum anderen auf die Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt 1969. In seinen einleitenden Zeilen zu *Konservativ heute* währte Hans Joachim Schoeps die Bundesrepublik kurz vor dem Staatszerfall:

Niemand weiß mit Sicherheit, ob die Chancen des Staates, in dem wir leben [...], nicht bereits verspielt worden sind. In den Jahren ihres bisherigen Bestehens ist schon zuviel an Staatsautorität verwirtschaftet worden, und der Ruf ‚Wider die Ächtung der Autorität‘ kommt vielleicht gerade in dem Augenblick, in dem die Uhr zwölf schlägt – also zu spät.²⁷²

Die Konservativen rief er zum „Widerstand“ auf, zur „Re-Aktion“ und daher auch dazu, den Begriff *reaktionär* in einen „Ehrentamen“ zu „verwandeln“.²⁷³

William S. Schlamm hatte seit seiner Erfahrung im amerikanischen Exil, seiner Abkehr vom Kommunismus und seiner Hinwendung zum entstehenden amerikanischen Neo-Konservatismus an einer solchen publizistischen Front gekämpft.²⁷⁴ Mit der Gründung der *Zeitbühne* 1972 verwirklichte er sich einen Lebensraum – seine eigene Zeitschrift. Der Titel orientierte sich an der *Weltbühne*, für die er in den 1930er Jahren geschrieben hatte. Die *Zeitbühne* bot ihren Lesern

²⁷¹ Vgl. Was will das Deutschland-Magazin?, 1969. Zum Deutschland-Magazin vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 127–146.

²⁷² SCHOEPS, Quosusque tandem?, 1970, S. 1.

²⁷³ Ebd., S. 2.

²⁷⁴ Vgl. PETERS, William S. Schlamm; GALLUS, Der Amüsanteste unter den Renegaten; ders., Heimat „Weltbühne“, S. 210–278.

„William S. Schlamm geballt auf 50 Seiten im Taschenbuchformat“,²⁷⁵ Herausgeber, Redakteur und Autor in einem, im „permanente[n] Kampf gegen die Gesinnungslosigkeit des seit dem ‚fin de siècle‘ degenerierenden christlichen Abendlandes“, in aggressiver Sprache seine politischen Gegner diffamierend.²⁷⁶ Den Begriff *konservativ* suchte Schlamm denn in der *Zeitbühne* auch vor der – wörtlich – „Vergasung“ zu retten: durch *Spiegel*-Redakteure, *Spiegel*-Leser und andere „begabte Hohlköpfe, die den neudeutschen kulturpolitischen Ton angeben“.²⁷⁷

Ganz im Sinne einer solchen „widerständigen“ Haltung verstand Bernd Motschmann *Konservativ heute*: als Organ einer „Sammlung, die den einzelnen trägt und ihm das Rückgrat stärkt“, einer „Gesinnungsgemeinschaft, die sich öffentlich bekennt“, als Medium eines „öffentliche[n] Einstehen[s] für die eigene Überzeugung in Wort und Tat“.²⁷⁸ Zunächst herausgegeben von der Gesellschaft für Konservative Publizistik e.V., dann von dem Verlag für Konservative Publizistik GmbH und redigiert von dem Berliner Politikwissenschaftler Klaus Motschmann (der die Redaktion 1972 von seinem Bruder Jens Motschmann übernahm), existierte die Zeitschrift bis 1981 und ging dann in *Criticón* auf.²⁷⁹ Die Brüder Motschmann gehörten dem rechten Flügel des Protestantismus an, der sich 1966 in der Notgemeinschaft evangelischer Deutscher organisiert hatte.²⁸⁰ Mit *Konservativ heute* wurde auch dieser Strömung eine Plattform bereitet. Darüber hinaus sammelten sich Vertreter eines ostelbisch, aristokratisch geprägten Konservatismus der Weimarer DNVP um die Zeitschrift. Sie ging nämlich auf die Initiative von Hansjoachim von Rohr zurück, der aus dem pommerschen Landadel stammte, von 1924 bis 1932 die DNVP im Preußischen Landtag vertreten und außerdem dem Pommerschen Landbund vorgestanden hatte. 1933 machte ihn Alfred Hugenberg, Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung im Kabinett Hitler, zum Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, wo von Rohr sich aber auf Grund seiner auf Autonomie gegenüber der NSDAP pochenden Haltung nur bis September 1933 halten konnte. Nach 1945 engagierte er sich in der Nationalen Rechten, die bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1950 in einem Wahlbündnis mit der FDP antrat, so dass von Rohr bis 1954 ein Landtagsmandat wahrnahm. Die Splitterpartei, die aus den Resten der Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Aufbauartei (DKP-DAP) bestand, ging schließlich in der FDP auf.²⁸¹ Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag suchte Hansjoachim von Rohr auf die Agrarpolitik Einfluss zu nehmen, wofür

²⁷⁵ PETERS, William S. Schlamm, S. 489.

²⁷⁶ Ebd., S. 510.

²⁷⁷ [SCHLAMM], Ein Sprachwitzbold, 1973, S. 41.

²⁷⁸ MOTSCHMANN, Die ApO als Herausforderung an die Konservativen, 1970, S. 5, Hervorhebungen im Original.

²⁷⁹ Vgl. „Criticón/Konservativ heute“ – ein neuer Anfang, 1981.

²⁸⁰ Vgl. DIRSCH, Authentischer Konservatismus, S. 270, allgemein unkritisch und sympathisierend; zum rechten Protestantismus vgl. SCHEERER, Bekennende Christen; HERMLE, Die Evangelikalen als Gegenbewegung.

²⁸¹ Vgl. SCHMOLLINGER, Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei; BACKES und JESSE, Politischer Extremismus, S. 60–62.

ihm die in Eigenregie fabrizierten *Stimmen zur Agrarwissenschaft* das nötige Organ boten.²⁸²

Um die Tradition des preußischen Konservatismus mühte sich ebenso Hans Joachim Schoeps, wie oben bereits gezeigt.²⁸³ Er war ein regelmäßiger Beiträger von *Konservativ heute*. Von seinem in den 1950er Jahren eingeschlagenen Kurs war er nicht abgewichen, vielmehr hatte er 1969 versucht, die konservativen Kräfte der Bundesrepublik in einer „Konservativen Sammlung“ zu organisieren. Konservatismus definierte er nach dem Vorbild der preußischen Konservativen des 19. Jahrhunderts. Diese „Altkonservativen“, so Schoeps, hätten nur ein Ziel gehabt: „bestehende Ordnungen stabilisieren, um sie vor der heranflutenden Massengesellschaft abzusichern“. Dementsprechend sah er in der Monarchie die ideale Staatsform, hielt mit seiner Skepsis gegenüber der Demokratie nicht hinter dem Berg, predigte die Ungleichheit der Menschen und die Notwendigkeit von Hierarchien und Eliten, pochte auf den Vorrang des Staates, unterstrich die Bedeutung von Autorität und Ordnung, wettete gegen die Konsumgesellschaft und trat für die deutsche Wiedervereinigung ein, weil sie „die Heimkehr und Auferstehung Preußens bedeuten“ würde, ohne die die Bundesrepublik keine Zukunft hätte.²⁸⁴ Die Aufgabe der Konservativen sei es, „dieser Zeit der universellen Auflösung Widerstand zu leisten“,²⁸⁵ Ordnung in einer „außer Rand und Band geratene[n] Welt“ zu schaffen.²⁸⁶

Mittels einer Anzeige, die in der *Welt am Sonntag*, der *Welt* und in *Bild* im Januar 1970 geschaltet wurde, machte Schoeps auf die Ziele und Forderungen der Konservativen Sammlung aufmerksam, die in einem von ihm initiierten Treffen im November 1969 von einem Kreis miteinander bekannter Konservativer in Gravenbruch bei Frankfurt aus der Taufe gehoben worden war. Die Konservative Sammlung bekannte sich demnach zu dem „Machtcharakter des Staates“, setzte sich für die Bundeswehr ein, wollte den Bundesrat in ein „echtes Oberhaus“ fortentwickeln und so „die Bildung politischer Nobilität ermöglichen“, trat für die Direktwahl des Bundespräsidenten ein, forderte Pressezensur und wollte das demokratische Wahlrecht so geändert sehen, dass der Gleichheit der Stimmenverteilung ein Ende gesetzt werden würde.²⁸⁷ Strategisch setzte Schoeps in völliger Verkennung der demokratischen Realitäten auf die CDU und CSU. Zwar sollte die Konservative Sammlung durch einzelne Persönlichkeiten und durch die Aktivitäten von Ortsvereinen den vorpolitischen Raum besetzen, am meisten versprach der Erlanger Kulturhistoriker sich jedoch von der Infiltrierung der Union. Denn Schoeps war immerhin Realist genug, um die Chancen einer Parteigründung als gering zu veranschlagen.²⁸⁸ Am ehesten hoffte er noch auf die Spaltung

²⁸² Vgl. unkritisch ROHR, Ein konservativer Kämpfer.

²⁸³ Siehe S. 151–153.

²⁸⁴ SCHOEPS, Der Versuch einer konservativen Sammlung oder die fehlende politische Chance, 1974, Zitate S. 160, 175.

²⁸⁵ Ebd., S. 177.

²⁸⁶ Ebd., S. 190.

²⁸⁷ Ebd., S. 178–180.

²⁸⁸ Vgl. ebd., S. 176 und 197.

der Union und die Gründung einer vierten, dezidiert konservativen Partei aus CSU und den CDU-Landesverbänden Niedersachsen und Schleswig-Holstein.²⁸⁹ Bis dahin, so schlug er vor, sollte sich die Konservative Sammlung als „konservativer Arbeitskreis in der CDU/CSU“ konstituieren.²⁹⁰ Aus all den hochfliegenden Plänen wurde nichts; ein langes Leben war der Konservativen Sammlung nicht beschieden. Bereits im Frühjahr 1970 löste sich diese auf. Aus der Perspektive des enttäuschten Schoeps waren dafür „die Tendenz zur Vereinsmeierei und zur Befriedigung privaten Ehrgeizes ungeeigneter Personen“ verantwortlich.²⁹¹

Damit dürfte er in erster Linie Armin Mohler gemeint haben. Der war zwar in Gravenbruch zugegen, bezog aber deutlich Stellung gegen Schoeps' Konservatismusentwurf und die Programmatik der avisierten Konservativen Sammlung. Dass seine Meinung breite Kreise erreichte, dafür sorgte er mit einer ausgiebigen Informationspolitik per persönlichem Brief – auch Franz Josef Strauß gehörte zu den Adressaten. Der Konservatismus, für den Schoeps einstehe, gehöre dem 19. Jahrhundert an, darauf lässt sich Mohlers Argumentation wohl zuspitzen. An den gegenwärtigen Herausforderungen gehe er völlig vorbei. Stattdessen liefere er der Linken einen „Konservatismus, wie sich die Linke einen Konservatismus nur wünschen kann: ehrbar, harmlos, völlig ungefährlich und leicht komisch“. Mohler wetterte aber gegen Schoeps' Konservative Sammlung nicht nur auf Grund ideologischer Differenzen. Vielmehr erkannte er die begriffspolitischen Konsequenzen einer Festlegung des Konservatismusbegriffs auf die preußische Tradition des 19. Jahrhunderts. Sie würde dazu führen, dass seine eigene neurechte Variante des Konservatismusbegriffs, die er seit Gründung der Bundesrepublik unablässig durchzusetzen bemüht gewesen war, als *rechtsextrem* benannt und aus dem Raum dessen, was in der bundesrepublikanischen Demokratie sagbar war, ausgeschlossen werden würde.²⁹²

An dieser Stelle also zeigte sich der erste große Riss in den Netzwerken um die rechten Zeitschriftengründungen der 1970er Jahre: Auf der einen Seite wurde der Konservatismus mit dem monarchischen Machtstaat Preußens identifiziert, auf der anderen Seite mit der Weimarer neuen Rechten. Und ein zweiter Riss spaltete diese Netzwerke: Auf der einen Seite standen solche Publizisten, die den Konservatismus als intrinsisch mit dem Christentum verbunden sahen, auf der anderen Seite jene, die dies ausdrücklich ablehnten. Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing gehörten auch hier zu den Wortführern der Letzteren, Erik von Kuehnelt-Leddihn und Thomas Molnar beispielweise zu Ersteren. Der Streit wurde in *Criticón* offen ausgetragen.²⁹³ Einen dritten Riss verursachte die Positionierung des Konservatismus gegenüber der liberalen Demokratie, denn auch die war

²⁸⁹ Vgl. ebd., S. 176.

²⁹⁰ Ebd., S. 197–198.

²⁹¹ Ebd., S. 200.

²⁹² Vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 7288, Armin Mohler, Zur konservativen Sammlung, 14. 2. 1970.

²⁹³ Vgl. MOLNAR und MOHLER, Streitgespräch zwischen den beiden konservativen Denkschulen, 1978.

umstritten: zum einen wurde der Konservatismusbegriff markant antiliberal profiliert und antidemokratisch konnotiert; zum anderen waren auch in *Konservativ heute* und *Criticón* Stimmen vernehmbar, die sich für einen „liberale[n] Konservatismus“ einsetzten, wie dies etwa Matthias Walden 1974 tat.²⁹⁴ Schließlich lief ein vierter Riss durch diese Netzwerke: der zwischen ökologisch informierten, fortschrittskritischen Denkern, die das Konservative mit einer Abkehr von der Industriegesellschaft verschränkten, und jenen, die all dies zurückwiesen und auf technokratische Entwürfe setzten.

In den Netzwerken um diese Zeitschriften prallten die verschiedenen Bedeutungsgehalte des Konservatismusbegriffs aufeinander, die dieser seit dem 19. Jahrhundert in sich vereint hatte. Die Erwartung, sich unter dem Sammelbegriff *konservativ* einrichten zu können, um ein Widerlager gegen Studentenbewegung und gesellschaftliche Liberalisierung organisieren zu können, wurde enttäuscht. Der „Kampf ums Heißen“ prägte das Klima gerade in diesen Netzwerken. Um die Deutungshoheit über den Konservatismusbegriff wurde in den 1970er Jahren erbittert gestritten – daher die Fülle von Beiträgen, die sich um eine grundsätzliche Ortsbestimmung des Konservativen mühten. Das hatte einen Duktus der Ausschließlichkeit und einen Anspruch auf Exklusivität zur Folge, der die Risse nur noch verstärkte. Trotz hochfahrender Attitüde und hochfliegenden politischen Ansprüchen auf eine „konservative Sammlung“ scheiterten die Publizisten um *Criticón*, *Konservativ heute* und *Zeitbühne* schon allein an der Festlegung ihres Schlüsselbegriffs. Dass sich weder die preußisch-monarchische, weder die christliche noch eine ansatzweise liberale Variante des Konservatismusbegriffs durchsetzen konnte, dafür sorgte vor allem das Duo Schrenck-Notzing und Mohler, die den Kurs von *Criticón* bestimmten.

In *Criticón* schufen sich jene Kreise eine Plattform, die sich seit den frühen 1960er Jahren in München und Umgebung gesammelt und sich in Stiftungen und Vereinen eine organisatorische Basis verschafft hatten. Ihre begriffspolitische Initiative um 1970 verfügte über eine Vorgeschichte, die bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik reichte und außerdem eine parteipolitische Dimension hatte. Sie ist es wert, im Folgenden näher aufgeschlüsselt zu werden. Die bereits erwähnte Deutschland-Stiftung um Kurt Ziesel bildete einen Mosaikstein im rechten Münchner Netzwerk. Ziesel gehörte 1960 ferner zum Gründerkreis der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik, für die er sich fortan engagierte.²⁹⁵ Seit 1961 agierte Armin Mohler zunächst als Sekretär, dann als Geschäftsführer der in München ansässigen Carl Friedrich von Siemens Stiftung.²⁹⁶ Der Kontakt zu Siemens war über den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Franz Riedweg, den Schwiegersohn des von 1933 bis 1938 amtierenden Reichswehr- bzw. Reichs-

²⁹⁴ Vgl. WALDEN, Die Wiederentdeckung des Konservativen, 1974, S.275. Zu Walden vgl. SCHWANE, Konservativer Vordenker, oder vergessenes Fossil des Kalten Krieges?.

²⁹⁵ Vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S.329–330. Zu Ziesels publizistischen Aktivitäten vgl. SCHILDT, Im Visier.

²⁹⁶ Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S.119.

kriegsministers Werner von Blomberg, zustande gekommen. Riedweg, in der Schweiz gebürtig wie Mohler, gehörte zu dem Kreis der Gesellschaft für Wehrkunde, die 1952 aus NSDAP-, Wehrmachts- und SS-Netzwerken in München entstand. Als „Tafelrunde“ hatte sich daraus ein privat organisierter Gesprächskreis etabliert, für den Armin Mohler regelmäßig aus Paris anreiste und dem unter anderen Schrenck-Notzing, der Publizist Winfried Martini und der Schweizer Rechtspopulist James Schwarzenbach angehörten.²⁹⁷ Seit 1952 verband Schrenck-Notzing und Mohler eine enge Freundschaft.²⁹⁸ Darüber hinaus sammelten sich in München unterschiedliche Vertriebenenorganisationen und -funktionäre.²⁹⁹ Emil Franzel, der, wie wir gesehen haben, in den 1950er Jahren in der Abendland-Bewegung aktiv gewesen war und seit den 1930er Jahren versucht hatte, den Konservatismusbegriff im Katholizismus zu verankern, gab diesem Milieu auch in den 1960er und 1970er Jahren eine Stimme.³⁰⁰

Wie oben bereits erwähnt, setzten diese Kreise in den 1960er Jahren ihre Hoffnung auf Franz Josef Strauß, weshalb sie ihre Beziehungen zur CSU strategisch ausbauten. Armin Mohler war dabei eine treibende Kraft, weil er in Strauß einen deutschen de Gaulle vermutete, den „großen Einzelgänger“, auf den Deutschland nach dem Abgang Adenauers wartete. Moderne Politik, so glaubte Mohler, beruhe auf drei Elementen: erstens dem „Volk“ bzw. den „Massen“; zweitens den „Komitees“, worunter Mohler „kleine Zirkel“, die sich „um Ideologien gruppier[t]en“ verstand – sprich solche Zirkel, in denen er sich selbst bewegte; und drittens eben den großen Einzelnen, der in „unmittelbare[n] Kontakt mit den Massen“ zu treten vermöge und so Willensbildung organisieren könne. Parteien seien zweitrangiger Natur, meinte Mohler, und durch Wahl demokratisch legitimierte Parlamente kamen in seinem Entwurf gar nicht erst vor. „In der Begegnung zwischen einer überragenden Persönlichkeit und den Massen entsteht das Phänomen ‚Macht‘ – und ohne diesen Motor Macht lässt sich in der Politik nichts verwirklichen.“³⁰¹

Das war es, „was die Deutschen fürchten“, so der Titel von Mohlers 1965 publiziertem Pamphlet und seine zentrale These. Daher, so bekräftigte Mohler, rührten die Angriffe der Presse auf Strauß, einer Presse, die auch Mohler als linkes Meinungskartell verstand. Daher kam die Popularität Strauß', der den Willen des „Volkes“ zu verkörpern schien, eines Volkes, das den *Spiegel* – in Mohlers Augen die Ausgeburt des linken, staatsuntergrabenden Journalismus – sicherlich nicht lesen würde: „hier ist man für seine Sprache, seine Bilder und Untertöne unzugänglich.“³⁰² Und daher kam letztlich auch der „Nationalmasochismus“,³⁰³ den

²⁹⁷ Vgl. ebd., S. 119–120.

²⁹⁸ Vgl. MOHLER, Caspar von Schrenck-Notzing, 1987.

²⁹⁹ Zur Rolle der Vertriebenenverbände in der politischen Kultur Bayerns vgl. ENDRES, Bayerns vierter Stamm; POHL, Zwischen Integration und Isolation; SCHELLAKOWSKY und SCHMILEWSKI, Integration und Erbe.

³⁰⁰ Zu Franzel, wenn auch wenig kritisch, KELLER, Emil Franzel; zu Franzels Konservatismusverständnis vgl. FRANZEL, Fortinbras, 1971.

³⁰¹ MOHLER, Was die Deutschen fürchten, 1965, S. 205.

³⁰² Ebd., S. 230.

³⁰³ Ebd., S. 141.

Mohler anprangerte: die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, die Mohler als „Bewältigungsrummel“ geißelte, und die die Bundesrepublik davon abhalten würde, ihre eigentlichen nationalen Interessen zu vertreten und Politik so zu verstehen, wie sie real existiere.³⁰⁴ Dabei relativierte Mohler die Einzigartigkeit des Holocaust,³⁰⁵ polemisierte gegen die Alliierten und gegen im Exil lebende Intellektuelle und parallelisierte die Situation der Deutschen, deren „ganze nationale Überlieferung“ vor ein „Strafgericht“ gestellt werde, mit der „jahrhundertalte[n] Verfolgung“ der Juden.³⁰⁶ Hinter Mohlers Frontalangriff auf die Politik der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen, bei dem ihm Schrenck-Notzing sekundierte,³⁰⁷ verbarg sich also eine revisionistische Bewertung des NS-Regimes. Mohler beließ es allerdings bei Andeutungen, die Grenzen des Sagbaren in der Bundesrepublik der 1960er Jahre übertrat er nicht.

Mohler setzte sich also für Franz Josef Strauß ein, der diese Unterstützung dankbar annahm. Dabei wirkte noch die Erfahrung der *Spiegel*-Affäre nach, die Strauß einer ‚linken‘ Dominanz in Medien und in der intellektuellen Sphäre zuschrieb und daher viel daran setzte, ein mediales und intellektuelles Gegengewicht aufzubauen. Mohler lieferte Strauß dabei nicht nur ein Exposé über die Gruppe 47,³⁰⁸ vielmehr unterstützte er tatkräftig die 1964 gegründete *Demokratisch-Konservative Korrespondenz* (DKK, auch *Pressa-Artikeldienst*), einen Presseedienst, der aus einem „Informationsdienst“ und einem „Artikeldienst“ bestand und den rechtsintellektuellen Münchner Zirkeln ein Forum und Strauß ein genehmes Sprachrohr bot.³⁰⁹ Personell war die DKK einerseits mit Vertriebenenkreisen und andererseits mit der Deutschland-Stiftung eng verbunden, sowohl hinsichtlich des Redaktionskreises als auch hinsichtlich der Beiträger.³¹⁰ Als CSU-Vorstandsmitglied und Vertriebenenfunktionär Hans Neuwirth (nach dessen Schlagabtausch mit Außenminister Gerhard Schröder über die angemessene Haltung der Bundesrepublik gegenüber dem Warschauer Pakt die DKK gegründet worden war³¹¹) Anfang 1966 die Geschäftsführung der finanziell in tiefroten Zah-

³⁰⁴ Vgl. ebd., S. 130–192, Zitat S. 155; vgl. ebenso MOHLER, *Vergangenheitsbewältigung*, 1968.

³⁰⁵ Vgl. z. B. MOHLER, *Was die Deutschen fürchten*, 1965, S. 172.

³⁰⁶ Ebd., S. 147.

³⁰⁷ Vgl. SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche*, 1965; ders., *Zukunftsmacher*, 1968.

³⁰⁸ Vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 5290, Armin Mohler, Exposé über die Rolle der Gruppe 47 im besonderen und die „radikale“ Intelligenz im Allgemeinen in der Bundesrepublik, o. D.

³⁰⁹ Siehe S. 216–219; BAMBERG, *Die Deutschland-Stiftung*, S. 324–325. *Die Zeit* bezeichnete die DKK als das „bestinformierte Strauß-Sprachrohr“, vgl. THILO VON USLAR, *Strauß & Company*, in: *DIE ZEIT*, 15. 10. 1965. Franzel und Neuwirth hatten sich 1938 in Prag kennengelernt, vgl. FRANZEL, *Gegen den Wind der Zeit*, 1983, S. 330.

³¹⁰ Vgl. die Honorarschuldenliste in ACSP, NL Strauß, Büro PV 5858, 21. 1. 1966, die u. a. Emil Franzel, Bernt von Heiseler, Armin Mohler, Frank Thiess und Kurt Ziesel auflistet.

³¹¹ Zu den finanziellen Problemen der DKK, die auf die ungenügende Haushaltsführung Neuwirths zurückgingen, vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 5858, Erich Maier an Franz Josef Strauß, 3. 2. 1966; zur Auseinandersetzung des ‚Gaullisten‘ Neuwirth mit dem ‚Atlantiker‘ Schröder vgl. GEIGER, *Atlantiker gegen Gaullisten*, S. 279–284. Hans Neuwirth (1901–1970), Rechtsanwalt, von Othmar Spann beeinflusst, gehörte zur Führungsgruppe der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins, die er als Abgeordneter von 1935 bis 1938 im Prager Parlament vertrat.

len schlingernden DKK niederlegte, übernahm diese mit Erich Maier wiederum ein NS-inkriminierter Vertriebenenfunktionär, der in der Deutschland-Stiftung als Schatzmeister fungierte.³¹² Emil Franzel, der sich intensiv für die DKK engagierte, wirkte dabei nicht nur als Bindeglied zur Deutschland-Stiftung, sondern auch zu abendländischen Zirkeln.³¹³ Von der CSU wurde die DKK finanziell kräftig unterstützt, bis das Karlsruher Urteil zur Parteienfinanzierung 1965 diese Subventionierung unmöglich machte. Marcel Hepp kümmerte sich auf Anweisung von Strauß hin um die organisatorische und finanzielle Neuordnung.³¹⁴ Danach finanzierte sich das Unternehmen aus Abonnements, Zuwendungen aus der Industrie und dem Springer-Verlag.³¹⁵

Von Mohlers 1965 publizierter Polemik *Was die Deutschen fürchten* war Strauß (kaum überraschend bei der Rolle, die ihm dort zugeschrieben wurde) sehr angegan. Er habe das Buch mit „Genuss und [...] Vorteil gelesen“ und bereits mehrfach empfohlen.³¹⁶ Mohler diene ihm zudem als Vermittler von Kontakten, wie etwa zu dem Nürnberger Verleger Joseph Drexel, der sich auch noch in den 1960er Jahren als Nationalbolschewist verstand und sich im Gaullismus mit Mohler und Strauß einig wusste.³¹⁷ Nicht nur dass Mohler Strauß schmeichelte, in den 1960er Jahren teilten sie ein gaullistisches Verständnis der Weltpolitik, selbst wenn sie dabei in entscheidenden Punkten nicht übereinstimmten.³¹⁸ Darüber hinaus traf sich Strauß’ Wetter gegen „das falsch verstandene Sühnedeschtum“ mit Mohlers Polemik gegen die angeblich von den Alliierten oktroyierte Vergangenheitsbewältigung.³¹⁹

Nicht zuletzt diene Mohler Strauß als Kontaktmann zur Rechten, die er an die Union binden wollte und dies zumal, als die NPD zu einer politischen Kraft zu werden drohte.³²⁰ Wie sich an den innerparteilichen Auseinandersetzungen

1939 trat er der NSDAP bei und war aktiv in die nationalsozialistische Germanisierungspolitik involviert. Von einem tschechoslowakischen Gericht verurteilt, blieb er bis 1956 in Haft. Nach Bayern übergesiedelt, betätigte er sich in sudetendeutschen Vertriebenen-Organisationen, gehörte dem Vorstand des Vereins für das Deutschtum im Ausland an, war Geschäftsführer des Collegium Carolinum und der Union der Vertriebenen, der Vertriebenenorganisation der CSU; vgl. BALLING, *Von Reval bis Bukarest*, Bd. 1, Nr. 051067, S. 321–322; WEGER, „Volkstumskampf“ ohne Ende?, S. 274 und 616–617; GOLDENDACH und MINOW, „Deutschtum erwache!“, S. 169 et al.; BRÜGEL, *Wölfe im demokratischen Schafspelz*, 1963, S. 210; Auf Kosten der Firma, in: *DER SPIEGEL*, 22. 7. 1959; Fast tierischer Hass, in: ebd., 22. 4. 1964.

³¹² Vgl. BAMBERG, *Die Deutschland-Stiftung*, S. 63–64. Vgl. MAIER, *40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf*, 1987.

³¹³ Vgl. CONZE, *Das Europa der Deutschen*, S. 200.

³¹⁴ Vgl. ACSF, NL Strauß, Büro PV 5303, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965.

³¹⁵ Vgl. ebd. 5858, Wolfgang Pohle an Marcel Hepp, 20. 5. 1966 [Daimler-Benz]; ebd., Axel Springer Verlag GmbH, Dr. Mahnke, an Marcel Hepp, 23. 12. 1966.

³¹⁶ Ebd. 5314, Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 1. 4. 1966.

³¹⁷ Vgl. ebd. 5303, Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 28. 2. 1965; Armin Mohler an Franz Josef Strauß, 9. 5. 1965; Franz Josef Strauß an Armin Mohler, 23. 6. 1965.

³¹⁸ Vgl. dazu GEIGER, *Atlantiker gegen Gaullisten*; WILLMS, *Armin Mohler*, S. 90–94.

³¹⁹ Vgl. *Bewältiger der Vergangenheit*, in: *DIE ZEIT*, 20. 8. 1965.

³²⁰ Zur NPD vgl. BACKES und JESSE, *Politischer Extremismus*, S. 76–88; BOTSCH, *Die extreme Rechte*, S. 41–59.

um den ehemaligen hochrangigen NS-Funktionär Max Frauendorfer gezeigt hatte, der ein Landtags- bzw. Bundestagsmandat der CSU anstrebte, war Strauß bereit, ehemaligen Nationalsozialisten die Tore zur CSU zu öffnen, wenn sie sich dem demokratischen Grundkonsens und der Parteiräson nicht widersetzen – und dies auch gegen den energischen Einspruch der Älteren in der Partei, die persönliche Verfolgung und Demütigung im NS-Regime erlitten hatten und für die sich die Unionsgründung aus dem Geist des Widerstandes erklärte.³²¹ „Wenn jemand in der Vergangenheit dem politischen Irrtum zum Opfer gefallen ist, sollten die Maßstäbe, die wir bei uns für konservative Leute anwenden, mindestens nicht strenger sein als das, was die SPD gegenüber Kommunisten anwendet, die sie in riesiger Zahl in ihren Reihen hat“, erklärte Strauß vor dem Landeausschuss der CSU im Juni 1961.³²² Der Begriff *konservativ* wurde von Strauß also auf das rechte Spektrum ehemaliger Nationalsozialisten appliziert. Dies verengte seine Bedeutung und unterstrich sein antiliberales Erbe – und dies zu einer Zeit, als Strauß darum bemüht war, einen demokratischen Konservatismusbegriff in der Nachfolge Seidels in der politischen Sprache der Partei zu verankern.³²³ Die Ambivalenzen des Konservativen in der Bundesrepublik waren auch hier offensichtlich.

Augenscheinlich trug die Okkupation des Konservatismusbegriffs durch die Rechte, die Mohler betrieb, ihre Früchte. Nicht umsonst hieß der Pressa-Artikeldienst *Demokratisch-Konservative Korrespondenz*. Die strategische Motivation der Öffnung der Straußschen CSU hin zur Rechten, die diese durch Einbindung auch zu kontrollieren suchte, wurde in einem Bittschreiben der DKK an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unumwunden eingeräumt. Die DKK sei auch gegründet worden, um „zu rechtsintellektuellen Gruppen, Studenten und Jugendorganisationen Fühler auszustrecken, um sie angesichts des Druckes rechtsradikaler Kreise für eine demokratische Politik im Sinne der Bundesregierung zu gewinnen“.³²⁴ Gegenüber Strauß stellte Geschäftsführer Erich Maier die Rolle heraus, die seiner Meinung nach der DKK im Kampf gegen die „extreme Rechte“ zukam: Nachdem zunächst die Linke im Visier der DKK gestanden hätte, käme es im Jahre 1966 darauf an, „den NPD-Propagandisten das Wasser abzuleiten“.³²⁵ Tatsächlich glaubte Strauß, der Herausforderung durch die NPD mit einem Kurs begegnen zu können, der auf das Nationale setzte: „etwas mehr nationales Bewusstsein, etwas mehr nationales Rückgrat, etwa in der Dosierung, wie es Kiesinger gezeigt hat [...], etwas mehr vertrauenserweckendes Verhalten, dass wir nicht gewillt sind, uns von den einen beschimpfen, von denen anderen treten und von den Dritten ausnehmen zu lassen“, so empfahl er dem Landesvor-

³²¹ Vgl. SCHLEMMER, Grenzen der Integration. Zur Integration der NS-Elite in die bundesrepublikanische Gesellschaft vgl. im Überblick HERBERT, Rückkehr in die „Bürgerlichkeit“?.

³²² Zitiert in SCHLEMMER, Grenzen der Integration, S. 711.

³²³ Siehe S. 183.

³²⁴ ACSP, NL Strauß, PV 5858, Erich Maier an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 24. 5. 1966.

³²⁵ Ebd., Erich Maier an Franz Josef Strauß, 15. 12. 1966.

stand der CSU im März 1967 und zeigte sich sicher, dass eine solche Politik bei Bundeskanzler Kiesinger in den besten Händen lag.³²⁶

Der Versuch, die Rechten unter der Fahne des Konservatismus zu sammeln, begleitete also die 1960er Jahre und war zunächst nicht auf die APO und die Studentenproteste zurückzuführen. Diese allerdings dynamisierten diese Versuche und verschafften ihnen paradoxer Weise eine Legitimationsbasis, die in der auf Konsens zielenden politischen Kultur der Bundesrepublik zuvor gefehlt hatte. Denn so sehr sich Mohler, Franzel, Ziesel und andere Netzwerker aus München und Umgebung ihrer Nähe zu Strauß und ihres politischen Einflusses brüsteten, so verschwindend gering blieb dieser letztlich, was ihre Klagen über die linke Meinungsführerschaft in der Presse nur noch verstärkte. Dazu kam, dass sich auch solche Publizisten von ihnen distanzieren, die selbst als *konservativ* galten. Jene wussten genau, wie sie diese treffen konnten: Sie sprachen den Kreisen um die Deutschland-Stiftung ab, *konservativ* zu sein. Karl-Heinz Bohrer charakterisierte im Nachgang der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung 1967 an Armin Mohler, Bernt von Heiseler und Ludwig Freund die Preisträger in der FAZ als Ideologen, die „Schwarmgeister“, aber keine Konservativen seien. Denn „Praxis war und ist die hervorragendste Möglichkeit des Konservativen“ und erst wenn diese Möglichkeit ergriffen werde, habe der Konservatismus eine Chance sich zu entfalten.³²⁷ Im selben Sinne argumentierte Paul Sethe in der *Zeit*: Nicht Konservative, sondern Antibolschewisten tummelten sich in und um die Deutschland-Stiftung: „In der systematischen Verteufelung des Gegners, in der Unterordnung aller Staatsinteressen unter diese Ersatzreligion werden Elemente der Demagogie sichtbar, die konservativem Denken fremd sind“, unterstrich Sethe, um nachzusetzen, dass „eine konservative Bewegung“ mehr als nötig sei, diese aber noch sehr fern zu sein schien.³²⁸

Sehr ähnliche Abgrenzungsdebatten zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus wurden dann ein Jahr später in der Deutschland-Stiftung selbst ausgefochten. Es ging um die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises an Emil Franzel und Frank Thiess,³²⁹ gegen die sich ein Sturm medialer Entrüstung erhoben hatte und in deren Folge sich mehrere Kuratoriumsmitglieder und Ehrenpräsident Alfons Goppel, der bayerische Ministerpräsident, aus dem Verein zurückzogen.³³⁰ Sigbert Mohn, Mitinhaber und Gesellschafter von Bertelsmann, erklärte seinen Rücktritt als Kuratoriumsmitglied mit der notwendigen Abgrenzung eines „Konservativen“ gegenüber „restaurativen“ und „nationalistischen“ Tendenzen.³³¹ Eine

³²⁶ Ebd., LGF – LV 20.3.1967, Niederschrift über die Sitzung der Landesvorstandschafft der CSU, 20.3.1967, S.20–21.

³²⁷ KARL-HEINZ BOHRER, Die Schwierigkeit konservativ zu sein, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 10.3.1967.

³²⁸ PAUL SETHE, Ein neuer Wilhelminismus? Noch gibt es in Deutschland keine konservative Bewegung, in: DIE ZEIT, 10.3.1967.

³²⁹ Zu Emil Franzel vgl. KELLER, Emil Franzel; zu Frank Thiess vgl. WOLF, Frank Thiess und der Nationalsozialismus; JOCH, Vom Reservieren der Logenplätze.

³³⁰ Vgl. ausführlich BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S.105–126.

³³¹ Ebd., S.119–120.

entscheidende Rolle in dieser öffentlich praktizierten Abgrenzung zwischen einem demokratischen Konservatismus und dem Rechtsextremismus der Bundesrepublik spielte dabei der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Helmut Krausnick. Der Kampf gegen „neonationalistische Bestrebungen“ war ihm, wie Wolfgang Benz in seinem Nachruf bestätigt, ein biographisch begründetes Herzensanliegen.³³² Der 1905 geborene Krausnick war 1932 der NSDAP beigetreten und hatte seine Karriere 1938 bei der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte begonnen.³³³ Nach 1945 distanzierte er sich vom Nationalsozialismus und verstand die zeithistorische Forschung zum NS-Regime als eine warnende Kraft.³³⁴ In diesem Kontext ist sein Engagement gegen die Deutschland-Stiftung zu verorten.

Krausnick mobilisierte nicht nur die CDU-Spitze gegen die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises an Franzel und Thiess,³³⁵ sondern organisierte auch eine öffentliche Intervention einer großen Zahl führender westdeutscher Historiker, Politikwissenschaftler und Pädagogen. „Wir geben zu bedenken“, so die Erklärung,

dass mit ähnlichen Wortbildern und Leitmotiven schon in früheren Jahrzehnten deutscher National- und Geistesgeschichte vielfach versucht worden ist, Trothaltungen gegenüber neuzeitlicher pluralistischer Staats- und Gesellschaftsentwicklung als Ideal des ‚wahren Deutschen‘ und eines gesunden Nationalbewusstseins auszugeben. Erfolg und Wirkung des politischen Rechtsextremismus, der die deutsche Nation in tiefstes Unheil gestürzt hat, resultieren wesentlich daraus, dass die Kräfte der politischen Mitte es versäumten, klare Grenzen gegenüber einer politischen Haltung zu ziehen, die nicht auf besonnene Bewahrung und Reform des Bestehenden, sondern auf die Propagierung rückwärtsgerandter Utopien gerichtet war und oftmals in der Diffamierung politischer Gegner ihre eigentliche Wirkung ausübte.

Die von der Deutschland-Stiftung auserkorenen Preisträger Franzel und Thiess hätten durch ihre Publikationen in der *Deutschen National- und Soldaten-Zeitung* die „Grenzen konservativer Grundeinstellung im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft deutlich“ überschritten.³³⁶ Mit dem Rückzug der demokratischen Kräfte hatten diese die Auseinandersetzung um den Konservatismusbegriff in der Deutschland-Stiftung jedoch verloren. Ihrer weiteren Radikalisierung stand damit nichts mehr im Wege. Zugleich aber war Ziesels Vernebelungs-Strategie enttarnt worden. Dass die Deutschland-Stiftung eine „fortschrittlich-konservative Haltung“ vertreten würde, wie dieser behauptet hatte, und mit „reaktionären Vorstellungen nicht zu tun“ habe,³³⁷ das war nach dem medialen und internen Gewitter um die Preisverleihung 1968 nur noch schwerlich zu glauben. In der *Welt* brachte Bernd Nellessen das Ergebnis der begrifflichen Klärung auf den Punkt: „Wenn das

³³² BENZ, Zum Tod von Helmut Krausnick, S. 349.

³³³ Zur Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte vgl. BEER, Hans Rothfels und die Traditionen der deutschen Zeitgeschichte, S. 174–180.

³³⁴ Eine Biographie Helmut Krausnicks existiert nicht. Hinweise finden sich in BENZ, Vorrede – zugleich ein Versuch über Helmut Krausnick, in ders., Zum Tod von Helmut Krausnick, sowie in BERG, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, S. 405–408 et al.

³³⁵ Vgl. BAMBERG, Die Deutschland-Stiftung, S. 108–109.

³³⁶ IfZ-Archiv, ID 103/196-5, Erklärung zur Verleihung der Konrad-Adenauer Preise 1968, 3. Fassung, o. D.; die Presseberichterstattung dazu findet sich ebd.

³³⁷ Vorwort, in: DEUTSCHLAND-STIFTUNG E.V., Die Deutschland-Stiftung, 1967, S. 7–11, S. 9.

„konservativ“ sein soll, was sie [Emil Franzel und Frank Thiess, M.S.] artikulieren, würde Konservativismus bedeuten, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen, könnte die Ignoranz sozialer und geschichtlicher Tatbestände ihre Triumphe feiern.“ Die Deutschland-Stiftung, so Nellessens Fazit, negiere den „Unterschied zwischen respektablem Konservativismus und reaktionärem Trotz“.³³⁸

Einer nämlichen semantischen Abgrenzungsarbeit unterzog sich im Jahre 1969 auch Helmut Schelsky, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit. Nach der Lektüre von Arnold Gehlens *Moral und Hypermoral*, einem beißend-polemischen Generalangriff auf liberales und humanitäres Denken und eine Abrechnung mit Studentenbewegung und Neuer Linker,³³⁹ warf ihm Schelsky, sein bis dahin treuer Schüler, vor, einen „politisch realistischen Konservatismus, der auf Ordnung, Rechtsstrenge und Würde beruhte, in Misskredit gebracht“ zu haben.³⁴⁰ In diesem Sinne hatte auch Jürgen Habermas Gehlens Buch einer fundamentalen Kritik unterzogen, ihn als gefährlichen Vertreter der „intellektuellen Rechten“ – und nicht des Konservatismus – bezeichnet und sein Denken in die Nähe der Weimarer neuen Rechten gerückt.³⁴¹ Für Gehlen bedeutete das das Ende der Freundschaft mit Schelsky, der dann aber wenige Jahre später die höhnische Intellektuellenkritik Gehlens repetieren sollte.³⁴²

All diese Episoden unterstreichen sowohl die Radikalisierung der späten 1960er Jahre auf der Rechten, wie auch die Bemühungen um Grenzziehung innerhalb des bundesrepublikanischen Konservatismus. Dass die NPD mangels besserer Alternativen im Frühjahr 1970 ebenfalls auf den Konservatismusbegriff zurückgriff, zeigte, wie nötig eine solche für die Vertreter eines demokratischen Konservatismus war.³⁴³ Der Impuls zur Formulierung eines liberalen Konservatismus ging nicht nur von „1968“ aus, war nicht allein Reaktion auf Studentenbewegung und Neue Linke, sondern in gleichem Maße rührte er von dem Erstarken und der Profilschärfung der Neuen Rechten her.

Für die sich formierende intellektuelle Neue Rechte der bundesrepublikanischen 1970er Jahre wurde Gehlens *Moral und Hypermoral* zu einem höchst willkommenen Referenzwerk.³⁴⁴ Die erste Ausgabe von *Criticón* widmete sich ganz diesem „mit Abstand bedeutendsten nichtlinken politischen Buch, das in unseren Tagen erschienen ist“. Für Mohler, der die Zeitschrift mit einem Vorwort einleite-

³³⁸ BERND NELLESEN, Sind das die Richtigen?, in: DIE WELT, 9. 5. 1968.

³³⁹ Vgl. dazu DELITZ, Arnold Gehlen, S. 109–122; REHBERG, Nachwort des Herausgebers, S. 653–654.

³⁴⁰ LEPENIES, Auf den Gipfeln, hinter den Kulissen.

³⁴¹ HABERMAS, Nachgeahmte Substantialität, 1970; vgl. dazu WÖHRLE, Das Denken und die Dinge, S. 64–66.

³⁴² Vgl. SCHELSKY, Die Arbeit tun die anderen, 1975; dazu: WÖHRLE, Metamorphosen des Mängelwesens, S. 206–247; zu Gehlens Intellektuellenkritik vgl. REHBERG, Nachwort des Herausgebers, S. 646.

³⁴³ Verstaubt und vermodert, in: DER SPIEGEL, 23. 2. 1970.

³⁴⁴ Zur bundesrepublikanischen Neuen Rechten allgemein vgl. SCHÖNEKÁS, Bundesrepublik Deutschland; PFAHL-TRAUGHBER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“, S. 153–222; BRAUNER-ORTHEN, Die Neue Rechte in Deutschland.

te, war es Beweis, dass sich „nichtlinke[s] Denken“ nicht „im Gemüt, im Rückzug auf ‚Instinkt‘, ‚Tradition‘, ‚Irrationalität‘“ erschöpfe, sondern „schneidend scharf“ sein könne. Mit der Verhaltensforschung lehne sich Gehlens Denken an die „modernste der Wissenschaften“ an, darum wissend, dass die Menschheit sich im „biologische[n] Zeitalter“ befinde. Die Anthropologie „nichtlinken Denkens“ konnte also nur eine biologische sein.³⁴⁵ Das hielt Mohler für „Realismus“, für eine „sachlich[e], nüchtern[e]“ Herangehensweise, dem 20. Jahrhundert angemessen, während sich „die Linke“ noch der längst verbrauchten „Formeln des 18. Jahrhunderts“ bediene.³⁴⁶ „Schneidend scharf“ sollte die Sprache der Konservativen sein, theoretisch durchdrungen, um so den schroffen Gegensatz zur Linken deutlich zu machen. Erst „durch seine Theoriebezogenheit“ komme der Konservatismus zu sich selbst, unterstrich Schrenck-Notzing und distanzierte so den Konservatismusbegriff *Criticóns* von dem der „Mitte“ (der wohlgerneht das Konservatismusetikett abgesprochen wurde), die sich auf die „praktische Vernunft“ berief und theoretische Abstraktionen von sich wies.³⁴⁷ Damit verweigerten sich Schrenck-Notzing und Mohler einer zentralen Selbstbeschreibung des Konservativen.

Es fällt auf, dass Mohler im programmatischen Vorwort zu dem neuen Zeitschriftenprojekt den Konservatismusbegriff mied. Offensichtlich hatte man sich auch gegen eine Aufnahme des Begriffs in den Zeitschriftentitel entschieden – ganz im Gegensatz zu dem Kreis um *Konservativ heute*. *Criticón* bezog sich dagegen auf das spanische *el criticón*, das so viel wie Meckerer oder Nörgler bedeutet. Damit kündigte Schrenck-Notzing eine eindeutige Positionierung der Zeitschrift innerhalb der intellektuellen Debatte an: gegen ein angeblich linkes Meinungsmonopol, das die Rechte seit einem Jahrzehnt beklagte und das nicht nur Mohler schmerzhaft erfuhr, dessen Publikationsmöglichkeiten zunehmend weggebrochen waren, zumal als selbst in der *Welt* und der *Welt am Sonntag*, für die er seit 1965 regelmäßige Kolumnen geschrieben hatte, nach dem Tod Zehrsers ein gemäßigterer Ton opportun wurde.³⁴⁸ Dazu kam der Positionswechsel Axel Springers, der sich angesichts von APO, Studentenbewegung und sozialliberaler Entspannungspolitik vom Gaullisten zum überzeugten Atlantiker entwickelte, und sein Presseimperium konsequent neu ausrichtete.³⁴⁹ Einen solch fundamentalen Wechsel außenpolitischer Allianzen vollzog zeitgleich auch Franz Josef Strauß, was zu seiner Entfremdung vom neurechten Lager entscheidend beitrug, für das der Antiamerikanismus weiterhin konstitutiv blieb.³⁵⁰ So war die Flut rechter Zeit-

³⁴⁵ Zu Gehlens Wertschätzung für die und Auseinandersetzung mit den Arbeiten Konrad Lorenz' vgl. DELITZ, Arnold Gehlen, S. 10 et al.; REHBERG, Nachwort des Herausgebers, S. 643.

³⁴⁶ MOHLER, Gehlens „Moral und Hypermoral“ – eine Wegmarke, 1970/1971.

³⁴⁷ CRITILLO [CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING], Kommentar, 1973.

³⁴⁸ Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 141–161; zu Mohlers Konflikt mit Giselher Wirsing, der die Mitarbeit bei *Christ und Welt* beendet hatte vgl. ebd., S. 269–270 und (aus Mohlers Perspektive) MOHLER, Der Fall Giselher Wirsing, 1978. Zur „konservativen“, nationalen Wende des Springer-Verlags 1965 vgl. KRUIP, Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags, S. 119–154.

³⁴⁹ Vgl. HOERES, Reise nach Amerika.

³⁵⁰ Vgl. z. B. ACSP, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des

schriftengründungen zu Beginn der 1970er Jahre letztlich auch eine Folge der Liberalisierung der bundesdeutschen Öffentlichkeit seit den späten 1950er Jahren, die rechtes Gedankengut konsequent ausschloss. Die Polarisierung der Medienlandschaft, die Mitte der 1960er Jahre eingesetzt hatte, wurde noch einmal verstärkt.³⁵¹ Gerade deshalb positionierte sich *Criticón* als Sprachrohr des Nonkonformismus und, nicht zuletzt, als solches einer internationalen Bewegung – und das Spanische war hier nicht zufällig gewählt, fungierte der Franquismus doch als bewundertes Vorbild auf der Rechten.³⁵²

Tatsächlich verstand sich *Criticón* als „Clearingstelle für verwandte publizistische Bestrebungen in aller Welt“,³⁵³ als Teil einer „Konservativen Internationale“.³⁵⁴ Die Zeitschrift achtete nicht allein auf die Internationalität ihrer Beiträge, sondern trug zur Formierung einer internationalen Rechten bei, indem sie rechte Bewegungen in Europa, den USA und Lateinamerika verfolgte und kommentierte. Regelmäßig wurden Bücher besprochen, Autoren eingeführt, Zeitschriften vorgestellt sowie Parteien und politische Bewegungen präsentiert. Autoren des amerikanischen Neokonservatismus schrieben für *Criticón*³⁵⁵ wie auch Vertreter des rechten Flügels der britischen Tories,³⁵⁶ oder Alain de Benoist, der Vordenker der französischen Nouvelle Droite und ein langjähriger Vertrauter Mohlers.³⁵⁷ Nicht von ungefähr hatte die ansonsten nur sehr begrenzte Rezeption der marktliberalen Theorien Friedrich August von Hayeks und des amerikanischen Neoliberalismus in *Criticón* einen ihrer Schwerpunkte.³⁵⁸

Criticón stemmte sich mit Verve gegen den demokratischen Konsens. Dabei diente der Konservatismusbegriff einerseits als Dach, unter dem sich vieles und oft Widersprüchliches sammeln konnte, und andererseits als Feigenblatt, mithilfe dessen rechte Ideologeme wenn nicht kaschiert, so doch als Teil des in einer demokratischen Öffentlichkeit Sagbaren gelten konnten. Dies ermöglichte die „Brückenfunktion“ von *Criticón* zwischen einem demokratisch fundierten Konservatismus und dem Rechtsextremismus.³⁵⁹ Der Macht der Sprache waren sich

Bayerischen Rundfunks, Erstaussstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10.11.1975, Tl. 2: Die Politiker, 14.11.1975, S.23–24. Zu Strauß' Distanzierung vom Gaullismus vgl. GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten, S.514–516.

³⁵¹ Vgl. HODENBERG, Konsens und Krise, S.362–372.

³⁵² Vgl. GROSSMANN, Die Internationale der Konservativen.

³⁵³ Aus dem Inhalt, 1970/1971.

³⁵⁴ Vgl. SCHRENCK-NOTZING, Gibt es eine Konservative Internationale?, 1974.

³⁵⁵ Vgl. z. B. MOLNAR, Russell Kirk, 1974; ders., 25 Jahre amerikanischer Konservatismus, 1977; ders., Gibt es eine „faschistische“ Gegenwartsliteratur?, 1979.

³⁵⁶ Vgl. CROZIER, James Burnham, 1977; MAUDE, Staat und Individuum heute, 1970/1971; COSGRAVE, Tories und Intellektuelle, 1974; ders., Jenseits des Bewahrens, 1975.

³⁵⁷ Vgl. Benoist, Louis Rougier, 1979; BENOIST, In aller Freundschaft, 1980.

³⁵⁸ Vgl. KUEHNELT-LEDDIHN, Vor-, Früh-, Alt- und Neoliberalismus, 1972; Markt oder Bürokratie?, 1972; BRODING, 25 Jahre Mont Pelerin Society, 1972; MAITRE, Ayn Rand – eine Philosophin des Ultra-Liberalismus; zu Mohlers und Kaltenbrunners Bemühungen um Hayek vgl. sehr kurz KARABELAS, Freiheit statt Sozialismus, S.177–178.

³⁵⁹ Armin Pfahl-Traugher sieht in *Criticón* ein wichtiges Organ des „Brückenspektrums“, das er als den Bereich definiert, „wo sich eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit“ zwischen

Schrenck-Notzing und Mohler dabei sehr bewusst: „[D]ie Definition, was ‚konservativ‘ sei, ist bereits ein politischer Akt“.³⁶⁰ Sie boten alle Kraft auf, um den Bedeutungsgehalt des Konservatismusbegriffs in ihrem Sinne zu steuern. Dies taten sie, indem sie sich als die ureigensten Vertreter des Konservativen darstellten, als die eigentlichen Konservativen. Und dementsprechend beanspruchten sie die Deutungshoheit über den Begriff. Armin Mohler widmete sich dieser Aufgabe mit Vorliebe. Wir haben gesehen, wie er in der Konservatismus-Debatte der späten 1950er und frühen 1960er Jahre alle liberalen Varianten des Konservatismusbegriffs abkanzelte.³⁶¹ Das Wetter gegen einen „Gärtnerkonservatismus“ setzte er in den 1960er Jahren fort, nur um es in den 1970er Jahren noch zu verstärken, als sich das liberale semantische Netz um den Konservatismusbegriff, das sich seit 1945 entwickelt hatte, verdichtete und dessen Bedeutungshaushalt zu dominieren begann.

Mohler wurde nicht müde, den „Liberalkonservatismus“ zu diskreditieren. Schon allein der Begriff sprach seinen Vertretern ab, den ‚wahren‘ „Konservatismus“ zu vertreten – warum wäre sonst ein Kompositum nötig gewesen? Wie schon Anfang der 1960er Jahre warf Mohler all jenen vor, die sich auf Edmund Burke und die liberale Tradition des britischen Konservatismus beriefen, eine der deutschen Situation fremde Lehre zu kopieren.³⁶² Zu vernehmen sei nur ein „Secondhand-Gemurmel“, und das galt auch, wenn neben Burke auf Tocqueville oder Justus Möser zurückgegriffen werde.³⁶³ Die Entwicklung hin zu einem Konservatismus aus liberalem Geiste war in der Perspektive Mohlers als ein Ergebnis der Verwestlichung der Bundesrepublik in jeglicher Hinsicht zu torpedieren. „Liberalkonservativ“ könne „man nur dort sein, wo man mit dem Status quo einverstanden ist und jede Veränderung des Status quo bloß eine Veränderung zum Schlechteren hin“ bedeutete. Dies sei in der Bundesrepublik, regiert von einer sozialliberalen Koalition, wahrlich nicht der Fall. Der Liberalkonservative der Gegenwart sei daher „ein Mann, der bereits kapituliert“ habe.³⁶⁴

Je präsenter ein Konservatismus aus liberalem Geiste in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit wurde, desto schärfer wurde Mohlers Ton. 1974 zog er gegen die „Kerenskis der Kulturrevolution“ zu Felde und sprach ihnen rundweg ab, *konservativ* zu sein. Namentlich zielte er auf Ernst Topitsch und Karl Steinbuch (die aber nichtsdestoweniger in *Criticón* publizierten),³⁶⁵ vor allem aber

Vertretern eines demokratischen Konservatismus und dem Rechtsextremismus materialisierte; vgl. PFAHL-TRAUGHBER, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus.

³⁶⁰ MOHLER, *Konservativ*, 1969, S. 92.

³⁶¹ Siehe S. 154–155 und 159–163.

³⁶² Vgl. z. B. MOHLER, *Konservativ*, 1969, S. 100; MOHLER, Brief an einen italienischen Freund, 1972, S. 153.

³⁶³ MOHLER, *Konservativ*, 1969, S. 100.

³⁶⁴ MOHLER, Warum nicht konservativ?, 1970/1971, S. 73.

³⁶⁵ Vgl. TOPITSCH, Links, wo der Geist ist? Das war einmal, 1970/1971. Zu Karl Steinbuch vgl. STEINBUCH, *Kurskorrektur*, 1973; ders., *Ja zur Wirklichkeit*, 1975; zu seiner Rolle in der Zukunftsforschung: SEEFRIED, *Zukünfte*, S. 116–125 et al. Steinbuch publizierte seit 1985 in *Criticón*, vgl. STEINBUCH, *Gegen den Neo-Mystizismus*, 1985; ders., *Schlägt Rhetorik Vernunft?*, 1985.

auf die Amalgamierung von liberalem und konservativem Denken. Während ein Konservativer, der von „links“ käme, den Konservatismus positiv beeinflussen könne,³⁶⁶ schleppe der Liberale „Bazillen und seine Unbelehrbarkeit mit ein“.³⁶⁷ Damit meinte Mohler wohl auch Kaltenbrunner, dessen Aktivitäten er zunächst mit Wohlwollen verfolgt hatte, mit dem er dann aber auf Grund von dessen Assimilierungsstrategie brach. Für Kaltenbrunners Versuche, die Liberal-konservativen an sich zu binden und liberale Versatzstücke zu integrieren, brachte Mohler kein Verständnis auf.³⁶⁸ Am „Liberalismus gehen die Völker zu Grunde“, zitierte Mohler zustimmend Moeller van den Bruck – und er tat das in erster Linie, um die Genealogie jenes Konservatismus zu unterstreichen, für den er einstand und den er als die einzige Variante des Konservatismus in Deutschland gelten lassen wollte: einen Konservatismus aus antiliberalen Geiste, einen genuin ‚deutschen‘ Konservatismus in der Nachfolge der Weimarer neuen Rechten.³⁶⁹ *Konservativ* und *rechts* wurden von Mohler synonym verwendet. Damit sprach er für das Gros der *Criticón*-Autoren. Darüber hinaus folgte Mohler Kaltenbrunner und anderen Vertretern der Rechten in der Aufnahme des Wortes *reaktionär* in das semantische Netz um *konservativ*. In der Situation der 1970er Jahre, in der „ja fast jeder“ *konservativ* sein wolle, erhalte die Selbstbezeichnung als *Reaktionär* eine neue Kraft, nämlich als „das wirksamste Wort, um sein Anderssein zu bezeichnen“.³⁷⁰

Der Antiliberalismus einte dabei das in sich zerstrittene Lager der *Criticón*-Autoren, die ihre Mission auch darin sahen, die Liberalisierung der politischen Sprache der Bundesrepublik zu verhindern. Zwar hütete sich Schrenck-Notzing davor, *Criticón* gegen die Demokratie per se zu positionieren und bevorzugte konkrete Kritik bzw. die Profilierung antiliberaler Positionen, doch auch dieses Schweigen über die Demokratie war aussagekräftig genug. Allein Erik Kuehnelt-Leddihn konnte seine Träume von der Restauration der Monarchie in Deutschland ausbreiten.³⁷¹

Die Zurückweisung liberaler Entwürfe des Konservativen war das eine, die Füllung des Konservatismusbegriffs das andere. Markant distanzierte sich Mohler von zwei Strukturprinzipien konservativen Sprechens: von der Kontinuität der Zeitdimensionen und dem Prinzip des Ausgleichs in der konservativen Sprache. Seiner Position seit den späten 1940er Jahren folgend definierte er das Verhältnis des Konservativen zur Geschichte neu. Die Orientierung an der Wurzel des Wortes, an dem lateinischen *conservare*, sei irreführend, behauptete Mohler. Dem Konservativen könne es nicht vordringlich um das Bewahren des Überkommenen gehen. Vielmehr habe der Konservative in einer Zeit, in der nichts existiere,

³⁶⁶ Das schien aber nicht für Günter Maschke zu gelten, vgl. MOHLER, Ein Marxismus von rechts?, 1975.

³⁶⁷ MOHLER, Die Kerenskis der Kulturrevolution, 1974, S. 25.

³⁶⁸ Vgl. WEISSMANN, Armin Mohler, S. 174–175 und 273.

³⁶⁹ MOHLER, Die Kerenskis der Kulturrevolution, 1974, S. 25. Zum Angriff auf einen liberalen Konservatismus vgl. auch SCHRENCK-NOTZING, Tendenzwende – nur eine Fata morgana?, 1979.

³⁷⁰ MOHLER, Was heißt schon „reaktionär“?, 1976, S. 72.

³⁷¹ Vgl. KUEHNELT-LEDDIHN, Welche Staatsform hat geschichtliche Dauer?, 1976.

das zu bewahren wert sei, die dringende Aufgabe, Bewahrenswertes zu schaffen. Der Konservative müsse dann „das Idyll des ‚Gärtner-Konservatismus‘ hinter sich bringen, wenn er sich die letzten Möglichkeiten offenhalten will, dem Abrutschen in Katastrophen Widerstand zu leisten“.

Zur Illustration aktualisierte Mohler eine Denkfigur Ernst Jüngers, der von der Notwendigkeit einer „organischen Konstruktion“ gesprochen hatte. Hätten die „Zerstörungen ein Ausmaß“ erreicht, „das jeden Ansatz beim Status quo unmöglich“ mache, sei ein „radikales Eingreifen“ nötig, „das Zustände schafft, die ihrerseits wieder ‚Natur‘ zu werden vermögen“.³⁷² Das, was neu zu schaffen sei, habe aber – und auch hier folgte Mohler seinem Idol – im Einklang mit der „technischen Zivilisation“ zu stehen.³⁷³ Für den Konservativen gebe es nur „einen Weg, sich mit den Problemen der Zeit zu befassen: durch die industrielle Gesellschaft mitten durch“.³⁷⁴ Ein Konservatismus vor dem Hintergrund der industriellen Moderne also war Mohlers Ziel, einer Moderne, getrieben von technischer und naturwissenschaftlicher Innovation, einer Moderne wie sie von Jünger, Freyer, Gehlen und Schelsky in den 1950er Jahren entworfen worden war.³⁷⁵ So war es nur folgerichtig, dass er sich den von Greiffenhagen eingeführten Begriff des *technokratischen Konservatismus* anverwandelte und *Criticón* kurzerhand zu dessen „Heimstatt“ erklärte,³⁷⁶ obwohl dort auch christliche Entwürfe des Konservativen einen regelmäßigen Platz fanden.³⁷⁷ Von Friedrich Georg Jüngers Technikkritik, von dessen ökologischen Forderungen, von dessen *Scheidewege*-Rhetorik hielt Mohler ebenso wenig wie von der Infragestellung des Fortschritts-Paradigmas und den ökologischen Folgerungen Gerd-Klaus Kaltenbrunners. Die grüne Bewegung auf der Rechten verfolgte er zunächst mit abwartendem Misstrauen, was wohl seiner Verbundenheit mit Friedrich Georg Jünger geschuldet war, dann aber 1977 mit rhetorischer Schärfe. Der Konservative wisse aus der Geschichte, dass der Mensch sich die Umwelt von Beginn an untertan gemacht habe, das sei eine anthropologische Konstante; und er wisse auch, dass die Menschheit immer wieder neue Methoden gefunden habe, um sich aus solchen Kalamitäten zu befreien.³⁷⁸ Dem Untergang einer Zivilisation sei mit „Haltung“ zu begegnen, nicht als „ökologische Tränensuse“.³⁷⁹ Spengler war angesagt, nicht der Club of Rome.³⁸⁰

³⁷² MOHLER, *Konservativ*, 1969, S. 106.

³⁷³ Zu Mohlers Verhältnis zu Ernst Jünger vgl. MOHLER, *Begegnungen bei Ernst Jünger*, 1955.

³⁷⁴ MOHLER, *Konservativ*, 1969, S. 109.

³⁷⁵ Vgl. Mohlers Arbeiten zum amerikanischen Technokratiebegriff: MOHLER, *Der Weg der „Technokratie“*, 1968; ders., Howard Scott und die „Technocracy“, 1974.

³⁷⁶ MOHLER, *Brief an einen italienischen Freund*, 1972, S. 154.

³⁷⁷ Vgl. z. B. MOLNAR und MOHLER, *Streitgespräch zwischen den beiden konservativen Denkschulen*, 1978; KUEHNELT-LEDDIHN, *Rechts – doch ohne Glauben?*, 1974.

³⁷⁸ MOHLER, *12 Thesen zur Öl-Klage*, 1977.

³⁷⁹ *Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen*, Tl. 2: Armin Mohler, in: *DIE WELT*, 19. 2. 1977.

³⁸⁰ Vgl. dazu GRAF, *Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates*, S. 217–218. Bereits 1972 hatte *Criticón* kritisch auf die These von den Grenzen des Wachstums reagiert, vgl. BADER, *Grenzen des Wachstums*, 1972.

Das war aber auch schon alles, was der Konservative aus der Geschichte lernen konnte. Mehr Ansatzpunkte für einen Konservatismus der 1970er Jahre bot die Geschichte im Allgemeinen und die Geschichte konservativen Denkens vor den Aufbrüchen der Weimarer neuen Rechten im Besonderen für Mohler nicht. Vielmehr hätten die Konservativen einen radikalen Strich gegenüber der Vergangenheit zu ziehen, müssten „eine ganz neue Sprache“ finden, zu „einem neuen Denken und Handeln“ kommen – und dabei „sehr viel Überflüssiges über Bord werfen“.³⁸¹ An seinem Widerstand gegenüber Schoeps' Sammlungs-Initiative hatte Mohler bereits gezeigt, was diese Verabschiedung der Geschichte ganz praktisch bedeuten konnte. Die Geschichte hatte für Mohler denn auch nur die Funktion, die Komplexität der Welt zu erweisen und zugleich zu belegen, dass es dem Menschen dennoch möglich war, ihr „Form“ zu geben.³⁸² Das war ein sehr luftiges Verhältnis zur Geschichte. Letzten Endes strich Mohler die Vergangenheitsdimension aus seiner politischen Sprache. Das hatte er nun in der Tat zu rechtfertigen, verstieß er doch eklatant gegen ein fundamentales Strukturprinzip des Konservatismus. Ohne jeden Selbstzweifel schlug Mohler eine von ihm immer wieder bemühte Strategie ein: Er behauptete, damit den eigentlichen Konservatismus freizulegen: „Das Gesicht des Konservatismus wandelt sich – oder vielmehr: das wirkliche Gesicht des Konservatismus wird sichtbar. Zu den vielen Legenden, die von ihm abfallen, gehört auch die über das besondere Verhältnis des Konservativen zur Geschichte.“³⁸³

Mohler ging es um die Gegenwart, vor allem aber um die Zukunft, die zu gestalten war. Die Konservativen seien in der Gegenwart die „unzufriedene, auf Veränderung bedachte Schicht“, nicht die Linke. Mohler predigte radikalen Wandel. Dennoch – oder eher: gerade deshalb – grenzte er sich beständig von „abstraktem“ utopischen Denken ab und schob es der Linken zu. Selbst seinen Ruf nach einer konservativen Theorie, die dem konservativen Selbstverständnis des Pragmatischen und Anti-Ideologischen zuwiderlief, kaschierte er durch anti-utopische Sprache, wenn er eine „aus dem Gesamtzusammenhang der Wirklichkeit gewonnene Idee“ forderte.³⁸⁴ Diese Abwehr abstrakten Denkens, die Beteuerung, nur aus der „Wirklichkeit“ zu schöpfen, gehörten wiederum zu den Charakteristika konservativer Sprache, die Mohler bemühte, um nicht in den Verdacht zu geraten, selber Utopist – und damit eben alles andere als ein Konservativer – zu sein.³⁸⁵ Denn der Anti-Utopismus bildete eine zweite Klammer um die Autoren von *Criticón* – und verband sie außerdem mit den übrigen Varianten des Konservativen der 1970er Jahre. Die Arbeiten des ungarisch-amerikanischen Philosophen Thomas Molnar, der als Schüler Russell Kirks zum christlichen Flügel des amerikanischen Neo-Konservatismus gehörte und einen katholischen Traditionalismus vertrat, Verbindungen zur französischen Nouvelle Droite pflegte und sich gegen einen „liberalen“

³⁸¹ MOHLER, *Konservativ*, 1969, S. 117.

³⁸² MOHLER, *Der Konservative vor der Geschichte*, 1978.

³⁸³ Ebd., S. 83.

³⁸⁴ MOHLER, *Warum nicht konservativ?*, 1970/1971, S. 73.

³⁸⁵ Vgl. z. B. MOHLER, *Konservativ*, 1969, S. 106.

Utopismus profilierte, wurden dabei in den Rang kanonischer Werke erhoben,³⁸⁶ Molnar selbst für regelmäßige Beiträge in der Zeitschrift gewonnen.³⁸⁷

Indes: Mohler wies nicht nur das Strukturprinzip der Zeitlichkeit zurück, das konservatives Sprechen charakterisierte, sondern auch das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese. Schrenck-Notzing sekundierte. „Konservatismus“, so definierte jener 1972, sei „nicht nur eine Gegenposition zur linken Lehre in ihren verschiedenen Schattierungen. Konservatismus ist mindestens im gleichen Maße eine Gegenposition zur Praxis der ‚Mitte‘, des ‚Juste Milieu‘.“³⁸⁸ Mohler und Schrenck-Notzing setzten auf die Extreme, auf die Polarisierung, auf die Identifizierung von Freund und Feind und dieses Prinzip des Gegensatzes prägte ihre Sprache. Es blieb Erik von Kuehnelt-Leddihn vorbehalten, dieses Gegensatzprinzip in *Criticón* in eine klare darstellerische Form zu bringen. Fein säuberlich präsentierte er in einer Tabelle „linke“ und „rechte“ Positionen, nach Kategorien geordnet. Unter *links* verstand er dabei alle aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Bewegungen in der „Nationaldemokratie“. „Von ihr stammen direkt und sehr sichtbar alle Linksbewegungen ab, alle gleichmacherischen Populismen, diese ganze Welt der Guillotinen, Galgen, Gaskammern und Genickschüsse“. Damit waren Kommunismus wie Nationalsozialismus kurzerhand zu *linken* Phänomenen erklärt.³⁸⁹ Aus einem solchen Blickwinkel strukturierte sich die politische Welt dichotomisch. Kompromiss, Ausgleich, Maßhalten, Synthese oder die Einigung auf eine mittlere Position konnten in diesem Weltbild nicht vorkommen. Ein *sowohl – als auch* fehlte in der Sprache, die in *Criticón* geschrieben wurde.

In der Tat: In *Criticón* und anderen Zeitschriften, die sich in den 1970er Jahren das Etikett *konservativ* umgehängt hatten, versammelte sich die Rechte der Bundesrepublik und träumte von einer Reaktivierung längst vergangener, genuin ‚deutscher‘ Denktraditionen – sei es jener des preußischen Konservatismus des Kaiserreichs, sei es eines antiliberalen katholischen Konservatismus, der mit dem Zweiten Vatikanum endgültig verabschiedet worden war, sei es des agrarischen Konservatismus der Weimarer DNVP, sei es heimatschützerischer, organiszistischer und biologistischer Ordnungsideen, sei es der Weimarer neuen Rechten. Sie einte ihr Antiliberalismus, die stolze Sicherheit, als eine der Wenigen das Richtige erkannt zu haben, ihre Verachtung der bundesrepublikanischen Entwicklung, ihre Positionierung auf der *Rechten* in schroffer Frontstellung zur *Linken*, und es einten sie einige zentrale Begriffe, die immer und immer wieder – wie zur Selbstbestätigung – hervorgehoben wurden: *Ordnung, Autorität, Staat, Hierarchie, Elite, Institution, Nation* etwa. Sie entstammten dem semantischen Netz um den

³⁸⁶ Vgl. CRITILLO [CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING], Die utopische Versuchung, 1970/1971, außerdem das gesamte Heft, das sich mit MOLNAR, Utopia, 1967, auseinandersetzte.

³⁸⁷ Vgl. z. B. MOLNAR, Russell Kirk, 1974; ders., 25 Jahre amerikanischer Konservatismus, 1977; ders. und MOHLER, Streitgespräch zwischen den beiden konservativen Denkschulen, 1978; ders., Gibt es eine „faschistische“ Gegenwartsliteratur?, 1979. Zu Molnar vgl. MEZEI, Thomas Molnar's Place in American Conservatism.

³⁸⁸ CRITILLO [CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING], Kommentar, 1972.

³⁸⁹ KUEHNELT-LEDDIHN, Noch einmal Rechts und Links, 1973.

Konservatismusbegriff. Mohler und Schrenck-Notzing machten *Criticón* zu dem schlagkräftigsten Organ der bundesrepublikanischen Neuen Rechten. Zwar beanspruchten sie lautstark den Konservatismusbegriff für sich, doch das war letztlich nur ein strategisches Mäntelchen, das sie sich umhängten. Denn indem sie zwei fundamentale Strukturprinzipien konservativer Sprache von sich wiesen, mehr noch: diese geradezu verdammt, bewegten sie sich so weit außerhalb der Strukturen der politischen Sprachen des Konservativen, dass sie in historischer Perspektive sicherlich nicht als Konservative bezeichnet werden können. Mohler und Schrenck-Notzing formulierten die Sprache der bundesrepublikanischen Neuen Rechten – und eben nicht des Konservatismus. In sein „Herz“ war Mohler gerade nicht vorgestoßen.³⁹⁰

Dies steigerte abermals die Verwirrung über die Begriffe der politischen Sprache der Bundesrepublik, die am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre allenthalben konstatiert wurde.³⁹¹ Die uneindeutige Debatte um das Konservative hatte dazu ebenso beigetragen, wie die Formierung der grünen Bewegung, die sich auf keine präzisen Begriffe zu bringen lassen schien.³⁹² Ergaben „die Worte rechts und links überhaupt noch irgendeinen Sinn?“, fragte *Der Monat* 1978. Was bedeutete *liberal*, was *konservativ*? Wozu brauchte man solche Begriffe überhaupt? Während die Antworten der meisten befragten Intellektuellen aller Couleur vage blieben, fiel Mohlers Einschätzung gewohnt eindeutig aus – Ambivalenzen existierten in seiner Sprache nicht. Obgleich er als *konservativ* gelte, ziehe er das „Etikett ‚rechts‘“ vor. Das „Wort ‚konservativ‘ ist mir zu quallig und verschwommen [...] Wenn ich mich einen Rechten nenne, so heißt das, dass ich mit dem Liberalismus nichts im Sinn habe, ja ihn für den eigentlichen Feind halte“.³⁹³ Die Liberalisierung des Konservatismusbegriffs, die seit den 1950er Jahren die politische Kultur der Bundesrepublik begleitet und seit den späten 1960er Jahren erheblich an Dynamik gewonnen hatte, war Mitte der 1970er Jahre so weit fortgeschritten, dass seine antiliberalen Bedeutungsgehalte an den Rand gedrängt wurden. Das Mäntelchen des Konservativen war Mohler lästig geworden.

3.4.3. *Konservative* Parteien? Die sprachpolitische Herausforderung von CDU und CSU

Die intellektuelle Debatte um das Konservative, die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die bundesrepublikanischen Feuilletons füllte, stellte für die Uni-

³⁹⁰ So aber VAN LAAK, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens, S. 262. Zur Charakterisierung Mohlers als Vertreter der Neuen Rechten vgl. PFAHL-TRAUGHBER, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“.

³⁹¹ Vgl. z. B. ERWIN K. SCHEUCH, Lechts und links. Über merkwürdige ideologische Allianzen und ihre Ahnen, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 19. 1. 1979; HELMUT DIWALD, Rechts und links, in: ebd., 24. 8. 1979; Links und rechts, in: DIE ZEIT, 10. 8. 1979; MARTIN GREIFFENHAGEN, Konservativ: gut oder schlecht?, in: VORWÄRTS, 11. 9. 1980.

³⁹² Vgl. MENDE, „Nicht rechts“, S. 434–443.

³⁹³ Wer steht links, wer steht rechts?, 1978, S. 19; so ähnlich auch in Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen, Tl. 2: Armin Mohler, in: DIE WELT, 19. 2. 1977.

onsparteien eine recht zwiespältige Herausforderung dar. Einerseits nahmen sie die Diagnose einer Abwendung des viel beschworenen *Zeitgeists* von den reformfreudigen linken Bewegungen wohlwollend zur Kenntnis und verbuchten die Resonanz, die konservative Intellektuelle erhielten, auf ihrer Habenseite. Andererseits forderte sie die Debatte zu einer eindeutigen Positionierung gegenüber dem Konservativen heraus, die sich gerade deshalb als so schwierig gestaltete, weil der Begriff selbst über eine Bedeutungsweite verfügte, die, wie wir gesehen haben, von liberalen bis hin zu rechten Varianten reichte. Dazu kam, dass die Unionsparteien – und vor allem die CDU – sich nach dem Verlust der Regierungsverantwortung 1969, dem missglückten Misstrauensvotum gegen die Regierung Brandt 1972 und der verlorenen Bundestagswahl im November desselben Jahres in der Krise befanden. Wollten sie reüssieren, sprich: die sozialliberale Koalition im Bund ablösen, mussten sie sich reformieren, sowohl organisatorisch als auch programmatisch.³⁹⁴ Wie sehr die Verunsicherung ob des Verlusts der Bedeutungshoheit über die politische Sprache diese Krisenwahrnehmung seit den frühen 1960er Jahren dynamisiert hatte, wurde bereits gezeigt. Sie passte sich ein in eine gesellschaftliche Krisenwahrnehmung, die die frühen bis mittleren 1970er Jahre prägte und die Formulierung von Alternativen forderte.³⁹⁵ CDU und CSU machten sich auf die Suche nach Begriffen, die ihr Tun und Wollen in grundsätzlicher Art und Weise beschrieben, das, was sie charakterisierte, fassten, innerparteilich integrativ wirkten und zugleich für Abgrenzung gegenüber rivalisierenden Parteien sorgten.

Der Suche nach adäquaten Selbstbeschreibungsbegriffen dienten die ausgedehnten Programmdebatten, die wie ein einmal lauterer, einmal leiserer Hintergrundrauschen die Union während der 1970er Jahre begleiteten. Die 1970er stellten für diese in der Tat ein „Jahrzehnt der gedruckten Debattenkultur“ dar.³⁹⁶ Die CSU, die 1968 ein *Grundsatzprogramm* verabschiedet hatte, tat das 1976 ein weiteres Mal. Die CDU, deren *Berliner Programm* des Jahres 1968 noch nicht als *Grundsatz-*, sondern nur als *Aktionsprogramm* fungiert hatte, entwickelte dieses 1971 und 1973 weiter, formulierte 1975 in der *Mannheimer Erklärung* Prinzipien des politischen Handelns, um schließlich 1978 ihr *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* zu beschließen. Grundsatzkommissionen bestehend aus Politikern sowie Wissenschaftlern arbeiteten in beiden Parteien über Jahre hinweg an Textentwürfen, die auf den verschiedenen Ebenen der Partei und in ihren Gremien diskutiert und kommentiert, auf Parteitag debattiert und schließlich nach Diskussion unzähliger Änderungsanträge in eine konsensuale Form gegossen wurden. Die Publizistik begleitete diese Grundsatzdiskussionen interessiert und kommentierte

³⁹⁴ Zu den Parteireformen in CDU und CSU vgl. SCHÖNBOHM, Die CDU wird moderne Volkspartei; LANGE, Responsivität und Organisation; BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 99–114; MINTZEL, Bayern und die CSU.

³⁹⁵ Vgl. CONZE, Die Suche nach Sicherheit, S. 569–574.

³⁹⁶ Vgl. BÖSCH, Die Krise als Chance, S. 303; zu den Reformdebatten in der Union vgl. außerdem SCHMIDT, „Die geistige Führung verloren“; BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 29–44; SCHÖNBOHM, Die CDU wird moderne Volkspartei, S. 138–159.

ausführlich. Gezielt suchten CDU und CSU den Kontakt zu Intellektuellen und registrierten sensibel die Positionswechsel jener Konsensliberaler, die sich Anfang der 1970er Jahre für den Konservatismus aussprachen.³⁹⁷ Die Debatte um das Konservative war mit den Grundsatzdiskussionen in den Unionsparteien in der Tat eng verzahnt. Sie forderte sie ganz fundamental heraus, denn wenn *konservativ* als liberale Alternative zu *sozialdemokratisch* und *liberal* profiliert und auf das Dreiparteiensystem der Bundesrepublik übertragen wurde, dann betraf diese begriffliche Verschiebung keine anderen Parteien so sehr wie CDU und CSU. Erst vor diesem Hintergrund lässt sich die Entwicklung des Konservatismusbegriffs in den 1970er Jahren in ihrer Gänze verstehen. Wie also positionierten sich die Parteien? Wie gingen sie mit der sprachpolitischen Herausforderung um, die der Konservatismusbegriff für sie bedeutete?

Die CSU hatte sich 1968 nach intensiver Diskussion dazu entschlossen, *konservativ* in ihr *Grundsatzprogramm* aufzunehmen – das haben wir bereits gesehen. Die Partei beschrieb sich als *auch konservativ* und begründete diese Zuschreibung mit ihrem Willen, „die Lebendigkeit europäischer Tradition voll zu entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes für die Zukunft zu erschließen“. Zugleich lehnte sie jeglichen „Utopismus“ entschieden ab und wehrte sich gegen eine „totale Technisierung des Lebens, die auf Person und Freiheit keine Rücksicht“ nehme, wenngleich sie sich auch für die „großen technischen Möglichkeiten unserer Zeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit“ begeisterte.³⁹⁸ *Konservativ* zu sein sollte für die CSU also eine dem technischen Fortschritt gegenüber offene Haltung bedeuten, ohne das aus der Vergangenheit Überkommene gering zu schätzen. Der Fortschrittsbegriff wurde an das Strukturprinzip konservativer Zeitlichkeit gebunden – ganz so wie das zeitgleich die britische Conservative Party durchexerzierte. An der „Spitze des Fortschritts“ wollte Strauß seine konservative CSU sehen, die Bedeutungsgehalte des politischen Begriffes bewusst prägen.

Diese Begriffsstrategie antwortete auf die semantische Situation des Jahres 1968: *konservativ* wurde im öffentlichen Diskurs in erster Linie als Gegenbegriff zu *progressiv* konturiert. Genau dies gaben die Delegierten auf dem CSU-Parteitag zu bedenken, die sich vehement gegen die Aufnahme des Begriffs in das *Grundsatzprogramm* aussprachen. Alois Glück etwa sah „einen Widerspruch zwischen der Fortschrittlichkeit der Politik der CSU und dem Ausdruck ‚konservative Kraft‘“.³⁹⁹ Diese semantische Opposition von *konservativ* und *progressiv* machte der Union in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren schwer zu schaffen. Denn sowohl der Aufstand der Studentinnen und Studenten an den Universitäten als auch die reformfreudige Aufbruchsstimmung, die die sozialliberale Koalition 1969 ins Amt trug, speisten sich aus der Überzeugung, *progressiv* zu sein, die

³⁹⁷ Vgl. z. B. BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, Gerhard Stoltenberg, S. 1154; Richard von Weizsäcker, S. 1159; Christian Schwarz-Schilling, S. 1166.

³⁹⁸ CSU, Leitsätze einer Politik für heute und morgen, 1968

³⁹⁹ ACSP, Parteitagsprotokolle, 1968/12/14, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 29.

Zukunft gestalten zu wollen, mit Überkommenem abzuschließen und neu anzufangen. Dagegen erschienen die Unionsparteien als Kräfte des Beharrens, die sich einer veränderten Gesellschaft nicht öffnen wollten, als Relikte aus den ersten Jahren der Bundesrepublik, als noch eine auf Sicherheit und Kontinuität setzende Politik die Wähler begeisterte. Die CDU gelte, so fasste Kurt Georg Kiesinger auf dem CDU-Bundesparteitag 1969 zusammen, „als eine konservative Partei, als eine Partei, die nicht sehr beweglich ist, die angeblich der modernen Zeit gegenüber nicht aufgeschlossen genug ist“.⁴⁰⁰ Dem sekundierte der aufstrebende, seit Längerem auf Reform drängende Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Helmut Kohl nicht nur, sondern bestätigte das Bild, wobei er mit seiner Kritik an der Parteiführung nicht zurückhielt: Die CDU habe „es zugelassen, dass sie in den Ruf des Tantenhaften, des Antiquierten, des Altmodischen geraten ist. Sie hat es zugelassen, dass die ganze intellektuelle Welt [...] gegen die CDU aufgetreten ist.“⁴⁰¹ Im *Berliner Programm* der CDU, das 1968 verabschiedet wurde und Reformfreude wie Modernität der Partei erweisen sollte, kam der Begriff *konservativ* dann auch nicht vor. In diesem Falle traute sich die CDU die begriffsprägende Macht nicht zu, die Strauß im selben Jahr seiner CSU verordnete.

Dabei traf das Konservatismus-Verdikt nicht nur die Union – es wurde in der Zuspitzung auf die Opposition *progressiv* versus *konservativ* auch auf die SPD gemünzt, wie das etwa Ralf Dahrendorf auf dem Freiburger Parteitag der FDP 1968 tat. Während die CDU „konservativ aus allzu langer Gewohnheit des Regierens“ sei, sei die SPD „konservativ wider Willen, aus allzu tiefer Angst davor, nicht regieren zu dürfen“. Die einzige progressive Alternative sei deshalb die FDP.⁴⁰² *Konservativ* wurde, das wird hier sehr deutlich, auf ein unbewegliches Kleben am Vergangenen, eine Verweigerungshaltung gegenüber dem Wandel reduziert. An der SPD hingegen haftete das Etikett des Konservativen nicht, trotz Dahrendorfs rhetorischer Kunststücke. Vielmehr nutzte die Partei geschickt die semantische Lage. Die Koalitionsregierung aus SPD und FDP wurde mit dem Etikett *sozialliberal* ausgestattet und mit Fortschritt und Reform identifiziert.⁴⁰³ Im Bundestag schien es nun zwei Blöcke zu geben: den reformerischen Block der Regierungskoalition und den beharrenden Block der Opposition.⁴⁰⁴ Die „deutsche Demokratie“ brauche durchaus, so erklärte Brandt süffisant im Februar 1971 im Bundestag, „eine große, staatstragende, die Regeln der parlamentarischen Demokratie achtende konservative Partei“, die nach dem Verlust der Macht ihre Oppositionsrolle „konstruktiv“ zu begreifen habe, „anstatt Kollision um jeden Preis zu suchen“.⁴⁰⁵

⁴⁰⁰ Bundesparteitag der CDU 1968, S. 447.

⁴⁰¹ „Es war chic, gegen die CDU zu sein“. Christ und Welt-Interview mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl, in: CHRIST UND WELT, 31. 10. 1969. Zu Kohls Bemühungen um eine programmatische Reform der CDU vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 135–159.

⁴⁰² SCHUSTER, Drei Parteien suchen ein Programm, 1968, S. 268.

⁴⁰³ Vgl. FAULENBACH, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 59–76.

⁴⁰⁴ Vgl. z. B. ALFRED RAPP, Zwei oder drei?, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 29. 6. 1971.

⁴⁰⁵ DBT, 6. WP, 102. Sitzung, 12. 2. 1971, S. 5945.

Damit verstärkte der Kanzler die semantischen Zuschreibungen, die er eine Woche zuvor in der Haushaltsdebatte eingeführt hatte. Stabilität sei in einer

Industriegesellschaft [...] nur im Wandel und [...] Sicherheit nur in der Dynamik zu gewinnen und zu erhalten. [...] Deshalb gibt es gesellschaftliche Stabilität nur durch Reform. Wer nicht positiv verändert, verschlechtert objektiv die Lage der Menschen. Das ist der Punkt, an dem sich die Geister weithin scheiden; das ist der Unterschied zwischen dem, worum wir uns bemühen, und jenen in Ihren Reihen, die in überwiegend konservativem Denken beharren.⁴⁰⁶

Aus dem Bundestagsplenum meldeten sich zwar sogleich empörte Stimmen auf den Oppositionsbänken, die Brandt vorwarfen, *konservativ* zum „Schimpfwort“ zu machen (was dieser sogleich zurückwies), doch der Oppositionsführer Rainer Barzel fand in seiner anschließenden Rede zu keiner Erwiderung.

Die lieferte erst Richard von Weizsäcker eine Woche später in der SZ. Weizsäcker, seit 1964 im CDU-Bundesvorstand, war 1969 über die rheinland-pfälzische Landesliste erstmals in den Bundestag gewählt worden. Er engagierte sich in hoher Funktion im Protestantismus, war 1965 an der entspannungspolitischen Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) beteiligt, und hatte Erfahrung im Management von Großkonzernen gesammelt. Schnell wuchs Weizsäcker in die Rolle des protestantischen Parteintellectuellen hinein und beerbte so in gewisser Weise Eugen Gerstenmaier. 1971 übernahm er den Vorsitz der Grundsatzkommission der CDU und prägte bis zur Verabschiedung des *Ludwigshafener Grundsatzprogramms* 1978 die programmatische Diskussion in seiner Partei.⁴⁰⁷ Im Februar 1971 nun rückte er in seiner Antwort auf Brandt die Konturen des Konservatismusbegriffs zurecht. Hinter der Antithese *progressiv* vs. *konservativ*, mit der die Reformpolitik umschrieben werde, verberge sich ein „Missverständnis“; dass die Konservativen in der Gegenwart keine Rolle mehr zu spielen hätten, sei ein „Irrtum“. „Gute Erneuerer sind nur die, denen es gelingt, sich für ihre Veränderungen der Konservativen zu bedienen. Eine konservative Partei aber ist nur die, welche die notwendigen Erneuerungen selbst in die Tat umsetzt.“ Zur Illustration verwies er auf die britische Conservative Party unter Disraeli. Zwischen „Stabilität und Dynamik, zwischen Erhaltung und Erneuerung“ bestehe ein „untrennbarer Zusammenhang“ und dies zumal in einer Zeit beschleunigten Wandels, in der sich der Wunsch nach „Sicherheit“ folgerichtig artikuliere. Zudem gehöre eine „beharrende Natur“ zu den anthropologischen Grundkonstanten, genauso wie das Misstrauen gegenüber Veränderung. Da Reformen nur mit den Betroffenen durchgeführt werden könnten, sei allein eine behutsame Politik, die das Bewahren mit dem Verändern verknüpfe, erfolgsversprechend. Das wisse der Konservative, der zudem ob seines „nüchternen“ Blickes auf die Unvollkommenheit des Menschen über eine weitere, äußerst „nützliche, ja wahrscheinlich eine notwendige Voraussetzung für das mögliche Maß an Fortschritt“ verfüge.⁴⁰⁸ Weizsäcker rückte die innere Struktur des Konservatismusbegriffs wieder zurecht:

⁴⁰⁶ DBT, 6. WP, 96. Sitzung, 3. 2. 1971, S. 5323.

⁴⁰⁷ Vgl. WEIZÄCKER, *Vier Zeiten*, 1997; WIEDEMAYER, Richard von Weizsäcker.

⁴⁰⁸ RICHARD VON WEIZÄCKER, *Progressive und Konservative*, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 20./21. 2. 1971.

Er verwies auf das Prinzip der Zeitlichkeit, auf die Verschränkung der Zeitdimensionen und ihre Kontinuität; er bediente sich des Prinzips des Ausgleichs, wenn er das rechte *Maß* des Fortschritts beschwor; und schließlich wählte er mit seiner Betonung des Anthropologischen, des *Menschen*, sowie der *Nüchternheit* zwei Schlüsselbegriffe des semantischen Netzes um den Konservatismusbegriff und schrieb ihnen eine aktuelle Bedeutung zu.

Es kam nicht von ungefähr, dass ein Protestant der CDU die Potenziale des Konservatismusbegriffs in Erinnerung rief. Er knüpfte damit an die Begriffsbestimmung des Konservativen in der Partei an, die aus einer protestantischen Tradition schöpfte und sich, wie wir gesehen haben, an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren zwar durchgesetzt hatte, aber dann Ende der 1960er Jahre in den Hintergrund getreten war. Dazu kam, dass das Klima für das Konservative sich um 1970 zu verändern begann. Die intellektuellen Stimmen aus dem konsensliberalen Lager lösten den Begriff aus der Antithese zum Fortschrittsbegriff und gaben ihm ein reicheres Bedeutungsfeld. Dies machte es für die CDU leichter, den Begriff zu verwenden. Dass dies nur sehr vorsichtig und begrenzt geschah, dafür sorgte auch weiterhin die SPD. In seiner Rede vor dem Bundestag zum Ende der Legislaturperiode im September 1972 unterstrich Brandt seine Zwei-Lager-These und stattete sie außerdem mit einem historischen Narrativ aus. Während CDU und CSU die „Tradition konservativer Prägung“ seit dem Kaiserreich fortführten, stünden SPD und FDP in Kontinuität zu jenen „Kräfte[n], die schon im Kaiserreich aus der Opposition heraus auf mehr Demokratie und politische Freiheit drängten, [...] auf einen Staat drängten, den die Vielen in diesem Lande als ihren eigenen Staat begreifen“ könnten.⁴⁰⁹ Erst mit der sozialliberalen Reformpolitik – und nota bene nicht mit der Gründung der Bundesrepublik, wie es das Narrativ der Parteigeschichte von CDU und CSU wollte – vollendeten sich die kaiserzeitlichen Hoffnungen von Liberalen und Sozialdemokraten auf ein freiheitliches und demokratisches Deutschland. Das war die historische Botschaft Willy Brandts. Nahezu zeitgleich attestierte Horst Ehmke in der SPD-Parteizeitschrift *Die neue Gesellschaft* der Union in einer Analyse ihres „politisch-moralische[n] Krankheitsbild[s]“ einen „Konservativismus ohne Substanz“.⁴¹⁰

Vorsicht war also geboten, wenn die CDU mit dem Begriff hantierte. Dass sie ihn nicht vollends aus ihrem Begriffshaushalt verbannen konnte, lag zum einen an gewichtigen Stimmen in der Partei, die sich mit dem Begriff identifizierten, sowie daran, dass dieser zu einem eingeführten Element der Selbstbeschreibung geworden war.⁴¹¹ So hatte der einflussreiche vormalige Bundesgeschäftsführer und amtierende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Bruno Heck nach der verlorenen Bundestagswahl 1972 in einem Frontalangriff auf die Parteiführung die CDU dazu aufgefordert, sich der Aufgabe, den „Fortschritt konservativ zu sichern und auszubauen“ nicht länger zu verweigern. Die Partei solle das bleiben,

⁴⁰⁹ DBT, 6. WP, 199. Sitzung, 22. 9. 1972, S. 11764.

⁴¹⁰ Konservativismus ohne Substanz, 1972.

⁴¹¹ Siehe Kapitel 3.2.

was „von den Wählern in irgendeiner Weise als konservativ empfunden werde“, eine „fortschrittliche konservative“ Kraft, und sich „nicht mehr durch Verbalan- gleichungen an linke Modeströmungen“ verbiegen.⁴¹² Bereits ein Jahr zuvor hatte er – wie Richard von Weizsäcker – seine Partei daran erinnert, dass sie „als große Volkspartei nur Bestand haben“ könne, „wenn ihre ‚Konservativen‘ fort- schrittliche Menschen“ seien und „die ‚Progressiven‘ in dem gewachsenen Boden der Geschichte wurzel[te]n“, wenn also die Antithese zwischen Konservatismus und Fortschrittlichkeit dialektisch aufgelöst würde.⁴¹³

Neben Heck eigneten sich vor allem Karl Carstens und Alfred Dregger aus dem Kreis der führenden CDU-Politiker den Konservatismusbegriff an – auch weil er ihnen zugeschrieben wurde. Sie gaben ihm damit ein spezifisches Profil, das sich aus einem marktliberalen Programm und aus ihrer Betonung des Nationalen speiste.⁴¹⁴ Dementsprechend wurden sie auch als *national-konservativ* bezeich- net.⁴¹⁵ Carstens legte dabei großen Wert auf die Amalgamierung der Begriffe *liberal* und *konservativ* und wies Hans-Dietrich Genschers Satz, dass es „keine liberalen Konservativen“ geben könne, in einer Bundestagsdebatte entschieden zurück: „Wenn ein Land wie das unsere eine freiheitliche Verfassungsordnung hat, dann ist derjenige, der für die Freiheit eintritt, zugleich konservativ und liberal.“⁴¹⁶ Die Bewahrung der im demokratischen Staat garantierten Freiheit gegen sozialistische Umsturzgefahren – darin gründete Carstens Konservatismus, der sich selbst gern als Liberalen bezeichnete. Im polarisierten Klima der 1970er Jahre wurde er zusammen mit Dregger, Filbinger und Strauß oft zu einer *konservativen* Gruppe zusammengespant. Dagegen mochte sich Carstens auch gar nicht wehren, sah er sich doch im Grundsätzlichen in Übereinstimmung mit seinen Kollegen. Ihnen allen stehe glasklar vor Augen, dass in der Verhinderung einer marxistischen Herrschaft über ganz Europa die große Aufgabe in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bestehe.⁴¹⁷ Da der Konservatismus- begriff durch einzelne Politiker in der CDU präsent gehalten wurde, musste die CDU-Führung ihm nolens volens einen Platz im identitären Vokabular der Partei einräumen. Darüber hinaus verbot es schon allein die Politik der CSU, die sich das Konservative auch weiterhin auf die Fahnen geschrieben hatte, den Begriff zu

⁴¹² Warten bis die SPD sich verschlissen hat? Gespräch mit dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Bruno Heck über die Zukunft der Union, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 5. 1. 1973.

⁴¹³ Bundesparteitag der CDU Saarbrücken 1971, S. 37. Eine ähnliche Zusammenstellung der Begriffe *konservativ* und *progressiv* findet sich in PÜTZ, Die CDU, 1971, S. 112–114, der die Union als „konservativ und progressiv“ beschreibt.

⁴¹⁴ Für Dreggers Verwendung des Konservatismusbegriffs vgl. z. B. DREGGER, Programm für ein besseres Hessen, 1970, S. 60; ders., Bundestagswahlkampf 1976, 1980, S. 228; zu seiner politischen Konzeption vgl. ders., Systemveränderung, 1972; ders., Freiheit in unserer Zeit, 1980; aus kritischer Perspektive: AUER, Alfred Dregger; zu Dreggers Arbeit in Hessen vgl. WOLF, Neubeginn und Kampf um die Mehrheit.

⁴¹⁵ Vgl. z. B. EDUARD NEUMAIER, Vom Nothelfer zum Steuermann, in: DIE ZEIT, 25. 5. 1973.

⁴¹⁶ DBT, 7. WP, 218. Sitzung, 29. 1. 1976, S. 15101.

⁴¹⁷ DONAT, Gefragt: Karl Carstens, 1976, S. 62–63. Zu Carstens Konservatismusverständnis vgl. SZATKOWSKI, Karl Carstens, S. 306–308.

ignorieren. Hinter der Begriffspolitik der CDU-Führung stand allerdings auch eine strategische Überlegung. Ganz vortrefflich ließ sich so das rechte Wählerpotenzial an die Partei binden. Rechts von der CDU bzw. der CSU konnte sich in den 1970er Jahren keine Partei erfolgreich entwickeln.

Der CDU kam es schließlich wie gelegen, dass sich ein mit Fortschrittlichkeit geradezu gesegnetes Politikfeld für die Verankerung des Konservatismusbegriffs anbot: die Umweltpolitik. Recht schnell hatten die Parteien auf die öffentliche Debatte um die fortschreitende Zerstörung der Natur reagiert, Forderungen nach dem Schutz der Umwelt aufgenommen und in politisches Handeln umgesetzt. Nach dem Regierungswechsel 1969 richtete das Innenministerium unter Hans-Dietrich Genscher eine Abteilung Umweltschutz ein, 1971 wurde ein *Sofortprogramm für den Umweltschutz* verkündet und das *Umweltprogramm der Bundesregierung* verabschiedet.⁴¹⁸ Im Dezember 1970 schuf die bayerische CSU-Regierung unter Ministerpräsident Alfons Goppel das erste Landesministerium, dem Max Streibl als Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen vorstand,⁴¹⁹ und auch die CDU besetzte das Thema auf Landes- und Bundesebene. Umweltpolitisches Handeln erhielt dabei ein „technokratische[s] Design“,⁴²⁰ wurde als Problem politischer Planung und Steuerung aufgefasst.⁴²¹

Eingebettet wurde die Umweltpolitik in den Unionsparteien in das semantische Netz um das Konservative. Dies war auch deshalb geschickt, weil damit an die aktuelle Debatte um den Konservatismus angeknüpft und die allenthalben präsen te Fortschrittskritik kanalisiert werden konnte. Dass sich dafür besonders Richard von Weizsäcker engagierte, kam nicht von ungefähr. Sein Engagement erklärte sich nicht nur aus seinem Eintreten für eine Aktualisierung des Konservatismusbegriffs, sondern auch weil er durch seinen Bruder, den Physiker und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, wohl für umweltschützerische Belange sensibilisiert worden war.⁴²² Der Umweltschutz sei zuallererst eine „bewahrende“ Aufgabe, „nämlich das Gleichgewicht der Natur und die Kräfte ihrer Selbsterhaltung zu schützen und sie nicht durch den blinden Glauben an Fortschritt und Machbarkeit aller Verhältnisse zu gefährden und schließlich zu zerstören“. Nicht die „Lehre von [...] der künstlich-progressiven Machbarkeit“ könne Grundlage für politisches Handeln im beschleunigten Wandel sein, sondern nur „die Erhaltung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens“. Bewahrung und Erneuerung bedingten sich gegenseitig, wiederholte Weizsäcker nun vor dem CDU-Bundesparteitag.⁴²³ Dementsprechend rief er seine Parteikollegen dazu auf, der Verfälschung des Konservatismusbegriffs zu begegnen. Dem Konservativen gehe es gerade nicht darum, „die Vergangenheit zum unveränderlichen Modell für die Zukunft zu machen“, das widerspreche dem „Wert der Überlieferung“. „Wir haben“, so stellte

⁴¹⁸ Vgl. ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 275.

⁴¹⁹ Vgl. BLESSING, Entwicklungsplanung und Umweltschutz als Staatsaufgabe.

⁴²⁰ ENGELS, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 287.

⁴²¹ Vgl. ebd., S. 282–290.

⁴²² Zu Carl Friedrich von Weizsäckers Denken vgl. SEEFRIED, Die politische Verantwortung.

⁴²³ Bundesparteitag der CDU 1972, S. 65.

Weizsäcker – sich mit dem Konservativen identifizierend – klar, „kein statisches Bild von der Welt. Die Zukunft ist nicht ohne Wurzeln; sie gründet in der Vergangenheit, aber sie folgt ihr nicht. Es gibt kein Verharren von Erde und Mensch, sondern nur Werden, Wachsen und Wandel. Das ist unsere Geschichtlichkeit.“⁴²⁴

Die Umweltthematik, das zeigt Weizäckers Definition konservativer Zeitlichkeit anschaulich, war auch deshalb so reibungslos in das semantische Netz um das Konservative zu integrieren, weil sie es ermöglichte, konservative Begriffsbestände zu aktualisieren. Mit der organischen Metaphorik, die Weizsäcker wählte, war das konservative Strukturprinzip der Zeitlichkeit schon im 19. Jahrhundert umschrieben worden. Selbst Norbert Blüm, neben Hans Katzer die dominierende Stimme des christlich-sozialen Flügels, der als Parteilinker und ausgemachter Gegner eines konservativen Kurses galt, konnte im Jahr 1975 den „konservative[n] Zügen“ der Wende im Wachstumsdenken durchaus Positives abgewinnen.⁴²⁵ Noch 1980 empfahl Blüm den Christlich-Sozialen in der Partei die „Bewahrung der Welt als Haus des Menschen“ als eine „zukunftssichernde Aufgabe, auf die uns konservative Gesinnung bringt“; in diesem Sinne sei die christliche Sozialbewegung „konservativ fortschrittlich“.⁴²⁶

Doch auch der Diskurs um Planung in modernen Gesellschaften, der seit den frühen 1960er Jahren die bundesrepublikanische Politik begleitete,⁴²⁷ wurde im Rahmen der Umweltthematik an den Konservatismusbegriff rückgebunden. Besonders augenscheinlich geschah dies in der CSU.⁴²⁸ Obgleich dem sozialdemokratischen Planungs-Enthusiasmus in der Union in den 1960er Jahren ein gehöriges Maß an Skepsis entgegen geschlagen war, fanden Planungsideen doch Eingang in Konzepte für spezifische Politikfelder, allen voran die Regionalplanung, die Bildungspolitik und den Umweltschutz.⁴²⁹ Das Programm der CSU für die Bundestagswahl 1969 bekannte sich zum Planungsgedanken – so sollte die Zukunft „gesichert“ werden. Allerdings differenzierte die Partei sorgfältig in ihrem Projekt einer Planung der Zukunft. Die CSU sei entschlossen, so konnte man im Wahlprogramm lesen, „durch eine weitsichtige, verantwortungsbewusste Zukunftsplanung dem Fortschritt zu dienen, jedoch jeder Zerstörung der Werte entgegenzutreten, die auch in Zukunft unser Leben lebenswert machen“.⁴³⁰ Planung sollte also keineswegs eine Zukunft kolonialisieren, die nach christlichem Verständnis menschlicher Verfügungsgewalt entzogen war, und sie sollte auch nicht mit einer Vergangenheit brechen, nur um Neues zu schaffen. Zu planen, so Max Streibl zur Konzeption von Umwelt- und Raumordnungspolitik auf dem CSU-Parteitag

⁴²⁴ Ebd., S. 73; gleichlautend in: Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 32.

⁴²⁵ BLÜM, Fortschritt im postindustriellen Zeitalter, 1980, S. 67–68.

⁴²⁶ BLÜM, Christlich-Sozial: Zwischen!, 1980, S. 115.

⁴²⁷ Vgl. RUCK, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie, bes. S. 366–370; SCHANETZKY, Die große Ernüchterung; SÜSS, „Wer aber denkt für das Ganze?“.

⁴²⁸ Zu CSU-Konzeptionen von Planung vgl. GRÜNER, Geplantes „Wirtschaftswunder“?.

⁴²⁹ Vgl. z. B. STOLTENBERG, Zukunftsaufgaben der Bildungspolitik, 1969; BARZEL, Gesunde Umwelt durch aktive Strukturpolitik, 1969; STEBER, „A Better Tomorrow“.

⁴³⁰ Wahlkampfprogramm der CSU zur Bundestagswahl 1969: Entschlossen die Zukunft sichern, 1969.

1975, „vermag nur eine Politik, die auf die Kontinuität der Geschichte vertraut. Für eine menschenwürdige Zukunft planen kann nur der, der die Erfahrungen der Vergangenheit bejaht, der Bewährtes bewahrt, an neuem Wissen überprüft, reformiert und neu gestaltet.“ Planung musste also die Kontinuität von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gewährleisten. „Planen im Dienste des Menschen“ sei daher „nur auf der Grundlage eines echten Konservatismus möglich“. ⁴³¹ Der Umweltschutz wurde zu einem festen Bezugspunkt des Konservatismusbegriffs der Union. ⁴³² „Umweltschutz“ sei „eine große konservative Aufgabe mit Zukunft“, unterstrich Kohl 1978, ⁴³³ der sich ansonsten davor hütete, den Begriff isoliert zu verwenden.

Im Laufe der an Fahrt gewinnenden intellektuellen Neujustierung des Konservatismusbegriffs wurde er auch in der CDU unbefangener gebraucht. Bernhard Vogel, zwischen 1967 und 1975 von Kohl geförderter Kultusminister von Rheinland-Pfalz und schließlich dessen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten (1976 bis 1988), der als Assistent von Dolf Sternberger an der Universität Heidelberg das politikwissenschaftliche Handwerk gelernt hatte, galt als ein junger Modernisierer in der Union. ⁴³⁴ 1975 zu einer Fernsehdebatte des Bayerischen Rundfunks über das Wesen des Konservatismus eingeladen, bezog er den Konservatismusbegriff auf die CDU. *Konservativ* bedeute für seine Partei, so meinte Vogel, das „Recht, wir selbst bleiben zu dürfen“. Ein vorrangiges Ziel der CDU sei es, „die Bedingungen und die Voraussetzungen unserer freiheitlichen Ordnung“ zu bewahren. Dies sei keine „rückschrittliche“, sondern eine „höchst moderne“ Einstellung, gehe es doch um den Erhalt der Demokratie. Im „Zurückfinden zu den großen geistesgeschichtlichen Strömungen des Abendlandes“ sollte die CDU „den Mut haben, sich zu einem derartigen Begriff von konservativ zu bekennen“. ⁴³⁵ Die erste Forderung Vogels griff das Zentrum eines Konservatismusbegriffs aus liberalem Geiste auf, der von Intellektuellen wie Hermann Lübke oder Kurt Sontheimer profiliert wurde. In der Auseinandersetzung mit einer systemverändernden Linken wurde der Konservative zum Retter der liberalen Demokratie, und *konservativ* mit dem für die Union der 1970er Jahre zentralen Demokratiebegriff verkoppelt. ⁴³⁶ Bernhard Vogels zweite Forderung blieb dagegen im Vagen hängen: Welche „geistesgeschichtlichen Strömungen des Abendlandes“ wollte Vogel konkret reaktivieren? So schwammig diese Forderung blieb, so deutlich zeigte sie die

⁴³¹ ACSP 19750912-12, Dokumentation des Parteitags, Podium 1: CSU – Sicherung der Zukunft, Max Streibl: Planung.

⁴³² Vgl. z. B. GEISSLER, Für eine neue Perspektive in der Umweltpolitik, 1979, S. 17; gleichlautend: ders., Mut zur Alternative, 1981, S. 84.

⁴³³ Bundesparteitag der CDU 1978, S. 37; ebenfalls: ACSP, Parteitagsprotokolle, 19800612, Parteitag der CSU, 20.–21. 6. 1980, Protokoll, S. 29.

⁴³⁴ Vgl. LINGEN, Bernhard Vogel.

⁴³⁵ ACSP, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstausstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10. 11. 1975, Tl. 2: Die Politiker, 14. 11. 1975, S. 63–64.

⁴³⁶ Vgl. außerdem KÖHLER, Die Unionsparteien, 1975, S. 86.

Nachwirkung des Abendlandbegriffs, der noch immer als konservatives, christlich imprägniertes Signalwort fungierte. „Konservativ“, so präzierte Vogel später, sei das Bekenntnis zu dem, „was immer gültig“ sei,⁴³⁷ zu unveränderlichen „Werte[n]“, wie „Gleichheit, Freiheit, Christentum, Eigentum, Sozialverantwortlichkeit“, die allesamt „modern“ seien und „die zu konservieren“ sich lohne.⁴³⁸ Die Verbindung des Konservatismusbegriffs mit dem Begriff der *Werte* bzw. *Grundwerte*, der für die programmatische Erneuerung der Union der 1970er Jahre von besonderer Bedeutung war, rückte diesen ins Zentrum des Begriffshaushaltes der Union.

Dazu hatte vor allem auch Erhard Eppler beigetragen, der zu der Diskussionsrunde des Bayerischen Rundfunks ebenfalls eingeladen war. Seine Differenzierung in *Struktur-* und *Wertkonservatismus* fiel wiederum auf die Union zurück, die fortan als *strukturkonservative* Partei angegriffen werden konnte.⁴³⁹ Doch nicht nur das: Der Wertbegriff gehörte, wie wir gesehen haben, seit den 1950er Jahren zu den Schlüsselbegriffen der Union. Epplers Versuch, ihr diesen Begriff zu entwinden, wog umso schwerer, als sich Mitte der 1970er Jahre sowohl SPD als auch CDU als Anwältinnen der bundesrepublikanischen „Grundwerte“ darzustellen suchten. Nicht nur der als Modernisierer eingeschätzte Vogel wehrte dem, auch Hans Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und bekennender Konservativer, sah sich zu einer Richtigstellung genötigt.

Als konservativ darf [...] nach wie vor eine Politik gelten, die an bestimmten Strukturen festhält, weil sie gewissen Werten dienen. Ohne Verwandlung in Strukturen bleiben Werte wirkungslos, können sie sich nicht verwirklichen. [...] Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet dies: Werte stiften Wirklichkeit. Oder: Wertstrukturen begründen Wirklichkeitsstrukturen.⁴⁴⁰

Der Hinweis auf die Interdependenz in der Bewahrung von *Strukturen* und *Werten* wurde – strategisch beraten von der Bundesgeschäftsstelle –⁴⁴¹ von Unionspolitikern stets angeführt, wenn sie mit Epplers Differenzierung konfrontiert wurden.⁴⁴²

Konservativ wurde in der CDU zu einem festen Bestandteil der Selbstbeschreibung, allerdings nur zu einem unter mehreren. Denn ihre schwierige semantische Situation löste die Union durch eine Umarmungsstrategie. Nicht mit einem einzigen, hervorgehobenen Begriff aus dem Spektrum politischer Richtungsbegriffe

⁴³⁷ ACSP, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstaussstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10. 11. 1975, Tl. 2: Die Politiker, 14. 11. 1975, S. 69.

⁴³⁸ Ebd., S. 92.

⁴³⁹ Siehe S. 263–266.

⁴⁴⁰ FILBINGER, Freiheit – Strukturen und Werte, 1976, S. 26. Zu Filbinger vgl. BACH und KÜSTERS, Hans Karl Filbinger; zu Filbingers Tätigkeit als Marinerichter im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg vgl. WETTE, Filbinger – eine deutsche Karriere. Filbinger initiierte nach seinem Rücktritt vom Ministerpräsidentenamt 1979 das Studienzentrum Weikersheim, das als Plattform für konservatives Denken und als Begegnungsraum für intellektuelle und Politiker konzipiert wurde; vgl. wenn auch journalistisch MAEGERLE, Studienzentrum Weikersheim; zur Gründungskonzeption vgl. Studienzentrum Weikersheim, 1979.

⁴⁴¹ Vgl. ACDP, 07-001-17064, H. Kreye an Warnfried Dettling, 30. 10. 1975, betr. Eppler – Struktur- und Wertkonservatismus für Herrn Prof. Dr. Biedenkopf..

⁴⁴² Vgl. z. B. Menschen zwischen Sicherheit und Freiheit, 1975, S. 273–275.

beschrieb sich die Union, sondern sie wählte mehrere Begriffe und entging damit einer exklusiven Identifikation. Besonders Helmut Kohl wurde nicht müde, der Partei und der Öffentlichkeit diese Begriffsakkumulation anzubieten. Beispielhaft sei hier nur der Schluss seiner Rede nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im Juni 1973 zitiert:

Den Fortschritt der Gesellschaft in Freiheit zu sichern, das ist unser christliches und liberales Erbe; die Freiheit der Menschen zu schützen und zu wahren, das ist unsere konservative Aufgabe; die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung immer weiter zu entwickeln: dies ist unsere soziale Pflicht.⁴⁴³

Der Konservatismusbegriff wurde also über die Verbindung mit den Begriffen *christlich*, *liberal* und *sozial* eingeehgt und über die Assoziation mit *Freiheit* und *Fortschritt* auf eine liberale Lesart festgelegt. Diese begriffliche Konstellation prägte dann auch das parteigeschichtliche Narrativ: CDU und CSU seien aus den „drei großen Strömen der christlichsozialen, der liberalen und der konservativen Idee“ gebildet worden. Nur solange „diese drei Grundprinzipien, diese drei Geschichtsströme gleichermaßen und gleichberechtigt in dieser Partei ihren Platz“ hätten, sei das Ideal der „Volkspartei“ verwirklicht.⁴⁴⁴ In das *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* der CDU fand die Trias aus *liberal*, *konservativ*, *sozial* dabei nur indirekt Eingang – als Mahnung an die Union, die 1945 verwirklichte Einheit zu bewahren, um der „verhängnisvolle[n] Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen“, die die Weimarer Republik mit zu Fall gebracht hätte, keinen Raum mehr zu geben.⁴⁴⁵ In der „Union“, so die Botschaft, hätte sich eine neue politische Bewegung manifestiert, für die die alten Richtungszuschreibungen nur mehr einen leisen Widerhall aus überwundener Zeit bedeuteten.

Die CDU fasste den Konservatismusbegriff ganz offensichtlich mit Samthandschuhen an. Diese Strategie hatten die Taktiker in der Grundsatz- und Planungsabteilung der Partei auch empfohlen, die sich selbst erst einen Überblick über die vielschichtige intellektuelle Debatte zu verschaffen hatten. Dabei nahmen sie die Bemühungen konsensliberaler Intellektueller um eine Neujustierung des Begriffs kaum wahr, sondern fokussierten ihre Analyse auf das rechte Spektrum. Besonders Kaltenbrunners Beiträge wurden sorgfältig rezipiert, genauso wie die von Ernst Forsthoff oder Helmut Schelsky.⁴⁴⁶ Die Parteizeitschrift *Die politische Meinung* lud Kaltenbrunner zu Beiträgen ein.⁴⁴⁷ Dabei kristallisierte sich ein Bild des intellektuellen Konservatismus heraus, in der dieser als eine rein reaktive Bewegung gegen die „vereinigten totalitären, doktrinären und revolutionären oder nur

⁴⁴³ Bundesparteitag der CDU Bonn 1973, S. 106.

⁴⁴⁴ KOHL, Mut für eine politische Zukunft, 1974, S. 483.

⁴⁴⁵ Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978.

⁴⁴⁶ Vgl. ACDP, 07-001-17122, Detlef Stronk, Thesen zur Konservatismus-Diskussion, 28.1. 1974; ebd., 07-001-17025, Auswertung der Rede von Helmut Schelsky „Der selbständige oder der betreute Mensch?“ vor dem Parteitag der CSU in München, September 1973.

⁴⁴⁷ Vgl. KALTENBRUNNER, Brauchen Konservative eine Theorie?, 1973; ders., Brauchen wir die Geschichte?, 1975.

schlicht gegen die fortschrittlichen Kräfte“ erschien. Damit wollte sich die CDU sicherlich nicht identifizieren, mehr noch, „Gründung und Zielsetzung der CDU“ bedeuteten „eine Absage an wichtige konservative Positionen“:

Die CDU versagte sich dem typisch konservativen Kulturpessimismus und öffnete sich für ein vorurteilsfreies, weder ängstliches noch emphatisches Verständnis von wissenschaftlichem, technischem und wirtschaftlichem Fortschritt. Sie widerstand jeder Versuchung der Wiederanknüpfung an autoritäres deutsches Staatsverständnis und wurde zu einer Vorkämpferin des liberalen, parlamentarischen und demokratischen Verständnisses von Staat, Gesellschaft und Demokratie. Sie zog einen Schlussstrich unter die Gedanken einer hierarchisch-ständisch gegliederten Sozial- und Gesellschaftsordnung [...]. Ihre soziale Bewegung ist von weltoffener christlicher Verantwortung motiviert und hat liberale Gedanken in sich aufgenommen. Die CDU erteilte von Anfang an jedem Interessenverbund von Kapitalismus und politischem Konservatismus eine Absage und verschrieb sich dem Ziel, liberale Wirtschaftsordnung und soziale Verpflichtung in der sozialen Marktwirtschaft zu vereinen. Sie lehnt alle harmonistischen Gesellschaftsvorstellungen ab.⁴⁴⁸

Sehr prägnant fasste Meinhard Ade, Sekretär der Grundsatzkommission und Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union, in diesen Sätzen das Konservatismus-Verständnis, das in der CDU-Parteiführung vorherrschte: Konservatismus als antiliberaler, reaktionärer Bewegung des Vorgestern.

Die Folgerung, dass bei einer Übernahme des Konservatismus-Etiketts die CDU Gefahr liefe, „sich selbst auf das Bild zurückzuwerfen, das die politischen Gegner nicht müde werden, von ihr zu zeichnen“, lag in dieser Perspektive auf der Hand.⁴⁴⁹ Anstelle sich mit dem Etikett des Konservativen zu belasten, das ohnehin an ihr haften, „wie kein anderes“,⁴⁵⁰ gelte es ihren „liberalen Charakter“ zu betonen – auch um die Wähler der FDP zu gewinnen.⁴⁵¹ Denn hinter den Debatten um das Konservative in der Union in den 1970er Jahren verbarg sich eine entscheidende wahlstrategische Auseinandersetzung. Wollte die Union die Regierungsverantwortung im Bund übernehmen, musste sie entweder die FDP zum Koalitionswechsel bewegen – was kaum realistisch erschien – oder die absolute Mehrheit erreichen. Dafür war es nötig, die bürgerlichen Wähler zu gewinnen, die 1972 der sozialliberalen Koalition zur Mehrheit verholpen hatten. Denn die Zahl der Wechselwähler stieg in den 1970er Jahren gewaltig an, ein Indiz dafür, dass gesellschaftlich verankerte Parteibindungen ihre Wirkmächtigkeit verloren. Die Union alarmierte dabei die hohen Verluste, die sie bei der Bundestagswahl 1972 im katholischen Milieu und hier vor allem in der Arbeiterschaft erlitten hatte und die zu einem Gutteil der SPD zugute gekommen waren.⁴⁵² Ob diese mit einem das Konservative betonenden Kurs zur Stimmabgabe für die Union bewegt

⁴⁴⁸ ADE, Neokonservatismus und CDU-Programm, 1974, S. 27. Der Aufsatz fußt ganz offensichtlich auf dem Papier Detlef Stronks.

⁴⁴⁹ Ebd.

⁴⁵⁰ Ebd., S. 26.

⁴⁵¹ ACDP, 07-001-17122, Detlef Stronk, Thesen zur Konservatismus-Diskussion, 28. 1. 1974, S. 10.

⁴⁵² GEYER, Rahmenbedingungen, S. 16; zur Transformation des katholischen Milieus vgl. im Überblick ZIEMANN, Zwischen sozialer Bewegung und Dienstleistung am Individuum; DAMBERG, Katholiken im Umbruch; ders., Abschied vom Milieu?; ders., Milieu und Konzil.

werden konnten, darum wurde innerparteilich heftig gerungen. Während etwa die CSU genau dafür plädierte, geleitet von der Überzeugung, dass „der deutsche Arbeiter [...] konservativ und national“ sei, und damit an die neurechte Idee des Konservatismus des kleinen Mannes anschloss,⁴⁵³ traten andere für einen Kurs ein, der das liberale und soziale Profil der Union schärfte. Die Strategen in der Bundesgeschäftsstelle jedenfalls sprachen sich für die zweite Alternative aus. Dies allerdings enthob sie nicht der wahltaktischen Aufgabe, jene Wähler anzusprechen, die sich als *konservativ* verstanden. Um einen „aufgeklärten Konservatismus“ sollte sich die CDU durchaus bemühen und sich mit ihm identifizieren, riet der Leiter der Planungsgruppe Warnfried Dettling seiner Partei 1974 und unterstrich dies noch einmal am Ende des Jahrzehnts. Er berief sich dabei auf den Historiker Hans Günter Hockerts.⁴⁵⁴ Diese Anregung versandete. Zwar versuchten einige CDU-Politiker durchaus, einen liberalen Konservatismusbegriff zu profilieren, aber dies blieben Anstrengungen einzelner, die durch eine zielgerichtete begriffspolitische Aktion, wie dies bei anderen Begriffen der Fall war, nicht abgestützt wurden. Der Verzicht der CDU-Führung, aktiv an der Konturierung des Konservatismusbegriffs teilzuhaben, führte letztlich dazu, dass die rechte Variante auch weiterhin an ihr klebte – und in Politikern wie Hans Filbinger und Alfred Dregger personalisiert wurde, die als Vertreter des *konservativen* Flügels galten.

Diese Konzentration in der CDU auf den Konservatismusbegriff der bundesrepublikanischen Rechtsintellektuellen verstärkte sich noch, als Kaltenbrunner, Mohler, Schrenck-Notzing und William S. Schlamm begannen, die Partei frontal anzugreifen und ihr anlasteten, die konservative Chance zu verpassen und letztlich eine linke Politik zu reproduzieren. Eine wichtige Rolle in dem endgültigen Bruch der Neuen Rechten mit den Unionsparteien spielte die außenpolitische Umorientierung des gaullistischen Lagers hin zu einem überzeugten Atlantizismus, der in den USA die Schutzmacht des Westens im Kampf gegen den Kommunismus sah.⁴⁵⁵ Dies galt für den Verleger Axel Springer genauso wie für Franz Josef Strauß, mit dem Mohler nicht von ungefähr Anfang der 1970er Jahre brach.⁴⁵⁶

Seit der Enthaltung der überwiegenden Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion bei der Entscheidung des Bundestags über die Verträge mit Polen und der Sowjetunion am 17. Mai 1972, die die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition besiegelten, wurde die CDU von der bundesrepublikanischen Rechten mit Galle übergossen.⁴⁵⁷ Die Abstimmung habe bewiesen, so Emil Franzel, dass „gegen die Diktatur der Linken, gegen die potentielle Volksfront, kein Kraut ge-

⁴⁵³ ACSP, LGF – V 2. 6. 1975, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstands der Christlich-Sozialen Union, 2. 6. 1975, S. 56, Franz Josef Strauß.

⁴⁵⁴ ACDP, 07-001-17019, Warnfried Dettling an Hoffmann, Asmussen, Kreye, Stronk, 4. 4. 1974, Anlage: Zur politischen Strategie der CDU, S. 4; DETTLING, Die christliche Demokratie vor den Europawahlen, 1978, S. 57. Siehe S. 253 und 259–260.

⁴⁵⁵ Vgl. HOERES, Reise nach Amerika, bes. S. 72–75.

⁴⁵⁶ Siehe S. 217–218.

⁴⁵⁷ Vgl. GRAU, Gegen den Strom, S. 248–376.

wachsen“ sei.⁴⁵⁸ William S. Schlamm sah zwar keine Alternative zur CDU unter Barzel, riet aber jedem „deutsche[n] Konservativen“ zur „Wachsamkeit“.⁴⁵⁹ Dietrich Pfaehler rief im Frühjahr 1973 in *Criticón* zur Gründung konservativer Arbeitskreise oder „Frühstückskartelle“ auf, um so „die CDU durch Konkurrenz und erfolgreiches Vorbild von ihren Schwächen zu heilen“. Denn die Unterstützung der Union durch die Konservativen habe sich nicht ausgezahlt, die „Rechte“ sei nur als „Stimmvieh“ willkommen geheißen, politischer Einfluss sei ihr hingegen verwehrt worden.⁴⁶⁰ Caspar Schrenck-Notzing forderte im Herbst desselben Jahres die CDU im Namen des Konservatismus zu einem markanten Rechtskurs auf.⁴⁶¹ Für Mohler stand die CDU dem Konservativen keineswegs näher als die SPD.⁴⁶² Die nämlich, so behauptete auch Kaltenbrunner 1974, sei eine „sozial-liberale Partei, in der es einige konservative Einzelgänger“ gebe.⁴⁶³ Im Jahr 1977 fügte er seiner *Herderbücherei initiative* schließlich einen Band mit dem Titel *Das Elend der Christdemokraten* hinzu, in dem sich Schrenck-Notzing in charakteristischer Polemik zum „Unbehagen der Konservativen an der CDU“ äußerte.⁴⁶⁴ Das Unbehagen beruhte auf Gegenseitigkeit. Mit der Neuen Rechten, mit einem „elitären Rechtsintellektualismus“ wollte die CDU-Führung nichts zu tun haben.⁴⁶⁵

Diese Festlegung des Begriffs führte dazu, dass die Entwicklungsmöglichkeiten eines liberalen Konservatismusbegriffs, wie er zu Beginn des Jahrzehnts von Kurt Sontheimer, Waldemar Besson, Hans Günter Hockerts und Hans Maier an die CDU herangetragen worden war, abgeschnitten wurden. Sontheimer hatte, daran sei erinnert, 1971 CDU und CSU aufgefordert, sich zu dem zu bekennen, was sie tatsächlich seien: *konservative* Parteien.⁴⁶⁶ Ein Jahr zuvor war Waldemar Besson noch etwas vorsichtiger gewesen, als er der CDU zu einer programmatisch klaren Alternative geraten hatte, ausgestattet mit einer „eigene[n] politische[n] Terminologie [...], die man nicht mit der Sprache verwechseln darf, mit der für Kühlschränke geworben wird“. Der „geistesgeschichtliche Ort der CDU“ könne, so meinte der Konstanzer Politikwissenschaftler, „nur dort liegen, wo die Bereitschaft zum Wandel sich mit dem Willen zur Kontinuität verbindet“. Diese Programmatik könnte als „konservativ“ bezeichnet werden, „wenn dies Wort nicht historisch

⁴⁵⁸ FRANZEL, Die deutschen Konservativen nach dem 17. Mai 1972, 1972.

⁴⁵⁹ [WILLIAM S. SCHLAMM], Partei, Treue und Politik, 1972, S. 5. Ähnlich: [Ders.], Die CDU ist tot – es lebe die CDU!, 1972.

⁴⁶⁰ PFAEHLER, Die Konservativen in der Bewährung, 1973, Zitate S. 29 und 32.

⁴⁶¹ SCHRENCK-NOTZING, Honoratiorendämmerung, 1973.

⁴⁶² MOHLER, Die CDU und wir, 1978; ebenso: ACS, NL Jaeger, P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstausstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10. 11. 1975, Tl. 2: Die Politiker, 14. 11. 1975, S. 11.

⁴⁶³ GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Die neue Rechte – politisch heimatlos, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 28. 6. 1974.

⁴⁶⁴ Vgl. KALTENBRUNNER, Das Elend der Christdemokraten, 1977; darin: SCHRENCK-NOTZING, Das Unbehagen der Konservativen an der CDU, 1977.

⁴⁶⁵ Vgl. ADE, Neokonservatismus und CDU-Programm, 1974, S. 18.

⁴⁶⁶ SONTHEIMER, Verstohlener Konservatismus, 1971.

so negativ besetzt wäre“.⁴⁶⁷ Auch in seinem Vortrag im März 1970 bei einer nicht-öffentlichen Tagung zur Zukunft der Unionsparteien, die von der Katholischen Akademie in Bayern in Bonn für deren „führende Persönlichkeiten“ organisiert worden war, hatte Besson auf die terminologischen Fallstricke hingewiesen, war auf die „Tradition angelsächsischer konservativer Reform“ zu sprechen gekommen, hatte an die „Pflicht zu historischem Denken“ erinnert, aber gleichzeitig vor der „Romantisierung der Gegenbewegung“ zum linken Utopismus als „spezifisch konservative[r] Versuchung“ gewarnt. Allein als „moderne Alternative zu einer technokratisch werdenden klassischen Sozialdemokratie“, als „vernünftige Sozialdemokratie“, habe die Union eine Zukunft, argumentierte Besson im Frühjahr 1970.⁴⁶⁸ Ein Jahr später warnte er die Union vor den rechten Kreisen, die sich um die CSU angesammelt hatten. Vor einem solchen Konservatismus sollte die Union sich hüten.⁴⁶⁹ Der Konservatismusbegriff blieb ambivalent.

Ähnlich ambivalent hatte Hans Maier bei der Vorläufer-Tagung in München im November 1969 die Potenziale diskutiert, die der Konservatismus der Union bot.⁴⁷⁰ Sollte die Union, wie ihr vielerorts geraten werde,⁴⁷¹ zu einer „konservativen Volkspartei nach britischem Muster“ werden? Davor warnte Maier einerseits, weil er die gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht gegeben sah. Konservative Politik setze voraus, dass „die Fragilität des einzelnen und die nötige Schutzfunktion des Staates stark und fast affektiv empfunden“ werden – und davon könne gegenwärtig keine Rede sein.⁴⁷² Die „Traditionsschwäche unseres Gemeinwesens“ verhindere die Mehrheitsfähigkeit des Konservatismus – ganz im Gegensatz zu Großbritannien, wie Maier glaubte und damit seine Fehleinschätzung der britischen Politik und des britischen Konservatismus offenbarte.⁴⁷³ Andererseits aber empfahl er der Union eine konservative Wende und zwar nicht im programmatischen, sondern im politisch-praktischen Sinne. CDU und CSU müssten in einer Zeit der Ideologisierung „Handlungsfähigkeit“ beweisen, sie müssten „fähig sein und bleiben, neu auftretende politische Probleme sachlich und unideologisch, aus genauer Kenntnis und Prüfung der Situation zu lösen“.

⁴⁶⁷ WALDEMAR BESSON, Ein Programm ohne geistigen Faden, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 16. 10. 1970.

⁴⁶⁸ ACDP, 07-001-17040, „Sicher in die 70er Jahre“? Zum Selbstverständnis der Unionsparteien. Geschlossene Tagung der Katholischen Akademie in Bayern für führende Persönlichkeiten der CDU und CSU am 11. März 1970 in Bonn, Referat von Professor Dr. Waldemar Besson, Konstanz, Gedankenskizze zum Referat.

⁴⁶⁹ Vgl. BESSON, Wachtet auf!, 1970.

⁴⁷⁰ ACDP, 07-001-17040, „Sicher in die 70er Jahre“? Zum Selbstverständnis der Unionsparteien. Geschlossene Tagung der Katholischen Akademie in Bayern für führende Persönlichkeiten der CDU und CSU am 11. März 1970 in Bonn, Tagung der Katholischen Akademie in Bayern, Programm, 11. 11. 1969, geschlossener Gedankenaustausch.

⁴⁷¹ So z. B. ULRICH FRANK-PLANITZ, Gestutzte Flügel der Opposition?, in: CHRIST UND WELT, 21. 11. 1969; HERBERT KREMP, Der erkennbare Wille, in: DIE WELT, 23. 1. 1971.

⁴⁷² ACDP, 07-001-17040, [Hans Maier], Auf dem Weg zur konservativen Partei? Die CDU/CSU und das Problem des Fortschritts, Vortrag München, 12. 11. 1969; veröffentlicht als: MAIER, Die Zukunft der Unionsparteien, 1978, S. 6.

⁴⁷³ ACDP, 07-001-17040, [Hans Maier], Auf dem Weg zur konservativen Partei? Die CDU/CSU und das Problem des Fortschritts, Vortrag München, 12. 11. 1969, S. 9.

Darin läge ihr „recht verstandene[r] konservative[r] Charakter“.⁴⁷⁴ Dass das „Ernstnehmen der Gesetze und Chancen [der] industriell technischen Welt“ und der „Leistungsgesellschaft“ die wahrhaft fortschrittliche Position darstelle, dass es „in der Geschichte noch immer die Konservativen waren, die die großen Reformen durchgeführt“ hätten, eine solche „konservative Haltung“ zu vermitteln, darin erkannte Maier die zukunftsweisende Aufgabe der Unionsparteien.⁴⁷⁵

Die „Zukunft des Konservativen wird die Zukunft der CDU sein“, formulierte dagegen ohne jegliches begriffliche Zaudern der junge Ulrich Müller, CDU-Mitglied in Baden-Württemberg.⁴⁷⁶ Der Konservatismusbegriff war um 1970 in der CDU zu einem Begriff geworden, in dem sich die Hoffnungen auf eine Reform der Partei ausdrücken ließen.⁴⁷⁷ Ihm wurde zukunfts-gestaltende Kraft zugemessen. Die Voraussetzung für diese breite Ausdeutung des Begriffs, in dem – das sei unterstrichen – außerdem die christliche Tradition der Partei synthetisiert werden konnte, war seine Liberalisierung seit den 1950er Jahren gewesen.

Doch all diese Plädoyers für das Konservative in den ersten Jahren nach dem Verlust der Regierungsverantwortung 1969 verhalten angesichts der Begriffspolitik von SPD und FDP⁴⁷⁸ und den sich immer stärkeres publizistisches Gehör verschaffenden Rechtsintellektuellen. Selbst der Feuilleton-Chef der FAZ, Robert Held, warnte die Union 1974 auf dem Höhepunkt der *Tendenzwende*-Diskussion davor, sich mit der Umarmung des Konservatismusbegriffs in ein „neues Ghetto“ zu begeben. CDU und CSU seien besser beraten, meinte er, „sich für das Wort ‚liberal‘ zu interessieren“ und sich mit aller Kraft für die Erhaltung der Freiheit einzusetzen. Dem schien der Begriff des *Konservatismus* also doch nicht zu entsprechen. Als Leitsatz gab Held den beiden Parteien mit auf den Weg, „so liberal wie möglich, so konservativ wie nötig“ zu sein.⁴⁷⁹ Nur Günter Zehm in der *Welt* warf der Union auch noch 1975 vor, die Chance zur Profilierung einer wahrhaft konservativen Alternative zum linken Utopismus vergeben zu haben.⁴⁸⁰

Das Referat, das Hans Maier im November 1969 bei der Katholischen Akademie in Bayern gehalten hatte,⁴⁸¹ wiederholte er unter gänzlich anderem Titel auf dem CSU-Parteitag im Oktober 1970.⁴⁸² Empfehlen musste er das konservative Etikett der CSU dabei sicherlich nicht. Unter ihrem Vorsitzenden Strauß betrachtete die Partei es ohnehin als eines der ihren. Der Parteitagsbeschluss von 1968

⁴⁷⁴ Ebd., S. 11.

⁴⁷⁵ Ebd., S. 12.

⁴⁷⁶ MÜLLER, Die Zukunft des Konservativen, 1970, S. 111.

⁴⁷⁷ Vgl. etwa BUSKE, Der Fortschritt der Konservativen, 1971; BAUMANN und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971.

⁴⁷⁸ Im 1972 gewählten Bundestag setzte für die FDP Karl-Hermann Flach die Konservatismus-Zuschreibung gegenüber der Union fort, vgl. DBT, 7. WP, 8. Sitzung, 24. 1. 1973, S. 180–181.

⁴⁷⁹ ROBERT HELD, Eine Falle für die Union, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 20. 7. 1974.

⁴⁸⁰ GÜNTER ZEHM, Was wurde aus der Tendenzwende?, in: DIE WELT, 25. 6. 1975.

⁴⁸¹ Siehe S. 323–324.

⁴⁸² Vgl. ACSP, Parteitagsprotokolle, 19701017, Außerordentlicher Parteitag der CSU, 16.–17. 10. 1970, Hans Maier, Bilanz 1970 – zur innenpolitischen Situation der Bundesrepublik.

lud gerade dazu ein, den Konservatismusbegriff näher auszudeuten, was in seiner Folge mit Richard Jaeger und Karl Theodor von Guttenberg denn auch zwei führende Politiker öffentlichkeitwirksam versuchten. Sie galten ohnehin als konservativ. Jaeger glaubte, dass die CSU mit der „Idee des Konservatismus“ die „gesunde Mitte zwischen den Progressiven und Reaktionären“ gefunden habe, einer Idee, die die Bindung an das Ewige und an „konstante Werte“ verbürge, die „Ordnung des Lebens“ gewährleiste. Den Kern konservativen Staatsverständnisses machte er in der Idee des „sozialen Rechtsstaats“ aus. Das war ihm Beweis, dass „nicht nur in Großbritannien die Konservativen weitgehend zu Erben der fruchtbaren Ideen des frühen Liberalismus“ geworden seien, sondern eben auch in der Bundesrepublik.⁴⁸³

Ganz ähnlich konturierte der Außenpolitik-Experte von Guttenberg den Konservatismusbegriff – vor der Bundestagswahl 1969 lieferte er eine geradezu klassische Beschreibung eines demokratischen Konservatismus, für den das britische Beispiel Vorbild war. Dabei deutete er die Politik der Unionsparteien seit 1945 als klassisch konservativ, weil sowohl auf Erhaltung als auch Erneuerung bedacht, mit „Augenmaß“ und einem „gesunden Verhältnis zur politischen Macht“ ausgestattet, auf Freiheit und Würde des einzelnen bedacht und für eine institutionell abgesicherte Machtverteilung im „demokratischen Rechtsstaat“ sorgend. Gerade in der sozialen Marktwirtschaft sah von Guttenberg eine konservative Ordnung realisiert und setzte jene mit Churchills Plan einer „property owning democracy“ gleich.⁴⁸⁴ Der Konservatismus als Hüter von Freiheit und Demokratie, von Recht und Ordnung, einer nicht-ideologischen Politik verschrieben, um das rechte Maß wissend, den Gang der Geschichte evolutionär verstehend und mit Edmund Burke als Stichwortgeber, einen solchen Konservatismus wollte von Guttenberg von der CSU vertreten sehen. Dass sein Aufsatz direkt neben Armin Mohlers eloquenten Angriff auf die liberale Variante des bundesrepublikanischen Konservatismus platziert wurde,⁴⁸⁵ unterstrich Guttenbergs Positionierung in der zeitgenössischen Konservatismus-Debatte – genauso wie die, die er von der CSU eingenommen sehen wollte.

Der große Advokat des Konservativen in der CSU verzichtete derweil auf eine Konkretisierung des Begriffs. Franz Josef Strauß betonte vielmehr fortan, dass sich die Partei „nicht nur“ als eine „konservative Partei“, sondern „auch“ als eine „konservative Partei“ verstehe,⁴⁸⁶ mithin auch andere Eigenschaften aufweise, sprich *liberal, national, christlich, sozial, demokratisch* oder *fortschrittlich* sei.⁴⁸⁷

⁴⁸³ Ebd., NL Jaeger, P 20, Prominente Politiker schreiben für die AZ – Die Stimme der CSU: Dr. Richard Jaeger, in: ABENDZEITUNG, 2. 1. 1969.

⁴⁸⁴ GUTTENBERG, Was heißt konservative Politik heute?, 1969, S. 83–85.

⁴⁸⁵ Vgl. MOHLER, Konservativ, 1969.

⁴⁸⁶ Vgl. z. B. ACSP, Parteitagprotokolle, 19700410, Parteitag der CSU, 10. 4. 1970, Protokoll, S. F63; 19711017, Parteitag der CSU, 17. 10. 1971, S. 35.

⁴⁸⁷ Vgl. z. B. ebd. 19700411, Parteitag der CSU, 10.–11. 4. 1970, Protokoll, S. 5–7 (Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs Max Streibl); 19801017, Außerordentlicher Parteitag der CSU, 17. 10. 1970, Protokoll, S. 2.

Insofern qualifizierte er den Konservatismusbegriff und relativierte seine Bedeutung im Sprachhaushalt der CSU. Zudem ließ er kaum eine Gelegenheit verstreichen, um sein Bonmot von der „Spitze des Fortschritts“, an dem die Konservativen zu stehen hätten, medienwirksam zu wiederholen.⁴⁸⁸ Tatsächlich war er in den frühen 1970er Jahren darum bemüht, *konservativ* als *modern* bzw. *liberal* zu qualifizieren. Eine „moderne Partei“ müsse „auch eine konservative, eine bewahrende Komponente haben“, erklärte er vor dem CDU-Bundesparteitag im November 1973; CDU und CSU seien „christlich-soziale Parteien mit liberal-konservativem Charakter“.⁴⁸⁹ Wie wir unten sehen werden, bevorzugte Strauß Anfang der 1970er Jahre den Begriff der *Mitte*, um die Position der Union zu bestimmen.

Erst 1975, als das neue *Grundsatzprogramm* der CSU zur Verabschiedung anstand, an dem eine Kommission unter Leitung von Theo Waigel seit Anfang 1973 gearbeitet hatte und deren Entwürfe in der Partei breit diskutiert worden waren,⁴⁹⁰ intensivierte sich die Arbeit am Konservatismusbegriff. Wie schon 1968 und wie bei der Schwesterpartei sollte er eine bestimmte Seite der Partei beschreiben. Die CSU definierte sich als *christlich*, *liberal*, *konservativ* und *sozial*, wobei *konservativ* wiederum als Marker für ein auf Kontinuität setzendes Verständnis historischen Wandels fungierte. Die CSU, so hieß es im 1976 verabschiedeten *Grundsatzprogramm*, sei eine *konservative Partei*, weil „sie sich einer dauerhaften Wertordnung verpflichtet“ wisse und sie „Fortschritt auf der Basis des Bestehenden“ verstehe.⁴⁹¹

Dass sich hinter diesem Zeitverständnis noch weitere Dimensionen des Konservativen verbargen, wurde während des Parteitags deutlich. Dem Konservativen, so erklärte Strauß, komme gegenwärtig gerade deshalb so große Bedeutung zu, weil in einer „Zeit der Umwertung der Werte, der Umgestaltung, [...] in dieser Zeit der Verwirrung der Geister“ eine Besinnung auf den „Boden unserer Geschichte und den Boden unserer Tradition“ für die Stabilität der Gesellschaft unabdingbar sei. Das Konservative war insofern eine Antwort auf eine Gegenwart, die als krisengeschüttelte Zeit empfunden wurde. Im Gegensatz zu einer haltlosen, die Fundamente der bundesrepublikanischen Demokratie verspielenden SPD und FDP seien die Grundsätze einer solchermaßen konservativen CSU unveränderlich, basierten auf dem „christliche[n] Sittengesetz“ in seiner „weitesten, liberalsten und tolerantesten Auslegung“.⁴⁹² Der Konservatismusbegriff wurde mit den Begriffen *liberal*, *Werte*, *Nation*, *Tradition* und *Geschichte* verknüpft. Zugleich wurde der Begriff des *Sozialen* in diesen Rahmen eingepasst, aber seine Grenzen deutlich gezogen, und das Christliche schließlich zum Lieferanten der ewigen, zu bewahrenden Werte des Konservativen bestimmt. Diese semantische Anreicherung des Konservatismusbegriffs durch Strauß bestätigte der Vorsitzende der

⁴⁸⁸ Vgl. z. B. ebd. 19701017, Außerordentlicher Parteitag der CSU, 17. 10. 1970, Protokoll, S. 56.

⁴⁸⁹ Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 372.

⁴⁹⁰ Vgl. die Unterlagen in ACSP, GK 4; den Prozess dokumentiert GUTJAHRLÖSER und WAIHEL, Die Grundsatzdiskussion in der CSU, 1977/1981.

⁴⁹¹ CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 11.

⁴⁹² ACSP, Parteitagprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 3–5.

Programmkommission, Theo Waigel, im Laufe der Parteitagsdebatte. „Heimat, Nation, Staat, Vaterland“ seien „natürliche Begriffe, die im Wortschatz“ der CSU einen „selbstverständlichen Platz“ einnehmen müssten, sie gehörten zu den „zentralen Werte[n]“, die es im konservativen Sinne zu bewahren gelte.⁴⁹³ Die offensive Betonung des Begriffs *Nation* und seine Verankerung im semantischen Netz des Konservativen akzentuierten den nationalen Kurs der CSU und ihres Vorsitzenden.

An erster Stelle aber sah die CSU ihre Mission darin, die *Freiheit* zu bewahren. „Unser Leitstern ist die Freiheit“,⁴⁹⁴ verkündete Strauß pathetisch. Der Horizont des Nationalsozialismus war dabei stets präsent, das Jahr 1933 diente als Warnung vor einem befürchteten Umsturz in der Gegenwart. Die Freiheit sei zu verteidigen angesichts eines drohenden „Volksfrontregime[s]“, einer weltpolitischen Situation, in der die USA ihrer Aufgabe als Schutzmacht Europas nicht mehr nachzukommen schien, und angesichts der Zwänge der „technischen Konstellation“.⁴⁹⁵ Die Freiheit sei zwar eine individuelle Kategorie, doch werde persönliche Freiheit erst möglich, wenn „Selbstwert und Unersetzbarkeit der Person vom Staat her grundsätzlich anerkannt, geschützt und von der gesellschaftlichen Ordnung her ermöglicht“ würden.⁴⁹⁶ Dafür war ein starker Staat nötig, der für „Ordnung“ nach innen und außen sorgte. Dementsprechend seien „[p]arlamentarische Demokratie, demokratischer Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft“ unlösbar miteinander verbunden in der Aufgabe, die Freiheit zu sichern.⁴⁹⁷ *Konservativ* war es demnach, die „Wertordnung des Grundgesetzes“ zu schützen.⁴⁹⁸ Genau so definierten auch die intellektuellen Konstrukteure eines Konservatismusbegriffs aus liberalem Geiste die Aufgabe eines modernen Konservativen.⁴⁹⁹ Dem Individuum *Freiheit* in der Demokratie zu gewähren hatte für die CSU der 1970er Jahre dann aber auch konkrete programmatische Folgen: Rückzug des Staates, vor allem des Sozialstaates, Leistungsprinzip, Begrenzung der „organisierten Interessen“, „Hilfe zur Selbsthilfe“, Wettbewerb und private Initiative, „Selbstverantwortung“.⁵⁰⁰ Damit formulierte Strauß ein klassisch neoliberales Wirtschaftsprogramm, so dass es kaum wunder nimmt, dass er sich immer wieder auf Friedrich August von Hayek als intellektuellen Gewährsmann berief und – im Verein mit Filbinger und Dregger – den in Freiburg residierenden Wirtschaftswissenschaftler an die Union zu binden versuchte, letztlich mit mäßigem Erfolg.⁵⁰¹

⁴⁹³ Ebd., S. 19–20.

⁴⁹⁴ Ebd., S. 81.

⁴⁹⁵ Ebd., S. 94.

⁴⁹⁶ Ebd., S. 112.

⁴⁹⁷ Ebd., S. 113.

⁴⁹⁸ Ebd., NL Jaeger P 52, Bayerischer Rundfunk, Studienprogramm, Redaktion Aktuelle Berichte und Diskussionen, Was ist heute konservativ? Textbuch einer Fernsehreihe des Bayerischen Rundfunks, Erstaussstrahlung Tl. 1: Die Intellektuellen, 10. 11. 1975, Tl. 2: Die Politiker, 14. 11. 1975, S. 59 und 65.

⁴⁹⁹ Siehe S. 240–271.

⁵⁰⁰ Vgl. CSU-Grundsatzprogramm 1976.

⁵⁰¹ Vgl. KARABELAS, *Freiheit statt Sozialismus*, S. 189–192.

Die Konzentration auf den Freiheitsbegriff, die das *Grundsatzprogramm* von der ersten bis zur letzten Seite durchzog, zeichnete ganz generell Strauß' politische Sprache der 1970er Jahre aus. Sie erklärt sich nur durch die binäre Logik, die seine politische Konzeption prägte: Auf der einen Seite stand die international agierende Linke, die, von Moskau dirigiert und von utopischen, kollektivistischen Wunschbildern verblendet, sich daran machte, den Westen zu unterwandern und die freiheitliche Gesellschaftsordnung schließlich umzustürzen; auf der anderen Seite konnte es nur die kompromisslosen Verteidiger der Freiheit geben, die eine realistische, auf den Menschen zentrierte Politik betrieben und für die Wertordnung des Grundgesetzes einstanden. Innen- und Außenpolitik in Zeiten des Kalten Krieges flossen für Strauß dabei ineinander. Der „große Gegensatz der Zeit“ bestehe in der alles durchdringenden Auseinandersetzung zwischen der Freiheit „im Sinne einer modernen Liberalität“ einerseits und „kollektivistischer Denkweise und Verhaltensweise“ andererseits, erklärte er auf dem CDU-Parteitag 1976.⁵⁰² In dieser Situation durfte es keine Kompromisse geben, weil diese die linke Strategie stützten, sondern allein „ein hohes Maß an Konfrontation“.⁵⁰³ In seiner Rede vor der CSU-Landesgruppe im November 1974, die dem *Spiegel* zugespield worden war und hohe Wellen schlug, hatte er diese Strategie erläutert: Emotionalisierung, klare Begriffsoppositionen, Pauschalisierung, Verschärfung der Krisenwahrnehmung – bis zum Punkt der Staatskrise, die den Regierungswechsel ermöglichen würde.⁵⁰⁴ Der Slogan von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976 *Freiheit statt Sozialismus* bzw. *Freiheit oder Sozialismus* folgte dieser binären Logik. Die Wahlen, so hatte Strauß bereits im Juni 1975 erläutert, könnten nur unter dem Motto „Für oder gegen ein sozialistisches Deutschland“ geführt werden. *Freiheit* brachte die Alternative, für die die CSU stehen wollte, auf den Begriff. „Wir sind die Träger der Freiheit, wir sind die Garantie der Freiheit und wir werden die Retter der Freiheit sein in dieser Welt, in der so vieles schon gefährdet ist und manches morgen nicht mehr sein könnte“,⁵⁰⁵ beschloss Strauß seine Rede auf dem Programmparteitag 1976.

Dabei wurde der Freiheitsbegriff systematisch eingehegt: durch Qualifizierungen und durch seine Verbindung mit anderen Begriffen des konservativen Vokabulars, so wenn „Freiheit, Solidarität und Subsidiarität“ verknüpft wurden,⁵⁰⁶ wenn „Weniger Staat – Mehr Freiheit“ versprochen oder das Verhältnis von Freiheit und Staatlichkeit wie folgt in Worte gefasst wurde: „Nur ein starker Staat, rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet und mit Autorität ausgestattet, besitzt die notwendige Handlungsfähigkeit und Kraft, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu sichern und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Nur ein starker Staat kann

⁵⁰² Bundesparteitag der CDU 1976, S. 80.

⁵⁰³ ACSP, LGF – V 2. 6. 1975, 1, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstands der CSU, 2. 6. 1975, S. 55.

⁵⁰⁴ Aufräumen bis zum Rest dieses Jahrhunderts. Franz Josef Strauß über die Strategie der Union, in: DER SPIEGEL, 10. 3. 1975.

⁵⁰⁵ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 3–5, S. 121.

⁵⁰⁶ CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 7.

liberal sein.“⁵⁰⁷ Alle diese Beispiele stammen aus dem 1976 verabschiedeten *Grundsatzprogramm* der CSU. Theo Waigel bewertete dieses „in der Grundtendenz“ als „ein liberales Programm“, geprägt von den Prinzipien „Freiheit, Selbstverantwortung, Würde des einzelnen, Hilfe zur Selbsthilfe“. War die CSU zu einer „liberalen“ Partei geworden? Diese Deutung wies Strauß zurück. Denn so wie der Freiheitsbegriff durch seine Inkorporation in die semantischen Netze des Konservativen qualifiziert wurde, so wurde auch der inflationär gebrauchte Liberalismusbegriff domestiziert – und hierfür war der Konservatismusbegriff instrumental: „[W]as vor hundert Jahren unvereinbar war, konservativ und liberal, gehört heute zusammen.“⁵⁰⁸ Wie wir gesehen haben, reichte diese Amalgamierung von *liberal* und *konservativ* in der politischen Sprache der CSU in die späten 1950er Jahre zurück und wurde von Strauß autobiographisch unterfüttert.⁵⁰⁹

Doch nicht nur der Liberalismusbegriff wurde qualifiziert, sondern auch der Konservatismusbegriff – trotz aller Betonung, die er in den 1970er Jahren erhielt. Den Enthusiasmus ihres Parteivorsitzenden für das Konservative teilten nun einmal nicht alle Verantwortlichen in der Partei. Der Maier-Schüler Michael Zöller, der den CSU-Programmprozess begleitete, wies dem Konservativen einen eindeutigen Platz zu. Der Konservatismus habe keine Antwort auf die Frage nach dem, was er sich zu bewahren anschieke – abgesehen von der Konservierung des Status quo. Zur Rechtfertigung der Auswahl des Bewahrenswerten sei daher ein wertbindender Bezug nötig und der liege allein im Christlichen.⁵¹⁰ Ein Konservativer, der auf das Christentum baute, konnte sich, so Zöller, den „Luxus der Differenzierung“ leisten. Eine solche Differenzierung nahm Zöller selbst vor, als er sich 1974 mit den rechtsintellektuellen Deutungen des Konservativen auseinandersetzte. So klar wie kaum ein anderer arbeitete er die antidemokratischen Potenziale bei Mohler, Kaltenbrunner und bei Hans Dietrich Sander (der in der Konservatismusdebatte ansonsten wenig Beachtung fand) heraus und distanzierte deren „radikalen Konservatismus“ von den aufklärerischen Postulaten eines Konservatismus à la Hockerts.⁵¹¹ Dem Letzteren rechnete sich Zöller selbst zu, der 1980 zu den Mitveranstaltern des dritten *Tendenzwende-Kongresses Aufklärung heute – Bedingungen unserer Freiheit* gehörte.⁵¹² Auch der Politikwissenschaftler Hans Buchheim und der katholische Theologe Johannes Gründel amalgamierten den Konservatismusbegriff mit den christlichen Begriffsbeständen der CSU und definierten damit seine Grenzen.⁵¹³ Das C im Parteinamen entfaltete weiterhin synthetisierende Kraft, und gleichermaßen vieldeutig erschien das Konservative in der politischen Sprache der CSU in den 1970er Jahren.

⁵⁰⁷ Ebd., S. 13.

⁵⁰⁸ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 3–5, S. 77.

⁵⁰⁹ Siehe S. 183–184.

⁵¹⁰ Vgl. ZÖLLER, Gesellschaftlicher Wandel, 1977 und 1981, S. 37.

⁵¹¹ ZÖLLER, Die konservative Weigerung konservativ zu sein, 1974.

⁵¹² Vgl. ZÖLLER, Aufklärung heute, 1980.

⁵¹³ GRÜNDEL, Die progressive Funktion des christlichen Glaubens, 1977/1981, S. 42; BUCHHEIM, Christlich, konservativ, liberal, sozial, 1977/1981.

„Strauß bleibt für Kohl ein Alptraum“, titelte *Deutsche Zeitung. Christ und Welt* im Juni 1975 nach dem Mannheimer Parteitag der CDU.⁵¹⁴ Während sich Kohl davor hütete, mit dem Konservatismusbegriff in allzu enge Berührung zu kommen, verfolgte Strauß eine Umarmungsstrategie. Doch nicht nur deshalb wurde der machtbewusste Bayer für Kohl zu einer immer größeren Herausforderung. Der kompromisslose Konfrontationskurs, den Strauß gegenüber dem politischen Gegner betrieb, die Durchdringung der politischen Sprache mit eindeutigen Antithesen, die Schwarz-Weiß-Malerei und die Freund-Feind-Kategorisierung, all dies vertrug sich nur schwer mit der integrativen Strategie, die Kohl verfolgte. Zudem taten sich verstärkt seit 1973 programmatische Gräben zwischen den Schwesterparteien auf und dies vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die von marktliberalen Ideen geprägten Entwürfe der CSU, Strauß' unmissverständliche Aussage, dass die Grenzen des Sozialstaats erreicht seien, und die unternehmerfreundliche Positionierung der CSU in der Mitbestimmungsdebatte sorgten dafür, dass die Spannungen innerhalb der Unionsparteien zwischen christlich-sozialem Flügel um Katzer und Blüm und der CSU nicht mehr zu überspielen waren.

Das Misstrauen von Strauß gegenüber den reformerischen Aktivitäten in der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter Biedenkopf, der durch soziale Themen eben jene Wähler von SPD und FDP erreichen wollte, die der Union eine Mehrheit zu verschaffen vermochten, steigerte sich ins Unermessliche, als die CDU sich 1975 mit dem Konzept der *neuen sozialen Frage* zu profilieren suchte. Fortan wollte sie für die sozialen Anliegen der nicht-organisierten Gruppen einzutreten, die in der von mächtigen Interessen beherrschten bundesdeutschen Demokratie keine Stimme fänden.⁵¹⁵ Diesen Kurs der CDU, der über die Betonung des Sozialen versuchte, das Wählerreservoir von SPD und FDP abzuschöpfen, verurteilte Strauß scharf. Mit dem „bombastischen Titel ‚neue soziale Frage‘“, die vor allem auch auf Nordrhein-Westfalen zielte, mobilisiere Biedenkopf „bei der Identität von SPD, DGB, Neuer Heimat und den durch die Beherrschungsorgane verfestigten Herrschaftsstrukturen zugunsten der CDU noch gar nichts“, polterte er vor dem Landesvorstand der CSU.⁵¹⁶ „Alternativen“, nicht „Varianten“ müsse die Union anbieten, „klare, einleuchtende, mit Leidenschaft vertretene Gegenvorstellungen zu dem von den Sozialisten propagierten Dienstleistungs- und Versorgungsstaat“, hatte er die CDU in Mannheim belehrt. Angesichts des Endes des Nachkriegsbooms und klammer Staatsfinanzen müsse Abschied genommen werden von einem Wettlauf um materielle Versprechungen, die alle auf einen weiteren Ausbau des Sozialstaats zielten. Nur die „Alternative der Freiheit, der Eigenverantwortung, der Solidarität und der Subsidiarität“ könne CDU und CSU wie

⁵¹⁴ Strauß bleibt für Kohl ein Alptraum, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 27. 6. 1975.

⁵¹⁵ Vgl. Bundesparteitag der CDU 1975, Anhang: Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung; GEISLER, Die neue soziale Frage, 1976; DETTLING, Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie, 1977; für die wissenschaftliche Auseinandersetzung vgl. WIDMAIER, Zur Neuen Sozialen Frage, 1978.

⁵¹⁶ Vgl. ACSP, LGF – V 27. 10. 1975, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstands der CSU, 27. 10. 1975, S. 9.

auch die Bundesrepublik aus der Krise führen. Dem „Zeitgeist“ gelte es zu trotzen, nicht opportunistisch zu entsprechen.⁵¹⁷ Dass Strauß Helmut Kohl für einen schwachen Parteivorsitzenden und außerdem für den völlig falschen Kanzlerkandidaten hielt, war ohnehin allgemein bekannt.⁵¹⁸

Dabei wurde der taktische Schachzug der *neuen sozialen Frage* nicht nur vonseiten der CSU alles andere als gut geheißten. Fundamentale Kritik erntete die CDU auch von Wilhelm Hennis und damit von einem jener Politikwissenschaftler, deren Abwendung von der SPD und Hinwendung zur Union für großes Aufsehen gesorgt hatte. Hennis arbeitete in Richard von Weizsäckers Grundsatzkommission mit und hatte sich Helmut Kohl als Berater empfohlen.⁵¹⁹ Umso stärker wog sein Urteil. Geradezu empört reagierte der Advokat eines liberalen Konservatismus auf die *Mannheimer Erklärung* der CDU, die ihm eine „herbe, eine ärgerliche Enttäuschung“ bedeutete. Die CDU präsentiere sich als „Weichfassung zur Hartfassung der SPD“. Vor allen Dingen klagte er die CDU an, den Wert bürgerlicher Freiheit gering zu achten. „Geradezu Abenteuerliches“ lese man etwa zum Verhältnis von Staat und Verbänden oder zum Ziel des bundesrepublikanischen Demokratieprojekts. Hennis zieh die CDU mit scharfen Worten der Unterminierung der demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik. Nur wenn sie eine „klare, freiheitliche Gegenposition“ biete, könne die demokratische Ordnung vor dem „demokratischen Sozialismus“ bewahrt werden.⁵²⁰ Für eine solche „freiheitliche“ Alternative plädierte Strauß.

CDU und CSU schienen programmatisch immer weiter auseinander zu rücken. Ludolf Herrmann sprach schon von „Unionen“, weil ihm der Singular zu einem „historischen Begriff“ geworden schien.⁵²¹ In dieser Situation innerparteilicher Polarisierung, die ebenso außenpolitische Fragen erfasste,⁵²² kam dem Konservatismusbegriff eine dynamisierende Rolle zu. Er wurde zum Etikett der programmatischen Alternative, die allen voran Strauß, Carstens, Dregger und Filbinger personifizierten. Entscheidend wurden dabei die Gedankenspiele um eine „vierte Partei“, die mal mehr, mal weniger ernsthaft während der 1970er Jahre vor allem in der CSU betrieben wurden. Sie standen im Zusammenhang mit dem erstrebten Machtwechsel im Bund seit 1969: Bürgerliche Wähler vom rechten Rand, denen nach dem Zusammenbruch der NPD eine politische Heimat fehlte, sollten zusammen mit konservativ eingestellten Nichtwählern für eine nicht-christliche Alternative zur Union mobilisiert werden, um auf diese Weise die Majorität von SPD und FDP zu brechen. Die allesamt missglückten Versuche von

⁵¹⁷ Bundesparteitag der CDU 1975, S. 160–161.

⁵¹⁸ Vgl. z. B. HANS HEIGERT, Was bietet die Union?, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 21. 6. 1975; zum Ringen zwischen Kohl und Strauß vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 193–206.

⁵¹⁹ Vgl. SCHLAK, Wilhelm Hennis, S. 174–176.

⁵²⁰ WILHELM HENNIS, Krieg und Ziele, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 20. 6. 1973.

⁵²¹ LUDOLF HERRMANN, Das Gewitter blieb aus, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 27. 6. 1975.

⁵²² Vgl. SZATKOWSKI, Die CDU/CSU und die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom Oktober 1975.

Deutscher Union, Deutscher Sozialer Union, Bund Freies Deutschland und Aktionsgemeinschaft Vierte Partei in der bundesdeutschen Parteienlandschaft Fuß zu fassen, standen in diesem Kontext. Ihnen wurden geheime Kontakte zur CSU nachgesagt; die Verbindungen in das rechte Milieu waren offensichtlich. Das war auch bei den Freundeskreisen der CSU der Fall, die in verschiedenen Bundesländern entstanden. Schließlich wurde nach der verlorenen Bundestagswahl 1972 in der CSU selbst die Idee ventiliert, durch eine Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet die Rolle zu übernehmen, die einer ‚vierten Partei‘ zugehört war.⁵²³ Sie diente Strauß als Joker gegenüber der CDU, um diese zur Botmäßigkeit zu bringen. Gerne philosophierte er darüber, dass eine solche Partei „liberal, konservativ, national“ und „aklerikal“ sein müsse.⁵²⁴

Im völlig unvorbereiteten Kreuther Beschluss der CSU-Landesgruppe vom November 1976, die Fraktionsgemeinschaft aufzuheben und von 1978 an bundesweit gegen die CDU anzutreten (weder war der CSU-Landesvorstand eingeschaltet, noch die CDU-Führung informiert), kulminierte schließlich das politische Spiel der CSU.⁵²⁵ Strauß erhoffte sich davon die Realisierung einer „glaubwürdigere[n] antisozialistische[n] liberal-konservative[n] Politik“.⁵²⁶ Letztendlich aber musste der CSU-Vorsitzende zurückziehen – eine mächtige Gruppe innerhalb der CSU unter Führung des schwäbischen Bezirksvorsitzenden Bruno Merk hatte angekündigt, sich der CDU anzuschließen, wenn Kohl seine Ankündigung wahr machen sollte, einen bayerischen Landesverband zu gründen.⁵²⁷ Zwar waren damit weder die Träume von noch die Spekulationen über eine ‚vierte Partei‘ begraben, doch ihres politischen Drohpotenzials waren sie endgültig verlustig gegangen. Zugleich war der Konservatismusbegriff in der politischen Sprache der Union endgültig festgelegt worden.

Ebenso stark wie die innerparteiliche Diskussion und Flügelbildung trug dazu auch die Etikettierung der programmatischen Alternative, die Strauß, Dregger, Carstens und Filbinger verkörperten, als *rechtskonservativ* bzw. *rechts* bei. Hier schienen wieder einmal Konservative gegen die Demokratie zu agieren – ganz wie in den Studien von Helga Grebing und Martin Greiffenhagen beschrieben. Strauß wurde dabei als Zentralfigur einer klandestinen Verschwörung porträtiert, als Führer eines „Rechtsskartells“ bestehend aus CSU, CDU, NPD, Vertriebenenverbänden und rechtsradikalen Kreisen.⁵²⁸ Im Bundestag warnte der Würzburger SPD-Ab-

⁵²³ Vgl. STÖSS, Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei.

⁵²⁴ Manchmal liegt es in der Luft, in: DER SPIEGEL, 14. 10. 1974.

⁵²⁵ Vgl. dazu ausführlich SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 214–226; MINTZEL, Christlich-Soziale Union, S. 684–685. Die Drohung der Landesgruppe, die Fraktionsgemeinschaft aufzuheben und die CSU auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten, war allerdings keineswegs auf die 1970er Jahre beschränkt gewesen. Bereits während der Kabinettsbildung 1965 war diese laut geworden, vgl. WEBER, Föderalismus und Lobbyismus, S. 52–53.

⁵²⁶ Kohl ist total unfähig zum Kanzler, in: DER SPIEGEL, 29. 11. 1976; eine äußerst interessante Darstellung der Vorgänge findet sich in MERK, Klarstellungen, S. 37–63.

⁵²⁷ Vgl. Zwei blaue Augen, in: DER SPIEGEL, 13. 12. 1976.

⁵²⁸ Vgl. z. B. JUNG und SPOO, Das Rechtsskartell, 1971; NEUMANN und MAES, Der geplante Putsch, 1971.

geordnete Bruno Friedrich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender seiner Partei, 1978 vor einer „neue[n] Sammlungsbewegung von rechts“, einer „rechtskonservativen Sammlungsbewegung“, einer „neuen Rechten“, deren „Motor“ Franz Josef Strauß sei. Er berief sich dabei auf Eugen Kogon, der dem bayerischen CSU-Vorsitzenden 1977 bescheinigt habe, „aus einer reaktionär fortschrittlichen Grundhaltung heraus mit Sinn für wirtschaftliche und machtpolitische Effizienz einen fundierten Rechtsautoritarismus durchsetzen“ zu wollen.⁵²⁹ Die Kategorienbildungen im politischen und intellektuellen Diskurs auf der Linken durchdrangen einander. *Konservativ* wurde zu einem Synonym für *rechts*.⁵³⁰ Für die CDU war der Begriff im Laufe der 1970er Jahre zu einem Problem geworden. Selbst integrative Begriffe wie *liberaler Konservatismus* waren in der polarisierten politischen Situation der mittleren und späten 1970er Jahre nicht mehr verwendbar.

Zu Beginn des Jahrzehnts war den Unionsparteien der Konservatismusbegriff ans Herz gelegt worden, weil er dazu angetan schien, ihre Entwicklung seit 1945 terminologisch einzufangen. Denn die Union hatte, so die Kommentatoren, ihr Eigenes verloren – in einer Gesellschaft, die sich in rasantem Tempo von den christlichen Kirchen und ihren Moralvorstellungen verabschiedete, schien das christliche Versprechen in der Politik kaum mehr Mehrheiten gewinnen zu können. Die Tage der *Weltanschauungspartei* waren gezählt. Demgemäß verschwand der Begriff, der die Identität der Union über zwei Jahrzehnte geprägt hatte, innerhalb weniger Jahre aus dem Vokabular von CDU und CSU. Während Josef Hermann Dufhues 1964 die Union noch als *Weltanschauungspartei* beschrieben hatte,⁵³¹ spielte der Begriff in den Programmdebatten, die beide Parteien 1968 führten, nur eine untergeordnete Rolle: in der Parteitagebdebate der CDU kam er nicht vor,⁵³² in der CSU wiederholte Strauß zwar noch seine einschränkende Formel von der „Weltanschauungspartei“, die zuvorderst „pragmatisch“ handle,⁵³³ doch im Programm selbst tauchte der Begriff nicht auf. Dietrich Rollmann, Hamburger Bundestagsabgeordneter der CDU, der zu den jungen, vordrängenden Reformern in der Partei gehörte, erklärte 1968 das „Zeitalter der Weltanschauungsparteien“ für „endgültig“ beendet, als ein Relikt aus vergangenen Zeiten und nicht dazu angetan, der CDU eine erfolgreiche Zukunft zu verbürgen.⁵³⁴ Wenn die Union nun weder eine *konservative Partei* noch eine *Weltanschauungspartei* war, was war sie dann?

3.4.4. *Parteien der Mitte*. Begriffliche Nöte und die programmatische Erneuerung der Union

Was machte die Unionsparteien aus? Was war der Kern ihres Selbstverständnisses? Was unterschied sie von anderen Parteien der Bundesrepublik? Und wie ließ

⁵²⁹ DBT, 8. WP, 78. Sitzung, 9. 3. 1978, S. 6169.

⁵³⁰ Vgl. z. B. HOFMANN, *Die Neue Rechte*, 1980.

⁵³¹ Vgl. DUFHUES, *Christen in der Demokratie*, 1964.

⁵³² Vgl. Bundestagparteitag der CDU 1968.

⁵³³ ACSP, Parteitageprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, Protokoll, S. 102.

⁵³⁴ ROLLMANN, *Die Zukunft der CDU*, 1968, S. 213–217.

sich dieses Eigentliche in Sprache fassen? Diese Fragen trieben CDU und CSU in den 1970er Jahren um. In der Formulierung neuer Programme suchten sie ihnen beizukommen. Wie sehr die beiden Parteien mit den politischen Begriffswelten der Bundesrepublik zu kämpfen hatten, wurde an ihrer Auseinandersetzung mit dem Konservatismusbegriff deutlich. Ihre sprachpolitische Selbstsicherheit hatte die Union seit den späten 1960er Jahren verloren, ihre begrifflichen Nöte traten offen zutage. Sie legten das programmatische Vakuum frei, in das die Union in den 1960er Jahren geschlittert war. Die Suche nach einer politischen Sprache, die der Gegenwart entsprach, musste zunächst bei jenen Begriffen ansetzen, mit denen sich die Parteien selbst beschrieben. Nur so ließ sich Glaubwürdigkeit gewinnen. Aber welche mochten das sein? Obwohl er sich strukturell angeboten hätte, kam *konservativ* als Leitbegriff nicht infrage, das wurde oben deutlich. Welche Alternativen boten sich an? Welches semantische Netz spannten CDU und CSU im Laufe der 1970er Jahre auf, um ihr politisches Selbstverständnis zu fassen? Wie strukturierte sich ihre politische Sprache?

Zunächst lag es nahe, jenen Begriff neu ins Zentrum zu rücken, der die Identität der beiden Parteien seit ihrer Gründung geprägt hatte: das C. Dietrich Rollmanns Vorschlag, das Christliche endgültig zu verabschieden,⁵³⁵ mochte die Mehrheit in der Union nicht folgen. Es behielt seinen Platz in der Selbstbeschreibung der Parteien. CDU und CSU verstanden sich als *christliche Parteien*. Allerdings wurde die Bedeutung des C deutlich relativiert. Die CDU „orientier[e]“ sich am „christlichen Glauben und Denken“, wobei sich eine „Politik aus der gemeinsamen Verantwortung der Christen in der Welt“ auf die „Freiheit der Person, die sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß“, richte, „auf die Gerechtigkeit für jedermann und auf die Solidarität, die auf der Eigenverantwortung der Person“ aufbaue, hieß es in der Präambel des 1968 verabschiedeten *Berliner Programms*.⁵³⁶ Dessen zweite Fassung aus dem Jahr 1971 schränkte die Verpflichtung auf das Christliche weiter ein: Die CDU „orientier[e]“ ihre Politik an den „Grundsätzen christlicher Verantwortung“. Die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden, blieben im Vergleich mit 1968 nahezu unverändert, abgesehen davon, dass die Verwirklichung von „Chancengleichheit“ nun auch zu den Zielen christlich inspirierter Politik gerechnet wurde.⁵³⁷ Im *Grundsatzprogramm* der CSU klang das Bekenntnis zum Christentum um einiges pauschaler: Ihr politisches Handeln ruhe auf der Basis der „christlichen Bestimmung und Deutung des Menschen und der Welt“.⁵³⁸

Von diesen Formeln gingen die anschließenden Diskussionen um die programmatische Erneuerung der Unionsparteien nach 1969 aus. Sie gaben der Neuformulierung ihrer politischen Sprachen Richtung, wie wir im Folgenden sehen werden. Was war gemeint, wenn CDU und CSU sich als *christlich* beschrieben?

⁵³⁵ Vgl. ebd.

⁵³⁶ Christlich Demokratische Union Deutschlands, Berliner Programm, 1968, Präambel.

⁵³⁷ Das Berliner Programm, 2. Fassung 1971.

⁵³⁸ CSU, Leitsätze einer Politik für heute und morgen, 1968.

Keine Rede war nunmehr von einem Abschied von der Ideologie, vielmehr herrschte der Eindruck vor, dass die politische Auseinandersetzung zunehmend von „Grundsätzlichem“ bestimmt wurde und dass die Union nur mit wohl durchdachten Ideen punkten konnte. In der Conservative Party hatte sich diese Lesart ebenfalls seit Ende der 1960er Jahre vor allem unter den Kritikern des Heath'schen Kurses durchgesetzt.⁵³⁹ In CDU und CSU rückte das *C* wieder stärker in den Fokus und wurde mit neuer Bedeutung angereichert, auch wenn die Zweifel an der Wirksamkeit des Christlichen in säkularisierten Zeiten stets präsent blieben. Was mochte das *C* überhaupt noch bedeuten, wenn das „nicht einmal mehr der Kardinal“ wisse, konstatierte Erich Kiesel im Landesvorstand der CSU im Januar 1973 etwas ratlos.⁵⁴⁰ Darauf suchten die Unionspolitiker der 1970er Jahre eine Antwort. Dabei verwehrten sie sich des Vorwurfs, auf diese Weise ideologische Politik zu betreiben. Ganz im Gegenteil, so das Argument, das Christliche ermögliche eine Politik fern aller politischen Ideologien. Die Union habe, so CSU-Generalsekretär Max Streibl 1970, ihre „weltanschauliche Heimat vor der Politik gefunden“ und suche diese eben nicht „durch Politik“ zu erlangen.⁵⁴¹ Für die CDU fasste Bruno Heck ein Jahr später in einem theologisch gehaltenen Grundsatzbeitrag in *Die politische Meinung* diese Dimension des Begriffs. Die Verankerung im Christlichen Sorge für Distanz zu jenen utopischen „Heilslehren“, die eine innerweltliche Erlösung des Menschen versprechen. Und sie Sorge für einen realistischen Blick auf den Menschen in seiner „Unzulänglichkeit“, seiner „Begrenztheit im Endlichen“.⁵⁴²

Das Christliche, so wie es in der Union in den 1970er Jahren verstanden wurde, war zuallererst anthropologisch fundiert: der „Mensch“ sollte im Mittelpunkt aller Politik stehen, der Mensch mit seiner „eigene[n] und von seinen Mitmenschen nicht auslöschbare[n] Würde“.⁵⁴³ Dieser anthropologische Kern des Christlichen war nichts Neues, sondern in der politischen Sprache der Partei fest verankert. Neu war jedoch die emphatische Betonung der Freiheit als Herzstück des christlichen Menschenbildes. Wir haben gesehen, dass sich besonders der katholisch geprägte Flügel der Union noch an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren schwer tat mit einer unqualifizierten Aufnahme des Freiheitsbegriffs.⁵⁴⁴ Ein Jahrzehnt später wurde das *C* als freiheitssicherndes Element gedeutet. Der „Kern der christlichen Moral“ sei „die Abwehr der Unfreiheit“. Daher handele sich bei der „Verteidigung der Freiheit“, der „Abwehr totalitärer Ansprüche“ und der „Überwindung des Positivismus“ um die vordringlichsten Aufgaben eines Christen –

⁵³⁹ Siehe S. 59–75.

⁵⁴⁰ ACSP, LGF – V 29. 1. 1973, 1, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstandes der CSU, 29. 1. 1973, S. 67.

⁵⁴¹ Ebd., Parteitagsprotokolle, 19700411, Parteitag der CSU, München, 10.–11. 4. 1970, Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Max Streibl, S. 6, Hervorhebung im Original.

⁵⁴² HECK, Wozu noch Christ sein?, 1971, Zitate S. 11 und 18; vgl. ähnlich: ROSER, Das „C“ im Namen der Unionsparteien, 1970, S. 191–193.

⁵⁴³ BAUMANN und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971, S. 6.

⁵⁴⁴ Siehe S. 166–178.

und damit auch einer Partei, die aus christlicher Verantwortung sich zu handeln aufgetragen habe.⁵⁴⁵ Das Menschenbild der Union hatte sich grundlegend liberalisiert.

Freiheit – auch das gehörte zu den Kontinuitäten der politischen Sprache der Union – sollte keine schrankenlose Freiheit bedeuten, sondern hatte ihre Grenzen. Diese wurden einerseits durch das christliche *Sittengesetz* gezogen, andererseits lagen sie im Individuum verborgen: in der „Verstrickung“ des einzelnen „in sich selbst“, wie es im Bericht der Weizsäcker-Kommission 1972 hieß. Der Mensch komme erst dann „zu sich selbst“, wenn er „sich überschreitet, den Mitmenschen sucht, mit ihm solidarisch ist und sich an ihn bindet“. *Freiheit* sei „untrennbar mit Verantwortung verbunden“.⁵⁴⁶ Dieser semantische Konnex war in der Sprache der Union ebenfalls tief verankert. Durch die Betonung des Freiheitsbegriffs in den 1970er Jahren aber erhielt er neue Bedeutung. Nicht nur in der CSU rückte dieser in den Mittelpunkt der politischen Sprache, auch die CDU verstand sich als eine „Partei der Freiheit“.⁵⁴⁷ Richard von Weizsäcker prägte den Begriff der „verantworteten Freiheit“, die er als die „große Aufgabe“ seiner Gegenwart empfand. Die Freiheit sei nämlich an vielen Stellen bedroht: „von anonymer Bürokratie und Massengesellschaft, von technischer Fernsteuerung, [...] von politischen Programmen der Gleichmacherei, von kollektiven Systemen und [...] von totalitären Heilslehren“. Der Konnex von *Freiheit* und *Verantwortung* fand eine reiche semantische Entfaltung, für die das folgende Beispiel genügen soll:

Freiheit zielt auf Selbstbestimmung an Stelle von Fremdbestimmung, auf Mitverantwortung an Stelle von Gleichgültigkeit, auf Mitmenschlichkeit an Stelle von Vereinzelung. Freiheit bedeutet nicht nur Individualismus, sondern praktizierte Nachbarschaft, nicht nur Kritikfähigkeit, sondern auch die Fähigkeit zum Vertrauen, nicht nur Emanzipation, sondern auch Bindung, und nicht nur weltanschaulichen Pluralismus, sondern Anerkennung der für die Gesellschaft grundlegenden sittlichen Wertordnung.⁵⁴⁸

Der Verantwortungsbegriff war in seiner christlichen Lesart nicht allein auf den Begriff der *Freiheit* bezogen, sondern auch auf den der *Solidarität*. Die nämlich entfalte sich „nur im Zeichen von Freiheit und Verantwortung“, konstatierte der Bericht der CDU-Grundsatzkommission 1972.⁵⁴⁹ Der Solidaritätsbegriff gehörte zu den Grundbegriffen der katholischen Soziallehre, über die er Eingang in die Sprache der Union gefunden hatte und vom christlich-sozialen Flügel immer wieder neu aktualisiert wurde. Er barg einige Sprengkraft in sich, konnten sozialpolitische Forderungen so doch von den Grundsätzen der Partei her begründet werden. Die CDU würde das C in ihrem Parteinamen zu Unrecht tragen, würde sie sich nicht „leidenschaftlich für die Schwachen in unserer Gesellschaft“ einsetzen.

⁵⁴⁵ HIECK, Wozu noch Christ sein?, 1971, S. 13 und 15.

⁵⁴⁶ Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 31.

⁵⁴⁷ Vgl. z. B. Bundesparteitag der CDU Bonn 1973, Helmut Kohl, S. 106; LANGGUTH und SCHWARZ-SCHILLING, Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik, 1973, S. 9

⁵⁴⁸ Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, Richard von Weizsäcker, S. 433.

⁵⁴⁹ Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 33; vgl. z. B. auch WEIZÄCKER, Selbstverantwortung und Mitverantwortung, 1977, S. 36: „Das ist es, was Solidarität im Kern bedeutet: Freiheit als Mitverantwortung.“

zen, bekräftigte Hans Katzer, der mächtige Mann des christlich-sozialen Flügels, auf dem Mannheimer Bundesparteitag 1975.⁵⁵⁰

Den Solidaritätsbegriff mit *Freiheit* und *Verantwortung* zu verknüpfen, war daher eine Strategie seiner Entschärfung. Dem entsprach auch die Formulierung, die für die Präambel des revidierten *Berliner Programms* gefunden worden war: „Politik aus christlicher Verantwortung“ ziele auf die „Solidarität aller Bürger“, aufbauend auf der „Eigenverantwortung der Person“.⁵⁵¹ Konkret bedeutete das, der Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen Schranken zu setzen: „Zur verantworteten Freiheit gehört eine Solidarität, die sich nicht auf die Absicherung der großen Lebensrisiken durch Staat und Gesellschaft allein verlässt und darauf beschränkt“, sondern auf privat organisierte Hilfe baue.⁵⁵² Gerne wurde dafür auf den Begriff der Subsidiarität bzw. auf die Formel *Hilfe zur Selbsthilfe* rekurriert, die ebenfalls dem Vokabular der katholischen Soziallehre entstammte. Für Biedenkopf gehörte das Austarieren der Spannung von *Solidarität* und *Subsidiarität* zu den großen Aufgaben der Zeit.⁵⁵³

Nur ein Verständnis von der Gesellschaft, das die Solidarität im Sinne der Zusammenarbeit für das Ganze und die Subsidiarität im Sinne des Gesondertseins, der Selbständigkeit gegenüber dem Ganzen gleichermaßen als konstitutive Elemente jeder gesellschaftlichen Struktur akzeptiert, ist in der Lage, die Autorität politischer Führung zu legitimieren,⁵⁵⁴

argumentierte der Generalsekretär, dabei voraussetzend dass die sozialpolitischen Maßnahmen der sozialliberalen Koalition direkt in den „sozialistischen Klassenkampf“ führten.⁵⁵⁵ Franz Josef Strauß' sicherlich um einiges plakativere Formulierung von den „Grenzen des Sozialstaats“ war davon inhaltlich nicht allzu weit entfernt. Das wurde deutlich, als die CDU daran ging, die sozialpolitischen Perspektiven neu zu kodieren. Vorbereitet wurde diese auch durch eine Neubewertung des christlich verankerten Solidaritätsbegriffs. Das, was 1975 mit der *Mannheimer Erklärung* als *neue soziale Frage* medienwirksam eingeführt wurde, war bereits mehrere Jahre zuvor in den Diskussionen um das C erörtert worden: „Solidarität“, so Kohl 1973, bedeute „für jene Gruppen“ einzutreten, die „am Rande der Gesellschaft schweigend leiden“.⁵⁵⁶ In der Partei waren mit dieser Verschiebung des Solidaritätsbegriffs weg von einer auf die industrielle Arbeitsgesellschaft fokussierten Lesart vor allem die Sozialausschüsse angesprochen.

Trotz all dieser Qualifizierungen und Domestizierungen: Das C verwies die Union auf das Soziale. Zu den zentralen Begriffen, die sich um das C gruppieren, gehörte auch der Begriff der *Gerechtigkeit* bzw. der *sozialen Gerechtigkeit*. Die Verpflichtung, „politische Arbeit in persönlicher Verantwortung vor Gott

⁵⁵⁰ Bundesparteitag der CDU 1975, S. 221.

⁵⁵¹ Vgl. Das Berliner Programm, 2. Fassung 1971.

⁵⁵² Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, Richard von Weizsäcker, S. 433.

⁵⁵³ Vgl. BIEDENKOPF, *Solidarität und Subsidiarität*, 1975.

⁵⁵⁴ BIEDENKOPF, *Fortschritt in Freiheit*, 1974, S. 136.

⁵⁵⁵ BIEDENKOPF, *Solidarität und Subsidiarität*, 1975, S. 45.

⁵⁵⁶ KOHL, *Die Zukunft der Union*, 1973, S. 50; ähnlich: BAUMANN und BERGSDORF, *CDU im dritten Jahrzehnt*, 1971, S. 7.

und dem Nächsten auszurichten“, bedeute ein mutiges Engagement für „mehr Gerechtigkeit, für mehr Solidarität, für mehr Freiheit und persönliche Verantwortlichkeit“, bekannte Horst Waffenschmidt 1973, CDU-Bundestagsabgeordneter, Kommunalpolitikexperte und Mitglied in der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland.⁵⁵⁷ Der Ruf nach *Gerechtigkeit* enthielt mindestens ebenso viel politische Sprengkraft wie der nach *Solidarität*.⁵⁵⁸ Kurt Biedenkopfs und Heiner Geißlers Konzept der *neuen sozialen Frage* war daher auch ein Ansatz, um dem Gerechtigkeitsbegriff in der Sprache der Partei einen spezifischen Platz zuzuweisen und ihm letztlich den Zahn zu ziehen. Es sollte den Blick öffnen auf den „menschlichen und ethischen Aspekt der Gerechtigkeit“, die nach der „Verengung des Gedankens der sozialen Gerechtigkeit auf die Zuteilung materieller Zuwachsraten“ in Vergessenheit geraten sei. Durch eine Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen sei dem Gerechtigkeitsproblem in der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf die Dauer nicht beizukommen. Vielmehr sei die Frage machtpolitisch zu lösen – eben durch die Verschiebung der Aufmerksamkeitsökonomie sowie die Umverteilung der Mittel.⁵⁵⁹

Gerechtigkeit, das wurden die Unionspolitiker nicht müde zu unterstreichen, stand keineswegs synonym mit *Gleichheit*, sondern *Gerechtigkeit* bezog sich auf „die Chance für alle Menschen, sich ihrer Unterschiedlichkeit entsprechend zu entfalten“.⁵⁶⁰ Nicht *Gleichheit* versprach die Union, wie das etwa die SPD tat, sondern zunächst *Chancengleichheit*.⁵⁶¹ Erst im 1978 verabschiedeten *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* wurde der Begriff nach kontroverser Parteitagebdebate durch *Chancengerechtigkeit* ersetzt, nachdem die SPD es verstanden hatte, sich *Chancengleichheit* anzueignen.⁵⁶² Besonders in der Bildungsdebatte machte es einen entscheidenden Unterschied aus, ob von *Gleichheit* oder *Chancengleichheit* bzw. *Chancengerechtigkeit* gesprochen wurde. Die Realisierung von *Gleichheit* bedeute das „Ende“ für „Solidarität und Freiheit“, unterstrich von Weizsäcker und plädierte für eine „humane Leistungsgesellschaft“.⁵⁶³ Das C verbinde, so Parteivorsitzender Kohl 1975, „liberale Grundwerte“ mit dem „Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit“ – und zeigte dem jeweils anderen Grenzen auf.⁵⁶⁴ Welche Bedeutung dem Gerechtigkeitsbegriff in den 1970er Jahren zukam, als die Union sich durch die sozialpolitische Programmatik der SPD in die Ecke gedrängt fühl-

⁵⁵⁷ WAFFENSCHMIDT, Das „C“ ist unsere große Chance, 1973, S. 2.

⁵⁵⁸ Vgl. z. B. die Vorschläge der beiden Vorsitzenden des evangelischen bzw. katholischen Männerwerkes Nürnberg zur Neufassung der Präambel des Grundsatzprogramms, WEBER und SCHWEIGER, Der politische Auftrag der Christen in unserer Zeit, 1974.

⁵⁵⁹ Bundesparteitag der CDU 1975, Kurt Biedenkopf, S. 178–179; GEISSLER, Die neue soziale Frage, 1976.

⁵⁶⁰ Bundesparteitag der CDU 1978, Heiner Geißler, S. 117–118.

⁵⁶¹ Vgl. Das Berliner Programm, 2. Fassung 1971, S. 47 et al.; Bundesparteitag der CDU 1975, Anhang: Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung, S. 101 et al.

⁵⁶² Vgl. Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978, S. 127 et al.; Bundesparteitag der CDU 1978, S. 157–163.

⁵⁶³ RICHARD VON WEIZSÄCKER, Gleichheit – das Ende der Freiheit und Solidarität. Plädoyer für eine humane Leistungsgesellschaft, in: DIE ZEIT, 27. 10. 1972.

⁵⁶⁴ KOHL, Die Volkspartei CDU, 1975, S. 39.

te, zeigte nicht zuletzt seine Aufnahme in die Präambel des *Berliner Programms* und seiner Nachfolger.⁵⁶⁵

Gerechtigkeit zählte dabei zu den *Grundwerten*, mit denen sich die CDU im Rahmen ihrer Programmdiskussion intensiv beschäftigte. Der Begriff war von der Grundsatzkommission, die vom Bundesvorstand im Oktober 1971 eingerichtet worden war, lanciert worden. Damit beauftragt, „Werte und Ziele“ christdemokratischer Politik herauszuarbeiten, hatte sie in ihrem Zwischenbericht 1972 auf die Bedeutung konsensualer *Grundwerte* in einer demokratischen Gesellschaft hingewiesen. Der Konsens, auf dem die Verfassungsordnung der Bundesrepublik ruhte, drohte, so das vorgestellte Szenario, zu erodieren. Es sei immer schwieriger geworden, „über die ethische Basis für tagespolitische Entscheidungen [...] einverständlich zu reden“.⁵⁶⁶ Die CDU referierte damit exakt jene Argumentationen, die in der intellektuellen Debatte um einen erneuerten Konservatismus aus liberalem Geiste vorgebracht wurden.⁵⁶⁷

Die Vergegenwärtigung genauso wie der Schutz der „ideellen Grundlagen [des] Gemeinwesens“ sei eine wichtige Aufgabe der Parteien, erläuterte Helmut Kohl 1976 in der Katholischen Akademie in Hamburg. Er antwortete auf Helmut Schmidt, der grundsätzliche Zweifel angemeldet hatte gegenüber allen Versuchen, dem weltanschaulich neutralen Staat eine Wertbindung außerhalb des im Grundgesetz Definierten einzuschreiben.⁵⁶⁸ Der SPD und der FDP warf Kohl nun vor, genau diese Aushöhlung zu betreiben, die Wertgebundenheit des Grundgesetzes zu leugnen und damit „die freiheitliche, an gemeinsamen Grundwerten orientierte Ordnung“ zu gefährden.⁵⁶⁹ Angesichts einer allenthalben zu registrierenden Suche nach Sinn und Orientierung nach dem Ende einer auf materielle Glückserfüllung konzentrierten Epoche der bundesrepublikanischen Geschichte sei es eine zentrale Aufgabe der Politik, die Grundwerte der Verfassung zurück ins Gedächtnis zu rufen. Die Parteien waren in dieser Sicht, frei nach Wilhelm Hennis, die Hüter der Begriffe der Demokratie. Nicht zufällig war der Freiburger Politikwissenschaftler Mitglied der Grundsatzkommission. Im Hintergrund der Wahrnehmung einer tiefen Krise der Demokratie stand ein weiteres Mal das Negativbild der Weimarer Republik, deren „schrakenloser Wertrelativismus“ sie letztendlich zu Fall gebracht hätte.⁵⁷⁰ Um die Ausgestaltung der *Grundwerte* musste also gestritten werden, ein Monopolanspruch einer Partei auf die *Grundwerte* verbot sich von selbst.⁵⁷¹

In der Debatte um die *Grundwerte*, an der sich die großen Parteien und vor allem auch die Kirchen beteiligten, kristallisierten sich verschiedene Diskursstränge der 1970er Jahre: die Debatte um die Grundlagen der bundesrepublikanischen

⁵⁶⁵ Siehe S. 334.

⁵⁶⁶ Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 30.

⁵⁶⁷ Siehe S. 229–239, 240–271.

⁵⁶⁸ Vgl. SCHMIDT, Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft, 1977.

⁵⁶⁹ KOHL, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, 1977, Zitate S. 54 und 58.

⁵⁷⁰ Ebd., S. 55.

⁵⁷¹ Vgl. ADE, Grundwerte als Maßstab und Orientierung, 1979, S. 30.

Demokratie; jene um die Erfordernis staatlicher Normsetzung angesichts eines tief greifenden Wandels von gesellschaftlichen Moralvorstellungen; die Diskussionen um die politische Sprache; und solche, die um das Verhältnis von Gesellschaft und Staat kreisten. Es handelte sich dabei, um mit Martin Geyer zu sprechen, um eine „reflexive Diskursivierung der Grundlagen und damit der Identität der bundesdeutschen Gesellschaft“.⁵⁷² Deshalb trafen die Thesen eines grundlegenden „Wertewandels“ westlicher Gesellschaften des amerikanischen Soziologen Ronald Inglehart, die Ende der 1970er Jahre die deutsche Öffentlichkeit erreichten,⁵⁷³ und in Helmut Klages einen einflussreichen deutschen Vertreter fanden, auf eine solche Resonanz im konservativen Spektrum.⁵⁷⁴ War der diagnostizierte *Wertewandel* die Ursache für die Untergrabung der Grundlagen, auf denen die Bundesrepublik gebaut worden war und erfolgreich agierte? Die Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann, die mit ihrem Allensbacher Institut den Unionsparteien nahe stand, übernahm dabei die „Rolle der Cassandra“.⁵⁷⁵ Die Abkehr von den *bürgerlichen Werten*, das hieß Leistungsorientierung, Verantwortungs- und Pflichtgefühl, führte in dem Bild, das sie zeichnete, zum Verfall der Moral, zu Hedonismus, schrankenlosem Konsum und dem Ausufern des Sozialstaats.⁵⁷⁶

Warum aber konzentrierte die Union ihre Wertedebatte auf die *Grundwerte* Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit? Der Solidaritätsbegriff kam im Grundgesetz nicht einmal vor. So sehr die Grundwertedebatte den Selbstverständigungsdebatten der Union entsprang, so sehr war sie auch ein taktisches Manöver im Kampf um die Begriffe. Denn die SPD hatte in ihrem Godesberger Programm 1959 die Begriffe *Freiheit*, *Solidarität* und *Gerechtigkeit* exklusiv als *Grundwerte* des demokratischen Sozialismus definiert und das avisierte *Langzeitprogramm* der SPD nahm diesen Faden Anfang der 1970er Jahre wieder auf.⁵⁷⁷ In dem sprachpolitisch sensibilisierten Jahrzehnt, als die Union den Eindruck hatte, dass der politische Gegner alle grundlegenden Begriffe entwendet hatte, ging es den Parteistrategen darum, zentrale Begriffe des politischen Vokabulars mit der eigenen Politik zu identifizieren. Die Trias aus *Freiheit*, *Solidarität* und *Gerechtigkeit* bot sich auch deshalb an, weil sie als *links* galt, die Union sich in ihrem Werben um das bürgerliche Wählerpotential, das ihr zur absoluten Mehrheit verhelfen sollte, als nicht weniger soziale Alternative zur SPD präsentieren konnte.

Die Besinnung auf *Grundwerte* wurde in der CDU dann auch als ein *christliches* Unterfangen verstanden. „Als Christ“ verstehe er, so erklärte Kohl, „die Grundwerte als Ausdruck eines religiösen Bekenntnisses“. Der aus christlicher

⁵⁷² GEYER, Rahmenbedingungen, S. 27; die wichtigsten Debattenbeiträge sind dokumentiert in GORSCHENEK, Grundwerte in Staat und Gesellschaft, 1977.

⁵⁷³ Vgl. INGLEHART, The Silent Revolution.

⁵⁷⁴ Vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 68–71.

⁵⁷⁵ Ebd., S. 72.

⁵⁷⁶ Vgl. NOELLE-NEUMANN, Werden wir alle Proletarier?, 1978. Zu der Diagnose eines „Verfalls“ der Arbeitswerte vgl. die historische Untersuchung von NEUHEISER, Der „Wertewandel“ zwischen Diskurs und Praxis.

⁵⁷⁷ Vgl. BRANDT, Geleitwort (zum Langzeitprogramm), 1976; Politischer und ökonomischer Rahmen, 1976.

Überzeugung agierende Politiker sehe sein „Handeln letztlich durch Werte bestimmt, die zwar immer wieder neu zu aktualisieren [...], die aber dem kurzfristigen Wechselspiel von Meinungsbildung und Mehrheitsentscheidung“ entzogen seien.⁵⁷⁸ Diese Werte galt es zu schützen, zu bewahren und zu beleben, die christliche *Sittenordnung*, die für Stabilität sorgte, zu erhalten.⁵⁷⁹

In diesem Punkt traf sich der Konservatismusbegriff, wie er in der CDU gepflegt wurde, mit der Ausdeutung des Christlichen. Auch das war nicht neu. So wies das Christliche in die Vergangenheit. Ebenso stark aber war seine Zukunftsdimension. Auf der einen Seite, das wurde oben festgestellt, war das C anti-utopisch kodiert: Politik sollte in der Gegenwart gemacht werden, orientiert an den Problemen, die sich konkret stellten. Auf der anderen Seite wurden die auf Reform drängenden Gruppen in der Partei nicht müde, die sprengende Kraft des Christlichen zu betonen. Gerade weil der Christ um die Grenzen seiner Einsicht wisse, müsse er für das Neue offen sein, argumentierten Christian Schwarz-Schilling und Gerd Langguth in ihrem Papier für die Generaldebatte über die verlorene Bundestagswahl 1972 im Bundesvorstand der CDU.⁵⁸⁰ RCDS-Vorsitzender Langguth hatte sich zwei Jahre zuvor noch um einiges deutlicher geäußert. Aus dem C heraus lasse sich „der Zwang zu einer progressiven, dynamischen und offensiven Politik“ entwickeln, da der christliche Glaube sich niemals mit dem Status quo abfinden könne, sondern von „heilsame[r] Unruhe“ erfüllt sei und deshalb „radikale Fragen an Tradition, Routine und Sitte“ stellen müsse.⁵⁸¹ Das klang nun sehr nach einer Theologie der Befreiung oder der Politischen Theologie, die sich mit Johann Baptist Metz verband.⁵⁸² Ähnlich hatten die CSU-Delegierten beim Parteitag 1968 argumentiert, als sie sich gegen die Aufnahme des Konservatismusbegriffs in ihr *Grundsatzprogramm* gestemmt hatten: das C enthalte ein fortschrittliches, gar ein revolutionäres Element.⁵⁸³

Diese Sicht der Dinge konnte sich indes nicht durchsetzen. Statt Revolution wollte die Union Reform, die Kontinuität mit Erneuerung verband. Die christliche Antwort auf die Herausforderungen von Studentenbewegung und schnell vordringendem gesellschaftlichen Wandel sei „Stabilität“, die es ermögliche, „den Wandel in Freiheit zu beherrschen“ – eine „Stabilität“, „die Bewegung stabilisiert“, wie Biedenkopf in der Debatte um die *Mannheimer Erklärung* 1975 ausführte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ins Gleichgewicht zu bringen – dieses

⁵⁷⁸ KOHL, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, 1977, S. 52.

⁵⁷⁹ Für die CSU vgl. ACSP, Parteitagprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 14, Theo Waigel; für die CDU vgl. z. B. Richard von Weizsäcker ethische Interpretation des „C“: WEIZÄCKER, Wo liegen die Unterschiede?, 1970, S. 179.

⁵⁸⁰ LANGGUTH und SCHWARZ-SCHILLING, Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik, 1973, S. 9; vgl. dazu BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, S. 1165; ebenso veröffentlicht als: CHRISTIAN SCHWARZ-SCHILLING und GERD LANGGUTH, Die geistige Führung verloren, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 2. 2. 1973.

⁵⁸¹ LANGGUTH, RCDS – ein missionarischer Hilfsverein, 1971, S. 5–6.

⁵⁸² Vgl. DOWNEY, Love's Strategy; EITLER, Politik und Religion; HERZOG, The Death of God in West Germany; KERN, Theologie der Befreiung.

⁵⁸³ Vgl. ACSP, Parteitagprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. 12. 1968, S. 28–29.

Strukturprinzip der politischen Sprachen des Konservativen wurde in den Unionsparteien als genuin *christlich* gedeutet. Gerade in den 1970er Jahren, in denen das Verhältnis der Zeithorizonte zueinander in der Debatte über die Möglichkeiten weiteren Fortschritts und Wachstums neu ausgehandelt wurde, bezogen sie damit Position.

Das Argument von der Notwendigkeit einer Kontinuität der Zeitlichkeit stützte dann auch eine zentrale Politikinitiative der CDU am Ende des Jahrzehnts. Sie setzte bei der Beobachtung an, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik durch den Geburtenrückgang zukünftig stetig schrumpfen werde. Der Bevölkerungsrückgang, so die Argumentation, unterminiere die Grundlagen des bundesrepublikanischen Ordnungsmodells, besonders ihre Systeme sozialer Sicherung, die auf dem Generationenvertrag aufbauten. Nur vom Fundament des christlichen Glaubens aus, so argumentierte Heiner Geißler, erschließe sich eine Zukunftsdimension. Denn aus dem Gottesbezug menschlicher Freiheit entspringe die Kraft, „über eine Generation hinaus zu denken“.⁵⁸⁴ Der Generationenkonflikt werde der große Konflikt der Zukunft sein, nicht der Konflikt der Klassen. Um dem vorzubeugen sei es nötig, die Zeitdimensionen auszutarieren, müsse die Zukunftsdimension neues Gewicht erhalten, welche die SPD, verharrend in der Vergangenheit, völlig aus dem Blick verloren habe. Denn das Gemeinwesen sei, so schloss Geißler, „eine Gemeinschaft der Lebenden, der Toten und der nach uns Kommenden“ und zitierte damit nicht von ungefähr Edmund Burke, den Stichwortgeber des liberalen Konservatismus.⁵⁸⁵ Im Begriff der *Generation* manifestierte sich das konservative Strukturprinzip der Zeitlichkeit.

Der Akzent auf dem C charakterisierte die Debatte in der CDU am Ende der 1970er Jahre. Seinen Ausdruck fand er im *Ludwigshafener Grundsatzprogramm*, selbst wenn das Christliche im Vergleich zum ersten Entwurf abgeschwächt worden war.⁵⁸⁶ Heiner Geißler, der Kurt Biedenkopf 1977 als Generalsekretär beerbt hatte, stand besonders dafür ein. Dabei sorgte der Sozialpolitiker Geißler für eine umso festere begriffliche Allianz zwischen dem C und dem Sozialen.⁵⁸⁷ Für ihn war das Christentum in seiner „totale[n] Menschlichkeit“ die einzig mögliche Alternative zur totalitären Herausforderung der 1970er Jahre – innen- wie außenpolitisch.⁵⁸⁸ Tatsächlich unterschied sich das *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* von allen vorherigen Grundsatzprogrammen – und auch von dem der CSU – in der expliziten Nennung des Gottesbezugs. Diese „Rechristianisierung des Bekenntnisses“, so Ludolf Herrmann in *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, gehe aber

⁵⁸⁴ Bundesparteitag der CDU 1978, S. 120.

⁵⁸⁵ GEISLER, Generationenkonflikt – Neue Dimension gesellschaftlicher Auseinandersetzung?, 1978, S. 246. Für den weiteren Diskurs vgl. GEYER, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, S. 226–229.

⁵⁸⁶ Zum *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 36–38. Für die Diskussion um den Programmentwurf 1976 vgl. WEIZSÄCKER, CDU-Grundsatzdiskussion, 1977.

⁵⁸⁷ Vgl. z. B. GEISLER, Katholische Soziallehre und politische Praxis, 1975.

⁵⁸⁸ Bundesparteitag der CDU 1978, S. 115.

im Verein mit einer „Entkonfessionalisierung des Programms“.⁵⁸⁹ In der Tat: Während die konfessionellen Gräben die CDU noch bis in die späten 1960er Jahre durchzogen hatten, war davon in den 1970er Jahren kaum mehr etwas zu spüren. Das Christliche war Integrationsmoment geblieben, doch in einer, sicherlich nicht säkularisierten, aber doch enttheologisierten Form. Nicht mehr Theologen wurden auf die Parteitage geladen, die Spitzenpolitiker selbst übernahmen die Deutung des Christlichen. Zugleich grenzten sie dessen Reichweite ein. Sie zielten dabei zum einen auf die Partei: Nicht letzte Fragen sollten Parteien beantworten, sondern sich um die „vorletzten“ Dinge kümmern. Nicht *christliche Politik* maßten sie sich an zu betreiben, sondern *Politik aus christlicher Verantwortung*, die nicht mehr sein sollte als ein Appell an jeden einzelnen Politiker. Das hatten allerdings bereits ihre Vorgänger betont.⁵⁹⁰ Zum anderen hegten sie die linken Potentiale der Begriffe ein, die sich mit dem Christlichen verbanden, wie oben gezeigt wurde. Sie partizipierten damit an einer „Säkularisierung der Kirchensprache“, die in den Kirchen in den 1970er Jahren vorangetrieben wurde und mittels derer sowohl „theologische in politisch-soziale“ als auch „politisch-soziale in theologische Konzepte“ übersetzt wurden.⁵⁹¹

Die Entschärfung der linken Potenziale des C geschah in der CDU genauso wie in der CSU, in der bayerischen Partei aber noch weitgehender im Sinne einer „freiheitlichen“ Politik. Das C wurde mit dem Freiheitsbegriff verbunden.⁵⁹² „[C]hristlich zu verantwortende Politik“ implizierte für die CSU den „Vorrang der Person vor der Institution“, die „Überlegenheit der freien Initiative gegenüber der staatlichen Direktive“, die „Unantastbarkeit der auch in den Schwachen und Hilflosen zu achtenden Menschenwürde“, das „Recht jedes einzelnen auf Anerkennung, Bestätigung und Förderung“ und den „unersetzlichen Wert aller mitmenschlichen Aktivitäten“. Solidarität forderte die CSU individuell ein, aber auch von den organisierten Interessen. Anstelle von Konfrontation wollte sie „Partnerschaft und brüderliche Verbundenheit“.⁵⁹³ Das zielte in erster Linie auf die Gewerkschaften, denen im konservativen Diskurs über den *Verbändestaat* eine schleichende Unterwanderung der Demokratie mit dem Ziel einer Sozialisierung der Bundesrepublik unterstellt wurde – von der CSU genauso wie von der CDU.⁵⁹⁴ Für die Partei des Franz Josef Strauß selbst schien dieser Aufruf zu „Verständigung“ und „Versöhnung“ jedenfalls nicht zu gelten angesichts einer politischen Strategie, die auf Konfrontation, also genau auf das Gegenteil setzte.⁵⁹⁵

⁵⁸⁹ LUDOLF HERRMANN, Ein Kompendium voll ewiger Wahrheiten, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 2. 5. 1976.

⁵⁹⁰ Z. B. Bundesparteitag der CDU 1978, Richard von Weizsäcker, S. 125; siehe oben S. 186–193.

⁵⁹¹ HÖLSCHER, Die Säkularisierung der Kirchen.

⁵⁹² Vgl. z. B. BUCHHEIM, Christlich, konservativ, liberal, sozial, 1977/1981, S. 38–40.

⁵⁹³ ACSF, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 15; vgl. CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 4–6.

⁵⁹⁴ Vgl. z. B. DETTLING, Macht der Verbände. Einleitung, 1976.

⁵⁹⁵ ACSF, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 15.

Das Paradox der Betonung des Christlichen in CDU und CSU in den 1970er Jahren bestand in der Tatsache, dass all die Begriffe, die damit verbunden wurden, der christlichen Begründung nicht bedurften. Über *Freiheit, Solidarität, Subsidiarität, Partnerschaft, Gerechtigkeit, den Menschen, die Grundwerte* konnte gesprochen werden ohne Verweis auf theologische Zusammenhänge. Rainer Barzel, 1972 unter massivem Druck, beschrieb den Kurs der Partei als *antisozialistisch, freiheitlich, partnerschaftlich, demokratisch*, auf die *soziale Marktwirtschaft* setzend – aber nicht *christlich*.⁵⁹⁶ Kurt Biedenkopfs Texte zur Reform der Partei kamen weitgehend ohne christliche Bekenntnisse aus;⁵⁹⁷ in seiner kritischen Analyse der Partei im März 1973 hatte er konstatiert, dass die „christlichen Bekenntnisse [...] keine wirksame Grundlage politischer Integration mehr darstellten“.⁵⁹⁸ Helmut Kohls programmatische Beiträge zu Beginn der 1970er Jahre ließen den Bezug zum Christlichen ebenfalls vermissen – das änderte sich erst, als er den Parteivorsitz übernahm.⁵⁹⁹ Franz Josef Strauß legte ohnehin großen Wert darauf, das C auf die Verpflichtung auf das *Sittengesetz* zu reduzieren.⁶⁰⁰ Die überlieferten Begriffe des christlichen Vokabulars erfuhren eine Enttheologisierung, die mit ihrer Liberalisierung einher ging. Dies öffnete die Parteien für diejenigen, die mit dem christlichen Glauben nichts mehr anzufangen wussten. Die christliche Verankerung gebe der Partei eine „ethische Grundlage“, die auch von Nichtchristen anerkannt werden könne, konstatierte das *Ludwigshafener Grundsatzprogramm* der CDU.⁶⁰¹ Auch in diesem Zusammenhang gewann der Begriff der *Werte* an Bedeutung in der politischen Sprache der Union.

Die intensive Programmarbeit von CDU und CSU in den 1970er Jahren ist auch als eine Antwort auf die Säkularisierung der Gesellschaft und den Wandel ihres Verhältnisses zu den christlichen Kirchen zu verstehen. Als exklusive Sinnproduzenten für die C-Parteien fungierten diese, zumal die katholische Kirche, nicht mehr. Das wurde in den Parteien besonders in der Krisensituation im Frühjahr 1973 scharfsichtig bemerkt.⁶⁰² Für die CSU forderte Walter Becher daher die Erarbeitung eigener Begriffe, um das Grundsätzliche zu beschreiben, die Entwicklung einer „zivilen Theologie“.⁶⁰³ Vom C kamen die Parteien allerdings nicht los, selbst wenn Anfang der 1970er Jahre Vorschläge lanciert wurden, dieses aus dem Partei-

⁵⁹⁶ Vgl. BARZEL, Keine Öffnung für den Sozialismus, 1972; ders., Friede, Freiheit und Gerechtigkeit, 1972; ders., Der Dienst, 1973.

⁵⁹⁷ Vgl. z. B. KURT H. BIEDENKOPF, Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, 16. 3. 1973; ders., Fortschritt in Freiheit, 1974.

⁵⁹⁸ KURT H. BIEDENKOPF, Eine Strategie für die Opposition, in: DIE ZEIT, 16. 3. 1973.

⁵⁹⁹ Vgl. KOHL, Hausputz hinter den Fassaden, 1971; ders., Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, 1975.

⁶⁰⁰ Vgl. z. B. ACSP, Parteitagprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 80.

⁶⁰¹ Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978, S. 123.

⁶⁰² Vgl. z. B. BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, Paul Mikat, S. 1161–1165.

⁶⁰³ ACSP, LGF – V 29. 1. 1973, Niederschrift über die Sitzung des Landesvorstandes der CSU, 29. 1. 1973, S. 63. Die Forderung nach einer „zivilen Theologie“ hatte Peter Schmidhuber in einer Sitzung der CSU-Landesgruppe formuliert.

namen zu streichen.⁶⁰⁴ Die Kraft des Begriffs rührte aus seiner Verwobenheit mit der Parteigeschichte. Das C „bleibt“, unterstrich Barzel 1973 energisch, „oder wir verlieren die Kontinuität unserer selbst und beenden damit unseren geschichtlichen Auftrag“.⁶⁰⁵ Das C blieb. Ihm wurden allerdings weitere Begriffe gleichrangig beigeordnet. Die Union bezeichnete sich, wie wir gesehen haben, als *konservativ, sozial, christlich* und *liberal* – und als Letzteres besonders nachdrücklich.

Wenn CDU und CSU von sich als *liberalen Parteien* sprachen, so zielte das zualererst auf die FDP. Die nämlich habe sich, seitdem sie als Koalitionspartner der SPD weit nach links gerückt sei, vom Liberalismus verabschiedet.⁶⁰⁶ Eine alternative Version brachte Biedenkopf vor, der argumentierte, dass sich der „historische Auftrag“ von Liberalismus wie Sozialismus erfüllt habe, diese Allgemeingut geworden seien und deshalb neue Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart nötig seien – wie sie nur die nach 1945 gegründete Union geben könne.⁶⁰⁷ Die „tragenden Ideen eines modernen und sozialen Liberalismus werden heute in der Bundesrepublik konsequent nur von den Unionsparteien vertreten“, behaupteten diese 1975 apodiktisch.⁶⁰⁸ Dabei hatten sie den Wahlkampf 1976 und damit das bürgerliche Wählerreservoir fest im Blick.⁶⁰⁹ Wie wir gesehen haben, rückte der Freiheitsbegriff in CDU wie CSU ins Zentrum ihrer Selbstverständigungsdebatten.

Die *Freiheit*, die die Union propagierte, zielte erstens auf den einzelnen, dem *Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Selbstverwirklichung, Selbständigkeit, Selbsthilfe, Selbstentfaltung* und *Leistungsgerechtigkeit* versprochen wurden. Sie zielte zweitens auf die *Freiheit der Wirtschaft*, realisiert in der sozialen Marktwirtschaft, aufbauend auf *Wettbewerb, Leistung, privater Initiative, privatem Eigentum, Vertragsfreiheit, Tarifautonomie* und *verlässlicher Ordnungspolitik*. Es schade überhaupt nichts, sich in wirtschaftspolitischen Fragen das „Gedankengut des klassischen Liberalismus“ zueigen zu machen, meinte Johann Wilhelm Gaddum, Finanzminister in Rheinland-Pfalz.⁶¹⁰ Drittens zielte sie auf die *Freiheit des Staates* nach innen und außen, so dass dieser wieder an *Autorität* gewinnen und die Demokratie gefestigt werden könne. Der Union ging es darum, die *Freiheit* und damit die liberale Demokratie zu bewahren vor dem Ansturm „linker Utopie“ und „Ideologie“.⁶¹¹ Im anderen Teil Deutschlands hatte die obsiegt und die *Freiheit* verkümmern lassen. Der Ruf nach *Freiheit* hätte daher immer eine deutschland- und außenpolitische Komponente: Die CDU wollte politisch so agieren, um das Versprechen auf *Freiheit* für die Menschen in der DDR in einem wieder-

⁶⁰⁴ Vgl. RADUNSKI und NIEMETZ, Die Anlage des Landtagswahlkampfes, 1971; in einem Interview wurde Gerhard Schröder 1973 mit diesen Vorschlägen konfrontiert, der sie ablehnte, vgl. Schröder zur künftigen Position der Union, 1973.

⁶⁰⁵ BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, S. 1087.

⁶⁰⁶ Vgl. z. B. KOHL, Freiheit und Gerechtigkeit, 1976.

⁶⁰⁷ Vgl. BIEDENKOPF, Fortschritt in Freiheit, 1974, S. 111–113.

⁶⁰⁸ Die FDP redet von Liberalismus – Die Union praktiziert ihn, 1975.

⁶⁰⁹ Vgl. ACDP, 07-001-17019, Warnfried Dettling an Hoffmann, Asmussen, Kreye, Stronk, 4. 4. 1974, Anlage: Zur politischen Strategie der CDU, S. 15.

⁶¹⁰ GADDUM, Der Bürger und sein Staat, 1975, S. 129.

⁶¹¹ Vgl. z. B. KOHL, Recht sichert die Freiheit, 1978.

vereinigten Deutschland einzulösen. Und nicht nur das: Die *Freiheit*, für die der *Westen* einstand, sollte sich im Systemkonflikt durchsetzen. Dafür war eine Politik nötig, die auf *Sicherheit* setzte, und dies im umfassenden Sinne: „Äußere und innere, militärische und politische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit gehören zusammen und ergänzen einander“. ⁶¹² In Zeiten des Terrorismus hatte der Sicherheitsbegriff eine Aufwertung erfahren und sich in der politischen Sprache der Union eng mit dem eingeführten Ordnungsbegriff verbunden. Beide waren auf den Begriff der *Freiheit* hin ausgerichtet – *Sicherheit* und *Ordnung* waren nötig, um die *Freiheit* zu sichern, so lautete eine viel benutzte Formel. ⁶¹³ Dazu kam, dass die allenthalben konstatierte tiefe und umfassende *Krise* nicht nur der Bundesrepublik, sondern der westlichen Welt in toto ein Unsicherheitsgefühl erzeugte, das sich in einem Bedürfnis nach mehr Sicherheit ausdrückte. Wie solche Sicherheit in einer freien Gesellschaft gewährleistet werden konnte, das war eine der großen Fragen der 1970er Jahre. ⁶¹⁴ Um den Begriff der *Freiheit* spann sich also ein semantisches Netz, das in weite Teile der Programmatik vordrang.

Die Umarmung des Liberalismusbegriffs durch die Union war keineswegs so selbstverständlich, wie sie dargestellt wurde. Sicherlich hatte Gerhard Stoltenberg recht, wenn er auf die liberalen Traditionen der Partei verwies und Ernst Lemmer und Ludwig Erhard zu deren Kronzeugen machte. ⁶¹⁵ Doch verdeckte er mit dieser Genealogie die Aversionen gegenüber dem Liberalen, die bis weit in die 1960er Jahre noch vorherrschten und in den 1970er Jahren in abgeschwächter Form auf dem christlich-sozialen Flügel weiterhin artikuliert wurden. ⁶¹⁶ Große Vorbehalte gegenüber dem Liberalen waren darüber hinaus in Fragen der Moralpolitik, die in den 1970er Jahren angesichts der Initiativen der sozialliberalen Koalition zur Reform des Ehescheidungsrecht sowie des Paragraphen 218 im Fokus der öffentlichen Debatte standen, in den Unionsparteien weit verbreitet. ⁶¹⁷ Dies nun deckte Helmut Schelsky schonungslos auf, ⁶¹⁸ der, wie wir gesehen haben, systematisch

⁶¹² Grundsatzprogramm der CDU, Ludwigshafen 1978, S. 163.

⁶¹³ Vgl. SAUPE, „Innere Sicherheit“ und „Law and Order“, bes. S. 180–186. Für die Verbindung von *Sicherheit*, *Ordnung* und *Freiheit* vgl. z. B. KOHL, Perspektiven freiheitlicher Politik, 1977, S. 15. Zum Sicherheitsdiskurs vgl. SCHILDT, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“, S. 467–472; zum Terrorismus allg. vgl. WEINHAUER et al., Terrorismus in der Bundesrepublik; HÜRTER, Terrorismusbekämpfung in Westeuropa.

⁶¹⁴ Vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 47–87; CONZE, Die Suche nach Sicherheit, S. 569–574.

⁶¹⁵ Bundesparteitag der CDU 1978, S. 73; die gleiche Herleitung gibt BIEDENKOPF, Die Politik der Unionsparteien – Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus, 1973, S. 5–6.

⁶¹⁶ Vgl. z. B. die Äußerungen des Vorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Alfons Müller zur Gleichwertigkeit von *Freiheit* und *Solidarität* auf dem Ludwigshafener Parteitag der CDU 1978: Bundesparteitag der CDU 1978, S. 129; sehr abwägend auch BLÜM, Christlich-Sozial: Zwischen!, 1980. Zu den Auseinandersetzungen in der Union um den Liberalismus-Begriff in den 1950er und 1960er Jahren siehe oben S. 164–186.

⁶¹⁷ Zur kirchlichen Diskussion um den Paragraphen 218 vgl. GROSSBÖLTING, Der verlorene Himmel, S. 131–136; MANTEI, Nein und Ja zur Abtreibung; aus rechtshistorischer Sicht: BEHREN, Die Geschichte des § 218 StGB; zur Debatte um das Ehescheidungsrecht vgl. NEUMAIER, Ringen um Familienwerte?. Zur Familienpolitik vgl. SCHUMANN, Bauarbeiten am „Fundament der Gesellschaft“.

⁶¹⁸ Vgl. SCHELSKY, Wie liberal ist die CDU?, 1976.

versuchte, CDU und CSU in seinem Sinne zu beeinflussen und durchaus Widerhall fand in der Union.⁶¹⁹ Dass die „neue soziale Frage“ eine „liberale Frage“ sei, wie Kohl behauptete, weil sie die neuen Gefährdungen der Freiheit im bürokratisierten Wohlfahrtsstaat offenlege,⁶²⁰ zeigte zudem, auf welch glattem Eis sich die CDU mit ihrer Liberalismus-Rhetorik bewegte.

Freiheit sollte sich in *Bindung*, in wohlgestalteter *Ordnung* manifestieren, als *verantwortete Freiheit* eben. Die *Selbstverwirklichung* des einzelnen, die die CDU meinte, respektierte die Grenzen, die die Gesellschaft setzte. Ihr Gegenbegriff war die *Emanzipation*, die letztlich zur Zerstörung der *Freiheit*, zur Negation der *Verantwortung* für den anderen, zur Unterminierung der liberalen und sozialen *Ordnung* führen würde.⁶²¹ „Libertinage hat mit Liberalität nichts zu tun“,⁶²² betonte Kohl und versuchte damit, den Liberalismus-Begriff für die Union verwendbar zu halten. In aller Deutlichkeit besorgte die Arbeit am Begriff Franz Josef Strauß, und was er für seine CSU definierte, traf auch auf die CDU zu: Die CSU sei *liberal* „im Sinne des liberalen Gedankenguts, das heute Allgemeingut aller wirklich modernen und fortschrittlichen Kräfte“ sei. Dagegen habe seine Partei „nichts mit jener Entartungserscheinung des Spätliberalismus gemeinsam, in dem hemmungslose Freiheit des Individuums bereits Hand in Hand mit der Förderung kollektivistischer Tendenzen gleichzeitig vertreten wird. Diese Art Pseudoliberalismus macht sich auch zum Wegbereiter und Steigbügelhalter des Sozialismus“ und damit zum Zerstörer der Demokratie.⁶²³ Während Strauß konsequenter Weise seine Politik als *liberal-konservativ* bezeichnete, scheute Kohl eine solche Qualifizierung des Liberalismusbegriffs – obwohl sie durchaus nahe gelegen hätte.

Aber das Liberale sollte ja auch nur ein Teil der Unionsprogrammatik sein. Die gleichgewichtige Aneinanderreihung von politischen Zuschreibungsbegriffen machte nicht nur manchen Parteipolitiker ratlos, wie etwa Norbert Blüm, der einen „Hauptnenner“ in diesem „Kartell von Traditionen“ forderte und den, kaum überraschend, im C sehen wollte – naturgemäß einem C im Sinne der Sozialausschüsse.⁶²⁴ Auch die politischen Beobachter wunderten sich über die „stattliche Zahl von Gemeinplätzen“ in den programmatischen Texten der Union, das „Ragout“, das der Öffentlichkeit serviert wurde.⁶²⁵ Dieses Ragout fand dann aber

⁶¹⁹ Vgl. z. B. die Äußerungen Richard von Weizsäckers im CDU-Bundesvorstand: BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, S. 1159; außerdem Schelskys Referat beim CSU-Parteitag 1973: ACSP, Parteitagsprotokolle, 19730928, Helmut Schelsky, Der selbständige Mensch in der modernen Gesellschaft. Individuelle oder kollektive Verantwortung. Vgl. dazu die Auswertung durch die CDU-Planungsgruppe: ACDP, 07-001-17025, Auswertung der Rede von Helmut Schelsky: „Der selbständige oder der betreute Mensch?“ vor dem Parteitag der CSU in München, September 1973.

⁶²⁰ KOHL, Freiheit und Gerechtigkeit, 1976, S. 20.

⁶²¹ Vgl. z. B. Herausforderungen unserer Zeit, 1972, S. 30–31; BIEDENKOPF, Auftrag und Ethos der CDU, 1976; DETTLING, Demokratisierung, 1974.

⁶²² KOHL, Perspektiven freiheitlicher Politik, 1977, S. 20.

⁶²³ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19711017, Parteitag der CSU, 17. 10. 1971, S. 35.

⁶²⁴ Bundesparteitag der CDU 1978, Norbert Blüm, S. 138.

⁶²⁵ HERBERT RIEHL-HEYSE, Auf der Suche nach einem klaren Profil, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 12. 3. 1976.

doch einen Generalnenner, der allerdings kaum zur Profilschärfung beizutragen imstande war: *Partei der Mitte*. Seit den Gründungsjahren von CDU und CSU gehörte diese Formel zu den Schlüsselbegriffen ihrer politischen Sprache.⁶²⁶ In den 1970er Jahren erfuhr sie eine starke Aufwertung. Die *Mitte* sollte zum Integrationsbegriff werden, der das „Kartell der Traditionen“ in der Union, um mit Blüm zu sprechen, überwölbte. Insofern beerbte der Begriff der *Mitte* das C, das im Zuge des Säkularisierungsprozesses immer fragwürdiger geworden war. Wollte die CDU eine Zukunft haben, musste sie „eine Sprache der Mitte entwickeln“, forderte Biedenkopf in der aufgeheizten Atmosphäre des Frühjahrs 1973. Das bezog sich auch auf die schwierige innerparteiliche Situation, die von einem Auseinanderstreben der Flügel gekennzeichnet war. Die Polarisierungstendenz, die die politische Kultur der 1970er Jahre grundsätzlich kennzeichnete, war auch in der Partei spürbar. Auf der einen Seite eigneten sich der christlich-soziale Flügel, der RCDS und die Frauen-Union immer deutlicher Positionen an, die als *links* galten, was sich besonders in der die Partei über Jahre aufwühlenden Debatte um die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung zeigte.⁶²⁷ Auf der anderen Seite gewann der marktliberal, etatistisch und national argumentierende Flügel an Bedeutung, als dessen Sprecherfiguren sich Alfred Dregger, Karl Carstens und Gerhard Stoltenberg profilierten. Die CDU wurde in ihrem Reformjahrzehnt „vieltimmiger“.⁶²⁸ In der *Mitte* suchte die *Volkspartei* also auch ein neues integrierendes Moment.

Nur wofür stand *die Mitte*? Als relationaler Begriff bedurfte *Mitte* immer der Abgrenzung gegenüber den Polen, zwischen denen er angesiedelt wurde. Gegenbegriffe waren nötig, die Grenzen definierten. Als solche fungierten etwa *schwärmerischer Sozialismus, sozialistische Gleichheitsideologie, egalitäre Gleichmacherei, Dogmatisierung, Ideologisierung, obrigkeitstaatliche Bevormundung* – alles Beispiele aus der Rede Kohls nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 1973.⁶²⁹ Als Extreme in einer auf die *Mitte* verpflichteten Sprache benötigten sie dann aber auch einen Ausgleich, das war geradezu das Gesetz der *Mitte*. Ein solcher Ausgleich manifestierte sich in Begriffen, die das synthetische Prinzip versinnbildlichten: *Partnerschaft, Evolution, Reform, soziale Marktwirtschaft, Solidarität* beispielsweise. Sie gehörten zu den Essentials der politischen Sprache der Union, ihre Tradierung und Aktualisierung sorgte für Stabilität im Begriffshaushalt und damit auch für jene Kontinuität, die das parteigeschichtliche Narrativ verlangte. Zugleich wurden neue synthetische Begriffe ausgeprägt, wie etwa *humanes Leistungsprinzip, verantwortete Freiheit, Chancengerechtigkeit* bzw. *Chancengleichheit, partnerschaftliche und funktionsgerechte Mitbestimmung, Gemeinschaftsbezogenheit*

⁶²⁶ Siehe S. 167–168, 202–204.

⁶²⁷ Für eine kurze Zusammenfassung der bundesrepublikanischen Debatte um die Mitbestimmung vgl. SÜSS, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära, S. 196–199 und 203–205; GEYER, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, S. 138–143.

⁶²⁸ BÖSCH, Die Krise als Chance, S. 303. Zur Flügelbildung vgl. SCHMIDT, „Die geistige Führung verloren“, S. 104–107.

⁶²⁹ Bundesparteitag der CDU Bonn 1973, S. 88–106.

individueller Freiheiten oder *Sozialpflichtigkeit von Eigentum*. Sie sollten das leisten, was Biedenkopf 1973 verlangt hatte: Sie sollten die „Sprache der Mitte“ prägen, eine Sprache, die in ihrer synthetischen Kraft dazu geeignet war, die auseinanderstrebenden Flügel der *Volkspartei* zusammenzuhalten. Dass das Strukturprinzip der Gegensatzbildung und das des Ausgleichs und der Synthese aufeinander bezogen waren, dies war, wie wir vielfach gesehen haben, konservativem Denken seit jeher eingeschrieben.⁶³⁰

Die Attraktivität des Begriffs der *Mitte* rührte dabei zu einem Gutteil aus der Flexibilität, mit der er angewendet werden konnte. Die Union verortete sich, je nach Situation, in der *Mitte* zwischen *Progressiven* und *Reaktionären*,⁶³¹ zwischen „demokratischer Linker“ und „demokratischer Rechter“,⁶³² zwischen „sozialistische[m]“ und „hybrid liberalistische[m] Denken“⁶³³ oder zwischen „Individualismus“ und „Kollektivismus“, „Kapitalismus und Sozialismus“.⁶³⁴ Auch das charakteristische Modell kontinuierlicher Zeitlichkeit wurde über den Begriff der *Mitte* beschrieben: Unter *Mitte* verstehe die CDU, so Helmut Kohl 1971, „Geschichte und Tradition nicht über Bord zu werfen, sondern weiterzubauen und weiterzuschreiben; *Mitte* heißt aber [...] ebenso klar, das, was sich nicht als tragfähig für die Zukunft erweist, mit Sorgfalt, aber dann auch konsequent und mutig durch Neues zu ersetzen“.⁶³⁵ Das semantische Netz, das sich um den Begriff der *Mitte* schlang, drang tief ein in die politische Sprache der Union, so wie das bereits seit den Gründungsjahren der Partei der Fall war. Die Begriffe *Ausgleich*, *Maß*, *Gleichgewicht* und *Synthese* verbanden sich zuvorderst mit dem Sprechen über die *Mitte*. So definierte etwa der katholische Theologe und Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning den Solidaritätsbegriff über das „Gleichgewicht [...] zwischen Rechten und Pflichten des Gliedes [...] und des Ganzen [...]“, zwischen „Bindung“ und „Rückbindung“, so dass der Begriff „die goldene *Mitte*“ zwischen „Individualismus“ und „Kollektivismus“ besetze und sich damit jedem „Radikalismus“ versage.⁶³⁶

Mit der Position der *Mitte* verknüpfte die Union darüber hinaus einen spezifischen Politikstil – auf *Vernunft* basierend, extremen Lösungen abhold, am rechten *Maß* orientiert, den Konsens suchend. Genau das hatte ihr Hans Maier bereits 1969 empfohlen und darin einen neuen Konservatismus erkannt.⁶³⁷ „Politische *Mitte* bedeutet“, so Theo Waigel für die CSU, „politische *Vernunft* und Absage an politische Heilslehren“.⁶³⁸ Gerne wurde dafür das Bürgertum in die Pflicht

⁶³⁰ Vgl. GREIFFENHAGEN, Das Dilemma, 1971, S. 231–233.

⁶³¹ Vgl. z. B. ACSP, NL Jaeger, P 20, Prominente Politiker schreiben für die AZ – Die Stimme der CSU: Dr. Richard Jaeger, in: ABENDZEITUNG, 2. 1. 1969.

⁶³² Vgl. STRAUSS, Was will die CSU?, 1976, S. 13.

⁶³³ BÖHM, Braucht die Union ein Programm?, 1978, S. 60.

⁶³⁴ BLÜM, Auf einen Fingernagel, 1980, S. 32.

⁶³⁵ HELMUT KOHL, CDU – Platz in der *Mitte*, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 8. 1. 1971; ähnlich: KLEIN, Weder Anpassung noch Konfrontation, 1973, S. 62.

⁶³⁶ NELL-BREUNING, Grundsätze christlich-sozialer Politik, 1975, S. 28–29.

⁶³⁷ Siehe S. 323–324.

⁶³⁸ ACSP, Parteitagsprotokolle, 19760313, Parteitag der CSU, 13. 3. 1976, S. 21.

genommen, wurden „bürgerliche Tugenden“ als Gewähr für eine Haltung des „Maß[es]“ und der „Mitte“ gepriesen.⁶³⁹ Auch hier befanden sich die Unionsparteien in symbiotischer Nähe zu den intellektuellen, liberal-konservativen Wortführern einer „Philosophie der Bürgerlichkeit“.⁶⁴⁰ Die Evokation des Bürgerlichen diente dabei auch der sozialen Dimension, die der Begriff ansprach: Die Union zielte auf die *Mitte* der Gesellschaft, auf jene Schichten, die die Republik trugen. Auch dieses semantische Netz zeigte sich beständig, wie nicht zuletzt Ludwig Erhard bewies, der dessen ordoliberalen Wurzeln 1973 aktualisierte und damit gleichzeitig an die *soziale Marktwirtschaft* als Ausdruck des Strebens nach „Maß und Mitte“ erinnerte.⁶⁴¹ Eine Politik, die der *Mitte* verpflichtet war, sollte dabei nicht allein für die Integration des Gegensätzlichen, sondern für dessen Synthese, aus der etwas Neues entstehe. Am Beispiel der Geschichte der Unionsparteien zeige sich dies in aller Deutlichkeit, argumentierte Warnfried Dettling. Denn den politischen Strömungen des „Liberalismus“, „Konservativismus“ und der „christlichen Soziallehre“, die allesamt in CDU und CSU aufgegangen seien, sei der „extreme Rand gleichsam abgekappt“ worden. Deshalb stellte die CDU als „Volkspartei der Mitte“ eine „von den extremen Rändern befreite und deshalb geläuterte Synthese“ dar.⁶⁴²

Eine solch explizite Abgrenzung von den Extremen im sprachlichen Duktus der *Mitte* war Anfang der 1970er Jahre nötig geworden und hatte den Nachdruck, mit dem die Union auf die *Mitte* pochte, massiv verstärkt. Ihr Anrecht auf die Vertretung der *Mitte* wurde CDU und CSU nämlich von der SPD streitig gemacht.⁶⁴³ Indem Brandt in der Abschlusssitzung des sechsten Bundestags im September 1972, auf dem Wahlparteitag der SPD und noch einmal in seiner Regierungserklärung im Januar 1973 eine „neue Mitte“ in der Bundesrepublik proklamierte, geschaffen durch die sozialliberale Koalition, suchte er das politische Koordinatensystem begrifflich zu verschieben. Der entscheidende historische Einschnitt, der sich im Regierungswechsel 1969 ausgedrückt habe, sei die „Verlagerung der politischen Mehrheit von der rechten zur linken Mitte“ gewesen. Daraufhin sei die Union nach „rechts“ gerückt und die politische „Mitte“ werde durch SPD und FDP repräsentiert.⁶⁴⁴ Dazu kam, dass die SPD dabei auch den Konservatismusbegriff aufgriff und ihn einer auf der Rechten platzierten Union zuschrieb.⁶⁴⁵ Es war vor allem Franz Josef Strauß, der für die Union den Begriff der *Mitte* vor dem „großen propagandistischen Vernebelungs- und Vertuschungsmanöver“ Brandts zu retten suchte – im Bundestag und auf dem

⁶³⁹ BIEDENKOPF, Auftrag und Ethos der CDU, 1976, S. 11.

⁶⁴⁰ Vgl. HACKE, Philosophie der Bürgerlichkeit.

⁶⁴¹ Vgl. LUDWIG ERHARD, Die neue Mitte – eine blutleere Formel, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 22. 1. 1973.

⁶⁴² DETTLING, Die christliche Demokratie vor den Europawahlen, 1978, S. 56.

⁶⁴³ Für eine frühe Reaktion auf diese Taktik vgl. PÜTZ et al., 34 Thesen zur Reform der CDU, 1969.

⁶⁴⁴ DBT, 6. WP, 199. Sitzung, 22. 9. 1972, S. 11764; DBT, 7. WP, 7. Sitzung, 18. 1. 1973, S. 133; VORSTAND DER SPD, Außerordentlicher Parteitag der SPD, 1972, S. 45–79, bes. S. 46 und 79.

⁶⁴⁵ Siehe S. 311–313.

Parteitag der CDU.⁶⁴⁶ Das Argument war begriffspolitisch informiert: Die Proklamation einer *neuen Mitte* und die gleichzeitige Identifikation des Begriffs *konservativ* mit *reaktionär* gehöre zu der Sprachstrategie von SPD und FDP, mit der sie „Bewusstseinsgestaltung oder Bewusstseinsänderung“ betreibe. Eine „linke Mitte“ aber könne es nicht geben, konterte Strauß: „Denn wenn die Mitte links ist, dann ist sie nicht mehr Mitte, und was links ist, kann nicht Mitte sein.“⁶⁴⁷

Das begriffspolitische Ringen um die *Mitte* sollte in den 1970er Jahren nicht mehr verhallen. Den Mechanismus, der hinter diesem ‚Kampf‘ um einen Begriff steckte, beschrieb Kurt Sontheimer 1976 recht treffend. *Mitte* bedeute in der politischen Kultur der Bundesrepublik „nahezu alles und darum eigentlich nichts“ und das sei der Fall, weil jene keine ernst zu nehmenden politischen Extreme aufweise. Deshalb sei die Okkupation der *Mitte* allein „ein Protest gegen jeden Versuch, vom Gegner in die eine oder die andere Ecke des politischen Spektrums verwiesen zu werden“, sich des Verdachts des Extremismus zu erwehren. Dieser Reflex, so Sontheimer, rühre aus dem warnenden Beispiel der Weimarer Republik, das in der bundesrepublikanischen Politik omnipräsent sei. Aus der Lehre, die daraus gezogen werde, resultiere die Angst, dass die politische Mitte ein weiteres Mal nicht stark genug sein könnte, um dem Ansturm der Extreme gewachsen zu sein.⁶⁴⁸ Diese Analyse traf. Die aufgeregte Furcht vor einer linken Manipulation der tragenden Begriffe der Demokratie und das Bemühen um konsensuale Begriffe in der politischen Sprache der Bundesrepublik, das Zurückschrecken in der CDU vor einer allzu starken Polarisierungsstrategie, die die CSU verfolgte, das Bemühen um die *Grundwerte*, all dies wurde diskutiert vor dem Hintergrund des Jahres 1933. Was Sontheimer allerdings übersah, war die tief gehende Bedeutung, die der Begriff der *Mitte* in der politischen Sprache der Union einnahm – er stand für eines ihrer zentralen Strukturprinzipien. Nur so lässt sich die Aufgeregtheit verstehen, mit der auf die begriffliche Herausforderung der *neuen Mitte* reagiert wurde. Brandts *neue Mitte* war in der Tat „eine außergewöhnlich gefährliche, den Gegner deplazierende und deklassierende Waffe gegen die Unionsparteien“, wie Herbert Kremp in der *Welt* scharfsichtig erkannte.⁶⁴⁹ Verlor die Union den Kampf um die *Mitte*, verlor sie einen gewichtigen Teil ihrer politischen Sprache.

Fand die Union nun zu einer neuen Sprache in den 1970er Jahren? Überwand sie ihre Sprachlosigkeit, mit der sie seit den frühen 1960er Jahren kämpfte? CDU und CSU taten jedenfalls viel dafür, verstärkt seit 1973, dem Verlust ihrer Sprache zu begegnen. Dass ihre volltönenden Ankündigungen einer intellektuellen Ausrüstung im ‚Kampf um die Begriffe‘ vor allem auch ein taktischer Schachzug im

⁶⁴⁶ DBT, 6. WP, 199. Sitzung, 22.9.1972, S. 11777; und: DBT, 7. WP, 8. Sitzung, 24.1.1973, S. 171–172. Dazu: „Da kann sich ja jeder was reindenken“, in: DER SPIEGEL, 29.1.1973.

⁶⁴⁷ Bundesparteitag der CDU Hamburg 1973, S. 371–372.

⁶⁴⁸ KURT SONTHEIMER, Der Drang zur Mitte, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 7.5.1976.

⁶⁴⁹ HERBERT KREMP, Jetzt droht der CDU der Hinauswurf aus der Epoche, in: DIE WELT, 22.1.1973.

Spiel medialer Aufmerksamkeitsökonomie waren, haben wir gesehen. Sicherlich zeichnete sich die programmatische Erneuerung der Union durch eine besondere Sprachsensibilität aus, die zur bewussten Platzierung von Begriffen führte. Doch die politische Sprache war nun einmal nicht so einfach steuerbar, wie Biedenkopf und seine Strategen vorgaben. Das hatte Hermann Lübke 1975 am Beispiel des Konservatismusbegriffs gezeigt.⁶⁵⁰ Die überwiegende Mehrheit der Begriffe, aus denen die Union in den 1970er Jahren ihr Profil entwickelte und die nur in ihrer Bezogenheit aufeinander ihre charakteristische Bedeutung erlangten, waren seit Langem Teil ihres semantischen Haushalts. Sie wurden neu angeordnet, relativiert bzw. in ihrer Bedeutung hervorgehoben, rückten ins Zentrum der politischen Sprache, während andere an die Peripherie abgedrängt wurden. Zentrale Begriffe in der Sprache der Union der 1970er Jahre, wie besonders die Begriffe *Freiheit*, *Demokratie*, *der Mensch* und *Werte*, prägten diese seit 1945. Sie erfuhren eine durchgreifende Liberalisierung ihrer Bedeutungsgehalte, die sie zu Kristallisationskernen jener politischen Alternative werden ließ, die die Union in der Polarisierung der 1970er Jahre als Gegenstück zu *Sozialismus* und *Kollektivismus* formulierte. Aber selbst diese antisozialistische Stoßrichtung transportierten sie aus den 1950ern in die 1970er Jahre.

Allein, der Antisozialismus der Union trat nun als liberal auf, CDU und CSU verstanden sich als Erbinnen der liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts. Dementsprechend wandelte sich die Bedeutung, die dem Christlichen zugeschrieben wurde. Es wurde einerseits als Garant für die Freiheit des Individuums vorgestellt, andererseits fungierte es zunehmend als Marker für das Soziale. Die Liberalisierung der politischen Sprache der Union erfolgte in enger Verketzung mit dem Bedeutungswandel des Demokratiebegriffs. Das Liberale in der CDU und CSU bezog sich in erster Linie auf die Verfahren und Institutionen der Demokratie sowie des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Diese galt es zu *bewahren* und vor dem Ansturm der *revolutionären* Linken zu schützen. Das Liberale in der Union hatte einen konservativen Kern. APO, Studentenbewegung, der Regierungswechsel 1969 und schließlich die Bestätigung der sozialliberalen Koalition 1972 hatten diese Umkodierung der politischen Sprache der Union dabei nicht ausgelöst, sondern stark dynamisiert.

Sie wirkten auch deshalb so einschneidend, weil sie der Union eine kaum vorhersehbare Diskurskoalition bescherten. Die C-Parteien, die bislang ihre intellektuellen Reserven vornehmlich in den Kirchen, theologischen Seminaren und einer konservativen Kulturkritik gefunden und die Distanz zu einer modernen Intellektualität zunehmend als Defizit empfunden hatten, erhielten nun Unterstützung von relativ jungen, konsensliberal geprägten Politikwissenschaftlern und Soziologen. Dabei erwies es sich als weniger bedeutsam, dass diese sich – wie besonders Hans Maier – in den Parteien selbst engagierten, viel wichtiger waren ihre Beiträge zum öffentlichen Diskurs. Sie trugen gezielt zur Ausprägung und Vertiefung des semantischen Netzes bei, das die Alternative der Union kennzeichnete.

⁶⁵⁰ Siehe S. 240–241.

Auch deshalb war diese in erster Linie demokratietheoretisch und scharf antisozialistisch informiert. *Freiheit, Individuum, Staat, Autorität, Institution, Reform, Evolution, Grundgesetz, Werte, Nüchternheit, Wirklichkeit, Vernunft, Ausgleich* und so fort lauteten die Begriffe, die Hermann Lübke, Wilhelm Hennis, Hans Maier, Kurt Sontheimer und andere profilierten, und sie waren nicht von ungefähr deckungsgleich mit dem Begriffsarsenal, mit dem die Union hantierte. Die intellektuellen Advokaten einer Bewahrung der liberalen Demokratie allerdings stellten ihr Projekt in einen weiteren Rahmen: Als Hüter der Begriffe wollten sie einen Konservatismus aus liberalem Geiste, orientiert am angelsächsischen Vorbild, in der Bundesrepublik etablieren. Dieses Vorbild aber lehrte sie, dass ein solcher in einer Demokratie nur Erfolg haben konnte, wenn er von einer Partei getragen wurde.

Diese Rolle kam der Union zu. Der aber machte das „stachelige Wort“ des Konservatismus zu schaffen in den 1970er Jahren, und dies galt besonders für die CDU.⁶⁵¹ Ihre innerparteiliche Pluralität, die Begriffspolitik von SPD und FDP sowie die Okkupation des Konservatismusbegriffs durch die Neue Rechte ließen seine spitzen Stachel im Laufe der 1970er Jahre so verletzend zustechen wie selten zuvor. Zugleich aber holte die CDU der Begriff in seiner liberalen Lesart ein ums andere Mal ein: Denn sie teilte nun einmal alle Strukturprinzipien und Begriffsbestände mit der intellektuellen Alternative, die mit gutem Recht als *konservativ* etikettiert wurde, und ein solches Verständnis des Konservativen hatte sich zudem seit den späten 1950er Jahren in der Partei selbst entwickelt. Letztlich allerdings blieb der Begriff ambivalent. Dazu trug auch die CSU bei, die die Probleme ihrer Schwesterpartei in dieser Hinsicht nicht teilte und sich zu einer offensiven Umarmung des Konservatismusbegriffs entschloss. Aber auch sie war keineswegs Herrin über die begriffspolitische Lage, selbst wenn Franz Josef Strauß das glauben mochte. Ihr Flirt mit der Rechten diskreditierte den Konservatismusbegriff, so sehr Strauß auch die liberalen Potenziale seines Politikentwurfs betonte, die freilich in erster Linie marktliberal waren.

Dazu kam, dass zwei Strukturprinzipien konservativer Sprache in je unterschiedlicher Gewichtung in CDU und CSU zum Ausdruck kamen. Während die CSU das Prinzip der Gegensatzbildung stark machte, setzte die CDU auf das Prinzip des Ausgleichs, auch weil sie genötigt war, ihre ungleich größere innere Pluralität so aufzufangen. Allein: Dies – und die persönlichen Divergenzen unter den Spitzenpolitikern der Union – verdeckte die vielen Gemeinsamkeiten in der Sprache der beiden Parteien. In beiden Parteien wirkten beide Strukturprinzipien, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, und sie teilten die Grundbegriffe ihres Vokabulars. Sicherlich waren Begriffsbestände des Sozialen in der politischen Sprache der CDU ausgeprägter als in jener der CSU, nur darf das nicht den Blick dafür verstellen, dass in ihr die antisozialistische Semantik von *Freiheit, Individuum, Eigentum* und *Sicherheit* dominierte – auch im *Ludwigshafener Grundsatzprogramm*. Deshalb bedeutete die Kanzlerkandidatur von Strauß 1980

⁶⁵¹ BAUMANN und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971, S. 8.

sicherlich eine programmatische Weichenstellung, doch lag eben auch sie in der Konsequenz der politischen Sprache, die seit den frühen 1970er Jahren ausformuliert worden war. Sie, wie Frank Bösch das tut, als „Rückschlag für die gesamte programmatische Arbeit der CDU“ zu werten, unterschlägt die Ambivalenzen und liberalen Potenziale des Programmprozesses.⁶⁵² Das zeigte auch die Entwicklung Kurt Biedenkopfs nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär wegen zunehmender Differenzen mit Kohl. Fortan profilierte sich Biedenkopf angesichts von Rezession und zweiter Ölpreiskrise Ende der 1970er Jahre als marktliberaler Ordnungspolitiker mit engem Draht zu Strauß.⁶⁵³ Die Vielstimmigkeit der mittleren 1970er Jahre, die eine Folge der integrationswilligen Sprache des Ausgleichs in der CDU gewesen war, ließ Biedenkopf hinter sich.⁶⁵⁴ Die CDU sprach – genauso wie die CSU – in den 1970er Jahren eine konservative Sprache. Nur gab sie dem keinen Namen.

⁶⁵² BÖSCH, Macht und Machtverlust, S. 42.

⁶⁵³ Zu den geänderten Allianzen vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 239–256.

⁶⁵⁴ Vgl. GEYER, Rahmenbedingungen, S. 38; zum Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, das Biedenkopf zusammen mit Meinhard Miegel nach dem Vorbild britischer und amerikanischer Think-Tanks zur Propagierung marktliberalen Denkens gründete, vgl. KÖPF, Der Querdenker, S. 141–146; WENDT, Kurt Biedenkopf, S. 80–91.

4. Zwischenbilanz. Politische Sprachen des Konservativen im Vergleich – begriffliche Divergenzen und strukturelle Ähnlichkeiten

In den gut drei Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des NS-Regimes wurde in der Bundesrepublik um einiges erbitterter, ausführlicher und energischer über das Konservative gestritten, als dies in Großbritannien, dem Mutterland des modernen Konservatismus, der Fall war. Dies mag paradox anmuten – zumal dann, wenn man mit dem Gros der Forschung davon ausgeht, dass in der Bundesrepublik kein politisch ernstzunehmender, Einfluss besitzender Konservatismus existierte. Das Paradox löst sich auf, wenn die Strukturen und Logiken politischer Sprache in beiden Ländern in den Blick genommen werden. Welches Bild ergibt sich im systematischen deutsch-britischen Vergleich? Welche Zwischenbilanz kann nach der ausführlichen Betrachtung der Begriffsentwicklung in beiden Ländern gezogen werden?

Während in Großbritannien der Konservatismusbegriff als Bezeichnung für eine politische Strömung in der Demokratie etabliert war, wurde er in der Bundesrepublik nach 1945 nur mit großen Zweifeln in den demokratischen Begriffshaushalt aufgenommen. Die bundesrepublikanische Geschichte des Konservatismusbegriffs ist als stetes Ringen mit seinen antiliberalen Bedeutungstraditionen zu verstehen, die sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hatten und die der Begriff, wie wir gesehen haben, trotz aller sprachpolitischen Anstrengungen nicht abstreifen konnte. Von ausschlaggebender Bedeutung für die dem entgegengesetzte begriffliche Stabilität im britischen Vokabular der Demokratie war die Verankerung des Konservatismusbegriffs in der Sprache der Parteipolitik. Die Conservative Party beanspruchte die Deutungshoheit über das Konservative. Ihre Geschichte stellte die Begriffsvorräte bereit, die nötig waren, um seinen semantischen Netzen Konstanz zu verleihen. Die vielschichtigen Begriffsvorräte ermöglichten aber auch Neukodierungen des Begriffs, die als ebenso legitim, weil aus der begrifflichen Tradition schöpfend, dargestellt werden konnten wie die vorherrschenden Varianten. Neue Begriffe erlangten dann Wirkmächtigkeit, wenn sie in die bestehenden semantischen Netze eingepasst wurden. Diese stete Arbeit an den semantischen Netzen des Konservativen prägte die programmatischen Debatten in der Conservative Party. Dabei mussten auch die Grenzen des Konservatismusbegriffs stetig neu vermessen werden. Denn folgerichtig provozierte jede Neugewichtung, Aktualisierung oder Verdrängung von Begriffsbeständen die Frage, ob das Ergebnis noch *konservativ* sei. Wollte eine programmatische Alternative reüssieren, musste sie als eindeutig *konservativ* identifizierbar sein. Diese unbedingte Kraft des Konservatismusbegriffs, gegen den sich auch der Begriff *Toryism* nicht behaupten konnte, ist der eigentliche Grund für die scharfe innerparteiliche Lagerbildung mit ihren erbitterten Auseinandersetzungen.

gen und Grabenkämpfen, die die Conservative Party bis in die Gegenwart begleitet.

Wie tief diese Auseinandersetzungen die Geschichte der Conservative Party besonders seit der Mitte der 1960er Jahre prägten, wurde gezeigt. Die beiden innerparteilichen Lager, die sich bis spätestens Mitte der 1970er Jahre formierten, beriefen sich beide auf die konservative Tradition, und in der Tat operierten sie beide mit den Beständen des Konservatismusbegriffs. Sie konstruierten ihre jeweilige Version des Konservatismusbegriffs dabei nicht allein über den Rekurs auf seine semantischen Bestände, sondern auch entlang seiner spezifischen Strukturprinzipien, nach denen sich seine semantischen Netze ordneten: dem Prinzip der Zeitlichkeit, dem Prinzip des Ausgleichs und der Synthese, dem Prinzip der Gegensatzbildung und dem Prinzip der Repetition und Aktualisierung. Das Zusammenspiel von überlieferten Begriffsbeständen und diesen vier Strukturprinzipien charakterisierte die politischen Sprachen des Konservativen.

Während in Großbritannien also der Konservatismusbegriff als Selbstbeschreibungsbegriff einer Partei und einer Strömung politischen Denkens akzeptiert und von innen umkämpft war, gehörte er in der politischen Sprache der Bundesrepublik zu den Begriffen, die als gefährlich galten. Für die junge Demokratie trug er nach 1945 ein Zuviel an antiliberalem und antidemokratischem Gepäck, um für Intellektuelle wie für Parteien attraktiv zu sein. Gänzlich verdammen ließ er sich allerdings nicht aus dem demokratischen Vokabular der Bundesrepublik, dazu war er einerseits in der politischen Sprache zu tief verankert und andererseits zeugte gerade der Blick in die alten Demokratien – vor allem Großbritannien und die Schweiz – von der Möglichkeit und Lebendigkeit konservativen Denkens und Handelns in der Demokratie. Der von den Alliierten erzwungene Blick nach ‚Westen‘ öffnete die Fenster hin zu liberalen Varianten des Konservativen. Die 1950er Jahre waren daher durchzogen von einer tastenden Suche nach dem Konservativen, in der sich antiliberele mit liberalen Beständen mischten. Dass die Alliierten die Grenzen des Sagbaren klar gezogen hatten und diese von der Öffentlichkeit der jungen Republik verteidigt wurden, war dabei entscheidend. Allerdings konnten die rechten, antidemokratischen Potenziale des Konservatismusbegriffs, die sich vor allem mit der Weimarer neuen Rechten verbanden, nicht gänzlich verdrängt werden. Am Ende des Jahrzehnts hatten sich zwei Varianten des Konservatismusbegriffs herausgebildet: eine liberale und eine neurechte Variante. Sie sollten die Debatten in der Bundesrepublik bis heute kennzeichnen.

Für die Unionsparteien gestaltete sich diese semantische Situation schwierig. Ihnen wurde der Begriff genauso zugeschrieben wie er innerparteilich kultiviert wurde. Zugleich aber stieß er in CDU und CSU, in denen sich Politiker ganz unterschiedlicher parteipolitischer und intellektueller Traditionen gesammelt hatten, auf scharfe Ablehnung. Zur Integration dieser Vielfalt dienten die Begriffe *christlich*, *Mitte*, *Volkspartei* und bis in die Mitte der 1960er Jahre mit Einschränkungen *Weltanschauungspartei*. Nicht von ungefähr zählten sie zu den neuen Begriffen im politischen Vokabular des Deutschen. *Konservativ* wurde als Selbstbeschreibungsbegriff zweiter Ordnung verwendet. Die Liberalisierung des Begriffs

im Laufe der 1950er Jahre ließ ihn auch für die Unionsparteien unproblematischer werden; zugleich wirkten sie an seiner Liberalisierung mit. Es war daher kein Zufall, dass sich ein unbefangener Umgang mit dem „stacheligen Wort“¹ gerade dann einstellte, als an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren in der Union über den Liberalismusbegriff gestritten wurde, der von dem christlich-sozialen Flügel der Partei als inkompatibel mit dem Vokabular von CDU und CSU betrachtet wurde. Im Zuge dessen erfuhr der Konservatismusbegriff, konzentriert auf seine Zeitdimension, eine Aufwertung und wurde in zunehmende Nähe zum Begriff des *Christlichen* gebracht. Die Diffamierung des Konservatismusbegriffs durch Studentenbewegung und Neue Linke, die Begriffsstrategie der sozialliberalen Koalition und die offensive Okkupation des Begriffs durch die Neue Rechte der 1970er Jahre sorgten dafür, dass sich die zustimmende Bezugnahme auf den Begriff für CDU und CSU zu einer immer größeren Herausforderung entwickelte. Die gewichtigen intellektuellen Ansätze zur Profilierung eines Konservatismus aus liberalem Geiste, die auf die Union zielten, hatten angesichts dessen keine Chance.

Allerdings hielt die CSU an ihrem offensiven Kurs der Aneignung des Konservatismusbegriffs in den 1970er Jahren fest. Von Teilen der CDU wurde sie darin unterstützt, was zu heftigen programmatischen Spannungen innerhalb der Union führte. Diese konnten allerdings auch deshalb kanalisiert werden, weil alternative Selbstbeschreibungsbegriffe zur Verfügung standen und damit der Stellenwert des Konservatismusbegriffs in keiner Weise mit dem vergleichbar war, der ihm in der Conservative Party zukam. Das Bündel von Selbstbeschreibungsbegriffen, mit dem die Union aus semantischer Not hantierte und damit den Vorwurf der Profillosigkeit provozierte, sorgte also dafür, dass innerparteiliche Auseinandersetzungen nicht so bedingungslos geführt wurden, wie das in Großbritannien der Fall war. Von besonderer Bedeutung erwiesen sich dabei die oben genannten Integrationsbegriffe. Als neutraler Begriff, vergleichbar seinem britischen Pendant, konnte sich *Konservatismus* in der politischen Sprache der Bundesrepublik nicht durchsetzen. Er blieb ambivalent, relativ frei flottierend und interpretationsoffen.

Als Grundbegriff der politischen Theorie und als historische Kategorie war – und ist – *Konservatismus* ein Begriff des wissenschaftlichen wie auch des öffentlichen Diskurses. Wie sehr sein Stellenwert und seine Funktion in intellektuellen Debatten differieren konnten, zeigt der deutsch-britische Vergleich anschaulich. Da der Konservatismusbegriff in Großbritannien so stark auf die Conservative Party bezogen wurde und jene ihr Deutungsmonopol energisch verteidigte, wurde der Begriff außerhalb des parteipolitischen Feldes kaum konturiert. Vielmehr verleibte sich die Partei den intellektuellen Diskurs insofern ein, als sie intellektuellen Begriffsbestimmungen innerhalb der Partei Raum gab und den Typ des Parteiintellektuellen kultivierte. Sowenig ihre Konservatismusinterpretationen sich ähnelten, den Philosophen Michael Oakeshott und den Politikwissenschaftler

¹ BAUMANN und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971, S. 8.

Noël O'Sullivan einte die Verweigerung gegenüber dieser Strategie. Sie blieben Einzelgänger unter den britischen Konservatismusinterpreten nach 1945.

Dagegen führte die deutsche Situation einer relativen begrifflichen Offenheit dazu, dass sich eine weite, komplexe und über Jahrzehnte reichende intellektuelle Debatte um das Konservative entspann, in der Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Geschichte, die Liberalisierung der Bundesrepublik, die Aussichten der jungen Demokratie und nicht zuletzt das Verhältnis von Geist und Politik verhandelt wurden. In der Debatte über das Konservative erwogen die Intellektuellen die Chancen des bundesrepublikanischen Demokratieprojekts und reflektierten den Ort der jungen Republik im ‚Westen‘. Auch die geschichtswissenschaftliche Interpretation des deutschen Konservatismus fügte sich in diese Auseinandersetzung ein. Am Konservatismus schieden sich die Geister. Es war daher wenig verwunderlich, dass der Begriff in der politischen Polarisierung der 1970er Jahre eine entscheidende, aber zutiefst uneindeutige Rolle spielte.

Das hatte auch mit seiner Kopplung mit dem Begriff *rechts* zu tun, der in der politischen Sprache der Bundesrepublik antidemokratisch konnotiert war. Durch die Erfolge der NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde sie aktualisiert und durch die Theoretiker der Neuen Rechten bestätigt. Umso wichtiger war es für die Union, sich in der *Mitte* zu situieren. Dagegen eigneten sich die Kritiker des Heathschen Kurses in der Conservative Party den Begriff *Right* selbstbewusst an, wenn auch Margaret Thatcher und Keith Joseph eher vorsichtig mit diesem Etikett umgingen. *Right* wurde dabei in einen Gegensatz sowohl zu *Left* wie auch zu *middle way* gebracht. Das war nur möglich, weil dem Begriff die antidemokratische Bedeutungsebene fehlte, die er in der Bundesrepublik besaß, und weil er in der politischen Sprache der Partei fest verankert war. Das führte aber auch dazu, dass die Vertreter einer *New Right* sich innerhalb der Conservative Party verorteten, mehr noch, sich als die Advokaten des ‚wahren‘ Konservatismus gerieren konnten und ihre Entwürfe programmatisches Gewicht erlangten. Zugleich aber wurden sie so gezähmt. Dabei verdeckte diese Zuschreibung die Heterogenität der Bewegung, die letztlich allein durch ihre Opposition zu Heath und dem linken Feindbild zusammengehalten wurde: von Vertretern eines an Hayek und Friedman orientierten Neoliberalismus, über christlich inspirierte Feldzügler gegen die *permissiveness* und Advokaten einer auf überlieferten Traditionen, Institutionen wie Hierarchien basierenden Gesellschaftsordnung bis hin zu Kämpfern für einen autoritären, imperialistischen und rassistischen Nationalismus reichte die Spannweite der Bewegung. Dementsprechend vielschichtig war der *Thatcherismus*, dem sie den Weg bereitete.

Dagegen grenzte sich die Union von dem Begriff *rechts* unmissverständlich ab. In der CDU geschah das sehr entschieden; die CSU kam ebenfalls nicht umhin, das zu tun, betonte allerdings, dass die Abgrenzung nach *rechts* eine gleichzeitige Abgrenzung nach *links* erforderte, berief sich also auf das Prinzip des Ausgleichs und situierte sich in einer solchen *Mitte*. Zugleich wollte sie *rechte* wie *linke* Positionen in der *Volkspartei* integrieren. Dennoch richtete die antidemokratische Kodierung des Begriffs *rechts* einen Wall gegen das Eindringen neurechten Denkens

in die Union auf. Die Formierung der Neuen Rechten an der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren als intellektuelle Bewegung abseits der Union war auch dem geschuldet. Sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik differenzierten sich die politischen Sprachen des Konservativen seit Mitte der 1960er Jahre aus. Der Konservatismusbegriff erfüllte dabei eine jeweils unterschiedliche Funktion.

Die Vielschichtigkeit des Begriffs und seine Bedeutung in den Selbstverständigungsdebatten der bundesrepublikanischen Demokratie führten dazu, dass er selbst Gegenstand sprachpolitischer Auseinandersetzungen wurde. Seit 1945 gehörte der Hinweis, dass es sich um einen schwierigen und von deutscher Geschichte schwer beladenen Begriff handele, zu den selbstverständlichen Ingredienzien jeder Auseinandersetzung mit dem Konservativen. In den sprachpolitisch aufgeheizten 1970er Jahren wurde er zum Demonstrationsobjekt im ‚Kampf ums Heißen‘. Der deutsch-britische Vergleich zeigt anschaulich, dass die politische Thematisierung von Sprache ein Charakteristikum der politischen Kultur der Bundesrepublik war, in deren Hintergrund sowohl die historische Erfahrung mit der nationalsozialistischen Herrschaft als auch die gegenwärtige Erfahrung mit der DDR standen. Während die politische Sprachkritik in Westdeutschland seit 1945 etabliert war, besonders von Konservativen gepflegt wurde und schließlich in den 1970er Jahren ganz oben auf die politische Agenda rückte, wurde die sprachpolitische Karte in Großbritannien erst in diesem Jahrzehnt gezogen, ohne dass Thatcher mit ihrer Ausrufung des „war of words“ 1976 eine ähnliche Resonanz beschieden war wie Biedenkopfs Anklage linker Wortgebrauchspolitik drei Jahre zuvor. Nichtsdestotrotz standen hinter Thatchers Analyse exakt die gleichen sprachpolitischen Annahmen wie hinter der Begriffsoffensive der CDU: die Einschätzung, dass die Linke eine zielgerichtete Sprachstrategie verfolgte, um die Begriffe, auf denen die Demokratie ruhte, so zu manipulieren, dass der Sozialismus auf leisen Sohlen Einzug hielt; die Überzeugung, dass die Bedeutung der politischen Begriffe festgeschrieben und in ihrem Kern unveränderlich sei; und dass es die dringende Aufgabe der Parteien sei, die Begriffe zu hüten und damit die Demokratie zu verteidigen. Die Sprache wurde auch in Großbritannien zu einem Thema der politischen Auseinandersetzung gemacht; zugleich versuchten sich die Thatcherites an zielgerichteter Begriffspolitik. In beiden Fällen stützte die Sprachkritik das konservative Krisennarrativ, das wiederum der Neukodierung der politischen Sprachen des Konservativen Legitimation verschaffte. In beiden Fällen verstanden sich die Konservativen als Hüter der Begriffe der Demokratie.

Die britischen und deutschen Konservativen verband das unbestimmte Gefühl, der Sprache verlustig zu gehen, die Deutungshoheit über die politischen Begriffe an die Linke zu verlieren. Ein solches sprachpolitisches Unbehagen wurde bereits seit den frühen 1960er Jahren artikuliert, wenn auch in der Bundesrepublik expliziter sprachkritisch als in Großbritannien. Die Thematisierung von Sprache in der Politik trug zur Entstehung der Diskurskoalition zwischen Intellektuellen und Parteien bei, die die 1970er Jahre in der Bundesrepublik kennzeichnete. Zusätzlich weitete sie den politischen Handlungsraum. Spätestens in den 1970er Jahren

war die politische Sprache in beiden Ländern reflexiv geworden. Die linke Sprachkritik, die sich in Großbritannien ebenso artikulierte wie in der Bundesrepublik, hatte diese Entwicklung im Verein mit der antithetischen Logik des Kalten Krieges vorangetrieben.

Dabei zeugte jedoch die konservative Sensibilität für die Sprache seit den frühen 1960er Jahren von einem tatsächlichen Sprachwandel, der einen wichtigen Teil des allgemeinen Wandels von Kultur und Gesellschaft in beiden Ländern bildete. Die Bundesrepublik wurde davon stärker und eruptiver erfasst als Großbritannien, da sich nach 1945 die Sprache der Demokratie im Laufe der 1950er Jahre erst festigen musste, die gar nicht umhin kam, als aus deutschen, mitunter auch antidemokratisch kodierten Begriffsbeständen zu schöpfen.² Am Ausgang der 1950er Jahre jedenfalls herrschte unter politischen Kommentatoren die Wahrnehmung vor, dass nichts mehr das bedeutete, was es einmal bedeutet hatte, und dass das Gegenwärtige kaum mehr auf den Begriff zu bringen war. Dies galt besonders für die politischen Richtungsbegriffe. Letztlich machten die Konservativen in beiden Ländern die Linke für den Sprachwandel verantwortlich, der tatsächlich viel tiefere Wurzeln hatte. In jedem Falle sorgte die Thematisierung von Sprache für eine Dynamisierung der programmatischen Neuaufbrüche seit den 1960er Jahren, die CDU und CSU genauso kennzeichneten wie die Conservative Party.

Überhaupt prägte sich die Konfrontation mit der Linken tief in die politischen Sprachen des Konservativen beider Länder ein. Auf beiden Seiten des Kanals war am Ende der 1960er Jahre der Eindruck entstanden, dass die Deutungsmuster der Linken eine solche öffentliche Dominanz erlangt hatten, dass es einer intellektuellen Gegeninitiative bedurfte. Während in Großbritannien sich diese wiederum in enger Verbindung mit Netzwerken in der Conservative Party formierte, entstand sie in der Bundesrepublik zunächst an den Universitäten, von wo aus ein diskursiver und bisweilen auch personalpolitischer Schulterschluss mit der Union erfolgte. Die politischen Sprachen des Konservativen wurden in Großbritannien früher und konsequenter antisozialistisch ausgerichtet, als das in der Bundesrepublik der Fall war, obwohl dort der Systemgegensatz im Kalten Krieg vor allem wegen der deutschen Teilung tiefe Wurzeln schlug. Die britische Konkurrenzdemokratie mit ihrem Zweiparteiensystem, das Regierung gegen Opposition stellte, trug zu einem Gutteil zur antithetischen Anlage politischer Debatten bei. Dagegen erforderte das deutsche Mehrparteiensystem der Konkordanzdemokratie nicht nur die Koalitionsfähigkeit der Parteien, sondern auch eine Abgrenzung nach mehreren Seiten hin. Als im Laufe der 1950er Jahre die Union die kleinen bürgerlichen Parteien aufzog, erwartete die politische Öffentlichkeit die Herausbildung eines Zweiparteiensystems nach angelsächsischem Muster – und deutete sie als eine weitere Ankunft der jungen Republik im ‚Westen‘. Allerdings konnte sich weder das Mehrheitswahlrecht durchsetzen, noch ging die FDP in der Union auf. Vielmehr etablierte sich seit der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren das

² Vgl. KILIAN, Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang.

charakteristische Dreiparteiensystem, das bis zum Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 die Bundespolitik prägen sollte.³ Durch die enge Bindung der FDP an die SPD seit 1969 verschoben sich jedoch die Gewichte, so dass die 1970er Jahre auch in der Bundesrepublik, ganz ähnlich wie in Großbritannien, von einer antithetischen Positionierung der Parteien der sozialliberalen Koalition auf der einen und der Unionsparteien auf der anderen Seite dominiert wurden. Die polarisierenden Effekte waren offensichtlich.

Die britischen Konservativen waren zwischen 1945 und 1951 und dann noch einmal zwischen 1964 und 1970 mit Labour-Regierungen konfrontiert, die in zwei entscheidenden Phasen, einmal während der Rekonstruktionsphase nach dem Krieg und einmal in der Hochphase ökonomischer Planungsideen, Weichen für die Zukunft des britischen Staats und der britischen Gesellschaft stellten. Daher konzentrierte sich die innenpolitische Debatte in Großbritannien vor allem auf Fragen staatlicher Wirtschaftslenkung und wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus. Die konservative Alternative, die entworfen wurde, fokussierte dementsprechend auf die Ökonomie und das Soziale, darum bestrebt, als tatsächliche freiheitliche Alternative wahrgenommen, ohne als unsozial gebrandmarkt zu werden. In der Bundesrepublik dagegen waren die Konservativen im Bund erst 1969 erstmals mit einer Koalitionsregierung aus SPD und FDP konfrontiert, in der die Sozialdemokraten klar den Takt vorgaben. Nach zwanzig Jahren Unionsdominanz saß der Schock tief, zumal sich die Brandt-Regierung als Vollenderin eines aufgehaltene Demokratieprojekts präsentierte und das Beispiel Weimars, so oder so gedeutet, allenthalben vor Augen stand. Die konservative Alternative, die hier entworfen wurde, fokussierte auf die Zukunft der Demokratie.

Das war auch deshalb möglich, weil die soziale Marktwirtschaft sich als wirtschafts- und sozialpolitisches Erfolgsmodell erwiesen hatte und als Markenkern der Unionspolitik galt. Während die britische Wirtschaft in den 1970er Jahren mit heftigen Problemen kämpfte, kam die Bundesrepublik relativ unbeschadet durch Ölpreiskrise, Rezession und Strukturwandel. Ein solches wirtschaftspolitisches Konzept hatten die britischen Konservativen nicht vorzuweisen, vielmehr verlor das Modell des *middle way*, das auf Harold Macmillan zurückging und keynesianische Elemente der Wirtschaftspolitik mit einer auf staatlicher Organisation basierenden Wohlfahrtspolitik verband, rapide an Rückhalt. Die Kritik setzte nicht von ungefähr Mitte der 1960er Jahre ein, als die Konservativen auf die Oppositionsbänke verbannt waren und eine programmatische Erneuerung dringlich schien. Die Polarisierung der politischen Sprache, getragen von der Metapher des *great divide*, bevorzugte klare Antithesen. Die Konservativen hefteten sich die *Freiheit* ans Revers, und die starke Konzentration auf das Ökonomische sorgte dafür, dass der Freiheitsbegriff in erster Linie so gelesen wurde. Für den freien Markt wollten die Konservativen stehen, so ausdeutbar dieses Konzept auch war. In den Kreisen der Kritiker des vermittelnden Kurses der Parteiführung wurde das Soziale mit einem wohlfahrtsstaatlichen Ausbau assoziiert, der das Individu-

³ Vgl. HOCKERTS, Parteien in Bewegung.

um in Abhängigkeit von bürokratischen, nicht kontrollierbaren Großorganisationen bringen und individuelle Freiheit ersticken würde. Nicht in erster Linie staatlich, sondern zivilgesellschaftlich sollte das Soziale wirksam werden, getragen von einer öffentlichen Moral, die als Ausweis des nationalen Charakters galt. Der Wohlfahrtsstaat sollte für die nötigste Absicherung sorgen, ansonsten aber waren Eigeninitiative und zivilgesellschaftliche Selbstorganisation zu aktivieren.

Diese Neukodierung des Sozialen seit den mittleren 1960er Jahren, die in den Thatcherismus einging, war nur möglich, weil die christliche Verankerung konservativer Politik rapide an Bedeutung verloren hatte. Erst im Vergleich mit den Unionsparteien wird dies deutlich. Während in CDU und CSU das *C* trotz aufkommender Zweifel ob seiner Legitimität in einer Gesellschaft, in der Säkularisierungstendenzen offensichtlich waren, weiterhin hochgehalten wurde und als Integrationsbegriff diente, verlor sich der Bezug auf das Christentum ohne jegliches Aufsehen in der Conservative Party seit der Mitte der 1960er Jahre. Der Konservatismus, den Edward Heath, der strahlende Parteiführer der 1960er Jahre, propagierte, kam ohne christliche Begründung aus. Es ging um ökonomische Effizienz, Planung, Lebensqualität und die Freiheit des einzelnen. Während Iain Macleod, Richard Austen Butler oder Quintin Hogg das Konservative noch Ende der 1950er Jahre auf das Christliche gründeten, entbehrte der Heathsche Konservatismus einer solchen Legitimation. Das Soziale wurde aber im Konservatismus des *middle way* aus dem christlichen Gebot der Nächstenliebe hergeleitet. Als christliche Begründungszusammenhänge verloren gingen, blieb allein der Hinweis auf die paternalistische Tradition des Konservatismus übrig, um sozialpolitische Initiativen zu untermauern. Die Diskreditierung des Sozialen konnte nicht mehr aufgefangen werden. Dazu kam, dass sich die Kritiker der Parteiführung den an den Rand gedrängten Christentumsbegriff aneignen und in ihrem Sinne deuten konnten. Zwar griffen auch sie das soziale Gebot des Christlichen auf, individualisierten es allerdings radikal und passten es so in ihre semantischen Netze ein. Es war nur konsequent, wenn die Kritiker des Thatcherismus seit Mitte der 1970er Jahre die alternative Lesart des christlich begründeten Sozialen wieder zu profilieren suchten.⁴

Demgegenüber verlieh das *C* den semantischen Netzen der Unionsparteien Konstanz. Das Soziale wurde auch hier an das Christliche gebunden und diese Verknüpfung durch den gut organisierten christlich-sozialen Flügel in der Partei stets neu aktualisiert. Als Bestandteil des semantischen Netzes um die *soziale Marktwirtschaft* kam ihm ohnehin begriffliche Kraft zu. Allerdings griff das Christliche in der politischen Sprache von CDU und CSU um einiges weiter aus – wie das auch in der Conservative Party der 1950er Jahre der Fall gewesen war. Der Freiheitsbegriff sowie der Begriff des *Menschen* waren christlich kodiert und – vor allem in den katholischen Teilen der Union – zunächst in Opposition zu einer liberalen Lesart von *Freiheit* und dem *Individuum* gebracht worden. Im Zuge der 1960er Jahre und 1970er Jahre wurde das *C* in der Union schließlich ei-

⁴ Vgl. PATTEN, *The Tory Case*, 1983; WALKER, *Trust the People*, 1987.

nerseits liberalisiert und andererseits enttheologisiert, und dies erfasste auch die Begriffe seines semantischen Netzes. Der Antiliberalismus schliff sich so stark ab, dass die Union sich in den 1970er Jahren als *liberale Partei* präsentieren konnte. Ihre zentralen Begriffe lösten sich aus ihrem christlichen Begründungszusammenhang. Dazu kam, dass bereits in den 1950er Jahren konzediert wurde, dass das Christliche eine konservative Komponente aufweise: Die konservative Aufgabe der Christen in der Union wurde in der Bewahrung der *christlichen Werte* gesehen. Die Ordnung der Zeitdimensionen, die aus dem Christlichen hergeleitet wurde, erfasste nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft. Denn das Christliche, so wurde betont, verbiete jeglichen Utopismus. Stattdessen verbinde es Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft harmonisch miteinander. Die Akzentuierung des Christlichen im Sinne eines moralischen Vorratsspeichers, gleichsam als Lieferant ewiger *Werte*, wurde im Zuge von Liberalisierung und Enttheologisierung entscheidend aufgewertet, so dass sie in den 1970er Jahren schließlich dominierte. Genau dasselbe lässt sich in der Conservative Party beobachten, in der eine christlich begründete Moralpolitik die gesellschaftliche Liberalisierung der späten 1950er und 1960er Jahre flankierte und eine wichtige Facette des Thatcherismus der 1970er Jahre darstellte. Der konservative Imperativ des Bewahrens des Guten zum Erhalt gesellschaftlicher Stabilität wurde in allen drei Parteien christlich untermauert.

Deren Programmatiken glichen sich in den 1970er Jahren einander ohnehin an und dies zumal im Laufe ihrer Reformdebatten. Sowohl CDU/CSU wie auch die Conservative Party positionierten sich gegen eine Linke, die unter Generalverdacht gestellt wurde, auf mehr oder weniger leisen Pfoten eine durchgreifende Sozialisierung voranzutreiben und so die Demokratie zielstrebig zu unterminieren. Auch in der Bundesrepublik sahen sich die Unionsparteien auf Bundesebene in einer dem britischen System vergleichbaren Zweier-Konstellation agieren. Dazu kam, dass sich der Zug zu einer Liberalisierung der politischen Sprachen des Konservativen in beiden Ländern verstärkte und durch die anti-linker Frontstellung noch einmal befördert wurde. *Freiheit, Demokratie, Markt, Individuum* bzw. *Mensch, Werte* bzw. *Moral* oder *Chancengleichheit* rückten in Schlüsselpositionen der semantischen Netze von Union wie Conservative Party, ganz ähnlich wie *Stabilität* bzw. *Sicherheit, Autorität* und *Recht und Ordnung*. Dementsprechend glichen sich die Gegenbegriffe. Denn in CDU/CSU wie in Conservative Party strukturierte das Prinzip der Gegensatzbildung die politischen Sprachen. Zudem hatten sich beide Parteien einem anti-utopischen Credo verschrieben, wie sie auch in der grundsätzlichen Ordnung der Zeithorizonte konform gingen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten in einem Gleichgewicht gehalten werden; seit 1945 war diese Überzeugung eines der Fundamente, auf denen die Parteien gebaut waren. Dieses spezifische Strukturprinzip der Zeitlichkeit gehörte zur Morphologie ihrer politischen Sprachen. Das galt auch für das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese, das das Sprechen in den Unionsparteien und der Conservative Party gleichermaßen prägte. *Maß* zu halten, für *Ausgleich* zu sorgen, sich in der *Mitte* zu positionieren galt in allen drei Parteien als Ausweis

vernünftiger Haltung und beschrieb einen Politikstil der *Sachlichkeit* und *Nüchternheit*. Beides, sowohl die Ordnung der Zeithorizonte als auch das Prinzip des Ausgleichs und der Synthese, wurde hier wie dort als typisch *konservativ* beschrieben, konnte aber in CDU und CSU auch als Ausfluss einer christlichen Haltung gedeutet werden. Und nicht zuletzt sorgte das Strukturprinzip der Repetition und Aktualisierung für Stabilität und zugleich für Flexibilität im Begriffshaushalt der Parteien. Von jenen Intellektuellen, die sich um die Etablierung eines liberalen Konservatismusbegriffs in bundesrepublikanischer Politik wie politischer Theorie bemühten, wurden diese Strukturprinzipien hervorgehoben und nicht zuletzt unter Hinweis auf die britischen Konservativen mit der Sprache der Unionsparteien identifiziert. Allerdings charakterisierten diese Strukturprinzipien die politischen Sprachen der Conservative Party wie der Unionsparteien nicht erst in den 1970er Jahren, sondern seit 1945.

Dass besonders die Strukturprinzipien der Gegensatzbildung und des Ausgleichs miteinander in Konflikt standen, erklärt die Ambivalenzen und Spannungen in den politischen Sprachen des Konservativen. Sie konnten integrativ, aber auch spaltend wirken. Und sie konnten unterschiedlich gewichtet werden, was zur Flexibilität der politischen Sprache beitrug. Welchen Einfluss eine solche Verschiebung haben konnte, zeigt nichts besser als der deutsch-britische Vergleich. Die politische Sprache, die mit dem Konservatismus Edward Heaths verbunden wurde und die in Kontinuität zur politischen Sprache stand, die in der Conservative Party seit den 1950er Jahren gepflegt wurde, zeichnete sich sowohl durch das Strukturprinzip des Gegensatzbildung als auch des Ausgleichs aus. Sie war von Ambivalenzen durchzogen. Dazu kam, dass Heath einen großen Erwartungshorizont aufgebaut und die Zukunftsdimension der politischen Sprache mit dem Vokabular der *modernization* gefüllt hatte. Als sein Entwurf grandios scheiterte, die Partei sich in den Ambivalenzen ihrer politischen Sprache verstrickte und der Zukunftshorizont der *modernization* in sich zusammensackte, waren die Türen für eine Neukodierung ihrer politischen Sprache geöffnet, die die Gruppe um Thatcher konsequent anging. Das Narrativ einer nationalen Krise, das sie profilierte und auch auf die eigene Partei bezog, verschaffte ihr zusätzliche Legitimation. Im Zentrum dieser Neukodierung stand die Zurückdrängung und Verlagerung des Strukturprinzips des Ausgleichs, die gleichzeitige Aufwertung des Strukturprinzips der Gegensatzbildung und eine alternative Füllung des Zukunftshorizonts. Dies richtete die Begriffe in ihren semantischen Netzen neu aus, wobei hier lange Kontinuitätslinien aus dem Konservatismus der Nachkriegszeit zum Tragen kamen. In der Bundesrepublik hingegen, wo die Krise als universale Menschheitskrise gedeutet wurde und die Ordnung der Zeithorizonte in der politischen Sprache der Union geradezu bestätigte, hielt die CDU an dem Zusammenspiel der Strukturprinzipien des Ausgleichs und der Gegensatzbildung fest, auch weil die Ambivalenzen integrativ wirkten. Die CSU dagegen drängte auf eine Akzentuierung des Gegensatzprinzips, während das Ausgleichsprinzip in dem Sprechen über die *Mitte* zwar präsent blieb, aber neu kodiert wurde. Die politische Sprache der CSU unter Franz Josef Strauß ähnelte in einem hohen Maße der politischen

Sprache der Conservative Party unter der Oppositionsführerin Margaret Thatcher.⁵

Nimmt man die Energie, mit der die Auseinandersetzungen um das Konservative geführt wurden, als Beweis für dessen Vitalität, dann verfügte die Bundesrepublik über einen äußerst vitalen – intellektuellen wie parteipolitischen – demokratischen Konservatismus. Der war nur nicht so benennbar. Der Vergleich mit Großbritannien offenbart die Spezifika der politischen Sprache der Bonner Republik und ihre Wirkmächtigkeit. Zugleich lässt er die charakteristischen Konturen des britischen Konservatismus plastisch werden: Er erweist die Bedeutung des Konservatismusbegriffs für die Entwicklung der Conservative Party und die Prägekraft ihrer politischen Sprache. Nicht zuletzt öffnet er den Blick für die transnationale Dimension des Konservativen in Europa nach 1945. Sie ist es wert, genauer ergründet zu werden.

⁵ Die Parallelen zwischen Thatcher und Strauß betont auch GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution*, S. 430–432.

5. In Europa ins Gespräch gekommen. CDU, CSU und Conservative Party auf der Suche nach einer gemeinsamen politischen Sprache

Die Geschichte der europäischen Integration seit 1945 ist eine Geschichte fortwährender transnationaler Kommunikation.¹ In den diversen Institutionen und Gremien der Europäischen Gemeinschaften (EG), im Europarat oder der Westeuropäischen Union (WEU) trafen Politikerinnen und Politiker aus den Mitgliedsländern regelmäßig aufeinander, suchten sich zu verständigen und gemeinsame Lösungen zu finden. Recht schnell hatten sich Kontakte zwischen Parteien als wertvolle Ergänzung zu den diplomatischen Kanälen etabliert, über die Vertrauen geschaffen, politische Initiativen vorbereitet und strittige Fragen in einem informellen Setting geklärt werden konnten.² So kamen auch Conservative Party und CDU/CSU miteinander ins Gespräch. Aus dem Gespräch entwickelte sich in den 1960er und 1970er Jahren eine intensive Kooperation, die weitgehend der Vergessenheit anheim gefallen ist und die hier erstmals in ihren Grundzügen dargestellt werden soll. Sie zu beleuchten verspricht nicht allein frische Einsichten in das Verhältnis der britischen Konservativen zur europäischen Integration, sondern öffnet auch eine Perspektive auf die transnationale Geschichte des Konservatismus in Europa.

Ein konstruktives Gespräch zwischen Conservative Party und CDU/CSU konnte nur gelingen, wenn eine gemeinsame Sprache gesprochen wurde. Dies hieß sicherlich nicht, dass CDU-Politiker in Europa auf Englisch kommunizierten bzw. Politiker der Conservative Party auf Deutsch sprachen, auch wenn Margaret Thatcher Helmut Kohl in den 1970er Jahren versicherte, ihr bisschen Schul-Deutsch wieder aufmöbeln zu wollen;³ nein, dies hieß, dass beide Seiten zu zustimmungsfähigen, geteilten Begriffen fanden, die in beiden Sprachen zum grundlegenden Vokabular der Parteien gehörten bzw. sich in dieses einpassten. Die Geschichte der Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party ist Teil einer Geschichte des Sprechens in Europa. Sie lässt sich als beständige Suche nach einer gemeinsamen politischen Sprache, als stetes Ringen um Begriffe und ihre Bedeutung erzählen. Diese Suche, die am Beispiel zweier zentraler Begriffe – *konservativ* und *Freiheit* – aufgeschlüsselt werden wird, konnte erfolgreich sein. Sie konnte aber auch im politischen Nichts enden.

¹ Für einen kommunikationstheoretischen Ansatz zur Geschichte Europas vgl. BAUERKÄMPER, Wege zur europäischen Geschichte.

² Zur Bedeutung informeller Politikarenen für die EG vgl. MIDDLEMAS, Orchestrating Europe; zu den Funktionen europäischer Parteien aus politikwissenschaftlicher Sicht vgl. MITTAG und STEUWER, Politische Parteien in der EU, S. 99–123; außerdem LUTHER und MÜLLER-ROMMEL, Political Parties in the New Europe.

³ CAC, THCR 2/6/1/21, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976.

5.1. Eine Geschichte des Sich-Erkennens. Die Parteienkooperation von CDU, CSU und Conservative Party von den 1950ern bis in die 1980er Jahre

Von Beginn an spielte die Zusammenarbeit von Parteien eine wichtige Rolle im Prozess europäischer Integration. Als besonders effektiv erwies sich in den 1950er Jahren die Kooperation christdemokratischer Parteien im Europa der Sechs, die sich in den *Nouvelles Équipes Internationales* (NEI) organisiert hatten. Dabei handelte es sich um einen 1947 gegründeten Verbund christlicher Parteien, Exilgruppen und Einzelpersonen, die sich die Verbreitung christdemokratischen Denkens in Europa und der Welt auf die Fahnen geschrieben hatten. In den frühen Jahren der europäischen Integration stellten die NEI, zusammen mit den Genfer Konferenzen ein schlagkräftiges Forum christdemokratischer Politik dar. CDU und CSU gehörten zu ihren tragenden Säulen.⁴ Die Conservative Party hingegen war nach der strategischen Entscheidung der britischen Regierung, sich zwar im Europarat zu engagieren, nicht aber die konkreten Schritte hin zu einer ökonomischen und politischen Integration mitzutragen, die in die 1957 unterzeichneten Römischen Verträge mündeten, auf Distanz zu den NEI geblieben.⁵ Obgleich die Conservative Party kein offizielles Mitglied war, verzichtete sie nicht auf die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten, die die Organisation bot. Über die britische Sektion in den NEI, die Beobachterstatus besaß, waren Politiker der Partei bei den jährlichen Kongressen präsent.

Erschwert wurde das Verhältnis der britischen Konservativen zu den NEI durch die Inkompatibilität der kontinentaleuropäischen und der nordeuropäischen Parteiensysteme. Während in den Ländern der NEI-Parteien christliche Anliegen und Interessen zumeist von einer Partei vertreten wurden, war das im britischen wie auch im skandinavischen Parteiensystem nicht der Fall, wo alle großen Parteien sich als christlich verstanden und auch die Kirchen sich nicht eindeutig an der Seite einer Partei positionierten. Hinzu kam die in den 1950er Jahren akzentuiert katholische Ausrichtung der NEI, die in der vornehmlich protestantisch geprägten Conservative Party auf Vorbehalte stieß.⁶ Dementsprechend verstand sich die britische Sektion in den NEI als von der Partei unabhängig, aber doch mit ihr

⁴ Vgl. KAISER, Deutschland exkulpiert und Europa aufbauen; GEHLER und KAISER, Transnationalism and Early European Integration; GEHLER, Begegnungsort des Kalten Krieges; MATL, Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit; BECKER, Die *Nouvelles Equipes Internationales* und der Föderalismus.

⁵ Zur komplexen Haltung Großbritanniens gegenüber der europäischen Integration vgl. GOWLAND et al., *Britain and European Integration*; GOWLAND und TURNER, *Reluctant Europeans*; LUDLOW, *Dealing with Britain*; KAISER, *Using Europe, Abusing the Europeans*; YOUNG, *Britain and European Unity, 1945–1992*, S. 57–85; LUDLOW, *Constancy and Flirtation*; ELLISON, *Threatening Europe*; ders., *Accepting the Inevitable*; zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Schwenk hin zur EG vgl. KANDIAH, *British Domestic Politics*, S. 75–81.

⁶ Zur katholischen Prägung der NEI vgl. GEHLER und KAISER, *Transnationalism and Early European Integration*; zum politischen Katholizismus in Großbritannien vgl. BUCHANAN, *Great Britain*.

verbunden. Ihre Mitglieder konstituierten sich als European Dining Club, der vornehmlich kirchlich gebundene Persönlichkeiten versammelte und kaum über Einfluss verfügte. In den mittleren 1950er Jahren zerfaserte die Organisation, so dass sich die Conservative Party mit Bitten um eine Übernahme der Vertretung konfrontiert sah, auf die sie aber auf Grund der Disfunktionalität der NEI sehr verhalten reagierte.⁷

Auch die britischen Konservativen waren also bereits seit den ersten Jahren in die christdemokratischen Parteiennetzwerke, die sich in Europa entfalteten, eingebunden. Als die britische Regierung unter Macmillan schließlich eine Kehrtwende in ihrer Europapolitik vollzog, bildeten diese Kontakte die Basis, auf der die Conservative Party aufbauen konnte, um für eine britische Rolle in dem integrierten Europa zu werben und handfeste Unterstützung einzufordern. Der CDU wurde dabei eine Schlüsselrolle zugeschrieben;⁸ die CSU kam dagegen erst in den 1970er Jahren ins europäische parteipolitische Spiel.

Die Beziehungen von CDU, CSU und Conservative Party zwischen den 1950er und 1980er Jahren entwickelten sich in drei Phasen, die nun jeweils näher beleuchtet werden: einer ersten Phase von der Mitte der 1950er bis zur Mitte der 1960er Jahre, die von außenpolitischem Kalkül und persönlichen Beziehungen geprägt war, einer zweiten Phase koordinierter europapolitischer Aktivität, die von Mitte der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre reichte, und schließlich einer dritten Phase intensivierter Zusammenarbeit im Zeichen des Anti-Sozialismus.

Auf internationalem Parkett hatte die junge Bundesrepublik zu Beginn der 1950er Jahre erst Fuß zu fassen; sie musste um Vertrauen werben. Dabei halfen europäische bzw. internationale Organisationen, in die die Bundesrepublik eingebunden war, und gleichermaßen halfen zivilgesellschaftliche Institutionen und Netzwerke, die oft an Kontakte aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen konnten.⁹ In diesem Rahmen begegneten sich seit Anfang der 1950er Jahre auch Politiker von CDU und Conservative Party und wurden aufeinander aufmerksam. Auf britischer Seite wurde den Parteibeziehungen im Rahmen von Churchills Europapolitik seit den späten 1940er Jahren gezielte Aufmerksamkeit zuteil, die 1949 schließlich zur Einrichtung des Conservative Overseas Bureau (COB) führte,

⁷ Vgl. CPA, COB 12, Ordner: Nouvelles Equipes Internationales, 1954–1956; NEI, British Section, an Mr Milne, 26. 5. 1954; NEI, British Section, V. Welton, an Peter Smithers, 13. 10. 1954; Mr. Milne an Mrs Brooke, 15. 2. 1956; R.D. Milne an R.C. Brooman-White, 23. 2. 1956; R.D. Milne an Tracy Philipps, 23. 2. 1956; im Rückblick zusammenfassend: CCO 20/15/11, International Inter-Party Relations with special reference to Europe, 31. 10. 1970; ACDP, 07-001-12095, Peter Smithers an Konrad Kraske, 7. 1. 1958; Peter Smithers an Konrad Kraske, 18. 3. 1959; Peter Smithers an Konrad Kraske, 2. 6. 1959, darin: Peter Smithers an Patrick McLaughlin, 4. 6. 1959. Zur „christlich-demokratischen“ Bewegung in Großbritannien vgl., wenn auch mit Vorbehalten, KEATING, *The British Experience*.

⁸ Vgl. für die ersten Beitrittsverhandlungen SCHAAD, *Bullying Bonn*; für die zweiten PHILIPPE, „The Germans Hold the Key“. Zu den deutsch-britischen Beziehungen im Überblick DEIGHTON, *British-West German Relations, 1945–1972*.

⁹ Zur Bedeutung von Netzwerken in der Geschichte der europäischen Integration vgl. KAISER et al., *Transnational Networks in Regional Integration*.

einer für die Parteibeziehungen zuständigen Abteilung in Conservative Central Office.¹⁰ Als dessen Leiter wurde mit Peter Smithers 1956 ein Experte für die Außenpolitik eingesetzt, der außerdem in diversen europäischen Gremien aktiv war und fließend Deutsch sprach. Von 1964 bis 1969 diente er dem Europarat als Generalsekretär.¹¹ Kurt Georg Kiesinger, Außenbeauftragter der CDU und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, regte bei Smithers 1955 die Aufnahme bilateraler Beziehungen an und stieß bei ihm auf offene Ohren. Die beiden hatten sich im Europarat kennengelernt.¹² Damit bekräftigte Kiesinger eine Initiative Heinrich von Brentanos, der bei einer Begegnung mit Smithers in Straßburg sowie bei der Königswinter-Konferenz 1954 bereits eine solche Idee ins Spiel gebracht hatte.¹³ Die Königswinter-Konferenzen, die von der Deutsch-Britischen Gesellschaft jährlich veranstaltet wurden und sich – ähnlich wie die Wilton Park Conferences¹⁴ – zu einem wichtigen Kommunikationsforum deutsch-britischer Eliten entwickelten,¹⁵ dienten auch als Forum zur Kontaktaufnahme von CDU und Conservative Party.

Die persönlichen Kontakte führten schließlich zu einer inoffiziellen Einladung der Briten durch Otto Fürst von Bismarck auf Schloss Friedrichsruh, der im Oktober 1955 fünf Vertreter der Conservative Party folgten. Bismarck war Bundestagsabgeordneter der CDU, gehörte als ehemaliger Diplomat in nationalsozialistischen Diensten zu den Außenpolitik-Experten der Partei. Von 1924 bis 1928 vertrat er die DNVP im Reichstag, trat im Mai 1933 der NSDAP bei und pflegte als deutscher Botschaftsrat in London (1928–1936) und Mitglied der 1935 gegründeten Anglo-German Fellowship Kontakte mit pro-nazistischen Kreisen in Großbritannien.¹⁶ Nach der Friedrichsruher Begegnung scheint er das Interesse an der Parteienkooperation verloren zu haben. Zur fünfköpfigen CDU-Delegation gehörten neben Kiesinger und Europarats-Mitglied Paul Leverkuehn (auch er im Zweiten Weltkrieg für das Auswärtige Amt tätig und zwar als Chef der Abwehr in

¹⁰ Zur Parteiorganisation vgl. RAMSDEN, *The Age*, S. 94–137; ders., *The Winds of Change*, S. 68–82.

¹¹ Vgl. DAVENPORT-HINES, *Smithers, Sir Peter Henry Berry Otway*; Smithers war ein passionierter Gärtner, dementsprechend ist seine Autobiographie verfasst: SMITHERS, *Adventures of a Gardener*, 1995.

¹² Zu Kießingers außenpolitischer Profilierung in den 1950er Jahren vgl. GASSERT, *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988*, S. 289–298.

¹³ Vgl. CPA, COB 12, Ursula Branston, *Meeting with members of the Christian Democratic Union of the German Federal Republic, Friedrichsruh, 10.–13. 10. 1955*, 28. 10. 1955; *Conservative Overseas Bureau [Peter Smithers] an A.D. Dodds-Parker, 19. 3. 1956*. Zu Heinrich von Brentanos Engagement für ein geeintes Europa vgl. KROLL, *Epochenbewusstsein*.

¹⁴ Vgl. MAYNE, *In Victory*.

¹⁵ Vgl. UHLIG, *Die Deutsch-Englische Gesellschaft*; HAASE, *Pragmatic Peacemakers*.

¹⁶ Zu Otto Fürst von Bismarck liegt keine biographische Darstellung vor; für die wichtigsten Daten vgl. Otto von Bismarck, in: HÜRTER und KEIPERT; SCHUMACHER, *M. d. R., 1933–1945*, S. 114; für Hinweise auf seine Karriere im NS-Regime vgl. KNIGGE, *Das Dilemma eines Diplomaten*; MALINOWSKI, *Vom König zum Führer*, S. 500; HAUSER, *England und das Dritte Reich*, Bd. 2, S. 22–41; CONZE et al., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 67, 360, 666; für die Kritik am Buch vgl. HÜRTER, *Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust*; zur Anglo-German Fellowship vgl. die Hinweise in KERSHAW, *Hitlers Freunde in England*, S. 78 et al.

Istanbul¹⁷) bemerkenswerter Weise auch zwei Frauen: Aenne Brauksiepe und Luise Rehling, beide Bundestagsabgeordnete und Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes, anglophil und sprachgewandt, Rehling CDU-Delegierte im Europarat, Brauksiepe seit 1958 Vorsitzende der Frauen-Union und damit mit der europäischen Ebene vertraut.¹⁸ Denn die 1953 gegründete Europäische Frauen-Union, die von Beginn an inklusiv (d. h. nicht auf die C-Parteien beschränkt) angelegt war, fungierte als ein wichtiges Forum der Begegnung zwischen Christdemokratinnen und Konservativen.¹⁹ Die CDU entsandte mithin anglophile Außenpolitik-Experten und versierte Europapolitiker. Die britische Delegation war nach ganz ähnlichen Kriterien zusammengestellt worden. Peter Smithers wurde begleitet von den MPs. Gilbert Longden, Richard Sharples und John Eden, die ihr Interesse an der Europapolitik einte, sowie von Ursula Branston, zuständig für außenpolitische Fragen im Conservative Research Department. Die Gespräche in Friedrichsruh, die von der CDU in erster Linie zur Selbstdarstellung genutzt wurden, wurden auf beiden Seiten als wertvoll angesehen.²⁰

Was CDU und Conservative Party neben pragmatischen europapolitischen Interessen einte, war der Antikommunismus, the „need for non-Communist solidarity“, wie von Bismarck in seiner Willkommensrede auf Friedrichsruh hervorhob.²¹ Von Beginn an standen die Parteibeziehungen in einem antisozialistischen Kontext. Der Gegenbesuch in London im Jahr darauf, der von britischer Seite minutiös vorbereitet worden war und Gespräche mit den außenpolitischen Spitzengremien in Partei und Parlament vorgesehen hatte, zerschlug sich allerdings auf Grund einer kurzfristigen Absage der CDU-Delegation, weil eine Grundsatzdebatte des Bundestages zur Außenpolitik genau auf die Tage des geplanten Großbritannien-Besuchs terminiert worden war.²² Dabei waren die Parteibeziehungen durch eine ganze Reihe von Besuchen deutscher Landes- und Bundestagsabgeordneter, die als Gäste des Foreign Office in London weilten, in Conservative Central Office bestärkt worden.²³ Die CDU organisierte im Gegenzug ähnliche Informationsbesu-

¹⁷ Vgl. JÄHNICKE, Lawyer, Politician, Intelligence Officer.

¹⁸ Zu Aenne Brauksiepe vgl. BECKMANN, Brauksiepe, Aenne; KAFF, Aenne Brauksiepe; zu Luise Rehling vgl. HOSPES, Rehling, Luise.

¹⁹ Vgl. z. B. CPA, COB 29/2, [R.D. Milne?] an C.L. Booth, 23. 11. 1959. Es existiert leider keine historische Arbeit zur Europäischen Frauen-Union. Für die 1970er Jahre vgl. den Hinweis bei JOHANSSON, *The Alliance of European Christian Democracy and Conservatism*, S. 137.

²⁰ Vgl. CPA, COB 12, Ursula Branston, Meeting with members of the Christian Democratic Union of the German Federal Republic, Friedrichsruh, 10.–13. 10. 1955.

²¹ ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an R.D. Milne, 3. 6. 1957.

²² Vgl. CPA, COB 12, Conservative Overseas Bureau an Mrs. Henry Brook, 14. 6. 1957; ACDP, 07-001-12095, R.D. Milne an Konrad Kraske, 19. 6. 1956. Für die Debatte vgl. DBT, 2. WP, 156. Sitzung, 29. 6. 1956.

²³ Vgl. z. B. CPA, COB 12, Programme of arrangements made by Central Office of Information on behalf of Foreign Office for Members of the German Federal Parliament, 20. 2.–6. 3. 1956; Programme of arrangements made by Foreign Office on behalf of Members of Parliament and Officials from Land North-Rhine/Westphalia, 10.–22. 9. 1956; Programme of arrangements made by Central Office of Information on behalf of Foreign Office for Members of the German Federal Parliament, 25. 4.–10. 5. 1956.

che, wobei diese in ihrer Zahl sehr begrenzt blieben.²⁴ Auch Junge Union (JU) und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) knüpften Kontakte zu den Young Conservatives.²⁵ Überhaupt gehörte die European Union of Christian-Democratic and Conservative Students (neben der Europäischen Frauen-Union sowie der Conservative and Christian Democratic Youth Community of Europe) zu den Impulsgebern eines Brückenschlages zwischen kontinentalen Christdemokraten und nordeuropäischen Konservativen.²⁶ Die Betreuung politischer Gruppen der jeweils anderen Partei bildete fortan eine wichtige Komponente in den Beziehungen zwischen CDU und Conservative Party. Für die Zusammenarbeit von Conservative Overseas Bureau und Bundesgeschäftsstelle der CDU war wichtig, dass sich deren jeweilige Geschäftsführer – R.D. Milne und Konrad Kraske – beim NEI-Kongress 1957 in Arezzo kennengelernt hatten.²⁷ Darüber hinaus beauftragte die CDU mit Otto Lenz, von 1951 bis 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU-Fraktion und Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, ein außenpolitisches Schwergewicht mit der Kontaktpflege zur Conservative Party.²⁸

Peter Smithers Besuch auf dem CDU-Parteitag 1958 und der Gegenbesuch von Raban von Adelmann auf der Conservative Party Conference im gleichen Jahr setzten die Beziehungen auf ein offizielles Gleis. Von Adelmann war nach dem plötzlichen Tod von Lenz im Mai 1957 als neuer Kontaktmann der CDU eingesetzt worden; wiederum hatte man sich für einen Außenpolitiker mit diplomatischer Erfahrung während des NS-Regimes entschieden.²⁹ Peter Smithers beschwor in Kiel die antisozialistischen Bande zwischen CDU und Conservative Party, die geint seien im „gemeinsamen Glauben an den Wert einer freien Gesellschaft, in der der Staat der Diener, nicht aber der Meister seiner Bürger ist“, und deren „gegenseitiges Vertrauen“, gegründet auf „ähnliche[n] Ziele[n] und [...] ähnliche[n] Anschauungen über das Leben“, sich zu „einer festen Freundschaft entwickeln“ werde.³⁰ Eindruck machte Smithers außerdem durch die druckfrische Broschüre

²⁴ Vgl. ebd., R.D. Milne an Konrad Kraske, 30. 5. 1957.

²⁵ Vgl. z. B. ebd., Junge Union Deutschland, H. Schwarz, an Young Conservative and Unionist Association, 29. 3. 1956; RCDS, Johannes Müller, an R.D. Milne, 12. 4. 1956; Junge Union Deutschland, H. Schwarz, an R.D. Milne, 25. 4. 1956; R.D. Milne an Mr. Karberry, 28. 11. 1956.

²⁶ Vgl. z. B. ebd., CCO 3/7/19, European Union of Christian-Democratic and Conservative Students, Memorandum on the Organisation; die ECCS drang in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auf die Schaffung einer schlagkräftigen Partei der Mitte in Europa vgl. ebd. Tom Spencer, The Concept of a European Democratic Party – A Proposal for ECCS Action, 26. 5. 1972; aus der Sicht eines Beteiligten vgl. Peter Radunski, in: Mitgestalter Europas, 2013, S. 107–108.

²⁷ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an R.D. Milne, 3. 6. 1957.

²⁸ Zu Otto Lenz vgl. BUCHSTAB, Engagierter Demokrat und begabter Kommunikator; GOTTO, Lenz, Otto. Für seinen Besuch in London als Gast der Regierung, währenddessen er die Kontakte zur Partei aufnahm, vgl. CPA, COB 12, Conservative Overseas Bureau, Visit of Herr Dr. Otto Lenz (M.d.B.) and Frau Lenz, 24.–30. 3. 1957.

²⁹ Vgl. CPA, COB 29/2, [R.D. Milne] an C.L. Booth, 23. 11. 1959. Zu Raban Adelmann von Adelmansfelden vgl. Raban Adelmann von Adelmansfelden.

³⁰ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 38–40; CPA, COB 64/2, Peter Smithers, 19. 9. 1958.

Onward in Freedom, die er auf dem Parteitag unter den Spitzenpolitikern der CDU verteilte. Wie wir bereits gesehen haben, griff Eugen Gerstenmaier in seiner stark umstrittenen Rede zum liberalen Erbe der Union diesen Slogan enthusiastisch auf und beschwor damit auch die neue deutsch-britische Allianz.³¹

Welch kulturelle Gräben auf dem Weg zu einer solchen Freundschaft zu überwinden waren, zeigte nichts besser als Smithers Konferenzbericht, der im Übrigen zu den Gerüchten um seine Agentenvergangenheit passt. Während des Zweiten Weltkriegs war er von Ian Fleming als MI5 bzw. MI6-Agent angeheuert worden und, so wurde geraunt, diente diesem wohl als eines von mehreren Vorbildern für die literarische Figur von James Bond.³² Während die Parteitage der Conservative Party von einer in der politischen Kultur Großbritanniens tief verankerten Debattenkultur geprägt waren, spiegelten die christdemokratischen Parteitage den hierarchischen Führungsstil, der in der Partei der 1950er Jahre herrschte. Nach einem dreitägigen Fluss von Reden war Smithers dann auch nach Abwechslung zumute.

I had, frankly, had far too much of very serious minded searchers after political truth, and to correct my perspective, I then began the evening in the lower beer-halls by the Kiel waterfront and ended it at 3 a.m. in a very superior night club. I was at first startled to find that the German in earnest pursuit of beer and the opposite sex went about his business just like the earnest seekers after truth in the Conference hall. The Conference had none of the boisterous vigour or sharply critical vigilance of our party gatherings. The waterfront cafes had none of the spirit and rowdiness of our young teddy folk. A curious feeling of inertia, almost torpor, seemed to hang over both. From this I conclude that in the C.D.U. Conference organization Germans have what their nature requires and likes. The impetus, the ideas, the criticism, all come from above, and are quietly accepted and enjoyed so long as they please. If they were not acceptable, one has the impression not that the Conference would protest violently as ours would, not that the Café would be broken up by flying furniture and beer mugs, but that the inmates would drift off quietly somewhere else.

To further correct my view I rose punctually if painfully next morning to join the Protestant leaders of the C.D.U. [...] at Lutheran service. The impression made upon me was quite different from anything in the Conference, or in the lighter side of the local German community the night before. The church bombed out and restored, the communal singing of the old German hymns, stirred those present in a way which politics, beer and sex clearly did not. It was easy to understand how Hitler had played upon the emotions of the German people. At the same time it was clear to see that the founders of the C.D.U. in the post war period were both sincere and also right when they declared that the Christian faith was the only nucleus [sic] around which a new Germany could rally. From this I conclude that the C.D.U. is well adapted to hold the loyalty of the German people and, if any political party can do so, to canalize their great industry and many virtues in wise and profitable directions. Its Christian side provides that emotional satisfaction without which the German cannot put forth his strength; its political side provides a comfortable and sensible attitude to material things, well suited to the realities of modern Germany.³³

Solche Reflexionen, die einmal mehr von der Bedeutung des britischen Diskurses um den „national character“ zeugen,³⁴ finden sich in Raban von Adelmanns Be-

³¹ Siehe S. 180–181.

³² Vgl. Sir Peter Smithers; Sir Peter Smithers, Model for 007, Dies at 92; Sir Peter Smithers, in: THE GUARDIAN, 15. 6. 2006.

³³ CPA, COB 64/2, Peter Smithers, C.D.U. Annual Conference, Kiel, 28.–21. 9. 1958.

³⁴ Vgl. MANDLER, The English National Character.

richt über die Conservative Party Conference 1960 nicht.³⁵ Aber auch für die deutschen Emissäre in Sachen Parteidiplomatie öffnete sich in Großbritannien eine in weiten Teilen unbekannt Welt.

Die britische Seite tat fortan alles, um die Kontakte zu intensivieren. Das britische Kalkül Ende der 1950er Jahre war dabei recht offensichtlich: Die Umorientierung britischer Außenpolitik auf Europa hin, das schließliche Bemühen um die Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften, das auf entschiedenen französischen Widerstand stieß, schrieb dem deutsch-britischen Verhältnis eine Schlüsselstellung zu. Es überrascht daher kaum, dass das Foreign Office die Partei zu engen Kontakten geradezu drängte – nachdem es zuvor Smithers Pläne regelmäßigen Austausches zwischen Conservative Party und CDU unterbunden hatte.³⁶ Dazu kam, dass Konrad Adenauer, der die bundesdeutsche Politik genauso dominierte wie die CDU, bekanntermaßen Frankreich näher stand als Großbritannien. Macmillans entspannungspolitische Initiativen verfolgte er mit großer Skepsis und unverhohlener Kritik. Der Konflikt eskalierte im Jahr 1959, als Macmillan glaubte, in der zweiten Berlin-Krise mittels eines diplomatischen Alleingangs mit der UdSSR eine Lösung erreichen zu können und Adenauer die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik massiv gefährdet sah.³⁷ Über die Partei sollte, so das Kalkül in Foreign Office und Conservative Central Office, für die britische Haltung geworben werden, abseits aller persönlichen Animositäten zwischen den beiden Regierungschefs und abseits der verfestigten Fronten in Foreign Office und Auswärtigem Amt.

Dementsprechend gereizt reagierte Adenauer, als die Parteibeziehungen tatsächlich außenpolitischen Charakter anzunehmen begannen. Im November 1959 schob Adenauer dem energisch einen Riegel vor, als er Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske zwang, wenige Stunden vor dem Abflug nach London dessen von langer Hand geplanten Besuch bei der Conservative Party angeblich auf Grund einer wichtigen, unvorhersehbaren Bundesvorstandssitzung abzusagen. Tatsächlich aber wollte sich Adenauer kurz vor seinem Staatsbesuch bei Premierminister Harold Macmillan, der die vergifteten Beziehungen bereinigen sollte, nicht vorher unnötige Fesseln anlegen lassen. Er wollte Herr über das Verfahren bleiben.³⁸

³⁵ Vgl. CPA, COB 64/2, Raban von Adelmann an R.D. Milne, anliegend: CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Arbeitskreis für auswärtige, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen, Der Vorsitzende, Ernst Majonica, an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 26. 10. 1960, darin: Die Parteikonferenzen in England.

³⁶ Vgl. ebd. 29/2, Charles Boot an R.D. Milne, 18. 11. 1959; CCO 20/15/2, Peter Smithers an Iain Macleod, 29. 4. 1963; Peter Smithers an John Hare, 1. 11. 1963.

³⁷ Vgl. PÜTZ, „Aber ein Europa...“, S. 295–346; LEUPOLD, „Weder anglophil noch anglophob“, S. 266–276; SCHWABE, Adenauer und England, S. 360–363; LEE, An Uneasy Partnership, S. 100–119 und 177–277; zum Verhältnis zwischen Adenauer und Macmillan vgl. LEE, Pragmatism versus Principle?.

³⁸ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Heinrich Böx, 10. 11. 1959. Zu Adenauers London-Visite vgl. PÜTZ, „Aber ein Europa...“, S. 337–343; außerdem Adenauers Bericht vor der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag: SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, S. 506–509.

Denn der Kraske-Besuch war von den britischen Gastgebern in der Tat auf höchster Ebene angesiedelt und außenpolitisch ausgerichtet worden. Neben Premierminister Macmillan sollte der CDU-Generalsekretär u. a. Martin Redmayne, R.A. Butler und Toby Low treffen und sich mit konservativen Mitgliedern des Parliamentary Foreign Affairs Committee austauschen.³⁹ Es war nicht die erste Absage, die sich die Briten im Laufe der vorangegangenen zwei Jahre von der CDU eingehandelt hatten, aber wohl die hochrangigste. Dementsprechend pikiert reagierte man in London.⁴⁰ Kraske war die ganze Angelegenheit höchst peinlich und die Deutsche Botschaft sah sich genötigt, sich offiziell zu entschuldigen.⁴¹

Dieses parteidiplomatische Fiasko führte auf der Seite der CDU zu einer konzertierten Aktion der Atlantiker in der Parteiführung, die entschlossen waren, die Parteikontakte auf ein neues Fundament zu stellen.⁴² Im Februar 1960 nutzten der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, und Kurt Birrenbach, Bundestagsabgeordneter, einflussreicher Industrieller und außenpolitischer, anglophiler Netzwerker der CDU, ihre offizielle Reise nach London auch dazu, neues Öl ins stockende Getriebe der Parteikontakte zu gießen.⁴³ Vor der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag berichtete Krone anschließend über den beiderseitigen Wunsch nach einem „enge[n] Kontakt [...], um auch in konkreten Fragen eine gewisse Abstimmung zu ermöglichen“.⁴⁴ Im Juli folgte eine Gruppe von CDU-Parlamentariern, darunter wiederum Birrenbach sowie Kai-Uwe von Hassel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, der zu einer Schlüsselfigur der Parteienkooperation werden sollte.⁴⁵ Von Hassels Engagement gab den Parteibeziehungen

³⁹ Vgl. CPA, COB 29/6, Visit of Secretary-General of German CDU and Frau Kraske, November 1959, Full Timetable.

⁴⁰ Vgl. ebd. 29/2, [R.D. Milne] an C.L. Booth, 23. 11. 1959.

⁴¹ Vgl. ebd. 29/6, Konrad Kraske an R.D. Milne, 10. 11. 1959; ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Heinrich Böx, 10. 11. 1959; CPA, COB 31/6, Fritz Caspari an R.D. Milne, 30. 11. 1959.

⁴² Zur Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse vgl. GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten.

⁴³ Vgl. CPA, COB 64/2, Foreign Office, Programme of Arrangements made for the visit of Dr. Heinrich Krone, Chairman of West German Christian Democrat (CDU) Parliamentary Party, 21.–26. 1960; Kurt Birrenbach an Evelyn Emmet, 3. 3. 1960; KRONE, Tagebücher, Bd. 1, S. 406–407; SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, S. 564–565. Zu Kurt Birrenbach vgl. HINRICHSSEN, Der Ratgeber, bes. S. 29–67; GEIGER, Atlantiker gegen Gaullisten, S. 47–48; zu dessen Engagement für die deutsch-britischen Beziehungen vgl. PÜTZ, „Aber ein Europa...“, S. 303–308, 326–330, 342–343, 347–348, 363; außerdem die Erinnerungen des deutschen Botschafters Hans von Herwarth: HERWARTH, Von Adenauer zu Brandt, S. 238; für Birrenbachs Sicht auf die deutsch-britischen Beziehungen am Ende der 1950er Jahre vgl. BIRRENBACH, Der dritte Partner, 1959.

⁴⁴ SCHIFFERS, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1957–1961, S. 568.

⁴⁵ Vgl. CPA, COB 64/2, Conservative Overseas Bureau, Visit of German CDU Members of the Bundestag, Full Programme, 30. 6. 1960; zur Beurteilung des Besuchs aus britischer Sicht vgl. Bodleian Library Oxford, Special Collections, Emmet papers, Ms.Eng.hist.c. 1056, [Evelyn Emmet], 6. 7. 1960, o.T. [Bericht über den Besuch der CDU-Delegation in London]. Zu Kai-Uwe von Hassel vgl. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel; KOOP, Kai-Uwe von Hassel; GRAU, Hassel, Kai-Uwe von.

Gewicht.⁴⁶ Eigentlich war vereinbart worden, dass Kraske als Teil der Gruppe nach London kommen sollte, doch sagte er, wieder einmal, während der Planungen ab, darauf bedacht, sich nicht auf eine Seite in den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den außenpolitischen Kurs ziehen zu lassen.⁴⁷

Der im März von Birrenbach und Krone erstellte Plan zur Einrichtung eines „Steuerungskomités“, das sich um die Kontakte zur Conservative Party kümmern sollte, verschwand aber wohl in einer Schublade.⁴⁸ Zu einer organisatorischen Verankerung der Parteibeziehungen in der Bundesgeschäftsstelle, so wie sie in der Conservative Party mit dem Conservative Overseas Bureau bereits seit den späten 1940er Jahren praktiziert wurde, kam es also nicht. Es tritt deutlich vor Augen, dass in dieser ersten, frühen Phase die Parteibeziehungen vom Engagement einzelner Persönlichkeiten abhingen, denen die deutsch-britische Freundschaft ein persönliches Anliegen war. Trotz des Professionalisierungsvorsprungs traf dies auf London genauso zu wie auf Bonn. Nach dem Wechsel von Peter Smithers ins Foreign Office übernahm Evelyn Emmet, seit 1964 Baroness Emmet of Amberley, die Leitung des Overseas Bureau. Unermüdlich arbeitete die profilierte Frauenpolitikerin, die auch in der Europäischen Frauenunion aktiv war und als Diplomantentochter fließend Deutsch, Italienisch und Französisch sprach, um ihre Partei in den europäischen Parteinetzwerken zu verankern.⁴⁹ Emmet war omnipräsent, sie verpasste zwischen 1960 und 1971 kaum einen CDU-Bundesparteitag, konnte über die Jahre vertrauensvolle Beziehungen zu den führenden Politikern aufbauen und war gern gesehener Gast, dem man zu Gesprächen zur Verfügung stand. In ausführlichen Berichten spielte Emmet die vielfältigen Informationen, die sie bei solchen Gelegenheiten sammelte, in die Parteiführung ein. Ihr Frauensein machte sie zu einer Stärke: Sie bespielte das soziale Parkett der Parteibeziehungen grandios, mit einem scharfen Blick für die Bedeutung von Sitzordnungen bei Abendessen oder Zeitbudgets von Spitzenpolitikern auf Konferenzen.⁵⁰ Obwohl Heinrich Krone an dem Hannoveraner Bundesparteitag 1964 wegen einer Krankheit nicht teilnehmen konnte, vergaß er nicht, Evelyn Emmet einen Strauß Rosen zu schicken.⁵¹ Emmet wusste, dass Parteitage und transnationale Gremien wichtige Orte waren, an denen informelle Politik gemacht wurde.

Kai-Uwe von Hassel und den Hamburger CDU-Vorsitzenden Erik Blumenfeld zählte sie zu ihren Freunden, die in ihrem Herrenhaus Amberley Castle gastierten,

⁴⁶ Vgl. von Hassels Bericht über seine Gespräche im Bundesvorstand: BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, 6. 7. 1960, S. 714–715.

⁴⁷ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Evelyn Emmet, 25. 5. 1960.

⁴⁸ Vgl. ebd., Kurt Birrenbach an Konrad Kraske, 22. 3. 1960, anliegend: Memorandum: Zusammenarbeit zwischen der Konservativen Partei in Großbritannien und der CDU/CSU-Partei der Bundesrepublik; Konrad Kraske an Kurt Birrenbach, 25. 5. 1960.

⁴⁹ Vgl. MAGUIRE, Emmet, Evelyn Violet Elizabeth.

⁵⁰ Vgl. die Unterlagen in Bodleian Library Oxford, Special Collections, Emmet papers, Ms.Eng. hist.c. 5725–5726, 5731–5734, 1056–1058.

⁵¹ Vgl. CPA, COB 88/2, [Evelyn Emmet], o.T.: Bericht über den 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover, o. D.

wenn sie die Partei nach Großbritannien geschickt hatte.⁵² Auf deutscher Seite gehörten diese beiden norddeutschen Politiker zu den Säulen, auf denen die Parteibeziehungen ruhten. Der Protestant Hassel, 1913 geboren in Deutsch-Ost-Afrika und 1919 ausgewiesen, verstand sich zeit seines Lebens als Brückenbauer zwischen britischen Konservativen und Christdemokraten.⁵³ Der Protestant Erik Blumenfeld verkörperte das Ideal des hanseatischen Bürgers, weltgewandt, sprachmächtig und anglophil. Von den Nationalsozialisten als „Mischling“ verfolgt, hatte er Auschwitz überlebt und repräsentierte den liberalen Flügel der Union. Seine Anglophilie brachte ihm den Spitznamen Sir Erik ein.⁵⁴ Hassel und Blumenfeld standen geradezu idealtypisch für die beiden Seiten der Wahrnehmung des britischen Konservatismus in der CDU: Hassel bewunderte seine patriarchalische und der Tradition verhaftete Seite, Blumenfeld dagegen die Verschmelzung von Traditionsbewusstsein, Fortschrittlichkeit und Liberalität. Die Parteibeziehungen – und das war neu – verfolgten sie nicht mehr nur aus außenpolitischen, sondern auch aus programmatischen Motiven. Darüber hinaus erkannten sie die Möglichkeiten eines Austauschs über organisatorische Fragen etwa hinsichtlich der Wahlkampforganisation, der Struktur des Parteiapparats oder der Medialisierung von Politik.⁵⁵

Auf die deutsche Initiative zur Formalisierung der Parteienkooperation folgten jedenfalls Jahre intensivierten Austauschs. Im Juli 1963 reiste eine hochrangige CDU-Delegation (bestehend aus Josef Hermann Dufhues, Heinrich von Brentano, Kurt Birrenbach, Erik Blumenfeld und Konrad Kraske) nach London, wo mit dem Party Chairman Iain Macleod und Michael Fraser, dem Leiter des Conservative Research Department, der Analyse- und Strategieabteilung der Partei, regelmäßige Treffen und gegenseitige Informationspolitik vereinbart wurden. Die Parteibeziehungen sollten sich nicht auf die Spitzen der Partei konzentrieren, sondern durch die Kooperation der Parteiorganisationen vertieft und auf eine feste institutionelle Basis gestellt werden.⁵⁶ Nicht von ungefähr erfolgte die Initiative zu diesem Treffen seitens Erik Blumenfelds im Frühjahr 1963, sprich kurz nach dem abermaligen Veto de Gaulles hinsichtlich des Beitritts Großbritanniens zur EG.⁵⁷ Die Briten gingen nur zu gerne darauf ein, da sie den Schlüssel zu ihren europäischen Zielen weiterhin in Deutschland sahen – „the only important thing

⁵² Vgl. z. B. ebd. 64/2, Conservative Overseas Bureau, Visit of German CDU Members of the Bundestag, 30. 6. 1960.

⁵³ Vgl. KOOP, Kai-Uwe von Hassel; SPEICH, Kai-Uwe von Hassel; GRAU, Hassel, Kai-Uwe von.

⁵⁴ Vgl. BAJOHR, Hanseat und Grenzgänger, bes. S. 124–131.

⁵⁵ Vgl. z. B. BUCHSTAB, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1957–1961, S. 714–715 und 734.

⁵⁶ Vgl. CPA, COB 65/10, Joint Meeting of CDU and Conservative principals, 19.–20. 7. 1963, Minutes. Vgl. den kurzen Eintrag dazu im Protokoll der Sitzung des Fraktionsvorstands der CDU/CSU vom 29. 7. 1963: FRANZ, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1961–1963, S. 723.

⁵⁷ Vgl. CPA, CCO 20/15/2, Iain Macleod an Evelyn Emmet, 11. 5. 1963; Evelyn Emmet an Iain Macleod, 13. 5. 1963; Evelyn Emmet an Iain Macleod, 29. 5. 1963; Iain Macleod an Evelyn Emmet, 29. 5. 1963.

to do is to have links with the German C.D.U. Party“, war sich Iain Macleod sicher.⁵⁸

Dabei wurde deutlich, dass sich die Perspektive auf die Parteibeziehungen geändert hatte. Während bislang außen- und europapolitisches Kalkül dominiert hatte, rückten nun auch programmatische Gesichtspunkte ins Blickfeld. So gab Iain Macleod zu bedenken, dass „Great Britain and Germany were in a similar political position, both parties having been in power for a long time and facing elections soon, Great Britain in 1964 and Germany in 1965. Both parties stood for free enterprise, the rights of the individual, rising social standards, and a robust attitude in matters of defence and foreign affairs.“ Dem stimmte Dufhues zu.⁵⁹ Dabei waren die involvierten Politiker durchaus realistisch: Der Austausch zielt nicht auf „identity of views on a specific subject, but maximum understanding of each other’s approach to issues of mutual concern“. ⁶⁰ Nicht zufällig setzte dieses gegenseitige Sich-Erkennen über alle Nomenklatura hinweg zu einem Zeitpunkt ein, als in beiden Parteien über programmatische Neuorientierungen nachgedacht wurde. Wie wir gesehen haben, waren diese sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik seit Mitte der 1960er Jahre herausgefordert, in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft ihre Position neu zu bestimmen, mehr noch: Sie mussten sich über ihr Selbstverständnis klar werden. Der Blick nach außen, das Bemühen, eine Partei, die in einem anderen politischen Kontext operierte, kennenzulernen, war von dieser tastenden Suche nach Zukunftspotenzialen induziert.

Der Austausch von Schriften diente dem genauso wie die Besuche einzelner Politiker bzw. führender Mitarbeiter der Geschäftsstellen. Nach der Niederlage bei der Parlamentswahl 1966 wandte sich beispielsweise Gordon Pears für das Conservative Research Department an Kraske mit der Bitte um eine Übersendung einer Bibliographie zum christlich-demokratischen Denken, mit dem sich die mit der programmatischen Erneuerung Beschäftigten auseinandersetzen aufgegeben hatten. Denn im Laufe ihrer Arbeit seien sie erstaunt gewesen, meinte Pears, „how often our own ideas coincide with what we know of Christian Democrat thinking“. Außerdem stünden christdemokratische Konzepte in Politikfeldern bereit, die von den Konservativen bislang vernachlässigt worden seien: „we feel that we have much to learn from you in the field of relations between the individual, the corporation and the state in a modern society and, in particular, regarding social services“. ⁶¹ Das *Berliner Programm* ging der Conservative Party bereits im Entwurf zu, die großes Interesse am Diskussionsprozess innerhalb der CDU zeigte. ⁶² Auch in Bonn

⁵⁸ Ebd., Iain Macleod an Lord Aldington, 9. 5. 1963; ebenso z. B. Peter Smithers an John Hare, 1. 11. 1963.

⁵⁹ Ebd., Chairman’s notes: Meeting with Christian-Democrat principals, o. D. [Juli 1963].

⁶⁰ Ebd., Joint Meeting of CDU and Conservative principles, 19.–20. 7. [1963].

⁶¹ ACDP, 07-001-11226, Gordon Pears an Konrad Kraske, 4. 10. 1966.

⁶² Vgl. ebd., R.D. Milne an Konrad Kraske, 21. 1. 1968; Evelyn Emmet an Konrad Kraske, 21. 1. 1968.

wurde die programmatische Reform der Conservative Party aufmerksam verfolgt.⁶³

Während die Parteiapparate ein waches programmatisches Interesse pflegten, blieben im Rahmen der Begegnungen zwischen Spitzenpolitikern beider Parteien europa- und außenpolitische Themen bestimmend: Im November 1963 unterhielten sich die führenden Agrarpolitiker der Parteien,⁶⁴ im Februar 1965 standen verteidigungspolitische Diskussionen im Zentrum der Gespräche,⁶⁵ nachdem im Dezember 1964 am Rande eines offiziellen Besuchs von Außenminister Gerhard Schröder in London die Partei ein Treffen mit Schattenaußenminister Richard Austen Butler und Schattenverteidigungsminister Peter Thorneycroft organisiert hatte.⁶⁶ Diese hatten ihre Ämter zwei Monate zuvor nach dem Wahlsieg Labours verloren. Die Beziehungen zwischen den Parteien sicherten also bestehende internationale Kontakte in der Oppositionszeit ab.

In der Tat gehörte dies zu den wichtigsten Funktionen der Parteibeziehungen. Zum einen garantierten sie gerade Parteien in der Opposition einen außenpolitischen Informationsfluss und die Möglichkeit zur Pflege von Netzwerken jenseits regierungsamtlicher Kanäle. Darüber hinaus öffneten sie Oppositionspolitikern die Türen zum internationalen Parkett, was für ihre staatsmännische Profilierung entscheidend war. Und nicht selten wurden die internationalen Kontakte zur Unterstützung in Wahlkämpfen aktiviert.⁶⁷ Zum anderen schuf die fern von aller Öffentlichkeit situierte Parteienkooperation informelle Räume, in denen sich Politiker begegnen, kennenlernen und austauschen konnten. Zum Verständnis der jeweils anderen Position, die dann in internationalen oder supranationalen Verhandlungen wieder begegnete, trug dies bei. Zudem konnten Positionen abgestimmt und Informationen ausgetauscht werden. Besonders im Hinblick auf die Integration der Conservative Party in die NEI bzw. deren 1965 gegründete Nachfolgeorganisation, die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), erwies sich dieser Aspekt als bedeutend, wie unten näher ausgeführt werden wird.

⁶³ Vgl. ebd., Die Britische Konservative Partei, Politische Grundsätze für die Zwischenzeit. Verbessere Dein Leben [Übersetzung von „Make Life Better“, 1968]; Dr. Vogel an Conservative Overseas Bureau, 22. 4. 1969; darin auch: REGINALD MAUDLING, The Ever-Changing Challenge, London 1969.

⁶⁴ Vgl. CPA, COB 64/1, Kurzgefasster Bericht über das Treffen einiger Mitglieder der Konservativen Partei Englands mit Vertretern der CDU in Eichholz, 29. 11. 1963; Minutes of the meeting between the British Conservative Party and the German CDU at Eichholz, Bonn, 29. 11. 1963; CCO 20/15/2, Evelyn Emmet, 18. 12. 1963. Zur europäischen Agrarpolitik und zur Bedeutung der Agrarfrage in den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EG vgl. PATEL, Europäisierung wider Willen, S. 227–251; ders., Europeanization à Contre-Coeur.

⁶⁵ Vgl. CPA, COB 87/4, Joint Meeting of CDU and Conservative Representatives, London, 12.–13. 2. 1965; Summary of Discussion on Defence, 13. 2. 1965.

⁶⁶ Vgl. ebd., R.D. Milne an Erik Blumenfeld, 4. 12. 1964; 88/2, [Evelyn Emmet] an Josef-Hermann Dufhues, 14. 12. 1964.

⁶⁷ Dies bestätigen die in die Parteienkooperation involvierten Politiker, vgl. z. B. Konrad Kraske, in: Gehler et al., Mitgestalter, 2013, S. 46; Peter Radunski, in: Mitgestalter Europas, 2013, S. 115. Zu den Bedingungen außenpolitischen Handelns in der Bundesrepublik vgl. im Überblick HAFTENDORN, Kontinuität und Wandel.

Einen solchen geschützten Raum stellte die Parteienkooperation sowohl für Begegnungen auf höchster politischer Ebene bereit als auch für solche auf den mittleren und unteren Ebenen der Politik. Unzählige Politiker und Gruppen der CDU wurden bei ihren London-Besuchen von Conservative Central Office seit den frühen 1960er Jahren betreut. Sie begegneten dort britischen Politikern, ihnen wurden der Parteiapparat erklärt und Positionspapiere vorgestellt. Das Interesse war in seinem Ausmaß hingegen nicht gegenseitig, was vor allem auch mit der großzügigen Bezuschussung solcher Reisen durch die Bundesregierung zusammenhing, so dass die CDU zwar weniger Gruppen zu betreuen hatte, in ihrer Gastfreundschaft gegenüber britischen Politikern aber der Conservative Party in nichts nachstand. Dass die unmittelbare Erfahrung eines persönlichen Sich-Kennenlernens in Europa einen wichtigen Beitrag zur europäischen Sozialisierung leistete, erweist John Davis' Studie zur Federation of Conservative Students in den späten 1960er Jahren und deren Kontakten zum RCDS und Studentenorganisationen der skandinavischen Konservativen. Er identifiziert eine Generation europabegeisterter, in den Institutionen der EG engagierter britischer Konservativer, die in den parteigeschichtlichen Narrativen des Thatcherismus bewusst keine Erwähnung finden.⁶⁸

Ihre Ausstrahlung bis hinein in die Parteibasis unterschied die Parteienkooperation von anderen internationalen Zirkeln und Gesprächsforen, die ebenso dem informellen Austausch dienten.⁶⁹ In ihnen traf sich die außenpolitisch engagierte Elite. Auf die Bedeutung konservativer Netzwerke im Kalten Krieg hat Johannes Großmann kürzlich nachdrücklich aufmerksam gemacht. Eine wichtige Rolle in der Integration der britischen Konservativen in die kontinentalen, christdemokratisch geprägten Netzwerke, die im Centre Européen de Documentation et d'Information (CEDI) ihr Zentrum hatten, spielte seit den späten 1950er Jahren das Institut d'Études Politiques Vaduz, das in enger personeller wie ideologischer Verbindung zum CEDI stand. Modelliert als angelsächsischer Club mit streng begrenztem Mitgliederkreis bot es Raum zur Diskussion außenpolitischer Fragen. Die Briten bildeten mit u. a. Geoffrey Rippon, Francis Bennett, William Deedes und Peter Smithers eine tragende Säule des Vaduzer Instituts. Neben anderen vertrat Konrad Kraske die CDU.⁷⁰ Die verschiedenen Netzwerke in Europa waren ineinander verwoben. Sie unterschieden sich in ihrer jeweiligen Funktion, die ihnen im Rahmen der sich bildenden „Internationale der Konservativen“ zugemessen wurde.⁷¹ Während CEDI, das Vaduzer Institut und dann später Le Cercle teils klandestine Foren für die Eliten der internationalen Politik boten, diente die Kooperation von CDU und Conservative Party den genuinen Bedürfnissen

⁶⁸ Vgl. DAVIS, A Silent Minority?; am Beispiel der christdemokratischen Parteiennetzwerke: KAISER, Christian Democracy and the Origins, S. 320–321; allgemein KAISER und MEYER, Societal Actors in European Integration.

⁶⁹ Zur zunehmenden Bedeutung von nicht-regierungsamtlichen Akteuren in den internationalen Beziehungen vgl. IRIYE, Global Community; BERMAN und JOHNSON, Unofficial Diplomats.

⁷⁰ Vgl. GROSSMANN, Die Internationale der Konservativen, S. 389–406.

⁷¹ Vgl. ebd.

der Parteien. Deshalb wurde sie auch zunehmend von deren professionellem Organisationsapparaten getragen.

Dabei spiegelte sich die ambivalente Haltung der Konservativen gegenüber dem europäischen Projekt auch in der Parteienkooperation.⁷² Während diese einerseits auch auf britischer Seite von dem Gedanken europäischen Zusammenwachsens getragen wurde, drang sie in der Conservative Party keineswegs so weit in die Partei vor wie das in der CDU der Fall war. Dass die Zahl der deutschen Besuchergruppen jene der britischen bei Weitem überstieg, wurde bereits erwähnt. Vor allem aber erfasste sie eine größere Breite der Partei, wohingegen die Parteienkooperation in der Conservative Party – mit wenigen Ausnahmen – die europaenthusiastische Parteilite berührte. Hinzu kam, dass die britischen Konservativen ihr europäisches Engagement um einiges pragmatischer, d. h. interessenpolitischer sahen als dies die CDU tat, der der europäische Einigungsgedanke ein Herzensanliegen war. Der Aufrechterhaltung nationaler Souveränität wurde in der Conservative Party eine ungleich höhere Bedeutung beigemessen als in der CDU, in der die Verlagerung nationaler Rechte auf die supranationale Ebene von einem breiten Konsens getragen wurde.⁷³ Auch in den 1960er und frühen 1970er Jahren, in der die ‚Europeanists‘ in der Conservative Party großen Einfluss hatten und die Integrationspolitik sich großer Zustimmung erfreute, verfügten die Gegner eines EG-Beitritts über eine nicht zu vernachlässigende Stimme.⁷⁴ Besonders an der Parteibasis konnten anti-europäische Stimmungen mobilisiert werden.⁷⁵ In einem weit höheren Maße als in der CDU war die europäische Vision in der Conservative Party ein Elitenprojekt.

Nicht zuletzt dienten die Parteibeziehungen dem Austausch über Fragen der Wahlkampfaktik, Öffentlichkeitsarbeit oder Politikanalyse. Sie hatten also eine parteiorganisatorische Funktion. Die Parteiapparate engagierten sich gerade auch deshalb in der Kontaktpflege. Mit der zunehmenden Institutionalisierung der Parteibeziehungen verstärkten sich die Kontakte zwischen einzelnen Abteilungen der Parteiorganisationen. So bestand etwa in Bonn großes Interesse am Conservative Research Department, zu dessen näherem Studium mehrmals CDU-Vertreter nach London flogen,⁷⁶ oder an der Organisation und am Ablauf der Partei-

⁷² Vgl. CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*; KAISER, *Using Europe, Abusing the Europeans*; zur britischen Ambiguität gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt allgemein vgl. GOWLAND et al., *Britain and European Integration*, S. 205–244.

⁷³ Zur europapolitischen Haltung der CDU vgl. KÜSTERS, *Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten*.

⁷⁴ Vgl. CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*, S. 105–126, 152–187; LYNCH, *The Conservatives and the Wilson Application*.

⁷⁵ Vgl. CROWSON, *The Conservative Party and European Integration*, S. 165–172.

⁷⁶ Vgl. z. B. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Evelyn Emmet, 6. 8. 1962; Konrad Kraske an Evelyn Emmet, 25. 9. 1962; 07-001-10119, Einige Beobachtungen im englischen Wahlkampf, 31. 3. 1966, darin: Einige Eindrücke vom Conservative Research Department, S. 13; 07-001-10138, Vermerk für Herrn Dr. Kraske: Conservative Research Centre, 12. 7. 1966; 07-001-11226, Johann Christoph Besch an R.D. Milne, 14. 6. 1966.

tage.⁷⁷ Die Briten informierten sich beispielsweise 1967 über die Methoden der computergestützten Politikanalyse, über Meinungsforschung und Wahlstatistik in Bonn.⁷⁸ Nach der Gründung von WIKAS nahm Gerhard Elschner Kontakt mit dem CRD auf und machte sich zu einem Informationsbesuch nach London auf, auch um mögliche Kooperationen auszuloten.⁷⁹ Darüber hinaus tauschten sich die Parteien über ihre Erfahrungen in der Organisation von Wahlkämpfen aus.⁸⁰ Nicht zuletzt realisierte Konrad Kraske im Februar 1970 doch noch seinen seit elf Jahren geplanten Besuch in London, um zu studieren, wie Oppositionsarbeit betrieben wird, in welcher der CDU im Bund jede Erfahrung abging.⁸¹ Die Kooperation der Apparate wurde zu einem zunehmend wichtigeren Aspekt der Parteienzusammenarbeit. Sie ging Hand in Hand mit einem Professionalisierungsschub der Parteien, der in beiden Ländern zeitgleich erfolgte. Die Zusammenarbeit der Parteiparate gab den Parteienbeziehungen eine institutionelle Stütze und sorgte für Kontinuität. Als der parteikooperative Schwung der mittleren 1960er Jahre nachgelassen hatte und die direkten Kontakte – abgesehen von den regelmäßigen Treffen auf Parteitagen und der intensiven Zusammenarbeit im Rahmen der EUCD – abgenommen hatten, ergriff das Conservative Overseas Bureau die Initiative, um diese zu reaktivieren.⁸² Dieses institutionelle Rückgrat wurde vor allem dann wichtig, als die erste Generation der Brückenbauer Anfang der 1970er Jahre die parteipolitische Bühne verließ.

Mitte der 1960er Jahre waren die Beziehungen zwischen CDU und Conservative Party gefestigt. Dies ermöglichte erst das gemeinsame Agieren in den komplexen Netzen europäischer Parteienkontakte, das die zweite Phase in den Beziehungen beider Parteien prägte, die im Jahr 1965 mit der Gründung der EUCD

⁷⁷ Vgl. ebd., 07-001-11226, Konrad Kraske an James Douglas, 10. 6. 1967; CPA, COB 110/5, M.E. Ritterbach an The Conservatives and Unionists Party, Central Office, 6. 2. 1968.

⁷⁸ Vgl. ACDP, 07-001-11226, James Douglas an Konrad Kraske, 14. 3. 1967; James Douglas an Konrad Kraske, 24. 4. 1967; zum Hintergrund vgl. KRÜKE, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland.

⁷⁹ Vgl. CPA, COB 110/5, R.D. Milne an Michael Fraser, 16. 10. 1968. Die für Mai 1969 geplante Arbeitstagung in Deutschland wurde von der deutschen Seite dann aber angeblich auf Grund unvorhergesehener Entwicklungen im Wahlkampf zur Bundestagswahl abgesagt, vgl. ebd., Dorothea Schneider an R.D. Milne, 28. 3. 1969.

⁸⁰ Vgl. z. B. ebd. 64/2, M. Loeser an R.D. Milne, 9. 3. 1960; Robert E. Lembke an John Grist, BBC Television Studios, 21. 3. 1960, Mr. Milne zur Kenntnis; Konrad Kraske an R.D. Milne, 10. 8. 1961; ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an R.D. Milne, 24. 9. 1959; Konrad Kraske an R.D. Milne, 5. 8. 1964; Konrad Kraske an R.D. Milne, 16. 9. 1964; 07-001-10119, Einige Beobachtungen zum englischen Wahlkampf, 31. 3. 1966. Zur bundesrepublikanischen Praxis der Wahlkampfbeobachtung im Ausland vgl. MERGEL, Propaganda nach Hitler, S. 63–85.

⁸¹ Vgl. CPA, COB 110/5, Conservative Overseas Bureau, Special Visit from the German CDU, February 1970, 27. 1. 1970; ACDP, 07-001-11226, Konrad Kraske, Bericht über einen Besuch bei der Konservativen Partei Großbritanniens, März 1970; zur Vorbereitung des Besuchs vgl. u. a. Bruno Heck an Evelyn Emmet, 4. 12. 1969.

⁸² Vgl. CPA, COB 110/5, R.D. Milne an Johann Christoph Besch, 10. 11. 1969; ACDP, 07-001-11226, Kai-Uwe von Hassel an Bruno Heck, 26. 11. 1969. Das Ergebnis war ein Treffen in Eichholz im Dezember 1970, vgl. CPA, CCO 20/32/4, Bruno Heck an Peter Thomas, 10. 11. 1970; ACDP, 07-001-11226, Vorläufiges Programm des Treffens zwischen Mitgliedern der Konservativen Partei Englands und Mitgliedern der CDU/CSU, 4.–6. 12. 1970.

einsetzte. Von Beginn an stand die Verbindung der beiden Parteien in einem europapolitischen Zusammenhang: Er war ihr Ausgangspunkt und blieb ihr Nukleus. Bereits 1959 hatte Smithers den recht jungen Kontakt nach Bonn genutzt, um die Position der Conservative Party hinsichtlich ihrer Mitarbeit in den *Nouvelles Équipes Internationales* zu verdeutlichen und um Unterstützung für die britische Position zu werben.

Die NEI hatten im Laufe der 1950er Jahre immer stärker an Bedeutung verloren. Den Bedürfnissen von Parteipolitik in den sich immer stärker institutionalisierenden Europäischen Gemeinschaften war die Organisation nicht gewachsen. Hinzu kamen erste Irritationen über das Selbstverständnis einer internationalen Bewegung, die unter dem gemeinsamen Banner der christlichen Demokratie segelte. Die programmatischen Gräben zwischen den in den NEI vertretenen Parteien und Bewegungen brachen nicht von ungefähr nach einer Rede Ludwig Erhards auf dem NEI-Kongress in Scheveningen im Mai 1958 auf, in der er das Konzept der sozialen Marktwirtschaft und ihre ordoliberalen Fundamente vorgestellt hatte und auf energischen Widerspruch gestoßen war. Besonders die niederländischen Vertreter vertraten dirigistische Lösungen.⁸³ Bruno Heck, zu dieser Zeit noch Bundesgeschäftsführer der CDU, stimmte die Auseinandersetzungen „nachdenklich“. „Es gehört zum Wesen einer christlichen Politik, dass sie sich den traditionellen und ökonomischen Verhältnissen in den verschiedenen Ländern anpasst. Trotzdem habe ich es schon immer – und auch dieser Tage – besonders intensiv empfunden, dass weder bei uns noch, soweit ich es übersehe, anderswo eine klare Theorie der christlichen Politik existiert.“ Deshalb schlug er die Einrichtung einer Kommission in den NEI vor, der die Aufgabe gestellt werden sollte, „eine gemeinsame Theorie christlicher Politik“ zu erarbeiten.⁸⁴ Statt dessen beschäftigte sich der NEI-Kongress in Freiburg im folgenden Jahr mit dem christdemokratischen Selbstverständnis – ohne eine wirkliche Auseinandersetzung mit den eklatanten Differenzen in der sozial- und wirtschaftspolitischen Programmatik zu leisten und ohne die von wichtigen Europapolitikern geforderte Organisationsreform einzuläuten.⁸⁵ Schließlich führte das Bedürfnis nach programmatischer Klärung zur Gründung des *Centre International Démocrate-Chrétien d'Études et de Documentation* in Rom 1960, das unter der Leitung des Niederländers Karl-Josef Hahn als Plattform für die internationale christdemokratische Bewegung dienen sollte.⁸⁶

⁸³ Vgl. ERHARD, Eine Wirtschaftspolitik im Dienste der Person und des Wohlergehens aller, NEI-Kongress, Scheveningen, 8.–9. 5. 1958; VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“, S. 21–23.

⁸⁴ HECK, Vorschlag zur Parteienkooperation, 12. 6. 1958, in: GEHLER und KAISER, Transnationale Parteienkooperation, S. 529.

⁸⁵ Vgl. MEYERS, Einheit in der Freiheit, Eingangsvortrag, NEI-Kongress, Freiburg/D, 29. 5. 1959, Dokument 175; HAHN, Bericht über die Lage der christlich-demokratischen Parteien, NEI-Kongress, Freiburg/D, 28.–30. 5. 1959; Aussprache, NEI-Kongress, 1959; zu Organisation und Reformdiskussion der NEI vgl. GEHLER und KAISER, Transnationale Parteienkooperation, S. 44–53.

⁸⁶ Vgl. KAISER, Christian Democracy and the Origins, S. 312; zum Ausgreifen v. a. nach Lateinamerika vgl. DECHERT, The Christian Democratic „International“.

Von einer Reform der NEI hatten die britischen Konservativen ihr weiteres Engagement abhängig gemacht, nachdem sie vor die Frage gestellt worden waren, die britische Equipe zu übernehmen. Gegenüber Konrad Kraske hatte Smithers Anfang des Jahres 1959 den Wunsch der Conservative Party bekräftigt, in den christdemokratischen Parteinetzwerken offiziell anerkannt mitzuwirken. „Although it is true that there is no denominational basis for politics in this country, nevertheless the principles of Christianity and Democracy are fundamental to Conservative politics“, unterstrich er.⁸⁷ In Bonn stieß er mit dieser Argumentation auf offene Ohren, im Lenkungsausschuss der NEI in Brüssel dagegen traf er auf Ablehnung, die er recht realistisch auf mangelnde Kenntnis der Strukturen und Realitäten britischer Politik zurückführte. Als die Organisationsreform scheiterte, für die sich die CDU stark gemacht hatte, entschloss sich die Conservative Party zu einem Rückzug aus den NEI.⁸⁸ Die Hoffnung auf eine solche Reform hatte Kraske ohnehin bereits fahren gelassen, nachdem der u. a. von CDU und Conservative Party gemeinsam getragene Reorganisationsvorschlag bereits im Februar 1959 im Lenkungsausschuss der NEI abgelehnt worden war.⁸⁹ Die CDU setzte auf alternative und effektivere Instrumente einer Verständigung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa. Die bilaterale Kooperation zwischen Conservative Party und CDU war Teil dieses Instrumentenkastens. Diese möge „noch enger“ werden und „im Laufe der Zeit das ersetz[en], was sich im Rahmen der NEI offenbar vorläufig nicht erreichen“ lasse, schrieb Kraske im Mai 1959 Peter Smithers.⁹⁰ Welche Fallstricke mit dieser Strategie aber auch verbunden waren, sollte sich, wie wir gesehen haben, im Spätherbst 1959 zeigen, als der Bundesgeschäftsführer von seinem Parteivorsitzenden unsanft an die Grenzen seines politischen Handlungsraums erinnert wurde.

Die Diskussion um die Reform der NEI sollte nicht zur Ruhe kommen. Sie wurde auch genährt von dem Drängen der christdemokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die sich 1959 ebenfalls eingeschaltet hatte und auf eine gut koordinierte Organisation hoffte.⁹¹ Über eine Integration der nordeuropäischen Konservativen in die Fraktion wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht diskutiert. Das sollte sich nach de Gaulles erstem Veto im Januar 1963 ändern. Nachdem die Gespräche zwischen der Fraktion der Unabhängigen und der Christdemokraten über eine Fusion bereits weit fortgeschritten waren, kam auch Bewegung in die festgefahrene Situation in den NEI. Die CDU agierte als Anwältin der britischen Konservativen und sondierte die Lage.⁹² Ihr Interesse an

⁸⁷ ACDP, 07-001-12095, Peter Smithers an Konrad Kraske, 7. 1. 1959.

⁸⁸ Ebd., Peter Smithers an Konrad Kraske, 2. 6. 1959, in Anlage: Peter Smithers an Patrick McLaughlin, 4. 6. 1959.

⁸⁹ Vgl. Lenkungsausschuss, Paris, 13. 2. 1959, Dokument 173.

⁹⁰ ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Peter Smithers, 16. 6. 1959.

⁹¹ Vgl. KAISER, *Europeanization of Christian Democracy?*, S. 18.

⁹² Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Martin Rosenberg, 10. 12. 1963; Johann Christoph Besch an R.D. Milne, 13. 12. 1963; R.D. Milne an Konrad Kraske, 19. 12. 1963; CPA, COB88/2, R.D. Milne an Evelyn Emmet, 16. 12. 1963.

einer Einbindung der britischen Konservativen in die bestehenden Parteiennetzwerke war machtpolitisch wie ideologisch fundiert. Zum einen wurde immer wieder auf den Organisationsgrad und die Schlagkraft der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen wie der liberalen Parteienkooperation in Europa hingewiesen. Dagegen zerfaserte das Mitte-Rechts-Lager, und dies zumal als sich keine realistische Strategie für die mit Sicherheit erwartete Erweiterung der Gemeinschaften durchsetzen ließ. Machtpolitisch konnte das aus Sicht von CDU und CSU nur in eine Sackgasse führen. Denn die avisierte Erweiterung um die nordeuropäischen Staaten würde hauptsächlich die Sozialdemokraten stärken, so die Sorge.

Zum anderen bereitete der Linkstrend in mehreren christdemokratischen Parteien den Unionsparteien Bauchschmerzen. Gerade die Nordeuropäer, die in der Wirtschaftspolitik ebenfalls liberale Konzepte vertraten, mochten in dieser Situation als Gegengewicht wirken.⁹³ Es war nicht zufällig, dass die Intensivierung der Kooperation zwischen Conservative Party und CDU parallel ging mit der massiven Verschlechterung der Beziehungen von CDU und Democrazia Cristiana, deren Linkskurs dem italophilen Adenauer schwere Sorgen bereitete.⁹⁴ Dass sich die Konturen des Christdemokratischen mit dem Säkularisierungsschub seit den späten 1950er Jahren ohnehin verflüssigten, die Parteien in den NEI deutliche Wahlverluste erlitten – bis hin zum Absinken in die Bedeutungslosigkeit wie im Falle der französischen *Movement Républicain Populaire* (MRP) – und überall in Europa eine reformierte Linke rasant an Zuspruch gewann, bildete gewissermaßen den großen Rahmen, in dem sich die Konflikte und Neuorientierungen innerhalb der NEI abspielten.⁹⁵

Die Reform der NEI, die 1965 als EUCD wiedererstand, zeitigte allerdings nicht das gewünschte Resultat. Zwar konnten nun tatsächlich nur noch Parteien die Mitgliedschaft erwerben, wurde die Organisation mit den Institutionen der EG enger verwoben, die inhaltliche Arbeit von den Kongressen auf Arbeitskreise verlagert und war die Aufnahme nicht-christdemokratischer Parteien satzungsmäßig verbürgt,⁹⁶ doch blockierte der neue EUCD-Präsident, der Italiener Mariano Rumor, die Aufnahme von Briten und Skandinaviern auf jede erdenkliche Weise – und dies, als in den europäischen Parlamenten eine Verständigung zwischen den Fraktionen auf den Weg gebracht worden war.⁹⁷ Nach Artikel 7 der EUCD-Satzung konnte für solche Parteien, deren Länder keine Tradition christlich-demokratischer Parteibildung aufwiesen, auf Antrag eine „Sondervertretung“ eingerichtet werden, mit der ein Sitz mit beratender Stimme im Vorstand verbunden war. Besonders die Democrazia Italiana hatte sich über Jahre gegen die Integra-

⁹³ Zum Linkstrend in den EUCD-Parteien in den 1960er Jahren vgl. KAISER, *A Transnational Policy Community in Retreat?*, S. 130–131.

⁹⁴ Vgl. MASALA, *Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949–1969*.

⁹⁵ Vgl. KAISER, *Christian Democracy and the Origins*, S. 305–309.

⁹⁶ Zur EUCD vgl. MEYER, *Die christlich-demokratische Fraktion*, S. 36–44; KAISER, *Christian Democracy and the Origins*, S. 314; PAPINI, *The Christian Democrat International*, S. 85–100.

⁹⁷ Vgl. CPA, IDU 30/1, Peter Kirk an Alec Douglas-Home, 6. 7. 1967. Für die EUCD-Präsidentschaft Mariano Rumor vgl. MALGERI, *The Italian Presence in the Christian Democrat International*, S. 193–200.

tion der nordeuropäischen Konservativen gesperrt, und diese Obstruktionspolitik sollte sie auch nach Verabschiedung der neuen Satzung fortsetzen. Dass mit Mariano Rumor nun ein Italiener an der Spitze der EUCD stand, spielte ihr dementsprechende Möglichkeiten zu. Obwohl von allen beteiligten Parteien ein Satzungsentwurf verabschiedet worden war, der die Entsendung zweier Sondervertreter in den Vorstand festgelegt hatte, war in der gedruckten Satzung nur mehr von einem Vertreter die Rede, was in Bonn für empörte Sprachlosigkeit sorgte.⁹⁸

Damit nicht genug. Den Aufnahmeantrag, den die Conservative Party gleich im Juli 1965 gestellt hatte,⁹⁹ ignorierte Rumor über Jahre. Dasselbe galt für den der Konservativen Partei Norwegens. Die CDU intervenierte mit Nachdruck und brachte Rumor zumindest dazu, sich im April 1966 zu erklären. Die „britische Konservative Partei ist keine christlich-demokratische Partei. Die skandinavischen konservativen Parteien sind es auch nicht“, begründete er seine intransigente Haltung. Die Aufgabe der EUCD sei es nicht, die christlich-demokratische Idee zu verwässern, sondern zu befördern, weshalb es darum gehen müsse, christlich-demokratische Parteien begründen zu helfen, wo es solche auf Grund anderer Tradition noch nicht gebe. Nicht Assimilation der Konservativen, sondern Konkurrenz im eigenen Land, das hielt Rumor für den einzig gangbaren Weg.¹⁰⁰ Die CDU blieb bei ihrer Position, Rumor aber auch. Selbst Edward Heath, der den italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro eingeschaltet hatte, ließ er im Juli 1966 zunächst abblitzen.¹⁰¹ Doch kam er auf Grund des Drucks nicht mehr umhin, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wie von Rumor vorgeschlagen, wurde den Briten und Skandinaviern eine lose Assoziation mittels einer Equipe nach dem Modell der NEI angeboten.¹⁰² Dieser Vorschlag war für die Briten unannehmbar, weil er, wie Milne betonte, „einen Rückfall um Jahre bedeuten“ würde.¹⁰³ Die Briten fühlten sich isoliert und abgewiesen. „It is humiliating to realise that in this milieu we are of no account; but it must be faced as a fact,“ hatte Evelyn Emmet bereits die EUCD-Gründungsversammlung kommentiert, von der sie „extremely depressed“ nach Hause gereist war.¹⁰⁴

Da die bislang verfolgte Strategie offensichtlich gescheitert war, schlug man einen alternativen Weg ein.¹⁰⁵ Beim Parteitag der Konservativen in Blackpool vereinbarten die Vertreter von skandinavischen, maltesischen und britischen Kon-

⁹⁸ Vgl. ACDP, NL Bruno Heck, I 001 101/2, Johann Christoph Besch an Bruno Heck, 25. 3. 1966.

⁹⁹ CPA, IDU 30/1, Edward du Cann an Mariano Rumor, 14. 7. 1965; Kopie in: ACDP, 07-001-12095.

¹⁰⁰ ACDP, NL Bruno Heck, I 001 101/2, Mariano Rumor an Bruno Heck, 2. 4. 1966.

¹⁰¹ Ebd., 07-001-11226, Edward Heath an Mariano Rumor, 4. 7. 1966, in Anlage: Edward Heath an Aldo Moro, o.D.; NL Bruno Heck, I 001 101/2, Mariano Rumor an Edward Heath, 13. 7. 1966.

¹⁰² Ebd., 07-001-11226, Johann Christoph Besch an R.D. Milne, 30. 8. 1966.

¹⁰³ Ebd., Johann Christoph Besch, Vermerk für Bruno Heck, 12. 9. 1966, darin: Übersetzung von: R.D. Milne an Bruno Heck, 5. 9. 1966.

¹⁰⁴ Bodleian Library, Emmet Papers, MS. Eng. hist. c. 1058, fols 15–28, Report by Lady Emmet, Annual Conference of the European Union of Christian-Democrats, Taormina, 9.–12. 12. 1965.

¹⁰⁵ Vgl. ACDP, 07-001-11226, [Edward Heath] an Mariano Rumor, 26. 10. 1966.

servativen sowie von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und CDU jährliche Arbeitssitzungen in einem lockeren, nicht-institutionalisierten Rahmen.¹⁰⁶ Man nutzte also das bestehende Forum, das sich seit den späten 1950er Jahren abseits der Augen der Öffentlichkeit als Bestandteil der Parteitage entwickelt hatte, und institutionalisierte es. Die beteiligten Parteien initiierten keine der EUCD entgegengesetzte Organisation, vielmehr baute man auf die bilateralen Parteistrukturen und nutzte die bestehenden Räume europäischer Vernetzung. Mehr noch: Sie warben um die Teilnahme der EUCD-Parteien. Das Ziel war die Pflege persönlicher Kontakte und die Möglichkeit eines „regelmäßige[n] Gespräch[s]“, mithin die Etablierung eines verstetigten Kommunikationsforums.¹⁰⁷ Nicht zuletzt sollten die schließlich Inter-Party Conference genannten Treffen der Integration jener europäischen Mitte-Rechts-Parteien dienen, deren Aufnahme in die christdemokratischen Netzwerke ebenfalls blockiert war – und dies betraf in erster Linie die französischen Gaullisten.¹⁰⁸

Nach einem unter der Ägide der CDU in Karlsruhe 1967 erstmals organisierten Treffen, das Mariano Rumor selbstredend zu konterkarieren trachtete,¹⁰⁹ fand die Inter-Party Conference schließlich bis 1975 fast jährlich an wechselnden Orten statt. Letztlich blieb Rumor nichts anderes übrig, als diese Lösung zu akzeptieren.¹¹⁰ Die deutsch-britische Allianz wurde dadurch gefestigt. „Es drängt mich, Ihnen zu sagen, dass wir nicht nur gern bereit sind, sondern es für unsere Pflicht halten, alles zu tun, dieses Europa mit Großbritannien zu schaffen“,¹¹¹ schrieb Bruno Heck nach der allseits als erfolgreich gelobten Karlsruher Inter-Party Conference 1967 an den ehemaligen Premierminister Alec Douglas-Home, der dort zur internationalen Politik gesprochen und dem Treffen Glanz verliehen hatte.¹¹² Die Hoffnung Evelyn Emmets, dass CDU und Conservative Party mit der Etablierung der Inter-Party Conferences „a new era of Cooperation“ beginnen würden,¹¹³ war in der Tat nicht unbegründet.

¹⁰⁶ Vgl. CPA, CCO 20/15/3, Minutes of a special meeting, Blackpool, 14. 10. 1966.

¹⁰⁷ Ebd., Konrad Kraske an R.D. Milne, 8. 3. 1967.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., Report: First European Conservative/Christian-Democrat Conference, Karlsruhe, 27.–28. 8. 1967; 20/15/11, International Inter-Party Relations with special reference to Europe, 31. 10. 1970. Bei der Inter-Party Conference 1969 in Brighton war erstmals ein Vertreter der UDR anwesend, vgl. ACDP, 07-001-11226, Minutes of an interim meeting, Brighton, 10. 10. 1969.

¹⁰⁹ Vgl. CPA, CCO 20/15/3, R.D. Milne an Alec Douglas-Home, 24. 4. 1967.

¹¹⁰ Vgl. ebd., IDU 30/1, Edward Heath an The Chairman of the Conservative Party [Anthony Barber], 12. 5. 1967.

¹¹¹ ACDP, 07-001-11226, Bruno Heck an Alec Douglas-Home, 23. 5. 1967; vgl. außerdem NL Bruno Heck, I 022 101/2, Bruno Heck an Edward du Cann, 23. 5. 1967: „[...] und sie haben vielleicht in Karlsruhe erfahren, dass es unser aller Bedürfnis und Bestreben ist, nicht nur Brücken zwischen Deutschland und Großbritannien und den nordischen Staaten zu schlagen, sondern dass wir auch von dem Wunsch beseelt sind, dass diese Brücken regelmäßig und oft begangen werden, damit wir zu ähnlichen Gesprächen zusammenkommen.“

¹¹² Zu Douglas-Homes' Tätigkeit und Rolle zwischen seiner Abwahl als Premierminister 1964 und seiner Ernennung zum Außenminister 1970 vgl. THORPE, Alec Douglas-Home, S. 378–403.

¹¹³ ACDP 07-001-11226, Evelyn Emmet an Konrad Kraske, 3. 11. 1966.

Diskutiert wurden auf den Inter-Party Conferences nicht nur außen- und europapolitische Fragen, die Vertreter der Parteien sprachen offen über innenpolitische Probleme, taktische Fragen, Wahlkampfmethodik und verglichen ihre jeweilige Situation miteinander.¹¹⁴ Sie verband vor allem die Sorge vor einem weiteren Erstarken der Linken, die ihnen ohnehin bereits die Macht aus den Händen gerissen zu haben schien und die sich anschickte, nun auch die Dynamik europäischer Integration zu bestimmen. Dem glaubte man nur durch ein starkes und einiges Mitte-Rechts-Lager beikommen zu können.

Als Großbritannien schließlich 1973 unter der konservativen Regierung Edward Heaths der EG beitrug, wurde der Platz der nordeuropäischen Konservativen in der europäischen Politik zu einer machtpolitischen Frage ersten Ranges.¹¹⁵ Es ging um die Fraktionsbildung sowie um das Auftreten des Mitte-Rechts-Lagers bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament, und es ging um Kommunikationsforen für die Parteien, ob nun in Regierung oder Opposition. Dazu kam, dass das sozialdemokratische bzw. sozialistische Lager als einig und gestärkt erschien – durch den schlussendlichen Beitritt der britischen Labour-Abgeordneten zur sozialistischen Fraktion im Europaparlament stellten die Sozialisten und Sozialdemokraten 1975 erstmals die stärkste Fraktion.¹¹⁶ Das Mitte-Rechts-Lager hingegen war auf vier Fraktionen verteilt, wie immer wieder beklagt wurde.¹¹⁷ Die Strategie in CDU und Conservative Party für die anvisierte Stärkung ihres Lagers lautete zunächst: abermalige Intensivierung der bilateralen Beziehungen und die endgültige Formierung eines europäischen Parteienbundes unter dem Dach der EUCD, über die seit 1973 Kai-Uwe von Hassel präsierte.¹¹⁸ Während in dieser dritten Phase der Parteibeziehungen von CDU/CSU und Conservative Party die Parteienkooperation blühte, scheiterte die Inklusionsstrategie wiederum am bekannten, von italienischen, niederländischen und belgischen Christdemokraten organisierten Widerstand.¹¹⁹ Die Europäische Volkspartei (EVP) wurde 1976 als

¹¹⁴ Vgl. z. B. CPA, CCO 20/15/3, Report: First European Conservative/Christian-Democrat Conference, Karlsruhe, 27.–28. 8. 1967; Report: Stockholm Inter-Party Conference, 10.–12. 5. 1968; IDU 30/2, European Christian-Democrat and Conservative Inter-Party Conference, Bernstein nr. Vienna, 21.–23. 5. 1971; 30/3, Inter-Party Conference, Report of a meeting held on 19–20 May 1973; Report: Inter-Party Conference 1974.

¹¹⁵ Zum EG-Beitritt Großbritanniens 1973 vgl. LORD, British Entry to the European Community; YOUNG, The Heath Government; CLEMENS, Der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften; zu Heaths europapolitischer Haltung vgl. YOUNG, This Blessed Plot, S. 214–256.

¹¹⁶ Zur sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteienkooperation vgl. u. a. STEINNES, Socialist Party Networks in Northern Europe; HIEPEL, „Europa gehört keiner Partei“.

¹¹⁷ Zur CD-Fraktion im Europäischen Parlament vgl. MEYER, Die christlich-demokratische Fraktion.

¹¹⁸ Vgl. CPA, IDU 30/3, Party Leaders' Conference, Klesheim Palace, Salzburg, 8.–9. 9. 1975; SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 451–475.

¹¹⁹ Zur Gründung der EVP vgl. aus der parteigebundenen Sicht des EVP-Generalsekretärs (1983–1994): JANSEN, Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 97–110; ders., Die Europäische Volkspartei (EVP), S. 464–479; ders., The Dilemma for Christian Democracy; außerdem SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 451–475; zur Perspektive der niederländischen Christdemokraten vgl. VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“.

rein christdemokratische Parteienallianz der EG-Mitgliedsstaaten aus der Taufe gehoben, woraufhin sich die Parteien der Inter-Party Conference 1978, ein Jahr vor der Direktwahl zum Europäischen Parlament, in Schloss Kleßheim bei Salzburg zur Europäischen Demokratischen Union, kurz EDU, formierten.¹²⁰ Diese blieb bewusst nicht auf die Mitgliedsstaaten der EG konzentriert, sondern verstand sich als eine Sammlungsbewegung des Mitte-Rechts-Lagers in ganz Europa. Dass die ÖVP, der als EUCD-Mitglied die Mitgliedschaft in der EVP verwehrt worden war, in den ersten Jahren stets den EDU-Vorsitzenden stellte, war programmatisch zu verstehen.¹²¹ Mit der Gründung der Internationalen Demokratischen Union (IDU) im Juni 1983 weitete sich das Aktionsfeld auf den pazifischen Raum aus. CDU und CSU gehörten sowohl der EVP als auch der EDU an – wiederum übten sie eine Scharnierfunktion aus.

Neben der ÖVP waren CDU und Conservative Party die treibenden Kräfte hinter der EDU-Gründung – ebenso wie die CSU, die sich unter Franz Josef Strauß kraftvoll in die europäische Parteienkooperation der 1970er Jahre einschaltete. Vor allem aber war Strauß an einer Verbindung mit den britischen Konservativen gelegen.¹²² Dafür aktivierte er seine Kontakte, die er über die Jahre hinweg in den diversen informellen Foren konservativer Netzwerke aufgebaut hatte.¹²³ Zudem suchte er Mitte der 1970er Jahre Le Cercle, einen weiteren klandestinen Gesprächskreis der erstrebten „Internationale der Konservativen“ mit gewichtiger britischer Vertretung, zu einem Schaltzentrum der erstrebten antizösozialistischen Front in Europa zu machen. Julian Amery agierte als Kontakt-

¹²⁰ Vgl. die vielfältigen Unterlagen zur Gründung der EDU in CAC, THCR 2/6/1/23; 2/6/1/75; ACSP, Sammlungen, EDU; NL Strauß, Büro PV 12965. Die beste Darstellung zur Gründungsgeschichte der EDU bietet SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 451–475; vgl. außerdem aus der Sicht der Beteiligten TOBISSON et al., *Twenty Years European Democrat Union*; KHOL und WINTONIAK, *Die Europäische Demokratische Union*; MERTENS und KHOL, *Österreichische Christdemokraten im Dienste Europas*, S. 77–115; aus zeitgenössischer politikwissenschaftlicher Sicht: PRIDHAM, *Christian Democrats*, S. 331–339; darüber hinaus den interessanten Interviewband GEHLER et al., *Mitgestalter Europas*; sowie JOHANSSON, *The Alliance of European Christian Democracy and Conservatism*.

¹²¹ Zur Rolle der ÖVP in der transnationalen Parteienkooperation vgl. GEHLER und SCHÖNNER, *Transnationale christdemokratische Parteienkooperation*; zur ÖVP im Überblick KRIECHBAUMER, *Die Ära Kreisky*, S. 103–132; zur österreichischen Politik vis à vis der EG bzw. EU vgl. GEHLER und KAISER, *A Study in Ambivalence*.

¹²² Zu den Kontakten vgl. ACSP, NL Strauß, Büro PV 6496, Franz Josef Strauß an Edward Heath, 2. 10. 1970; Edward Heath an Franz Josef Strauß, 13. 10. 1973; CPA, COB 132/1, Dorothea Schneider an R.D. Milne, 26. 1. 1972; COB 132/2, Foreign and Commonwealth Office, Programme of Arrangements for the visit of Dr. Franz Heubl, Bavarian Minister for Federal Affairs and Deputy Chairman of the CSU, 16.–19. 4. 1972; IDU 28/1, R.D. Milne an Diana Elles, 24. 10. 1973; R.D. Milne an Diana Elles, 29. 10. 1973; IDU 28/3, Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 22. 7. 1977; IDU 28/4 Douglas Hurd an Diana [Elles], 12. 9. 1978; IDU 28/5, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 8. 2. 1979; Rosemary Spencer an Anthony Royle, 13. 3. 1979, Invitations from Germany to Mrs Thatcher; IDU 30/2, Florian Harlander an Evelyn Emmet, 23. 6. 1970; CAC, THCR, 2/6/1/128, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 25. 10. 1976; Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 27. 10. 1976 [Strauß sagt einen geplanten Besuch bei Thatcher wegen einer Bundestagsdebatte ab].

¹²³ Vgl. GROSSMANN, *Die Internationale der Konservativen*, S. 490–491.

mann zu Thatcher.¹²⁴ Die Gründung der EDU ordnete sich in diese Zusammenhänge ein. Dass diese in der tief gespaltenen Union der mittleren 1970er Jahre Sprengkraft nach innen entwickelte, wird noch zu zeigen sein.¹²⁵ Auch wenn auf britischer Seite durchaus Vorbehalte gegenüber dem barocken Parteiführer aus der deutschen Provinz herrschten und man bislang alle Annäherungsversuche der CSU höflich, aber entschieden abgeblockt hatte,¹²⁶ so lernte man seit Mitte der 1970er Jahre die CSU durchaus zu schätzen, auch wenn es sich nicht um „the easiest customers“ handelte, wie Douglas Hurd bemerkte.¹²⁷ Strauß suchte die Kontakte dann auch für seine privaten außenpolitischen Ambitionen zu nutzen.¹²⁸ Als er sich 1980 um die Kanzlerschaft bewarb, konnte der bayerische Parteiführer als Gast der Konservativen die Londoner Bühne bespielen.¹²⁹ Nach Hause flog der mit der wohligen Gewissheit, dass Conservative Party und CSU „are completely coinciding in all decisive and important questions“.¹³⁰

Die bilateralen Beziehungen zwischen CDU und Conservative Party wurden seit 1970 angesichts der britischen Beitrittsverhandlungen mit der EG wieder intensiviert und erfuhren mit der Einrichtung eines Internationalen Büros der CDU 1972,¹³¹ das unter der Leitung der Karrierediplomaten Heinrich Böx (1972–1977) und dann Henning Wegener (1977–1981) stand, auf deutscher Seite einen merklichen Professionalisierungsschub. Die Organisationsreform der CDU schlug also auch auf ihre internationalen Kontakte durch. Helmut Kohl wie Gerhard Schröder statteten Conservative Central Office 1972 ihren Besuch ab und hatten außerdem Gelegenheit zu einem Gespräch mit Edward Heath.¹³² Der wurde in Sachen Parteienkooperation auch anlässlich einer London-Visite Rainer Barzels gebrieft.¹³³ Eine nochmalige Vertiefung erfuhren die Parteibeziehungen nach dem Wechsel in

¹²⁴ Vgl. ebd., S. 493–496.

¹²⁵ Siehe S. 406–410.

¹²⁶ Vgl. z. B. CPA, CCO 20/15/11, European Inter-Party Conference, Vienna, 21–23 May [1971], Outline Notes: „Our relations with Dr. Strauss and the CSU are perhaps somewhat strained“.

¹²⁷ Ebd., IDU 28/5, Francis Pym an John Stanley, 13. 2. 1979.

¹²⁸ Vgl. Strauß' Korrespondenz mit Thatcher zur Rhodesien-Frage: ACSP, NL Strauß, Büro MP 1082, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, o.D. [1979]; Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 25. 5. 1979; Margaret Thatcher an Franz Josef Strauß, 26. 9. 1979; vgl. die kurze Erwähnung Thatchers im Zusammenhang mit Strauß' Afrika-Politik in STRAUSS, Die Erinnerungen, 1989, S. 527.

¹²⁹ Vgl. ACSP, NL Klein, 1144, Vorläufiges Programm. Besuch des Parteivorsitzenden bei der Britischen Konservativen Partei, London, 23.–25. 4. 1980; Abendessen für CSU-Vorsitzenden Strauß, Teilnehmerliste, 24. 4. 1980; List of Guests attending the Luncheon to be given by the Prime Minister, 25. 4. 1980.

¹³⁰ Ebd., NL Strauß, Büro PV 12977, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 28. 4. 1980.

¹³¹ Vgl. die positive Erwähnung des „neu eingerichtete[n] [...] Auslandsbüro[s]“ durch Kai-Uwe von Hassell in der Sitzung des Bundesvorstands vom 24. 1. 1976, BUCHSTAB und LINDSAY, CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, 24. 1. 1972, S. 686.

¹³² Vgl. CPA, COB 132/1, u. a. Foreign and Commonwealth Office, Programme of Arrangements for the visit of Herr Helmut Kohl, 16.–19. 2. 1972; J.H. Moore an R.D. Milne, 22. 2. 1972; Foreign and Commonwealth Office, Programme of Arrangements for the visit of Dr. Gerhard Schröder, 28. 2.–2. 3. 1972; Gerhard Schröder an A.D. Dodds-Parker, 13. 3. 1972.

¹³³ Vgl. ebd. 132/2, R.D. Milne an Douglas Hurd, 7. 7. 1972.



Margaret Thatcher und Kurt Biedenkopf, House of Commons, London, Februar 1975
CAC, THCR, 2/6/1/128, Bildrechte: Open Government Licence

der Parteiführung zunächst 1973 in Bonn und dann 1975 in London. Wie in anderen Politikbereichen führte die Dynamik, die die perzipierte Krise der EG seit den späten 1960er Jahren ausgelöst hatte, zu einer Intensivierung des Engagements nicht-staatlicher Akteure im „Europa der zweiten Generation“.¹³⁴

Besonderes Interesse an der deutsch-britischen Kooperation zeigte Kohls Generalsekretär Kurt Biedenkopf. Im Februar 1975 kam endlich eine lange geplante Reise nach Großbritannien zustande, die zufällig mit der Wahl Thatchers zur Parteiführerin koinzidierte.¹³⁵ Biedenkopf nutzte die Chance zu einem Gespräch und etablierte so eine direkte Verbindung zur neuen starken Frau der Conservative Party.¹³⁶ Er versäumte es auch nicht, die neue Parteiführerin nach Bonn einzuladen.¹³⁷ Bereits im Juni 1975 folgte Thatcher Biedenkopfs Einladung, lernte Helmut

¹³⁴ Vgl. KNIPPING und SCHÖNWALD, *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation*; KAISER und MEYER, *Non-State Actors in European Integration*; MIDDLEMAS, *Orchestrating Europe*.

¹³⁵ Vgl. ACDP, 07-001-11479, Bericht über die Gespräche des Generalsekretärs der CDU, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, mit Vertretern der britischen Regierung, der britischen Parteien, der Wirtschaft und den Gewerkschaften anlässlich seines Besuches in Großbritannien vom 9. bis 12. Februar 1975.

¹³⁶ Ebd., Kurt Biedenkopf an Margaret Thatcher, 21. 2. 1975; CDU-Pressmitteilung, 12. 2. 1975; CPA, IDU 28/1, Kurt Biedenkopf an Michael Fraser, 21. 2. 1975; Michael Fraser an Kurt Biedenkopf, 26. 2. 1975; CAC, THCR, 2/6/1/128, Foreign and Commonwealth Office, Programme of arrangements for Kurt Biedenkopf and Michael A Miegel, 8.-12. 2. 1975.

¹³⁷ Vgl. ACDP, 07-001-11479, Kurt Biedenkopf an Margaret Thatcher, 23. 4. 1975.

Kohl und Ludwig Erhard kennen, den sie tief verehrte,¹³⁸ und kehrte im Bewusstsein, gute Freunde und Gesinnungsgenossen gefunden zu haben, nach London zurück.¹³⁹ „The co-operation between our two Parties is of paramount importance, and I would like us to establish even closer links in the future“, schrieb sie an Biedenkopf.¹⁴⁰ Auch Thatchers freundschaftlicher Kontakt zu Karl Carstens nahm bei dieser Gelegenheit seinen Anfang.¹⁴¹ Biedenkopf, der als regelmäßiger Gast der Königswinter-Konferenzen bereits über vielfältige Kontakte verfügte, reiste im März 1976 noch einmal als Gast der Conservative Party zu Arbeitstreffen nach London.¹⁴² Nach Biedenkopfs Abreise unterstrich Thatcher die Überzeugung der Conservative Party, durch die Kooperation mit der CDU „a strong non-Socialist union in Western Europe“ zu realisieren.¹⁴³ Thatchers Besuch auf dem CDU-Parteitag im Mai desselben Jahres diente genau diesem Ziel.¹⁴⁴ Schon wenige Wochen später, Anfang Juli, traf sie mit Kohl wiederum zu Gesprächen zusammen, dieses Mal in London.¹⁴⁵ Dort konnte jener eine „tiefgreifende Übereinstimmung in den zentralen politischen Grundsätzen und in den Zielen europäischer Politik“ zwischen den beiden Parteien feststellen.¹⁴⁶

Die persönliche Chemie zwischen dem Deutschen und der Britin scheint zu diesem Zeitpunkt gut gewesen zu sein. Thatcher jedenfalls war von Kohls Kommentar „that there is more to life than economics, and that friendship and fun must never be forgotten in the pursuit of political ends“ besonders angetan. „Nothing“, setzte sie hinzu, „could have underlined this more plainly than your own personal warmth and good humour which left all my colleagues convinced that we have found a true friend and partner“.¹⁴⁷ In den 1980er Jahren, als Thatcher und Kohl Regierungen führten und nationale Interessen kollidierten, hatte sich die persönliche Wärme der Oppositionsjahre in mitunter eisige Kälte ver-

¹³⁸ Vgl. CAC, THCR 2/6/1/23, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 12. 5. 1977: „He was a man for whom I had the greatest admiration and I am sure that when history is written he will be judged as one of the most outstanding political economists of the century. I shall always remember meeting Dr. Erhard for the first time as one of the highlights of my visit to Bonn in 1975. If only Britain had produced a man with similar foresight in the economic field, I cannot help feeling that our present economic situation would be rather better than it is today. [...] Those of us who share his vision of a free-enterprise economy can only be thankful that he had the opportunity of serving his country in such a dedicated and selfless manner at the highest possible level.“

¹³⁹ Vgl. CPA, IDU 28/1, Michael Fraser an Margaret Thatcher, 20. 5. 1975; Organisationsunterlagen zum Besuch in: ACDP, 07-001-11479; THATCHER, *The Path to Power*, 1995, S. 343–344.

¹⁴⁰ ACDP, 07-001-11479, Margaret Thatcher an Kurt Biedenkopf, 3. 7. 1975.

¹⁴¹ Vgl. CPA, IDU 28/1, Margaret Thatcher an Karl Carstens, 15. 7. 1975; John Peel an Mr Ryder, 4. 8. 1975. Zu den Kontakten zwischen Thatcher und Carstens vgl. CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, 1993, S. 443–444, 670–672.

¹⁴² Vgl. CAC, THCR 2/6/1/128, Programme for Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, 25.–26. 3. 1976.

¹⁴³ Ebd., Kurt Biedenkopf an Margaret Thatcher, 29. 3. 1976.

¹⁴⁴ Vgl. die Unterlagen in CAC, THCR 5/1/2/73.

¹⁴⁵ Vgl. CPA, IDU 28/2, Meeting of Mrs Thatcher and Dr Kohl, 8. 7. 1976, Agenda.

¹⁴⁶ CAC, THCR 2/6/1/21, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 21. 7. 1976.

¹⁴⁷ Ebd., Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976. Vgl. auch HURD, *Memoirs*, 2003, S. 245–246.

wandelt.¹⁴⁸ An die Anfangstage ihrer Beziehung mochten sich die beiden später jedenfalls nicht mehr erinnern.¹⁴⁹ In jenen frühen Jahren war von den späteren Verstimmungen nichts zu spüren. Im Oktober 1976 vertrat Biedenkopf die CDU beim Parteitag der Konservativen in Brighton und hatte dort wiederum Gelegenheit zu einem persönlichen Austausch mit Thatcher.¹⁵⁰ Die Parteienkooperation war an der Parteispitze angelangt: Niemals zuvor und niemals danach sollten Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker von CDU und Conservative Party sich auf Parteiebene so intensiv abstimmen. Während sich der europaenthusiastische Edward Heath in der Parteienkooperation kaum engagiert hatte, tat dies seine als Europakritikerin ersten Ranges in die Annalen eingegangene Nachfolgerin in ihren Jahren als Oppositionsführerin mit allem Nachdruck.

Doch nicht nur an der Parteispitze verstand man sich prächtig, auf allen Ebenen der Partei wurden die Beziehungen intensiviert: Man vermittelte sich gegenseitig Redner für Bildungsseminare oder entsandte Vertreter zu Konferenzen.¹⁵¹ Als besonders tragfähig kristallisierte sich die Zusammenarbeit der Parteiapparate heraus, die nach dem Wechsel von Biedenkopf zu Geißler ihre intensivste Phase erlebte. Tatsächlich förderte Geißler die Parteienkooperation nicht weniger als sein Vorgänger getan hatte. Noch im November 1977 reiste er mit Henning Wegener nach London, um einerseits die Partei und ihre Schlüsselpersonen kennenzulernen und um andererseits das europapolitische Vorgehen abzusprechen. Nicht nur die Schritte hin zur Gründung der EDU, auch das gemeinsame Auftreten bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament galt es abzustimmen.¹⁵² Deshalb wurde beschlossen, die Kontakte zwischen Conservative Research Department und Bundesgeschäftsstelle wie Konrad-Adenauer-Stiftung zu intensivieren „with a view to harmonising the two Parties’ policies“.¹⁵³ Die Initiative dazu war von Wegener und Chris Patten, dem Leiter des CRD und späterem EU-Kommissar ausgegangen.¹⁵⁴ So trafen im Februar 1978 Politikstrategen beider Parteien aufeinander, um gemeinsam an Themen zu arbeiten, die von der Mitbestimmungs- bis zur Familienpolitik reichten. Patten war begeistert und drang auf weitere Treffen,¹⁵⁵ die im Frühjahr 1979 realisiert

¹⁴⁸ Vgl. LARRES, Schwierige Verbündete.

¹⁴⁹ Vgl. die Darstellung des Verhältnisses in den Autobiographien: KOHL, Erinnerungen, 1990–1994, S. 58–65; THATCHER, The Path to Power, 1995, S. 344 und 347; THATCHER, The Downing Street Years, 1993, S. 61 et al.

¹⁵⁰ Vgl. ACDP, 07-001-11479, Kurt Biedenkopf an John Peel; Programm für den Parteitagsbesuch, 4. 10. 1976.

¹⁵¹ Vgl. die vielfältigen Unterlagen in CPA, IDU 28/2, 28/3, 28/4.

¹⁵² Vgl. ebd., IDU 28/3, Visit of Dr. Heinrich Geißler and Dr. Henning Wegener, to London, 3.–4. 11. 1977.

¹⁵³ Ebd., Meeting on 4 November 1977 between representatives of the British Conservative Party and the German Christlich-Demokratische Union in Mr. Clark’s Office, Central Office.

¹⁵⁴ Vgl. ebd. 28/3, Tom Hooson an Diana Elles, 18. 5. 1977; Henning Wegener an Chris Patten, 5. 9. 1977; Chris Patten an Henning Wegener, 12. 9. 1977.

¹⁵⁵ Vgl. ebd. 28/4, Chris Patten an Diana Elles, 16. 2. 1978; Sandy Walker an Diana Elles, 16. 2. 1978.

und unter Pattens Nachfolger, Alan Howarth, fortgesetzt wurden.¹⁵⁶ Chris Patten, der die deutsche Christdemokratie bewunderte, sollte auch in späteren Jahren als ein wichtiger Verbindungsmann zwischen Conservative Party und CDU agieren.¹⁵⁷

Als die britischen Konservativen 1979 die Wahl gewannen und die Regierung stellten, bemühte sich die CDU, die engen Kontakte aufrechtzuerhalten. „Dass Sie politischen Auffassungen zum Siege verholfen haben, die so weitgehend auch die unseren sind, wird sich auch auf die politischen Entwicklungen bei uns und in ganz Europa heilsam auswirken“, telegraphierte Kohl hoffnungsfroh nach London.¹⁵⁸ Sobald die CDU die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, sollten die Kontakte sowohl über die Partei- als auch über die Regierungskanäle gepflegt werden, ließ Kohl John Cope, konservativer Whip im Unterhaus, beim Parteitag der finnischen Konservativen im Mai 1981 wissen.¹⁵⁹ Die hohe Bedeutung, die den Parteikontakten in der CDU zugemessen wurde, zeigte sich besonders in der Einrichtung eines Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in London im Jahr 1980.¹⁶⁰ Dass dies auch für die Briten galt, erwies sich im Mai 1982, als die CDU ihre unbedingte Unterstützung im Falkland-Krieg zusagte,¹⁶¹ und nicht zuletzt im Oktober 1982, als eine Gruppe hochrangiger Politikberater Gast der CDU war und Informationen aus erster Hand über die neue Regierung nach London tragen konnte.¹⁶² Cecil Parkinson, Chairman der Conservative Party, jedenfalls vertraute nach der Wahl Kohls zum Kanzler darauf, dass „the close ties that have been developed between our two parties in recent years will provide an excellent basis for intergovernmental cooperation in the future“.¹⁶³

Dies sollte sich als frommer Wunsch erweisen. Die Friktionen im deutsch-britischen Verhältnis der 1980er Jahre, die unterschiedlichen europa- und verteidigungspolitischen Konzepten entsprangen, sind hinlänglich bekannt. Sie spiegelten

¹⁵⁶ Vgl. ebd. IDU 28/5, Sandy Walker an Mr. Patten etc., 16. 1. 1979; Sandy Walker an Mr. Patten etc., 2. 2. 1979; ein weiteres Treffen wurde beim Antrittsbesuch Howarths in Bonn geplant, vgl. Alan Howarth an Sandy Walker, 8. 10. 1979; Alan Howarth an Sandy Walker, 11. 12. 1979, und 1980 realisiert, vgl. CDU-Dokumentation, CDU-Pressemitteilung, 7. 3. 1980; DEUTSCHLAND-UNION-Dienst, 9. 7. 1981, Arbeitskonferenz mit britischen Konservativen; LARRES, Schwierige Verbündete, S. 240.

¹⁵⁷ Vgl. PATTEN, Not Quite the Diplomat, 2005, S. 22–23.

¹⁵⁸ CAC, THCR 2/4/1/8, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, o. D. [1979]. Auf die Bedeutung der Parteienkooperation kamen sowohl Kohl als auch Thatcher in ihrer Korrespondenz dieser Jahre zurück, vgl. MTFW, 118809, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 18. 12. 1979; Margaret Thatcher an Helmut Kohl, o. D. [Dezember 1979].

¹⁵⁹ CAC, THCR 2/6/2/68, John Cope an Ian Gow, 18. 5. 1981.

¹⁶⁰ Vgl. CPA, IDU 25/1, Conservative Party International Office, Conservative Research Department, Brief on the Federal Republic of Germany, October 1982.

¹⁶¹ Vgl. MTFW 122768, Anthony Royle an Margaret Thatcher, 4. 5. 1982, anliegend: Points discussed with the CDU in Bonn, 4. 5. 1982. Die Positionierung der CDU bzw. einzelner CDU-Politiker wurde in London aufmerksam beobachtet, vgl. CPA, IDU 27/1.

¹⁶² Vgl. CPA, IDU 25/1, Peter Cropper an The Chairman und Scott Hamilton, 2. 11. 1982, anliegend: Adam Ridley, Visit to Bonn, 28. 10. 1982.

¹⁶³ Ebd., Cecil Parkinson an Helmut Kohl, 1. 10. 1982.

sich im persönlichen Verhältnis von Kohl und Thatcher.¹⁶⁴ Auch wenn die Führungsspitzen in CDU und Conservative Party das Interesse an einem intensiven Austausch im Rahmen der Parteienkooperation verloren hatten, führten die Parteiapparate die Kontakte weiter.¹⁶⁵ Von besonderer Bedeutung erwies sich die bereits 1982 ergriffene Initiative, jüngere Parlamentarier von CDU/CSU und Conservative Party unter der Ägide des Londoner Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Arbeitstreffen zusammenzubringen. 1984 fand die erste Begegnung statt, die so erfolgreich verlief, dass das Format institutionalisiert wurde. Seitdem kamen die Teilnehmer jährlich zusammen, seit den späten 1980er Jahren in der Sommerresidenz Konrad Adenauers in Cadenabbia am Comer See. Getragen wurden die deutsch-britischen Parlamentariertreffen besonders von der Generation der ‚konservativen 1968er‘ in CDU/CSU und Conservative Party, in der auf vielfältige deutsch-britische Kontakte zurückgegriffen werden konnte, die aus dem gemeinsamen Engagement in den europäischen Studenten- und Jugend-Organisationen der christlich-demokratischen und konservativen Parteien in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren rührten.¹⁶⁶ Volker Rühle, Matthias Wissmann, Norbert Lammert, Karl Lamers oder Elmar Brok auf deutscher und John Selwyn Gummer, Jim Spicer, Quentin Davis oder David Hunt auf britischer Seite nutzten die Treffen zum jährlichen Austausch, und sie taten dies auch noch, als sie Ministerämter bekleideten.¹⁶⁷ Diese Begegnungen halfen, die aufbrechenden Gräben zwischen den beiden Parteien zu überbrücken. In Zeiten der Regierungsverantwortung prallten Interessen aufeinander, die in Zeiten der Opposition verschleiert werden konnten. So einfach war Eintracht nun nicht mehr herzustellen.

5.2. *Konservative Verbindungen?* CDU, CSU und Conservative Party und die Lösung begrifflicher Kalamitäten in Europa

Die Geschichte der Beziehung von CDU, CSU und Conservative Party kann erzählt werden als eine Geschichte des Sich-Erkennens. Nach und nach entdeckten die Politikerinnen und Politiker auf beiden Seiten, dass ihre Parteien mehr einte

¹⁶⁴ Vgl. LARRES, *Schwierige Verbündete*; YOUNG, *This Blessed Plot*, 306–374; zu den diplomatischen Beziehungen im Überblick vgl. SMITH und EDWARDS, *British-West German Realties*, 1973–1989.

¹⁶⁵ Vgl. z. B. CPA, IDU 42/22, Konrad-Adenauer-Stiftung, *Information Programme for Special Advisers to Her Majesty's Government*, Bonn, 10.–12. 9. 1986; *Out Telegram*, drafted by J. Houston, Special Adviser to Geoffrey Howe, 15. 9. 1986; BAKER, *The Turbulent Years*, S. 348–352.

¹⁶⁶ Zur europäischen Prägung dieser Generation vgl. für die Conservative Party DAVIS, *A Silent Minority?*; EVANS, *Touching from a Distance*.

¹⁶⁷ Zu dem für September 1982 geplanten und dann abgesagten Parlamentariertreffen in Bonn vgl. CPA, IDU 25/1; für das zweite und dritte Parlamentariertreffen in London, 18.–19. 11. 1985, bzw. in Bonn, 15.–16. 10. 1986, vgl. 42/1; vgl. außerdem die informativen autobiographischen Berichte HUNT, *Unser Cadenabbia*; LAMMERT, *Cadenabbia*.

als nur gemeinsame europapolitische Interessen, dass sie sich in ihrer Programmatik in vielerlei Hinsicht glichen. Auch deshalb wollte man ins Gespräch kommen. Der Prozess des Sich-Erkennens war sprachlich vermittelt und konzentriert auf zentrale Begriffe des politischen Vokabulars. Doch während Begriffe, über deren Bedeutung weitgehende Einigkeit herrschte, die Parteikooperation trugen, musste über solche Begriffe, deren Bedeutungsgehalte in den beiden politischen Sprachen divergierten, erst verhandelt werden.

Dies traf zuallererst auf den Begriff *Konservatismus* zu. Die Parteibeziehungen wurden just in dem Moment in die Wege geleitet, als in der CDU eine intensive Selbstverständigungsdebatte einsetzte. Wie oben ausführlich dargestellt, verhandelte dabei die CDU ihr Verhältnis zum Liberalen. Zugleich wurde der Konservatismusbegriff neu justiert.¹⁶⁸ Die programmatischen Gräben in der Partei waren am Kieler Bundesparteitag aufgebrochen, an jenem Parteitag also, bei dem mit Peter Smithers erstmals ein Vertreter der Conservative Party anwesend war und der bei diesem einen solch nachhaltigen Eindruck hinterlassen hatte. Smithers, um ein Grußwort gebeten, nutzte die Gelegenheit, um Vorbehalte gegenüber seiner Partei zu zerstreuen. Als versiertem Europapolitiker mussten ihm die kontinentalen Reserven gegenüber den britischen Konservativen bekannt gewesen sein, so dass er in Kiel auffällig die „gemäßigte Politik“ und das undogmatische Selbstverständnis des britischen Konservatismus betonte. Seine Partei trete für „stetigen Fortschritt auf Grund früherer Erfahrungen“ ein und sei sicherlich „keine Klassenpartei“; im Gegenteil: „wir lehnen jeden Klassenkampf unbedingt ab“, um „im Interesse des gesamten britischen Volkes zu regieren“.¹⁶⁹

Das entsprach ganz der Definition des Konservativen, welche die Advokaten eines liberalen Konservatismusbegriffs in der Union profilierten. Dementsprechend begeistert nahm Eugen Gerstenmaier die Vorlage auf und beendete seine Parteitagrede mit dem Aufruf zum Schulterschluss mit den britischen Konservativen. „Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit“ rief er den Delegierten zu und nahm damit den Slogan *Onward in Freedom* der britischen Konservativen wörtlich auf.¹⁷⁰ Mit einem solchen Erfolg hatte Smithers nicht gerechnet, als er fleißig Exemplare des Pamphlets *Onward in Freedom*, das den konservativen Politikentwurf zusammenfasste, unter den Spitzenpolitikern der CDU verteilt hatte.¹⁷¹ Der Slogan beeindruckte nicht nur Gerstenmaier; noch zehn Jahre später erinnerte sich Gerhard Schröder an die Faszination, die das konservative „Vorwärts hin zur Freiheit“ bei ihm ausgelöst hatte.¹⁷² In der Tat fasste der Slogan die markantesten Elemente des Konservatismusbegriffs der Conservative Party der späten 1950er Jahre: die Betonung der Freiheit in einem antisozialistischen Kontext sowie die Orientierung hin auf den Fortschritt. In einem solchen Sinne wollten

¹⁶⁸ Siehe S. 164–193.

¹⁶⁹ Bundesparteitag der CDU 1958, S. 39.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 108.

¹⁷¹ Vgl. CPA, COB 64/2, Peter Smithers, C.D.U. Annual Conference, Kiel, 28.–21. 9. 1958.

¹⁷² Vgl. ebd. 132/1, Gerhard Schröder an D.P. Crossman, 9. 10. 1969.

Männer wie Gerstenmaier oder Schröder den Begriff in der politischen Sprache der Union platziert sehen.

Die Reserven des christlich-sozialen Flügels gegen eine neue Betonung des Konservativen waren dagegen fast so gewaltig wie gegen die Aufnahme des Liberalismusbegriffs in den Begriffshaushalt der Partei. „Christlich-demokratisch kann man nicht durch Konservatismus ersetzen“, stellte Katzer apodiktisch fest.¹⁷³ Als Teil christlich-demokratischer Gesinnung dagegen mochte er eine „konservative“ Haltung gegenüber historischem Wandel und vor allem hinsichtlich der Bewahrung christlicher Werte gelten lassen. *Konservativ* wurde dem Begriff des *Christlichen* untergeordnet. Die Befürchtungen, die Katzer und andere auf dem christlich-sozialen Flügel umtrieben, fanden ihre Nahrung in der aufbrechenden Diskussion um den Stellenwert des C. Die Attraktivität des Konservatismusbegriffs an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren rührte aus der zunehmenden Fragwürdigkeit des C angesichts einer fortschreitenden Säkularisierung und Liberalisierung der Gesellschaft. Das führte dazu, dass *christlich* und *konservativ* auf dem christlich-sozialen Flügel der Union immer stärker als Gegensatzpaar verstanden wurden. „Es gehört [...] eine gehörige Portion Mut dazu, die christlichen Parteien in Bausch und Bogen den Konservativen zuzurechnen“, empörte sich die *Ketteler-Wacht*, die Verbandzeitschrift der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, im Juni 1963. Deutlich wird in einer solchen Ablehnung der Identifikation von *christlich* und *konservativ* die europäische Dimension der Debatte zu Beginn der 1960er Jahre. Die Wählerverluste christdemokratischer Parteien in Europa waren in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben, vielmehr war daraus auf ein Ende des christdemokratischen Zeitalters geschlossen worden. Wenn das Christliche nicht mehr trug, bot sich das Konservative als Alternative an, so die Argumentation. Dem widersprach die *Ketteler-Wacht*: Es sei „nicht zugänglich, die christlichen Parteien des europäischen Kontinents mit den englischen Konservativen zu identifizieren.“ Als zentrales Unterscheidungsmerkmal wurde dabei die Einstellung gegenüber dem Sozialstaat hervorgehoben. Christlich-demokratische Politik charakterisierte sich in dieser Sicht als sozialreformerisch, während genau das konservativer Politik abgesprochen wurde.¹⁷⁴ Dies entsprach nun wahrlich nicht der Politik der Conservative Party unter Harold Macmillan, Richard Austen Butler und Iain Macleod, sondern zeugte viel eher von der Unkenntnis britischer Politik in christlich-sozialen Kreisen. Dies entzog dem Argument allerdings nicht seine Schlagkraft.

Die Aufnahme von Parteibeziehungen zwischen Conservative Party und CDU war also von Beginn an mit der unionsinternen Diskussion um das Selbstverständnis verknüpft. Doch selbst wenn sich die Anwälte des Christlich-Sozialen in diesen nicht engagierten, so opponierten sie auch nicht tatkräftig dagegen.¹⁷⁵ Dennoch sah sich Evelyn Emmet bei ihrem Besuch auf dem Bundesparteitag

¹⁷³ KATZER, *Christlich-sozial in unserer Zeit*, 1960, S. 62.

¹⁷⁴ *Christliche Demokraten ohne Zukunft?*, in: KETTELER-WACHT, 15. 5. 1963.

¹⁷⁵ Vgl. nur ACDP, Dokumentation, Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 29. 7. 1963.

1964 veranlasst, klarzustellen, was *konservativ* für ihre Partei bedeutete, nämlich „das Beste zu bewahren und in der jeweiligen Gegenwart für die Zukunft darauf aufzubauen“. Zu dem „Wichtigsten“ aber gehöre „der christliche Glaube“, setzte sie hinzu, „und hier [...] sind wir mit der CDU einig“. Die Conservative Party gründete sich auf das Christentum, das Christliche und das Konservative widersprachen sich nicht, sondern waren miteinander verbunden, so die Nachricht an all jene, die das ganz anders sahen.¹⁷⁶

Dabei stellte das Grummeln auf dem christlich-sozialen Flügel der CDU das kleinste Problem dar. Wie oben beschrieben, verweigerten einige Mitgliedsparteien der NEI den britischen und nordeuropäischen Konservativen die gleichberechtigte Aufnahme in das christdemokratische Parteienetzwerk. Besonders vehement verfolgten die italienische Democrazia Cristiana sowie die französische MRP diese Politik. Daher zielten Emmets klärende Worte auf dem Parteitag auf ein weiteres Publikum. Die Hauptschwierigkeit bezüglich ihrer Integration in die NEI, so wurde den Briten in den Nebengesprächen auf dem Parteitag bedeutet,

was the name of the Conservative Party, as ‚Conservative‘ represented reaction. This together with the feeling that the party was not Christian in the sense that CDP’s were Christian and the fact that CDP’s in Italy and in the Low Countries regarded themselves as left of centre, would make a close grouping difficult. There was no doubt that the name rather than the party was suspect in some C.D. quarters outside Germany.¹⁷⁷

Wie verschoben Fremd- und Eigenwahrnehmungen sein konnten, zeigt nichts besser als die Selbsteinschätzung der britischen und nordeuropäischen Konservativen: Sie positionierten sich „to the ‚left‘ of most Christian-Democrats, not least in Italy“ – und verorteten sich dabei in der konservativen Tradition des „political via media“, des mittleren Weges.¹⁷⁸ Nicht nur der Konservatismusbegriff führte zu Missverständnissen in der kontinentalen Christdemokratie, sondern auch der Begriff *Right*, der in der britischen politischen Sprache, wie oben gezeigt, keinesfalls die negativen, antiliberalen Konnotationen trug wie das in jenen europäischen Ländern der Fall war, die mit starken faschistischen Bewegungen konfrontiert gewesen waren. In dem jahrelangen Ringen um die Integration der nordeuropäischen Konservativen in die NEI bzw. EUCD kamen also die Differenzen im politischen Vokabular der europäischen Partner zum Vorschein, mehr noch, diese wurden so stark politisiert, dass sie zu einem Gegenstand des politischen Streits wurden. Seit den frühen 1960er Jahren führten die Mitte-Rechts-Parteien in Europa einen ‚Kampf ums Heißen‘, in dem es um Macht- genauso wie um Identitätspolitik ging.

Nach dem Bedeutungsverlust der MRP trat vor allem die Democrazia Cristiana als Gegenpol zu den britischen Konservativen auf. Immer wieder versuchte die Conservative Party auf die spezifische Entwicklung des britischen Parteiensystems und besonders auf die vom Kontinent abweichende Beziehung zwischen po-

¹⁷⁶ Bundesparteitag der CDU 1964, S. 56.

¹⁷⁷ CPA, COB 88/2, [Patrick Wall,] Visit to 12th C.D.U. Conference, Hanover, March 1964.

¹⁷⁸ ACDP, 07-001-12095, R.D. Milne an Jean Seitlinger, 29. 1. 1964, anliegend: Text eines Schreibens der British Conservative Party an die Konservativen Parteien Skandinaviens, 29. 1. 1964.

litischen Parteien und christlichen Konfessionen hinzuweisen, und außerdem den Vorwurf des Reaktionären zu entkräften: „The modern Conservative Party during this and the last century has compared favourably as regards enlightenment and progressiveness with any ‚Centre‘ Party anywhere. It could not otherwise have been in power for so many of these years, alone or in coalitions for forty out of the last fifty years“, ließ Edward Heath seinen italienischen Kollegen Aldo Moro wissen.¹⁷⁹ Der Konflikt eskalierte Ende 1967, als ein Bericht über den EUCD-Kongress in Bonn in *Il Popolo*, der Parteizeitung der DC, insinuierte, dass auf Grund der Nicht-Existenz einer auf christlichem Glauben basierenden Partei in Großbritannien die Aufgabe der EUCD im Aufbau einer solchen liege.¹⁸⁰ Das brachte das Fass in London zum Überlaufen, zumal man sich sicher war, dass Rumor dahinter steckte. In ungewöhnlich scharfem Ton protestierte Emmet bei EUCD-Generalsekretär Leo Tindemans und kündigte weitere Schritte an:

In a country where the Queen’s style includes for good reasons ‚Defender of the Faith‘, where bishops are active members of our Upper House and where Christian prayers are said in both Houses at each sitting and where the Parties of this country, notably our own, have countless active workers individually and jointly inspired by all kinds of Christian dedication – we find it extremely difficult to remain polite about these continued aspersions [...] upon our country and our Party, which undoubtedly vitiate what should be an atmosphere of wholehearted co-operation within the Centre/Right of all Free Europe. One would suppose from this paragraph that the only solution for our national recovery and for Christian-Democrat/Conservative co-operation was the wholesale realignment of parties in this country. Nothing could be more unrealistic or more oblivious of a fundamental difference in party-political evolution between Britain/Scandinavia and the Continent – of which proper and sensible account should be taken. We are well accustomed to the egocentricity of Gaullist France, but can be forgiven for not expecting or accepting it elsewhere.¹⁸¹

Die Vermutung, dass der Artikel von Rumor lanciert worden war, war nicht aus der Luft gegriffen, denn das darin Formulierte entsprach exakt seiner Meinung. Die nordeuropäischen Konservativen seien „keine christlich-demokratischen Parteien wegen ihrer weltanschaulichen und politischen Stellungnahmen, sowohl in der Innenpolitik als in vielen Fragen der Außenpolitik. Die christlichen Grundsätze bilden nicht die Grundlage ihrer politischen Leitbilder und bestimmen nicht ihre konkrete politische Aktion“, hatte er Bruno Heck wissen lassen. Diese Thesen zu belegen sparte er sich allerdings.¹⁸² Der intransigenten Haltung der Italiener, die von Niederländern und Belgiern geteilt wurde, lag ein Bündel von Motiven zugrunde.¹⁸³ Erstens fürchtete man den Verlust der eigenen Identität, für die der Begriff des *Christlichen* zentral war; dass die Briten in den Verhandlungen um die Aufnahme in die spätere EUCD auf den Verzicht von *christdemokratisch* im Namen der Organisation gedrungen hatten,¹⁸⁴ verstärkte diese Befürchtungen.

¹⁷⁹ ACDP, 07-001-11226, [Edward Heath] an Mariano Rumor, 4. 7. 1966, anliegend: [Edward Heath] an Aldo Moro, o. D.

¹⁸⁰ Vgl. CPA, IDU 30/1, Il Partito CD e l’Europa, in: *IL POPOLO*, 8. 11. 1967.

¹⁸¹ Ebd., Evelyn Emmet an Leo Tindemans, 15. 11. 1967; ebenfalls in: ACDP, 07-001-11226.

¹⁸² ACDP, NL Bruno Heck, I 022 101/2, Mariano Rumor an Bruno Heck, 2. 4. 1966.

¹⁸³ Für die niederländische Seite vgl. VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“.

¹⁸⁴ Vgl. ACDP, 07-001-12095, Konrad Kraske an Martin Rosenberg, 10. 12. 1963.

Hinzu kam ein konfessioneller Vorbehalt in vornehmlich katholisch geprägten Parteien. Zweitens scheute man wegen Koalitionsbündnissen mit linken Parteien vor einer europäischen Assoziierung mit den *Konservativen* zurück; und drittens widersprach eine solche Verbindung dem Linkskurs, den die Parteien eingeschlagen hatten („apertura a sinistra“) und der von mächtigen Parteiflügeln gestützt wurde.¹⁸⁵ Die nationalsprachliche Semantik des Konservatismusbegriffs war für diese Haltung entscheidend.

Sehr klar zeigte sich hier der Unterschied zur politischen Sprache der CDU. Wie wir gesehen haben, war diese als überkonfessionelle, bürgerliche Sammlungspartei nach 1945 auf eine integrative politische Sprache angewiesen. Neben den umspannenden Selbstbeschreibungsbegriffen *christlich* und *Mitte* wurden weitere Begriffe wie *konservativ* oder *liberal* gepflegt, die auf unterschiedliche Gruppen in der Partei zielten und ihre Integration in die *Volkspartei* ermöglichten. So stellte die Kooperation mit den britischen Konservativen denn auch kein allzu großes semantisches Hindernis dar. Mehr noch: Auf europäischer Ebene rüstete dieses semantische Netz die Union bestens aus, um als Mittlerin aufzutreten. Es lag zudem ihrem eigenen europapolitischen Standpunkt zugrunde, der auf eine möglichst breite Integration des Mitte-Rechts-Lagers zielte und aus individuellen Erfahrungen im Umgang mit Differenz schöpfte.

Im Rahmen der deutsch-britischen Parteienzusammenarbeit wurde das sehr grundsätzliche Problem, wie *christdemokratische* und *konservative* Programmatiken zu harmonisieren seien, dann auch als Problem der Begrifflichkeit, nicht der Substanz beschrieben. Denn im Grunde teilten die beiden Parteien, so wurde argumentiert, ein gemeinsames Weltbild und verfolgten sehr ähnliche Ziele. Zum politischen Argument wurde die semantische Varianz des Konservatismusbegriffs in den europäischen Sprachen auch in den Verhandlungen um den britischen Platz in NEI und EUCD. Daraus spricht das Wissen um die Rolle von Sprache im Konservatismus, das die 1960er und 1970er Jahre kennzeichnete. Der Streit um den Konservatismusbegriff macht dabei augenscheinlich, wie die zunehmende internationale Vernetzung dieses erhöhte Sprachbewusstsein und die zunehmende sprachliche Reflexivität dynamisierte.

Ein Weiteres kam hinzu: Wie wir gesehen haben, entwickelte sich in den deutschen Unionsparteien im Laufe der 1960er Jahre der Liberalismusbegriff vom Gegenbegriff zum Selbstbeschreibungsbegriff. *Christlich* und *liberal* flossen ineinander über. Der Impuls für diese semantische Verschiebung war vom protestantischen Flügel der CDU ausgegangen, hatte aber auch katholische Entsprechungen, wie am Beispiel der CSU gezeigt werden konnte. Nur der christlich-soziale Flügel konservierte diese Gegensatzbildung noch bis in die 1970er Jahre.

¹⁸⁵ Vgl. die Analyse in CPA, IDU 30/1, EUCD situation, 24. 5. 1966; für die Politik der „apertura a sinistra“ der Democrazia Italiana vgl. im Überblick WOLLER, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, S. 269–323 und GIOVAGNOLI, Il Partito Italiano, 1996; zum schwierigen Verhältnis zwischen CDU und Democrazia Italiana vgl. MASALA, Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949–1969.

Als die NEI zu Beginn der 1960er Jahre ebenfalls herausgefordert waren, ihre Identität zu beschreiben und dafür ein Institut in Rom gründeten, schlugen sie den zur CDU/CSU entgegengesetzten Weg ein. Die *Christdemokratie* wurde weiterhin im Gegensatz zum *Liberalismus* und zum *Sozialismus* definiert, genauso wie das der Christlich-Soziale Arbeitnehmerkongress in der Bundesrepublik getan hatte. „Wir sind tief davon überzeugt, dass weder der Liberalismus noch der Sozialismus dem kommunistischen Materialismus und Totalitarismus einen solchen geistigen Universalismus entgegensetzen kann, wie es in den Grundlagen der christlichen Demokratie gegeben ist“, formulierte Karl Josef Hahn in seinem Impulsreferat am NEI-Kongress in Luzern 1961.¹⁸⁶ Als jahrzehntelanger Direktor des Centre International Démocrate-Chrétien d'Études et de Documentation übte er einen prägenden Einfluss auf die Programmatik der EUCD aus.¹⁸⁷ Für Hahn bestand denn auch in der Liberalität der britischen und skandinavischen Konservativen das eigentliche Impediment für ihre Aufnahme in die NEI, während er anerkannte, dass die Unterschiede in der Sozialpolitik nahezu verschwunden seien.¹⁸⁸ Die Öffnung für das Liberale ebnete den Weg, auf dem sich CDU und Conservative Party verständigen konnten. Auf die Bedeutung, die dem Begriff der *Freiheit* in diesem Zusammenhang zukam, wird unten noch näher eingegangen werden.

Die britischen Konservativen waren durch die Exklusionspolitik in NEI bzw. EUCD in eine Rechtfertigungshaltung gedrängt, die sie als Folge einer kontinentalen „obsession [...] about Conservatism as such“ werteten¹⁸⁹ und welche die unmittelbar Beteiligten mitunter als demütigend empfanden.¹⁹⁰ Der Abschied von dem EUCD-Projekt und die Etablierung der Inter-Party Conferences beruhigte für einige Jahre die Situation, auch weil die divergierenden Begrifflichkeiten von den beteiligten Parteien als semantische und nicht als programmatische Differenzen akzeptiert wurden. Neutraler hätte die Bezeichnung für die jährlichen Zusammentreffen von dänischen, finnischen, schwedischen, norwegischen, isländischen, britischen, maltesischen, luxemburgischen, niederländischen, österreichischen, schweizer und deutschen Mitte-Rechts-Parteien auch kaum ausfallen können. Mit *Inter-Party Conference* wurden die begrifflichen Probleme elegant ausgeblendet. Dennoch stellte sich die Frage, was die Parteien einte, und zwar

¹⁸⁶ HAHN, Die geistigen Grundlagen der christlich demokratischen Politik, NEI-Kongress, Luzern, 12.–14. 10. 1961, S. 602.

¹⁸⁷ Vgl. LÜCKER und HAHN, Christliche Demokraten bauen Europa; HAHN, Konsequenz durchgehaltene politische Grundpositionen, 1990.

¹⁸⁸ Vgl. KARL JOSEF HAHN, Die Haltung der christdemokratischen Parteien zu einer eventuellen Zusammenarbeit mit den Konservativen Parteien, 12. 2. 1964, in: GEHLER und KAISER, Transnationale Parteienkooperation, S. 658–660, hier S. 659.

¹⁸⁹ CPA, CCO 20/32/1, Meeting on links with like-minded parties in Europe, 10. 12. 1962.

¹⁹⁰ Vgl. Bodleian Library, Emmet Papers, MS. Eng. hist. c. 1058, fols 15–28, Report by Lady Emmet, Annual Conference of the European Union of Christian-Democrats, Taormina, 9.–12. 12. 1965: „One felt that we were non-existent, and that Europe was going to be built entirely by the CD parties. [...] It is humiliating to realise that in this milieu we are of no account; but it must be faced as a fact.“

über das europapolitische Interesse jener Parteien hinaus, die Mitglieder der EG waren bzw. einen Beitritt anstrebten, und neben dem Reiz eines informellen Forums, in dem aktuelle Fragen internationaler Politik abgesprochen wurden und man sich über Wahlkampfaktik und politische Strategie austauschen konnte. Diese Frage wurde zuallererst negativ beantwortet: Die beteiligten Parteien strebten nach der Etablierung einer starken Internationale auf einer „non-Socialist/Liberal/Communist basis“.¹⁹¹ Der Stärke der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen und liberalen Parteiennetzwerke – zumindest wurde dies so wahrgenommen – wollte man ein ähnlich mächtiges Netzwerk entgegenstellen. Anstelle von *konservativ* bzw. *christdemokratisch* wurde dafür häufig auf die Begriffe *Centre* und *Right* zurückgegriffen, oft auch in Verbindung miteinander, also in Form von *Centre-Right*. Die Verortung im „Zentrum“ des politischen Spektrums war vor allem hinsichtlich des christdemokratischen Verdachts einer *rechten*, klassenbasierten Initiative von Bedeutung. Um dem zu wehren, sahen sich die Parteien 1971 genötigt, in einem Kommuniqué ihren volksparteilichen Charakter zu unterstreichen: „Christian-Democrats and Conservatives were unanimous that, unlike other parties, neither were dependent on support on sectional groups of their populations, but that as modern people’s parties they represented the interests of all sections of their populations.“¹⁹²

Der verbindende Impetus war antisozialistisch. Dass die Etablierung der Inter-Party Conference Mitte der 1960er Jahre erfolgte, war auch in dieser Hinsicht nicht zufällig. Dafür waren zwei Impulse verantwortlich: Zum einen sorgten die Institutionen der EG für eine zunehmende Politisierung der europäischen Ebene, auf der die Parteien sich genötigt sahen mitzuspielen; zum anderen wurden die individuellen Erfolge reformierter sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien in den 1960er Jahren als europäischer Trend gelesen, der eine Gegenreaktion nur umso dringlicher erscheinen ließ. Dies befeuerte die Wahrnehmung einer politischen Polarisierung. Auch der Kooperation von Conservative Party und CDU war seit den 1950er Jahren „[a] strong feeling of parallelism between the respective fortunes of CDU/SPD in W. Germany and of Conservative/Labour in the UK“ zugrunde gelegen.¹⁹³ Hinzu kam, dass ein allgemeiner Linkstrend diagnostiziert wurde. Die „Mitte“ rutsche in ganz Europa nach links, so die Analyse der *Times* Ende 1966,¹⁹⁴ die das Conservative Overseas Bureau Committee zu einer Sammlung von Schlüsselthemen veranlasste, die den beteiligten Parteien als gemein betrachtet wurden. Denn die „recovery of party-political initiative“ in Europa wurde als entscheidender Auftrag für die multilaterale Kooperation der Mitte-Rechts-Parteien angesehen. Eine ganze Liste von Gemeinsamkeiten identifizierten die

¹⁹¹ CPA, CCO 20/15/3, R.D.M[ilne], Report: First European Conservative/Christian-Democrat Conference, Karlsruhe, 27.–28. 4. 1967, 2. 5. 1967.

¹⁹² CPA, IDU 30/2, European Christian-Democrat & Conservative Inter-Party Conference, Hernstein nr. Vienna, 21.–23. 5. 1971.

¹⁹³ Vgl. ebd. 30/1, Conservative/CDU Relations, 4. 10. 1967.

¹⁹⁴ Vgl. The Left Moves to the Centre, in: THE TIMES, 4. 11. 1966.

COB-Experten. Dass sie diese auch antithetisch formulierten, hob die antisozialistische Stoßrichtung der Inter-Party Conference nur noch stärker hervor:

Competition with compassion
 Humanisation v. nationalisation
 Broad v. narrow attack on human problems
 Progress through consolidation
 Voluntary unity v. deliberate division
 Integrated communities with infinite variety
 Tolerance v. intolerance
 Modern open-mindedness v. out-of-date doctrine
 Equality-of-opportunity, not equality-of-reward
 Leaderful, mobile communities
 Responsible liberty v. erosion of liberty
 Reinforce legitimate success and help the weak
 Utilise the traditional to build for the future
 Religious belief to inspire, not divide
 Politics the servant, not the master
 The spiritual over the material
 Quality-of-life to take over from mere quantity
 Establish the political framework for family and individual effort
 Integrate Europe and the world pragmatically
 Reinforce success in overseas aid
 Take race as well as class out of poverty
 Freer trade through fairer trade
 True patriotism understands other-national aspirations
 Greater prosperity through division-of-function
 Disarmament and true peace through strength
 Stick to civilised principles, but co-exist

Die Suche nach Gemeinsamkeiten führte zur Ausformulierung eines semantischen Netzes, das die Parteienkooperation tragen sollte. Auf Grund der kurz gehaltenen Protokolle der Treffen kann nicht mehr nachvollzogen werden, wie tief diese Semantik die Debatten durchdrang und wie weit die übrigen involvierten Parteien diese teilten. Verstanden werden sollten die gesammelten Punkte als „working maxims rather than rigid fundamentals“, betonte das COB Committee.¹⁹⁵ Tatsächlich gründete die Kooperation in den Inter-Party Conferences nicht auf einer programmatischen Grundsatzklärung. Ihre Wirkmächtigkeit erhielt sie viel eher aus dieser flexiblen semantischen Situation, in der begriffliche Übereinstimmungen im regelmäßigen politischen Gespräch gefunden wurden. Die Beteiligten fänden sich „much closer to each other in policy terms than at first some of them imagined“, bemerkte man im Conservative Overseas Bureau 1969.¹⁹⁶ Es darf nicht vergessen werden, dass die Parteien der Inter-Party Conference in ihrem Vorhaben eines regelmäßigen Gesprächs miteinander Neuland betreten. Dementsprechend tastend fiel die Suche nach dem Gemeinsamen aus.

Dies traf besonders auf die CDU zu, die sich selbst in einem programmatischen Suchprozess befand und dies zumal nach dem Verlust der Regierungsver-

¹⁹⁵ CPA, CCO 20/15/3, Conservative Overseas Bureau Committee, 23. 11. 1966, item 2B.

¹⁹⁶ Ebd., IDU 30/2, Parties of the Centre-Right, Third European Inter-Party Consultative Conference, Maidenhead, 16.–18. 5. 1969.

antwortung 1969. Die bilaterale Kooperation mit den britischen Konservativen sowie die multilaterale Zusammenarbeit in der Inter-Party Conference öffnete die Möglichkeit für eine säkularisierte Profilbildung. Die „typisch ‚christliche‘ Substanz in den Programmen aller christlich-demokratischen Parteien Westeuropas“ sei „weitgehend verblasst“, konzedierte ein internes Strategiepapier 1970, so dass einer Kooperation nichts im Wege stehe, und dies zumal als „die grundsätzlichen und konkret-politischen Programmziele der christlich-demokratischen und konservativen Parteien [...] kongruent“ seien. „[Ä]hnlicher oder gleicher Auffassung“ seien die Parteien darüber hinaus im „Widerstand gegen den Totalitarismus“, der „Förderung demokratischer Regierungsformen“, bezüglich des „Wiederaufbau[s] und [der] Integration Europas“, der „Abwehr der kommunistischen Bedrohung in der Nachkriegszeit“ sowie hinsichtlich der „atlantischen Gemeinschaft“ und der „Entwicklungshilfe“.¹⁹⁷ Ein solch europäischer Erfahrungshintergrund schlug sich denn auch in der innerparteilichen Debatte um die Zukunft der Union nieder. Das Plädoyer Bruno Hecks für einen „fortschrittlichen“ Konservatismus auf dem Höhepunkt der Parteikrise Anfang 1973 basierte wohl auch auf den Erfahrungen, die jener in seinem jahrelangen Engagement in der Parteienkooperation gemacht hatte. In dem Katholiken Heck zeigte sich zudem, dass eine Betonung des Christlichen mit einer solchen des Konservativen in der CDU nunmehr vereinbar war.¹⁹⁸ Auch Richard von Weizsäcker, der zweite hochrangige Advokat des Konservativen in der CDU, gehörte zu ihren deutsch-britischen Mittlerfiguren.¹⁹⁹

Kai-Uwe von Hassel, seit 1973 EUCD-Präsident, griff in die Programmdebatte seiner Partei nur mittelbar ein. Sein Eintreten für den Konservatismusbegriff manifestierte sich vielmehr in seinem Engagement in der europäischen Parteienkooperation. 1972 war er von den britischen Konservativen zu der prestigeträchtigen *Swinton Lecture* eingeladen worden, um über die Christdemokratie und den Konservatismus zu sprechen und hatte die Gelegenheit genutzt, um auf die Gemeinsamkeiten hinzuweisen und auf kontinentale Missverständnisse aufmerksam zu machen. Auf dem Bundesparteitag der CDU 1976 bekräftigte er – unter Anwesenheit Margaret Thatchers – seine Einschätzung einer Identität der Mitte-Rechts-Parteien in Europa. „Conservatism and Christian Democracy draw their concepts and values from the same sources“, so hatte Hassel in Swinton argumentiert und zugleich die Pluralität zu einem Kennzeichen der konservativ-christdemokratischen Parteienfamilie erklärt.²⁰⁰ Für jene, die täglich mit der Parteienkooperation befasst seien, sei es „klar“, so von Hassel vor seiner Partei, „dass in dem Augenblick, wo man bereit ist, die Programme des anderen ernsthaft zu studieren,

¹⁹⁷ ACDP, 07-001-11226, Möglichkeiten besserer Zusammenarbeit der christlich-demokratischen und konservativen Parteien Westeuropas, Helmuth Pütz, 17. 11. 1970.

¹⁹⁸ Vgl. Warten bis die SPD sich verschlissen hat? Gespräch mit dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Bruno Heck über die Zukunft der Union, in: DEUTSCHE ZEITUNG. CHRIST UND WELT, 5. 1. 1973. Siehe S. 313–314.

¹⁹⁹ Vgl. dessen Engagement bei den Königswinter-Konferenzen: UHLIG, Die Deutsch-Englische Gesellschaft, S. 61–64, 87–88.

²⁰⁰ HASSEL, The Swinton Lecture, 1972, S. 20.

feststellt, dass es Unterschiede in den Programmen nur noch dann gibt, wenn man ein Vergrößerungsglas nimmt, dass uns aber im Grunde genommen [...] nichts trennt außer der Tatsache, dass wir einander nicht genügend kennen“.²⁰¹ So klar schien dies für den christlich-sozialen Flügel der CDU allerdings nicht zu sein, auf dem die Parteienkooperation noch immer auf Widerstand stieß, offenbar weil den britischen Konservativen das soziale Gewissen abgesprochen wurde. Ob die Rede von Keith Joseph in seiner Eigenschaft als Sozialminister auf dem Parteitag der Konservativen im Oktober 1973,²⁰² die von der Bundesgeschäftsstelle auf Anregung Hassels hin in den Sozialausschüssen (und an die niederländischen Christdemokraten) verteilt wurde, die Gemüter besänftigen konnte, lässt sich nicht nachvollziehen.²⁰³ In jedem Falle ergriff das Internationale Büro der CDU die Initiative und erarbeitete eine großangelegte Synopse der Parteiprogramme der europäischen Mitte-Rechts-Parteien, die für Aufklärung und einen besseren Kenntnisstand über die Partner auf dem europäischen Parkett sorgen sollte.²⁰⁴

Die Debatte um den Konservatismusbegriff flammte in der Kooperation der europäischen Mitte-Rechts-Parteien erst wieder auf, als nach dem EG-Beitritt Großbritanniens und Dänemarks 1973 und auf Grund der realen Möglichkeit von baldigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament die noch immer offene Frage nach der Integration der nordeuropäischen Konservativen zu einer Entscheidung drängte.²⁰⁵ Auch mit dem Eintritt einer neuen Generation von Politikern in die europäischen Parteibeziehungen waren die terminologischen Probleme nicht verschwunden, ganz im Gegenteil. Der Widerstand der italienischen, belgischen und niederländischen Christdemokraten gegen eine christdemokratisch-konservative Parteienallianz war so lebendig wie in den 1960er Jahren.²⁰⁶ „Despite many years of explanation the reactionary connotation of the word ‚Conservative‘ in various European countries continues to elicit hostile reactions“, konstatierten die britischen Konservativen und folgerten, dass „every opportunity must be taken to explain to those parties [...] that British Conservatism is moderate, modern and broadly based“.²⁰⁷ Fast verzweifelt bat William Whitelaw, Deputy Leader und Party Chairman, bei der Parteiführertagung der Inter-Party Conference, die für September 1975 auf Schloss Kleßheim einberufen worden war, um Verständnis für die Haltung der britischen Konservativen und um Unterstützung im begrifflichen Ringen in Europa: „He pointed out that we could not

²⁰¹ Bundesparteitag der CDU 1976, S. 156.

²⁰² Vgl. CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE, Conservative Party Conference 1973, S. 96–99.

²⁰³ Vgl. CPA, IDU 28/1, Heinrich Böx an Michael Fraser, 8. 7. 1974.

²⁰⁴ Vgl. ebd., William Stephens an Diana Elles, 29. 8. 1974; es handelt sich wohl um ASMUSSEN und VOSS, Die europäischen Parteien der Mitte, 1978.

²⁰⁵ Zur Geschichte der Direktwahlen vgl. MITTAG, 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament.

²⁰⁶ Vgl. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 452; zu den niederländischen Christdemokraten vgl. VAN KESSEL, „Ruggen recht, heren!“; die Gründe fasst MEYER, Die christlich-demokratische Fraktion, S. 42–43, zusammen.

²⁰⁷ CPA, IDU 30/3, The Problems of Inter-Party Links for the Conservative Party, 8. 8. 1975.

change our name – even if we wished to do so – nor could we introduce the word ‚Christian‘ into our Party title, even though we upheld Christian principles in fact.“²⁰⁸

Das Kleßheimer Treffen unterlag solcher Dringlichkeit, weil im Rahmen der EUCD von den Parteien aus den EG-Mitgliedsländern zeitgleich konkrete Schritte zur Gründung einer europäischen Partei in Angriff genommen wurden.²⁰⁹ CDU und CSU, denen wiederum eine Scharnierfunktion zukam, drängten in Kontinuität zu ihrer Politik seit den späten 1950er Jahren zusammen mit EUCD-Präsident Kai-Uwe von Hassel auf eine große Lösung, sprich auf eine breite Mitte-Rechts-Allianz. In diesem Kontext war das Kleßheimer Treffen verortet. Für Hassel lag die Crux in der Weigerung einiger EUCD-Parteien, sich mit den Programmen der anderen auseinanderzusetzen. Wenn sie das täten, so war er sich noch immer sicher, „they would find that the differences were ones of emphasis, not of substance“. Er avisierte die Gründung einer breit ausgreifenden *European Democratic Centre Party* – auch dieser Namensvorschlag sprach Bände, umging er doch die problematischen Begriffe *christdemokratisch* und *konservativ*.²¹⁰ Im Deutschen sprach Hassel stets von den „Parteien der Mitte“,²¹¹ nahm also den in der Union der 1970er Jahre dominierenden Kompromissbegriff auf und übertrug ihn auf die europäische Ebene. Dieser Begriffstransfer verdeutlicht, wie stark die politische Sprache der Union ihre europapolitische Haltung bestimmte – und warum sie im Dialog mit anderen Parteien im einen Fall an ihre politischen Grenzen stieß bzw. im anderen Fall erfolgreich agieren konnte.

Nichtsdestotrotz setzten sich auch Mitte der 1970er Jahre die Advokaten des reinen Christdemokratismus in Europa durch und schufen mit der Gründung der EVP im Juli 1976 Tatsachen. Die Namensfrage wurde auch hier zum politischen Pokerspiel. Denn CDU und CSU sahen die neue Partei nur als ersten Schritt hin zu der anvisierten breiten Mitte-Rechts-Allianz. Dementsprechend sollte der Parteiname kein Hindernis für eine zukünftige Integration der Parteien der Inter-Party Conference darstellen. Deshalb plädierten sie für *Europäische Volkspartei*. Diese Formel schloss zwar an christdemokratische Semantiken an, vermittelte aber gleichzeitig genügend Offenheit. Nur der Namenszusatz *Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft* nahm den Begriff *christlich-demokratisch* auf, der aber zu kompliziert war, um sich letztendlich durchzusetzen.²¹²

Die Politisierung politischer Semantik in den europäischen Netzwerken der Mitte-Rechts-Parteien seit den frühen 1960er Jahren führte außerdem zu einer Namensdebatte unter jenen Parteien, die sich 1978 in der Europäischen Demokratischen Union zusammenschlossen. Der von den Deutschen ventilerte Name

²⁰⁸ Ebd., Party Leaders' Conference, Klesheim [sic] Palace, Salzburg, 8.–9.9.1975. Zu Whitelaws pro-europäischer Haltung vgl. WHITELAW, *The Whitelaw Memoirs*, 1998, S. 74.

²⁰⁹ Vgl. JANSEN, *Die Europäische Volkspartei (EVP)*, S. 469–473.

²¹⁰ CAC, THCR 2/6/1/108, Party Leaders' Conference, Klesheim Palace, Salzburg, 8.–9.9.1975.

²¹¹ Vgl. z. B. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 454.

²¹² Vgl. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei*, S. 471–473.

fand deshalb Zustimmung, weil er die Begriffe *christlich*, *Volkspartei* und *konservativ* vermied. Denn so wie die christdemokratischen Parteien des Kontinents ihre liebe Not mit dem Begriff des *Konservatismus* hatten, so schwierig war es für die britischen Konservativen *christlich* in einem Parteinamen zu akzeptieren.²¹³ Zugleich nahm die Bezeichnung *Europäische Demokratische Union* den Begriff der *Demokratie* auf, der, wie wir gesehen haben, in CDU/CSU sowie Conservative Party in den 1970er Jahren einen antisozialistischen Schlüsselbegriff darstellte.²¹⁴ Scott Hamilton, britischer Europaparlamentarier, verstand es geradezu als Auftrag der Briten, die jahrhundertelange demokratische Erfahrung des Landes für die Fortentwicklung der EG fruchtbar zu machen. Die europäische Mission der Briten war demnach eine Mission für die Demokratie, und dies galt besonders für die Conservative Party, nachdem Labour eine demokratische Haltung ohnehin per se abgesprochen wurde. Die zu gründende „party of European democracy will secure for the people of our Community a free society in a free Europe“, unterstrich Hamilton vor dem Parteitag der Konservativen 1975.²¹⁵ Der Begriff der *Demokratie* war verklammert mit dem Begriff der *Freiheit*, der, wie wir sehen werden, zum Nukleus der EDU werden sollte. Vom Begriff *Union* ließen sich die Briten nach einiger Diskussion überzeugen, die zwar das lockere *Allianz* bevorzugt hätten, das aber von ihren europäischen Partnern wiederum mit zwischenstaatlichen Beziehungen assoziiert wurde.²¹⁶

Die Dynamik, die diese Verhandlungen um die politischen Begriffe auf europäischer Ebene in den Parteien auslösen konnten, zeigt nichts besser als der Brief Adam Butlers, des parlamentarischen Privatsekretärs Margaret Thatchers, an seine Parteiführerin vom Februar 1977, also während der Verhandlungen über die EDU-Gründung. Auf Grund der Probleme, die der Konservatismusbegriff bereitete, legte er ihr eine Änderung des Parteinamens nahe: „The two ‚ingredients‘ we need are Democrat and National“, argumentierte Butler. „Whilst I think it would be difficult at one stroke to drop Conservative altogether, and wrong, the adoption of the name ‚The National Democratic Conservative Party‘ would allow a gradual transition to National Democrats, and this abbreviation would gain more ready usage in Europe.“ Die Antwort Margaret Thatchers ist nicht überliefert – so sie es überhaupt für nötig hielt, darauf zu antworten. Zu ihrer Strategie, den Konservatismusbegriff der Partei zu besetzen und in ihrem Sinne auszudeuten, passte diese Empfehlung offensichtlich nicht.²¹⁷ Dass der Vorschlag in einem Stapel

²¹³ Vgl. z. B. CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE, Conservative Party Conference 1975, S. 112, Scott Hamilton: „[...] we are inclined to be a bit suspicious of political parties who sport religious titles, since in our experience, politics and religion have not been such close companions.“

²¹⁴ Der Demokratiebegriff wurde auch für den Namen der angestrebten Fraktionsgemeinschaft von Christdemokraten und Konservativen im Europäischen Parlament in Vorschlag gebracht, vgl. CAP, CCO 508/5/3, European Conservative Group, Study Days, Copenhagen, 9.–11. 9. 1975.

²¹⁵ CONSERVATIVE CENTRAL OFFICE, Conservative Party Conference 1975, S. 112.

²¹⁶ CAC, THCR 2/6/1/23, Diana Elles, Notes on a Meeting of Christian Democrat and Conservative Parties, London, 12.–13. 2. 1976, 14. 2. 1976.

²¹⁷ Siehe S. 83–86.

Akten verschwand, spricht jedenfalls Bände. Die semantische Dynamik der Europäisierung wurde in diesem Falle abgebremst.²¹⁸

In dem schwerwiegenden terminologischen Konflikt zwischen den Mitte-Rechts-Parteien im Europa der 1970er Jahre stießen unterschiedliche politische Konzepte aufeinander, die sich in der Polarisierung des Jahrzehnts nicht mehr in einer integrativen Sprache der *Mitte* versöhnen ließen. Das wurde vor allem dann deutlich, wenn innenpolitische Fragen mit der Europapolitik verbunden wurden. Dies betraf die Auseinandersetzungen in der CDU zwischen christlich-sozialem Flügel und Gesamtpartei, die auf europäischer Ebene in der Opposition der Sozialausschüsse gegen die Gründung der EDU und in der Programmarbeit der EVP ausgespielt wurden. Hans Katzer kam hier als Vorsitzendem der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) eine entscheidende Rolle zu, der außerdem alles dafür tat, die Aufnahme der britischen Conservative Trade Unionists (CTU) in die EUCDA zu verhindern.²¹⁹

Die terminologischen Konflikte in Europa betrafen aber besonders das Verhältnis zwischen CDU und CSU, das sich während der mittleren 1970er Jahre ja alles andere als entspannt gestaltete. Für die CSU im Allgemeinen und Franz Josef Strauß im Besonderen spiegelte sich in den Auseinandersetzungen um die Gründung der EVP der Richtungsstreit in der Union. Im „geistigen Ringen“ um den Namen „Europäische Volkspartei“ sei „das ungeheure Spannungsverhältnis zwischen Linksorientierten und Konservativen in Europa“ zum Ausdruck gekommen, berichtete Franz Heubl vor dem Landesvorstand der CSU im Mai 1976. Die EDU war ihm daher die „Gemeinschaft der konservativen Kräfte in Europa“.²²⁰ Deren Einigung betrieb die CSU, getrieben von einem strikt antisozialistischen Credo und sehr wenigen Reserven gegenüber der Rechten, an allen parteidiplomatischen Fronten und suchte im Ausland mitunter die Konfrontation mit ihrer Schwesterpartei. Dies traf vor allem auf Spanien zu, wo die CDU die anti-franquistischen christdemokratischen Kräfte stützte, während die CSU keine Scheu hatte, mit dem reformerischen Flügel der Franquisten zu kooperieren.²²¹ Bei der CDU schließlich schellten die Alarmglocken laut, als mit dem Kreuther Trennungsbeschluss die Rede von der „vierten Partei“ durch die Bundesrepublik geis-

²¹⁸ Vgl. CAC, THCR 2/6/1/23, Adam Butler an Margaret Thatcher, 8. 2. 1977.

²¹⁹ Vgl. ACSP, CSA 66/1, Vorstandssitzung der EUCDA, Brüssel, 31. 8. 1978; Alois Mock an Hans Katzer, 2. 5. 1978; Aktenvermerk für den Landesvorsitzenden der CSA, Herrn Staatsminister Dr. Fritz Pirkel, 17. 1. 1978; NL Strauß, PV 12965, Hans Katzer an Franz Josef Strauß, 9. 6. 1978, darin: Hans Katzer an Leo Tindemans, 30. 5. 1978; Franz Josef Strauß an Hans Katzer, 17. 7. 1978; zu den Programmdiskussionen in der EVP vgl. KARNOFSKY, Parteienbünde vor der Europa-Wahl 1979, S. 197–199.

²²⁰ ACSP, LGF – V 31. 5. 1976, Niederschrift über die Landesvorstandssitzung der CSU, 31. 5. 1976, S. 37.

²²¹ Vgl. KAISER, Europeanization of Christian Democracy?, S. 24–25; URIGÜEN, Networking; Kreuth international, in: DER SPIEGEL, 21. 3. 1977; vgl. auch die Diskussion des CSU-Landesvorstandes zur Auslandsarbeit der CSU im April 1976, ACSP, LGF – V 5. 4. 1976, Niederschrift über die Landesvorstandssitzung der CSU, 5. 4. 1976. Zu Portugal vgl. STENGER, Transnationale Parteienzusammenarbeit.

terte und man fürchtete, dass Strauß das EDU-Projekt an sich reißen und als europäische Plattform seiner Pläne nutzen würde. Die Trennung von CDU und CSU hätte so in EVP und EDU auf europäischer Ebene eine Entsprechung gefunden, die dann auch programmatisch verstanden worden wäre.²²² Dem schob die CDU einen Riegel vor, indem sie die Initiative der EDU-Gründung an sich zog und auch später noch darauf bedacht war, der CSU nicht allzu viel Raum für eigenständiges Engagement in der EDU zu lassen.²²³

Das tat dem europapolitischen Eifer des CSU-Vorsitzenden keinen Abbruch, vielmehr erschloss er sich die europäische Situation über seine dichotomische Sprache des Anti-Sozialismus. Den Kampf gegen den Sozialismus, den Strauß an allen Fronten focht, glaubte er eben auch innerhalb des Mitte-Rechts-Lagers führen zu müssen – und die Erfahrung mit Italienern, Niederländern und Belgiern in der EUKD bestärkte ihn darin noch zusätzlich. Die Parteien in der EDU, so warnte er bei deren Gründungskonferenz, dürften sich „nicht ihre angestammte Begriffswelt denunzieren und letztlich nehmen lassen, weil der Verlust der Begriffe den Verlust der Sprache und damit den Verlust im politischen Ringen um die Mehrheit“ bedeuten würde. „Die Sozialisten und ihre Helfer versuchen schon lange mit der Denunzierung von Worten wie ‚konservativ‘ denen, die sie hochhalten, das Mäntelchen der Reaktion, ja sogar des Faschistoiden umzuhängen.“ Dem müsse die EDU „entgegentreten“.²²⁴ Dazu passte Strauß’ Antrag bei der zweiten Parteiführerkonferenz der EDU 1979 in London auf eine Auseinandersetzung des Unterausschusses „Europäische Strukturen“ mit einer „modern and objective definition of the notion ‚conservative““.²²⁵ In dieselbe Richtung zielte seine Aufforderung an die EDU-Parteien, „den modernen Konservatismusbegriff [...] mit einem glaubwürdigen Versprechen der Sicherheit für die Zukunft“ zu verbinden.²²⁶ Der antisozialistische Krieg der Worte zog auf europäischer Ebene ein. Auch die Begriffskriegerin Margaret Thatcher setzte die Gründung der EDU in einen solchen antisozialistischen bzw. antimarxistischen Zusammenhang.²²⁷ Während die Vorsitzende der britischen Konservativen es genauso wie Kohl und Josef Taus, der erste Vorsitzende der EDU, aus taktischen Gründen vermieden, den Konservatismusbegriff exklusiv auf die EDU zu applizieren, wurde der CSU-Vorsitzende nicht müde, genau das zu tun. Franz Josef Strauß jedenfalls gefiel sich in den 1970er Jahren darin, wie Richard von Weizsäcker erinnert, sich als „den deutschen

²²² Vgl. SPEICH, Kai-Uwe von Hassel, S. 467.

²²³ Vgl. z. B. die heftigen Auseinandersetzungen um den Vorsitz im EDU-Unterausschuss Europäische Strukturen, dokumentiert in: ACSP, NL Strauß, Büro PV 12452.

²²⁴ Ebd., Sammlungen EDU, Pressemitteilung, EDU, CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß: EDU muss geistige Auseinandersetzung um Kollektivismus und Individualismus innerhalb der Demokratie führen, o.D. [1978].

²²⁵ CAC, THCR, 2/6/1/21, EDU, Minutes of the Second Party Leaders Conference of EDU, London 20.-21. 6. 1979.

²²⁶ ACSP, NL Strauß, Büro PV 12972, Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß auf der Tagung der Parteivorsitzenden der EDU in London, 20. 7. 1979.

²²⁷ Vgl. MTFW 103663, Margaret Thatcher, Speech to European Democratic Union, 24. 4. 1978.

Thatcher“ zu stilisieren.²²⁸ Sein Auftreten in der EDU zeigt recht deutlich, warum diese Selbstbezeichnung so einfach nicht von der Hand zu weisen war.

Die unvereinbaren Bedeutungszuschreibungen des Konservatismusbegriffs hatten letztlich die Einigung des europäischen Mitte-Rechts-Lagers verhindert – mit einschneidenden Folgen. Nicht die britische Lesart des politischen Systems mit ihrer dementsprechenden Nomenklatura setzte sich in den Europäischen Gemeinschaften durch, sondern die kontinentale, katholisch geprägte Auffassung von der Systematisierung politischer Strömungen im Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dies schlug direkt auf die institutionelle Struktur des Mitte-Rechts-Lagers durch: Im Europäischen Parlament formierten sich 1979 zwei Fraktionen, die Briten saßen nicht am Tisch, als die *Einheitliche Europäische Akte* im Rahmen der EVP vorverhandelt wurde,²²⁹ EDU und EVP arbeiteten während der 1980er Jahre unabhängig voneinander und als sich in den 1990er Jahren die beiden Fraktionen vereinigten, hatten sich die Vorstellungen über Ziel und Zweck der Europäischen Union sowie die Begrifflichkeiten, mit denen diese beschrieben wurden, bereits so weit voneinander entfernt, dass sich schließlich 2009 die nord-europäischen Konservativen unter Führung der britischen Konservativen aus der Fraktionsgemeinschaft wieder verabschiedeten.²³⁰ Der fehlgeschlagene Begriffstransfer der 1960er und 1970er Jahre hatte dafür die Pfade gesetzt.

5.3. Antisozialistische Einigkeiten im Europa der 1970er Jahre. Strauß, Thatcher und Kohl im Kampf um die *Freiheit*

Der Konservatismusbegriff trieb einen Keil zwischen die europäischen Mitte-Rechts-Parteien in den 1960er und 1970er Jahren. Andere Begriffe dagegen vermochten zu einen – und dies galt zuallererst für den Begriff der *Freiheit*. CDU, CSU und Conservative Party kooperierten, weil sie glaubten, nur gemeinsam die *Freiheit* in Europa verteidigen zu können. Kohl und Thatcher versicherten sich ihrer gegenseitigen Wertschätzung, indem sie auf ihren Einsatz für die *Freiheit* verwiesen. „[W]e share the same vision of free Europe“, war sich Thatcher sicher,²³¹ und Kohl ließ sie wissen, dass er ihren „Kampf für mehr Freiheit in Ihrem Land und in Europa“ bewunderte.²³² *Freiheit* war der Leitbegriff für Thatchers Rede beim Hannoveraner CDU-Parteitag im Mai 1976, in der sie die *Freiheit* als den Schirm definierte, der die „Freundschaft“ von CDU und Conservative

²²⁸ WEIZÄCKER, Vier Zeiten, 1997, S. 245.

²²⁹ Vgl. JOHANSSON, Party Elites in Multilevel Europe.

²³⁰ Zur Fraktionsbildung im Europäischen Parlament vgl. WAGNER, The Right in the European Parliament since 1979; zum Zusammenschluss in der EVP vgl. JOHANSSON, Transnational Party Alliances; LYNCH und WHITAKER, A Loveless Marriage; STEUWER und JANSSEN, Die christlich-konservative Volkspartei.

²³¹ CAC, THCR, 2/6/1/21, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976.

²³² Ebd., 2/6/1/128, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 13. 10. 1976.

Party überwölbte. „You as Christian Democrats and we as Conservatives came into politics for the same reason. Like you, we believe that the enlargement of individual freedom must be the first objective of our societies. Like you, we see that freedom is threatened everywhere, and often undermined,“ rief sie den Delegierten zu, um dann nicht zu versäumen, die Bedeutung West Berlins als „island of freedom“ hervorzuheben.²³³ Auf Deutsch endete Thatcher mit einem in Pathos schwelgenden Appell an die beiden Parteien:

In einer Welt, in der die Freiheit mehr und mehr bedroht wird, ist es unsere Aufgabe, die Freiheit zu verteidigen. [...] Die Fackel der Freiheit erlischt nicht mit dem Tod einer Generation. Sie wird von Hand zu Hand gereicht. Manchmal flackert die Flamme – aber sie erlischt nie. Es ist unsere Aufgabe, sie hell aufbrennen zu lassen, sodass sie die Welt erhellt. [...] Lasst uns erneut mit aller Kraft um die Freiheit ringen. Lasst uns ein Europa bauen, das der Freiheit würdig ist. Und lasst uns eine Erbschaft an unsere Kinder weiterreichen, für die sie mit Freude und Stolz weiterarbeiten können ... in einem freien Europa.²³⁴

In der freiheitsbegeisterten CDU der mittleren 1970er Jahre traf sie einen Nerv. Tom Normanton, MP und Europaparlamentarier, berichtete nach London, dass man sich in CDU-Kreisen einig war, „that Margaret hit the jackpot“.²³⁵

Tatsächlich war die *Freiheit* sowohl in CDU/CSU als auch in der Conservative Party der 1970er Jahre zum zentralen Leitbegriff avanciert – mit klar antisozialistischer Stoßrichtung. Der Freiheitsbegriff wurde zum Zentrum eines semantischen Netzes, das auf nur einen Gegner ausgerichtet war: den Sozialismus. Unter *Sozialismus* wurden dabei alle politischen Strömungen links der Mitte gefasst: von der Sozialdemokratie bis hin zum in den 1970er Jahren viel diskutierten und von CDU und CSU perhorreszierten Eurokommunismus.²³⁶ Den antisozialistischen Kampf um die *Freiheit* hatte man, davon waren die Mitte-Rechts-Parteien überzeugt, in den 1970er Jahren auch auf europäischer Ebene zu führen. Kohl glaubte denn auch, dass intensive Beziehungen mit London dazu beitragen würden, dass die Bürger beider Länder „neuen Mut für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus schöpf[t]en“.²³⁷ Genauso gewann Thatchers Freiheits-Rede auf dem CDU-Parteitag ihre rhetorische Kraft aus einer konsequent dichotomischen Anlage. Kontur bekam die „philosophy of the Christian Democrats and the Conservatives“, die sie beschrieb, durch die marxistische Antithese. Die politische Sprache, die sie im britischen Kontext kultivierte, übertrug sie auf die europäische Ebene. Nicht nur Großbritannien, alle Länder des westlichen Europas sah Thatcher von einem marxistischen Angriff bedroht, der von innen als auch von außen getätigt wurde – „from within our societies, but [also] from without“.²³⁸ Das antisozialis-

²³³ MTFW 103034, Margaret Thatcher, Speech to Christian Democratic Conference, 25. 5. 1976.

²³⁴ CAC, THCR, 5/1/2/73, Speech to CDU conference 1976, The Ending in German.

²³⁵ CPA, IDU 28/2, Tom Normanton an John Peel, 17. 6. 1976.

²³⁶ Vgl. DÖRR, Eurokommunismus als Teil der historischen Kommunismusforschung; ders., Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus; PONS, The Rise and Fall of Eurocommunism.

²³⁷ CAC, THCR, 2/6/1/21, Helmut Kohl an Margaret Thatcher, 21. 7. 1976.

²³⁸ MTFW 103034, Margaret Thatcher, Speech to Christian Democratic Conference, 25. 5. 1976; sehr ähnlich THATCHER, Europa: Wie ich es sehe, 1978.

tische Credo der britischen Konservativen wurde von der CDU/CSU geteilt, wie oben gezeigt wurde. Dabei band der Freiheitsbegriff zentrale Begriffe des Vokabulars der Parteien und ließ ihre Parallelität erkennen. Wenn Thatcher über die „Verpflichtungen“ sprach, die die Freiheit mit sich brachte, evokierte sie ein semantisches Netz, das dem der Unionsparteien stark ähnelte: Sie betonte die „moralische Verpflichtung“ basierend auf humanistischer und christlicher Überlieferung, sie hob die Bedeutung der „Familie als der natürlichen Keimzelle der Gesellschaft“ hervor, erinnerte an die Verpflichtung auf Recht und Gesetz, an die zu „hohen Integritätsnormen in der Erziehung“, an die zur „möglichst weitgehenden Streuung des Besitzes“ und schlussendlich an die „Verpflichtung, den Schwachen und Unglücklichen zu helfen“, um dann zu resümieren: „Es sind dieselben Verpflichtungen wie die jeder christdemokratischen Partei“.²³⁹ Die Polarisierung der politischen Kulturen Großbritanniens wie der Bundesrepublik dynamisierte die Parteienkooperation, mehr noch, sie verschaffte ihr ein starkes kohäsives Element.

Der CDU-Slogan zur Bundestagswahl 1976, *Freiheit statt Sozialismus*, brachte die politische Polarisierung auf den Punkt. Der Slogan begeisterte Thatcher so sehr, dass sie Kohl versprach, ihn in ihr rhetorisches Repertoire aufzunehmen.²⁴⁰ Dass der in der Union ja alles andere als unumstrittene Slogan auf das Konto der CSU unter Strauß ging, überrascht kaum: Die politische Sprache des CSU-Vorsitzenden zeichnete sich durch eben jene Polarisierung aus. Dies hatte er mit Thatcher gemein; die beiden sprachen eine sehr ähnliche Sprache. Nach ihrer Wahl zur Premierministerin bekräftigte Strauß in seinem Glückwunschschreiben dann auch die gegenseitige Verbundenheit im „gemeinsamen Kampf gegen den sozialistischen Totalitarismus [...] in der europäischen Auseinandersetzung zwischen Volksfront und Freiheit“.²⁴¹

Die antisozialistische Freiheitsbegeisterung stützte nicht erst seit den 1970er Jahren die Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party. Von Beginn der Parteibeziehungen an diente die Evokation der *Freiheit* der Versicherung, dass die beteiligten Parteien ein gemeinsames Ziel verfolgten. „Als Mitglieder der CDU und der Konservativen Partei haben wir einen gemeinsamen Glauben an den Wert einer freien Gesellschaft, in der der Staat der Diener, nicht aber der Meister seiner Bürger ist“ – für diesen Satz erntete Peter Smithers auf dem Bundesparteitag 1958 „lebhaften Beifall“.²⁴² Über den Erfolg der Programm-Broschüre *Onward in Freedom* in den Führungsreihen der CDU wurde oben bereits berichtet. Den Rahmen für diese Freiheitsbegeisterung bildete der Kalte Krieg.²⁴³ *Freiheit* gehörte zu den Schlüsselbegriffen der politischen Sprache des Kalten Krieges, den sich CDU/CSU und Conservative Party einerseits aneigneten, zu dessen Bedeutungs-

²³⁹ THATCHER, Europa: Wie ich es sehe, 1978, S. 11.

²⁴⁰ CAC, THCR 2/6/1/21, Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 9. 7. 1976.

²⁴¹ ACSP, NL Strauß, Büro PV 12970, Franz Josef Strauß an Margaret Thatcher, 4. 5. 1979; vgl. auch STRAUSS, Europas historischer Auftrag und historische Stunde, 1977.

²⁴² Bundesparteitag der CDU 1958, S. 39.

²⁴³ Zum Einfluss des Kalten Krieges auf die politischen Sprachen vgl. STEINMETZ, Political Languages in the Age of Extremes.

anreicherung sie andererseits aber auch beitrugen.²⁴⁴ Dadurch erhielt er im Rahmen des ‚zweiten Kalten Krieges‘ der späten 1970er und frühen 1980er Jahre zusätzliche Relevanz,²⁴⁵ der durch die weit ausgreifende Protestbewegung gegen den Nato-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 besonders in der Bundesrepublik tief in die Gesellschaft wirkte, aber auch in Großbritannien zu einer neuen Mobilisierung der Friedensbewegung führte.²⁴⁶ Die *Freiheits*-Emphase von Konservativen und Christdemokraten trug zur politischen Polarisierung bei, die mit diesem sowohl außen- als auch innenpolitisch einher ging. Im Ringen zwischen dem *Westen* und dem *Osten* galt es, das *freie Europa* zu verteidigen. Innenpolitisch betrachteten sich Christdemokraten und Konservative ohnehin als die einzigen Kräfte, die für die *Freiheit* einstanden – ganz im Gegensatz zu SPD und Labour Party, sollte das heißen. Von Beginn an war also der Freiheitsbegriff, der die Parteienkooperation überwölbte, antisozialistisch kodiert. Doch erst in der politischen Polarisierung der 1970er Jahre wurde *Freiheit* zum Kampfbegriff der Mitte-Rechts-Parteien in Europa. Denn er prägte nicht nur die Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party, sondern auch die multilaterale Vernetzung der Mitte-Rechts-Parteien. Europäisierung und politische Polarisierung gingen Hand in Hand.

Zur *Freiheit* bekannten sich auch die Parteien der EVP. Die „Ideale“ Europas wollten sie verwirklichen, nämlich „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie“, so wurde im 1978 verabschiedeten Politischen Programm der EVP versprochen. Der Freiheitsbegriff war den Begriffen *Solidarität*, *Gerechtigkeit*, *Frieden* und *Demokratie* gleichgeordnet.²⁴⁷ Dies unterschied die politische Sprache der EVP von der der EDU, in welcher der Freiheitsbegriff alle übrigen Begriffe überstrahlte. Dennoch konnte er als Scharnierbegriff dienen, und vor allem die CDU setzte ihre Hoffnung darein, über dieses Dach doch noch zu einer Einigung der Mitte-Rechts-Parteien zu kommen. „Die Idee der Freiheit ist das Band, das uns zusammenfügt und unserer Solidarität untereinander Kraft verleiht“, formulierte Kohl in Bezug auf die Staaten des westlichen Europa – und appellierte damit auch an die Partnerparteien in der EVP, sich den konservativen Parteien zu öffnen angesichts der sowohl „ordnungspolitische[n] als auch ideologische[n] Unverlässlichkeit der Sozialisten und sozialdemokratischen Parteien“.²⁴⁸ Die Hoffnung zerschlug sich. Dabei wurde die politische Annäherung einiger EVP-Parteien an die Linke für die Union zu einem immer größeren Problem. Dies wurde besonders virulent, als die Democrazia Italiana 1976 eine von den Kommunisten gedul-

²⁴⁴ Für eine rhetorische Analyse des Kalten Krieges vgl. MEDHURST et al., *Cold War Rhetoric*; CHILTON, *Security Metaphors*.

²⁴⁵ Vgl. GASSERT et al., *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*.

²⁴⁶ Vgl. GASSERT, *Viel Lärm um Nichts?*; HEUSER und STODDART, *Großbritannien zwischen Doppelbeschluss*.

²⁴⁷ *Europäische Volkspartei*, 1978, S. 185; für eine (zeitgenössische) Analyse vgl. KARNOFSKY, *Parteienbünde vor der Europa-Wahl 1979*, S. 191–229.

²⁴⁸ KOHL, *Perspektiven einer Europapolitik der christlich-demokratischen Parteien Europas*, 1977, S. 29 und 36.

dete Minderheitsregierung stellte. Die Union musste sich fragen lassen, wie sich ihr unbedingter Anti-Sozialismus in Europa mit der Zusammenarbeit mit der DC in der EVP vertrag.²⁴⁹

Von den Parteien in der EDU wurde die antisozialistische Schlagkraft des Freiheitsbegriffs nicht erst seit 1978 kultiviert, vielmehr wies bereits die Inter-Party Conference in diese Richtung. Schon bei ihrer Etablierung 1966 hatte die antisozialistische Positionierung im europäischen Rahmen eine wichtige Rolle gespielt.²⁵⁰ Als sich die Inter-Party Conference 1974 in einem speziellen Tagesordnungspunkt mit der „sozialistischen Herausforderung“ beschäftigte, fasste der CSU-Vertreter die „Natur des Sozialismus“ in ein eingängiges Bild: Wie Janus habe er zwei Gesichter: die Sozialdemokratie und den Marxismus.²⁵¹ Während der kommunistische Osten das westliche Europa von außen bedrohe, untergrabe die westeuropäische Linke die freiheitliche Gesellschaftsverfassung von innen. Der Kalte Krieg wurde in dieser Logik auch in der Innen-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik geschlagen. Genauso wie in nationaler und globaler Politik glaubte man die sozialistische Gefahr für die *Freiheit* nun auch auf europäischer Ebene, das hieß konkret in den Institutionen der EG, am Werk. Der Anti-Sozialismus unter dem Banner der *Freiheit* wurde so zu einem europäischen Politikentwurf. In der EDU fand er seinen Nukleus. „[W]ith the forming of the EDU we have started a new chapter in the history of freedom in Europe“, schrieb Thatcher nach der EDU-Gründung an deren ersten Präsidenten Josef Taus.²⁵² Wie dies gemeint war, wurde durch die Einrichtung eines Ausschusses bekräftigt, der sich mit dem Eurokommunismus auseinandersetzen sollte und dessen Vorsitz die Conservative Party übernahm. Sein Bericht wurde beim Parteiführertreffen der EDU im Juli 1979 in London verabschiedet. Eindringlich wurden die Mitgliedsparteien aufgerufen, „aus der Verteidigung zum Angriff über[z]u gehen, und [...] alle [...] zur Verfügung stehenden politischen Waffen“ im Kampf gegen den Eurokommunismus zu nutzen, dessen eingedenk, dass die eurokommunistische Strategie auf eine „Konvergenz mit den sozialistischen Parteien“ zielte. Es gelte „die wichtige Rolle auf[z]udecken, welche die Sozialisten dabei, vor allem in Großbritannien, spiel[t]en“.²⁵³ Die Arbeit des Eurokommunismus-Ausschusses wurde nach 1979 vom neu gegründeten Ausschuss „Die Europäische Linke“, wiederum geführt von den britischen Konservativen, fortgesetzt. Die Weitung implizierte, dass nicht mehr nur vor den Eurokommunisten gewarnt wurde, sondern alle sozialdemokratischen Parteien Europas unter Marxismusverdacht gerieten. Der „gemeinsame Trend in den Programmen der europäischen sozialistischen Parteien ist eine Renaissance des Marxismus, der wieder als gültige politische Phi-

²⁴⁹ Vgl. DÖRR, Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus, S. 224–228.

²⁵⁰ Siehe S. 386–388.

²⁵¹ CPA, IDU 30/3, Inter-Party Conference 1974, 19. 5. 1974.

²⁵² CAC, THCR, 2/6/1/23, Margaret Thatcher an Josef Taus, 26. 4. 1978.

²⁵³ ACSP, Sammlungen EDU, Europäische Demokratische Union, Eurokommunismus, beschlossen am 20. Juli 1979, EDU Bulletin 5, Wien [1979].

losophie betrachtet wird“, wurde festgestellt.²⁵⁴ Das antisozialistische Credo in der EDU grub sich bisweilen so tief in ihre Sprache ein, dass der Parteienbund als „europäische[r] Dachverband der nicht-kollektivistischen Parteien“ bezeichnet wurde.²⁵⁵

Diese unter dem Banner der *Freiheit* agierende antisozialistische Sammlung war semantisch gekennzeichnet durch ein klares Entweder-Oder-Schema. Es gab nur das eine oder das andere, Kompromisse waren ausgeschlossen. So warnte Kurt Biedenkopf die Politikerinnen der Europäischen Frauenunion im August 1977 vor dem erstarkenden Eurokommunismus. Gegen diesen sei die „freie Gesellschaft“ nur durch Kompromisslosigkeit zu verteidigen: „Debate not with the idea of compromise, but with the idea of thrashing it out“. Die ideologische Auseinandersetzung mit dem Marxismus sei die zentrale Aufgabe der Mitte-Rechts-Parteien in Europa, und um diese zu bestehen, sei innere Einheit nötig und jedenfalls keine Zeit für „petty schisms between Conservatives and Christian Democrats“. „If we loose sight of the real conflict“, so Biedenkopf weiter, „we gamble away the heritage and the knowledge of freedom that we have gained through great suffering and great triumph in our European history“.²⁵⁶ Einheit bedeutete zum einen Einheit der Organisation und zum anderen Einheit der Begriffe, die sich durch Klarheit auszuzeichnen hatten. Diese Überzeugung lag am Grunde von Biedenkopfs Strategie des Kampfes um die Begriffe, den er in Europa ebenso empfahl wie in der Bundesrepublik. Sie kennzeichnete Thatchers rhetorischen Stil ebenso wie den eines Franz Josef Strauß, die beide in der Herbeiführung von Konsens und der Vermittlung von Kompromissen nur eine Unterminierung der eigenen Position zu sehen vermochten. Dies unterschied sie von Helmut Kohl, der das Prinzip des Ausgleichs in der Begriffsbildung schätzte, um so eben jene Einheit herzustellen, die nötig erschien, um die Probleme der Gegenwart meistern zu können. Seine Hoffnung auf eine Einigung der Mitte-Rechts-Parteien in Europa gewann er aus dem deutschen Modell der Unionsparteien, wie er bei der Gründung der EDU noch einmal betonte.²⁵⁷ Die Verankerung der CDU in beiden Parteienbünden trug dem Rechnung, steigerte aber noch zusätzlich die Ambivalenzen in ihrer politischen Sprache.

Das antisozialistische Credo der Kooperation der europäischen Mitte-Rechts-Parteien rückte nicht nur den Freiheitsbegriff ins Zentrum der politischen Sprache, sondern stärkte auch das Strukturprinzip der Gegensatzbildung. Dies zeigte nichts besser als die Tagesordnung für den Nachmittagsslot beim Arbeitstreffen von Politikanalysten von CDU und Conservative Party im Februar 1979. Auf deutschen

²⁵⁴ Ebd., Europäische Demokratische Union, Die Europäische Linke, beschlossen am 11. Juli 1980, EDU Bulletin 10, Wien [1980].

²⁵⁵ Ebd., Europäische Demokratische Union, Europäische Strukturen, Europäische Politik, beschlossen am 20. Juli 1979, EDU Bulletin 3, Wien [1979].

²⁵⁶ CAC, THCR, 2/6/1/23, Kurt Biedenkopf, Address before the General Assembly of the European Union of Women, August 1977.

²⁵⁷ ACSP, Sammlungen EDU, EDU-Tagung, 24. 4. 1978, CDU-Vorsitzender Helmut Kohl, Im Dienste der europäischen Bürger.

Vorschlag hin sollte über die „Menace of European Socialism to the social market economy in Europe“ diskutiert werden, strukturiert nach folgendem Schema:

1. Free competition versus dirigistic restraints; 2. Structural changes as a result of adjustment processes in the market versus Socialist models of regulated economy and control of investment; 3. Integrated family policy versus exclusively job oriented women's liberation; 4. Social welfare as a means to safeguard individual freedom versus socialist regulation of the citizen.²⁵⁸

Die dichotomische Logik des Anti-Sozialismus gab der Diskussion über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Struktur. Indem sie Begriffe zu klaren Gegensatzpaaren ordnete, spannte sie ein konsensfähiges semantisches Netz auf, das auf den alles überstrahlenden Freiheitsbegriff gerichtet war. Die Grenzen dessen, was zustimmungsfähig gesagt werden konnte, wurden klar gezogen.

Dabei wurde der Begriff *soziale Marktwirtschaft* als Gegenbegriff zu *Planwirtschaft* bzw. „zentral geplante und verwaltete Wirtschaft“ profiliert. In englischer Übersetzung wurde von „social market economy“ bzw. „socially oriented market economy“ gesprochen. Es fällt in der Tat auf, wie konsequent die EDU von der „sozialen Marktwirtschaft“ sprach, nicht nur in ihrer Charta, der 1978 verabschiedeten Kleßheimer Erklärung,²⁵⁹ sondern etwa auch in internen Arbeitspapieren.

Alle sozialistischen Parteien neigen dazu, die soziale Marktwirtschaft abzulehnen, und klar zum Ausdruck zu bringen, dass sie eine zentral geplante und verwaltete Wirtschaft vorziehen, obwohl es sich gezeigt hat, dass sie wesentlich schlechtere Ergebnisse für den allgemeinen Wohlstand, die soziale Gerechtigkeit und die Freiheit erbringt, als die soziale Marktwirtschaft,

so konnte der Interessierte in den Ausführungen des Ausschusses „Die Europäische Linke“ lesen.²⁶⁰

Der Begriff gehörte selbstverständlich zu den Schlüsselbegriffen der politischen Sprache der deutschen Unionsparteien. In den 1970er Jahren umgab ihn der Glanz soliden ökonomischen Erfolgs – besonders im krisengeschüttelten Großbritannien. Die nach einer Alternative zu dem gescheiterten *middle way*-Entwurf Macmillans suchenden Tories blickten denn auch interessiert über den Kanal. Besonders Keith Joseph gerierte sich in den 1970er Jahren geradezu als Advokat der sozialen Marktwirtschaft, gestützt vom Centre for Policy Studies, einem der wichtigsten Think-Tanks des Thatcherismus. *Why Britain Needs a Social Market Economy*, das zu eruieren hatte sich Keith Joseph in dem ersten Pamphlet des Think-Tanks zur Aufgabe gemacht.²⁶¹ Das Centre for Policy Studies „will state the case for the social market economy“, wurde 1974 in den Leitlinien formuliert.²⁶² Dass Keith Joseph zunächst erwogen hatte, seinen Think-Tank „Erhard foundation“ zu

²⁵⁸ CPA, IDU 28/5, Sandy Walker an Mr. Patten et al., 2. 2. 1979.

²⁵⁹ Vgl. ACSP, Sammlungen EDU, Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christdemokratischer, Konservativer und anderer verwandter Parteien (Europäische Demokratische Union), 24. 2. 1978.

²⁶⁰ Ebd., Europäische Demokratische Union, Die Europäische Linke, beschlossen am 11. Juli 1980, EDU Bulletin 10, Wien [1980].

²⁶¹ Vgl. JOSEPH, *Why Britain Needs a Social Market Economy*, 1975.

²⁶² MTFW 111905, Centre for Policy Studies Management prospectus, 1. 10. 1974.

taufen, weist noch deutlicher auf das deutsche Vorbild hin.²⁶³ Dem entsprach auch das Interesse an der sozialen Marktwirtschaft, das Kurt Biedenkopf in London gewärtigte. Das Gespräch, das er im Februar 1975 kurz nach ihrer Wahl zur Parteiführerin mit Margaret Thatcher führte, konzentrierte sich auf die soziale Marktwirtschaft.²⁶⁴ Bei seinem Besuch im März 1976 traf er auch mit Keith Joseph zusammen.²⁶⁵ Mit der *social market economy* identifizierten sich die britischen Konservativen die gesamte Oppositionszeit über und wurden dazu vom Centre for Policy Studies angehalten, wenn auch der Begriff sicherlich nicht mit aller Macht profiliert wurde.²⁶⁶ In den Gesprächen mit der CDU war er ohnehin allgegenwärtig. Die Parteienkooperation verlieh diesem Begriffstransfer eine organisatorische wie diskursive Basis.

Das semantische Netz, das die EDU zunächst aufgespannt hatte und in das der Begriff der *social market economy* eingewoben war, wurde bewusst sehr lose gehalten.²⁶⁷ Die Kleßheimer Erklärung beschränkte sich auf die Formulierung weniger zentraler Sätze, die das Verbindende herausstellen sollten. Ob der Kürze kam einzelnen Begriffen umso mehr Bedeutung zu: *Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, soziale Solidarität, Mensch, Werte, offene, pluralistische Gesellschaft, Grund- und Menschenrechte, Verpflichtung, sich selbst verwirklichen, Zusammenarbeit aller Völker Europas, Recht jeden einzelnen Landes, seine Identität zu bewahren, Partnerschaft, Familie, soziale Verantwortung und soziale Marktwirtschaft*. Die entsprechenden Gegenbegriffe lauteten: *extreme Linke und Rechte, Totalitarismus, materialistisches und kollektivistisches Dogma, Klassenkampf*.²⁶⁸ Die Parteienkooperation in Europa basierte auf klassischen Begriffen des politischen Vokabulars, die in allen europäischen Sprachen existierten, oftmals auf eine griechische bzw. lateinische Wurzel zurückgingen, deshalb einfach übersetzbar waren und die zudem seit dem Beginn der Moderne in einem europäischen, transnationalen Dialog geprägt worden waren. Dies bildete die Voraussetzung für eine politische Verständigung in Europa, auf der das europäische Integrationsprojekt erst gedeihen konnte. Den „Vereinheitlichungssog“ des abstrakten politischen Vokabulars in Europa, der seit Jahrhunderten seine Kraft entfaltete, dynamisierte das europäische Integrationsprojekt beträchtlich.²⁶⁹ Das Begriffsnetz, zu dem diese Begriffe verflochten wurden, schloss an die politischen Sprachen der Mitgliedsparteien an – alle diese Begriffe gehörten zum essenziellen Sprachhaushalt von CDU, CSU und Conservative Party der 1970er Jahre.

²⁶³ Vgl. ebd. 114760, Sir Keith Joseph note („The Erhard Foundation“), 21. 3. 1974.

²⁶⁴ Vgl. ACDP, 07-001-11479, CDU Pressemitteilung, 12. 2. 1975.

²⁶⁵ Vgl. ebd., Kurt Biedenkopf an Keith Joseph, 13. 4. 1976.

²⁶⁶ Vgl. z. B. MTFW 103736, Margaret Thatcher, House of Commons Speech, 28. 7. 1978; 111771, Stepping Stones Report, 14. 11. 1977; 111962, Minutes of CPS management board meeting, 14. 12. 1978.

²⁶⁷ Vgl. CPA, THCR 2/6/1/23, Diana Elles, Note on a Meeting of Christian Democrat and Conservative Parties, London, 12.–13. 2. 1976, 14. 2. 1976.

²⁶⁸ Vgl. ACSP, Sammlungen EDU, Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christdemokratischer, Konservativer und anderer verwandter Parteien (Europäische Demokratische Union), 24. 2. 1978.

²⁶⁹ STEINMETZ, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte, S. 197.

Tatsächlich wäre die Gründung der EDU ohne die beiden Jahrzehnte intensiver Parteienkooperation von CDU/CSU und Conservative Party nicht vorstellbar gewesen. Nicht nur hatten sich führende Politiker und Funktionäre in den Parteiorganisationen kennengelernt, hatten vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut und sich mit der Politik der Partnerpartei vertraut gemacht; vielmehr hatten sie in einem jahrelangen Dialog gelernt, die politische Sprache des anderen zu verstehen, mit begrifflichen Differenzen umzugehen und gemeinsame konsensuale Begriffe herauszuarbeiten. Dies bildete die Voraussetzung für die multilaterale Parteienkooperation auf europäischer Ebene. Es war daher kein Zufall, dass die Integration der britischen und nordeuropäischen Konservativen genau in jenen Parteien auf vehementen Widerstand stieß, denen diese Erfahrung abging.

Die thematische Arbeit in den Ausschüssen der EDU jedenfalls sollte nach den Vorstellungen der Beteiligten das semantische Netz, das die Kleßheimer Erklärung aufspannte, enger knüpfen: durch die „Herausarbeitung der Gemeinsamkeiten – aber auch der Divergenzen – [...] durch detaillierte Sacharbeit“ wollten die Parteien in der EDU nach und nach enger zusammenrücken.²⁷⁰ Dies sollte vor allem dazu dienen, dem losen Parteienverbund, der letztlich in erster Linie durch das antisozialistische Band zusammengehalten wurde, eine ideelle Grundlage zu geben. Alois Mock, der 1979 gewählte österreichische Präsident der EDU, sprach diese Problematik offen an:

We define our Union not as a group of Parties whose sole common denominator is their anti-socialism. It has been fascinating to see how easy it was to formulate recommendations on complicated political problems [...] and find a common approach for the solution of these matters.²⁷¹

Diese Ausformulierung des Gemeinsamen erschien nur notwendig, weil die Parteien, die sich über Jahrzehnte rühmen konnten, ihr politisches Handeln allein auf pragmatische Entscheidungen zu gründen, in einer Zeit, in der Ideen hochgehalten wurden, ins Hintertreffen geraten waren. Hand in Hand mit der europäischen antisozialistischen Sammlung ging ein Abschied von einem pragmatischen Politikstil und die Hinwendung zu einem ideengeleiteten Politikentwurf. Auch diese Entwicklung wurde auf europäischer Ebene nachvollzogen. Beim Kleßheimer Treffen der Parteiführer der Inter-Party Conference 1975 wurde dann auch argumentiert, dass „a renewal and revival of interest in basic ideas“ notwendig sei.

The main decisions for the present and future of a free society in the European democracies cannot be taken on the basis of day-to-day pragmatism. Only a dynamic and convincing identification with the lasting values of liberty and the dignity of man will guarantee an open and democratic society.²⁷²

²⁷⁰ ACSP, Sammlungen EDU, Europäische Demokratische Union, Europäische Strukturen, Europäische Politik, beschlossen am 20. Juli 1979, EDU Bulletin 3, Wien [1979].

²⁷¹ CAC, THCR, 2/6/1/21, Second Party Leaders Conference of EDU, 20.–21.7.1979, London, Anhang 4: Statement of the elected Chairman Dr. Alois Mock.

²⁷² CPA, IDU 30/3, Memorandum on Party Leaders' conference, Kleßheim Palace, Salzburg, 8.–9.9.1975.

Die Grundwerte-Debatte der CDU, die Grundsatzprogramm-Debatte in der CSU und die systematische Neuformulierung der Politikentwürfe in der Conservative Party flossen aus diesen Überzeugungen – genauso wie die tastenden Versuche in der EDU, zu geteilten Begriffen zu kommen.

Dieses kollektive Herantasten hatte dort seine Grenzen, wo von vornherein klar war, dass Übereinstimmung nicht erzielt werden konnte. Ganz besonders galt dies für jene Begriffe, mit denen die Zukunft der europäischen Integration beschrieben wurde. Während die EVP einen „föderalistischen Aufbau“ der EG anstrebte,²⁷³ sprach sich die EDU eher nebulös für eine „immer engere Zusammenarbeit aller Völker Europas“ aus, unter Wahrung nationaler Identitäten und Rechte.²⁷⁴ Gerade für die Briten war letzteres *conditio sine qua non*. „One of the reasons the Conservatives could not join the EPP, apart from the fact they do not want us, is the inclusion of a ‚federal‘ clause in their charter“, hielt ein internes Memorandum fest.²⁷⁵ Dabei blieb die Formulierung der Kleßheimer Erklärung so weit, dass sich auch CDU und CSU, die klar für ein supranationales Europa eintraten, darin wiederfinden konnten. Europapolitisches Profil gewann die EDU auf diese Weise kaum.

Freiheit blieb der Schlüsselbegriff der EDU: Sie wollte eine „Allianz für die Freiheit“ sein.²⁷⁶ *Freiheit* bündelte ein ganzes Set von antisozialistisch ausgerichteten Begriffen, die der Politik der Mitte-Rechts-Parteien Richtung verlieh. Dieses semantische Netz gewann seit Ende der 1970er Jahre an Glaubwürdigkeit und erschien zunehmend als valider Krisenlösungsentwurf – zu einer Zeit freilich, als sich die Diagnose der ‚Eurosklrose‘ auf die Europäischen Gemeinschaften legte und die nationalen Ökonomien von Krisen geschüttelt wurden. Dass sich gleichzeitig die Fronten des Kalten Krieges wieder verhärteten, gab dem antisozialistischen Freiheitsbegriff zusätzliche Nahrung. In der *Einheitlichen Europäischen Akte*, die den gordischen Knoten der europäischen Lähmung 1986 zerschlug, fanden sich daher nicht von ungefähr Versatzstücke der politischen Sprache der *Freiheit*, die in den Parteien der EDU geschmiedet worden war.²⁷⁷

Tatsächlich glaubte die Thatcher-Regierung mit der Realisierung des Binnenmarktes sowohl marktliberale Überzeugungen auf europäischer Ebene verankern als auch die ökonomischen Reformen im eigenen Land absichern zu können.²⁷⁸ Keineswegs unbegründet klagte die Opposition in diesen Jahren einen „Euro-Thatcherism“ an.²⁷⁹ Doch das europäische Projekt entwickelte sich für Thatcher

²⁷³ Vgl. Europäische Volkspartei, 1978, S. 185 und 213–217.

²⁷⁴ ACSP, Sammlungen EDU, Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christdemokratischer, Konservativer und anderer verwandter Parteien (Europäische Demokratische Union), 24. 2. 1978.

²⁷⁵ CAC, THRC 2/6/1/75, The European Democrat Union, 21. 9. 1977; zur Föderalismus-Frage vgl. auch THATCHER, England und die EG, 1977, bes. S. 178–179.

²⁷⁶ ACSP, Sammlungen EDU, Margaret Thatcher, Ein Bündnis für die Freiheit, 24. 4. 1978.

²⁷⁷ Vgl. DYSON und FEATHERSTONE, The Road to Maastricht.

²⁷⁸ Vgl. u. a. MOORE, Margaret Thatcher, Vl. 2, S. 406–408; PATTERSON, The Conservative Party and Europe, 129–138; im weiteren Zusammenhang GOWLAND und TURNER, Reluctant Europeans, S. 102–108; WALL, A Stranger in Europe, S. 62–86.

²⁷⁹ Vgl. z. B. Hansard, HC Deb 26 May 1988 vol 134 cc536–600, hier 548, George Robertson; OFFICE OF OFFICIAL PUBLICATIONS OF THE EUROPEAN COMMUNITIES, Official Journal of the Eu-

zu einem Trank, der zunehmend bitter schmeckte. Weder kam sie mit der auf Kompromisse zielenden Kultur europäischer Spitzendiplomatie zurecht, in der die Briten zunehmend isoliert agierten, noch mit der politischen Dynamik hin zu einer Vertiefung der politischen Union, die von den Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Italiens maßgeblich befeuert wurde. Die tiefen persönlichen Friktionen zwischen Thatcher und Kohl rührten denn auch aus ihren unvereinbaren Zielbestimmungen des europäischen Integrationsprozesses und manifestierten sich daher nicht zufällig erst seit Mitte der 1980er Jahre. Während Thatcher das institutionalisierte Europa auf einen ökonomischen Raum begrenzt sehen wollte, zielte Kohl auf eine politische Einheit, die die europäische Nationalstaatlichkeit überwinden sollte.²⁸⁰ Dazu kam eine sich mit den Jahren herausbildende persönliche Antipathie,²⁸¹ die zu der „zunehmende[n] Entfremdung“²⁸² zwischen den beiden Staatschefs beitrug, sowie Thatchers tief verankerte, historisch begründete Skepsis gegenüber einem erstarkenden Deutschland, die in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung 1989/90 gipfelte.²⁸³

Dabei hatte Kohl im November 1982 nach dem ersten deutsch-britischen Gipfel seiner Amtszeit noch sehr optimistisch in die deutsch-britische Zukunft in Europa geblickt.²⁸⁴ Allerdings trübten sich diese Aussichten recht bald ein. Auch die Überzeugung, dass Conservative Party und CDU ähnliche sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte verfolgten, war geschwunden. „Ich bin kein Anhänger der Marktwirtschaft, sondern der Sozialen Marktwirtschaft!“, unterstrich Kohl vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im September 1988.

Ich glaube nicht an jenes Stück Vorstellung von Liberalismus – ich will jetzt nicht das Wort Manchester-Liberalismus sagen –, dass der Reichtum einer ganzen Gruppe automatisch übergreift und immer weiter übergreift, und dadurch die Schwachen hochzieht. [...] Wir sollten wirklich damit aufhören, ausgerechnet die Briten als unser Beispiel hinzustellen.²⁸⁵

Dies hielt Kohl nicht davon ab, an der Seite der Briten die Liberalisierung des globalen Handels voranzutreiben.²⁸⁶ Eindeutig war die christdemokratische Haltung gegenüber dem Thatcherismus mitnichten. Die Spannungen an der Spitze, die dominiert wurden von konträren europapolitischen Haltungen, konnten die

ropean Communities, 8. 7. 1986, S. 64, Alf Lomas (Labour Party); JOHN PALMER, Why Europe Seems a Faraway Place to British Man in the Street, in: THE GUARDIAN, 4. 6. 1983; ders., Reading Europe's Tea Leaves, in: ebd., 19. 6. 1987; ders., Look Out, the Europeans Are Coming, in: ebd., 27. 6. 1988.

²⁸⁰ Vgl. SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 397–419; WIRSCHING, Abschied vom Provisorium, S. 513–544; MOORE, Margaret Thatcher, VI. 2, S. 377–408; VINEN, Thatcher's Britain, S. 230–248.

²⁸¹ Vgl. MOORE, Margaret Thatcher, VI. 2, S. 22; THATCHER, The Downing Street Years, 1993, S. 257; KOHL, Erinnerungen, 1990–1994, S. 58–59;

²⁸² SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 420.

²⁸³ Vgl. RÖDDER, Deutschland einig Vaterland, bes. S. 156–163.

²⁸⁴ Vgl. BUCHSTAB und KLEINMANN, Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, 8. 11. 1982, S. 7–8.

²⁸⁵ Helmut Kohl vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 5. 9. 1988, zitiert in: WIRSCHING, „Neoliberalismus“, S. 141.

²⁸⁶ SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 338–339 und 486.

vielfältigen Kontakte zwischen den Parteien sowie einzelnen Politikern genauso wenig überlagern wie die inhaltlichen Übereinstimmungen in vielen Politikfeldern.²⁸⁷

Für die gewandelten Prämissen konservativer Politik in Großbritannien gegenüber Europa war zuvorderst eine Rekonfiguration des Nationalen seit dem siegreichen Ende des Falkland-Krieges und des wirtschaftlichen Aufschwungs verantwortlich. Thatcher glaubte ihr Land zu alter Größe aufgestiegen, das einer Verankerung in einer europäischen Allianz kaum mehr bedurfte.²⁸⁸ Vielmehr setzte sie auf die transatlantische Freundschaft, auf das britische ‚special relationship‘ mit Reagans USA.²⁸⁹ Ihre veränderte Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt, die in ihrer Rede vor dem Collège d'Europe in Brügge im September 1988 kulminierte, war durchzogen von einer post-imperialen Sehnsucht nach Großbritanniens vergangener Größe.²⁹⁰

Diese gewandelte Einstellung gegenüber den Europäischen Gemeinschaften brannte sich auch in den Konservatismusbegriff ein, zunächst in europakritischen Gruppen, am Ende der 1980er Jahre in weiten Kreisen der Partei. „The term ‚Conservative‘ is well understood in Britain, but not in the E.E.C.“, konstatierte die League of Concerned Conservatives und stellte damit mit einem Handstreich die jahrzehntelange begriffliche Annäherung kategorial infrage.²⁹¹ Zugleich kehrte sich die Sprache der *Freiheit*, die in den 1970er Jahren als einigendes Band europäischer Annäherung der Mitte-Rechts-Parteien gewirkt und deren europäische Mission auf den Begriff gebracht hatte, ein Jahrzehnt später gegen die europäische Integration selbst: Thatchers Anti-Europa-Rhetorik der späten 1980er Jahre lokalisierte die sozialistische Gefahr für die *Freiheit* nun nirgendwo anders als in den reformierten Institutionen der EG.²⁹² In ihnen mochte die britische Premierministerin nur noch jene bürokratischen Ungetüme erkennen, die für sie die Ausgeburt des Sozialismus darstellten und die in ihren Augen die Freiheit erdrückten. „We have not successfully rolled back the frontiers of the state in Britain, only to see them re-imposed at a European level with a European super-state exercising a new dominance from Brussels“, grollte sie bekanntermaßen in Brügge.²⁹³ Was Thatcher indes nicht erkannte, war der dialektische Zusammenhang von Liberalisierung der Märkte und bürokratischer Regulierung, der die europäi-

²⁸⁷ Siehe S. 394–395; Nigel Lawson und Gerhard Stoltenberg verband ein jahrelanges Vertrauensverhältnis, das einer näheren Untersuchung wert wäre, vgl. LAWSON, *The View*, S. 274–275.

²⁸⁸ Vgl. WELLINGS, *Losing the Peace*.

²⁸⁹ Vgl. COOPER, *Margaret Thatcher and Ronald Reagan*; ALDOUS, *Reagan and Thatcher*.

²⁹⁰ Vgl. GROB-FITZGIBBON, *Continental Drift*, S. 439–443; zum weiteren Zusammenhang von imperialer Nostalgie und Europaskepsis vgl. WELLINGS, *European Integration*; ders., *English Nationalism and Euroscepticism*.

²⁹¹ Zitiert in GROB-FITZGIBBON, *Continental Drift*, S. 429.

²⁹² Vgl. z. B. MTFW 107332, *Speech to the College of Europe*, 20. 9. 1988; 107663, *Margaret Thatcher, Speech to Scottish Conservative Conference*, 12. 5. 1989; zur antieuropäischen Wende Thatchers vgl. VINEN, *Thatcher's Britain*, S. 230–248.

²⁹³ MTFW 107332, *Speech to the College of Europe*, 20. 9. 1988.

sche Integration bestimmte. Der Macht- und Kompetenzgewinn Brüssels lag in der Logik marktliberaler Politik. Dies war der Preis des Thatcherschen Verlangens nach *Freiheit*, den zu bezahlen sie sich weigerte.²⁹⁴ Eine solche Konsequenz der konservativen Sprache des Antisozialismus wollte sie nicht sehen.

²⁹⁴ Vgl. WIRSCHING, Der Preis der Freiheit.

6. Bilanz

Die Spur zur Geschichte ist eine Spur der Sprache, führt durch die Sprache. Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass dies für die Geschichte des Konservativen ganz besonders gilt – mehr noch: dass die Geschichte des Konservativen nur fassbar wird, wenn man der Spur der Sprache folgt. Im Mittelpunkt der vergleichenden Untersuchung stand der Konservatismusbegriff in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren, mithin ein Grundbegriff des politischen Vokabulars der europäischen Moderne. Wie erheblich die Bedeutungsunterschiede dieser scheinbar so ähnlichen Begriffe in den jeweiligen Nationalsprachen sein können, wurde an seinem Beispiel offenbar. Die Geschichte hinterließ ihre deutlichen Spuren in den Begriffen.

Der Begriff *Conservatism* war im politischen Vokabular Großbritanniens fest etabliert. Die Conservative Party trug ihn in ihrem Namen und suchte den Diskursraum, innerhalb dessen seine Bedeutung verhandelt wurde, zu kontrollieren. Das semantische Netz, das um den Begriff gewoben war, verfügte über eine Vielzahl von Begriffsbeständen, die sich seit seiner Integration in die britische Sprache um 1830 angesammelt hatten. Dementsprechend vielfältig waren seine Bedeutungsschichten. Sie waren konserviert in einem Korpus von Schriften, Reden, Aphorismen und Aussagen. Auf diese Texte konnte je nach Bedarf zurückgegriffen werden, wobei es üblich war, einzelne Begriffe oder Sätze aus ihrem textlichen Zusammenhang zu isolieren und so zu aktualisieren. Die Debatten innerhalb der Conservative Party zeichneten sich durch solche sprachlichen Rückgriffe aus, ließen sich doch auf diese Weise Traditionslinien konstruieren und damit aktuelle Politikentwürfe als Ausdruck ewiger Werte des Konservativen interpretieren. Das Strukturprinzip der Repetition und Aktualisierung war deshalb so tief in den politischen Sprachen des Konservativen verankert, weil es ihrer Zeitstruktur entsprach: Der konservative Grundsatz des Bewahrens wurde in der Sprache realisiert. Auch auf diese Weise hüteten Konservative ihre Begriffe. Solche sprachlichen Aktualisierungen waren in innerparteilichen Konflikten ein probates Mittel, um der Bedeutung des Konservatismusbegriffs die gewünschte Richtung zu geben und seine Grenzen zu definieren. Zugleich schränkten sie seine Bedeutungsentwicklung ein – neue Begriffe mussten in diese semantischen Netze eingepasst werden, um als *konservativ* zu gelten. Auf diese Weise wurde ihre Bedeutung qualifiziert.

Gleichermaßen wurde die Begriffsentwicklung im Diskursraum, den die Conservative Party bot, von einer Auseinandersetzung mit solchen Begriffen gelenkt, die als Zuschreibungen des politischen Gegners galten. Die definitorische Abgrenzung von dem Begriff *reaktionär* erfolgte in diesem Kontext, ebenso wie die Zurückweisung der unqualifizierten Kennzeichnung *liberal* im Thatcherismus, die implizierte, dass die Partei unter Thatcher nicht mehr als *konservativ* zu bezeichnen sei. Die vielfältigen Bedeutungsschichten des Konservatismusbegriffs beför-

derten die Lagerbildung innerhalb der Partei, in der nur reüssieren konnte, wer als zweifelsfreier Advokat des ‚wahren‘ Konservativen galt. Deshalb gingen Flügelbildungen mit heftigen Begriffskämpfen einher. Darüber hinaus bestärkte diese Bedeutungsvariation im Modus der Aktualisierung historischer Begriffsbestände die Vorstellung britischer Exzeptionalität, denn das Bedeutungsreservoir, auf das zurückgegriffen wurde, stammte ausschließlich aus dem britischen Kontext. Der britische Konservatismus erschien als prägendes Element nationaler Geschichte, geradezu als Ausdruck von Britishness.

Demgegenüber wollte die Mehrheit der deutschen Interpreten des Konservativen von der nationalen Tradition des Konservatismus weiten Abstand nehmen. Die Bedeutungsschichten, die sich im deutschen Konservatismusbegriff angelagert hatten, wurden in der bundesrepublikanischen Demokratie nicht akzeptiert. Alternative Füllungen boten dagegen die Konservatismen alter Demokratien, so dass sich der Blick all derer, die sich um eine Erneuerung des Konservativen bemühten, vor allem nach Großbritannien und in die Schweiz richtete. Die 1950er Jahre waren in der Bundesrepublik von einer vorsichtigen Suchbewegung hin zu einem demokratischen Konservatismusbegriff charakterisiert, in der semantische Netze neu geknüpft, über überlieferte Begriffsbestände verhandelt und um neue Bedeutungszuschreibungen gestritten wurde. Am Ende des Jahrzehnts kristallisierten sich zwei Varianten des Konservatismusbegriffs heraus, die die nächsten Jahrzehnte bestimmend bleiben sollten: eine liberale und eine rechte Variante. Die Vertreter des liberalen Konservatismusbegriffs grenzten sich von seinen antiliberalen und antidemokratischen Bedeutungsgehalten ab, jene des rechten Konservatismusbegriffs betonten sie um so mehr und aktualisierten bewusst Begriffsbestände der neuen Rechten der Weimarer Republik.

Diese Doppelpoligkeit verhinderte die Verankerung des Konservatismusbegriffs im zweifelsfrei akzeptierten Vokabular der Bundesrepublik. Er blieb ein Begriff eigener Klasse, angesiedelt in einem Zwischenraum zwischen dem Vokabular der Demokratie und jenem, das als inakzeptabel und damit nicht-sagbar galt. Damit verfügte er über eine Bedeutungsbreite, die ihn relativ fluide machte und für Bedeutungszuschreibungen offen sein ließ. Während in Großbritannien die Conservative Party die Bedeutungsentwicklung zu kontrollieren versuchte und zu einem gewissen Grad tatsächlich monopolisieren konnte, florierte der Begriff in der Bundesrepublik relativ frei im politischen Diskursraum. Seit 1968 intensivierte sich der Streit um den Konservatismusbegriff merklich, wobei sowohl die liberale als auch die rechte Variante ausformuliert, die jeweiligen semantischen Netze verdichtet wurden. Dass er zudem von der Umweltbewegung besetzt wurde und in diesem Zusammenhang auch eine linke Variante ausbildete, dynamisierte die Pluralisierung seiner Bedeutungshorizonte noch zusätzlich. Seine Doppelpoligkeit wurde von der politischen Linken gleichzeitig radikal reduziert und auf die rechte Variante festgelegt. Trotz gezielter intellektueller Anstrengungen konnte der Konservatismusbegriff von seinen antiliberalen und antidemokratischen Bedeutungshorizonten in den 1970er Jahren nicht gelöst werden. Er blieb auch weiterhin im Zwischenraum der politischen Sprache der Bundesrepublik angesiedelt.

Konservatismus gehörte zu den *-ismus*-Bildungen der Sattelzeit, ihren Bewegungsbegriffen. Sein Erwartungshorizont war nach 1945 radikal in sich zusammengebrochen. Die Suchbewegungen der 1950er Jahre, genauso wie die intensiven Debatten der 1970er Jahre, mühten sich letztlich um die Formulierung eines neuen Erwartungshorizonts. Dass der Begriff zu den *-ismen* zählte, machte ihn nach 1945 verdächtig – besonders unter Konservativen, die sich davon überzeugt zeigten, dass die Flucht aus der *Wirklichkeit* in realitätsfremde Abstraktionen und Utopien für die deutsche Katastrophe verantwortlich sei. Auch deshalb wurde der Begriff zur Eigenbezeichnung selten verwendet und wenn dann in seiner adjektivischen Form, sprich als *konservativ*, die keinen Hinweis auf die *-ismus*-Bildung gab. Das galt auch für die deutsche Form *Konservativismus*, die an das Adjektiv anschloss, und nach 1945 nur noch selten benutzt wurde. Der angelsächsische Import *Konservatismus* versprühte nicht nur den Charme des Neubeginns und drückte die Distanzierung von der deutschen Tradition aus, sondern relativierte auch die deutsche, adjektivisch geleitete *-ismus*-Bildung.

Während die Conservative Party in Großbritannien sich mit dem Konservatismusbegriff identifizierte und ihm geradezu symbiotisch verbunden war, scheuten deutsche Parteien vor seiner bedingungslosen Aneignung zurück. Allein die Deutsche Partei hatte *Konservatismus* in den 1950er Jahren als exklusiven Selbstbeschreibungsbegriff zu profilieren versucht. CDU und CSU hatten ihn zwar in den Gründungsjahren in ihren Begriffshaushalt inkorporiert, um jenen Gruppen in der Partei Genüge zu tun, die sich einer konservativen, zumeist protestantischen Tradition verbunden fühlten, beließen ihn aber im Rang eines Selbstbeschreibungsbegriffs zweiter Reihe. Seit den späten 1950er Jahren fand er zunehmend auch in katholische Vokabularien der Unionsparteien Eingang. Die wachsende Akzeptanz des Begriffs, die mit einer Liberalisierungstendenz einher ging, wurde jäh gestoppt, als Studentenbewegung und Neue Linke ihn in die Nähe zu *Faschismus* rückten und sich die erstarkte intellektuelle Neue Rechte den Begriff in den 1970er Jahren noch exklusiver auf ihre Fahnen schrieb, als dies bereits zuvor der Fall gewesen war. Als Gegenbegriff zu *progressiv* nutzte ihn zudem die SPD, um die Union als verstaubt und überlebt zu zeichnen. Die Doppelpoligkeit des Begriffs ließ ihn für die Unionsparteien in den 1970er Jahren zu einer fulminanten Herausforderung werden. Die CDU blieb auf begrifflichem Abstand, selbst wenn einzelne Politiker und Intellektuelle auf seine liberalen Potenziale verwiesen und diese zu stärken suchten. Auch die Bemühungen von konsensliberalen Intellektuellen um eine Neukonturierung des Begriffs, die auf die Union zielten, verhallten. Dagegen eignete sich die CSU unter Franz Josef Strauß den Konservatismusbegriff offensiv an, um ihre Variante christdemokratischer bzw. christsozialer Politik zu beschreiben, mit der sie auf Konfrontationskurs zur Schwesterpartei ging. Das Verhältnis der CDU zu ihrem schwierigsten Selbstbeschreibungsbegriff vereinfachte dies keineswegs, zumal es die innerparteiliche Flügelbildung noch einmal dynamisierte. CDU und CSU wichen auf den Begriff der *Mitte* aus, um ihre semantischen Kalamitäten zu umgehen.

Die Nöte der Union mit dem Konservatismusbegriff rührten dabei auch aus der Weite des Diskursraums, in dem um die Bedeutungshorizonte des Begriffs gerungen wurde. Denn während die Conservative Party diesem einen klaren Rahmen geben konnte, innerhalb dessen selbst intellektuelle Debatten geführt wurden, entzog sich dieser in der Bundesrepublik der Kontrolle der Unionsparteien. Sogar die Debatten um den Begriff in Publizistik und Journalismus waren in Großbritannien eng mit der Partei bzw. ihren Parteiflügeln verwoben. Dazu kam, dass sich die bundesrepublikanischen Intellektuellen in den 1950er und in den 1970er Jahren intensiv am Diskurs um den Konservatismus beteiligten, während dieser von der Rechten geradezu als intellektuelles Arkanum gedeutet und verteidigt wurde. Am Konservatismus schieden sich in der Bundesrepublik die Geister, und die Debatte wurde unter Beteiligung aller politischen Lager so erbittert geführt, weil in diesem Begriff die Chancen der bundesrepublikanischen Demokratie verhandelt wurden. Die Rolle der Intellektuellen definierte sich in der Bundesrepublik anders als in Großbritannien: Sie agierten in der Nähe zur Politik, weil sie es als ihren Auftrag sahen, die bundesrepublikanische Demokratie zu schirmen – oder auch, wie etwa im Falle Armin Mohlers, zu revidieren.¹ So ist auch die Mobilisierung jener konsensliberalen Intellektuellen um 1968 zu erklären, die sich durch Studentenrevolte und Neue Linke herausgefordert sahen. Sie eigneten sich den Konservatismusbegriff gezielt an und suchten ihm aus liberalem Geiste neue Kontur zu verleihen. Sie verstanden sich als Hüter jener Begriffe, die die Bonner Republik trugen und die vor linken Manipulationen geschützt werden mussten.

Auch in der Massenpresse suchten sich die Intellektuellen ihr Medium, sowohl in der Bundesrepublik als auch in Großbritannien. Die Pluralisierung der Medienlandschaft trug zur Pluralisierung des Diskurses und der Bedeutungsanreicherung des Konservatismusbegriffs bei.² Denn auch Journalisten und Publizisten griffen ein, wenn der Bedeutungshorizont des Begriffs in Frage stand. Eine besondere Rolle spielten sie in der Formulierung des Konservatismusbegriffs des Thatcherismus, als marktliberale Stimmen in den großen Zeitungen die Conservative Party zu einem Kurswechsel aufforderten. Aber auch in den Kommentarspalten der deutschen Zeitungen schalteten sich Journalisten in die demokratietheoretisch orientierte Debatte um den Konservatismus ein. Die Conservative Party suchte diese Bedeutungspluralität einzugrenzen, zumal Thatcher auf begriffliche Klarheit und Eindeutigkeit zielte, wohingegen sie in der Bundesrepublik die frei flottierende Debatte um das Konservative beständig dynamisierte. Denn sie zwang diejenigen, die sich am Diskurs beteiligten, zu immer neuen Eingrenzungen, um die je eigene Lesart des Konservativen in Konkurrenz zu anderen

¹ Zu Rolle und Selbstverständnis von Intellektuellen in der Bundesrepublik und in Großbritannien vgl. KROLL und REITZ, *Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland*; BAWAJ und GEPPERT, *Jenseits des „Elfenbeinturms“*; COLLINI, *Absent Minds*.

² Für einen Überblick über Methoden, Forschungsstand und Potenziale der Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts vgl. BÖSCH und VOWINCKEL, *Mediengeschichte*.

Varianten kenntlich zu machen. Der deutsch-britische Vergleich zeigt, dass die Beschaffenheit des Diskursraums beträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung eines Begriffs hatte.

Der britische Konservatismusbegriff band die politischen Sprachen des Konservativen zusammen – wer konservativ war, bezeichnete sich meist auch so. Daneben lag den politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien dieselbe Morphologie zugrunde, die aus vier Strukturprinzipien bestand: dem Prinzip der Zeitlichkeit, dem Prinzip des Ausgleichs und der Synthese, dem Prinzip der Gegensatzbildung und dem Prinzip der Repetition und Aktualisierung. Im Zusammenspiel mit ihren semantischen Netzen erhielten die politischen Sprachen des Konservativen so eine verbindende Kontur. Die vorliegende Arbeit konnte zeigen, dass die politischen Sprachen, die in den Unionsparteien gesprochen wurden, von denselben Strukturprinzipien geordnet wurden und auch die liberalen Interpreten des Konservativen sich ihrer bedienten. Im Gegensatz zu Großbritannien stand der Konservatismusbegriff nicht zur Verfügung, um die politischen Sprachen des Konservativen in der Bundesrepublik auch so zu benennen. Die Liberalisierung der politischen Sprachen des Konservativen wurde in der Bundesrepublik nicht erkannt – weil man sie nicht auf den Begriff bringen konnte. Statt dessen verschob sich seit den 1970er Jahren die Bedeutung des Konservatismusbegriffs nach rechts – die Begriffsstrategie der Neuen Rechten im ‚Kampf ums Heißen‘ war aufgegangen. Ihre Okkupation des Konservatismusbegriffs verdeckte die ideologischen Grundfesten, auf denen die intellektuelle Neue Rechte basierte. Der Konservatismusbegriff war ihre Tarnung und öffnete ihr die Türen zur bürgerlichen Gesellschaft.

Im transnationalen Diskursraum, den die Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party geschaffen hatte, wurden diese semantischen Probleme erkannt, benannt und damit neutralisiert. Eine unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Gesprächs war die Bereitschaft zur sprachlichen Reflexion und ein Bewusstsein für die historische Gewordenheit der eigenen Muttersprache. Dann waren auch Begriffs- und Bedeutungstransfers möglich, die aber nur dann von längerfristiger Wirkung waren, wenn sie in die bestehenden semantischen Netze und die Bedeutungshorizonte der betroffenen Begriffe integriert werden konnten. Das europäische Gespräch konnte aber auch jäh unterbrochen werden, wenn sich die Bedeutungshorizonte politischer Begriffe als inkompatibel erwiesen und keine Bereitschaft zu erkennen war, die historisch gewachsenen Diskrepanzen zurückzustellen und einen Modus Vivendi zu finden. Das Unvermögen der Mitte-Rechts-Parteien in Europa, auf einen begrifflichen Nenner zu kommen, ist dafür beredtes Beispiel.

Eine besonders intensive Zeit der Kooperation von CDU, CSU und Conservative Party stellten die 1970er Jahre dar, als sich alle drei Parteien in einem Prozess programmatischer Reform befanden. Dass der Begriff der *Freiheit* zum einigenden Band ihrer Kooperation geriet, kam dabei nicht von ungefähr. Einerseits manifestierte sich in ihm das antisozialistische Credo, das die Parteien seit 1945 einte und angesichts einer perhorreszierten weiteren Stärkung der Linken in den

1970er Jahren noch enger aneinander band; andererseits kristallisierte sich in ihm der Liberalisierungsschub, der in diesem Jahrzehnt in allen drei Parteien wirkte und zentrale Begriffe ihrer politischen Sprachen einander anglich.³ Die Mitte-Rechts-Allianz in Europa, die sich in der Gründung der EDU niederschlug, stand in diesem Zeichen. Die gemeinsame antisozialistische Front überdeckte aber auch die Differenzen, die weiterhin zwischen den Parteien und den politischen Sprachen, die sie sprachen, bestanden. Denn die Liberalisierung der politischen Sprachen des Konservativen hatte in Großbritannien und der Bundesrepublik ein je charakteristisches Zentrum: ein ökonomisches hier und ein demokratietheoretisches dort. Dementsprechend unterschiedlich gruppierten sich die semantischen Netze. Darüber hinaus schob sich, wie gezeigt wurde, in der politischen Sprache der Conservative Party unter Thatcher das Strukturprinzip der Gegensatzbildung nach vorne, während das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese in den Hintergrund gedrängt und neu kodiert wurde. Es wurde eine klare antisozialistische Alternative formuliert. Diesem Kurs folgte auch die CSU. In der politischen Sprache der CDU spielte dagegen das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese auch weiterhin eine wichtige Rolle, weil so die divergierenden Parteiflügel integriert werden konnten und dieses Prinzip außerdem mit dem Selbstverständnis als *Volkspartei* eng verknüpft war. Diese divergierenden Entwicklungen, für die in den 1970er Jahren die Fundamente gelegt wurden, führten dazu, dass sich die politischen Sprachen von Unionsparteien und Conservative Party seit den 1980er Jahren wieder deutlicher voneinander unterschieden. Die Regierungsverantwortung, in der sie sich dann befanden, sowie die differierenden europapolitischen Konzepte verstärkten diese Kräfte noch einmal.

Kam die Christdemokratie in der Bundesrepublik der 1970er Jahre also an ihr Ende? Dies sicherlich nicht. Aber der Liberalisierungsschub, der dieses Jahrzehnt christdemokratischer Geschichte charakterisierte, sorgte für eine Neukodierung der politischen Sprache von CDU und CSU, durch die ihre christlichen Begriffe die theologischen Bedeutungshorizonte zwar nicht gänzlich verloren, diese aber doch in den Hintergrund gedrängt wurden. Begriffe wie *Partnerschaft*, *der Mensch*, *Ordnung* oder *Wert* konnten in einen christlichen Zusammenhang gesetzt, in theologisch inspirierte semantische Netze eingespannt werden, sie konnten aber auch rein säkular verstanden und verwendet werden. Dieser Prozess war in der Conservative Party bereits in den 1950er Jahren weit fortgeschritten gewesen und wurde in den 1970er Jahren im Thatcherismus wieder ein Stück weit revidiert – allerdings wurde das christliche Vokabular mit der liberalen Marktsemantik verschweißt und dominierte in erster Linie in solchen semantischen Netzen, die um den Begriff der *morality* gesponnen wurden.

In der Union kam dem Begriff des *Christlichen* auch in den säkularen 1970er Jahren dagegen eine weit bedeutendere Rolle zu als in der Conservative Party. Wie

³ Einen solchen Liberalisierungsschub konstatiert Johannes Großmann auch für konservative (europäische und transatlantische) Elitenzirkel in den 1970er Jahren, vgl. zusammenfassend GROSSMANN, Die Internationale der Konservativen, S. 564–565.

Conservative dort fungierte er hier als Selbstbeschreibungsbegriff erster Ordnung, weshalb ihm kohäsive Kraft eignete. Er bewahrte den antitotalitären Gründungsimpuls der beiden Parteien des Jahres 1945 in sich, erinnerte an das überkonfessionelle und schichtenübergreifende Integrationsmoment der *Volkspartei* und symbolisierte den demokratischen Neubeginn nach dem Ende des NS-Regimes. Zudem fasste er die Grundprinzipien der Unionsparteien: die Verpflichtung auf die Demokratie und den sozialen Ausgleich, den Glauben an eine transzendente Kraft, antiideologische, antiutopische Überzeugungen und das Vertrauen in einen pragmatischen, der *Wirklichkeit* zugewandten Politikstil sowie die Notwendigkeit europäischer Integration. Der Begriff verband die politischen Sprachen, die auf den unterschiedlichen Flügeln der Unionsparteien gesprochen wurden, und gab ihnen Richtung. Die Säkularisierungs- und Liberalisierungsprozesse, die seit den frühen 1960er Jahren wirkten, bedeuteten keineswegs das Ende der Christdemokratie;⁴ vielmehr führten sie zu ihrer Transformation.⁵ Im deutschen Fall wurde der Liberalisierungsschub durch die Überkonfessionalität der Unionsparteien deutlich verstärkt. CDU und CSU näherten sich dabei den nordeuropäischen Konservativen an und entfernten sich von jenen christdemokratischen Parteien in Europa, die ob ihrer vorherrschend katholischen Prägung einen stärker sozialistisch als liberal geprägten Weg in der Verarbeitung der Säkularisierungsprozesse einschlugen. Die vielerorts und besonders in der Europahistoriographie gepflegte These von der absoluten Unvereinbarkeit von kontinentaler Christdemokratie und nordeuropäischem Konservatismus ist vor diesem Hintergrund nicht zu halten.⁶

Dabei hatte nicht nur der Säkularisierungs- und Liberalisierungsprozess der Christdemokratie eine europäische Dimension, sondern auch der Reformprozess der britischen Konservativen. Der Thatcherismus der 1970er Jahre hatte ein europäisches Gesicht und trug nicht allein transatlantische Züge. Eine Interpretation, die sein ideologisches Profil auf den Einfluss des US-amerikanischen Neoliberalismus reduziert, wird seiner Komplexität in keiner Weise gerecht.⁷ Auf der Suche nach wirtschaftspolitischen Modellen schauten die von der Notwendigkeit eines einschneidenden Kurswechsels überzeugten britischen Konservativen um Thatcher nach Deutschland, auf die soziale Marktwirtschaft. Die enge Kooperation mit der CDU diente beiden Parteien als Ideenbörse während der Programmrevision. Dabei bildete die antisozialistische Front im Zeichen der *Freiheit*, die sie in Europa organisierten, das begriffliche und ideologische Dach ihrer Kooperation. Diese europäische Dimension des frühen Thatcherismus wurde in den Ei-

⁴ Diese These vertritt beispielsweise CACIAGLI, *Christian Democracy*.

⁵ Auf den Transformationsprozess hebt CONWAY, *The Age of Christian Democracy*, ab; mit Bezug auf die Geschichte der Demokratie in Europa nach 1945: ders., *The Rise and Fall*.

⁶ Für diese These vgl. z. B. JANSEN, *The Dilemma for Christian Democracy*; BLACK, *The European Question, the National Interest and Tory Histories*, S. 336.

⁷ Für eine solche Interpretation vgl. z. B. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*; PLICKERT, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 390–415; TRIBE, *Liberalism and Neoliberalism in Britain, 1930–1980*.

gennarrativen des Thatcherismus später getilgt, mochte sie doch so gar nicht mehr in das Bild von Margaret Thatcher als der Kämpferin gegen ein vorgeblich sozialistisch durchseuchtes europäisches Integrationsprojekt passen. So ging sie in geschichtswissenschaftliche Narrative ein.

Eine besondere Aufmerksamkeit hat diese Arbeit dem Strukturprinzip der Zeitlichkeit in der Morphologie der politischen Sprachen des Konservativen gewidmet. Von den 1950er bis in die 1970er Jahre war es von besonderer Bedeutung, da die unbedingte Zukunftsorientierung der Gesellschaften das konservative Prinzip eines Ausgleichs der Zeitdimensionen herausforderte. Besonders die Idee, die Zukunft über vorausschauende Planung in den Griff zu bekommen, Zukunft also aus der Gegenwart heraus lenken zu können, faszinierte auch Konservative. Zugleich wurde sie mit Utopieverdacht belegt. Während die Conservative Party der 1950er und 1960er Jahre das Schwergewicht der Zeitdimensionen des Konservatismusbegriffs tatsächlich stark zur Zukunft hin verlagerte, blieben CDU und CSU skeptisch und hielten an dem Prinzip kontinuierlicher Zeitlichkeit fest, das sie antisozialistisch und christlich begründeten. Als in den 1970er Jahren die Zukunftserwartungen jäh zusammenbrachen, der Erwartungshorizont, der sich in Großbritannien mit dem Konservatismusentwurf der Regierung unter Edward Heath verband, spektakulär einstürzte, öffnete dies die Tür für den alternativen Entwurf der innerparteilichen Kritik, der sich dann auch durch eine Rekonfiguration der Zeithorizonte auszeichnete.⁸ Die Zukunftsorientierung wurde zurückgenommen, ihre Offenheit betont und das Prinzip der Kontinuität der Zeitdimensionen unterstrichen. Dass dies dem allgemeinen gesellschaftlichen Verlust an Zukunftsgewissheit in dem als krisenhaft erlebten Jahrzehnt entgegenkam, erklärt eben auch die Attraktivität des Thatcherismus, der neue „Zuversicht“ versprach. Die Rede vom „Ende der Zuversicht“ fasst eine Stimmung, die in den 1970er Jahren zwar verbreitet, aber eben nicht ubiquitär war.⁹ Die Konservativen waren in Großbritannien genauso wie in der Bundesrepublik gewillt, die „Krise als Chance“ zu nutzen.¹⁰

In der Bundesrepublik dagegen stürzten die Zukunftshorizonte von CDU und CSU nicht so fulminant in sich zusammen wie in Großbritannien 1973/74. Allerdings begleitete sie bereits seit Mitte der 1960er Jahre ein innerparteilicher Krisendiskurs, der die Neuformulierung eines Zukunftshorizonts forderte und der schließlich 1969 und dann vor allem 1972 zu einer grundsätzlichen Programmrevision führte. Das Strukturprinzip kontinuierlicher Zeitlichkeit prägte auch sie, und es verhalf der Union, wie dem britischen Thatcherismus, zu Glaubwürdigkeit in einer Situation, in der das Wachstumsparadigma radikal infrage gestellt wurde. Die Union konnte alternative Modelle *qualitativen Wachstums* bieten, die Wachstum nicht grundsätzlich verdammten, sondern es als evolutionären, offenen Pro-

⁸ Zur Interpretation des Thatcherismus als spezifische Antwort auf das Krisennarrativ der 1970er Jahre vgl. HALL et al., *Living with the Crisis*; SAUNDERS, *Crisis? What Crisis?*.

⁹ Vgl. JARAUSCH, *Das Ende der Zuversicht?*.

¹⁰ Vgl. BÖSCH, *Die Krise als Chance*.

zess kodierten.¹¹ Auch der Begriff der *Generationengerechtigkeit*, den Heiner Geißler profilierte, antwortete auf die Krise der Zeitlichkeit in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Sofern sie liberalen Prinzipien verpflichtet blieben, flankierten die intellektuellen Neubestimmungsversuche des Konservativen, wenn auch keineswegs einheitlich, diese Rekodierung von Zeitlichkeit. Die Neue Rechte dagegen profilierte revolutionäre Modelle der Zeitlichkeit, so dass Zukunft nur über eine revolutionäre Umwälzung der Gegenwart und eine ausschnittsweise Tilgung der Vergangenheit möglich schien – also nur mittels eines eklatanten Verstoßes gegen das konservative Strukturprinzip der Zeitlichkeit.

Das von Michael Freedon entworfene Modell, den Konservatismus als relativ offene und fluide, variantenreiche und durch eine spezifische Morphologie definierte Sprachstruktur zu verstehen, hat es tatsächlich ermöglicht, die „Klippe des semantischen Nominalismus“¹² im historisch-semantischen Vergleich zu bewältigen. Der Verdacht, dass Freedens Beschreibung konservativer Morphologie revisionsbedürftig ist, hat sich während der quellenbasierten Analyse bestätigt. Diese Arbeit schlägt alternative Kriterien vor. Die morphologischen Prinzipien, die die politischen Sprachen des Konservativen im Zusammenspiel mit ihren semantischen Netzen strukturierten, wurden oben benannt und sollen hier nicht noch einmal wiederholt werden. Dafür gilt es ein Weiteres zu unterstreichen: Die analytische Beschreibung des Konservatismus über Inhalte und Themen, wie von den meisten Konservatismusinterpreten unternommen, muss unweigerlich an ihre Grenzen stoßen, wenn seine sprachstrukturellen Eigenheiten nicht beständig reflektiert werden. Konservatives Denken tradierte sich zuvorderst mittels der Sprache. Es existierten keine international anerkannten, quasi kanonisierten Texte, die das Konservative definierten – mit Ausnahme von Edmund Burkes *Reflections on the Revolution in France* vielleicht, wobei aber selbst dieser Text nicht allseitig als kanonisch akzeptiert wurde. Deshalb kamen den morphologischen Strukturprinzipien sowie einem Strauß von Schlüsselbegriffen solch hervorgehobene Bedeutung zu. Aus diesem Grunde wurden Begriffe wie *Autorität, Staat, Familie, Mensch* bzw. *Individuum, Nation, Partnerschaft, Maß, Mitte, Reform* usw. in den Selbstbeschreibungen Konservativer wie Perlen einer Kette aneinander aufgereiht. Sie wurden auf diese Weise bestätigt, tradiert und in semantischen Netzen platziert. Jeder Versuch, dem Konservatismus über eine Auflistung von Inhalten und Themen näherzukommen, repetiert diesen Modus konservativer Selbstbeschreibung. Letztlich läuft ein solches analytisches Modell Gefahr, in den Strukturen konservativer Sprache gefangen zu bleiben. So schwierig wie seine Geschichte gestaltet sich die Verwendung des Konservatismusbegriffs als historiographisches Konzept. Freedens Modell eröffnet einen Weg, um dem Phänomen auf die Spur zu kommen, ohne die Sprachstruktur des Konservativen zu repetieren. Dass vom *Konservatismus* im Singular zu sprechen tatsächlich nur möglich ist, wenn sein Variantenreichtum vorausgesetzt wird, hat diese Arbeit gezeigt.

¹¹ Vgl. SEEFRIED, Zukünfte; GRAF, Öl und Souveränität.

¹² LEONHARD, Von der Wortimitation zur semantischen Integration, S. 45.

Was lehrt uns nun der Vergleich britischer und bundesrepublikanischer politischer Sprachen des Konservativen über die Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts? Zunächst zeigt er – ganz einfach –, wie komplex sie war; dann offenbart er tief greifende nationalsprachliche Unterschiede. Seine Reichweite, das muss einschränkend gesagt werden, ist naturgemäß begrenzt, kann er mit seinem Fokus auf den Konservatismusbegriff doch nur einen kleinen Ausschnitt des politischen Vokabulars erfassen. Dementsprechend vorläufig müssen die allgemeinen Schlussfolgerungen sein. Deutlich sichtbar wurde in der vergleichenden Untersuchung die Gebundenheit der Grundbegriffe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an jene Bedeutungshorizonte, die sich seit dem frühen 19. Jahrhundert angesammelt hatten. Sie wurden aktualisiert, variiert, vergessen, wieder reaktiviert, neu kodiert. Dies gilt für Großbritannien genauso wie für die Bundesrepublik. Die Grundbegriffe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verweilten im Horizont der Moderne. Die Prinzipien, die Reinhart Koselleck für die Sattelzeit definiert hatte, charakterisierten die Begriffsentwicklung auch noch nach 1945: sie wurden politisiert (oder entpolitisiert), sie waren ideologisierbar (oder entideologisierbar), sie wurden demokratisiert und sie verfügten über eine spezifische Zeitstruktur, die immer ein Zukunftspotenzial enthielt. Je nach Begriff und Epoche konnten diese Prinzipien in ihrer Bedeutung variieren. Im Gegensatz zur Sattelzeit wirkten sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht ausschließlich prozesshaft, sondern gehörten zu den Grundmerkmalen politischer Grundbegriffe. Sie hatten sich verfestigt.

Gleichzeitig aber veränderten sich die Begriffe. Sie wurden in der Tat fluide, wie von Christian Geulen festgestellt, sie wurden vieldeutiger, in neue Zusammenhänge integriert, in neue semantische Netze eingewoben. Die Begriffe „verflüssigten“ sich.¹³ Nicht nur bei „neuen Begriffen“ ist diese „Verflüssigung“ festzustellen, wie Geulen meint. Der Konservatismusbegriff ist das beste Beispiel dafür, dass auch die ‚alten‘ Grundbegriffe des Vokabulars der Sattelzeit davon gekennzeichnet waren. Und gerade sie mussten es sein. Denn in ihnen addierten sich die Bedeutungsschichten vieler Jahrzehnte auf, die zudem durch Massenmedialisierung und fortschreitende Demokratisierung im 20. Jahrhundert rapide anwuchsen. Am Beispiel des Konservatismusbegriffs haben wir im deutsch-britischen Vergleich gesehen, welche Wirkungen diese Vielschichtigkeit der Bedeutungshorizonte evozierten: Versuche, die Bedeutungshorizonte zu kontrollieren, Eindeutigkeit zu erzeugen und Ambivalenzen zu tilgen und daraus folgende konfrontative Auseinandersetzungen um die Begriffe. Der von Lübke diagnostizierte „Kampf ums Heißen“ gewann durch die Verflüssigung der Grundbegriffe deutlich an Dynamik.

Die Vervielfältigung der Bedeutungsschichten eines Grundbegriffs nach 1945 hatte eine weitere Ursache, die von solcher Bedeutung war, dass sie als zweites Entwicklungsprinzip der Grundbegriffe nach 1945 festgehalten werden muss: Die immer weitere Bereiche ergreifende Internationalisierung in Form von Europäisierung und Globalisierung fügte den nationalsprachlichen Grundbegriffen durch

¹³ GEULEN, Plädoyer, S. 91.

vielschichtige Transferprozesse weitere Bedeutungsdimensionen hinzu. In internationalen Organisationen und Netzwerken bildeten sich zudem politische Sprachen heraus, die Verständigung über verschiedene Nationalsprachen hinweg ermöglichten und in denen einzelne, geteilte Begriffe eine zentrale Rolle spielten. Am Beispiel der Parteienkooperation von Conservative Party und CDU/CSU wurde dies vorgeführt. Politische Grundbegriffe erhielten folglich eine weitere, sprich internationale, Dimension, die auf nationalsprachliche Begriffe rückwirken konnte. Für das politische Vokabular der Bundesrepublik waren solche Prozesse des transnationalen Begriffstransfers im Rahmen der ‚Verwestlichung‘ ihrer politischen Kultur besonders bedeutsam. Wir haben gesehen, wie die Liberalisierung des Konservatismusbegriffs über eine Orientierung an ‚westlichen‘ Vorbildern erfolgte. Solche Transfers schlugen sich oftmals in Anglizismen nieder, worauf Willibald Steinmetz aufmerksam gemacht hat.¹⁴ Die Anglisierung des politischen Vokabulars war aber nur ein Element des weiter greifenden Prozesses der Internationalisierung, wenn auch ein besonders markantes. Aber auch in einem englischsprachigen Land wie Großbritannien erfasste die Internationalisierungstendenz politischer Sprache die politischen Begriffe, selten mittels eines direkten Imports, sondern in der Regel im Rahmen einer Bedeutungsanreicherung; sie erfolgte versteckter und begrenzter.

Die Internationalisierung trug jedenfalls zum Reflexivwerden politischer Sprache entscheidend bei. Die Reflexivität in der Sprachverwendung und ihre Konsequenzen, die Willibald Steinmetz für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts unterstreicht,¹⁵ zeigte sich wohl kaum deutlicher als am bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff. Sie setzte der politischen Kultur der Bundesrepublik einen charakteristischen Stempel auf, indem sie eine Zwischenschicht politischer Sprache schuf, in der Begriffe verhandelt wurden, die sowohl antidemokratische wie demokratische Potenziale in sich bargen. Diese sprachliche Reflexivität wurde von der Sprachkritik seit 1945 befördert und sorgte dafür, dass ein Bewusstsein für die Historizität von Sprache allgemein wurde. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die lexikographische Begriffsgeschichte ihren Ursprung in der Bundesrepublik nahm. Zugleich schärfte sie das sprachliche Bewusstsein jener Politiker, die sich auf internationaler Bühne bewegten, so dass begriffliche Diskrepanzen erkannt und verhandelt werden konnten. Diese Reflexivität in der Sprachverwendung war in Großbritannien dagegen seltener zu finden, und sie hatte vor allem kaum politische Bedeutung. Erst in den 1970er Jahren politisierte der Thatcherismus die Sprache.

Die Grundbegriffe des bundesrepublikanischen Vokabulars waren mithin doppelt gebrochen: zum einen durch die Grenze, die zwischen dem Sagbaren und dem Nicht-Sagbaren in einer Demokratie gezogen wurde und damit zwischen solchen Bedeutungsbeständen, die aktiviert werden konnten und solchen, die bewusst verschüttet wurden; zum anderen durch die beständige Reflexion dieser

¹⁴ Vgl. STEINMETZ, *Some Thoughts*, S. 100.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 99–100.

Grenze. In Großbritannien existierten solche Grenzen kaum. Die Grundbegriffe britischer politischer Sprache verfügten dagegen über ein reiches Bedeutungspotenzial, das für Aktualisierungen bereit stand. Dies führte zu einer Fokussierung auf eben diese Bedeutungshorizonte, die allesamt national kodiert waren. Die Grundbegriffe der politischen Sprache verblieben in Großbritannien zum größten Teil im Spannungsraum des Nationalen. Eine eigene Untersuchung wäre sicherlich der Einfluss anderer nationaler Varianten des Englischen, besonders des amerikanischen Englisch, wert, der im Zuge der allgemeinen Internationalisierung politischer Sprache mutmaßlich zugenommen hat. Für die Entwicklung des Konservatismusbegriffs zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren konnte eine solche innerenglische, transnationale Komponente nicht festgestellt werden; für andere Grundbegriffe könnte sie um vieles bedeutsamer gewesen sein. Während also der britische Konservatismusbegriff im Nationalen eingespannt blieb, folgte aus der doppelten Gebrochenheit der bundesrepublikanischen Grundbegriffe eine Offenheit für die Integration von Begriffs- und Bedeutungsbeständen aus anderen Nationalsprachen, die auch die politischen Sprachen des Konservativen erfasste. Aus historisch-semantischer Perspektive lässt sich der Prozess der ‚Verwestlichung‘ als spezifisches Moment der Internationalisierung der Grundbegriffe nach 1945 begreifen.¹⁶

Tatsächlich lässt sich in den 1970er Jahren in beiden Ländern eine Neuformierung politischer Sprachen des Konservativen beobachten. Finden wir in den 1970er Jahren also eine neue Sattelzeit? Aus den oben genannten Gründen sind an einer solchen Interpretation Zweifel angebracht. Das Vokabular der Moderne transformierte sich nicht innerhalb von einem oder zwei Jahrzehnten in ein Vokabular der Nach-, Post- oder Spätmoderne. Soweit eine Einschätzung zum bisherigen Zeitpunkt empirisch gesicherter Erkenntnis möglich ist, scheint es aber, als ob die Transformationsprozesse der 1960er und 1970er Jahre tatsächlich eine Neukonfiguration des politischen Vokabulars implizierten, bildlich gesprochen einen der Scheitelpunkte einer Welle sprachlichen Wandels markierten, die sich durch die Moderne zog. Dabei folgte der Sprachwandel nicht sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Transformationsprozessen, sondern war ihr genuiner Bestandteil. Er erfolgte im Horizont der Moderne, im Rahmen jener Potenziale also, die sich in der Sattelzeit in die Sprache eingegraben hatten.

Die Auslöser des Wandels in den politischen Sprachen des Konservativen, die hier untersucht wurden, waren dabei in Großbritannien und der Bundesrepublik so ähnlich, wie sie auch verschieden waren.¹⁷ In beiden Ländern suchten die Konservativen seit den späten 1950er Jahren die veränderte gesellschaftliche und politische Situation in Begriffe zu fassen, mussten aber gewärtigen, dass sie damit nur begrenzt erfolgreich waren. Die Linke schien immer einen Schritt weiter, schien der neuen Zeit ihre Begriffe aufzuprägen. Die überlieferten Bedeutungs-

¹⁶ Zum Konzept vgl. DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich sind die Deutschen?*.

¹⁷ Zum Zusammenhang von sozialem und semantischem Wandel vgl. das Modell von Willibald Steinmetz: STEINMETZ, *Vierzig Jahre Begriffsgeschichte*, S. 187–192.

horizonte der konservativen Begriffe gingen ihrer Plausibilität verlustig. Die Neuformulierung politischer Sprachen des Konservativen in beiden Ländern war eine Antwort auf diesen Verlust begrifflicher Deutungshoheit. Die reformerischen Anstrengungen unter Heath meinten diesen im Großbritannien der 1960er Jahre parieren zu können; in der Sprache des zukunftsfrohen, pragmatischen Managements schien der Konservatismus zu reüssieren. Erst der markante Einsturz der Erwartungshorizonte Mitte der 1970er Jahre öffnete die Möglichkeit zur umfassenden Neuformulierung unter Thatcher. Dabei griffen die Thatcherites einerseits auf Bedeutungsbestände des 19. Jahrhunderts zurück, andererseits reaktivierten sie politische Begriffe der Programmrevision der späten 1940er und frühen 1950er Jahre. Der Liberalisierungsschub der 1970er Jahre bezog seine Impulse aus semantischen Beständen des Nachkriegs. Das Jahr 1945 markierte auch in Großbritannien eine sprachgeschichtliche Zäsur, wenn auch von anderen Auslösern bedingt als in Deutschland. Begriffe des sozialistischen Vokabulars etablierten sich mit dem Reformprogramm der Labour-Regierung unter Clement Attlee in der politischen Sprache des Vereinigten Königreichs, die auch von den Konservativen nicht ignoriert, sondern mittels Bedeutungspolitik nur pariert werden konnten. Der antisozialistische Gegenentwurf Thatchers stand in dieser Kontinuität. Ein Projekt, das sich die Erforschung der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts zum Auftrag macht, muss den historisch-semantischen Zäsurcharakter des Jahres 1945 folglich ernst nehmen, und dies zumal wenn es darum geht, allgemeine Entwicklungsprinzipien der Grundbegriffe zu definieren.

In der Bundesrepublik zeugten die konservativen Begriffsnöte der 1960er und 1970er Jahre von einem umfassenderen Wandel der politischen Sprache, der Ende der 1950er Jahre einsetzte und in den 1970er Jahren kulminierte. „1968“ ordnet sich in diesen weiteren Rahmen ein, sein Zäsurcharakter wird dadurch relativiert.¹⁸ Die politische Sprache gewärtigte einen allgemeinen Liberalisierungsschub, der in diesen beiden Jahrzehnten zum Durchbruch kam und die semantischen Bestände veränderte. Die Demokratisierung politischer Sprache seit 1945 dynamisierte sich und führte nach gut einem Jahrzehnt zu einer semantischen Neukodierung, die – wie in Großbritannien – den Bedeutungshorizonten verpflichtet blieb, welche die Zäsur 1945 evoziert hatte. Die Bundesrepublik fand zu ihrer eigenen Sprache. Die Konservativen suchten in diesem Zusammenhang nach Begriffen, die die Gegenwart abbildeten, die aber gleichzeitig die Bestände der Vergangenheit bewahrten. In diesem Sinne sahen sie sich als Hüter der Begriffe.

Auch Reinhart Koselleck gehörte zu diesen Hütern der Begriffe der 1960er und 1970er Jahre.¹⁹ Die *Geschichtlichen Grundbegriffe* zeugen von seiner Hüte-Arbeit. Als eine der Aufgaben des Lexikons definierte er die „semantologische Kontrolle“ des „gegenwärtigen Sprachgebrauch[s]“. „Der Verfremdungseffekt durch vergan-

¹⁸ Die These von der sprachgeschichtlichen Zäsur „1968“ wird v. a. von linguistischer Seite vorgebracht, vgl. WENGELER, „1968“ als sprachgeschichtliche Zäsur.

¹⁹ Zu Kosellecks intellektuellem Horizont vgl. v. a. OLSEN, *History in the Plural*; MEHRING, *Begriffsgeschichte mit Carl Schmitt*.

gene Erfahrung mag dann der gegenwärtigen Bewusstseinschärfung dienen, die von historischer Klarstellung zu politischer Klärung führt“, so Koselleck in seiner Einleitung zum Lexikon.²⁰ Doch im Gegensatz zu Wilhelm Hennis und Hans Maier wusste Koselleck, dass die Grundbedeutung der Grundbegriffe keineswegs fest, unveränderlich war, sondern einem steten Wandel unterlag. Begriffe waren ein Instrument der Politik, die Bedeutungsentwicklung konnte diskursiv beeinflusst werden. Die Begriffspolitik der Rechten hatte in die deutsche Katastrophe geführt. Vor dem abermaligen Abgleiten in Diktatur und utopische Ideologie schützte die Vergegenwärtigung vergangener Bedeutungsbestände. Das Bewusstmachen, dass es Bedeutungsalternativen gab, sicherte letztlich historische Erinnerung, Pluralität und Diskurs. Die Begriffe der Demokratie galt es auf diese Weise zu hüten – und in einer „Pyramide des Geistes“, wie sie die *Geschichtlichen Grundbegriffe* darstellen, ihre mitunter auch verhängnisvolle Geschichte als Warnung und Potenzial zugleich zu bewahren.²¹

Der Impuls, die Begriffe zu hüten, war ein konservativer Impuls. Er kam nicht von ungefähr: Konservatives Denken und Handeln tradierte sich über die Sprache. Das Konservative konstituierte sich im Medium der Sprache. Darin gründet die hohe Sensibilität für die Sprache und ihren Wandel, der Konservativen seit jeher eigen ist. Die Spur zur Geschichte des Konservativen ist eine Spur der Sprache; sie ist eine Spur durch die Sprache hindurch.

²⁰ KOSELLECK, Einleitung, S. XIX.

²¹ Vgl. GUMBRECHT, Pyramiden des Geistes; in Antwort auf Gumbrechts Thesen: STEINMETZ, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte.

7. Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
bes.	besonders
BFW	Bund Freiheit der Wissenschaft
BHE	Gesamtdeutsche Partei/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
CAC	Churchill Archives Centre
CCO	Conservative Central Office
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union
CEDI	Centre Européen de Documentation et d'Information
COB	Conservative Overseas Bureau
CPA	Conservative Party Archive
CRD	Conservative Research Department
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CTU	Conservative Trade Unionists
DBT	Deutscher Bundestag
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
DDP	Deutsche Demokratische Partei
d. h.	das heißt
DKK	Demokratisch-Konservative Korrespondenz
DKP-DAP	Deutsche Konservative Partei – Deutsche Aufbaupartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
ebd.	ebenda
EDU	Europäische Demokratische Union
EG	Europäische Gemeinschaften
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
et al.	et aliter
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten
EUCDA	Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer
EVP	Europäische Volkspartei
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
Frankfurt a. M.	Frankfurt am Main
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
Hrsg.	Herausgeber
IDU	Internationale Demokratische Union

IFZ	Institut für Zeitgeschichte
JU	Junge Union
KAB	Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
LSE	London School of Economics
MRP	Movement Républicain Populaire
MTFW	Margaret Thatcher Foundation Website
NEI	Nouvelles Équipes Internationales
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PEST	Pressure for Economic and Social Toryism
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
S.	Seite
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	Süddeutsche Zeitung
u. a.	und andere
usw.	und so weiter
v.	von
vgl.	vergleiche
WEU	Westeuropäische Union
WIKAS	Wissenschaftliches Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung
WP	Wahlperiode
z. B.	zum Beispiel

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

8.1. Quellenverzeichnis

8.1.1. Ungedruckte Quellen

Archiv für Christlich-Soziale Politik, München (ACSP)

CSU-Landesleitung
Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft Bayern
Nachlass Franz Josef Strauß
Nachlass Hans Klein
Nachlass Richard Jäger
Sammlungen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (ACDP)

CDU-Bundespartei
Nachlass Bruno Heck

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, München (IfZ-Archiv)

Hausarchiv des Instituts für Zeitgeschichte

Bodleian Library, Oxford

Conservative Party Archive (CPA)
Advisory Committee on Policy
Conservative Central Office
Conservative Overseas Bureau
International Office
Published Material

Special Collections
Evelyn Emmet Papers

Churchill Archives Centre, Cambridge (CAC)

Margaret Thatcher Papers (THCR)

8.1.2 Gedruckte Quellen

1. Parteitag der CDU, Goslar 20.–22. Oktober 1950. „Einigkeit und Recht und Freiheit“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1950].
2. Parteitag der CDU, Karlsruhe 18.–21. Oktober 1951. „Deutschland und Europa“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1951].
3. Bundesparteitag der CDU, Hamburg 18.–22. April 1953. „Deutschland, sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1953].
7. Bundesparteitag der CDU, Hamburg 11.–15. Mai 1957. „Einheit für Deutschland, Freiheit für Europa, Frieden in der Welt“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1957].
8. Bundesparteitag der CDU, Kiel 18.–21. September 1958, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1958].
9. Bundesparteitag der CDU, Karlsruhe, 26.–29. April 1960. „Wir rufen das deutsche Volk“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1960].
10. Bundesparteitag der CDU, Köln 24.–27. April 1961, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1961].

11. Bundesparteitag der CDU, Dortmund 2.–5. Juni 1962. „Frieden, Arbeit, Ordnung“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1962].
 12. Bundesparteitag der CDU, Hannover 14.–17. März 1964. „Die Zukunft gestalten“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1964].
 13. Bundesparteitag der CDU, Düsseldorf 28.–31. März 1965. „CDU – Es geht um Deutschland“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1965].
 16. Bundesparteitag der CDU, Berlin 4.–7. November 1968. „Unser Auftrag: Deutschland“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1968].
 17. Bundesparteitag der CDU, Mainz 17.–18. November 1969, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1969].
 18. Bundesparteitag der CDU, Düsseldorf 25.–27. Januar 1971, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1971].
 19. Bundesparteitag der CDU, Saarbrücken 4.–5. Oktober 1971, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1971].
 20. Bundesparteitag der CDU, Wiesbaden 9.–11. Oktober 1972. „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1972].
 21. Bundesparteitag der CDU, Bonn 12. Juni 1973, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1973].
 22. Bundesparteitag der CDU, Hamburg 18.–20. November 1973, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1973].
 23. Bundesparteitag der CDU, Mannheim 23.–25. Juni 1975. „Alternative '76“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1975].
 24. Bundesparteitag der CDU, Hannover 24.–26. Juni 1976. „Aus Liebe zu Deutschland – Freiheit statt Sozialismus“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1976].
 26. Bundesparteitag der CDU, Ludwigshafen 23.–25. Oktober 1978. „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1978].
 41. Bergedorfer Gesprächskreis, Hamburg-Bergedorf. Bergedorfer Schloss, Protokoll, URL: <http://www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/bergedorfer-gespraechskreis/protokolle/protokoll-detail/BG/sprache-und-politik.html> [abgerufen am 7. 10. 2014].
- A Party in Search of A Pattern. 3: The Field Where the Biggest Failures Lie, by a Conservative, in: *The Times*, 3. 4. 1964.
- A Time For the Long View, in: *The Times*, 11. 10. 1966.
- Abendroth, Wolfgang, Harzburger Front ist neu im entstehen, in: *druck und papier* 22. 2. 1971.
- Acceleration. Britain Today and Tomorrow [hg. v. Conservative Central Office], London 1963.
- Ade, Meinhard, Neokonservatismus und CDU-Programm, in: *Sonde. Neue christlich-demokratische Politik* 7 (1974), S. 15–28.
- Ders., Grundwerte als Maßstab und Orientierung, in: Heiner Geißler (Hrsg.), *Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, Frankfurt a. M. u. a. 1979, S. 21–34.
- Adenauer, Konrad, Christentum und Staatsgesinnung, in: *Echo der Zeit* 1. 1. 1953, <http://www.konrad-adenauer.de/dokumente/artikel/artikel-echo-der-zeit> [abgerufen am 11. 8. 2014].
- Ders., Vorwort zum Tätigkeitsbericht der Bundesregierung „Deutschland im Wiederaufbau 1949–1959“, in: *Deutschland im Wiederaufbau 1949–1959 und Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1959*, Bonn 1959, S. XI–XIV.
- Ders., Ansprache zum 10. Bundesparteitag der CDU Deutschlands 24. 4. 1961, in: *Deutschland-Union-Dienst* 15 (1961), <http://www.konrad-adenauer.de/index.php?msg=10612> [abgerufen am 11. 8. 2014].
- Ders., *Briefe 1961–1963*, hrsg. v. Hans Peter Mensing, Paderborn 2006.
- After Affluence, in: *The Times*, 4. 7. 1963.
- Aitken, Ian, Mr Pym as the True Heir to the Tory Tradition, in: *The Guardian*, 13. 5. 1985.
- Alte Absicht, in: *Der Spiegel*, 23. 11. 1970.
- Altmann, Rüdiger, *Das Erbe Adenauers*, Stuttgart 1960.
- Ders., Ist die CDU verbraucht?, in: *Die Zeit*, 11. 5. 1962.
- Ders., *Die Formierte Gesellschaft*, in: Ders. (Hrsg.), *Späte Nachricht vom Staat. Politische Essays*, Stuttgart 1968, S. 27–46.
- Ders. (Hrsg.), *Späte Nachricht vom Staat. Politische Essays*, Stuttgart 1968.

- Amery, Carl, Progressivismus, Konservatismus. Positionen in der ökologischen Krise, in: Vorgänge. Zeitschrift für Gesellschaftspolitik 12/4 (1973), S. 23–30.
- An Economic Prison, in: *The Times*, 25. 7. 1978.
- Anpassung an Gängiges, in: *Der Spiegel*, 21. 11. 1972.
- Arndt, Adolf und Gustav Gundlach (Hrsg.), *Christentum und demokratischer Sozialismus*, Würzburg 1958.
- Artzinger, Helmut, Planung und Freiheit. Erhards Disput mit der EWG-Kommission, in: *Die politische Meinung* 8/81 (1963), S. 3–7.
- Ascherson, Neal, Conservatism, in: *London Review of Books* 2/21 (1980), S. 16–17.
- Asmussen, Holger und Rüdiger von Voss, *Die europäischen Parteien der Mitte. Analysen und Dokumente zur Programmatik christlich-demokratischer und konservativer Parteien Westeuropas*, Bonn 1978.
- Auer, Frank von, Alfred Dregger. Ein kritisches politisches Porträt, Berlin 1974.
- Auf Kosten der Firma, in: *Der Spiegel*, 22. 7. 1959.
- Aufbau und Anlage politischer Texte. Offensiv schreiben, klären und überzeugen, hrsg. v. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1976.
- Aufräumen bis zum Rest dieses Jahrhunderts. Franz Josef Strauß über die Strategie der Union, in: *Der Spiegel*, 10. 3. 1975.
- Aus dem Inhalt, in: *Criticón* 1 (1970/1971), S. 1.
- Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 12. bis 13. Oktober 1972 Dortmund, Westfalenhalle. Protokoll der Verhandlungen, Dokumentarischer Anhang, Bonn 1972.
- Aussprache, NEI-Kongress, Freiburg, 28.–30. 5. 1959, in: Michael Gehler und Wolfram Kaiser (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965*, München 2004, S. 552–562.
- Baader, Franz von, *Sätze aus der erotischen Philosophie und andere Schriften*, hrsg. v. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Frankfurt a. M. 1966.
- Bader, Hans, Grenzen des Wachstums, in: *Criticón* 2 (1972), S. 254–256.
- Baer, Fritz, Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Golo Mann, *Konservativ. Drei Aussagen zu einem aktuellen Thema*, München 1974.
- Baldwin, Stanley, *Leader's Speech. Conservative Party Conference, Birmingham 1933*, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=92> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Ball, Hugo, *Zur Kritik der deutschen Intelligenz*, hrsg. v. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, München 1970.
- Bangemann, Martin, Roland Bieber, Egon Klepsch und Horst Seefeld (Hrsg.), *Programme für Europa. Die Programme der europäischen Parteibünde zur Europa-Wahl 1979*, Bonn 1978.
- Barry, Norman P., *The New Right*, London 1987.
- Barth, Hans (Hrsg.), *Der konservative Gedanke*, Stuttgart 1958.
- Ders., Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), *Der konservative Gedanke*, Stuttgart 1958, S. 1–21.
- Barzel, Rainer, *Koalitionspolitik*, in: Gustav Eduard Kafka (Hrsg.), *Die Katholiken vor der Politik*, Freiburg im Breisgau 1958, S. 119–131.
- Ders., *Wohlfahrtsstaat gegen Versorgungsstaat*, in: *Die politische Meinung* 3/30 (1958), S. 40–46.
- Ders., *Die unaufgebbare Basis*, in: *Der Rheinische Merkur*, 11. 5. 1962.
- Ders., *Gesunde Umwelt durch aktive Strukturpolitik*, in: Heinrich Gewandt (Hrsg.), *Die Zukunft des Mittelstandes. Strukturpolitik in einer dynamischen Wirtschaft*, Düsseldorf 1969, S. 63–73.
- Ders., *Friede, Freiheit und Gerechtigkeit*, in: *Union in Deutschland* 49 (1972).
- Ders., *Keine Öffnung für den Sozialismus*, in: *Union in Deutschland* 23 (1972).
- Ders., *Der Dienst, den wir leisten, gehört der Freiheit*, in: *Union in Deutschland* 3 (1973).
- Ders., *Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen*, Frankfurt a. M. u. a. 1986.
- Bauer, Dieter, *Begriffe gegen Inhalte. Zur semantischen Akrobatik der CDU*, in: *Neue Gesellschaft* 22/7 (1975), S. 564–566.
- Baumanns, Hans Leo und Wolfgang Bergsdorf, *CDU im dritten Jahrzehnt*, in: *APUZ* B40/71 (1971), S. 3–22.

- Bedenken gegen die DP-Abgeordneten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.1960.
- K.W.B. [Karl Willy Beer], Die große Manipulation. Oder: Die Diktatur der Schlagworte, in: Die politische Meinung 18/148 (1973), S. 3–4.
- Beloff, Max, Pragmatism Is Not Enough, in: Crossbow 17/72 (1976), S. 6–7.
- Ders., The Tide of Collectivism. Can It Be Turned?, London 1978.
- Benoist, Alain de, Louis Rougier, in: Criticón 9 (1979), S. 156–158.
- Benoist, Alain de, In aller Freundschaft. Kritisches über die Deutschen, in: Criticón 10 (1980), S. 199–202.
- Bergsdorf, Wolfgang, Die sanfte Gewalt. Sprache – Denken – Politik, in: APUZ 24 (1977), S. 39–47.
- Ders., Politik und Sprache, München 1978.
- Ders., Die Rolle der Sprache in der Politik, in: Stimmen der Zeit 104/197 (1979), S. 817–828.
- Ders., Von der Versöhnung zur Zwietracht. Zur Entwicklung der politischen Sprache in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die politische Meinung 24/186 (1979), S. 43–51.
- Ders. (Hrsg.), Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik, Stuttgart 1979.
- Ders., Ein Wort macht Politik. Wie der Begriff „Frieden“ allmählich zu einer Kampfvokabel geworden ist, in: Die politische Meinung 27/201 (1982), S. 5–10.
- Ders., Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland, Pfullingen 1983.
- Ders., Sprache und Politik. Laudatio auf Hans Messelken, in: Holger Burckhart und Oliver Fink (Hrsg.), Sprache der Didaktik – Didaktik der Sprache. Festschrift für Hans Messelken, Würzburg 2003, S. 10–17.
- Besson, Waldemar, Rechtsradikalismus. Trotz Verbot nicht tot, in: Die politische Meinung 7/74 (1962), S. 5–8.
- Ders., Das politische Bewusstsein der Deutschen, in: Die politische Meinung 8/82 (1963), S. 31–38.
- Ders., Erlebte Zeitgeschichte kritisch beobachtet. 44 Stücke politischer Publizistik, Konstanz 1970.
- Ders., Um einen deutschen Edmund Burke bittend, in: Der Monat 22/265 (1970), S. 81–84.
- Ders., Wachtet auf!, in: Ders., Erlebte Zeitgeschichte kritisch beobachtet. 44 Stücke politischer Publizistik, Konstanz 1970, S. 181–184.
- Ders., Ein Programm ohne geistigen Faden, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 16.10.1970.
- Ders., Wie ich mich geändert habe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971), S. 398–403.
- Bestimmte Zeichen, in: Der Spiegel, 5.8.1974.
- Betriebliches Miteigentum verträgt keinen Zwang, in: Die Zeit, 14.11.1957.
- Bewältiger der Vergangenheit, in: Die Zeit, 20.8.1965.
- Biedenkopf, Kurt H., Die Politik der Unionsparteien – Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus. Vortrag des Generalsekretärs der CDU, Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, bei der Katholischen Akademie Bayern, München, am 9. Dezember 1973, Bonn 1973.
- Ders., Eine Strategie für die Opposition, in: Die Zeit, 16.3.1973.
- Ders., Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie, München u. a. 1974.
- Ders., Politik und Sprache, in: Bernhard Vogel (Hrsg.), Neue Bildungspolitik. Plädoyer für ein realistisches Konzept, Herford u. a. 1975, S. 21–32.
- Ders., Solidarität und Subsidiarität in einer freien Gesellschaft, in: Otmar Franz (Hrsg.), Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1975, S. 26–47.
- Ders., Auftrag und Ethos der CDU, in: APUZ 27 (1976), S. 3–12.
- Birrenbach, Kurt, Der dritte Partner. Wann kommt die deutsch-englische Verständigung?, in: Die politische Meinung 4/42 (1959), S. 23–32.
- Blake, Robert, The Unknown Prime Minister. The Life and Time of Andrew Bonar Law, 1858–1923, London 1955.
- Ders., Disraeli, London 1966.
- Ders., The Conservative Party from Peel to Churchill. Based on the Ford Lectures Delivered before the University of Oxford in the Hilary Term of 1968, London 1970.
- Ders., Conservatism in an Age of Revolution, London 1976.
- Ders., The Conservative Party from Peel to Thatcher, London 1985.
- Ders., The Conservative Party from Peel to Major, London 1997.
- Ders., Peregrine Worsthorne, David Howell und Nigel Lawson (Hrsg.), Conservatism Today. Four Personal Points of View, London 1966.
- Blick zurück, in: Der Spiegel, 23.12.1968.

- Block, Geoffrey D.M., *About the Conservative Party*, London 1965.
- Blüm, Norbert, *Auf einen Fingernagel. Zum 90. Geburtstag von Oswald von Nell-Breuning SJ am 8. März 1980*, in: Ders., *Werkstücke. Aufsätze, Reden, Essays. 1967 bis 1980*, Köln 1980, S. 31–37.
- Ders., *Christlich-Sozial: Zwischen!*, in: Ders., *Werkstücke. Aufsätze, Reden, Essays. 1967 bis 1980*, Köln 1980, S. 109–115.
- Ders., *Fortschritt im postindustriellen Zeitalter*, in: Ders., *Werkstücke. Aufsätze, Reden, Essays. 1967 bis 1980*, Köln 1980, S. 62–70.
- Ders., *Werkstücke. Aufsätze, Reden, Essays. 1967 bis 1980*, Köln 1980.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*, Frankfurt a. M. 1976.
- Boehm, Max Hildebert, *Konservatismus, Deutschnationale Volkspartei und Weltrevolution*, in: *Die Grenzboten* 78 (1919), S. 97–100.
- Böhm, Anton, *Wie die Volkspartei aussehen sollte*, in: *Die politische Meinung* 3/23 (1958), S. 24–33.
- Ders., *Mit der SPD gehen?*, in: *Die politische Meinung* 5/53 (1960), S. 19–25.
- Ders., *Vorwärts-Strategie für die CDU*, in: *Die politische Meinung* 9/93 (1964), S. 17–30.
- Ders., *Braucht die Union ein Programm? Was die CDU von anderen Parteien unterscheidet*, in: *Die politische Meinung* 23 (1978), S. 51–63.
- Bohrer, Karl-Heinz, *Die Schwierigkeit konservativ zu sein*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. 3. 1967.
- Böll, Heinrich, *Die Kunst muss zu weit gehen*, in: *Die Zeit*, 30. 9. 1966.
- Bosanquet, Nick, *After the New Right*, London u. a. 1983.
- Bowhay, Dorothy, *Some Reflections on Conservatism in the Twentieth Century*, in: *Swinton College Journal* 4/4 (1958), S. 58–60.
- Boyson, Rhodes, *Right Turn*, in: Ders. (Hrsg.), *Right Turn. A Symposium on the Need to End the ‚Progressive‘ Consensus in British Thinking and Policy*, Enfield 1970, S. 1–13.
- Brandt, Leo, *Die 2. industrielle Revolution. Referat gehalten auf dem SPD-Parteitag, München, 10.–14. 7. 1956*, Bonn 1956.
- Brandt, Willy, *Geleitwort (zum Langzeitprogramm)*, in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), *Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg ³1976, S. 233–234.
- Boyson, Rhodes (Hrsg.), *Right Turn. A Symposium on the Need to End the ‚Progressive‘ Consensus in British Thinking and Policy*, Enfield 1970.
- Ders. (Hrsg.), 1985. *An Escape from Orwell’s 1984. A Conservative Path to Freedom*, Enfield 1975.
- Ders., *Centre Forward. A Radical Conservative Programme*, London 1978.
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Stuttgart 1955.
- Breidbach, Ferdi und Rüdiger May (Hrsg.), *Das Soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union*, Düsseldorf und Wien 1975.
- Bridgeman, William, *The Modernisation of Conservative Politics. The Diaries and Letters of William Bridgeman 1904–1935*, hrsg. v. Philip Williamson, London 1988.
- Brittan, Samuel, *Left or Right. The Bogus Dilemma*, London 1968.
- Ders., *Capitalism and the Permissive Society*, London u. a. 1973.
- Ders., *Further Thoughts on Left and Right*, in: Ders., *Capitalism and the Permissive Society*, London u. a. 1973, S. 354–373.
- Brockhaus Enzyklopädie in dreißig Bänden, Leipzig und Mannheim ²¹2006.
- Brockhaus Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, Mannheim ¹⁹1990.
- Broding, Eric, *25 Jahre Mont Pelerin Society*, in: *Criticón* 2 (1972), S. 107–108.
- Brok, Elmar, *Instrument des politischen Kampfes*, in: *Die Entscheidung* 21/5 (1973), S. 12–13.
- Brügel, J. W., *Wölfe im demokratischen Schafspelz. Ein Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 14 (1963), S. 202–212.
- Brugger, Walter (Hrsg.), *Philosophisches Wörterbuch, Freiburg im Breisgau* ⁷1959.
- Bryant, Arthur, *The Spirit of Conservatism*, London 1929.
- Buchheim, Hans, *Christlich, konservativ, liberal, sozial. Anmerkungen zum geistesgeschichtlichen Hintergrund*, in: Peter Gutjahr-Löser und Theo Waigel (Hrsg.), *Die Grundsatzdiskussion in der CSU. Studien – Berichte – Dokumente*, München und Wien 1977 und 1981, S. 33–40.

- Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950–1953, hrsg. v. Günter Buchstab, Stuttgart 1986.
- Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, hrsg. v. Günter Buchstab, Düsseldorf 1990.
- Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, hrsg. v. Günter Buchstab, Düsseldorf 1994.
- Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, hrsg. v. Günter Buchstab, Düsseldorf 1998.
- Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969, hrsg. v. Günter Buchstab, Droste 2005.
- Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, hrsg. v. Günter Buchstab und Denise Lindsay, Droste 2009.
- Helmuth Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, hrsg. v. Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2013.
- Budde, Heinz, Christlich-sozial und Liberalismus, in: Ständiger Ausschuss Christlich-sozialer Arbeitnehmerkongresse (Hrsg.), Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongress 1960, Köln 1960, S. 20–34.
- Bund Freiheit der Wissenschaft. Gründungsaufruf, in: Hans Maier und Michael Zöller (Hrsg.), Bund Freiheit der Wissenschaft. Der Gründungskongress in Bad Godesberg am 18. November 1970, Köln 1970, S. 7–11.
- Burke, Edmund, Betrachtungen über die französische Revolution. Nach dem Englischen des Herrn Burke neu-bearbeitet mit einer Einleitung, Anmerkungen, politischen Abhandlungen und einem critischen Verzeichniß der in England über die Revolution erschienenen Schriften von Friedrich von Gentz, in zwei Theilen, Berlin 1793.
- Ders., Betrachtungen über die französische Revolution. In der deutschen Übertragung von Friedrich Gentz bearbeitet und mit einem Nachwort von Lore Iser, Frankfurt a. M. 1967.
- Ders., Reflections on the Revolution in France, hrsg. v. Pocock, John G. A., Indianapolis 1987.
- Buske, Thomas, Der Fortschritt der Konservativen. Plädoyer für den einzelnen in der Gesellschaft, in: Die politische Meinung 16 (1971), S. 53–62.
- Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation, in: Scheidewege 5 (1975), S. 469–486.
- Butler, Richard Austin, The Conservative Record and Programme, in: The Listener, 11. 12. 1958.
- Ders., The Art of the Possible. The Memoirs of Lord Butler, London 1971.
- Ders., Leader's Speech. Conservative Party Conference, Blackpool 1963, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=213> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Carstens, Karl, Erinnerungen und Erfahrungen, Boppard am Rhein 1993.
- Cecil, Hugh, Conservatism, London 1912.
- Chapman, Philip C., Der Neukonservatismus. Kulturkritik gegen politische Philosophie, in: Hans-Gerd Schumann (Hrsg.), Konservatismus, Köln 1974, S. 355–370.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands, Berliner Programm, URL: www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1968_Berliner-Programm.pdf [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Christlich Demokratische Union Deutschlands, Das Berliner Programm. 2. Fassung 1971, URL: www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1971_Berliner-Programm.pdf [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Christliche Demokraten ohne Zukunft?, in: Ketteler-Wacht 57/12 (1963).
- Christlich-Soziale Union in Bayern, Leitsätze einer Politik für heute und morgen. CSU Grundsatz-Programm [1968], URL: http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/1968-Grundsatzprogramm.pdf [abgerufen am 30. 4. 2009].
- Coleraine, Richard Kidston Law, For Conservatives Only. A Study of Conservative Leadership from Churchill to Heath, London 1970.
- Collard, David A., The New Right. A Critique, London 1968.
- „Conservatism“, in: The New Encyclopaedia Britannica, Bd. 3, Chicago ¹⁵2010, S. 554–555.
- Conservative and Unionist Central Office, The Right Approach. A Statement of Conservative Aims, London 1976.

- Dass., Conservative Party Conference Blackpool 1973. Verbatim Report of the Platform Speeches, [1973].
- Dass., Conservative Party Conference Blackpool 1975. Verbatim Report of the Platform Speeches, [1975].
- Dass., Conservative Party Conference Brighton 1978. Verbatim Report of the Platform Speeches, London 1978.
- Conservative Party General Election Manifesto 1959. The Next Five Years, in: Iain Dale (Hrsg.), Conservative Party General Election Manifestos, 1900–1997, London 2000, S. 129–139.
- Conservative Party General Election Manifesto 1966. Action Not Words: The New Conservative Programme, in: Iain Dale (Hrsg.), Conservative Party General Election Manifestos, 1900–1997, London 2000, S. 163–173.
- Conservative Party General Election Manifesto 1970. A Better Tomorrow, in: Iain Dale (Hrsg.), Conservative Party General Election Manifestos, 1900–1997, London 2000, S. 177–198.
- Conservative Political Centre, The Great Divide in British Politics, London 1966.
- Corson, John R., Letter to the Editor, in: The Daily Telegraph, 16. 11. 1959.
- Ders., Letter to the Editor, in: The Daily Telegraph, 7. 12. 1959.
- Cosgrave, Patrick, Tories und Intellektuelle, in: Criticón 4 (1974), S. 11–14.
- Ders., Jenseits des Bewahrens. Die Achsenzeit des britischen Konservatismus, in: Criticón 5 (1975), S. 106–109.
- Ders., The Strange Cases of Mr Gilmour and Mr Powell, Part 1, in: The Spectator, 8. 2. 1975.
- Ders., The Strange Cases of Mr Gilmour and Mr Powell, Part 2, in: The Spectator, 15. 2. 1975.
- Ders., Margaret Thatcher. Prime Minister, London 1979.
- Cowling, Maurice, Intellectuals and the Tory Party, in: The Spectator, 8. 3. 1968.
- Ders. (Hrsg.), Conservative Essays, London 1978.
- Ders., The Present Position, in: Ders. (Hrsg.), Conservative Essays, London 1978, S. 1–24.
- Ders., The Sources of the New Right. Irony, Geniality and Malice, in: Encounter, November 1989, S. 3–13.
- Ders. und T.E. Utley, Letter to the Editor, in: The Times, 24. 6. 1978.
- Critchley, Julian, Principles of Conservatism, in: The Spectator, 1. 12. 1961.
- Ders., The Monday Club's Idea of 'True Conservatism', in: The Times, 23. 11. 1968.
- Ders., The Case for a Whig Revival in the Tory Party, in: The Times, 15. 2. 1969.
- „Criticón/Konservativ heute“ – ein neuer Anfang, in: Criticón 11/63 (1981), S. 3.
- Critilo [Caspar von Schrenck-Notzing], Die utopische Versuchung, in: Criticón 1 (1970/1971), S. 13.
- Ders., Kommentar, in: Criticón 2 (1972), S. 239.
- Ders., Kommentar, in: Criticón 3 (1973), S. 243.
- Crozier, Brian, James Burnham, in: Criticón 7 (1977), S. 112–119.
- CSU „auch eine konservative Kraft“, in: Süddeutsche Zeitung, 16. 12. 1968.
- CSU als „konservative Kraft“, in: Die Zeit, 20. 12. 1968.
- CSU: Konservativ mit Computer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 12. 1968.
- „Da kann sich ja jeder was reindenken“, in: Der Spiegel, 29. 1. 1973.
- Dahrendorf, Ralf, Über Grenzen. Lebenserinnerungen, München 2002.
- Dale, Iain (Hrsg.), Conservative Party General Election Manifestos, 1900–1997, London 2000.
- Dechert, Charles R., The Christian Democratic „International“, in: Orbis. A Quarterly Journal of World Affairs 11/1 (1967), S. 106–127.
- Der Regenmacher, in: Der Spiegel, 9. 1. 1967.
- Detting, Warnfried, Demokratisierung als Alternative? Zum Demokratiebegriff der CDU und SPD, in: Ludwig Erhard, Kurt Bräuß und Berhhard Hagemeyer (Hrsg.), Grenzen der Demokratie? Probleme und Konsequenzen der Demokratisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1973, S. 145–182.
- Ders., Demokratisierung. Wege und Irrwege, Köln ³1974.
- Ders. (Hrsg.), Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände, München und Wien 1976.
- Ders., Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? Zu diesem Band, in: Ders. (Hrsg.), Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände, München und Wien 1976, S. 7–30.

- Ders., *Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie*, München und Wien ²1977.
- Ders., *Die christliche Demokratie vor den Europawahlen*, Hannover 1978.
- Ders. (Hrsg.), *Schrumpfende Bevölkerung, wachsende Probleme? Ursachen – Folgen – Strategien*, München und Wien 1978.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 2. Wahlperiode, 156. Sitzung. Bonn, 29. 6. 1956, URL: dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02156.pdf.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 6. Wahlperiode, 102. Sitzung. Bonn, 12. 2. 1971, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/06/06102.pdf>.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 6. Wahlperiode, 199. Sitzung. Bonn, 22. 9. 1972, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/06/06199.pdf>.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 6. Wahlperiode, 96. Sitzung. Bonn, 3. 2. 1971, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/06/06096.pdf>.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 7. Wahlperiode, 218. Sitzung. Bonn, 29. 1. 1976, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07218.pdf>.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 7. Wahlperiode, 7. Sitzung. Bonn, 18. 1. 1973, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07007.pdf>.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 7. Wahlperiode, 8. Sitzung. Bonn, 24. 1. 1973, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07008.pdf>.
- Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 8. Wahlperiode, 78. Sitzung. Bonn, 9. 3. 1978, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/08/08078.pdf>.
- Deutscher Evangelischer Kirchentag. Frankfurt 1975. *Dokumente*, Stuttgart 1975.
- Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?, München 1982.
- Deutschland im Wiederaufbau 1949–1959 und Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1959, Bonn 1959.
- Deutschland-Stiftung e. V. (Hrsg.), *Die Deutschland-Stiftung. Ein Vermächtnis Konrad Adenauers. Eine Dokumentation*, Würzburg 1967.
- Die FDP redet von Liberalismus – Die Union praktiziert ihn, in: *Union in Deutschland* 46 (1975).
- Die Kunst, zu überleben, in: *Der Spiegel*, 4. 7. 1956.
- Die neuen Abgeordneten haben es schwer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 7. 1960.
- Die Pläne der dreisten Radikalen, in: *Soziale Ordnung* 14/9 (1960), S. 149.
- Die politische Meinung. Sprechen wir noch eine gemeinsame Sprache?, in: *Christ und Welt*, 7. 4. 1961.
- Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen, Tl. 1: Carl Amery, in: *Die Welt*, 19. 2. 1977.
- Die Sorgen des Oberförsters und die Konservativen, Tl. 2: Armin Mohler, in: *Die Welt*, 19. 2. 1977.
- Die Umfrage, in: *Politische Studien* 15/154 (1964), S. 420–428.
- Dittmar, Rupprecht, *Christlich-sozial und Sozialismus*, in: *Ständiger Ausschuss Christlich-sozialer Arbeitnehmerkongresse* (Hrsg.), *Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongress 1960*, Köln 1960, S. 35–48.
- Diwald, Helmut, *Rechts und links. Die Politik und ihre antiquarischen Begriffe*, in: *Christ und Welt*, 24. 8. 1979.
- Donat, Karl, *Gefragt: Karl Carstens*, Bornheim 1976.
- Dönhoff, Marion Gräfin, *Das Ende der Konservativen*, in: *Die Zeit*, 8. 7. 1960.
- Dregger, Alfred, *Systemveränderung. Brauchen wir eine andere Republik?*, Stuttgart 1972.
- Ders., *Bundestagswahlkampf 1976*, in: Ders., *Freiheit in unserer Zeit. Reden und Aufsätze*, hrsg. v. Günter Reichert, München 1980, S. 227–245.
- Ders., *Freiheit in unserer Zeit. Reden und Aufsätze*, hrsg. v. Günter Reichert, München 1980.
- Ders., *Programm für ein besseres Hessen (1970)*, in: Ders., *Freiheit in unserer Zeit. Reden und Aufsätze*, hrsg. v. Günter Reichert, München 1980, S. 53–64.
- Dubiel, Helmut, *Was ist Neokonservatismus?*, Frankfurt a. M. 1985.
- Dufhues, Hermann Josef, *Der Evangelische Arbeitskreis und die CDU*, in: *Evangelische Verantwortung* 10/12 (1962), S. 13–14.
- Ders., *Christen in der Demokratie. Die CDU als Weltanschauungspartei*, in: *Die politische Meinung* 9/96 (1964), S. 15–25.
- Durand, Jean-Dominique (Hrsg.), *Christian Democrat Internationalism. Its Action in Europe and Worldwide from Post World War II until the 1990s*, Bruxelles 2013.

- Dürrenmatt, Peter, *Konservative Politik*, in: *Deutsche Rundschau* 77 (1951), S. 216–221.
- Ders., *Europa wird konservativ sein – oder es wird nicht sein*, in: *Der Monat* 14/166 (1962), S. 32–36.
- Duve, Freimut, *Vorbemerkung der Redaktion*, in: Iring Fetscher und Horst Eberhard Richter (Hrsg.), *Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe*, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 7–8.
- Eden, Anthony, *Leader's Speech. Conservative Party Conference, Llandudno 1956*, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=106> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Edward Heath in Conversation with Robin Day, in: *The Listener*, 26. 6. 1969, S. 893–896.
- Ein evangelisches Unbehagen in der CDU, in: *Christ und Welt*, 1. 6. 1962.
- „Entscheidung für Freiheit“. Dr. Adenauers Programmrede auf dem Parteitag der CDU in Kiel, in: *Union in Deutschland* 12/39 (1958), S. 1–2.
- Eppler, Erhard, *Ende und Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*, Stuttgart u. a. 31975.
- Ders., *Konservatismus und Ökologie in der Bundesrepublik. Thesen*, in: Eike Hennig (Hrsg.), *Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit? Für Iring Fetscher*, München u. a. 1983, S. 254–256.
- Epstein, Klaus, *The Genesis of German Conservatism*, Princeton 1966.
- Erhard, Ludwig, *Das gesellschaftspolitische Leitbild der CDU/CSU*, in: Vorstand des Bundesausschusses der CDU für Wirtschaftspolitik und dem Vorstand des Wirtschaftsbeirates der Union e.V. (Hrsg.), *Die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU. Auszüge aus den Grundsatzreferaten vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 18. Juli 1957 in Frankfurt a. M.*, Bonn 1957, S. 37–47.
- Ders., *Wohlstand für alle*, Düsseldorf 1957.
- Ders., *Die neue Mitte – eine blutleere Formel*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 22. 1. 1973.
- Ders., *Eine Wirtschaftspolitik im Dienste der Person und des Wohlergehens aller*, NEI-Kongress, Scheveningen, 8.–9. 5. 1958, Auszüge aus dem Bericht und der anschließenden Diskussion, Dokument 170, in: Michael Gehler und Wolfram Kaiser (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965*, München 2004, S. 524–528.
- Ders., Kurt Brüß und Berthard Hagemeyer (Hrsg.), *Grenzen der Demokratie? Probleme und Konsequenzen der Demokratisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Düsseldorf 1973.
- Ermert, Karl (Hrsg.), *Politische Sprache. Maßstäbe ihrer Bewertung. Tagung vom 9.–11. November 1979, Rehburg-Loccum 1979*.
- „Es war chic, gegen die CDU zu sein“. *Christ und Welt-Interview mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl*, in: *Christ und Welt*, 31. 10. 1969.
- Etzel, Franz, *Begrüßung*, in: Vorstand des Bundesausschusses der CDU für Wirtschaftspolitik und dem Vorstand des Wirtschaftsbeirates der Union e.V. (Hrsg.), *Die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU. Auszüge aus den Grundsatzreferaten vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 18. Juli 1957 in Frankfurt a. M.*, Bonn 1957, S. 3–5.
- Europäische Volkspartei. *Politisches Programm*, 7. 3. 1978, in: Martin Bangemann, Roland Bieber, Egon Klepsch und Horst Seefeld (Hrsg.), *Programme für Europa. Die Programme der europäischen Parteibünde zur Europa-Wahl 1979*, Bonn 1978, S. 181–218.
- Europäisches Parlament (Hrsg.), *Europäisches Parlament. Verhandlungen. Ausführliche Sitzungsberichte. Ausgabe in deutscher Sprache, Sitzungsperiode 1962/63, Sitzungen vom 19. bis 23. November 1962, III/63, Nr. 60*, Luxemburg 1963.
- Fairlie, Henry, *Tories Turning Left?*, in: *Encounter*, September 1962, S. 67–70.
- Faltheuser, Kurt und Edmund Stoiber (Hrsg.), *Politik aus Bayern*, Stuttgart 1976.
- Fast tierischer Hass*, in: *Der Spiegel*, 22. 4. 1964.
- Feiling, Keith, *What is Conservatism?*, London 1930.
- Fetscher, Iring, *Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik*, in: Ders. (Hrsg.), *Rechtsradikalismus*, Frankfurt a. M. 1967, S. 11–29.
- Ders. (Hrsg.), *Rechtsradikalismus*, Frankfurt a. M. 1967.
- Ders., *Konservative Reflexionen eines Nicht-Konservativen*, in: *Merkur* 27/9 (1973), S. 911–919.
- Ders., *Vom Recht man selbst zu bleiben*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 23. 11. 1973.

- Ders., Was ist schlecht an der „Leistungsgesellschaft“?, in: Iring Fetscher und Horst Eberhard Richter (Hrsg.), Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 60–68.
- Ders., Wert-Konservatismus und die Dialektik des Fortschritts, in: Die neue Gesellschaft 23 (1976), S. 28–30.
- Ders., Widersprüche im Neokonservatismus, in: Merkur 34 (1980), S. 107–122.
- Ders. (Hrsg.), Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983.
- Ders. und Horst Eberhard Richter (Hrsg.), Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe, Reinbek bei Hamburg 1976.
- Filbinger, Hans, Freiheit – Strukturen und Werte, Stuttgart 1976.
- Fischer, Leonhard, Vom Verlust der Autorität, in: Scheidewege 4 (1974), S. 166–178.
- Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg ³1976.
- Forsthooff, Ernst, Die Bundesrepublik Deutschland. Umriss einer Realanalyse, in: Merkur 14/9 (1960), S. 807–821.
- Ders. und Reinhard Hörstel (Hrsg.), Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974, Königstein 1974.
- Frank-Planitz, Ulrich, Gralshüter des hohen C, in: Christ und Welt, 4. 3. 1966.
- Ders., Selbstauflösung der Union. Die CDU pakt Formeln der Ohnmacht, in: Christ und Welt, 16. 9. 1966.
- Ders., Gestützte Flügel der Opposition?, in: Christ und Welt, 21. 11. 1969.
- Franz, Corinna (Hrsg.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. 1. Teilband: September 1961–Juli 1963, Düsseldorf 2004.
- Franz, Otmar (Hrsg.), Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1975.
- Franzel, Emil, Abendländische Revolution. Geist und Schicksal Europas, Bratislava 1936.
- Ders., Fortinbras. Ansichten eines Konservativen, Würzburg 1971.
- Ders., Die deutschen Konservativen nach dem 17. Mai 1972 oder: Die geprellte Rechte, in: Críticón 2 (1972), S. 149–151.
- Ders., Gegen den Wind der Zeit. Erinnerungen eines Unbequemen, München 1983.
- Fredericia, Walter, Gegen den Fortschrittsglauben. Über die Schwierigkeiten, die es macht, konservativ zu denken, in: Die Zeit, 27. 11. 1952.
- Freund, Julien, Anarchie führt zu Diktatur. Was von Herbert Marcuses Philosophie übrig geblieben ist, in: Die politische Meinung 18/148 (1973), S. 16–24.
- Freyer, Hans, Revolution von rechts, Jena 1931.
- Ders., Weltgeschichte Europas. Bd. 2, Wiesbaden 1948.
- Ders., Politische Grundbegriffe an ihrem Ursprung aufgesucht. Demokratie, Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus, Wiesbaden 1951.
- Ders., Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955.
- Ders., Der Fortschritt und die haltenden Mächte (1952), in: Ders., Herrschaft, Planung und Technik. Aufsätze zur politischen Soziologie, hrsg. v. Elfriede Üner, Weinheim 1987, S. 73–83.
- Ders., Herrschaft, Planung und Technik. Aufsätze zur politischen Soziologie, hrsg. v. Elfriede Üner, Weinheim 1987.
- Fürst von Waldburg zu Zeil, Georg, Aufgabe und bisherige Arbeit der Akademie, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt 1956, München 1956, S. 9–11.
- Gadamer, Hans-Georg (Hrsg.), Das Problem der Sprache, München 1967.
- Gaddum, Johann Wilhelm, Der Bürger und sein Staat – Betrachtungen eines Finanzministers über Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftlicher Freiheit, in: Otmar Franz (Hrsg.), Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1975, S. 116–135.
- Gale, George, What Is Conservatism?, in: The Spectator, 6. 1. 1979.
- Gamble, Andrew, Thatcherism and Conservative Politics, in: Stuart Hall (Hrsg.), The Politics of Thatcherism, London 1983, S. 109–131.
- Gaupp-Berhausen, Georg von, Vorwort, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt 1956, München 1956, S. 8.

- Gehlen, Arnold, Zu Hans Freyers Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, in: *Merkur* 9/6 (1955), S. 578–582.
- Gehlen, Arnold, Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, Frankfurt a. M. ²1970.
- Ders., Über Sprachlosigkeit und Lüge, in: Ders., Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, Frankfurt a. M. ²1970, S. 177–185.
- Ders., Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. 2004.
- Ders., Tradition und Fortschritt (1959), in: Ders., Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. 2004, S. 410–419.
- Geis, Walter, Konservativ sein und fortschrittlich, in: *Rheinischer Merkur*, 20. 12. 1968.
- Geißler, Heiner, Katholische Soziallehre und politische Praxis, [Mainz] 1975.
- Ders., Die neue soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg im Breisgau u. a. 1976.
- Ders., Generationenkonflikt – Neue Dimension gesellschaftlicher Auseinandersetzung?, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), *Schrumpfende Bevölkerung, wachsende Probleme? Ursachen – Folgen – Strategien*, München und Wien 1978, S. 239–246.
- Ders. (Hrsg.), *Recht sichert die Freiheit. Perspektiven der Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1978.
- Ders., Für eine neue Perspektive in der Umweltpolitik, in: Ders. (Hrsg.), *Optionen auf eine lebenswerte Zukunft. Analysen und Beiträge zu Umwelt und Wachstum*, München und Wien 1979, S. 13–19.
- Ders. (Hrsg.), *Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, Frankfurt a. M. u. a. 1979.
- Ders. (Hrsg.), *Optionen auf eine lebenswerte Zukunft. Analysen und Beiträge zu Umwelt und Wachstum*, München und Wien 1979.
- Ders., *Mut zur Alternative*, hrsg. v. Meinhard Ade und Warnfried Dettling, München 1981.
- Geist und Ungeist der amtlichen Vokabeln, in: *Christ und Welt*, 6. 11. 1958.
- Geistig stramm sein (Interview mit Armin Mohler), in: Claus Leggewie (Hrsg.), *Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin 1987, S. 200–204.
- Gerstenberger, Heide, *Der revolutionäre Konservatismus. Ein Beitrag zur Analyse des Liberalismus*, Berlin 1969.
- Gerstenmaier, Eugen, Darf sich die CDU christlich nennen?, in: *Politisches Jahrbuch der CDU/CSU* 3 (1957), S. 14–18.
- Ders., *Verschleuderung des christlichen Namens? Eine Disputation mit Helmut Gollwitzer*, Bonn 1960.
- Ders., *Verschleuderung des christlichen Namens? Eine Disputation mit Prof. Helmut Gollwitzer*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. 11. 1960.
- Ders., *Freiheit – Wozu? Rede auf dem Kulturkongress der CDU/CSU in Gelsenkirchen* 28. November 1960, in: Ders., *Reden und Aufsätze*, hrsg. v. Evangelischen Verlagswerk, Stuttgart 1962, S. 163–189.
- Ders., *Reden und Aufsätze*, hrsg. v. Evangelischen Verlagswerk, Stuttgart 1962.
- Ders., Was heißt heute konservativ?, in: *Der Monat* 14/166 (1962), S. 27–30.
- Ders., *Wider die Ächtung der Autorität. Rede auf der „Evangelischen Woche“ in Nürnberg* am 20. Mai 1960, in: Ders., *Reden und Aufsätze*, hrsg. v. Evangelischen Verlagswerk, Stuttgart 1962, S. 41–59.
- Gestorben: Marcel Hepp, in: *Der Spiegel*, 19. 10. 1970.
- Gewandt, Heinrich (Hrsg.), *Die Zukunft des Mittelstandes. Strukturpolitik in einer dynamischen Wirtschaft*, Düsseldorf 1969.
- Gilmour, Ian, *Inside Right. A Study of Conservatism*, London 1977.
- Ders., *Doing Things in the Conservative Way*, in: *The Times*, 15. 2. 1978.
- Ders., *Britain Can Work*, Oxford 1983.
- Glaser, Hermann, Links friert die Sprache ein, in: *Christ und Welt*, 11. 7. 1969.
- Ders., *Die Mitte und rechts davon. Bemerkungen zur Tendenzwende in der Bundesrepublik*, in: *APUZ* B42 (1974), S. 14–36.
- Gollwitzer, Helmut, *Christ und Bürger in der Bundesrepublik. Eine Disputation mit Eugen Gerstenmaier*, Dortmund 1960.

- Ders., Die sich selbst betrügen, in: Wolfgang Weyrauch (Hrsg.), Ich lebe in der Bundesrepublik. Fünfzehn Deutsche über Deutschland, München 1960, S. 123–140.
- Gölter, Georg und Elmar Pieroth (Hrsg.), Die Union in der Opposition. Analyse – Strategie – Programm, Düsseldorf 1970.
- Gorschenek, Günter (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977.
- Graf Westarp, Michael-Viktor, Konservatismus – eine Strategie zur Vermeidung des Faschismus?, in: Das Argument 9/10 (1973), S. 830–834.
- Grebing, Helga, Moderner Konservatismus? Bemerkungen zu einigen Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 21/5 (1970), S. 298–302.
- Dies., Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt a. M. 1971.
- Dies., Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, in: Martin Greiffenhagen, Helga Grebing, Johann Baptist Müller und Christian von Krockow (Hrsg.), Konservatismus – eine deutsche Bilanz, München 1971, S. 33–66.
- Dies., Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart u. a. 1974.
- Dies., Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, in: Hans-Gerd Schumann (Hrsg.), Konservatismus, Köln 1974, S. 290–314.
- Dies., Was ist vom Anspruch der Neo-Konservativen auf eine neue Theorie geblieben?, in: Die neue Gesellschaft 23 (1976), S. 20–23.
- Dies., Erneuerung des Konservatismus?, in: Politische Vierteljahresschrift 19 (1978), S. 372–391.
- Dies., Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945. Eine Kritik, Stuttgart u. a. 1986.
- Dies. (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000.
- Dies., Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: Dies. (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 355–595.
- Greiffenhagen, Martin, Das Dilemma des Konservatismus, in: Siegfried Wendt (Hrsg.), Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart. Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen. Eine Festschrift für Friedrich Lenz, Berlin 1961, S. 13–59.
- Ders., Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971.
- Ders. (Hrsg.), Der neue Konservatismus der siebziger Jahre, Reinbek bei Hamburg 1974.
- Ders., Neokonservatismus in der Bundesrepublik, in: Ders. (Hrsg.), Der neue Konservatismus der siebziger Jahre, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 7–22.
- Ders., Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik, Hamburg 1975.
- Ders., Konservativ: gut oder schlecht?, in: Vorwärts, 11. 9. 1980.
- Ders., Helga Grebing, Johann Baptist Müller und Christian von Krockow, Konservatismus – eine deutsche Bilanz, München 1971.
- Greiner, Ulrich, Die Falte im Gewand des Alls, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. 7. 1974.
- Gross, Johannes, Die unmögliche CDU-Reform, in: Die Zeit 8. 6. 1962.
- Ders., Die CDU und ihre Scheinprobleme, in: Evangelische Verantwortung 12/11 (1964), S. 6–8.
- Ders., Die CDU und ihre Lorbeerbäume, in: Christ und Welt, 3. 4. 1964.
- Ders., Das große C wird immer kleiner. Auswertung einer Wahl, in: Christ und Welt, 16. 10. 1964.
- Grube, Frank und Gerhard Richter, Einleitung. Renaissance des Konservatismus, in: Gerhard Richter und Frank Grube (Hrsg.), Die Utopie der Konservativen. Antworten auf Helmut Schelskys konservatives Manifest, München 1974, S. 7–11.
- Gründel, Johannes, Die progressive Funktion des christlichen Glaubens und ihre gesellschaftspolitische Relevanz, in: Peter Gutjahr-Löser und Theo Waigel (Hrsg.), Die Grundsatzdiskussion in der CSU. Studien – Berichte – Dokumente, München und Wien 1977 und 1981, S. 41–54.
- Grundsatzprogramm „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“, verabschiedet vom Bundesparteitag der CDU, Ludwigshafen 23.–25. Oktober 1978, URL: www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union (1976), hrsg. v. CSU-Landesleitung, München 1979.
- Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, URL: <http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/1957-Grundsatzprogramm.pdf> [abgerufen am 30. 4. 2009].

- Gundlach, Gustav, Konservatismus und antiliberale Konjunktur, in: Stimmen der Zeit 123 (1932), S. 289–299.
- Ders., Konservative Haltung in der politischen Existenz, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt 1956, München 1956, S. 27–39.
- Günther, A. E., Nationalismus, in: Deutsches Volkstum 7, Juli 1927, S. 499.
- Gutjahr-Löser, Peter und Theo Waigel (Hrsg.), Die Grundsatzdiskussion in der CSU. Studien – Berichte – Dokumente, 2 Bde., München und Wien 1977 und 1981.
- Guttenberg, Karl Theodor von, Was heißt konservative Politik heute?, in: Julius H. Schoeps und Christopher Dannemann (Hrsg.), Formeln deutscher Politik. Sechs Praktiker stellen sich: Walter Scheel, Hans Reif, Freiherr von und zu Guttenberg, Armin Mohler, Günther Müller, Hans-Jürgen Wischnewski, München und Esslingen 1969, S. 75–89.
- Haberma, Jürgen, Der Verrat und die Maßstäbe. Wenn Jungkonservative alt werden, in: Deutsche Universitätszeitung, 15. 10. 1956, S. 8–11.
- Ders., Nachgeahmte Substantialität. Eine Auseinandersetzung mit Arnold Gehlens Ethik, in: Merkur 24/4 (1970), S. 313–327.
- Ders., Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1979, S. 7–35.
- Ders. (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1979.
- Ders., Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik. Über eine Bewegung von Intellektuellen in zwei politischen Kulturen, in: Merkur 36 (1982), S. 1045–1061.
- Ders., Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik (1982), in: Ders., Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V, Frankfurt a. M. 1985, S. 30–56.
- Ders., Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V, Frankfurt a. M. 1985.
- Hahn, Karl Josef, Konsequenz durchgehaltene politische Grundpositionen, in: Winfried Becker und Egon Klepsch (Hrsg.), Zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Europa, Melle 1990, S. 39–42.
- Ders., Bericht über die Lage der christlich-demokratischen Parteien, NEI-Kongress, Freiburg/D, 28.–30. 5. 1959, Dokument 176, in: Michael Gehler und Wolfram Kaiser (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965, München 2004, S. 543–550.
- Ders., Die geistigen Grundlagen der christlich demokratischen Politik, Bericht, NEI-Kongress, Luzern, 12.–14. 10. 1961, Dokument 192, in: Michael Gehler und Wolfram Kaiser (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965, München 2004, S. 599–605.
- Ders., Die Haltung der christdemokratischen Parteien zu einer eventuellen Zusammenarbeit mit den Konservativen Parteien, 12. 2. 1964, Dokument 209, in: Michael Gehler und Wolfram Kaiser (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965, München 2004, S. 658–660.
- Hahn, Wilhelm, Die CDU als Problem der evangelischen Theologie, in: Evangelische Verantwortung 10/11 (1962), S. 3–7.
- Ders. (Hrsg.), Demokratische Bewährung. Beiträge zur Verantwortung in Kirche, Politik und Bildung, Bad Godesberg 1965.
- Ders., Die CDU als Problem der evangelischen Theologie, in: Ders. (Hrsg.), Demokratische Bewährung. Beiträge zur Verantwortung in Kirche, Politik und Bildung, Bad Godesberg 1965, S. 79–96.
- Ders., Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981.
- Hahne, H., Konservative Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 10. 1953.
- Hall, Stuart, The Great Moving Right Show, in: Marxism Today January (1979), S. 14–20.
- Ders. (Hrsg.), The Politics of Thatcherism, London 1983.
- Ders., The Great Moving Right Show, in: Ders., The Hard Road to Renewal. Thatcherism and the Crisis of the Left, London und New York 1988, S. 39–56.
- Hamm-Brücher, Hildegard, Kann die FDP überleben? Gedanken zur Zukunft des Liberalismus in Deutschland, in: Die Zeit, 9. 9. 1966.

- Harppecht, Klaus, Verteidigung des Altmodischen, in: Der Monat 14/165 (1962), S. 59–63.
- Ders., Wer kann die CDU retten?, in: Christ und Welt, 20. 8. 1965.
- Harris, Ralph, The Morality of Capitalism, in: Rhodes Boyson (Hrsg.), Right Turn. A Symposium on the Need to End the ‚Progressive‘ Consensus in British Thinking and Policy, Enfield 1970, S. 14–27.
- Hassel, Kai-Uwe von, The Swinton Lecture 1972. Conservatism and Christian Democracy in Europe, in: Swinton Journal 18/3 (1972), S. 14–26.
- Hayek, Friedrich v., Liberale und Konservative, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 10. 1971.
- Heath, Edward, Old World, New Horizons. Britain, the Common Market, and the Atlantic Alliance, London 1970.
- Ders., Leader’s Speech. Conservative Party Conference, Blackpool 1968, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=115> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Ders., Leader’s Speech. Conservative Party Conference, Blackpool 1970, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=117> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Ders., Leader’s Speech. Conservative Party Conference, Brighton 1965, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=112> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Ders., Leader’s Speech. Conservative Party Conference, Brighton 1967, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=114> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Heath’ New Socialism, in: The Spectator, 20. 1. 1973.
- Heck, Bruno, Demokraten oder Demokratisierte? Eine notwendige Auseinandersetzung, in: Die politische Meinung 14/128 (1969), S. 11–18.
- Ders., Wozu noch Christ sein? Denken und Handeln in dieser Welt, in: Die politische Meinung 16 (1971), S. 9–18.
- Ders., Das Unverlierbare und das Neue. Eine Antwort auf die sozialistische Herausforderung, in: Die politische Meinung 18/150 (1973), S. 49–61.
- Ders., Vorwort des Herausgebers, in: Die politische Meinung 18, Sonderheft (1973), S. 3–4.
- Ders., Auf festem Grund. Aufsätze und Reden, hrsg. v. Ludolf Herrmann, Stuttgart 1977.
- Ders., Nachdenken über die Rebellion (1974), in: Ders., Auf festem Grund. Aufsätze und Reden, hrsg. v. Ludolf Herrmann, Stuttgart 1977, S. 164–173.
- Ders., Vorschlag zur Parteienkooperation, 12. 6. 1958, Dokument 172, in: Michael Gehler und Wolfram Kaiser (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965, München 2004, S. 529.
- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Bd. 1–5, 1949–1969, hrsg. v. Helge Heidemeyer u. a., Düsseldorf 1998–2011.
- Heigert, Hans, Was bietet die Union?, in: Süddeutsche Zeitung, 21. 6. 1975.
- Held, Robert, Eine Falle für die Union, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 7. 1974.
- Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat. Festschrift zu seinem 50. Geburtstag am 18. August 1958, gewidmet von seinen Freunden in der Deutschen Partei, Braunschweig 1958.
- Ders., Niedersachsens deutsche Aufgabe. Rede auf dem Landesparteitag der Niedersächsischen Landespartei am 24. Mai 1946, in: Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat. Festschrift zu seinem 50. Geburtstag am 18. August 1958, gewidmet von seinen Freunden in der Deutschen Partei, Braunschweig 1958, S. 9–24.
- Hennig, Eike (Hrsg.), Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit? Für Iring Fetscher, München u. a. 1983.
- Hennis, Wilhelm, Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform, München 1968.
- Ders., Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre, München 1968.
- Ders., Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Ein deutsches Problem, Tübingen 1968.
- Ders., Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, Köln 1970.
- Ders., Schleichworte demokratisch, in: Süddeutsche Zeitung, 31. 7. 1971.
- Ders., Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, in: Ders., Die missverstandene Demokratie. Demokratie – Verfassung – Parlament. Studien zu deutschen Problemen, Freiburg im Breisgau und Basel u. a. 1973, S. 26–51.
- Ders., Die missverstandene Demokratie. Demokratie – Verfassung – Parlament. Studien zu deutschen Problemen, Freiburg im Breisgau und Basel u. a. 1973.

- Ders., Krieg und Ziele, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 20. 6. 1973.
- Ders., Tocquevilles „Neue Politische Wissenschaft“, in: Justin Stagl (Hrsg.), Aspekte der Kultursoziologie. Aufsätze zur Soziologie, Philosophie, Anthropologie und Geschichte der Kultur. Festschrift für Mohammed Rassem, Berlin 1982, S. 385–407.
- Henrich, Dieter, Einleitung, in: Edmund Burke (Hrsg.), Betrachtungen über die französische Revolution. In der deutschen Übertragung von Friedrich Gentz bearbeitet und mit einem Nachwort von Lore Iser, Frankfurt a. M. 1967, S. 7–21.
- Hepp, Marcel, Der Atomsperrvertrag. Die Supermächte verteilen die Welt, Stuttgart 1968.
- Ders., Für Gesetz und Ordnung, in: Bayernkurier, 21. 12. 1968.
- Herausforderungen unserer Zeit. Dokumentation: Bericht der Grundsatzkommission, in: Union in Deutschland 39 (1972), S. 25–34.
- Herbert Gruhl – unter den Karawanen der Blinden. Schlüsseltexte, Interviews und Reden (1976–1993), hrsg. v. Volker Kempf, Frankfurt a. M. 2005.
- Heringer, Hans Jürgen (Hrsg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982.
- Herrmann, Ludolf, Das Gewitter blieb aus, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 27. 6. 1975.
- Ders., Ein Kompendium voll ewiger Wahrheiten, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 2. 5. 1976.
- Herwarth, Hans von, Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen, Berlin u. a. 1990.
- Hildebrand, Dietrich von, Konservatismus – Progressismus. Eine falsche Alternative. Vortrag, gehalten in Salzburg am 6. August 1967, Regensburg [1967].
- Himmelheber, Max, In memoriam Friedrich Georg Jünger, in: Scheidewege 7 (1977), S. 454–455.
- Hockerts, Hans Günter, Konservatismus – Sand im Getriebe des Fortschritts? Eine Auseinandersetzung mit neuer Konservatismus-Literatur, in: APUZ B4 (1974), S. 3–18.
- Hoeres, Walter, Kritischer Rationalismus als konservative Kraft? Ernst Topitsch als Bundesgenosse, in: Criticón 6 (1976), S. 271–274.
- Hofmann, Gunter, Die Neue Rechte. Personen und Gruppierungen in der CDU/CSU, in: Redaktion der Frankfurter Hefte (Hrsg.), Die Aussichten der Republik, Frankfurt a. M. 1980, S. 77–86.
- Hofmannsthal, Hugo von, Ein Brief, in: Ders., Erzählungen, erfundene Gespräche und Briefe, Reisen, hrsg. v. Bernd Schoeller und Rolf Hirsch, Frankfurt a. M. 1979, S. 461–472.
- Ders., Erzählungen, erfundene Gespräche und Briefe, Reisen, hrsg. v. Bernd Schoeller und Rolf Hirsch, Frankfurt a. M. 1979.
- Hogg, Quintin, The Case for Conservatism, Harmondsworth 1947.
- Ders., The Conservative Case, Harmondsworth 1959.
- Ders., New Charter. Some Proposals for Constitutional Reform, London 1969.
- Home Rule, in: The Daily Telegraph, 17. 11. 1963.
- Höpker, Wolfgang, Der konfessionelle Alldruck der CDU, in: Christ und Welt, 13. 1. 1961.
- Howell, David, Modern Conservatism in Search of its Principles, in: Crossbow 6/24 (1963), S. 21–26.
- Ders., A New Style of Government. A Conservative View of the Tasks of Administrative, Financial and Parliamentary Reform Facing an Incoming Government, London 1970.
- Ders., The Best Way for the Tories to Get Back on Their Feet, in: The Times, 14. 3. 1975.
- Ders., Time to Move on. An Opening to the Future for British Politics, London 1976.
- Ders. und Timothy Raison, Principles in Practice. A Series of Bow Group Essays for the 1960s, London 1961.
- Hunt, David, Unser Cadenabbia, in: Hartmut Mayer und Thomas Bernd Stehling (Hrsg.), Deutsch-britische Beziehungen und „der Mythos Cadenabbia“, St. Augustin und Berlin 2005, S. 35–48.
- Hurd, Douglas, Memoirs, London 2003.
- Im Stil der Zeit, in: Der Spiegel, 21. 7. 1965.
- Inglehart, Ronald, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.
- Ingrim, Robert, Die Stunde des Konservatismus, in: Neues Abendland 8 (1953), S. 175–176.
- Intellectuals and Conservatism. A Symposium, in: Swinton Journal 14/2 (1968), S. 9–35.
- Jamieson, Bill, The Whiggery of Sir Keith, in: The Spectator, 12. 4. 1975.
- Jasper, Gotthard (Hrsg.), Tradition and Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson, dargebracht von Freunden, Kollegen und Schülern, Frankfurt a. M. 1976.

- Jenkins, Peter, *Tory Search for a Soul*, in: *The Guardian*, 16. 7. 1968.
- Joseph, Keith, *Reversing the Trend. A Critical Re-Appraisal of Conservative Economic and Social Policies. Seven Speeches*, Chichester 1975.
- Ders., *The Economics of Freedom*, in: Keith Joseph, Angus Maude und Ian Percival (Hrsg.), *Freedom and Order. Three Cambridge Studies Based on Lectures Presented to the CPC Summer School at Cambridge, London 1975*, S. 5–24.
- Ders., *Why Britain Needs a Social Market Economy*, London 1975.
- Ders., *Stranded on the Middle Ground? Reflections on Circumstances and Policies*, London 1976.
- Ders., Angus Maude und Ian Percival, *Freedom and Order. Three Cambridge Studies Based on Lectures Presented to the CPC Summer School at Cambridge, London 1975*.
- Jung, Edgar Julius (Hrsg.), *Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntenen Politikers*, München 1932.
- Ders., *Deutschland und die konservative Revolution*, in: Ders. (Hrsg.), *Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntenen Politikers*, München 1932, S. 369–383.
- Jung, Harald und Eckart Spoo, *Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik*, München 1971.
- Jünger, Ernst, *Rivarol. Leben und Werk (1955)*, in: Ders., *Sämtliche Werke. Bd. 14: Essays VIII: Ad hoc*, Stuttgart 1978, S. 210–255.
- Ders., *Sämtliche Werke. Bd. 14: Essays VIII: Ad hoc*, Stuttgart 1978.
- Jünger, Friedrich Georg, *Die vollkommene Schöpfung. Natur oder Naturwissenschaft?*, Frankfurt a. M. 1969.
- Kafka, Gustav Eduard, *Christliche Parteien und katholische Kräfte*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Katholiken vor der Politik, Freiburg im Breisgau 1958*, S. 133–146.
- Ders. (Hrsg.), *Die Katholiken vor der Politik, Freiburg im Breisgau 1958*.
- Kahl, Joachim, *Positivismus als Konservatismus. Eine philosophische Studie zu Struktur und Funktion der positivistischen Denkweise am Beispiel Ernst Topitsch*, Köln 1976.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus, *Rezension zu: Herbert Marcuse, Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie*, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 48 (1962), S. 601–602.
- Ders., *Das Rätsel Lenin. Rezension zu Louis Fischer: Das Leben Lenins*, in: *Merkur* 19/12 (1965), S. 1201–1203.
- Ders., *Weltrevolution oder Nationalstaat*, in: *Die Zeit*, 18. 6. 1965.
- Ders., *Die Entstalinisierung begann unter Stalin*, in: *Die Zeit*, 8. 10. 1965.
- Ders., *Ältervater und Novalis. Leben und Werk Franz von Baaders*, in: Franz von Baader (Hrsg.), *Sätze aus der erotischen Philosophie und andere Schriften*, hrsg. v. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Frankfurt a. M. 1966, S. 5–28.
- Ders., *Restaurativer Staat? Reise durch die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft*, in: *Die Zeit*, 4. 2. 1966.
- Ders., *Der Denker Marcuse*, in: *Merkur* 21/7 (1967), S. 1080–1084.
- Ders., *Houston Stewart Chamberlains germanischer Mythos*, in: *gestern und heute* H. 31 (1967), S. 39–61.
- Ders., *Ludwig Klages oder der Weltschmerz des technischen Zeitalters*, München 1967.
- Ders., *Und bis zum Morgen ist noch lange Zeit*, in: *Merkur* 22/9 (1968), S. 869–872.
- Ders., *Abenteuer der Dialektik*, in: *Die Zeit*, 15. 3. 1968.
- Ders., *Was Marx wirklich sagte...*, in: *Die Zeit*, 3. 5. 1968.
- Ders., *Magna charta der roten Monsignores*, in: *Die Zeit*, 3. 6. 1968.
- Ders., *Im Angesicht des Leviathan. Vom Mut eines tschechischen Denkers – Dialog zwischen Liberalen und Marxisten*, in: *Die Zeit*, 30. 8. 1968.
- Ders., *Prinzipielle oder experimentelle Utopie? Ernst Blochs Messianismus*, in: *Wort und Wahrheit* 24 (1969), S. 257–272.
- Ders., *Vom Weltschmerz des technischen Zeitalters. Ludwig Klages und Theodor Lessing*, in: *Tribüne* 8/29 (1969), S. 3126–3146.
- Ders., *Von Dostojewski zum Dritten Reich. Arthur Moeller van den Bruck und die „Konservative Revolution“*, in: *Politische Studien* 20 (1969), S. 184–200.
- Ders., *Das Lustprinzip Revolution. Michail Bakunin und der Anarchismus*, in: *Wort und Wahrheit* 25 (1970), S. 248–265.

- Ders., Hegel heute, in: Ders. (Hrsg.), Hegel und die Folgen, Freiburg im Breisgau 1970, S. 9–15.
- Ders. (Hrsg.), Hegel und die Folgen, Freiburg im Breisgau 1970.
- Ders., Vorbild oder Verführer? Über den politischen Einfluss der Philosophie Herbert Marcuses, in: Wort und Wahrheit 25 (1970), S. 46–60.
- Ders., Zwischen Anarchie und Mystik. Hugo Balls Kritik der deutschen Intelligenz, in: Hugo Ball (Hrsg.), Zur Kritik der deutschen Intelligenz, hrsg. v. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, München 1970, S. 9–29.
- Ders., Absage an den Fortschritt, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 31. 12. 1971.
- Ders., Der schwierige Konservatismus, in: Ders. (Hrsg.), Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg im Breisgau 1972, S. 19–54.
- Ders. (Hrsg.), Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg im Breisgau 1972.
- Ders., Was ist Konservatismus?, in: Konservativ heute 3 (1972), S. 310–316.
- Ders., Zehn Gebote für Konservative, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 15. 9. 1972.
- Ders., Brauchen Konservative eine Theorie?, in: Die politische Meinung 18/150 (1973), S. 29–35.
- Ders., Der Konservative und die Freiheit, in: Zeitbühne 2 (1973), S. 36–40.
- Ders. (Hrsg.), Konservatismus international, Stuttgart 1973.
- Ders., Schöpferischer Konservatismus und konservative Aktion heute, in: Ders. (Hrsg.), Konservatismus international, Stuttgart 1973, S. 255–270.
- Ders., Schöpferischer Konservatismus und Konservative Aktion heute, in: Criticón 3/20 (1973), S. 247–256.
- Ders., Zehn Thesen über Konservatismus, in: Zeitbühne 2/9 (1973), S. 37–42.
- Ders., Gibt es eine konservative Theorie?, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 26. 10. 1973.
- Ders., Der Kampf um die Sprache, in: Zeitbühne 3/7 (1974), S. 34–38.
- Ders. (Hrsg.), Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen, Freiburg im Breisgau 1974.
- Ders., Gibt es eine konservative Theorie?, in: APUZ B42 (1974), S. 3–13.
- Ders., Mani und die Manichäer, in: Scheidewege 4 (1974), S. 93–112.
- Ders. (Hrsg.), Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende, Freiburg im Breisgau und Wien u. a. 1974.
- Ders., Plädoyer für Vilfredo Pareto, in: Politische Studien 25 (1974), S. 125–136.
- Ders., Thomas von Aquin und die Gesellschaft, in: Scheidewege 4 (1974), S. 635–665.
- Ders., Vorwort des Herausgebers, in: Ders. (Hrsg.), Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen, Freiburg im Breisgau 1974, S. 7–16.
- Ders., Vorwort des Herausgebers, in: Ders. (Hrsg.), Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende, Freiburg im Breisgau und Wien u. a. 1974, S. 7–10.
- Ders., Was ist „reaktionär“?, in: Zeitbühne 3/5 (1974), S. 34–37.
- Ders., Die neue Rechte – politisch heimatlos, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 28. 6. 1974.
- Ders., Muss ein Christ „links“ stehen?, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 27. 12. 1974.
- Ders., Brauchen wir die Geschichte? Zur Krise des historischen Bewusstseins, in: Die politische Meinung 20 (1975), S. 59–66.
- Ders., Christlich = konservativ?, in: Ders., Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts, Herford und Berlin 1975, S. 51–80.
- Ders., Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts, Herford und Berlin 1975.
- Ders., Einleitung, in: Ders., Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts, Herford und Berlin 1975, S. 7–12.
- Ders., Franz von Baader. Der Konservative zwischen Mystik und Politik, in: Ders., Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts, Herford und Berlin 1975, S. 181–199.
- Ders., Gibt es eine konservative Tendenzwende?, in: Ders., Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts, Herford und Berlin 1975, S. 131–156.
- Ders., Ludwig Klages. Der Konservative als Seelenforscher, Kosmiker und Untergangsdenkler, in: Ders., Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts, Herford und Berlin 1975, S. 247–265.
- Ders., Novalis. Der Konservative als Romantiker, in: Ders., Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts, Herford und Berlin 1975, S. 169–180.

- Ders., Prospektiver Konservatismus. Vorläufige Bemerkungen zu einer konservativen Theorie, in: Ders., *Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts*, Herford und Berlin 1975, S. 91–109.
- Ders. (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*, Freiburg im Breisgau 1975.
- Ders., Vilfredo Pareto. Der Konservative als Aufklärer, in: Ders., *Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts*, Herford und Berlin 1975, S. 229–245.
- Ders., Zehn Gebote für Konservative und solche die es werden wollen, in: Ders., *Der schwierige Konservatismus. Definition – Theorien – Porträts*, Herford und Berlin 1975, S. 157–160.
- Ders., *Hinter den Medien-Kulissen*, in: *Zeitbühne* 5/1 (1976), S. 29–34.
- Ders. (Hrsg.), *Was ist reaktionär? Zur Dialektik von Fortschritt und Rückschritt*, Freiburg im Breisgau und Wien u. a. 1976.
- Ders., *Lob des Reaktionärs*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 11. 6. 1976.
- Ders. (Hrsg.), *Das Elend der Christdemokraten. Ortsbestimmung der politischen Mitte Europas*, Freiburg im Breisgau 1977.
- Ders., *Das Raubtier im Menschen*, in: *Zeitbühne* 7/5 (1978), S. 35–41.
- Ders., *William Blake*, in: *Scheidewege* 10 (1980), S. 480–487.
- Ders. (Hrsg.), *Antichristliche Konservative. Religionskritik von rechts*, Freiburg im Breisgau 1982.
- Ders., *Wie konservativ ist eigentlich das Christentum? Ein Vortrag aus dem Jahr 1974 (Auszug)*, in: Ders. (Hrsg.), *Antichristliche Konservative. Religionskritik von rechts*, Freiburg im Breisgau 1982, S. 82–100.
- Ders. (Hrsg.), *Im Bannkreis des Heiligen. Die Erfahrung des Göttlichen*, Freiburg im Breisgau und Wien u. a. 1986.
- Ders., *Die Seherin von Dülmen und ihr Dichter-Chronist. Clemens Brentano, Anna Katharina Emmerich und die Folgen einer seltsamen Seelen-Symbiose*, Gersau 1992.
- Ders., *Johannes ist sein Name. Priesterkönig, Gralshüter, Traumgestalt*, Zug u. a. 1993.
- Ders., *Dionysius vom Areopag. Das Unergründliche, die Engel und das Eine*, Zug 1996.
- Karnofsky, Eva-Rose, *Parteienbünde vor der Europa-Wahl 1979. Integration durch gemeinsame Wahlaussagen?*, Bonn 1982.
- Katzer, Hans, *Christlich-sozial in unserer Zeit*, in: *Ständiger Ausschuss Christlich-sozialer Arbeitnehmerkongresse* (Hrsg.), *Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongress 1960*, Köln 1960, S. 49–62.
- Ders., *Bundestagsreden*, hrsg. v. Peter Pulte, Bonn 1972.
- Ders., *Partnerschaftliche Gesellschaftspolitik. 31. Mai 1961, 3. Wahlperiode, 161. Sitzung*, in: Ders., *Bundestagsreden*, hrsg. v. Peter Pulte, Bonn 1972, S. 7–13.
- Kedourie, Elie, *Konservatism and the Conservative Party*, in: *Solon* 1/4 (1970), S. 44–49.
- Ders., *Is „Neo-Konservatism“ Viable?*, in: *Encounter* (1982), S. 24–29.
- Ders., *The Crossman Confessions. And Other Essays in Politics, History and Religion*, London u. a. 1984.
- „Keine besonderen Vorkommnisse“, in: *Die Zeit*, 17. 5. 1963.
- Kenmore, John, *Rescuing Toryism*, in: *Monday World. The Magazine of the Radical Right* (1973, Spring), S. 9–11.
- Kevenhörster, Paul und Detlef Stronk, *Falsche Alternativen. Helmut Schelsky als Mentor des Neo-Konservatismus*, in: Gerhard Richter und Frank Grube (Hrsg.), *Die Utopie der Konservativen. Antworten auf Helmut Schelskys konservatives Manifest*, München 1974, S. 83–102.
- King, Desmond S., *The New Right. Politics, Markets and Citizenship*, Basingstoke u. a. 1987.
- Kirk, Russell, *The Conservative Mind from Burke to Santayana*, Chicago ²1953.
- Ders., *Lebendiges politisches Erbe. Freiheitliches Gedankengut von Burke bis Santayana 1790–1958*, Erlenbach-Zürich 1959.
- Kitson Clark, George, *Peel and the Conservative Party. A Study in Party Politics, 1832–1841*, Hamden ²1964.
- Klein, Hans H., *Weder Anpassung noch Konfrontation. Die CDU und die persönliche Freiheit*, in: *Die politische Meinung* 18 (1973), S. 53–62.
- Klein, Josef und Eggert von Petersdorff, *Material zum Thema Politik und Sprache. (Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz, Hef 27)*, Bonn 1973.
- Klemperer, Victor, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, hrsg. v. Elke Fröhlich, Stuttgart u. a. ²⁴2010.

- Klett, Ernst, Konservativ, in: Merkur 25 (1971), S. 841–854.
- Ders., Vorwort, in: Clemens Graf Podewils (Hrsg.), Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik, Stuttgart 1975, S. 5–6.
- Klüber, Franz, Freiheitlicher Sozialismus und katholische Gesellschaftslehre in der Begegnung, in: Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 1 (1964), S. 48–64.
- Kohl, Helmut, Hausputz hinter den Fassaden. Praktikable Reformen in Deutschland, Osnabrück 1971.
- Ders., CDU – Platz in der Mitte, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 8. 1. 1971.
- Ders., Die Zukunft der Union. Überlegungen nach dem SPD-Parteitag, in: Die politische Meinung 18 (1973), S. 43–52.
- Ders., Die Volkspartei CDU, in: Ferdi Breidbach und Rüdiger May (Hrsg.), Das Soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, Düsseldorf und Wien 1975, S. 33–39.
- Ders., Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, in: Otmar Franz (Hrsg.), Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1975, S. 9–25.
- Ders., Freiheit und Gerechtigkeit – Perspektiven christlich-demokratischer Politik, in: Gerhard Mayer-Vorfelder und Hubertus Zuber (Hrsg.), Union alternativ, Stuttgart 1976, S. 12–26.
- Ders., Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Grundlagen und Auftrag unserer Politik. Rede des Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vor der Katholischen Akademie in Hamburg am 13. Juni 1976, in: Günter Gorschenek (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977, S. 52–64.
- Ders., Perspektiven einer Europapolitik der christlich-demokratischen Parteien Europas, in: Gerhard Mayer-Vorfelder und Hubertus Zuber (Hrsg.), Welches Europa?, Stuttgart 1977, S. 27–39.
- Ders., Perspektiven freiheitlicher Politik, in: Richard von Weizsäcker (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, München 1977, S. 9–23.
- Ders., Mut für eine politische Zukunft. Rede des Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union auf der öffentlichen Schlussveranstaltung der 19. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 18. Dezember 1974 in Mainz, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands, Melle 1978, S. 481–484.
- Ders., Recht sichert die Freiheit, in: Heiner Geißler (Hrsg.), Recht sichert die Freiheit. Perspektiven der Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1978, S. 17–38.
- Ders., Erinnerungen. 1990–1994, München 2007.
- Kohl ist total unfähig zum Kanzler, in: Der Spiegel, 29. 11. 1976.
- Köhler, Herbert W., Die Unionsparteien. Konservative Sammlungsbecken oder christliche Volksparteien?, in: Ferdi Breidbach und Rüdiger May (Hrsg.), Das Soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, Düsseldorf und Wien 1975, S. 81–86.
- Köllner, Lutz, Ist Erhard eine tragische Figur? Das Ende der Nachkriegszeit, in: Die Zeit, 18. 3. 1966.
- Können Sie Bundeskanzler werden? Spiegel-Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Rainer Barzel, in: Der Spiegel, 28. 3. 1966.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands, Melle 1978.
- „Konservativismus“, in: Brockhaus Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, Bd. 12, Mannheim ¹⁹1990, S. 284–286.
- „Konservativismus“, in: Brockhaus Enzyklopädie in dreißig Bänden, Bd. 15, Leipzig und Mannheim ²¹2006, S. 456–458.
- Konservativ ist nicht reaktionär!, in: Christ und Welt, 16. 4. 1953.
- Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt 1956, München 1956.
- Konservative Politik ist zeitnah. Ihr dient die Deutsche Partei. Dokumente vom 6. Bundesparteitag der Deutschen Partei in Bielefeld am 4./5. November 1955, Bonn 1955.
- Konservativismus ohne Substanz. Das politisch-moralische Krankheitsbild der Union. Gespräch mit Kanzleramtsminister Prof. Horst Ehmke, in: Die neue Gesellschaft 19/9 (1972), S. 660–666.

- Korn, Karl, Sprache in der verwalteten Welt, Olten u. a. ²1959.
- Kremp, Herbert, Der erkennbare Wille, in: Die Welt, 23. 1. 1971.
- Ders., Jetzt droht der CDU der Hinauswurf aus der Epoche, in: Die Welt, 22. 1. 1973.
- Kreuth international, in: Der Spiegel, 21. 3. 1977.
- Krockow, Christian von, Der fehlende Konservatismus – eine Gegenbilanz, in: Martin Greiffenhagen, Helga Grebing, Johann Baptist Müller und Christian von Krockow (Hrsg.), Konservatismus – eine deutsche Bilanz, München 1971, S. 98–121.
- Ders., Mehr Demokratie – weniger Freiheit?, in: Die Zeit, 23. 2. 1973.
- Ders., Helmut Schelskys Deutsche Ideologie, in: Vorgänge 14/3 (1975), S. 88–91.
- Ders., Herrschaft und Freiheit. Politische Grundpositionen der bürgerlichen Gesellschaft, Stuttgart 1977.
- Krone, Heinrich, Die geistigen und sozialpolitischen Grundlagen der CDU/CSU, in: Evangelische Verantwortung 9/3 (1961), S. 5–7.
- Ders., Tagebücher. Bd. 1: 1945–1961, hrsg. v. Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003.
- Ders., Tagebücher. Bd. 2: 1961–1966, hrsg. v. Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003.
- Kuehnelt-Leddihn, Erik von, Vor-, Früh-, Alt- und Neoliberalismus, in: Criticón 2 (1972), S. 100–102.
- Ders., Noch einmal Rechts und Links, in: Criticón 3 (1973), S. 160–161.
- Ders., Rechts – doch ohne Glauben? Eine Anfrage an die dezidierten Nicht-Christen unter den Konservativen, in: Criticón 4 (1974), S. 160–163.
- Ders., Welche Staatsform hat geschichtliche Dauer? Plädoyer für die Monarchie, in: Criticón 6 (1976), S. 122–125.
- Kuhn, Helmut, Über die Methoden der Systemveränderung, in: Die politische Meinung 18/148 (1973), S. 5–15.
- Ders., Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918, München 1969.
- Ders., Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek bei Hamburg 1971.
- Ders. (Hrsg.), Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975.
- Ders., Der Faschismus. Ursachen, Herrschaftsstruktur, Aktualität. Eine Einführung, Heilbronn 1983.
- Kulturpflege im kleinen Raum. Spiegel-Gespräch mit dem DP-Bundvorsitzenden Heinrich Hellwege, in: Der Spiegel, 13. 7. 1960.
- Lammert, Norbert, Cadenabbia. Ein Mythos, in: Hartmut Mayer und Thomas Bernd Stehling (Hrsg.), Deutsch-britische Beziehungen und „der Mythos Cadenabbia“, St. Augustin und Berlin 2005, S. 49–54.
- Landshut, Siegfried, Restauration und Neo-Konservatismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 2 (1957), S. 45–51.
- Langensiepen, Fritz, Nur zwei Minuten zwischen Nachrichten und Krimi... Amerikanische und deutsche Spots im Vergleich, in: Praxis Deutsch 18 (1976), S. 58–64.
- Langensiepen, Ulla und Fritz Langensiepen, Gemalte Wörter, in: Praxis Deutsch 16 (1976), S. 16–19.
- Langguth, Gerd, RCDS – ein missionarischer Hilfsverein, in: RCDS-Bundesvorstand (Hrsg.), Funktion und Auftrag des „C“, Bonn 1971, S. 5–7.
- Ders. und Christian Schwarz-Schilling, Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik, in: Union in Deutschland 8 (1973), S. 7–9.
- Lawson, Nigel, The New Conservatism, London 1980.
- Lejeune, Anthony, We Homeless Conservatives, in: The Spectator, 23. 6. 1973.
- Lenk, Kurt, Deutscher Konservatismus, Frankfurt und New York 1989.
- Lenkungsausschuss, Paris, 13. 2. 1959, Dokument 173, in: Michael Gehler und Wolfram Kaiser (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965, München 2004, S. 533–535.
- Leo, Heinrich, Was ist konservativ? Vortrag im Berliner „Evangelischen Verein“ am 14. 3. 1864, Berlin 1864.
- Leonhardt, Rudolf Walter, Mit den Kolossen leben, in: Die Zeit, 26. 9. 1975.
- Lepenes, Wolf, Leserbrief: Nach McCarthys Taktik, in: Die Zeit, 18. 12. 1970.
- Levitas, Ruth (Hrsg.), The Ideology of the New Right, Oxford 1986.

- Lewis, Russell, *Principles to Conserve*, London 1968.
- Liberal Toryism, in: *The Daily Telegraph*, 26. 6. 1967.
- Links und rechts, in: *Die Zeit*, 10. 8. 1979.
- Lord Hailsham's Convictions. Politics and Morality, in: *The Listener*, 11. 7. 1974, S. 38–39.
- Lübbe, Hermann, Die resignierte konservative Revolution, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 115 (1959), S. 131–138.
- Ders., Der Streit um Worte. Sprache und Politik, in: Hans-Georg Gadamer (Hrsg.), *Das Problem der Sprache*, München 1967, S. 351–371.
- Ders., *Der Streit um Worte. Sprache und Politik*, Bochum 1967.
- Ders., Ernst und Unernst der Zukunftsforschung, in: *Merkur* 23/2 (1969), S. 125–130.
- Ders., Was zu tun ist, in: Hans Maier und Michael Zöller (Hrsg.), *Bund Freiheit der Wissenschaft. Der Gründungskongress in Bad Godesberg am 18. November 1970*, Köln 1970, S. 63–75.
- Ders., *Gegenaufklärung* (1971), in: Ders., *Hochschulreform und Gegenaufklärung. Analysen, Postulate, Polemik zur aktuellen Hochschul- und Wissenschaftspolitik*, Freiburg im Breisgau und Wien u. a. 1972, S. 53–56.
- Ders., *Hochschulreform und Gegenaufklärung. Analysen, Postulate, Polemik zur aktuellen Hochschul- und Wissenschaftspolitik*, Freiburg im Breisgau und Wien u. a. 1972.
- Ders., Wer ist konservativ?, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare* 21/22 (1974), S. 253–254.
- Ders., Wer ist konservativ?, in: *Die Welt*, 6. 7. 1974.
- Ders., *Der Streit um Worte. Sprache und Politik*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*, Freiburg im Breisgau 1975, S. 87–111.
- Ders., Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart, Freiburg im Breisgau 1975.
- Ders., Fortschritt als Orientierungsproblem im Spiegel politischer Gegenwartssprache, in: Clemens Graf Podewils (Hrsg.), *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik*, Stuttgart 1975, S. 9–24.
- Ders., Sein und Heißen. Bedeutungsgeschichte als politisches Sprachhandlungsfeld, in: Ders., *Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart*, Freiburg im Breisgau 1975, S. 134–153.
- Ders., Traditionsverlust und Fortschrittskrise. Sozialer Wandel als Orientierungsproblem, in: Ders., *Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart*, Freiburg im Breisgau 1975, S. 32–56.
- Ders., Haltet den Begriff!, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 5. 9. 1975.
- Ders., *Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie*, Basel und Stuttgart 1977.
- Ders., Sein und Heißen. Bedeutungsgeschichte als politisches Sprachhandlungsfeld, in: Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.), *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, Stuttgart 1979, S. 71–84.
- Ders., *Aufklärung und Gegenaufklärung*, in: Michael Zöller (Hrsg.), *Aufklärung heute. Bedingungen unserer Freiheit*, Zürich und Osnabrück 1980, S. 11–27.
- Ders., Konservativ – ein Wort im Streit, in: Ders., *Zwischen Trend und Tradition. Überfordert uns die Gegenwart?*, Zürich 1981, S. 60–67.
- Ders., *Zwischen Trend und Tradition. Überfordert uns die Gegenwart?*, Zürich 1981.
- Ders., *Der Streit um Worte. Sprache und Politik*, in: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.), *Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*, Tübingen 1982, S. 48–69.
- Ders., Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus. Aus deutscher Sicht, in: Hans Rühle, Hans-Joachim Veen und Walter H. Hahn (Hrsg.), *Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz*, Melle 1982, S. 86–106.
- Ders., „Neo-Konservative“ in der Kritik. Eine Metakritik, in: *Merkur* 37 (1983), S. 622–632.
- Ders., Vernunft als konservative Instanz, in: Ders., *Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts*, Graz u. a. 1983, S. 142–149.
- Ders., *Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts*, Graz u. a. 1983.
- Ders., *Zukunftsgewissheitsschwund*, in: Ders., *Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts*, Graz u. a. 1983, S. 33–37.

- Ders., Fortschrittsreaktionen. Über konservative und destruktive Modernität, Graz und Wien u. a. 1987.
- Ders., Konservatismus in Deutschland – gestern und heute, in: Ders., Fortschrittsreaktionen. Über konservative und destruktive Modernität, Graz und Wien u. a. 1987, S. 11–26.
- Ludovici, Anthony M., A Defence of Conservatism, London 1927.
- Machovec, Milan, Hoffnungen und Befürchtungen der Annäherung, in: Gerhard Szczesny (Hrsg.), Club Voltaire. Jahrbuch für kritische Aufklärung III, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 275–292.
- Macleod, Iain, The Political Divide, in: Conservative Political Centre (Hrsg.), The Future of the Welfare State. Seven Oxford Lectures, London 1958, S. 11–19.
- Macmillan, Harold, The Middle Way. A Study of the Problem of Economic and Social Progress in a Free and Democratic Society, London 1938.
- Ders., The Middle Way. Twenty Years After, London 1958.
- Ders., The Macmillan Diaries. Prime Minister and After 1957–1966, hrsg. v. Peter Catterall, London 2011.
- Ders., Leader's Speech. Conservative Party Conference Blackpool, 1958, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=108> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Ders., Leader's Speech. Conservative Party Conference, Brighton 1961, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=110> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Mahler, Gerhard, Politik und Sprache, in: Sonde 9 (1975), S. 34–38.
- Ders., Die Sprache des Bundeskanzlers, in: Sonde 9/1 (1976), S. 72–84.
- Maier, Erich, 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Die Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947, München 1987.
- Maier, Hans, Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“. Vortrag gehalten in der Katholischen Akademie in Bayern am 11. Februar 1967, München 1967.
- Ders., Politische Wissenschaft in Deutschland. Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis, München 1969.
- Ders., Ein neuer Anfang, in: Hans Maier und Michael Zöller (Hrsg.), Bund Freiheit der Wissenschaft. Der Gründungskongress in Bad Godesberg am 18. November 1970, Köln 1970, S. 13–19.
- Ders., Kritik der politischen Theologie, Einsiedeln 1970.
- Ders., Die Sprache der Neuen Linken verhindert den Dialog, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 7. 1972.
- Ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, in: Bayern Kurier 21. 10. 1973.
- Ders., Können Begriffe die Gesellschaft verändern? Referat bei der 41. Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises, 29. 5. 1972, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter, Freiburg im Breisgau 1975, S. 55–68.
- Ders., Kunst und Zeit. Bemerkungen zur aktuellen Kunstszene, in: Clemens Graf Podewils (Hrsg.), Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik, Stuttgart 1975, S. 59–74.
- Ders., Sprache und Politik. Essay über aktuelle Tendenzen – Briefdialog mit Heinrich Böll, Zürich 1977.
- Ders., Sie trommelten ein böses Deutsch, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 18. 3. 1977.
- Ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, in: Hans Maier, Franz Schneider und Günter Schmölders (Hrsg.), Politische Sprache. Medienkommunikation und Manipulation, Köln 1978, S. 7–20.
- Ders., Anstöße. Beiträge zur Kultur- und Verfassungspolitik, Stuttgart 1978.
- Ders., Die Zukunft der Unionsparteien, in: Ders., Anstöße. Beiträge zur Kultur- und Verfassungspolitik, Stuttgart 1978, S. 82–92.
- Ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, in: Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.), Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik, Stuttgart 1979, S. 30–43.
- Ders., Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, in: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982, S. 179–188.
- Ders., Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff., München 2011.
- Ders., Franz Schneider und Günter Schmölders (Hrsg.), Politische Sprache. Medienkommunikation und Manipulation, Köln 1978.
- Ders. und Michael Zöller (Hrsg.), Bund Freiheit der Wissenschaft. Der Gründungskongress in Bad Godesberg am 18. November 1970, Köln 1970.

- Manchmal liegt es in der Luft, in: *Der Spiegel*, 14. 10. 1974.
- Mann, Golo, Was ist konservativ? Zu dem neuen Buch von Russell Kirk, „The Conservative Mind“, in: *Der Monat* 6/62 (1953), S. 183–188.
- Ders., Konservative Politik und konservative Charaktere, in: *Der Monat* 14/165 (1962), S. 49–54.
- Ders., Wieviel Zukunft lässt sich planen?, in: Fritz Baer, Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Golo Mann (Hrsg.), *Konservativ. Drei Aussagen zu einem aktuellen Thema*, München 1974, S. 43–56.
- Ders., Die alte und die neue Historie, in: Clemens Graf Podewils (Hrsg.), *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik*, Stuttgart 1975, S. 41–58.
- Marcuse, Herbert, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied u. a. 1967.
- Ders., *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt a. M. 1969.
- Ders., *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, München ³1998.
- Marks, Laurence, Jim Prior – the Acceptable Face of Conservatism, in: *The Observer*, 10. 2. 1980.
- Markt oder Bürokratie? Beitrag zu einem Symposium von Milton Friedmann, in: *Criticón* 2 (1972), S. 103–107.
- Marquard, Odo, Abschied vom Prinzipiellen. Auch eine autobiographische Einleitung, in: Ders., *Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien*, Stuttgart u. a. 1981, S. 4–22.
- Ders., *Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien*, Stuttgart u. a. 1981.
- Maschke, Günther, Auf der Suche nach dem Konservatismus. Zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 2. 1973.
- Maude, Angus, I Was a Progressive Reactionary, in: *The Spectator*, 11. 10. 1957.
- Ders., The End of Tory Ideology? Towards New Political Values, in: *Encounter* 26/2 (1966), S. 58–64.
- Ders., Winter of Tory Discontent, in: *The Spectator*, 14. 1. 1966.
- Ders., *The Consuming Society*, London 1967.
- Ders., *The Common Problem*, London 1969.
- Ders., Staat und Individuum heute, in: *Criticón* 1 (1970/1971), S. 88–90.
- Ders., Towards a Responsible Society, in: Keith Joseph, Angus Maude und Ian Percival (Hrsg.), *Freedom and Order. Three Cambridge Studies Based on Lectures Presented to the CPC Summer School at Cambridge*, London 1975, S. 25–34.
- Maudling, Reginald, Moderation in Politics, in: *Crossbow* 13/50 (1970), S. 9–11.
- Mayer-Vorfelder, Gerhard und Hubertus Zuber (Hrsg.), *Union alternativ*, Stuttgart 1976.
- Dies. (Hrsg.), *Welches Europa?*, Stuttgart 1977.
- Menschen zwischen Sicherheit und Freiheit. Ein Streitgespräch, in: *Deutscher Evangelischer Kirchentag* (Hrsg.), *Deutscher Evangelischer Kirchentag*. Frankfurt 1975. *Dokumente*, Stuttgart 1975, S. 256–277.
- Merkatz, Hans-Joachim von, Zeitnahe konservative Politik, in: *Konservative Politik ist zeitnah. Ihr dient die Deutsche Partei. Dokumente vom 6. Bundesparteitag der Deutschen Partei in Bielefeld am 4./5. November 1955*, Bonn 1955, S. 20–28.
- Ders., Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik, in: *Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt 1956*, München 1956, S. 40–49.
- Ders., Konservative und Liberale, in: *Die Zeit*, 4. 10. 1956.
- Ders., *Die konservative Funktion. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens*, München 1957.
- Ders., Das Parteienwesen in Deutschland, in: *Die politische Meinung* 4/32 (1959), S. 43–54.
- Ders., *Unser Weg in die Union*, Hannover 1961.
- Ders., *Konservatives Denken – pseudokonservative Theorie*, in: *Der Monat* 14/165 (1962), S. 54–56.
- Ders., Ein konservatives Leitbild für unsere Zeit. Vortrag, gehalten während der 12. Internationalen Hochschulwochen des Österreichischen College, August/September 1956, in: Ders., *In der Mitte des Jahrhunderts. Politische Lebensfragen unserer Zeit*, München und Wien 1963, S. 7–22.
- Ders., *In der Mitte des Jahrhunderts. Politische Lebensfragen unserer Zeit*, München und Wien 1963.

- Messelken, Hans, *Empirische Sprachdidaktik*, Heidelberg 1971.
- Ders., Demokratie statt Wahlkampf? Der Wahlkampf in unserer Demokratie, in: *Praxis Deutsch* 18 (1976), S. 65–71.
- Ders., Sprachbilder, in: *Praxis Deutsch* 16 (1976), S. 8–15.
- Ders., Fragen eines lesenden Bürgers. Zur Sprachstrategie der SPD, in: Karl Ermert (Hrsg.), *Politische Sprache. Maßstäbe ihrer Bewertung*. Tagung vom 9.–11. November 1979, Rehbürg-Loccum 1979, S. 80–146.
- Meyer, Anthony, Editorial, in: *Solon* 1/3 (1970), S. 5–6.
- Mill, John Stuart, *Considerations of Representative Government*, London 1861.
- Moeller van den Bruck, Arthur, *Das dritte Reich*, Berlin ²1926.
- Mohler, Armin, *Die konservative Revolution in Deutschland, 1918–1932. Grundriss ihrer Weltanschauungen*, Stuttgart 1950.
- Ders., Begegnungen bei Ernst Jünger. Fragmente einer Ortung, in: Ders. (Hrsg.), *Freundschaftliche Begegnungen. Festschrift für Ernst Jünger zum 60. Geburtstag*, Frankfurt a. M. 1955, S. 196–206.
- Ders. (Hrsg.), *Freundschaftliche Begegnungen. Festschrift für Ernst Jünger zum 60. Geburtstag*, Frankfurt a. M. 1955.
- Ders., Die französische Rechte, in: *Merkur* 12/1 (1958), S. 69–86.
- Ders., Konservative Literatur und Literatur über den Konservatismus, in: *Neue Politische Literatur* 5 (1960), 1037–1054.
- Ders., Konservativ 1962, in: *Der Monat* 14/163 (1962), S. 23–29.
- Ders., Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik, Angst vor der Geschichte, Angst vor der Macht, Stuttgart-Degerloch 1965.
- Ders., Franz Josef Strauß – Urbayer und Europäer, in: *Die Welt*, 30. 11. 1966.
- Ders., Der Weg der „Technokratie“ von Amerika nach Frankreich, in: Hans Barion, Ernst Forsthoff, Ernst-Wolfgang Böckenförde und Werner Weber (Hrsg.), *Epirrhosis. Festgabe für Carl Schmitt*, Berlin 1968, S. 579–596.
- Ders., Vergangenheitsbewältigung. Von der Läuterung zur Manipulation, Stuttgart 1968.
- Ders., Konservativ 1969, in: Julius H. Schoeps und Christopher Dannemann (Hrsg.), *Formeln deutscher Politik. Sechs Praktiker stellen sich: Walter Scheel, Hans Reif, Freiherr von und zu Guttenberg, Armin Mohler, Günther Müller, Hans-Jürgen Wischnewski*, München und Esslingen 1969, S. 91–118.
- Ders., Gehlens „Moral und Hypermoral“ – eine Wegmarke, in: *Criticón* 1 (1970/1971), S. 1.
- Ders., Warum nicht konservativ? Die Problematik der nächsten politischen Mode, in: *Criticón* 1 (1970/1971), S. 72–73.
- Ders., Brief an einen italienischen Freund. Die deutsche Rechte seit 1946, in: *Criticón* 2 (1972), S. 151–154.
- Ders., *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, Darmstadt ²1972.
- Ders., Die Kerenskis der Kulturrevolution. Zur Invasion APO-geschädigter Liberaler ins konservative Lager, in: *Criticón* 4 (1974), S. 23–25.
- Ders., Erinnerung an einen Freund, in: Ders., *Von rechts gesehen*, Stuttgart 1974, S. 324–327.
- Ders., Howard Scott und die „Technocracy“, in: Ernst Forsthoff und Reinhard Hörstel (Hrsg.), *Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974*, Königstein 1974, S. 249–297.
- Ders., *Von rechts gesehen*, Stuttgart 1974.
- Ders., Ein Marxismus von rechts? Konservatives und linkes Verständnis der Sprache, in: *Criticón* 5 (1975), S. 118–120.
- Ders., Was heißt schon „reaktionär“?, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Was ist reaktionär? Zur Dialektik von Fortschritt und Rückschritt*, Freiburg im Breisgau und Wien u. a. 1976, S. 68–72.
- Ders., 12 Thesen zur Öl-Klage, in: *Criticón* 7 (1977), S. 85–88.
- Ders., Der Fall Giselher Wirsing, in: Ders., *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978, S. 146–155.
- Ders., Der Konservative vor der Geschichte, in: Ders., *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978, S. 83–85.
- Ders., Die CDU und wir, in: Ders., *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978, S. 15–22.

- Ders., Tendenzwende für Fortgeschrittene, München 1978.
- Ders., Caspar von Schrenck-Notzing, Zum 60. Geburtstag, in: *Criticón* 17 (1987), S. 52–55.
- Ders. (Hrsg.), Carl Schmitt – Briefwechsel mit einem seiner Schüler, Berlin 1995.
- Molitor, Jan, „Das wär’ bei Hitler nicht passiert...“. Die Rechtsradikalen – Gespräch einer Niedersachsen-Fahrt, in: *Die Zeit*, 3. 5. 1951.
- Molnar, Thomas, *Utopia. The Perennial Heresy*, New York 1967.
- Ders., Russell Kirk. Autorenporträt, in: *Criticón* 4 (1974), S. 144–146.
- Ders., 25 Jahre amerikanischer Konservatismus. Modell für Deutschland?, in: *Criticón* 7 (1977), S. 127–129.
- Ders., Gibt es eine „faschistische“ Gegenwartsliteratur?, in: *Criticón* 9 (1979), S. 219–224.
- Ders. und Armin Mohler, Streitgespräch zwischen den beiden konservativen Denkschulen, in: *Criticón* 8 (1978), S. 135–145.
- Montagu, Victor, Letter to the Editor, in: *The Daily Telegraph*, 15. 2. 1967.
- Ders., *The Conservative Dilemma. Three Third Programme Broadcasts*, London 1970.
- Motschmann, Bernd, Die ApO als Herausforderung an die Konservativen, in: *Konservativ heute* 1 (1970), S. 3–5.
- Mount, Ferdinand, *Cold Cream. My Early Life and Other Mistakes*, London 2008.
- Mr. Heath Faces „Blurred Conservatism“ Charge, in: *The Times*, 28. 9. 1966.
- Mühlenfeld, Hans, *Politik ohne Wunschbilder. Die konservative Aufgabe unserer Zeit*, München 1952.
- Müller, Johann Baptist, Was heißt „liberalkonservativ“, in: *Zeitschrift für Politik* 29/4 (1982), S. 351–375.
- Müller, Ulrich, Die Zukunft des Konservativen, in: *Die politische Meinung* 15 (1970), S. 109–111.
- Müller-Armack, Alfred, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (1960), in: Ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration*, Freiburg im Breisgau 1966, S. 267–291.
- Ders., Alfred, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration*, Freiburg im Breisgau 1966.
- Münchener Gespräch zwischen Katholiken und Sozialdemokraten, in: *Archiv der Gegenwart*, 18. 1. 1958.
- Murner, Franz, *Konservative Revolution – Romantik – Deutsche Bewegung*, in: *Neues Abendland* 5 (1950), S. 445–453.
- Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg, Stuttgart 1978.
- Muthesius, Volkmar, Wenn die SDP gewinnt..., in: *Die politische Meinung* 2/10 (1957), S. 39–48.
- National Union of Conservative and Unionist Associations, 79th Annual Conference, Scarborough, 12th–15th October 1960, London 1960.
- Dies., 81st Annual Conference, Llandudno, 10th–13th October 1962, London 1962.
- Dies., 84th Annual Conservative Conference, Blackpool, 12th–15th October 1966. Verbatim Report, London 1966.
- Dies., 85th Annual Conservative Conference, Brighton, 18th–21st October 1967. Verbatim Report, London 1967.
- Dies., 86th Annual Conservative Conference, Blackpool, 9th–12th October 1968. Verbatim Report, London 1968.
- Dies., 92nd Annual Conference, Blackpool, 7th–10th October 1975, London 1975.
- Nell-Breuning, Oswald von, Grundsätze christlich-sozialer Politik, in: Ferdi Breidbach und Rüdiger May (Hrsg.), *Das Soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union*, Düsseldorf und Wien 1975, S. 25–32.
- Nellessen, Bernd, Sind das die Richtigen?, in: *Die Welt*, 9. 5. 1968.
- Neumaier, Eduard, Vom Nothelfer zum Steuermann, in: *Die Zeit*, 25. 5. 1973.
- Neumann, Nicolaus und Jochen Maes, *Der geplante Putsch. Die Rechte in der BRD – ihre Hintermänner und ihre Organisation*, Hamburg 1971.
- Neuß, Franz-Josef, Wörter als politische Waffen, in: *Rheinischer Merkur*, 5. 11. 1965.
- New Democratic Party, in: *The Times*, 2. 9. 1946.

- New Tory Radicalism, in: *The Daily Telegraph*, 12. 4. 1965.
- Nicholson, Godfrey, Letter to the Editor, in: *The Daily Telegraph*, 10. 1. 1958.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Die Schweigespirale. Über die Entstehung der öffentlichen Meinung, in: Ernst Forsthoff und Reinhard Hörstel (Hrsg.), *Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974, Königstein 1974*, S. 299–330.
- Dies., *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*, Zürich 1978.
- Dies., *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*, München u. a. 1980.
- Northam, Reginald, Is the Future with the Tories?, in: *Swinton Journal* 4/3 (1958), S. 37–45.
- Norton, Philip, *Conservative Dissidents. Dissent Within the Parliamentary Conservative Party, 1970–74*, London 1978.
- Not a Good Day For the Party, in: *The Times*, 6. 2. 1975.
- O’Sullivan, John, Editorial: The Liberal Hour, in: *Swinton Journal* 14/2 (1968), S. 3–7.
- Ders., The Direction of Conservatism, in: *Swinton Journal* 16/1 (1970), S. 30–36.
- O’Sullivan, Noël, *Conservatism*, London 1976.
- Oakeshott, Michael, Contemporary British Politics, in: *The Cambridge Journal* 1 (1947–1948), S. 474–490.
- Ders., *Conservative Political Thought*, in: *The Spectator*, 15. 10. 1954.
- Ders., *On Being Conservative*, in: Ders., *Rationalism in Politics and Other Essays*, London 1962, S. 168–196.
- Ders., *Rationalism in Politics and Other Essays*, London 1962.
- Offe, Claus, Neukonservative Klimakunde. Eine Auseinandersetzung mit Wilhelm Hennis, in: *Merkur* 32 (1978), S. 209–225.
- Office of Official Publications of the European Communities (Hrsg.), *Official Journal of the European Communities. Debates of the European Parliament, English Edition. 1986–1987 Session, Report of Proceedings from 7 to 11 July 1986, No 2-341*, Luxembourg 1986.
- One Nation Group, *The Responsible Society*, London 1959.
- Onward in Freedom. A Statement by the Conservative and Unionist Party, London 1958.
- Palmer, John, Why Europe Seems a Faraway Place to British Man in the Street, in: *The Guardian*, 4. 6. 1983.
- Ders., Reading Europe’s Tea Leaves, in: *The Guardian*, 19. 6. 1987.
- Ders., Look Out, the Europeans Are Coming, in: *The Guardian*, 27. 6. 1988.
- Patten, Chris, Why Mrs Thatcher Should Join the Real Tories, in: *The Times*, 5. 10. 1982.
- Ders., *The Tory Case*, London und New York 1983.
- Ders., *Not Quite the Diplomat. Home Truths about World Affairs*, London 2005.
- Patterson, Ben, *The Character of Conservatism*, London 1973.
- Paul Wilhelm Wenger, in: *Der Spiegel*, 21. 5. 1958.
- Pears, Gordon, Down with Conservatism!, in: *Crossbow* 2/1 (1958), S. 8–12.
- Percival, Ian, The Freedom of the Individual, in: Keith Joseph, Angus Maude und Ian Percival (Hrsg.), *Freedom and Order. Three Cambridge Studies Based on Lectures Presented to the CPC Summer School at Cambridge*, London 1975, S. 35–46.
- Pfaehler, Dietrich, Die Konservativen in der Bewährung, in: *Criticón* 3 (1973), S. 29–32.
- Phase Two Toryism, in: *Crossbow* 16/62 (1973), S. 4.
- Plitzko, Alfred (Hrsg.), *Planung ohne Planwirtschaft. Frankfurter Gespräch der List Gesellschaft, 7.–9. Juni 1963, Basel und Tübingen 1964*.
- Podewils, Clemens Graf (Hrsg.), *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik, Stuttgart 1975*.
- Pöggeler, Franz, Konservatismus als Vorwurf, in: *Begegnung. Zeitschrift für Kultur und Geistesleben* 23 (1968), S. 1–3.
- Politischer und ökonomischer Rahmen, in: Ossip K. Flechthaim (Hrsg.), *Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg 3 1976, S. 234–244.
- Powell, J. Enoch, *A Nation Not Afraid. The Thinking of Enoch Powell*, hrsg. v. John Wood, London 1965.
- Ders., *Conservatism and Social Problems*, in: *Swinton Journal* 14/3 (1968), S. 8–16.
- Ders., *No Easy Answers*, London 1973.
- Powellism, in: *The Times*, 15. 7. 1965.
- Pragal, Peter, Wortgefechte um das Etikett „konservativ“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16. 12. 1968.

- Programm, in: Scheidewege I (1971/1972), S. 4-9.
- Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg, Hannover und Bonn 1959.
- Puhle, Hans-Jürgen, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1966.
- Ders., Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1972.
- Pütz, Helmuth, Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1971.
- Pütz, Helmuth, Peter Radunski und Wulf Schönbohm, 34 Thesen zur Reform der CDU, in: Sonde. Neue christlich-demokratische Politik 2/4 (1969), S. 4-22.
- Quinton, Anthony, The Politics of Imperfection. The Religious and Secular Traditions of Conservative Thought in England from Hooker to Oakeshott. The T.S. Eliot Lectures delivered at the University of Kent at Canterbury in October 1976, London 1978.
- Radunski, Peter und Alexander Niemetz, Die Anlage des Landtagwahlkampfes. Erfolgreiche Planung und Durchführung eines Wahlkampfes am Beispiel der CDU Hessen, in: Sonde. Neue christlich-demokratische Politik 4/1 (1971), S. 36-51.
- Raikes, Victor, Tory Philosophy and its Application to the Present Time, in: Monday News. The Newsletter of the Monday Club in Defence of Tory Traditionalism Nr. 89 (1974), S. 12.
- Raison, Timothy, Why Conservative?, Harmondsworth, Baltimore 1964.
- Rapp, Alfred, Das große C, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 4. 1960.
- Ders., Kolpingsöhne und Neuliberale, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 2. 1966.
- Ders., Zwei oder drei?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 6. 1971.
- Rauschning, Hermann, Die konservative Revolution. Versuch und Bruch mit Hitler, New York 1941.
- RCDS-Bundesvorstand (Hrsg.), Funktion und Auftrag des „C“, Bonn 1971.
- Redaktion der Frankfurter Hefte (Hrsg.), Die Aussichten der Republik, Frankfurt a. M. 1980.
- Redeker, Martin, Die Bedeutung des Wortes „christlich“ in der Politik. Fortsetzung, in: Evangelische Verantwortung 7/10 (1959), S. 6-8.
- Rees, Goronwy, A New Right?, in: Encounter, April 1969, S. 48-51.
- Reinisch, Leonhard, Wiederkehr des konservativen Denkens?, in: Merkur 26 (1972), S. 1161-1163.
- Richter, Gerhard und Frank Grube (Hrsg.), Die Utopie der Konservativen. Antworten auf Helmut Schelskys konservatives Manifest, München 1974.
- Ridley, Nicholas (Hrsg.), One Europe. By the One Nation Group of MPs., London 1965.
- Riehl-Heysel, Herbert, Auf der Suche nach einem klaren Profil, in: Süddeutsche Zeitung, 12. 3. 1976.
- Riesman, David, Reuel Denney und Nathan Glazer, The Lonely Crowd. A Study of the Changing American Character, New Haven 1950.
- Rippon, Geoffrey, Right Angle. A Philosophy for Conservatives, London 1969.
- Risse, Heinz, Bemerkungen zum Verfall der Sprache, in: Merkur 12/9 (1958), S. 893-900.
- Ritt auf dem Tiger, in: Der Spiegel, 5. 1. 1970.
- Roberts, Henry L., Recent Books on International Relations, in: Foreign Affairs 32/2 (1954), S. 331-346.
- Roegele, Otto B., Die Spaltung der Sprache, in: Die politische Meinung 4/36 (1959), S. 48-60.
- Rollmann, Dietrich (Hrsg.), Die Zukunft der CDU. Christlich-demokratische Konzeption für die Zukunft, Hamburg 1968.
- Ders. (Hrsg.), Die CDU in der Opposition. Eine Selbstdarstellung, Hamburg 1970.
- Röpke, Wilhelm, Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950.
- Ders., Liberaler Konservatismus in Amerika, in: Neue Zürcher Zeitung, 16. 5. 1955.
- Roser, Hans, Das „C“ im Namen der Unionsparteien, in: Georg Gölder und Elmar Pieroth (Hrsg.), Die Union in der Opposition. Analyse – Strategie – Programm, Düsseldorf 1970, S. 181-197.
- Rudolph, Hermann, Themenwechsel oder Tendenzwende? Symposium in der Bayerischen Akademie der schönen Künste, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 11. 1974.

- Ders., Ein Konservativer drängt auf Veränderung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 8. 1975.
- Ders., Tendenzwende – und was daraus wurde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 7. 1977.
- Rühle, Hans, Hans-Joachim Veen und Walter H. Hahn (Hrsg.), Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz, Melle 1982.
- Saage, Richard, Konservatismus und Demokratie. Zur neuesten Kontroverse über den Konservatismus, in: APUZ B42 (1974), S. 37–47.
- Ders. (Hrsg.), Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus, Frankfurt a. M. 1987.
- Schardt, Alois, Wohin steuert die CDU?, Osnabrück 1961.
- Scharf, Robert, Rezension: Hans Mühlenfeld, Politik ohne Wunschbilder, München 1952, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 288 (1953), S. 213–214.
- Schlesky, Helmut, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf u. a. 1957.
- Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf und Köln 1965.
- Ders., Über das Restaurative in unserer Zeit (1955), in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf und Köln 1965, S. 405–414.
- Ders., Zukunftsaspekte der industriellen Gesellschaft (1953), in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf und Köln 1965, S. 88–103.
- Ders., Unbewältigte Zukunft, in: Der Spiegel, 28. 7. 1965.
- Ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, München 1973.
- Ders., Liberal ohne Zusatz. Die merkwürdigen Ansichten von Professor Horst Ehmke, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 30. 11. 1973.
- Ders., Macht durch Sprache, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 12. 4. 1974.
- Ders., Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Wiesbaden 1975.
- Ders., Ein Schlagwort entsteht, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 19. 9. 1975.
- Ders., Der selbständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare, Stuttgart 1976.
- Ders., Herrschaft durch Sprache, in: Ders., Der selbständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare, Stuttgart 1976, S. 116–120.
- Ders., Liberal ohne Zusatz. Ein neuer Konservatismus?, in: Ders., Der selbständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare, Stuttgart 1976, S. 107–110.
- Ders., Wie liberal ist die CDU?, in: Ders., Der selbständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare, Stuttgart 1976, S. 170–187.
- Ders., Herrschaft durch Sprache, in: Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.), Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik, Stuttgart 1979, S. 15–29.
- Scheuch, Erwin K., Ein Begriff wird entführt, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 6. 5. 1977.
- Ders., Lechts und rinks. Über merkwürdige ideologische Allianzen und ihre Ahnen, in: Christ und Welt, 19. 1. 1979.
- Schiffers, Reinhard (Hrsg.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961. 1. Halbband: September 1957 – Juni 1959, Düsseldorf 2004.
- Ders. (Hrsg.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961. 2. Halbband: September 1959–August 1961, Düsseldorf 2004.
- Schilling, Joachim, Die konservative Internationale. Der erste Turiner Kongress zur Verteidigung der Kultur, in: Deutsche Zeitung. Christ und Welt, 19. 1. 1973.
- [Schlamm, William S.], Die CDU ist tot – es lebe die CDU!, in: Zeitbühne 1/1 (1972), S. 3–8.
- [Ders.], Partei, Treue und Politik, in: Zeitbühne 1/3 (1972), S. 4–8.
- [Ders.], Ein Sprachwitzbold, in: Zeitbühne 2 (1973), S. 41–42.
- Schmidt, Helmut, Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft. Vortrag des Bundeskanzlers vor der Katholischen Akademie in Hamburg am 23. Mai 1976, in: Günter Gorschenek (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977, S. 13–28.
- Schmitt, Carl, Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Berlin 1963.
- Ders., Von der TV-Demokratie. Die Aggressivität des Fortschritts, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 28. 6. 1970.

- Schoeps, Hans-Joachim, *Die Ehre Preußens*, Stuttgart 21951.
- Ders., *Das andere Preußen*, Stuttgart 1952.
- Ders., *Kommt die Monarchie? Wege zu neuer Ordnung im Massenzeitalter*, Ulm 1953.
- Ders., *Konservative Erneuerung. Ideen zur deutschen Politik*, Stuttgart 1958.
- Ders., *Quosusque tandem?*, in: *Konservativ heute* 1 (1970), S. 1–2.
- Ders., *Der Versuch einer konservativen Sammlung oder die fehlende politische Chance*, in: Ders., *Ja – Nein – und Trotzdem. Erinnerungen – Begegnungen – Erfahrungen*, Mainz 1974, S. 159–200.
- Ders., *Ja – Nein – und Trotzdem. Erinnerungen – Begegnungen – Erfahrungen*, Mainz 1974.
- Schoeps, Julius H. und Christopher Dannemann (Hrsg.), *Formeln deutscher Politik. Sechs Praktiker stellen sich: Walter Scheel, Hans Reif, Freiherr von und zu Guttenberg, Armin Mohler, Günther Müller, Hans-Jürgen Wischniewski, München und Esslingen* 1969.
- Schönbohm, Wulf, *Die CDU und die Neue Linke*, in: Dietrich Rollmann (Hrsg.), *Die CDU in der Opposition. Eine Selbstdarstellung*, Hamburg 1970, S. 128–137.
- Ders., *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat, 1950–1980*, Stuttgart 1985.
- Schöningh, Franz Josef, *Was heißt heute konservativ?*, in: *Hochland* 46 (1953/54), S. 20–34.
- Schrenck-Notzing, Caspar von, *Wider die Gefühlspolitik*, in: *Der Monat* 14/165 (1962), S. 56–59.
- Ders., *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart 1965.
- Ders., *Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft*, Stuttgart 1968.
- Ders., *Honoratiorendämmerung. Das Versagen der Mitte. Bilanz und Alternative*, Stuttgart 1973.
- Ders., *Gibt es eine Konservative Internationale?*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen*, Freiburg im Breisgau 1974, S. 54–65.
- Ders., *Tendenzwende – nur eine Fata morgana?*, in: *Criticón* 9 (1979), S. 265–267.
- Ders. (Hrsg.), *Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus*, Berlin 2000.
- Ders., *Das Unbehagen der Konservativen an der CDU*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Das Elend der Christdemokraten. Ortsbestimmung der politischen Mitte Europas*, Freiburg im Breisgau 1977, S. 60–73.
- Schröder, Georg, *Da waren es nur noch sechs...*, in: *Die Welt*, 4. 7. 1960.
- Schröder zur künftigen Position der Union, in: *Union in Deutschland* 1–2 (1973), S. 7.
- Schuettinger, Robert Lindsay, *Varieties of Conservatism* (i), in: *Swinton Journal* 15/2 (1969), S. 30–39.
- Schumann, Hans-Gerd, *Burke und kein Ende*, in: *Der Staat* 5 (1966), S. 474–484.
- Ders. (Hrsg.), *Konservativismus*, Köln 1974.
- Ders., *„Konservativismus“ als analytischer Strukturbegriff*, in: Eike Hennig (Hrsg.), *Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit? Für Irving Fetscher, München u. a.* 1983, S. 13–25.
- Schuster, Hans, *Konservativ in unserer Zeit*, in: *Merkur* 13/1 (1959), S. 69–84.
- Ders., *Parteien ohne Ideale?*, in: *Merkur* 15/2 (1961), S. 157–171.
- Ders., *Bundesrepublik im Widerspruch*, in: *Merkur* 20/6 (1966), S. 501–514.
- Ders., *Drei Parteien suchen ein Programm*, in: *Merkur* 22 (1968), S. 260–269.
- Schütz, Paul, *Restauration und Tradition*, in: *Neues Abendland* 9 (1954), S. 221–224.
- Schwabe, Gerhard Helmut, *Naturschutz*, in: *Scheidewege* 1 (1971/1972), S. 78–96.
- Ders., *Fünfzig Thesen zur Umweltkrise*, in: *Scheidewege* 2 (1972/1973), S. 26–37.
- Schwan, Alexander, *Seifenblasen oder Tiefenströmung. „Signale einer Tendenzwende“: Die konservative Revolution der Aufgeklärten*, in: *Die Zeit*, 17. 9. 1976.
- Schwarz, Leopold und Max Hohenester (Hrsg.), *Crux Victorialis. Ein Erinnerungsbuch an die St.-Ulrichs-Festwoche und die Tage Abendländischen Bekenntnisses vom 2. bis 11. Juli 1955 in Augsburg*, Augsburg 1955.
- Schwarzkopf, Dietrich, *Was ist heute eigentlich konservativ?*, in: *Der Monat* 14/164 (1962), S. 44–50.
- Schwarz-Schilling, Christian und Gerd Langguth, *Die geistige Führung verloren*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 2. 2. 1973.
- Scruton, Roger, *The Meaning of Conservatism*, Harmondsworth 1980.
- Ders., *Gentle Regrets. Thoughts from a Life*, London 2005.
- Seibel, Wolfgang, *Ein konservatives Korrektiv?*, in: *Stimmen der Zeit* 92 (1967), S. 307–308.

- Seidel, Hanns (Hrsg.), *Weltanschauung und Politik. Ein Beitrag zum Verständnis der Christlich-Sozialen Union in Bayern*, München ²1961.
- Selbstbildnis der CDU, von Barzel gezeichnet, in: *Christ und Welt*, 11. 5. 1962.
- Seldon, Anthony, *Who Will Rid Us of this Tyrannical Conservatism?*, in: Rhodos Boyson (Hrsg.), 1985. *An Escape from Orwell's 1984. A Conservative Path to Freedom*, Enfield 1975, S. 40–52.
- Ders., *The Heath Government in History*, in: Stuart Ball und Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath Government, 1970–1974. A Reappraisal*, London 1996, S. 1–19.
- Ders. und Stuart Ball, *Conservative Century. The Conservative Party since 1900*, Oxford und New York 1994.
- Sethe, Paul, *Ein neuer Wilhelminismus? Noch gibt es in Deutschland keine konservative Bewegung*, in: *Die Zeit*, 10. 3. 1967.
- Shanks, Michael, *The Stagnant Society. A Warning*, Harmondsworth 1961.
- Sherman, Alfred, *Paradoxes of Power. Reflections on the Thatcher Interlude*, hrsg. v. Mark Garnett, Exeter 2005.
- Sieburg, Friedrich, *Darf man noch konservativ sein?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 9. 1959.
- Siebzehn Thesen der CDU, in: *Union in Deutschland* 24 (1965), S. 3 und 5.
- Sontheimer, Kurt, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1962.
- Ders., *Verstohlener Konservatismus*, in: *Merkur* 25 (1971), S. 700–703.
- Ders., *Der Konservatismus auf der Suche nach einer Theorie*, in: *Merkur* 28/7 (1974), S. 686–690.
- Ders., *Zeitgeist in Bewegung*, in: *Christ und Welt*, 24. 4. 1974.
- Ders., *Umgang mit Worten*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 21. 3. 1975.
- Ders., *Konservative von links? Ein neuer Begriff und seine guten alten Hintergründe*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 29. 8. 1975.
- Ders., *Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg 1976.
- Ders., *Der Drang zur Mitte*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 7. 5. 1976.
- Ders., *Verlust der Zukunft. Über die Rolle der Utopie in der Politik*, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 7. 1. 1977.
- Ders., *Die Sprache linker Theorie*, in: Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.), *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, Stuttgart 1979, S. 44–61.
- Ders., *Iring Fetschers utopisch verlängerter „Wertkonservatismus“*, in: Eike Hennig (Hrsg.), *Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit? Für Iring Fetscher*, München u. a. 1983, S. 318–324.
- Spaemann, Robert, *Emanzipation – ein Bildungsziel?*, in: Clemens Graf Podewils (Hrsg.), *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik*, Stuttgart 1975, S. 75–93.
- Ders., *Einleitung*, in: Ders., *Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie*, Stuttgart 1977, S. VII–XII.
- Ders., *Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie*, Stuttgart 1977.
- Sprachlich rüber*, in: *Der Spiegel*, 31. 5. 1976.
- St. John, Ian, *Disraeli and the Art of Victorian Politics*, London 2006.
- St. John-Stevas, Norman, *The Right to Life*, London 1963.
- Ders., *Law and Morals*, London 1964.
- Ders., *The Moral Basis of Conservatism*, London 1980.
- Ders., *The Basic Principles of Conservatism*, in: *The Times*, 16. 6. 1980.
- Stählin, Wilhelm, *Konservative Haltung in der politischen Existenz*, in: *Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt* 1956, München 1956, S. 12–26.
- Ständiger Ausschuss Christlich-sozialer Arbeitnehmerkongresse* (Hrsg.), *Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongress* 1960, Köln 1960.
- Stapel, Wilhelm, *The Coming Conservative Revolution*, in: *English Review* Juli (1931), S. 172.
- Ders., *Kann ein Konservativer Gegner des Christentums sein?*, in: *Deutsches Pfarrernblatt* 51 (1951), S. 323–325.
- Steinbuch, Karl, *Kurskorrektur*, Stuttgart 1973.
- Ders., *Ja zur Wirklichkeit*, Stuttgart 1975.

- Ders., Gegen den Neo-Mystizismus, in: *Criticón* 15 (1985), S. 163–165.
- Ders., Schlägt Rhetorik Vernunft?, in: *Criticón* 15 (1985), S. 249–251.
- Sternberger, Dolf, Gerhard Storz und Wilhelm E. Süskind, *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, Hamburg 1957.
- Stewart, Robert, *The Foundation of the Conservative Party 1830–1867*, London 1978.
- Stoltenberg, Gerhard (Hrsg.), *Staat und Wissenschaft. Zukunftsaufgaben der Wissenschafts- und Bildungspolitik*, Stuttgart 1969.
- Ders., *Zukunftsaufgaben der Bildungspolitik*, in: Ders. (Hrsg.), *Staat und Wissenschaft. Zukunftsaufgaben der Wissenschafts- und Bildungspolitik*, Stuttgart 1969, S. 11–24.
- Strauß, Franz Josef, *Was will die CSU? Politische Position und Aufgabe in Bayern, Deutschland und Europa*, in: Kurt Faltlhauser und Edmund Stoiber (Hrsg.), *Politik aus Bayern*, Stuttgart 1976, S. 10–24.
- Ders., *Europas historischer Auftrag und historische Stunde*, in: Gerhard Mayer-Vorfelder und Hubertus Zuber (Hrsg.), *Welches Europa?*, Stuttgart 1977, S. 48–59.
- Ders., *Die Erinnerungen*, Berlin 1989.
- Strauß bleibt für Kohl ein Alptraum, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 27. 6. 1975.
- Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), *Apropos Strauß. Eine Dokumentation*, Stuttgart 1965.
- Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.), *Dokumentation. Geistig-politische Initiative. Sicherung der Zukunft*, Stuttgart 1979.
- Süsterhenn, Adolf, *Der geistesgeschichtliche Standort der CDU*, in: *Civis. Zeitschrift für Christlich-Demokratische Politik* 5/51 (1959), S. 221–226.
- Ders., *Der geistesgeschichtliche Standort der CDU*, in: *Civis. Zeitschrift für Christlich-Demokratische Politik* 5/52 (1959), S. 246–251.
- Ders., *Der geistesgeschichtliche Standort der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union*, in: Hanns Seidel (Hrsg.), *Weltanschauung und Politik. Ein Beitrag zum Verständnis der Christlich-Sozialen Union in Bayern*, München ²1961, S. 27–57.
- Szamuely, Tibor, *Intellectuals and Conservatism*, in: *Swinton Journal* 14/1 (1968), S. 5–15.
- Szczesny, Gerhard (Hrsg.), *Club Voltaire. Jahrbuch für kritische Aufklärung III*, Reinbek bei Hamburg 1969.
- Tebbit, Norman, *Upwardly Mobile*, London 1988.
- Thadden-Trieglaff, Rudolf von, *Nicht allein Bewahren*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 9. 1959.
- Thatcher, Margaret, *What's Wrong With Politics?*, London 1968.
- Dies., *England und die EG*, in: Gerhard Mayer-Vorfelder und Hubertus Zuber (Hrsg.), *Welches Europa?*, Stuttgart 1977, S. 176–186.
- Dies., *Europa: Wie ich es sehe*, in: *Eichholz Brief*, H. 1 (1978), S. 1–11.
- Dies., *The Downing Street Years*, London 1993.
- Dies., *The Path to Power*, London 1995.
- The Future of the Welfare State. Seven Oxford Lectures*, London 1958.
- The Left Moves to the Centre*, in: *The Times*, 4. 11. 1966.
- The Modern Tories*, in: *The Times*, 11. 9. 1968.
- The Monday Club, Conservatism Lost? Conservatism Regained*, London 1963.
- The New Conservatism. An Anthology of Post-War Thought*, London 1955.
- The Times Diary*, in: *The Times*, 11. 10. 1973.
- Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg. Vollständige Ausgabe, übertragen von August Hornef-fer, durchgesehen von Gisela Strasburger, eingeleitet von Hermann Strasburger*, Wiesbaden 2010.
- Topitsch, Ernst, *Links, wo der Geist ist? Das war einmal*, in: *Criticón* 1 (1970/1971), S. 186–188.
- Ders., *Wetterwende? Das intellektuelle Klima in Deutschland und Österreich hat sich in der letzten Zeit tiefgreifend verändert*, in: *Die Welt*, 3. 10. 1970.
- Ders., *Aufklärung als konservative Aufgabe*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 7. 1973.
- Ders., *Aufgeklärter und unaufgeklärter Konservatismus. Antwort an Walter Hoeres*, in: *Criticón* 7 (1977), S. 9–13.
- Ders., *Überprüfbarkeit und Beliebigkeit. Die beiden letzten Abhandlungen des Autors*, hrsg. v. Karl Acham, Wien u. a. 2005.

- Torism the Worst of the Two. A Discourse Shewing that the Church and Constitution of England, have been ever since the Reformation, ... in more Danger from the Principles and Practices of the Tories, than from those of the Papists, London 1717.
- Tory Socialism, in: *The Spectator*, 19. 5. 1961.
- Toryism Revived: Or, the Charater of a Modern Tory, London 1690.
- Triesch, Günter, Gestaffelte Linke, in: *Die politische Meinung* 5/54 (1960), S. 7–10.
- Uneins mit sich selbst, in: *Die Zeit*, 21. 10. 1960.
- Uslar, Thilo von, Strauß & Company, in: *Die Zeit*, 15. 10. 1965.
- Utley, T. E., Toryism at the Crossroads, in: *The Daily Telegraph*, 18. 2. 1960.
- Ders., Remaking Tory Policy. 3: Planung or Freedom First?, in: *The Daily Telegraph*, 26. 1. 1967.
- Verstaubt und vermodert, in: *Der Spiegel*, 23. 2. 1970.
- Vierhaus, Rudolf, „Konservativ, Konservatismus“, in: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 531–565.
- Vogel, Bernhard (Hrsg.), *Neue Bildungspolitik. Plädoyer für ein realistisches Konzept*, Herford u. a. 1975.
- Von der bloßen Macht halte ich nicht viel. Spiegel-Gespräch mit Bundeskanzler Ludwig Erhard, in: *Der Spiegel*, 8. 9. 1965.
- von der Gablentz, Otto Heinrich, Erneuerung konservativen Denkens?, in: *Politische Literatur* 2 (1953), S. 157–165.
- von der Heydte, Friedrich August und Karl Sacherl, *Soziologie der deutschen Parteien*, München 1955.
- Vorstand des Bundesausschusses der CDU für Wirtschaftspolitik und dem Vorstand des Wirtschaftsbeirates der Union e.V. (Hrsg.), *Die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU. Auszüge aus den Grundsatzreferaten vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 18. Juli 1957 in Frankfurt a. M.*, Bonn 1957.
- Waffenschmidt, Horst, Das „C“ ist unsere große Chance, in: *Evangelische Verantwortung* 1 (1973), S. 1–3.
- Wagner, Friedrich, *Die Wissenschaft und die gefährdete Welt. Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik*, München 1964.
- Ders. (Hrsg.), *Menschenzüchtung. Das Problem der genetischen Manipulierung des Menschen*, München 21970.
- Wahlkampfprogramm der CSU zur Bundestagswahl 1969: Entschlossen die Zukunft sichern, URL: http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/BTW_1969-09-28.pdf [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Waldegrave, William, *The Binding of Leviathan. Conservatism and the Future*, London 1978.
- Walden, Matthias, Die Wiederentdeckung des Konservativen, in: *Konservativ heute* 5 (1974), S. 274–278.
- Walker, Peter, *The Middle Way Forty Years On. Iain Macleod Memorial Lecture*, London 1978.
- Ders., *Trust the People. The Selected Essays and Speeches of Peter Walker*, hrsg. v. Neale Stevenson, London 1987.
- Warten bis die SPD sich verschlissen hat? Gespräch mit dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Bruno Heck über die Zukunft der Union, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, 5. 1. 1973.
- Was ihr wollt, in: *Der Spiegel*, 29. 6. 1970.
- Was ist eigentlich konservativ? Fortsetzung der Debatte, in: *Der Monat* 14/168 (1962), S. 86–94.
- Was will das Deutschland-Magazin?, in: *Deutschland-Magazin* 1 (1969), S. 1.
- Was wir „Sinn“ nennen, wird verschwinden. Spiegel-Gespräch mit dem Philosophen Max Horkheimer, in: *Der Spiegel*, 5. 1. 1970.
- Watkins, Alan, Where Have All the Phrases Gone?, in: *The Observer*, 14. 8. 1977.
- Ders., Is Mrs T a Tory?, in: *The Observer*, 2. 8. 1978.
- Weber, Heinz und Valentin Schweiger, Der politische Auftrag der Christen in unserer Zeit, in: *Evangelische Verantwortung* 7 (1974), S. 7.
- Wein, Hermann, Die Sprache im Zeitalter des Berichts, in: *Merkur* 13/5 (1959), S. 436–450.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von, Fragen zur Zukunft. Strategie für eine Welt von morgen, in: *Die Zeit*, 18. 7. 1975.

- Wezsäcker, Richard von, Wo liegen die Unterschiede?, in: Georg Gölder und Elmar Pieroth (Hrsg.), Die Union in der Opposition. Analyse – Strategie – Programm, Düsseldorf 1970, S. 165–180.
- Ders., Progressive und Konservative, in: Süddeutsche Zeitung, 20. 2. 1971.
- Ders., Gleichheit – das Ende der Freiheit und Solidarität. Plädoyer für eine humane Leistungsgesellschaft, in: Die Zeit, 27. 10. 1972.
- Ders. (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, München 1977.
- Ders., Selbstverantwortung und Mitverantwortung, in: Ders. (Hrsg.), CDU-Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, München 1977, S. 25–37.
- Ders., Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997.
- Wendt, Siegfried (Hrsg.), Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart. Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen. Eine Festschrift für Friedrich Lenz, Berlin 1961.
- Wenger, Paul Wilhelm, Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie in Eichstätt 1956, München 1956, S. 50–70.
- Wer steht links, wer steht rechts? Ein Monat-Symposium, in: Der Monat 30/1 (1978), S. 5–30.
- Where Will the New Conservatism Lead, in: The Times, 21. 3. 1975.
- Whitelaw, William, The Whitelaw Memoirs, Bishop Wilton 1998.
- Widmaier, Hans Peter (Hrsg.), Zur Neuen Sozialen Frage, Berlin 1978.
- Wilson, Harold, Purpose in Politics. Selected Speeches, London 1964.
- Ders., Leader's Speech. Labour Party Conference, Brighton 1966, URL: <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=164> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Winckler, Lutz, Besprechung von Helga Grebing: Konservative gegen die Demokratie, in: Das Argument 3/4 (1972), S. 381–383.
- Wittkämper, Gerhard W., Analyse und Planung in Verwaltung und Wirtschaft. Grundlagen, Bonn u. a. 1972.
- Wolf, Ernst, Revolution im Rechtsstaat, in: Die politische Meinung 15/131 (1970), S. 59–69.
- Wolff, Georg, Wie konservativ sind die Konservativen, in: Der Spiegel, 27. 9. 1971.
- Worsthorne, Peregrine, Priorities for Capitalism. The Ideological Setting, in: Robert Blake, Peregrine Worsthorne, David Howell und Nigel Lawson (Hrsg.), Conservatism Today. Four Personal Points of View, London 1966, S. 17–33.
- Wright, Esmond, The Future of the Conservative Party, in: The Political Quarterly 41 (1970), S. 387–398.
- Zehetmair, Hans (Hrsg.), Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden 2007.
- Zehm, Günter, Wer ist heute liberal?, in: Die Welt, 29. 7. 1970.
- Ders., Was wurde aus der Tendenzwende?, in: Die Welt, 25. 6. 1975.
- Zehrer, Hans, Ein geschichtlicher Untergrund taucht auf. Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1933, in: Sonntagsblatt, 1. 1. 1950, S. 6.
- Zeitspiegel, in: Die Zeit, 2. 9. 1966.
- Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1972, hrsg. v. Andreas Zellhuber und Tim B. Peters, Düsseldorf 2011.
- Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Arbeitstagung Ettal 25.–28. April 1960, Paderborn 1960.
- Zöller, Josef Othmar, Der Preis der „Volkspartei“, in: Echo der Zeit, 1. 1. 1961.
- Ders., Grollender Löwe, in: Christ und Welt, 20. 12. 1968.
- Zöller, Michael, Die konservative Weigerung konservativ zu sein – das Dilemma der neokonservativen Theorie, in: Civitas. Jahrbuch für Sozialwissenschaften 13 (1974), S. 64–83.
- Ders., Gesellschaftlicher Wandel, Freiheitsbegriff und christliches Politikverständnis, in: Peter Gutjahr-Löser und Theo Waigel (Hrsg.), Die Grundsatzdiskussion in der CSU. Studien – Berichte – Dokumente, Bd. 1, München und Wien 1977 und 1981, S. 27–37.
- Ders. (Hrsg.), Aufklärung heute. Bedingungen unserer Freiheit, Zürich und Osnabrück 1980.
- Zundel, Rolf, Wie christlich ist die Union? Anmerkungen zum Streit um das „hohe C“, in: Die Zeit, 29. 4. 1966.
- Ders., Man trägt wieder konservativ, in: Die Zeit, 29. 3. 1974.
- Ders., Tendenzwende – mehr als Einbildung. Den Konservativen regnet es Sterntaler in die Schürze, in: Die Zeit, 13. 12. 1974.
- Zwei blaue Augen, in: Der Spiegel, 13. 12. 1976.

8.2. Literaturverzeichnis

- Acham, Karl, Sprachkritik – Weltanschauungsanalyse – intellektuelle Selbstbesinnung. Eine Würdigung des Werks von Ernst Topitsch, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Überprüfbarkeit und Beliebigkeit. Die beiden letzten Abhandlungen des Autors, hrsg. v. Karl Acham, Wien u. a. 2005, S. 11–83.
- Addison, Paul, *The Road to 1945. British Politics and the Second World War*, London 1975.
- Adonis, Andrew und Tim Hames (Hrsg.), *A Conservative Revolution? The Thatcher-Reagan Decade in Perspective*, Manchester u. a. 1994.
- Ageton, Manfred, Rainer Barzel (*1924), in: Torsten Oppelland (Hrsg.), *Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 2: 16 biographische Skizzen aus Ost und West*, Darmstadt 1999, S. 174–185.
- Albert, Mathias, Gesa Bluhm, Jan Helmig, Andreas Leutzsch und Jochen Walter (Hrsg.), *Transnational Political Spaces. Agents, Structures, Encounters*, Frankfurt a. M. 2009.
- Albrecht, Clemens, *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt a. M. und New York 1999.
- Aldous, Richard (Hrsg.), Harold Macmillan. *Aspects of a Political Life*, Basingstoke 1999.
- Ders., *Reagan and Thatcher. The Difficult Relationship*, London 2012.
- Ders. und Sabine Lee (Hrsg.), Harold Macmillan. *Aspects of a Political Life*, Basingstoke 1999.
- Alexander, James, Oakeshott on Hegel's ‚Injudicious‘ Use of the Word ‚State‘, in: *History of Political Thought* 32 (2011), S. 147–176.
- Alexander, Matthias, *Die Freikonservative Partei 1890–1918. Gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie*, Düsseldorf 2000.
- Angster, Julia, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003.
- Dies., *Eine transnationale Geschichte des Godesberger Programms*, in: Werner Kremp und Michael Schneider (Hrsg.), *Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse. 150 Jahre Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA*, Trier 2013, S. 183–203.
- Arretz, Jürgen, *Katholische Arbeiterbewegung und christliche Gewerkschaften. Zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung*, in: Anton Rauscher (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, Bd. 2, München 1982, S. 159–214.
- Ders., Rudolf Morsey und Anton Rauscher (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 9, Münster 1999.
- Arndt, Agnes, Joachim C. Häberlen und Christiane Reinecke (Hrsg.), *Vergleichen, verflechten, verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis*, Göttingen 2011.
- Aschoff, Hans-Georg, *Die Deutsche Partei. Aufstieg und Niedergang einer Regionalpartei*, in: Herbert Obenaus und Hans-Dieter Schmid (Hrsg.), *Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes*, Bielefeld 1999, S. 73–85.
- Asmussen, Nils, Hans-Georg von Studnitz, *Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 75–119.
- Atkins, Judi, Alan Finlayson, James Martin und Nick Turnbull (Hrsg.), *Rhetoric in British Politics and Society*, Basingstoke 2014.
- Außermair, Josef (Hrsg.), *Hans Asmussen im Kontext heutiger ökumenischer Theologie*, Münster 2001.
- Bach, Christine und Hanns Jürgen Küsters, Hans Karl Filbinger, URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.8525> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Bachmann, Ingeborg, *Auf den Spuren der Sprache*, in: Dies., *Kritische Schriften*, hrsg. v. Monika Albrecht und Dirk Göttsche, München und Zürich 2005, S. 189.
- Dies., *Frankfurter Vorlesungen. Erste Vorlesung: Fragen und Scheinfragen*, in: Dies., *Kritische Schriften*, hrsg. v. Monika Albrecht und Dirk Göttsche, München und Zürich 2005, S. 253–270.
- Dies., *Kritische Schriften*, hrsg. v. Monika Albrecht und Dirk Göttsche, München und Zürich 2005.
- Backes, Uwe und Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn ³1993.
- Bajohr, Frank, *Hanseat und Grenzgänger. Erik Blumenfeld – eine politische Biographie*, Göttingen 2010.

- Baker, Kenneth, *The Turbulent Years. My Life in Politics*, London und Boston 1993.
- Balcar, Jaromír und Thomas Schlemmer (Hrsg.), *An der Spitze der CSU. Die Führungsgremien der Christlich-Sozialen Union 1946 bis 1955*, München 2007.
- Bale, Tim, *The Conservatives since 1945. The Drivers of Party Change*, Oxford 2012.
- Ball, Simon, *The Guardsmen. Harold Macmillan, Three Friends, and the World They Made*, London 2005.
- Ball, Stuart, *The Conservative Party since 1945*, Manchester 1998.
- Ders., *Portrait of a Party. The Conservative Party in Britain 1918–1945*, Oxford 2013.
- Ders., *The Principles of British Conservatism from Balfour to Heath, c. 1910–1975*, in: Bradley W. Hart und Richard Carr (Hrsg.), *The Foundations of the British Conservative Party. Essays on Conservatism from Lord Salisbury to David Cameron*, London 2013, S. 13–38.
- Ders. und Ian Holliday (Hrsg.), *Mass Conservatism. The Conservatives and the Public Since the 1880s*, London 2002.
- Ders. und Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath Government, 1970–1974. A Reappraisal*, London 1996.
- Dies. (Hrsg.), *Recovering Power. The Conservatives in Opposition since 1867*, Basingstoke 2005.
- Ball, Terence und Richard Bellamy (Hrsg.), *The Cambridge History of Twentieth-Century Political Thought*, Cambridge 2003.
- Balling, Mads Ole, *Von Reval bis Bukarest. Statistisch-biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1945*, Kopenhagen 1991.
- Bamberg, Hans Dieter, *Die Deutschland-Stiftung e.V. Studien über Kräfte der „demokratischen Mitte“ und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Meisenheim am Glan 1978.
- Banner, Helen, *Existential Failure and Success. Augustinianism in Oakeshott and Arendt*, in: *Intellectual History Review* 21/2 (2011), S. 171–194.
- Barion, Hans, Ernst Forsthoff, Ernst-Wolfgang Böckenförde und Werner Weber (Hrsg.), *Epirrhosis. Festgabe für Carl Schmitt*, 2 Bde., Berlin 1968.
- Bauerkämper, Arnd, *Geschichtsschreibung als Projektion. Die Revision der „Whig Interpretation of History“ und die Kritik am Paradigma vom „deutschen Sonderweg“ seit den 1970er Jahren*, in: Lothar Funk und Jörn Leonhard (Hrsg.), *Ten Years of German Unification. Transfer, Transformation, Incorporation?*, Birmingham 2002, S. 81–97.
- Ders., *Wege zur europäischen Geschichte. Erträge und Perspektiven der vergleichs- und transfergeschichtlichen Forschung*, in: Agnes Arndt, Joachim C. Häberlen und Christiane Reinecke (Hrsg.), *Vergleichen, verflechten, verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis*, Göttingen 2011, S. 33–60.
- Bavaj, Riccardo, *Verunsicherte Demokratisierer. „Liberal-kritische“ Hochschullehrer und die Studentenrevolte von 1967/68*, in: Dominik Geppert und Jens Hacke (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 151–168.
- Ders., *Das Trauma von „1968“. Liberale Hochschullehrer in Westdeutschland und Frankreich*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 6 (2009), S. 101–114.
- Ders., *Turning „Liberal Critics“ into „Liberal-Conservatives“*. Kurt Sontheimer and the Re-Coding of the Political Culture in the Wake of the Student Revolt of „1968“, in: *German Politics and Society* 27 (2009), S. 39–59.
- Ders., *Intellectual History, Version 1.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 13.09.2010, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.317.v1>.
- Ders. und Dominik Geppert, *Jenseits des „Elfenbeinturms“. Hochschullehrer, Öffentlichkeit und Politik im Kalten Krieg*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 65/3–4 (2014), S. 133–145.
- Ders. und Martina Steber (Hrsg.), *Germany and „the West“. The History of a Modern Concept*, New York und Oxford 2015.
- Bayer, Alfred, *Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag*, Grünwald 2001.
- Beard, Adrian, *The Language of Politics*, London und New York 2000.
- Becker, Jörg, Elisabeth Noelle-Neumann, *Demoskopie zwischen NS-Ideologie und Konservatismus*, Paderborn 2013.

- Becker, Winfried, CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987.
- Ders., Die Nouvelles Equipes Internationales und der Föderalismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 81–102.
- Ders. und Egon Klepsch (Hrsg.), Zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Europa, Melle 1990.
- Beckett, Andy, *When the Lights Went Out. Britain in the Seventies*, London 2009.
- Beckmann, Christopher, Brauksiepe, Aenne (geb. Engels), URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.8344> [abgerufen am 11.4.2017].
- Beer, Mathias, Hans Rothfels und die Traditionen der deutschen Zeitgeschichte. Eine Skizze, in: Johannes Hürter und Hans Woller (Hrsg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005, S. 159–190.
- Begriffsgeschichte, Sozialgeschichte, begriffene Geschichte. Reinhart Koselleck im Gespräch mit Christof Dipper, in: Neue Politische Literatur 43 (1998), S. 187–205.
- Behren, Dirk von, *Die Geschichte des § 218 StGB*, Tübingen 2004.
- Behrends, Jan C., Árpád von Klimó und Patrice G. Poutrus (Hrsg.), *Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa*, Bonn 2005.
- Behrens, Manfred, Walther Dieckmann und Erich Kehl, Politik als Sprachkampf, in: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.), *Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*, Tübingen 1982, S. 216–265.
- Bendikowski, Tillmann und Lucian Hölscher (Hrsg.), *Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen*, Göttingen 2008.
- Benedictis, Angela de, Gustavo Corni, Brigitte Mazohl und Luise Schorn-Schütte (Hrsg.), *Die Sprache des Politischen in actu. Zum Verhältnis von politischem Handeln und politischer Sprache von der Antike bis ins 20. Jahrhundert*, Göttingen 2009.
- Bentley, Michael, *The Life and Thought of Herbert Butterfield. History, Science and God*, Cambridge 2011.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, Stuttgart 1980.
- Ders., Vorrede – zugleich ein Versuch über Helmut Krausnick, in: Ders. (Hrsg.), *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, Stuttgart 1980, S. 7–14.
- Ders., Zum Tod von Helmut Krausnick, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 38/2 (1990), S. 349–351.
- Berg, Manfred und Philipp Gassert (Hrsg.), *Deutschland und die USA in der internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Festschrift für Detlef Junker*, Stuttgart 2004.
- Berg, Nicolas, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2013.
- Berger, Stefan, *The Search for Normality. National Identity and Historical Consciousness in Germany since 1800*, Providence 1997.
- Berman, Maureen R. und Joseph Esrey Johnson, *Unofficial Diplomats*, New York 1977.
- Besier, Gerhard, Hans Asmussen, Karl Barth und Martin Niemöller im „Kirchenkampf“. Theologie und Kirchenpolitik in „Schülerschaft“, Partnerschaft und Gegnerschaft, in: Josef Außermaier (Hrsg.), *Hans Asmussen im Kontext heutiger ökumenischer Theologie*, Münster 2001, S. 46–78.
- Bevir, Mark und Roderick A.W. Rhodes, *Interpreting British Governance*, London 2003.
- Dies., *Governance Stories*, London und New York 2006.
- Dies., Authors' Response: Politics as Cultural Practice, in: *Political Studies Review* 6 (2008), S. 170–177.
- Biess, Frank, *Thinking after Hitler. The New Intellectual History of the Federal Republic of Germany*, in: *History and Theory* 51/2 (2012), S. 221–245.
- Black, Jeremy, *The European Question, the National Interest and Tory Histories*, in: Ders. (Hrsg.), *The Tory World. Deep History and the Tory Theme in British Foreign Policy, 1679–2014*, Farnham und Burlington/Vermont 2015, S. 331–370.
- Ders. (Hrsg.), *The Tory World. Deep History and the Tory Theme in British Foreign Policy, 1679–2014*, Farnham und Burlington/Vermont 2015.
- Black, Lawrence, *The Political Culture of the Left in Affluent Britain. 1951–64. Old Labour, New Britain?*, Basingstoke 2003.

- Ders., *There Was Something About Mary. The National Viewers' and Listeners' Association and Social Movement History*, in: Nick Crowson, Matthew Hilton und James McKay (Hrsg.), *NGOs in Contemporary Britain. Non-state Actors in Society and Politics Since 1945*, Basingstoke 2009, S. 182–200.
- Ders., *Redefining British Politics. Culture, Consumerism and Participation, 1954–70*, Basingstoke 2010.
- Ders. und Hugh Pemberton, *An Affluent Society? Britain's Post-War „Golden Age“ Revisited*, Aldershot 2004.
- Blaschke, Olaf (Hrsg.), *Konfessionen im Konflikt*, Göttingen 2002.
- Blessing, Werner K., *Entwicklungsplanung und Umweltschutz als Staatsaufgabe. Max Streibl im Bayern der 1970er Jahre*, in: Werner K. Blessing, Stefan Kestler und Ulrich Wirz (Hrsg.), *Region – Nation – Vision. Festschrift für Karl Möckl zum 65. Geburtstag*, Bamberg 2005, S. 423–449.
- Ders., Stefan Kestler und Ulrich Wirz (Hrsg.), *Region – Nation – Vision. Festschrift für Karl Möckl zum 65. Geburtstag*, Bamberg 2005.
- Bluhm, Harald und Christoph M. Michael, *Anglo-American Conservatism since Thatcher and Reagan*, in: *Neue Politische Literatur* 58 (2013), S. 449–491.
- Blyth, Robert J. und Keith Jeffery (Hrsg.), *The British Empire and its Contested Pasts*, Dublin 2009.
- Böke, Karin, Frank Liedtke, Martin Wengeler und Dorothee Dengel (Hrsg.), *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*, Berlin 1996.
- Boll, Monika, *Nachtprogramm. Intellektuelle Gründungsdebatten in der frühen Bundesrepublik*, Münster 2004.
- Bösch, Frank, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart u. a. 2001.
- Ders., *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960)*, Göttingen 2002.
- Ders., *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart und München 2002.
- Ders., *Funktionäre in einer funktionärsfeindlichen Partei. Zur Sozialgeschichte der hauptamtlichen CDU-Mitarbeiter*, in: Till Kössler und Helke Stadtland (Hrsg.), *Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933*, Essen 2004, S. 265–282.
- Ders., *Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949–1972)*, in: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 309–327.
- Ders., *Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren*, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 296–309.
- Ders. und Annette Vowinckel, *Mediengeschichte, Version: 2.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* 29.10.2012 (URL: http://docupedia.de/zg/Mediengeschichte_Version_2.0_Frank_B.C3.B6sch_Annette_Vowinckel?oldid=97423).
- Botsch, Gideon (Hrsg.), *Wider den Zeitgeist. Studien zum Leben und Werk von Hans-Joachim Schoeps (1909–1980)*, Hildesheim u. a. 2009.
- Ders., *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute*, Darmstadt 2012.
- Ders., Christoph Kopke, Lars Rensmann und Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa*, Hildesheim u. a. 2010.
- Brakelmann, Günter (Hrsg.), *Auf dem Weg zum Grundgesetz. Beiträge zum Verfassungsverständnis des neuzeitlichen Protestantismus*, Münster 1999.
- Ders. und Traugott Jähnichen (Hrsg.), *Die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband*, Gütersloh 1994.
- Braun, Oliver, *Konservative Existenz in der Moderne. Das politische Weltbild Alois Hundhammers (1900–1974)*, München 2006.
- Brauner-Orthen, Alice, *Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen*, Opladen 2001.

- Brechenmacher, Thomas, Katholische Kirche und (Anti-)Kommunismus in der frühen Bundesrepublik, in: Stefan Kreuzberger und Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunitisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 177–197.
- Brent, Richard, Butterfield's Tories. ‚High Politics‘ and the Writing of Modern British Political History, in: *Historical Journal* 30/4 (1987), S. 943–954.
- Breuer, Stefan, Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation, Hamburg 1992.
- Ders., Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 2¹⁹⁹⁵.
- Ders., Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen. 1871–1945, Darmstadt 2001.
- Ders. und Ina Schmidt, Die Kommenden. Eine Zeitschrift der Bündischen Jugend (1926–1933), Schwalbach am Taunus 2010.
- Bridgen, Paul, The One Nation Idea and State Welfare. The Conservatives and Pensions in the 1950s, in: *Contemporary British History* 14/3 (2000), S. 83–104.
- Brown, Timothy Scott, West Germany and the Global Sixties. The Anti-Authoritarian Revolt, 1962–1978, Cambridge 2013.
- Brückweh, Kerstin und Martina Steber, Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansetzungen der britischen Zeitgeschichte des Politischen, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 671–701.
- Brüggemeier, Franz-Josef (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005.
- Brunner, Otto, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972–1992.
- Buchanan, Tom, Great Britain, in: Ders. und Martin Conway (Hrsg.), *Political Catholicism in Europe, 1918–1965*, Clarendon Press 1996, S. 248–274.
- Ders. und Martin Conway (Hrsg.), *Political Catholicism in Europe, 1918–1965*, Clarendon Press 1996.
- Buchhaas, Dorothee, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973, Düsseldorf 1981.
- Buchna, Kristian, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Mittelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953, München 2010.
- Buchstab, Günter, Hans Katzer. Zur Erinnerung an einen rheinischen Sozialpolitiker, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 5 (1998), S. 167–174.
- Ders., Engagierter Demokrat und begabter Kommunikator. Otto Lenz (1903 bis 1957) zum 100. Geburtstag, in: *Die politische Meinung* 48/404 (2003), S. 63–71.
- Buddenbrock, Cecilia von, Friedrich Sieburg (1893–1964). Ein deutscher Journalist vor der Herausforderung eines Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2007.
- Burckhart, Holger und Oliver Fink (Hrsg.), Sprache der Didaktik – Didaktik der Sprache. Festschrift für Hans Messelken, Würzburg 2003.
- Busch, Stefan, „Und gestern, da hörte uns Deutschland“. NS-Autoren in der Bundesrepublik. Kontinuität und Diskontinuität bei Friedrich Griese, Werner Beumelburg, Eberhard Wolfgang Möller und Kurt Ziesel, Würzburg 1998.
- Bussche, Raimund von dem, Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen, Heidelberg 1998.
- Busse, Dietrich, Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte? Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantischen Epistemologie, in: Carsten Dutt (Hrsg.), Herausforderungen der Begriffsgeschichte, Heidelberg 2003, S. 17–38.
- Ders., Fritz Hermanns und Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen 1994.
- Butler, L. J. und Sarah Stockwell (Hrsg.), *The Wind of Change*. Harold Macmillan and British Decolonization, Basingstoke 2013.
- Caciagli, Mario, Christian Democracy, in: Terence Ball und Richard Bellamy (Hrsg.), *The Cambridge History of Twentieth-Century Political Thought*, Cambridge 2003, S. 165–180.
- Campbell, John, Edward Heath. A Biography, London 1993.
- Ders., Margaret Thatcher. Bd. 1: *The Grocer's Daughter*, London 2000.

- Capet, Antoine (Hrsg.), *Pauvreté et inégalités en Grande-Bretagne, 1942–1990*, Rouen 2001.
- Casey, John, *The Revival of Tory Philosophy*, in: *The Spectator*, 14. 3. 2007.
- Charteris-Black, Jonathan, *Politicians and Rhetoric. The Persuasive Power of Metaphor*, Basingstoke und New York 2011.
- Chilton, Paul A., *Security Metaphors. Cold War Discourse from Containment to Common House*, New York u. a. 1996.
- Clark, Christopher, *Preußenbilder im Wandel*, in: *Historische Zeitschrift* 293/2 (2011), S. 307–321.
- Clemens, Clay, *Reluctant Realists. The Christian Democrats and West German Ostpolitik*, Durham 1989.
- Clemens, Gabriele, *Der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften*, in: Franz Knipping und Matthias Schönwald (Hrsg.), *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984*, Trier 2004, S. 306–328.
- Cockett, Richard, *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution, 1931–1983*, London 1995.
- Coleman, Bruce, *Conservatism and the Conservative Party in Nineteenth Century Britain*, London 1988.
- Collier, David, Fernando Daniel Hidalgo und Andra Olivia Maciuceanu, *Essentially Contested Concepts. Debates and Applications*, in: *Journal of Political Ideologies* 11/3 (2006), S. 211–246.
- Collini, Stefan, *Absent Minds. Intellectuals in Britain*, Oxford 2006.
- Ders., *Common Reading. Critics, Historians, Publics*, Oxford 2008.
- Conekin, Becky, Frank Mort und Chris Waters (Hrsg.), *Moments of Modernity. Reconstructing Britain 1945–1964*, London 1999.
- Connolly, William E., *The Terms of Political Discourse*, Princeton 2013.
- Ders., *Democracy, Pluralism and Political Theory*, hrsg. v. Samuel Allen Chambers, London u. a. 2007.
- Ders., *Essentially Contested Concepts*, in: Ders., *Democracy, Pluralism and Political Theory*, hrsg. v. Samuel Allen Chambers, London u. a. 2007, S. 257–279.
- Conrad, Christoph und Sebastian Conrad (Hrsg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002.
- Conservatism. A Round Table, in: *The Journal of American History* 98/3 (2011), S. 723–773.
- Conway, Martin, *The Age of Christian Democracy. The Frontiers of Success and Failure*, in: Thomas Albert Kselman und Joseph A. Buttigieg (Hrsg.), *European Christian Democracy. Historical Legacies and Comparative Perspectives*, Notre Dame 2003, S. 43–67.
- Ders., *The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973*, in: *Contemporary European History* 13/1 (2004), S. 67–88.
- Conze, Eckart, *Aufstand des preußischen Adels. Marion Gräfin Dönhoff und das Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 51/4 (2003), S. 483–508.
- Ders., *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009.
- Ders., Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Tsimmerman und Annette Weinke, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.
- Ders. und Jan Ole Wiechmann, *Epplers Kirchentage. Protestantismus, Politik und die Friedensfrage um 1980*, in: Tobias Sarx, Rajah Scheepers und Michael Stahl (Hrsg.), *Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Jochen-Christoph Kaiser zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2013, S. 309–322.
- Conze, Vanessa, *Abendland gegen Amerika! „Europa“ als antiamerikanisches Konzept im westeuropäischen Konservatismus (1950–1970). Das CEDI und die Idee des „Abendlandes“*, in: Jan C. Behrends, Árpád von Klimó und Patrice G. Poutrus (Hrsg.), *Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa*, Bonn 2005, S. 204–224.
- Dies., *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005.
- Cooper, Chris, *Little Local Difficulties Revisited. Peter Thorneycroft, the 1958 Treasury Resignations and the Origins of Thatcherism*, in: *Contemporary British History* 25/2 (2011), S. 227–250.

- Cooper, James, Margaret Thatcher and Ronald Reagan. A Very Political Special Relationship, Basingstoke 2012.
- Ders., „Superior to Anything I Had Seen in the States“. The „Thatcherisation“ of Republican Strategy in 1980 and 1984, in: *Journal of Transatlantic Studies* 11/1 (2013), S. 1–21.
- Courtauld, Simon, To Convey Intelligence. The Spectator, 1928–1998, London 1999.
- Craig, David und James Thompson, Introduction, in: Dies. (Hrsg.), *Languages of Politics in Nineteenth-Century Britain*, Basingstoke 2013, S. 1–20.
- Dies. (Hrsg.), *Languages of Politics in Nineteenth-Century Britain*, Basingstoke 2013.
- Creuzberger, Stefan und Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.
- Crossley, James G., *Harnessing Chaos. The Bible in English Political Discourse since 1968*, London u. a. 2014.
- Crowcroft, Robert, Maurice Cowling and the Writing of British Political History, in: *Contemporary British History* 22/2 (2008), S. 279–286.
- Ders., S.J.D. Green und Richard Whiting (Hrsg.), *The Philosophy, Politics and Religion of British Democracy. Maurice Cowling and Conservatism*, London 2010.
- Crowe, Ian (Hrsg.), *Edmund Burke. His Life and Legacy*, Dublin 1997.
- Crowson, N. J., *The Conservative Party and European Integration since 1945. At the Heart of Europe?*, New York 2007.
- Ders., Matthew Hilton und James McKay (Hrsg.), *NGOs in Contemporary Britain. Non-State Actors in Society and Politics Since 1945*, Basingstoke 2009.
- Daddow, Oliver J. (Hrsg.), *Harold Wilson and European Integration. Britain's Second Application to Join the EEC*, London u. a. 2003.
- Dalyell, Tam, Sir Timothy Raison: Tory Minister who also Co-Founded ‚New Scientist‘, in: *The Independent*, 3. 11. 2011.
- Damberg, Wilhelm, *Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden, 1945–1980*, Paderborn 1997.
- Ders., *Katholiken im Umbruch. Zur historischen Verortung des II. Vatikanischen Konzils*, in: Bernd Hey (Hrsg.), *Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel*, Bielefeld 2001, S. 61–65.
- Ders., *Milieu und Konzil. Zum Paradigmenwechsel konfessionellen Bewußtseins im Katholizismus der frühen Bundesrepublik Deutschlands*, in: Olaf Blaschke (Hrsg.), *Konfessionen im Konflikt*, Göttingen 2002, S. 335–350.
- Ders., *Entwicklungslinien des europäischen Katholizismus im 20. Jahrhundert*, in: *Journal of Modern European History* 3/2 (2005), S. 164–181.
- Ders. (Hrsg.), *Soziale Strukturen und Semantiken des Religiösen im Wandel. Transformationen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, Essen 2011.
- Davenport-Hines, Richard, Smithers, Sir Peter Henry Berry Otway, in: *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Davies, Aled, „Right to Buy“. The Development of a Conservative Housing Policy, 1945–1980, in: *Contemporary British History* 27/4 (2013), S. 421–444.
- Davis, John, *A Silent Minority? British Student Conservatives in the late 1960s*, in: Anna v.d. Goltz und Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge u. a. 2017, S. 63–81.
- Deighton, Anne, *British-West German Relations, 1945–1972*, in: Klaus Larres (Hrsg.), *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, New York 2000, S. 27–44.
- Deinet, Klaus, *Friedrich Sieburg (1893–1964). Ein Leben zwischen Frankreich und Deutschland*, Berlin 2014.
- Deissler, Dirk, *Die entnazifizierte Sprache. Sprachpolitik und Sprachregelung in der Besatzungszeit*, Frankfurt a. M. u. a. 2004.
- Delitz, Heike, *Arnold Gehlen*, Konstanz 2011.
- Demandt, Alexander, *Geschichtsbiologismus. Oswald Spengler und Konrad Lorenz*, in: Gilbert Merlio und Daniel Meyer (Hrsg.), *Spengler ohne Ende. Ein Rezeptionsphänomen im internationalen Kontext*, Frankfurt a. M. 2014, S. 95–105.

- den Boer, Pim, *National Cultures, Transnational Concepts. Begriffsgeschichte beyond Conceptual Nationalism*, in: Javier Fernández Sebastián (Hrsg.), *Political Concepts and Time. New Approaches to Conceptual History*, Santander 2011, S. 205–222.
- Denham, Andrew und Mark Garnett, *The Nature and Impact of Think Tanks in Contemporary Britain*, in: Michael Kandiah und Anthony Seldon (Hrsg.), *Ideas and Think Tanks in Contemporary Britain*, London u. a. 1996, S. 43–61.
- Dies., *British Think-Tanks and the Climate of Opinion*, London 1998.
- Dies., Keith Joseph, Teddington 2001.
- Dies., Sir Keith Joseph and the Undoing of British Conservatism, in: *Journal of Political Ideologies* 7/1 (2002), S. 57–75.
- Dietz, Bernhard, *Gab es eine Konservative Revolution in Großbritannien? Rechtsintellektuelle am Rand der Konservativen Party 1929–1933*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 54/6 (2006), S. 607–638.
- Ders., *Neo-Tories. Britische Konservative im Aufstand gegen Demokratie und politische Moderne (1929–1939)*, München 2012.
- Ders., Christopher Neumaier und Andreas Rödder (Hrsg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2014.
- Dirsch, Felix, *Katholischer Konservatismus. Literaturbericht und Versuch einer Typologie*, in: Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.), *Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus*, Berlin 2000, S. 43–81.
- Ders., *Das „Hochland“. Eine katholisch-konservative Zeitschrift zwischen Literatur und Politik 1903–1941*, in: Hans-Christof Kraus (Hrsg.), *Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur. Fünf Fallstudien*, Berlin 2003, S. 45–96.
- Ders., *Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens*, Berlin 2012.
- Dodd, Bill, *Jedes Wort wandelt die Welt. Dolf Sternbergers politische Sprachkritik*, Göttingen 2007.
- Doering-Manteuffel, Anselm, *Die „Frommen“ und die „Linken“ vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staats. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU*, in: Jochen-Christoph Kaiser und Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart 1990, S. 89–108.
- Ders., *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.
- Ders., *Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre*, in: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 311–341.
- Ders. und Jörn Leonhard (Hrsg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015.
- Ders. und Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.
- Doerry, Martin (Hrsg.), *Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen*, München 2013.
- Dorey, Peter, Harold Wilson, 1963–64 and 1970–74, in: Timothy Heppell (Hrsg.), *Leaders of the Opposition. From Churchill to Cameron*, Basingstoke 2012, S. 48–67.
- Ders., *The Oratory of Margaret Thatcher*, in: Richard Hayton und Andrew Scott Crines (Hrsg.), *Conservative Orators from Baldwin to Cameron*, Manchester 2015, S. 103–120.
- Dörr, Nikolas R., *Eurokommunismus als Teil der historischen Kommunismusforschung*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* 6. 1. 2014 (<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.235.v1>).
- Ders., *Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus in der bundesdeutschen Politik 1967–1979*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2012), S. 217–232.
- Dorrien, Gary J., *The Neoconservative Mind. Politics, Culture, and the War of Ideology*, Philadelphia 1993.
- Downey, John K., *Love's Strategy. The Political Theology of Johann Baptist Metz*, Harrisburg 1999.
- Düsterberg, Rolf (Hrsg.), *Dichter für das „Dritte Reich“. Biografische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie*, 2 Bde., Bielefeld 2011.
- Dutt, Carsten (Hrsg.), *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*, Heidelberg 2003.

- Ders. und Reinhard Laube (Hrsg.), *Zwischen Sprache und Geschichte. Zum Werk Reinhart Kosellecks*, Göttingen 2013.
- Dwan, David und Christopher Insole (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Edmund Burke*, Cambridge u. a. 2012.
- Dyson, Kenneth H. F. und Kevin Featherstone, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, New York 1999.
- Dyson, Stephen Benedict, *Cognitive Style and Foreign Policy. Margaret Thatcher's Black-and-White Thinking*, in: *International Political Science Review* 30/1 (2009), S. 33–48.
- Eccleshall, Robert, *The Doing of Conservatism*, in: *Journal of Political Ideologies* 5/3 (2000), S. 275–287.
- Egen, Peter, *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, Bochum 1971.
- Ehrich, Emil, *Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat*, Hannover 1977.
- Eitler, Pascal, *Politik und Religion. Semantische Grenzen und Grenzüberschreibungen in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1975*, in: Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005, S. 268–303.
- Ders., „Gott ist tot – Gott ist rot“. Max Horkheimer und die Politisierung der Religion um 1968, Frankfurt a. M. u. a. 2009.
- Elbrächter, Alexander, in: Rudolf Vierhaus (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002*, München 2002, S. 176–177.
- Ellison, James, *Threatening Europe. Britain and the Creation of the European Community, 1955–58*, Basingstoke 2000.
- Ders., *Accepting the Inevitable. Britain and European Integration*, in: Wolfram Kaiser und Gillian Staerck (Hrsg.), *British Foreign Policy, 1955–64. Contracting Options*, Basingstoke 2000, S. 171–189.
- Ellwein, Thomas und Everhard Holtmann (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*, Opladen 1999.
- Endres, Rudolf (Hrsg.), *Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945*, Köln 1998.
- Engelhardt, Ulrich, Volker Sellin und Horst Stuke, *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, Stuttgart 1976.
- Engels, Jens Ivo, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn und Wien u. a. 2006.
- Epstein, James, *In Practice. Studies in the Language and Culture of Popular Politics in Modern Britain*, Stanford 2003.
- Etzemüller, Thomas (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009.
- Evans, Brendan, *The Oratory of Harold Macmillan*, in: Richard Hayton und Andrew Scott Crines (Hrsg.), *Conservative Orators from Baldwin to Cameron*, Manchester 2015, S. 47–61.
- Evans, Stephen, *The Not So Odd Couple. Margaret Thatcher and One Nation Conservatism*, in: *Contemporary British History* 23/1 (2009), S. 101–121.
- Ders., *Touching from a Distance. The Younger Generation of One Nation Conservatives and Thatcherism*, in: *Parliamentary History* 33/2 (2014), S. 321–341.
- Faber, Richard und Uwe Puschner (Hrsg.), *Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert*, Würzburg 2011.
- Faerber-Husemann, Renate, *Der Querdenker. Erhard Eppler – eine Biographie*, Bonn 2010.
- Fassl, Peter (Hrsg.), *Schwaben im Hl. Römischen Reich und das Reich in Schwaben. Studien zur geistigen Landkarte Schwabens*, Augsburg 2009.
- Faulenbach, Bernd, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011.
- Ferguson, Niall, Charles S. Maier und Erez Manela (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge Mass. u. a. 2010.
- Fernández Sebastián, Javier (Hrsg.), *Political Concepts and Time. New Approaches to Conceptual History*, Santander 2011.
- Feuchtwanger, Edgar, *Disraeli*, London und New York 2000.
- Filby, Eliza, *God & Mrs Thatcher. The Battle for Britain's Soul*, London 2015.

- Finlayson, Alan, From Beliefs to Arguments. Interpretive Methodology and Rhetorical Political Analysis, in: *British Journal of Politics and International Relations* 9/4 (2007), S. 545–563.
- Ders. und James Martin, „It Ain't What You Say...“. *British Political Studies and the Analysis of Speech and Rhetoric*, in: *British Politics* 3/4 (2008), S. 445–464.
- Fisch, Stefan und Wilfried Rudloff (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004.
- Fischer, Karsten, Hobbes, Schmitt, and the Paradox of Religious Liberty, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 13/2-3 (2010), S. 399–416.
- Ders. und Herfried Münkler (Hrsg.), *Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Konkretisierung und Realisierung öffentlicher Interessen*, Berlin 2002.
- Fitschen, Klaus, *Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre*, Göttingen 2011.
- Flemming, Thomas, Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen. Biographie, Essen 2014.
- Foschepoth, Josef und Rolf Steininger (Hrsg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985.
- Francis, Martin und Ina Zweiniger-Bargielowska (Hrsg.), *The Conservatives and British Society, 1880–1990*, Cardiff 1996.
- Francis, Matthew, „A Crusade to Enfranchise the Many“. Thatcherism and the „Property-Owning Democracy“, in: *Twentieth Century British History* 23/2 (2011), S. 275–297.
- Franco, Paul, Michael Oakeshott. An Introduction, New Haven und London 2004.
- Franz, Corinna, „Wir wählen die Freiheit!“. Antikommunistisches Denken und politisches Handeln Konrad Adenauers, in: Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 145–159.
- Frederichs, Matthias, *Niedersachsen unter dem Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege (1955–1959)*, Hannover 2010.
- Freedon, Michael, *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*, Oxford 1996.
- Ders., Conclusion. Ideology – Balances and Projections, in: Ders. (Hrsg.), *Reassessing Political Ideologies. The Durability of Dissent*, London 2001, S. 193–208.
- Ders. (Hrsg.), *Reassessing Political Ideologies. The Durability of Dissent*, London 2001.
- Ders., Concepts, Ideology and Political Theory, in: Carsten Dutt (Hrsg.), *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*, Heidelberg 2003, S. 51–63.
- Ders., *Ideology. A Very Short Introduction*, Oxford 2003.
- Ders., *Liberal Languages. Ideological Imaginations and Twentieth-Century Progressive Thought*, Princeton 2005.
- Ders., Thinking Politically and Thinking about Politics. Language, Interpretation, and Ideology, in: David Leopold und Marc Stears (Hrsg.), *Political Theory. Methods and Approaches*, Oxford 2008, S. 196–215.
- Ders., Ideology and Conceptual History. The Interrelationship between Method and Meaning, in: Javier Fernández Sebastián (Hrsg.), *Political Concepts and Time. New Approaches to Conceptual History*, Santander 2011, S. 73–101.
- Frei, Norbert und Dietmar Süß (Hrsg.), *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012.
- Frese, Matthias, Julia Paulus und Karl Tepe (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch: Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003.
- Frevort, Ute, *Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen*, in: Dies. und Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005, S. 7–26.
- Dies. und Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005.
- Friedrich, Norbert, Helmut Thielicke als Antipode der sozialen Bewegungen, in: Siegfried Hermle, Claudia Lepp und Harry Oelke (Hrsg.), *Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren*, Göttingen 2007, S. 247–261.
- Fritz, Gerd, *Historische Semantik*, Stuttgart 2006.
- Fry, Geoffrey Kingdon, *The Politics of the Thatcher Revolution. An Interpretation of British Politics, 1979–1990*, Basingstoke und New York 2008.

- Führer, Karl Christian, Knut Hickethier und Axel Schildt, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 1–38.
- Funk, Lothar und Jörn Leonhard (Hrsg.), Ten Years of German Unification. Transfer, Transformation, Incorporation?, Birmingham 2002.
- Gailus, Manfred, Protestantismus und Nationalsozialismus. Ein Bericht über den Stand der Debatte, in: Lucia Scherzberg (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung im französischen Katholizismus und deutschen Protestantismus, Paderborn und Wien u. a. 2008, S. 155–172.
- Gallie, Walter Bryce, Essentially Contested Concepts, in: Proceedings of the Aristotelian Society 56 (1955/56), S. 167–198.
- Gallus, Alexander, Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001.
- Ders., Von der „Konservativen Revolution“ zur westdeutschen Demokratie. Rudolf Pechels ‚Deutsche Rundschau‘ und die Wandlungen des Konservatismus (1919–1961), in: Tilman Mayer (Hrsg.), Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer, Bonn 2009, S. 62–84.
- Ders., Der Amüsanteste unter den Renegaten. William Schlamms Wandlungen vom Kommunisten zum Konservativen, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.), Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit, Bonn 2011, S. 52–73.
- Ders. (Hrsg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011.
- Ders., Heimat „Weltbühne“. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.
- Ders. (Hrsg.), Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption, Göttingen 2013.
- Ders., Schillernder Schelsky. Zur Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption, Göttingen 2013, S. 7–16.
- Ders., Traditionstransfer an den offenen Grenzen des Geistes. T.S. Eliots „kulturelle“ Remedur in der deutschen politisch-intellektuellen Öffentlichkeit nach 1945, in: Axel Schildt (Hrsg.), Von draußen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik bis 1990, Göttingen 2016, S. 56–70.
- Gamble, Andrew, Europe and America, in: Ben Jackson und Robert Saunders (Hrsg.), Making Thatcher's Britain, Cambridge 2012, S. 218–233.
- Garnett, Mark, Planning for Power. 1964–1970, in: Stuart Ball und Anthony Seldon (Hrsg.), Recovering Power. The Conservatives in Opposition since 1867, Basingstoke 2005, S. 192–218.
- Ders., Maude, Angus Edmund Upton, Baron Maude of Stratford upon Avon (1912–1993), in: Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Ders., Edward Heath, 1965–70 und 1974–5, in: Timothy Heppell (Hrsg.), Leaders of the Opposition. From Churchill to Cameron, Basingstoke 2012, S. 80–96.
- Ders. und Kevin Hickson, Conservative Thinkers. The Key Contributors to the Political Thought of the Modern Conservative Party, Manchester 2009.
- Gassert, Philipp, Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.
- Ders., Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: Philipp Gassert, Tim Geiger und Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 175–202.
- Ders., Ein „rotes“ oder „schwarzes“ Jahrzehnt? Parteienlandschaft und politische Milieus in Baden-Württemberg in den 1970er-Jahren, in: Philipp Gassert und Reinhold Weber (Hrsg.), Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 21–45.
- Ders., Tim Geiger und Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.
- Ders. und Alan Steinweis (Hrsg.), Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955–1974, Oxford 2006.
- Ders. und Reinhold Weber (Hrsg.), Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015.

- Gauger, Jörg-Dieter und Markus Lingen, Bruno Heck, URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.8405/> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Gehler, Michael, Begegnungsort des Kalten Krieges. Der „Genfer Kreis“ und die geheimen Absprachen westeuropäischer Christdemokraten 1947–1955, in: Michael Gehler, Wolfram Kaiser und Helmut Wohnout (Hrsg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Wien u. a. 2001, S. 642–694.
- Ders., Marcus Gonschor, Hinnerk Meyer und Johannes Schöner (Hrsg.), *Mitgestalter Europas. Transnationalismus und Parteinetzwerke europäischer Christdemokraten und Konservativer in historischer Erfahrung*, Sankt Augustin 2013.
- Ders. und Wolfram Kaiser, *A Study in Ambivalence. Austria and European Integration 1945–95*, in: *Contemporary European History* 6/1 (1997), S. 75–99.
- Ders. und Wolfram Kaiser, *Transnationalism and Early European Integration. The Nouvelles Equipes Internationales and the Geneva Circle 1947–1957*, in: *The Historical Journal* 44/3 (2001), S. 773–798.
- Ders. und Wolfram Kaiser (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965*, München 2004.
- Ders. und Wolfram Kaiser, *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Nouvelles Equipes Internationales und Genfer Kreis*, in: Dies. (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965*, München 2004, S. 29–79.
- Ders., Wolfram Kaiser und Helmut Wohnout (Hrsg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Wien u. a. 2001.
- Ders. und Johannes Schöner, *Transnationale christdemokratische Parteienkooperation in Europa 1965–1989. Der Beitrag österreichischer Ideen und Initiativen*, in: *Demokratische und Geschichte. Jahrbuch des Karl-von-Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich* 11/12/1 (2007/2008), S. 271–318.
- Gehne, David und Tim Spier (Hrsg.), *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Festschrift für Ulrich von Alemann*, Wiesbaden 2010.
- Geiger, Tim, *Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969*, München 2008.
- Geppert, Alexander C.T. und Till Kössler (Hrsg.), *Obsession der Gegenwart. Zeit im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2015.
- Dies., *Zeit-Geschichte als Aufgabe*, in: Dies. (Hrsg.), *Obsession der Gegenwart. Zeit im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2015, S. 7–36.
- Geppert, Dominik, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories (1975–1979)*, München 2002.
- Ders., *Großbritannien seit 1979. Politik und Gesellschaft*, in: *Neue Politische Literatur* 54 (2009), S. 61–86.
- Ders., *Wirtschaft, Gesellschaft und religiös-ethische Fragen im Großbritannien der Thatcher-Ära*, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Bielefeld 2011, S. 171–188.
- Ders., „Englische Krankheit“? Margaret Thatchers Therapie für Großbritannien, in: Norbert Frei und Dietmar Süß (Hrsg.), *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 51–68.
- Ders., *Wie liberal ist der britische Konservatismus? Staat, Gesellschaft und Individuum in der Programmatik der Tory-Partei im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Michael Großheim und Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), *Staat und Ordnung im konservativen Denken*, Baden-Baden 2013, S. 210–229.
- Ders., *Konservative Revolutionen? Thatcher, Reagan und das Feindbild des *Consensus Liberalism**, in: Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard (Hrsg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015, S. 271–289.
- Ders. und Jens Hacke (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008.
- Gettys, Sven-Daniel und Thomas Mittmann, „Der Tanz um das Goldene Kalb der Finanzmärkte“. *Konjunkturen religiöser Semantik in deutschen Kapitalismusdebatten seit den 1970er*

- Jahren, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Bielefeld 2011, S. 283–308.
- Geulen, Christian, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 7/1 (2010).
- Geyer, Andreas, *Friedrich Georg Jünger. Werk und Leben*, Wien u. a. 2007.
- Geyer, Martin H. (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland, 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6)*, Baden-Baden 2008.
- Ders., *Rahmenbedingungen. Unsicherheit als Normalität*, in: Ders. (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland, 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6)*, Baden-Baden 2008, S. 4–109.
- Ders., *Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder. Der Umgang mit Sicherheit und Unsicherheit*, in: Ders. (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland, 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6)*, Baden-Baden 2008, S. 114–231.
- Ders., *Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 643–669.
- Ders., *War over Words. The Search for a Public Language in West Germany*, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011, S. 293–330.
- Ders., *Elisabeth Noelle-Neumann's „Spiral of Silence“, the Silent Majority, and the Conservative Moment of the 1970s*, in: Anna v.d. Goltz und Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge u. a. 2017, S. 251–274.
- Geyer, Michael, *Humanity in an Age of Total Destruction. Friedrich Georg Jünger: Die Perfektion der Technik (1949/46)*, in: Uffa Jensen, Habbo Knoch, Daniel Morat und Miriam Rürup (Hrsg.), *Gewalt und Gesellschaft. Klassiker modernen Denkens neu gelesen*, Göttingen 2011, S. 163–173.
- Ders. und Lucian Hölscher (Hrsg.), *Die Gegenwart Gottes in der modernen Gesellschaft. Transzendenz und religiöse Vergemeinschaftung in Deutschland*, Göttingen 2006.
- Giovagnoli, Agostino, *Il Partito Italiano. La Democrazia Cristiana dal 1942 al 1994*, Roma u. a. 1996.
- Gmehling, Magdalena S., *Leitstern am geistigen Firmament. Erinnerungen an Gerd-Klaus Kaltenbrunner*, Kitzlegg 2012.
- Gniss, Daniela, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986*, Düsseldorf und Frankfurt a. M. 2005.
- Goldendach, Walter von und Hans-Rüdiger Minow, *„Deutschtum erwache!“*. Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994.
- Goldschmidt, Nils, *Wirtschaft und Gesellschaft miteinander versöhnen. Protestantische Wurzeln und katholische Zweige der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.), *Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Bielefeld 2011, S. 205–220.
- Ders. und Ursula Nothelle-Wildfeuer (Hrsg.), *Freiburger Schule und christliche Gesellschaftslehre. Joseph Kardinal Höffner und die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 2010.
- Goltz, Anna v.d., *Eine Gegen-Generation von 1968? Politische Polarisierung und konservative Mobilisierung an westdeutschen Universitäten*, in: Massimiliano Livi, Daniel Schmidt und Michael Sturm (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt a. M. 2010, S. 73–89.
- Dies., *A Polarised Generation? Conservative Students and West Germany's ‚1968‘*, in: Dies. (Hrsg.), *„Talkin“ ’bout my Generation“. Conflicts of Generation Building and Europe's 1968*, Göttingen 2011, S. 195–215.
- Dies. (Hrsg.), *„Talkin“ ’bout my Generation“. Conflicts of Generation Building and Europe's 1968*, Göttingen 2011.
- Dies. und Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge u. a. 2017.

- Goodhart, Philip und Ursula Branston, *The 1922. The Story of the Conservative Backbenchers' Parliamentary Committee*, London 1973.
- Görner, Rüdiger, *Dover im Harz. Studien zu britisch-deutschen Kulturbeziehungen*, Heidelberg 2012.
- Ders., *Retrospektiver Fortschritt. Golo Mann, Edmund Burke und die konservative Evolution*, in: Ders., *Dover im Harz. Studien zu britisch-deutschen Kulturbeziehungen*, Heidelberg 2012, S. 236–246.
- Görtemaker, Heike B., *Ein deutsches Leben. Die Geschichte der Margret Boveri 1900–1975*, München 2005.
- Goschler, Constantin, *Radikalkonservative Intellektuelle in der frühen Bundesrepublik*, in: Erhard Schütz (Hrsg.), *Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands*, Essen 2009, S. 23–33.
- Gossler, Ascan, *Publizistik und konservative Revolution. Das „Deutsche Volkstum“ als Organ des Rechtsintellektualismus 1918–1933*, Münster u. a. 2001.
- Gotto, Bernhard, *Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62/1 (2014), S. 1–33.
- Gotto, Klaus, *Lenz, Otto*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 14/1985, S. 233.
- Gowland, David und Arthur Turner, *Reluctant Europeans. Britain and European Integration 1945–1998*, Hoboken 2014.
- Dies. und Alex Wright, *Britain and European Integration since 1945. On the Sidelines*, London 2010.
- Graf, Rüdiger, *Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien der frühen 1970er Jahre*, in: Dominik Geppert und Jens Hacke (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 207–228.
- Ders., *Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*, München 2014.
- Granieri, Ronald J., *The Ambivalent Alliance. Konrad Adenauer, the CDU/CSU, and the West, 1949–1966*, New York 2003.
- Ders., *Odd man out? The CDU-CSU, 'Ostpolitik', and the Atlantic Alliance*, in: Matthias Schulz und Thomas Alan Schwartz (Hrsg.), *The Strained Alliance. U.S.-European Relations from Nixon to Carter*, New York 2010, S. 83–101.
- Grau, Andreas, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973*, Düsseldorf 2005.
- Ders., *Hassel, Kai-Uwe von*, URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.8403> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Grebing, Helga, *Freiheit, die ich meinte. Erinnerungen an Berlin*, Berlin 2012.
- Green, E.H.H., *The Crisis of Conservatism. The Politics, Economics and Ideology of the Conservative Party, 1880–1914*, London und New York 1995.
- Ders., *The Treasury Resignations of 1958. A Reconsideration*, in: *Twentieth Century British History* 11/4 (2000), S. 409–430.
- Ders., *Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century*, New York und Oxford 2002.
- Ders., *Thatcher*, London und New York 2006.
- Ders., *The Conservative Party and Keynes*, in: Ders. und Duncan Tanner (Hrsg.), *The Strange Survival of Liberal England. Political Leaders, Moral Values and the Reception of Economic Debate*, Cambridge 2007, S. 186–211.
- Ders. und Duncan Tanner (Hrsg.), *The Strange Survival of Liberal England. Political Leaders, Moral Values and the Reception of Economic Debate*, Cambridge 2007.
- Green, Jonathan Allen, *Friedrich Gentz's Translation of Burke's Reflections*, in: *The Historical Journal* 57/3 (2014), S. 639–659.
- Greschat, Martin, *„Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“*. Anmerkungen zu einem europäischen konfessionellen Interpretationsmodell, in: Jochen-Christoph Kaiser und Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart 1990, S. 1–24.
- Ders., *Konfessionelle Spannungen in der Ära Adenauer*, in: Thomas Sauer (Hrsg.), *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik*, Stuttgart 2000, S. 19–34.

- Ders., Vorgeschichte, in: Claudia Lepp und Kurt Nowak (Hrsg.), *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. (1945–1989/90)*, Göttingen 2001, S. 11–45.
- Ders., *Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit*, Stuttgart 2002.
- Greß, Franz, Hans-Gerd Jaschke und Klaus Schönekas, *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Opladen 1990.
- Grimley, Matthew, *Thatcherism, Morality and Religion*, in: Ben Jackson und Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 78–94.
- Grob-Fitzgibbon, Benjamin, *Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism*, Cambridge 2016.
- Gross, Hans Ferdinand, Hanns Seidel, 1901–1961. *Eine politische Biographie*, München 1992.
- Großbölting, Thomas, *Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945*, Göttingen 2013.
- Ders., „Soziale Marktwirtschaft“ als christliche Verpflichtung? Konfessionelle Wirtschaftskonzepte und religiöse Akteure in der frühen Bundesrepublik, in: Swen Steinberg und Winfried Müller (Hrsg.), *Wirtschaft und Gemeinschaft. Konfessionelle und neureligiöse Gemeinsinnsmodelle im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2014, S. 319–336.
- Großheim, Michael, „Totaler Staat“ oder „Eigenständiges Volk“? Konservativ-revolutionäre Debatten über die Bedeutung des Staates, in: Michael Großheim und Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), *Staat und Ordnung im konservativen Denken*, Baden-Baden 2013, S. 132–188.
- Ders. und Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), *Staat und Ordnung im konservativen Denken*, Baden-Baden 2013.
- Großmann, Johannes, *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945*, München 2014.
- Grossmann, Thomas, *Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970*, Mainz 1991.
- Grüner, Stefan, Geplantes „Wirtschaftswunder“? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1945 bis 1973, München 2009.
- Grunewald, Michel und Uwe Puschner (Hrsg.), *Le milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890–1960)*, Bern 2003.
- Dies. (Hrsg.), *Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963)*, Bern 2008.
- Guilhaumou, Jacques, *Geschichte und Sprachwissenschaft – Wege und Stationen (in) der „analyse du discours“*, in: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*, Wiesbaden 42010, S. 21–67.
- Gumbrecht, Hans Ulrich, *Dimensionen und Grenzen der Begriffsgeschichte*, München 2006.
- Ders., *Pyramiden des Geistes. Über den schnellen Aufstieg, die unsichtbaren Dimensionen und das plötzliche Abebben der begriffsgeschichtlichen Bewegung*, in: Ders., *Dimensionen und Grenzen der Begriffsgeschichte*, München 2006, S. 7–36.
- Günther, Frieder, *Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezi- sion und Integration 1949–1970*, München 2004.
- Ders., *Ordnen, gestalten, bewahren. Radikales Ordnungsdenken von deutschen Rechtsintellek- tuellen der Rechtswissenschaft 1920 bis 1960*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59/3 (2011), S. 353–384.
- Günther, Timo, *Hofmannsthal: Ein Brief*, München 2004.
- Gusy, Christoph (Hrsg.), *Weimars lange Schatten. „Weimar“ als Argument nach 1945*, Baden- Baden 2003.
- Haase, Christian, *Pragmatic Peacemakers. Institutes of International Affairs and the Liberaliza- tion of West Germany, 1945–73*, Augsburg 2007.
- Habermas, Rebekka und Rebekka von Mallinckrodt (Hrsg.), *Interkultureller Transfer und nati- onaler Eigensinn. Europäische und anglo-amerikanische Positionen der Kulturwissen- schaften*, Göttingen 2004.
- Hacke, Jens, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundes- republik*, Göttingen 2006.

- Ders., Konservatismus des Standhaltens. Arnold Gehlens Analyse der modernen Industriegesellschaft, in: Erhard Schütz (Hrsg.), *Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands*, Essen 2009, S. 121–134.
- Haftdorn, Helga, Kontinuität und Wandel des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland, in: Thomas Ellwein und Everhard Holtmann (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*, Opladen 1999, S. 247–257.
- Hall, Stuart, *The Hard Road to Renewal. Thatcherism and the Crisis of the Left*, London und New York 1988.
- Ders., Charles Critcher, Tony Jefferson, John Clarke und Brian Roberts, *Living with the Crisis*, in: Stuart Hall (Hrsg.), *The Hard Road to Renewal. Thatcherism and the Crisis of the Left*, London und New York 1988, S. 19–38.
- Hanley, David (Hrsg.), *Christian Democracy in Europe. A Comparative Perspective*, London 1994.
- Harbou, Knud von, *Wege und Abwege. Franz Josef Schöningh, Mitbegründer der Süddeutschen Zeitung. Eine Biografie*, München 2013.
- Harppecht, Klaus, *Die Gräfin Marion Dönhoff. Eine Biographie*, Reinbek bei Hamburg 2008.
- Harrison, Brian, Margaret Thatcher's Impact on Historical Writing, in: William Roger Louis (Hrsg.), *Irrepressible Adventures with Britannia. Personalities, Politics and Culture in Britain*, London und New York 2013, S. 307–321.
- Hart, Bradley W. und Richard Carr (Hrsg.), *The Foundations of the British Conservative Party. Essays on Conservatism from Lord Salisbury to David Cameron*, London 2013.
- Harvey, David, *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2007.
- Haselbach, Dieter, *Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden 1991.
- Haß-Zumkehr, Ulrike, Zur Sprachkritik der Achtundsechziger, in: Ulrich Ott und Roman Luckseiter (Hrsg.), *Belles lettres/Graffiti. Soziale Phantasien und Ausdrucksformen der Achtundsechziger*, Göttingen 2001, S. 115–121.
- Haungs, Peter, Michael Pinto-Duschinsky und Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Paderborn u. a. 2000.
- Haupt, Heinz-Gerhard und Jürgen Kocka (Hrsg.), *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M. und New York 1996.
- Dies., *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.), *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M. und New York 1996, S. 9–45.
- Dies. (Hrsg.), *Comparative and Transnational History. Central European Approaches and New Perspectives*, New York u. a. 2012.
- Hauser, Oswald, *England und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der englisch-deutschen Beziehungen von 1933 bis 1939 auf Grund unveröffentlichter Akten aus dem britischen Staatsarchiv*, Göttingen und Zürich 1982.
- Hay, Colin, *Chronicles of a Death Foretold. The Winter of Discontent and Construction of the Crisis of British Keynesianism*, in: *Parliamentary Affairs* 63/3 (2010), S. 446–470.
- Hayton, Richard und Andrew Scott Crines (Hrsg.), *Conservative Orators from Baldwin to Cameron*, Manchester 2015.
- Heffer, Simon, *Like the Roman. The Life of Enoch Powell*, London 2008.
- Ders., Powell, (John) Enoch, 1912–1998, in: *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Hehl, Ulrich von, Der Politiker als Zeitzeuge. Heinrich Krone als Beobachter der Ära Adenauer, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 5 (1998), S. 83–104.
- Hellfeld, Matthias von, *Modell Vergangenheit. Rechtsextreme und neokonservative Ideologien in der Bundesrepublik*, Köln 1987.
- Hellmuth, Eckhart und Christoph von Ehrenstein, *Intellectual History Made in Britain. Die Cambridge School und ihre Kritiker*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27/1 (2001), S. 149–172.
- Henkel, Michael, Vom Sinn einer philosophischen Theorie der Politik. Bemerkungen zum Theoriebegriff bei Hans Buchheim und Michael Oakeshott, in: *Politisches Denken. Jahrbuch* 2004, S. 167–187.

- Heppell, Timothy (Hrsg.), *Leaders of the Opposition. From Churchill to Cameron*, Basingstoke 2012.
- Ders. und Michael Hill, *Prime Ministerial Powers of Patronage. Ministerial Appointments and Dismissals under Edward Heath*, in: *Contemporary British History* 29/4 (2015), S. 464–485.
- Herberg, Dieter, Doris Steffens und Elke Tellenbach, *Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörterbuch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90*, Berlin u. a. 1997.
- Herbert, Ulrich, *Rückkehr in die „Bürgerlichkeit“? NS-Eliten in der Bundesrepublik*, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover 1995, S. 157–173.
- Ders., *Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century*, in: *Journal of Modern European History* 5/1 (2007), S. 5–20.
- Ders., *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.
- Hering, Rainer, *Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht? Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 51 (2011), S. 237–266.
- Ders., *Konservative Ökumene. Hochkirchliche und liturgische Strömungen im deutschen Protestantismus des 20. Jahrhunderts*, in: Richard Faber und Uwe Puschner (Hrsg.), *Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert*, Würzburg 2011, S. 63–86.
- Hermle, Siegfried, *Die Evangelikalen als Gegenbewegung*, in: Siegfried Hermle, Claudia Lepp und Harry Oelke (Hrsg.), *Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren*, Göttingen 2007, S. 325–351.
- Ders., Claudia Lepp und Harry Oelke (Hrsg.), *Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren*, Göttingen 2007.
- Herzog, Benjamin, *Schwundstufen des Fortschrittsbegriffs. Zu seinen Reinterpretationen in der frühen Bundesrepublik*, in: Carsten Dutt (Hrsg.), *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*, Heidelberg 2003, S. 219–249.
- Herzog, Dagmar, *The Death of God in West Germany. Between Secularization, Postfascism, and the Rise of Liberation Theology*, in: Michael Geyer und Lucian Hölscher (Hrsg.), *Die Gegenwart Gottes in der modernen Gesellschaft. Transzendenz und religiöse Vergemeinschaftung in Deutschland*, Göttingen 2006, S. 431–466.
- Hettling, Manfred (Hrsg.), *Bürgertum nach 1945*, Hamburg 2005.
- Heuser, Beatrice und Kristan Stoddart, *Großbritannien zwischen Doppelbeschluss und Anti-Kernwaffen-Protestbewegungen*, in: Philipp Gassert, Tim Geiger und Hermann Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 305–324.
- Hey, Bernd (Hrsg.), *Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel*, Bielefeld 2001.
- Ders. und Volkmar Wittmütz (Hrsg.), *1968 und die Kirchen*, Bielefeld 2008.
- Heyer, Ralf, *„Die Maschine ist kein glücksspendender Gott“. Fortschrittskeptizismus und ökologische Visionen im Werk von Friedrich Georg Jünger*, Stuttgart 2000.
- Hickson, Kevin, *The Political Thought of the Conservative Party since 1945*, Basingstoke 2005.
- Hiepel, Claudia, *„Europa gehört keiner Partei“. Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas*, in: Jürgen Mittag (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006, S. 271–288.
- Hildebrand, Klaus, *Von Erhard zur Großen Koalition. 1963–1969*, Stuttgart und Mannheim 1989.
- Ders., Udo Wengst und Andreas Wirsching (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008.
- Hilton, Boyd, *A Mad, Bad and Dangerous People? England 1783–1846*, Oxford 2006.
- Hinck, Gunnar, *Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre*, Berlin 2012.
- Hinrichsen, Hans-Peter E., *Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2002.

- Hißler, Carl-Martin, *Zwischen Liberalismus und Christentum. Die soziaethischen Aspekte der sozialen Marktwirtschaft*, Berlin u. a. 2014.
- Hochgeschwender, Michael (Hrsg.), *Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit*, Bonn 2011.
- Ders. (Hrsg.), *Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Bielefeld 2011.
- Hockerts, Hans Günter (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland, 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5)*, Baden-Baden 2006.
- Ders., *Parteien in Bewegung. Über die Flexibilität des Parteiensystems in der Reformära der Bonner Republik (1966–1974)*, in: Klaus Hildebrand, Udo Wengst und Andreas Wirsching (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008, S. 225–240.
- Ders. und Winfried Süß (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich*, München 2010.
- Hodenberg, Christina von, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006.
- Hoeres, Peter, *Reise nach Amerika. Axel Springer und die Transformation des deutschen Konservatismus in den 1960er- und 1970er-Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 9 (2012), S. 54–75.
- Ders., *Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61/1 (2013), S. 93–119.
- Hohendahl, Peter Uwe und Erhard Schütz (Hrsg.), *Perspektiven konservativen Denkens. Deutschland und die Vereinigten Staaten nach 1945*, Bern u. a. 2012.
- Hölscher, Lucian, *Zeit und Diskurs in der Lexikographie der frühen Neuzeit*, in: Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart 1978, S. 327–342.
- Ders. (Hrsg.), *Baupläne der sichtbaren Kirche. Sprachliche Konzepte religiöser Vergemeinschaftung in Europa*, Göttingen 2007.
- Ders., *Die Säkularisierung der Kirchen. Sprachliche Transformationsprozesse in den langen 1960er Jahren*, in: Wilhelm Damberg (Hrsg.), *Soziale Strukturen und Semantiken des Religiösen im Wandel. Transformationen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, Essen 2011, S. 203–214.
- Horne, Alistair, *Macmillan. The Official Biography*, London 2008.
- Hospes, Ulrike, Rehling, Luise (geb. Dieckerhoff), URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.8495> [abgerufen am 11.4.2017].
- Howard, Anthony, *R.A.B. The Life of R. A. Butler*, London 1987.
- Huber, Wolfgang (Hrsg.), *Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990.
- Hübner, Christoph, *Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparterie und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik*, Berlin und Münster 2014.
- Hünemörder, Kai F., *Kassandra im modernen Gewand. Die umweltapokalyptischen Mahnrufe der frühen 1970er Jahre*, in: Frank Uekötter (Hrsg.), *Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart 2004, S. 78–97.
- Ders., *1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?*, in: Franz-Josef Brüggemeier (Hrsg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 124–144.
- Hürter, Johannes, *Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 167–192.
- Ders. (Hrsg.), *Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren*, München 2015.
- Ders. und Maria Keipert (Hrsg.), *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945*, Paderborn 2000.
- Ders. und Hans Woller (Hrsg.), *Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte*, München 2005.

- Iriye, Akira, *Global Community. The Role of International Organizations in the Making of the Contemporary World*, Berkeley u. a. 2002.
- Jackson, Ben, *At the Origins of Neo-Liberalism. The Free Economy and the Strong State, 1930–1947*, in: *The Historical Journal* 53/1 (2010), S. 129–151.
- Ders., *The Think-Tank Archipelago: Thatcherism and Neo-Liberalism*, in: Ben Jackson und Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, S. 43–61.
- Ders., *Currents of Neo-Liberalism. British Political Ideologies and the New Right, c. 1955–1979*, in: *English Historical Review* 131/551 (2016), S. 823–850.
- Jackson, Ben und Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012.
- Jähncke, Burkhard, *Lawyer, Politician, Intelligence Officer. Paul Leverkuehn in Turkey, 1915–1916 and 1941–1944*, in: *Journal of Intelligence History* 2/2 (2002), S. 69–87.
- Jahraus, Oliver, Armin Nassehi, Mario Grizelj, Irmhild Saake, Christian Kirchmeier und Julian Müller (Hrsg.), *Luhmann-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart und Weimar 2012.
- Jansen, Thomas, *Die Entstehung einer Europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP*, Bonn 1996.
- Ders., *The Dilemma for Christian Democracy. Historical Identity and/or Political Expediency: Opening the Door to Conservatism*, in: Emiel Lamberts (Hrsg.), *Christian Democracy in the European Union (1945–1995). Proceedings of the Leuven Colloquium, 15–18 November 1995*, Leuven 1997, S. 459–479.
- Ders., *Die Europäische Volkspartei (EVP)*, in: Peter Haungs, Michael Pinto-Duschinsky und Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Paderborn u. a. 2000, S. 459–540.
- Jararusch, Konrad H. (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.
- Ders. und Martin Sabrow (Hrsg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002.
- Jarvis, Mark, *The 1958 Treasury Dispute*, in: *Contemporary British History* 12/2 (1998), S. 22–50.
- Ders., *Conservative Governments, Morality and Social Change in Affluent Britain, 1957–64*, Manchester 2005.
- Jeismann, Michael (Hrsg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt a. M. 1995.
- Jensen, Uffa, Habbo Knoch, Daniel Morat und Miriam Rürup (Hrsg.), *Gewalt und Gesellschaft. Klassiker modernen Denkens neu gelesen*, Göttingen 2011.
- Jesse, Eckhard, *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983*, Düsseldorf 1985.
- Joas, Hans und Peter Vogt (Hrsg.), *Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks*, Berlin 2011.
- Joch, Markus, *Vom Reservieren der Logenplätze. Das Dreieck Thies – Mann – Andersch*, in: Hans-Gerd Winter (Hrsg.), „Uns selbst mussten wir misstrauen“. Die „junge Generation“ in der deutschsprachigen Nachkriegsliteratur, Hamburg 2002, S. 67–79.
- Johansson, Karl Magnus, *Transnational Party Alliances. Analysing the Hard Won Alliance between Conservatives and Christian Democrats in the European Parliament*, Lund 1997.
- Ders., *Party Elites in Multilevel Europe. The Christian Democrats and the Single European Act*, in: *Party Politics* 8/4 (2002), S. 423–439.
- Ders., *The Alliance of European Christian Democracy and Conservatism. Convergence through Networking*, in: Wolfram Kaiser und Peter Starie (Hrsg.), *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*, London 2005, S. 131–149.
- Johnman, Lewis, *Opportunity Knocks. Macmillan and the Treasury, 1955–1957*, in: Richard Aldous und Sabine Lee (Hrsg.), *Harold Macmillan. Aspects of a Political Life*, Basingstoke 1999, S. 16–31.
- Jones, Emily, *Conservatism, Edmund Burke, and the Invention of a Political Tradition, c. 1885–1914*, in: *The Historical Journal* 58/4 (2015), S. 1115–1139.
- Jones, Gareth Stedman und Gregory Claeys (Hrsg.), *The Cambridge History of Nineteenth-Century Political Thought*, Cambridge 2011.

- Jones, Harriet, *A Bloodless Counter-Revolution. The Conservative Party and the Defence of Inequality, 1945–51*, in: Harriet Jones und Michael Kandiah (Hrsg.), *The Myth of Consensus. New Views on British History, 1945–64*, Basingstoke 1996, S. 1–16.
- Dies., „New Conservatism“? *The Industrial Charter*, Modernity and the Reconstruction of British Conservatism after the War, in: Becky Conekin, Frank Mort und Chris Waters (Hrsg.), *Moments of Modernity. Reconstructing Britain 1945–1964*, London 1999, S. 171–188.
- Dies., *The Illusion of Conservative Support for the Welfare State, 1942–1959*, in: Antoine Capet (Hrsg.), *Pauvreté et inégalités en Grande-Bretagne, 1942–1990*, Rouen 2001, S. 109–119.
- Dies. und Michael Kandiah (Hrsg.), *The Myth of Consensus. New Views on British History, 1945–64*, Basingstoke 1996.
- Jordheim, Helge, *Against Periodization. Koselleck's Theory of Multiple Temporalities*, in: *History and Theory* 51/2 (2012), S. 151–171.
- Juneja, Monica und Margrit Pernau, *Lost in Translation? Transcending Boundaries in Comparative History*, in: Heinz-Gerhard Haupt und Jürgen Kocka (Hrsg.), *Comparative and Transnational History. Central European Approaches and New Perspectives*, New York u. a. 2012, S. 105–129.
- Jung, Matthias, *Von der politischen Sprachkritik zur Political Correctness – deutsche Besonderheiten und internationale Perspektiven*, in: *Sprache und Literatur* 76 (1996), S. 18–36.
- Ders. (Hrsg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*, Opladen 1997.
- Ders., Thomas Niehr und Karin Böke, *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945*, Wiesbaden 2000.
- Kaelble, Hartmut, *Historischer Vergleich, Verison: 1.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* 14. 8. 2012 (URL: http://docupedia.de/zg/Historischer_Vergleich?oldid=84623).
- Ders., *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. u. a. 1999.
- Ders. und Jürgen Schriewer (Hrsg.), *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M. 2003.
- Kaff, Brigitte, *Aenne Brauksiepe (1912–1997)*, in: Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 9, Münster 1999, S. 277–289.
- Kaiser, Jochen-Christoph und Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart 1990.
- Kaiser, Wolfram, *Using Europe, Abusing the Europeans. Britain and European Integration, 1945–63*, Basingstoke u. a. 1996.
- Ders., *Deutschland exkulpiert und Europa aufbauen. Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten in den Nouvelles Equipes Internationales 1947–1965*, in: Michael Gehler, Wolfram Kaiser und Helmut Wohnout (Hrsg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Wien u. a. 2001, S. 695–719.
- Ders., *A Transnational Policy Community in Retreat? The Christian Democratic Network in the EC 1958–72*, in: Antonio Varsori (Hrsg.), *Inside the European Community. Actors and Policies in the European Integration 1957–1972*, Baden-Baden 2006, S. 119–134.
- Ders., *Christian Democracy and the Origins of European Union*, Cambridge und New York 2007.
- Ders., *Europeanization of Christian Democracy? Negotiating Organization, Enlargement, Policy and Allegiance in the European People's Party*, in: Wolfram Kaiser und Jan Henrik Meyer (Hrsg.), *Societal Actors in European Integration. Polity-Building and Policy-Making 1958–1992*, Basingstoke 2013, S. 15–37.
- Ders., Brigitte Leucht und Michael Gehler (Hrsg.), *Transnational Networks in Regional Integration. Governing Europe 1945–83*, Basingstoke 2010.
- Ders., Brigitte Leucht und Morten Rasmussen (Hrsg.), *The History of the European Union. Origins of a Trans- and Supranational Polity, 1950–72*, New York u. a. 2009.
- Ders. und Jan Henrik Meyer (Hrsg.), *Societal Actors in European Integration. Polity-Building and Policy-Making 1958–1992*, Basingstoke 2013.
- Ders. und Jan-Henrik Meyer, *Non-State Actors in European Integration in the 1970s. Towards a Polity of Transnational Contestation*, in: *Comparativ* 20/3 (2010), S. 7–24.

- Ders. und Gillian Staerck (Hrsg.), *British Foreign Policy, 1955–64. Contracting Options*, Basingstoke 2000.
- Ders. und Peter Starie (Hrsg.), *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*, London 2005.
- Kämper, Heidrun, *Der Schuldiddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945*, Berlin 2005.
- Dies., *Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schuldiddiskurs, 1945–1955*, Berlin u. a. 2007.
- Dies., *Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte*, Berlin u. a. 2012.
- Dies., *Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68*, Berlin 2013.
- Dies. und Ludwig Maximilian Eichinger (Hrsg.), *Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung*, Berlin 2008.
- Dies., Joachim Scharloth und Martin Wengeler (Hrsg.), 1968. *Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*, Berlin u. a. 2012.
- Kandiah, Michael, *Conservative Leaders, Strategy – and „Consensus“? 1945–1964*, in: Harriet Jones und Michael Kandiah (Hrsg.), *The Myth of Consensus. New Views on British History, 1945–64*, Basingstoke 1996, S. 58–78.
- Ders. und Anthony Seldon (Hrsg.), *Ideas and Think Tanks in Contemporary Britain*, London u. a. 1996.
- Ders., *British Domestic Politics, the Conservative Party and Foreign Policy Making*, in: Wolfram Kaiser und Gillian Staerck (Hrsg.), *British Foreign Policy, 1955–64. Contracting Options*, Basingstoke 2000, S. 61–88.
- Karabelas, Iris, *Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. u. a. 2010.
- Kavanagh, Dennis, *Thatcherism and British Politics. The End of Consensus?*, Oxford 1987.
- Keating, John, *The British Experience. Christian Democrats without a Party*, in: David Hanley (Hrsg.), *Christian Democracy in Europe. A Comparative Perspective*, London 1994, S. 168–181.
- Keller, Reiner, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis*, Wiesbaden ⁴2010.
- Keller, Thomas, *Kulturkritik nach 1945*, in: Gilbert Merlio und Gérard Raulet (Hrsg.), *Linke und rechte Kulturkritik. Interdiskursivität als Krisenbewußtsein*, Frankfurt a. M. 2005, S. 303–320.
- Keller, Thomas, *Emil Franzel (1901–1976). Biografie eines sudetendeutschen Intellektuellen*, Hamburg 2012.
- Kellner, Hans Eduard, *Das theologische Denken Wilhelm Stählin's*, Frankfurt a. M. u. a. 1991.
- Kelly, Scott, *The Myth of Mr. Butskell. The Politics of British Economic Policy, 1950–55*, Aldershot 2002.
- Kemper, Claudia, *Das „Gewissen“ 1919–1925. Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen*, München 2011.
- Kern, Bruno, *Theologie der Befreiung*, Tübingen 2013.
- Kershaw, Ian, *Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg*, München 2005.
- Kersting, Franz-Werner, Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957. *Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 50/3 (2002), S. 465–495.
- Kersting, Franz-Werner, Jürgen Reulecke und Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010.
- van Kessel, Alexander, „Ruggen recht, heren!“. *Hoe de Nederlandse christen-democraten het tegenover hun Duitse geestverwanten aflegden in het debat over het profiel van de Europese Volkspartij*, Hilversum 2003.
- Kettenacker, Lothar, Manfred Schlenke und Hellmut Seier (Hrsg.), *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge*, München 1981.
- Khan, Gulshan Ara, *Habermas and Oakeshott on Rationalism, Morality and Democratic Politics*, in: *Political Studies* 60/2 (2012), S. 381–398.

- Khol, Andreas und Alexis Wintoniak, Die Europäische Demokratische Union (EDU), in: Peter Haungs, Michael Pinto-Duschinsky und Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa, Paderborn u. a. 2000, S. 407–458.
- Kiesel, Helmuth, Die Restauration des Restaurationsbegriffs im Intellektuellendiskurs der frühen Bundesrepublik, in: Carsten Dutt (Hrsg.), Herausforderungen der Begriffsgeschichte, Heidelberg 2003, S. 173–193.
- Ders., Ernst Jünger. Die Biographie, München 2007.
- Ders., Nietzsche bei Ernst und Friedrich Georg Jünger, in: Barbara Neymeyr und Andreas Urs Sommer (Hrsg.), Nietzsche als Philosoph der Moderne, Heidelberg 2012, S. 253–270.
- Kießling, Friedrich, Die undeutschen Deutschen. Eine ideengeschichtliche Archäologie der alten Bundesrepublik 1945–1972, Paderborn 2012.
- Ders. und Bernhard Rieger (Hrsg.), Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre, Köln 2011.
- Kilian, Jörg, Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang. Am Beispiel des Grundrechte-Diskurses 1948/49, Tübingen 1997.
- Ders., „Demokratie“ als Merkwort der Nachkriegszeit. Linguistische Begriffsgeschichte im Zeichen der kognitiven Semantik, in: Carsten Dutt (Hrsg.), Herausforderungen der Begriffsgeschichte, Heidelberg 2003, S. 105–131.
- Kirchmeier, Christian, Semantik, in: Oliver Jahraus, Armin Nassehi, Mario Grizelj, Irmhild Saake, Christian Kirchmeier und Julian Müller (Hrsg.), Luhmann-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart und Weimar 2012, S. 115–117.
- Klautke, Egbert, Auf den Spuren des Sonderwegs. Zur Westorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik, in: Manfred Berg und Philipp Gassert (Hrsg.), Deutschland und die USA in der internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Festschrift für Detlef Junker, Stuttgart 2004, S. 98–112.
- Klein, Josef, Kann man „Begriffe besetzen“? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher, in: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.), Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991, S. 44–69.
- Klein, Michael, Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963, Tübingen 2005.
- Ders., Der westdeutsche Protestantismus und die CDU bis zum Ende der Ära Adenauer, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14 (2007), S. 79–97.
- Kleinknecht, Thomas, Demokratisierung als Staats- oder als Lebensform. Konservative Einreden in den *Cappenberger Gesprächen* der *Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft* in den 1970er Jahren, in: Massimiliano Livi, Daniel Schmidt und Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010, S. 113–129.
- Klimke, Martin und Joachim Scharloth (Hrsg.), 1968. Handbuch zur Kultur- und Medien-geschichte der Studentenbewegung, Bonn 2008.
- Knäbich, Wolfram, Solitär wider Willen. Wandlungen der Kulturkritik bei Friedrich Sieburg nach 1945, in: Erhard Schütz (Hrsg.), Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands, Essen 2009, S. 147–166.
- Knigge, Jobst, Das Dilemma eines Diplomaten. Otto II. von Bismarck in Rom 1940–1943, [Berlin] 2006.
- Knipping, Franz und Matthias Schönwald (Hrsg.), Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984, Trier 2004.
- Kocka, Jürgen, German History before Hitler. The Debate about the German „Sonderweg“, in: Journal of Contemporary History 23 (1988), S. 3–16.
- Ders., Asymmetrical Historical Comparison. The Case of the German „Sonderweg“, in: History and Theory 38 (1999), S. 40–50.
- Koebner, Thomas, Gert Sautermeister und Sigrid Schneider (Hrsg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987.
- Kollmeier, Kathrin, Begriffsgeschichte und Historische Semantik, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte 29. 10. 2012 (DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.257.v2>).
- Kondylis, Panajotis, Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.
- Koop, Volker, Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie, Köln 2007.

- Köpf, Peter, *Der Querdenker. Kurt Biedenkopf. Eine Biografie*, Frankfurt 1999.
- Koselleck, Reinhart, Einleitung, in: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII.
- Ders. (Hrsg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart 1978.
- Ders., „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375.
- Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989.
- Ders., *Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe*, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989, S. 211–259.
- Ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a. M. 2010.
- Ders., *Die Geschichte der Begriffe und die Begriffe der Geschichte*, in: Ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a. M. 2010, S. 56–76.
- Ders., *Sozialgeschichte und Begriffsgeschichte*, in: Ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a. M. 2010, S. 9–31.
- Ders., *Stichwort: Begriffsgeschichte*, in: Ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a. M. 2010, S. 99–102.
- Ders., Ulrike Spree und Willibald Steinmetz, *Drei bürgerliche Welten? Zur vergleichenden Semantik der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, England und Frankreich*, in: Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a. M. 2010, S. 402–461.
- Kössler, Till und Helke Stadtland (Hrsg.), *Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933*, Essen 2004.
- Kowalsky, Wolfgang und Wolfgang Schroeder (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen 1994.
- Kracht, Klaus Große, „Schmissiges Christentum“. Die Wochenzeitung ‚Christ und Welt‘ in der Nachkriegszeit (1948–1958), in: Michel Grunewald und Uwe Puschner (Hrsg.), *Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963)*, Bern 2008, S. 505–531.
- Kraus, Hans-Christof (Hrsg.), *Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten*, Berlin 1995.
- Ders. (Hrsg.), *Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur. Fünf Fallstudien*, Berlin 2003.
- Ders., *Als konservativer Intellektueller in der frühen Bundesrepublik. Das Beispiel Friedrich Sieburg*, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), *Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945*, Berlin 2005, S. 267–297.
- Ders., *Hans-Joachim Schoeps als konservativer Denker*, in: Gideon Botsch (Hrsg.), *Wider den Zeitgeist. Studien zum Leben und Werk von Hans-Joachim Schoeps (1909–1980)*, Hildesheim u. a. 2009, S. 159–176.
- Ders., *Eine Monarchie unter dem Grundgesetz? Hans-Joachim Schoeps, Ernst Rudolf Huber und die Frage einer monarchischen Restauration in der frühen Bundesrepublik*, in: Hans-Christof Kraus und Heinrich Amadeus Wolff (Hrsg.), *Souveränitätsprobleme der Neuzeit. Freundesgabe für Helmut Quaritsch anlässlich seines 80. Geburtstages*, Berlin 2010, S. 43–69.
- Ders. und Heinrich Amadeus Wolff (Hrsg.), *Souveränitätsprobleme der Neuzeit. Freundesgabe für Helmut Quaritsch anlässlich seines 80. Geburtstages*, Berlin 2010.
- Kremp, Werner und Michael Schneider (Hrsg.), *Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse. 150 Jahre Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA*, Trier 2013.
- Kriechbaumer, Robert, *Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus*, Wien u. a. 2004.
- Kroll, Frank-Lothar, *Geistesgeschichte in interdisziplinärer Sicht. Der Historiker Hans-Joachim Schoeps*, in: Helmut Neuhaus (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Erlangen*, Erlangen und Jena 2000, S. 315–340.
- Ders., *Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates*, Paderborn u. a. 2001.

- Ders., Sehnsüchte nach Preußen? Preußenbild und Preußendiskurs nach 1945 (2000), in: Ders., Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates, Paderborn u. a. 2001, S. 241–251.
- Ders. (Hrsg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005.
- Ders., Epochenbewusstsein, europäisches Einigungsgedenken und transnationale Integrationspolitik bei Heinrich von Brentano, in: Klaus Hildebrand, Udo Wengst und Andreas Wirsching (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 409–423.
- Ders., Hans-Joachim Schoeps und Preußen, in: Gideon Botsch (Hrsg.), Wider den Zeitgeist. Studien zum Leben und Werk von Hans-Joachim Schoeps (1909–1980), Hildesheim u. a. 2009, S. 105–137.
- Ders. und Tilman Reitz (Hrsg.), Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, Göttingen 2013.
- Krondorfer, Björn, Protestantische Theologenautobiographien und Vergangenheitsbewältigung. Helmut Thielicke als Beispiel für einen nachkriegsdeutschen Leidensdiskurs, in: Lucia Scherzberg (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung im französischen Katholizismus und deutschen Protestantismus, Paderborn und Wien u. a. 2008, S. 203–222.
- Kruip, Gudrun, Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999.
- Kruke, Anja, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007.
- Kselman, Thomas Albert und Joseph A. Buttigieg (Hrsg.), European Christian Democracy. Historical Legacies and Comparative Perspectives, Notre Dame 2003.
- Kummer, Joachim, Politische Ethik im 20. Jahrhundert. Das Beispiel Walter Künneths, Leipzig 2011.
- Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.), Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013), Düsseldorf 2014.
- van Laak, Dirk, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens, Berlin 1993.
- Ders., From the Conservative Revolution to Technocratic Conservatism, in: Jan-Werner Müller (Hrsg.), German Ideologies since 1945. Studies in the Political Thought and Culture of the Bonn Republic, New York u. a. 2003, S. 147–160.
- Lahme, Tilmann, Golo Mann. Biographie, Frankfurt a. M. 2009.
- Lamberts, Emiel (Hrsg.), Christian Democracy in the European Union (1945–1995). Proceedings of the Leuven Colloquium, 15–18 November 1995, Leuven 1997.
- Landwehr, Achim, Diskurs und Diskursgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte 11. 2. 2010 (URL: http://docupedia.de/zg/Diskurs_und_Diskursgeschichte).
- Ders., Historische Diskursanalyse, Frankfurt a. M. 2008.
- Langdon, Julia, Sir Timothy Raison Obituary, in: The Guardian, 10. 11. 2011.
- Lange, Hans-Jürgen, Responsivität und Organisation. Eine Studie über die Modernisierung der CDU von 1973–1989, Berlin 1994.
- Langner, Albrecht (Hrsg.), Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963, Paderborn 1980.
- Ders., Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945–1963, in: Ders. (Hrsg.), Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963, Paderborn 1980, S. 27–108.
- Larres, Klaus (Hrsg.), Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945, New York 2000.
- Ders., Schwierige Verbündete. Margaret Thatcher, John Major und die Politik Helmut Kohls, in: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013), Düsseldorf 2014, S. 233–269.
- Lawrence, Jon, Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867–1914, Cambridge u. a. 1998.
- Ders. und Florence Sutcliffe-Braithwaite, Margaret Thatcher and the Decline of Class Politics, in: Ben Jackson und Robert Saunders (Hrsg.), Making Thatcher's Britain, Cambridge 2012, S. 132–147.
- Ders. und Miles Taylor, The Poverty of Protest. Gareth Stedman Jones and the Politics of Language. A Reply, in: Social History 18 (1993), S. 1–15.

- Layton-Henry, Zig (Hrsg.), *Conservative Politics in Western Europe*, New York 1982.
- Lee, Sabine, *An Uneasy Partnership. British-German Relations between 1955 and 1961*, Bochum 1996.
- Dies., Pragmatism versus Principle? Macmillan and Germany, in: Richard Aldous (Hrsg.), Harold Macmillan. *Aspects of a Political Life*, Basingstoke 1999, S. 113–130.
- Leendertz, Ariane, Ordnung, Ausgleich, Harmonie. Koordinaten raumplanerischen Denkens in Deutschland, 1920 bis 1970, in: Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009, S. 129–150.
- Dies., Vom Anfang und Ende einer wissenschaftlich-administrativen Mission. Nationalstaatliche Raumordnungspolitik in Deutschland 1935 bis 1975, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 69–107.
- Dies. und Wencke Meteling (Hrsg.), *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*, Frankfurt und New York 2016.
- Leffler, Melvyn P. und Odd Arne Westad (Hrsg.), *The Cambridge History of the Cold War. Volume 3: Endings*, Cambridge 2010.
- Leggewie, Claus (Hrsg.), *Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin 1987.
- Lehmann, Hartmut und Melvin Richter (Hrsg.), *The Meaning of Historical Terms and Concepts. New Studies on „Begriffsgeschichte“*, Washington, D.C. 1996.
- Lehmann, Wolfgang, Hans Asmussen. *Ein Leben für die Kirche*, Göttingen u. a. 1988.
- Leonhard, Jörn, *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001.
- Ders., „True English Guelphs and Gibelines“. Zum historischen Bedeutungs- und Funktionswandel von Whig und Tory im englischen Politikdiskurs seit dem 17. Jahrhundert, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 84/1 (2002), S. 175–213.
- Ders., Grundbegriffe und Sattelzeiten – Languages and Discourses. Europäische und anglo-amerikanische Deutungen des Verhältnisses von Sprache und Geschichte, in: Rebekka Habermas und Rebekka von Mallinckrodt (Hrsg.), *Interkultureller Transfer und nationaler Eigensinn. Europäische und anglo-amerikanische Positionen der Kulturwissenschaften*, Göttingen 2004, S. 71–86.
- Ders., Von der Wortimitation zur semantischen Integration. Übersetzung als Kulturtransfer, in: *WerkstattGeschichte* 48 (2008), S. 45–63.
- Ders., Language, Experience and Translation. Towards a Comparative Dimension, in: Javier Fernández Sebastián (Hrsg.), *Political Concepts and Time. New Approaches to Conceptual History*, Santander 2011, S. 245–272.
- Leopold, David und Marc Stears (Hrsg.), *Political Theory. Methods and Approaches*, Oxford 2008.
- Lepenies, Wolf, Auf den Gipfeln, hinter den Kulissen, in: *Die Welt*, 24. 2. 2009.
- Lepp, Claudia, Entwicklungsetappen der Evangelischen Kirche, in: Dies. und Kurt Nowak (Hrsg.), *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. (1945–1989/90)*, Göttingen 2001, S. 46–93.
- Ders. und Kurt Nowak (Hrsg.), *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. (1945–1989/90)*, Göttingen 2001.
- Lessenich, Stephan (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt a. M. u. a. 2003.
- Leupold, Bernd, „Weder anglophil noch anglophob“. Großbritannien im politischen Denken Konrad Adenauers. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-britischen Beziehungen, Frankfurt a. M. und Berlin 1997.
- Levsen, Sonja und Cornelius Torp, Die Bundesrepublik und der Vergleich, in: Dies. (Hrsg.), *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016, S. 9–28.
- Dies. (Hrsg.), *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016.
- Liedtke, Frank, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.), *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*, Opladen 1991.
- Liehr, Dorothee, *Von der Aktion gegen den Spiegel zur Spiegel-Affäre. Zur gesellschaftspolitischen Rolle der Intellektuellen*, Frankfurt a. M. und Wien u. a. 2002.

- Lingen, Markus, Bernhard Vogel, URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.9556> [abgerufen am 11.4.2017].
- Linke, Werner, Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik. In den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966 bis 1975, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute, Bonn 2010, S. 114–139.
- Linke, Angelika, Begriffsgeschichte – Diskursgeschichte – Sprachgebrauchsgeschichte, in: Carsten Dutt (Hrsg.), Herausforderungen der Begriffsgeschichte, Heidelberg 2003, S. 39–49.
- Livi, Massimiliano, Daniel Schmidt und Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010.
- Loewenstein, Bedrich, Kurt Sontheimers Republik, Göttingen 2013.
- Löffler, Bernhard, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, Stuttgart 2002.
- Ders., Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung. Zum Einfluss christlicher Werte auf die Soziale Marktwirtschaft, in: Hans Zehetmair (Hrsg.), Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden 2007, S. 110–124.
- Ders., Ein deutscher Weg in den Westen. Soziale Marktwirtschaft und europäischer Neoliberalismus, in: Friedrich Kießling und Bernhard Rieger (Hrsg.), Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre, Köln 2011, S. 29–61.
- Ders., Ökonomie und Geist. Ludwig Erhard, die Intellektuellen und die Ideengeschichte des europäischen Neoliberalismus, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.), Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit, Bonn 2011, S. 74–102.
- Lord, Christopher, British Entry to the European Community under the Heath Government of 1970–4, Aldershot u. a. 1993.
- Lorenz, Robert (Hrsg.), 1964 – das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014.
- Lorig, Wolfgang H., Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Zum intellektuellen Klima in zwei politischen Kulturen, Opladen 1988.
- Lösche, Peter und Franz Walter, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
- Louis, William Roger (Hrsg.), Ultimate Adventures with Britannia. Personalities, Politics and Culture in Britain, London u. a. 2009.
- Ders. (Hrsg.), Irrepressible Adventures with Britannia. Personalities, Politics and Culture in Britain, London und New York 2013.
- Lücker, Hans August und Karl Josef Hahn, Christliche Demokraten bauen Europa, Bonn 1987.
- Ludlow, N. Piers, Dealing with Britain. The Six and the First UK Application to the EEC, Cambridge u. a. 1997.
- Ders., Constancy and Flirtation. Germany, Britain, and the EEC, 1956–1972, in: Jeremy Noakes, Peter Wende und Jonathan Wright (Hrsg.), Britain and Germany in Europe 1949–1990, Oxford und New York 2002, S. 95–112.
- Luther, Kurt Richard und Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges, Oxford 2002.
- Lütjen, Torben, Aufstieg und Anatomie des amerikanischen Konservatismus nach 1945. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 417–432.
- Lynch, Philip, The Conservatives and the Wilson Application, in: Oliver J. Daddow (Hrsg.), Harold Wilson and European Integration. Britain's Second Application to Join the EEC, London u. a. 2003, S. 56–74.
- Lynch, Philip und Richard Whitaker, A Loveless Marriage. The Conservatives and the European People's Party, in: Parliamentary Affairs 61/1 (2008), S. 31–51.
- Maaser, Wolfgang, Ständisches Demokratieverständnis und konservative Ordnungstheologie. Das Beispiel Walter Kühneth, in: Günter Brakelmann (Hrsg.), Auf dem Weg zum Grundgesetz. Beiträge zum Verfassungsverständnis des neuzeitlichen Protestantismus, Münster 1999, S. 225–232.

- Maciag, Drew, Edmund Burke in America. The Contested Career of the Father of Modern Conservatism, Ithaca 2013.
- Maegerle, Anton, Studienzentrum Weikersheim, in: Wolfram Wette (Hrsg.), Filbinger – eine deutsche Karriere, Springe 2006, S. 123–145.
- Maguire, G. E., Emmet, Evelyn Violet Elizabeth, in: Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Maitre, H. Joachim, Ayn Rand – eine Philosophin des Ultra-Liberalismus, in: Criticón 2 (1972), S. 108–110.
- Malgeri, Francesco, The Italian Presence in the Christian Democrat International. Aspects and Personalities, in: Jean-Dominique Durand (Hrsg.), Christian Democrat Internationalism. Its Action in Europe and Worldwide from Post World War II until the 1990s, Bruxelles 2013, S. 187–200.
- Malinowski, Stephan, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003.
- Mandler, Peter, The English National Character. The History of an Idea from Edmund Burke to Tony Blair, New Haven und London 2006.
- Mannheim, Karl, Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, Frankfurt a.M. 1984.
- Mantei, Simone, Nein und Ja zur Abtreibung. Die evangelische Kirche in der Reformdebatte um § 218 StGB (1970–1976), Göttingen 2004.
- Marjanen, Jani, Undermining Methodological Nationalism. *Histoire croisée* of Concepts as Transnational History, in: Mathias Albert, Gesa Bluhm, Jan Helmig, Andreas Leutzsch und Jochen Walter (Hrsg.), Transnational Political Spaces. Agents, Structures, Encounters, Frankfurt a.M. 2009, S. 239–263.
- Martin, Albrecht, Gottfried Mehnert und Christian Meißner, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–2012. Werden, Wirken und Wollen, Berlin 2012.
- Martin, Marko, „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift „Der Monat“, Frankfurt a.M. 2003.
- Masala, Carlo, Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949–1969. Eine schwierige Beziehung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 3 (1996), S. 145–162.
- Matl, Saskia, Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit? Von den Nouvelles Equipes Internationales zur Europäischen Volkspartei, in: Jürgen Mittag (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 289–312.
- May, Alex (Hrsg.), Britain, the Commonwealth and Europe. The Commonwealth and Britain's Applications to Join the European Communities, Basingstoke 2001.
- Mayer, Hartmut und Thomas Bernd Stehling (Hrsg.), Deutsch-britische Beziehungen und „der Mythos Cadenabbia“, St. Augustin und Berlin 2005.
- Mayer, Tilman (Hrsg.), Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer, Bonn 2009.
- Mayne, Richard, In Victory, Magnanimity, in Peace, Goodwill. A History of Wilton Park, London und Portland 2003.
- McDonald, W. Wesley, Russell Kirk and the Age of Ideology, Columbia 2004.
- McMahon, Darrin M. und Samuel Moyn (Hrsg.), Rethinking Modern European Intellectual History, Oxford 2014.
- Medhurst, Martin J., Robert L. Ivie, Philip Wander und Robert L. Scott (Hrsg.), Cold War Rhetoric. Strategy, Metaphor, and Ideology, East Lansing 1990.
- Mehring, Reinhard, Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München 2009.
- Ders., Begriffsgeschichte mit Carl Schmitt, in: Hans Joas und Peter Vogt (Hrsg.), Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks, Berlin 2011, S. 138–170.
- Ders., Der esoterische Diskurspartisan. Carl Schmitt in der Bundesrepublik, in: Thomas Kroll und Tilman Reitz (Hrsg.), Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, Göttingen 2013, S. 232–248.
- Meier, Heinrich, Politik und Praktische Philosophie. Gedenkrede auf Wilhelm Hennis, Berlin 2014.
- Meier, Kurt, Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Göttingen 1976–1984.

- Meinel, Florian, *Der Jurist in der industriellen Gesellschaft. Ernst Forsthoff und seine Zeit*, Berlin 2011.
- Meister, Klaus, *Thukydides als Vorbild der Historiker. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Paderborn u. a. 2013.
- Mende, Silke, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.
- Menze, Hugo, *Die Kultusminister und Bildungspolitik in Baden-Württemberg 1945–2005*, Ubstadt-Weiher 2008.
- Mergel, Thomas, *Kulturgeschichte der Politik*, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* 22.10.2012 (URL: http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel).
- Ders., *Der mediale Stil der „Sachlichkeit“*. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der alten Bundesrepublik, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 29–53.
- Ders., *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010.
- Merk, Bruno, *Klarstellungen*, Günzburg 1996.
- Merlio, Gilbert und Daniel Meyer (Hrsg.), *Spengler ohne Ende. Ein Rezeptionsphänomen im internationalen Kontext*, Frankfurt a. M. 2014.
- Ders. und Gérard Raullet (Hrsg.), *Linke und rechte Kulturkritik. Interdiskursivität als Krisenbewußtsein*, Frankfurt a. M. 2005.
- Mertens, Christian und Andreas Khol (Hrsg.), *Österreichische Christdemokraten im Dienste Europas*, Wien 1997.
- Metzler, Gabriele, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005.
- Meyer, Hinnerk, *Die christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments im Spannungsfeld verschiedener transnationaler Kooperationsformen 1965–1979*, in: *Journal of European Integration History* 33/1 (2011), S. 31–45.
- Meyer-Blanck, Michael, *Leben, Leib und Liturgie. Die praktische Theologie Wilhelm Stählin's*, Berlin u. a. 1994.
- Meyn, Hermann, *Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945*, Düsseldorf 1965.
- Mezei, Balázs M., *Thomas Molnar's Place in American Conservatism*, in: *Modern Age* 55 (2013), S. 37–48.
- Micus, Matthias, *Tribunen, Solisten, Visionäre. Politische Führung in der Bundesrepublik*, Göttingen 2010.
- Middell, Matthias, *Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verhältnis*, in: *Comparativ* 10 (2000), S. 7–41.
- Middlemas, Keith, *Orchestrating Europe. The Informal Politics of the European Union 1973–95*, London 1995.
- Mierzejewski, Alfred C., *Ludwig Erhard. A Biography*, Chapel Hill/North Carolina u. a. 2004.
- Milosch, Mark S., *Modernizing Bavaria. The Politics of Franz Josef Strauss and the CSU, 1949–1969*, New York 2006.
- Minogue, Kenneth, *Kedourie, Elie (1926–1992)*, in: *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Mintzel, Alf, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen 1975.
- Ders., *Bayern und die CSU*, in: *Revue d'Allemagne* 9/3 (1977), S. 433–460.
- Ders., *Christlich-Soziale Union*, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 2, Opladen 1986, S. 661–718.
- Mirowski, Philip und Dieter Plehwe (Hrsg.), *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*, Cambridge/Massachusetts 2009.
- Mitchell, Maria, *Materialism and Secularism. CDU Politicians and National Socialism, 1945–1949*, in: *The Journal of Modern History* 67/2 (1995), S. 278–308.
- Ders., *The Origins of Christian Democracy. Politics and Confession in Modern Germany*, Ann Arbor 2012.
- Mitchell, Stuart, *The Brief and Turbulent Life of Modernising Conservatism*, Newcastle 2006.

- Mittag, Jürgen (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006.
- Ders. (Hrsg.), 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979–2009). Europawahlen und EP in der Analyse, Baden-Baden 2011.
- Ders. und Janosch Steuwer, Politische Parteien in der EU, Wien 2010.
- Mittmann, Thomas, Kirchliche Akademien in der Bundesrepublik Deutschland. Gesellschaftliche, politische und religiöse Selbstverortungen, Göttingen 2011.
- Möller, Horst, Hanns Seidels christliches Menschenbild als Grundlage politischen Handelns, in: Hans Zehetmair (Hrsg.), Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden 2007, S. 85–95.
- Ders., Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München und Berlin u. a. 2015.
- Moore, Charles, Margaret Thatcher. The Authorized Biography. Volume One: Not For Turning, London u. a. 2013.
- Ders., Margaret Thatcher. The Authorized Biography. Volume Two: Everything She Wants, London u. a. 2015.
- Mooser, Josef, Liberalismus und Gesellschaft nach 1945. Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus am Beispiel von Wilhelm Röpke, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, S. 134–163.
- Morat, Daniel, Von der Tat zur Gelassenheit. Konservatives Denken bei Martin Heidegger, Ernst Jünger und Friedrich Georg Jünger, 1920–1960, Göttingen 2007.
- Ders., Die Entpolitisierung des Politischen. Ernst Jüngers Essayistik der 1950er Jahre, in: Matthias Schöning und Ingo Stöckmann (Hrsg.), Ernst Jünger und die Bundesrepublik. Ästhetik – Politik – Zeitgeschichte, Berlin u. a. 2012, S. 163–183.
- Morgan, Kenneth O., Blake, Robert Norman William, Baron Blake (1916–2003), in: Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Morsey, Rudolf (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Mainz 1975.
- Moses, A. Dirk, German Intellectuals and the Nazi Past, Cambridge u. a. 2007.
- Ders., Forum: Intellectual History in and of the Federal Republic of Germany, in: Modern Intellectual History 9/3 (2012), S. 625–639.
- Muller, Jerry Z., The Other God that Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism, Princeton und Guildford 1987.
- Ders. (Hrsg.), Conservatism. An Anthology of Social and Political Thought from David Hume to the Present, Princeton 1997.
- Ders., Introduction. What is Conservative Social and Political Thought, in: Ders. (Hrsg.), Conservatism. An Anthology of Social and Political Thought from David Hume to the Present, Princeton 1997, S. 3–31.
- Ders., German Neoconservatism and the History of the Bonn Republic, 1968 to 1985, in: German Politics and Society 18/1 (2000), S. 1–32.
- Ders., German Neoconservatism, ca. 1968–1985. Hermann Lübke and Others, in: Jan-Werner Müller (Hrsg.), German Ideologies since 1945. Studies in the Political Thought and Culture of the Bonn Republic, New York u. a. 2003, S. 161–184.
- Müller, Guido, Der Rheinische Merkur. Ein militantes christliches, konservativ-liberales und westliches Medium in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1946–1950), in: Michel Grunewald und Uwe Puschner (Hrsg.), Le milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890–1960), Bern 2003, S. 273–293.
- Müller, Hans-Peter, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB. Geschichte der DAG 1947–2001, Baden-Baden 2011.
- Müller, Jan-Werner (Hrsg.), German Ideologies since 1945. Studies in the Political Thought and Culture of the Bonn Republic, New York u. a. 2003.
- Ders., Ein gefährlicher Geist. Carl Schmitts Wirkung in Europa, Darmstadt 2007.
- Ders., Fear and Freedom. On „Cold-War Liberalism“, in: European Journal of Political Theory 7/54 (2008), S. 45–64.
- Ders., Contesting Democracy. Political Thought in Twentieth-Century Europe, New Haven 2011.
- Ders., Re-Imagining ‚Leviathan‘. Schmitt and Oakeshott on Hobbes and the Problem of Political Order, in: Johan Tralau (Hrsg.), Thomas Hobbes and Carl Schmitt. The Politics of Order and Myth, London und New York 2011, S. 59–78.

- Müller, Josef, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957, Düsseldorf 1990.
- Müller, Tim B., Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010.
- Naßmacher, Karl-Heinz, Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen, Opladen 1989.
- Nathusius, Ingo, Am rechten Rand der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953, Phil. Diss., Mainz 1992.
- Neill, Edmund, Michael Oakeshott, New York 2010.
- Ders., Michael Oakeshott and Hans-Georg Gadamer on Practices, Social Science, and Modernity, in: *History of European Ideas* 40/3 (2013), S. 406–436.
- Neuhaus, Helmut (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Erlangen, Erlangen und Jena* 2000.
- Neuheiser, Jörg, Der „Wertewandel“ zwischen Diskurs und Praxis. Die Untersuchung von Wertvorstellungen zur Arbeit mit Hilfe von betrieblichen Fallstudien, in: Bernhard Dietz, Christopher Neumaier und Andreas Rödder (Hrsg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2014, S. 141–167.
- Neumaier, Christopher, Ringen um Familienwerte? Die Reform des Ehescheidungsrechts in den 1960er/70er Jahren, in: Bernhard Dietz, Christopher Neumaier und Andreas Rödder (Hrsg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2014, S. 201–225.
- Neymeyr, Barbara und Andreas Urs Sommer (Hrsg.), *Nietzsche als Philosoph der Moderne*, Heidelberg 2012.
- Niclauf, Karlheinz, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Paderborn 2002.
- Nicolaysen, Rainer, Siegfried Landshut. Die Wiederentdeckung der Politik. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1997.
- Ders., Zur Kontinuität politischen Denkens. Siegfried Landshuts Beitrag zur Etablierung westdeutscher Politikwissenschaft als Einlösung seines Programms aus Weimarer Zeit, in: Alexander Gallus (Hrsg.), *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930*, Göttingen 2011, S. 275–293.
- Niehr, Thomas, Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974, Wiesbaden.
- Nipperdey, Thomas, *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*, Göttingen 1976.
- Nipperdey, Thomas, Wehlers „Kaiserreich“. Eine kritische Auseinandersetzung, in: Ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*, Göttingen 1976, S. 360–389.
- Ders., 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: *Historische Zeitschrift* 227 (1978), S. 86–111.
- Ders., *Deutsche Geschichte 1800–1918*, München 1998.
- Noakes, Jeremy, Peter Wende und Jonathan Wright (Hrsg.), *Britain and Germany in Europe 1949–1990*, Oxford und New York 2002.
- Nolte, Paul, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000.
- Ders., Darstellungsweisen deutscher Geschichte. Erzählstrukturen und „master narratives“ bei Nipperdey und Wehler, in: Christoph Conrad und Sebastian Conrad (Hrsg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002, S. 236–268.
- Ders., Thomas Nipperdeys *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, in: Thomas Nipperdey (Hrsg.), *Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie*, München 2013, S. 911–933.
- O’Hara, Glen, *From Dreams to Disillusionment. Economic and Social Planning in 1960s Britain*, Basingstoke 2007.
- Obenaus, Herbert und Hans-Dieter Schmid (Hrsg.), *Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes*, Bielefeld 1999.
- Oelke, Harry, Hanns Lilje. Ein Lutheraner in der Weimarer Republik und im Kirchenkampf, Stuttgart u. a. 1999.

- Oelze, Dorothea, Margot Kalinke und der Wechsel von neun Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei (DP) zur CDU 1960, in: Historisch-Politische Mitteilungen 18 (2011), S. 87–117.
- Ohnezeit, Maik, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutsche Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2011.
- Olsen, Niklas, History in the Plural. An Introduction to the Work of Reinhart Koselleck, New York 2012.
- Ders. und Hagen Schulz-Forberg (Hrsg.), Re-Inventing Western Civilisation. Transnational Reconstructions of Liberalism in Europe in the Twentieth Century, Newcastle upon Tyne 2014.
- Oppelland, Torsten, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–1969, in: Historisch-Politische Mitteilungen 5 (1998), S. 105–143.
- Ders. (Hrsg.), Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1: 17 biographische Skizzen aus Ost und West, Darmstadt 1999.
- Ders. (Hrsg.), Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 2: 16 biographische Skizzen aus Ost und West, Darmstadt 1999.
- Ders., Heinrich Krone (1895–1989), in: Ders. (Hrsg.), Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1: 17 biographische Skizzen aus Ost und West, Darmstadt 1999, S. 94–104.
- Ders., „Politik aus christlicher Verantwortung“. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in der Ära Adenauer, in: Thomas Sauer (Hrsg.), Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik, Stuttgart 2000, S. 35–64.
- Ders., Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002.
- Oppermann, Matthias, Ein transatlantisches *Vital Center*? Raymond Aron und der amerikanische Liberalismus (1945–1983), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65/3/4 (2014), S. 161–176.
- Orth, Gottfried, Helmut Gollwitzer. Zur Solidarität befreit, Mainz 1995.
- Orwell, George, Politics and the English Language, London u. a. 2013.
- Ott, Ulrich und Roman Luckscheiter (Hrsg.), Belles lettres/Graffiti. Soziale Phantasien und Ausdrucksformen der Achtundsechziger, Göttingen 2001.
- Otto von Bismarck, in: Johannes Hürter und Maria Keipert (Hrsg.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945, Paderborn 2000, S. 166–167.
- Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Pagden, Anthony (Hrsg.), The Languages of Political Theory in Early-Modern Europe, Cambridge u. a. 1987.
- Page, Robert M., Clear Blue Water? The Conservative Party and the Welfare State since 1940, Bristol 2015.
- Palonen, Kari, Die Entzauberung der Begriffe. Das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck, Münster 2004.
- Papini, Roberto, The Christian Democrat International, Lanham 1997.
- Pappert, Steffen (Hrsg.), Die (Un)Ordnung des Diskurses. Beiträge zum Kolloquium „Die (Un-)Ordnung des Diskurses“ am Institut für Germanistik der Universität Leipzig im Sommersemester 2006, Leipzig 2007.
- Parry, Jonathan, Cowling, Maurice John (1926–2005), in: Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Patel, Kiran Klaus, Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973, München 2009.
- Ders., Europeanization à Contre-Coeur. West Germany and Agricultural Integration, 1945 to 1975, in: Ders. (Hrsg.), Fertile Ground for Europe? The History of European Integration and the Common Agricultural Policy since 1945, Baden-Baden 2009, S. 139–160.
- Ders. (Hrsg.), Fertile Ground for Europe? The History of European Integration and the Common Agricultural Policy since 1945, Baden-Baden 2009.
- Patterson, Ben, The Conservative Party and Europe, London 2011.
- Paulmann, Johannes, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 267/3 (1998), S. 649–685.

- Paulus, Stefan, „Konservativ und fortschrittlich zugleich“. Baden-württembergische Bildungspolitik in den 1960er und 1970er-Jahren, in: Philipp Gassert und Reinhold Weber (Hrsg.), Filbinger, Wühl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 157–178.
- Payk, Marcus M., Ideologische Distanz, sachliche Nähe. Die USA und die Positionswechsel konservativer Publizisten aus dem „Tat“-Kreis in der Bundesrepublik bis zur Mitte der 1960er Jahre, in: Jan C. Behrends, Árpád von Klimó und Patrice G. Poutrus (Hrsg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 225–249.
- Ders., Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik: Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008.
- Ders., „...die Herren fügen sich nicht; sie sind schwierig“. Gemeinschaftsdenken, Generationenkonflikte und die Dynamisierung des Politischen in der konservativen Presse der 1950er und 1960er Jahre, in: Franz-Werner Kersting, Jürgen Reulecke und Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010, S. 43–67.
- Ders., A Post-Liberal Order? Hans Zehrer and Conservative Consensus Building in 1950s West Germany, in: *Modern Intellectual History* 9/3 (2012), S. 681–698.
- Perlstein, Rick, Before the Storm. Barry Goldwater and the Unmaking of the American Consensus, New York 2009.
- Pernau, Margrit, Whither Conceptual History? From National to Entangled Histories, in: *Contributions to the History of Concepts* 7/1 (2012), S. 1–11.
- Pesch, Otto Hermann, Das Zweite Vatikanische Konzil. Vorgeschichte – Verlauf – Ergebnisse – Wirkungsgeschichte, Kevelaer 42012.
- Peters, Susanne, William S. Schlam. Eine intellektuelle Wanderung im 20. Jahrhundert, Berlin 2013.
- Pfahl-Traughber, Armin, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Zur Erosion der Abgrenzung auf publizistischer Ebene in den achtziger und neunziger Jahren, in: Wolfgang Kowalsky und Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 160–182.
- Ders., „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.
- Philippe, Hartmut, „The Germans Hold the Key“. Anglo-German Relations and the Second British Approach to Europe, Augsburg 2007.
- Phillips-Fein, Kim, Invisible Hands. The Making of the Conservative Movement from the New Deal to Reagan, Old Saybrook 2009.
- Dies., Conservatism. A State of the Field, in: *The Journal of American History* 98/3 (2011), S. 723–743.
- Pimlott, Ben, Harold Wilson, London 1992.
- Pleinen, Jenny, „Health Inequalities“ und Gesundheitspolitik im Großbritannien der „Ära Thatcher“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 54 (2014), S. 245–265.
- Plickert, Philip, Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“, Stuttgart 2008.
- Plumpe, Werner, Joachim Scholtzsek und Florian Burkhardt (Hrsg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart 2012.
- Pocock, John G.C., Introduction, in: Edmund Burke (Hrsg.), *Reflections on the Revolution in France*, hrsg. v. Pocock, John G. A., Indianapolis 1987, S. VII–LVI.
- Ders., The Concept of a Language and the *Metier d'Historien*. Some Considerations on Practice, in: Anthony Pagden (Hrsg.), *The Languages of Political Theory in Early-Modern Europe*, Cambridge u. a. 1987, S. 19–38.
- Ders., Concepts and Discourses. A Difference in Culture? Comment on a Paper by Melvin Richter, in: Hartmut Lehmann und Melvin Richter (Hrsg.), *The Meaning of Historical Terms and Concepts*. New Studies on „Begriffsgeschichte“, Washington, D.C. 1996, S. 47–58.
- Pohl, Karin, Zwischen Integration und Isolation. Zur kulturellen Dimension der Vertriebenenpolitik in Bayern (1945–1975), München 2009.
- Polenz, Peter von, Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Bd. III: 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1999.

- Pons, Silvio, The Rise and Fall of Eurocommunism, in: Melvyn P. Leffler und Odd Arne Westad (Hrsg.), The Cambridge History of the Cold War. Volume 3: Endings, Cambridge 2010, S. 45–65.
- Portsmouth, Robert, John Wilson Croker. Irish Ideas and the Invention of Modern Conservatism 1800–1935, Dublin und Portland 2010.
- Poscher, Ralf, Das Weimarer Wahlrechtsgespenst, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Weimars lange Schatten. „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S. 256–280.
- Powell, J. Enoch, Law, Richard Kidston, first Baron Coleraine (1901–1980), in: Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Pridham, Geoffrey, Christian Democrats, Conservatives and Transnational Party Cooperation in the European Community. Centre-Forward or Centre-Right?, in: Zig Layton-Henry (Hrsg.), Conservative Politics in Western Europe, New York 1982, S. 318–346.
- Ptak, Ralf, Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004.
- Ders., Neoliberalism in Germany. Revisiting the Ordoliberal Foundations of the Social Market Economy, in: Philip Mirowski und Dieter Plehwe (Hrsg.), The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective, Cambridge/Massachusetts 2009, S. 98–138.
- Pugh, Martin, Speak for Britain! A New History of the Labour Party, London 2010.
- Pütz, Alexandra, „Aber ein Europa ohne Großbritannien kann ich mir nicht vorstellen!“. Die Englandpolitik der Ära Adenauer 1949–1963, Bochum 1998.
- Raabe, Felix, Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1952–1964. Katholische Laienarbeit in Kirche und Gesellschaft, in: Thomas Sauer (Hrsg.), Katholiken und Protestanten in den Aufbaufahren der Bundesrepublik, Stuttgart 2000, S. 65–88.
- Raban Adelman von Adelmansfelden, in: Johannes Hürter und Maria Keipert (Hrsg.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871–1945, Paderborn 2000, S. 7–8.
- Rabinbach, Anson, Begriffe aus dem Kalten Krieg. Totalitarismus, Antifaschismus, Genozid, Göttingen 2009.
- Raithel, Thomas, Andreas Rödder und Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.
- Ramsden, John, The Making of Conservative Party Policy. The Conservative Research Department since 1929, London 1980.
- Ders., The Age of Churchill and Eden, 1940–1957, London 1995.
- Ders., The Winds of Change. Macmillan to Heath, 1957–1975, London 1996.
- Ders., An Appetite for Power. A History of the Conservative Party since 1830, London 1998.
- Raphael, Lutz, Ordnungsmuster der „Hochmoderne“? Die Theorie der Moderne und die Geschichte der europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert, in: Ute Schneider und Lutz Raphael (Hrsg.), Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper, Frankfurt a. M. 2008, S. 73–91.
- Ders., Pluralities of National Socialist Ideology. New Perspectives on the Production and Diffusion of National Socialist *Weltanschauung*, in: Martina Steber und Bernhard Gotto (Hrsg.), Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014, S. 73–86.
- Rauscher, Anton, Gustav Gundlach, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Mainz 1975, S. 159–176.
- Rauscher, Anton (Hrsg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, 2 Bde., München 1982.
- Ders. (Hrsg.), Gustav Gundlach 1892–1963, Paderborn u. a. 1988.
- Ders., Die Entwicklung des Sozialkatholizismus nach 1945, in: Nils Goldschmidt und Ursula Nothelle-Wildfeuer (Hrsg.), Freiburger Schule und christliche Gesellschaftslehre. Joseph Kardinal Höffner und die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 2010, S. 119–133.
- Rehberg, Karl-Siegbert, Nachwort des Herausgebers, in: Arnold Gehlen (Hrsg.), Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. 2004, S. 639–665.

- Reichardt, Rolf, Wortfelder – Bilder – semantische Netze. Beispiele interdisziplinärer Quellen und Methoden in der Historischen Semantik, in: Gunter Scholtz (Hrsg.), *Die Interdisziplinarität der Begriffsgeschichte*, Hamburg 2000, S. 111–133.
- Reinert, Oliver, *An Awkward Issue. Das Thema Europa in den Wahlkämpfen und wahlpolitischen Planungen der britischen Parteien, 1959–1974*, Stuttgart 2013.
- Reitmayer, Morten, *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009.
- Rengakos, Antonios und Antonios Tsakmakis (Hrsg.), *Brill's Companion to Thucydides*, Leiden u. a. 2006.
- Renger-Berka, Peggy, Transzendenzbezüge und Gemeinnsinnbehauptungen im Reden vom „Atomzeitalter“ in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in: *Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften* 33 (2012), S. 69–81.
- Richter, Melvin, More than a Two-Way Traffic. Analyzing, Translating, and Comparing Political Concepts from Other Cultures, in: *Contributions to the History of Concepts* 1/1 (2005), S. 1–27.
- Richter, Melvin, Koselleck on the Contestability of „Grundbegriffe“. A Comparative Perspective, in: Carsten Dutt und Reinhard Laube (Hrsg.), *Zwischen Sprache und Geschichte. Zum Werk Reinhart Kosellecks*, Göttingen 2013, S. 81–94.
- Rödter, Andreas, *Die radikale Herausforderung. Die politische Kultur der englischen Konservativen zwischen ländlicher Tradition und industrieller Moderne (1846–1868)*, München 2002.
- Ders., *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.
- Rohr, Hans Christoph von, *Ein konservativer Kämpfer. Der Agrarpolitiker und NS-Gegner Hansjoachim von Rohr*, Stuttgart 2010.
- Rosa, Hartmut, *Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie. Der Beitrag der „Cambridge School“ zur Metatheorie*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 35/2 (1994), S. 197–223.
- Ruck, Michael, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammer (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 362–401.
- Rudloff, Wilfried, *Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren*, in: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 153–188.
- Ders., *Bildungspolitik als Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Bundesrepublik in den 1960er- und 1970er-Jahren im internationalen Vergleich*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 47 (2007), S. 237–268.
- Rudolph, Karsten und Christl Wickert (Hrsg.), *Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing*, Essen 1995.
- Sack, James, *Edmund Burke and the Conservative Party in the Nineteenth Century*, in: Ian Crowe (Hrsg.), *Edmund Burke. His Life and Legacy*, Dublin 1997, S. 76–84.
- Sandbrook, Dominic, *Never Had it So Good. A History of Britain from Suez to the Beatles*, London 2005.
- Ders., *White Heat. A History of Britain in the Swinging Sixties*, London 2006.
- Ders., *Against the Permissive Society. The Backlash of the Late 1960s*, in: William Roger Louis (Hrsg.), *Ultimate Adventures with Britannia. Personalities, Politics and Culture in Britain*, London u. a. 2009, S. 55–71.
- Ders., *State of Emergency. The Way We Were. Britain, 1970–1974*, London 2010.
- Ders., *Seasons in the Sun. The Battle for Britain, 1974–1979*, London 2012.
- Sarx, Tobias, Rajah Scheepers und Michael Stahl (Hrsg.), *Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Jochen-Christoph Kaiser zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2013.
- Sauer, Thomas, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1999.
- Ders., *Der Kronberger Kreis. Christlich-konservative Protestanten in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ders. (Hrsg.), *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik*, Stuttgart 2000, S. 121–147.

- Ders. (Hrsg.), *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik*, Stuttgart 2000.
- Saunders, Robert, ‚Crisis? What Crisis?‘. Thatcherism and the Seventies, in: Ben Jackson und Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher’s Britain*, Cambridge 2012, S. 24–42.
- Saupe, Achim, ‚Innere Sicherheit‘ und ‚Law and Order‘. Die politische Semantik von Ordnung, Sicherheit und Freiheit in der bundesdeutschen Innenpolitik, in: Johannes Hürter (Hrsg.), *Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren*, München 2015, S. 171–200.
- Schaad, Martin P.C., *Bullying Bonn. Anglo-German Diplomacy on European Integration, 1955–61*, Basingstoke und London 2000.
- Schäfer, Michael, *Kapitalismus und Kulturkrise. Walter Eucken und die Philosophie Rudolf Euckens*, in: Swen Steinberg und Winfried Müller (Hrsg.), *Wirtschaft und Gemeinschaft. Konfessionelle und neureligiöse Gemeinsinnsmodelle im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2014, S. 303–318.
- Schanetzky, Tim, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin 2007.
- Scharffenort, Ernst-Albert, Helmut Thielicke. Ein lutherischer Theologe in der Nachkriegszeit, in: Wolfgang Huber (Hrsg.), *Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, S. 145–166.
- Scharloth, Joachim, 1968 und die Unordnung in der Sprache. Kommunikationsstrukturelle und sozialstilistische Untersuchungen, in: Steffen Pappert (Hrsg.), *Die (Un)Ordnung des Diskurses. Beiträge zum Kolloquium „Die (Un-)Ordnung des Diskurses“ am Institut für Germanistik der Universität Leipzig im Sommersemester 2006*, Leipzig 2007, S. 11–36.
- Ders., *Die Sprache der Revolte. Linke Wörter und avantgardistische Kommunikationsstile*, in: Martin Klimke und Joachim Scharloth (Hrsg.), *1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Bonn 2008, S. 223–234.
- Ders., 1968. Eine Kommunikationsgeschichte, München und Paderborn 2011.
- Scheerer, Reinhard, *Bekennende Christen in den evangelischen Kirchen Deutschlands 1966–1991. Geschichte und Gestalt eines konservativ-evangelikalen Aufbruchs*, Frankfurt a.M. 1997.
- Schellakowsky, Johannes und Ulrich Schmilewski (Hrsg.), *Integration und Erbe. Zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beitrag der Vertriebenen in Deutschland und Bayern*, Würzburg 2005.
- Scherzberg, Lucia (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung im französischen Katholizismus und deutschen Protestantismus*, Paderborn u. a. 2008.
- Schiewe, Jürgen, *Die Macht der Sprache. Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart*, München 1998.
- Schildt, Axel, *Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“. Konservative Publizisten aus dem Tat-Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit*, in: Thomas Koebner, Gert Sautermeister und Sigrid Schneider (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949*, Opladen 1987, S. 344–369.
- Ders., *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995.
- Ders., *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998.
- Ders., *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.
- Ders., *Ökumene wider den Liberalismus. Zum politischen Engagement konservativer protestantischer Theologen im Umkreis der Abendländischen Akademie*, in: Thomas Sauer (Hrsg.), *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik*, Stuttgart 2000, S. 187–205.
- Ders., ‚Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten‘. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 449–478.
- Ders., *Auf neuem und doch scheinbar vertrautem Feld. Intellektuelle Positionen am Ende der Weimarer und am Anfang der Bonner Republik*, in: Alexander Gallus (Hrsg.), *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930*, Göttingen 2011, S. 13–32.

- Ders., Ideenimporte als Teil einer transnationalen Intellectual History – der Fall der Bundesrepublik bis 1990, Göttingen 2016, S. 9–27.
- Ders., Im Visier: Die NS-Vergangenheit westdeutscher Intellektueller. Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära Adenauer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 64/1 (2016), S. 37–68.
- Ders. (Hrsg.), Von draußen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik bis 1990, Göttingen 2016.
- Ders., Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Ders. und Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.
- Schlak, Stephan, Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008.
- Schlemmer, Thomas, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998.
- Ders., Grenzen der Integration. Die CSU und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – der Fall Dr. Max Frauendorfer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48/4 (2000), S. 675–742.
- Ders., „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“. Franz Josef Strauß, die CSU und die politische Kultur einer Gesellschaft im Aufbruch, in: Martin Doerry (Hrsg.), Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, München 2013, S. 248–276.
- Ders. und Hans Woller (Hrsg.), Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973. Bayern im Bund, Bd. 3, München 2004.
- Schlieben, Michael, Politische Karrieren in der Bundesrepublik. Studien über Aufstieg und Scheitern, Stuttgart 2013.
- Schmidt, Daniel, „Die geistige Führung verloren“. Antworten der CDU auf die Herausforderung „1968“, in: Franz-Werner Kersting, Jürgen Reulecke und Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010, S. 85–107.
- Schmidt, Manfred G., Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2010.
- Schmidt, Ute, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.
- Schmitt, Horst, Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zum „politischen Forschungsprogramm“ der „Freiburger Schule“ 1954–1970, Baden-Baden 1995.
- Schmittmann, Christian, Vom „Milieu“ zur Kommunikation. Katholische Kirche und Katholiken in den 1960er Jahren, in: Bernd Hey und Volkmar Wittmütz (Hrsg.), 1968 und die Kirchen, Bielefeld 2008, S. 269–281.
- Schmollinger, Horst W., Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1986, S. 983–1024.
- Ders., Die Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1986, S. 1025–1111.
- Schneider, Ute und Lutz Raphael (Hrsg.), Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper, Frankfurt a. M. 2008.
- Schofield, Camilla, Enoch Powell Against Empire. The „New Commonwealth“, the Kenyan Asian Crisis and the Burdens of the Past, in: Robert J. Blyth und Keith Jeffery (Hrsg.), The British Empire and its Contested Pasts, Dublin 2009, S. 151–166.
- Dies., Enoch Powell and the Making of Postcolonial Britain, New York 2013.
- Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Berlin 1977.
- Scholyseck, Joachim, Conservative Intellectuals and the Debate over National Socialism and the Holocaust in the 1960s, in: Philipp Gassert und Alan Steinweis (Hrsg.), Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955–1974, Oxford 2006, S. 238–257.
- Scholtz, Gunter (Hrsg.), Die Interdisziplinarität der Begriffsgeschichte, Hamburg 2000.

- Schönekas, Klaus, Bundesrepublik Deutschland, in: Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke und Klaus Schönekas (Hrsg.), *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa*. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990, S. 218–335.
- Schönhoven, Klaus, Unbehagen an der Bonner Demokratie. Ein Rückblick auf die politikwissenschaftliche Diskussion in den 1960er Jahren, in: Karsten Rudolph und Christl Wickert (Hrsg.), *Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie*. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 338–353.
- Schöning, Matthias und Ingo Stöckmann (Hrsg.), *Ernst Jünger und die Bundesrepublik. Ästhetik – Politik – Zeitgeschichte*, Berlin u. a. 2012.
- Schott, Heinzgerd, *Die formierte Gesellschaft und das deutsche Gemeinschaftswerk*. Zwei gesellschaftspolitische Konzepte Ludwig Erhards, 1982.
- Schroeder, Wolfgang, *Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960*. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990.
- Ders., *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992.
- Schultz, Heiner, *Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte*, in: Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart 1978, S. 43–74.
- Schulz, Matthias und Thomas Alan Schwartz (Hrsg.), *The Strained Alliance. U.S.-European Relations from Nixon to Carter*, New York 2010.
- M. d. R. *Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation*, hrsg. v. Martin Schumacher, Düsseldorf 1991.
- Schumann, David, *Bauarbeiten am „Fundament der Gesellschaft“*. Christdemokratische Familienpolitik in der Ära Kohl (1973–1998), Hamburg 2014.
- Schütz, Erhard (Hrsg.), *Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands*, Essen 2009.
- Schwabe, Klaus, Adenauer und England, in: Lothar Kettenacker, Manfred Schlenke und Hellmut Seier (Hrsg.), *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen*. Festschrift für Paul Kluge, München 1981, S. 353–374.
- Schwane, Daniel, *Konservativer Vordenker, oder vergessenes Fossil des Kalten Krieges? Der Publizist und Journalist Matthias Walden als Streiter für Freiheit und Demokratie*, in: *Deutschland Archiv* 41 (2008), S. 75–84.
- Schwarte, Johannes, *Gustav Gundlach S. J. (1892–1963). Maßgeblicher Repräsentant der katholischen Soziallehre während der Pontifikate Pius' XI. und Pius' XII.*, München und Paderborn u. a. 1975.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute*, Bonn 2010.
- Ders., „Für mich ist das Fegefeuer, wenn ich in die Fraktion muss“. Die CDU/CSU-Fraktion in der Ära Adenauer, 1949–1963, in: Ders. (Hrsg.), *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im deutschen Bundestag 1949 bis heute*, Bonn 2010, S. 9–37.
- Ders., *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, München 2012.
- Seefried, Elke, *Reich und Stände. Ideen und Wirken des deutschen politischen Exils in Österreich, 1933–1938*, Düsseldorf 2006.
- Dies., *Abendland in Augsburg. Zur Renaissance eines katholischen Deutungsmusters nach 1945 auf lokaler Ebene*, in: Peter Fassel (Hrsg.), *Schwaben im Hl. Römischen Reich und das Reich in Schwaben. Studien zur geistigen Landkarte Schwabens*, Augsburg 2009, S. 165–210.
- Dies., *Experten für die Planung? „Zukunftsforscher“ als Berater der Bundesregierung 1966–1972/73*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 109–152.
- Dies., *Towards the ‚Limits to Growth‘. The Book and its Reception in West Germany and Britain 1972–1973*, in: *German Historical Institute London Bulletin* 33/1 (2011), S. 3–37.
- Dies., *Die politische Verantwortung des Wissenschaftlers. Carl Friedrich von Weizsäcker, Politik und Öffentlichkeit im Kalten Krieg*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 65/3–4 (2014), S. 177–195.
- Dies., *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung, 1945–1980*, Berlin u. a. 2015.
- Dies., *Rethinking Progress. On the Origins of the Modern Sustainability Discourse, 1970–2000*, in: *Journal of Modern European History* 13/2 (2015), S. 377–400.

- Seresse, Volker, Zur Praxis der Erforschung politischer Sprachen, in: Angela de Benedictis, Gustavo Corni, Brigitte Mazohl und Luise Schorn-Schütte (Hrsg.), *Die Sprache des Politischen in actu. Zum Verhältnis von politischem Handeln und politischer Sprache von der Antike bis ins 20. Jahrhundert*, Göttingen 2009, S. 163–184.
- Shepherd, Robert, Enoch Powell, London 1996.
- Siebenmorgen, Peter, Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015.
- Sieferle, Rolf Peter, *Die konservative Revolution*, Frankfurt a. M. 1995.
- Siegrist, Hannes, Comparative History of Cultures and Societies. From Cross-Societal Analysis to the Study of Intercultural Interdependencies, in: *Comparative Education* 42 (2006), S. 377–404.
- Sieverding, Daniel, Kurt Ziesel – der streitbare „Opportunist“, in: Rolf Düsterberg (Hrsg.), *Dichter für das „Dritte Reich“*. Biografische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie, Bielefeld 2011, S. 269–300.
- Sir Peter Smithers, in: *The Telegraph*, 10. 6. 2006.
- Sir Peter Smithers, in: *The Guardian*, 15. 6. 2006.
- Sir Peter Smithers, Model for 007, Dies at 92, in: *Financial Times*, 14. 6. 2006.
- Sisman, Adam, Hugh Trevor-Roper. *The Biography*, London 2010.
- Skinner, Quentin, Retrospect: Studying Rhetoric and Conceptual Change, in: Ders., *Visions of Politics*. Bd. 1: Regarding Method, Cambridge und New York 2002, S. 175–187.
- Ders., *Visions of Politics*. Bd. 1: Regarding Method, Cambridge und New York 2002.
- Smith, Julie und Geoffrey Edwards, *British-West German Reactions, 1973–1989*, in: Klaus Larres (Hrsg.), *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, New York 2000, S. 45–62.
- Smith, Paul, *Disraeli. A Brief Life*, Cambridge u.a. 1996.
- Smithers, Peter, *Adventures of a Gardener*, London 1995.
- Soell, Hartmut, Helmut Schmidt. 1969 bis heute. *Macht und Verantwortung*, München 2008.
- Solchany, Jean, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland, 1945–1949, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44/3 (1996), S. 373–394.
- Ders., Wilhelm Röpke as a Key Actor of Transnational Neoliberalism after 1945, in: Niklas Olsen und Hagen Schulz-Forberg (Hrsg.), *Re-Inventing Western Civilisation. Transnational Reconstructions of Liberalism in Europe in the Twentieth Century*, Newcastle upon Tyne 2014, S. 95–116.
- Speich, Mark, Kai-Uwe von Hassel. *Eine politische Biographie*, [Bonn] 2001.
- Stagl, Justin (Hrsg.), *Aspekte der Kultursoziologie. Aufsätze zur Soziologie, Philosophie, Anthropologie und Geschichte der Kultur*. Festschrift für Mohammed Rassem, Berlin 1982.
- Stalman, Volker, *Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866–1890*, Düsseldorf 2000.
- Ders., *Die Deutschkonservative Partei und die Deutsche Reichspartei in Bayern 1890–1914. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Parteien im Königreich Bayern*, Frankfurt a. M. und Wien u. a. 2002.
- Steber, Martina, Herbert Butterfield, der Nationalsozialismus und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55/2 (2007), S. 269–307.
- Dies., Modern Britain and European Modernity. German Readings of Twentieth-Century British History, in: *Twentieth Century British History* 22/4 (2011), S. 543–565.
- Dies., „A Better Tomorrow“. Making Sense of Time in the Conservative Party and the CDU/CSU in the 1960s and 1970s, in: *Journal of Modern European History* 13/2 (2015).
- Dies., „The West“, Toqueville and West Germany Conservatism, from the 1950s to the 1970s, in: Riccardo Bavaj und Martina Steber (Hrsg.), *Germany and „the West“*. The History of a Modern Concept, Oxford und New York 2015, S. 230–245.
- Dies. und Bernhard Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014.
- Stedman Jones, Daniel, *Masters of the Universe. Hayek, Friedman and the Birth of Neoliberal Politics*, Princeton 2012.
- Stedman Jones, Gareth, *Languages of Class. Studies in English Working Class History 1832–1982*, Cambridge u. a. 1983.

- Ders., *The Return of Language. Radicalism and the British Historians 1960–1990*, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011, S. 331–349.
- Stegmann, Franz Josef und Peter Langhorst, *Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus*, in: Helga Grebing (Hrsg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch*, Essen 2000, S. 599–862.
- Steinbach, Peter, *Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstands*, München 2004.
- Ders., „Jenseits von Staat und Markt“. Otto Heinrich von der Gablentz, in: Ders., *Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstands*, München 2004, S. 259–281.
- Steinbacher, Sybille, *Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik*, München 2011.
- Steinberg, Swen und Winfried Müller (Hrsg.), *Wirtschaft und Gemeinschaft. Konfessionelle und neuere religiöse Gemeinsinnsmodelle im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2014.
- Steinmetz, Willibald, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume, England 1780–1867*, Stuttgart 1993.
- Ders., *Anbetung und Dämonisierung des „Sachzwangs“*. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur, in: Michael Jeismann (Hrsg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt a. M. 1995, S. 293–333.
- Ders., *Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen*, in: Ders. (Hrsg.), *Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit*, Frankfurt a. M. 2007, S. 9–40.
- Ders. (Hrsg.), *Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit*, Frankfurt a. M. 2007.
- Ders., *Vierzig Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art*, in: Heidrun Kämper und Ludwig Maximilian Eichinger (Hrsg.), *Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung*, Berlin 2008, S. 174–197.
- Ders., *New Perspectives on the Study of Language and Power in the Short Twentieth Century*, in: Ders. (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011, S. 3–51.
- Ders. (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011.
- Ders., *Some Thoughts on a History of Twentieth-Century German Basic Concepts*, in: *Contributions to the History of Concepts* 7/1 (2012), S. 87–100.
- Ders. und Jörn Leonhard (Hrsg.), *Semantiken von Arbeit. Diachrone und vergleichende Perspektiven*, Köln und Weimar u. a. 2016.
- Steinnes, Kristian, *Socialist Party Networks in Northern Europe. Moving towards the EEC Applications of 1967*, in: Wolfram Kaiser, Brigitte Leucht und Morten Rasmussen (Hrsg.), *The History of the European Union. Origins of a Trans- and Supranational Polity, 1950–72*, New York u. a. 2009, S. 93–109.
- Stenger, Matthias, *Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastrich (1974–1992)*, Düsseldorf 2011.
- Steuwer, Janosch und Siebo M.H. Janssen, *Die christlich-konservative Volkspartei. Potenziale und Probleme der Zusammenarbeit christdemokratischer und konservativer Parteien in der EVP*, in: Jürgen Mittag (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006, S. 579–601.
- Stöss, Richard, *Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei*, in: Ders. (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 1, Opladen 1986, S. 336–366.
- Ders. (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, 2 Bde., Opladen 1986.
- Stötzel, Georg und Thorsten Eitz (Hrsg.), *Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*, Hildesheim 2002.
- Ders., Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin und New York 1995.
- Strack, Friedrich (Hrsg.), *Titan Technik. Ernst und Friedrich Georg Jünger über das technische Zeitalter*, Würzburg 2000.
- Strauß, Gerhard, Ulrike Haß und Gisela Harras, *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*, Berlin 1989.
- Streim, Gregor, *Der Auftritt der Triarier. Radikalkonservative Zeitkritik im Zeichen Jüngers und Heideggers*, am Beispiel von Gerhard Nebel und Egon Vietta, in: Erhard Schütz (Hrsg.), *Soli-*

- täre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands, Essen 2009, S. 69–85.
- Strelow, Heinz-Siegfried, *Konservative Politik in der frühen Bundesrepublik – Hans Joachim Merkatz (1905–1982)*, in: Hans-Christof Kraus (Hrsg.), *Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten*, Berlin 1995, S. 315–334.
- Süß, Dietmar, *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*, München 2011.
- Süß, Winfried, „Wer aber denkt für das Ganze?“. Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, in: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch: Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003, S. 349–377.
- Ders., *Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära*, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland, 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5)*, Baden-Baden 2006, S. 159–221.
- Sutcliffe-Braithwaite, Florence, *Neo-Liberalism and Morality in the Making of Thatcherite Social Policy*, in: *The Historical Journal* 55/2 (2012), S. 497–520.
- Sykes, Alan, *The Radical Right in Britain. Social Imperialism to the BNP*, Basingstoke 2005.
- Szatkowski, Tim, Karl Carstens. Eine politische Biographie, Köln 2007.
- Ders., *Die CDU/CSU und die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom Oktober 1975. Humanität oder Konfrontation?*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58/1 (2011), S. 53–78.
- Taschwer, Klaus und Benedikt Föger, Konrad Lorenz. Biographie, Darmstadt 2003.
- Thies, Christian, *Arnold Gehlen zur Einführung*, Hamburg ²2007.
- Thorpe, D. R., *Alec Douglas-Home*, London u. a. 1996.
- Thoß, Bruno, *NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952–1960*, München 2006.
- Thümmler, Ellen, *Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Helmut Schelskys Demokratie der Sachlichkeit*, in: Alexander Gallus (Hrsg.), *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption*, Göttingen 2013, S. 206–220.
- Tobisson, Lars, *Andreas Khol und Alexis Wintoniak, Twenty Years European Democrat Union 1978–1998*, Wien 1998.
- Toman-Banke, Monika, *Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949–1994*, Wiesbaden 1996.
- Tomlinson, Jim, „Liberty with Order“. *Conservative Economic Policy, 1951–1964*, in: Martin Francis und Ina Zweiniger-Bargielowska (Hrsg.), *The Conservatives and British Society, 1880–1990*, Cardiff 1996, S. 274–288.
- Ders., *Conservative Modernisation, 1960–64. Too Little, Too Late?*, in: *Contemporary British History* 11/3 (1997), S. 18–38.
- Ders., *The Politics of Decline. Understanding Post-War Britain*, Harlow 2001.
- Ders., *The Decline of the Empire and the Economic ‚Decline‘ of Britain*, in: *Twentieth Century British History* 14/3 (2003), S. 201–221.
- Ders., *Thatcher, Monetarism and the Politics of Inflation*, in: Ben Jackson und Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher’s Britain*, Cambridge 2012, S. 62–77.
- Toye, Richard, *The Rhetorical Premiership. A New Perspective on Prime Ministerial Power since 1945*, in: *Parliamentary History* 30/2 (2011), S. 175–192.
- Ders., *From ‚Consensus‘ to ‚Common Ground‘. The Rhetoric of the Postwar Settlement and its Collapse*, in: *Journal of Contemporary History* 48/1 (2013), S. 3–23.
- Ders., *Words of Change. The Rhetoric of Commonwealth, Common Market and Cold War, 1961–3*, in: L. J. Butler und Sarah Stockwell (Hrsg.), *The Wind of Change. Harold Macmillan and British Decolonization*, Basingstoke 2013, S. 140–158.
- Tralau, Johan (Hrsg.), *Thomas Hobbes and Carl Schmitt. The Politics of Order and Myth*, London und New York 2011.
- Tribe, Keith, *Liberalism and Neoliberalism in Britain, 1930–1980*, in: Philip Mirowski und Dieter Plehwe (Hrsg.), *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*, Cambridge/Massachusetts 2009, S. 68–97.
- Uekötter, Frank (Hrsg.), *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart 2004.

- Uertz, Rudolf, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981.
- Ders., Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956), in: Historisch-Politische Mitteilungen 8 (2001), S. 45–71.
- Ders., Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965), Paderborn und Wien u. a. 2004.
- Uhlig, Ralph, Die Deutsch-Englische Gesellschaft 1949–1983. Der Beitrag ihrer „Königswinter-Konferenzen“ zur britisch-deutschen Verständigung, Göttingen 1986.
- Ullrich, Sebastian, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009.
- Ummenhofer, Stefan, Hin zum Schreiten Seit' an Seit'? SPD und katholische Kirche seit 1957, Berlin 2000.
- Urigüen, Natalia, Networking with the European Christian Democratic Union and the German Christian Democratic Parties. The Spanish Case: 1965–1982, Berlin 2014.
- Vaïsse, Justin, Neoconservatism. The Biography of a Movement, Cambridge/Massachusetts 2010.
- Varsori, Antonio (Hrsg.), Inside the European Community. Actors and Policies in the European Integration 1957–1972, Baden-Baden 2006.
- Verheyen, Nina, Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland, Göttingen 2010.
- Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, München 2002.
- Vinen, Richard, Thatcher's Britain. The Politics and Social Upheaval of the Thatcher Era, London 2009.
- von Sothen, Hans B., Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005, S. 125–178.
- Vordermayer, Thomas, Bildungsbürgertum und völkische Idee. Konstitution und gesellschaftliche Tiefenwirkung eines Netzwerks völkischer Autoren (1919–1959), Berlin und Boston/Massachusetts 2015.
- Wagner, Markus, The Right in the European Parliament since 1979, in: Perspectives on European Politics and Society 12/1 (2011), S. 52–67.
- Walkenhaus, Ralf, Armin Mohlers Denkstil, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 9 (1997), S. 97–116.
- Wall, Stephen, A Stranger in Europe. Britain and the EU from Thatcher to Blair, Oxford und New York 2008.
- Walsha, Robert, The One Nation Group. A Tory Approach to Backbench Politics and Organization, 1950–55, in: Twentieth Century British History 11/2 (2000), S. 183–214.
- Walter, Franz, Sammlung und Spaltung des bürgerlichen Lagers. Die Erosion und politische Ausdifferenzierung bürgerlicher Politik begann schon unter Adenauer, in: David Gehne und Tim Spier (Hrsg.), Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Festschrift für Ulrich von Alemann, Wiesbaden 2010, S. 150–159.
- Ders., Weigerung und Eschatologie. Die neue Linke entdeckte den alten Herbert Marcuse, in: Robert Lorenz (Hrsg.), 1964 – das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014, S. 149–168.
- Wambach, Kai, Streben nach Konsens. Rainer Barzels Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, in: Historisch-Politische Mitteilungen 20 (2013), S. 199–228.
- Watt, D. Cameron, Beloff, Max, Baron Beloff (1913–1999), in: Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 und Online-Ausgabe 2011.
- Weber, Petra, Föderalismus und Lobbyismus. Die CSU-Landesgruppe zwischen Bundes- und Landespolitik 1949 bis 1969, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.), Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973. Bayern im Bund, Bd. 3, München 2004, S. 23–116.
- Weger, Tobias, „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955, Frankfurt a. M. 2008.
- Wegmann, Milène, Früher Neoliberalismus und europäische Integration. Interdependenz der nationalen, supranationalen und internationalen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (1932–1965), Baden-Baden 2002.

- Wehrs, Nikolai, „Tendenzwende“ und Bildungspolitik. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFW) in den 1970er Jahren, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 42 (2008), S. 7–17.
- Ders., Auf der Suche nach einem „Pronunciamento“. Helmut Schelsky im Hegemonialkampf der „Reflexionseliten“ in den 1970er Jahren, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption, Göttingen 2013, S. 115–135.
- Ders., Protest der Professoren. Der Bund Freiheit der Wissenschaft in den 1970er Jahren, Göttingen 2014.
- Weinhauer, Klaus, Jörg Requate und Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt 2006.
- Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995.
- Ders. (Hrsg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003.
- Weiß, Volker, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn u. a. 2012.
- Weißmann, Karlheinz, Armin Mohler. Eine politische Biographie, Schnellroda 2011.
- Wellings, Ben, Losing the Peace. Euroscepticism and the Foundations of Contemporary English Nationalism, in: Nations and Nationalism 16/3 (2010), S. 488–505.
- Ders., English Nationalism and Euroscepticism. Losing the Peace, Oxford u. a. 2012.
- Ders., European Integration and the End of an Imperial Consciousness in Britain, in: Australian Journal of Politics and History 60/1 (2014), S. 93–109.
- Welskopp, Thomas, Identität *ex negativo*. Der „deutsche Sonderweg“ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre, in: Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow (Hrsg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 109–139.
- Ders., Comparative History, in: European History Online 3. 12. 2010 (URL: <http://www.ieg-ego.eu/welskoppt-2010-en>).
- Wendt, Alexander, Kurt Biedenkopf. Ein politisches Porträt, Berlin 1994.
- Wengeler, Martin, „Die Planwirtschaft ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt, und nur die Marktwirtschaft ist sozial“. Zur Geschichte eines bundesdeutschen Fahnenwortes, in: Dietrich Busse, Fritz Hermanns und Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen 1994, S. 107–123.
- Ders., „1968“ als sprachgeschichtliche Zäsur, in: Georg Stötzel, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.), Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin und New York 1995, S. 383–404.
- Ders., Vom Jedermann-Programm bis zur Vollbeschäftigung. Wirtschaftspolitische Leitvokabeln., in: Karin Böke, Frank Liedtke, Martin Wengeler und Dorothee Dengel (Hrsg.), Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära, Berlin 1996, S. 379–434.
- Ders., 1968 – Eine Zäsur im politischen Sprachgebrauch?, in: Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 44/1997 (1997), S. 1106–1110.
- Werner, Michael und Bénédicte Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung. Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 607–636.
- Wette, Wolfram (Hrsg.), Filbinger – eine deutsche Karriere, Springe 2006.
- Weyrauch, Wolfgang (Hrsg.), Ich lebe in der Bundesrepublik. Fünfzehn Deutsche über Deutschland, München 1960.
- Wickham-Jones, Mark, Right Turn. A Revisionist Account of the 1975 Conservative Party Leadership Election, in: Twentieth Century British History 8/1 (1997), S. 74–89.
- Wiedemeyer, Wolfgang, Richard von Weizsäcker, URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.8557> [abgerufen am 11. 4. 2017].
- Williamson, Philip, Baldwin's Reputation. Politics and History, 1937–1967, in: The Historical Journal 47/1 (2004), S. 127–168.
- Ders., Maurice Cowling and Modern British Political History, in: Robert Crowcroft, S.J.D. Green und Richard Whiting (Hrsg.), The Philosophy, Politics and Religion of British Democracy. Maurice Cowling and Conservatism, London 2010, S. 108–152.

- Willms, Thomas, Armin Mohler. Von der CSU zum Neofaschismus, Köln 2004.
- Wilson, Bee, Counter-Revolutionary Thought, in: Gareth Stedman Jones und Gregory Claeys (Hrsg.), *The Cambridge History of Nineteenth-Century Political Thought*, Cambridge 2011, S. 9–38.
- Winter, Hans-Gerd (Hrsg.), „Uns selbst mussten wir misstrauen“. Die „junge Generation“ in der deutschsprachigen Nachkriegsliteratur, Hamburg 2002.
- Wirsching, Andreas, Abschied vom Provisorium. 1982–1990, München 2006.
- Ders., Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 57/2 (2009), S. 171–199.
- Ders., Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.
- Ders., „Neoliberalismus“ als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Werner Plumpe, Joachim Scholtzky und Florian Burkhardt (Hrsg.), *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012, S. 139–150.
- Wöhrle, Patrick, Metamorphosen des Mängelwesens. Zu Werk und Wirkung Arnold Gehlens, Frankfurt u. a. 2010.
- Ders., Das Denken und die Dinge. Intellektuelle Selbst- und Fremdverortungen in den 1960er und 1970er Jahren am Beispiel der „Technokratie“-Debatte, in: Thomas Kroll und Tilman Reitz (Hrsg.), *Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre*, Göttingen 2013, S. 55–69.
- Wolf, Konstanze, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960, Köln 1982.
- Wolf, Werner (Hrsg.), *CDU Hessen 1945–1985. Politische Mitgestaltung und Kampf um die Mehrheit*, Köln 1986.
- Ders., Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger, 1967–1982, in: Ders. (Hrsg.), *CDU Hessen 1945–1985. Politische Mitgestaltung und Kampf um die Mehrheit*, Köln 1986, S. 59–97.
- Wolf, Yvonne, Frank Thiess und der Nationalsozialismus. Ein konservativer Revolutionär als Dissident, Tübingen 2003.
- Woller, Hans, *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert*, München 2010.
- Wood, Stewart, Why „Indicative Planning“ Failed. British Industry and the Formation of the National Economic Development Council (1960–64), in: *Twentieth Century British History* 11/4 (2000), S. 431–459.
- Young, Hugo, *This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, London 1998.
- Young, John W., *Britain and European Unity, 1945–1992*, Basingstoke u. a. 1993.
- Ders., The Heath Government and British Entry into the European Community, in: Stuart Ball und Anthony Seldon (Hrsg.), *The Heath Government, 1970–1974. A Reappraisal*, London 1996, S. 259–284.
- Zein, Henrik, *Die organisatorische Entwicklung der CDU in der Opposition (1969–1982 und 1998–2005)*, Norderstedt 2007.
- Zelizer, Julian E., Reflections. Rethinking the History of American Conservatism, in: *Reviews in American History* 38/2 (2010), S. 367–392.
- Zelter, Joachim, *Sinnhafte Fiktion und Wahrheit. Untersuchungen zur ästhetischen und epistemologischen Problematik des Fiktionsbegriffs im Kontext europäischer Ideen- und englischer Literaturgeschichte*, Tübingen 1994.
- Ziegler, Philip, *Edward Heath. The Authorised Biography*, London 2010.
- Ziemann, Benjamin, Zwischen sozialer Bewegung und Dienstleistung am Individuum. Katholiken und katholische Kirche im therapeutischen Jahrzehnt, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 357–393.
- Zimmermann, Harro, Friedrich Gentz. Die Erfindung der Realpolitik, Paderborn u. a. 2012.

Abstract

What does *conservative* mean? This question troubled intellectuals, politicians and parties after 1945 in the United Kingdom and in West Germany. In Britain *conservatism* was an accepted part of the political vocabulary, denoting a particular tradition of political thought and practice with its nucleus in the Conservative Party. But what was its main character? What kind of *conservatism* should the party represent? In the Federal Republic of Germany, by contrast, *conservatism* was a difficult concept for the young democracy to swallow. It carried a heavy antiliberal and antidemocratic burden which had delegitimized the Weimar Republic and paved the way for National Socialism. Could there be a place for *conservatism* within democratic culture after all? The debates about the meaning and character of *conservatism* challenged those parties which considered themselves, at least partly, to be *conservative*: the Conservative Party in the UK and the Christian Democratic Union (CDU) as well as the Christian Social Union (CSU) in West Germany.

The book scrutinizes the debates about *conservatism* in the UK and the FRG from the late 1940s to the early 1980s. Informed by historical semantics and inspired by Michael Freedon's interpretation of political ideologies, it conceives of conservatism as a flexible linguistic structure, defined by four structural principles and a net of key concepts. This analytical understanding of conservatism opens up comparative and transnational perspectives and helps to distinguish contemporary usages from the historiographical concept.

When in the 1960s and 1970s conservatives in both countries lost intellectual and political support and an invigorated Left gained both electoral and cultural ground, a feeling of crisis quickly gathered momentum. This perception of crisis extended to language, which seemed to have gone equally astray: even *conservative* no longer seemed to denote what it was supposed to denote. Conservative programmatic debates and policy reviews, ideological struggles and determined work in think tanks became an important element of the British political culture. Similar developments could be observed in the Federal Republic of Germany: intellectual journals hunted for a contemporary conservatism; in countless committee meetings, party conference debates, and study circles, CDU and CSU came to an understanding about their programmatic objectives; and increasingly groups of intellectuals constituted and propagated their individual version of a conservatism fit for the Federal Republic. In both countries, these debates formed an integral part of the "war of words", as Margaret Thatcher put it, or the "Kampf um die Begriffe", as famously stated by Kurt Biedenkopf; and in both countries, Conservative parties involved themselves in linguistic politics.

In the course of these two decades, both in the Britain and in West Germany the political languages of conservatism were newly formulated. In the UK the debates were centred upon the Conservative Party and led to bitter inner-party struggles which, in the end, the Thatcherites won. In West Germany two incon-

gruent variants of *conservatism* emerged from a complex intellectual debate: a liberal, democratic version on the one side and an antiliberal, new right version on the other. For the Union parties the tactical adoption of the concept of *conservatism* by the new right constituted an enormous challenge. For them it remained a difficult concept, which they embraced only very reluctantly. However, they spoke a Conservative political language.

At the same time, the battle about the meaning of *conservatism* was fought on a European level, and here the Conservative Party and the CDU/CSU were partners. From the late 1950s onwards the parties cooperated closely, trying to forge a united Centre Right in the European Communities. The alleged incompatibility between *Conservatism* and *Christian Democracy*, strongly enforced by South European and Benelux parties, they regarded as a mere linguistic problem, not one of substance. Yet the projected European closing of ranks did not materialize due to the ongoing resistance against *conservatism* which the majority of parties in the European Union of Christian Democrats were not willing to integrate into their political vocabulary.

The national and transnational debates about the meaning of *conservatism* indeed had far-reaching consequences. They still influence politics today.

Personenregister

- Abendroth, Wolfgang 209, 243, 252
Addison, Paul 89
Ade, Meinhard 320
Adelmann, Raban von 372f.
Adenauer, Konrad 129, 131, 137, 159, 163f.,
170f., 176–178, 180, 185–188, 195f., 200f.,
209, 212, 237, 239, 270, 288, 294, 374, 385,
395
Adorno, Theodor 230
Alexander, David 77
Althammer, Walter 215
Altmann, Rüdiger 185f., 209f.
Amberley, Baroness Emmet of → siehe Em-
met, Evelyn
Amery, Carl 266
Amery, Julian 389
Ascherson, Neal 87
Assmusen, Hans 188f.
Atlee, Clement Richard 28, 39, 45, 79, 435
Baader, Franz von 274, 280f.
Bachmann, Ingeborg 2, 6
Bakunin, Michail 273, 282
Baldwin, Stanley 41, 71f.
Ball, Hugo 273, 282
Barth, Hans 153f.
Barth, Karl 188, 190
Barzel, Rainer 186, 195f., 199, 202f., 205f.,
209f., 222, 312, 322, 344f., 390
Becker, Hellmut 231f.
Beitzel, Marga 200
Beloff, Max 80
Bennett, Francis 380
Benoist, Alain de 302
Benz, Wolfgang 299
Bergsdorf, Wolfgang 229
Bergstraesser, Arnold 230
Besson, Waldemar 258, 322f.
Beyerle, Franz 287
Biedenkopf, Kurt 222f., 226–229, 264f., 330,
337f., 341f., 344f., 348f., 352, 354, 359, 391–
393, 415, 417
Biffen, John 69
Birch, Nigel 64
Birrenbach, Kurt 375–377
Bismarck, Otto Eduard Leopold Fürst von
151f.
Bismarck, Otto Christian Archibald Fürst von
370f.
Blake, Robert 31, 88, 90, 99
Blank, Theodor 171, 197
Bloch, Ernst 230, 273, 282
Block, Geoffrey 29
Blüm, Norbert 222, 316, 330, 347f.
Blumenfeld, Erik 376f.
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 117, 233
Böhm, Anton 199, 204
Bohrer, Karl-Heinz 298
Böll, Heinrich 210, 238
Bond, James 373
Bösch, Frank 19, 354
Boveri, Margret 144
Bowhay, Dorothy 35
Böx, Heinrich 390
Boyson, Rhodes 62, 73, 85, 91
Brandt, Willy 178, 220, 265, 289, 309, 311–
313, 350f., 361
Branston, Ursula 371
Brauksiepe, Aenne 371
Brentano, Heinrich von 370, 377
Brittan, Samuel 98
Brok, Elmar 395
Budde, Heinz 174–176, 178
Bühler, Karl 226
Burke, Edmund 26, 30f., 43–45, 61, 70, 88,
113, 117, 132, 134–136, 147, 154, 158, 255,
257–259, 261f., 267, 275, 303, 325, 342, 431
Butler, Adam 407
Butler, Richard Austen 36–40, 48, 84, 90, 104,
362, 375, 379, 397
Butterfield, Herbert 72
Callaghan, Leonard James 102
Carrington, Peter 100
Carstens, Karl 314, 331f., 348, 392
Cecil, Lord Hugh 28, 32f.
Chamberlain, Houston Stewart 274
Chamberlain, Joseph 85
Chamberlain, Neville 34
Chateaubriand, François-René de 26, 117
Churchill, Winston 34, 38, 76, 86, 325, 369
Coleraine, Baron → siehe Law, Richard Kid-
ston
Collard, David 98f.
Cope, John 394
Cosgrave, Patrick 84, 103
Cowl, A.B. 56
Cowling, Maurice 32, 59, 68f., 101
Critchley, Julian 47
Croker, John Wilson 27
Dahrendorf, Ralf 186, 311
Davis, John 380
Davis, Quentin 395
Day, Robin 57
Deedes, William 380
Dettling, Warnfried 223, 226f., 321, 350

- Dirks, Walter 188
 Disraeli, Benjamin 29, 34, 39, 42, 47, 69f., 74, 76, 85, 312
 Dittmar, Rupprecht 176–178, 182
 Dönhoff, Marion Gräfin 149f., 185
 Douglas-Home, Alec 52, 54, 64, 387
 Dregger, Alfred 314, 321, 327, 331f., 348
 Drexel, Joseph 296
 DuCann, Edward 81
 Dufhues, Josef Hermann 193f., 199, 201, 333, 377f.
 Dürrenmatt, Peter 144, 157, 159
 Eccleshall, Robert 8
 Eden, Anthony 34f.,
 Eden, John 371
 Ehlers, Hermann 186, 189
 Ehmke, Horst 313
 Elbrächter, Alexander 181f.
 Elschner, Gerhard 382
 Emmet, Evelyn (= Baroness Emmet of Amberley) 376, 386f., 397–399
 Eppler, Erhard 263–266, 318
 Epstein, Klaus 6
 Erhard, Ludwig 170, 178, 197–199, 204–206, 208–212, 346, 350, 383, 392, 416
 Etzel, Franz 168f., 171f.
 Eucken, Walter 169
 Fairlie, Henry 47
 Fetcher, Iring 252
 Filbinger, Hans 224, 314, 318, 321, 327, 331f.
 Flechtheim, Alfred 273
 Forsthoff, Ernst 19, 116–119, 126, 248, 268, 319
 Fox, Charles James 26
 Franzel, Emil 138f., 157, 217, 289, 294–296, 298–300, 321f.
 Fraser, Michael 57, 377
 Frauendorfer, Max 297
 Freedon, Michael 8–10, 13, 431
 Freund, Ludwig 298
 Freyer, Hans 19, 113, 120–124, 127f., 251, 269, 279, 305
 Friedman, Milton 101, 169, 358
 Friedrich, Bruno 333
 Gablentz, Otto Heinrich von der 145f.
 Gaddum, Johann Wilhelm 345
 Gaitskill, Hugh 53, 90
 Gale, George 87
 Gallie, Walter Bryce 8
 Gallus, Alexander 20
 Gehlen, Arnold 19, 123–125, 127f., 148, 161, 206f., 226, 236, 248, 251, 268f., 271, 283, 300f., 305
 Geißler, Heiner 222, 338, 342, 393, 431
 Genscher, Hans-Dietrich 314f.
 Gentz, Friedrich von 113, 147
 Georg III. 25
 Geppert, Dominik 105
 Gerlach, Ernst Ludwig von 151
 Gerlach, Ludwig Leopold von 151
 Gerstenberger, Heide 251
 Gerstenmaier, Eugen 157, 163f., 166–168, 171–173, 177, 179f., 184, 187, 190–192, 196f., 201, 204, 207, 209, 312, 373, 396f.
 Geulen, Christian 16, 432
 Geyer, Martin 222, 340
 Gilmour, Ian 29, 87, 100f., 104
 Gladstone, William Ewart 38
 Goldwater, Barry 61, 66
 Gollwitzer, Helmut 189f.
 Goppel, Alfons 217, 236, 298, 315
 Grebing, Helga 251–254, 266, 332
 Green, Ewan Henry Harvey 86
 Greiffenhagen, Martin 6, 116, 128, 155–157, 251, 305, 332
 Greiner, Ulrich 285
 Grimley, Matthew 96
 Gross, Johannes 207
 Großmann, Johannes 20, 380
 Gruhl, Herbert 266, 277, 288
 Gründel, Johannes 329
 Gummer, John Selwyn 80, 395
 Gundlach, Gustav 140–142
 Günther, Albrecht Erich 111
 Gurk, Franz 198
 Guttenberg, Karl Theodor von 325
 Habermas, Jürgen 230, 261, 268f., 300
 Hacke, Jens 256
 Hahn, Karl-Josef 383, 401
 Hahn, Wilhelm 189, 246f.
 Hailsham, Viscount → siehe Hogg, Quintin
 Hailsham of St Marylebone, Baron → siehe Hogg, Quintin
 Hall, Joan 66
 Hall, Stuart 75, 99
 Haller, Carl Ludwig von 153
 Hamilton, Alexander 258
 Hamilton, Scott 407
 Hamm-Brücher, Hildegard 211f.
 Harpprecht, Klaus 157, 159, 162, 206
 Harris, Ralph 62, 99
 Hassel, Kai-Uwe von 164, 375–377, 382, 388, 404–406
 Hayek, Friedrich August von 101, 169, 261, 302, 327, 358
 Heath, Edward 18, 24, 33, 53–84, 89, 93, 96, 99, 102f., 335, 358, 362, 386–388, 390, 393, 399, 430, 435
 Heck, Bruno 212–214, 220f., 313f., 335, 383, 387, 399, 404
 Heidegger, Martin 19, 109, 117
 Heinemann, Gustav 188f.

- Heiseler, Bernt von 295, 298
 Held, Robert 324
 Hellwege, Heinrich 129f., 137, 154
 Hennis, Wilhelm 4, 231–236, 238f., 244, 256, 259f., 267f., 271, 331, 339, 353, 436
 Henrich, Dieter 259
 Hepp, Marcel 217, 219, 296
 Hepp, Robert 161, 217
 Herrmann, Ludolf 331, 342
 Himmelheber, Max 286f.
 Hitler, Adolf 108f., 152, 290, 373
 Hobbes, Thomas 30, 232
 Hockerts, Hans Günter 253, 259, 321f., 329
 Hofmannsthal, Hugo von 1f.
 Hogg, Quintin (= Viscount Hailsham, 1950–1963, und Baron Hailsham of St Marylebone, 1970–2001) 28–30, 33, 35–40, 45, 58, 62, 65, 67, 88, 362
 Hölscher, Lucian 13
 Horkheimer, Max 265
 Hoskyns, John 102
 Howarth, Alan 394
 Howe, Geoffrey 67
 Howell, David 50f., 68, 85, 93f.
 Hugenberg, Alfred 290
 Humboldt, Wilhelm von 166
 Hume, David 30, 44
 Hunt, David 395
 Hurd, Douglas 390
 Inglehart, Ronald 340
 Jaeger, Richard 219, 325
 Jaspers, Karl 269
 Jens, Walter 206f.
 Jones, Harriet 39
 Joseph, Keith 79–81, 84–86, 90f., 94f., 99, 358, 405, 416f.
 Jung, Edgar Julius 109f.
 Jünger, Ernst 18, 111, 117f., 119, 287f., 305
 Jünger, Friedrich Georg 18, 286f., 305
 Kaiser, Jakob 180
 Kaltefleiter, Werner 225f.
 Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 245, 256, 260, 272–286, 304f., 319, 321f., 329
 Kandiah, Michael 39
 Katzer, Hans 167–169, 174, 180f., 197, 316, 330, 337, 397, 408
 Kedourie, Elie 32
 Kenmure, John 74
 Kennedy, John F. 51, 55
 Ketteler, Wilhelm von 174
 Kiesinger, Kurt Georg 178, 297f., 311, 370
 Kiesel, Erich 335
 Kirk, Russell 7, 30f., 44, 146f., 170, 306
 Klages, Helmut 340
 Klages, Ludwig 274, 278, 280, 282
 Klemperer, Victor 107
 Klett, Ernst 246, 257
 Knoll, August Maria 281
 Kogon, Eugen 188, 333
 Kohl, Helmut 105, 222, 229, 311, 317, 319, 330–332, 337–341, 344, 347–349, 354, 367, 390–392, 394f., 409–413, 415, 420
 Köllner, Lutz 212
 Kolping, Adolph 174
 Kondylis, Panajotis 7
 Koselleck, Reinhart 5, 10f., 16, 22, 29, 432, 435f.
 Kraske, Konrad 221, 372, 374–378, 380, 382, 384
 Krausnick, Helmut 299
 Krings, Hermann 234
 Krockow, Christian von 255–259, 261, 267f., 276
 Kroll, Frank Lothar 4
 Krone, Heinrich 179–181, 192, 375f.
 Kuehnelt-Leddihn, Erik von 289, 292, 304, 307
 Kühn, Heinz 241
 Kühnl, Reinhard 252f.
 Künne, Walter 184, 189
 Laak, Dirk van 124
 Lamers, Karl 395
 Lammert, Norbert 395
 Landshut, Siegfried 148f.
 Langguth, Gerd 341
 Law, Richard Kidston (= Baron Coleraine) 71–73, 89
 Lawson, Nigel 83, 85, 100, 421
 Lejeune, Anthony 78
 Lemmer, Ernst 346
 Lenin, Wladimir Iljitsch 273
 Lenk, Kurt 8
 Lenz, Otto 372
 Leo XIII., Papst 174
 Leo, Heinrich 6
 Leonhard, Jörn 5, 13, 17, 22
 Lepenies, Wolf 243
 Leverkus, Paul 370
 Lilje, Hanns 188
 Lindemann, Peter 225f.
 Linke, Angelika 13
 Lippmann, Walter 128, 169
 Longden, Gilbert 371
 Lorenz, Konrad 278
 Low, Toby 375
 Löwenthal, Richard 243f., 268
 Lübbe, Hermann 235f., 238–242, 244, 246, 250, 255–257, 261f., 267–271, 276, 317, 352f., 432
 Lucan, Earl of 40
 Luhmann, Niklas 239
 MacDermott, Lord 95

- Machovec, Milan 280
 Macleod, Iain 41–43, 88, 104, 362, 377f., 397
 Macmillan, Harold 24, 33–35, 37f., 40, 46–53, 59, 64, 71f., 76, 90, 96, 104, 361, 369, 374f., 397, 416
 Mahler, Gerhard 224, 226–228
 Maiberger, Erich 215f.
 Maier, Erich 296f.
 Maier, Hans 230–239, 243f., 246, 276, 322–324, 329, 349, 352f., 436
 Maistre, Joseph de 153
 Mann, Golo 146f., 157–159, 163, 246, 257
 Mannheim, Karl 7, 9, 145
 Marcuse, Herbert 221, 273
 Martini, Winfried 294
 Marx, Karl 95, 263, 273
 Maude, Angus 42f., 58, 60–65, 67, 71, 85, 94, 103
 Meinel, Florian 117
 Mende, Erich 260
 Mende, Silke 266
 Merk, Bruno 332
 Merkatz, Hans-Joachim von 130–143, 152, 154, 157, 162f., 184, 205
 Messelken, Hans 225–229
 Metz, Johann Baptist 341
 Meyer, Anthony 73f.
 Meyers, Franz 197, 199
 Mikat, Paul 206
 Mill, John Stuart 66
 Milne, R.D. 372, 386
 Mises, Ludwig von 169
 Mock, Alois 418
 Moeller van den Bruck, Arthur 109, 111, 251, 274, 304
 Mohler, Armin 110–112, 116, 118–120, 126, 138, 145, 151, 153–157, 159–163, 216–218, 249, 256, 277, 283, 289, 292–298, 300–308, 321f., 325, 329, 426
 Mohn, Sigbert 298
 Molnar, Thomas 292, 306f.
 Montagu, Victor 71, 73
 Mooser, Josef 170
 Morat, Daniel 117
 Moro, Aldo 386, 399
 Möser, Justus 132, 303
 Motschmann, Bernd 290
 Motschmann, Jens 290
 Motschmann, Klaus 290
 Mühlenfeld, Hans 130–135, 145f., 152
 Muller, Jerry Z. 8
 Müller, Josef 218
 Müller, Ulrich 324
 Müller-Armack, Alfred 169
 Naumann, Friedrich 166, 172
 Nebel, Gerhard 112
 Nell-Breuning, Oswald von 349
 Nellesen, Bernd 299f.
 Neuwirth, Hans 295
 Nicholson, Godfrey 42
 Nietzsche, Friedrich 119f., 287
 Nipperdey, Thomas 114, 244, 254–256
 Nixon, Richard 283
 Noelle-Neumann, Elisabeth 283, 340
 Nolte, Paul 126f.
 Novalis (= Georg Philipp Friedrich von Hardenberg) 280
 Nozick, Robert 101
 O'Sullivan, John 69–71, 74
 O'Sullivan, Noël 31, 93, 358
 Oakeshott, Michael 6, 18, 30f., 43–46, 92f., 357f.
 Offe, Claus 267
 Orwell, George 232, 237
 Pareto, Vilfredo 274, 280
 Parkinson, Cecil 394
 Patten, Chris 101, 104, 393f.
 Patterson, Ben 33
 Pears, Gordon 41, 378
 Pechel, Rudolf 144
 Peel, Robert 38, 69, 76
 Percival, Ian 95
 Peters, Susanne 20
 Pfaehler, Dietrich 322
 Pirkl, Fritz 219
 Pocock, John 6, 11f.
 Powell, Enoch 58, 62–66, 71f., 85, 96, 98, 102
 Quinton, Anthony 31, 92f.
 Radunski, Peter 223f.
 Raison, Timothy 41, 67
 Ramsden, John 18
 Rapp, Alfred 179
 Rauschnig, Hermann 110
 Reagan, Ronald 20, 103, 105, 421
 Redmayne, Martin 375
 Rees, Goronwy 59,
 Rehling, Luise 371
 Reinisch, Leonhard 244
 Ridley, Nicholas 77, 79
 Riedweg, Franz 293f.
 Rippon, Geoffrey 72f., 380
 Ritter, Joachim 4, 268f.
 Roberts, Henry L. 146
 Rohr, Hansjoachim von 290f.
 Rollmann, Dietrich 333f.
 Röpke, Wilhelm 169f.
 Rudolph, Hermann 246, 265
 Rühle, Volker 395
 Rumor, Mariano 385–387, 299
 Rüstow, Alexander 169
 Sander, Hans Dietrich 329

- Sartre, Jean-Paul 273
 Schelsky, Helmut 19, 124–128, 148, 161, 235–239, 243, 251, 260f., 267f., 271, 284, 300, 305, 319, 346f.
 Scheuch, Erwin K. 244, 260, 265
 Schildt, Axel 7, 19, 127
 Schiller, Karl 210
 Schlamm, William S. 20, 289f., 321f.
 Schmidt, Helmut 227, 265f., 339
 Schmitt, Carl 18, 109, 116f., 119, 126, 209, 231f., 269, 276, 280, 283
 Schoeps, Hans-Joachim 151–153, 155, 161, 277, 289, 291f., 306
 Schöningh, Franz Josef 145f.
 Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von 157, 160–163, 289, 292–295, 301–304, 307f., 321f.
 Schröder, Georg 185
 Schröder, Gerhard 140, 295, 345, 379, 390, 396f.
 Schulte, Hansgerd 231
 Schuster, Hans 124, 149f., 206, 208
 Schwabe, Gerhard Helmut 288
 Schwab-Felisch, Hans 206f.
 Schwarzenbach, James 294
 Schwarzkopf, Dietrich 157–159, 162f.
 Schwarz-Schilling, Christian 341
 Scruton, Roger 31, 97, 101
 Seidel, Hanns 182f., 192f., 198, 202, 205, 218, 297
 Seldon, Arthur 67f., 99
 Sethe, Paul 107, 298
 Sewill, Brendon 58
 Shanks, Michael 52
 Sharples, Richard 371
 Sherman, Alfred 100
 Sieburg, Friedrich 150f.
 Simmel, Oskar 184
 Skinner, Quentin 11
 Smend, Rudolf 209
 Smith, Adam 64, 70
 Smithers, Peter 370–374, 376, 380, 383f., 396, 412
 Sontheimer, Kurt 235–239, 242, 247f., 250, 256, 259f., 264–268, 271, 276, 285, 317, 322, 351, 353
 Spaemann, Robert 246f.
 Spann, Othmar 275, 295
 Spicer, Jim 395
 Spree, Ulrike 5, 22
 Springer, Axel 296, 301, 321
 St John Stevas, Norman 86, 104
 Stahl, Friedrich Julius 151, 275
 Stählin, Wilhelm 139f., 142f.
 Stalin, Josef 128
 Stapel, Wilhelm 109, 118, 120
 Steinbuch, Karl 260, 303f.
 Steinmetz, Willibald 5, 12, 22, 433
 Sternberger, Dolf 262, 317
 Stier, Hans Erich 180
 Stoltenberg, Gerhard 194, 196, 205, 207, 222, 346, 348
 Strauß, Franz Josef 2f., 183, 185, 192f., 206, 214–220, 292, 294–298, 301f., 310f., 314, 321, 324–333, 337, 343f., 347, 350f., 353f., 364f., 376, 389f., 408–410, 412, 415, 425
 Strauss, Norman 102
 Streibl, Max 315–317, 335
 Studnitz, Hans Georg von 273, 289
 Szamuely, Tibor 66–69
 Taus, Josef 409, 414
 Tebbit, Norman 85, 102
 Tenbruck, Friedrich H. 267
 Teufel, Erwin 220
 Thadden-Trieglaff, Rudolf von 151
 Thatcher, Margaret 3–5, 16, 18, 20, 22–24, 31, 33, 61f., 67, 69, 74f., 79–105, 223, 358f., 362–365, 367, 380, 389–395, 404, 407, 409–412, 414–417, 419–423, 426, 428–430, 433, 435
 Thielicke, Helmut 189
 Thiess, Frank 298–300
 Thorneycroft, Peter 42, 64, 379
 Thukydides 1f.
 Tillmann, Robert 180
 Tindemans, Leo 399
 Tocqueville, Alexis de 113, 149, 154, 258f., 261f., 303
 Tomlinson, Jim 39
 Topitsch, Ernst 260–262, 273, 303
 Toye, Richard 18, 72
 Utley, T.E. 48, 67f.
 Viereck, Peter 30, 170
 Vietta, Egon 112
 Vinen, Richard 59
 Voegelin, Eric 230
 Vogel, Bernhard 317f.
 Vonessen, Franz 286f.
 Waffenschmidt, Horst 338
 Wagner, Friedrich 287
 Waigel, Theo 326f., 329, 349
 Waldegrave, William 101
 Walker, Peter 104
 Walser, Martin 207
 Wegener, Henning 390, 393
 Wehler, Hans-Ulrich 254f.
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 265
 Weizsäcker, Richard von 312–316, 331, 336, 338, 404, 409f.
 Wenger, Paul Wilhelm 140
 Whitehouse, Mary 96
 Whitelaw, William 405f.
 Williams, Bernard 33
 Wilson, Harold 34, 50, 53–56, 59, 76–78, 81

Winter, Ernst Karl 275
Wissmann, Matthias 395
Wittkämper, Gerhard W. 226
Wood, John 65
Wörner, Manfred 214
Worsthorne, Peregrine 63, 65
Wright, Esmond 76

Zehm, Günter 260, 324
Zehrer, Hans 19, 118–122, 127, 146, 157, 301
Ziesel, Kurt 288f., 293, 295, 298f.
Zoglmann, Siegfried 260
Zöller, Josef Othmar 191f.
Zöller, Michael 329
Zundel, Rolf 245f.